Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt

der

Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Nr. 10. Samstag den 1. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 22. Jänner 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Rain und Neumann.

Bürgermeister: Der Gemeinderat ist beschlußfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Entschuldigt von der heutigen Sitzung haben sich die Herren Kollegen David, Dechant, Forstner, Schneider, Dr. Stich, Schwer, Hohensinner und Anna Boschek.

2. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wiener Gemeindevertretung hat durch das Ableben des Gemeinderates Dr. Alexander Dorn Ritter v. Marwalt, welcher am 1. Jänner um halb 1 Uhr nachts im 81. Lebensjahre verschieden ist, einen schweren Verlust erlitten. (Die Versammlung erhebt sich.)

Dr. v. Dorn wurde nach einer kurzen Tätigkeit als Bezirksrat des 19. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet und wirkte sodann nach einer vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1902 währenden Unterbrechung von dieser Zeit bis zu seinem Ableben als Vertreter des 1. Wahlkörpers vom 9. Bezirke in unserer Körperschaft.

Der Verblichene zeichnete sich durch eine umfassende Bildung und einen vornehmen Charakter aus und genoß infolge seiner liebenswürdigen Umgangsformen bei allen Parteien des Gemeinderates aufrichtige Hochschätzung. Seine reichen Erfahrungen und Kenntnisse stellte er jederzeit in selbstloser und opferwilliger Weise der Gemeindeverwaltung zur Verfügung und der Gemeinderat, in welchem er häufig als wirkungsvoller und schlagfertiger Debatter auftrat, verdankt ihm eine Reihe wertvoller Anregungen. Das Hauptfeld seiner Betätigung war die Wirtschaftspolitik und die Ernährungsfragen und seine Mitwirkung während des Krieges in der gemeinderätlichen Obmänner-Konferenz wird unvergessen bleiben; sein Pflichtgefühl fand das letztemal noch vor kurzem beredten Ausdruck, als er, obwohl schon leidend, sich bereit erklärte, im Interesse der Approvisionierung unserer Stadt in Vertretung der Gemeinde Wien die unter den gegenwärtigen Verhältnissen sicherlich beschwerliche Reise nach Budapest zu unternehmen.

Wir werden dem verblichenen Kollegen ein ehrenvolles Andenken bewahren und wünschen ihm, daß er nach seinem Leben voll Arbeit und Mühe die ewige Ruhe gefunden habe.

Die Damen und Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und werden gestatten, daß diese Pietätskundgebung dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleibt wird.

3. Das Direktorium des Wiener Trabrennvereines, welches vor kurzem erst 80.000 K Nom. Kriegs-Anleihe für das Karolinen-Kinderspital spendete, hat eine neuerliche 120.000 K Nom. Kriegs-Anleihe mit Kupons vom 1. Juli 1919 für folgende Vereine übergeben:

Kinderschutzstationen 50.000 K.
Kinderfreunde 50.000 K.
Hauskrankenpflege 20.000 K.

Ich habe diese Beträge bereits im kurzen Wege den Obmännern dieser drei Vereine übergeben und erlaube mir, dem verehrten Direktorium des Trabrennvereines für diese wirklich hochherzige Zuwendung — es ist jetzt bereits die Summe von 200.000 K erreicht — den verbindlichsten Dank des Gemeinderates zum Ausdrucke zu bringen. (Beifall.)

4. Es sind folgende Spenden eingelangt:

Egon Dorn, Besitzer des Etablissement „Ronacher", spendet als Reinerträgnis einer Wohltätigkeitsvorstellung für die Armen Wiens den Betrag von 3277 K;

Robert S. Kardos, Besitzer des Promenaden-Café, spendet den Betrag von 400 K und 5 kg Tee für die Armen des 1. Bezirkes;

Hugo Fürst, Besitzer des Graben-Café, spendet für die Armen des 1. Bezirkes den Betrag von 1000 K;

Johann Preßl, Besitzer des Esterhazybades, 6., Gumpendorferstraße 59, spendet für die Armen des 6. Bezirkes den Betrag von 500 K;

Dr. August v. Kolisko, Vertreter der Erben nach dem verstorbenen Ministerialrat i. P. Theodor Hanke Edlen v. Hackenberg, übersendet im Namen obgenannter Erben für die Armen Wiens den Betrag von 500 K;

Felix Berger aus Zürich spendet für die Notleidenden in Wien den Betrag von 500 K;

Ing. Karl Edler v. Stigler, Ober-Baurat, spendet für die Armen des 7. Bezirkes den Betrag von 300 K;

Dr. Guido Müller übersendet aus der Verlassenschaft nach der verstorbenen Privaten Therese Sauter, 3., Schlachthausgasse 23, für die Armen des 3. Bezirkes den Betrag von 200 K;

A. Weiner, Erste Wiener Dampfwäscherei, 20., Dammstraße 27, übersendet aus der Verlassenschaft nach dem verstorbenen Mitchef dieser Firma Herrn W. Weiß einen Betrag von 200 K für die Armen des 20. Bezirkes;

Julius Kränzl Besitzer des Café Payr, 6., Getreidemarkt 7, spendet für die Armen des 6. Bezirkes den Betrag von 200 K;

Felix Krones Edler v. Lichtenhausen spendet für die Armen des 6. Bezirkes den Betrag von 100 K;

Soziale Hilfsgemeinschaft Anitta Müller spendet für die Kinder der Kinderpflegeanstalt der Stadt Wien, 5. Siebenbrunnengasse 78, 50 Stück Eier, 1 Schachtel Kakes und 5 kg Honig;

Ludwig Geiger, Selchermeister, 5., Wehrgasse 21, spendet für die kranken Pfleglinge der Bürgerversorgungsanstalt 200 Paar Frankfurter Würstel;

Hans Siller, Meiereibesitzer, 12., Khleslplatz 6 spendet für die kranken Pfleglinge der Bürgerversorgungsanstalt 20 l Milchkaffee.

Für die städtischen Sammlungen:

Adam Müller-Guttenbrunn, 19., Hofstattgasse 17, spendet für die städtischen Sammlungen 15 Aquarelle mit Figurinen und Dekorationsentwürfe zur ersten Aufführung von Raimund's „Gefesselte Phantasie".

Der Gemeinderat spricht für die Spenden den Dank aus.

Außerdem hat die Firma Schöller & Neufeld von Zürich mir 20.000 K für eine öffentliche unentgeltliche Ausspeisung übersendet. Der Gemeinderat spricht für alle diese Spenden und Widmungen den verbindlichsten Dank aus.

5. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte mich für verpflichtet, über drei Lebensmittelaktionen, die in den letzten Wochen durchgeführt wurden, dem Plenum des Gemeinderates Bericht zu erstatten. Die erste betrifft die Spende der Liebesgabenpakete aus Sigmundsherberg aus dem italienischen Kriegsgefangenenlager.

Im November des Vorjahres hat der Bischof Endrici von Triest mir mitgeteilt, daß in dem ehemaligen Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg eine große Anzahl von Liebesgabenpaketen in zirka 40 großen Speichern eingelagert ist, welche zum größten Teile aus Sendungen des italienischen „Roten Kreuzes" in Rom an kriegsgefangene italienische Soldaten stammen. Ich habe mich nun bemüht, im Wege einer Depesche an den König von Italien die Erwerbung dieser Pakete sofort für die Gemeinde Wien zur Verteilung an die Armen durchzusetzen. Nach langwierigen mühevollen Verhandlungen mit dem Kommandanten des Lagers dem Oberst Menna, kam es zunächst zu einer unentgeltlichen Ueberlassung der ärarischen Lebensmittelvorräte aus dem Lager Sigmundsherberg, wogegen die Abgabe der Liebesgabenpakete einer Entscheidung des Ministers des Aeußern Sonnino, beziehungsweise des Armee-Ober-Kommandos unterworfen wurde.

Unabhängig hievon wurde jedoch mit dem Obersten Menna auf Basis der eventuell entgeltlichen Ueberlassung dieser Lebensmittelpakete verhandelt. Der italienische Kommandant bewertete ein Paket Brot im Gewichte von 2 kg mit 4 Lire, die übrigen Pakete mit Lebensmitteln im ungefähren Gewichte von 4 kg mit je 20 Lire. Es kam auch unter der ungemein verdienstvollen Mitwirkung des Gesandten der Schweizerischen Bundesregierung Herrn Dr. Ch. D. Bourcart eine Vereinbarung über die unentgeltliche Uebernahme der Liebesgabenpakete zustande.

Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen habe ich in der Stadtrats-Sitzung vom 4. Dezember 1918 berichtet.

Kurz vor Weihnachten traf die freudige Nachricht ein, daß der König von Italien namens des italienischen Volkes die unentgeltliche Ueberlassung aller Liebesgabenpakete in Sigmundsherberg an das „Rote Kreuz", beziehungsweise an die Stadt Wien genehmigt hat. Es wurden sofort die nötigen Vorkehrungen getroffen, daß 20 Beamte der Stadt Wien die Ueberzählung der Pakete in Sigmundsherberg noch vor Abreise des italienischen Kommandanten Obersten Menna durchführen. Die Pakete wurden in zwei Gruppen geteilt:

Die sogenannten Brotpakete mit Schiffszwieback in runder oder eckiger Form oder aus hausgebackenem Brot und in gemischte Pakete, die Reis, Schokolade, Kondensmilch, Hirse, Bohnen oder einzelne Kleidungsstücke, Schuhe ꝛc. enthielten. Die Zahl der Brotpakete beträgt rund 600.000, die der gemischten Pakete rund 300.000.

Meine Damen und Herren! Unter Zugrundelegung der in den Vereinbarungen mit Oberst Menna erwähnten ausgesprochenen Bewertung repräsentiert die Gesamtmenge dieser Pakete einen Wert von 14 Millionen Lire oder sagen wir rund 28 Millionen Kronen. Es ist tatsächlich ein Millionengeschenk, das den Mindestbemittelten der Stadt Wien zugute kommt.

Der trotz enormer Schwierigkeiten mit raschem Erfolge durchgeführte Transport der Liebesgabenpakete ermöglichte es, daß bereits in der Woche vom 12. bis 18. Jänner 1919 an die Mindestbemittelten der niedersten Einkommenkategorie (40 K per Kopf und Monat) 142.000 Brotpakete verabfolgt werden konnten.

Desgleichen werden in der laufenden Woche an die zweite Kategorie der Mindestbemittelten (Einkommen bis 50 K per Kopf und Monat) 148.000 Pakete verteilt werden. Auf diese beiden Kategorien von Mindestbemittelten entfiel je ein Paket auf den Kopf.

In der kommenden Woche wird voraussichtlich die letzte Kategorie der Mindestbemittelten (Einkommen 80 K per Kopf und Monat) mit einem Gesamtstande von 326.000 beteilt, wobei hinsichtlich der Zuweisung jedoch folgender Schlüssel zur Anwendung kommen wird: Es werden Haushalte bis zu je 2 Personen 1 Paket, 3 und 4 Personen 2 Pakete, 5 und 6 Personen 3 Pakete, 7 Personen 4 Pakete ꝛc. erhalten. Es kommen demnach in der dritten Gruppe von Mindestbemittelten rund 220.000 Brotpakete zur Verteilung.

Die Abgabe erfolgt für die nichtorganisierten Besitzer von Einkaufsscheinen bei einer Anzahl von städtischen Mehlabgabestellen, für die organisierten aber bei den zuständigen Konsumentenorganisationen und gerade zu einer Zeit, wo ohnehin die breite Masse der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotquote ungemein leidet.

Soweit dem Magistrate Berichte vorliegen, wurde die Abgabe bisher in klagloser Weise durchgeführt und hat allenthalben bei der Bevölkerung — insbesondere mit Rücksicht auf die in dieser Woche stattgefundene Brotkürzung Beifall gefunden.

Die nach der Beteilung aller Mindestbemittelten erübrigten Brotpakete werden an humanitäre Anstalten, Versorgungshäuser 2c. ausgegeben werden. Die gemischten Pakete werden derzeit im Lager Sigmundsherberg von Angestellten des städtischen Lagerhauses und der Firma Schenker & Komp., unter Aufsicht von Marktamtsbeamten sortiert, dann nach Wien geschafft und wird hierüber rechtzeitig im Sinne der Widmung des Spenders verfügt werden.

Ich kann diesen Bericht an den Gemeinderat nicht besser schließen, als daß ich für diese hochherzige Spende des Königs von Italien und des italienischen Volkes im Namen der armen Bevölkerung Wiens den verbindlichsten Dank des Wiener Gemeinderates zum Ausdrucke bringe.

Bei diesem Anlasse sei es mir aber auch gestattet, derjenigen Persönlichkeiten namens des Wiener Gemeinderates zu gedenken, welche sich in selbstloser Weise für die unentgeltliche Ueberlassung dieser Liebesgabenpakete an die Armen Wiens eingesetzt haben; es sind dies: der schweizerische Gesandte, Exzellenz Dr. Ch. D. Bourcart, der Chef der italienischen Kommission zur Ueberprüfung des Waffenstillstandsabkommens, General Segre, der Gerent der italienischen Konsulatskanzlei, Giacomo Zannoni, der am Wiener Hofe beglaubigte Nuntius Exzellenz Graf Valfre di Bonzo, Exzellenz Graf Spiegelfeld vom Roten Kreuze in Wien und Oberst Menna, ehemaliger Kommandant des Lagers in Sigmundsherberg. Ich spreche diesen Funktionären namens der Gemeinde Wien von dieser Stelle den wärmsten Dank für ihre charitative Tätigkeit aus. (Lebhafter Beifall.)

6. Ich komme nunmehr auf die Verhandlungen, welche in Bern und in Wien mit der Interalliierten-Kommission gepflogen wurden. Schon Mitte November vorigen Jahres, als die Nahrungsmittelnot infolge der Absperrung Deutschösterreichs von den übrigen neuen Nationalstaaten auf das Höchste stieg, wurde in der Obmänner-Konferenz der Wiener Gemeinderatsparteien die Anregung gegeben, es mögen Delegierte der Gemeinde Wien zwecks Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ententemächten in die Schweiz entsendet werden. Ein gleiches Bedürfnis stellte sich auch bei der Staatsregierung ein, welche am 20. November 1918 eine Kommission nach Bern entsendete. Dieser Kommission wurde als Delegierter der Gemeinde Wien unser Kollege, der Herr GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller beigegeben. Aufgabe des Vertreters der Gemeinde Wien war es, so bald als möglich mit den Ententemächten Fühlung zu bekommen und unter Betonung der kritischen Ernährungslage Wiens nach Möglichkeit durchzusetzen, daß eine Vertretung der Ententemission sich nach Wien begebe, um die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen.

Ich füge bei, daß heute in der Stadtrats-Sitzung Kollege Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller einen eingehenden Bericht erstattet hat. Ich möchte aus demselben hervorheben, daß tatsächlich in diesem Zeitpunkte die Vertreter der Entente an die Notlage Wiens noch nicht geglaubt haben. Es war daher ungemein wichtig, daß tatsächlich durch eine wohlinformierte, geeignete Persönlichkeit eine richtige Informierung der Ententevertreter stattfand. Wirklich nur der unermüdlichen Tätigkeit unseres Herrn Kollegen Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller ist es zu verdanken, daß er sofort mit dem Führer der Interalliierten-Kommission, dem Herrn Dr. Taylor, in Bern Fühlung nahm, sich an den dort abgeführten Verhandlungen in ausgezeichneter Weise beteiligte und es schließlich vermochte, daß 14 Mitglieder der Interalliierten-Kommission in seiner Begleitung am 2. Jänner in Wien eintrafen. Die Kommission stand unter Führung des Herrn Dr. Alfonzo E. Taylor und gehörten ihr als hervorragende Mitglieder an die Herren: B. L. Craigie, William Hejory Beveridge, O. H. Casy, Colonel W. B. Consey, Hugh Gibson, Captain Thomas F. C. Gregory, Prof. Emile Haguenin, Maurice Genestal, Prof. Vincenzo Giuffrida, Prof. Alberto Gabriola, Rene Massigli, Edmund Castia und Cavaliere Alberto Oblieghi.

Die Mitglieder der Interalliierten-Kommission wurden am 3. Jänner im Staatsamte für Aeußeres und sodann im Staatsamte für Ernährung empfangen. Oberst Consey, ein hervorragender Kenner des Kohlenmarktes und des Eisenbahnwesens, erschien bereits am 3. Jänner in den Nachmittagsstunden im Rathause, wo unter meinem Vorsitze eine Besprechung über die Kohlenversorgung stattfand. Am selben Tage erschienen in den Nachmittagsstunden die Herren der Alliierten-Kommission Taylor, Giuffrida, Beveridge und Genestal im Rathause, wo im Beisein der Vize-Bürgermeister und des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller den erschienenen Vertretern seitens der Magistrats-Referenten Vorträge über die Lebensmittellage gehalten wurden. Im Anschlusse daran wurde eine Besichtigung einer Brot-Kommission vorgenommen, um den Herren auch an Ort und Stelle den Verteilungsapparat bis in die kleinsten Details vorzuführen.

Ich kann den Damen und Herren mitteilen, daß unsere Art der Kartenorganisation, unsere Art der Verteilung und der ganzen Manipulation bei dem Vertreter Englands Mister Beveridge die vollste Beruhigung auslöste, daß alles geschieht, um die Sache gerecht und ordnungsmäßig durchzuführen. (Beifall.)

Am 4. Jänner erfolgten persönliche Informationen der Herren Beveridge und Genestal im Rathause und Besichtigungen von öffentlichen Ausspeisungsanstalten, von Volksküchen, der Märkte und Markthallen, wobei den Herren unter Führung von Funktionären der Gemeinde die erforderlichen Aufklärungen gegeben wurden. Am 5. Jänner wurde eine Besprechung im Staatsamte für Volksernährung abgehalten, in welcher die Nahrungsmittelversorgung der österreichischen Länder und die erforderliche Nahrungsmittelaushilfe besprochen wurde, wobei sich jedoch die Kommission einer Beantwortung der gestellten Fragen enthielt, weil sie das Ergebnis einer noch durchzuführenden Reise nach Prag und Budapest abwarten wollte. Die Herren waren nämlich der Meinung, es sei doch notwendig, vorerst zu prüfen, ob nicht aus dem tschecho-slowakischen und ungarischen Staate, wo es näher wäre und wo auch keine Valutaschwierigkeiten bestünden, Lebensmittel nach Wien geliefert werden könnten. Nun, die Herren sind zurückgekommen und es wurde am 8., beziehungsweise 11. Jänner sodann die Schluß-Sitzung im Staatsamte für Volksernährung abgehalten, bei welcher die Kommission in Aussicht stellte, daß insgesamt 24.000 t Getreide, dann 2000 t Fett und 750 t Kondensmilch geliefert werden sollen. Mit dieser Nahrungsmittelaushilfe würde der Bedarf bis ungefähr Mitte Februar gedeckt werden, in

welchem Zeitpunkte die Kommission bereits in Paris über die weiteren Aushilfen entschieden haben dürfte.

Die finanzielle Frage wurde vorläufig nicht ausgetragen, sondern von den Vertretern des Staatsamtes des Aeußern und des Staatsamtes für Finanzen gewisse Berechnungsgrundlagen erbeten. Für die Bezahlung der obigen Aushilfe wurde der Erlag eines Depots von 150 Millionen Kronen zuhanden des italienischen Kommandanten in Innsbruck bedungen. Weiters wurden auch die Fragen eisenbahntechnischer Natur insbesondere hinsichtlich Waggonbeistellung und Routenbestimmung besprochen. Die Kommission reiste sohin am 12. Jänner nach Paris ab. Es wurde jedoch eine Vertretung von drei Mitgliedern in Wien zurückgelassen, welche den unmittelbaren Verkehr zwischen den hiesigen Aemtern und der Kommission in Paris herzustellen hat.

Ueber die Entente-Sendungen wäre zu berichten: Durch einen am Brenner eingetretenen Lawinensturz wurden die Getreidesendungen aus Italien in der ersten Jännerwoche durch beinahe 14 Tage behindert und trat hiedurch die Notwendigkeit ein, in der laufenden Woche mit einer Brotkürzung vorzugehen. Glücklicherweise sind aber die so sehnsüchtig erwarteten ersten Getreidezuschübe bereits wieder am 18. Jänner in Wien eingelangt und laufen seither mit ziemlicher Regelmäßigkeit, sodaß mit Grund anzunehmen ist, daß die durch das Elementarereignis hervorgerufene Stockung in der Folge behoben ist. Ebenso sind die ersten Sendungen an Kondensmilch bereits eingelangt und größere Mengen von Zitronen eingetroffen. Hinsichtlich der Fett-Transporte rechnet das Ernährungsamt schon in den nächsten Tagen mit den ersten Ankünften.

Meine Damen und Herren! Soferne nicht außerordentliche Zufälle, Unglücksfälle eintreten, hoffe ich doch, daß durch die Ententehilfe unsere nächste Zukunft gesichert ist, und daß wir auch damit rechnen können, daß die Mitglieder dieser Kommission in Versailles einen entsprechenden Bericht ihren Kollegen unterbreiten, aus dem hervorgeht, daß wir wirklich am Rande des Aeußersten stehen und uns geholfen werden muß, soll nicht das ganze Volk schweren und unwiderbringlichen Schaden leiden

7. Schließlich erlaube ich mir noch einen Bericht über die Hilfsaktion der Schweizer an die Stadt Wien vorzulegen.

Der hiesige Gesandte der Schweiz, Minister Dr. Ch. D. Bourcart, hat schon anfangs November mit seinen Bemühungen eingesetzt, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die trostlosen Ernährungsverhältnisse Wiens zu lenken und die Weiterleitung dieser Situationsberichte an die Ententemächte erbeten. Es ist unzweifelhaft, daß dieser Notschrei gerade in der Schweiz auf günstigen Boden fiel. Mit unermüdlichem Eifer hat auch der Delegierte des Wiener Gemeinderates, Herr Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, in diese Aktion durch seine Anwesenheit in Bern eingegriffen und es kam am 19. Dezember 1918 zur bekannten Motion Jäger, mit welcher die sofortige Entsendung von Lebensmitteltransporten an die notleidende Wiener Bevölkerung angeregt und bei Unterstützung sämtlicher Parteien des Nationalrates zum Beschlusse erhoben wurde. Auch Dr. Ferrier sen., der bekanntlich in Wien die Verhältnisse an Ort und Stelle studierte, hat ebenso wie Baron Slatin diese Aktion wärmstens unterstützt und viel zur Beschleunigung der Lebensmittelsendungen beigetragen. Schon am 20. Dezember 1918 konnte der Direktor des eidgenössischen Ernährungsamtes Geoumoens mir die freudige Mitteilung machen, daß die Schweizer Regierung 60 Waggons Mehl, 40 Waggons Reis, 6 Waggons Fett, 4 Waggons Kondensmilch und einige Waggons Schokolade entgeltlich zur Verfügung stellen wird und hat die Interalliierten-Kommission zu dieser Nahrungsmittelaushilfe nachträglich die Zustimmung erteilt. Die Bereitstellung der ersten Lebensmittelsendung erfolgte mit der größten Raschheit in Buchs und wurden die Transporte von Schweizer Offizieren und Militär begleitet. Der erste Transport langte unter Führung des Schweizer Oberstleutnants Frey am 30. Dezember 1918 in Wien ein; er enthielt 150 t Mehl, 140 t Reis, 57 t Kondensmilch, 60 t Fett und 10 t Schokoladepulver. Der zweite Lebensmittelzug langte unter Führung des Schweizer Oberleutnants Honegger am 5. Jänner 1919 ein und enthielt 317 t Mehl, 60 t Reis, 35 t Schokoladepulver und 9000 kg Schokolade. Der dritte und vorläufig letzte Lebensmittelzug rollte am 9. Jänner 1919 unter Führung des Schweizer Oberleutnants Pozzi im Lagerhause der Stadt Wien ein; er enthielt 200 t Reis und 141 t Mehl. Sofort nach Ankunft der ersten Sendung wurde im Rathause unter meinem Vorsitze und in Anwesenheit der Schweizer Delegierten, der Herren Oberstleutnant Frey, Oberleutnant Schmidt, Dr. Ferrier jun., Legationsrat v. Grenus der Schweizer Botschaft, eine Verteilungs-Sitzung abgehalten, welche in der Folge fortgesetzt zu nachstehendem schließlichen Verteilungsergebnis führte: Die 600 t Mehl wurden in die allgemeine Versorgung miteinbezogen und gelangen im Laufe dieser und der nächsten Woche kartenmäßig zur normalen Abgabe. Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß nur die Schweizer Hilfe es anläßlich der eingetretenen Mehlknappheit ermöglichte, der Wiener Bevölkerung die Kochmehlration unverkürzt auszugeben. (Beifall.) Von den eingelangten 60 t Fett wurden 45 t zur Aufbesserung der Fettquote von 4 auf 6 dkg in der Woche vom 12. bis 18. Jänner 1919 verwendet, der Rest wird an Spitäler, Krankenanstalten und Privatkrankenküchen und an die öffentliche unentgeltliche Ausspeisung ausgegeben. Von den eingelangten 114.000 Dosen Kondensmilch wurden 56.000 an Kinder bis zu zwei Jahren, an schwangere Frauen und stillende Mütter, 58.000 Dosen an Spitäler und andere humanitäre Anstalten abgegeben. Schokoladepulver wurde zum Teile den Spitälern und dem Schulkinderfrühstück, zum Teile an Kinder von 2 bis 6 Jahren nichtbegüteter Eltern und an die Aktion der Lehrlingsfürsorge und andere Horte im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksgesundheit abgegeben. Schokolade wurde an Spitäler und Hauskrankenpflege, teils an Tuberkulosenfürsorgestellen und für die Säuglingspflege verwendet. Von den 40 Waggons Reis wurden zirka 14·2 Waggons an Kinder bis zu 6 Jahren, an die allgemeine öffentliche unentgeltliche Ausspeisung an die Minderbemittelten und an die Spitäler abgegeben. Der noch verbliebene Rest von 257 t mußte infolge der eingetretenen Brotkürzung als Ersatz in der laufenden Woche ausgegeben werden und hat das schweizerische Ernährungsamt in Würdigung der außerordentlichen Verhältnisse hiezu die Zustimmung erteilt. Die Abgabe der Lebensmittel aus der Schweizerhilfe vollzieht sich im Einvernehmen und unter der fortgesetzten Kontrolle der Schweizer Delegierten, welchen Gelegenheit geboten wird, sowohl die Durchführung der Verteilung an Ort und Stelle zu überprüfen, als auch die Abgabe der Lebensmittel aus dem Lagerhause zu über-

wachen. Hiemit erscheint die erste offizielle Hilfsaktion der Schweiz erschöpft zu sein.

Schon bringt aber die Kunde nach Wien, daß in verschiedenen Schweizer Städten und insbesondere in Zürich eine große Aktion eingeleitet wurde, welche die Sammlung von Lebensmitteln, die sich die Schweizer Bevölkerung sozusagen vom Munde abspart, im Interesse der notleidenden Wiener bezweckt. Sogar die Schulkinder haben sich in den Dienst der Aktion gestellt und geradezu rührend ist der Brief, den Schulkinder der Privatschule S. B. B. Chiasso an die Wiener Kinder gerichtet haben. An der Spitze der Aktion in Zürich steht mit hingebungsvollem Eifer der Stadtrepräsentant Hans Nägeli, die StR. Kruk und Pflueger, der bekannte Redakteur der „Zürcher Zeitung" Willi Bierbaum und der Direktor des städtischen Lebensmittelamtes Karl Wächter. Ein Zug mit unentgeltlich überlassenen Lebensmitteln aus Zürich dürfte Ende dieses Monats anrollen. Ich fühle mich verpflichtet, der offiziellen Schweizer Regierung und den von mir im Berichte erwähnten Persönlichkeiten für deren edle und hochherzigen Gefühle, welche in diesen Lebensmittelsendungen zum Ausdrucke gekommen sind, den Dank des Wiener Gemeinderates auszusprechen. (Beifall.) Im besonderen gebührt aber dieser Dank dem Gesandten der Schweiz in Wien, Dr. Ch. D. Bourcart, der Schweizer Mission in Wien unter der Führung des Herrn Oberstleutnant Frey, dem Herrn Dr. Ferrier jun. sowie den von mir im Berichte genannten Funktionären der Stadt Zürich, welche Liebesgabensammlungen eingeleitet haben, schließlich den hervorragenden Verfechtern der Wiener Interessen in der Schweiz dem Herrn GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und Freiherrn v. Slatin. (Lebhafter Beifall.)

8. Herr GR. Max Schreier ist im Saale erschienen. Ich begrüße ihn und ersuche den Herrn Schriftführer, die Angelobungsformel zu verlesen. (Schriftführer GR. Philp verliest die Angelobungsformel, worauf GR. Schreier die Angelobung mit den Worten leistet: „Ich gelobe".)

9. In Beantwortung einer vom GR. Kurz in der letzten Sitzung gestellten Interpellation berichtet das Stadtbauamt:

Die Goldschlagstraße im 13. Bezirke von Or.-Nr. 140 bis zur Lenneisgasse konnte bis jetzt nicht straßenmäßig ausgestaltet werden, weil der Straßengrund teils noch Privateigentum, teils zwar schon öffentliches Gut ist, aber noch nicht in den physischen Besitz übernommen werden konnte, da die Parzellierungswerber, beziehungsweise die Eigentümer der einzelnen Baustellen die richtige Höhenlage noch nicht hergestellt haben.

Gegenwärtig wird der Straßengrund der Goldschlagstraße zum größten Teile mit den anliegenden Baugründen zu Schrebergartenanlagen benützt.

Erst nach Uebertragung des Straßengrundes in seiner Gänze in das öffentliche Gut und der Herstellung der richtigen Höhenlage durch die hiezu Verpflichteten kann der Einbau der unterirdischen Objekte und dann erst die Straßenherstellung durchgeführt werden.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei den außerordentlich hohen Preisen für Erdarbeiten und Verführung können billigerweise die Parzellierungswerber nicht zur Herstellung der richtigen Höhenlage, welche mit einer bedeutenden Erdbewegung verbunden ist, verhalten werden, so daß mit der endgiltigen straßenmäßigen Ausgestaltung der Goldschlagstraße in dem fraglichen Teile in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist; jedoch wird das Stadtbauamt mit den Grundeigentümern sofort wegen Herstellung eines provisorischen Gehweges verhandeln.

Die Abschrankung des Bahneinschnittes der Vorortelinie, die zum Teile fehlt, obliegt der Bahnerhaltungssektion, Wien 3. und wurde diese unter einem schriftlich aufgefordert, die Abschrankung in einer die Sicherheit der Fußgänger verbürgenden Art und Weise zu ergänzen.

10. In Beantwortuug der Interpellation vom 30. Dezember 1918 des GR. Moißl berichtet das Invalidenamt Wien folgendes:

Die in Betracht kommenden Fonds, vor allem der frühere Kaiser und König Karl- gegenwärtig Kriegsfürsorgefonds befinden sich derzeit in Verwaltung des deutschösterreichischen Staatsamtes für soziale Fürsorge, wodurch jedoch der endgiltigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Karlfonds und der ihm angegliederten Fonds nicht vorgegriffen werden soll. Die endgiltige Abrechnung wird im Einvernehmen mit den Regierungen der Nationalstaaten, die auf dem Boden der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, erfolgen. Das Invalidenamt kann berichten, daß in der Beteilungstätigkeit des Kaiser und König Karl-Kriegsfürsorgefonds, soweit sie die deutschösterreichischen Staatsbürger betrifft, niemals eine Unterbrechung eingetreten ist, und daß seit Gründung des Invalidenamtes — das ist 20. Juni 1918 — bis heute zirka eine Viertelmillion Kronen an Unterstützungen zur Linderung der momentanen Notlage sowie zwecks Existenzgründung durch das Invalidenamt allein ausbezahlt wurden. Die Ziffer der monatlichen Ausgaben bewegt sich in starksteigender Richtung.

Die Fürsorgemaßnahmen für die Kriegsblinden, also insbesondere auch die Beteilung aus den Kriegsblindenfonds erfolgen aus der niederösterreichischen Landes-Kommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, Wien, 9., Türkenstraße 3, und ist daher das Invalidenamt Wien hierüber nicht in der Lage, zu berichten.

Ich bitte, die eingelaufenen Anfragen zu verlesen.

Schriftführer GR. Dr. Scheu (liest):

11. Anfrage des GR. Herold:

„Weiße Kohle" auch „Fließendes Gold" wird die eminent wichtige Frage der Verwertung der Wasserkräfte (in Wien und Deutschösterreich von der Bevölkerung betitelt: „Volksstimme ist Gottesstimme) genannt. Hervorragende Männer Wiens beschäftigen sich seit letzter Zeit mit dem Studium und der Lösung dieser höchst bedeutenden Aufgabe. Auch der Wiener Gemeinderat soll aus seiner Mitte ein Komitee (oder einen Ausschuß) wählen, welches die Förderung des hochwichtigen Projektes in die richtigen Bahnen leitet, so daß es bald zur Verwirklichung gelangen möge.

Ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, meine Anregung zur Geltung zu bringen?

Bürgermeister: Die Gemeinde Wien hat der Ausnützung der Wasserkräfte schon längs ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet, was unter anderem auch schon daraus hervorgeht, daß die Wasserkräfte der Zweiten Hochquellenleitung innerhalb des Gemeindegebietes von Wien an sechs Stellen durch Wasserwerke ausgenützt werden, welche seit mehr als sechs Jahren in Betrieb stehen. Ferner hat sie vor mehreren Jahren einen

Entwurf zur Ausnützung der Wasserkraft der Enns dem behördlichen Verfahren unterziehen wollen, und ich glaube, es steht auf der heutigen Tagesordnung das Projekt der Ingenieure Oelz und Rhomberg. Warum dieses Projekt nicht vorwärts gekommen ist, ist bei Gott nicht Schuld der Gemeinde. Welche Umständlichkeiten das bureaukratische Verfahren in Wasserrechtssachen hat, ist unerhört. Insbesondere durch die unentschiedene Stellung des Eisenbahnministeriums ist es nicht zur Genehmigung dieses Projektes gekommen. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß auch seitens des Landes Steiermark eine sehr heftige Agitation dagegen eingeleitet wurde, daß die steirischen Wasserkräfte außerhalb der grünen Steiermark ausgenützt werden. Ich glaube, das ist wohl ein selbstsüchtiger Standpunkt, der nicht auf die Dauer aufrecht erhalten werden kann. Auch ein Entwurf für die Erschließung der Wasserkräfte der Ybbs steht derzeit im Stadtbauamte in Verhandlung. Ebenso beschäftigt sich dieses mit Studien für die Ausnützung einer Gefällsstufe der Zweiten Hochquellenleitung bei Gaming. Außerdem wurde seinerzeit sowohl das Projekt der Ausnützung der Thaya als der Krems und des Kamp und das Projekt Wallsee der Behandlung unterzogen. Die Vorarbeiten sind dafür getroffen, und ich glaube, daß gerade im jetzigen Momente, wo seitens des Staatsrates eine eigene Kommission gebildet wird, um die Verwertung der Wasserkräfte in ganz Deutschösterreich in die Wege zu leiten, auch für die Stadt Wien der Anlaß gekommen ist, mit aller Macht besonders auf die Erledigung des Ennsprojektes, das meiner Meinung nach das Wichtigste und Zweckmäßigste ist, zu dringen. So weit aber steht die Sache noch nicht, daß ein Ausschuß des Gemeinderates sich schon heute damit beschäftigen könnte, denn wir müssen doch zuerst die Konzession haben, bevor wir in der Ausnützung weiter gehen. Ich werde aber die Angelegenheit in Evidenz halten.

12. Anfrage des GR. Dr. Hein:

In einer am Sonntag in der Inneren Stadt stattgefundenen Wählerversammlung hat Herr VR. Dr. Stiglitz die Mitteilung gemacht, daß der demokratischen Partei vom Bezirksvorsteher Wieninger die Abhaltung einer Versammlung im alten Rathaussaal mit der Begründung verweigert wurde, daß der Rathaussaal an den christlichsozialen Wählerverein, dessen Obmann Herr Bezirksvorsteher Wieninger selbst ist, für die ganze Zeit bis zum Wahltage angeblich um einen Betrag von je 10 K vermietet worden sei. Es bedarf wohl keiner weiteren Begründung, daß dieses Vorgehen des Herrn Bezirksvorstehers sich als Mißbrauch der Stellung eines Bezirksvorstehers darstellt und den schärfsten Tadel verdient.

Ich stelle demnach die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Herrn Bezirksvorsteher Wieninger darauf aufmerksam zu machen, daß die ausschließliche Reservierung des Rathaussaales für christlichsoziale Wählerversammlungen ungehörig und unzulässig ist?

Bürgermeister: Wie ich schon in der letzten Sitzung erklärte, ich glaube über eine Anfrage von der linken Seite des Hauses, stehen die Säle selbstverständlich allen Parteien zur Verfügung und die sozialdemokratische Partei hat so und soviele Turnsäle bereits vom Stadtrate bewilligt erhalten, ebenso verschiedene Säle in den Gemeindehäusern. Was die Innere Stadt betrifft, so hat mir BV. Wieninger heute berichtet, daß die christlichsoziale Partei früher eingereicht hat. (Unruhe links. — GR. Moißl: Er selbst ist Obmann des Vereines! Vormittag und Nachmittag!) Entschuldigen Sie, Sie sind doch eine freiheitliche Partei, seit wann darf denn der Bezirksvorsteher nicht Obmann eines Wählervereines sein? Warum wollen Sie die Freiheit in der jungen Republik so unterdrücken, Herr GR. Moißl, das ist doch gar nicht notwendig. (Heiterkeit. — GR. Moißl: Das ist ein jüdischer Dreh! — Erneuerte Heiterkeit.) Ich bitte, es ist doch gar kein Anlaß zur Aufregung, es stehen noch genug Tage auch Ihrer Partei zur Verfügung, es sind noch, wie mir der Herr Bezirksvorsteher berichtet, drei Versammlungen der christlichsozialen Partei, nachdem aber noch drei Wochen bis zu den Wahlen sind, glaube ich, können Sie noch reichlich und beliebig dort Versammlungen abhalten. (Lebhafte Zwischenrufe.) Aber ich bitte, nur keine Aufregung, das zahlt sich doch bei diesem Anlasse nicht aus. Ich möchte nur noch bemerken, daß der Saal Donnerstag den 23., also morgen, der sozialdemokratischen Vereinigung zur Verfügung gestellt wurde. (Zwischenrufe.) Also, ich bitte, nachdem der Saal von Parteien schon besetzt ist, müssen Sie sich halt auch Tage aussuchen, wo er noch nicht besetzt ist. (Zwischenrufe bei den Freiheitlichen.) Mein Gott, das geht ja uns nichts an.

13. Anfrage des GR. Richard Seidel:

Durch statistische Erhebungen über die Lage der in den Industrie-Unternehmungen beschäftigten technischen, kaufmännischen und administrativen Bureau- und Betriebs-Angestellten ist erwiesen worden, daß die Einkommenverhältnisse dieser Ang-stelltengruppen vor und während des Krieges sehr schlechte waren und auch derzeit noch sind.

Als nun während des Krieges diese Angestellten durch ihre Berufsorganisation Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage, insbesondere wegen Erhöhung ihrer Bezüge erhoben, wurde deren Begehren von den Wiener Beschwerde-Kommissionen nur im geringen Ausmaße stattgegeben. Als Begründung für diese ablehnende Haltung bezeichnete diese Kommission noch im Oktober 1918 den Umstand, daß sowohl die Grundgehälter als auch die Teuerungszulagen der Angestellten der industriellen Unternehmungen der Gemeinde Wien bedeutend niedriger seien als die der Angestellten der privaten Industrie-Unternehmungen. Um nun bei neuerlichen Aktionen zur Erhöhung der Bezüge der Industrie-Angestellten dem vorerwähnten Einwande begegnen zu können, benötigen diese Angestellten Angaben über die Entlohnung der städtischen Industrie-Angestellten.

Da die von der Gemeinde Wien veröffentlichten Gehaltsschemas für die Angestellten der städtischen Unternehmungen ein klares Bild über die wirklichen Einkommenverhältnisse dieser Angestellten geben, fragt der Gefertigte,

ob der Herr Bürgermeister veranlassen wolle, daß der Berufsvereinigung der Industrie-Angestellten, dem „Bund der Industrie-Angestellten Oesterreichs", eine Aufstellung über die tatsächlichen Einkommenverhältnisse der technischen, kaufmännischen und administrativen Bureau- und Betriebs-Angestellten der städtischen Unternehmungen zur Verfügung gestellt werde?

Bürgermeister: Die Schemen über die Beamten und ihre Besoldungsverhältnisse sind in den Kommunalkalendern ausführlich enthalten und ich werde veranlassen, daß diesen Organisationen eine solche Darstellung übermittelt wird.

14. Anfrage des GR. Schreier:

Der anhaltende Kohlenmangel hat zu einem begreiflichen Heiz- und Lichtverbot geführt. Die durch diese Verfügung hervorgerufenen Einschränkungen haben Wien seines großstädtischen Getriebes und Verkehrslebens beraubt. Die einst so lebendige Stadt bietet in den vorgerückten Nachmittagstunden ein Bild der Einsamkeit, Finsternis und Unsicherheit. Nichtsdestoweniger wird man angesichts der trostlosen Situation in der Kohlenzufuhr, die Einschränkungen auf dem Gebiete der Beheizung und der Beleuchtung begreifen, unbegreiflich und unsinnig ist dagegen, daß das Heiz- und Lichtverbot von den staatlichen Organen zu einem Sperrverbot der Geschäfte, Gasthäuser und Cafés umgewandelt wurde. Eine Großstadt erhält ihr buntbelebtes Bild durch ein lebendiges Geschäftsleben, das durch das allgemeine Sperrverbot aller Geschäfte vollkommen erdrosselt wurde. Nicht in letzter Linie ist dieser Umstand auch die Erklärung für das traurige Anwachsen der Arbeitslosigkeit, eine Erscheinung, die besonders in einer Großstadt von verhängnisvollen Folgen begleitet sein kann. Unzweckmäßig, unerklärlich und unsinnig ist auch das Sperrverbot der Gast- und Kaffeehäusern zu verhältnismäßig früher Abendstunde. Die Tausende Menschen, die sich abends in öffentlichen Lokalen aufhalten, verbrauchen in ihren Wohnungen ungleich mehr Licht, sodaß es eigentlich viel rationeller wäre, Gast- und Kaffeehäuser einen eingeschränkten Lichtverbrauch zu gestatten, und das Sperrverbot ab 9 Uhr abends aufzuheben. Wer genötigt ist, ab 9 Uhr abends

durch die hallenden Straßen Wiens zu gehen, wird sich eines Gefühles der Unsicherheit nicht erwehren können; die Haustore gesperrt, Gast- und Kaffeehäuser geschlossen, ist der ruhig Dahinwandelnde jeder Zufluchtstätte bei einem Angriff nach 9 Uhr abends beraubt und dieser Umstand dürfte nicht in letzter Linie eine Erklärung für die Häufung der Ueberfälle und Messerstechereien sein. Somit erschiene sowohl vom Gesichtspunkt der Hebung des Handel- und Verkehrslebens unserer Stadt die Beseitigung des Sperrverbotes für Geschäfte, Gast- und Kaffeehäuser angezeigt. Es müßte keineswegs eine unzweckmäßig erscheinende Aufhebung des Heiz- und Lichtverbotes eintreten, sondern es sollte nur nach dem jetzt so populär gewordenen Grundsatze: „Freie Bahn dem Tüchtigen" jedem, der in seinem Betriebe nach den geltenden Bestimmungen des Handels- und Gewerbegesetzes arbeiten will, unter Benützung von Ersatzlicht die Arbeitsmöglichkeit gestattet sein. Von dieser Erwägung geleitet, erlaube ich mir an Se. Exzellenz den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

Ist Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, bei den maßgebenden Amtsstellen zu intervenieren, daß im Interesse des Geschäfts- und Verkehrsleben Wiens bei Aufrechterhaltung des notwendigen Heiz- und Lichtverbotes, jenen Geschäftsleuten, Gewerbe-, Gast- und Kaffeehausbesitzern, die bei Ersatzlicht arbeiten sollen und können, das Offenhalten ihrer Betriebe nach dem geltenden Handels- und Gewerbegesetz gestattet werde?

Bürgermeister: Nachdem für diese Angelegenheit das Staatsamt für öffentliche Arbeiten kompetent ist, werde ich diese Anfrage des Herrn GR. Max Schreier diesem Amte vorlegen. Ich möchte aber nur bei dieser Gelegenheit bemerken, daß der verehrte Kollege Schreier keine Ahnung hat, welche Mühe wir uns gegeben haben, um die nötige Kohle nach Wien zu bringen. Ohne Kohle läßt sich weder Produktion noch Verkehr aufrecht erhalten.

Ich wäre sehr dankbar, wenn der verehrte Kollege, der diese Verhältnisse auch ausführlich in seinem Blatte behandelt, doch Einblick in die wirklichen Verhältnisse und Schwierigkeiten nehmen würde, unter denen wir alle leiden und vielleicht noch längere Zeit leiden werden, weil die Zustände in den Kohlenrevieren nicht solche sind, welche uns eine baldige Besserung der Verhältnisse erwarten lassen.

15. Anfrage des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller:

Die Wiener handel- und gewerbetreibende Bevölkerung, aber auch weite Konsumentenkreise werden gegenwärtig durch allerlei Gerüchte beunruhigt, welche beinhalten, daß an Stelle der alten „Miles", beziehungsweise „Dezeg" neue Kapitalistensyndikate gegründet worden sein sollen, welche nichts weniger beabsichtigen, als den ganzen Warenimport und -export Deutschösterreichs zu monopolisieren. Ich hoffe, daß diese Gerüchte nicht der Wahrheit entsprechen, da ich nicht annehmen kann, daß die führenden Kreise im Staate und in der Stadt eine weitere Verelendung unserer handel- und gewerbetreibenden Mitbürger sowie der Konsumenten zugunsten einiger weniger Bevorzugter zu wünschen wagen. Eine beruhigende Erklärung wäre daher für die gesamte Wiener Bevölkerung außerordentlich erwünscht, weshalb ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage richte,

ob er nicht geneigt wäre, in dieser Angelegenheit eine ausführliche aufklärende Darstellung zu geben.

Bürgermeister: Es ist richtig, daß das Staatsamt für Volksernährung beabsichtigt, an Stelle der in Liquidation getretenen Oesterreichischen Zentral-Einkaufs-Gesellschaft vorübergehend eine neue Organisation zu schaffen, um in dem Bezuge der bisher von der Oesterreichischen Zentral-Einkaufs-Gesellschaft behandelten Lebensmittel ein Vakuum nicht eintreten zu lassen. Auf Grund der im Volksernährungsamte abgeführten Verhandlungen kann jedoch festgestellt werden, daß diese Einrichtung nur als Uebergangsstadium gedacht ist und in dem Augenblicke zur Auflösung gelangen wird, wodurch durch die derzeit schon in Bildung begriffenen Fachorganisationen das Bedürfnis für diese Einrichtung aufgehoben wird.

Die neue Lebensmitteleinfuhrstelle des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung wird unter rein kaufmännischer Führung stehen, die Direktion wird nur aus Fachleuten zusammengesetzt sein und in der Verwaltungs-Kommission, welche die Agenden eines Vorstandes führt, werden alle Interessenten gleichmäßig vertreten sein, und zwar Vertreter des Groß- und Kleinhandels der Konsumentenorganisationen, der Stadt Wien ꝛc., so daß eine kaufmännische, den Interessen des Handels und der Konsumenten dienende Betriebsführung gewährleistet ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muß bei dieser Gelegenheit besonders darauf hingewiesen werden, daß für die Konsumartikel bis auf weiteres der freie Handel ganz ausgeschlossen ist, weil die Entente die Sache regierungsseitig behandelt und sich in Bezug auf Provenienz, Schiffsraum oder Adresse irgend etwas dreinreden läßt. In dieser Beziehung wird sich also eine Uebergangsorganisation nicht als unzweckmäßig erweisen.

16. Anfrage des GR. Herold:

All meine Anregungen, Interpellationen und Anträge betreffs Einführung des Haferreises, besonders für die stillenden Mütter, deren Säuglinge, ebenso für die Kinder vorgeschrittenen Alters, scheiterten daran, daß kein Hafer mehr aufzutreiben war, derselbe war gänzlich vom Markte verschwunden. Nach authentischen Berichten fielen in die Hände der Italiener an der Piavefront durch unsere Magazine und Depots ungeheure Mengen von Hafer. Im Hinblicke auf die Ueberlassung von Vorräten in Sigmundsherberg, auf die Zustellung von Reis an die Stadt Innsbruck möchte ich einen weiteren Bittgang, der Not gehorchend, antreten und an das italienische Militärkommando die Anfrage richten, ob wir in dieser bitteren Not für unsere stillenden Mütter und Kinder nicht auch eine entsprechende Lieferung von Hafer erhalten könnten, der natürlich schleunigst von unserer Dampfmühle Bonviller enthülst und zermahlen werden müßte.

Das neutrale Land, die kleine Schweiz, selbst mit Nahrungsschwierigkeiten kämpfend, hat uns durch die Hilfsbereitschaft und Teilnahme einen Beweis von menschlichem Fühlen gegeben, der mit goldenen Lettern in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben werden soll. Ich glaube, daß auch Italien so menschenfreundlich fühlen und der Schweiz nicht nachstehen wird, da wir Wiener ja auch bei dem großen Unglücke in Messina hilfsbereit für die hungernden Einwohner durch die Aktion der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft eingetreten sind.

Wir brauchen notwendig Hafer. Nach dem Gutachten hervorragender Mediziner ist der Haferreis ungemein gesund und nahrhaft, aber auch wohlschmeckend und besonders für unterernährte Kinder von großer Bedeutung. Ich frage daher:

Wie denken über diese Anregung das Stadtphysikat und die Ernährungs-Kommission? Ferner: Wird der geehrte Herr Bürgermeister meine Anregung würdigen?

Bürgermeister: Ich kenne die Sehnsucht des Herrn Kollegen Herold nach Haferreis und teile diese Sehnsucht mit ihm. Aber wie der Magistrat beim liquidierenden Kriegsministerium und bei der Verteilung für die Liquidation der Armee im Felde erhoben hat, liegen Aufzeichnungen über den Stand der an der Piavefront zurückgebliebenen Hafervorräte der österreichisch-ungarischen Armee dermalen aus dem Grunde noch nicht vor, weil die bezüglichen Kommanden noch nicht nach Wien zurückgekehrt sind. Ob die Hafervorräte überhaupt noch dort liegen, ist mehr als zweifelhaft.

Uebrigens dürfte es sich nach Ansicht des Magistrates nicht um so bedeutende Mengen handeln, wie der Herr Interpellant annimmt, da nach den von den militärischen Stellen im kurzen Wege erhaltenen Aufklärungen die österreichisch-ungarischen Militärpferde an der italienischen Front zum geringeren Teile mit Hafer, vielfach aber mit Mais und Weichfutter, gefüttert wurden.

Ich kann übrigens dem Herrn Interpellanten versichern, daß die periodische Ausgabe von Haferreis an schwangere Frauen und stillende Mütter sowie die regelmäßige Dotierung der Kriegsfürsorge-Zentrale, der humanitären Anstalten sowie anderer

größerer Verbraucher Wiens bis auf weiteres durch die heimischen Vorräte gedeckt sind.

17. Anfrage des GR. Moißl:

Von den militärischen Lebensmittelvorräten wurden 44 Waggons fast durchwegs gutes Fett beschlagnahmt. Dieser Fettvorräte hat sich die Fett-Zentrale bemächtigt, um sie angeblich unter der Wiener Bevölkerung aufzuteilen. Nachdem die Wiener Bevölkerung nur Margarine zugeteilt erhielt frage ich:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, Aufklärungen von der Fett-Zentrale zu verlangen, was mit diesem Fett eigentlich geschehen ist.

Bürgermeister: Der Magistrat wird von mir beauftragt, diese Erhebungen zu pflegen. Wegen der Kürze der Zeit war es noch nicht möglich, das Ergebnis derselben vorzulegen.

18. Anfrage des GR. Rummelhardt:

In hochherziger Weise erhielten die Bewohner der Stadt Wien von der freien Schweiz und von Italien Liebesgaben, die an die Mindestbemittelten zur Verteilung gelangen. Der Begriff „Mindestbemittelte" ist aber bei den heutigen Verhältnissen ein sehr dehnbarer. Nicht alle werden mit den Karten für „Mindestbemittelte" beteilt, die in Wirklichkeit mindestbemittelt sind und nicht alle sind mindestbemittelt, die solche Karten erhalten.

Infolgedessen bleiben viele wahrhaft Bedürftige von der Beteilung mit den Liebesgaben aus dem Auslande ausgeschlossen, trotzdem gerade solche — namentlich in der jetzigen Zeit der Brotverkürzung — dieselben außerordentlich notwendig hätten.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, gütigst veranlassen zu wollen, daß auch wahrhaft bedürftige Familien aus dem Stande der niederen Beamten, Angestellten und kleinen Geschäftsleute in Hinkunft mit Liebesgaben aus dem Auslande beteilt werden.

Bürgermeister: Diese Anfrage erledigt sich durch die in der heutigen Sitzung zur Verlesung kommenden ausführlichen Berichte über die Durchführung der Schweizer Hilfsaktion und der Abgabe der Liebesgabenpakete aus Sigmundsherberg. Soweit speziell die Verteilung der Schweizer Lebensmittel in Betracht kommt, mache ich den Herrn Interpellanten aufmerksam, daß der von ihm begründeten Lehrlingsfürsorgeaktion nach einem vom Staatsamte für Volksgesundheit noch auszustellenden Verteilungsschlüssel Schokoladepulver zugewiesen werden wird. Was insbesondere die Beteilung niederer Beamten, Angestellten und kleiner Geschäftsleute mit Brotpaketen anlangt, so werden diese Schichten der Wiener Bevölkerung bei der voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Ausgabe von solchen Paketen an Besitzer von gelben Einkaufsscheinen ohnehin entsprechende Berücksichtigung finden.

Das Präsidium behält sich vor, falls Pakete übrigbleiben, gewisse niedere Beamtenkategorien damit zu bedenken.

19. Anfrage des GR. Richard Seidel:

Seit Jahren schon wird an der Auswechslung der die Bezirke 20 und 21 verbindenden Franz Josefs-Brücke gearbeitet. Noch immer steht aber nur die Hälfte der vorgesehenen Breite der Fahrbahn für den gesamten Verkehr (Straßenbahn, Fuhrwerk und Fußgänger) zur Verfügung.

Das gesamte, zur Fertigstellung der Brücke notwendige Eisenkonstruktionsmaterial soll angeblich schon zum Versetzen bereit, vorhanden sein. An der Montierung selbst arbeitet jedoch immer nur eine kleine Partie von Arbeitern.

Die derzeitige schmale Fahrbahn genügt dem großen Verkehre absolut nicht. Jedes auf der Brücke zusammengebrochene Fuhrwerk verursacht eine Verkehrsstörung, welche zur Folge hat, daß Straßenbahnwagen und Fuhrwerke manchmal lange Zeit warten müssen, ehe sie die Brücke passieren können. Die Fahrgäste solcher aufgehaltener Straßenbahnwagen sind dann gezwungen, den langen Weg über die Brücke bis zu dem nächsten Anschluß an eine andere Linie der Straßenbahn zu Fuß zurückzulegen.

Diese auf die Dauer unhaltbaren Zustände veranlassen den Gefertigten zu der Anfrage,

ob der Herr Bürgermeister die für diese Verhältnisse verantwortlichen Organe beauftragen wolle, daß die rascheste Fertigstellung der Franz Josefs-Brücke durchgeführt werde.

Bürgermeister: Wenn ich auch einen solchen Auftrag erteilen würde, würde er kaum zur Durchführung kommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Brücke nicht von der Gemeinde Wien umgebaut wird, sondern durch die Donauregulierungs-Kommission. Wir sind zwar finanziell beteiligt und es sitzen unsere Vertreter in der Donauregulierungs-Kommission, ich glaube (zu den Sozialdemokraten) von Ihrer Seite Herr Kollege Skaret. Die einzelnen Ersteher der Bauarbeiten werden nicht bloß von der Bauleitung der Donauregulierungs-Kommission, sondern auch von den exponierten Organen der Gemeinde Wien fortwährend zur beschleunigten Durchführung der Arbeiten gedrängt, doch hatten alle Bemühungen, insbesondere mit Rücksicht auf den bestehenden Arbeitermangel bisher nicht den gewünschten Erfolg. Ich mache Sie auf die Aufzahlungen aufmerksam, welche für diesen Brückenbau geleistet werden sollen . . . (Zwischenrufe.) Sie kommen halt nicht, was nützt das alles. Vielleicht wenn wir die Arbeitslosenunterstützung abbauen, wird eine größere Arbeitswilligkeit platzgreifen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich werde die Donauregulierungs-Kommission ersuchen, alles aufzubieten, aber die Schwierigkeiten sind tatsächlich sehr groß.

20. Anfrage des GR. Hohensinner:

Der § 48 des Reichsvolksschulgesetzes setzt fest, daß als verantwortliche Schulleiter nur solche Lehrpersonen bestellt werden können, welche auch die Befähigung zum Religionsunterrichte jenes Glaubensbekenntnisses nachweisen können, welchem die Mehrzahl der Schüler der betreffenden Schule nach dem Durchschnitte der vorausgegangenen fünf Schuljahre angehört haben.

Diese gesetzliche Bestimmung hat hauptsächlich die Lehrer protestantischer Konfession schwer getroffen, welche seit dem Jahre 1883 von der Bewerbung um Leiterposten an den Schulen der Gemeinde Wien ausgeschlossen waren.

Da diese Bestimmung zudem in unserer Zeit ein arger Anachronismus ist und sie auch mit dem Geiste echter Demokratie in schroffstem Gegensatze steht, erlaubt sich der Unterzeichnete die Anfrage zu richten:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderate eine Petition an den Nationalrat zur Beschlußfassung vorzulegen, in welcher die sofortige Aufhebung der gesetzlichen Bestimmung verlangt wird, nach welcher der Schulleiter der Konfession angehören muß, welche die Mehrzahl der Schüler der betreffenden Schule hat?

Bürgermeister: Diese Angelegenheit gehört offenbar in die Kompetenz der Nationalversammlung. Ich werde diese Interpellation als Antrag ansehen und sie geschäftsordnungsmäßig behandeln lassen.

21. Anfrage des GR. Hohensinner:

Die städtischen Pensionisten, die nur etwa sechs Prozent der städtischen Beamtenschaft ausmachen, müssen bei der herrschenden wahnsinnigen Teuerung buchstäblich darben. Besonders leiden die nach älteren Pensionsbestimmungen in den Ruhestand versetzten Beamten und Lehrer. Sie erhalten nicht nur geringere Pensionen als ihre nach den heute geltenden Pensionsgesetzen pensionierten Kollegen in der gleichen Rangsstufe und mit der gleichen Dienstzeit, sie beziehen auch bedeutend geringere Zulagen. Nun hat aber die Teuerungszulage mit Arbeit und Ruhe gar nichts zu tun, sie wird nur wegen der stark verminderten Kaufkraft des Geldes gegeben, damit der Angestellte seine Lebensführung wenigstens annähernd auf dem gewohnten Niveau erhalten kann. Daher muß das gleiche Recht der Pensionisten auf alle Teuerungsbeiträge in der Höhe, wie sie der Aktive erhält, endlich ausgesprochen und durch die Durchführung anerkannt werden. Aus demselben Grunde ist es nur ein Gebot der Billigkeit, die Pensionen der Altpensionisten, deren Zahl eine ganz geringe und immer kleiner werdende ist, nach den neuesten Pensionsbestimmungen festzusetzen.

Der Unterzeichnete erlaubt sich deshalb an den Herrn Bürgermeister die Anfragen zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Magistrat zu veranlassen, dem Gemeinderate Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen, nach welchen die Pensionisten die gleichen Teuerungszulagen erhalten wie die aktiven Beamten mit derselben Dienstzeit und im gleichen Range und den Altpensionisten die Ruhegehalte nach den letzten Pensionsbestimmungen für Beamte und Lehrer zuerkannt werden?

Bürgermeister: Die Gemeinde hat bekanntlich die Kriegszulagen ihrer Angestellten den diesbezüglichen staatlichen Maßnahmen angepaßt. Nur bei den Pensionisten, insbesondere den mit den Mindestbezügen ist sie über das staatliche Ausmaß hinausgegangen.

Die Gemeinde ist sicherlich jederzeit bereit, die gerechtfertigten Wünsche ihrer Angestellten zu erfüllen, nur liegt eine Grenze in der finanziellen Leistungsfähigkeit. Es könnten die angeregten Erhöhungen der Bezüge selbstverständlich nicht auf die Lehrer beschränkt bleiben, sondern müßten auf alle städtischen Angestellten erstreckt werden.

Der Magistrat wird, falls er hiezu beauftragt wird, über die finanziellen Wirkungen und die Durchführbarkeit Bericht erstatten.

22. Anfrage des GR. Ullreich:

Während infolge Kohlenmangels der Verbrauch an Gas sowohl für Haushaltungen als auch für gewerbliche Zwecke außerordentlich eingeschränkt werden mußte, wird im Lesesaale der Universitätsbibliothek Gas geradezu verschwendet. Es werden dort, um die Räume zu erwärmen, tagsüber die Gasflammen in Betrieb gesetzt. So waren zum Beispiel am Montag den 20. Jänner in der Zeit von ½9 Uhr früh bis 7 Uhr abends nicht weniger als 220 Gasflammen (die Kanzleiräume nicht gerechnet) in Betrieb, wozu noch zu bemerken ist, daß der Lesesaal der Universitätsbibliothek erst um 10 Uhr vormittags geöffnet wird. Der 20. Jänner war bekanntlich ein sehr heller Tag, an dem man Gasflammen tagsüber zur Beleuchtung nicht notwendig hatte. Angesichts des Umstandes, daß infolge des Gasmangels nicht nur jeder einzelne Privathaushalt, sondern auch sämtliche Geschäftsleute außerordentlich behindert werden, muß dieses Vorgehen der Bibliotheksleitung begreifliche Entrüstung erregen.

Ich gestatte mir daher die Anfrage an den Herrn Bürgermeister,

ob er geneigt ist, zu veranlassen, daß die Gassparvorschriften auch in diesem Falle voll beachtet werden?

Bürgermeister: Die Handhabung der Spar- und Sperrmaßnahmen liegt bei der Polizei-Direktion. Ich werde daher auch diese Interpellation diesem Amte übermitteln.

23. Anfrage des GR. Hohensinner:

Obwohl in Oesterreich kein gesetzliches Hindernis für die Feuerbestattung bestand, war diese bisher verboten.

In der Republik Deutschösterreich besteht ein Verbot nicht mehr und schon hat daher die Stadt Reichenberg ihre Feuerhalle eröffnet und die Verwaltungen von Graz, Linz und anderen deutschösterreichischen Städten haben bereits die Mittel zur Erbauung von Feuerhallen bewilligt.

In Wien bildet die Friedhofsfrage eine beständige Sorge der Gemeindeverwaltung. Fortwährend müssen Erweiterungen der Friedhöfe vorgenommen werden und die Kosten der Leichenbestattungen werden immer größer. Die Feuerbestattung läßt sich hingegen auf einem beschränkten Raume und mit ganz geringen finanziellen Mitteln durchführen.

Seit Jahren wurden im Gemeinderate immer wieder Anträge auf Errichtung von Feuerhallen gestellt, die bisher unerledigt blieben.

Der Unterzeichnete richtet deshalb an den Herrn Bürgermeister die Anfragen:

In welchem Stadium der Beratung befinden sich die Anträge auf Errichtung einer Feuerhalle und warum wird das Ersuchen um Gestattung der oberirdischen Aufstellung von Urnen auf den städtischen Friedhöfen, sowie um Anlegung eines Urnenhaines nicht bewilligt?

Bürgermeister: Diese Angelegenheit befindet sich im Stadtbauamte und wird mit aller Beschleunigung behandelt werden.

24. Anfrage des GR. Hammerschmid:

Der Firma A. Froß-Büssing, Automobilfabrik, Wien, XX., Nordwestbahnstraße, wurden von der Gemeinde Wien Lastwagenautos zur Reparatur übertragen. Dieser Auftrag soll nach Angabe der Firma von der Gemeinde zurückgezogen worden sein. Ein Teil der Wagen ist bereits demontiert. Durch die Entziehung dieses Auftrages verliert ein großer Teil der dort beschäftigten Arbeiter ihre Stelle.

Mit Rücksicht, daß der Arbeitslosenstand von Wien fast 100.000 erreicht hat und durch die Entziehung dieses Auftrages das Heer der Arbeitslosen vergrößert wird, wird die Anfrage an den Herrn Bürgermeister gestellt:

1. Ob er geneigt ist, darüber Aufklärung zu geben und
2. dafür zu sorgen, daß dieser Auftrag der Firma Büssing nicht entzogen wird.

Bürgermeister: Unter den von der Gemeinde Wien auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 11. November 1918 von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung erworbenen 90 Lastkraftwagen befindet sich auch eine größere Anzahl von Büssingwagen, von denen ein Teil größerer Instandsetzungsarbeiten bedarf. Diese Wagen wurden zur Firma A. Froß-Büssing überstellt mit dem Auftrage, sie zu untersuchen und genaue Kostenanschläge vorzulegen. Dieser Weisung wurde bisher erst bezüglich eines Wagens entsprochen, die anderen Kostenanschläge sind noch ausständig. Eine Zurückziehung der Bestellungen ist nicht erfolgt, doch wurde dem Vertreter der Firma vom Stadtbauamte ausdrücklich bedeutet, daß selbstverständlich vor Vorlage der Kostenanschläge und Erwirkung der Genehmigung mit der Instandsetzung der Wagen nicht begonnen werden darf.

Das Stadtbauamt kann ja auch keine andere Auskunft geben, weil es die Genehmigung des Stadtrates abwarten muß.

25. Anfrage des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller:

Anläßlich der kürzlich in Wien erfolgten Konskribierung der Wahlberechtigten, wurde leider wiederum das Prinzip des Rechtes auf Geheimhaltung der Privatverhältnisse in vielfacher Weise verletzt, indem infolge der Art und Weise der Durchführung der Konskribierung vor den Hausbesorgern in gleichzeitiger Anwesenheit vieler Parteien Familien- und persönliche Verhältnisse unnötigerweise einer breiteren, nicht amtlichen Oeffentlichkeit preisgegeben wurden, wodurch vielen Menschen peinliche Unannehmlichkeiten erwachsen sind. Das Recht auf Geheimhaltung der Privatverhältnisse bildet auch einen Teil der Freiheiten, auf welche jeder Staatsbürger ein unbestreitbares Anrecht besitzt. Die Art und Weise, wie in Wien bisher bei Volkszählungen und für Zwecke der Statistik sowie für andere Zwecke durchgeführten Zählungen vorgegangen wurde, verletzt jedesmal dieses staatsbürgerliche Recht, machen derartige amtliche Zählungen den Beteiligten unangenehm und peinlich und veranlassen dieselben, sich diesen Zählungen ferne zu halten oder falsche Angaben zu machen.

Es wird also den Parteien geschadet und dem Zwecke nicht genützt.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

ob er nicht geneigt ist, die maßgebenden städtischen Aemter dahin anzuweisen, daß sie bei allen derartigen künftigen Zählungen die Durchführung der in Betracht kommenden behördlichen Maßnahmen derartig organisieren, daß das Recht auf Geheimhaltung der Privatverhältnisse der Bürger der Stadt in keiner wie immer gearteten Weise verletzt werden kann.

Bürgermeister: Ich weiß nicht, warum ich auch noch die Beschlüsse der Nationalversammlung verantworten soll. Uebrigens ist ja das in der betreffenden Kundmachung enthalten. Außerdem habe ich die Beamten, welche mit diesen Erhebungen betraut worden sind, ausdrücklich angewiesen, mit allem Takt und mit Diskretion vorzugehen.

Ich habe auch den Magistrat angewiesen, für die Verzeichnung der Wahlberechtigten alles vorzukehren, um die Preisgabe schonungsbedürftiger Privatverhältnisse hintanzuhalten, soweit es halt nach den bestehenden Gesetzen möglich ist.

26. Anfrage der GR. Untermüller, Waldsam und Genossen:

Seit der Fixierung des Begriffes Mindestbemittelter haben sich die damals maßgebend gewesenen Grundlagen wesentlich geändert. Breite Schichten der Bevölkerung, besonders die Festangestellten, die seinerzeit infolge ihres höheren Einkommens nicht in diese Kategorie fielen, sind heute infolge der fortschreitenden Geldentwertung und der andauernden Steigerung der Lebenskosten zu Mindestbemittelten geworden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich maßgebenden Ortes dafür einsetzen zu wollen, daß ehestens eine Regelung des Begriffes „Mindestbemittelte" unter Bedachtnahme auf die geänderten Verhältnisse erfolge?

Bürgermeister: Es ist ja zweifellos, daß die Grenze für die Mindestbemittelten viel zu eng gezogen ist. Bei den heutigen Verhältnissen, wo der Geldwert so gesunken ist, würde es sich wirklich empfehlen, eine höhere Grenze fixieren zu lassen. Ich werde daher diese Anfrage als Antrag behandeln und soll vom Magistrat berichtet werden, in welchem Umfange diesem Verlangen Rechnung getragen werden soll.

27. Anfrage des GR. Schäfer:

In meiner Interpellation habe ich den Herrn Bürgermeister gefragt, ob er geneigt ist, das Erforderliche an geeigneter Stelle zu veranlassen, daß sämtliche Zentralen in Wien baldmöglichst aufgelöst werden. Inzwischen sind Wochen verstrichen. Was in der Sache geschehen ist, weiß ich nicht, was hätte geschehen sollen, zeigt nachstehender Vorfall: Der Selchermeister Adolf Skala, 3., Landstraßer Hauptstraße Nr. 35, hat bei einer Frau Rosalie Geher in Achau 30 Meterzentner Heu gekauft. Er wandte sich sodann an die Futtermittel-Zentrale um Ausstellung eines Transportscheines, den er auch gegen Erlag von 62 K per Meterzentner, also gegen Erlag von 1860 K erhielt. Anläßlich des Eintreffens der ersten Fuhre in Wien wurde der Produzent angewiesen, mit dem Wagzettel sich bei der Futtermittel-Zentrale das Geld zu holen. Er erhielt jedoch bloß 25 K, da der Höchstpreis für den Produzenten bloß 25 K beträgt. Die Verbraucher müssen jedoch 62 K zahlen. — Mit anderen Worten: Der Produzent muß wirtschaftlich schwer geschädigt werden, damit die Futtermittel-Zentrale das Material erhält, uns Verbraucher — ich spreche im Namen aller Fuhrwerker und Pferdebesitzer in Wien — zu bewuchern.

Worauf müssen wir warten? Daß es uns schlecht geht, können wir als Besiegte nicht ändern. Müssen wir es aber dulden, daß wir unter staatlicher Patronanz ausgewuchert und ausgeraubt werden? Sind denn die Zentralen ein Uebel, gegen das es kein Heilmittel gibt?

Nochmals frage ich den Herrn Bürgermeister:

Ist erst gewillt, mit all seiner Macht und Autorität, die ihm $2^1/_2$ Millionen Bürger geben, sich dafür einzusetzen, daß diese Wiener Schande, die entsetzliche Zentralenwirtschaft samt ihrer Mißwirtschaft endlich aufgehoben wird?

Bürgermeister: Am 11. Dezember 1918 wurde in der provisorischen Laudesversammlung der Antrag gestellt und zum Beschlusse erhoben, die staatliche Rauhfutterbewirtschaftung aufzulassen.

Daraufhin fanden beim Staatsamte für Volksernährung Verhandlungen statt, welchen Vertreter der Landwirtschaft und der verschiedenen Verbrauchergruppen in Wien beigezogen wurden, darunter die Genossenschaften der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer, Fiaker, Einspänner, Lohnfuhrwerker ꝛc., Milchmeier, Fouragehändler und Großhändler.

Während sich die Vertreter der Landwirtschaft für die Auflassung aussprachen, erklärten die Vertreter der Verbraucher in Wien einhellig, einer Auflassung der staatlichen Rauhfutterbewirtschaftung nicht zustimmen zu können, weil zu befürchten ist, daß bei der derzeit herrschenden Futtermittelnot die Preise des Rauhfutters im freien Handel eine ungemessene Höhe erreichen und die kleinen Tierhälter nicht in der Lage sein würden, sich auch nur jene geringe Rauhfuttermenge, welche sie jetzt von der Futtermittelstelle erhalten, zu beschaffen.

Eine Entschließung des Staatsamtes für Volksernährung zu dem Antrage der Landesversammlung ist bis heute nicht erfolgt.

Bezüglich des Heupreises, der dem Produzenten zukommt, wird bemerkt, daß zufolge Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 3. Juni 1918, R.-G.-Bl. Nr. 193, die Futtermittelstelle dem Erzeuger für den Meterzentner Heu 25 K ab Scheune (Triste) als Uebernahmspreis zu bezahlen hat. Außerdem gebührt dem Produzenten für die Zufuhr von der Scheune (Triste) zur Abnahmestelle eine Vergütung, welche nach der Kilometerzahl gleichfalls durch die Verordnung festgesetzt ist.

Bei der Abgabe von Heu durch die Futtermittelstelle an die Verbraucher kommen zu diesen Uebernahmspreisen die vom Amte für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Ackerbauministerium festzusetzenden Vergütungen für alle sonstigen mit der Uebernahme, Zufuhr und Verladung der Ware verbundenen Leistungen, für die Uebernahme der Qualitätshaftung und für die Spesen der mit dem Aufkaufe beauftragten Kommissionäre sowie die Regiezuschläge der Futtermittelstelle und der Zweigstelle hiezu.

Auf Grund aller dieser zum Uebernahmspreise hinzuzurechnenden Vergütungen und Zuschläge hat das Amt für Volksernährung mit Erlaß vom 12. August 1918, Z. 95204 (Dep. 19), den Verteilungspreis für Heu in Wien mit 62 K per 100 kg festgesetzt.

Der Herr Kollege Schäfer ist ja im Saale anwesend und hat daher früher die Beantwortung der Interpellation eines anderen Kollegen gehört. Herr Kollege Schäfer, Sie scheinen meine Macht wesentlich zu überschätzen, wenn Sie glauben, daß ich die Herkulesarbeit allein vollbringen könnte, die Zentralenwirtschaft aufzuheben. Da müssen alle zusammenwirken, dann wird es mit Gottes Hilfe einmal gelingen. (GR. Schäfer: Hier handelt es sich hauptsächlich um die Futtermittel-Zentrale!) Die ist ja auf Beschluß der Landesregierung schon aufgehoben.

28. Anfrage der GR. Breuer und Jung:

Am 26. Oktober 1914 wurde der „Phönixpalast" des 2. Bezirkes, Prater 26 von der Militärbehörde zu militärischen Einquatierungszwecken requiriert. Diese militärische Einquatierung dauerte bis März 1918. Durch die militärische Benützung des Lokales wurden die Besitzer nicht nur allein in der Ausübung ihres Gewerbes verhindert und dadurch schwer geschädigt, sondern es haben auch die Lokalitäten äußerst schweren Schaden gelitten. Nach dem Abzuge der Truppen fanden wegen einer Schadenvergütung in dem genannten Lokale zwei gemischte kommissionelle Besichtigungen statt. Dieselben wurden am 20. März 1918 und am 19. April 1918 abgehalten und hiebei dem Besitzer des „Phönixpalastes" ein Schadenersatz im Betrage von 138.271 K zugesprochen. Wir schreiben heute den 22. Jänner 1919 und noch immer haben die Besitzer des „Phönixpalastes" keinen Heller ausbezahlt erhalten. Dieses Vorgehen der zustehenden Behörde gegenüber den Gewerbetreibenden ist ein so unerhörtes, daß ich mich veranlaßt sehe, an den Herrn Bürgermeister die Frage zu richten,

ob er geneigt ist, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, daß dieser schreienden Ungerechtigkeit gegenüber den schwer geschädigten Gewerbetreibenden abgeholfen werde, damit die Besitzer des Lokales in die Lage versetzt werden, ihrem bürgerlichen Berufserwerbe wieder nachgehen zu können.

Bürgermeister: Anläßlich des Abganges des im 2. Bezirke, Prater 26 („Phönixpalast"), bequartierten Ersatzbataillons Nr. 4 wurden am 20. März 1918, beziehungsweise 19. April 1918 die durch die Bequartierung hervorgerufenen Sachschäden an bezeichnetem Bequartierungsobjekte samt Einrichtungsständen durch eine gemischte Kommission festgestellt und

wurde für die erhobenen Sachschäden eine Vergütung von 134.771 K 38 h ermittelt.

Mit der Zuschrift des Wiener Magistrates vom 25. April 1918, Magistrats-Abteilung XVI, 6565/18, wurde an die Intendanz des Militärkommandos in Wien das Ersuchen gerichtet, obigen Betrag an die Firma Vergnügungs-Etablissement „Phönixpalast" A. Swoboda's Nachfolger 2., Prater 26, zur Auszahlung zu bringen.

Die vorliegende Anfrage wird von mir zum Anlaß genommen, unter einem an die Intendanz des liquidierenden Militärkommandos Wien neuerlich das Ersuchen zu richten, den bereits fälligen Betrag ehestens zu liquidieren.

29. Anfrage des GR. Winter:

Im Frauenheim Meidling, Frauenheimgasse, herrscht großer Notstand. Die 49 alten Frauen, die sich in dieses Heim eingekauft haben, haben seinerzeit so geringe Beträge dafür zu zahlen gehabt, daß während des Krieges die vorhandenen Mittel des Vereines nicht ausreichten, um die Frauen ordentlich zu verköstigen. Augenblicklich hat die Not einen Höhepunkt erreicht, der dringend öffentliche Hilfe nötig macht. Vor wenigen Tagen war es dem Vereine wohl möglich, eine Spende von 10.000 K zu erlangen, aber diese reicht nur auf wenige Wochen hin, um das Dasein des Heimes zu fristen. Durch eine Lebensmittelaushilfe wären die Frauen möglicherweise vor dem Hunger zu schützen.

Wir fragen darum den Herrn Bürgermeister,

ob er nicht geeignete Maßnahmen treffen wollte, um das Heim und die darin ansässigen alten Frauen vor dem Hunger wirksam zu bewahren?

Bürgermeister: Das Wiener Frauenheim in Meidling erhält seit Oktober 1916 von der Gemeinde Wien ständige Mehlzuweisungen.

Vor der am 16. Jänner 1918 eingetretenen Kürzung der Verschleißmehlquote erhielt dieses Heim immer für je drei Wochen 80 kg Mehl; seit der eingetretenen Kürzung das gleiche Quantum nur mehr für sechs Wochen.

Außerdem werden diesem Heime noch über fallweise Ansuchen Lebensmittelzubußen zugewiesen, so zuletzt am 13. November des Vorjahres 40 kg Kartoffelwalzgrieß.

An sonstigen Zuweisungen erhielt das Heim von der Gemeinde Wien im abgelaufenen Jahre zusammen 92 kg Kriegsmargarine, heuer bereits 15 kg Margarine, und ist auch wieder eine weitere Fettzubuße in Aussicht genommen.

Es besteht nach wie vor kein Anstand, daß, falls die Anstalt sich neuerdings um Lebensmittelzubußen an die Gemeinde Wien wendet, diesem Ansuchen nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte willfahrt wird.

Ich sehe die Begründung dieser Interpellation sehr gut ein und werde den Magistrat darauf aufmerksam machen.

30. Anfrage des GR. Moißl:

Ich habe in Erfahrung gebracht, daß die Zentralen von den beschlagnahmten militärischen Lebensmittelvorräten Unmengen von Wien in die Provinzen verschleppen ließen. Ich frage deshalb:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, vom Staatsamt für Volksernährung die Bekanntgabe derjenigen Lebensmittel zu verlangen, welche von Wien weg verschleppt wurden?

Bürgermeister: Ich habe in Erfahrung gebracht, daß dermalen, soweit die Verhältnisse mir bekannt sind, eine solche Verschleppung nicht stattgefunden hat. Ich werde übrigens Erhebung pflegen lassen, ob wirklich Kollege Moißl mit seiner Behauptung Recht hat.

31. Anfrage des GR. Reismann:

Die technische Durchführung der von der Bevölkerung abgegebenen Staatsbürgerschafts-Erklärungen wurde dem Magistrate übertragen.

Da die Frist zur Sicherung des Wahlrechtes nur eine kurze ist, findet täglich ein Massenandrang der Parteien beim magistratischen Bezirksamte statt und es ergibt sich nun daraus, daß die Beamten der Bezirksämter eine äußerst gesteigerte Arbeitsleistung zu vollbringen haben. Trotz alledem ist es in der vorgeschriebenen Amtszeit unmöglich, alle Fälle zu erledigen, es mußten deshalb die Amtsstunden verlängert werden. Bisher wurde den Magistratsbeamten bei derartigen Anlässen für die geleistete Ueberzeitarbeit eine Gebühr in der Höhe von 3 K für täglich 3 bis 3½ Stunden zugesprochen. Nun befürchten die beteiligten Beamten, daß auch in dieser wirtschaftlich so schweren Zeit an dieser niederen Entschädigung festgehalten wird.

Ich stelle deshalb an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, zur Beruhigung der überarbeitenden Beamten mitzuteilen, ob er von der bisherigen ungenügenden Entschädigung Abstand nimmt und eine der tatsächlichen Ueberleistung in den teueren Verhältnissen angepaßte Erhöhung der Vergütung veranlassen will?

Bürgermeister: Bei der Magistrats-Direktion steht eine Eingabe des Klubs der Konskriptionsamtsbeamten um Erhöhung der Entschädigung für die in diesem Amte stattfindenden Nachmittagsfrequenzen in Verhandlung, worüber in den nächsten Tagen dem Stadtrate berichtet werden wird. In diesem Berichte ist eine entsprechende Erhöhung der Bezüge in Aussicht genommen.

32. Anfrage des GR. Reismann:

Am 13. Jänner 1919 wurde beim Meidlinger Südbahnhof durch einen Zug der Badener Elektrischen ein Mann zu Tode gerädert.

Von einem unglücklichen Zufall allein kann hier nicht gesprochen werden, weil an ein und derselben Stelle im Laufe der Jahre eine hohe Zahl von Unglücksfällen sich ereignet hat.

Der durch die unmittelbare Nähe des Bahnhofes an und für sich rege Verkehr wird durch den Umstand, daß hier die Endstationen mehrerer Linien der Straßenbahn zusammenfallen und drei Schienenstränge die Straßenbreite bis unmittelbar zum Trottoir für sich beanspruchen, ein geradezu beängstigender. Nur durch rasche Beseitigung des die Straße an dieser Unglücksstelle einschnürenden, zirka einige Meter vorgebauten Hauses der Eichenstraße 27, könnte dieser ständigen Gefahr für die Bevölkerung abgeholfen werden. Diesbezüglich wurde schon wiederholt ergebnislos interpelliert.

Ich stelle deshalb an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, zur Verhütung weiterer Unfälle veranlassen zu wollen, daß die Verkehrsverhältnisse in der Eichenstraße geregelt werden oder die ehemöglichste Einlösung des Vorgartens des Hauses 12., Eichenstraße 27 erfolgt?

Bürgermeister: Wegen der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit war es nicht möglich, die nötigen Vorerhebungen zu pflegen und wird daher die Beantwortung erst in der nächsten Gemeinderats-Sitzung erfolgen.

33. Anfrage des GR. Schreier:

Zu den traurigsten Erscheinungen unserer Stadt gehören die Zustände des Telephonwesens. Diese Kalamität nimmt Formen an, die unhaltbar geworden sind, jeder Kritik spotten und Wien geradezu der Lächerlichkeit preisgeben. Wenn auch zugegeben werden soll, daß die außerordentlichen Umstände das tadellose Funktionieren des Telephonbetriebes erschweren, so können diese Hindernisse doch nicht die katastrophalen Verhältnisse am Telephon vollends erklären oder gar entschuldigen. Eine ganz besondere Steigerung der traurigen Situation ist dadurch entstanden, daß das Telephonbuch seit längerer Zeit nicht erschienen und die Erneuerung, nach den letzten Veröffentlichungen, erst in einem halben Jahre in Aussicht genommen ist. Wiewohl das Telephonwesen der staatlichen Verwaltung untersteht, ist es eine Pflicht der städtischen Körperschaft, dahin zu wirken, daß die staatlichen Organe die Förderung der Großstadtinteressen Wiens nicht ganz aus dem Auge verlieren, weshalb ein energisches Einschreiten von Seite der mit der Vertretung Wiens betrauten autonomen Organe in Angelegenheit der Telephonmisere dringend geboten erscheint. Darum erlaube ich mir an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeisten die Anfrage zu stellen:

1. Ob er geneigt ist, beim Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel dahin zu wirken, daß nunmehr mit aller Energie an die Behebung technischer Unzulänglichkeiten im Telephonwesen geschritten wird;

2. ebenso energisch für das rascheste Erscheinen eines vollständigen Telephonbuches sich einzusetzen;

3. vom Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel Aufklärung zu verlangen, warum von den Telephonabonnenten die Einhebung der Gebühr für das Telephonbuch verlangt wird, ohne daß ihnen ein solches gegeben oder in sichere Aussicht gestellt wird.

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nur sowohl den Herrn Staats-Sekretär Urban, sowie den General-Direktor v. Hoheisel von dieser Interpellation in Kenntnis setzen, aber mehr bin ich nicht imstande zu tun. Vor allem sollten wir an die Telephonfräuleins die Bitte stellen, daß sie uns nicht so lange warten lassen (Heiterkeit und Zustimmung.)

34. Anfrage des GR. Kokrda:

Das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 6, hat mit Kundmachung vom 16. Dezember 1918, Z. 20201/18, die Verteilung von Marmelade verfügt: die Verteilung war bereits am 15. Dezember in den Tageszeitungen bekanntgemacht.

Wie das Bezirkswirtschaftsamt die Konsumentenorganisationen behandelt, möge aus nachstehender Schilderung entnommen werden: Der Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe Wiens, dem die gesamte Arbeiterschaft aller seinerzeit unter dem Kriegsleistungsgesetz stehenden Betriebe von Wien, sowie die vier Arbeiterkonsumvereine Wiens angeschlossen sind, hat sich bereits vor dem Erscheinen der oberwähnten Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes an die „Geos" um Zuweisung von Marmelade gewendet; die „Geos" bedeutete ihm, daß die Zuweisung von Marmelade vom Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 6, erfolgen werde. Am 17. Dezember hat sich der Lebensmittelverband an die Stelle 6 des Bezirkswirtschaftsamtes um Zuweisung einer Menge von Marmelade für seinen Verpflegsstand von 420.000 Personen gewendet; die Organe des Bezirkswirtschaftsamtes haben gefragt, ob denn der Lebensmittelverband noch bestehe und erklärten, daß sie es nicht wie bisher machen können, dem Lebensmittelverband ohneweiters Waren zuzuweisen. Die Auseinandersetzungen mit dem Bezirkswirschaftsamte, Stelle 6, haben sich noch am darauffolgenden Tage, am 18. Dezember, fortgesetzt, wobei der dort amtierende Funktionär auf den Vorhalt, er möge sich bei der Verteilung an die bestehenden Vorschriften halten, bemerkte, es gehe niemanden etwas an, wie und an wen er Ware verteilt, und verlangte ein genaues Verzeichnis aller dem Lebensmittelverbande angehörigen Firmen mit dem Stande der von diesem zu versorgenden Personen. Erst dann, wenn der Lebensmittelverband die Listen herbeischafft, könnten ihm die 14 Waggons Marmelade, die er zur Befriedigung der ihm angeschlossenen Konsumenten braucht, zugewiesen werden. Nach der persönlichen Intervention im Bezirkswirtschaftsamte fragte dieses im Bureau des Lebensmittelverbandes telephonisch an, ob die Verpflegsziffer von 420.000 richtig sei und teilte mit, daß die Anweisung auf Marmelade sofort — ohne jede Liste — geholt werden könne, jedoch mit der Einschränkung, daß nicht mehr so viel Marmelade vorhanden sei, als der Lebensmittelverband zur Befriedigung seiner Konsumenten benötigt. Gegen Mittag des 18. Dezember erhielt der Lebensmittelverband vom Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 6, eine Anweisung auf 11 Waggons Marmelade, lautend an die „Wiener Lebensmittelverkehrs-Gesellschaft m. b. H." (Wieleg); als der Lebensmittelverband die Anweisung der „Wieleg" präsentierte, erklärte diese, daß sie im ganzen nur mehr einen Waggon Marmelade zur Verfügung habe. Eine telephonische Rücksprache der „Wieleg" mit der Stelle 6 des Bezirkswirtschaftsamtes hatte zur Folge, daß dem Lebensmittelverbande sechs Waggons zugesagt wurden. Auf den Einwand, daß der Lebensmittelverband mit sechs Waggons seine Konsumenten nicht befriedigen kann, wurde der Abgesandte des Lebensmittelverbandes für 2 Uhr nachmittags neuerlich in die Räume des Bezirkswirtschaftsamtes beschieden, wo mit dem Vertreter der „Wieleg" ein Weg gesucht werden sollte, die Konsumenten des Lebensmittelverbandes voll befriedigen zu können. Die Zusammenkunft fand nachmittags um 2 Uhr statt, der Lebensmittelverband bekam jedoch nur die Zusage, daß er um 5 Uhr nachmittag in der „Wieleg" eine Anweisung auf acht Waggons Marmelade erhalten werde. Nachmittags um 5 Uhr schickte der Lebensmittelverband neuerlich einen Beamten in die „Wieleg", wo ihm der Betrag namhaft gemacht wurde, welcher bei dem „Kreditverein der Kommunal-Sparkassa" für die acht Waggons Marmelade zu erlegen sei. Der Erlag des Betrages erfolgte am 19. Dezember, wogegen dem Lebensmittelverbande die Anweisung auf acht Waggons Marmelade ausgefolgt wurde.

Der Lebensmittelverband braucht zur Versorgung seines Verpflegsstandes bei Berücksichtigung der Quote von 1/4 kg per Kopf unter Berücksichtigung der Kinder unter 14 Jahren, sowie der Schwerarbeiter — wie er in seinem Briefe vom 19. Dezember an das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 6, berichtet hat — eine Menge von 142.500 kg Marmelade; er hat außer den acht Waggons bis heute noch keine weitere Zuweisung erhalten, was zur Folge hatte, daß er nur einen Teil der ihm angeschlossenen Betriebe und Konsumvereinsfilialen mit Marmelade versorgen konnte.

In der Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes, Stelle 6, wird von genehmigten Abgabestellen (Handels- und sonstige Gewerbetreibende und Konsumentenorganisationen) gesprochen. Abgesehen davon, daß dem Magistrat das Recht nicht zusteht, Abgabestellen von Konsumentenorganisationen zu genehmigen oder abzulehnen, müßte doch zumindest gefordert werden, daß das Bezirkswirtschaftsamt jene Konsumentenorganisationen, die seit Jahren mit den staatlich bewirtschafteten und anderen Waren versorgt werden, anstandslos und rechtzeitig beteilt.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Preis der Marmelade vom Bezirkswirtschaftsamt mit 5 K 35 h für ein Kilogramm namhaft gemacht wurde, wohingegen die „Wieleg" einen Preis von 5 K 45 h — also um 10 h per Kilogramm mehr — in Rechnung gestellt hat. Es muß gesagt werden, daß der Zuschlag von 10 h bei einem Kilogramm nur für die Ausfolgung einer Anweisung ein viel zu großer ist.

Fast dieselben Schwierigkeiten wie bei der Marmelade hatte der Lebensmittelverband auch bei der Stelle 2 des Bezirkswirtschaftsamtes wegen Ausfolgung der Anweisung auf Reis, der zu den Weihnachtsfeiertagen zur Verteilung gelangte, zu bestehen. Am 17. Dezember wurde in den Tageszeitungen verlautbart, daß die Gemeinde Wien ein 1/8 kg Reis per Kopf zur Verteilung bringen wird. Die vom Lebensmittelverband eingeleiteten Bemühungen, die auf seine Konsumenten entfallende Menge Reis zugewiesen zu erhalten, haben nicht sofort den notwendigen Erfolg gehabt, so daß der Lebensmittelverband auch den Reis nicht in der vom Bezirkswirtschaftsamte festgesetzten Frist zur Verteilung bringen konnte.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die dem Lebensmittelverband angeschlossenen Betriebe und Konsumvereine mit der Behandlung, die ihnen bei diesen Waren zuteil wurde, höchst unzufrieden sind und daß sie — in Unkenntnis des wahren Sachverhaltes — ihren ganzen Unmut dem Lebensmittelverband gegenüber zum Ausdruck bringen. Um eine gleichzeitige Verteilung von bestimmten Lebensmitteln in allen Abgabestellen der Stadt Wien (in den städtischen, als auch in jenen der Konsumvereine und Betriebe) zu ermöglichen, muß die Ware den Konsumentenorganisationen gleichzeitig mit der Zuweisung an die „Wieleg" ausgefolgt werden.

Ich frage daher:

1. Ist der Herr Bürgermeister bereit, dem Bezirkswirtschaftsamte den Auftrag zu erteilen, daß die Konsumentenorganisationen genau so behandelt werden wie die sonstigen Abgabestellen des Handels und Gewerbes?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, das Bezirkswirtschaftsamt zu beauftragen, daß den Konsumentenorganisationen die ihnen auf Grund der Verpflegsstände zukommenden Warenmengen unmittelbar — ohne den Umweg über die „Wieleg" — zugewiesen werden?

3. Sollte die unmittelbare Zuweisung an die Konsumentenorganisationen aus irgend einem Grunde untunlich sein, so stelle ich die Frage: sind die Zuschläge, welche die „Wieleg" bei den einzelnen Waren einhebt, von dem Bezirkswirtschaftsamte genehmigt? Wenn ja, ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, daß die Zuschläge vom Bezirkswirtschaftsamte entsprechend herabgesetzt werden?

4. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, dem Bezirkwirtschaftsamte den Auftrag zu erteilen, daß dem Lebensmittelverbande die noch fehlenden Menge von 6 1/2 Waggons Marmelade sofort zugewiesen wird.

Bürgermeister: Die „Wieleg" m. b. H. hat die Zuweisung für die Reisabgabe in der Weihnachtswoche sowohl für den Bedarf in den städtischen Abgabestellen als auch bei den Konsumentenorganisationen vom Bezirkswirtschaftsamte, Stelle 6, am 17. Dezember 1918 erhalten. Laut Information der „Wieleg" m. b. H. hat diese den Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe bereits am 18. Dezember verständigt, daß die Reisanweisung für den Lebensmittelverband im Kreditverein der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien erliege und sofort nach Erlag des Kaufpreises behoben werden konnte. Diese Anweisung wurde jedoch, wie „Wieleg" m. b. H. auf eine diesbezügliche Anfrage weiter bekanntgibt, erst am 19. Dezember vom Lebensmittelverband behoben. Die verspätete Behebung der Anweisung um einen Tag fiel aber damals besonders ins Gewicht, weil die Reisabgabe unbedingt noch vor den Weihnachts-

tagen erfolgen sollte. Nach den gegebenen Aufklärungen trifft aber die „Wieleg" m. b. H. kein Verschulden an der Verzögerung der Reiszuweisung für den Lebensmittelverband.

In Hinkunft werden alle Zuweisungen von Zubussen, welche die Gemeinde verteilt, für die Konsumentenorganisationen durch das Bezirkswirtschaftsamt direkt erfolgen, wie dies bereits bei der Aufteilung von Reis aus den Schweizersendungen der Fall war.

Ich glaube, damit ist die eine Anfrage erledigt.

Die Zuweisung von Marmelade an die Konsumentenorganisationen, denen das Recht der direkten Belieferung mit den staatlich bewirtschafteten Artikeln vom Staatsamte für Volksernährung zugestanden wurde, erfolgt stets gleichzeitig mit der Zuweisung an die allgemeinen städtischen Abgabestellen, und zwar in der Regel eine Woche vor dem ersten Abgabstage. Daß bei der am 19. Dezember 1918 begonnenen ersten Marmeladeausgabe die Zuweisungen erst knapp vorher ergangen sind, hat darin seinen Grund, daß die Abgabepreise für Marmelade vom Staatsamte für Volksernährung erst in letzter Stunde, nämlich am 16. Dezember 1918 abends, festgesetzt wurden.

Die im Lagerhause eintreffende Marmelade wird von der Wiener Lebensmittel-Verkehrs-Gesellschaft „Wieleg" übernommen und nach den Weisungen des Bezirkswirtschaftsamtes, Stelle 6, an die einzelnen städtischen Abgabestellen und Konsumentenvereinigungen abgegeben, wodurch eine bedeutende Vereinfachung der Gebarung und der Verrechnung erzielt wird. In dieser Weise hat die „Wieleg" bereits in den Abgabsperioden 1916/17 und 1917/18 die Marmeladeverteilung in klagloser Weise besorgt. Es unterliegt jedoch keinem Anstande, falls es der Lebensmittelverband der Kriegsleistungsbetriebe wünscht, die zugewiesene Marmelade waggonweise direkt aus der Fabrik zu dem festgesetzten Erzeugerhöchstpreis zu erzielen; in diesem Falle hat aber der Verband die Bahnfracht von Tribuswinkel nach Wien und das Transportrisiko, welches unter den gegenwärtigen Verhältnissen ziemlich bedeutend ist, zu tragen.

Die „Wieleg" hat die Verpflichtung übernommen, die Gewichtsdifferenz zwischen dem Auslagerungsgewichte und dem Abgabsgewichte sowie die Taradifferenzen zu tragen. Zu diesem Zwecke wurde ihr ein Zuschlag von 10 h per Kilogramm zugestanden, in welchem auch die Regiekosten inbegriffen sind. Dieser Zuschlag wurde vom Staatsamte für Volksernährung zugleich mit den Abgabepreisen genehmigt, nachdem er den Direktoren des Volksernährungsamtes Elbersch und Zehetbauer, welche selbst leitende Stellungen bei großen Konsumentenorganisationen bekleiden, vorgelegt und von diesen gutgeheißen worden war. Da der Zuschlag äußerst knapp bemessen ist, ist seine Herabsetzung nicht möglich.

Für die erste Marmeladeabgabe, welche mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage eine Notwendigkeit war, standen nur 70 Waggons, davon 57 Waggons Konsummarmelade zur Verfügung. Mit diesen wurden die allgemeinen Abgabestellen und die Konsumentenvereinigungen in ausreichender Weise beteilt. Da die Ansprüche des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe über das im Verteilungsplane vorgesehene Maß (neun Waggons unter Zugrundelegung des vorjährigen Bezuges) weit hinausgingen, konnten diesen nur acht Waggons Konsummarmelade und 7000 kg Feinmarmelade zugewiesen werden; die Lieferung des Restes wurde für die nächste Zeit in Aussicht gestellt, womit der Verband einverstanden war. Infolge Zuckermangels konnte die Nachlieferung bisher nicht erfolgen. Da diese Schwierigkeit nunmehr behoben ist, ist die Zuweisung der restlichen sechseinhalb Waggons in der nächsten Woche zu gewärtigen. Eine Benachteiligung der Mitglieder des Verbandes ist durch die verspätete Lieferung des Restes nicht eingetreten da Marmelade nicht zu den rayonierten Artikeln gehört und es daher jedem Bezugsberechtigten freistand, das ihm zukommende Marmeladequantum bei seiner Konsumentenorganisation oder einer allgemeinen Abgabestelle zu beziehen.

Ich bitte fortzufahren.

35. Anfrage des GR. Richter:

Die in der letzten Zeit in den Tageszeitungen bekanntgegebenen verschärften Einhebungsmodalitäten der verschiedenen Steuerkategorien haben in den Kreisen der Geschäfts- und Gewerbeinhaber die ärgsten Befürchtungen für die nächste Zukunft hervorgerufen.

Dieses angekündigte drakonische Eintreibungsverfahren steht mit den jetzigen Erwerbs- und Zeitverhältnissen im krassen Widerspruch. Auf der einen Seite infolge der Kohlennot und, um Lichtersparnisse zu machen, vorzeitiger Schluß der Geschäfts- und Gewerbebetriebe, Drosselung der Benützung des elektrischen Stromes und des Gasverbrauches zu motorischen Zwecken bedeuten ganz von selbst eine große Verminderung der Erwerbsmöglichkeit. Auf der anderen Seite steht in schärfstem Kontraste die Erledigung fast sämtlicher Steuern, die sich in den Kriegsjahren fast automatisch fünf- bis zehnfach erhöht haben, bis 1. Februar im vorhinein zu verlangen. Eine weitere Verschärfung bedeutet die Androhung von 12 Prozent Verzugszinsen bei nicht pünktlichem Erlage und bedingt dieses unerhörte Anziehen der Steuerschraube, wie es die k. k. Behörde niemals gewagt hätte, die einmütige Ablehnung der Steuerträger.

Es ist ein Unding, zu solch einem kritischen Zeitpunkte eine derartige Steuerleistung der gewerbetreibenden Bevölkerung aufzubürden. Der durch die viereinhalbjährige Kriegsdauer ohnehin dezimierte Gewerbestand müßte bei strikter Durchführung dieses neuen Steuerprojektes neuerdings zahllose Existenzen als Opfer bringen, die im eigenen Interesse des Staates, einen entwicklungsfähigen Gewerbestand zu erhalten, vermieden werden sollte.

Mit Bezugnahme auf die obigen Ausführungen erlaube ich mir an Seine Exzellenz die Anfrage und Bitte zu richten:

Wäre der Herr Bürgermeister geneigt, an kompetenter Stelle vorzusprechen, um im Interesse der Gewerbetreibenden Erleichterungen bei der Abstattung der Steuerleistungen zu erwirken?

36. Anfrage des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller:

Die Art und Weise der Steuergesetzgebung der letzten Wochen, sowie die Art und Weise des Vorgehens der Steuerbehörden gegenüber dem Publikum, weiters aber auch die außerordentlich betrübenden Erscheinungen in mancher Schätzungs-Kommission, wo persönlicher Haß und persönliche Mißgunst oft auf den Rücken von Steuerpflichtigen ausgetragen wird, veranlaßt mich, Sie, Herr Bürgermeister, zu bitten, Ihr besonderes Augenmerk diesem Teile der öffentlichen Verwaltung zuzuwenden und im Vereine mit dem Wiener Gemeinderat die Wiener Zensiten einerseits vor den staatlichen Organen, welche allem Anscheine nach auch in dieser Frage für die Bedürfnisse der Stadt Wien kein besonderes Verständnis und keine besondere Liebe zu haben scheinen, zu schützen, anderseits aber auch dem Steuerpflichtigen eine gerechte Beurteilung zu gewährleisten, welche nicht durch ein widerliches Spitzelunwesen und durch andere ekelhafte Erscheinungen genommen werden darf.

Meines Erachtens wird es notwendig sein, in kürzester Zeit den Vorgang bei der Vorschreibung und Einbringung der Steuer auf eine ganz andere Weise einzurichten, da wir sonst vor der Gefahr stehen, daß das wirtschaftliche Leben in Wien, soweit es vom Kriege noch verschont geblieben ist, durch den Steuerwahn völlig vernichtet werden wird.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob er nicht geneigt wäre, eine entsprechende Vorlage für den Wiener Gemeinderat ausarbeiten zu lassen, welche in einer Plenar-Sitzung des Wiener Gemeinderates besprochen werden sollte.

Der Gemeinde Wien kommt als Steuerobjekt im neuen deutschösterreichischen Staate eine derartig hervorragende Stellung zu, daß sie auch das Richt hat, eine entsprechende Behandlung ihrer Bürger zu fordern.

Sollte nicht schon in der Zwischenzeit der warnenden Stimme der Wiener Gemeindeverwaltung Gehör geschenkt werden, so

wäre in Erwägung zu ziehen, ob die Gemeinde Wien nicht ihre Mithilfe bei der Einbringung der Steuern zu versagen hätte.

37. Anfrage des GR. Schäfer:

Was der Tod an wirtschaftlich starken Männern nicht an der Front dahingerafft hat, soll jetzt den Tod durch Steuerpressung sterben.

Hintereinander haben zwei achtbare Wiener Bürger zum letzten Mittel gegriffen und sind aus einem Leben gegangen, das ihnen Unverständnis des Steuerbeamten und wahnsinniger Bureaukratismus verekelt hat.

Wenn auch zugegeben wird, daß unser Staat Geld braucht, kann nicht zugegeben werden, daß eine Art tödlicher Inquisition mit seelischer Tortur an Stelle des Gesetzes tritt, das in willkürlicher und leider unangreifbarer Weise Steuereinschätzungen und provisorische Vorschreibungen erfolgen, die Gewerbsleute zu Bettlern, zu verschuldeten Bettlern machen. Eine Aenderung des Gesetzes vom 5. Dezember 1918 muß erfolgen.

Es geht absolut nicht an, daß im Streite zwischen Staat und Steuerträger der Staat das Recht hat, in einem ohne Intervention des anderen Teiles durchgeführten Verfahren ein Urteil, wenn es auch nur einstweilig ist, zu fällen, das, wie es sich zeigt, manche nicht überleben.

Ich frage den Herrn Bürgermeister,

ob er geneigt ist, dem Staatsamte für Finanzen klar zu machen, daß der Staat und die Stadt ihre Steuerzahler auch für die Zukunft brauchen, und daß diese Zukunft in der staatlichen Unterstützung des Gewerbsmannes, nicht aber im Zwang desselben zur Flucht auf den Zentral-Friedhof bestehen kann.

Bürgermeister: Es ist zweifellos, daß das Vorgehen des Staatsamtes für Finanzen, aber insbesondere der Steueradministrationen als I. Instanz jetzt in einer Weise auf die Bevölkerung drückt, welche, wie einige Worte in den Interpellationen mit Recht sagen, nicht mehr ertragen werden kann. (Rufe: Sehr richtig!) Ich fürchte sehr, daß der Staats-Sekretär für Finanzen den Mittelstand durch die Steuerschraube so ruiniert, daß er künftighin überhaupt keine Steuerträger aus diesen Kreisen mehr haben wird. Es hat sich der Stadtrat in seiner vorletzten Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Magistrat wurde beauftragt, nicht nur über die gegenwärtige Bedrückung durch die jetzigen Steuern, beziehungsweise die Handhabung der Steuervorschriften, sondern auch im Hinblick auf die Zukunft, in der wir endlich ein vernünftiges, von der alten Art der Steuerzuschlagswirtschaft unabhängiges Steuersystem für die Gemeinde brauchen, Bericht und Antrag zu erstatten. Es wird darüber in der morgigen Stadtrats-Sitzung Bericht erstatten werden. (Beifall.)

38. Anfrage des GR. Vaugoin:

Der Amnestie-Erlaß des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Straßenbahnbediensteten, wird von der Straßenbahn-Direktion noch immer nicht in jener großzügigen Weise durchgeführt, wie ihn der Herr Bürgermeister offenbar beabsichtigt hat. Insbesondere der Herr Betriebsleiter Hradetzky scheint der Durchführung dieses Erlasses in Fällen sich zu widersetzen, die nach dem klaren Wortlaut des Erlasses vom 12. November 1918 amnestiert werden müssen.

Ich frage deshalb:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Straßenbahn-Direktion anzuweisen, ehestens die Amnestie im Sinne des Erlasses vom 12. November 1918 weitestgehend durchzuführen?

Bürgermeister: Zur vorliegenden Interpellation des Herrn GR. Vaugoin wird berichtet:

Die Verfügung des Herrn Bürgermeisters vom 12. November 1918, P. Z. 11121/18, lautet:

„Für alle dienstlichen Anstände der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, welche bis einschließlich 12. November 1918 festgestellt wurden, wird die Durchführung der Ordnungs- und Disziplinarstrafen, soweit sie noch nicht geschehen ist, nachgesehen; in dieser Richtung anhängige Verfahren sind einzustellen, soferne es sich nicht um einen Verstoß gegen das allgemeine Strafgesetz handelt."

Sie wurde vollinhaltlich von der Straßenbahn-Direktion durchgeführt, sowohl bezüglich der Amnestie, die sich auf die Suspendierungsstrafen bezieht, als auch bezüglich der Abolition über alle anhängigen Untersuchungen.

Ich möchte bitten, wenn derartige Fälle vorkommen, mir individuell unter Angabe des Namens und der Beschaffenheit des Falles Mitteilung zu machen.

39. Anfrage des GR. Adametz:

An der Straßenbahnlinie Nr. 36, welche von der Börse nach Nußdorf führt, sind eine Reihe von Haltestellen aufgelassen worden. Wenn gegen diese Sparmaßnahme im allgemeinen nichts gesagt werden soll, so muß gegen die Auflassung der Haltestelle „Grinzingerstraße" Einspruch erhoben werden. Gerade bei dieser Haltestelle wickelte sich der stärkste Verkehr ab, besonders morgens und abends, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen der umliegenden Fabriken: Glühlampenfabrik Watt, Zigarettenfabrik Schnabl & Komp., der Fabriken Imperator, Ferd. Sickenberg's Söhne, Hübner und Mayer und noch anderer, zur Arbeit oder nach Hause gehen. Aber auch während der übrigen Tageszeit war die Haltestelle „Grinzingerstraße" die frequentierteste von Nußdorf. Da die Auflassung dieser Haltestelle als eine gewisse Härte empfunden wird, erlaubt sich der Gefertigte die Anfrage an den Herrn Bürgermeister:

ob er nicht veranlassen wolle, daß diese Maßnahme der Straßenbahn-Direktion aufgehoben und die Auflassung der Haltestelle „Grinzingerstraße" rückgängig gemacht werde?

Bürgermeister: Die Entfernung von der mit Rücksicht auf die Kohlennot aufgelassenen Haltestelle „Grinzingerstraße" auf der Linie 36 (nach Nußdorf) bis zu der nächsten stadtseitig gelegenen Haltestelle Moorlackengasse (beim Heiligenstädter Bahnhof) beträgt rund 500 m, zur Haltestelle auf dem Nußdorferplatz aber 700 m.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Entfernungen an und für sich weit sind, doch ist das Gebiet in der dortigen Gegend mit Ausnahme der genannten Fabriken sehr wenig verbaut und befinden sich einzelne dieser Unternehmungen in wesentlich kleinerem Abstand von den in Betracht kommenden vorgenannten beiden Haltestellen. Sobald die Kohlennot eine Aufhebung der allerstrengsten Sparmaßregeln erlaubt, wird die Direktion auch die Wiedereinführung dieser Haltestelle raschestens in die Wege leiten.

Ich werde die Sache dem Stadtrate vorlegen und der Stadtrat möge sich mit der Angelegenheit befassen; ich kann aber nicht umhin zu bemerken, daß natürlich jeder der geehrten Herren seine Linie hat und es läßt sich hier, wie vom heiligen Florian sagen, der angerufen wird: Verschone unsere Häuser, zünde Anderen ihre an, verschone mich mit Auflassung von Haltestellen, und laß die der anderen auf. Es ist schwer; wenn nur endlich einmal die Kohlennot behoben wäre, damit wir auf allen Linien in normale Verhältnisse kommen werden. (Beifall.)

40. Anfrage des GR. Hammerschmid:

Durch Gemeinderats-Beschluß vom 11. Dezember 1913 wurde die Straßenpflege des 20. Bezirkes dem Stadtbauamt übertragen.

Wir erhofften uns davon eine Besserung der Straßenpflege! Leider ist bis heute gar nichts geschehen. Durch das nasse Wetter befindet sich der größte Teil der Straßen in fast unpassierbarem Zustande. Straßen und Gehsteige sind ein Meer von Pfützen.

Wenn schon während des ganzen Krieges nichts geschehen ist — wie uns versichert wurde, aus Arbeitermangel — so trifft das jetzt nicht mehr zu, im Gegenteil, würde die Straßenpflege in Angriff genommen werden, so würde ein großer Teil der Arbeitslosen Beschäftigung finden, was sicherlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen würde, an dem ja auch die Gemeinde Wien ein Interesse haben muß.

Besonders erlaube ich mir auf einen Straßenteil aufmerksam zu machen, der sofort hergestellt werden muß. Es ist dies der obere Teil der Engerthstraße. Dieser Teil befindet sich in einem geradezu schauderhaften Zustande. Bei trockenem Wetter eine Staubschichte von 20 bis 25 cm; bei Regen eine Kot-

schichte, die absolut nicht zu durchschreiten ist. Die Straße ist weder gepflastert, noch ist ein Gehsteig vorhanden.

Wollen die Bewohner dieser Häuser, die aus Arbeitern und Beamten besteht — also eine kurze Mittagspause zur Verfügung haben — ihre Wohnungen erreichen, so müssen sie einen großen Umweg machen.

Da ein solcher Zustand sanitätswidrig und einer Großstadt unwürdig ist, stellt der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob er geneigt ist, zu veranlassen, daß dieser unhaltbare Zustand ehebaldigst beseitigt wird, indem diese Straßen einer gründlichen Reinigung, respektive Pflasterung unterzogen werden.

Bürgermeister: Darüber habe ich folgenden Bericht erhalten: Das Stadtbauamt hat die Durchführung der Straßenpflege im 20. Bezirke tatsächlich am 31. Dezember 1918 übernommen.

Es wurden seither täglich 20 bis 30 Fuhrwerke zur Abfuhr des in den Straßen lagernden Kehrichts und Schuttes verwendet. Die gepflasterten Straßen wurden mit Maschinen gekehrt und teilweise gewaschen. Zur Handarbeit standen leider nur 77 Straßenarbeiter und 8 Arbeiterinnen zur Verfügung. Alle Bemühungen, Arbeitslose zur Straßenreinigung heranzuziehen, waren erfolglos. Die Bezahlung für neueintretende Arbeiter beträgt für ledige 10 K 36 h und für kinderreiche bis 18 K 48 h.

Bei der Arbeitslosenunterstützung von 6 K, dann je 1 K für Frau und jedes Kind, erscheint die Spannung nicht groß genug, um bisher Leute zur Straßenreinigung zu bekommen. Es würden sofort 1000 Arbeiter eingestellt werden, wenn sich Arbeitswillige melden würden.

Was den gerügten Zustand der Engerthstraße anbelangt, so ist in dem Teile von der Stromstraße bis zum Nordbahndamm diese Straße noch nicht ausgebaut. Im übrigen Teile von der Stromstraße bis zum Kaiserplatz wird die Hauptfahrbahn durch Beschotterung instand gehalten; die Seitenfahrbahn längs der Arbeiterwohnhäuser ist makadamisiert. Eine Pflasterung der Engerthstraße soll gleichzeitig mit der vorzunehmenden Hebung der Hochwasserkante in dieser Straße und dem Einbau der Straßenbahn erfolgen, welch letztere Arbeiten aber derzeit noch nicht ausgeführt werden können, da das Schienenmaterial für die Straßenbahn fehlt.

Eine provisorische Instandsetzung ist für das Frühjahr geplant.

41. Anfrage des GR. Rummelhardt:

Seitens des Wiener Magistrates wurden ungefähr 400 Hilfskräfte in den Zentral-Wahlkataster zur Besorgung der schriftlichen Vorbereitung für die Wahlen in die Nationalversammlung aufgenommen und es wird dem Vernehmen nach diesen Schreibkräften bei täglich neunstündiger Dienstzeit nur ein Taggeld von 10 K und für die ersten zwei Ueberstunden à 1 K 40 h für jede weitere 1 K 60 h bezahlt.

Diese Hilfskräfte sind der Mehrzahl nach Heimkehrer aus Intelligenzberufen und größtenteils verheiratet. Sie müssen im Gasthause essen, die Straßenbahnfahrt, das Sperrgeld 2c. bezahlen.

Was können sie da in einer Zeit mit einem Taggeld von 10 K anfangen, in welcher schon das einfachste Mittagessen im Gasthause ebensoviel oder noch mehr kostet.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen,

sogleich veranlassen zu wollen, daß diesen Hilfskräften eine den derzeitigen Teuerungsverhältnissen und der Wichtigkeit ihrer Arbeitsleistung vollkommen entsprechende Entlohnung zuteil werde.

Bürgermeister: Ich halte es für selbstverständlich, daß diesen Arbeitskräften eine entsprechende Zubuße gewährt wird. Es hat der Stadtrat schon teilweise Zulagen bewilligt und es kommt noch ein Referat hinzu. Die Leute plagen sich bis in die sinkende Nacht und verdienen, daß sie in dieser Beziehung, sei es durch Geld, sei es durch Zuweisung von Lebensmitteln, entschädigt werden. (Beifall.)

42. Anfrage der GR. Karl Richter, Dr. Danneberg und Paul Richter:

Die Holzarbeiter der Gemeinde Wien im Naßwald beziehen heute noch einen Schichtlohn von 8 K bei zehnstündiger Arbeitszeit. Da ein solcher Schichtlohn nicht ausreicht, um den notwendigsten Lebensunterhalt zu fristen, zahlen die Arbeiter aus ihrem Akkordüberschuß auf jeden Schichtlohn 4 K per Schicht darauf, wodurch der Lohn der anderen geschmälert wird. Dabei entbehren sie jeder Vorsorge im Falle der Krankheit, sodaß sich die Gemeinde Wien selbst den primitivsten Verpflichtungen entzieht, die auch der kleinste Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber zu erfüllen hat. Wird ein Holzarbeiter der Gemeinde Wien von einem Unfall betroffen, so bekommt er während der Dauer der Arbeitsunfähigkeit eine Unterstützung von 1 K pro Tag.

Im Herbst 1918 haben die Holzarbeiter an die Gemeinde Wien das Ersuchen gestellt, den Schichtlohn auf 12 K, die Akkordlöhne für Brennholz auf 12 K, für Nutzholz auf 15 K per Kubikmeter festzusetzen. Obwohl seither schon viele Monate verflossen sind, ist noch keine Erledigung dieses Ansuchens erfolgt.

Die Unterfertigten stellen daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, daß der Schichtlohn der Holzarbeiter der Gemeinde Wien in der kürzesten Zeit entsprechend erhöht wird, daß das seit dem Herbst gestellte Ansuchen auf Erhöhung der Akkordlöhne erfüllt wird und daß schließlich auch den Holzarbeitern der Gemeinde Wien jene Fürsorge für den Fall der Krankheit und eines Unfalles zuteil wird, welche die Arbeiter privater Betriebe genießen?

Bürgermeister: Forstrat Kluß berichtet mir darüber folgendes:

Die bei der Forstverwaltung Naßwald alljährlich notwendigen Holzschlägerungsarbeiten werden von der Forstverwaltung im Akkordwege auf Grund von sogenannten Gedings-Protokollen an einzelne dort ansässige Holzknechte als Akkordanten vergeben, die mit ihren Holzarbeiterpartien sogenannten „Passen" die Arbeitslöhne selbständig vereinbaren. Nach Maßgabe des Arbeitsfortschrittes erhalten die Akkordanten Vorschüsse, die sie dann im Verhältnisse der von jedem einzelnen Arbeiter geleiteten Arbeitsschichten verteilen. Die Akkordanten zahlen gewöhnlich an die Arbeiter den in der Umgebung üblichen Taglohn von 8 K als Vorschuß auf ihren Paßverdienst aus und nach vollständigem Abschluß der Arbeiten wird der Verdienstrest verteilt, so daß der faktische tägliche Arbeitsverdienst sich ungefähr auf 10 K stellt. Die Forstverwaltung, beziehungsweise die Gemeinde Wien tritt daher in kein unmittelbares Dienst- und Lohnverhältnis mit den einzelnen Arbeitern. Trotzdem sucht die Gemeinde den Holzknechten die Lebensführung durch Beistellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen möglichst zu erleichtern. So werden zum Beispiel den Holzknechten städtische Gebäude samt Wirtschaftsräumen (Stallungen 2c.) um einen Jahrespachtzins von 12 bis höchstens 20 K und soviel Gründe gegen einen bloßen Anerkennungszins von 12 bis 13 K per Joch überlassen, daß sie in der Lage sind, neben Ziegen auch ein bis zwei Kühe halten zu können. Ferner steht ihnen auch eine Alpe zum Auftrieb von Rindvieh und eine solche zum Auftrieb von Ziegen zur Verfügung. Weiters können sie auf den städtischen Horsten Laubholz, Gras und Streu gewinnen, wofür sie pro Jahr 2 K bezahlen. Das erforderliche Brennholz wird ihnen zu dem gewiß sehr mäßigen Preise von 1 K für einen Raummeter zur Verfügung gestellt und außerdem bekommen sie das im Naßwald erlegte Wild.

Der Akkordant Holzknecht Heinrich Helpferer hat die Schlagsarbeiten im Wirtschaftsjahre 1918/19 zu nachstehenden Akkordlöhnen übernommen:

einen Festmeter Bolchholz zu 10 K,
einen Raummeter Schleiholz zu 10 K,
einen Raummeter Brennholz zu 8 K,
einen Raummeter Rinde zu 10 K

und dann nachträglich im Herbste 1918 ein Ansuchen um Erhöhung dieser Ansätze gestellt. Die bezügliche Vorlage an den Stadtrat ist auf Grund der eingeholten Gutachten der städtischen Aemter und im Hinblick auf den seither beobachteten befriedigenden Fortschritt der übernommenen Schlägerungsarbeiten bereits ausgearbeitet und wird unverzüglich dem Stadtrate zur Beschlußfassung über entsprechende Erhöhung der Akkordsätze vorgelegt werden.

Ueber die Kranken- und Unfallfürsorge sind die Erhebungen im Zuge.

Ich werde mir aber doch erlauben, dem Stadtrate in dieser Beziehung einen neuen Bericht und Anträge zu stellen, nachdem diese Art der Vergebung des Holzfällens wirklich nicht paßt und wir doch auf eine modernere Art der Arbeitsvergebung auch in diesem Falle kommen müssen.

43. Anfrage des GR. Moißl:

Ich habe in Erfahrung gebracht, daß die Aushilfsdiener des Wiener Magistrates mit 10 K täglich und nur 30 h für die Ueberstunde entlohnt werden. Ich frage deshalb:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diesen Angestellten ein Lebensführungsregulativ ausarbeiten zu lassen, worin ihnen die Mittel und Wege bekanntgegeben werden, wie es möglich ist, eine Familie mit täglich 10 K ernähren zu können.

Bürgermeister: Aus der vorliegenden Anfrage kann ich nicht entnehmen, auf welche Kategorie von Angestellten sich der Herr Anfragesteller bezieht. Städtische Diener mit der Bezeichnung „Aushilfsdiener" und den in der Anfrage angegebenen Entlohnungen existieren beim Wiener Magistrate nicht. Zur meritorischen Beantwortung der Anfrage lade ich den Herrn Anfragesteller ein, sich mit mir ins Einvernehmen zu setzen und jene Aufschlüsse zu geben, die mir die Beantwortung ermöglichen.

44. Anfrage des GR. Rzehak:

Unter den seinerzeit notwendig gewordenen Einschränkungen im Straßenbahnbetriebe befand sich auch die Einstellung der Linie 6 an den Sonn- und Feiertagen.

Da die Linie 6 die kürzeste Verbindung zwischen den Bezirken 10 und 11 darstellt, diese Linie sich unter den kürzlich wieder in Betrieb gesetzten nicht befindet, stellt der Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, anzuordnen, daß nun auch die Linie 6 an Sonn- und Feiertagen wieder verkehrt?

Bürgermeister: Es sind natürlich sowohl der Straßenbahn-Direktion, als mir auch von anderer Seite Wünsche nach Wiedereröffnung von Sonntagslinien zugekommen, die ebenso wie die Linie 6 wirklich Berücksichtigung verdienen.

45. Anfrage des GR. Doppler:

In der Umgebung des Hauptzollamtes wurde nach einer mir von verläßlich erscheinender Seite zugekommenen Mitteilung die Wahrnehmung gemacht, daß von den Magazinen wiederholt ganze Fuhren von verdorbenen Gemüsesorten, wie Kraut und Zwiebel weggeführt wurden.

Weiters wird behauptet, daß im Magazin XIV des Hauptzollamtes seit längerer Zeit zirka 1000 kg Kraut als herrenloses Gut lagern, um das sich niemand kümmere und das teilweise bereits verdorben sei, teils aber bei raschem Einschreiten noch für den menschlichen Genuß gerettet werden könnte.

Endlich soll im Magazin III beim Durchgang zum Magazin X ein Menge von über 1000 kg Zwiebel, gelbe und weiße Rüben lagern und gleichfalls dem Verderben preisgegeben sein.

Die Bevölkerung von Wien leidet die denkbar größte Not und die ärmeren Schichten hungern buchstäblich, so daß jedes Quantum an Nahrungsmitteln, auch das kleinste, der Volksernährung zugeführt werden muß.

Sollte nun, wie es tatsächlich der Fall zu sein scheint, durch Nachlässigkeit und unverantwortliche Pflichtverletzung eine so bedeutende Menge an Gemüse der Allgemeinheit entzogen werden, so müßte dies als ein schweres Vergehen an dem notleidenden Volke durch strengste Ahndung gesühnt werden.

Da die Sache unbedingt Klarheit fordert und möglicherweise dem Konsum noch brauchbare Lebensmittel zugeführt werden könnten, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister bereit, zu veranlassen, daß im Gegenstande eine sofortige objektive und verläßliche Untersuchung eingeleitet wird?

2. Ist der Herr Bürgermeister für den Fall, als die Mitteilungen sich als wahr erweisen, geneigt, Vorsorge zu treffen, daß die noch brauchbaren Lebensmittel unter der Aufsicht von Organen der Gemeinde sogleich unentgeltlich an die darbende arme Bevölkerung verteilt und die schuldtragenden Personen der gerechten Strafe zugeführt werden?

Bürgermeister: Die anläßlich der vorliegenden Anfrage durch das Marktamt gepflogenen Erhebungen ergaben, daß tatsächlich in den Magazinen III und XIV des Hauptzollamtes seit Oktober 1918 größere Mengen Zwiebel und Weißkraut als Eigentum des Lebensmittellagers des Staatsamtes für Finanzen eingelagert waren. Sie waren zur Abgabe an Staatsbedienstete bestimmt. Da die Nachfrage eine sehr schwache war, fand diese Ware nur einen geringen Absatz. Infolge der seit Wochen herrschenden warmen Witterung und der nicht fachgemäßen Einlagerung in hiezu ungeeigneten Räumen verdarb die Ware. Dieses verdorbene Gemüse wird nunmehr seit einigen Tagen abgeführt.

Ich glaube, wir alle miteinander können nur unserem lebhaften Bedauern Ausdruck geben, daß das Staatsamt für Finanzen nicht für eine fachgemäße Einlagerung sorgt, und wenn der Absatz schwach ist, so hätte es die Waren eben billiger an die Bediensteten abgeben sollen.

46. Anfrage der GR. Dr. Grün, Emmerling, Bermann und Hermann Fischer:

Amtlichen und privaten Berichten zufolge häufen sich in Wien die bisher sporadisch aufgetretenen Fälle von Fleckfieber (Typhus exanthematicus) zu einer, wenn auch nicht hohen, so doch immerhin beängstigenden Anzahl. Die Ursache ist zur Genüge bekannt. Die von der Front zurückkehrenden Soldaten und auch sonstige durch politische Wirren zur Abwanderung gezwungenen Zivilpersonen kamen bis jetzt in die drei unter sachmännischer Aufsicht stehenden Reinigungsanstalten zur Entlausung und konnten daher zu keiner Gefahr für die Bevölkerung werden. In den letzten Monaten scheint jedoch ein Wandel eingetreten zu sein; es entziehen sich die meisten Ankömmliche der Reinigung und gefährden dadurch die ohnehin durch die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse für Ansteckung prädisponierte Bevölkerung; ob daran wirklich die Disziplinlosigkeit der angekommenen Personen und ihre Weigerung, sich dem Entlausen zu unterwerfen, schuld ist, oder ob andere Gründe vorliegen, wäre zum Gegenstande der Untersuchung zu machen.

Es wird daher gefragt:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß die aus den Kriegsgebieten und der Gefangenschaft kommenden Personen sich der Reinigung entziehen?

2. Ist er geneigt, mit dem Staatsamte für Heerwesen und der Volksgesundheit jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, jede Flucht vor der im allgemeinen Interesse gelegenen Reinigung unmöglich zu machen?

3. Ist er geneigt, auf allen Grenzstationen die nötigen Sanitätswachen durch die nötigen Kompetenzen bestellen zu lassen, dortselbst genügend Aerzte und Mannschaftspersonen zu

bestimmen, damit alle, ob Offiziere oder Mannschaftspersonen, das Opfer der Reinigung im Volksinteresse bringen?

4. Ist er gewillt, sämtliche Bahnhöfe mit einer entsprechenden Anzahl von Aerzten und Gesundheitswachen zu versehen, damit alle daran gehindert werden, andere zu infizieren.

Bürgermeister: Hierüber wird mir folgender Bericht vorgelegt: Es ist richtig, daß die Zahl der Erkrankungen an Flecktyphus in Wien seit Anfang November des Vorjahres bedeutend zugenommen hat. Die überwiegende Mehrzahl der Erkrankten sind heimkehrende Soldaten und mit diesen in Berührung gekommene Personen.

Die Ursache der Zunahme der Erkrankungen an Flecktyphus, welcher ausschließlich durch Läuse übertragen wird, liegt in der mangelnden Reinlichkeitspflege der Heimkehrer, da die an den Grenzen des früheren Oesterreich errichteten Reinigungsanstalten von ihren derzeitigen Besitzern nicht bestimmungsgemäß betrieben werden.

Das Staatsamt für Volksgesundheit hat mit den anderen Nationalstaaten bereits Verhandlungen eingeleitet, um die Reinigung der heimkehrenden Soldaten in diesen Anstalten wieder aufzunehmen und dieselben in besonderen Waggons nach Deutschösterreich zu bringen. Das Staatsamt beabsichtigt auch, in Gänserndorf und Marchegg Reinigungsanstalten zu errichten.

Auf den Wiener Bahnhöfen wurde ein ärztlicher Inspektionsdienst eingerichtet. Es erwies sich jedoch als unmöglich, die in Wien angekommene Mannschaft zur Untersuchung zurückzuhalten, beziehungsweise in die Reinigungsanstalten zu bringen. In Wien werden derzeit drei Reinigungsanstalten betrieben, und zwar zwei (10., Laxenburgerstraße und 12., Steinbauergasse) durch die Gemeinde Wien und eine (10., Gudrunstraße 87) vom Militär. Von der unentgeltlichen Benützung dieser Anstalten wird ausgiebig Gebrauch gemacht.

Es wäre dringend notwendig, daß die Verhandlungen mit den anderen Nationalstaaten behufs Durchführung der Reinigung in den Grenzstationen beschleunigt und zu einem befriedigenden Abschluß gebracht würden.

Ich werde daher diese Interpellation dazu benützen, um mich sowohl an das Staatsamt für Volksgesundheit als auch an jenes für Heerwesen mit entsprechenden Anträgen zu wenden.

Nun kommen die Anträge.

47. Antrag des GR. Witzmann und Genossen:

Das in der Schule Felberstraße 42/44 mit zwei Wannen und zwei Duschen untergebrachte Bad ist unter Benützung der vorhandenen anschließenden Räume für den Bedarf der diese Schule besuchenden 2000 Kinder auszubauen und die im Hause befindliche Küche für eine Schulküche in Anspruch zu nehmen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

48. Antrag des GR. Linder und Genossen:

Nachdem für die mindestbemittelte Bevölkerung des 18. Bezirkes, welche in Neustift am Walde wohnhaft ist, eine Verkehrsmöglichkeit von der Endstation Pötzleinsdorf bis Neustift am Walde nur durch den Autobusverkehr hergestellt ist, die Bevölkerung aber die hohen Fahrtspesen nicht in der Lage ist, zu tragen, es aber unbedingt notwendig erscheint, daß auch die dortige Bewohnerschaft eine rasche und billige Verbindung mit dem Stadtzentrum erhält, so stelle ich den Antrag,

daß das Projekt, die Straßenbahnlinie 39 über die Krottenbachstraße nach Neustift am Walde weiterzuführen, nunmehr in Angriff genommen wird.

Ich begründe diesen Antrag noch damit, daß in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit diesem Antrage umsomehr Rechnung getragen werden soll, da dadurch eine große Anzahl von Arbeitern Beschäftigung findet und daher unter dem Namen „Notstandsarbeit" mit dem Ausbau der sogenannten Krottenbachlinie endlich begonnen werden kann.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

49. Antrag des GR. Broczyner und Genossen:

Mit Gemeinderats-Beschluß vom 13. November 1918, P. Z. 11001/18, wurden den städtischen Angestellten von ihrer Kriegsdienstzeit 2½ Jahre doppelt in die Vorrückung wie in die Pension eingerechnet.

Diesem Beschluß gegenüber wird noch dermalen diejenige Zeit, welche im Frieden auf Grund des seinerzeitigen allgemeinen Wehrgesetzes zur Ableistung des Präsenzdienstes erforderlich war, nicht in die Vorrückungsfrist einbezogen, so daß aus der seinerzeitigen gesetzlichen Ableistung der Militärdienstpflicht für alle Betroffenen zeitlebens ungerechtfertigt ein großer Schaden resultiert.

Nachdem nunmehr in Hinkunft eine derartige unfreiwillige gesetzliche Dienstpflicht nicht existiert, wäre die Anrechnung der bisherigen Militärdienstzeit als unfreiwillig eingetretene pflichtgemäße Unterbrechung der Gemeindedienstzeit in die Beförderungs-(Vorrückungs-)Frist rückwirkend ein Akt der Gerechtigkeit und eine sinngemäße Erweiterung des eingangs erwähnten Gemeinderats-Beschlusses.

Deshalb wird beantragt:

In sinngemäßer Erweiterung der Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001/18, betreffend die Einrechnung der Kriegsjahre in die Bezüge wird allen städtischen Angestellten, die durch eine militärische Friedensdienstzeit (Präsenzdienst 2c.) eingetretene, unfreiwillige Unterbrechung der Gemeindedienstzeit zur Gänze im einfachen Ausmaße auch in die Vorrückungs(Beförderungs)frist rückwirkend eingerechnet.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

50. Antrag des GR. Linder und Genossen:

Um der Schuljugend des 18. Bezirkes die Möglichkeit zu geben, die schulfreien Tage im Freien und in gesunder Luft zu verbringen, außerdem dieselbe nicht den Gefahren der Straße auszusetzen, stelle ich den Antrag,

auf den Gründen des sogenannten „Fürstengarten" (Czatoryskipark) einen Teil dieser Anlage zur Errichtung von großen Kinderspielwiesen zu verwenden und womöglich dafür zu sorgen, daß diese Kinderspielwiesen schon im Frühjahre 1919 den Kindern zur Verfügung stehen.

Ich begründe diesen Antrag noch damit, daß durch die Verwendung des Schafberges für Schrebergärten es den Währinger Kindern nun ganz genommen ist, im Freien herumzutollen und daß, wenn nicht rascheſt dafür Sorge getragen wird, die Kinder, welche bisher ihrer Spiellust und Spielfreude auf dem Schafberge huldigen kannten, nunmehr dieser letzten freien Spielstätte beraubt, auch der Straße zugeführt werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

51. Antrag des GR. Hellmann und Genossen:

Durch die Beschlagnahme eines Großteiles der Schulgebäude für militärische Zwecke konnte während der langen Kriegszeit der Unterricht in den Schulen nur in ganz unzulänglicher Weise erteilt werden.

Im laufenden Schuljahre kamen zu dem angeführten Uebelstande noch eine Verlängerung der Hauptferien, die Schließung der Schulen wegen der Grippe und außerdem die Verlängerung der Weihnachtsferien wegen des Kohlenmangels.

Unter diesen Umständen ist es ganz ausgeschlossen, daß das vorgeschriebene Lehrziel im Unterrichte erreicht wird, was eine arge Schädigung der gesamten lernenden Jugend bedeutet.

Um diesen Schaden einigermaßen gut zu machen, beantragen die Unterzeichneten:

1. Die vom Militär verwendeten Schulgebäude sind unverzüglich so instand zu setzen, daß in allen Schulen Wiens der Unterricht in vollem Umfange aufgenommen werden kann.

2. Die Schülerzahl der einzelnen Klassen ist auf höchstens 30 herabzusetzen, damit der Unterricht erfolgreicher gestaltet werden kann und außerdem die überzähligen Lehrkräfte entsprechende Verwendung finden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

52. Antrag des GR. Breitner und Genossen:

Die überwiegende Masse der städtischen Angestellten ist infolge der ungeheuerlichen Teuerung, mit der die viel zu spät und in unzulänglichem Ausmaße bewilligten Zulagen und Aushilfen in gar keinem Verhältnisse standen und stehen, verschuldet. Es kommt dies in der außerordentlich großen Zahl von Gehaltsvorschüssen, in der ungemein stark gewachsenen Zahl von Gehaltsvormerkungen, die viele 100.000 K betragen, zum Ausdeuck. Durch die im Kriege erfolgte Hinaufsetzung des pfändbaren Minimums ist überdies gerade die niedrigst bezahlte Schichte der Angestellten gezwungen, ganz besonders teure Geldquellen bis hinab zum Versatzamte aufzusuchen. Es wird sich infolgedessen eine Entschuldungsaktion für die städtischen Angestellten als notwendig erweisen. Dieselbe muß ihre Ergänzung finden durch eine Aktion, welche förmlich den Wiederaufbau der im Kriege vollkommen herabgekommenen und zerrütteten Haushalte in Form von Neuanschaffung von Kleidern, Wäsche, Hausrat ermöglicht.

Schon jetzt ist es zweifellos, daß mit der Teuerung innerhalb gewisser Grenzen als mit einer Dauererscheinung zu rechnen ist. Das bewirken die schon bisher erfolgten Steuern, denen noch weit einschneidendere folgen werden. Die gegenwärtig lebende Generation wird die Preise vom Juli 1914 niemals wiedersehen. Es kann und soll deshalb schon jetzt darangegangen werden, neben abbaubaren Teuerungszulagen die Gehaltsskalen einer gründlichen Ueberprüfung und Anpassung an die unabänderlichen Tatsachen zu unterziehen. Das duldet schon deshalb keinen Aufschub, weil der so große Ausfall, welcher sich derzeit durch die Pensionierung ergibt, die Wirkung hat, daß auch die vollgedienten Angestellten nicht in den Ruhestand treten können und den Nachrückenden das Vorwärtskommen erschweren. Da aber die Hinterbliebenenversorgung gleichfalls von der Höhe der festen Bezüge abhängt, ist es naturgemäß ein Gesamtinteresse aller Angestellten, das Mißverhältnis, welches gegenwärtig besteht, beseitigt zu sehen.

Die geltende Dienstpragmatik, die übrigens nicht einheitlich alle städtischen Angestellten umfaßt, beruht noch auf patriarchalischer Grundlage und trägt der modernen Auffassung von der Regelung des Arbeitsverhältnisses, vom Mitbestimmungsrechte der Angestellten keine Rechnung. Die Schaffung von Personal-Kommissionen, denen alle Angelegenheiten zur Behandlung zuzuweisen sind, die in irgend einer Art auf das Dienstverhältnis Bezug haben, ist unbedingt notwendig. Es müssen ferner Qualifikations-Kommissionen errichtet werden, in denen die Angestellten ebenso wie in der Disziplinar-Kommission im Wege freigewählter Vertreter paritätisch Sitz und Stimme haben. Insbesondere würde die Schaffung der Qualifikations-Kommission erst die wirklich sinngemäße Handhabung des Zeitavancements als ein Minimalavancement ermöglichen und wirklich zur Auslese der Tüchtigsten führen.

Nicht länger darf die obligatorische Krankenversicherung für die Angestellten und ihre Familien hinausgeschoben werden, wobei für die Fälle der Spitalsbehandlung besondere Vorsorgen zu treffen wären.

Die gemeinnützigen Einrichtungen, wie Lebensmittelabgabestelle und Kriegsküche entbehren gegenwärtig der Kontrolle durch die Teilnehmer und wäre eine solche ehestens zu schaffen. Die Einrichtungen selbst sind nicht bloß zu erhalten, sondern auch ausgiebig zu erweitern, auf genossenschaftliche Grundlage zu stellen und in die vollkommen freie Verwaltung der Angestellten zu übergeben.

Die Schaffung gesunder Wohnungen ist eine dringende Notwendigkeit. Es müssen Angestelltenhäuser auf städtischen Gründen und auf dem Boden der Krongüter (Lainzer Tiergarten 2c.) im Wege des Erbbaurechtes und unter Heranziehung eines städtischen Wohnungsfonds durch eigene Baugenossenschaften der Angestellten errichtet werden.

Alle diese Reformen liegen ebenso sehr im Interesse der Angestellten wie in dem der Bevölkerung, da der Dienst in zweckdienlicher Weise nur durch zufriedene und ihrer Stellung sichere Beamte versehen werden kann.

Selbst bei allergrößter Einsicht kann und darf aber die Festsetzung des Arbeitsvertrages nicht ohne die Mitwirkung der Angestellten vollzogen werden. Mit dem bisherigen System des einseitigen Diktates muß gerade die Kommune, die in allen sozialen Fragen vorbildlich wirken soll, ein für allemal brechen.

In Erwägung all dessen stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Zum Zwecke der Neuregelung der gesamten Zahlungs-, Versorgungs- und Arbeitsverhältnisse und Schaffung einer modernen Dienstpragmatik möge der Stadtrat ohne Verzug eine Kommission einsetzen, in der alle Kategorien von städtischen Angestellten — ebenso jene des Magistrates wie der kommunalen Betriebe — durch freigewählte Vertreter paritärisch Sitz und Stimme haben.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

53. Antrag des GR. Seidel und Genossen:

Einleitend wäre zu bemerken, daß bei der Imperial-Continental-Gas-Association die Pensionierung unter Zugrundelegung einer 35jährigen Dienstzeit erfolgte. Bei der Uebernahme entließ die Imperial-Continental-Gas-Association Beamte, welche eine Dienstzeit von unter zehn Jahren zurückgelegt hatten, ohne jede Entschädigung, Beamte von 10 bis 25 Dienstjahren erhielten in Anbetracht der oberwähnten 35jährigen Dienstzeitgrundlage minimale Abfertigungen, Beamte von über 25 Dienstjahren, obiger Grundlage entsprechend, minimale Pensionen.

Bei der Uebernahme seitens der Gemeinde Wien erfolgte nun bei der Einreihung in die Gehaltsstufen insoferne eine Benachteiligung vieler Beamter, als die vollbrachte Dienstzeit ganz unberücksichtigt blieb und Beamte mit einer bei der Gesellschaft zurückgelegten Dienstzeit von 3 Jahren, mit solchen von 5 und sogar 10jähriger Dienstzeit in die gleiche Gehaltsstufe eingereiht wurden.

Die von der Imperial-Continental-Gas-Association übernommenen Beamten fordern daher die gerechte Einreihung in die ihrer tatsächlich vollbrachten Dienstzeit entsprechende Gehaltsklasse und Stufe und selbstverständlich volle Anrechnung dieser Dienstzeit bei der Pensionsberechnung.

Nachdem die Imperial-Continental-Gas-Association der Gemeinde Wien gegenüber im Vertragsverhältnisse stand und die endliche Uebernahme der Werke der Imperial-Continental-Gas-Association durch die Gemeinde Wien vorauszusehen war, wäre es umsomehr Pflicht der Gemeinde gewesen, der Imperial-Continental-Gas-Association schon in den wiederholt erneuerten Verträgen die nötige Vorsorge für ihre Angestellten aufzutragen.

Da es die Gemeinde Wien jedoch unterlassen hat, in dieser Weise für die heimischen Angestellten die nötige Fürsorge zu treffen und sie ganz der Willkür der Gesellschaften überließ, hätte sie umsomehr die Verpflichtung, den übernommenen Beamten die weitestgehende Berücksichtigung zuteil werden zu lassen und durch eine gerechte Einreihung die bestehenden Härten abzuschaffen, umsomehr, als den im Jahre 1899 von der Imperial-Continental-Gas-Association erst übernommenen Beamten die bei der Gesellschaft vollbrachte Dienstzeit zur Gänze angerechnet wurde.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Allen mit 1. Jänner 1912 von der Imperial-Continental-Gas-Association und Oesterr. Gasbeleuchtungs-A.-G. in die Dienste der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" übernommenen Beamten wird ihre dortselbst zugebrachte Dienstzeit voll in die Pension eingerechnet und hat weiters auf Grund dieser Einrechnung ihre Einreihung in die entsprechende Gehaltsklasse und -Stufe zu erfolgen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

54. Antrag des GR. Bermann und Genossen:

Gemäß der vom Deutschösterreichischen Staatsrate erlassenen Vollzugsanweisung vom 18. November 1918, St.-G.-Bl. Nr. 27, 5. Stück, sind allen städtischen Heimkehrern (Angestellten), welche dem Handlungsgehilfengesetz unterliegen, und zwar hauptsächlich jene definitiven und provisorischen der städtischen Unternehmungen (handelsgerichtlich protokollierten Firmen), deren derzeitige Bezüge (Gesamteinkommen) gegenüber jenen zu Beginn des Weltkrieges nicht die vorgeschriebene 60- bis 120prozentige Mindesterhöhung erfuhren, diese Differenzen sofort flüssig zu machen und nach der entsprechenden prozentuellen Steigerung des Gehaltes und Quartiergeldes, beziehungsweise ihres derzeitigen Gesamteinkommens in die betreffende Gehaltsklasse und -Stufe richtig einzureihen.

Im allgemeinen ist allen Heimkehrern die notwendige Fürsorge in finanzieller und materieller Hinsicht angedeihen zu lassen und jede Benachteiligung einzelner Kategorien durch Nachzahlung der nichterfolgten Anschaffungsbeiträge, Teuerungszulagen 2c. ehestens aufzuheben.

Desgleichen sind alle übrigen städtischen Angestellten auf der Basis einer mindestens 120prozentigen Einkommenserhöhung seit 1. Juli 1914, beziehungsweise mit ihren derzeitigen, diese Erhöhung übersteigenden Jahresbezügen (Gehalt, Quartiergeld, Teuerungs- und Anschaffungsbeiträgen) in die bestehenden Gehalts-(Lohn-)schemas bei weiterem Ausfall der genannten

Beiträge richtig einzureihen, somit schon derzeit eine den heutigen Teuerungsverhältnissen annähernd entsprechende Regelung der Bezüge durchzuführen.

Der Magistrat wird beauftragt, binnen acht Tagen eine den Wünschen und Forderungen der städtischen Angestellten voll entsprechende Gehalts- und Lohnregulierung vorzulegen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

55. Antrag der GR. Kurz, Spalowsky und Kollegen:

Infolge der durch die Kohlennot gebotenen Sparmaßnahmen und Verkehrseinschränkungen wurde auch der Verkehr auf der Linie 73 der städtischen Straßenbahnen an Sonn- und Feiertagen eingestellt. Nun hat der Stadtrat über Antrag der Direktion der städtischen Straßenbahnen einige Erleichterungen beschlossen, unter anderem auch die Führung der Linie 71 bis zur Endstation in Schwechat. Damit ist den außerhalb Wiens wohnenden Schwechatern eine angenehme Verbindung mit dem Stadtinnern geschaffen worden, während die im Bezirksteile Kaiser-Ebersdorf wohnenden Wiener diese Verbindung nicht erreichen konnten.

Anderseits ist aber auch zu bedenken, daß die von der Simmeringer Hauptstraße nach Kaiser-Ebersdorf führenden Gehwege nahezu vollständig unbenützbar sind. Infolge dieser Umstände sind die zahlreichen Bewohner von Kaiser-Ebersdorf von jedem Verkehr abgeschnitten, was umsomehr zum Protest herausfordert, als die nicht zu Wien gehörigen Schwechater ihre gute Verbindung haben.

Mit Rücksicht darauf stellen die Gefertigten den Antrag:

Die Linie 73 der städtischen Straßenbahnen ist an Sonn- und Feiertagen ebenso wie an Wochentagen zu betreiben. Eventuell sollen die einzelnen Wagenzüge zunächst in etwas längeren Intervallen, wie an Wochentagen verkehren.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

56. Antrag der GR. Jung und Körber:

Unter all den schwierigen Aufgaben, die infolge der Demobilisierung und der damit verbundenen Heimkehr so vieler Angestellter der Gemeinde Wien an die Verwaltungskörper unserer Vaterstadt herantreten, bildet die scheinbar notwendige Entlassung von mehr als 1000 Substituten, beziehungsweise Substitutinnen, eine gewichtige, schwere Sorge. Die Lösung dieser Angelegenheit ist dringend, da die Heimkehrer drängen, wieder in ihrem Berufe tätig zu sein. Sie kommt aber für fast alle der jungen Kriegsaushelfer einem Todesurteile, einer Verstoßung in Not und Elend gleich, wenn man kurzerhand an die Einstellung der Heimkehrer und sofortige Entlassung der über Kriegsdauer verwendeten Lehrkräfte schreitet; stammen doch fast alle Lehrer aus den Kreisen des Mittelstandes, der Fixbesoldeten und der Arbeiter ab. Erlassen Sie uns die Schilderung des Loses, das diese jungen Leute erwartet, wenn wir sie durch rücksichtsloses Vorgehen, wie es im Staatsdienste geschieht, plötzlich entwurzeln, sie der Verzweiflung überantworten. Die Gemeinde Wien, welche in wahrhaft großherziger Weise, sowie immer auch jetzt warmfühlenden Herzens sich der übrigen Angestellten annahm, wir erinnern an den Ausweg bei den Straßenbahnen, kann auch hier ihr soziales Mitempfinden, ihre Fürsorge zeigen, und beweisen, daß sie getreu ihrem Grundsatze „Christlich" und „Sozial" durch weise und generöse Maßnahmen nicht nur die in Betracht kommenden jungen Lehrkräfte der zitternden Sorge um ihre Existenz, ihr tägliches Brot enthebt, sondern auch zugleich der ohnedies schwer geschädigten Jugend unberechenbaren Nutzen auf dem Gebiete der Erziehung und Fürsorge sowie des Unterrichtes bringt. Durch den Halbtags-, in vielen Fällen sogar nur ein Drittel Tagesunterricht (es gibt viele Klassen mit nur zehn Stunden wöchentliche Schulzeit) haben die Kinder furchtbar gelitten.

Heuer kam noch der verspätete Anfang, die mehrfache langdauernde Unterbrechung wegen der Kohlennot hinzu. Unterernährung, ebendadurch veranlaßt, der vierjährige minderwertige Unterricht, der nicht zu umgehende schädigende Einfluß der verwahrlosten Kinder auch auf die gut erzogenen — all das bedeutet Kriegsschäden, gegen welche viele andere weit, weit zurücktreten müssen.

Unsere heiligste Pflicht ist es nun, diese Schäden möglichst gut zu machen und mit ängstlicher Sorgfalt alles zu verhüten, was uns den Vorwurf eintragen könnte, wir hätten infolge mangelnder Voraussicht oder gar wegen übelangebrachter Sparsamkeit die Wunden, die der Weltkrieg geschlagen, noch verschlimmert.

Stellen Sie sich nun vor, was es bedeutete, wenn wir mitten im Schuljahre, nach solchen Schulmiseren, viele der ganz jungen, gänzlich ungeübten oder auch entwöhnten Lehrkräfte nach vierjährigem Feldzuge in die Klassen hineinstellen wollten. Es wäre dies ein Unrecht an den Kindern, den Eltern, unserem Volke und seiner Zukunft. Die jungen Lehrkräfte mögen dies nicht als Vorwurf empfinden, sie sind unschuldig an dem Verhängnisse, das sie getroffen und mitten aus den Studien, die häufig noch nicht einmal vollendet waren, hinaus aufs Schlachtfeld gerissen hat. Die Kurse, welche der Landesschulrat einzuführen beabsichtigt, können wohl nur einen Teil des Schadens, den die theoretische Bildung der jungen Männer ohne ihr Zutun gelitten hat, gutmachen. Jene Kurse können unmöglich das bringen, wodurch der angehende junge Lehrer speziell in praktischer Betätigung auf jene Höhe gebracht wird, die man unbedingt in der Jetztzeit fordern muß, in einer Zeit, in welcher selbst die tüchtigsten, erfahrensten älteren Lehrkräfte alle Kräfte anspannen müssen, um die schuldlos zurückgebliebene gesamte Jugend auch nur einigermaßen wieder auf den normalen Stand zu bringen.

Wir behaupten nun und die schon geübte Praxis in einzelnen Bezirken, wo unsere nun folgenden Vorschläge schon teilweise angeführt und erprobt sind, bestärken uns in dieser Meinung, daß sich die schwierige Lösung der Frage der Lehrersubstituten mit der der Hebung vom Unterrichtserfolg und Erzielung besserer Erziehungsresultate ohne weiters glücklich verbinden läßt, so daß nicht ein einziger Substitut, nicht eine einzige Substitutin entlassen werden muß.

Nach dem schon oberwähnten Muster verfüge man:

Jede überzählige Lehrkraft werde in wechselnden Turnus tüchtigen Lehrkräften zur Hospitierung und Hilfe zugewiesen. Im entsprechenden Wechsel von Hospitieren, Probeauftritten, dem Einführen in die mannigfaltigen Schreibgeschäfte, Führung der Amtsschriften, Korrekturen u. s. w. verbunden mit den nach festgelegtem Plane zu erteilenden Nachhilfeunterrichte (der krank gewesene Kinder und Minderbefähigte betrifft), sowie der obligatorischen Jugendfürsorge, läßt sich ein derart umfangreiches Arbeitsgebiet schaffen, daß uns sicherlich die jungen Lehrkräfte nicht zu viel werden. Außerdem zeigt die Erfahrung, daß bei der jetzigen Ueberlastung der Lehrkräfte durch den Brot-Kommissionsdienst und der mangelhaften Ernährung die Absenzen der Lehrpersonen sich immer mehr häufen. Die Zuweisung einer Aushilfslehrkraft genügt schon lange nicht mehr, und es müssen nun zu all den anderen Verpflichtungen die übrigen Lehrkräfte auch noch für dieses Mehr an Arbeitsleistung aufkommen. Insbesondere aber ist die Arbeit, welche auf den Schulleitern ruht, die alle zugleich Kommissionsobmänner sind, fast nicht zu leisten, zumal dann, wenn die Schule in zwei, oft sogar in drei verschiedenen Gebäuden untergebracht ist oder aus Volks- und Bürgerschule besteht. Durch die Anstellung mindestens zweier Aushilfslehrkräfte für solche Schulen wäre auch in dieser Angelegenheit doppelt geholfen.

Kommt noch der gewichtige Einwand der Geldfrage. Da können wir als christlichsoziale Gemeinderäte nur den Standpunkt einnehmen, den uns nicht nur unser Herz und Verstand, sondern auch das Grundprinzip der Partei eingibt: Wer „christlich" und „sozial" handelt, geht den rechten Weg, der handelt auch echt demokratisch. Das Geld kann hier keine so bedeutende Rolle spielen, auf daß wir uns nicht beeilen sollten, Unheil abzuwenden, wo es geht, dem größten Schatze, der uns geblieben, den uns kein Feind rauben kann, unseren Kindern eine bessere Erziehung und Ausbildung zu geben.

Es kann sich nach den Berechnungen nur für einige Monate um zwei Drittel der Substituten handeln. Ein Drittel der Eingerückten ist ja noch nicht zurückgekehrt. In kurzem müssen dann die pensionsreifen Lehrkräfte den jüngeren Platz machen, bleibt kaum ein Drittel der Kriegssubstituten mehr. Erfahrungsgemäß setzen im Frühjahre die von da an ständig anschwellenden Krankheitsurlaube ein, so daß mit Ende des Schuljahres ein verschwindend kleiner Bruchteil, wenn wir so sagen dürfen, den Gnadengehalt bezieht. Aber auch diese werden durch ihre rege Mitarbeit im Förder- und Nachhilfeunterricht und auf dem Gebiete der Jugendfürsorge die Opfer tausendfältig lohnen, wir aber haben die Genugtung, nicht nur ein gutes Werk zu fördern, sondern den Zeitpunkt richtig erkannt zu haben, in welchem durch hochherziges Eingreifen der Gemeindeverwaltung Lehrerschaft und Jugend über die kritische Zeit des Weltkrieges möglichst schadlos hinweggebracht wurden.

Die hiezu für kurze Zeit aufgewendeten Mittel werden sich im Hinblick auf die sich ergebenden Vorteile für die kommende Generation tausendfältig bezahlt machen.

Wir beantragen daher:

1. Es wird von den auf Kriegsdauer angestellten substituierenden Lehrkräften niemand entlassen.

2. Die Lehrkräfte sind im Sinne dieses Antrages nach eigenen, von der Schulbehörde zu verfassenden Detailvorschriften zweckmäßig zu beschäftigen, und zwar:

a) im Interesse des eigenen praktischen Einlebens in das Schulgetriebe.

b) im Interesse der Schuljugend.

Wer für die Jugend sorgt, sorgt für das Volk und seine Zukunft, wer den Lehrstand fördert, fördert zugleich unser wertvollstes Gut: die Jugend.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

57. Antrag des GR. Bernhard Richter:

In einer der letzten Stadtrats-Sitzungen wurde beschlossen, den Sonntagsverkehr auf einer größeren Anzahl von Straßenbahnlinien wieder aufzunehmen.

Zum Leidwesen der Bewohner des Bezirksteiles Stadlau (Linie 16) und der Anrainer der Linie 17, welche den Verkehr zwischen Floridsdorf—Donaufeld und Kagran vermittelt, sind beide Linien noch immer zum Nichtbetrieb verurteilt.

Die Bewohner dieser ziemlich dicht verbauten Gebietsteile entbehren infolgedessen an einen Sonntag jeder Verkehrsmöglichkeit, die gerade zur Winterszeit, in Anbetracht der exponierten Lage besonders schmerzlich empfunden wird.

Mit zwei Zugsgarnituren nebst Beiwagen würde sich auf beiden Strecken, bei einigermaßen Entgegenkommen von Seite der Straßenbahn-Direktion, ein 30 Minuten-Verkehr ganz leicht bewerkstelligen lassen. Durch Einschaltung dieser Linien im Sonntagsverkehr würde einem dringenden Bedürfnis dieser dichtbevölkerten Bezirksteile Rechnung getragen werden.

Erlaube mir mit Bezugnahme auf obige Ausführungen den Antrag zu stellen:

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Linie 16, welche im 21. Bezirke den Verkehr zwischen Wagramerstraße und Stadlau vermittelt, und auch die Linie 17, welche Floridsdorf—Donaufeld und Kagran verbindet, auch des Sonntags in Betrieb zu setzen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

58. Antrag des GR. Suchanek und Genossen:

Obwohl es derzeit genügend dringendere Sorgen gäbe, die der Erledigung zugeführt werden sollten, ist es dennoch unseres Erachtens notwendig, daß jede Erinnerung an jenen Mann, welcher den Völkern Europas und insbesondere dem deutschen Volke so unsäglich schweres Unglück gebracht hat, aus dem Gesichtskreis gebracht wird und wird infolgedessen beantragt:

Der Gemeinderat der Stadt Wien wolle beschließen, der Kaiser Wilhelm-Ring wird auf seinen alten Namen „Parkring" umbenannt.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

59. Antrag des GR. Angeli:

Unsere Gartenanlagen, die der Stolz der Gemeinde Wien vor dem Kriege waren, mußten während des Krieges infolge Arbeitermangels leider stark vernachlässigt werden und unsere tolle Jugend, die durch mangelnde Beaufsichtigung jede Rücksichtnahme auf diese Anlagen hintansetzte, verwüstete dieselben noch mehr. Im Maria Josefa-Park wurden sogar schöne Blaufichten zu Weihnachten abgeschnitten und nach Hause getragen. Auf diese und ähnliche Weise wurde der Park devastiert. Namentlich sind es auch die kleinen Parkanlagen in den ehemaligen Vororten, die furchtbar mitgenommen sind. Eine Regenerierung dieser Anlagen ist unbedingt notwendig, ebenso, wie in Zukunft während der Sommermonate eine strengere Beaufsichtigung derselben erforderlich ist. Meistens waren bis jetzt die Parkwächter alte Leute, die eben von dieser verwilderten Jugend nur zum Besten gehalten wurden und kaum ihrer Aufgabe gerecht werden konnten. Wollen wir nun eine strenge Beaufsichtigung dieser Gartenanlagen durchführen, so ist auch hier eine Reform notwendig und es würden da namentlich solche Kriegsinvalide in Betracht kommen, die nur Armverletzungen haben, sonst aber gesund sind. Solche Leute könnte man zu diesem Zwecke anstellen und diesen armen, für das Vaterland zu Krüppeln geschossenen Menschen dadurch eine bescheidene Lebensstellung schaffen. Ein großer Unfug in diesen Parkanlagen ist auch das Schnalzen mit den Peitschen. Das haben die Kinder in Ungarn gelernt und üben es nun in den Parkanlagen in toller Weise aus. Nicht nur, daß sie vorübergehende Passanten gefährden und die um sie herumlaufenden Kinder bedrohen, ist auch dieses Schnalzen bei kleinen Parkanlagen für die umliegenden Häuser eine große Belästigung. Namentlich kranke und alte Personen haben darunter zu leiden, weil es nervenaufregend wirkt.

Ich gestatte mir daher auf Grund vorstehender Ausführungen folgende Anträge zu stellen:

1. Die während des Krieges stark vernachlässigten Parkanlagen sind wieder in ihren früheren Zustand zu versetzen und wäre dies als Notstandsarbeit durchzuführen. Mit dem Umstechen und Regenerieren der zertretenen Rasenflächen ist nach Möglichkeit sofort zu beginnen.

2. Die Ueberwachung der Parkanlagen soll im Sommer in wirksamer Weise durch Invalide durchgeführt werden. Das Schnalzen in den Parkanlagen und auf den Straßen von Seite der Kinder ist auf das Strengste zu verbieten und ist auch die Sicherheitswache auf diesen Unfug besonders aufmerksam zu machen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

60. Antrag des GR. Paulitsche:

Aus den gegenwärtig bei der städtischen Hauptkassa in Verwendung stehenden Gehaltsbögen ist wohl die Höhe des Gehaltes und das Quartiergeldes, nicht aber die Höhe und der Zweck der verschiedenen Abzüge, das Ausmaß der Zulagen innerhalb der Rangsklassen (Biennien, Triennien) ersichtlich. Dies hat zur Folge, daß sich eine große Anzahl von Beamten und Lehrern, um diesbezügliche Auskünfte zu erhalten, fortgesetzt an die städtischen Hauptkassa wenden müssen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, beantragt der Gefertigte

eine Reformierung der von der städtischen Hauptkasse ausgestellten Gehaltsbogen in der Weise, daß die einzelnen Beträge wie Gehalt, Quartiergeld, Teuerungszulage, anfallende Triennien, Abzüge 2c. in kaufmännisch üblicher Art gesondert benannt ausgewiesen werden, so daß der Empfänger jederzeit in der Lage ist, zu wissen, was ihm zugewiesen und wofür ihm ein Abzug gemacht worden ist.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

61. Antrag der GR. Untermüller und Waldsam:

Bei den aus Anlaß der Wahlen in die Nationalversammlung notwendigen Schreibarbeiten wird sowohl männliches als weibliches Personal verwendet. Während die männlichen Schreibkräfte für diese Arbeitsleistung in der Zeit von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends den Betrag von 10 K erhalten, sind die weiblichen Schreibkräfte niedriger entlohnt, obwohl sie die gleiche Arbeit zu leisten haben.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die bei den Wahlarbeiten verwendeten weiblichen Schreibkräfte sind hinsichtlich der Entlohnung den männlichen gleichzustellen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

62. Antrag des GR. Spalowsky und Kollegen:

Im Rahmen der durch die Kohlennot gebotenen Sparmaßnahmen und Verkehrsbeschränkungen wurde auch die Linie 57 an Sonn- und Feiertagen außer Betrieb gesetzt. Diese Maßnahme hat sich jedoch als durchaus verfehlt erwiesen. Der Bezirk Mariahilf ist an Sonn- und Feiertagen größtenteils vom Verkehre abgeschnitten, denn die über die Mariahilferstraße verkehrenden Linien sind so stark belastet, daß ein Aufsteigen im 6. Bezirke unmöglich ist. Die Wiederinbetriebsetzung der Linie 57 würde auch die Mariahilferstraße bedeutend entlasten.

Leider haben die bisherigen Anträge, an Sonn- und Feiertagen auf allen Radiallinien den Verkehr der Straßenbahnen aufrechtzuerhalten, bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen kein Gehör gefunden. Es wird demnach der Antrag gestellt:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Linie 57 ist an Sonn- und Feiertagen wie an Wochentagen zu betreiben.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Der Einlauf ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Durch einen Erlaß des Staatsamtes für Finanzen wird erklärt, daß (liest): „das deutschösterreichische Aerar dem Zentral-Verbande von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs, G. m. b. H., in Wien, 7., Zieglergasse 3, den Ausfall an Kapital und Zinsen zu 75 Prozent ersetzen wird, wenn Darlehen uneinbringlich werden, die von der Landes-Kommission für gewerbliche Kriegskredithilfe der Stadt Wien, oder von der „Landes-Kommission für gewerbliche Kriegskredithilfe in Niederösterreich außerhalb Wiens", nach den von den Staatsämtern für öffentliche Arbeiten und der Finanzen genehmigten Grundzügen der „Kriegskredithilfe für das mittelständische Gewerbe im Lande Oesterreich unter der Enns" bewilligt und vom Zentral-Verbande von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs, G. m. b. H., ausgezahlt worden sind.

Das deutschösterreichische Staatsamt der Finanzen erklärt weiter, daß das deutschösterreichische Aerar 75 Prozent der Zinsenzuschüsse decken wird, die im Rahmen der erwähnten Grundzüge zum Ausgleiche des Unterschiedes zwischen dem Zinsfuß der Darlehen und dem im Einvernehmen mit dem Staatsamte der Finanzen vereinbarten Zinsfuß der für die

Gewährung der Darlehen aufgenommenen Anleihen notwendig sind. Nachdem das Staatsamt der Finanzen diese Garantie übernimmt, enfällt die Fortsetzung der Debatte über das Geschäftsstück Post 4 des Herrn Kollegen Breuer. Ich setze dieses Referat daher von der heutigen Tagesordnung ab. Die Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates. Ich bitte daher den Herrn Kollegen Melcher, jenes Stück zu referieren, welches an die qualifizierte Majorität gebunden ist.

63. Berichterstatter GR. Melcher: Zahl 774, Post 24. Edmund Kallich, Erstreckung der Verbauungsfrist für die Liegenschaft Einl.-Z. 1778 Grundbuch Alsergrund im 9. Bezirke.

Eduard Kallich hat ein Ansuchen um Verbauungsfristerstreckung bezüglich der Einl.-Z. 1778 im 9. Bezirke Alsergrund überreicht. Laut Gemeinderats-Beschluß vom 9. Dezember 1910 hat er dortselbst eine Eckparzelle gekauft, konnte sie aber mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die während des Krieges im Baufache eingetreten sind, nicht verbauen. Er hat bereits mehrmals um Fristerstreckung angesucht und in dem nun vorliegenden Gesuch bittet er, diese um ein weiteres Jahr, bis 24. Jänner 1920 zu erstrecken, unter der Bedingung, daß er mit den 4000 K, welche er als Kaution für seine Verpflichtung erlegt hat, nach § 3 des Kaufvertrages weiterhaftet.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Ich bitte jene Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß:

Dem Edmund Kallich wird über Ansuchen die Frist zur Verbauung der Liegenschaft Einl.-Z. 1778 des Grundbuches Alsergrund neuerlich um ein Jahr, das ist bis 24. Jänner 1920, unter der Bedingung erstreckt, daß die zur Sicherstellung der Verbauungsfrist erlegte Kaution von 4000 K im Sinne des § 3 des Kaufvertrages auch weiterhin haftet.

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Kollegen Müller, ebenfalls ein Hunderter-Stück zu referieren.

64. Berichterstatter GR. Josef Müller: Zahl 12-49, Post 32. Friedrich Fischer sucht um tauschweise Ueberlassung eines an die Realität 12., Wilhelmstraße 22 anschließenden städtischen Grundes an. Es werden ihm im Kompensationswege 312 m² gegeben und er gibt uns dafür 334 m² und leistet noch eine Aufzahlung von 10.000 K. Ein stadträtliches Komitee hat diese Vorschläge genehmigt. Ich bitte auch um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Ich bitte jene Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß:

1. Die Gemeinde Wien überträgt den im Stadtbauamtsplane, Fach-Abt. XIV, Z. 716/18, mit den Buchstaben a b c d e f (a) bezeichneten Grundteil der ihr gehörigen Kat.-Parz. 169/1, Einl.-Z. 513 Grundbuch Unter-Meidling, im ungefähren Ausmaße von 312·76 m² ins Eigentum der Eheleute Friedrich und Barbara Fischer und legt gleichzeitig die mit den Buchstaben a k r p d f (a) bezeichneten Grundteile dieser Parzelle unentgeltlich und lastenfrei ins Verzeichnis des öffentlichen Gutes.

2. Die Eheleute Friedrich und Barbara Fischer übertragen von ihrer Liegenschaft Kat.-Parz. 170 und 254, Einl.-Z. 514 Grundbuch Unter-Meidling, die im selben Plane mit den Buchstaben c g i j (c) umschriebene Fläche im Ausmaße von zirka 334·67 m² ins Eigentum der Gemeinde Wien und verpflichten sich, vor Umbau des auf dieser Liegenschaft befindlichen Hauses längstens jedoch bis zum 1. August 1923 die mit den Buchstaben a k l m (a) bezeichnete Grundfläche unentgeltlich und lastenfrei ins Verzeichnis des öffentlichen Gutes zu legen.

3. Die Eheleute Friedrich und Barbara Fischer entrichten der Gemeinde Wien binnen 14 Tagen nach Verständigung von der Genehmigung dieses Grundtausches eine Aufzahlung von 10.000 K.

4. Die einzutauschenden Baugrundflächen werden gegenseitig satz- und lastenfrei übergeben, auf den ins öffentliche Gut zu legenden Flächen stellen beide Vertragsteile die richtige Höhenlage auf eigene Kosten her.

5. Die Gemeinde Wien gibt den Eheleuten Fischer die eingetauschte, mit den Buchstaben c g i j (c) umschriebene Fläche auf unbestimmte Zeit gegen vierteljährliche termingemäße Kündigung um den Jahreszins von 1 K per Quadratmeter und Jahr in Bestand. Im Falle der Kündigung des Bestandvertrages ist der Grund im geräumten Zustande, jedoch im gegenwärtigen Niveau rückzuübergeben.

6. Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren, sowie die Kosten der Herstellung der erforderlichen Trennungspläne tragen beide Vertragsteile je zur Hälfte.

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn VB. Hoß zur Berichterstattung.

65. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 620, Post 1. Bewilligung eines Zuschußkredites zur Ausgabs-Rubrik LII 33 im Betrage von 1,250.000 K anläßlich Durchführung der Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung 1919.

Im Voranschlage sind 20.000 K für Vorarbeiten vorgesehen worden. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Wähler, die rasche Durchführung und die erhöhten Preise ist ein ziemlich hoher Betrag notwendig, welcher die seinerzeitig für Reichsratswahlen erforderlichen Beträge um mehr als das Dreifache übersteigt. Wir haben im Jahre 1907 307.000 K, im Jahre 1911 272.000 K gebraucht. Für die heurigen Wahlen sind 1¼ Millionen Kronen notwendig. Davon entfallen auf die Wahlzellen 150.000 K, für verschiedene Anschaffungen 300.000 K und der Rest ist für jene Beamten und Angestellten erforderlich, die bei den Wahlen mitzuwirken haben. Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Die Debatte ist eröffnet. Herr GR. Dr. Hein hat das Wort pro.

GR. Dr. Hein: Die Wahlposten, die hier verlangt werden, sind sehr bedeutend, ich bemerke aber, daß das eigentlich Kosten des übertragenen Wirkungskreises sind, die nicht die Stadt, sondern den Staat treffen sollten. Im Staate Deutschösterreich ist die Situation nicht mehr dieselbe wie sie früher war.

Wenn wir schon diese Kosten tragen, müssen wir den Wunsch aussprechen, daß die Liste vollständig sei. Wir haben zunächst zu beanständen, daß die deutschen Reichsangehörigen in die Liste

nicht aufgenommen wurden. Man hat sie wohl auf das Reklamationsverfahren angewiesen, aber der Zweck dieses Verfahrens ist der, daß versehentlich ausgelassene einzelne Wähler in die Liste gelangen sollen. Hier wurde aber eine ganze Kategorie von Wählern von vornherein ausgelassen, und zwar eigentlich wissentlich freilich nicht, aus einer bestimmten Absicht, sondern sie wurden wissentlich ausgelassen, weil offenbar die Erfassung dieser Wähler besondere Schwierigkeiten machte. Das darf aber bei der Zusammensetzung einer Wählerliste nicht maßgebend sein, und gerade mit Rücksicht auf gewisse Verhältnisse und auch mit Rücksicht darauf, daß der Anschluß an Deutschland nach § 2 des Grundgesetzes proklamiert worden ist, hätte man in diesem Falle darauf Bedacht nehmen sollen, die deutschen Reichsangehörigen in die Wählerliste aufzunehmen.

Ich habe es auch weiters — und das war bereits heute Gegenstand einer Interpellation — nicht für richtig befunden, daß man bei der Anlage der Wählerliste die Hausbesorger in diesem Maße in Anspruch genommen hat. Es war ja notwendig, sie in Anspruch zu nehmen, aber da wir im Meldeverfahren heute eine gewisse Geheimhaltung dadurch erzielt haben, daß Kuverts beigelegt werden, so daß der Hausbesorger auf diese Weise nicht zur Kenntnis der gesamten Personaldaten gelangt, so hätte man auch einen Modus finden sollen, daß nicht dem Hausbesorger die ganzen Personalverhältnisse anvertraut werden müssen. Allerdings wurde die Maßregel getroffen, daß man, wenn man dem Hausbesorger das Wähleranlageblatt nicht übergeben wollte, die Möglichkeit hatte, es dem Bezirksamte zu übergeben.

Wir kennen ja die Bequemlichkeit unserer Wähler und die Bequemlichkeit der Bevölkerung in Wahlsachen überhaupt und wir müssen mit dieser Bequemlichkeit als einer einmal feststehenden Eigenschaft rechnen. Deshalb hätte man es doch mit einem Kuvert oder in irgend einer anderen Form möglich machen sollen, daß dieses Wähleranlageblatt abgegeben werden kann, ohne daß der Hausbesorger zur Kenntnis der gesamten Personaldaten gelangt. Wir haben auch bei dieser Wahlbewegung bereits mehrfach die Erfahrung gemacht, daß gewisse Uebelstände aus früheren Zeiten noch beibehalten wurden, daß insbesondere die Bezirksvorsteher noch vielfach der Ansicht waren, daß sie einseitige Parteiorgane der christlichsozialen Partei seien.

In vielen Bezirken wurde es beispielsweise zugelassen, daß auf den Amtstafeln Aufrufe einer Partei veröffentlicht wurden. Das ist aber unzulässig, das soll nicht sein. Es entspricht auch nicht den Verhältnissen, wie sie gegenwärtig in der Gemeindeverwaltung schon sind, so daß das endlich einmal fallen gelassen werden sollte.

Die Bezirksvorsteher dürfen sich nicht als einseitige Organe irgend einer Partei betrachten.

Zu diesem Kapitel gehört es auch, daß, wie ich heute in einer Interpellation festgestellt habe, beispielsweise der alte Rathaussaal an allen Sonntagen von vornherein an die christlichsoziale Partei überlassen wird. Das ist gleichfalls unzulässig und ungehörig. Wenn sich der betreffende Bezirksvorsteher auch dahin ausgeredet hat, daß der Saal an den Christlichsozialen Wählerverein vermietet worden ist, dessen Obmann er selbst ist, so muß ich sagen, gerade diese Identität der Person des Bezirksvorstehers mit dem Obmann des Christlichsozialen Wählervereines hätte ihn veranlassen sollen, nicht einseitig für sämtliche Sonntage vor- und nachmittags den Saal um den horrenden Preis von 10 K an einen christlichsozialen Wählerverein zu vermieten. Ich betrachte das unter allen Umständen als ungehörig und unzulässig und kann mich daher mit der Beantwortung, die sich der Herr Bürgermeister geleistet hat, absolut nicht einverstanden erklären. Wir müssen ein- für allemal darauf bestehen, daß sich Amtsorgane nicht einseitig auf die Seite irgend einer Partei stellen. An diesem Grundsatz müssen wir unter allen Umständen festhalten und ihn mit aller Energie vertreten. Man braucht nicht auf den alten Wiener Satz hinzuweisen: Es sind auch schon Hausherren gestorben, aber wir wissen ja nicht, wie sich die Verhältnisse drehen und daher wäre es ganz gut, wenn man nach dieser Richtung vorbauen würde, indem wir verlangen, daß Amtsorgane sich niemals auf die Seite irgend einer Partei stellen und das, was ämtlich ist, nicht irgend einer Partei ausgeliefert werde. Dieser Grundsatz wird gewiß von der gesamten Bevölkeruug gebilligt werden und es ist daher nur recht und billig, wenn wir auf dessen Befolgung in der gegenwärtigen Wahlbewegung dringen. (Lebhafte Zustimmung.)

VB. Rain (der den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist niemand mehr gemeldet, der Herr Referent zum Schlußworte.

Berichterstatter VB. Hoß: Der Herr Vorredner hat eigentlich nicht zum Referate gesprochen, sondern nur hervorgehoben, daß es sich um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises handelt, daher die Kosten vom Staate selbst zu tragen seien. Ich bin auch der Meinung, daß es wünschenswert wäre, daß solche Auslagen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, nicht von der Gemeinde getragen werden. In absehbarer Zeit werden wir ja Gelegenheit haben, uns mit einem neuen Statut zu beschäftigen und vielleicht kann dann auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung nach dieser Richtung für die Zukunft vorgesorgt werden.

Was den Vorwurf der Parteilichkeit betrifft, so kann ich wohl sagen, daß man im allgemeinen davon gewiß nicht sprechen kann. Einzelne Fälle können ja vorkommen und das wird bei anderen Parteien auch der Fall sein und wird sicher auch in der Zukunft vorkommen; verallgemeinern darf man aber nicht. Im allgemeinen bin ich überzeugt, daß die christlichsozialen Bezirksvorsteher in objektiver Weise ihre Pflicht erfüllen.

VB. Rain: Ich bitte, jene Herren, welche dem Antrage des Herren Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Für die Vornahme und die Durchführung der Wahlen in die Nationalversammlung wird zur Ausgabs-Rubrik LII 33 ein Zuschußkredit von 1,250 000 K bewilligt und die Ausgabe auf das Anlehen von 1918 verwiesen.

66. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 77, Post 2, Aenderung der Titel der Beamten des Hilfsstatus des Stadtbauamtes.

Diese Beamten sind bittlich geworden, es möge das Beiwort „Hilfs“ ausbleiben und dafür das Wort „technische“ angewendet werden. Ferner wird noch für die 7. Rangsklasse

eine kleine Aenderung gewünscht. Der vorliegende Antrag wurde im Einvernehmen mit diesen Beamten aufgestellt. Ich bitte um die Annahme.

VB. Rain: Zum Worte, und zwar pro Herr GR. Vaugoin.

GR. Vaugoin: Während sich die aus den technischen Mittelschulen stammenden Techniker in der Privatindustrie großer Beliebtheit erfreuen und vielfach Verwendung finden, fanden sie bisher im öffentlichen Dienste weniger Beachtung, ja oft unverdiente Zurücksetzung. Lange Zeit konnten sie beim Staate überhaupt keine Anstellung finden. Nur um die Existenzberechtigung der höheren Gewerbeschulen darzutun, hat auch der Staat mit der Zeit Mittelschultechniker in seine Dienste genommen. Später folgten zögernd die Gemeinde und andere öffentliche Körperschaften und nahmen diese Mittelschultechniker in ihren Dienst. Doch seit dem ersten Momente, seit dem sie im Dienste der Gemeinde stehen, besteht die Klage dieser Beamtenkategorie, daß ihnen jene Beachtung nicht zukommt, welche sie für ihren Pflichteifer, ihre Praxis und Vorbildung verdienen. Diese Kränkung hat sich schon durch den Namen dargetan, indem man sie immer als Hilfsstatus bezeichnet hat. In diesem Worte „Hilfsstatus" lag schon darin, daß sie nicht wie andere Beamte betrachtet wurden, sie faßten das so auf, als ob sie Hilfsbeamte wären, obwohl das nach ihrem Wirkungskreise nicht der Fall gewesen ist. Sie sind aber in ihren Stellungen niemals selbständig gewesen, wenn sie auch noch so alte Beamte waren. Sie waren immer de facto Hilfsbeamte und haben auch immer im Avancement eine gewiße Zurücksetzung empfunden, indem Leute, die auf volle Mittelschulbildung hinweisen konnten, um zwei Rangsklassen hinter der Stadtbuchhaltung zurückgeblieben sind.

Auch der Polytechnische Verein, der die gesamten Mittelschultechniker umfaßt, befaßte sich wiederholt mit dieser Frage in Bezug auf Avancement, Stellung und Wirkungskreis der Mittelschultechniker und ist wiederholt an den Gemeinderat herangetreten.

Auch wir Gemeinderäte haben anläßlich des letzten Zeitavancements im Jahre 1912 oder 1913 uns mit dieser Frage beschäftigt und haben die Wünsche und Forderungen vorgebracht, die nur teilweise Berücksichtigung gefunden haben.

Ich glaube, daß das wahrlich keine unbillige Forderung ist, wenn wir sagen, daß diese Mittelschultechniker nicht ständig als untergeordnete Organe behandelt werden sollen, sondern als wirkliche Beamte anerkannt werden müssen. Der beschämende Zustand, daß ein Ober-Revident der 8. Rangsklasse einem Bauamts-Praktikanten zugeteilt ist, kann auf die Dauer nicht beibehalten werden. (Allgemeine Zustimmung.) Ich verweise da auf das Beispiel von Berlin. In Berlin haben die Mittelschultechniker zum Nutzen der Stadt eine weitgehende Beachtung gefunden. Im Berliner Stadtbauamte waren 32 Hochschultechniker und 175 Mittelschultechniker im Jahre 1912 angestellt und von diesen Mittelschultechnikern waren viele in selbständigen, leitenden Stellungen. Es wäre ganz gut möglich, daß die Forderungen dieser Beamten dahin unterstützt werden, daß jene Bauamts-Abteilungen, welche eine technische, wissenschaftliche Vorbildung erfordern, von Hochschultechnikern als Leitern besetzt werden, daß aber jene Bauamts-Abteilungen, welche nur die Bauerhaltung und die Leitung der technischen Betriebe haben, den älteren, tüchtigen, erfahrenen und praktischen Mittelschultechnikern überlassen bleiben sollen. Im Interesse der Gemeinde Wien möchte ich diese Anregung geben und auch einen lang gehegten Wunsch der Techniker vorbringen, daß endlich mit der Bezeichnung „Hilfsstatus" aufgeräumt werde.

Es sollte deshalb ein eigener Status der technischen Mittelschüler eingeführt werden, denen auch ein entsprechender Wirkungskreis eingeräumt werde, der dieser Beamtenkategorie würdig ist und den Herren die Möglichkeit gibt, ihre Befähigung kundzutun.

Was die Qualifikation anlangt, so möchte ich auch sagen, daß sie der modernen Zeit nicht mehr angepaßt ist. Wenn die Qualifikation eines großen Status zustandekommt, bei welcher nicht ein Mitglied dieses Status was dreinzureden hat, so entspricht dies keineswegs der modernen demokratischen Zeit.

Ich möchte also bitten, daß diese meine Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen und wir es so machen, wie es die Stadt Berlin gemacht hat, indem wir die Mittelschultechniker zur Mitarbeit heranziehen. Denn, aufrichtig gesagt, es ist wirklich nicht notwendig, die Leute, die im Dienste ergraut sind und eine große Praxis und entsprechende Vorbildung besitzen, immer wieder die Arbeiten eines Hilfsbeamten verrichten zu lassen.

In diesem Sinne möchte ich also um Intervention des Herrn Referenten bitten.

VB. Rain: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter VB. Hoß: Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben eigentlich mit meinem Antrage nichts zu tun. Ich bin ja mit seinen Ausführungen einverstanden, aber meiner Meinung nach müßte in dieser Beziehung ein selbständiger Antrag gestellt werden. Ich kann von dem Standpunkte meines Referates nicht dazu Stellung nehmen, möchte mir aber erlauben, zu sagen, daß, so weit mir bekannt ist, eine Kränkung dieser Beamten nicht beabsichtigt war und auch nicht sein soll. Es besteht im Stadtbauamte ein Hauptstatus und da muß, wenn ein zweiter Status damit in Verbindung gebracht wird, dieser als Nebenstatus oder als Hilfsstatus bezeichnet werden. Sie sehen auch, daß der Herr Bau-Direktor, ebenso wie der Magistrat und Stadtrat keinen Anstand gefunden haben, als die Herren den Wunsch geäußert haben, das Wörtchen „Hilfsstatus" auszulassen.

Ich kann diese ganzen Wünsche momentan nicht beurteilen, kann aber nur das eine sagen, daß Hilfskräfte nicht in die 7. Rangsklasse kommen. Hilfskräfte sind Kanzlisten, Diurnisten und ähnliche Beamte, aber eine Kategorie von Beamten, die die 7. Rangsklasse erreichen kann, kann man nicht unter die Hilfsbeamtenskategorie einreihen. Die Ueberzeugung habe ich auch, daß man praktische, tüchtige Männer mit technischer Mittelschulbildung auf verschiedenen Dienststellen sehr gut verwenden kann, so zum Beispiel bei den Hauserhaltungen, Spitalverwaltung u. s. w. Ich weiß auch vom Bau-Direktor, daß die Sache nicht neu ist, sie ist schon vor dem Kriege besprochen worden, aber während des Krieges waren die Verhältnisse so, daß eine Aenderung nicht vorgenommen werden konnte. Ich bin aber überzeugt, daß der Herr Bau-Direktor sich mit der Verbesserung der Verhältnisse in diesem Status beschäftigen und den vorgebrachten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen wird.

VB. Rain: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden; gegen den Antrag des Herrn Referenten wird eine Einwendung nicht erhoben. Ich erkläre denselben für genehmigt.

Beschluß:

Den Beamten des Hilfsstatus des Stadtbauamtes werden die nachstehenden neuen Amtstitel verliehen: In der

7. Rangsklasse technischer Verwalter,
8. Rangsklasse technischer Ober-Revident,
9. Rangsklasse technischer Revident,
10. Rangsklasse technischer Offizial,
11. Rangsklasse technischer Assistent und technischer Praktikant.

67. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 772, Post 25. Bewilligung eines Betrages von 50.000 K zur Errichtung einer Gemeinschaftsküche für alle Angestellten des städtischen Gaswerkes.

Es wurde in der Josefstädterstraße eine solche Küche errichtet. Der Verein hat ein Barvermögen von 4000 K und ein Darlehen von 30.000 K von der niederösterreichischen Landesregierung als Unterstützung erhalten, für welches die Gemeinde die Haftung übernommen hat. Es wird nun beantragt, daß dem Verein der Beamten der städtischen Gaswerke ein einmaliger Betrag von 50.000 K bewilligt werde; dem Verein wird weiters das für den Küchenbetrieb und für das Lebensmittellager, 8, Buchfeldgasse 4, benötigte Gas einschließlich der Gasmesser von den Gaswerken unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VB. Rain: Eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag des Herrn Berichterstatters für genehmigt.

Beschluß:

Dem Verein der Beamten der städtischen Gaswerke wird als Beitrag zur Errichtung einer für alle Angestellten der städtischen Gaswerke und deren Angehörige bestimmten Gemeinschaftsküche aus den laufenden Betriebsmitteln der städtischen Gaswerke ein einmaliger Betrag von 50.000 K bewilligt; dem Verein wird weiters das für den Küchenbetrieb und für das Lebensmittellager, 8., Buchfeldgasse 4, benötigte Gas einschließlich der Gasmesser von den Gaswerken unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

VB. Rain: Zum Referate gelangt Herr GR. Knoll.

68. Berichterstatter GR. Knoll: Zahl 13034 ex 1918, Post 8. Erneuerung des Vertrages mit der niederösterreichischen Landesregierung wegen Reinigung der Kagraner Reichsstraße (Wagramerstraße). Es wird beantragt: Der Magistrat wird ermächtigt, den am 31. Dezember 1918 ablaufenden Vertrag mit der niederösterreichischen Landesregierung über die Reinigung der Kagraner Reichsstraße (Wagramerstraße) vom km 0·0 bis km 4·117 bei Erhöhung der staatlichen Beitragsleistung von 9500 K auf 12.000 K bis 31. Dezember 1919 zu erneuern.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag des Herrn Berichterstatters für genehmigt.

Beschluß:

Der Magistrat wird ermächtigt, den am 31. Dezember 1918 abgelaufenen Vertrag mit der niederösterreichischen Landesregierung über die Reinigung der Kagraner Reichsstraße (Wagramerstraße) vom km 0·0 bis km 4·117 bei Erhöhung der staatlichen Beitragsleistung von 9500 K auf 12.000 K bis 31. Dezember 1919 zu erneuern.

69. Berichterstatter GR. Knoll: Zahl 295, Post 9. Subvention für die Propellerüberfuhr von Nußdorf nach Jedlesee, Es wird beantragt: Die Propellerüberfuhr des August Zwerzina (von Nußdorf nach Jedlesee, als Geschäftsnachfolger des Rudolf R. v. Peithner) wird wie in den letzten Jahren mit 700 K subventioniert.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, eine Einwendung wird nicht erhoben, ich erkläre den Antrag des Herrn Berichterstatters für genehmigt.

Beschluß:

Die Propellerüberfuhr des August Zwerzina (von Nußdorf nach Jedlesee, als Geschäftsnachfolger des Rudolf R. v. Peithner) wird wie in den letzten Jahren mit 700 K subventioniert.

VB. Rain: Zum Referate gelangt Herr GR. Dr. Haas. — Herr GR. Dr. Haas wird auch drei Stücke für den Herrn Kollegen Schwer referieren.

70. Berichterstatter GR. Dr. Haas: Zahl 47, Post 5. Verein „Brigittaspital", Bestandzinsermäßigung für den städtischen Grund im 20. Bezirke, Ecke Strom- und Pasettistraße.

Der Verein befindet sich in einer schwierigen finanziellen Lage und um ihm entgegenkommen zu können, hat der Stadtrat beschlossen, dem verehrlichen Gemeinderate den Antrag zu stellen, eine Ermäßigung des Platzzinses, den der Verein mit jährlich 2800 K zu leisten hat, auf 450 K jährlich unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Zahl von 17 unentgeltlichen Spitalsbetten aufrecht erhalten wird und im übrigen die im Bestandvertrage vom 10. Dezember 1912, M. Abt. I, Z. 4484/12, enthaltenen Bestimmungen vollinhaltlich in Geltuug bleiben.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, ein Mitglied des Gemeinderates in den Vorstand des Vereines zu delegieren.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VB. Rain: Zum Worte gelangt Frau GR. Müller.

Frau GR. Müller: Ich möchte den Antrag des Herrn Referenten auf das allerwärmste begrüßen. Das Brigittaspital, welches an der Peripherie des 2. und 20. Bezirkes liegt, ist eine der wichtigsten Wohlfahrtseinrichtungen des Mutterschutzes. Dieses Spital wurde zu Beginn des Krieges eröffnet, hat während des Krieges Tausenden von Frauen zur Entbindung unentgeltliche Aufnahme gewährt und auch unentgeltlich Operationen geleistet. Die Förderung dieser Bestrebungen von Seite der Gemeinde ist umsomehr zu wünschen, als die Gemeinde für Mutterschutz bisher sehr wenig geleistet hat.

Ich kann mich bei dieser Gelegenheit nicht enthalten, auch über folgendes zu sprechen. In dem letzten Berichte des Stadtphysikates wird von einem Geburtenrückgange in Wien gesprochen und gesagt, daß dieser Rückgang vom Jahre 1906, wo 27 Geburten auf 1000 Einwohner kamen, die Geburten in der letzten Zeit auf elf herabgesunken sind. Es ist sehr zu wünschen, daß all

jene Bestrebungen, welche dem Mutterschutze dienen, von Seite der Gemeinde gefördert werden. Wenn aber, wie es oft vorkommt, eine Frau schreibt, daß sie nicht in das Spital gehen kann, weil ihr das Hemd fehlt, so können Sie daraus schließen, wie es in der Wohnung aussieht. Wir haben es ja gesehen, dort fehlt die Wäsche, das Leintuch, das Handtuch und alle notwendigen Behelfe für eine Entbindung. Es ist daher selbstverständlich, daß sich die Mutter und das Kind in steter Lebensgefahr befinden. Die Zunahme der Geschlechtskrankheiten und der Umstand, daß die Frauen während des Krieges in den Fabriken schwere Arbeit verrichten mußten, so daß sie so krank wurden, daß sie niemals mehr gesunde Kinder gebären können, wird beitragen, daß wir in Zukunft nicht mit einer Hebung der Bevölkerungsziffer rechnen können.

Es ist sehr zu wünschen, daß die Gemeinde alle Bestrebungen fördert, welche auf den Mutterschutz Bezug haben.

Ich würde ferner den Antrag stellen (liest):

„Das städtische Gesundheitsamt möge entsprechende Vorschläge für Mutterschutz, Schwangerenfürsorge, Wochenbetthilfe 2c. ausarbeiten und diesbezüglich mit dem Staatsamte für Volksgesundheit und der Landesregierung in Fühlung treten. Alle auf diesem Gebiete bereits tätigen Organisationen wären zur Mitarbeit heranzuziehen."

VB. Rain: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Dr. Haas: Ich habe nichts mehr hinzuzufügen, als die Frau Kollegin möge versichert sein, daß von Seite der Gemeinde für Mutterschutz das Möglichste geschehen wird. Den Antrag selbst kann ich nur wärmstens befürworten.

Ich bitte, die Unterstützungsfrage zu stellen.

VB. Rain: Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche den Antrag der Frau GR. Anitta Müller unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Beschluß:

Ueber Ansuchen wird dem Vereine „Brigittaspital" rückwirkend vom 1. April 1914 auf die Dauer von 15 Jahren, das ist bis 31. März 1929, eine Ermäßigung des mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. März 1912, P. Z. 3831/12, für die Ueberlassung städtischen Grundes im 20. Bezirke, Ecke Strom- und Pasettistraße festgesetzten jährlichen Bestandzinses von 2800 K auf 450 K unter der Bedingung gewährt, daß die Zahl von 17 unentgeltlichen Spitalsbetten aufrechterhalten wird und im übrigen die im Bestandvertrage vom 10. Dezember 1912, Z. M. A. I, 4484/12, enthaltenen Bestimmungen vollinhaltlich in Geltung bleiben.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, ein Mitglied des Gemeinderates in den Vorstand des Vereines zu delegieren.

71. Berichterstatter GR. Dr. Haas: Zahl 73, Post 20: Herstellung von Werkstättenräumen für die städtische Feuerwehr, Bewilligung eines Zuschußkredites von 142.000 K. Es ist dringend notwendig, daß der Feuerwehr eigene Werkstättenräume in größerem Maße zur Verfügung stehen als bisher, zumal jetzt eine größere Anzahl von Automobilkraftwagen aus der Sachdemobilisierung in den Besitz der Gemeinde gekommen ist, welche in entsprechender Weise für Feuerwehrzwecke adaptiert werden müssen. Die Werkstätten werden deshalb adaptiert, weil es nicht möglich ist, eine große, fixe Werkstätte unter den dermaligen Verhältnissen herzustellen. Ich bitte um die Annahme.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Die Umgestaltung der an die Pyrkergasse angrenzenden ehemaligen drei Stallungen auf der städtischen Liegenschaft Würthgasse Or.-Nr. 5, 7 und 9 im 19. Bezirke in Werkstättenräume für Zwecke der städtischen Feuerwehr wird nach dem bauämtlichen Entwurfe im veranschlagten Betrage von 142.000 K genehmigt und zu der Ausgabs-Rubrik XII 4 d ein Zuschußkredit in gleicher Höhe bewilligt.

72. Berichterstatter GR. Dr. Haas: Punkt 19. Zweiter Zuschußkredit anläßlich des Ankaufes eines Kraftwagens mit Pumpe für die städtische Feuerwehr. Es ist ein provisorischer Kraftwagen mit Pumpe für die städtische Feuerwehr, der in Benützung der Gemeinde Wien gestanden ist und sich außerordentlich bewährt hat. Es wird nun beantragt, zum Schutze der Mühle Vonwiller diesen Kraftwagen mit Pumpe anzukaufen und in der Nähe derselben zu plazieren, damit ein genügender Schutz für die Mühle geschaffen wird. Es ist aber kein Betrag im städtischen Budget vorgesehen und es muß ein Zuschußkredit gewährt werden. Ich bitte um die Annahme.

VB. Rain: Niemand zum Worte gemeldet. Der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

Zur Ausgabs-Rubrik XX 5 b des Voranschlages für das Verwaltungsjahr 1918/19 „Lösch- und Rettungsgeräte und Ausrüstungsgegenstände Neuanschaffung" wird ein 2. Zuschußkredit in der Höhe von 28.175 K bewilligt.

73. Berichterstatter GR. Dr. Haas: Punkt 18 der Tagesordnung, Mehrkosten für den Ankauf von Gefrierfleisch für die Feuerwehrmenage.

Jedem Feuerwehrmanne ist bei der Menage eine Fleischgebühr von 20 dkg zuerkannt worden, welche bei der Schwere der Arbeit, welche die Feuerwehr zu leisten hat, eine zu geringe Menge ist. Daher sind vom Feuerwehr-Kommando Einkäufe gemacht worden, damit die Menge auf 30 dkg per Mann erhöht werden kann. Dieses Quantum hatte im November einen derartigen Preis, daß die Menageverwaltung mit den ihr zur Verfügung stehenden Geldmitteln nicht ausgekommen ist. Sie hat daher gebeten, die Gemeinde Wien möge ihr einen Betrag von 11.370 K zur Verfügung stellen. Der Stadtrat bittet um die Genehmigung, damit die Kosten dieses Fleischeinkaufes, der dringend im Interesse der Feuerwehrmannschaft nötig war, gedeckt werden können.

VB. Rain: Als Redner ist zum Worte gemeldet kontra Herr GR. Moißl.

GR. Moißl: Es ist ganz selbstverständlich, daß Sie es zum mindesten für notwendig finden müssen, der städtischen Berufsfeuerwehr eine Menagezubesserung zu geben, denn bei diesen

skandalösen Hungerlöhnen, die bei der Feuerwehr heute noch in Geltung sind, wäre es für diese Leute unmöglich zu leben. Es gehört gewiß zu den größten Schandflecken der Verwaltung der christlichsozialen Partei, daß dort noch Leute 72 Stunden Dienst machen müssen, daß es Leute gibt, die um einen Lohn von 3 K 30 h täglich arbeiten, daß Sie die Löschmeister, denen die Sicherheit der Gemeinde Wien anvertraut ist, mit 5 K bezahlen. Sie aber wehren sich dagegen und verschleppen die Sache, wenn diese Leute die lächerlich geringe Forderung stellen, daß der Lohn für den Feuerwehrmann auf 5 K und für den Löschmeister auf 7 K 50 h erhöht werden soll. (Zwischenrufe.) Wenn Sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Versammlungen führen und dies in der Form vielleicht tun, daß Sie die Armen und Gedrückten damit trösten, daß sie sich in irgend einem Wolkenkuckucksheim Sperrsitze verschaffen können und sie damit in Ihre Reihen bringen wollen, so werden Sie damit keinen Erfolg haben. (Zwischenrufe und Gelächter.) Sie können den Kampf gegen die Sozialdemokratie nur dadurch führen, daß Sie . . . (Rufe: Wir brauchen keine Belehrung!) Ich weiß nicht, Herr Kollege, Sie sind ja erst kurze Zeit da, ich hätte nicht geglaubt, daß Sie auch so ein verstockter Sünder sind . . . Den Kampf gegen die Sozialdemokratie können Sie nur dann führen, wenn Sie zumindestens eine Gerechtigkeit an den Tag legen, wenn es gilt, berechtigte Wünsche der Arbeiterschaft zu vertreten. (Zwischenrufe.) Sie kommen immer mit der Ausrede daher, daß hierüber im Magistrate noch Studien notwendig sind. Als es aber gegolten hat, den Gemeinderäten die Diäten, dem Stadtrate eine bedeutende Erhöhung der Gebühren zu verschaffen . . . (Neuerliche Zwischenrufe.) Na, den christlichsozialen Wahlfonds werde ich vielleicht füttern! Da füttere ich schon lieber den meinen, damit endlich einmal Ihre Partei wegrasiert wird. Sie können mir sicherlich glauben, das ist mein heißes Bestreben! (Ruf: Es bleibt aber beim Bestreben! — Schallende Heiterkeit.) Gewiß, Sie werden sich überzeugen. Sie sehen schon auf dieser Seite das Harakiri, das Sie an sich selbst begehen mußten, diese Wunde frißt ganz gewaltig. (Gelächter.) Meine Damen und Herren! Wenn in diesem Saale einer noch so rückschrittlich denkt, so muß er doch zugeben, daß es eine Schande für die Gemeinde Wien ist, wenn man den Angestellten 3 K 30 h täglich bezahlt. (Ruf: Stimmt das?) Verehrter Herr Kollege! Sie nehmen Ihr Amt und Ihre Würde nicht so ernst wie ich (Gelächter), Sie kümmern sich nicht darum; ich würde Ihnen dies aber auf das allerwärmste empfehlen. (Zwischenruf. — Widerspruch. — Vorsitzender VB. Rain gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.) Aber Herr Vorsitzender, Ihre Leute unterbrechen mich ja und wollen von mir belehrt werden. (Heiterkeit und Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Das ist es ja. Ich verlange, daß endlich einmal die Regulierung der Löhne der städtischen Berufsfeuerwehr auf die Tagesordnung des Gemeinderates komme. Es ist und bleibt eine Schande für die Gemeinde Wien, wenn ihre Angestellten in der Weise ausgebeutet werden, wie es bei der städtischen Berufsfeuerwehr der Fall ist. Das war bisher einzig und allein die Schuld der in diesem Saale herrschenden christlichsozialen Majorität. (Beifall. — Unruhe und Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Jetzt herrschen endlich einmal diejenigen Faktoren, die auch etwas dreinzureden haben und auch ein Herz für die Interessen der Arbeiterschaft haben, was ich von Ihnen absolut bestreite. (Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Machen Sie sich nicht lächerlich mit Ihrer Arbeitergruppe dort oben, mit dieser Schlimmen Buben-Partei. Der Zwang und die Gewalt ist vorüber, die Sie geübt haben. (Rufe: Oho! bei den Christlichsozialen. — Gegenrufe.) Auch wir bemühen uns, die Stimmen der Arbeiterschaft zu bekommen, aber nicht in der Form von Phrasen so wie Sie. (Widerspruch.) Können Sie sich nicht erinnern, daß ich im 4. Wahlkörper der Innern Stadt mit den Stimmen der städtischen Berufsfeuerwehr, die auch Arbeiter sind, gegen Ihren Kandidaten gewählt wurde? (Widerspruch.)

Die Herren scheinen das Geldnehmen für usuell zu halten; ich kann mich auf Kollegen berufen, ich habe meine Wahl selbst bezahlt. (Zwischenrufe.) Von der Großindustrie da nehmen Sie Ihr Geld. (Beifall links. — Widerspruch rechts.) Das jüdische Geld füttert die Parteikassa der christlichsozialen Partei, aber nicht unsere. (Widerspruch rechts. — Rufe: Friedmann!) Friedmann ist Kandidat der Freiheitlichen in der Inneren Stadt. Sie bekommen von der Großindustrie das Wahlgeld. (Heiterkeit und Beifall. — Widerspruch.) Wir verlangen und werden Sitzung auf Sitzung diesen Schandfleck an der Verwaltung der Gemeinde Wien, die schlechte Bezahlung der Berufsfeuerwehr immer zur Sprache bringen. (Beifall.)

VB. Rain: Herr Berichterstatter, zum Schlußworte.

Berichterstatter Dr. Haas: Es wurde über die Lohn- und andere Fragen gesprochen. In einer der nächsten Sitzungen wird der Gemeinderat mit dieser Frage beschäftigt werden. Ich bitte um die Annahme des Antrages.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet; ich bitte die Herren, die mit dem Antrage des Berichterstatters einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Der zweite Zuschußkredit von 11.370 K zu Ausgabs-Rubrik XX 9 des Voranschlages 1918/19 „Feuerlöschwesen, verschiedene Erfordernisse" im Betrage von 11.370 K wird bewilligt.

VB. Rain: Herr GR. Hellmann!

74. Berichterstatter GR. Hellmann: Zahl 12290/18, Post 6. Genehmigung des Schlußberichtes über den Schulbau 14., Felberstraße 42/44. Dies ist eines der vornehmsten Schulgebäude, die wir in neuerer Zeit haben, das aber leider vom Militär requiriert und bis heute noch nicht wieder hergestellt ist.

Ich mache aufmerksam, daß in dem Berichte hier ein Fehler unterlaufen ist; der Grund kostet nicht 24.843 K, sondern 224.843 K; es waren für diese Schule im Voranschlage 1,045.457 K vorgesehen, dagegen wurden nur 993 737 K verwendet, so daß ein Ersparnis von 51.720 K erzielt wurde. Ich beantrage daher, die Genehmigung des Schlußberichtes über den Schulbau in der Felberstraße zur Kenntnis zu nehmen. Es wird zur Kenntnis genommen, daß sich die Baukostensumme für das Schulgebäude 14., Felberstraße 42/44, Schweglerstraße 2/4, Benedikt Schellinger-Gasse 1 und 3, mit 993.737 K 33 h beziffert. Gegenüber der Genehmigungssumme von 1,045.457 K 93 h wurde somit eine Ersparung von 51.720 K 60 h erzielt. Unter Berücksichtigung der im Jahre 1912 bestrittenen Grunderwerbskosten von 224.843 K 6 h erreicht der Gesamtaufwand für diesen Schulbau den Betrag von 1,218.580 K 39 h.

VB. Rain: Zum Worte Herr GR. Witzmann pro.

GR. Witzmann: Es handelt sich hier um eine große Schule, die schon vor Beginn des Krieges fertig war. Sie war noch nicht benützt und wurde in diesem Zustande vom Militärärar übernommen. Sie ist natürlich jetzt in einem Zustande, in welchem sie zur sofortigen Benützung für die Kinder nicht geeignet ist. Nun ist man jetzt bemüht, die Schule in Ordnung zu bringen und da möchte ich bitten, man möge diese Adaptierungsarbeiten, die notwendig sind, so rasch als möglich vornehmen. Es besteht ja im 14. und 15. Bezirke bezüglich der Schulkinder eine große Kalamität, es handelt sich um 2000 Kinder. Diese Schule ist von großer Bedeutung, weil die Kinder in verschiedenen Schulen eingeschult sind, in welche sie weit zu gehen haben. Es ist notwendig, alles daran zu setzen, um die Arbeiten in der Schule zu beschleunigen und sie benützungsfähig zu machen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß es ein alter Wunsch unserer Partei ist — er kommt eigentlich schon in unserem Programm zum Ausdrucke — daß für jede Schule ein Schulbad eingerichtet wird.

In dieser Schule ist nun ein Bad vorhanden — ich weiß nicht, ist es schon bei der Erbauung eingerichtet worden oder erst durch die Militärbehörde. Das Bad ist heute für die in Betracht kommenden Kinder ungenügend, es hat nur zwei Wannen und zwei Duschen. Ich habe mir erlaubt, in meinem Namen und in dem des GR. Forstner, auch eines Vertreters von Fünfhaus, den Antrag zu stellen, das Schulbad auszubauen, und zwar unter Benützung der anschließenden Räume, die in genügender Anzahl vorhanden sind.

Außerdem ist in der Schule eine Küche eingerichtet, offenbar von der Militärbehörde stammend; da denke ich mir — es ist dies auch eine alte Forderung unserer Partei — und Sie werden heute wahrscheinlich eher zugänglich sein als früher — diese Schule könnte als Schulküche zur Ausspeisung der Schulkinder benützt werden und so könnten wir in dieser Richtung einen kleinen Fortschritt machen. In dieser Küche wird gegenwärtig nicht gekocht, wie mir mitgeteilt wurde und was ich auch aus eigener Wahrnehmung weiß, sondern es werden die Speisen von einer anderen Ausspeisungsstelle gebracht und verteilt. Wir wünschen, daß diese Küche als Schulküche benützt wird. Hier komme ich eigentlich dem Wunsche einer Dame, welche in der letzten Sitzung darüber gesprochen hat, entgegen. Es wird verlangt, und zwar mit Recht, daß solche Küchen eingerichtet werden, um der weiblichen Jugend der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, in dieser Schule einen Kochkurs mitzumachen.

Es ist bei Gelegenheit einer der letzten Debatten darauf verwiesen worden, daß ein großer Mangel darin besteht, daß viele junge Arbeiterinnen in den Stand der Ehe eintreten, ohne kochen zu können; sie hatten eben keine Gelegenheit gehabt, kochen zu lernen, weil sie in die Arbeit gehen mußten. Die Eltern konnten sie keinen Kochkurs mitmachen lassen, weil ein solcher ungefähr 40 bis 50 K im Monat kostet, welchen Betrag ein Arbeiter nicht bestreiten kann. Diese Küche also soll, wie wir wünschen, auch dazu benützt werden, der weiblichen Arbeiterjugend Gelegenheit zu geben, kochen zu lernen und einen Haushalt führen zu können und sie auf diese Weise zu tüchtigen Hausfrauen heranzubilden.

Diese Wünsche hätte ich zur Sache zu äußern. Es ist nur traurig, daß wir heute leider sowohl in der Gemeinde als im Reiche ohne Mittel dastehen, daß man für so notwendige Reformen heute kein Geld hat. Was aber einmal besteht, darf man nicht wieder zugrunde gehen lassen, es muß ausgebaut werden und wird dies der Gemeinde wahrscheinlich keine großen Kosten verursachen. Ich bitte also, daß der Stadtrat, wenn er sich mit diesem Antrage beschäftigt, auch dieser Anregung Rechnung trägt. (Beifall.)

Referent GR. Hellmann: Gegenüber der Anregung des Herrn Kollegen habe ich nur zu bemerken, daß bereits in den letzten Tagen Vorkehrungen getroffen wurden, das Bad entsprechend zu erweitern. Was die Schulküchen betrifft, so habe ich in Erfahrung gebracht, daß überall dort, wo Küchen für Militär verwendet wurden, dieselben jetzt seitens der Gemeinde aufrecht erhalten bleiben, und zwar zur Ausspeisung der Kinder. Es ist dies ein ganz richtiger Vorgang, der auch sonst, zum Beispiel in der Schweiz, längst praktiziert wird. Ich schließe mich daher der Anregung des Herrn Kollegen an und bitte um Annahme derselben.

VB. Rain: Ich bitte die Damen und Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bitte ich die Damen und Herren, die den Antrag des Kollegen Witzmann unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Beschluß:

Es wird zur Kenntnis genommen, daß sich die Baukostensumme für das Schulgebäude 14., Felberstraße 42/44, Schweglerstraße 2/4, Benedikt Schellinger-Gasse 1/3, mit 993.737 K 33 h beziffert. Gegenüber der Genehmigungssumme von 1,045.457 K 93 h wurde somit eine Ersparung von 51.720 K 60 h erzielt. Unter Berücksichtigung der im Jahre 1912 bestrittenen Grunderwerbskosten von 224.813 K 6 h erreicht der Gesamtaufwand für diesen Schulbau den Betrag von 1,218.580 K 39 h.

VB. Rain: Zum Referate bitte ich Herrn GR. Hötzel.

75. Berichterstatter GR. Hötzel: Zahl 12568 ex 1918, Post 7. Anbot der Frau Marie Fuß auf Verkauf der Liegenschaft Kat.-Parz. 995/1, 995/2, 995/3 und 995/4 mit dem Hause Konskr.-Nr. 405 samt Zubehör in Einl.-Z. 206 Grundbuch Dornbach im 17. Bezirke.

Die Realität ist bestimmt zur Erweiterung des Hernalser Friedhofes und hat eine Bodenfläche von 2976 m². Im Innern befindet sich ein ganz gut erhaltenes Gebäude, welches sich sehr für Friedhofszwecke eignet. Durch ein Verhandlungs-Komitee wurde ein Preis von 65.000 K ermittelt. Die übrigen Formalitäten sind bestimmt worden und ich bitte Sie um die Annahme des Antrages.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, es ist keine Einwendung erhoben, der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

I. Die Gemeinde Wien kauft zur Erweiterung des Hernalser Friedhofes von Marie Fuß, Hauseigentümerin, 17., Gschwandnergasse 43, auf Grund des Anbotes vom 31. Dezember 1918 die Liegenschaften Kat.-Parz. 995/1 Garten, 995/2 Bauarea, 995/3 Garten und 995/4 Acker, mit dem Hause

Konstr.-Nr 405 samt Zubehör in Einl.-Z. 206 Grundbuch Dornbach, im Ausmaße von annähernd 2976 m² um den Preis von 65.000 K unter folgenden Bedingungen:

1. Die Liegenschaft ist — abgesehen von den zugunsten der Sparkassa Hernals für 22.000 K einverleibten Pfandrechten, deren noch aushaftender Restbetrag samt Zinsen vom Kaufschilling in Abzug zu bringen ist — der Gemeinde satz- und lastenfrei und vermarkt in das Eigentum zu übertragen und binnen 14 Tagen nach der Verständigung von diesem Beschlusse in den Besitz zu übergeben.

2. Die Verkäuferin hat über Aufforderung binnen acht Tagen vom Tage der Verständigung die Anmerkung der Rangordnung der Veräußerung zu erwirken.

3. Der Rest des Kaufschillings ist binnen acht Tagen nach Besitzübergabe und Einverleibung des Eigentumsrechtes fällig und von da an bis zu der ohne Verzug durchzuführenden Auszahlung mit 4 v. H. zu verzinsen.

4. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und seiner Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren — mit Ausnahme der Wertzuwachssteuer und der Kosten der etwaigen rechtsfreundlichen Vertretung der Verkäuferin — werden von der Gemeinde getragen.

II. Die mit diesem Rechtsgeschäft verbundenen Auslagen sind auf Ausgabs-Rubrik XXXIII 32 des Voranschlages 1918/19 zu verrechnen.

VB. Rain: Zum Referate bitte ich Herrn GR. Dr. Kienböck.

76. Berichterstatter GR. Dr. Kienböck: Zahl 985, Post 35. Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, betreffend die Erwerbsteueraufteilung für den Betrieb der Gräberausschmückung auf städtischen Friedhöfen.

Das Finanzärar schreibt der Gemeinde Wien für die Gräberausschmückung Jahr für Jahr an Erwerbsteuer nach dem 2. Hauptstück vor. In der Praxis unserer Steuerbehörden wird bei der Bemessung des Betrages sowohl die Kapitalswidmung als die Zinsen zugerechnet. Die Gemeinde hat in solchen Fällen immer den Rekurs und auch die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen. Gegenwärtig handelt es sich wieder darum, daß eine Reihe von Friedhofsverwaltungen sowohl die Kapitalsbeträge als die Zinsen derselben als Grundlage der Erwerbsteuerbemessung angegeben haben. Ich stelle daher den Antrag, auch in diesem Falle den Weg der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu beschreiten und bitte Sie, in diesem Sinne beschließen zu wollen.

VB. Rain: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich ersuche die Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Gegen die Entscheidung der Finanz-Landes-Direktion, Z. VIII-466, betreffend die Erwerbsteuer für 1917 vom Betriebe der Gräberausschmückung auf den dort genannten städtischen Friedhöfen, wird die Beschwerde an den deutschösterreichischen Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

VB. Rain: Zum Referate gelangt Herr GR. Melcher.

77. Berichterstatter GR. Melcher: Post 10. Projekt für die Herstellung eines Hauptumratskanales in der Pasching- und Dürauergasse in 17. Bezirke. Der Hauptkanal befindet sich derzeit in der Güpferlingstraße. In der Paschinggasse wurden zwei Häuser erbaut und es ist daher notwendig, den Kanal dorthin zu verlängern. Die Kosten wurden seinerzeit mit 9000 K veranschlagt. Mit Rücksicht auf die Verteuerung aller Materialien sind aber heute 27.087 K erforderlich. Der Stadtrat schlägt vor, diesen Betrag zu bewilligen und ich bitte den Gemeinderat, diesen Antrag zu genehmigen.

VB. Rain: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Die Gesamtkosten des Kanalbaues in der Pasching- und Dürauergasse im 17. Bezirke im Betrage von 27.087 K werden bewilligt.

78. Berichterstatter GR. Melcher: Post 11. Erwerbung der dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereine gehörigen Einviertelanteile an den Liegenschaften 6., Wallgasse 33/35. Laut Testament des Bürgers und Hausbesitzers Karl Waller hat die Gemeinde von diesen Häusern je Dreiviertel geerbt. Ein Viertel hat jedoch der Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein laut Testament bekommen. Das Ausmaß der Realität Nr. 33 beträgt 752 m², das der Realität Nr. 35 583·02 m². Das Zinserträgnis beider Häuser zusammen beträgt 18.066 K Das Bauamt schätzt die Gebäude, es sind dies Vordertrakte und auch ein Hoftrakt, auf 195.000 K. Der Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein trägt der Gemeinde sein Viertel zu dem Preise von 56.230 K 32 h an. Nach der Schätzung des Bauamtes kommt dieser Betrag dem Werte der Viertelanteile gleich. Es sind nur noch die Gebühren zugerechnet, welche auf dieses eine Viertel entfallen. Wenn die Arrondierung mit dem anschließenden Gemeindegrunde stattfindet, so entsteht eine dreifrontige Parzelle, welche ausgezeichnet zu verbauen ist. Die Gemeinde hat allerdings später 1765 m² an Straßengrund abzutreten, wovon jedoch wieder 464 m² der Verbauung zugeführt werden, damit die Arrondierung hergestellt wird. Die Anträge, welche der Stadtrat in dieser Richtung stellt, sind folgende:

I. Die Gemeinde Wien erwirbt zu den bereits ihr gehörigen Dreiviertelanteilen an den Liegenschaften Einl.-Z. 1046 und 1047 des Grundbuches für den 6. Bezirk, Wallgasse Or.-Or. 33 und 35, von dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein die diesem Vereine gehörigen Viertelanteile um den Pauschalbetrag von 56.230 K 32 h unter nachfolgenden Bedingungen:

1. Die genannten Liegenschaften werden rücksichtlich der verkauften Viertelanteile satz- und lastenfrei ins Eigentum der Käuferin übertragen.

2. Der Kaufschilling wird binnen 14 Tagen nach Einverleibung des Eigentums der Gemeinde in barem entrichtet.

3. Der Verrechnung der dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein zukommenden Anteile an den Zinseinnahmen und der verhältnismäßigen Anteile an den der Gemeinde Wien erwachsenen Verwaltungsauslagen wird der Zahlungstag des Kaufschillings zugrunde gelegt.

4. Falls die Gemeinde Wien innerhalb zehn Jahren vom Tage der vorerwähnten Eigentumseinverleibung an gerechnet die Liegenschaft 6., Wallgasse Or.-Nr. 33, um einen 124.727 K 37 h

oder die Liegenschaft 6., Wallgasse Or.-Nr. 35, um einen 100.194 K 55 h übersteigenden Preis verkauft, gebührt dem Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereine ein Viertel des erzielten und im Kaufpreise enthaltenen Mehrerlöses. Diese Verpflichtung der Käuferin wird jedoch unwirksam, wenn das auf der zu veräußernden Liegenschaft befindliche Haus vor dem Verkaufe umgebaut oder abgetragen wurde.

5. Alle mit diesem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

II. Zur Bedeckung des Kaufschillings von 56.230 K 32 h wird zur Ausgabs-Rubrik XII 13 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses bewilligt.

Ich bitte um die Annahme.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. Der Antrag des Berichterstatters ist angenommen.

Beschluß:

Der vorstehend erwähnte Antrag der Berichterstatters.

79. VB. Rain: Meine sehr geehrten Herren und Damen! Wir müssen nun die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen vornehmen.

Im Einvernehmen mit den Obmännern sämtlicher Parteien wird der Vorschlag gemacht, die Wahlen mit Zuruf vorzunehmen. Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte also jene Damen und Herren, welche mit der vorgeschlagenen Liste einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

In die Kommission zur Kontrolle des gesamten, in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien, sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds werden gewählt:

1. Bezirk: Elis Karl, Granitsch Robert Dr., Huschauer Hans, Panosch Emil, Roth Heinrich, Stein Josef.

2. Bezirk: Fischer Ignaz, Fischer Hermann, Wettengel Karl.

3. Bezirk: Findenigg Max Ritter v., Kohl Anton, Wettengel Karl.

4. Bezirk: Kubacsek Franz, Simon Gustav.

5. Bezirk: Fischer Ferdinand, Grolig Anton.

6. Bezirk: Langer Alexander, Paulitschke Karl.

7. Bezirk: Komrowsky Julius, Rieger Eduard.

8. Bezirk: Gröbner Johann, Stangelberger Franz.

9. Bezirk: Partik Matthias, Rummelhardt Karl, Schober Josef.

10. Bezirk: Biber Ludwig, Hieß Johann, Wawerka Karl.

11. Bezirk: Hedorfer Florian, Kurz Anton.

12. Bezirk: May Karl, Reismann Edmund.

13. Bezirk: Huber Franz, Kurz Franz.

14. Bezirk: Haider Franz, Huber Franz, Winter Karl.

15. Bezirk: Forstner August, Waldsam Hans.

16. Bezirk: Baxa Karl, Nachtnebel Otto.

17. Bezirk: Leitner Josef, Wimmer Anton.

18. Bezirk: Handerek Johann, Linder Julius.

19. Bezirk: Adametz Wenzel, Angeli Hans.

20. Bezirk: Koppensteiner Friedrich, Pokorny Johann.

21. Bezirk: Iser Hans, Richter Bernhard.

In den Verwaltungs-Ausschuß der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien werden gewählt: Adametz Wenzel, Angermayer Karl, Biber Ludwig, Breitner Hugo, Breuer Johann, Broczyner Alfred, Daberkow Theodor, Ellend Bernhard, Fischer Ferdinand, Handerek Johann, Heitzinger Heinrich, Herold Alfons, Huber Franz, Huschauer Johann, Körbler Raimund, Neustadtl Ernst, Rotter Hans, Seidel Amalie, Walter Gabriele, Witzmann Johann.

In das Kuratorium der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien werden gewählt: Kainz Matthias, Kulhanek Albert, Linder Julius, Philp Georg.

In die städtische Lebens- und Rentenversicherungsanstalt werden gewählt als Mitglieder: Bermann Julius, Daberkow Theodor, Fraß Heinrich, Freundlich Emmy, Grolig Anton, Huschauer Hans, Komrowsky Julius, Kulhanek Anton, Moißl Alois, Paulitschke Karl, Rummelhardt Karl, Schön Peter, Stangelberger Franz, Suchanek Johann, Zimmermann Wilhelm. Als Stellvertreter: Hammerschmied Josef, Schäfer Gustav, Ullreich Franz.

In die Kommission zur Entscheidung über Beschwerden gegen die Bemessung der Gemeindeabgabe vom Wertzuwachse von Liegenschaften im Gebiete der Gemeinde Wien werden gewählt: Emmerling Georg, Kubacek Franz, Roth Heinrich, Schen Gustav Dr., Schneider Hans, Schwarz-Hiller Rudolf Ritter v. Dr.

In den Gemeinderats-Ausschuß für städtische Wohnungsfürsorge wird gewählt: Goltz Alexander.

Ich bitte Herrn GR. Paul Richter; zu referieren.

80. Berichterstatter Paul Richter: Zahl 12853 ex 1918, Post 12. Gewährung einer Teuerungszulage, eines Anschaffungsbeitrages und Beistellung von Dienstschuhen für die geistlichen Pflegeschwestern.

Es handelt sich um Teuerungszulagen, Anschaffungsbeiträge sowie um Beistellung von Dienstschuhen für die geistlichen Pflegeschwestern im Versorgungshaus Lainz und im städtischen Spital in Lainz.

Die geistlichen Schwestern sind vorstellig geworden, ihnen eine Erhöhung ihrer Bezüge zu gewähren, nachdem sowohl in den dem Krankenanstaltenfonds unterstehenden Spitälern als auch in den anderen Spitälern eine bedeutende Erhöhung der Bezüge eingetreten ist. Die weltlichen Schwestern im Spital und im Versorgungshaus sind gleichfalls bedeutend besser bedacht als die geistlichen Schwestern und es wird deshalb der Antrag gestellt, eine Teuerungszulage im Ausmaß von 50 Prozent zu gewähren.

Die geistlichen Schwestern erhalten im Spital monatlich 30 K, Quartier und Kost, im Versorgungshaus 25 K, Quartier und Kost und außerdem haben sie im Vorjahre Dienstschuhe zugewiesen erhalten.

Es wird beantragt, eine Erhöhung von 50 Prozent durchzuführen, überdies einen einmaligen Anschaffungsbeitrag von 180 K für das Verwaltungsjahr 1918/19 und überdies die Beistellung eines Paares Dienstschuhe und allfällige Reparaturen dieser Schuhe in den Werkstätten der genannten Anstalten zu genehmigen.

Zur Deckung der hiedurch erwachsenden Mehrauslagen von zusammen 147.060 K werden erste Zuschußkredite in der Höhe des Erfordernisses, und zwar zur Rubrik I 7 des Sonderveranschlages für das Kaiserjubiläums-Spital von 82.320 K zur Rubrik XI 14 des Voranschlages für den Bürgerspitalfonds von 8580 K und zur Rubrik XXXVII 14 v des Hauptvoranschlages für die eigenen Gelder von 56.160 K angesprochen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Gemeinderat Zuschußkredite nur mit sehr gemischten Gefühlen zur Kenntnis nimmt, besonders, wenn schon in den ersten Monaten des Verwaltungsjahres damit gearbeitet wird. In dem konkreten Falle möchte ich aber den Magistrat in Schutz nehmen, weil ich annehme, daß der Magistrat der Meinung war, daß das Kloster, welches die geistlichen Schwestern beistellt, nicht wie die andern eine Erhöhung der Bezüge verlangen werde. Der Magistrat hat sich also geirrt, denn auch das Kloster des heiligen Franz von Assisi hat es für notwendig gefunden, um eine Erhöhung einzukommen und damit ist genügend bewiesen, daß der Magistrat nicht wissen konnte, daß in diesem Falle eine Erhöhung angesprochen werden wird. Wenn ich am Schlusse meines Referates noch eines betonen möchte, so ist es der Wunsch, daß die Hunderte und Tausende von Pflegeschwestern, die sich während des Krieges draußen an der Front so glänzend bewährt haben, und von denen viele Hunderte arbeits- und subsistenzlos sind, nach Tunlichkeit in den städtischen Anstalten und Spitälern verwendet werden sollen. Im übrigen bitte ich um Annahme der Anträge.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet. — Keine Einwendung. — Der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

1. Den mit der Krankenpflege betrauten geistlichen Pflegeschwestern des Kaiserjubiläums-Spitales und der städtischen Versorgungshäuser wird zu ihren Barlöhnen von monatlich 30 K, beziehungsweise 25 K eine Teuerungszulage von 50 Prozent für das Verwaltungsjahr 1918/19 mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1918 an und ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 180 K für jede Schwester bewilligt.

2. Ferner wird die Beistellung je eines Paares Dienstschuhe für jede Schwester aus den Vorräten des Wiener Versorgungsheimes und die Vornahme allfälliger Reparaturen der Dienstschuhe der Schwestern in der Werkstätte der genannten Anstalt auf Gemeindekosten für die Dauer der bestehenden außergewöhnlichen Verhältnisse genehmigt.

3. Zur Deckung der hiedurch erwachsenden Mehrauslagen von zusammen 147.060 K werden erste Zuschußkredite in der Höhe des Erfordernisses, und zwar zur Rubrik I 7 des Sondervoranschlages für das Kaiserjubiläums-Spital von 82.320 K, zur Rubrik XI 14 des Voranschlages für den Bürgerspitalfonds von 8580 K und zur Rubrik XXXVII 14 v des Hauptvoranschlages für die eigenen Gelder von 56.160 K bewilligt.

VB. Rain: Zum Referate gelangt Herr GR. Schmid.

Herr GR. Schmid wird auch ein Stück für Herrn GR. Schneider referieren.

81. Berichterstatter GR. Schmid: Zahl 11181, Post 13, Personalzulage für die Betriebsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke. Es wird beantragt, eine in die Pension einrechenbare Personalzulage von jährlich 600 K zu bewilligen. Das ist um so mehr notwendig, als die Bezüge der Arbeiter jetzt schon in vielen Fällen beträchtlich höher sind, als die Bezüge der Beamten, welche ihnen vorgesetzt sind. Wenn die Herren die Personalzulage bewilligen, so bedeutet das eine Mehrauslage von 49.200 K für 82 Personen. Ich bitte um die Annahme.

VB. Rain: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Den Betriebsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke, das ist den Elektromaschinenmeistern, Kesselmeistern, Stationsmeistern, Werkmeistern, Kabelmeistern, Ober-Maschinisten, Ober-Elektrikern und Ober-Heizern wird eine für die Pension einrechenbare Personalzulage von jährlich 600 K bewilligt.

82. Berichterstatter GR. Schmid: Zahl 656, Post 14. Herabsetzung der Frist für die Ernennung der Bahnerhaltungsarbeiter der städtischen Straßenbahnen zu ständigen Bediensteten.

Es war bisher eine Frist von fünf Jahren üblich. Es wird nun beantragt, diese fünf Jahre auf zwei Jahre herabzusetzen, analog dem Gemeinderats-Beschlusse vom 13. November 1918, welcher für Fach- und Hilfsarbeiter der Bahnhofswerkstätten das Gleiche bestimmt. Es kommen 15 Arbeiter in Betracht, die Kosten sind sehr gering.

VB. Rain: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Die gemäß § 8 der Dienstordnung bei der Bahnerhaltung beschäftigten männlichen Personen werden, soferne sie Mitglieder der Pensionskasse sind, nach ununterbrochener zweijähriger Dienstzeit zu ständigen Bediensteten im Sinne der Dienstordnung ernannt und hiebei zuerst zu Bahnwächtern 3. Klasse eingereiht.

Die Ernennung zu definitiven Bediensteten erfolgt wie bisher nach einer zehnjährigen Dienstzeit, beziehungsweise nach einer achtjährigen Dienstzeit als ständige Bedienstete.

83. Berichterstatter GR. Schmid: Zahl 390, Post 15. Ermäßigung des Kaufschillings für das Kalkwerk Hinterbrühl.

Die Herren werden sich erinnern, daß wir am 22. November 1918 den Ankauf dieses Kalkwerkes von der Firma Sonnleithner beschlossen haben, und zwar um den Betrag von 330.000 K, dabei war die Bedingung gestellt, daß die Firma Sonnleithner die angrenzenden Gründe vom Fürsten Liechtenstein zu erwerben hätte, weil der Steinbruch, aus welchem der Kalkstein gewonnen wird, an einer Stelle nahe der Grenze der Ausbeutungsmöglichkeit gestanden hat. Wir mußten Bedacht nehmen, daß wir dieses Kalkwerk mindestens 50 Jahre lang weiter betreiben sollen. Nachdem es sich um Waldgrund handelt, war die Sache so gedacht, daß der Grund mit dem ganzen Waldbestand übernommen wird. Es sind dort nur ganz schwache Birken und Buchen, ein paar Eichen, im übrigen mehr oder weniger Buschwerk. Nun ist die fürstlich Liechtenstein'sche Gutsverwaltung der Ansicht, daß nur der nackte Grund und nicht der Wald mit zu übernehmen sei. Die fürstlich Liechtenstein'sche Gutsverwaltung hat den Waldbestand den Armen der Gemeinde Hinterbrühl gewidmet, der Wert ist kein großer, etwa 3000 bis 4000 K. Trotzdem wird aber die Gemeinde nicht für etwas zahlen, was

sie nicht bekommt. Man ist daher mit der Firma in Verhandlung getreten und diese hat sich bereit erklärt, den Kaufpreis von 330.000 K um 4000 K zu ermäßigen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Ich füge noch hinzu, daß der Betrieb des Kalkwerkes mit Kohlen geführt wird und daß das Holz nur zum Unterzünden gebraucht wird. Wir haben noch genug Unterzündholz in unserem Besitze und es ist daher kein Anstand, daß wir auf diesen geringfügigen Waldbestand verzichten. Ich bitte um die Annahme.

VB. Rain: Es ist niemand zum Worte gemeldet, keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, daß der Ergänzungsgrund zum Kalkwerke in Hinterbrühl ohne den darauf befindlichen Waldbestand übergeben wird und daß demzufolge der mit Gemeinderats-Beschluß vom 22. November 1918, P. Z. 10949, festgesetzte Kaufschilling eine Ermäßigung von 4000 K erfährt.

84. Berichterstatter GR. Schmid: Zahl 713, Post 16. Entschädigung der Ingenieure Leopold Rhomberg und Josef Oelz bezüglich der Verwertung der Wasserkräfte des Ennsflusses.

Schon im Jahre 1907 haben uns Ingenieur Rhomberg und der Landtagsabgeordnete Oelz ein von ihnen ausgearbeitetes Projekt für die Verwertung der Wasserkraft der Enns angetragen. Dieses Projekt war ein generelles und bestand darin, daß oberhalb des Gesäuseeinganges ein Wehr an der Enns angelegt werden sollte, von welchem dann ein Werkskanal abgehen sollte. Dieser Werkskanal war auf die Entnahme von 50 m^3 Wasser pro Sekunde berechnet. Das Wasser wird durch einen Stollen im Gebirge geführt und in der Mitte der Strecke ist ein Stauweiher projektiert. Am unteren Ende der Strecke, bei Weißenbach und St. Gallen, ist ein Kraftwerk gedacht. Nach den Berechnungen der Projektanten war die Entnahme einer Leistung von 91.000 Pferdekräften projektiert. Nun haben die Projektanten damals von der Gemeinde eine Entschädigung von $^5/_4$ Millionen Kronen begehrt. Das Projekt wurde dann von der Gemeinde bei der Bezirkshauptmannschaft Liezen behufs wasserrechtlicher Verhandlungen eingereicht. Sie haben dann ihre Forderung auf 600.000 K herabgesetzt und der Gemeinderat hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und hiebei diese Forderung als zu hoch abgelehnt. Das war 1908.

Durch die Vorlage dieses Projektes ist aber ein gewaltiger Impuls auf unsere Gemeinde ausgeübt worden, so zwar, daß die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke dann selbst ein Projekt für die Verwertung der Enns ausarbeitete. Dieses Projekt ist von dem Projekte Rhomberg & Oelz wesentlich verschieden, aber es lehnt sich doch in gewisser Richtung an dieses an. Jedenfalls hat es aber den Impuls für uns gegeben.

Unser Projekt wurde dann bei der Statthalterei Graz behufs wasserrechtlicher Behandlung eingereicht. Die Statthalterei hat entschieden, daß unserem Projekte und auch dem Projekte der k. k. Staatsbahnen vorwiegend volkswirtschaftliche Bedeutung zukomme. Das ist jedenfalls schon ein Erfolg gewesen, denn der Konsens für solche Projekte erfolgt nicht nach der Priorität, also nicht nach der Reihenfolge der Einreichung, sondern auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung.

Auf Grund dieser Zusage der Statthalterei haben die Projektanten Rhomberg & Oelz ihre Forderung auf 300.000 K ermäßigt und im Februar 1909 auf 200.000 K. Der Stadtrat hat sich neuerlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, aber diese Forderung noch immer zu hoch befunden, und sie daher abgelehnt.

Nunmehr haben neuerliche Verhandlungen stattgefunden und nun haben sich die Projektanten bereit erklärt, auf 160.000 K herabzugehen, wovon 80.000 K sofort und 80.000 K bei Baubeginn zu bezahlen wären. Magistrat und Stadtrat sind nun der Ansicht, daß diese Forderung keine übermäßige sei und daß der Gemeinderat ihr entsprechen sollte, nicht aus rechtlichen Gründen, denn eine rechtliche Verpflichtung besteht nicht, aber Billigkeitsgründe müssen uns dazu veranlassen, dieser Forderung zu entsprechen, denn wie ich schon gesagt habe, hat doch das Projekt Rhomberg & Oelz einen Impuls auf uns ausgeübt, indem es uns veranlaßt hat, selbst ein Projekt zu verfassen und uns überhaupt intensiv mit dieser Frage zu beschäftigen. Außerdem muß doch auch die Priorität in irgendeiner Weise berücksichtigt werden. Ich glaube, daß es nur recht und billig ist, wenn wir dieser Forderung entsprechen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß diese Angelegenheit für uns umso wichtiger ist, als wir uns jetzt die Wege freimachen und trachten müssen, die Konzession zu bekommen. Wir müssen bestrebt sein, billige Kraft zu bekommen und vor allem Kohle zu sparen. Wir können nicht darauf rechnen, für unsere Elektrizitätswerke genügend Kohle zu bekommen. Daher müssen wir trachten, uns mit der weißen Kohle Betriebskraft zu verschaffen. Es handelt sich hier um 56.000 Pferdekräfte, die wir nach unserem Projekte ausnützen können.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

VB. Rain: Zum Worte gelangt Herr GR. Vaugoin.

GR. Vaugoin: Gestatten Sie, daß ich ein paar Worte über dieses Projekt spreche. Diese Frage ist auch schon vor dem Kriege ernstlich erwogen worden, aber der Krieg und vor allem die damaligen Schwierigkeiten der Regierung brachten es mit sich, daß das Projekt nicht zur Ausführung kommen konnte.

Das Projekt ist in zwei Stufen gedacht, mit einem Oberwasserkanal und dürfte nach meiner Schätzung bis Wien eine Leitung von 100, vielleicht von 150 km erfordern. Ich habe die Zahl nicht auswendig im Kopfe, aber jedenfalls wird die Oberleitung, falls eine solche gemacht wird, so lang sein. Schließlich ist aber jede Oberleitung jeglichem dummen Bubenstreiche ausgesetzt, wodurch es geschehen kann, die Oberleitung zu zerstören und dadurch der Stadt die elektrische Kraft zu entziehen. Anderseits würde eine Unterleitung von dortherein so enorme Kosten verursachen, daß für den Stromkonsum für immerwährende Zeit eine Belastung bleiben würde. Ich denke jedoch an eine viel näher gelegene Wasserkraft, die für die elektrische Versorgung der Stadt Wien von bedeutendem Werte wäre und das wäre die Donau. Ich bin zwar kein Ingenieur, kein Wasserbauer und überhaupt kein Fachmann, aber ich habe mir die Mühe genommen, mit Fachleuten darüber zu sprechen, die bereits in Wasserbauten gearbeitet haben und diese bestätigten mir, daß es möglich sei, in der Donau, und zwar nicht in Wallsee oben, sondern in unserer unmittelbaren Nähe die Wasserkräfte auszunützen, wodurch die Riesenleitung erspart würde und wodurch wir natürlicherweise, wenn auch der Bau etwas teuerer kommt,

doch Summa-Summarum billiger drauskommen würden. Beide Wasserprojekte haben naturgemäß das eine gegen sich, daß sie in der Zeit, wo wir die weiße Kohle am dringendsten brauchen werden, das ist zur Winterszeit, gewöhnlich versagen, und zwar infolge der Witterungseinflüsse, des niederen Wasserstandes oder infolge des Frostes, der sich um diese Zeit gewöhnlich einstellt. Das Werk Klagenfurt zum Beispiel war gerade vor kurzer Zeit wieder unbrauchbar, weil der Oberwasserkanal infolge der furchtbaren langsamen und geringen Strömung naturgemäß bald vereist war und so war es um diese Zeit nicht möglich, Strom zu bekommen.

In der letzten Zeit, wo die Kohlennot so groß war und wir daher überall Ausschau halten mußten, Rettung und Hilfe suchend, kam uns etwas außerordentlich zustatten, nämlich Zillingdorf. Wenn wir Zillingdorf nicht hätten, wären wir heute überhaupt nicht mehr in der Lage, den elektrischen Straßenverkehr aufrechtzuerhalten und die verschiedenen Industrien und Gewerbe mit Kraft zu versorgen. Auf Grund von Rücksprachen kann ich erklären, daß es möglich wäre, noch weite Flächen von Kohlenfeldern bei Zillingdorf zu erschließen. Bergleute, Geologen und Techniker behaupten, daß die Zillingdorfer Kohle, die bei Zillingdorf an die Oberfläche tritt, unter der Oberfläche der Erde sich im ganzen Felde bis Sollenau hinaus erstreckt. Bekanntlich wird ja sogar bei Berndorf Kohle gefunden und ich glaube, daß die Kohle bis Wien hineinreicht. Es wäre für Wien von unendlichem Vorteil, wenn große Kohlenvorräte in und um Zillingdorf, in den Gegenden, die ich jetzt genannt habe, erschlossen werden könnten. Dann würden wir in der Lage sein, das Zillingdorfer Werk in dem Maße auszubauen, daß ganz Wien mit Kohle versorgt werden könnte. Wir hätten dann auch nicht die Schwierigkeit mit der Leitung herein, die im Ennsprojekt vorgesehen ist und wir hätten dann im Sommer und Winter zu jeder Jahreszeit unseren Strom, den wir benötigen.

Ich glaube, wir sollten uns zu einem energischen Entschluß aufraffen. Wir haben zwei Hochquellenwasserleitungen für Wien gebaut, wir haben gesorgt, daß das Wasser in einem Wasserkanal hereingeleitet wird und haben dadurch einen Born der Gesundheit für die Stadt geschaffen. Es wäre nun auch naheliegend, wenn wir einen unterirdischen Luftkanal bauen würden, so daß die Leitung unbeschadet von Witterung und sonstigen Einflüssen bliebe. Ich glaube, das würde gar nicht so hoch kommen. Unser ganzes Tramwaynetz ist reparaturbedürftig, wir werden über eine große Anzahl alter Schienen verfügen und wenn wir dieses alte Material als Isolatoren für diesen Luftkanal verwenden würden — er braucht gar nicht so breit sein, 150 bis 200 mm würden genügen, nur daß der Funke nicht überspringt — dann hätten wir für immerwährende Zeiten Ruhe und haben die Stadt Wien dauernd mit elektrischer Kraft versorgt. Zu diesem Projekte möchte ich noch sagen, daß es sich lohnen würde, zu forschen, ob es nicht möglich wäre, Zillingdorf so auszugestalten, daß wir das ganze Jahr hindurch von unserer Not und anderen Sorgen um die elektrische Kraft befreit wären.

VB. Rain: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Schmid: Wir sind selbstverständlich immer bemüht, uns in der Frage der Donaukraftwerke am laufenden zu erhalten und haben uns deshalb an den kommissionellen Verhandlungen in Wallsee beteiligt, und werden gewiß auch das näherliegende Donaukraftwerk Tulln in Betracht ziehen. Wir haben auch die Absicht, wenn der Donauschutz ausgebaut sein wird, wodurch ein Schleusenkanal und ein großer Schiffahrtskanal gebaut werden wird, das Gefälle auszunützen und ebenfalls den elektrischen Strom und die elektrische Energie zu erzeugen. Was das Werk Zillingdorf anlangt, so sind wir bemüht, dort nicht nur den Tagbau zu fördern und auszubauen, sondern das Werk auch für den Tiefbau auszugestalten.

Es liegt schon seit langer Zeit das betreffende Projekt vor, wir haben auch ein Fördergesenke ausgeführt, wir wollen aber auch Schächte anlegen und das ganze Kohlenlager so weit ausbeuten, als es möglich ist. Aber, meine Herren, allein mit Zillingdorf werden wir kaum das Auslangen finden; wir sind auf Zuschüsse angewiesen und da ist es notwendig, daß wir uns mit den Wasserkräften beschäftigen und es wäre ein schweres Versäumnis, wenn das nicht in ausreichendem Maße der Fall wäre. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch die Stadtbahn elektrifiziert werden muß, auch daran müssen wir denken und dazu genügt das Werk nicht, wir müssen die Wasserkräfte heranziehen und ich kann nur das eine sagen: die Enns ist uns sehr notwendig, wenn auch die Donaukräfte zur Verwendung kommen werden.

VB. Rain: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Die Gemeinde Wien erklärt sich ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung, lediglich aus Billigkeitsgründen und freiwillig bereit, für das ihr von den Herren Ing. Leopold Rhomberg und Josef Oelz seinerzeit angetragene Projekt, betreffend die Verwertung der Wasserkräfte des Ennsflusses für die Erzeugung elektrischer Energie und ihre Fortleitung in das Wiener Stadtgebiet eine Vergütung zu leisten.

Sie wird einen Betrag von 80.000 K ausbezahlen, sobald die amtliche Bestätigung über die Zurückziehung des von den Herren Oelz und Rhomberg am 4. Oktober 1907 bei der Bezirkshauptmannschaft Liezen überreichten Gesuches um wasserrechtliche Bewilligung sowie die Erklärung des Herrn Rhomberg und der Erben nach Herrn Oelz vorliegt, daß sie das Projekt (auch die bei der Bezirkshauptmannschaft Liezen erliegenden Parien) samt allen Behelfen der Gemeinde Wien zur beliebigen Verwertung und Verwendung überlassen und sich hinsichtlich aller Ansprüche für befriedigt erklären, die ihnen ihrer Meinung nach gegen die Gemeinde Wien zustehen.

Einen weiteren Betrag von 80.000 K wird sie ausbezahlen, sobald sie die staatliche Bewilligung für das von ihr überreichte Projekt erhält und mit den Bauarbeiten beginnt.

85. Berichterstatter GR. Schmid: Zahl 12559 ex 1918, Post 17, betrifft das Ansuchen des Alfred und Renata Wiener um Bestellung eines Baurechtes an der Liegenschaft Einl.-Z. 403 Grinzing im 19. Bezirke.

Die Herren haben die Anträge in Händen. Ich bitte um deren Annahme.

VB. Rain: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt, eine Einwendung wird nicht erhoben; der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

Die Gemeinde Wien bestellt zugunsten des Alfred und der Renata Wiener an der städtischen Liegenschaft Einl.-Z. 403 Grinzing, bestehend aus den Kat.-Parz. 841/1 und 842/2 im Ausmaße von insgesamt 909 m², auf die Dauer von 70 Jahren gegen Zahlung eines jährlichen Bauzinses von 750 K für die ersten zwanzig Jahre, 875 K für die folgenden zwanzig Jahre und 1000 K für die restlichen dreißig Jahre und unter nachfolgenden Bedingungen ein Baurecht im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86:

1. Das auf dieser Liegenschaft zu errichtende ebenerdige Wohnhaus ist unter Einhaltung der genehmigten Vorgartenbreite von 6 m und eines Seitenabstandes von wenigstens 2 m gegen die Nachbarliegenschaft Or.-Nr. 51 Cobenzlgasse mit dem auf der Liegenschaft 49 dieser Gasse bestehenden Pförtnerhause zu kuppeln.

Die Fassadierung der gassenseitigen Hauptmauer und das Dach sind mit diesem Pförtnerhause derart in Uebereinstimmung zu bringen, wie es die zur Fachabteilung XIV, 1819/17 in der Amtshandlung des Stadtbauamtes gestandene Planskizze zeigt.

Die rechtsseitige Feuermauer ist in gefälliger Weise zu fassadieren; kleinere Oeffnungen aus Nebenräumen in derselben sind statthaft.

Dieses Wohnhaus ist binnen längstens drei Jahren nach Friedensschluß benützungsfähig zu vollenden.

Die Errichtung weiterer Baulichkeiten auf dem Grundstücke ist an die Zustimmung der Gemeinde Wien gebunden.

Die von der Baubehörde aus Anlaß der Bauführung zu stellenden Bedingungen bleiben durch vorliegenden Vertrag unberührt.

2. Nach erfolgter Genehmigung des Regulierungplanes für das Gebiet des Reisenbergweges kann die Gemeinde Wien, falls ein neuer Straßenzug durch diese Liegenschaft geführt wird, den auf diese Straße entfallenden, sowie den südlich derselben etwa verbleibenden restlichen Grundteil von der Einl.-Z. 403 Grinzing abschreiben und ins Verzeichnis des öffentlichen Gutes, beziehungsweise auf eine neue Grundbuchseinlage übertragen, wobei gleichzeitig der Bauzins um jenen verhältnismäßigen Teil vermindert wird, der auf die südlich der Achse dieser neuen Straße, beziehungsweise bei Bestimmung eines öffentlichen Platzes südlich der 23 m Linie verbleibenden Flächen entfällt.

Die Bauberechtigten übernehmen für sich und ihre Rechtsnachfolger die Verpflichtung, diese abzuschreibenden Flächen über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien binnen drei Monaten an diese in geräumtem Zustande zu übergeben und an der neuen Baulinie eine vorschriftsmäßige Einfriedung und ein Trottoir auf ihre (der Bauberechtigten) Kosten herzustellen und geben ihre Zustimmung, daß die Niederschlagswässer vom Reisenbergweg über den Baurechtsgrund abgeleitet werden.

3. Die Baurechtsnehmer sind verpflichtet, die Bauwerke stets im guten baulichen Zustande zu erhalten und für eine den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprechende Benützbarkeit der Räume zu sorgen.

4. Die Baurechtsnehmer sind ferner verpflichtet, wesentliche Aenderungen des Bauentwurfes, des fertiggestellten Bauwerkes oder eine etwa notwendig werdende vollständige neue Herstellung desselben nicht ohne vorher erwirkte Genehmigung der Gemeinde Wien, um welche unter Vorlage der Baupläne anzusuchen ist, auszuführen, geringere Herstellungen aber jeweils der Gemeinde Wien anzuzeigen.

5. Die Baurechtsinhaber sind des weiteren verpflichtet, das Bauwerk während der ganzen Dauer des Baurechtes bei einer zum Geschäftsbetriebe in Oesterreich zugelassenen Versicherungsanstalt gegen Brandschaden derart zu versichern, daß die Versicherungssumme, deren Höhe im Einvernehmen mit der Gemeinde festzusetzen ist, nur mit Zustimmung der Gemeinde ausgefolgt werden kann.

Die Versicherung hat sich auf alle verbrennbaren oder eine Beschädigung bei einem Brande ausgesetzten Bestandteile zu erstrecken. Der Vertrag über die Versicherung gegen Brandschaden ist der Gemeinde Wien sofort nach seinem Abschlusse, die Prämienquittungen sind ihr über Verlangen vorzulegen.

6. Eine allfällige Belastung des Baurechtes darf nur bis zu einem Höchstbetrage erfolgen, welcher 85 Prozent des reinen Bauwertes der Bauwerke entspricht.

7. Die Bauberechtigten räumen der Gemeinde Wien für alle Fälle der Veräußerung des Baurechtes das Vorkaufsrecht ein.

Dieses Recht erlischt jeweils für den einzelnen Veräußerungsfall, wenn die Gemeinde Wien nicht binnen 60 Tagen nach Erstattung der Anzeige der Veräußerungsabsicht schriftlich erklärt, daß sie das Vorkaufsrecht ausübe.

8. Die Bauberechtigten tragen sämtliche hinsichtlich des mit dem Baurechte belasteten Grundstückes und der darauf errichteten Bauwerke nach bestehenden und künftigen Gesetzen zu entrichteten Steuern, Abgaben und sonstigen öffentlichen Lasten. Sie sind auch verpflichtet, der Gemeinde Wien das diese treffende Gebührenäquivalent über jeweilige Aufforderung unverzüglich zu vergüten.

9. Zur Sicherstellung der Einhaltung der bedungenen Verbauungsfrist ist bei der städtischen Hauptkassa spätestens am Tage der Uebergabe ein Haftbetrag von 410 K zu erlegen, welcher ohne Anrufung eines Gerichtes zu den eigenen Geldern der Gemeinde Wien einbezogen werden kann, wenn bis zum Ablaufe dieser Frist nicht wenigstens eine erste Benützungsbewilligung für das Bauwerk erwirkt worden ist.

10. Bei Erlöschen des Baurechtes fallen die Bauwerke ohne Entschädigung in das Eigentum der Gemeinde Wien.

11. Die Bauberechtigten erteilen ihre Zustimmung, daß die Verpflichtung zur Zahlung eines jährlichen Bauzinses im Sinne des ersten Absatzes, das Vorkaufsrecht zugunsten der Gemeinde Wien sowie die in den Punkten 1 und 2 festgesetzten Verpflichtungen an erster Stelle ob der Baurechtseinlage als Reallasten zugunsten der Gemeinde Wien einverleibt werden.

12. Die Gemeinde Wien leistet Gewähr dafür, daß auf den im ersten Absatze bezeichneten Grundstücken keinerlei Pfand- und andere Belastungsrechte, die auf Geldzahlung gerichtet sind, haften.

13. Beide Vertragsteile verzichten auf das Rechtsmittel, diesen Vertrag wegen Verkürzung über die Hälfte des wahren Wertes anzufechten.

14. Für alle aus diesem Vertrage etwa entspringenden Rechtsstreitigkeiten, welche nicht kraft des Gesetzes vor einen ausschließlichen besonderen Gerichtsstand gehören, sind in erster Instanz die Gerichte am Sitze der Wiener Gemeindevertretung zuständig.

15. Sämtliche mit der Errichtung des Vertrages und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen Alfred und Renata Wiener allein.

16. Von diesem Vertrage wird eine Urschrift ausgefertigt, welche bei der Gemeinde Wien verbleibt.

86. Berichterstatter GR. Schmid: Zahl 754, Post 27, betrifft die Regelung der Entfernungsgebührenpauschalien im bau- und maschinentechnischen Hilfsstand des Stadtbauamtes.

Herr Kollege Rummelhardt hat vor einigen Wochen den Antrag gestellt, daß man diese Pauschalien an Entfernungsgebühren erhöhen soll. Diesem Antrage wird mit dieser Vorlage entsprochen. Es soll mit dem ganzen Pauschalsystem gebrochen und Entfernungsgebühren nach dem Gebührennormale berechnet werden. Da muß man aber den Beamten für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. November 1918 eine nachträgliche Gebühr von 6830 K aussetzen. Ferner erhöhen sich die Gebühren vom 1. Dezember 1918 an, so daß im ganzen eine Summe von 15.000 K herauskommt, wovon auf das laufende Verwaltungsjahr 9000 K entfallen. Sie haben den Antrag in Händen, ich bitte um dessen Annahme.

VB. Rain: Zum Worte ist niemand gemeldet, eine Einwendung gegen den Antrag des Stadtrates wird nicht erhoben, ich erkläre denselben für genehmigt.

Beschluß:

In Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 25. Juni 1907, P. Z. 6321, mit dem den Beamten des bau- und maschinentechnischen Hilfsstandes des Stadtbauamtes Entfernungsgebührenpauschalien bewilligt wurden, wird genehmigt, daß diese Beamten mit Ausnahme jener, die der Wienflußaufsicht oder Betrieben in ihrem Amtssitze zugeteilt sind oder deren Amtshandlungen bloß in die Zone ihres Dienstortes fallen, ab 1. Dezember 1918 bis auf weiteres, längstens bis zur endgiltigen Regelung der Entschädigung für den Außendienst an Stelle der Pauschalien die Entfernungsgebühren nach dem Gebührennormale verrechnen dürfen.

87. Berichterstatter GR. Schmid: Post 36. Errichtung eines Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes und die Wahl eines Vertreters der Gemeinde Wien.

Durch den Zerfall der österreichischen Monarchie ist unser Land bezüglich der Kohle vom Auslande abhängig geworden und die jüngste Zeit hat zur Genüge gezeigt, was das bedeutet, wenn wir in Bezug auf Kohlenlieferung von unseren nördlichen und nordöstlichen Nachbarn abhängig sind. Sie haben es in der Hand, unsere Industrie zu vernichten und die Tatsache der Abhängigkeit von diesen Staaten hat jedenfalls jetzt schon die Wirkung gehabt, daß jede Unternehmungslust niedergehalten wird und jedenfalls drückt diese Last auf unsere gesamte Volkswirtschaft. Ich möchte sagen, die Lebensbedingungen für Deutschösterreich und insbesondere für Wien hängen davon ab, daß wir diese ausländischen Kraftquellen durch inländische ersetzen. Es kommt dann natürlich nur die Wasserkraft in Betracht. Auch die Gemeinde Wien hat sich schon — wie das aus meinem früheren Referate ersichtlich ist — seit Jahren mit dem Gedanken befaßt, die heimische Wasserkraft für ihre Zwecke nutzbar zu machen und insbesondere auf die Verwendung der Enns-Wasserkraft Bedacht genommen. Leider ist es bis heute nicht gelungen, die diesbezügliche Konzession zu erlangen. Erstens deshalb, weil der steiermärkische Landes-Ausschuß dagegen opponiert hat — erst kürzlich hat der steiermärkische Ingenieurverein in Graz sich dagegen erklärt, weil er auf dem Standpunkte steht, daß die Wasserkräfte der Steiermark nur für Zwecke der grünen Steiermark in Anspruch genommen werden dürfen — und weil anderseits die Konkurrenz der Staatsbahnen in Betracht gezogen werden muß. Nun sind die Staatsbahnen mit ihrem Projekte noch nicht bis zur Spruchreife gelangt und infolgedessen ist bezüglich der Konzessionierung des Wiener Projektes noch keine Entscheidung gefallen. Was eine einheitliche Verwaltung der Wasserkräfte anlangt, war eine solche bisher nicht möglich, weil wir kein Elektrizitätsgesetz gehabt haben. Im früheren Reichsrate sind zwar wiederholt Elektrizitätsgesetzentwürfe vorgelegt worden, aber kein Entwurf ist zum Gesetze geworden und erst im vorigen Jahre hat sich der Wiener Gemeinderat mit dieser Frage befaßt und entsprechende Vorstellungen erhoben, aber auch dieser Entwurf ist nicht zum Gesetze geworden.

Heute handelt es sich nun nicht nur um ein solches Elektrizitätsgesetz, sondern um die Nutzbarmachung und Finanzierung des Projektes. Erfreulicherweise schlägt nun auch die Staatsverwaltung einen Weg ein, der jedenfalls sehr empfehlenswert ist. Das deutschösterreichische Staatsamt hat am 3. Jänner 1919 beschlossen, ein Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamt, kurz „Wewa", zu errichten, um die einheitliche Behandlung aller Agenden zu erreichen. Auch bezüglich der Verteilung und Nutzbarmachung der elektrischen Energie soll Vorsorge getroffen werden. An der Spitze dieses Amtes soll ein Direktorium stehen, das dem Deutschösterreichischen Staatsamte unmittelbar verantwortlich ist und aus einem vortragenden Staatsrate, den Staats-Sekretären für öffentliche Arbeiten, für Verkehrswesen, für Landwirtschaft, für Gewerbe, Industrie und Handel, sowie aus zwei Vertretern der Länder als Mitgliedern oder deren Stellvertretern und aus je einem Vertreter aus den Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft besteht. Die beratende Kommission ist zusammengesetzt aus je einem vom Landeshauptmann entsendeten Vertreter der einzelnen deutschösterreichischen Länder, je einem von den Gemeindevertretungen der Landeshauptstädte zu wählenden Vertreter, drei Vertretern aus den Kreisen der elektrischen und übrigen Industrie, je zwei Vertretern der Finanzinstitute, der Landwirtschaft, der technischen Fachkreise und der Arbeiterschaft, sowie einem Vertreter des Fremdenverkehrsverbandes. Im Falle der Verhinderung eines Mitgliedes hat an seine Stelle ein gleichzeitig mit ihm namhaft zu machender Ersatzmann zu treten. Die Berufung sämtlicher Mitglieder erfolgt ehrenämtlich auf die Dauer von drei Jahren. Eine Wiederberufung ist zulässig. Das Direktorium ist das beschließende, die beratende Kommission das begutachtende und antragstellende und die Kanzlei das durchführende Organ.

Es ist vor allem geplant, den Betrieb der Eisenbahnen so weit als möglich zu elektrisieren, um einerseits den Staatsbahnbetrieb als den größten Kohlenkonsumenten vom kalorischen

Betriebe unabhängig zu machen und anderseits die verfügbar werdenden Kohlenmengen der Industrie zur Verfügung stellen zu können. Aber auch der industrielle Betrieb selbst, so weit dabei auf Wasserdampf verzichtet werden kann, wird auf den elektrischen Betrieb einzurichten sein. Dadurch wird der Kohlenverbrauch in absehbarer Zeit so weit eingeschränkt werden können, daß wir vom ausländischen Kohlenmarkte unabhängig werden. Zwar ist noch die wichtigste Vorfrage, die Sicherstellung der für den Ausbau der Wasserkräfte notwendigen finanziellen Mittel ungelöst, aber auch hiefür berechtigt die Zusammensetzung und der Wirkungskreis des neuen Amtes zu den besten Hoffnungen.

Die Zusammensetzung des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes kann daher im allgemeinen gewiß nur begrüßt werden; anderseits darf aber vom Standpunkte der Gemeinde Wien die Tatsache nicht übersehen werden, daß die ihr eingeräumte Einflußnahme keineswegs der Stellung Wiens entspricht. Nach § 5 des Organisationsstatutes gehören wie erwähnt, der beratenden Kommission je ein von den Gemeindevertretungen der Landeshauptstädte zu wählender Vertreter, beziehungsweise ein gleichzeitig mit ihm namhaft zu machender Ersatzmann an. Da im Direktorium eine Vertretung der Landeshauptstädte überhaupt nicht vorgesehen ist, so hat die Gemeinde Wien im Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamte nur einen einzigen Vertreter. Diese Behandlung der Gemeinde Wien ist aber doch wohl zu schematisch. Wien ist ja nicht bloß eine Landeshauptstadt, sondern auch die Hauptstadt des Deutschösterreichischen Staates. Seine Einwohnerzahl und Steuerleistung überschreiten die mancher deutschösterreichischer Länder. Wien ist der wirtschaftliche Mittelpunkt, dessen Volkswirtschaft auch jene des ganzen Staates befruchtet; sie ist der am stärksten beteiligte Interessent, dessen wirtschaftliche Zukunft an der gedeihlichen Lösung dieser Frage hängt; die Gemeinde Wien hat sich schließlich schon seit Jahren mit der Verwertung der Wasserkräfte befaßt und verfügt über einen Verwaltungsapparat, dessen Kenntnisse und Erfahrungen im Interesse der Sache entsprechend zum Worte kommen sollten. Es ist daher gewiß nicht unbillig zu verlangen, daß der Gemeinde Wien eine Vertretung im Direktorium und wenigstens zwei Vertreter in der beratenden Kommission des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes eingeräumt werden.

Ich stelle demnach folgende Anträge:

1. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Gemeinde Wien begrüßt die Errichtung des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes und erblickt in dieser Maßnahme des deutschösterreichischen Staatsrates ein geeignetes Mittel, die durch die Verhältnisse gebotene rasche und großzügige Lösung der schwierigen Probleme zu erzielen.

2. Der Gemeinderat wolle gemäß § 2 des Organisationsstatutes des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes den in die beratende Kommission zu entsendenden Vertreter der Gemeinde Wien und einen Ersatzmann wählen.

3. Der Gemeinderat wolle den Herrn Bürgermeister ermächtigen, an den Staatsrat heranzutreten, daß der Gemeinde Wien entsprechend ihrer besonderen Stellung eine Vertretung im Direktorium und die Entsendung von zwei Vertretern in die beratende Kommission des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes eingeräumt wird.

Ich bitte um Annahme.

VB. Neumann (der den Vorsitz übernommen): Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr GR. Herold pro; ich erteile ihm das Wort.

GR. Herold: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gerade in den letzten Tagen Gelegenheit, in sehr angesehenen Korporationen, in der Sozialpolitischen Kommission, im Vereine der Hausbesitzer und in anderen Gesellschaften zu hören, daß nach den furchtbar schrecklichen Ereignissen, die wir durchgemacht haben, die Zukunft Wiens jedem am Herzen liegt und daß die verschiedenartigsten Anregungen dafür gegeben wurden, und ein Problem immer in den Vordergrund trat, das die Ausnützung der Wasserkräfte betrifft. Dieses Problem der Ausnützung der Wasserkräfte hat auch schon in der Bevölkerung solches Interesse erregt, daß das Volk das Wasser das fließende Gold oder die weiße Kohle nennt. Das Volk sieht ganz richtig, daß das ein Hilfsmittel ist, um die Zukunft Wiens in bessere Bahnen zu lenken. Es ist leider bedauerlich, daß dieser Standpunkt wieder so kleinlich aufgefaßt wird und ich muß meinem Unmute Ausdruck geben, daß zum Beispiel Steiermark, welches über solche Quantitäten von Wasserkräften verfügt, wieder einen einseitigen Standpunkt einnimmt. Ich will hoffen, daß Steiermark zur Einsicht kommt und im Interesse des Gesamtwohles nicht die einseitige Stellung beibehalten wird. Uns Wienern ist der Beschluß des Staatsrates vom Jänner 1919, ein Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamt zu schaffen, Anlaß aufrichtigster Begrüßung. Endlich ist die Zeit gekommen, dieses ungemein wichtige Problem zur Ausführung zu bringen und unfaßbar ist es mir nur wieder, daß man auch hier der Gemeinde Wien Hemmnisse entgegensetzt. Ueberall dringt eben der bureaukratische Geist durch, wo große Probleme und Aufgaben zu bewältigen sind. Ich muß den Ausführungen des Herrn Referenten Schmid vollständig beistimmen, daß es ganz unfaßbar ist, daß man die Ausnützung der Wasserkräfte wieder in einem so schläfrigen und langsamen Tempo in Angriff nimmt. Vor allem liegt mir eines am Herzen und deckt sich mit meiner Interpellation, die ich zu Beginn der heutigen Sitzung eingebracht habe und die der Herr Bürgermeister in sehr liebenswürdiger Weise beantwortet hat, und das betrifft die Forderung, daß Vertreter der Gemeinde Wien und speziell Vertreter des Gemeinderates in diesem Direktorium und ebenso auch Vertrauensmänner in diesem Komitee in entsprechender Anzahl zu finden sein sollen. Es geht nicht an, daß man die Gemeinde Wien so achtlos behandelt, denn gerade bei der Ausnützung von Wasserkräften, die mit der Entfaltung Wiens in einem so innigen Zusammhange stehen, muß die Gemeinde entsprechend vertreten sein. Ich möchte darum bitten, daß beim Punkt 3 mein Antrag angenommen wird, der besagt:

„Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, an den Staatsrat heranzutreten, daß der Gemeinde Wien zwei Sitze im Direktorium und drei Vertreter in der beratenden Kommission des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes bewilligt werden."

Ich ersuche, diesen Antrag gütigst zu befürworten. Es ist im Interesse der großen, guten Sache. So wird erst die zukünftige Generation es spüren, was für ein eminenter Vorteil in

diesem großen Problem der Ausnützung der Wasserkräfte gelegen ist. Wir haben es nie verstanden, das Wasser auszunützen, wie wir es auch nie verstanden haben, unsere Donau, diesen mächtigen Strom, uns nutzbar zu machen. Wir haben leider die Donau nur im Walzertakte besungen, sie aber nie nutzbar gemacht; leer und öde ist sie dahin geflossen. Möge endlich dieses große Problem gelöst werden. Die Ausnützung der Wasserkräfte ist ein solches Problem, das für die Zukunft Wohlstand bringen kann.

VB. Reumann: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Schmid: Ich möchte bitten, daß die Herren doch meinem Antrage zustimmen. Wie Sie gehört haben, war ursprünglich für das Direktorium überhaupt kein Vertreter der Gemeinde Wien geplant. Ich habe nun beantragt, daß ein Vertreter in das Direktorium, und statt eines Vertreters in die beratende Kommission, zwei Vertreter entsendet werden. Das ist ohnedies schon viel verlangt. Ich glaube, wenn wir gar zu viel verlangen, wird vielleicht keine Geneigtheit vorhanden sein, das zu tun, was wir beantragen.

Ich bitte um die Annahme.

VB. Reumann: Wir schreiten zur Abstimmung. Der Herr Kollege Herold hat folgenden Antrag gestellt:

„Der Bürgermeister wird ermächtigt, an den Staatsrat heranzutreten, daß der Gemeinde Wien zwei Sitze im Direktorium und die Entsendung von drei Vertretern in die beratende Kommission des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes eingeräumt werden."

Dieser Antrag ist der weitergehende Antrag, worauf ich aufmerksam machen muß. Im Sinne des Gemeindestatutes werde ich, nachdem ich diese Anträgr bis zu dem Punkt 3 zur Abstimmung gebracht habe, dann den Antrag zu Punkt 3 vor dem Referenten-Antrage zur Abstimmung bringen. Darauf mache ich aufmerksam.

Ich bitte nunmehr die Damen und Herren, welche für den Antrag des Stadtrates zu Post 36 bis zu Punkt 2 sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse nunmehr den weitergehenden Antrag des Herrn GR. Herold zur Abstimmung bringen, den ich bereits verlesen habe.

Ich bitte die Damen und Herren, welche für den Antrag Punkt 3 des Antrages Herold sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist in Minorität.

Nun bitte ich die Damen und Herren, welche für den Antrag des Stadtrates sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit entsprechender Majorität angenommen.

Beschluß:

1. Die Gemeinde Wien begrüßt die Errichtung des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes und erblickt in dieser Maßnahme des deutschösterreichischen Staatsrates ein geeignetes Mittel, die durch die Verhältnisse gebotene rasche und großzügige Lösung der schwierigen Probleme zu erzielen.

2. Es wird gemäß § 2 des Organisationsstatutes des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes der in die beratende Kommission zu entsendende Vertreter der Gemeinde Wien und ein Ersatzmann gewählt.

3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, an den Staatsrat heranzutreten, daß der Gemeinde Wien entsprechend ihrer besonderen Stellung eine Vertretung im Direktorium und die Entsendung von zwei Vertretern in die beratende Kommission des Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes eingeräumt wird.

VB. Reumann: Wir gehen weiter. Ich bitte Herrn VB. Rain.

88. Berichterstatter VB. Rain: Zahl 331, Post 26. Bezugserhöhung für die Präsidial-Kraftwagenlenker. Es wird beantragt, diese Bezüge um je 20 K monatlich und die Verköstigungsgebühr um jährlich 150 K ab 1. Oktober 1918 zu erhöhen.

VB. Reumann: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung. Der Antrag erscheint angenommen.

Beschluß:

Die Bezüge der Präsidial-Kraftwagenlenker werden um je 20 K monatlich, die Verköstigungsgebühr um jährlich 150 K ab 1. Oktober 1918 erhöht.

VB. Reumann: Ich bitte Herrn VB. Rain, weiter zu den Posten 33 und 34, und zwar zusammen, zu referieren.

89. Berichterstatter VB. Rain: Zahl 842, Post 33. Errichtung einer Eiereinkaufsgesellschaft für Deutschösterreich mit Beitritt der Gemeinde Wien. Zahl 891, Post 34, Errichtung einer Molkereiprodukten-Einkaufsgesellschaft mit Beitritt der Gemeinde Wien.

Mit 1. Jänner 1919 ist die Zentral-Einkaufsgesellschaft in Liquidation getreten.

Naturgemäß soll diese Einkaufsgesellschaft mit Rücksicht darauf, daß derfreie Eink auf mangels Vorräte und da die Einfuhr aus dem Auslande derzeit noch nicht gestattet ist, an die Stelle anderer Gesellchaften treten.

Wir haben beim Ernährungsamt beantragt, den legitimen Handel heranzuziehen und alle jene Geschäftsverbindungen zu pflegen, welche vor Ausbruch des Krieges bestanden, um so den legitimen Handel in die Friedenswirtschaft hinüberzuführen. Da es derzeit nicht möglich ist, ohne einer solchen Gesellschaft eine Ein- oder Ausfuhr zu gestatten, nachdem Deutschösterreich unter der Schwierigkeit der valutarischen Verhältnisse leidet und es weiter ganz unmöglich ist, ausländische Valuta zu erhalten, so ist es eine Notwendigkeit, von Seite der österreichischen Regierung, jene Kompensationen zu bekommen, um jene Menge von Produkten zu erhalten, die wir unbedingt nötig haben. Wir müssen uns in erster Linie bemühen vom Königreich Polen und Rumänien Eier zu bekommen, denn unser Eiermarkt ist derzeit völlig verödet, es ist nicht einmal mehr wie im Vorjahre möglich, allwöchentlich ein Ei per Kopf zu bekommen. Die Gesellschaften haben derzeit nach keine Beschränkung, sie können jederzeit gegen dreimonatliche Ansage aufgelöst werden, welche in weiteren drei Monaten durchgeführt werden kann. Die Gemeinde Wien tritt in jeder Gesellschaft mit 200.000 K ein. Bei der Eier-Gesellschaft sind vorerst nur 50 Prozent des Nennwertes bar einzuzahlen, während bei der Molkerei-Gesellschaft die Einlagen voll und bar einzuzahlen sind. Dem Amte für Ernährung sind weitgehende Rechte vorbehalten, wie Einsicht in die Bücher

und Behelfe, jederzeitige Feststellung der Preise und die Angelegenheit der gleichmäßigen Verteilung der Eier. Von Wichtigkeit ist, nachdem alle Interessentengruppen des legitimen Handels, wie Konsum-Genossenschaften u. dgl. in diesen Gesellschaften vertreten sind, daß auch jener Teil der Bevölkerung der nicht organisierten Konsumenten (zirka 55 Prozent) durch die Gemeinde Wien diese Vertretung erhält, und durch ihren Beitritt den Einfluß auf die Verteilung der Waren geltend macht, welcher im Interesse der Stadt Wien notwendig ist. — Ich bitte um Annahme der Anträge.

VB. Reumann: Es ist niemand zum Worte vorgemerkt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche mit den Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschlüsse:

Die Gemeinde Wien tritt auf Grund des vorliegenden Entwurfes des Gesellschaftsvertrages der zu errichtenden Eiereinkaufsstelle, Ges. m. b. H., mit einer Stammeinlage von 200.000 K bei und entsendet die ihr vorbehaltenen Vertreter in die Organe der Gesellschaft.

*

Die Gemeinde Wien tritt auf Grund des vorliegenden Entwurfes des Gesellschaftsvertrages der zu errichtenden Milch- und Molkereiprodukten-Einkaufsgesellschaft m. b. H. mit einer Stammeinlage von 200.000 K bei und entsendet die ihr vorbehaltenen Vertreter in die Organe der Gesellschaft.

VB. Reumann: Ich bitte Herrn GR. Tomola, das Wort zu ergreifen.

90. Berichterstatter GR. Tomola: Zahl 13036 ex 1918, Post 21. Kostenerfordernis für bauliche Herstellungen im städtischen Armenhause 16., Arnethgasse 84, für Zwecke der Jugendfürsorge.

Unsere älteste Fürsorgestelle ist die im 16. Bezirke, sie besteht seit dem Jahre 1910. Es ist die am meisten beschäftigte und infolgedessen ist eine Erweiterung dieser Stelle, und zwar um eine Gruppe von Jugendfürsorge und eine Durchgangsstelle für Kleinkinder dringend erforderlich. Im Bezirksamte für den 16. Bezirk, wo die Anstalt untergebracht ist, ist eine Erweiterung untunlich, weil sämtliche Räume in Anspruch genommen worden sind. In nächster Nähe des Bezirksamtes ist das gewesene städtische Armenhaus — es wird ja teilweise als solches noch benützt — und zwar in der Arnethgasse 84. Dieses Gebäude wurde kommissionell besichtigt und für den in Aussicht genommenen Zweck als geeignet bezeichnet, wenn die notwendigen Adaptierungen vorgenommen werden. Die Pläne des Stadtbauamtes für diese Arbeiten liegen vor und es ist kein Zweifel, daß noch weitere Ausgestaltungen dieser Ottakringer Fürsorgestelle notwendig sein werden. Mit Rücksicht darauf, daß die baulichen Veränderungen mit unverhältnismäßig hohen Summen bestritten werden müssen — es kosten die nicht sehr bedeutenden Adaptierungen 72.000 K — beschränken wir uns nur auf das Notwendigste. Ich bitte um die Zustimmung zu den Anträgen.

VB. Reumann: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche für die Anträge stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Beschluß:

1. Die aus Anlaß der mit Stadtrats-Beschluß vom 10. Jänner 1918, P. Z. 334, erfolgten Bestimmung des städtischen Armenhauses 16., Arnethgasse 84, für Zwecke der Jugendfürsorge auszuführenden baulichen Herstellungen werden nach dem vom Stadtbauamte ausgearbeiteten Entwurfe genehmigt. Wegen der schwierigen Verhältnisse sind aber vorläufig nur die Umgestaltungsarbeiten im Ebenerdgeschoß für die Jugendfürsorgestelle durchzuführen. Die hiefür auflaufenden bedeckten Kosten im Betrage von 72.300 K werden bewilligt.

2. Die erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sind, soweit es nicht durch die ständigen Ersteher für alle laufenden Arbeiten und Lieferungen möglich ist, in freier Vereinbarung, beziehungsweise im Handeinkaufe zu besorgen.

3. Für die notwendigen, baulichen Umgestaltungen wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

91. Berichterstatter GR. Tomola: Zahl 751, Post 22. Nachsicht der Beheizungs- und Beleuchtungskosten für die im Gewerbegerichtsgebäude 8., Schlesingerplatz 2, untergebrachte Kinderbücherei des Ortsschulrates des 8. Bezirkes.

Kollege Schwer hat als Obmann des Ortschulrates im 8. Bezirke den löblichen Gedanken durchgeführt, eine Kinderbücherei im 8. Bezirke einzurichten. Diese war bisher im Bezirksamtsgebäude am Schlesingerplatze untergebracht, wo sie nicht mehr Platz findet. Er ersucht um Ueberweisung anderer Räume, und zwar im Gebäude des Gewerbegerichtes. Der Stadtrat hat dem Ersuchen Folge gegeben und es wird um die Nachsicht der Kosten für die Beheizung und Beleuchtung gebeten. Ich bitte um die Zustimmung zu dem Antrage.

VB. Reumann: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß:

Dem Vorsitzenden des Ortsschulrates des 8. Bezirkes werden für Zwecke der von ihm errichteten Kinderbücherei die Räume top Nr. 18, 19, 20 im Erdgeschosse, Nr. 87 auf dem Dachboden des Gewerbegerichtsgebäudes 8., Schlesingerplatz 2, samt freier Beheizung und Beleuchtung unentgeltlich gegen jederzeitigen Widerruf überlassen.

92. Berichterstatter GR. Tomola: Post 23, Zahl 702. Der Antrag betrifft den Ausbau städtischer Kindergärten zu Volkskindergärten.

Im Herbste vorigen Jahres hat der Stadtrat beschlossen, einige Kindergärten, welche sich für diesen Zweck besonders eignen, in Volkskindergärten umzuwandeln, das sind solche, in welchen ein ganztägiger Betrieb eingeführt wird. Unter ganztägigem Betrieb wird ein solcher von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends verstanden. Die Kinder sollen dort mit einem Mittagessen und mit einer Jause gegen billiges Entgelt — für eine Suppe bezahlen sie 10 h — bedacht werden. Acht von unseren Kindergärten wurden in Aussicht genommen, weil sie in Arbeiterbezirken gelegen und die erforderlichen Räumlichkeiten vorhanden sind. Nun ist es ohneweiters ersichtlich, daß die Arbeit, wenn sie ganztägig geleistet wird, eine unvergleichlich höhere ist, ins-

besondere die Ober-Kindergärtnerinnen, auf welchen die Verantwortung liegt, werden, wenn sie die Sache gewissenhaft in die Hand nehmen, nicht umhin können, während der ganzen Zeit, abgesehen von einer kurzen Mittagspause, im Kindergarten zu bleiben haben. Es erscheint daher recht und billig, daß man den Ober-Kindergärtnerinnen für diese Mehrarbeit eine eigene Entlohnung gibt. Diese wird in der Höhe von 600 K pro Jahr beantragt.

Aber noch etwas anderes kommt in Betracht. Die Beförderungsverhältnisse unserer Kindergärtnerinnen sind an und für sich keine günstigen. Eine Anzahl von Kindergärten steht nicht unter der Leitung einer Ober-Kindergärtnerin, sondern nur einer Kindergärtnerin. Jetzt wird dies damit begründet, daß die unter Kindergärtnerinnen stehenden Kindergärten eine einzige Abteilung haben, wo eine Ober-Kindergärtnerin also nur sich selbst zu beaufsichtigen hätte.

Es läßt sich das auch gut begründen, weil wir unter den Kindergärten solche mit einzelnen Abteilungen haben, wo also die Ober-Kindergärtnerinnen niemand als sich selbst zu beaufsichtigen hätten. Es wäre aber ein Unding, die Volkskindergärten unter die Leitung einer Kindergärtnerin zu stellen. Infolgedessen geht der Antrag, den ich namens des Stadtrates stelle, dahin, es sei entsprechend der Einrichtung der acht Volkskindergärten die Anzahl der Ober-Kindergärtnerinnenstellen um acht zu erhöhen. Dadurch erhöht sich auch die Anzahl der Kindergärtnerinnenstellen, weil sie an Stelle der ernannten Ober-Kindergärtnerinnen vorrücken. Endlich wird eine weitere Verbesserung im Avancement der Kindergärtnerinnen dadurch herbeigeführt, daß der Gemeinderat eingeladen wird, für die provisorischen Kindergärtnerinnen die Zeitbeförderung nach fünf Dienstjahren einzuführen. Dies entspricht der gleichen Bestimmung bei der Lehrerschaft. Ich will nicht sagen, daß der Termin kurz ist, aber man kann jetzt keinen anderen nehmen, weil wir sonst Unzufriedenheit auf der anderen Seite auslösen würden.

Ich bitte um die Zustimmung zu den Anträgen.

VB. Reumann: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt Frau GR. Müller.

Frau GR. Müller: Für uns Frauen bedeutet die Politik Volkswohlfahrt und darum ist es selbstverständlich, daß wir alle Bestrebungen wärmstens begrüßen, welche dem Wohle der schutzbedürftigen Kinder gewidmet sind. Insbesondere begrüßen wir, daß jetzt Wohlfahrtseinrichtungen für vorschulpflichtige Kinder geschaffen werden, denn diese Kinder sind ganz besonderen Gefahren ausgesetzt. Die Krankheiten in diesem Alter führen zwar nicht wie bei den Säuglingen zum Tod, aber oft zu langjährigem Siechtum. Gerade in diesem Alter wird oft der Keim zur Tuberkulose gelegt, die Kinder leiden an Rhachitis oder schweren Nervenerkrankungen; außerdem erleiden sie körperliche Schäden — ich denke da an die täglichen Zeitungsberichte über Tod durch Verbrühung, Verbrennung oder Sturz. Wir müssen uns das Martyrium dieser armen Kleinen vorstellen, die gezwungen sind, ihre Zeit in den Wohnungen zu verbringen, ohne liebevolle Fürsorge der Eltern. Wir wissen, daß 10 Prozent der Wiener Schulkinder bei der Aufnahme zurückgestellt werden müssen, weil sie nicht stark genug sind; 30 bis 40 Prozent weisen schon beim Eintritt schwere Gesundheitsschäden auf. Diese Statistik gilt schon für die Zeit vor dem Kriege, natürlich hat sich die Not während des Krieges noch ungeheuer gesteigert. Ich muß da aber eines Uebelstandes der Horte gedenken. Die Horte und Volkskindergärten werden zu spät eröffnet; erst um 8 oder 9 Uhr und um 5 oder 6 Uhr wieder gesperrt. Dadurch werden gerade die Kinder, die der Fürsorge am meisten bedürfen, von den Horten ausgeschlossen, weil sie die Mütter nicht abliefern können, ehe sie in die Arbeit gehen.

Ich hoffe also, daß die Volkskindergärten diesem Uebelstande abhelfen werden. Ich weiß aber aus Erfahrung, daß gerade die Kinder nicht in die Horte kommen, für die sie am allernotwendigsten wären. Gerade die schlechter gehaltenen Kinder kommen nicht hin, weil die Eltern die Kontrolle durch die Hortleiter oder Kindergärtnerinnen fürchten. Es wäre zu erwägen, ob man nicht ähnlich wie in anderen Städten einen Hortzwang einführen könnte, wonach jede Mutter und jeder Vater, die ihre Kinder nicht genügend beaufsichtigen können, veranlaßt werden, sie im Horte unterzubringen. In diesem Zusammenhange muß ich auch des furchtbaren Elendes gedenken, das durch den Straßen- und Hausbettel der Kinder entsteht, ein Elend, das während des Krieges ungeheuer zugenommen hat. Wir sehen täglich und stündlich schlecht genährte und schlecht gekleidete Kinder in den Straßen stehen und es trägt das sicherlich nicht bei, die Ehre und das Ansehen der Stadt Wien zu heben. Wir haben wohl Bezirks-Jugendämter und ein polizeiämtliches Jugendamt, aber die besten Maßnahmen nützen nichts, wenn sie nicht dem Uebel richtig an dem Leib gehen. Es ist nicht jedermanns Sache, sich um die Bettelkinder zu bekümmern. Vielen ist auch gar nicht die Möglichkeit gegeben, immer auf die Straße hinauszugehen und nach diesen Kindern zu sehen. Ich würde also bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht wie in Budapest und Prag eine eigene Kinderpolizei geschaffen werden könnte, die mit einer Polizei eigentlich nichts zu tun hat, sondern es werden von der Gemeinde Jugendfürsorger bestellt, deren Aufgabe es ist, die Bettelkinder in den Straßen aufzusuchen und in die geeignete Pflege zu bringen. (Beifall.)

VB. Reumann: Das Wort hat Frau GR. Schwarz.

Frau GR. Schwarz: Ich begrüße ebenfalls mit Freude, daß diese Kindergärten so ausgestaltet werden, daß die Kinder dort den ganzen Tag verpflegt sind, denn mir macht es immer einen merkwürdigen Eindruck, wenn im Kinderhorte gewissermaßen Schule gespielt und zum Beispiel Mittwoch und Samstag freigegeben wird, ohne Rücksicht darauf, ob die arbeitende Mutter gerade an diesem Tage für die Kinder Zeit hat. Wir spüren es auch in der Schule, wie diese Aufsichtslosigkeit der jüngeren Geschwister auf die älteren einwirkt. Allerdings ist es traurig, daß gerade die Kinder, die der Hortaufsicht am meisten bedürfen, dafür nicht zu haben sind. Das bezieht sich nicht nur auf die Kinder im vorschulpflichtigen Alter, sondern auch in großem Maße auf die schulpflichtigen Kinder. Besonders Mädchen im schulpflichtigen Alter werden zur Aufsicht über die kleineren Geschwister benützt und daran liegt für sie eine Gefahr, weil ihre Bildungsfähigkeit und Lernmöglichkeit verringert wird, als auch für die Kleinen, weil sie einer Aufsicht überantwortet werden, die nicht genügt. Ich würde daher sehr bitten, daß der Referent seinen Antrag dahin erweitert, daß womöglich mit den Volkskindergärten auch Mädchenhorte wenigstens räumlich vereinigt werden und daß dann die größeren Mädchen der Kinderbewahranstalt beigegeben werden, um zu lernen, wie man mit den kleinen Kindern umzugehen hat. Manche dieser Kleinen

gehen ja zugrunde aus Mangel an Reinlichkeit und Unverständnis. Ich würde also den bestimmten Antrag stellen, es mögen mit den Volkskindergärtrn auch Mädchenhorte räumlich vereinigt werden. Die größeren Mädchen sollten nach ihrer Geschicklichkeit, und zwar einzeln, nicht rudelweise von den Kinderhorten herangezogen und praktisch unterrichtet werden, wie man mit den kleinen Kindern umgeht, wie man sie beschäftigen muß, was man mit ihnen zu tun hat, was ein solches Kind zu fordern hat. Das wäre eine segensreiche Einführung. Ich bin nicht dafür, daß das Kind dem Unterricht entzogen wird, aber ich bin dafür, daß das heranwachsende Mädchen in der freien Zeit etwas anderes tut, als, wie es in anderen Horten geschieht, ein bißchen zeichnen und ein bißchen ausschneiden, kurz eine Unterhaltung pflegt.

Die Mädchen sollen sich unterhalten und spielen, aber sie sollen daran erinnert werden, daß der Mensch nebenbei auch häusliche Pflichten hat. So bitte ich, daß folgender Antrag beigegeben wird und zur Behandlung gelangt (liest): „Mit Rücksicht auf den Umstand, daß in den weiten Schichten der Bevölkerung auch schon viele noch im schulpflichtigen Alter stehende Mädchen zur Wartung und Beaufsichtigung kleiner Kinder verwendet werden, beantragen die Unterzeichneten, daß Mädchenhorte in räumlichem Zusammenhange mit Bewahranstalten und Kindergärten eingerichtet werden, damit größere Mädchen unter fachlicher Leitung planmäßig zur Mithilfe herangezogen, in den einfachsten Handreichungen und in den besonders in gesundheitlicher Beziehung notwendigen Vorschriften unterrichtet und eingewöhnt werden." — Ich habe da namentlich das Kapitel „Reinlichkeit" im Auge. So ein großes Mädchen soll doch lernen, wie man den Kindern den Kopf reinigt, wie man es füttert und welche Gefahr darin liegt, wenn man einen Löffel abschleckt und damit eventuelle Krankheitskeime auf das Kind überträgt.

VB. Neumann: Das Wort hat Frau GR. Amalie Seidel.

Frau GR. Seidl: Wie meine Vorrednerin begrüße ich es, daß die Kindergärten in Volkskindergärten umgewandelt werden, nur bin ich der Meinung, daß wir alle Kindergärten in solche Volkskindergärten umwandeln sollen. Ich möchte dabei gleich betonen, daß darauf Rücksicht genommen werden solle, daß nicht zuviele Kinder in den einzelnen Kindergärten untergebracht werden sollen, weil es dann ganz unmöglich ist, die Kinder zu beaufsichtigen und sich mit ihnen zu beschäftigen.

Nach dem Jahrbuche der Stadt Wien haben wir im 1. Bezirke einen Kindergarten, in welchem 121 Kinder untergebracht sind. Es entfallen daher auf die vorhandenen zwei Aufsichtspersonen je 60 Kinder. Man kann der Meinung sein, daß das viel zu viel Kinder sind, die da auf eine Aufsichtsperson entfallen, aber im 16. Bezirke ist das Verhältnis noch schlimmer. Dort sind in drei Kindergärten 699 Kinder untergebracht. Dafür sind drei Aufsichtspersonen bestellt, so daß auf eine 233 Kinder entfallen. Das ist ein unmöglicher Zustand. Eine einzige Person kann eine solche Schar von Kindern nicht einmal in Ordnung halten. Von einem erzieherischen Einfluß kann aber absolut nicht die Rede sein. Außerdem wäre ich der Meinung, daß diese Kindergärten dazu beitragen sollten, die Kinder in gesundheitlicher Beziehung zu beaufsichtigen. Es sollte daher eine ärztliche Inspektion eingeführt werden. Damit ließen sich ungemein viele Kinderkrankheiten verhüten und verhindern. Oder es könnten viele Kinderkrankheiten auf ein leichteres Maß reduziert werden, wenn gleich zu Beginn einer solchen Krankheit von einem Arzt darauf aufmerksam gemacht würde. Wir wissen alle aus Erfahrung, daß in Proletarierkreisen, wo die Mütter in die Arbeit gehen müssen oder nicht Zeit haben, sich um die Kinder zu bekümmern, sehr leicht einfache Krankheiten übersehen werden, daß sich aus diesem Uebersehen oft ganze Epidemien entwickeln, was gewiß nicht beiträgt, einen guten Einfluß auf die Kindergesundheit im allgemeinen auszuüben. Ich wäre der Meinung, daß man in allen Kindergärten eine ärztliche Inspektion einführen sollte. Es wäre meiner Auffassung nach auch notwendig, daß den Kindergärten eine Art Volksbad angeschlossen würde, damit Gelegenheit ist, die Kinder zu baden. Wir wissen, daß dieses Kapitel eines jener ist, das sehr vernachlässigt wird. Wir verlangen, daß in den Schulen Bäder eingerichtet werden. Wir haben allerdings dort noch keine. Aber wenn man schon daran geht, aus diesen Kindergärten Volkskindergärten zu machen, wenn man sich die Sache etwas kosten läßt, soll man noch einen Schritt weiter tun, für ärztliche Ueberwachung sorgen und auch dafür, daß die Kinder Badegelegenheiten bekommen.

Dann möchte ich den Herrn Referenten bitten, mir zu sagen, wie hoch die Löhne der Kindergärtnerinnen sind. Es ist hier davon die Rede, daß den Leiterinnen für ihre vermehrte Dienstleistung eine Zulage von 600 K gewährt wird. Ich bin selbstverständlich dafür, daß die Leiterinnen die Zulage bekommen. Ich möchte nur wissen, wie hoch die Gehalte an und für sich sind.

VB. Neumann: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Tomola: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich auf die Einwendungen der Reihe nach eingehe. Frau GR. Müller wies darauf hin, daß unsere Kindergärten noch viel zu wünschen übrig lassen. Dem muß ich vollkommen beistimmen. Die Gemeinde Wien ist leider sehr spät an die Errichtung eigener Kindergärten gegangen und sie hat bis in die 1890er Jahre hinein keine eigenen Kindergärten gehabt. Erst im Augenblicke der Einverleibung der Vororte kamen Kindergärten in den Besitz der Gemeinde. Eine wesentliche Vermehrung der städtischen Kindergärten trat knapp vor Ausbruch des Krieges dadurch ein, daß wir alle privaten Vereinskindergärten, welche darum ansuchten, verstadtlicht haben. Dadurch ist die Zahl der städtischen Kindergärten auf 50 oder 51 gestiegen.

Es ist selbstredend, daß sich unter den übernommenen Vereins-Kindergärten eine große Anzahl in vollkommen unzulänglichen, ja sanitätswidrigen Lokalitäten befindet. Wenn Sie aber erwägen, daß deren Uebernahme knapp vor dem Kriege erfolgte, so werden Sie auch gewiß einsehen, daß sich die Verhältnisse nicht jetzt schon gebessert haben können.

Ich stimme mit Frau GR. Müller vollkommen darin überein, daß es Pflicht der Gemeinde sein wird, die Zahl der Kindergärten zu vermehren und sie in entsprechender Weise auszugestalten. Ich habe diesem Gedanken schon im Jahre 1917 bei der Erstattung meines großen Jugendfürsorgereferates Ausdruck gegeben und bin gerne bereit, alle meine Kräfte in Bewegung zu setzen, um den Wünschen der Frau GR. Müller entgegenzukommen. Das, was Frau GR. Schwarz erwähnt hat, verdient ebenfalls vollste Beachtung.

Nicht zustimmen kann ich aber, daß die jetzigen Kindergärten beeinträchtigt werden sollen, indem man den schon bestehenden Kindergärten einen Raum wegnimmt, um dort den Mädchenhort unterzubringen. Denn das beinhaltet der Antrag der Frau Direktor Schwarz, denn er verlangt räumliche Zusammenziehung der Mädchenhorte mit den Kindergärten. (Frau GR. Schwarz: Ich meine die Angliederung!)

Dann müßte doch den Kindergärten ein Raum weggenommen werden und das wäre meiner Ansicht nach nicht zu verantworten. Wir haben Raummangel und es wäre eine Sünde, Räume für Mädchenhorte zu verwenden, welche für die Kindergärten verwendet werden müssen.

Ich gebe aber vollkommen zu, daß bei der Erbauung neuer Kindergärten dieser Gedanke in die Tat umgesetzt werden könnte und ich bin der Meinung, daß der Antrag auch gar nicht anders gemeint war. (Zustimmung der Frau GR. Schwarz.)

Ich erwähne nur, daß in Bezirken, wo der Bezirksschul-Inspektor der Sache der Kindergärten seine Aufmerksamkeit widmete, es vielfach schon der Fall war, daß Schülerinnen der oberen Bürgerschulklassen in die Kindergärten zum Hospitieren geschickt wurden. Das ist also keine Neuerung und wurde schon dort gepflegt, wo das nötige Verständnis vorhanden war

Schließlich komme ich zu den Einwendungen der Frau GR. Seidel. Ich will mit dem letzten beginnen. Die Bezüge der städtischen Kindergärterinnen betragen 1200 K und acht Quadriennalzulagen à 150 K, dann das Quartiergeld und jetzt während des Krieges eine Teuerungszulage. Die Ober-Kindergärtnerinnen haben um 200 K erhöhte Bezüge. Die Endbezüge stellen sich auf etwa 2650 K vielleicht auch 2700 K, höher werden sie nicht sein, es ist ja leicht zu berechnen. Was Frau GR. Seidel bezüglich des Kindergartens im 16. Bezirke erwähnt hat, muß auf einem Irrtum beruhen. Es ist nicht denkbar, daß nahezu 700 Kinder von drei Kindergärtnerinnen betraut werden. Es scheint mir, daß eine Verwechslung zwischen Kindergärtnerinnen und Kinderwärterinnen vorliegt. Wir haben die Sache so eingerichtet, daß auf je 50 Kinder eine Kindergärtnerin kommt. Die Zahl ist im ersten Augenblicke immer noch hoch, die Erfahrung lehrt aber, daß von den in den Kindergärten eingeschriebenen Kindern ein Drittel fehlt, so daß in Wirklichkeit kaum 35 Kinder auf eine Kindergärtnerin kommen.

Außer den Kindergärtnerinnen sind auch Kinderwärterinnen vorhanden und hier scheint die Verwechslung vorzuliegen. Der Kinderwärterin obliegt keine andere Aufgabe, als den Kindern beim Ankleiden und Hinausgehen auf den Abort behilflich zu sein. Die ärztliche Aufsicht, von der ebenfalls gesprochen wurde, wird in vielen Bezirken schon gehandhabt. Ich gebe aber zu, daß die obligatorische Einführung in allen Bezirken eine Notwendigkeit wäre. Auch daran wurde schon gedacht, doch waren während des Krieges ärztliche Kräfte nicht in genügender Zahl vorhanden.

Schließlich wurde davon gesprochen, daß es notwendig sei jene Kinder, die auf den Straßen herumlaufen, die von ihren Eltern freiwillig der Verwahrlosung zugeführt werden, in den Kindergärten förmlich zwangsweise unterzubringen. Ein sehr richtiger Gedanke! Es ist auch vollkommen richtig, daß jene Eltern, die ihre Kinder am wenigsten lieben oder besser gesagt am schlechtesten erziehen, die geringste Einsicht für die Notwendigkeit des Kindergartens besitzen. Zum Teile haben wir ein Instrument zur Verfügung, um die Kinder den Kindergärten zuzuführen. Dieses Instrument haben wir im städtischen Jugendamte. Den Fürsorgerinnen obliegt es und sie haben das Recht, alle Kinder, welche in städtischer Fürsorge stehen, dem städtischen Kindergarten zuzuweisen. So weit geht das Recht. Es ist ein beschränktes Recht und wir benötigen dringend eines Erziehungsgesetzes, worüber in diesem Saale schon sehr viel gesprochen worden ist, eines Erziehungsgesetzes, welches sich auf die Kinder von der frühesten Jugend bis zum Alter von sagen wir 18 Jahren erstreckt. Denn die Verelendung unserer Jugend, von frühester Kindheit angefangen, nimmt geradezu unheimliche Dimensionen an. Es wird gewiß die Zeit kommen, wo unsere junge Republik die Versäumnisse, welche bisher mit einer Beharrlichkeit ohnegleichen nicht beachtet worden sind, der Lösung zuführen wird.

In der Sache sind wir ja alle gleicher Meinung und unseren vereinten Bemühungen wird es gelingen, auch auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu den Anträgen.

VB. Neumann: Ich bringe den Stadtrats-Antrag zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren, die dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Nun bitte ich die Damen und Herren, welche den Antrag der Frau GR. Schwarz unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag erscheint unterstützt und wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Beschluß:

1. Die Anzahl der Volkskindergärten, das sind Kindergärten mit Ausspeisung und ganztägigem Betriebe, wird einstweilen mit acht festgesetzt.

2. Den Leiterinnen solcher Kindergärten wird für ihre vermehrte Dienstleistung eine Zulage von 600 K jährlich gewährt.

3. Im Status A der städtischen Kindergärtnerinnen werden acht Stellen für definitive Kindergärtnerinnen erster Kategorie (Ober-Kindergärtnerinnen) und acht Stellen für provisorische Kindergärtnerinnen neu systemisiert.

4. Den provisorischen Kindergärtnerinnen wird nach fünfjähriger ununterbrochener, zufriedenstellender Dienstzeit und bei Vorhandensein der körperlichen Eignung zu diesem Berufe das Definitivum verliehen. Eine Unterbrechung der Dienstleistung, mag sie vor oder nach der Wirksamkeit dieses Beschlusses eingetreten sein, hebt die Anrechenbarkeit der bereits vollstreckten Dienstzeit nicht auf, wenn sie erwiesenermaßen außer Schuld und Zutun der Kindergärtnerinnen lag.

5. Die Gesamtkosten von 24.170 K werden genehmigt und wird für den nicht gedeckten Teilbetrag von 2000 K ein erster Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 4 e 1 bewilligt.

93. Berichterstatter GR. Tomola: Zu den Posten 28 bis 31 liegt eine große Anzahl von Subventionsgesuchen vor, insgesamt sind es 299. Es handelt sich hier um Subventionsgesuche für das Geschäftsjahr 1918.

Bei Einbringung dieser Gesuche waren die Vereine der Meinung, es würde ihnen wie seit Beginn des Krieges die ungekürzte Subvention wieder bewilligt werden.

Sie rechneten mit diesem Betrage und haben wohl in den meisten Fällen ihn auch schon während des Jahres 1918 verausgabt. Zum Unglücke für die Vereine kamen diese Subventionen zu einem Zeitpunkte zur Beratung, wo an die Stelle des alten Gemeinderates der neue Gemeinderat getreten war und so hat sich in der Stadtrats-Sitzung, wo die Beratungen gepflogen wurden, eine große Meinungsverschiedenheit ergeben. Trotz allen Meinungsverschiedenheiten einigten wir uns schließlich dahin, daß unter den 299 Vereinen eine große Anzahl solcher ist, denen man die Subvention für das Jahr 1918 noch ruhig gewähren kann. 89 Vereine, gegen welche Einwendungen erhoben wurden, wurden ausgeschieden und einer Komiteeberatung zugewiesen, welche so rasch wie möglich stattfinden soll. Das eingesetzte Komitee soll auch über die Grundsätze beraten, nach welchen in Hinkunft Subventionen bewilligt werden sollen.

Gegenwärtig liegen also Subventionen vor, welche sozusagen einvernehmlich der Parteien im Stadtrate erledigt wurden. Die strittigen Ansuchen kommen erst dran. Es wird also noch Zeit und Gelegenheit zu Debatten sein. Ich stelle die Bitte, die heute vorgelegten nicht strittigen Subventionen glatt erledigen zu wollen — die Vereine warten mit Sehnsucht darauf.

VB. Reumann: Zum Worte gelangt Herr GR. Winter.

GR. Winter: Ich möchte Sie nicht lange aufhalten, aber ein paar Worte sind doch wohl sehr nötig. Der Herr Referent hat uns gesagt, daß zum Unglück für die Vereine die neue Ordnung der Dinge im Saale vor sich gegangen ist; ich glaube aber, daß all die Vereine das Unglück leichter ertragen, wenn sie wissen, worin eigentlich der Widerstand besteht, der im Stadtrat erhoben worden ist, und darum ist es nötig, daß wir auch hier ein paar Worte über die Stellung sagen, die wir Sozialdemokraten im Stadtrat zu dieser sehr wichtigen Angelegenheit eingenommen haben.

Wir haben im Stadtrat zunächst die Frage aufgeworfen, nach welchen Grundsätzen überhaupt von der Gemeinde Wien Beiträge an einzelne Vereine oder Einrichtungen hinausgegeben werden und darüber haben wir keine befriedigende Auskunft erhalten können. Darum haben wir begehrt, daß aus der Mitte des Stadtrates ein Komitee eingesetzt werde, das zu überprüfen hätte, ob diese Subventionen wirklich auch berechtigt sind. Dem Komitee sind zwei Aufgaben in der Folge zugewiesen. Erstens soll es alle jene Vereine, deren Subventionen im Stadtrate als strittig angesehen wurden, überprüfen, insbesondere die Leistung der einzelnen Vereine und zweitens soll es für die Zukunft die Richtlinien für die Gewährung von Subventionen aufstellen. Bezüglich der restlichen Subventionen sind im Stadtrate keine Einwendungen erhoben worden, weil uns im Stadtrat die Aufklärung geworden ist, daß diese Gesuche zum Teil schon im alten Stadtrat beschlossen worden sind und daß im übrigen die Vereine mit den ihnen gewohnheitsmäßig schon seit Jahren zugebilligten Beträgen auch bereits für das Jahr 1918 gerechnet haben. Wir haben keine weiteren Ansprüche erhoben, aber künftighin wollen wir Sozialdemokraten uns die Dinge doch genau ansehen. Wenn die Stadt Geld hinausgibt, dann soll sie auch wissen, wofür sie es tut und wir meinen, daß wir uns vor allem die Leistung der einzelnen Vereine anzusehen haben werden.

Die Richtlinien, die wir ja noch nicht vereinbart haben und die im Komitee ganz ruhig durchgeführt werden sollen — im Komitee ist ja für die Vertretung aller Parteien gesorgt — stelle ich mir so vor, daß dabei die Würde der Stadt und entsprechend den Wünschen der Bürger, die uns hereingeschickt haben, die Interessen der Bürger gewahrt werden und daß wir vor allem keine Unterstützung für irgend welche parteipolitische Zwecke hinausgeben. Wenn wir heute die Subventionsliste durchsehen, so müssen wir sagen, daß für parteipolitische Zwecke sehr viel Geld hinausgegeben wird. Freilich dürfen Sie sich die Sache nicht so vorstellen, daß einfach eine Subvention für die christlichsoziale Partei verlangt wird. Es gibt ja sonst keine Partei, die irgendwelche Subventionen bekommt, höchstens noch die deutschnationale Partei.

Es gibt aber so viele Mäntelchen, daß man jeden einzelnen Mantel abnehmen muß, um dann die nackte Unterstützung der Parteipolitik vor sich zu sehen. Wenn wir diesen Grundsatz einnehmen, daß wir für parteipolitische Zwecke absolut keinen Kreuzer zur Verfügung haben, dann wird uns so viel Geld übrigbleiben, daß wir alle jene Vereine und Organisationen, die wirklich eine Arbeit leisten, die die Stadt Wien eigentlich zu leisten hätte, die uns also in unserer Verwaltungsarbeit unterstützen, um so reichlicher werden bedenken können. Hier haben wir Hunderte von Beiträgen mit 100, 200, 300 und 400 K. Das ist nichts anderes als eine reine Zersplitterung der Gemeindegelder.

Wir werden es in Hinkunft nicht mehr nötig haben, diesen Vereinen, die rein der Bezirkseitelkeit entsprechen und ihren frommen Wünschen, die an die Gemeinde gestellt werden, Gehör zu schenken, wir werden diesen Vereinen einfach sagen: das sind lauter Kleinigkeiten und dafür hat die Stadt Wien weder Zeit noch Geld. Wenn es ihnen eine Freude macht, Verein zu spielen, haben wir nichts dagegen, aber wir haben kein Geld dazu, das brauchen wir für ernste, nützliche Dinge und insbesondere für die großen Fürsorgeorganisationen. Wir Sozialdemokraten verstehen schon, daß eine Stadt nicht alle Fürsorgeeinrichtungen selbst schaffen kann und es ist gewiß wünschenswert, daß die Stadt durch Mitwirken der Bürger und Bürgerinnen unterstützt wird. Alle sollen mitarbeiten und alle sollen ihre beste Kraft in den Dienst der Stadt stellen. Sie sollen dazu auch ihre Brieftaschen öffnen, die Gemeinde hat aber auf der anderen Seite auch eine Pflicht, beizutragen und mitzuwirken. (Ruf: Weniger Vereinsmeierei!)

Ja, weniger Vereine, aber mehr Organisation. Die großen Organisationen wollen wir unterstützen, aber in ganz anderer Weise, als es bisher der Fall war. Und wenn die Bürger der Stadt Wien diese Aufklärung erhalten werden, dann werden sie, soweit sie aufrechte und tüchtige Männer sind, gewiß auch damit einverstanden sein.

Wenn wir diese Subventionen, die uns heute vorliegen und die dem Stadtrate vorgelegen sind, von denen dann 89 zurückgezogen wurden, näher ins Auge fassen, so finden wir eine solche Unsumme von Unverständnis und Unrecht, daß man sich an der Kopf greifen muß und sich vergeblich fragt, wie es möglich ist, daß derartige Ansätze vorkommen.

Ich will Ihnen nur einige Beispiele vorführen. Da haben wir den „Volksbildungsverein", den wir alle kennen und dessen Wirken wir ohne Unterschied der Partei voll und ganz anerkennen müssen. Der bekommt 5000 K als Subvention, und zwar heuer als erhöhte Subvention, denn bisher hatte er, wenn

ich nicht irre, nur 2000 K bekommen. Dagegen bekommt der Verein „Volkslesehalle", von dessen Wirken in der Stadt Wien nur sehr wenige etwas wissen. . . . (Rufe: „Oho!" bei den Christlichsozialen.) Ja, Sie wissen davon, weil es ein Parteiverein ist, aber die Stadt Wien hat vom Wirken der „Volkslesehalle", die in einem Nebengäßchen auf der Landstraße ihren Sitz hat, sehr wenig erfahren. Es bekommt also dieser Verein „Volkslesehalle" in drei Posten, die verschieden ausgewiesen sind, 17.200 K. Der alte, bewährte und von uns allen anerkannte „Volksbildungsverein" erhält 5000 K und die „Volkslesehalle" 17.200 K! Das Geheimnis, das dahinter steckt, haben Sie durch Ihre „Oho!"-Rufe gelüftet. Die „Oho!"-Rufe haben es bekannt, der Mantel ist gefallen und wir wissen jetzt, warum dieser Verein so begünstigt ist. (Neuerliche Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Ich weiß von allen Organisationen, die in Wien wirksam sind, ich bin ein Mann, der sich um diese Dinge in Wien sehr eifrig bekümmert, ich bin auch nicht ungerecht. (Neuerliche Zwischenrufe. — VB. Neumann das Glockenzeichen gebend: Ich bitte, keine Zwischenrufe!) Dagegen hat der Niederösterreichische Volksbildungsverein für seine Lesehalle, die er in Stadlau unterhält, einen Gemeindebeitrag von 100 K erhalten. Das dürfte so ziemlich für einen Monatszins genügen, den dieser Verein zu zahlen hat, und der außerordentlich gut wirkende Verein „Volksheim", der Tausenden jungen Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt Jahr um Jahr ungemein nützliche Kenntnisse vermittelt, die sie im Leben praktisch verwerten können und die leider unser so rückständiges Schulwesen nicht gibt, ein Verein, der eine wahre Volksuniversität unterhält, dieser Verein hat um 9000 K Subvention angesucht; in dem Antrage, der dem Stadtrate vorgelegen ist, sind diese 9000 K in 4000 K verwandelt worden.

Es ist ein bitteres Unrecht, wenn auf der einen Seite ein Verein, wie es das „Volksheim" ist, mit 4000 K abgespeist wird und auf der anderen Seite ein solcher Verein, wie die Volkslesehalle mit mehr als 4000 K aus den Geldern aller Bürger bedacht wird und darauf kommt es, meine Herren, hauptsächlich an, daß diese Gelder, aus denen diese Subventionen bezahlt werden, Gelder aller Bürger sind.

Wir unterstützen auch verschiedene Schulvereine; für den Katholischen Schulverein 10.000 K, für den Evangelischen Schulverein 20.000 K, für alle diese Vereine haben wir Geld übrig, nur nicht für den sehr gut wirkenden Verein „Freie Schule". Sie können mir wohl darauf entgegenrufen, der Verein „Freie Schule" hat um eine Subvention nicht angesucht, denn wir sind gerecht und hätten ihm eine solche sonst gegeben. Das wäre aber nur heute möglicherweise so zu lesen, ist aber nicht so, denn der Verein „Freie Schule" hat ganz gut gewußt, warum er um eine Subvention nicht angesucht hat und warum er es verschmäht hat, von der Gemeinde Wien unter dem alten Regime eine solche Subvention zu verlangen.

Dann haben wir hier eine sehr lange Liste dieser Kongregationen, deren Wirken auf dem Schulgebiete bei einer anderen Gelegenheit in diesem Saale wird ausführlich behandelt werden müssen. Die neue Zeit, in die wir hineingetreten sind, wird mit allen diesen Kongregationen und deren Schuleinrichtungen gründlich, aber schon sehr gründlich aufräumen müssen und wir werden uns in Hinkunft ersparen können, daß wir diese Kongregationen mit lächerlichen Beiträgen, die eine ordentliche Schulhaltung gar nicht möglich machen, unterstützen. Hier kommen Beträge vor von 2000 K, dann 9000 K, dann wieder 400 K, 3000 K, also lauter Beiträge mit denen man einen Schulbetrieb nicht fördern kann. Damit macht man gar nichts für das Schulwesen, das ist ein glatt hinausgeworfenes Geld. Eines muß ich dabei hervorheben: ich bin nicht nur gegen katholische Schulen, ich bin auch dagegen, daß evangelische oder jüdisch-konfessionelle Schulen unterstützt werden und Sie sollen nicht etwa meinen daß mir die konfessionellen katholischen Schulen ins Auge stechen. Wir sind gegen die Unterstützung aller konfessionellen Einrichtungen aus den Gemeindegeldern und würden mit derselben Konsequenz, wie wir gegen das katholische Schulwesen, auch gegen das evangelische im Stadtrate stimmen, wenn es dazu gekommen wäre.

Weiters haben wir hier den Knabenhort, die Beschäftigungsanstalt des Jugendvereines und insbesondere des St. Vinzenz-Vereines, der in dieser Subventionsliste unter verschiedenen Titeln vorkommt. Hier finden wir ihn zweimal, einmal mit 15.000 K und einmal mit 5000 K für zwei verschiedene Zwecke, und zwar für die Verwaltung von Erbschaften. Ich glaube, meine Herren, wenn der Verein eine Erbschaft gemacht hat, so soll er sie sich selbst verwalten, dazu braucht er doch kein Geld von der Gemeinde. Dagegen bekommt der Verein zur Pflege der Jugendspiele, der übrigens auch unter christlichsozialer Führung steht und der in Wien Spielplätze unterhält, 20.000 K. Das ist doch viel zu wenig, es geht doch nicht an, daß man einen solchen Verein mit solch einem Pappenstiel abspeist.

Wer je einen Spielplatz gemacht hat, weiß, daß man, um einen Spielplatz herzustellen, Zehntausende hineinstecken muß. Was soll dieser Verein mit den 20.000 K machen? Schauen Sie sich die Vereine an, wie sie während des Krieges zurückgegangen sind, wissen Sie, daß der Verein die Spielplätze in Meidling bei Schönbrunn und in Favoriten die ganze Kriegszeit aber nicht in Benützung hat nehmen können, weil er eben mit Geldnot zu kämpfen hatte, wahrscheinlich auch — das hängt wenig damit zusammen — (Ruf: Leutemangel!) Leutemangel haben alle gehabt, den haben wir, die „Kinderfreunde", auch gehabt und haben während des Krieges 200 Spielplätze geschaffen. Leutemangel herrschte überall, Kindermangel nicht, die Kindernot war da, die Kinder haben wir auf der Straße gesehen und Sie hätten umsomehr die Pflicht gehabt, für die Kinder etwas zu schaffen. Es sind in den volkreichen Bezirken Favoriten und Meidling bereits vorhandene Spielplätze gesperrt worden und gesperrt geblieben die ganze Kriegszeit und auch heute noch.

Wenn ich einem Vereine eine, wie ich gesagt habe, allerdings kleine Subvention von 20.000 K gebe, so müßte ich doch so eine Gelegenheit, wo ich ihm 20.000 K auf den Tisch zähle, benützen und ihm sagen: Lieber Verein, du tust deine Pflicht nicht so, wie ich als Stadt es wünsche, du sollst die Spielplätze im 10. Bezirke und in Schönbrunn öffnen und im Betriebe halten, mit dieser Wirtschaft bin ich nicht einverstanden.

Dann ist noch ein anderer Verein, der Pestalozziverein, der auch ein bürgerlicher und unter deutschnationaler Führung stehender Verein ist, es ist ein durchaus gut wirkender Verein, der hat um eine Subvention von 6000 K angesucht. Im Stadtratsvorschlage bekommt dieser Verein nur 3000 K. Warum frage ich. Mir wurde zur Antwort gegeben: Während des Krieges haben wir grundsätzlich die Subventionen nicht erhöht. (GR.

Müller: Es ist Beschluß der Obmänner-Konferenz!) Verzeihung. Herr Kollege Müller, das ist noch nicht protokollarisch erwiesen, das habe ich schon im Stadtrate gesagt, bringen Sie mir zuerst das Protokoll. Aber selbst wenn der Obmänner-Konferenz solche Beschlüsse, die sie gefaßt hat, sakrosankt sind, kann man immer noch im Gemeinderate oder Stadtrate sagen: Nein, wir halten diesen Beschluß nicht für einen glücklichen. Auch wir halten diesen Beschluß nicht für einen glücklichen während des Krieges, wo so viele andere Vereine in viel ärgere Bedrängnis gekommen sind, die Subventionen auf dem Friedensstande zu lassen, sondern man hätte während des Krieges die Subventionen erhöhen müssen.

Freilich wäre man dazu gekommen, so und so viele kleine Subventionen, die von allen als hinausgeworfenes Geld angesehen werden überhaupt zu streichen, weil man doch irgendwo hätte das Geld hereinbringen müssen, das man zur Verwendung für solche nützliche Zwecke braucht.

Ein anderes Beispiel ist die „Lucina", die außerordentlich nützlich wirkt, die den Wöchnerinnen aus den unteren Klassen die Möglichkeit gibt, zu entbinden, die die Frauen aus den entsetzlichen Wohnräumen herausholt, wenn die schwere Stunde naht, die ihnen ein wirklich sauberes Bett bietet, die dem Kinde die ersten Kleider und der Mutter die Windeln gibt, ein solcher Verein, der während des Krieges ungeheuer segensreich gewirkt hat, bittet um 5000 K und die Stadt Wien gibt ihm, weil dieser Beschluß vorliegt, die alten 2000 K, die schon in den Jahren 1910, 1911, 1912 und 1913 gegeben worden sind. Ich halte das für ein bitteres Unrecht.

Wie willkürlich aber bei den Subventionen vorgegangen wird, will ich schlagend an folgenden Beispielen erweisen. Wir finden hier in den beantragten Subventionen, die ja heute beschlossen werden sollen, auch einen Punkt „Zur Erhaltung und Verwaltung der Mensa academica", Universität, 1., Reichsratsstraße 15, 1000 K, weiter unten Verein „Deutsche Mensa academica", 1., Reichsratsstraße 15, 2000 K, im selben Hause. Da bin ich stutzig geworden und habe mich erkundigt: Was geht da vor?

Es ist nicht nur dasselbe Haus, es ist auch dieselbe Küche. Die 2000 K werden nur dem Extrazimmer gegeben. In diesem hat sich nämlich ein Verein abgesondert, nachdem dort die Krawalle waren, der Verein „Deutsche Mensa academica", damit ein deutscher Student ja nicht beim Mittagessen mit einem anderssprachigen Oesterreicher beisammensitzen muß. Weil von diesen jungen Leuten der dümmste Nationalismus getrieben wurde, geht die Gemeinde Wien, die das wirklich deutsche ehrliche Volk unterstützen soll, her und unterstützt den dümmsten Nationalismus mit 2000 K und die eigentliche, gut wirkende Mensa academica muß sich mit 1000 K bescheiden. Es ist nicht zu begreifen, warum die Mensa academica mit 1000 K und 2000 K beteilt und die Mensa technica mit nur 300 K von der Gemeinde Wien abgespeist wird. Ja, sind denn die hungernden Techniker schlechtere Menschen als die Universitätsstudenten?

Ich wollte Ihnen nur diese Beispiele anführen, um Ihnen die absolute Willkür bei Zuteilung dieser Snbventionen einmal darzutun. Ich will Sie aber nicht länger aufhalten. Diese Beispiele sagen schon, daß hier Willkür und Protektion herrschen. Wir wünschen nicht und Sie als Verwalter der Stadt Wien können es auch nicht wünschen, daß solche Beträge ohne Gesetzmäßigkeit hinausgeworfen werden. Wir alle müssen wünschen, daß die Gelder der Bürger, die wir zu verwalten haben, so verwaltet werden, daß alle Bürger mit unserer Verwaltung einverstanden sind. Dann haben wir die Gemeinde Wien gut verwaltet. Wenn wir anders handeln, werden wir mit Recht schlechte Verwalter genannt werden.

Das ist dasjenige, was wir grundsätzlich gegen diese Anträge überhaupt einzuwenden haben, was ich im Stadtrate bereits gesagt habe und was wir auch heute vor dieser Abstimmung grundsätzlich zur Kenntnis des Gemeinderates gebracht haben wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten und Liberalen.)

VB. Neumann: Zum Worte gelangt Herr GR. Dr. Hein.

GR. Dr. Hein: Meine Herren! Ich halte mich verpflichtet, namens unseres Verbandes hier eine kurze Erklärung abzugeben. Wir stimmen selbstverständlich mit der Subventionspraxis, wie sie bisher von der christlichsozialen Mehrheit geübt wurde, nicht überein. Wir haben wiederholt dagegen Einspruch erhoben und ich kann das an zwei Beispielen, von denen auch der Herr Vorredner gesprochen hat, dartun. Wir haben wiederholt höhere Subventionen für den Volksbildungsverein beansprucht und die ihm bewilligten beanständet. Wir wissen, daß das ein alter Kampf ist. Die Christlichsozialen haben seinerzeit den Volksbildungsverein geradezu schmählich behandelt; sie haben ihm die Vortragssäle entzogen. Der Kampf gegen diese Subventionen hat sogar zu einem Prozeß geführt, wobei die Gemeinde sachfällig geworden ist. Wir haben gleichfalls eine Erhöhung der Subvention für das Volksheim beansprucht. Ueberhaupt haben wir immer beanständet, daß die eigentlichen Volksinstitute seitens der christlichsozialen Mehrheit stiefmütterlich behandelt werden. Demnach verlangen wir entsprechend unserer bisherigen Haltung auch eine gründliche Aenderung der Subventionspraxis. In diesem Punkte stimmen wir mit dem Vorredner überein. Den gegenwärtigen Anträgen aber, bei denen es sich um Vereine handelt, die mit gewissen Subventionen bereits gerechnet haben, stimmen wir zu, sind aber vollständig damit einverstanden und haben auch im Stadtrate dafür gestimmt, daß ein Komitee eingesetzt werde, das Richtlinien für die zukünftige Subventionspraxis festzustellen hat, die zu einer gründlichen Aenderung der bisherigen mißbräuchlichen Subventionspraxis führen sollen.

VB. Neumann: Ich erteile das Wort der Frau GR. Amalie Seidel.

Frau GR. Seidel: Zu diesen vorliegenden Anträgen möchte ich doch auch einige Worte sagen. In einer dieser Beilagen ist eine ganze Menge von Vereinen angeführt, die nur kleine Subventionen bekommen. Es sind aber auch Vereine angeführt, von denen man von vornherein gar nicht weiß, welchen Wirkungskreis sie haben, zum Beispiel der „Humanitäre Geselligkeitsklub „Die Ordentlichen". Man weiß nicht, was das für Leute sind und was sie mit dem Gelde machen (Zwischenrufe), man weiß nicht, in welcher Weise dieses Geld verwendet wird. (Neuerliche Zwischenrufe.) Weiters finden Sie eine Post von 200 K, die dem Werke des „heiligen Johannes Franziskus" gegeben wird. Das ist eine katholische, jedenfalls klerikale Organisation, bei der man nicht weiß, wofür dieses Geld verwendet wird. Auf der anderen Seite findet man Vereine, deren Wirkungskreis bekannt ist und die mit lächerlichen Summen ab-

gespeist werden, zum Beispiel der Erst: österreichische Blindenverein in der Florianigasse, der eine Subvention von 2000 K erhält, die nach meiner Auffassung für den Wirkungskreis dieses Vereines viel zu niedrig bemessen ist, weil man mit diesem Betrage gar nichts ausrichten kann. Weiters bekommt der Verein „Distriktskrankenpflege für den 16. Bezirk" als ordentliche Subvention 100 K und als außerordentliche 1900 K. Welcher Betrag da immer genannt worden wäre, so ist das für diesen Verein, der seinen Wirkungskreis im 16. Bezirke hat, viel zu wenig. Mit 100 K ordentlicher Subvention kann der Verein nichts machen, er kann auch sehr wenig machen, wenn er 1900 K außerordentliche Subvention bekommt. Dann sind eine ganze Menge von klerikalen Schulen angeführt, die sehr hohe Beträge erhalten. Ich habe nur flüchtig die zusammengerechnet, die auf einem einzigen Blatte enthalten sind. Bei Zusammenrechnung der Beträge ergibt sich, daß die klerikalen Schulvereinigungen Subventionen von mehr als 26.000 K erhalten. Nun stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkte, daß die klerikalen oder katholischen Organisationen sich Schulen errichten können so viel sie wollen, aber dann sollen sie diese Schulen auch aus ihren eigenen Mitteln erhalten. Diejenigen Eltern, die ihre Kinder in solche klerikale Schulen schicken, sollen das entsprechende Schulgeld auch dafür bezahlen. Wenn diesen Eltern die allgemeine Volksschule, die wir haben, zu schlecht ist, wenn sie das Bedürfnis haben, ihre Kinder in klerikalen Unterrichtsanstalten erziehen zu lassen, dann sollen diese Eltern auch für die Kosten dieses Erziehungsunterrichtes aufkommen. Es ist aber nach unserer Auffassung ganz ungehörig, daß für klerikale Erziehungsmethode und für klerikale Unterrichtszwecke Steuergelder der Allgemeinheit herhalten sollen. Und wir stehen auf dem Standpunkte, daß in dieser Beziehung gründlich Wandel geschehen muß. (Beifall bei den Parteigenossen.)

VB. Rain: Zum Worte gelangt Frau GR. Strobl.

Frau GR. Strobl: Ich habe geglaubt, daß in der Stadt Wien Freiheit herrscht, aber ich sehe, daß diese Freiheit einseitig ausgelegt wird. Soweit ich unterrichtet bin, gibt es in unserem Wien noch eine große Masse von Leuten, denen an ihrem religiösen Bewußtsein etwas gelegen ist. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Aber sie sollen sichs zahlen!) Nehmen Sie zur Kenntnis, daß alle Fürsorgeanstalten, welche von Schwestern geleitet werden, größtenteils solche Kinder in Versorgung haben, deren Eltern nichts zahlen können und welche nicht unserer Parteirichtung, sondern zum allergrößten Teil Ihrer Parteirichtung angehören. (Zustimmung bei den Christlichsozialen, bei den Sozialdemokraten Unruhe.) Bewahren wir doch Ruhe zur Verhandlung und lassen wir die Wahlbewegung nicht hereingreifen, ich glaube, das ist der Zweck, zu dem wir hier sitzen. Glauben Sie mir, im 16. Bezirke sind die ersten Zöglinge, welche in solche klerikale Anstalten aufgenommen sind, Kinder aus Ihren Kreisen. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.) Wenn Sie sich darüber beklagen, daß zum Beispiel die Hacker'sche Stiftung am Uhlplatz von uns unterstützt wird, so werden Sie wohl selber am besten wissen, welche Kinder Ihrer Kreise in dieser Stiftung Unterkunft gefunden haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Wenn mir jemand Wohltaten erweist, so schimpfe ich nicht über den Betreffenden, von dem ich sie erhalten habe. Das ist nicht der rechte Dank. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sich darüber beklagen, daß die „Lucina" zu niedrig dotiert ist, so möchte ich Ihnen entgegen halten, daß wir im Vereine „Maria Josephinum", welcher ganz dieselben Intentionen wie die „Lucina" verfolgt, auch keine Subventionen bekommen haben, mit welcher wir unsere Ideale erreichen könnten. Die Stadt Wien hat eben nicht soviel, als derartige Anstalten brauchen. Glauben Sie, wenn Sie vielleicht einmal die Verwaltenden sein werden, daß Sie dann auf diejenigen, welche als gläubige Staatsbürger ihre Steuern entrichten, nicht auch werden Rücksicht nehmen müssen? Sie werden uns nie das Recht nehmen, auch einen Einfluß auf die Anwendung unserer Steuerkreuzer auszuüben (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), auch wenn es Ihnen nicht recht ist. Ob Sie auch auf uns jene Rücksicht nehmen, welche unsere sogenannten klerikalen Anstalten auf Ihre Kinder genommen haben, das wird die Zukunft zeigen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

VB. Rain: Der Herr Berichterstatter zum Schlußworte.

Berichterstatter GR. Tomola: Was ich eingangs gesagt habe, hatte Herr GR. Winter bestätigt. Er hat nur Illustrationen geliefert, welche ihn und seine Kollegen bewogen haben, den Antrag an den Stadtrat zu stellen. Ueber die meisten der Fälle, die er bezeichnet hat, wird das Komitee entscheiden. Wie mißlich es ist, bloß hineinzugreifen und einzelne Fälle hervorzuheben, das zeigt der Verein der „Ordentlichen". Dieser Verein hat den Zweck, die ärmsten Familien des Bezirksteiles Brigittenau zu unterstützen. Er kann das mit dem Gelde tun, insoweit es reicht. Offenbar ist der Zweck ein solcher, daß er die Aufgaben der Gemeinde vorweg nimmt, indem er Armenunterstützung verabreicht. Ich sehe nicht ein, warum wir einen solchen Verein nicht mit 100 K unterstützen sollen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Es ist ein obskurer Geselligkeitsverein! — Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Gegenrufe. — Lebhafte Zwischenrufe des StR. Hötzel.)

VB. Rain: Herr GR. Hötzel, ich bitte, nicht zu unterbrechen.

Berichterstatter GR. Tomola: Der Blindenunterstützungsverein im 8. Bezirke wirkt außerordentlich wohltätig. Er hat seit jeher eine Subvention von 200 K beansprucht und hat in dem letzten Subventionsgesuche um eine Erhöhung der Subvention gebeten, aber keinen Betrag genannt. Er scheint mit den bisherigen Beträgen sein Auslangen gefunden zu haben. Sein Vermögensstand beläuft sich auf 215.788 K, der Verein ist gewiß in der Lage, von den Zinsen seines Vermögens selbst sehr wohltätig zu wirken. Sie sehen, wie notwendig es ist, in das Getriebe eines jeden Vereines Einblick zu nehmen. Ich gebe ohneweiters zu, daß die jetzige Vorlage unzureichend ist. Bis zum Ausbruche des Krieges — die Herren Ihrer Partei werden es bestätigen — war in den Subventionstabellen eine Rubrik, in der angeführt wurde, was jeder Verein leistet, welche eigenen Einnahmen er hat und um welche Subvention er ansuchte, beziehungsweise wie hoch sein Vermögensstand ist.

Das dies jetzt nicht mehr ist, daran ist keine Anordnung der Gemeinde schuld, sondern der Drucker hat erklärt, er habe das Papier nicht, er könne die Leute nicht auftreiben, die den Satz herstellen. Demnächst wird die Tabelle genau so hergestellt werden, wie sie immer ist. Uebrigens wird von allen Seiten zugegeben, daß wir die 210 Vereine mit dem beantragten

Betrage unterstützen sollen, die anderen 89 kommen noch daran.

Gestatten Sie mir nur noch einige Worte über die Volkslesehalle. Das ist kein so nebensächlicher Verein, ein Verein, welcher jährlich zwei Millionen Bücher entleiht, ist doch kein Winkelverein. Er befriedigt das Lesebedürfnis der Bevölkerung in außerordentlicher Weise. Vor einigen Jahren war Professor Reiher, der die Zentral-Bibliothek leitete, da und hat um Erhöhung der Subvention ersucht. Bei dieser Gelegenheit erwähnte er ohne jede Veranlassung meinerseits, auch die Volkslesehalle und erklärte, daß er damit vollständig einverstanden sei, daß sie sogar die Bücherkataloge gegenseitig austauschen. Er erklärte ausdrücklich, er begrüße es, wenn auch dieser Verein eine entsprechende Unterstützung erhalte und bitte, nur auch für seine Bibliothek eine entsprechende Subvention zu geben. Sie werden zugeben, daß Professor Reiher hocherhaben über Parteilichkeit ist und wenn ich mich auf sein Zeugnis berufe, sollte dies auch dem Kollegen Winter genügen.

Ich bitte, dem vorgelegten Antrage zuzustimmen.

VB. Rain: Zu den Referaten 28, 29, 30 und 31 wurde kein Gegen-Antrag gestellt, ich bitte die Damen und Herren, die den Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Nachstehenden humanitären Vereinen die sich mit der Armenkinderpflege befassen, werden für 1918 Subventionen bewilligt:

Katholischer Waisenhilfsverein 1500 K, Zentral-Krippenverein 5000 K, Zentral-Krippenverein (für die Kaiserin Elisabethkrippe, 19., Nußberggasse 14) 1000 K, Ferienkolonieverein „Gute Herzen" 100 K, Verein zur Unterstützung mittelloser taubstummer Schulkinder in Wien 800 K, Elternverein „Pestalozzi" 100 K, Frauen-Wohltätigkeitsverein „Franz Josefs-Kinderhort" 100 K, Verein „Israelitische Kinderbewahranstalt" 400 K, Kloster der Schwestern vom göttlichen Heilande 100 K, Verein zur Errichtung und Erhaltung einer Kinderbewahranstalt unter den Weißgärbern 1200 K, Erster Wiener Ferienkolonie-Spar- und Unterstützungsverein für Kinder 200 K, Kinderbewahranstalt „Wieden" 500 K, Verein zur Erhaltung der Säuglingsbewahranstalt auf der Wieden 500 K, Kleinkinderwartanstalt und Arbeitsschule in Gumpendorf 1680 K, Erster evangelischer Unterstützungsverein für Kinder 200 K, St. Marien-Knabenasyl 300 K, „Leopoldineum", Verein für Krüppelkinderfürsorge chirurgisch-orthopädische Anstalt und Zentrale 800 K, Kaiser Franz Josef-Schutzhausstiftung für arme Kinder in Naßwald 200 K, Erster Jugendfürsorgeverein für den 9. Bezirk 100 K, Pestalozziverein zur Förderung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge 1000 K, Kinderbewahranstalt des 10. Bezirkes und Erster Wiener Knabenhort 5000 K, St. Josefsheim unserer lieben Frau, Heimat für heimatlose Kinder 300 K, Verein der Kinderfreunde 600 K, Ober-St. Veiter Verein zum Besten armer Kinder (Elisabethinum) 1200 K, Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder 10.000 K, Christlicher Wiener Frauenbund für die Lehr- und Erziehungsanstalt St. Josefinum 500 K, Kleinkinderwartanstalt zu Penzing 500 K, Kleinkinderbewahranstalt Neulerchenfeld 1500 K, Kinderbewahranstalt der Pfarre zur heiligen Familie 300 K, Kinderbewahr- und Knabenbeschäftigungsanstalt der alten Pfarre Ottaring 300 K, Asyl für blinde Kinder 200 K, Kongregation der Schwestern der heiligen Familie von Nazareth (Waisenhaus) 100 K, Verein zur Speisung hungernder Schulkinder 500 K, Schulleitung in Ried bei Mauthausen, Oberösterreich (für die Suppenanstalt) 100 K, Schulleitung in Tragwein, Oberösterreich (für die Suppenanstalt) 100 K, Schulleitung in Prägarten (für die Suppenanstalt) 100 K, Schulleitung in Schwertberg, Oberösterreich (für die Suppenanstalt) 100 K.

Beschluß:

Den nachstehend verzeichneten Vereinen werden die angeführten Beträge als Subventionen für 1918 bewilligt:

Zentral-Verband „Maria Josephinum" 3400 K, Kuratorium zur Erhaltung und Verwaltung der „Mensa academica" an der Universität 1000 K, Unterstützungsverein für dürftige und würdige Hörer der Rechte 250 K, Philosophen-Unterstützungsverein an der Universität zu Wien 100 K, St. Gregorius-Verein zur Unterstützung dürftiger und würdiger Studierender an der Wiener Universität 200 K, Verein zur Pflege kranker Studierender in Wien 200 K, Verein „Komitee für Studentenkonvikte" 400 K, Kreuzer-Verein zur Unterstützung von Wiener Gewerbsleuten 1000 K, Maria Elisabethen-Verein in Wien 600 K, Verein der städtischen Rats- und Amtsdiener in Wien 200 K, Verein vom „heil. Vinzenz von Paul" für freiwillige Armenpflege 2500 K, „Werk des heil. Philipp Neri" (Landes-Abteilung Niederösterreich) 500 K, Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung 1000 K, Mädchen-Unterstützungs-Komitee 500 K, Verein „Deutsche Mensa academica" 2000 K, „Charitas", Verein für rationelle Ernährung von Kindern und Kranken 100 K, Kaiserin Elisabethheim für Kriegswaisen, Lehrmädchen und Arbeiterinnen 100 K, Verein zur Bekleidung und Unterstützung armer, alter Männer israelitischer Konfession 50 K, Marienanstalt 200 K, Katholische Bahnhofmission 3000 K, Erster n.-ö. Feuerwehr-Unterstützungsverein 200 K, Katholischer Frauen-Wohltätigkeitsverein „Wieden" 100 K, Verein zur Förderung einer Mensa technica in Wien, Technische Hochschule, 300 K, Landesverband der Post- und Telegraphenbediensteten Oesterreich unter der Enns 100 K, Wiener Frauenheim 500 K, Verein zur Unterstützung dürftiger und würdiger Hörer an der Technischen Hochschule in Wien 400 K, Verein städtischer Beleuchtungsbediensteter der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" 100 K, Witwen- und Waisen-Pensionsverein der städtischen Lehrer Wiens 100 K, Blinden-Unterstützungsverein „Die Purkersdorfer" 50 K, Kranken-Unterstützungs- und Leichenverein „zum heil. Michael" in Margareten 50 K, Hilfsverein für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen 200 K, Wiener Taubstummen-Frauenverein 100 K, Gumpendorfer Handelsschule für katholische Mädchen (für die Schülerlade) 100 K, Unterstützungsverein der städtischen Bediensteten Wiens 100 K, Unterstützungsverein für Arme des 7. Bezirkes 200 K, Verein zur Erhaltung des Obdachlosenheimes für Frauen und Kinder (Familienasyl) 2000 K, Krankenkassa der Hebammen Oesterreichs (reg. Hilfskassa) 50 K, Verein der städtischen Schuldiener Wiens 100 K, Konferenz zur unbefleckten Empfängnis des Vereines vom „heil. Vinzenz von Paul" 100 K, Unterstützungsverein für Witwen und Waisen jener Mitglieder des Wiener medizinischen Doktoren-Kollegiums, welche in die Witwen- und Waisen-Sozietät nicht einverleibt waren, 200 K, „Werk des heil. Johannes

Franziskus Regis" 200 K, Wiener Unterstützungsverein für aus der Haft Entlassene und Familien von Verhafteten 300 K, Wiener Bezirkskrankenkassa (Fonds zur Rekonvaleszentenpflege und zur Unterstützung kranker Mitglieder) 1000 K, Erster österreichischer Blindenverein, vormals Erster Blinden-Unterstützungsverein für Niederösterreich 200 K, Schüler-Unterstützungsverein der Neuen Wiener Handels-Akademie 100 K, Verein der Beamten der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke" 100 K, Verein des heil. Joseph von Arimathäa 1000 K, Pensionsverein für provisorisch angestellte und private Lehrerinnen 200 K, Theresien-Verein zum Schutze armer oder verwaister Mädchen 300 K, Asylverein der Wiener Universität 1000 K, Wohltätigkeitsverein „Mater admirabilis" 1000 K, Verein zur Errichtung von Heimstätten für dienst- und arbeitsuchende Frauen und Mädchen 100 K, Schwestern von der schmerzhaften Mutter 900 K, Schülerlade des Karl Ludwig-Gymnasiums 100 K, Katholischer Frauen-Wohltätigkeitsverein 100 K, Unterstützungsverein für aus den niederösterreichischen Landes-Heil- und Pflegeanstalten für Geistes- und Nervenkranke entlassene hilflose Personen 100 K, Unterstützungsverein für hilfsbedürftige Witwen und Waisen 100 K, Humanitärer Blindenverein „Lindenbund" 50 K, Verein „Distriktskrankenpflege" 100 K als ordentliche und 1900 K als außerordentliche Subvention, Wiener Chorregenten-Pensionsverein 100 K, Jubiläumsstiftung für arme, lungenkranke Bewohner des 17. Bezirkes 100 K, Kuratorium der Stiftung „Haus der Barmherzigkeit zur Pflege armer, schwerkranker Unheilbarer" 3000 K, Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schüler an der Staatsrealschule im 18. Bezirke 100 K, Zweigverein für den 18. Wiener Gemeindebezirk Währing des Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich 150 K, Hilfsverein für christliche Ehen 700 K, Studentenheim an der Hochschule für Bodenkultur 300 K, Humanitärer Geselligkeitsklub „Die Ordentlichen" 100 K, Heim für obdachlose Familien für das Heim im 16. Bezirke 2000 K, Verein der Freunde des Floridsdorfer Gymnasiums 100 K, Oesterr.-ungar. Hilfsverein in Passau 150 K, Oesterr.-ungar. Hilfsverein in Dresden 1000 K, Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung und Unterstützungsverein zur Bekleidung und Unterstützung armer, alter Frauen 50 K.

Beschluß:

Für Privat-Volks- und Bürgerschulen, Lehrerinnen-Bildungsanstalten; Privatlehranstalten, Knabenhorte, Knabenbeschäftigungsanstalten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles und verschiedene Schulzwecke werden folgende Subventionen bewilligt:

Kongregation der Schulschwestern vom III Orden des heil. Franziskus (für Volks- und Bürgerschule) 1000 K, Kongregation der Schulschwestern vom III. Orden des heil. Franziskus (für Volks- und Bürgerschule) 2000 K, Johanneum (Volks- und Bürgerschule der Kongregation der Brüder der christlichen Schulen) 900 K, Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes (für Volks- und Bürgerschule) 500 K, Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes (für die Lehr- und Erziehungsanstalt) 400 K, Kongregation der christlichen Schulbrüder (für die Volks- und Bürgerschule) 3000 K, Kongregation der armen Schulschwestern von Unserer lieben Frau für die Volks- und Bürgerschule) 3500 K, Kongregation der Marienbrüder (für die Volks- und Bürgerschule) 1000 K, Kongregation der Brüder der christlichen Schulen (für die Volks- und Bürgerschule) 1500 K, Schwestern vom armen Kinde Jesu (für die Volks- und Bürgerschule) 1400 K, Wiener Frauen-Erwerbverein 1000 K, Frauenverein „Selbsthilfe" (für die Frauen-Gewerbeschule für Weißnähen und Kleidermachen) 100 K, Kuratorium der Erzherzog Rainer-Handelsschule 500 K, Verein „Private Mariahilfer Handelsschule" 300 K, Verein für hauswirtschaftliche Frauenbildung (für die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die Koch- und Haushaltungsschule) 300 K, Schulverein der Beamtentöchter in Wien (für das Mädchenlyzeum, die Handelsschule und das Töchterheim) 1200 K, Musik-Lehranstalt Ludwig Liebing 100 K, Kommission für die Verwaltung der Karl Ritter v. Hacker'schen Erbschaft des St. Vinzenz-Vereines (Knaben-Beschäftigungsanstalten) 15.000 K, Kommission für die Verwaltung des Valerie v. Friedau'schen Fonds für Jugendgruppen des St. Vinzenz-Vereines 500 K, Margaretner Kinderhort 200 K, Knabenbeschäftigungs- und Verpflegsanstalt Breitenfeld 1000 K, Mädchenbeschäftigungs- und Verpflegsanstalt Breitenfeld 500 K, Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung 500 K, Verein für Knabenhandarbeit in Oesterreich 200 K, St. Severinus, Vereins-Abteilung Neulerchenfeld (Knaben-Beschäftigungsanstalt) 800 K, Knaben-Beschäftigungsanstalt „Clementinum" 300 K, Verein „Franke" in Wien (für das Waisenhaus in Hadersfeld) 200 K, Knabenheim 250 K, Donaufelder Schulkreuzerverein „Kinderhort" 300 K, Verein österreichischer Zeichenlehrer 400 K, Gesellschaft „Oesterreichisches Schulmuseum 700 K, Verein „Arbeiter-Hausfrauenschule 100 K, Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für weibliche Handarbeiten 1000 K, Verein zur Förderung des Schulwesens im 18. Bezirke 1000 K.

Beschluß:

Nachstehenden Vereinen für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für verschiedene andere Zwecke werden für 1918 folgende Subventionen gewährt:

Geographische Gesellschaft in Wien 600 K.

Anthropologische Gesellschaft 400 K.

Oesterreichische Gesellschaft für Münz- und Medaillenkunde 500 K.

Numismatische Gesellschaft 200 K.

Zoologisch-botanische Gesellschaft 1500 K.

Akademischer Senat der Universität Wien für die volkstümlichen Universitätskurse 2000 K.

Vereinigung bildender Künstler Oesterreichs „Sezession" 500 K.

Oesterreichischer Kunstverein 200 K.

Vereinigung bildender Künstlerinnen Oesterreichs 200 K.

Verein der Gas- und Wasserfachmänner in Oesterreich und Ungarn 500 K.

Verein „Zentral-Bibliothek" 4000 K.

Komitee des St. Vinzenzvereines zur Verbreitung guter Bücher und Schriften in Niederösterreich 100 K.

St. Severinusverein, für jede der vier Volksbibliotheken 200 K.

Verein „Volkslesehalle", 12.000 K und 4000 K außerordentlich.

Verein „Wiener Jugendfreunde" 50 K.
St. Vinzenz-Leseverein 600 K.
I. Wiener Volksbibliotheksverein am Neubau 200 K.
St. Vinzenz-Konferenz zur schmerzhaften Mutter Gottes 400 K.
Verein für österreichische Volkskunde und Kaiser Karl-Museum für österreichische Volkskunde 1200 K.
Verein für Landeskunde von Niederösterreich 600 K.
Verein für Landeskunde von Niederösterreich, 300 K.
Wiener Dombau-Verein 10.000 K.
Deutscher Volksgesangverein 800 K.
Bezirksverband Wien des Bundes der Deutschen Nordmährens 100 K.
Verband österreichischer Heimatschutzvereine 500 K.
Verein „Deutsche Heimat" 1000 K.
Bezirksverband der Wiener Ortsgruppen des Bundes der Deutschen in Böhmen 500 K.
Verein der Erzgebirger zu Wien, Landsmannschaft Erz, 100 K.
Adlergebirgs-Bundesgruppe Wien des Bundes der Deutschen Ostböhmens 300 K.
Deutscher Böhmerwaldbund, Bundesgruppe „Wien", 200 K
Verein zur Förderung einer deutschen Schule in Abbazia 1000 K.
Verein deutsches Studentenheim in Cilli 1000 K.
Verein „Südmark" in Graz 5000 K.
Tiroler Volksbund in Innsbruck 500 K.
Verein „Ostmark", Bund deutscher Oesterreicher in Linz a. d. Donau, 5000 K.
Verein zur Förderung einer Volksschule in Lovrana 200 K.
Bund der Deutschen Südmährens, Bundesgruppe Lundenburg, 100 K.
Bund der Deutschen Nordmährens in Olmütz 100 K.
Stadtamt Pettau: Deutsches Studentenheim in Pettau 300 K, Deutsches Mädchenheim in Pettau 200 K.
Deutsches Schülerheim der Nordmark in Teschen (Oesterr.-Schlesien) 200 K.
Verein „Deutsches Haus" in Triest 1000 K.
Deutscher Ortsschulverein Hrastnigg, Steiermark, 200 K.
Oesterreichischer Touristenklub 1600 K, und zwar: 1. für Erhaltung des Nasenweges auf den Leopoldsberg 400 K, 2. für die Ausgestaltung des Wegmarkierungsnetzes im Wienerwald 600 K, 3. für die Erhaltung und Erweiterung im Wiener Ausflugsgebiete gelegener Schutzhäuser 600 K.
Oesterreichischer Gebirgsverein 1200 K.
Oesterreichischer Aero-Klub 1000 K.
Oesterreichische Lehrersportvereinigung 100 K.
„Die Reichensteiner", Sektion des deutschen und österreichischen Alpenvereines, 200 K.
Wiener Sportklub „Admira" 50 K.
Architektenvereinigung „Wiener Bauhütte" 500 K.
Oesterreichische Exlibris-Gesellschaft 200 K.
Gesellschaft der Kunstfreunde (Sektion des Oesterreichischen Touristenklub) 200 K.
Oesterreichischer Verband für Materialprüfungen der Technik 100 K.
Deutschösterreichische Schriftstellergenossenschaft 1500 K.
Wiener Kunstgewerbeverein 2000 K.
Deutschösterreichischer Stenographenbund 600 K.
Automobil-Technischer Verein 500 K.
Vereinigung der Wiener Musiker 200 K.
Schutzverein für gefährdete männliche Jugend 10.000 K.
Katholischer Meisterverein 2000 K.
Wiener Chor-Akademie 100 K.
Wiener evangelischer Singverein 100 K.
Sängerbund „Dreizehnlinden" 300 K.
Zentral-Verein für Fluß- und Kanalschiffahrt in Oesterreich 400 K.
Gesellschaft für Lichtbildnerei im Oesterr. Gebirgsverein 100 K.
Wissenschaftlicher Verein „Skioptikon" 800 K.

VB. Rain: Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Wort hat Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister.

94. Bürgermeister: Ich fühle mich verpflichtet, vor Schluß der Sitzung eine Erklärung abzugeben:

Gegenüber einer vom heutigen „Abend" gebrachten Mitteilung des Inhaltes, daß aus dem Rathause Nachrichten verbreitet werden, die besagen, daß die Vorbereitungen für die Wahl in Wien nicht rechtzeitig beendet werden können, da besonders die Fertigstellung der Wählerlisten auf unüberwindliche Hindernisse stößt, teile ich mit, daß die Herstellung der Wählerverzeichnisse infolge der Beschwerlichkeiten der Erfassung der Wähler und der großen Wählerzahl allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden war, daß aber dessenungeachtet dank dem Pflichteifer der Beamten und sonstigen Angestellten der Gemeinde die zeitgerechte Auflegung der Wählerverzeichnisse zur allgemeinen Einsicht gesichert und daher auch die Durchführung der Wahlen am 16. Februar keineswegs in Frage gestellt ist.

VB. Rain: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 40 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der vertraulichen Sitzung vom 22. Jänner 1919.

Vorsitzender: VB. Rain.

Es wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Dem Magistrats-Sekretär Dr. Karl Hubmayer wird in Würdigung seiner vorzüglichen Dienstleistung der Titel „Magistratsrat" verliehen.

2. Dem Baurate Ing. Hans Stroßner wird in Würdigung seiner besonderen Verdienste bei der Ausführung der in den letzten Jahren geschaffenen Brücken der Stadt Wien der Titel „Ober-Baurat" verliehen.

3. Die Zulassung der städtischen Angestellten Kanzlei-Ober-Offiziale Ludwig Wottawa und Philipp Kurfürst, Kanzlei-Offizial Anton Pokora, Kanzlei-Akzessist Eduard Hofmann,

Kanzlei-Praktikant Karl Sandner zum Besuche des Unterrichtskurses zur fachlichen Ausbildung der im Konzeptsdienste verwendeten Kanzleiorgane wird ausnahmsweise bewilligt.

4. Der Anhang XV, betreffend die Feuerversicherung, und der Nachtrag 12, betreffend die Wasserversicherung der in den Lagerhäusern der Stadt Wien einlagerten Waren, werden genehmigt.

5. Der Witwe nach dem am 1. Juli 1918 verstorbenen Leopold Treitler, Träger und Aushilfsfilialdiener der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung", Marie Treitler, wird eine jährliche Gnadengabe von 620 K 50 h ab 1. Juli 1918 zuerkannt.

6. Gehaltsvorschuß.

7. Der Ober-Offizialswaise Kamilla Blümel wird die bisherige Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 an mit Rücksicht auf die Erwerbsunfähigkeit auf 360 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

8. Der Straßenarbeiterswitwe Rosalia Sokol wird anstatt der ihr gebührenden Abfertigung von 1314 K eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 15. Oktober 1918 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

9. Dem Straßenarbeiter Josef Frisch wird eine Gnadengabe von jährlich 420 K vom 24. September 1918 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

10. Die Anweisung einer Gnadengabe an die Arztenswitwe Paula Schwarz von jährlich 320 K zur Witwenpension vom 1. Jänner 1919 an auf Lebensdauer, eventuell bis zu einer etwa eintretenden anderweitigen Versorgung wird bewilligt. Weiters wird eine Gnadengabe von jährlich je 64 K zu den normalen Erziehungsbeiträgen vom 1. Jänner 1919 an gleichfalls für die im § 18 der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien bestimmte Zeit zuerkannt. Außerdem erfolgt die gnadenweise Zuerkennung des Sterbequartals im Betrage von 750 K statt 650 K.

11. Gehaltsvorschuß.

12. Der Oberin am Stephanie-Spital in Ottakring, Schwester Dosithea (Barbara Brand) wird in Anerkennung ihrer mehr als 25jährigen Wirksamkeit auf dem Gebiete der Krankenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

13. Die der Tochter des Wiener Ehrenbürgers Georg Sigl, Marie Hasemann, zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juli 1916, P. Z. 7019/16, bewilligte jährliche Gnadengabe von 1200 K wird ab 1. Jänner 1919 auf 1800 K erhöht und der hiezu erforderliche Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 9 a in der Höhe von 300 K bewilligt.

14. Dem Armenrate des Bezirkes Meidling Johann Neugebauer wird in Anerkennung seiner mehr als 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

15. Dem Stadtgarten-Assistenten 1. Klasse Wilhelm Skabransky wird mit Rücksicht auf seine langjährige gute Dienstleistung der Titel „Stadtgärtner" verliehen.

16. Dem Kanzleidiener 2. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Johann Zlinsky wird eine anrechenbare jährliche Personalzulage von 300 K zuerkannt.

17. Der Witwe des am 18. Dezember 1912 verstorbenen Maschinisten der städtischen Elektrizitätswerke Anton Aschinger, namens Marie Aschinger, wird die im Vorjahre bewilligte Gnadengabe von jährlich 800 K auch für das Kalenderjahr 1919 bewilligt.

18. Dem gewesenen Heizer der städtischen Gaswerke Johann Adametz wird eine Gnadengabe von 730 K jährlich auf die weitere Dauer von drei Jahren bis zum 30. Juni 1921, allenfalls bis zu einer früher eintretenden Versorgung verliehen.

19. Die Inspektoren der städtischen Straßenbahnen Ing. Karl Goller, Franz R. v. Wolff und Richard Werner werden mit 1. Jänner 1919 zu Ober-Inspektoren mit den Bezügen der Gehaltsklasse 1, Gehaltsstufe 3, das ist mit einem Jahresgehalte von 7200 K und einem jährlichen Quartiergelde von 2500 K befördert, unter gleichzeitiger Einstellung der in dem vorgelegten Verzeichnisse hiefür beantragten Zulagen. Die höheren Gehalte werden mit 1. Jänner 1919, das erhöhte Quartiergeld mit 1. Februar 1919 flüssig gemacht.

Dem Inspektor der städtischen Straßenbahnen Ing. Ludwig Schuller wird mit 1. Jänner 1919 der Titel eines Ober-Inspektors verliehen.

20. Die nicht im Bezuge der vollen Pension stehenden Angestellten der städtischen Straßenbahnen, welche während des Krieges unter Aufrechterhaltung ihres Ruhestandsverhältnisses von neuem auf Kriegsdauer in den Dienst der städtischen Straßenbahnen eingetreten sind, erhalten, wenn ihre neue Wiederverwendung während des Krieges mindestens durch ein volles Jahr ununterbrochen bestanden hat und ohne ihr Verschulden aufgelöst wurde oder wird, zu ihrer bisherigen satzungsmäßigen Pension einen Zuschlag aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen.

Er beträgt für jedes volle neue Dienstjahr 2·4 Prozent von dem Dreißigfachen des während der neuen Dienstzeit zuletzt bezogenen Taggeldes und erhöht sich bei jenen Angestellten, welche während ihrer neuen Dienstzeit Wagenführerdienst geleistet haben, um weitere 0·6 Prozent für jedes in dieser Dienstverwendung zurückgelegte Jahr. Hiebei ist die in die Kriegsjahre 1914 bis 1918 fallende Dienstzeit im erhöhten Ausmaße des Gemeinderats-Beschlusses vom 15. Oktober 1918, P. Z. 9988, anzurechnen.

Der Unterschied zwischen der bisherigen und der vollen satzungsgemäßen Pension bildet das Höchstausmaß des Zuschlages. Dieser Zuschlag erhöht die Bemessungsgrundlage von Zuwendungen, welche von der Höhe des Ruhegenusses abhängig sind, insbesondere der Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge

Im übrigen finden auf diesen Zuschlag die Satzungen der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen, soweit sie die den Mitgliedern zustehenden Pensionen betreffen, sinngemäße Anwendung.

21. Der Witwe nach dem am 21. Juni 1918 auf dem Felde der Ehre gefallenen Kondukteur Johann Stärker, Josefine Stärker, wird ab 1. Dezember 1918 gnadenweise eine Witwenpension von 41 K 56 h und ihren zwei minderjährigen Kindern ein Erziehungsbeitrag von je 13 K 85 h monatlich bis zur Neuregelung der gesetzlichen Militärversorgung, längstens jedoch auf die Dauer von drei Jahren, beziehungsweise bis zu ihrer Wiederverehelichung oder bis zum Eintritte günstigerer Erwerbsverhältnisse, beziehungsweise bis zu einer anderweitigen Versorgung aus Betriebsmitteln bewilligt. Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr satzungsgemäß zustehende Abfertigung aus der Pensionskasse im Betrage von 806 K samt Zinsen zugunsten des Betriebes zu verzichten.

22. Der Feuerwehr-Telegraphistenswitwe Anna Speil wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

23. Der Schuldienerswitwe Adelheid Antosch, der Volksschullehrersgattin Rosa Aufreither, der Bürgerschullehrerswitwe Charlotte Böhm, der Schuldienerswitwe Therese Em, der Volksschullehrerswitwe Therese Liebisch, der Schuldienerswitwe Marie Patschka, der Oberlehrerswitwe Katharina Prels, der Volksschullehrerswitwe Marie Vockner, der Volksschullehrerswitwe Johanna Kratky wird die Belassung der bisherigen Gnadengabe bewilligt.

24. Der Straßenarbeiterswitwe Marie Schalt wird die bisherige Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 an mit Rücksicht auf das Alter von 67 Jahren und die Erwerbsunfähigkeit auf jährlich 348 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

Bezirksvertretungen

Sitzungen.

9. Bezirk, 31. Jänner, 4 Uhr nachmittags.
10. „ 7. Februar, „ „ „

3. Gemeindebezirk, Landstraße.

Oeffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 19. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Paul Spitaler.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Fischer.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet. Die Aufnahmeschrift der am 21. November 1918 abgehaltenen Sitzung, welche zur Einsichtnahme aufliegt, wird genehmigt. Der Geschäftsausweis für den Monat November 1918 und für das Jahr 1918 bis 19. Dezember 1918 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

(3112.) Zuschrift des Gesundheitsamtes der Stadt Wien, betreffend eine Beschwerde der Bezirksvertretung über sanitäre Uebelstände bei der Leichenbestattung. (Zur Kenntnis.)

(3315.) Zuschrift der Bau-Abteilung IX, betreffend den Schneeabwurf in den Wienfluß. (Zur Kenntnis.)

(3059, 3324.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung XVI, betreffend die Erhöhung der Vergütung für die Militärbequartierung in den Hotels „Beatrix" und „Goldene Spinne". (Zur Kenntnis.)

Armenrats-Ergänzungswahl.

Laut Zuschriften der Magistrats-Abteilung XI sind vier Armenratsstellen frei geworden und daher die Ersatzwahl vorzunehmen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Wahl rechtzeitig ausgeschrieben wurde, sowie daß 13 Mitglieder der Bezirksvertretung anwesend sind und ersucht um die Abgabe der Stimmzettel.

Sämtliche abgegebenen 13 Stimmzettel lauten auf:

Hugo Franz Hlawatsch, Direktor a. D., Hausbesitzer, gerichtlicher Buch-Sachverständiger, Reisnerstraße 13.

Hans Messerschmidt, akademischer Maler, Rudolfsgasse 9.

Franz Müller, Fleischhauer, Hafengasse 14.

Rudolf Tispak, Kaufmann, Löwengasse 14.

Die Genannten erscheinen daher mit Stimmeneinhelligkeit zu Mitgliedern des Armeninstitutes Landstraße gewählt.

Anträge, Anfragen ꝛc.

BR. Fekete beantragt die Stellungnahme gegen die völlig unbegründeten hohen Preise für Aepfel. (An den Magistrat.)

BV. Spitaler dankt den Bezirksräten, dem Kanzleileiter und den übrigen Beamten der Bezirkskanzlei für die Unterstützung im abgelaufenen Jahre und wünscht allen frohe Weihnachtsfeiertage und ein besseres Neujahr. BR. Vogl dankt im Namen der Anwesenden für die Wünsche und erwidert dieselben herzlichst.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Gemeindevermittlungsämter.

Verhandlungstage im Februar 1919:

Innere Stadt, Mariahilf, Josefstadt, Favoriten, Ottakring, Brigittenau 5., 12., 19., 26.

Leopoldstadt 13., 27.

Landstraße 5., 12., 18., 26.
Alsergrund 5., 19.
Meidling 14., 28.
Rudolfsheim 19.
Fünfhaus 7., 14., 21., 28.
Floridsdorf 4., 11. 18., 25.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 19. Jänner bis 25. Jänner 1919:

Rindfleisch 228.959 kg, und zwar aus Wien 179.674, aus dem sonstigen Niederösterreich 173, aus Oberösterreich 12.422, aus Steiermark 4336 kg.

Pferdefleisch 849 kg.

Schweine- und Selchfleisch 12.493 kg, und zwar aus Wien 10.790, aus Oberösterreich 1703 kg.

Kälber 12 Stück, und zwar aus Wien 9, aus Oberösterreich 3 Stück.

Schafe 849 Stück, und zwar aus Wien 538, aus Niederösterreich 7, aus Oberösterreich 304 Stück.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 60 h bis 22 K.
Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) 14 K bis 28 K.
Kalbfleisch von 5 K 70 h bis 19 K 50 h.
Schaffleisch (Lammfleisch und Kitzfleisch) von 22 K 50 h bis 28 K.
Schweinefleisch bis 20 K.
Kälber von 4 K 70 h bis 13 K 30 h.
Schafe von 19 K 50 h bis 21 K.
Lämmer 19 K 50 h.

Per Bahn langten 23 Waggons mit 64·049 t ein.

Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche bezüglich Rind- und Schweinefleisch etwas größer, hingegen bezüglich Schafe kleiner. Rindfleisch war kapp ausreichend, jedoch nur infolge sehr bedeutender Inanspruchnahme der Gefrierbestände. Schweine- und Schaffleisch hingegen war nicht bedarfdeckend. Kalbfleisch war etwas mehr, jedoch nur für Spitäler und Humanitätsanstalten bestimmt. Der Marktverkehr war an allen Tagen mäßig.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 5000 kg gefrorenes Schweinefleisch, 3000 kg Selchfleisch.

Die Preislage blieb bis auf die Erhöhung der Schaffleischpreise, und zwar für Vorderes 26 K 50 h und für Hinteres 28 K im allgemeinen unverändert, hingegen wird minderes Schaf- sowie Ziegenfleisch zum früheren Preise von 22 K 50 h, respektive 24 K gehandelt.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

* * *

Rindermarkt.

In der Woche vom 16. Jänner bis 24. Jänner 1919 gelangten am Zentral-Viehmarkte St. Marx am Rindermarkte zur Verteilung an Extremfleischhauer 103, an Einheitsfleischhauer 472 Rinder.

Verteilung.

Am Zentral-Viehmarkte St. Marx gelangten am 23. Jänner 1919 zur Verteilung: an Spitäler und Sanatorien 117 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 24 weidner Lämmer und 15 Schafe und an Fleischhauer 915 lebende Schafe.

Am 28. Jänner gelangten zur Verteilung: an Extremfleischhauer 110, an Einheitsfleischhauer 307 Rinder und am 25. und 28. Jänner an Fleischhauer 2038 lebende Schafe.

* * *

Pferdemarkt vom 24. Jänner 1919.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 351 Gebrauchs- und 144 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Baubewegung

vom 29. Jänner bis 31. Jänner 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Umbauten.

16. Bezirk: Bauumänderung des Fabriksgebäudes, Heigerleinstraße 27—37, von Warchalowsky, Eisler & Co., Sandleitengasse 24, Bauführer die Union Bau-Gesellschaft (19).

Zubauten.

16. Bezirk: Montagehalle und Ueberdeckung, Ecke Nauseagasse und Seeböckgasse, von Warchalowsky, Eisler & Co., Sandleitengasse 24, von der Union Bau-Gesellschaft (19).

Adaptierungen.

4. Bezirk: Möllwaldplatz 5, von der Freiherr H. v. Königswarter'schen Häuseradministration, 1., Stadiongasse 4, Bauführer G. Parthilla (167).
7. Bezirk: Neubaugasse 79, von J. Witzmann, 4., Karolinengasse 10, Bauführer derselbe (164).

Diverse geringere Bauten.

16. Bezirk: Brückenwage, Ecke Kongreßplatz und Franz Peyerl-Gasse, von Warchalowsky, Eisler & Co., Sandleitengasse 24, Bauführer Leopold Roth (19).
" " Türausbruch in einer Scheidemauer, Wurlitzergasse 13, von Anton Hobza & Mitbesitzer, Wurlitzergasse 13, Bauführer Millik & Langeder (19).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

3. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Frost Chaim Isaak — Kleidermachergewerbe — 9., Währingerstraße 50.
Sonnenschein Gerson vulgo Jean — Geflügelhandel — 9., Hahngasse 30.
Höllwarth Georg — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Schönerergasse 3.
Kratochwil Karl — Musikergewerbe — 2., Taborstraße 27.
Graffinger Anton — Kleidermachergewerbe — 18., Kutschkergasse 1.
Hajek Hermann — Handel mit Maschinen und Maschinenbestandteilen — 8., Alserstraße 39.
Nachtnebel Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — 3., Blütengasse 1.
Sebek Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Erdbergstraße 152.
Reims Josef — Handelsagentur — 3., Bechardgasse 10.
Holzmann Hubert — Handel mit Schuhwaren — 13., Heinrich Kolin-Straße 2.
Rauer Karl — Zuckerbäckergewerbe — 13., Sechshauserstraße 87.
Riegelsaupt Wolf — Herrenkleidermachergewerbe — 6., Wallgasse 13.
Schwarzkopf August — Tischlergewerbe — 6., Hofmühlgasse 2
Heid Otto — Erzeugung von kosmetischen Artikeln — 6., Stumpergasse 49.
Hummel Georg — Fleischselchergewerbe — 17., Blumengasse 31.
Herold Josef — Uebernahme von Wäsche zum Putzen und Imprägnieren von Leder und Stoffen — 2., Vorgartenstraße 150.
Hawle Josef — Kunst- und Bauschlossergewerbe — 13., Hackingerstraße 61.
Mladosovics Josef — Friseurgewerbe — 6., Gumpendorferstraße 139.
Lux Marie — Witwenfortbetrieb des Zahntechnikergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Johan Lux — 7., Mariahilferstraße 12.
Edlinger Marie — Lebensmittelhandel — 4., Wehringergasse 40.
Löbl Anna — Christbaumhandel — 4., Wiedner Hauptstraße 73.
Peschek Leopoldine — Pfaidlergewerbe — 5., Pilgramgasse 20.
Lang Margarete — Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege — 9., Alserbachstraße 35.
Kandler Rosalia — Wäscheputzerei — 9., Lustkandlgasse 35.
Bäumel Anna — Wäsche und Wäscheputzergewerbe — 9., Säulengasse 10.
Prinzl Johanna — Gemischtwarenhandel — 20., Klosterneuburgerstraße 60.
Dolezalek Ludmilla — Marktviktualienhandel — 2., Im Werd, Markt.
Miller Rachel, — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenwaren — 2., Engerthstraße 204.
Hanika Josefine — Selchwaren-Verschleiß — 13., Meiselstraße 60.

* * *

14. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

M. Stipsitz & Komp. — Schuh- und Exportversandhaus „Gloria", Handel mit Schuhwaren samt Schuhzubehörartikel, sowie mit Filzpantoffeln und Gamaschen — 6., Gumpendorferstraße 22.
Steiner Friedrich und Hans — Großfuhrwerksgewerbe — 6., Mollardgasse 36.
Hotel-, Kaffee- und Restaurationsunternehmung, Jg. Prohaska, Ges. m. b. H. — Gast- und Schankgewerbe — 1., Opernring 3.
Waldbrunner Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Obere Augartenstraße 52.
Gehlbart Berl — Handel mit Rahmen und photographischen Vergrößerungen und Verkleinerungen — 2., Am Tabor 13.
Kirschner Ernst — Handel mit Eisen, Metall, Eisen- und Metallwaren — 2., Rembrandtstraße 29.
Magrutsch Theodor — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Wagramerstraße 56.
Lachmuth Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Schüttaustraße 15.
Schiller Friedrich — Elektrotechniker-Konzession — 2., Praterstraße 34.
Predesky Johann — Herrenkleidermachergewerbe — 2., Vereinsgasse 15.
Sturm Franz — Viktualien-Verschleiß — 18., Paulinengasse 3.
Schwarz Salomon — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen und Säcken — 6., Magdalenenstraße 16.
Merk Franz — Zucht und Dressur von Polizeihunden — 19., Döblinger Hauptstraße 17.
Zack Franz — Handel mit Maschinen, deren Bestandteilen und mit elektrischen Bedarfsartikeln — 17., Kalvarienberggasse 26.
Allina Karl — Handel mit Leder, Schuhoberteilen und Schuhzubehör — 6., Stumpergasse 6.
Rosenbaum Arnold — Handel mit Bijouterie-, Papier-, Schreib- und Galanteriewaren ꝛc. — 6., Gumpendorferstraße 76.
Wurst Matthias — Kleinfuhrwerksgewerbe — 6., Mollardgasse 73.
Gans Ernst — Gemischtwarenhandel im Großen — 6., Linke Wienzeile 56.
Theurer Johann — Tischlergewerbe — 6., Schmalzhofgasse 14.
Kubacek Alois — Gold- und Silberschmiedgewerbe — 7., Burggasse 106.
Filip Johann — Herrenkleidermachergewerbe — 7., Neustiftgasse 48.
Brunner Anton — Gastwirts-Konzession — 7., Burggasse 76.
Brotschneider Alfred — Zahntechnikergewerbe — 7., Seidengasse 41.
Ruschitzka Johann — Drechslergewerbe — 7., Mondscheingasse 12.
Ragendorfer Benno — Handel mit Därmen — 7., Kandlgasse 35.
Ungar Ernst — Papierwaren-Erzeugung — 7., Mentergasse 7.
Lucker Josefine — Erzeugung von Handschuhen und Pantoffeln — 16., Wilhelminenstraße 70.
Scholz Marie — Verschleiß von Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten — 16., Ottakringerstraße 65.
Schwach Therese — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Haberlgasse 42.
Parzer Theresia — Kurzwaren-Verschleiß — 3., Hainburgerstraße 30.
Zeuner Ella — Handel mit Papier, Kurz- und Galanteriewaren — 2., Weintraubengasse 15.
Schönwald Melanie — Handel mit Lebensmitteln — 2., Taborstraße 22.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 22. Jänner 1919:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigte Gemeinderäte 237
2. Nachruf des Bürgermeisters für GR. Ritter v. Dorn . . . 237
3. Spende des Trabrennvereines 237
4. Sonstige Spenden 237
5. Die Verteilung der Liebesgabenpakete aus dem Gefangenenlager in Sigmundsherberg 238
6. Bericht über die Verhandlungen mit der interalliierten Kommission 239
7. Die Schweizer Hilfsaktion 240
8. Angelobung des GR. Schreier 241

Anfragenbeantwortungen:

9. GR. Franz Kurz: Herstellung der Goldschlagstraße 241
10. GR. Moißl: Verwaltung der Fürsorgefonds 241

Anfragen:

11. GR. Herold: Verwertung der Wasserkräfte 241
12. GR. Dr. Hein: Ueberlassung des alten Rathaussaales für Wählerversammlungen 242
13. GR. Richard Seidel: Einkommenverhältnisse von Angestellten der städtischen Unternehmungen 242
14. GR. Schreier: Offenhalten von Geschäftsbetrieben bei Ersatzbeleuchtung 242
15. GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller: Schaffung einer neuen Lebensmittel-Zentrale an Stelle der „Oezeg" 243
16. GR. Herold: Ersuchen an die italienische Regierung um Ueberlassung von Haferreis 243
17. GR. Moißl: Beschlagnahme von 44 Waggons Fett 244
18. GR. Rummelhardt: Beteilung mit Liebesgaben 244
19. GR. Richard Seidel: Rascheste Fertigstellung der Franz Josefs-Brücke 244
20. GR. Hohensinner: Besetzung von Schulleiterstellen . . . 244
21. — Teuerungszulagen an Pensionisten 244
22. GR. Ullreich: Uebertretung der Gasvorschriften durch die Universitätsbibliothek 245
23. GR. Hohensinner: Errichtung einer Feuerhalle 245
24. GR. Hammerschmid: Entziehung eines Auftrages der Firma A. Froß-Büsing 245
25. GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller: Geheimhaltung der Privatverhältnisse bei Konskribierung der Wahlberechtigten . . 245
26. GR. Untermüller und Waldsam: Regelung des Begriffes „Mindestbemittelte" 246
27. GR. Schäfer: Aufhebung der Futtermittel-Zentrale . . . 246
28. GR. Breuer und Jung: Schadenersatzleistung an den Besitzer des Phönixpalastes im Prater 246
29. GR. Max Winter: Notstand im Frauenheim Meidling . . 247
30. GG. Moißl: Verschleppung beschlagnahmter militärischer Lebensmittelvorräte durch die Zentralen 247
31. GR. Reismann: Erhöhung der Entschädigungen für Ueberzeitarbeit der Magistratsbeamten 247
32. — Regulierung des Engpasses in der Eichenstraße im 12. Bezirke 247
33. GR. Schreier: Behebung technischer Unzulänglichkeiten im Telephonwesen 247
34. GR. Kokrda: Verteilung der Marmelade an die Konsumentenorganisationen 248
35. GR. Bernhard Richter: Erleichterung bei der Abstattung der Steuerleistung 249
36. GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller: Reform der Steuerbemessung 249

Seite

37. GR. Schäfer: Stellungnahme gegen die willkürlichen Steuereinschätzungen 250
38. GR. Baugoin: Amnestie für die Straßenbahnbediensteten 250
39. GR. Adametz: Wiedereinführung der Haltestelle „Grinzingerstraße" der städtischen Straßenbahnen 250
40. GR. Hammerschmid: Straßenpflege im 20. Bezirke . 250
41. GR. Nummelhardt: Entlohnung der Hilfskräfte im Zentral-Wahlkataster 251
42. GR. Karl Richter, Dr. Danneberg und Paul Richter: Schichtlohn der Holzarbeiter der Gemeinde Wien 251
43. GR. Moißl: Entlohnung der Aushilfsdiener des Magistrates 252
44. GR. Rzehak: Wiedereinführung der Linie 6 der städtischen Straßenbahnen an Sonn- und Feiertagen 252
45. GR. Doppler: Verdorbenes Gemüse im Magazine XIV des Hauptzollamtes 252
46. GR. Dr. Grün, Emmerling, Bermann und Hermann Fischer: Vorkehrungen gegen die Ausbreitung des Flecktyphus 252

Anträge:

47. GR. Witzmann: Schulbad in der Schule Felberstraße 42/44 253
48. GR. Linder und Genossen: Ausbau der Straßenbahnlinie 39 nach Neustift am Walde 253
49. GR. Broczyner: Einrechnung der Militärfriedensdienstzeit in die Beförderungsdienstfrist der städtischen Angestellten 253
50. GR. Linder: Kinderspielwiesen im Czatorysk-park im 18. Bezirke 253
51. GR. Hellmann: Instandsetzung der für militärische Zwecke verwendeten Schulen. Herabsetzung der Schülerzahl 253
52. GR. Breitner: Einsetzung einer Kommission zur Schaffung einer modernen Dienstpragmatik 254
53. GR. Richard Seidel: Volle Anrechnung der bei den privaten Gas-Gesellschaften zugebrachten Dienstjahre 254
54. GR. Bermann: Schadloshaltung der Heimlehrer 254
55. GR. Kurz und Spalowsky: Sonntagsverkehr auf der Linie 73 der städtischen Straßenbahnen 255
56. GR. Jung und Körber: Keine Entlassung der substituierenden Lehrkräfte 255
57. GR. Bernhard Richter: Sonntagsverkehr auf den Linien 16 und 17 der städtischen Straßenbahnen 255
58. GR. Suchanek: Umbenennung des Kaiser Wilhelm-Ringes in „Parkring" 256
59. GR. Angeli: Instandsetzung und Ueberwachung der Parkanlagen 256
60. GR. Paulitschke: Abänderung der Gehaltsbogen für die städtische Beamtenschaft 256
61. GR. Untermüller und Waldsam: Gleichstellung aller Schreibkräfte beim Hilfspersonal des Wahlkatasters 256
62. GR. Spalowsky: Sonntagsverkehr auf der Linie 57 der städtischen Straßenbahnen 256

Berichte:

63. GR. Melcher: Erstreckung der Verbauungsfrist 257
64. GR. Josef Müller: Tauschweise Ueberlassung eines Grundes 257
65. VB. Hoß: Zuschußkredit für die Durchführung der Wahlen in die Nationalversammlung 257
66. — Aenderung der Titel der Beamten des Hilfsstatus des Stadtbauamtes 258
67. — Gemeinschaftsküche für die Angestellten der städtischen Gaswerke 260
68. GR. Knoll: Reinigung der Kagraner Reichsbrücke 260
69. Subventionierung der Propeller-Ueberfuhr von Nußdorf nach Jedlesee 260
70. GR. Dr. Haas: Bestandzinsermäßigung für den Verein „Brigitta-Spital" 260
71. — Zuschußkredit für die Herstellung von Werkstättenräumen für die städtische Feuerwehr 261
72. — Zuschußkredit für den Ankauf eines Kraftwagens für die städtische Feuerwehr 261
73. — Zuschußkredit für Feuerlöschwesen 261
74. GR. Hellmann: Schlußbericht über den Schulbau 14., Felberstraße 42/44 262
75. GR. Hötzel: Anbot auf Verkauf einer Liegenschaft im 16. Bezirke 263
76. GR. Dr. Kienböck: Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, betreffend die Erwerbsteuerauferlegung für den Betrieb der Gräberausschmückung auf städtischen Friedhöfen 264
77. GR. Melcher: Hauptunratskanal in der Pasching- und Dürauergasse im 17. Bezirke 264
78. — Erwerbung von Hausanteilen des Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsvereines 264

Seite

79. Siehe unter Wahlen.
80. GR. Paul Richter: Teuerungszulage und Anschaffungsbeitrag für die geistlichen Pflegeschwestern 265
81. GR. Schmid: Personalzulage für die Betriebsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke 266
82. — Herabsetzung der Frist für die Ernennung der Bahnerhaltungsarbeiter der städtischen Straßenbahnen 266
83. — Ermäßigung des Kaufschillings für das Kalkwerk Hinterbrühl 266
84. — Verwertung der Wasserkräfte des Ennsflusses 267
85. — Bestellung eines Baurechtes für Alfred und Renate Wiener 268
86. — Entfernungsgebührenpauschalien im bau- und maschinentechnischen Hilfsstand des Stadtbauamtes 270
87. — Errichtung eines Wasserwerks- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes 270
88. VB. Rain: Entlohnung für die Präsidialwagenlenker . . . 272
89. — Errichtung einer Eier- und einer Molkereiprodukten-Einkaufs-Gesellschaft 272
90. GR. Tomola: Herstellungen im städtischen Armenhause 16., Arnethgasse 84 273
91. — Nachsicht der Beheizungs- und Beleuchtungskosten für die Kinderbücherei des Ortsschulrates des 8. Bezirkes 273
92. — Ausbau städtischer Kindergärten zu Volkskindergärten . . . 273
93. — Subventionen an Vereine 276
94. Mitteilung des Bürgermeisters über die Wahlen in die Nationalversammlung 283

Wahlen:

79. Wahlen in die Kommission des Gemeindevermögens, in den Verwaltungs-Ausschuß und das Kuratorium der Zentral-Sparkassa, in die Lebens- und Rentenversicherungsanstalt, in die Kommission zur Entscheidung über Beschwerden gegen die Bemessung der Wertzuwachsabgabe und in den Wohnungsfürsorge-Ausschuß 265

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 22. Jänner 1919.

1. Verleihung des Titels „Magistratsrat" an den Magistrats-Sekretär Dr. Karl Hubmayer 283
2. Verleihung des Titels „Ober-Baurat" an den Baurat Ing. Hans Strößner 283
3. Zulassung von städtischen Angestellten zum Besuche des Unterrichtskurses zur fachlichen Ausbildung der im Konzeptsdienste verwendeten Kanzleiorgane 283
4. Feuer- und Wasserversicherung der in den Lagerhäusern der Stadt Wien eingelagerten Waren 284
5. Gnadengabe an die Aushilfsdienerswitwe Marie Treitler . . 284
6. Gehaltsvorschuß 284
7., 8., 9., 10. Gnadengaben an Kamilla Blümel, Rosalia Sokol, Josef Frisch und Paula Schwarz 284
11. Gehaltsvorschuß 284
12. Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an Schwester Dosithea (Barbara Brand) 284
13. Erhöhung der Gnadengabe der Marie Hasemann 284
14. Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Armenrat des 12. Bezirkes Johann Neugebauer 284
15. Verleihung des Titels „Stadtgärtner" an Wilhelm Skabransky 284
16. Zuerkennung einer Personalzulage an den Kanzleidiener Johann Zlinsky 284
17., 18. Gnadengabe an Marie Aschinger und Johann Adametz . 284
19. Beförderungen und Titelverleihungen bei den städtischen Straßenbahnen 284
20. Dienstanrechnung bei Pensionisten der städtischen Straßenbahnen 284
21., 22., 23. und 24. Gnadengaben an Josefine Stärker, Anna Speil, Adelheid Antosch, Rosa Aufreuther, Charlotte Böhm, Therese Em, Therese Liebisch, Marie Patschka, Katharina Prels, Marie Vockner, Johanna Kratky, Marie Schalt 285

Bezirksvertretungen:
Sitzungen 285
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 19. Dezember 1918 285
Allgemeine Nachrichten:
Gemeindevermittlungsämter 285
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 19. Jänner 1919 bis 25. Jänner 1919 286
Rindermarkt vom 16. Jänner bis 24. Jänner 1919 286
Pferdemarkt vom 24. Jänner 1919 286
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 29. Jänner bis 31. Jänner 1919 286
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 287
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Februar halb 10 Uhr	E. W. 2499. 9/2, Mariannengasse 4, 1. Stock.	Gas-Generatoren-Gebäude der Gemeinde Wien — Ueberland-Zentrale Kraftwerk Ebenfurth.	1. Eiserne Dachkonstruktionen. 2. Eiserne Galerien, Bühnen und Bunker. 3. Lieferung von gewalzten Trägern. 4. Fassoneisenfenster, eiserne Türen, Stiegengeländer, Rippenblech-Abdeckungen 2c.	— Vorbemerkung: Pläne können bei der Direktion der städtischen Elektrizitäts-Werke, Abt. V, für Hochbau- und Gebäudeerhaltung eingesehen und zum Betrage von 6 K per Blatt auch bezogen werden. Kostenanschläge und Bedingungen liegen bei der Direktion, Abt. V, an Werktagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf und können zum Preise von 2 K käuflich erworben werden. 2—3
11. Februar 11 Uhr	Bau-Abt. 10 BauratIng. H. Stolz.	Neubau eines Hauptunratskanales in der Erzbischof- und Himmelhofgasse im 13. Bezirke, in der Strecke von der Gaheis- bis Himmelhofgasse 56.	1. Erd- und Baumeisterarbeiten . . . 2. Lieferung von Steinzeugrohren . . 3. Lieferung von Steinzeug-Sohlenschalen und -Wandplatten	19.006 K 37 h 575 „ — „ 12.432 „ — „ Vorbemerkung: Pläne, Ausmaß, Kostenanschlag und Bedingnisse in der Bau-Abt. 10, Neues Rathaus, Mezzanin. 2—3

Kundmachungen.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" beabsichtigt, in der Oberbauwerkstätte der Bauleitung, 12., Aßmayergasse, die Montierungshalle um ein drittes Hallenschiff und das Kanzleigebäude um einen Zubau zu vergrößern. Für diese Bauten werden die Erd- und Baumeisterarbeiten im Wege der öffentlichen Offertverhandlung vergeben. Diese findet **Samstag den 22. Februar 1919, 10 Uhr vormittags**, in der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung, 6., Rahlgasse 3, statt.

Die Pläne und Kostenvoranschläge liegen zur Einsicht bei der genannten Abteilung auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung für die Zubauten in der Oberbauwerkstätte der Bauleitung, 12., Aßmayergasse, am 22. Februar 1919" zu richten und bis 21. Februar 1919 bei der Direktion, 4., Favoritenstraße 9, oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu übergeben.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, Kostenvoranschläge und besonderen Bedingnisse eingesehen und sich denselben vorbehaltlos unterwirft. Die notwendigen Behelfe (Kostenvoranschläge, Bedingnisse und Pläne) können, soweit der Vorrat reicht, in der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung, 6., Rahlgasse 3, käuflich erworben werden.

1—3

Stiftungen und Stipendien.

B. V. III, 72.

Karl und Elisabeth Kärcher-Stiftung.

Im Februar 1919 gelangen die Interessen der Karl und Elisabeth Kärcher-Stiftung für arme, würdige Bewohner des 3. Bezirkes Landstraße zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben: Bewohner des 3. Bezirkes, welche ohne ihr Verschulden verarmt, erwerbslos, durch ihr Verhalten der Unterstützung würdig sind, die Gemeindezuständigkeit nach Wien erlangt haben und sich zu einer christlichen Konfession bekennen. Hiebei haben Bewerber, welche wenigstens 10 Jahre im 3. Bezirke wohnen, den Vorzug.

In erster Linie werden jedoch frühere Staatsangehörige des Königreiches Württemberg, falls sie die vorstehenden Eigenschaften besitzen, zum Stiftungsbezuge, und zwar auch dann berufen, wenn sie die Gemeindezuständigkeit nach Wien noch nicht erlangt haben. Unter den übrigen Bewerbern werden bei sonst gleichen Verhältnissen Wiener Bürger und Bürgerinnen vorzugsweise berücksichtigt.

Die mit dem Taufschein, dem Wohnungs-, Sitten- und Armutszeugnisse sowie dem Nachweise über die Zuständigkeit oder den Besitz des Bürgerrechtes in Wien, eventuell über die frühere Staatsangehörigkeit zum Königreiche Württemberg belegten Gesuche sind **bis längstens 15. Februar 1919** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des 3. Wiener Gemeindebezirkes, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Der Bezirksvorsteher des 3. Bezirkes:

Paul Spitaler.

1—3

Ignaz Singer'sche Schulstiftung.

Aus der Ignaz Singer'schen Schulstiftung gelangen im Sommer 1919 21 Stipendien à 200 K an würdige und unbemittelte Lehrer und Lehrerinnen 2. Klasse in Wien zur Verleihung.

Der Einreichungstermin für die an das Kuratorium der Stiftung in Wien, 1. Bezirk, Herrengasse 13, zu richtenden stempelfreien Gesuche läuft am 15. März 1919 ab.

Kuratorium der Ignaz Singer'schen Schulstiftung

Dr. Halusa,

Sekretär.

1—3

B. V. III, Z. 73.

Michael Endre'sche Stiftung.

Die Interessen der Michael Endre'schen Stiftung im Betrage von 210 K werden am 15. März 1919 an zwei sittliche, arme Witwen von gewesenen Gewerbsmännern im Bezirke Landstraße zur Verteilung gelangen.

Bewerberinnen, deren Gatten ein Gewerbe im Bezirke Landstraße ausgeübt haben und die daselbst wohnen, haben ihre mit dem Armuts- und dem Sittenzeugnisse, dann dem Totenscheine des Gatten und den Taufscheinen der lebenden, unversorgten Kinder belegten Gesuche **bis längstens 28. Februar 1919**, in der Gemeindekanzlei, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Der Vorsteher des 3. Bezirkes:

Paul Spitaler.

1—3

Granit **Anton Poschacher**

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35

Granitwerke:
Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit, :: Pflastersteine etc. ::

Julius Juhos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42, Trägerlager u. Werkplatz: X., Sonnwendg. 1—3, liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

bestes inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- und Archit.-Vereines. **Genietete Träger, gusseiserne Säulen und Schläuche, Stab- Fassoneisen und Universal-Flacheisen. Schwere Bleche und Feinbleche** für alle Zwecke in erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Röhren jeder Art, stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung; ferner mit Wassergas maschinell **geschweisste Röhren und Hohlkörper, Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.**

Oesterreichische

Mannesmannröhren-Werke

Gesellschaft m. b. H.

Wien, IX., Währingerstrasse 6—8

liefern:

Nahtlose Mannesmannstahlrohre aller Art, insbesondere nahtlose **Stahlmuffenrohre** für Bleidichtung für Gas- und Wasserleitungszwecke, **Stahlrohrmaste** für elektrische Beleuchtung und Stromzuführung, **Kandelaber** für stehendes und hängendes Gasglühlicht, u. a., auch **Gaslichtmaste** mit Herablassvorrichtung System „Wunderlich", **Blitzableiterstangen, Fahnenstangen, Wegweisersäulen, Stahlrohrbehälter** hochgespannte und verflüchtigte Gase und Chemikalien, u. a. m.

FERNSPRECHER NR.: 2283) 22834, 22840, 13066 und 14034
DRAHTANSCHRIFT: „MANNESROHR WIEN"

G. WINIWARTER

Blech- und Bleiwaren-Fabrik

Wien, I., Getreidemarkt 8.

Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. **Wellenblech** und **Trägerwellblech** zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.

Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Weissbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

Schrauben- und Schmiedewaarenfabriks-Actiengesellschaft

Brevillier & Co. und A. Urban & Söhne

WIEN, VI., LINKE WIENZEILE 18.

FABRIKEN: Wien-Floridsdorf, Neunkirchen a. d. Südbahn, Ustron bei Teschen und Sporysz bei Zywiec.

Erzeugung: Schraubenwaren, Preß- u. Schmiedeteile aller Art, Waggonbestandteile, Kleinmaterial für den Eisenbahn-Oberbau, Eisen- und Metallguß, Schraubstöcke, Pflugbleche, Wagenachsen, Flanschen, Rohrschellen. Metallprägeartikel sowie Stangen aus Messing, Kupfer, Deltametall, Aluminium, Zink etc. Geschosse, Zünder und deren Bestandteile.

BÖHLER-STAHL

HUGO SCHOLZ

Tuchfabriksniederlage für Lieferungszwecke

Wien, I., Bäckerstrasse Nr. 3.

Lieferant der Kommune Wien, diverser Institute und Klöster empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Tuchsorten. sowie feiner Militärware und ärarischer Kommisstoffe,

Telephon 16.829

„Austria" Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme: Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: **Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.**

Gegründet 1680 Telephon 33.171, 33.168

Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft

vormals

Louis Müller's Sohn Fritz Müller

WIEN, XIII., GURKGASSE 18 — 22.

Fabrikation kompletter Beschläge für Waggons der Klein- und Vollbahnen, sowie Schiffsbeschläge, ferner Dampfkesselarmaturen für sämtliche Industriezweige. Weiters Rohabgüsse in allen Metallegierungen bis zum Stückgewichte von 2000 Kilogramm. **Spezialität: Kompositions-Lagermetalle, zink- u. bleifrei.** Abteilung: Laternen (Franz WLACH Josef von GÖTZ). Erzeugung von Laternen u. Beleuchtungsgegenständen, Blech- und Metallwaren für Eisenbahnen u. Schiffahrt.

Aktiengesellschaft der vereinigten Asphalt- und Baumaterialien-Werke

Wien-Floridsdorf-Wopfing

Wien, I., Singerstrasse 27. — Telephon 10.390, 11.666.

Dachpappe und Dachlack. **Anduro, teerfrei, geruchlos· Xerotikon** und **Grafolin. „Lotos"**, zur Herstellung von wasserdichtem Mörtel. **Pflasterungen mit Asphaltcoulé** u. **Comprimé** sowie mit **Asphaltpflasterplatten. Dachdeckungen** mit Steindachpappe, **Anduro** und Holzzement. — Holzstöckelpflasterungen. Asphalt-Makadam-Strassen. Asbest-Magnolith-Fussböden. Eichen- u. Buchenbrettelböden. Kunststeinstiegenstufen, pat. synthetische **Waldegger Marmorplatten.**

Spezialität: „Tecto"-Wagen- und Waggonplachen.

FRIEDR. SIEMENS

FABRIK FÜR BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN FÜR MASSEN-AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

**

ANTON NIKLASCH HOLZHANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.

Sämtl. Gerüst- und Betonbauhölzer

Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlände 11–17, Telefone: 94.520, 95.047. **Filiale:** Kagran, XXI., Wagramerstrasse 54, Telefon: 98.202.

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80 000.000·—. Reserven: K 41.500.000·—.

Fabrikation aller Sorten — SCHREIBMASCHINEN-FARBBÄNDER GES. MARKE GESCH. IMPERATOR — Vertreter überall gesucht

VERLANGEN SIE OFFERTE

am verbreitetsten!

Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität

Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne

Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!

„Imperator", Erste Wiener Farbband- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.

Wien I., Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9

Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

Karl Schuhmann

Zink-Ornamenten-Fabrik und Bauspenglerei

Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636.

Architektonische und figurale Bauernamente, Zinkguss- und Kupferarbeiten. Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie Dacheindeckungen in jedem Metall nach neuestem System. Schornsteinaufsätze sowie alle Arten Bleiarbeiten. Kostenanschläge gratis und franko. — Provinzaufträge prompteste

---

Wienerberger

Ziegelfabriks- und Baugesellschaft

WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel

:—: etc. etc. etc. :—:

ART. KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.

BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

„GAMMA" INDUSTRIE- UND BAUBEDARFS-GESELLSCHAFT M. B. H.

Wien I., Habsburgergasse 1.

Telegrammadresse: Baugamma Wien. Telefon Nr. 6008.

Reichhaltiges Lager aller Sorten Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer; Baugeräte aller Art; landwirtschaftliche Geräte; Schmirgelpapier, Glaspapier.

Telephon Nr. 46208 Telephon Nr. 46208

ARTIKA, pickfeines

Klebemittel

alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin,

gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farbloser, rasch trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fässern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage

Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstraße 82

WIENER EISENBAU A.-G.

Wien, X., Knöllgasse Nr. 35–39

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:

Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashäuser, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Giliarfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 11. Mittwoch den 5. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 107. Sitzung vom 11. November 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain: die GR. Schmid, Leitner, Kunschak, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Skaret, Reumann, Mag.-Dior. Pawelka, die Ob.Mag.-R. Dr. Mayr, Dr. Ehrenberg und Dr. Held, Mag.-R. Dr. Hartl, Buchh.-Dior. Hillinger, Dior. Menzel.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt den Ausweis der Zentralstelle vom 6. November 1918, die Tabelle über den Stand der Unterhaltsbeiträge vom 10. November 1918, die Zusammenstellung der Kleinhandelspreise über die Zeit vom 3. November bis 9. November 1918, den Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte zu St. Marx vom 5. November 1918 und den Sanitäts-Bericht über die Zeit vom 3. November bis 11. November 1918. (Die Berichte und Tabellen werden im Anschlusse an den Sitzungs-Bericht veröffentlicht.)

Bgm. Dr. Weiskirchner hält zunächst dem verstorbenen Staatssekretär Dr. Viktor Adler einen warm empfundenen Nachruf, der von der Versammlung stehend angehört wird. GR. Reumann spricht namens seiner Parteigenossen den Dank hiefür aus.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt hierauf mit, er halte es mit Rücksicht auf den morgigen großen Demonstrationsumzug und die allgemeine Arbeitseinstellung für ausgeschlossen, die Gemeinderats-Sitzung abzuhalten und ersucht daher um die Zustimmung, sie auf Mittwoch nachmittags zu verschieben.

Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Vorschlage des Bgm. Dr. Weiskirchner zu.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht weiters den GR. Skaret, über die Tendenzen des Demonstrationszuges Auskunft zu geben.

GR. Skaret teilt mit, es sei heute im Staatsrat der Gesetzentwurf über die Erklärung Deutschösterreichs als Republik verhandelt worden. Morgen werde in der Nationalversammlung die Erklärung Deutschösterreichs als Republik erfolgen. Es wäre nicht möglich, die Arbeiter an diesem Tage in den Betrieben zu erhalten, infolgedessen sei beschlossen worden, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, um sie in ruhigen Bahnen zu lenken. Es werde morgen allgemeine Arbeitsruhe sein. Im Gas- und Elektrizitätswerk werde aber gearbeitet werden, ebenso in den Lebensmittelgeschäften, zum Beispiel den Bäckereien. Hier werde nur eine Stunde von 3 bis 4 Uhr während der Beschlußfassung im Nationalrat die Arbeit eingestellt werden, die Leute werden aber im Betrieb bleiben und nach einer Stunde die Arbeit wieder aufnehmen. Dasselbe gelte für den Eisenbahnverkehr. Die Sache dürfte voraussichtlich würdig verlaufen.

Die Lage der städtischen Gaswerke.

Dior. Menzel berichtet hierauf über die Lage im städtischen Gaswerke und führt aus, daß die Kriegsgefangenen in Leopoldau gestern, die in Simmering vorgestern wegfahren wollten. Durch das Einschreiten italienischer Offiziere und durch die Vorsprache des Bürgermeisters beim Präsidenten Seitz, der veranlaßte, daß Unter-Staatssekretär Dr. Deutsch nach Sigmundsherberg telephonierte, zum Teil auch durch das Einschreiten des Soldatenrates sei es gelungen, diese Kriegsgefangenen nochmals zum Aussteigen aus den Zügen zu bringen, auch deshalb, weil sie nicht die entsprechenden Nahrungsmittel mit hatten. Sie hätten tatsächlich dann Freitag, Samstag und zum Teil auch Sonntag gearbeitet. Dann habe die Plakatierung bewirkt, daß in Simmering ungefähr 280, in Leopoldau 110 Arbeiter eingetreten seien, so daß augenblicklich die Gas-Erzeugung, soweit es sich um die Arbeiter handelt, gesichert erscheine. Es gingen natürlich viele von den Aufgenommenen wieder weg, weil ihnen die Arbeit nicht passe, Lohnforderungen seien aber nicht gestellt worden. Es seien infolgedessen die Gasbehälter so im Stande, daß heute nachmittags die Gassperre praktisch aufgehoben worden sei und von morgen an überhaupt eingestellt werde. Einige 40 Beamte, die sich bereit erklärten, im Werke zu arbeiten, hätten tatsächlich Samstag früh ihren Dienst dort angetreten und helfen heute noch mit. Interessant sei, daß die Sperrstunden nicht den erhofften Effekt gehabt hätten. Praktisch habe der Druck nicht so weit herabgesetzt werden können, weil sonst Luft in die Gasrohre eingedrungen wäre. Es sei also in den höher gelegenen Bezirken die Absperrung nicht ganz durchführbar gewesen. Infolgedessen

habe sich die Gasabgabe von 720.000 m³ nur um 110.000 m³ pro Tag verringert. Es stehe eben die Kriegsindustrie still und die zirka 200.000 Haushaltungen, die mit Gas kochen, hätten das Kochen auf eine Zeit verlegt, wo die Sperre nicht bestehe. Diese Erfahrungen werden auch für die weiteren Beschränkungsmaßregeln richtunggebend sein. Inzwischen sei unter den Arbeitern der Werke eine gewisse Erregung entstanden. Bis vor acht oder zehn Tagen hätten die Arbeiter in den Werken keine besonderen Wünsche hinsichtlich der Entlohnung gehabt. Durch die Forderungen der Kommandierten in Leopoldau habe sich aber auch unter ihnen eine Lohnbewegung entwickelt, die dazu führte, daß dem Herrn Bürgermeister auf Grund einer Versammlung eine Eingabe überreicht worden sei, die 15 Punkte umfasse, unter anderem die Gewährung des Definitivums, die doppelte Anrechnung der Kriegsjahre, Gleichstellung der Löhne mit den Kommandierten, eine 100prozentige Lohnerhöhung, Quartiergeld, 100prozentige Aufzahlung auf die Ueberstunden, Herabsetzung der Dienstzeit, bezahlte freie Tage, Erhöhung der Speisezulage, Lebensmittelzuweisung, Beschaffung von Schuhen und Kleidern, humane Behandlung und Straßenbahnkarten. Diese Forderungen seien in der Erregung der Versammlung entstanden.

Bis vor kurzem seien die Leute zufrieden gewesen, besonders nachdem seit zirka acht Wochen die 8-Stundenschicht und eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt worden sei. Der Arbeitsschluß sei Samstag 12 Uhr, wenn aber weitergearbeitet werden müsse, so werde diese Zeit am Nachmittag als Ueberstunden bezahlt. Außerdem bekämen die Arbeiter für eine 12-Stundenschicht Sonderzulagen von 1 K 50 h bis 5 K. Diese Zuwendung mache über 2 Millionen Kronen aus. Es sei nun heute mit den Vertrauensmännern verhandelt und hiebei sechs Punkte als besonders dringend hervorgehoben worden: Zunächst die Gleichstellung mit den Kommandierten. Hier hätten die Leute überzeugt werden können, daß diese Forderung unbegründet sei, denn ständige Bedienstete könnten nicht dieselben Löhne haben wie Kommandierte, weil diese nur vorübergehend beschäftigt seien, außerdem hätten die anderen das Anrecht auf das volle Krankengeld, die Altersversorgung und Zeitvorrückung. Was die Lohnerhöhung betreffe, so sei den Leuten mitgeteilt worden, daß eine 100prozentige Erhöhung jetzt nicht eintreten könne. Sie sei in letzter Zeit auch nicht mehr in der Privatindustrie durchgeführt worden, sondern immer nur Zulagen gegeben worden. Die Gemeinde habe es ebenso gemacht und Zulagen und Anschaffungsbeiträge gegeben, es könne also auch diesmal nur eine außerordentliche Zulage gegeben werden. Der Arbeiterschaft sei gesagt worden, sobald die Verhältnisse übersehen werden könnten, also etwa im Frühjahr, werde ein vollständiger Neuaufbau des Lohnsystems stattfinden und dann erst eine Regelung erfolgen. Die Direktion habe aber besondere außerordentliche Zulagen vorgeschlagen, die auf die Kriegszulagen nicht einwirken sollen, nach Arbeitergruppen getrennt, zum Beispiel für Ober-Aufseher oder Ober-Kesselheizer 3 K pro Tag, für Wagmeister 2 K 50 h, für Schreibkräfte 2c. 1 K. Damit sei die Arbeiterschaft nicht zufrieden gewesen und es sei eine Einigung auf Erhöhung um je 1 K zustande gekommen. Was die Ueberstundenzahlung betreffe, so seien sie bisher mit 50 Prozent Aufschlag entlohnt worden. Es sei dies für die Arbeiterschaft günstig gewesen, weil die große Mehrzahl der Ueberstunden von 8 Uhr abends geleistet werde, wo die Privatindustrie nur 25 Prozent zahle. Es sei vereinbart worden, die Ueberstunden am Sonntag mit 75 Prozent zu bezahlen. Das Gaswerk Leopoldau habe eine Erhöhung der Speisezulage von 40 h auf 2 K gefordert. Dies würde eine Erhöhung auf das Fünffache bedeuten, der Verteuerung der Lebensverhältnisse sei aber schon durch die Erhöhung der Kriegszulagen Rechnung getragen worden, man könne auch nicht einem Werke allein eine solche Erhöhung zugestehen. Die Leute seien dann mit der Erhöhung um 1 K einverstanden gewesen. Gegen einen freigewählten Arbeiter-Ausschuß und gegen die Koalitionsfreiheit sei keine Einwendung erhoben worden. Dann sei eine Nachtzulage von 5 K pro Tag begehrt worden. Bei der 8-Stundenschicht hätten alle Arbeiter 1 K 20 h Zulage, bei der 12-Stundenschicht werde ihnen eine weitere Zulage von 1 K 50 h bis 5 K je nach der Arbeitsgruppe gegeben. Die Erhöhung der Grundzulage von 1 K 20 h auf 5 K sei abgelehnt, dagegen die Erhöhung bei der 8-Stundenschicht von 1 K 20 h auf 1 K 50 h bewilligt worden. Die ganzen Forderungen würden 5·2 Millionen im Jahr erfordern, die bewilligten 3·1 Millionen. Das Gaswerk habe nach dem Voranschlag einen Reingewinn von 5·8 Millionen Kronen, der heute schon mit 1·2 Millionen für die Kriegszulagen, mit 1·9 Millionen durch den Anschaffungsbeitrag, mit 2·1 Millionen durch die Verkürzung der Arbeitszeit belastet sei. Mit den neuen Zulagen ergebe dies zirka 9 Millionen gegenüber dem Reingewinn von 5·8 Millionen. Es bestehe also heute schon ein Abgang von 3·2 Millionen. Eine Gaspreiserhöhung werde kommen müssen, habe aber eine Grenze, weil sie den Absatz vermindere. Wichtig sei aber, daß eine Kohlenverteuerung unausbleiblich sei. Jetzt koste die Kohle 5 K 60 h bis 6 K 96 h. Jede Krone Verteuerung mache für das Gaswerk pro Jahr 7 Millionen Kronen aus. Die Kohle aus Mährisch-Ostrau werde, wenn auch die Ausfuhr bewilligt werde, sehr teuer sein, nicht bloß um 1 K teuerer. Sollte aus Deutschland Kohle kommen, was wegen des Waggon- und Lokomotivenmangels zweifelhaft sei, so käme sie auf 21 K, also um zirka 15 K teuerer. Das würde im ganzen 105 Millionen Kronen mehr ergeben. Darüber hätten sich allerdings die Vertrauensmänner der Gasarbeiter hinwegesetzt. Der Vorrat betrage jetzt 29.000 t, reiche also noch auf 14 Tage. Kohle komme fast keine mehr an.

Die Arbeiter werden zwar höhere Löhne haben, ob aber der Betrieb dann fortgeführt werden könne, sei ungewiß. Man müßte den Betrieb überhaupt sperren und dann vielleicht neuerlich das ganze Rohrnetz wie im Jahre 1899 ausblasen und neu mit Gas füllen.

GR. Neumann erwidert, daß diese Verhältnisse mit der Lohnerhöhung nichts zu tun haben. Wenn der Betrieb wieder eröffnet werde, würden dann keine Arbeiter da sein. Die Sperre würde eventuell auch vorgenommen werden müssen, wenn die Lohnbewegung nicht eingetreten wäre.

GR. Schmid erklärt, gegen die beantragten Erhöhungen habe er nichts einzuwenden.

GR. Skaret fragt an, wie das Resultat der Verhandlungen des Staatsrates Zerdik in Prag in Bezug auf Kohle gewesen sei.

Dior. Menzel erwidert, daß nach den Zeitungsnachrichten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen worden seien, vorgestern sei aber Mag.-R. Dr. Fastenbauer mit einem Vertreter des Arbeitsministeriums wieder nach Prag gefahren, das Ergebnis sei noch nicht bekannt.

GR. Skaret teilt mit, Dr. Soukup habe ihm gesagt, im Ostrau-Karwiner Revier lagern über zwei Millionen Zentner Kohle, die abgeführt werden sollten, weil die Gefahr des Selbstentzündens bestehe, es seien aber keine Waggons da. Der Präsident der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in Prag habe ihm mitgeteilt, er brauche ebenfalls dringend Kohle zur Erzeugung von Haferflocken und Reis, die Kohlen wären da, aber keine Waggons. Er habe an uns appelliert, Waggons herzugeben, damit er die Kohle zuführen könne. Wien habe ein dringendes Bedürfnis nach Kohle und man könne sich nicht darauf verlassen, bis der Staatsrat mit den Tschecho-Slowaken eine Vereinbarung getroffen habe. Wien müsse selbständig vorgehen, denn es heiße immer: für Wien ja, für Deutschösterreich nein. Es wäre daher zweckmäßig, speziell nur für Wien zu verhandeln.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller regt an, einen Vertreter der Gemeinde Wien, allerdings mit Zustimmung aller Instanzen, ständig in Prag zu bestellen, der ihre Interessen bezüglich der Nahrungsmittel und der Kohle dort ständig wahrt.

GR. Leitner führt aus, daß die Tschecho-Slowaken anfangs Zugeständnisse gemacht hätten; es seien 1000 Waggons Kartoffeln versprochen worden, am nächsten Tag sei aber davon nicht mehr die Rede gewesen, sondern nur von Wrucken und Sauerkraut. Kohle würden die Tschechen gerne liefern, da sei aber der Waggonmangel. Sie stünden auf dem Standpunkte, man habe ihnen unrechtmäßig viele Waggons vorenthalten, wenn man sie zurückgebe, würden sie Kohle liefern. Auch in der Fleischfrage seien Zusagen gemacht worden. Die Vieh-Verkehrsgesellschaft in Prag habe eigene Kühlwagen, aber die Ausfuhr sei noch nicht bewilligt. Die Durchfuhr werde vielleicht gestattet werden, wenn nicht neue Zwischenfälle kommen würden. Wenn ein Delegierter nach Prag entsendet werden würde, müßte es jedenfalls im Einvernehmen mit dem deutschösterreichischen Staatsrat geschehen.

Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg teilt zur Information mit, es sei ursprünglich geplant gewesen, bezüglich der Kohlen direkt in Prag zu verhandeln, nachdem aber Delegierte der tschecho-slowakischen Regierung nach Wien gekommen seien, sei die Beratung hier gepflogen worden und man habe sich in Prag nur auf die Lebensmittel beschränkt. Die Verhandlungen hier hätten nicht zum Ziele geführt und daher habe Mag.-R. Dr. Fastenbauer den Auftrag bekommen, mit Ob.Berg-R. Kloß neuerlich nach Prag zu fahren. Was die Waggons betreffe, so sei in Gmünd folgendes vereinbart worden: Es solle zur Durchführung des Wagenausgleiches zwischen den neugegründeten Staaten ein eigenes Komitee gebildet werden, in welches jede nationale Regierung Vertreter entsende. Dieses Komitee habe täglich im gegenseitigen Einvernehmen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sonstigen Erfordernisse die Verteilung der Wagen durchzuführen. Es soll dort aber nur während des Bestandes der Waggonschwierigkeiten und der Truppenabschübe in Kraft bleiben und die Auflösung des Komitees ehetunlichst vorgenommen werden.

StR Dr. Hein fragt an, ob es nicht opportun wäre, an den Narodni Vybor ein Schreiben zu richten, in dem alle Zusicherungen rekapituliert werden würden. In Mähren bestünden gewisse selbständige Organisationen, die Gemeinde habe doch sehr wichtige Interessen, zum Beispiel für Zucker und die Anbauverträge. Es wäre also notwendig, auch jemand nach Brünn zu schicken.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg teilt mit, daß bezüglich der Kartoffeln Wiskowsky erklärt habe, eine sofortige Belieferung sei ausgeschlossen, weil die Aufbringung in Böhmen durch die politischen Ereignisse, durch die Grippe und den Waggonmangel ins Stocken geraten sei. Am ersten Tage sei noch von 1000 Waggons gesprochen worden, am nächsten Tage sei aber erklärt worden, man habe noch keinen Ueberblick über die Kartoffelvorräte, es müsse zuerst der eigene Bedarf gedeckt sein und dann sei es vielleicht möglich, gewisse Mengen zu liefern. Man habe dann die Frage getrennt und speziell die Belieferung von Wien verlangt unter Hinweis darauf, daß Wien diese Woche mit den Kartoffeln zu Ende sei und darunter auch die 200.000 Tschechen in Wien leiden. Es seien wenigstens wöchentliche Aushilfen verlangt worden, aber auch das sei abgelehnt worden. Charakteristisch sei, daß sämtliche Kartoffellieferungs- und Anbauverträge aufgehoben seien. Die Konsequenzen für Wien seien noch nicht abzusehen. Die Kopfquote sei in Prag auf drei Kilo für die Selbstversorger und zwei Kilo für die anderen erhöht worden. Richtig sei, daß im tschecho-slowakischen Staate die Aufbringung nicht so vor sich gehe, wie sie sein könnte. Der Widerstand der Agrarier sei auch in Böhmen groß. In Prag seien daher die Kartoffelpreise auf 30 K erhöht worden. Die Ernte solle nicht schlecht sein, es solle ein Ueberschuß von 17.000 Waggons vorhanden sein, Mehllieferungen seien ganz abgelehnt worden. Am ersten Tage habe es geheißen, 20 Waggons Gerstenmehl und größere Mengen Graupen, am zweiten Tage sei aber die Ausfuhrbewilligung nicht gegeben worden. An Haferprodukten seien 15.000 Waggons verfügbar, es herrsche aber Waggonmangel. Wien solle die Waggons liefern und das sei undurchführbar. Bezüglich Fleisch sei mit den Vertretern beider Nationen verhandelt worden. Die deutschen Vertreter hätten erklärt, es sei möglich, 80- bis 100.000 kg Fleisch zu liefern; die tschechischen Verbände hätten die Lieferung für später versprochen, weil sie jetzt die Verköstigungsstationen in Salzburg, Oberösterreich und Tirol beliefern müßten. Der Fleischpreis sei mit 8 K 50 h loko Prag festgesetzt worden. Schweinefleisch sei abgelehnt worden, obwohl in verschiedenen Geschäften in Prag eine Fülle von Schweinefleisch zu sehen sei. Die Lieferung von nichtgemästetem Geflügel, besonders Gänsen, zum Preise von 30 K per Kilogramm und einer größeren Menge Fische wäre möglich, unter der Voraussetzung, daß der Narodni Vybor die Ausfuhr bewillige. Am zweiten Tage sei wegen 3000 Waggons Wruken und Möhren verhandelt, aber die Bedingung gestellt worden, daß 10 Prozent Dörrgemüse mitübernommen werden müßten, dessen Preis noch nicht festgestellt gewesen sei. 2000 Waggons Sauerkraut würden eine wesentliche Hilfe leisten können. Die von StR. Dr. Hein erwähnten Schreiben seien schon vorbereitet, der Herr Bürgermeister wollte aber noch die heutige Diskussion abwarten. Die Delegation der Gemeinde sei nicht ohne Zustimmung der deutschösterreichischen Regierung abgesandt worden, und diesbezüglich sofort nach Schluß der Obmänner-Konferenz das telephonische Einvernehmen mit dem Staatssekretär v. Löwenfeld-Ruß gepflogen worden. Der Bericht über die Reise werde sowohl dem Staatsamt für Aeußeres als dem Vollzugs-Ausschuß mitgeteilt werden, ebenso die Zuschrift an den Nuntius.

GR. Neumann ist der Meinung, die Absendung der Delegation nach Prag sei aus dem Grunde erfolgt, weil man geglaubt habe, es werde momentan etwas aufgebracht werden

können. Man bekomme jetzt nur die Lebensmittel, die die Tschechen ausführen müssen, weil sie viel davon haben und schließlich ein Geschäft machen wollen. Es werde aber eine Zeit kommen, wo sie selbst einsehen werden, daß sie mit uns in Verbindung treten müßten. Die Verhandlungen werden auch nicht von uns allein, sondern auch vom Staatsrat geführt. Auf die Vertretung in Prag lege er viel mehr Wert. Sie müsse nicht ständig sein, man könnte einen tüchtigen Beamten hinschicken, der im Bedarfsfalle noch von jemand aus der Obmänner-Konferenz unterstützt werde. So würde sich viel eher ein Kontakt herstellen lassen.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt zu, daß ein Beamter nach Böhmen geschickt werde, der von Zeit zu Zeit durch gewählte Funktionäre der Gemeinde unterstützt werde.

Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg bemerkt hiezu, es werde noch der 20. abgewartet werden. In der Eingabe werde zunächst für die freundliche Aufnahme der Delegation gedankt und ein Resumee dessen gegeben werden, was erreicht worden sei. Es werde ersucht werden, bezüglich der Durchfuhr sofort die nötigen Weisungen an die untergeordneten Stellen zu erlassen, zweitens werden hinsichtlich der Ausfuhr der bewilligten Artikel konkrete Vorschläge gemacht und ersucht werden, bezüglich der übrigen in Aussicht gestellten Lebensmittel möglichst rasch die Ausfuhrbewilligung zu geben. Bezüglich der Kartoffeln werden nach dem 20. weitere Schritte unternommen werden.

Mag.-R. Dr. Hartl teilt hierauf das Ergebnis seines telephonischen Gespräches mit General-Direktor Rotter mit. Rotter sei für seine Person ohne weiteres bereit, eine 24stündige Erstreckung der Frist zu bewilligen, nur könne er selbstverständlich allein nicht für das Konsortium verfügen. Er habe sich aber mit einem Teil der Konsorten telephonisch ins Einvernehmen gesetzt. Die Mehrzahl sei zur Fristverlängerung bereit, möchte sich aber die Entscheidung bis übermorgen Vormittag vorbehalten, weil sie erst abwarten wollen, wie der morgige Tag verlaufe.

Ergänzung der Kriegszulagenbestimmungen.

Mag.-R. Dr. Hartl berichtet hierauf über die Ergänzungen der Kriegszulagenbestimmungen und über die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Bezüge der Angestellten und Lehrpersonen und führt aus, daß die Beschlußfassung bezüglich der Sonderzulage vom Gemeinderate am 15. Oktober 1918 vertagt worden sei, um durch Annahme derselben nicht der Entscheidung über die Frage der Umwandlung eines Teiles der Kriegszulagen in dauernden Bezug vorzugreifen. Nun soll diese Umwandlung so erfolgen, daß die Sonderzulage nicht berührt werde. Der Magistrat beantrage daher, daß die Bestimmungen über die Sonderzulage, wie sie in der Vorlage vom 15. Oktober enthalten waren, nunmehr beschlossen werden sollen.

Was die Umwandlung eines Teiles der Kriegszulagen in dauernde Bezüge betreffe, so werde beantragt, daß von den Kriegszulagen, die am 15. Oktober 1918 den aktiven und pensionierten Angestellten bewilligt worden seien, jener Teilbetrag als dauernde Bezugserhöhung zugesichert werde, der nach den jeweiligen Bezügen der halben Kriegszulage in der ersten Familienstandsklasse für aktive Angestellte entspräche. Bezüglich der Anrechnung der Kriegsjahre habe der Staatsangestellten-Ausschuß des Abgeordnetenhauses im Einvernehmen mit der Regierung Bestimmungen getroffen. Von diesen übernehme der Magistrat das Ausmaß der Anrechnung. Es solle für jedes der Kalenderjahre 1914 bis 1918, in welches mindestens ein halbes Dienstjahr falle, ein halbes Dienstjahr zugerechnet werden (Kriegsmehrdienstzeit). Außerdem werde der 1. Oktober 1918 als Stichtag übernommen, das heißt, daß vor dem 1. Oktober entstandene Fälligkeiten nicht zur Auszahlung kommen sollen und von jenen Bezügen ausgegangen werde, die am 1. Oktober gebührten. Die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre erfolge so, daß die Anfallstage der systemisierten Bezugserhöhungen entsprechend zurückverlegt würden. Diese Zurückverlegung betrage bei allen Angestellten, die am 1. Juli 1914 bereits im Dienste standen, fünf halbe Jahre. Wenn ein Angestellter zum Beispiel den Rang vom 1. Jänner 1917 habe, so werde dieser Rang um fünf halbe Jahre, also auf den 1. Juli 1915 zurückverlegt, er erhalte somit um diese fünf halben Jahre die Dienstalterszulagen früher und werde im Zeitavancement um fünf halbe Jahre früher befördert. Eine Sonderbestimmung habe aufgenommen werden müssen für die, welche bereits in den höchsten Bezügen stünden, sie hätten sonst von der Mehranrechnung nichts. Diesbezüglich habe der Staatsangestellten-Ausschuß ins Auge gefaßt, ihnen noch eine Dienstalterszulage zu geben. Diese Lösung habe die Regierung nicht gutgeheißen, weil sie nur im gesetzlichen Wege durchgeführt werden könnte.

Infolgedessen habe der Staatsangestellten-Ausschuß bei seiner zweiten Beratung die Regierung ermächtigt, die sich ergebenden Härten im Einzelfalle auszugleichen. Bei der Gemeinde wäre hiezu der Gemeinderat kompetent. Es sei daher viel einfacher, gleich eine generelle Norm festzusetzen, die die Härten beseitige. Infolgedessen beantrage der Magistrat, daß alle, die bereits im Höchstbezuge stünden, noch eine Zulage bekommen sollen. Diesen Angestellten, die bereits im Höchstbezuge stünden, müssen aber alle jene gleichgehalten werden, die in einer kürzeren Zeit, als ihre Kriegsmehrdienstzeit betrage, die Höchstbezüge erlangen, denn es wäre ungerecht, wenn zum Beispiel jemand, der am 1. Oktober 1918 bereits den Höchstbezug hatte, die Kriegsmehrdienstzeit angerechnet erhalte, und ein anderer, der ihn erst am 1. November oder 1. Dezember 1918 erreiche, leer ausginge. Eine weitere Sonderbestimmung sei notwendig für alle, die, bevor sie alle Benefizien der Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit erlangt hätten, in eine höhere Stufe, nicht im Wege der Zeit- sondern der Stellenbeförderung gelangten, also nicht nur für alle Höchstbesoldeten, die nicht mehr in der Zeitbeförderung stünden, sondern zum Beispiel auch Diurnisten, die Praktikanten würden. Diesen solle gleichsam das wohlerworbene Recht gewahrt werden. Sie werden auch in der höheren Klasse dieselbe Zulage wie in der unteren erhalten, die eventuelle Zulage, die ihnen in der höheren Klasse gebühre, aber nur in dem übersteigenden Ausmaß. Dann sei eine Sonderbestimmung für die beantragt, auf welche die Bestimmungen nicht unmittelbar angewendet werden könnten, weil durch Zeitablauf erreichbare Bezugserhöhungen für sie nicht systemisiert seien, zum Beispiel manche Arbeiter der Unternehmungen, insbesondere während des Krieges aufgenommene. Für alle diese solle unter sinngemäßer Anwendung der allgemeinen Bestimmungen eine Bezugserhöhung normiert werden. Außerdem werde wie bei den Kriegszulagen der Stadtrat ermächtigt, für die Angestellten in Betrieben außer-

halb Wiens, wo andere Verhältnisse herrschen, eine Regelung in den Grenzen der allgemeinen Bestimmungen vorzunehmen. Eine besondere Stellung nehmen die Lehrpersonen ein. Bekanntlich sei im Lehrergesetz ein Sperrparagraph, wonach den Lehrpersonen keine anderen als die gesetzlichen Bezüge zuerkannt werden dürfen. Nun habe sich die Gemeinde schon bezüglich der Kriegszulagen darüber hinweggesetzt und es empfehle sich, mit Rücksicht auf die jetzige Lage den Lehrpersonen auch diese Zuwendung via facti zukommen zu lassen. Zu erwähnen seien noch die provisorischen Lehrpersonen. Sie seien früher nur im Wege der Stellenbeförderung ernannt worden und hätten später die Zeitbeförderung nach fünf Dienstjahren erhalten, weil in dieser Zeit regelmäßig bereits definitive Stellen frei waren. Nun sei es während des Krieges notwendig gewesen, für alle eingerückten definitiven Lehrer provisorische zu bestellen, und dadurch habe sich die Zahl der provisorischen auf rund 1000 erhöht. Wenn allen diesen Lehrpersonen für die Erlangung des Definitivums die Kriegszeit 1½fach angerechnet würde, so kämen alle 1000 in den nächsten Monaten in die definitive Anstellung und wir hätten dann viel mehr Lehrer als wir brauchten. Infolgedessen werde beantragt, hier die Anrechnung für die Erlangung des Definitivums nicht wirken zu lassen. Diese provisorischen Lehrkräfte hätten aber doch einen Vorteil, weil sie die höhere Remuneration von 1600 K früher bekämen und, wenn sie schon im Bezug derselben seien, in eine weitere Stufe von 2000 K vorrücken. Außerdem sei heute im Stadtrat der Zusatz-Antrag des StR. Tomola angenommen worden, daß den provisorischen Lehrkräften bei ihrer Ernennung zu definitiven die sich nach der Lehrbefähigungsprüfung ergebende Kriegsmehrdienstzeit für den Anfall der Dienstalterszulagen in Anrechnung gebracht werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die Sache heute im Stadtrate verhandelt worden sei und in der nächsten Gemeinderats-Sitzung vorgelegt werde.

Fleischversorgung.

Mag.-R. Dr. Wanschura teilt mit, daß insgesamt 700 Rinder aus Niederösterreich eingeführt worden seien. Er habe vorige Woche den Staatssekretär Stöckler aufmerksam gemacht, daß voraussichtlich aus Ungarn trotz der Zusage nichts kommen werde und nur der Ausweg sei, auf Oberösterreich einzuwirken, nicht bloß schriftlich, sondern durch persönliche Einwirkung auf die maßgebenden Faktoren. Oberösterreich hätte nach Wien ein Kontingent von 1000 Rindern zu liefern, es sei aber seit vielen Monaten nicht ein Stück hereingekommen, nur Fleisch in geringen Mengen an einzelne Konsumentenorganisationen. Von Steiermark, das tatsächlich bisher geliefert habe, wären 50- bis 80.000 kg zu bekommen.

Um die Aufbringung zu erleichtern, seien Aufbringungsprämien gewährt worden, und zwar 100 K für jedes Stück unter 400 kg und 200 K für jedes Stück über 400 kg. Stöckler habe zugesagt, er werde die Sache im Staatsrate vorbringen. Das sei tatsächlich geschehen und Freitag Früh seien die Aufträge an Oberösterreich und Steiermark hinausgegangen. Bisher habe sich eine Wirkung nicht gezeigt. Es sei auch mit den Direktoren der Vieh- und Fleischverwertungsgesellschaft in Linz und Graz verhandelt worden und tatsächlich seien heute und gestern 16.000 kg frisches Fleisch von dort eingelangt. Heute seien nur die 700 Rinder da, darunter 100 Stück Beinlvieh, zusammen zirka 80.000 kg. Man brauche aber für die jetzige Quote 320.000 kg. Außer diesen 16.000 kg seien noch kleinere Mengen aus Salzburg da und eine Reserve von 60.000 kg in den Kühlräumen. 20.000 kg werden noch heute oder morgen erwartet, so daß für die morgige Verteilung zirka 236.000 kg gegenüber dem Bedarfe von 320.000 kg verfügbar wären. Es wäre daher unmöglich, für die nächste Woche die Kopfquote in der jetzigen Höhe anszugeben. Es handle sich nun darum, soll die Quote herabgesetzt oder eine fleischlose Woche eingeführt werden. Eine Herabsetzung auf etwa 5 bis 6 dkg per Kopf wäre geradezu lächerlich und daher sei vom Volksernährungsamt vorgeschlagen worden, es möge in dieser Woche der Privatkonsum vollständig ausgeschaltet werden, ebenso die Gasthäuser. Jedoch sollten mit 30 dkg voll beliefert werden die Spitäler und Versorgungshäuser und die Bahnbediensteten mit 24.000 kg ebenso auch die Straßenbahner, jedoch nur mit 12·5 dkg. Außerdem habe das Volksernährungsamt die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen wie bisher mit 40.000 kg beliefern wollen. Er habe aber aufmerksam gemacht, daß die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen stets den Gasthäusern gleichgestellt würden. Schwierigkeiten biete auch die technische Verteilung, wenn ein Teil Rinder zum Schlachten komme und der andere nicht. Die heimkehrenden Krieger und die Urlauber würden auf ihre Karten nichts bekommen, dagegen in den Kriegsküchen Fleisch erhalten können. Das Volksernährungsamt habe sich nun die Entscheidung über die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen vorbehalten. Jedenfalls würden aber die Spitäler und Versorgungshäuser, die Bahn- und Straßenbahnbediensteten beliefert werden. Wenn die Kriegsküchen nicht versorgt würden, werde eine Reserve von zirka 140.000 kg vorhanden sein, so daß in der nächstnächsten Woche wieder die volle Kopfquote wie bisher ausgegeben werden könne.

Kartoffelversorgung.

Ob.-Mag.-R. Dr. Ehrenberg berichtet hierauf über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß der Lagerstand gestern 294 Waggons betragen habe, die Quote also, wenn noch einiges anrolle, für die nächste Woche mit 0·5 kg ausgegeben werden könne.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt hiezu, die eigentliche Gefahr sei, daß die nächste Woche fleisch- und kartoffellos sein könnte. Er ersuche, sich sofort mit Staatssekretär Stöckler ins Einvernehmen zu setzen. Er müsse nach Linz Auftrag geben, daß unbedingt mit aller Beschleunigung Vieh geliefert werde. Er selbst werde aus den städtischen Vorräten abgeben, was noch da sei. Es müsse sofort nach Linz telephoniert werden, denn eine fleisch- und kartoffellose Woche wäre nicht zu ertragen. Er werde die Obmänner-Konferenz Freitag wieder zu einer Sitzung einberufen. Wenn keine Kartoffeln kämen, werde man vielleicht gezwungen sein, die Verschleißmehlquote zu erhöhen, wenn auch die Vorräte sehr gering seien.

Der Bürgermeister bringt ferner zur Kenntnis, daß er folgende Verfügung treffen werde:

1. Den heimkehrenden Bediensteten der städtischen Straßenbahnen wird ein 14tägiger Urlaub mit Gebühren bewilligt.

2. Für alle dienstlichen Anstände der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, welche bis einschließlich 12. November 1918 festgestellt wurden, wird die Durchführung der Ordnungs- und Disziplinarstrafen, soweit sie noch nicht geschehen ist, nachgesehen; in dieser Richtung anhängige Verfahren sind einzu-

stellen, soferne es sich nicht um einen Verstoß gegen das allgemeine Strafgesetz handelt. Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Vorschlage des Bürgermeisters einstimmig zu.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller stellt den Antrag, die Obmänner-Konferenz ersucht den Herrn Bürgermeister, sich mit den kompetenten Faktoren ins Einvernehmen zu setzen, daß die Giltigkeit des Wiener Stadtgeldes auch auf das flache Land nächst Wien ausgedehnt werde.

Die Obmänner-Konferenz stimmt diesem Antrage zu.

Hierauf wird die Obmänner-Konferenz um 8 Uhr abends geschlossen.

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx
am 5. November 1918.

Schlachtviehauftrieb: 1575 Stück Mastvieh, 455 Stück Beinlvieh, zusammen 2030 Stück. Darunter befanden sich: 592 Stück Ochsen, 260 Stück Stiere, 1160 Stück Kühe, 18 Stück Büffel, zusammen 2030 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Oesterreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück.

Außerdem langten für die Großschlächterei-Aktiengesellschaft für die Volksfürsorgeaktion ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück, und für die Eigenregie der Garnison und die Großschlächterei-Aktiengesellschaft für die Provinz: 22 Stück Mastvieh, 52 Stück Beinlvieh, zusammen 74 Stück. Darunter befanden sich: 18 Stück Ochsen, 10 Stück Stiere, 46 Stück Kühe, zusammen 74 Stück.

* * *

Nachweisung
der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Einnahmen und Ausgaben bis 6. November 1918.

Empfang	Betrag K	h	Ausgaben	Betrag K	h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . Bargeld .	2,105.000	—	Fortlaufende Unterstützungen	3,266.596	21
Wertpapiere in Nennwerte von .	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,272.160	91
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	[1]) 6,350.046	91	Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger .	28,649.234	49
Spenden für Ausspeisungszwecke:					
a) Freitischablösungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling	[2]) 3,500.000	—	Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	3,098.582	93
b) Abfuhren des Komitees des „Schwarzgelben Kreuz" . . . . . Bargeld .	[3]) 1,367.222	80	Beiträge an Fürsorgestellen, Bargeld . . .	1,138.916	88
Wertpapiere im Nennwerte von .	105.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
c) Sonstige . . . . . Bargeld .	[4]) 1,640.018	69	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	114.586	45
in Wertpapieren	—	—			
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . Bargeld .	[5]) 569.868	31	Verläge gegen Verrechnung	51.331	46
Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion .	[6]) 5,911.236	27			
Zinsen der Wertpapiere	304.046	61			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Ausspeisung	9,859.197	05			
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,901.196	50			
Summe: Bargeld .	34 507 833	14	Summe: Bargeld .	38,591.409	33
Wertpapiere im Nennwerte von .	155 000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld .	38,591.409	33			
Wertpapiere im Nennwerte von .	50 000	—	Anmerkung:		
Daher Abgang .	*) 4,083.576	19	An laufenden Unterstützungen für 76 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 2936 K 50 h		
verfügbar .	105.000	—			

Wien, am 6. November 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h Nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h
[2]) „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ „ 18.391 „ 55 „
[3]) „ „ „ „ „ 252.000 „ — „ „ „ „ 227.140 „ 80 „
[4]) „ „ „ „ „ 83.733 „ 80 „ „ „ „ 77.008 „ 80 „
[5]) „ „ „ „ „ 400 „ — „ „ „ „ 314 „ — „
[6]) „ „ „ „ „ — „ — „ „ „ „ — „ — „
715.570 K 40 h 621.610 K 66 h.

*) Gedeckt zum Teile aus dem vom k. k. Finanzministerium erhaltenen Vorschusse von 1,000.000 K, mit dem Reste aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 10. November 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	a. a.
I.	3323	3050	—	4	26	243	—
II.	38699	36646	110	106	17	1820	—
III.	29280	28119	400	185	86	490	—
IV.	6903	6154	211	44	155	180	159
V.	24889	23889	25	Abt. XI:111 20	211	633	—
VI.	9716	9694	—	—	22	—	—
VII.	9366	9061	—	90	15	200	—
VIII.	10488	8326	49	10	30	1851	222
IX.	19056	18487	—	—	18	551	—
X.	40522	39933	19	234	96	49	191
XI.	10763	10473	—	26	47	217	—
XII.	27795	27189	—	75	164	—	367
XIII.	29131	27464	—	510	37	1120	—
XIV.	29150	28308	—	122	33	687	—
XV.	17526	16972	—	54	21	479	—
XVI.	54104	52980	677	400	47	—	—
XVII.	33224	32320	163	149	87	380	125
XVIII.	14209	14063	5	30	5	106	—
XIX.	10575	10224	95	45	36	175	—
XX.	35366	34310	166	255	15	620	—
XXI.	17172	16506	102	166	92	306	—
Summe	471257	454168	2022	2636	1260	10107 + 1064 = 11171	

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 4. November bis 10. November 1917		25. Juli 1914		Woche vom 3. November bis 9. November 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	698	1280	160	220	720	1800
	hinteres	"	800	1460	180	260	840	2000
Schweinfleisch	abgezogenes	"	—	—	160	280	—	—
	junges	"	—	—	160	280	1500	1600
Pferdefleisch	vorderes	"	—	450	88	112	—	*) 450
	hinteres	"	—	560	96	120	—	*) 560
Kartoffel	runde	"	36	44	20	26	62	72
Zwiebel		"	166	204	32	40	180	284
Zucker		"	116	156	80	92	148	300

*) Handelspreise: Vorderes 12 bis 21 K.
Hinteres 14 bis 22 K.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 4. November bis 10. November 1917		25. Juli 1914		Woche vom 3. November bis 9. November 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Weizenmehl	Auszugmehl	1 kg	—	120	42	48	—	276
	Mundmehl	„	—	67	40	44	—	170
Brot	weißgemischt	„	—	—	27·8	42·7	—	—
	schwarzgemischt	„	—	57·1	25·5	39·7	—	124
Sauerkraut		„	—	—	—	—	—	156
Fisolen		„	—	—	36	40	—	—
Erbsen	ganz	„	—	—	32	48	—	—
	gespalten	„	—	—	48	64	—	—
Reis		„	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz		„	—	—	176	200	—	—
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	—	—	154	200	—	—
Butter inländische	Tee-	„	—	—	220	300	—	—
Butter ausländische		„	1663	1683	320	400	—	3080
	Koch-	„	—	—	—	—	—	—
Margarine		„	—	833	160	200	—	833
Eier	frische	1 Stück	34	52	7	10	79	130
	konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	56	64	26	32	104	112
	Mager-	„	—	—	20	26	120	164
Petroleum		„	—	50	26	36	—	78
Kohle	Stein-	50 kg	346	453	186	204	500	780
	Braun-	„	160	300	107	119	460	600

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens

in der Zeit vom 3. bis 11. November 1918.

Die Berichtswoche hat einen bedeutenden Abfall des Krankenstandes und der Sterblichkeit in dem Maße gebracht, daß wohl noch nicht normale, aber immerhin ganz beträchtlich gebesserte Gesundheitsverhältnisse der Stadt festgestellt werden können. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes sank von 40·0 auf 23·5, die Gesamtsterblichkeit von 2152 Todesfällen auf 1302. An Influenza und Lungenentzündungen sind 527 Personen gestorben gegen 1243 in der Vorwoche, auch die meisten übrigen Todesursachen haben weitgehende Rückgänge aufgewiesen. Während die übrigen Infektionskrankheiten ganz ungewöhnlich zurückgegangen sind, hat die Berichtswoche zehn Erkrankungen an Flecktyphus gebracht, darunter fünf aus dem Zivil. Bei mehreren Erkrankungen wurde festgestellt, daß die Infektion durch heimkehrende Soldaten erfolgt ist, so daß dem sanitären Dienste auf den Bahnhöfen eine höhere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Es ist tatsächlich eine neue Organisation in Bildung begriffen, an der sich zahlreiche Mediziner aus den höheren Jahrgängen beteiligen und welche die Durchführung der prophylaktischen Maßregeln hinsichtlich der Kriegsseuchen bei den Heimkehrern zur Aufgabe hat. An Blattern ist ein ungeimpftes Kind im 10. Bezirke in einem Hause erkrankt, in welchem in der Vorwoche ein Blatternfall festgestellt wurde.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 22. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß, Rain und Reumann.

Anwesende: Bgm. Dr. Weiskirchner, die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Vaugoin und Weber.

Entschuldigt: Die StR. David und Schneider.

Beigezogen: GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller.

Schriftführer: Mag.-Sekr. v. Radler.

VB. Rain eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Die Buchhaltungs-Direktion legt eine Zusammenstellung der am 31. Dezember 1918 unerledigt gebliebenen Kontrahentenrechnungen vor.

In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918 betrug der Einlauf an Kontrahentenrechnungen bei der Stadtbuchhaltung 61.630 Stück, erledigt wurden von der Stadtbuchhaltung in dieser Zeit 59.551 Stück, so daß der Stand der am 31. Dezember 1918 unerledigten 5973 Rechnungen gegenüber jenem vom 30. Juni 1918 mit 3894 Rechnungen eine Vermehrung von 2079 Stück aufweist.

Von den mit 31. Dezember 1918 rückständig verbliebenen Rechnungen sind bei der Stadtbuchhaltung eingelangt: im Jahre 1912 25, im Jahre 1913 37, im Jahre 1914 30, im Jahre 1915 91, im Jahre 1916 178, im Jahre 1917 461, und im Jahre 1918 5151 Stück.

Die aus den Jahren 1912 bis 1917 stammenden Rückstände betreffen zum größten Teile geringfügige Restzahlungen, die im Einvernehmen mit den bezugsberechtigten Kontrahenten liegen geblieben sind, um die Erledigung neuer Rechnungen über größere Verdienstsummen möglichst zu beschleunigen. Die übrigen aus diesen Jahren stammenden Rückstände blieben zumeist wegen unausgetragener Rechnungsdifferenzen, oder weil sie von feindlichen Ausländern ausgestellt sind, unerledigt. Es wurde veranlaßt, daß die unerledigten Rechnungen ehestens der Erledigung zugeführt werden.

(Zur Kenntnis.)

Die Geschwister Peter Altenberg's danken für die durch die Widmung eines Ehrengrabes ihrem Bruder erwiesene Ehrung.

(Zur Kenntnis.)

Die Vorstehung des Werkes des hl. Johannes Franziskus Regis in Wien dankt für die Bewilligung der Straßenbahnfreikarten.

(Zur Kenntnis.)

Der Vorsitzende gibt folgende Anträge bekannt:

Antrag des VB. Reumann:

Die Ernährungsnot und ihre Wirkung auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung Wiens, die hochherzige Hilfsbereitschaft des Auslandes, ganz besonders der Bevölkerung der Schweiz, hat die Notwendigkeit der Herstellung internationaler Beziehungen zu den Kommunalvertretungen aller Staaten, auch der Ueberseestaaten, nachgewiesen. Es wird beantragt: Es ist mit dem Schweizer Gesandten eine Aussprache zu pflegen über die Frage, ob und unter welchen Umständen eine internationale Konferenz der großen Kommunen des Auslandes, auch der Ueberseestaaten, einberufen werden könnte und ob Aussicht wäre, daß von der Schweiz aus die Vorarbeiten dafür übernommen werden.

Antrag des StR. Spalowsky:

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde der Beschluß gefaßt, unter anderen auch die Linie 71 bis zur Endstation in Schwechat weiterzuführen. Damit wurde an Sonn- und Feiertagen eine Verbesserung des Verkehres in eine Gemeinde außerhalb Wiens bewilligt. Dadurch fühlt sich die in Kaiser-Ebersdorf im 11. Bezirke wohnende Bevölkerung mit Recht benachteiligt. Von der Simmeringer Hauptstraße sind die Fußwege nach Kaiser-Ebersdorf durchaus unwegsam, so daß dessen Bewohner an Sonn- und Feiertagen vollständig vom Verkehr abgeschnitten sind. Es wird demnach der Antrag gestellt: An Sonn- und Feiertagen ist die Linie 73 (Simmeringer Hauptstraße—Kaiser-Ebersdorf) wie an Wochentagen zu betreiben. Eventuell sollen die Züge in längeren Intervallen verkehren.

Die beiden Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 894, M.Abt. III, 3321/18.) Das Anbot des Ernst Hofmann, der Gemeinde Wien die im Grundbuche Nußdorf unter Einl-Z. 706 verzeichnete Liegenschaft Kat.-Parz. 457 im Ausmaße von 20.411 m² um den Einheitspreis von 12 K per Quadratmeter zu verkaufen, wird mit Rücksicht auf die übertrieben hohe Forderung abgelehnt.

(P. Z. 852, M.Abt. X, 9112/18.) Dem Totengräber des Gersthofer Friedhofes Heinrich Jaitner wird im Hinblick auf die gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse eine einmalige außerordentliche Zuwendung im Betrage von 700 K zu seinen sonstigen Bezügen bewilligt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 862, B.Sch.R., 10854/18.) Der Versetzung der definitiven Handarbeitslehrerin Aloisia Stolle aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen im 13. Bezirke, Kienmayergasse 41, an die Mädchen-Volksschule 15., Hackengasse 13, wird zugestimmt.

(P. Z. 767 und 769, B.Sch.R., 14401 und 14914/18.) Die Volksschullehrerinnen 2. Klasse Margarete Dörler und Pauline Jarolin werden im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Februar 1919, beziehungsweise 1. November 1918 zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 752, B.A. XIII a, 976/18.) Die Gebühren für das in der Zeit vom Jahre 1909 bis 1912 an die Bautischler Friedrich und Gustav Kornherr in ihre ehemalige Betriebsstätte 16., Sautergasse 21, gelieferte Wientalwasser werden mit dem Gesamtbetrage von 1417 K 16 h als uneinbringlich abgeschrieben.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 721, M.D., 8390/18.) In Angelegenheit des Rechtsverhältnisses der Gemeinde Wien zum Wiener Stadterweiterungsfonds wird die Ueberreichung einer Denkschrift an den deutschösterreichischen Staatsrat genehmigt.*)

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller

berichtet über das Ergebnis seiner Verhandlungen in Angelegenheit der Lebensmittelhilfe für Wien gelegentlich seines Aufenthaltes in Bern als Vertreter der Stadt Wien in der Zeit vom 26. November 1918 bis 2. Jänner 1919 und regt die Schaffung eines sichtbaren Andenkens zur Erinnerung an die Hilfsaktion der Schweiz an, die jenen Personen übergeben werden soll, die an dieser Aktion hervorragenden Anteil hatten.

StR. Emmerling schlägt die Umbenennung einer Straße oder eines Platzes als Ehrung der Schweiz vor.

Diese beiden Anregungen werden dem Magistrate zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Bürgermeister spricht dem GR. Dr. v. Schwarz-Hiller für seine umsichtige, zielbewußte und erfolgreiche Tätigkeit den Dank aus.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 895, M.Abt. X, 9696/18.) Gegen die Entscheidung der Finanzlandes-Direktion, betreffend die Erwerbsteuer für 1917 vom Betriebe der Gräberausschmückung auf den dort genannten städtischen Friedhöfen, wird die Beschwerde an den deutschösterreichischen Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

(An den Gemeinderat.)

(Z. P. 849, M.Abt. III, 3479/18.) Der nach Johann Weinrich für Benützung eines Bürgerspitalfondsgrundes im 10. Bezirke aushaftende Bestandzins von 250 K ist als uneinbringlich abzuschreiben.

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 937, M.D., 535.) Die Gemeinde Wien begrüßt die Errichtung des Wasserkrafts- und Elektrizitäts-Wirtschaftamtes und erblickt in dieser Maßnahme des deutschösterreichischen Staatsrates ein geeignetes Mittel, die durch die Verhältnisse gebotene rasche und großzügige Lösung der schwierigen Probleme zu erzielen.

Der Gemeinderat wählt gemäß § 2 des Organisationsstatutes des Wasserkrafts- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes den in die beratende Kommission zu entsendenden Vertreter der Gemeinde Wien und einen Ersatzmann.

Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, an den Staatsrat heranzutreten, daß der Gemeinde Wien entsprechend ihrer besonderen Stellung eine Vertretung im Direktorium und die Entsendung von zwei Vertretern in die beratende Kommission des Wasserkrafts- und Elektrizitäts-Wirtschaftsamtes eingeräumt wird.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 927, E.W., 2992/18.) Der Witwe Marie Kadlec des Professionisten der städtischen Elektrizitätswerke Franz Kadlec und ihren beiden unmündigen Kindern wird ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung mit dem ausdrücklichen Vorbehalte der Neubemessung bei Eintritt geänderter Lebensverhältnisse, für das Jahr 1919 eine Gnadengabe von 800 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 875, G.W., 368.) Für die Errichtung einer zweiten Nutzwasseranlage im Gaswerke Leopoldau, bestehend aus einem Brunnen und einem Pumpwerke wird ein Kredit von 152.800 K gegen nachträgliche Einzelverrechnung genehmigt.

(P. Z. 871, E.W., 92.) Der Buchhaltungsbeamte 2. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Josef Einzinger wird ad personam zum Buchhalter der Braunkohlenbergbau-Gewerkschaft Zillingdorf mit 4200 K Grundgehalt, 2 Quadriennien von je 600 K, 1900 K Quartiergeld und 1500 K Spesenpauschale nebst der jeweils giltigen Kriegszulage und den durch die Gemeinderats-Beschlüsse vom 15. Oktober und 13. November 1918, P. Z. 9988, beziehungsweise 11001 genehmigten Zuwendungen ernannt.

Auf sein Dienstverhältnis bei der Gewerkschaft hat die jeweils für die Beamten der städtischen Elektrizitätswerke giltigen Dienstordnung Anwendung zu finden.

Gleichzeitig wird ihm zugesichert, daß ihm die bisher bei den städtischen Elektrizitätswerken zugebrachte Dienstzeit für die seinerzeitige Bemessung des Ruhegenusses angerechnet wird und daß die Gewerkschaft die Flüssigmachung der Mehrbeträge, die sich an Ruhe- und Versorgungsgenüssen für ihn und seine Familie auf Grund der jeweils geltenden Pensionsvorschrift für die Beamten und Diener der Stadt Wien gegenüber den gleichartigen Leistungen der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte ergeben, zu eigenen Lasten übernimmt und daß er auch als Beamter der Gewerkschaft aus dem Titel der Kranken- und Pensionsversicherung nur zu den durch Punkt I, Z. 2 des Gemeinderats-Beschlusses vom 27. Februar 1912, P. Z. 1762, festgesetzten Beitragsleistungen für Zwecke der Witwenpension und Erziehungsbeiträge verhalten werden wird.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter VB. Rain:

Folgenden Ansuchen um Mitbenützung von Turnsälen zur Abhaltung von Wählerversammlungen wird unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen Folge gegeben:

(P. Z. 859, M.Abt. XV, 844) Sozialdemokratische Bezirksorganisation 13. Bezirk in fünf Schulen dieses Bezirkes;

(P. Z. 902, M.Abt. XV, 937) Sozialdemokratisches Wahl-Komitee für den 12. Bezirk in einer Schule dieses Bezirkes;

(P. Z. 903, M.Abt. XV, 936) Deutschvölkischer Kreiswahl-Ausschuß Wien-Nordost in drei Schulen des 20. Bezirkes;

(P. Z. 904, M.Abt. XV, 934) Sozialdemokratische Bezirksorganisation (Sektion 1 des Wahlvereines) 19. Bezirk in einer Schule dieses Bezirkes;

(P. Z. 705, M.Abt. XV, 844) Christlichsoziales Wahl-Komitee des 17. Bezirkes in sieben Schulen dieses Bezirkes.

(P. Z. 891 und 842, L.M.V. St. 4 2936/18 und 34.) Die Gemeinde tritt auf Grund der vorgelegten Entwürfe der Gesellschaftsverträge der zu errichtenden Milch- und Molkereiprodukten-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. und Eiereinkaufsstelle, G. m. b. H., mit einer Stammeinlage von je 200.000 K bei und entsendet die ihr vorbehaltenen Vertreter in die Organe dieser Gesellschaften.

(An den Gemeinderat.)

*) Der Wortlaut der Denkschrift erscheint in dieser Nummer unter der Rubrik „Allgemeine Nachrichten" abgedruckt.

Nachbenannten Witwen nach Bediensteten der städtischen Stellwagen-Unternehmung werden Pensionen, beziehungsweise Erziehungsbeiträge zuerkannt:

(P. Z. 877, St.U., 48) der Kutscherswitwe Marie Eschenauer eine Pension im Jahresbetrage von 453 K 4 h und Erziehungsbeiträge von je 151 K jährlich für die Kinder Franz und Marie ab 28. September 1918;

(P. Z. 878, St.U., 49) der Schaffnerswitwe Rosalia Kreisler eine Pension im Jahresbetrage von 444 K 20 h und ein Erziehungsbeitrag von 148 K 6 h jährlich ab 1. Jänner 1919;

(P. Z. 879, St.U., 50) der Lackierergehilfenswitwe Marie Rempold eine Pension im Jahresbetrage von 857 K 33 h ab 30. November 1918;

(P. Z. 880, St.U., 51) der Schaffnerswitwe Hanni Drucker eine Pension im Jahresbetrage von 512 K ab 1. Jänner 1919;

(P. Z. 881, St.U., 52) der Werkführerswitwe Antonie Lindenthal eine Pension im Jahresbetrage von 1020 K ab 1. Dezember 1918. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 882, St.U., 45.) Der Kutscher der städtischen Stellwagen-Unternehmung Michael Putz wird mit 1. Jänner 1919 unter Zuerkennung einer jährlichen Pension von 981 K 17 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 922, Brh., 187.) Der von der Direktion des Brauhauses der Stadt Wien mit der Leipnik-Lundenburger Zuckerfabriken-A.-G. gewechselte Schlußbrief vom 20. Dezember 1918, betreffend Verarbeitung von 3000 q Zuckerrübe in Grünsirup, wird genehmigt.

(P. Z. 920, Brh., 188.) Der provisorische Niederlagen-Inspizient Wilhelm Petrasch wird zum wirklichen Niederlagen-Inspizienten mit den systemisierten Bezügen ernannt.

Der vom Felde zurückgekehrte, als Anwärter auf die Niederlagen-Inspizientenstelle zur Probedienstzeit zugelassene Karl Rohrhofer wird zum Stallmeister des Brauhauses der Stadt Wien mit den systemisierten Bezügen ernannt und ihm für die Festsetzung seiner Bezüge die Militärdienstzeit im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, P. Z. 11001, eingerechnet. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 921, Brh., 189.) Der Einkauf von 10 bis 15 Waggons getrockneter Zuckerrübe beim Zentral-Bureau landwirtschaftlicher Großbetriebe wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 912, B.Abt. VI d, 2943/18.) Der mit Gemeinderats-Beschluß vom 29. Mai 1918, P. Z. 5174, für die Auswechslung der alten betriebsunfähig gewordenen Flammrohrkessel im städtischen Asyl- und Werkhause genehmigte Sachkredit von 320.000 K wird infolge größerer Gestehungskosten auf 382.000 K erhöht.

Die Herstellung der neuen Kesselfundamente, sowie die Einmauerung der aufzustellenden „Dürr-Gehre" Wasserrohrkessel wird der Firma L. Gussenbauer & Sohn, der Einbau einer Druckluftventilatoranlage (Unterwindgebläse) für die Kudlicroste dieser Kessel der Ersten Brünner Maschinenfabriks-Gesellschaft „Paukerwerk" übertragen. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 926, G.W., 431.) Die mit Zünduhren ausgerüstete Laternen bedienenden Laternenwärter erhalten eine außerordentliche Arbeitszulage von 3 K 50 h pro Arbeitstag; alle anderen Laternenwärter erhalten eine solche Zulage von 2 K 50 h pro Arbeitstag. Die Gewährung gilt für die gegenwärtig bediensteten Laternenwärter mit Rückwirkung ab 1. Oktober 1918.

StR. Weigl stellt folgenden Antrag:

Der rückwirkend ab 1. Oktober 1918 für die Laternenwärter der städtischen Gaswerke vorgesehenen Lohnzuschlag von 3 K 50 h, beziehungsweise 2 K 50 h ist auch den in der Zwischenzeit ausgetretenen oder entlassenen Bediensteten dieser Kategorie entsprechend der zurückgelegten Dienstzeit nachzuzahlen.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Der Antrag des StR. Weigl wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

(P. Z. 893, M.Abt. III, 22.) Die bisherige Mieterin der Geschäftsräume Nr. 5 nnd 6 im Bürgerspitalfondshause im 6. Bezirk, Pfauengasse Nr. 8, Leontine Jäger, wird über ihr Ansuchen ohne Kündigung aus dem Mietverhältnisse mit 1. Februar 1919 entlassen. Diese Räume werden vom 1. Februar 1919 an um den Jahreszins von 2940 K gegen vierteljährige Zinszahlung im vorhinein und vierteljährige Kündigung sowie Erlag einer Kaution im Betrage von 1500 K an Paula Harwath vermietet.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 892, M.Abt. II, 8763/18.) Der städtischen Heizerswitwe Karoline Freiß wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 547 K 50 h angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 950, M.Abt. XV, 11247/18.) Der Bürgerschullehrerswitwe Sophie Wachter wird über ihr Ansuchen die ihr mit Gemeinderats-Beschluß vom 14. November 1917, P. Z. 11309, bis 31. Dezember 1918 bewilligte Zulage von 384 K zu ihrer auf die Dauer ihrer Witwenschaft verliehenen Gnadengabe von jährlich 900 K auf weitere drei Jahre, das ist bis 31. Dezember 1921, bewilligt. (An den Gemeinderat.)

Bericherstatter StR. Müller:

(P. Z. 854, M.Abt. X, 167.) Der Verzicht der Totengräberin des Hetzendorfer Friedhofes Paula Hlavacek auf ihre Stelle mit 30. April 1919 wird zur Kenntnis genommen; der Magistrat wird ermächtigt, wegen der allfälligen Ueberlassung von der Totengräberin gehörigen Inventarstücken mit dieser zu verhandeln. Der Beerdigungs- und Gräberausschmückungsdienst im Hetzendorfer Friedhofe wird vom 1. Mai 1919 an im unmittelbaren Gemeindebetriebe geführt; mit der Aufsicht wird der Verwalter des Meidlinger Friedhofes betraut.

(P. Z. 851, M.Abt. X, 9632/18.) Dem Totengräber des Altmannsdorfer Friedhofes, Nikolaus Ranninger, wird für das Jahr 1918 für die Instandhaltung und Beaufsichtigung dieses Friedhofes eine Vergütung im Betrage von 400 K gewährt.

(P. Z. 856, M.Abt. X, 8945/18.) Der Kongregation der Franziskanerinnen, Missionärinnen Mariens, werden die eigenen Gräber Abteilung VI, Gruppe VI, Nr. 1 bis 4 und Nr. 10 bis 13 im Meidlinger Friedhofe unter den mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 16. August 1917, P. Z. 8449, festgesetzten Bedingungen überlassen.

(P. Z. 530, M.B.A. XII, 37176/18.) Die Forderung der Gemeinde Wien gegen Anton Hollachl für rückständige Miete einer Wohnung im städtischen Hause 12. Bezirk, Wilhelmstraße 20, in den Monaten März bis Dezember 1916 im Gesamtbetrage von 120 K wird abgeschrieben.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 873, Lgh., 1272.) Die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien wird ermächtigt, den Wochenarbeitern Franz Ansorge, Franz Hebart, Alois Knauer, Wenzel Kopriwa, Georg Mallner, Cyrill Treschek, anläßlich der Vollendung ihres 25. Dienstjahres eine Ehrengabe von je 50 K zu überreichen. Das Erfordernis ist aus den Betriebsmitteln zu decken.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 42, M.D. 7231/18.) Dem tit. Kanzleioffizial Franz Heiß werden die Bezüge der 9. Rangklasse der Kanzleibeamten mit dem Rechte der Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen dieser Rangklasse mit dem Range vom 1. Oktober 1918 zuerkannt und ihm der Titel eines Kanzlei-Oberoffizials verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Reumann:

(P. Z. 863, A.F.A., 84.) Ein Bericht des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien über den derzeitigen Stand der Arbeitslosigkeit in Wien wird zur Kenntnis genommen und genehmigt, daß Ankündigungszettel in den Straßenbahnwagen angebracht werden, in denen die arbeitslosen Frauen und Mädchen auf die Vorteile der hauswirtschaftlichen Berufe aufmerksam gemacht werden.

(P. Z. 907, B.A. VII, 19.) Die ganznächtige Beleuchtung der vom Stadtbauamte vorgeschlagenen 110 öffentlichen Flammen in den Zufahrtsstraßen zu den Märkten und auf diesen selbst im 1., 4., 6., 14., 16., und 18. Bezirke wird auf die Dauer der verschärften Sparmaßnahmen und des geringeren Marktverkehres eingestellt.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 946, M.Abt. XXII, 2041/18.) Zu einer Besprechung über den Ausbau und die Förderung des Hochschulwesens in Wien sind nachstehende Vertreter und Anstalten einzuladen: Die Rektorate der Universität Wien, der technischen Hochschule in Wien, der Hochschule für Bodenkultur in Wien, der tierärztlichen Hochschule in Wien, der Akademie der bildenden Künste, das Dekanat der evangelisch-theologischen Fakultät, das Kuratorium der Akademie der Wissenschaften, die Leitung der akademischen Spezialschule für Medailleurkunst in Wien, das Kuratorium der Akademie für Musik und darstellende Kunst, die Direktion der Konsularakademie, das Direktorium der Exportakademie und das Direktorium des österreichischen Museums für Kunst und Gewerbe.

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung vom 23. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß und Rain.

Anwesende: VB. Reumann und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Siegel, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weber, Weigl und Winter.

Entschuldigt: Die StR. David, Schneider, Schwer und Skaret.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Forkl.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Lina Stöber-Schauta dankt für das ihrem Bruder Prof. Schauta gewidmete Ehrengrab.

(Wird zur Kenntnis genommen.)

Ueber die Anfrage des StR Winter, betreffend Abholzungen an der Grenze Wiens für Liesing und Wien, liegt folgender Bericht vor:

Nächst dem Verzehrungssteuer-Linienamte Mauer erstreckt sich westlich und längs der Speisingerstraße — vom Tiergarten durch eine Mauer abgetrennt — eine etwa 7 ha große Wiese, die sogenannte „Haidlwiese" und im Anschlusse daran ein Waldbestand von rund 30 ha. Auf der Haidlwiese wurden während des Krieges einige Baracken als Erholungsstätten für verwundete Krieger errichtet, die später von der Gemeinde Wien im Einvernehmen mit dem ehemaligen Landesverteidigungsministerium zur Unterbringung der im angrenzenden Tiergarten beschäftigten Holzarbeiter verwendet wurden.

Bei der am 13. Jänner 1919 vom Staatsamte für Heerwesen anberaumten Kommission erklärte der Vertreter des städtischen Jugendamtes, daß auf die Baracken für die Zwecke der Jugendfürsorge wegen mangelnder Eignung nicht reflektiert werden könne, worauf der Interpellant StR. Winter, der selbst an der Kommission teilnahm, sich vorbehielt, die Baracken nach Wegfall ihrer gegenwärtigen Zweckbestimmung als Unterkünfte der Holzarbeiter für den Verein „Arbeiterfreunde" in Anspruch zu nehmen.

Die an die Haidlwiese anschließenden Waldbestände sind teilweise zur Abstockung bestimmt, weil darauf ärarische Gebäude errichtet werden sollen. Die weitere Schlägerung wurde übrigens durch die erwähnte Kommission bereits eingestellt. Die Holzgewinnung erfolgte durch den Verband der Südbahngemeinden zur Linderung der außerordentlichen Brennholznot über Beschluß des Permanenz-Komitees für die Brennholzgewinnung, von dem auch die Holzschlägerungen im Gebiete des Tiergartens für die Zwecke der Gemeinde Wien angeordnet wurden.

Eine Gefährdung des 13. Bezirkes durch Hochwasser ist nach dem Gutachten des Landesforst-Inspektors Ing. Syrutschek infolge der Holzschlägerungen keinesfalls zu befürchten. Auch von einer Verwüstung des Tiergartens infolge der Schlägerungen kann nicht gesprochen werden, weil vor allem jene Bestände zum Einschlag bestimmt sind, die während des Krieges durch die Befestigungsbauten in einen Zustand gebracht wurden, der ihre gänzliche Ab-

stockung notwendig macht, da sonst die Bestände durch Windbruch zugrunde gingen. Auch fand im Tiergarten in den letzten Jahren überhaupt keine Schlägerung statt, weshalb die Einhiebresultate viel höher sind als in den Staatsforsten und der Tiergarten daher verhältnismäßig nicht stärker in Anspruch genommen scheint als die Staatsforste.

Uebrigens bleiben die an die Spitals- und Versorgungsanlagen sich anschließenden Teile des Tiergartens unberührt, so daß dort die Möglichkeit zur Erweiterung dieser Anstalten und die Schaffung entsprechender Anlagen und Erholungsstätten auch weiterhin gesichert bleibt. Da die Schlägerungen unter fachmännischer Leitung vorgenommen werden, glaube ich voraussetzen zu können, daß eine Schädigung des Waldbestandes und der Interessen Wiens vermieden werden wird.

(Wird mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß auch fernerhin über den Verlauf der Angelegenheit zu berichten ist.)

Anfrage des StR. Winter:

In der letzten Zeit bin ich zweimal durch Zufall darauf gekommen, daß zuständige amtliche Stellen der Gemeinde Wien von wichtigen Vorkommnissen innerhalb der Gemeinde Wien keine Kenntnis erhalten haben und daß nur durch Zufall Unglück oder zumindestens überflüssige Amtshandlungen vermieden worden sind. Der erste Fall betrifft die Niederlegung des Waldes an der Grenze Wiens gegen Mauer, die nun glücklich verhindert worden ist. Bei den Verhandlungen hat sich herausgestellt, daß das städtische Gesundheitsamt diesen Wald samt der vor ihm liegenden Haidlwiese als Erholungsstätte für Tuberkulöse in Aussicht genommen hat, daß aber dennoch dieser Stelle von der Niederlegung des Waldes amtlich keine Kenntnis geworden ist, obwohl sich diese Niederlegung vor den Augen von Hunderten Menschen abspielte, auch vor den Augen amtlicher Organe. Der zweite Fall betrifft die Verwendung der Querflügel des Schönbrunner Schlosses, die durch einen von mir früher gestellten Antrag, der gegenwärtig beim Jugendamte in Geschäftsbehandlung steht, für Kinderheime in Aussicht genommen sind.

Obwohl dieser Antrag im Stadtrat verhandelt wurde und auch durch Zeitungen öffentlich zur Kenntnis kam, hat dennoch das städtische Wohnungsamt einige Tage später, ohne daß davon der Stadtrat Kenntnis erhalten hätte, eine Kommission in Schönbrunn angeordnet und dieselben Trakte für die Zwecke der Wohnungsfürsorge kommissioniert und auch dafür schon in Aussicht genommen. Es werden im städtischen Wohnungsamte sogar schon Vormerkungen auf Wohnungen in Schönbrunn vorgenommen. Zur Kenntnis dieser Tatsache bin ich durch die zufällige Anfrage eines Arztes gekommen, der auch in Schönbrunn eine Wohnung mieten wollte und mich um Rat fragte. Beide Tatsachen beweisen, daß in der Gemeinde Wien manchmal die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut, was als ein Zeichen schlechter Verwaltung anzusehen ist.

Es wird gefragt: Was gedenken Sie, Herr Bürgermeister vorzukehren, daß die Verwaltung der Stadt Wien so einheitlich geführt werde, daß derartige Vorkommnisse künftighin vermieden werden?

Anfrage des StR. Winter:

Am Sonntag hat der erste Unterfertigte in der „Arbeiter-Zeitung" das Ergebnis eines Besuches in der Siebenbrunnengasse in einem Aufsatze niedergelegt. Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Verhältnisse in der Siebenbrunnengasse tatsächlich unhaltbar geworden sind und daß die Gemeinde Wien eine hohe Schuld auf sich laden würde, wenn sie nicht augenblicklich eine Aenderung in diesen Verhältnissen eintreten lassen würde. Es ist mir indes bekannt geworden, daß sich auch schon die Magistrats-Direktion und andere städtische Aemter mit dieser Angelegenheit befassen. Ich habe indes auch Gelegenheit gehabt, mit dem ärztlichen Leiter des Zentral-Kinderheimes des Landes Niederösterreich über die Sache zu reden und es sind entfernte Möglichkeiten vorhanden, daß augenblicklich die Sperrung der Säuglings-Abteilung verfügt werden könnte und durch möglichst rasche Evakuierung einiger Abteilungen erwachsener Kinder für die übrigen mehr Raum geschaffen werden könnte. Sicherlich ließe sich auch ein Provisorium für die Kleinkinder schaffen. Die Bevölkerung befindet sich wegen des Zustandes dieser städtischen Uebernahmsstelle in gerechter Erregung.

Wir fragen Sie darum, Herr Bürgermeister, ob Sie geneigt sind, eine Beratung über die vorläufigen Maßnahmen, die die Gemeinde Wien in dieser Sache zu treffen in der Lage sein wird, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates zu stellen?

(Die beiden Anfragen werden in der nächsten Sitzung beantwortet.)

Antrag des StR. Pick:

Am 12. November 1918 wurde als die Staatsform für Deutschösterreich die Republik proklamiert. Das geschah über einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung, und eine nach vielen Hunderttausenden zählende Volksmenge, die sich vor dem Parlamentsgebäude und in dessen Umgebung eingefunden hatte, begrüßte die Einführung der Republik, damit zugleich die Abschaffung der monarchischen Regierungsform mit hellem Jubel. In der Geschichte des das heutige Deutschösterreich bewohnenden Volkes dürfte ein historisches Geschehnis von auch nur annähernder Bedeutung kaum zu verzeichnen sein. Es ist gewiß begründet, daß dieses Ereignis wenigstens in der Form für die späteren Zeiten veranschaulicht wird, wie dies bei zahllosen weit weniger bedeutenden, meist nur episodenhaft wirkenden Geschehnissen bisher der Fall war. Wir beantragen deshalb:

1. Die Proklamierung der Republik Deutschösterreich am 12. November 1918 vor der Parlamentsrampe inmitten des versammelten Volkes wird durch ein von der Gemeinde Wien zu bestellendes, das historische Ereignis seiner großen Bedeutung entsprechend darstellendes Gemälde veranschaulicht.

2. Für die Anfertigung des Gemäldes ist eine öffentliche Konkurrenz auszuschreiben, an der sich jedoch nur in Wien oder im sonstigen Deutschösterreich dauernd seßhafte Künstler beteiligen sollen.

3. Vervielfältigungen des Originalbildes sind in bestmöglicher Ausführung von der Gemeinde Wien anzuschaffen und in den Wiener Gemeindeschulen an Stelle der bislang dort angebracht gewesenen Monarchenbilder zu verwenden.

(Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 848, M.Abt. III, 2545.) Das Bestandverhältnis des Franz Parrer bezüglich des Gemeindegasthauses in Kagran wird unter den für das letzte Jahr der abgelaufenen Pachtperiode in Geltung gestandenen Bedingungen und Vereinbarungen bis 30. September 1919 verlängert.

(P. Z. 979, M.B.A. XXI, 29426.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·222 m² durch das beim Hause 21., Stryeckgasse 8, Eigentümerin Antonia Kudrna, vorhandene Risalit wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 5 K festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

(P. Z. 889, B.A. XXI, 27452.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 1·65 m² durch die beim Hause 21., Demmergasse 1, Eigentümerin Johanna Bartosch, vorhandenen vier Risalite wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 75 K festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 900, M.Abt. XIV, 2034.) Die durch Zeitablauf rechtsunwirksam gewordene Parzellierung der Liegenschaften Ein.-Z. 200, 92, 29, 156, 253, 112, 100, 279 und 72 Grundbuch Neustift a. Walde, 18. Bezirk, wird unter den gleichen Bedingungen neuerlich bewilligt.

(P. Z. 897, M.Abt. XIV, 2219.) Der Firma Wagenkarosserie- und Automobilfabriks-A. G., vormals A. Weiser & Sohn, wird nach Maßgabe der vorgelegten Abteilungspläne die politische Bewilligung erteilt, die Liegenschaft Kat.-Parz. 21, 22, 23, 24 und 25/2, Einl.-Z. 274 des Grundbuches Nußdorf im 19. Bezirke in Wien auf eine Baustelle und einen Baustellenteil abzuteilen. Diese Abteilung ist als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a der Bauordnung für Wien zu betrachten und wird an die im Bauamtsberichte ersichtlichen Bedingungen gebunden:

Zur Ausstellung einer Löschungserklärung über die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 274 des Grundbuches Nußdorf im 19. Bezirke in Wien in C sub Post Nr. 42 I und II einverleibten Reallasten wird unter der Bedingung die Zustimmung erteilt, daß gleichzeitig mit der Löschung die genannte Abteilung grundbücherlich durchgeführt werde.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 771, M.Abt. XVII a, 79.) Die Ueberreichung einer Petition an die Regierung, in welcher die rascheste Abwicklung der Sachdemobilisierung und die ausgiebige Zuwendung militärischer Sachgüter an den Gewerbestand auf das Nachdrücklichste gefordert wird, wird genehmigt.

VB. Neumann beantragt, diese Petition durch das Präsidium überreichen zu lassen.

Es wird beschlossen, an den Herrn Bürgermeister das Ersuchen zu richten, die Eingabe persönlich zu überreichen.

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 850, M.Abt. V, 84) Der Magistratsbericht über den Mangel an Betriebsstoffen für Kraftwagen wird zur Kenntnis genommen. Diese Angelegenheit soll gelegentlich der Ueberreichung der Petition, betreffend die Sachdemobilisierung im Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft, zur Sprache gebracht werden.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 857, M.Abt. XI b, 31342.) Der Bericht des Magistrates über die Besetzung von Hilfsärztestellen im Kaiserjubiläums-Spitale wird zur Kenntnis genommen. Der Magistrat wird ermächtigt, als Uebergangsmaßregel außer den mit Gemeinderats-Beschluß vom 12. Oktober 1912, P. Z. 18845, und 12. September 1913, P. Z. 11588, systemisierten zwölf Aspiranten noch weiteren sechs augenblicklich dienstältesten Aspiranten das Adjutum anzuweisen.

(P. Z. 913, B.Abt. VI d, 2430.) Für die Bediensteten des Fernheizwerkes im Kaiserjubiläums-Spitale werden für Ersparnisse an Brennstoff in den Jahren 1916/17 und 1917/18 Anerkennungsgaben von 3520 K genehmigt, die auf Ausgabs-Rubrik VII des Sondervoranschlages für das Kaiserjubiläums-Spital zu verrechnen sind. Die Auszahlung dieser Anerkennungsgaben hat auf Grund der bauämtlichen Aufstellung an die einzelnen Bediensteten zu erfolgen.

(P. Z. 914, B.Abt. VI b, 9.) Die Instandsetzung der eisernen Konfiskatenbehälter in der Großmarkthalle wird dem Bestbieter, Schlossermeister Alois Hubner übertragen und das bedeckte Kostenerfordernis von 9000 K bewilligt.

(P. Z. 899, M.Abt. XIV, 27.) Die angesuchte Bewilligung zu Bauherstellungen auf der Liegenschaft Kat.-Parz. 2669/29, 2169/28, 2169/27, Einl.-Z. 1935. 1937 und 1939 in der Hagenmühlergasse im 3. Bezirke wird unter der Bedingung bestätigt, daß die provisorische Baracke über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien längstens innerhalb drei Monaten nach ergangener Aufforderung entfernt und zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ein einverleibungsfähiger Revers ausgestellt werde.

(P. Z. 864, Ges.A., 28307.) Der Bericht des Gesundheitsamtes betreffend die Beantwortung von Zusatz-Anträgen und Anregungen zur Errichtung von Fürsorgestellen für Tuberkulose, wird zur Kenntnis genommen*).

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 618, M.Abt. XV, 11569.) Die Ausscheidung von für die Schule unbrauchbaren 51 Stück Bibliotheksbüchern aus der Schülerbibliothek der Mädchen-Volksschule, 1., Werdertorgasse 6, und teilweise Benützung derselben in den Schülerwärmestuben und in den Ferienhorten wird genehmigt.

(P. Z. 861, B.Sch.R., 7729.) Zur Versetzung der definitiven Handarbeitslehrerin Elisabeth Schläffer aus Dienstesrücksichten an die allgemeine Volks- und Bürgerschule für Mädchen 9., Galileigasse 3 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 766, B.Sch.R., 14255.) Der Volksschullehrer 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben 18., Klettenhofergasse 3, Rudolf Alexander, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Februar 1919 zum Volksschullehrer 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben, 18., Klettenhofergasse 3, ernannt.

(P. Z. 768, B.Sch.R. 14556.) Die Volkschullehrerin 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 18., Schulgasse 19, Henriette Jelinek, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. November 1918 zur Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeine Volksschule für Mädchen 18., Schulgasse 19, ernannt.

*) Der Wortlaut des Berichtes wird in einer der nächsten Nummern erfolgen.

(P. Z. 916, B.Sch.R., 8.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin für weibliche Handarbeiten an der Bürgerschule für Mädchen im 21. Bezirke, Franklinstraße 45, Helene Capilleri, wird gemäß § 38, beziehungsweise § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Dezember 1918 zur definitiven Lehrerin für weibliche Handarbeiten an der Bürgerschule für Mädchen im 21. Bezirke, Franklinstraße 45, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 992, M.Abt. XV, 11777.) Der Oberlehrerswitwe Marie Grabner wird über ihr Ansuchen die ihr mit Gemeinderats-Beschluß vom 16. Jänner 1918, P. Z. 12695/17, auf weitere drei Jahre, das ist bis 31. Dezember 1920, beziehungsweise bis zum Eintritte einer etwaigen früheren Versorgung verliehene Gnadengabe von jährlich 720 K vom 1. Jänner 1919 an auf jährlich 960 K erhöht.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 991, M.Abt. XX, 1083.) Das Ansuchen der sozialdemokratischen Bezirksorganisation für den 20. Bezirk um Mitbenützung der Turnsäle in Schulen dieses Bezirkes wird unter den im Magistratsberichte angeführten Bedingungen genehmigt.

(P. Z. 868, Jug.A., 1.) Die in dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, 10., Laxenburgerstraße 47, bisher zur Einhebung gelangenden Aufnahms- und Besuchsgebühren werden von dem ersten Tage des auf den Beschluß folgenden Monates angefangen aufgehoben und wird der Besuch dieses Kindergartens von dem genannten Zeitpunkte an für unentgeltlich erklärt.

(P. Z. 968, M.Abt. XV. 963.) Zur Eheschließung des provisorischen Lehrers 2. Klasse Franz Mang wird nachträglich die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 765, B.Sch.R., 15109.) Der Volksschullehrer 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 20. Bezirke, Wasnergasse 33, Johann Winter, welcher derzeit an der Bürgerschule für Knaben im 20. Bezirke, Leipzigerplatz 1, in Verwendung steht, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Oktober 1918 zum Volksschullehrer 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 20. Bezirke, Wasnergasse 33, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 980, B.Sch.R., 14211.) Der Volksschullehrer 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 16. Bezirke, Koppstraße 75, Josef Pfohl, wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 zum Volksschullehrer 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 16. Bezirke, Koppstraße 75, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 966, M.Abt. VIII a, 68.) Das im Waldorte Kühberg des Wirtschaftsbezirkes Spitz lagernde Langholz von rund 300 rm³ und 30 rm³ Grubenholz wird an Anton Heitzenberger in Spitz zu den im Magistratsberichte angegebenen Preisen verkauft.

(P. Z. 949, St B.D., 628.) Folgender Bericht der Stadtbuchhaltung, betreffend die Belastung des Reservefonds mit 31. Dezember 1918, wird zur Kenntnis genommen:

Der für unvorhergesehene Auslagen bestimmte Betrag von 1,000.000 K ist durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen von 422.181 K 40 h und durch genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen von 1,093.282 K 4 h, zusammen mit 1,515.463 K 44 h belastet, so daß der Reservefonds um den Betrag von 515.463 K 44 h überschritten ist. Außerdem sind für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 1,724.239 K 47 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht.

(P. Z. 741, M.D., 219.) In Ergänzung und Erweiterung des Gemeinderats-Beschlusses vom 25. Oktober 1918, P. Z. 9941, wird mit der Rechtswirksamkeit vom gleichen Tage bestimmt:

1. In die nach dem 1. Absatze des Punktes 3 des obigen Beschlusses für die Diensteszulage der als Referenten im Konzeptsdienste verwendeten Kanzleiorgane anrechenbare ununterbrochene Dienstzeit sind auch jene Zeiträume einzurechnen, während welcher ein Kanzleiorgan vorher mit Unterbrechungen in dem in Punkt 1 desselben Beschlusses bezeichneten Aemtern ausschließlich oder doch vorwiegend in der Eigenschaft eines Referenten im Konzeptsdienste zufriedenstellend verwendet worden ist, soweit eine einzelne Unterbrechung dieser Verwendung nicht sechs Jahre überschreitet. Ist eine solche Ueberschreitung vorhanden oder liegt eine Unterbrechung nicht außer Schuld und Zutun des Kanzleiorganes, so bleibt jede dieser Unterbrechung zeitlich vorausgegangene Verwendung als Referent im Konzeptsdienste unberücksichtigt.

2. Durch die Militärdienstleistung während des Krieges wird der Lauf der für die bezeichnete Diensteszulage anrechenbare Dienstzeit des im Konzeptsdienste als Referent verwendeten Kanzleiorganes weder unterbrochen, noch gehemmt; doch kann die Dienstteszulage erst von jenem Zeitpunkte an bewilligt werden, zu dem das Kanzleiorgan den städtischen Dienst wieder angetreten hat und nebst der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen im Gesamten eine mindestens zweijährige tatsächliche Verwendung als Referent im Konzeptsdienste aufweisen kann. In keinem Falle aber kann die Zulage mit einem Zeitpunkte vor dem 1. November 1918 bewilligt werden. Auch wenn die bis zu ihrer Einrückung zum Militärdienste als Referent im Konzeptsdienste tätige Kanzleiperson nach ihrer Rückkehr aus dem Militärdienste nicht wieder in der gleichen Eigenschaft in Verwendung kommt, bleibt ihr dessenungeachtet die volle Zeit der Militärdienstleistung für die Dienstteszulage anrechenbar.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 860, B.Abt. XIII a, 5036.) Den mit der Vorschreibung und Veranlassung der Einhebung der Wassergebühren betrauten Bediensteten des städtischen Steueramtes wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 eine Entlohnung von 15 h für jede einzelne Vorschreibungs-Post bewilligt und der hiefür voraussichtlich auflaufende (auf Ausgabs-Rubrik XXVI 1 i bedeckte) Betrag von 12.900 K genehmigt.

(P. Z. 915, B.Abt. VI b, 991.) Die Lieferung der Gitter für die Gebäude 1 und 2 des Baues des Kontumazmarktes und Seuchenhofes wird der Werk- und Rohstoffgenossenschaft der Schlosser in Wien übertragen. Das bedeckte Erfordernis von 210.321 K wird bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Emmerling:

(P. Z. 908, B.D., 29.) Die Magistrats-Anträge, betreffend 14 Ansuchen vom 4. Quartal 1918 um Herabsetzung, beziehungs-

weise Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 2. Bezirkes, wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 995, E.W., 249.) Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird ermächtigt, jedem Arbeiter der Firma „Gemeinde Wien — städtisches Elektrizitätswerk" am 24. Jänner 1919 einen Vorschuß von 50 K auf die mit Giltigkeit vom 1. Jänner 1919 beabsichtigte Aufbesserung der Entlohnung zu gewähren.

(P. Z. 929. St.B., 458.) Der Ankauf der von der Baumwoll-Zentrale A. G. bereits gelieferten 2,144.430 kg Baumwollgarne im Kostenbetrage von 62.516 K 92 h und der von der Seidenrohstoff-Zentrale A. G. gelieferten 194.380 kg Grege Syrie im Kostenbetrage von 89.414 K 80 h wird genehmigt.

Die Lieferung von 160 kg Tuszah 30/40, 160 kg Tuszah 40/50 und 300 kg Tuszah 50/60 zum Preise von 179 K für 1 kg, sowie 500 kg Schappe 100/1 zum Preise von 220 K für 1 kg im Gesamtkostenbetrage von 203.080 K wird der Seidenrohstoff-Zentrale A. G. übertragen.

Die Gesamtkosten im Betrage von 355.011 K 72 h werden auf den Betriebsvoranschlag 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

(P. Z. 844, M.D., 415.) 1. In Durchführung des Gemeinderats-Beschlusses vom 13. November 1918, Z. 11001, werden die Gehälter des Direktors der städtischen Gaswerke Ing. Franz Menzel, des Direktors der elektrischen Elektrizitätswerke Ing. Eugen Karel und des Direktors der städtischen Straßenbahnen Ing. Ludwig Spängler mit je 20.000 K festgesetzt. Die Bezugserhöhung tritt bei Direktor Ing. Franz Menzel mit 1. Februar 1919, bei den anderen Direktoren mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1918 in Kraft.

2. Die Spesenpauschalien des Direktors der städtischen Gaswerk Ing. Franz Menzel, des Direktors der städtischen Elektrizitätswerk Ing. Eugen Karel und des Direktors der städtischen Straßenbahnen Ing. Ludwig Spängler werden vom 1. Jänner 1919 ab von je 2000 K auf 4000 K jährlich erhöht.

(Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 985, Str.B., 146/8.) Die Lieferungen des kurrenten Bedarfes der städtischen Straßenbahnen von Sand, Rundschotter, Schuttabfuhr und Beistellung von Regiefuhrwerk für das Jahr 1919 werden wie folgt vergeben:

An Leopold Brenner, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter, Schuttabfuhr und Beistellung von Regiefuhrwerk für den 1. und 9. Bezirk.

An Michael Hoffinger's Nachfolger, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter, Schuttabfuhr und Beistellung von Regiefuhrwerk für den 2., 3. und 20. Bezirk.

An Anna Janz, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter und Schuttabfuhr für den 4., 6. und 19. Bezirk und die Beistellung von Regiefuhrwerk für den 19. Bezirk.

An Hermann Reuther, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand Donau-Rundschotter und Schuttabfuhr für den 5. Bezirk.

An Franz Wolf, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter und Schuttabfuhr für den 7. und 8. Bezirk.

An Michael Wanko, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter, Schuttabfuhr und Beistellung von Regiefuhrwerk für den 10. Bezirk.

An Alois Wanko, die Lieferung von doppelt geworfenem Kaiser-Ebersdorfersand, einfach geworfenem Kaiser-Ebersdorfersand, Donau-Wellsand, Gstetten-Rundschotter, Schuttabfuhr und Beistellung von Regiefuhrwerk für den 11. Bezirk.

An Kaspar Finko, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Gstetten-Rundschotter und Schuttabfuhr für den 12. und 13. Bezirk.

An Franz Fuschik, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Gstetten-Rundschotter und Schuttabfuhr für den 14. und 15. Bezirk.

An Rudolf Wiesgrill, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Gstetten-Rundschotter, Schuttabfuhr und die Beistellung von Regiefuhrwerk für den 16. und 17. Bezirk.

An Franz Schneider, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter, Schuttabfuhr und die Beistellung von Regiefuhrwerk für den 18. Bezirk.

An Peter Bernreiter, die Lieferung von doppelt geworfenem Donausand, einfach geworfenem Donausand, Donau-Wellsand, Donau-Rundschotter, Schuttabfuhr und die Beistellung von Regiefuhrwerk für den 21. Bezirk.

An Johann Endelweber die Schuttabfuhr und die Beistellung von Regiefuhrwerk für den 4., 5., 6., 7., 8., 12., 13., 14. und 15. Bezirk.

Die Lieferungen des kurrenten Bedarfes von Gebirgsschlägelschotter für das Jahr 1919 werden auf Grund der bei der Anbotverhandlung vom 13. Dezember 1918 abgegebenen Anbote wie folgt vergeben:

An die Aktiengesellschaft Kalk- und Ziegelgewerkschaft Ernstbrunn die Lieferung von Ernstbrunner Gebirgsschlägelschotter.

An Johann Endelweber die Lieferung von Gießhübler Gebirgsschlägelschotter für den 4., 5., 6., 7., 8., 12., 13., 14. und 15. Bezirk.

An Karl Petz die Lieferung von Gebirgsschlägelschotter von Spitz a. d. Donau für den 19., 20. und 21. Bezirk.

Die Anbote der Wiener Donausandwerke, Johann Mayr und Franz Ketzler werden abgelehnt.

Berichterstatter StR. Weber:

(P. Z. 911, B.Abt. VIII b, 122.) Das Ansuchen des Leopold Springenfels um Entfernung eines Alleebaumes in der Benjowskigasse vor seiner Liegenschaft im 21. Bezirke, Zachgasse 14, wird abgelehnt.

(P. Z. 890, M.B.A. XXI, 29424.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 9·52 m² durch das beim Fabriksgebäude 21., Shuttleworthstraße 8, Eigentümerin Firma Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth, vorhandene Risalit wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 285 K 60 h festgesetzt

Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 5 K jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Hierauf wird die Wahl von 21 Mitgliedern des Stadtrates in die Kommission zur Kontrolle des gesamten in Wien befindlichen unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien sowie des unbeweglichen Vermögens der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds sowie die Wahl von vier Mitgliedern des Stadtrates in das Kuratorium der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien mittels Zuruf vorgenommen.

In die erstgenannte Kommission erscheinen gewählt die Herren Stadträte: Heindl, Jung, Dr. Haas, Schmid, Angermayer, Spalowsky, Schwer, VB. Rain, Melcher, VB. Neumann, Dr. Kienböck, Müller, Vaugoin, Hellmann, Breuer, Hötzel, Dechant, Tomola, Körber, Schneider und Knoll.

In das Kuratorium der Zentral-Sparkasse werden die Herren Stadträte Emmerling, Hohensinner, Knoll und Schneider entsendet.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

berichtet zur P. Z. 951, M.Abt. XIX, 1390, über das derzeitige Vorgehen der Finanzbehörden bei Veranlagung und Einhebung der Steuern und stellt unter Berücksichtigung mehrerer im Laufe der Beratung vorgebrachten Anregungen folgende Anträge:

Es wird an das Staatsamt der Finanzen sofort mit folgenden Begehren herangetreten:

Die Gemeinde Wien verurteilt mit aller Schärfe das Vorgehen der staatlichen Finanzorgane bei Bemessung und Einhebung der Einkommens-, Kriegs- und Erwerbsteuer. Hatte schon das Gesetz vom 12. Dezember 1918 einen in mehrfacher Richtung bedenklichen Weg beschritten, so hat dessen Handhabung durch die Organe der staatlichen Steuerverwaltung vollends unerträgliche Zustände geschaffen, deren sofortige Abstellung nicht energisch genug verlangt werden kann. Das Verfahren der Finanzorgane treibt ruhige Bürger zur Verzweiflung und untergräbt die Steuermoral für die weitere Zukunft.

Was die Steuerpraxis anbelangt, so muß eine besonnene, die jetzigen wirtschaftlichen Zustände, insbesondere die mittleren Bevölkerungsschichten berücksichtigende Vorgängsweise gefordert werden, welche die Fortführung der ohnehin durch den Druck der Zeit gefährdeten Unternehmungen, insbesondere auch der kleinen und mittleren ermöglicht und dadurch den Fortbestand wichtiger Steuerquellen sichert und die drohende Vermehrung der Arbeitslosigkeit bannt. Im Verfahren der Steuerveranlagungsorgane muß jede Willkür, jedes Verbergen der Auskunftsquellen, jede Heranziehung bedenklicher Auskunftspersonen und jedes Ausspielen von Konkurrenten gegeneinander endlich aufhören. Jede Exekution zur Einbringung von Steuern, die nicht im regelmäßigen Verfahren bemessen sind, hat sofort aufzuhören.

Bei der dringenden Reform der geltenden Vorschriften soll das Ziel eine moderne, einfache und gerechte Regelung der direkten Steuern sein. Hiebei wollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Für nach der Gebühr des Vorjahres einzuzahlende rückständige Beträge gelten weiterhin die Zinsen im Ausmaße des Gesetzes vom 9. März 1870, beziehungsweise 23. Jänner 1892.

2. Hat der Steuerträger eine geringere Gebühr als im Vorjahre zu erwarten, so hat die Steuerbehörde über Verlangen des Steuerträgers eine vorläufige Bemessung zu geben.

3. Für die vorläufigen Bemessungen haben die von den Steuerträgern vorgelegten Bekenntnisse ausnahmslos die Grundlage zu bilden.

4. Für vorgelegte Einkommensteuerbekenntnisse bis zur Höhe von 20.000 K sind, vorausgesetzt, daß nicht gewichtige Bedenken gegen die Richtigkeit bestehen, die Bemessungen sofort ohne weitere Einvernahme der Partei der Kommission zur Beschlußfassung vorzulegen.

5. Die Staatsverwaltung hat die Steuerbehörde zu beauftragen, die vorläufigen Bemessungen binnen längstens drei Monaten in endgiltige umzuwandeln. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Aenderung der vorläufigen Bemessungen nicht mehr zulässig.

6. Eingebrachte Steuerrekurse sind ausnahmslos binnen drei Monaten zu erledigen.

7. Die Kriegs-Anleihe ist zur Verwendung bei Einzahlung der Einkommensteuer und anderer direkter Steuern mit mindestens einem Viertel zum Emissionskurse zuzulassen.

8. Die allgemeine Erwerbsteuer ist im Jahre 1919 in drei Raten, und zwar am 1. März, 1. Juli und 1. Oktober, die Einkommensteuer und Rentensteuer in zwei gleichen Raten am 1. April und 1. September zu bezahlen.

9. Die Regierung wird weiters aufgefordert, eine einheitliche Personalsteuer mit Ausschaltung aller Doppelbesteuerungen einzuführen, wobei auf die verschiedenen Einkommensquellen durch Anwendung verschieden aufgebauter Steuerskalen (Staatssteuer, einschließlich autonomer Zuschläge) Bedacht zu nehmen wäre.

10. Schon heute aber wird mit Rücksicht auf die traurige wirtschaftliche Lage der gewerblichen Betriebe gegen die Kontingenterhöhung der Erwerbsteuer Stellung genommen und die Veranlagung der allgemeinen Erwerbsteuer nach dem tatsächlichen Ertrage und nicht nach der mittleren Ertragsfähigkeit verlangt.

StR. Melcher wünscht, daß zur Bezahlung von Steuern nur solche Kriegs-Anleihe verwendet werden dürfe, die nicht im Schleichhandel erworben worden sei.

StR. Dechant regt an, daß die Vorschreibung durch die Steuerbehörden öffentlich, unter Zuziehung von Standes- und Berufsangehörigen des Steuerträgers und noch im selben Veranlagungsjahre erfolgen solle.

(Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen, die vorgebrachten Anregungen werden dem Magistrate übermittelt.)

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 948, M.Abt. III, 3938.) Die Erben nach dem verstorbenen Georg Boschan werden vom Tage der Weitervermietung aus dem Mietverhältnisse bezüglich der von ihnen für Novembertermin 1919 gekündigten Wohnungen Nr. 12a und 12b im städtischen Hause 1., Bäckerstraße 9, gegen Rückersatz des entsprechenden Mietzinsteilbetrages vorzeitig entlassen.

Die Wohnungen Nr. 12a und 12b im städtischen Hause 1., Bäckerstraße 9, werden vom Zeitpunkte der vollständigen Räumung durch den derzeitigen Mieter um den Jahreszins von zusammen 3940 K, das ist 2720 K für die Wohnung Nr. 12a und 1220 K für die Wohnung Nr. 12b gegen halbjährige Zinszahlung und halbjährige Kündigung an den Ingenieur Franz Sattler vermietet.

(P. Z. 858, M.Abt. XIII, 4943.) Dem Zögling des Ersten städtischen Waisenhauses Marie Ziegler werden die verfügbaren

Interessen der Karl Enzinger'schen Zustiftung im Betrage von 32 K 80 h verliehen.

(P. Z. 978, M.Abt. XIII, 4226.) Der im Bürgerversorgungshause wohnhaften Marie Schmidt, geboren 1829, wird ein Monika Zelinka'scher Stiftplatz im Betrage von 26 K 25 h monatlich vom 1. Jänner 1919 angefangen auf Lebensdauer verliehen.

Berichterstatter StR. Melcher:

(P. Z. 763, B.Abt. XIII a, 128.) Die Magistrats-Anträge, betreffend 17 Ansuchen vom 4. Quartal 1918 um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 9. Bezirkes, werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 1002, Str.B., 112.) I. Den während des Krieges als Aushelferinnen beschäftigten weiblichen Angestellten der städtischen Straßenbahnen, die nach Kundmachung dieses Beschlusses den Dienst freiwillig 14tägig kündigen, wird eine einmalige Abfertigung bewilligt, und zwar:

a) den am Tage der Kündigung bereits über ein Jahr Beschäftigten vier Wochenlöhne,

b) den am Tage der Kündigung bereits über zwei Jahre Beschäftigten acht Wochenlöhne,

c) den am Tage der Kündigung bereits über drei Jahre Beschäftigten zwölf Wochenlöhne,

die Lohnbeträge ohne Zulagen oder Prämien berechnet.

d) Allen diesen, sowie jenen mit Dienstzeit unter einem Jahr, aber von mindestens drei Monaten, ein Anschaffungsbeitrag von 180 K, falls ihnen ein solcher nicht in den letzten beiden Monaten vor dem Tage der Kündigung auf Grund eines allen Angestellten betreffenden Beschlusses ohnehin ausbezahlt wurde.

e) Allen diesen Kriegsaushelferinnen werden, soferne ihnen seit länger als drei Monaten Dienstkleider zugewiesen sind, diese Dienstkleider — mit Ausnahme der Dienstkappen — nach Ablieferung der Knöpfe und der Egalisierung belassen. Der zweite Mantel und eine etwaige in ihrem Besitz befindliche zweite Montur jedoch nur dann, wenn sie diese länger als ein Jahr zugewiesen haben.

II. Diese Abfertigungen werden an die folgenden Bedingungen geknüpft:

1. Der freiwillige Austritt kann nur im Einvernehmen und mit Genehmigung der Direktion erfolgen, welche den Endtermin, bis zu welchem solche freiwillige Austritte gegen die vorgeschriebene Abfertigung zugelassen werden, für die einzelnen Dienststellen entweder ein für alle Mal oder aber nach eigenem Ermessen für eine jeweils bestimmte Anzahl von freigegebenen Stellen bestimmt.

2. Als frühester Endtermin des freiwilligen Austrittes wird der 15. Februar bestimmt, doch kann die Direktion auch einen früheren Endtermin nach Dienstestauglichkeit gewähren.

3. Die Direktion muß den Endtermin, bis zu welchem der freiwillige Austritt zugelassen wird, den Angestellten der hiebei in Betracht kommenden Dienststellen mindestens 14 Tage vorher bekanntgeben.

4. Die Ankündigung soll im allgemeinen 14tägig erfolgen und läuft die Frist für die Berechnung der Abfertigung von dem Tage der Kündigung an; die Direktion hat das Recht auf die Einhaltung der Kündigungsfrist zu verzichten.

5. Wenn sich eine größere Anzahl von Kriegsaushelferinnen freiwillig zum Austritt meldet, als in den einzelnen Dienststellen jeweilig entbehrt werden können, so haben jene das Anrecht auf Berücksichtigung, welche nach dem Ausspruch des Direktionsarztes zur Dienstleistung aus Gesundheitsrücksichten weniger geeignet sind; doch kann die Direktion auch nach Anhören der Gründe aus Familienverhältnissen einzelne Bewerberinnen besonders berücksichtigen.

(P. Z. 996, Str.B., 118.) Den seit 1. November 1918 anläßlich der Demobilisierung aus dem Militärdienst heimgekehrten und in der Folge noch heimkehrenden Angestellten der städtischen Straßenbahnen wird eine Aushilfe von je 100 K bewilligt. Die Kosten hiefür werden auf das Konto „Demobilisierungskosten" des Geschäftsjahres 1919/20 verwiesen.

(P. Z. 997, Str.B., 4285/III.) Den vorübergehend für die Zeit des Ueberstandes als besondere Zugsführer für die Abfertigung des ganzen Zuges verwendeten Fahrbediensteten sowie den Platzdienst leistenden Fahrbediensteten wird eine Zulage von 1 K 60 h für eine ganze Schicht auf die Dauer der gegenwärtigen Verhältnisse (Kriegsdauer) rückwirkend ab 1. Jänner 1919 gewährt, gleichgiltig ob dies Wagenführer oder Schaffner betrifft. Dem Platzdienst sind auch die Signalposten, nicht aber Weichenwächter, Kuppler u. dgl. zuzuzählen.

(P. Z. 984, Str.B., 3.) Der Offizial der städtischen Straßenbahnen Rudolf Büsch wird mit 1. Jänner 1919 im Wege der Zeitbeförderung zum Ober-Offizial mit einem Jahresgehalt von 3000 K und einem jährlichen Quartiergeld von 1500 K befördert.

(P. Z. 983, Str.B., 119.) Dem Verkehrsführer Heinrich Hoberstorfer wird die Annahme des Gemeinderatsmandates für den Markt Perchtoldsdorf gestattet.

(P. Z. 886, Str. B., 4029.) Die von ihrer zuständigen Militärbehörde als vermißt bezeichneten Angestellten der städtischen Straßenbahnen gelten als gefallen, und zwar:

die Wagenführer Gustav Leimbach (Ende Dezember 1914) und Franz Krupka (Ende Juni 1915);

die Kondukteure Rudolf Klaban (20. August 1917), Ignaz Hable (6. Juli 1916), Franz Fischer (28. Juli 1916) und Josef Prochazka (16. August 1914).

Die den Genannten dienstordnungsmäßig oder auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 29. Juli 1914, P. Z. 11531, zustehenden Mobilisierungsgebühren sind mit Ende dieses Monates einzustellen und die ihren Angehörigen allenfalls satzungsmäßig oder auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 19. November 1914, P. Z. 15187, gebührenden Versorgungsgenüsse vom nächsten Monatsersten an anzuweisen.

(P. Z. 928, Str.B., 3390.) Die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen beantragte Regelung der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 3. Juli 1908, P. Z. 824, und dem Stadtrats-Beschlusse vom 4. Jänner 1910, P. Z. 18961, festgesetzte Entlohnung des Personales der städtischen Straßenbahnen für Schneesäuberungsarbeiten wird genehmigt und tritt mit dem Tage der Beschlußfassung in Kraft.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 901, M.A. XIV, 3030/17.) Die von Ing. Richard Herrmann angesuchte Abteilung der Einl.-Z. 714 des Grundbuches

Simmering als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-O. wird unter den Bedingungen des Stadtbauamtsberichtes vom 3. Mai 1918 bewilligt.

(P. Z. 975, B.D., 5008.) Dem Steinbrucharbeiter der städtischen Granitwerke in Oberösterreich Josef Glocker wird ab 6. Oktober 1918 auf die Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit, längstens aber bis 28. Juni 1919, eine durch die Werksleitung auszahlbare Unterstützung von 10 K 20 h wöchentlich bewilligt.

Berichterstatter StR. Pick:

(P. Z. 931, M.B.A. VII, 1363.) Dem Ansuchen der Grete Pollak um nachsichtsweise Uebernahme des Verpflegskostenrestbetrages von 35 K 20 h durch die Wiener Dienstbotenkrankenkassa wird Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 874, G.W., 4951.) Der Marie Kokosinsky, Witwe nach dem am 25. Dezember 1918 verstorbenen Heizer i. R. Otto Kokosinsky wird der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 277 K 82 h zuerkannt.

(P. Z. 923, G.W., 98.) Der Marie Cerweny, Mutter des am 21. Dezember 1918 verstorbenen Laternenwärters Josef Cerweny, wird der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag im Betrage von 424 K 97 h zuerkannt.

(P. Z. 876, GW., 3809.) Der Barbara Bartuschka, Witwe nach dem am 27. September 1918 verstorbenen Schlosser Franz Bartuschka, wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 767 K 30 h, den Kindern Franz und Stephanie Bartuschka ein Erziehungsbeitrag von je 153 K 46 h jährlich zuerkannt; ferner wird der Genannten der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 610 K 35 h angewiesen.

Den unmündigen Kindern der am 3. Oktober 1918 verstorbenen Schlosserswitwe Barbara Bartuschka, Franz und Stephanie Bartuschka, wird ein Erziehungsbeitrag von je 244 K 14 h jährlich vom 1. November 1918 an, unter gleichzeitiger Einstellung der früheren Erziehungsbeiträge, zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 925, G.W., 57.) Der Lidwina Marischka, Witwe nach dem gefallenen Gasmesserwärter Ladislaus Marischka, wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 608 K 61 h vom 9. Oktober 1917 angefangen, unter gleichzeitiger Einstellung der Aktivitätsbezüge des Verstorbenen und unter Verzicht auf den Rückersatz der vom 9. bis 27. Oktober 1917 bezogenen Kriegsunterstützung und Anschaffungszulagen, ferner der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 456 K 46 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 865, Wohn.A., 25.) Der Bericht des Wohnungsamtes der Stadt Wien über den Antrag des GR. Doppler und Genossen hinsichtlich des Zustandes der Hausbesorgerwohnungen wird zur Kenntnis genommen und zugestimmt, daß in der Angelegenheit an den städtischen Wohnungsfürsorge-Ausschuß berichtet werde.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 962, M.Abt. II, 9468.) Der Straßenarbeiterswitwe Agnes Pesau wird eine Abfertigung im Betrage von 620 K 50 h bewilligt.

(P. Z. 963, M.Abt. II, 8889.) Der städtischen Kutscherswitwe Marie Bruckner wird eine Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. Dezember 1918 an bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 964, M.Abt. II, 5408.) Der gerichtlich geschiedenen Gattin Mathilde Bulva des ehemaligen städtischen Steueramts-Offiziales Fritz Bulva wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. Jänner 1919 an bewilligt. Das weitere Ansuchen um Erhöhung der Gnadengabe wird abgewiesen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 965, M.Abt. II, 7577.) Das Ansuchen des provisorischen Wasserleitungsaufsehers Jakob Dobesch um neuerliche Erhöhung der Gnadengabe von jährlich 1200 K wird abgewiesen.

(P. Z. 958, M.Abt. II, 9607.) Der Ratsdienerswitwe Anna Tock wird eine Witwenpension im Jahresbetrage von 800 K bewilligt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 959, M.Abt. II, 953.) Der Straßenarbeiterswitwe Therese Babler wird eine Witwenpension im Jahresbetrage von 389 K 33 h bewilligt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 960, M.Abt. II, 9571.) Der Hauptkassa-Kontrollorswitwe Juliana Kern wird eine Witwenpension im Jahresbetrage von 2720 K vom 1. Dezember 1918 an angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 961, M.Abt. II, 9712.) Der Marktgebühreneinhebers-witwe Anna Straßer wird eine Witwenpension im Betrage von 750 K jährlich angewiesen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1000, Str.B., 397.) Dem deutschen Konsulat wird für den Beamten Emil Mayer zum Zwecke der deutschen Kriegerfürsorge ausnahmsweise eine Freikarte für das laufende Jahr bewilligt.

(P. Z. 1001, Str.B., 547/2.) Der Firma J. v. Petravic & Komp. wird die Lieferung von 3000 Stück Markierzangen zum Preise von 7 K für ein Stück übertragen. Die Gesamtkosten im Betrage von 21.000 K werden auf den Betriebsvoranschlag 1918/19 verwiesen, wo sie bedeckt sind.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 969, M.Abt. XXII, 143.) Der Magistrat wird ermächtigt, wegen Durchführung der erforderlichen Restaurierungsarbeiten hinsichtlich der künstlerischen Ausschmückung des Rathauskellers im Einvernehmen mit der Direktion der städtischen Sammlungen mit Künstlern in Verbindung zu treten. Ueber das Ergebnis der bezüglichen Verhandlungen ist ehestens an den Stadtrat zu berichten.

(P. Z. 967, M.Abt. XV, 805.) Den im Schulhause im 8. Bezirke, Piaristengasse 43, untergebrachten Knaben-Volksschulen wird gestattet, im Bedarfsfalle, jedoch nur im unbedingt notwendigen Ausmaße, von der künstlichen Beleuchtung der Lehrzimmer Gebrauch zu machen.

(P. Z. 1067, M.D., 532.) Die Gemeinde Wien tritt dem Vereine „Währingerschutz", Verein zur Erhaltung des Volksvermögens, gemäß § 6 der Vereinssatzungen mit einem Mitgliedsbeitrage von jährlich 100 K bei. Diese Auslage ist auf Ausgabs-Rubrik LII „Kriegsauslagen" zu verrechnen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzungen.

5. Bezirk, 10. Februar, 5 Uhr nachmittags.
16. „ 6. Februar, halb 5 Uhr nachmittags.

---

2. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.

Oeffentliche Sitzung vom 13. Jänner 1919.
Vorsitzender: BV. Max Berdiczower.
Schriftführer: Direktions-Adjunkt Karl Czasny.

Der Vorsitzende stellt die Beschlußfähigkeit fest, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Versammelten.

Er ersucht, ihn in seinen Arbeiten möglichst zu unterstützen, er erklärt, streng objektiv im Interesse des Dienstes und der Gemeinde Wien zu wirken.

Nach Verlesung der Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 9. Dezember 1918, deren Inhalt ohne Anstand genehmigt wird, geht der Vorsitzende in die Tagesordnung über und schreitet zur Erledigung des Einlaufes.

Freitag den 10. Jänner 1919 erfolgte durch Ober-Magistratsrat Dr. Loderer und im Beisein des Ober-Rechnungsrates der Stadtbuchhaltung Oberal die Uebergabe der Geschäfte der Bezirksvertretung vom früheren Vorsteher Dr. Ing. Leopold Blasel an den jetzigen Vorsitzenden.

Als Geschäftsführer der Karl Meißl-Stiftung wird Vorsitzender-Stellvertreter Ludikowsky gewählt.

Anträge.

BR. Lederer stellt den Antrag, die Bezirksvertretung wolle dahin wirken, daß eine direkte Straßenbahnverbindung des Bezirksteiles mit der inneren Leopoldstadt hergestellt werde.

BR. Lederer ersucht ferner, der Bezirksrat wolle beschließen, daß im 2. Bezirke ehebaldigst ein öffentliches Spital errichtet werde, da das in demselben befindliche Spital der Barmherzigen Brüder ein Privatspital ist und den Bedürfnissen des Bezirkes schon lange nicht mehr gerecht wird, da es ununterbrochen überfüllt ist.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

BR. Dr. Blasel beantragt, das Staatsamt für Heerwesen aufzufordern, sofort alle noch vom Militär besetzten Schulgebäude freizugeben, damit sie wieder instand gesetzt und dem nützlicheren Zweck der Jugenderziehung zugeführt werden.

Derselbe stellt ferner den Antrag, die Bezirksvertretung wolle den Stadtrat auffordern, alle Gesuche um Errichtung von Markthütten schleunigst im zustimmenden Sinne zu erledigen, um den unhygienischen Zuständen auf dem Karmelitermarkte bei den offenen Verkaufsständen ein Ende zu bereiten.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

BR. Dr. Blasel ersucht, den Herrn Bürgermeister aufzufordern, jetzt bei der Regierung die sofortige Eröffnung der Castellezgasse zu fordern, nachdem der Augarten Staatsgut geworden ist und die Herstellung ohne große Kosten geschehen kann, was einem langgehegten Wunsche des Bezirkes entsprechen würde.

Zu letzterem Antrag meldet sich StR. Emmerling zum Worte und berichtet, daß dagegen natürlich absolut nichts einzuwenden ist, erinnert sich aber, daß ein derartiger Antrag und Beschluß im Gemeinderate bereits gefaßt worden ist und jetzt der vorliegende Antrag höchstens als eine Unterstützung der im Gemeinderate gestellten Anträge aufgefaßt werden könne.

Hierauf wird der Antrag einstimmig angenommen.

BR. Trautner beantragt, in der Nähe des Kinderhortes in der Weiß-Au beim Ausgang der Schüttaustraße wegen Unfallsgefahr ein Geländer anbringen zu lassen.

Derselbe berichtet über die Reparaturbedürftigkeit des Stiegengeländers auf der Kronprinz Rudolfs-Brücke am linken Donauufer und ersucht um baldige Abhilfe, sowie die Eröffnung der Stiege am rechten Donauufer.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Sodann kommt der Hauptvoranschlag pro 1919/20 zur Sprache und ersucht der Vorsitzende die Mitglieder, in ihrem zugewiesenen Rayon Nachschau zu halten, ob nicht vielleicht Straßenherstellungen, Neupflasterungen, Umpflasterungen, Ausbesserungen, Aufstellung von Bedürfnisanstalten ꝛc. notwendig geworden sind, und bittet, die Wünsche bis 1. Februar 1919 bekanntgeben zu wollen. Anläßlich des Hauptvoranschlages entspinnt sich bezüglich der Rechte und Pflichten der Bezirksvertretung eine lebhafte Debatte, an welcher sich StR. Emmerling und die BR. Dr. Blasel Grünfeld, Nagy, Raab und Wimmer beteiligen. Schließlich verspricht StR. Emmerling, die Anträge und Wünsche der Bezirksvertretung im Rathhause jederzeit kräftigst zu unterstützen.

BR. Nagy wünscht, daß der Bürgermeister ersucht werde, daß in Hinkunft die Wünsche und Anträge der Bezirksvertretung voll und ganz anerkannt und auch durchgeführt werden.

BR. Deissenhammer bringt zur Kenntnis, daß er in der Zeitung gelesen habe, daß im Amtshause Leopoldstadt Amtshandlungen einer politischen Partei vorgenommen werden. Er stellt daher an den Vorsitzenden die Anfrage, ob dies zulässig sei; wenn eine Partei das Recht hat, so darf es auch anderen nicht verweigert werden.

Der Vorsitzende erwidert hierauf, daß er davon Kenntnis habe und wegen der Unzulässigkeit dieser Amtshandlung auf die Einstellung der Parteiarbeiten bestehen werde.

Zur Kenntnis genommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

3. Gemeindebezirk Landstraße.

Oeffentliche Sitzung vom 16. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Paul Spitaler.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Fischer.

Zu Beginn der Sitzung hält BV. Spitaler eine kurze Ansprache, in welcher er auf die neue Zusammensetzung der Bezirksvertretung hinweist; er bespricht weiters den Wirkungskreis der Bezirksvertretung, welcher größtenteils dem politischen Parteigetriebe entrückt sei, so daß sich bei objektivem und gerechtem Vorgehen zwar Meinungsverschiedenheiten aber keine Gegensätze ergeben könnten.

Hierauf stellt der Vorsitzende die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

BVSt. Maschina erklärt, daß seine Partei in die Bezirksvertretung eingetreten sei, um zu arbeiten; er stimme dem Vorsitzenden zu, daß eine gemeinsame, friedliche Arbeit möglich und bei anftauchenden Meinungsverschiedenheiten unter gegenseitiger Rücksichtnahme die Möglichkeit einer Verständigung immer vorhanden sei.

Die Aufnahmeschrift der am 19. Dezember 1919 abgehaltenen Sitzung, welche zur Einsichtnahme aufliegt, wird hierauf genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat Dezember 1918 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Einlauf.

Zuschrift des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Auflösung der Bezirksvertretung und die Betrauung des bisherigen Bezirksvorstehers mit der weiteren Geschäftsführung.

Im Anschlusse daran gelangt die Liste der gegenwärtigen Mitglieder der Bezirksvertretung zur Verlesung.

Dankschreiben des Herrn Bürgermeisters und des Herrn Vize-Bürgermeisters Hoß für die Neujahrswünsche der Bezirksvertretung.

Zur Kenntnis.

(36.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die provisorische Errichtung einer Straßenbahnhaltestelle der Linie 71 nächst der Steingasse.

Zur Kenntnis.

(41.) Laut Mitteilung der Bau-Abteilung VIII a hat der Stadtrat die Neupflasterung der Zaunergasse vor Or.-Nr. 1 und 3 mit dem Kostenbetrage von 17.409 K 98 h genehmigt.

Anträge, Anfragen ꝛc.

Die BR. Lindner und Presburger werden zu Berichterstattern in Stiftungs-Angelegenheiten gewählt.

BVSt. Maschina ersucht um Bekanntgabe des Stiftungskapitals in der nächsten Sitzung.

BR. Klement wird bis auf weiteres znm Berichterstatter über die Vergebung von Standplätzen für Kastanienbrater und Sodawasser-Verschleißer bestellt.

Schluß der Sitzung.

12. Gemeindebezirk, Meidling.

Oeffentliche Sitzung vom 18. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Adlersflügel.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Kommissär Dr. Trönle.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 13. November 1918 abgehaltenen Sitzung wird ohne Verlesung genehmigt.

Der Vorsitzende begrüßt die seit ihrer Kriegsdienstleistung zum ersten Male wieder zur Sitzung erschienenen BR. Franz und Hartl, gibt bekannt, das BR. Gretzer sein Mandat mit Schreiben vom 14. November 1918 zurückgelegt hat und dankt demselben für seine bisherige Mitarbeit.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung XXII, betreffend die Ernennung des Pfarrers von Hetzendorf Adolf Sedlaczek zum Stadtdechant.

Zur Kenntnis.

Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes XII, betreffend die Straßenverstellung in der Seumegasse beim Betriebe des Schmiedes Wenzel Knesl.

Es wird beschlossen, mit Rücksicht auf die Zusicherungen des Knesl drei Monate zuzuwarten und dann im Falle neuerlicher Straßenverstellungen den Pachtvertrag aufzulösen.

Anträge.

Die BR. Hanslick, Gerhold, Trulay und Zörkler beantragen, unter Hinweis auf die wiederholten vergeblichen Eingaben neuerlich die schleunige Entfernung oder den Umbau der Meidlinger Reiterkaserne. Angenommen.

BR. Ellinger beantragt die eheste Herstellung einer direkten Verbindung „Stadt—Meidling" der städtischen Straßenbahnen. Angenommen.

BR. Köppl beantragt, daß in den Schulen und Berufsberatungsstellen darauf hingewirkt werde, daß die Kinder lieber ein Handwerk erlernen, anstatt in früher Jugend als Hilfsarbeiter Geld zu verdienen oder die Zeit auf Studium zu verwenden, das ihnen keine passende Stelle verschaffen kann. BR. Isnenghi erklärt, daß der Ortsschulrat seit langem alles Menschenmögliche in dieser Richtung unternehme, daß aber die Eltern zu den Besprechungen nicht kommen.

Der Antrag wird angenommen.

Die BR. Hager und Wizlsperger beantragen, daß im Zuge der Schöpfergasse die sogenannte Fasanerie des Schönbrunnergartens abgeteilt und der rückwärtige Teil frei zugänglich gemacht werde. Angenommen.

Dieselben beantragen, daß ein Verbindungsweg von der Breitenfurterstraße hinter dem Schloßgarten durch den Südbahn-Viadukt zur Hetzendorfer Rosenkranzkirche geschaffen werde. Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

14. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.

Oeffentliche Sitzung vom 20. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Kunz.

Schriftführer: Kanzleileiter Pallinger.

Nach Begrüßung der Anwesenden und Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet. Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 22. November 1918 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Der Vorsitzende bringt zunächst zur Kenntnis, daß BR. Raimund Frühwirth sein Mandat als Bezirksrat zurückgelegt hat. Wird zur Kenntnis genommen.

Voranschlag:

Weiters berichtet der Vorsitzende über das Präliminare für das Verwaltungsjahr 1918/19 mit einem Gesamterfordernisse von 1,654.563 K, bemerkt, daß dasselbe wie im Vorjahre gehalten ist und beantragt das Präliminare zur Annahme. Zustimmung.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

17. Gemeindebezirk, Hernals.

Oeffentliche Sitzung vom 23. Dezember 1918.

Vorsitzender: BV. Kretschek.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Friers.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet und widmet dem am 12. Dezember 1918 verstorbenen BVSt. Ploner einen warm empfundenen Nachruf.

Es gelangen sodann die aus Anlaß des Ablebens des Herrn BVSt. Ploner der Bezirksvertretung zugekommenen Beileidsschreiben des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, der Bezirksvorstehungen 1, 9, 10, 21, der Armen-Institutsvorstehung 17, des Redemptoristenkollegiums, der Staatsgewerbeschul-Direktion und der Ober-Vorstehung des Offizierstöchtererziehungs-Institutes in Hernals zur Verlesung.

Einlauf.

Z. 2332/18. Der Verein zur Förderung der Interessen von Dornbach-Neuwaldegg übermittelt eine Abschrift seiner Eingabe an den Herrn Bürgermeister um Umbenennung der Wilhelminenbergstraße im 17. Bezirke zwecks Vermeidung der Verwechslung derselben mit der Wilhelminenstraße im 16. Bezirke mit dem Ersuchen um Unterstützung des Begehrens durch die Bezirksvertretung. Dieselbe befürwortet mit Stimmeneinhelligkeit aus den in der Eingabe angeführten Gründen das Ansuchen des genannten Vereines.

Die Magistrats-Abteilung X teilt mit Schreiben vom 2. Dezember 1918 mit, daß die Verhandlungen wegen Erweiterung des Hernalser Friedhofes mit Frau Fuß wieder eingeleitet wurden; zur Kenntnis.

Es wird sodann die Statistik der Arbeitsleistung der Bezirksräte und der Bezirkskanzlei im Jahre 1918 bekanntgegeben und zur Kenntnis genommen; die Agenden betrugen mit Ausschluß der Armen-Institutskanzlei in der Bezirksvertretung und im Ortsschulrate 28.016 Stücke. Das Armen-Institut konnte heuer keine Zusammenstellung vorlegen, da die Kassa, die die Behelfe liefern sollte, infolge Ueberbürdung mit anderer Arbeit, außerstande war, die nötigen Daten aufzustellen; dies wird erst im Jänner möglich sein. Der Herr Bezirksvorsteher hält sodann an die Anwesenden eine Ansprache, in der er unter anderen sagte:

Meine Herren! Wir haben heute als Funktionäre der Bezirksvertretung die letzte Sitzung gehabt, somit in der Sitzung als Bezirksvertretungsmitglieder das letzte Mal funktioniert. Die Bezirksvertretungen als solche kommen im Laufe dieser Woche in Gemäßheit des Erlasses der n.-ö. Landesregierung vom 22. Dezember 1918, Z. XI b 795, zur Auflösung. Wir haben durch acht Jahre, darunter durch mehr als vier Kriegsjahre, gewirkt und können uns sagen, daß unser Wirken stets die Interessen der Bevölkerung des Bezirkes im Auge hatte und von vielen und schönen Erfolgen begleitet war. Ich danke jenen Freunden und Kollegen, welche in dem bis zur Durchführung der Neuwahlen zu kreierenden Beirate nicht mehr tätig sein werden. Es sind dies die Bezirksräte Ferdinand Bittermann, Johann Lynge und Franz Swoboda.

BR. Zimmel dankt dem Vorsitzenden für seine kollegialen Worte.

BR. Patz erhält zum Schlusse der Sitzung das Wort und widmet dem Vorsitzenden wärmste Wort der Anerkennung und des Dankes für seine unermüdliche Arbeit im Dienste des 17. Bezirkes.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

20. Gemeindebezirk, Brigittenau.

Der für ein christlichsoziales Mandat als Bezirksrat vorgeschlagene Karl Glaser hat erklärt, aus Gesundheitsrücksichten der Berufung nicht Folge leisten zu können. An seiner Stelle wurde Josef Nykodem, Post-Unterbeamter, 20., Kunzgasse 4, in die Bezirksvertretung Brigittenau entsendet.

---

21. Gemeindebezirk, Floridsdorf.

Oeffentliche Sitzung vom 16. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Franz Bretschneider.

Der Vorsitzende konstatiert die Beschlußfähigkeit und eröffnet die Sitzung. Nachdem gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 28. November 1918 keine Einwendung erhoben wird, erklärt der Vorsitzende dieselbe für genehmigt. Vor Eingang in die Tagesordnung hält der BV. Bretschneider eine Ansprache, in der er die Gründe der Neuordnung der Bezirksvertretung erörtert und die Mitglieder ersucht, ohne Hervorkehrung der politischen Gegnerschaft für das Wohl der Bevölkerung des Bezirkes zu arbeiten.

In demselben Sinne spricht BVSt. Scholz und beantragt daher, auch der abgetretenen Bezirksräte zu gedenken und ihnen den Dank der Bezirksvertretung für ihr bisheriges ersprießliches Wirken auszusprechen.

Der Vorsitzende bemerkt, daß man diesem Antrage zustimmen könne, weil ja gegen die abgetretenen Bezirksräte persönlich nichts vorliege und dieselben nur infolge der geänderten politischen Verhältnisse zurücktreten mußten.

Der Antrag des BVSt. Scholz wird hierauf angenommen.

Mitteilungen.

Ausweis über die Geschäftsführung der Bezirksvertretung des 21. Bezirkes im Jahre 1918.

Die Uebernahme des vor dem Hause des Franz Zehetbauer in Groß-Jedlersdorf, Frauenstiftgasse Nr. 5 hergestellten Trottoires in die fernere Erhaltung der Gemeinde Wien wird bewilligt.

Der Magistrat gibt bekannt, daß die Räumung der Hauskanäle und Senkgruben im 21. Bezirke auch weiterhin durch die städtische Unternehmung für die Räumung der Straßenkanäle besorgt werden kann, und zwar gegen Ersatz der der Gemeinde Wien dadurch erwachsenden Auslagen.

Diese Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

BR. Jisdra stellt den Antrag, den Herrn Bürgermeister auf ein Referat der „Garten-Zeitung" aufmerksam zu machen, in welchem verschiedene Anregungen, betreffend Gemüse- und Kleingärten, enthalten sind, und ihn zu ersuchen, die darin niedergelegten Vorschläge prüfen und alle ausführbaren Schritte — insbesondere mit Bedachtnahme auf die Verhältnisse im 21. Bezirke — durchführen zu lassen.

Der Vorsitzende bemerkt, daß dieser Antrag von ganz besonderer Wichtigkeit für eine bessere Lebensmittelversorgung sei; was bisher ein Notbehelf war, wird in Zukunft zur Notwendigkeit.

BR. Sild unterstützt den gestellten Antrag auf das Wärmste und bemerkt, daß wir bezüglich der Gemüselieferung schon vor dem Kriege zum großen Teile auf das Ausland angewiesen waren. Er möchte wünschen, daß auch schon die Kinder in der Schule über die Aufgaben des Kleingartenbaues unterwiesen würden.

BR. Schulteis entgegnet, daß fast alle Schulen Kriegsgemüsegärten hatten, wo die Kinder entsprechende Belehrung und Unterweisung erhielten.

BV. Hummelberger unterstützt ebenfalls den gestellten Antrag.

Derselbe wird bei der Abstimmung auch einstimmig zum Beschlusse erhoben.

BR. Sild beantragt:

Die Gemeinde Wien wolle die nötigen Schritte unternehmen, daß die Kagraner Kaserne in ein Spital ehestens umgewandelt werde.

BR. Thoma bemerkt, daß seine Partei schon seit vielen Jahren immer und immer wieder auf die unbedingte Notwendigkeit der Errichtung eines Spitales im 21. Bezirke hingewiesen habe. Er begrüßt daher den gestellten Antrag.

Der Vorsitzende betont, daß durch diesen Antrag eines der wichtigsten Kapitel des 21. Bezirkes angeschnitten sei und daß man unverdrossen dahin arbeiten müsse, daß die Errichtung eines Spitales in Floridsdorf baldigst zur Tat werde.

Der gestellte Antrag wird hierauf einstimmig zum Beschlusse erhoben.

BR. Sild beantragt ferner:

Die Fahrtdauer der elektrischen Straßenbahnzüge von Wien Endstation nach Floridsdorf Am Spitz auf mindestens 23 Minuten herabzusetzen und entsprechend auch die Geschwindigkeit der nach Stammersdorf weiter geleiteten Züge.

Dieser Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch den Bezirksvorsteher einstimmig angenommen.

Wahlen.

Durch das Ableben der Armenräte Josef Glaser und Josef Loibl sind zwei Armenratsstellen frei geworden.

Die Armen-Institutsvorstehung bringt hiefür in Vorschlag:

Franz Dreßler, Ober-Revident der Staatsbahnen in Wien, 21., Angererstraße 28.

Josef Weichselberger, städtischer Lehrer in Wien, 21., Leopoldauerplatz 46.

Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter beantragt, diesem Antrage zuzustimmen.

Abgestimmt wird mit Stimmzettel.

Als Stimmlistenführer werden die BR. Amadeo und Schulteis bestellt.

Abgegeben werden 29 Stimmen, welche sämtlich auf die Vorgeschlagenen lauten.

Wahl eines Ersatzmannes in den Schul-Ausschuß der allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschule für den 21. Bezirk.

Nachdem das Mitglied Johann Schöpfleuthner seine Stelle als Mitglied zurückgelegt hat und an seine Stelle Herr Karl Brosch als Mitglied einberufen wurde, ist ein Ersatzmann zu wählen.

BR. Heider bringt hiefür in Vorschlag:

Ferdinand Pölz, Mechaniker und Bezirksrat, Wien, 21., Brünnerstraße 35.

Abgestimmt wird mit Stimmzettel.

Als Stimmprüfer werden die BR. Amadeo und Schulteis bestellt.

Abgegeben werden 28 Stimmen, welche sämtlich auf Ferdinand Pölz lauten.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Der Wiener Stadterweiterungsfonds.

Eine Denkschrift der Gemeinde Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat im Sinne eines vom Stadtrate am 22. Jänner gefaßten Beschlusses nachstehende Denkschrift über die Rechtsverhältnisse der Gemeinde Wien zum Wiener Stadterweiterungsfonds an den deutschösterreichischen Staatsrat gerichtet und die Bitte gestellt, auf der in der Denkschrift dargestellten Grundlage Unterhandlungen anzuordnen.

Der Bau der Festungswerke der Inneren Stadt reicht bis ins Mittelalter zurück. Damals bildeten die Städte fast souveräne Gemeinwesen, in deren Wirkungskreis auch die Befestigung und Verteidigung der Stadt gehörte; auch die Festungswerke zählten geradeso wie die Straßen und Plätze zu ihrem öffentlichen Eigentume. Mit der späteren Ausbildung der Landeshoheit, die im 18. Jahrhundert in dem absoluten Polizeistaate ausmündete, sind zwar die Rechte der Städte auf die Festungswerke stark abgeschwächt worden, ein förmlicher Uebergang des Eigentums an Festungsboden samt Glacis an die Staatsverwaltung war aber damit nicht verbunden. Die bestehenden Eigentumsrechte wurden lediglich aus öffentlichen (militärischen) Rücksichten beschränkt und namentlich die im Rayon der Festung liegenden Grundstücke waren bloß mit dem sogenannten Rayonsservitut belastet, wonach sie nicht in solcher Weise bebaut und benützt werden durften, daß die militärische Verteidigung der Festung erschwert oder behindert würde.

So lagen auch die Verhältnisse bei den Festungswerken von Wien bis zum Jahre 1814, und aus zahlreichen Urkunden, die im Archiv der Stadt Wien erliegen, geht in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise hervor, daß die Gründe der aufgelassenen Festungswerke der Inneren Stadt und namentlich der anschließende Festungsrayon (Glacis, Esplanade oder Abbruch) bis zum Jahre 1814 im Besitze der Stadt Wien standen, und daß auch das Eigentum daran von der Stadtverwaltung, abgesehen von einzelnen Streitigkeiten zwischen Magistrat und Festungsbehörden, nicht ernstlich bestritten wurde.

So wurde mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. August 1767 dem Fortifikatorium die angemaßte Einhebung von Taxen, Steuern und Abgaben von den Gebäuden, Hütten und Ständeln auf der Bastei und Glacis und unter den Stadttoren über eine Beschwerde des Magistrates untersagt und diese Abgaben wurden fortan bis zum Jahre 1818 durch das Steueramt des Magistrates unter der Benennung „fortifikatorische Steuern" unausgesetzt eingehoben.

Durch die Allerhöchste Entschließung vom 3. März 1781 wurde den Wiener Grundobrigkeiten sogar ausdrücklich eingeräumt, daß sie . . . die Glacisgründe, abgesehen davon, daß sie die Wege mit Bäumen bepflanzen können, „vollkommen und als ein beständiges Eigentum beständig genießen, Kuchel- oder Krautgärten darauf anlegen und entweder in Bestand verlassen oder selbst benutzen können, jedoch immer dergestalt, daß keine gemauerte Häuser allda aufgerichtet, keine Verplankungen gemacht und nicht so tief gegraben werde, daß es an denjenigen Orten, wo Minengänge bestehen, diesen wesentlich nachteilig sein könnte".

Zahlreiche Urkunden aus dem 17. und 18. Jahrhundert beweisen die Verwendung der Glacisgründe zu Gemeindezwecken aller Art: so wurde ein Teil des Glacisraumes vor dem Schottentor zur bürgerlichen Schießstätte verwendet; vor dem Neutor und den Häusern in der Roßau bestand der alte städtische Arsenal- und Flötzstadel samt Nebengebäuden; die Stadt Wien hatte innerhalb der Abbruchstangen ein Preßhaus, Keller und andere Gebäude ein Flachdach, Ziegelstadel und den Metzenstadel. Von den verschiedenen Marktplätzen lassen sich aus der ältesten Zeit urkundlich nachweisen: der Ochsengries vor dem Stubentore, die Holzgestätte untern den Weißgärbern, die Holzplätze vor dem Schotten- und Neutore, der Holzmarkt vor dem Kärntnertore, der Getreidemarkt ebendaselbst, ferner Kalk-, Obst- und Tandelmarkt ꝛc.

Der Magistrat überließ ferner von den ältesten Zeiten her an Parteien Gründe und Plätze im Glacis, teils zur Errichtung von Verkaufsständen und Hütten, teils zu Lagerplätzen, zur Bewasung und anderem Gebrauch. Das untere und das obere Freihaus auf der Laimgrube, obwohl größtenteils in dem alten fortifikatorischen Bezirke gelegen, sind im Privateigentume der Stadt Wien gewesen. Anläßlich der Verhandlungen über die Herstellung eines Kanalhafens am Glacis hat der Magistrat in dem hohen Regierungsprotokolle vom 20. Dezember 1799 sein Eigentumsrecht auf den Grund und Boden, der durch den Bau in Anspruch genommen wurde, sich ausdrücklich vorbehalten. Schon diese wenigen Proben beweisen klar Besitz und Eigentum der Gemeinde Wien, wogegen für Ansprüche des Staates auch nicht ein einziger Beleg beigebracht werden kann.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde durch ein Rechtsgutachten der Kammerprokuratur (1806/7) ein völliger Umschwung herbeigeführt. Die Kammerprokuratur ging von der Anschauung aus, daß der Grund und Boden des Festungsbezirkes in seiner weitesten Ausdehnung einen Bestandteil der Festung bildet und, da diese ein Staatseigentum sei, so müsse es auch der Grund und Boden sein, der zur Festung gehört.

Dieses Gutachten ist in seiner Gänze, in seinen Voraussetzungen und Schlußfolgerungen grundfalsch und zeigt eine solche Oberflächlichkeit juristischen Urteiles, daß man — wie es mit Recht in einem Berichte des Magistrates heißt — fast an dem guten Glauben des Verfassers des Gutachtens zweifeln könnte. Selbst von den Regierungsbehörden (Bericht der n.-ö. Regierung an die Hofkanzlei vom 18. April 1807) wird dieses Gutachten einer ungemein scharfen Kritik unterzogen und werden ihm gegenüber die Rechtsgründe des Magistrates für das Eigentum der Gemeinde Wien ins hellste Licht gestellt, was am schönsten in den Worten zum Ausdrucke kommt: „daß für den Magistrat Recht und Besitz das laute Wort führen".

Dieses wohl beispiellos dastehende Rechtsgutachten eines fachjuristischen Staatsamtes hat den damals allmächtigen Zivil- und Militärverwaltungsbehörden die Rechtsgrundlage geliefert, der Stadt Wien ihre wohlerworbenen und durch Jahrhunderte ausgeübten Privatrechte an den ausgedehnten und später so wertvoll gewordenen Glacisgründen von 80.000 Geviertklafter einfach wegzunehmen.

Mit der Allerhöchsten Entschließung vom 3. Dezember 1814 wurde Besitz und Eigentum an den Festungswerken samt Glacisgründen den Festungsbehörden zugesprochen.

Die Gemeinde wollte die Angelegenheit im Jahre 1815 im gesetzmäßigen Wege austragen und ersuchte um die staatsbehördliche Bewilligung zur Betretung des Rechtsweges, was aber mit dem Hofkanzlei-Dekret vom 30. November 1815 rundweg mit der

Begründung verweigert wurde, daß die Angelegenheit schon Allerhöchsten Ortes entschieden sei. Dieser Vorgang ist ein Akt von Kabinettsjustiz, der selbst für die Zeit des absoluten Polizeistaates ohne Beispiel war und in einem Referate des GR. Dr. Vogler vom Jahre 1889 mit Recht als Spoliation (Rechtsraub) bezeichnet wird.

Die Begründung des Hof-Dekretes vom Jahre 1815: „es kann demnach von einer neuen Erörterung dieses schon Allerhöchsten Ortes entschiedenen Gegenstandes und von der Zuweisung desselben auf dem Rechtswege keine Rede sein", und der gemessene Auftrag an den Magistrat, sich genau nach der Allerhöchsten Entschließung zu benehmen, kennzeichnen den kategorischen Charakter der kaiserlichen Verfügung. Einer solchen Verfügung gegenüber aber ist der Gemeinde Wien keinerlei Rechtsmittel zugebote gestanden. Trotzdem beibt die Verfügung von 1814 eine Rechtsbeugung.

Einmal schien es, als sollte das alte schwere Unrecht teilweise wieder gutgemacht werden. Mit lebhafter Genugtuung vernahm die Wiener Bevölkerung die Botschaft des kaiserlichen Handschreibens vom 20. Dezember 1857, womit die Auflassung der Befestigungen bewilligt und aus dem dadurch gewonnenen Vermögen der später sogenannte Wiener Stadterweiterungsfonds mit der Zweckbestimmung gestiftet wurde, die Innere Stadt zu erweitern und die Residenz- und Hauptstadt zu regulieren und zu verschönern. Allein die Wiener Bevölkerung ward schwer enttäuscht.

Die Verwaltung dieses Stadterweiterungsfonds wurde dem k. k. Ministerium des Innern übertragen und der Gemeinde Wien jeder Einfluß darauf verwehrt. Da er ein eigener, vom Staatsvermögen (Aerar oder Fiskus) getrenntes Rechtssubjekt bildete, vermochte sich die Regierung auch jeder parlamentarischen Kontrolle ihrer Gebarung zu entziehen.

Nach dem Worte des kaiserlichen Handschreibens war der Zweck der Auflassung der Festungswerke die Erweiterung der Inneren Stadt, ferner die Regulierung und Verschönerung der Hauptstadt. Der Baufonds sollte nun dazu dienen, die durch diese Maßregeln dem Staatsschatze erwachsenen Auslagen, insbesondere auch die Kosten der Herstellung öffentlicher Gebäude zu bestreiten.

Unter öffentlichen Gebäuden sind aber nicht bloß Staatsgebäude, sondern auch andere öffentliche Gebäude, insbesondere das Stadthaus zu verstehen. Nach dem Stiftbriefe wäre daher der Fonds zu einer entsprechenden Beitragsleistung für alle diese Bauten verpflichtet gewesen. Die Regierung hat aber an einer Auslegung festgehalten, nach welcher aus dem Stadterweiterungsfonds nur die Kosten der vom Staate geführten Bauten zu bestreiten waren, obwohl gerade die Errichtung dieser Gebäude dem Staate ohnehin obgelegen wäre.

In der fiskalischen Verwertung der Grundflächen ist die Regierung bis an die äußersten Grenzen gegangen. Die Baugründe wurden parzelliert und daraus — abgesehen von den Straßengründen und den Parkplätzen — Hunderte von Bauplätzen und Baustellen geschaffen, wovon einige als Baugründe für staatliche Gebäude, zum Beispiel Justizpalast, Parlament, Oper, verwendet wurden, während die überwiegende Mehrzahl zu hohen Preisen an Private verkauft worden sind.

Die Stadt Wien aber erhielt nicht einmal den Platz für das neue Rathaus unentgeltlich, geschweige denn einen Baukostenbeitrag, sondern sie mußte den Baugrund um 257.000 fl. kaufen, obwohl in dem kaiserlichen Handschreiben ausdrücklich bestimmt war, daß bei der Stadterweiterung auch auf die Herstellung eines Stadthauses Bedacht zu nehmen sei.

Wohl aber mußte die Gemeinde die Kosten für die Anlage der Straßen und Kanalisierung, der Beleuchtung, der Erweiterung der Passagen in der Inneren Stadt, der öffentlichen Gärten u. s. w. tragen, während gleichzeitig ihre Einnahmen durch die von staatswegen dekredierte außerordentlich langfristige Befreiung der verbauten Fondsgründe von den Gemeindeumlagen geschmälert worden sind.

Auch der Bestimmung des kaiserlichen Handschreibens, daß auf die Herstellung von Brücken und Markthallen Bedacht zu nehmen ist, wurde in ungenügender Weise entsprochen. Nach einer im Jahre 1883 vorgenommenen Berechnung haben die der Gemeinde aus der Stadterweiterung erwachsenen Ausgaben bereits damals eine gewaltige Höhe erreicht; die im Zuge befindlichen Berechnungen des Stadtbauamtes werden eine bedeutend höhere Summe ergeben und zeigen, wie gering die Beitragsleistung des Stadterweiterungsfonds war. Schon bisher wurde eine Belastung der Gemeinde für Kanäle, Straßen und Gartenherstellungen auf Stadterweiterungsgründen allein ein Kostenbetrag von 15,523.854 K festgestellt.

Die von der Gemeinde im Jahre 1860 unternommenen Versuche, die Fondsgründe gegen eine Entschädigung von 12 Millionen Gulden abzulösen oder wenigstens einen Beitrag zu den Kosten der erwähnten öffentlichen Bauten zu erlangen, blieben ohne jeden Erfolg; es wurde nur die Abgabenfreiheit aus dem Titel der Bauführung von 30 Jahren später auf 15, beziehungsweise auf 10 Jahre herabgesetzt.

Die Gemeinde hat endlich noch im Jahre 1897 den Versuch gemacht, eine Vergütung für das ihr angetane Unrecht zu erlangen und beim Ministerium des Innern um die Bewilligung eines auf 15 Jahre verteilten Beitrages von 15 Millionen Gulden aus dem Stadterweiterungsfonds für Zwecke der Stadtregulierung angesucht. Auch dieses Ansuchen wurde zufolge Allerhöchster Entschließung mit der Begründung abgewiesen, daß das Fondsvermögen nur mehr 14 Millionen Gulden betrage und sonach hinter dem für den Ausbau der Hofburg in Aussicht stehenden Aufwand wesentlich zurückbleibe.

Da drängt sich wohl die Frage auf, wohin die Riesenwerte gekommen sind, die aus der Auflassung der ausgedehnten Festungsgründe von etwa 80.000 Geviertklafter gewonnen wurden. Darüber aber fehlen der Oeffentlichkeit verläßliche Anhaltspunkte, da sich, wie erwähnt, der Stadterweiterungsfonds der parlamentarischen Kontrolle entzogen hat und auch der Gemeinde jeder Einblick verwehrt war.

Laut Grundbuch betragen die Einnahmen des Fonds für Gründe- und Häuserverkauf rund 128,000.000 K, während seine Ausgaben für Einlösungs- und Herstellungsbeträge etwa 45,000.000 K ausmachen. Von dem Restbetrage von 83,000.000 K sind jedenfalls die Baukosten von auf den Gründen des Stadterweiterungsfonds errichteten staatlichen Gebäuden, wie der Hofburg, der Hofmuseen, der Hofoper, des Hofburgtheaters samt Nebengebäuden gedeckt worden.

Mit Recht kann die Oeffentlichkeit verlangen, daß durch Veröffentlichung der Fondsgebarung volle Klarheit über die Verwendung der Mittel des Fonds geschaffen werde. Aber schon heute unterliegt es nach dem Gesagten keinem Zweifel, daß die Fondsverwaltung in einer rein fiskalischen, den Absichten des Allerhöchsten Handschreibens nicht entsprechenden und die Gemeindefinanzen von Wien

äußerst schädigenden Weise geführt wurde, so daß dem Unrechte von 1814/15 ein neues hinzugefügt wurde, dessen Wirkungen noch fortdauern und klar zutage liegen.

So steht die Wiener Bevölkerung heute vor der Tatsache, daß aus einem Vermögen, das zur Gänze unbestritten der Stadt Wien gehört hat und ihr durch einen beispiellosen Rechtsraub entzogen wurde, staatliche Gebäude aufgeführt wurden, zu deren Errichtung das ganze Reich verpflichtet gewesen wäre, und daß die Stadt obendrein noch die Straßenherstellungen im neu verbauten Teile sowie die kostspieligen Gebäudeeinlösungen zur Verbesserung der Zufahrtsstraßen zu den Staatsbauten u. s. w. fast ganz aus eigenem bestreiten mußte. Unermeßliche Werte sind ihr widerrechtlich genommen und Riesenlasten auferlegt worden; ein schreiendes Unrecht ist der Stadt geschehen und ein unberechenbarer Schaden zugefügt worden.

Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien hat während der 100 Jahre kaum eine Gelegenheit versäumt, auf das ihr angetane Unrecht hinzuweisen. Es ist hoch an der Zeit, daß jetzt am Beginne einer neuen Aera, dem tief verletzten öffentlichen Rechtsempfinden durch möglichste Wiedergutmachung des der Stadt Wien zugefügten Unrechtes Genüge geschehe. Hiezu wäre der direkteste Weg die Rückgabe der Stadterweiterungsfonds in das Eigentum der Gemeinde Wien, aus deren Vermögen er ja geschaffen wurde. Damit wäre zwar das in den Jahren 1814 und 1815 begangene und mit der Gebarung des Stadterweiterungsfonds fortgesetzte Unrecht noch lange nicht gut gemacht, denn die unentgeltliche Abtretung bedeutender Grundkomplexe an das k. k. Aerar und an das k. u. k. Hofärar sowie die Verwendung des größten Teiles der Mittel des Fonds zur Errichtung der Hofmuseen, der Hofoper, des Hofburgtheaters, der neuen Hofburg, des Maria Thersien-Monumentes ꝛc. wird nur im Wege von Verhandlungen über diese ärarischen Gebäude und über die Krongüter ausgeglichen werden können. Aber durch die Rückgabe des Stadterweiterungsfonds an die Gemeinde würde dieser, wenigstens soweit der Fonds reicht, das Ihrige zurückgegeben werden.

Baubewegung

vom 1. Februar bis 4. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10 bis 19 und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten

16. Bezirk: Ebenerdiges Fabriksgebäude, Ecke Odoakergasse und Wögingergasse im 16. Bezirke, von Warchalowski, Eißler & Komp., 16., Sandleitengasse 24, Bauführer Leopold Roth (19).

Adaptierungen.

1. Bezirk: Kolowratring 14, von der Allgemeinen Depositenbank, ebenda, Bauführer Stigler & Rous (189/190).
3. Bezirk: Rottendorferstraße 13, von Franz Kuntner, ebenda, Bauführer F. Gutmann (171).
" " Rennweg 94, von J. Riedl, Bauführer J. Kotschi (176).
" " Zaunergasse 1, von der A.-G. für Mineralölindustrie, Bauführer die Oesterr. A.-G. für Bau-Unternehmungen (179).
3. Bezirk: Weißgärberlände 6, von Ludw. Großmann, 9., Liechtensteinstraße 22, Bauführer Max Neuwirth (184).
4. Bezirk: Weyringergasse 14, von Friedr. Marmorek, 18., Hockegasse 77 a (242).
" " Mitterfteig 15, von Ferd. Böhm, 15., Dingelstedtgasse 19 (246).
7. Bezirk: Kaiserstraße 79, von Heinr. Weiß, Bauführer Th. Loskot (181).
" " Schottenfeldgasse 49, von Joh. Wichtl, ebenda, Bauführer Barak & Czada (231).
20. Bezirk: Brigittaplatz 5, von Rudolf Bohrn, 20., Rauscherstraße 19, Bauführer L. Duchlik (177).

Diverse geringere Bauten.

1. Bezirk: Eisenbetonkonstruktion, Freyung, Renngasse, von der Oesterr. Kreditanstalt, ebenda, Bauführer Oesterr. A.-G. für Bau-Unternehmungen (178).
20. Bezirk: Kanalherstellung, Treustraße 16 und Wolfsaugasse 9, von Joh. Haubenhofer, 18., Canongasse 5 (241).

Gesuche um Parzellierungen.

19. Bezirk: Unter-Döbling, Einl.-Z. 256, 255, 248, von Friedr. Berl (175).
21. Bezirk: Groß-Jedlersdorf, Einl.-Z. 119, von Rosa Dattler (172).

Gemeindevermittlungsämter.

Verhandlungstage im Februar 1919:

Margareten und Neubau 5., 12., 19. und 26.

Wohnungsamt der Stadt Wien.

Monatsbericht für den Dezember 1918.

Mit 31. Dezember 1918 waren 315 leerstehende (0·056 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes) Wohnungen angemeldet, gegenüber 259 im Vormonate (0·047 Prozent). Es ergibt sich sohin eine kleine Zunahme um 56 Wohnungen. Ein großer Teil der leerstehenden Wohnungen besteht aber nach dem Ergebnis der Kontrolle aus Kellerwohnungen oder sonst kaum bewohnbaren Unterkünften.

Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 233 (0·057 Prozent aller Kleinwohnungen), der kleineren Mittelwohnungen 40 (0·077 Prozent aller kleineren Mittelwohnungen), der größeren Mittelwohnungen 20 (0·028 Prozent aller größeren Mittelwohnungen), und der großen Wohnungen 22 (0·081 Prozent aller großen Wohnungen).

Die leerstehenden Geschäftslokalitäten haben im Berichtsmonate mit 2847 gegen 2899 im Vormonate November einen weiteren Rückgang zu verzeichnen.

Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises ist stetig im Steigen begriffen. Im Monate Dezember betrug die Besucherzahl 6261 gegenüber dem Vormonate mit 5585.

Durch die Organe des Wohnungsnachweises der Stadt Wien wurden 1018 Wohnungen und Geschäftslokalitäten revidiert.

Wohnungsnachweis der Stadt Wien.

Uebersicht der mit 31. Dezember 1918 leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokalitäten, sowie der sofort beziehbaren möblierten Wohnungen.

Bezirk	Kleinwohnungen I.			Kleinere Mittelwohnungen II.			Größere Mittelwohnungen III.			Große Wohnungen IV.			Möblierte Wohnungen V.			Geschäftslokalitäten		
	Nov. 1918	Dez. 1918	+−	Nov. 1918	Dez. 1918	+−	Nov. 1918	Dez. 1918	+−	Nov. 1918	Dez. 1918	+−	Nov. 1918	Dez. 1918	+−	Nov* 1918	Dez. 1918	+−
I.	1	4	+ 3	1	2	+ 1	—	—	—	3	4	+ 1	—	3	—	80	81	+ 1
II.	4	5	+ 1	1	—	— 1	—	1	+ 1	—	—	—	—	5	—	147	147	—
III.	15	5	—10	1	1	—	—	1	+ 1	2	2	—	—	7	—	184	180	— 4
IV.	2	2	—	—	—	—	1	—	— 1	1	1	—	—	10	—	100	96	— 4
V.	1	—	— 1	2	—	— 2	—	—	—	—	2	+ 2	—	1	—	163	150	—13
VI.	1	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	4	—	68	62	— 6
VII.	8	8	—	1	2	+ 1	1	1	—	—	1	+ 1	—	9	—	71	72	+ 1
VIII.	2	4	+ 2	1	—	— 1	—	—	—	1	—	— 1	—	7	—	130	135	+ 5
IX.	1	1	—	6	7	+ 1	—	—	—	2	—	— 2	—	5	—	79	81	+ 2
X.	5	13	+ 8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	171	161	—10
XI.	1	2	+ 1	—	1	+ 1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	29	31	+ 2
XII.	13	12	— 1	4	4	—	1	1	—	1	1	—	—	3	—	190	183	— 7
XIII.	64	80	+16	7	8	+ 1	—	4	+ 4	—	2	+ 2	—	27	—	340	341	+ 1
XIV.	26	22	— 4	3	1	— 2	—	—	—	—	—	—	—	4	—	200	177	—23
XV.	1	1	—	1	2	+ 1	—	—	—	—	—	—	—	3	—	97	87	—10
XVI.	23	26	+ 3	1	1	—	—	—	—	—	1	+ 1	—	2	—	238	233	— 5
XVII.	11	8	— 3	—	—	—	1	3	+ 2	2	3	+ 1	—	9	—	148	152	+ 4
XVIII.	11	15	+ 4	3	6	+ 3	—	5	+ 5	—	1	+ 1	—	10	—	182	184	+ 2
XIX.	13	16	+ 3	3	3	—	1	4	+ 3	1	3	+ 2	—	7	—	178	189	+11
XX.	—	6	+ 6	—	2	+ 2	—	—	—	—	—	—	—	4	—	86	85	— 1
XXI.	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	—	18	20	+ 2
	205	233	+28	35	40	+ 5	5	20	+15	14	22	+ 8	—	134	—	2899	2847	—52

Gesamtsumme der leerstehenden Wohnungen vom November 259
" " " " " Dezember 315
+ 56

Gesamtsumme der sofort beziehbaren möblierten Wohnungen vom November . . . . . —
" " " " " " " Dezember 134
—

Gesamtsumme der leerstehenden Geschäftslokalitäten vom November 2899
" " " " " Dezember 2847
— 52

Uebersicht der mit 31. Dezember 1918 in Vormerkung stehenden Wohnungen und Geschäftslokalitäten.

Bezirk	Kleinwohnungen I.			Kleinere Mittelwohnungen II.			Größere Mittelwohnungen III.			Große Wohnungen IV.			Möblierte Wohnungen V.			Geschäftslokalitäten		
	Nov. 1918	Dez. 1918	+ −	Nov. 1918	Dez. 1918	+ −	Nov. 1918	Dez. 1918	+ −	Nov. 1918	Dez. 1918	+ −	Nov. 1918	Dez. 1918	+ −	Nov. 1918	Dez. 1918	+ −
I.	1	4	+ 3	1	3	+ 2	—	—	—	6	9	+ 3	—	3	—	88	89	+ 1
II.	4	5	+ 1	1	—	— 1	—	1	+ 1	—	—	—	—	5	—	149	152	+ 3
III.	15	5	—10	1	1	—	—	2	+ 2	2	3	+ 1	—	7	—	187	187	—
IV.	3	2	— 1	1	—	— 1	1	—	— 1	1	2	+ 1	—	10	—	103	105	+ 2
V.	4	3	— 1	2	—	— 2	—	—	—	—	2	+ 2	—	1	—	165	150	—15
VI.	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2	3	+ 1	—	8	—	82	80	— 2
VII.	8	10	+ 2	1	2	+ 1	1	1	—	—	1	+ 1	—	11	—	77	79	+ 2
VIII.	2	4	+ 2	1	—	— 1	—	—	—	2	1	— 1	—	7	—	130	136	+ 6
IX.	1	1	—	6	7	+ 1	2	1	— 1	4	2	— 2	—	5	—	79	86	+ 7
X.	5	13	+ 8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	172	162	—10
XI.	2	2	—	—	1	+ 1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	30	32	+ 2
XII.	13	12	— 1	4	4	—	1	1	—	1	1	—	—	3	—	192	186	— 6
XIII.	65	82	+17	7	9	+ 2	1	6	+ 5	1	4	+ 3	—	27	—	345	351	+ 6
XIV.	28	22	— 6	3	1	— 2	—	—	—	—	—	—	—	5	—	205	186	—19
XV.	1	1	—	1	2	+ 1	—	—	—	—	—	—	—	3	—	100	99	— 1
XVI.	23	27	+ 4	1	1	—	—	1	+ 1	—	1	+ 1	—	3	—	238	233	— 5
XVII.	11	8	— 3	—	—	—	1	3	+ 2	2	3	+ 1	—	9	—	149	156	+ 7
XVIII.	11	17	+ 6	3	6	+ 3	—	5	+ 5	—	1	+ 1	—	11	—	184	189	+ 5
XIX.	13	17	+ 4	4	6	+ 2	1	4	+ 3	2	6	+ 4	—	7	—	181	194	+13
XX.	1	7	+ 6	—	2	+ 2	—	—	—	—	—	—	—	4	—	86	91	+ 5
XXI.	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	—	18	20	+ 2
	214	245	+ 31	37	45	+ 8	8	25	+ 17	23	39	+ 16	—	143	—	2960	2963	+ 3

Gesamtsumme der angemeldeten Wohnungen vom Nov. 282;
" " " " " Dez. 354;
+ 72.

Gesamtsumme der angemeldeten möbl. Wohnungen vom Nov. —
" " " " " " Dez. 143
—

Gesamtsumme der angemeldeten Geschäftslokalitäten vom Nov. 2960
Gesamtsumme der angemeldeten Geschäftslokalitäten vom Dez. 2963
+ 3

Besucheranzahl in der Zentrale 1323; in den Filialen 1938. zusammen 6261.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 26. Jänner bis 1. Februar 1919:

Rindfleisch 73.307 kg, und zwar aus Wien 14.500, aus dem sonstigen Niederösterreich 115, aus Oberösterreich 17.514.

Pferdewürste aus Deutschland 41.178 kg.

Kalbfleisch aus Oberösterreich 2368 kg.

Schweinefleisch 10.570 kg, und zwar aus Wien.

Kälber 8 Stück, und zwar aus Wien.

Schafe 5599 Stück, und zwar aus Wien 5255, aus Niederösterreich 9 und aus Oberösterreich 335 Stück.

Lämmer 7 Stück.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 10 h bis 20 K.

Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) von 14 K bis 28 K.

Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 6 K.

Schaffleisch von 18 K bis 28 K.

Schweinefleisch bis 20 K.

Kälber von 4 K 70 h bis 4 K 80 h.

Schafe von 16 K bis 21 K.

Lämmer 19 K 50 h.

Per Bahn langten 25 Waggons mit 114·53 t ein.

Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche nur bezüglich Schaffleisch größer. Rindfleisch war trotz des halben Quantums der Kopfquote äußerst knapp, rayoniertes Schaffleisch als Ergänzungsquote war ausreichend und bedarfdeckend, Schweinefleisch hingegen nicht ausreichend. Kalbfleisch war nur für Spitäler bestimmt. Der Marktverkehr war mäßig.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 4900 kg gefrorenes Schweinefleisch, 1950 kg Rauchfleisch.

Die Preislage blieb im allgemeinen unverändert, nur für rayoniertes Schaffleisch betrug der Preis für Einheitsfleisch 18 K bis 20 K und für Extremfleisch 22 K bis 24 K, hingegen blieb der Preis für nicht rayoniertes Schaffleisch unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

Rindermarkt.

In der Woche vom 24. Jänner bis 31. Jänner 1919 gelangten am Zentral-Viehmarkte St. Marx zur Verteilung: am Rindermarkte an Extremfleischhauer 110, an Einheitsfleischhauer 307 Rinder; am Jung- und Stechviehmarkte an Spitäler und Sanatorien 100 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 10 Lämmer und 26 Schafe; am Schafmarkte an Fleischhauer 2474 lebende Schafe.

Jung- und Stechviehmarkt vom 30. Jänner 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 100, Lämmer ausgeweidet 10, Schafe lebend 1954, Schafe ausgeweidet 26 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 4 K 40 h bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 10 K bis 16 K.

Schafe lebende, 1. Qualität bis 14 K.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 17 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 1039 Stück Schafe mehr aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Jung- und Stechviehmarkte St. Marx gelangten zur Verteilung an Spitäler und Sanatorien 100 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 10 Lämmer und 26 Schafe, an Fleischhauer 436 lebende Schafe.

Pferdemarkt.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 28. Jänner 1919: 354 Gebrauchs- und 153 Schlächterpferde.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 31. Jänner 1919: 398 Gebrauchs- und 25 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

14. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Peya Marie — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften und Marmeladen ꝛc. — 6., Joanelligasse 5.

Kirschweng Franziska — Handel mit Lebens- und Genußmitteln, sowie Flaschenbier — 13., Dreihausenstraße 9.

Wanko Therese — Marktviktualienhandel — 6., Mariahilferstraße, Detailmarkthalle, Stand Nr. 28.

Pawlin Regina — Lebensmittelhandel — 6., Mariahilferstraße 61.

Bricht Anna — Handel mit Schuhwaren — 7., Burggasse 122.

Berger Goldy — Handel mit Bäckereien und Zuckerwaren — 2., Taborstraße 3.

Kalteis Leopoldine — Kaffeehaus-Konzession — 7., Kandlgasse 3.

Pollaschek Hedwig — Handel mit Kanditen, Zuckerbäckerwaren und Fruchtsäften — 8., Langegasse 65.

* * *

16. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

S. Aschner & Söhne, offene Handels-Gesellschaft — Fabriksmäßig betriebene mechanische Weberei — 1., Trattnerhof 1

„Ara", Ges. m. b. H. — Handel mit landwirtschaftlichen Bedarfartikeln im Großen — 1., Rosengasse 2.

„Biag", Bekleidungs- und Adjustierungs-Ges. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Kleidern — 1., Gonzagagasse 5.

Hinterhofer Franz — Personentranspoct mit dem Einspännerwagen Nr. 1265 — 16., Lerchenfeldergürtel 53/55.

Ulver Josef — Tischlergewerbe — 6., Kopernikusgasse 11.

Schrom Rudolf — Bäckergewerbe — 18., Sternwartestraße 4.

Laub Jakob — Handelsagentur — 18., Gentzgasse 3.

Mayerhofer Emmerich — Gold-, Silber- und Juwelenarbeitergewerbe — 17., Ottakringerstraße 14.

Ehrenberg Mechel — Bank- und Kommissionsgeschäft — 1., Schottegasse 4.

Dietl-Zeiner Ignaz — Speditionsgewerbe — 1., Sonnenfelsgasse 13.

Pribil Franz — Kleinhandel mit Holz — 1., Liebenberggasse 4.

Mosburger Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Franzensbrückenstraße 7.

Kermisch Max — Gemischtwaren-Großhandel — 2., Schrottgießergasse 1.
Förch Franz — Betrieb einer chemischen Putzerei — 10., Eugengasse 84.
Staritzbichler Emmerich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Sonnwendgasse 32.
Bischof Franz — Handel mit Christbäumen, Christbaumschmuck ꝛc. — 10., Rotenhofgasse 103.
Preschiner Rudolf — Wäscheputzerei und Uebernahme von Bestellungen zum Chemischputzen, Appretieren und Färben — 10., Gudrunstraße 151.
Balius Franz — Lohnfuhrwerksgewerbe — 10., Eugengasse 14.
Henesch Josef — Handel mit Viktualien, Zuckerbäckerwaren, Flaschenbier und Flaschenweinen — 10., Alxingergasse 35.
Kryzer Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Columbusgasse 86.
Nemec Karl — Schuhmachergewerbe — 10., Quellenstraße 79.
Guckler Franz — Handel mit Viktualien, Futtermitteln, Kurz- und Galanteriewaren — 10., Laxenburgerstraße 33.
Mohr Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 37.
Hilber Rudolf — Gemischtwarenhandel mit Flaschenbier — 17., Veronikagasse 33.
Katuscsak Emil — Marktfahrergewerbe — 17., Diepoltplatz 3.
Schwarz Siegmund — Kunsthonig-Erzeugung ohne Zusatz von Ameisensäure — 3., Reisnerstraße 32.
Klubal Karoline — Pfoidlerei — 10., Antonsplatz 26.
Nowak Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Schröttergasse 37.
Gall Marie — Handel mit Eisenwaren und Beleuchtungsgegenständen — 10., Laxenburgerstraße 75.
Chaloupka Anna — Verschleiß von Obst, Kanditen, Marmeladen ꝛc. — 10., Keplerplatz 3.

* * *

17. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Eduard Bellak & Sohn, Offene Handels-Gesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Börsegasse 14.
Apfelthaler Friedrich, Alleininhaber der Firma „Friedrich Apfelthaler" — Handel mit Automobilzubehörartikeln — 6., Kasernengasse 22.
Rizzi Anton, Inhaber der protokollierten Firma „Anton Rizzi" — Gemischtwarenhandel im Großen — 10., Favoritenstraße 57.
Schmid Johann — Dienstmanngewerbe, Lizenz Nr. 93 — 1., Wollzeile, Ecke der Rotenturmstraße.
Fischl Rudolf — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 158 — 10., Columbusplatz.
Bleich Franz — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 448 — 1., Franzensring, Schottengasse.
Bleich Franz — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 398 — 1., Franzensring, Schottengasse.
Klein Franz — Viehhandel — 1., Falkestraße 1.
Bergl Karl — Pachtbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 560 des Anton Sautner — 3., Landstraßer Hauptstraße 24.
Weiß Wilhelm — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 252 — 1., Stephansplatz.
Fischer Karl — Handelsagentur — 15., Haidmannsgasse 4.
Müller Franz — Verschleiß von Brot, Kanditen, Zuckerbäckerwaren ꝛc. — 3., Schlachthausgasse 11.
Masek Josef — Gemischtwarenhandel im Großen — 3., Mohsgasse 25.
Paslik Karl Josef — Tischlergewerbe — 2., Kaisermühlendamm 85.
Schindler Bertold — Geflügelhandel — 2., Zirkusgasse 54.
Wittmann Friedrich — Geflügelhandel — 2., Taborstraße 51.
Roßbacher Heinrich — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 81 — 1., Graben.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 578 — 2., Tempelgasse 2.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1053 — 2., Praterstraße 45.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 616 — 1., Schellinggasse, Josannesgasse.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 170 — 1., Johannesgasse, Schellinggasse.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 104 — 1., Kärntnerring, Karlsplatz.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 405 — 1., Johannesgasse, Schellinggasse.
Grüßner Paul — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 857.
Hirschel Hermann — Handel mit Obst — 6., Damböckgasse 6.
Henanicek Angela — Kleinhandel mit Brennmaterialien — 3., Untere Weißgärberstraße 7.
Schubert Anastasia — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes § 16 lit. b, c und g G.-O. dem Alois Seidler gehörig — 10., Laxenburgerstraße 9.
Halbritter Leopoldine — Witwenfortbetrieb des Sattlergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Karl — 10., Alxingergasse 19.
Zotter Josefa — Handel mit Seiden- und Tuchabfällen, Emballagen und Säcken — 3., Wällischgasse 5.
Görlich Anna — Damenkleidermachergewerbe — 3., Esteplatz 3.
Lustig Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Dietrichgasse 27.
Dreichlinger Olga — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 462 — 1., Heßgasse, Schottenbastei.
Schweitzer Hedwig — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Ettenreichgasse 8.
Kasonek Julianna — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Buchengasse 136.
Ochs Pauline — Christbaumhandel — 10., Landgutgasse 23.
Leeb Pauline — Gastwirtsgewerbe — 10., Senefeldergasse 14.

* * *

18. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Kopriwa Alois — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Menzelgasse 20.
Furtmüller Franz — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel — 16., Habichergasse 15.
Türk Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Thaliastraße 116.
Orac Anton — Handelsagentur — 16., Seeböckgasse 38.
Rothaler Anton — Schuhmachergewerbe — 16., Redtenbachergasse 60.
Slechta Johann — Spenglergewerbe — 16., Brunnengasse 21.
Rydlo Gottlieb — Schuhmachergewerbe — 16., Koppstraße 33.
Basica Josef — Kleidermachergewerbe — 16., Herbststraße 13.
Tomek Franz — Kleidermachergewerbe — 16., Herbststraße 55.
Groß Alfred — Lebensmittel- und Konsumwaren-Verschleiß mit Ausnahme des Kleinverschleißes — 5., Hundsturmplatz 2.
Fuchs Karl — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Kanditen — 5., Schönbrunnerstraße 116.
Elbl Oswald — Erzeugung von Briketts aus Holz- und Kohlenabfällen unter Zuziehung von Ersatz- und Bindemitteln — 5., Obere Amtshausgasse 10.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Obmänner-Konferenz:	
Bericht der 107. Obmänner-Konferenz (11. November 1918)	289
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 22. Jänner 1919	297
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 23. Jänner 1919	300
Bezirksvertretungen:	
Sitzungen	308
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 13. Jänner 1919	308
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 16. Jänner 1919	309
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 18. Dezember 1918	309
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 20. Dezember 1918	310
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 23. Dezember 1918	310
20. Gemeindebezirk, Brigittenau	310
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom 16. Jänner 1919	311
Allgemeine Nachrichten:	
Der Wiener Stadterweiterungsfonds	312
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. Februar bis 4. Februar 1919	314
Gemeindevermittlungsämter	314
Wohnungsamt der Stadt Wien	314
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 26. Jänner 1919 bis 1. Februar 1919	317
Rindermarkt vom 24. Jänner bis 31. Jänner 1919	317
Jung- und Stechviehmarkt vom 30. Jänner 1919	317
Pferdemarkt vom 28. Jänner 1919	317
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	317
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
7. Februar halb 10 Uhr	E. W. 2499 9/2, Mariannengasse 4, 1. Stock.	Gas-Generatoren-Gebäude der Gemeinde Wien — Ueberland-Zentrale Kraftwerk Ebenfurth.	1. Eiserne Dachkonstruktionen. 2. Eiserne Galerien, Bühnen und Bunker. 3. Lieferung von gewalzten Trägern. 4. Fassoneisenfenster, eiserne Türen, Stiegengeländer, Rippenblech-Abdeckungen 2c.	— Vorbemerkung: Pläne können bei der Direktion der städtischen Elektrizitäts-Werke, Abt. V, für Hochbau- und Gebäudeerhaltung eingesehen und zum Betrage von 6 K per Blatt auch bezogen werden. Kostenanschläge und Bedingungen liegen bei der Direktion, Abt. V, an Werktagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zur allgemeinen Einsicht auf und können zum Preise von 2 K käuflich erworben werden. 3–3
11. Februar 11 Uhr	Bau-Abt. 10 Baurat Ing H. Stolz.	Neubau eines Hauptunratskanales in der Erzbischof- und Himmelhofgasse im 13. Bezirke, in der Strecke von der Gaheis- bis Himmelhofgasse 56.	1. Erd- und Baumeisterarbeiten . . . 2. Lieferung von Steinzeugrohren . . 3. Lieferung von Steinzeug-Sohlenschalen und -Wandplatten	19.006 K 37 h 575 „ — „ 12.432 „ — „ Vorbemerkung: Pläne, Ausmaß, Kostenanschlag und Bedingnisse in der Bau-Abt. 10, Neues Rathaus, Mezzanin. 3—3

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" beabsichtigt, in der Oberbauwerkstätte der Bauleitung, 12., Aßmayergasse, die Montierungshalle um ein drittes Hallenschiff und das Kanzleigebäude um einen Zubau zu vergrößern. Für diese Bauten werden die Erd- und Baumeisterarbeiten im Wege der öffentlichen Offertverhandlung vergeben. Diese findet **Samstag den 22. Februar 1919, 10 Uhr vormittags** in der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung, 6., Rahlgasse 3, statt.

Die Pläne und Kostenvoranschläge liegen zur Einsicht bei der genannten Abteilung auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung für die Zubauten in der Oberbauwerkstätte der Bauleitung, 12., Aßmayergasse, am 22. Februar 1919" zu richten und bis 21. Februar 1919 bei der Direktion, 4., Favoritenstraße 9, oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu übergeben.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, Kostenvoranschläge und besonderen Bedingnisse eingesehen und sich denselben vorbehaltlos unterwirft. Die notwendigen Behelfe (Kostenvoranschläge, Bedingnisse und Pläne) können, soweit der Vorrat reicht, in der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung, 6., Rahlgasse 3, käuflich erworben werden.

2—3

Kundmachung.

(Kohlenausgabe für Februar 1919.)

Auf Grund der §§ 3, 11 und 19 der Statthaltereiverordnung vom 11. September 1917, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 163, wird für die Zeit vom 2. Februar 1919 bis auf weiteres der Küchenbrand mit einer Wochenmenge von 20 kg Steinkohle, beziehungsweise 25 kg Braunkohle festgesetzt. Die Ausgabe des Zimmerbrandes bleibt bis auf weiteres eingestellt.

Gewerbe, Industrien, Anstalten und Zentralheizungen erhalten für den Monat Februar 1919

a) auf Grund von Kohlen(Koks)bezugskarten für Gewerbe
   1. für einen ganzen Betriebsbrand 100 kg Steinkohle, beziehungsweise 125 kg Braunkohle,
   2. für einen ganzen Heizbrand 80 kg Steinkohle, beziehungsweise 100 kg Braunkohle,

b) auf Grund von Bezugsscheinen
   1. für Betrieb die unter dem Buchstaben B
   2. für Heizung die unter dem Buchstaben C

festgesetzte Monatsmenge.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 29. Jänner 1919. 1—1

Stiftungen und Stipendien.

St. P. Z. 1.
B. V. IV.

Josef Anton Aich-Stiftung.

Am 16. Februar 1919 gelangen die Zinsen der Josef Anton Aich-Stiftung im Betrage von 158 K zu zwei gleichen Teilbeträgen zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte, deutsche, christliche Gewerbsleute der niedersten Steuerkategorie, welche noch ihr Gewerbe betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armutszeugnis, Taufschein, Heimatschein, Gewerbeschein und der letzte Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichungsstelle: Gemeindebezirkskanzlei des 4. Bezirkes, 4., Schäffergasse 3, 1. Stock.

Einreichungsfrist: **Bis 10. Februar 1919.**

2—3

Ignaz Singer'sche Schulstiftung.

Aus der Ignaz Singer'schen Schulstiftung gelangen im Sommer 1919 21 Stipendien à 200 K an würdige und unbemittelte Lehrer und Lehrerinnen 2. Klasse in Wien zur Verleihung.

Der Einreichungstermin für die an das Kuratorium der Stiftung in Wien, 1. Bezirk, Herrengasse 13, zu richtenden stempelfreien Gesuche läuft am 15. März 1919 ab.

Kuratorium der Ignaz Singer'schen Schulstiftung
Dr. Halusa,
Sekretär. 2—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80.000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt

der

Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
I., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. I., Schulerstraße 11.

Nr. 12. Samstag den 8. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 28. Jänner 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Hoß und Rain.

Anwesende: VB. Neumann und die StR. Angermayer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Tomola, Vaugoin und Weigl.

Entschuldigt: StR. Breuer, Schneider, Winter.

Beurlaubt: StR. David.

Schriftführer: Mag.-Sekretär v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

Berichterstatter StR. Richter:

(P. Z. 932, M.B.A. XV, 17831/16.) Das Ansuchen der Kaffeehauspächterin Minna Posch um gnadenweise Abschreibung des für die Tischaufstellung vor ihrem Geschäfte im 15. Bezirke, Kriemhildplatz 6, für die Zeit vom 1. Mai 1914 bis 1. Mai 1915 vorgeschriebenen Platzzinses von 84 K wird aus Billigkeitsrücksichten genehmigt.

(P. Z. 855, M.Abt. X, 6041/18.) Zur Beilegung der Leiche des am 10. Juli 1917 verstorbenen o. ö. Professors der prähistorischen Archäologie Dr. Moritz Franz Hoernes in dem seinerzeit seinem Vater Dr. Moritz Hoernes, Direktor des Hof-Mineralien-Kabinetts, von der Gemeinde Wien gewidmeten Ehrengrabe, Gruppe 0, Reihe 1, Nr. 47 (an der linksseitigen Mauer des Zentral-Friedhofes) wird die Zustimmung erteilt. Die Kosten der Enterdigung und Wiederbestattung sind von den Hinterbliebenen zu tragen.

(P. Z. 906, Wi.A., 2441/18.) Die im Ober-St. Veiter Friedhofe auf der Gruppe A lagernden alten, eisernen Grabkreuze und Steine werden der Firma Karl Hackensellner zu folgenden Preisen käuflich überlassen:

55 K für 100 kg alte Eisenkreuze, 3 K für kleinere, 5 K für größere Kreuzsteinsockel und 15 K für kleinere, 25 K für größere Grabsteine.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 1162, M.Abt. XV, 15788/18.) Das bedeckte Mehrerfordernis für Herstellungen im Schulhause 21., Wenhartgasse 34, von 297 K 94 h gegenüber dem mit Stadtrats-Beschluß vom 30. August 1917, P. Z. 8822, bewilligten Kostenbetrage von 200 K wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 1183, B.Sch.R., 23.) Der aushilfsweise bestellte provisorische Lehrer 2. Klasse Walter Smital wird mit Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1919 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer 2. Klasse gemäß § 37 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 746, M.Abt. XI, 91329/18.) Dem Georgsbade im 9. Bezirke werden ab 1. Jänner 1919 Armenbäder mit 1 K für ein Wannenbad oder ein Dampfad vergütet.

(P. Z. 910, B.Abt. XIIIa, 967 und 969.) Die Magistrats-Anträge, betreffend 2 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 11. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 973, B.Abt. VIIIb, 140/18.) Das Anbot der Firma Asphalton A.-G., statt der ihr obliegenden Verpflichtung zur Instandsetzung der Asphalt-Makadam-Fahrbahnen in der zweiten Teilstrecke der Schönbrunner Schloßstraße von der Grünberggasse im 13. Bezirke an, der Kolumbusgasse vom Kolumbusplatz bis Raaberbahngasse und der Herzgasse von der Gudrunstraße bis Erlachstraße im 10. Bezirke und der Vegagasse von der Felix Mottl- bis Peter Jordan-Straße im 19. Bezirke an die Gemeinde Wien eine Vergütung im Betrage von 2093 K zu leisten, wird angenommen und die Firma von jeder weiteren Haftpflicht für diese Straßenherstellungen entbunden.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 1154, M.Abt. IX, 295.) Der Ueberlassung der Kälberhalle auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx gegen jederzeitigen Widerruf an das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 6, zur Einlagerung von Sauerkrautfässern, wird zugestimmt.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner

(P. Z. 934, B.D., 279) berichtet über eine vom Stadtbauamte vorgelegte Zusammenstellung von öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot und stellt folgende Anträge:

Es wird ein siebengliederiges, aus allen Parteien bestehendes Stadtrats-Komitee eingesetzt, welches unter Zuziehung des Stadtbau-Direktors und der Magistrats-Referenten die vorgelegte Zusammenstellung zu prüfen und innerhalb acht Tagen an den Stadtrat Bericht zu erstatten hat.

Nach erfolgter Prüfung durch das Komitee ist das Programm dem Gemeinderate vorzulegen und der Stadtrat zu ermächtigen, die Reihenfolge der durchzuführenden Arbeiten zu bestimmen.

Das Staatsamt für Heerwesen ist zu ersuchen, die Zuschüttung der Gräben des Befestigungsgürtels um Wien, soweit dies noch nicht geschehen ist, ehestens in Angriff zu nehmen.

StR. Emmerling beantragt, das Stadtbauamt zu beauftragen, Pläne und Vorschläge für die Errichtung einer Schiffswerfte auszuarbeiten und wolle besonders erwogen werden, ob die Gemeinde Wien eigene Schiffe auf Stapel legt. Ausführung, Besitz und Betrieb solle einem Verbande von Interessenten übertragen werden, in dem die Gemeinde Wien die Mehrheit besitzt.

StR. Dr Hein wünscht, es möge alles aufgewendet werden, um den Donauverkehr zu heben.

StR. Melcher regt an, daß der alte Befestigungsgürtel um Wien, speziell in Floridsdorf (Eigentum des ehemaligen Kriegsministeriums) nun abgetragen und die Grundstücke zur Arrondierung verwendet werden sollen. In diesem Damme solle Ziegelmaterial geschlichtet sein, welches in der jetzigen Zeit, die an Material so arm ist, verwendet werden könnte; mit der Abgrabung könnte sogleich begonnen werden, so daß einige Tausend Arbeiter Beschäftigung finden würden. StR. Melcher regt weiters die Regulierung der Donau auf der Floridsdorfer Seite an.

Die Anträge des Herrn Bürgermeisters werden einstimmig angenommen, der Antrag Emmerling genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

In das Komitee wurden gewählt die StR. Jung, Schmid, Spalowsky, Vaugoin, Emmerling, Siegel und Melcher.

Die Anregungen der StR. Dr. Hein und Melcher werden dem Komitee zugewiesen.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 1180, A.F.A., 70.) Für Zwecke der Arbeitsvermittlung werden Lokalitäten des Hauses 7., Kenyongasse 23, um den monatlichen Zins von 500 K gegen beiden Teilen (Arbeiterfürsorgeamt und Hauseigentümer) zustehende monatliche Kündigung unter den vom Arbeiterfürsorgeamt gestellten Bedingungen provisorisch gemietet. Der Zusatz-Antrag des StR. Richter, „das Arbeiterfürsorgeamt wird beauftragt, schleunigst über die Errichtung eines eigenen Gebäudes für die Arbeitsvermittlung (Arbeitsbörse) an den Stadtrat zu berichten", wird angenommen.

(P. Z. 1174, B.Abt. VII, 2014.) Dem Hausbesorger im Bürgerspitalfondshause, 6. Bezirk, Theobaldgasse 20, wird für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse gestattet, eine Glühlampe in seiner Küche an die Hausleitung anzuschließen. Nach Eintritt normaler Verhältnisse hat er jedoch für die Aufstellung eines eigenen Zählers zu sorgen und ist ihm dann für die Beleuchtung ein auf Ausgabs-Rubrik II I g des Wiener Bürgerspitalsfonds zu verrechnendes Jahrespauschale von 24 K in vierteljährlich verfallenen Teilbeträgen von je 6 K auszubezahlen.

(P. Z. 1153, B.Abt. IX., 20.) Die unentgeltliche Abgabe von 21 Stück Hundemarken für die Wachhunde der Fuhr- und Lagerhöfe des städtischen Fuhrwerksbetriebes wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 1156, M.Abt. X., 8481/17.) Dem Elisabethinen-Konvente in Wien wird die nachträgliche Erneuerung des seit dem 11. März 1914 verfallenen eigenen Grabes Gruppe 46 H, Reihe 2, Nr. 1 im Zentral-Friedhofe, somit die Verlängerung des Benützungsrechtes bis zum 10. März 1934, gegen Entrichtung einer Erneuerungsgebühr im Betrage von 80 K unter der Bedingung gestattet, daß diese Gebühr samt den für die Zeit vom 11. März 1914 bis zum Erlagstage entfallenden 5 Prozent Verzugszinsen binnen einer vom Magistrate festzusetzenden Frist beim städtischen Totenbeschreibamte einbezahlt wird.

(P. Z. 1157, M.Abt. X, 9638.) Dem Fuhrwerksbesitzer Johann Balestrin wird für das Jahr 1919 die Beistellung des Kontrahentenfuhrwerkes für den Zentral-Friedhof zu folgenden Preissätzen übertragen: für einen zweispännigen Wagen 1 Tag 80 K, $^1/_2$ Tag 50 K; für zwei Kabs (1 Kutscher) 1 Tag 80 K, $^1/_2$ Tag 50 K. Zu Rubrik XXXIII 1 wird ein erster Zuschußkredit von 6070 K eröffnet.

(P. Z. 1159, M.Abt. XI b, 1765.) Dr. Karl Schulhof und Dr. Bernhard Schiffer werden im Kaiserjubiläums-Spitale als Hospitanten auf die Dauer von drei Monaten zugelassen.

(P. Z. 1170, B.Abt. VI e 3591/18.) Dem Ansuchen der Firma Schoderböck & Komp., die in den Versorgungshäusern in Mauerbach und Liesing seit 1. Oktober 1918 bereits ausgeführten und noch bis 1. März 1919 vorzunehmenden Dachdeckerarbeiten auf Grund des Anbotes vom 27. September 1918 und der Aufnahmeschrift vom 13. November 1918 verrechnen zu dürfen, wird zugestimmt.

(P. Z. 1209, M.Abt. XVI, 24268/18.) Die vierteljährige Kündigung sämtlicher Räumlichkeiten der Nagler'schen Realität, 3., Schützengasse 25 bis 29 (welche für Bequartierungszwecke in Anspruch genommen waren), am 1. Februar 1919 wird genehmigt.

(P. Z. 1211, B.Abt. VI e, 3851/18.) Die für die Wiederinstandsetzung der Decke in der Hauptküche des Wiener Versorgungsheimes Lainz zur Nachtzeit auflaufenden Mehrkosten im bedeckten Betrage von 5600 K werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 1184, B.Sch.R., 2665/18.) Die provisorische Lehrerin 2. Klasse Auguste Jung wird im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. August 1917 zur Volksschullehrerin 2. Klasse ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1167, M.Abt. XV, 1071.) Der auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu beschränkenden Einrichtung von Nachschulungskursen für Lehrlinge und Gehilfen, die aus Kriegsursachen in ihrer fachlich beruflichen Ausbildung zurückgeblieben sind, wird grundsätzlich zugestimmt. Vor Durchführung ist der Gemeinde Mitteilung zu machen.

(P. Z. 1166, M.Abt. XV, 1097.) Die Mitbenützung des Turnsaales der Mädchen-Volksschule im 2. Bezirke, Schüttaustraße 78,

zu einer Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei wird unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen genehmigt.

(P. Z. 1165, M.Abt. XV, 925.) Der mit Beginn des Schuljahres 1918/19 erfolgten provisorischen Eröffnung der I. Parallele zu der 4. Klasse an der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder 3., Petrusgasse 10, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1142, M.Abt. II, 9705/18.) Die Auszahlung einer dritten Rate von 2000 K der mit Gemeinderats-Beschluß vom 6. Februar 1918, P. Z. 916/18, bewilligten Subvention von 10.000 K an den Arbeits-Ausschuß zur Herausgabe des Historischen Atlasses der Stadt Wien wird genehmigt.

(P. Z. 1193, M.Abt. II, 303.) Dem Arbeits-Ausschusse zur Herausgabe des Historischen Atlasses der Stadt Wien wird zur Ermöglichung der sofortigen Durchführung der Drucklegung des Werkes eine neuerliche außerordentliche Subvention im Betrage von 5000 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

P. Z. 1161, M.Abt. XV, 15643/18.) Zur Beurlaubung des provisorischen Lehrers 2. Klasse Rudolf Filip auf die Dauer vom 4. Februar bis 15. April 1919 gegen Karenz aller Bezüge wird die Zustimmung erteilt.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1175, B.A. VII, 2524/18.) Die Mieter von Zellen im Keller des Hauses 4., Kühnplatz 1 bis 4, haben für die Beistellung der Beleuchtung durch die Gemeinde einen monatlichen Beitrag von 10 K für jede 50kerzige Glühlampe monatlich im vorhinein zu bezahlen. Für jede abhanden gekommene Glühlampe ist ein Betrag von 6 K zu vergüten. Sonstige Beschädigungen an der Beleuchtungsanlage sind nach den jeweils auflaufenden Kosten zu ersetzen. Die Einhebung dieser Beträge, die auf Empfangs-Rubrik XVIII überwiesen werden, ist von der zuständigen Marktamts-Abteilung zu besorgen; die Verrechnung auf den Juxten für die Einlagerungsgebühren hat jedoch in getrennt ausgewiesenen Beträgen zu erfolgen.

(P. Z. 1197, Str.B., 991/18.) Die Weiterverpachtung der Liegenschaft Liesingerstraße 18 in Rodaun samt dem Betriebe des Gastgewerbes und der Fremdenbeherbergung nebst Einrichtung um den Jahreszins von 5500 K und der dazu gehörigen Ackerparzelle 61/2 um 100 K unter den bisherigen Bedingungen bis 1. Februar 1920 mit Wirkung vom 1. Februar 1919 an Agnes Simader und Helene Ondriček wird genehmigt.

(P. Z. 1196 E.W., 3370/18.) Der Oesterreichischen Länderbank wird die Lieferung von weiteren je 25.000 t nordwestböhmischer Braunkohle für die Jahre 1919 und 1920 übertragen.

(P. Z. 1168, B.D., 382.) Der Bericht der Stadtbauamts-Direktion über den Antrag des GR. Sedlak in Angelegenheit der Ausnützung der Wasserkräfte des deutschösterreichischen Staates für die Versorgung der Stadt Wien mit elektrischer Energie wird zur Kenntnis genommen. Die Bildung eines Gemeinderats-Ausschusses, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen hätte, hat nach dem Abschlusse der mit aller Beschleunigung zu Ende zu führenden Studien der städtischen Aemter und Unternehmungen zu erfolgen.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 1164, M.Abt. XV, 926.) Zu der mit Beginn des Schuljahres 1918/19 erfolgten provisorischen Eröffnung einer Vorschule sowie je einer ersten Parallele zur 2. und 4. Klasse an der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder 16., Abelegasse 29, wird die Zustimmung erteilt.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 1176, B.Abt. VII, 2311/18.) Die bedeckten Mehrkosten für die Herstellung der elektrischen Beleuchtungsanlage in der Wohnung 1 des Hauses Zelinkagasse 5, gelegentlich deren Einrichtung für Zwecke des städtischen Jugendamtes im Betrage von 2500 K werden genehmigt.

(P. Z. 1208, M.Abt. XIII, 3237/18.) Die Verleihung von Teilbeträgen zu 200, 150 und 100 K aus den verfügbaren Interessen der Sebastian Reydhart-Stiftung für Wiener Bürger an 29 Bewerber nach dem Vorschlage des Magistrates wird genehmigt.

(P. Z. 1160, M.Abt. XIV, 72.) Ueber Ansuchen des Hans Hübner wird die Baubewilligung für Planabweichungen bei der Abänderung der Terrassenanlagen im Hause 1. Bezirk, Kaiser Wilhelm-Ring 1, Ecke Johannesgasse (Kursalon der Stadt Wien) unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen bestätigt.

(P. Z. 1204, M.B.A. I, 23807/18.) Der Luise Klotz wird über ihr Ansuchen die Herabsetzung des Platzzinses für den am Schottenring vor dem Votivkirchenparke aufgestellten Reklamekandelaber auf 200 K ab 1 Mai 1918/19 bewilligt.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 1163, M.Abt. XV, 16455/18.) Das bedeckte Mehrerfordernis von 537 K 90 h gegenüber den mit Stadtrats-Beschluß vom 11. Oktober 1917, P. Z. 10000/17, für Herstellungen im Schulgebäude 2., Pazmanitengasse 24/26, bewilligten Kosten von 1600 K wird genehmigt.

(P. Z. 1172, B.Abt. VIII a, 48.) Das anläßlich der Neupflasterung der Wintergasse zwischen der Greisenecker- und Waldmüllergasse im 20. Bezirke eingetretene und bedeckte Mehrerfordernis von 559 K 88 h wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 1188, G.W., 185.) Der Theresia Hajek, Witwe nach dem Hilfsarbeiter der städtischen Gaswerke Karl Hajek, wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 599 K 92 h und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 449 K 94 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1192, G.W., 267.) Der Kanzleibeamte der städtischen Gaswerke Karl Teltscher wird mit dem Range vom 7. Mai 1918 (unter erhöhter Anrechnung der Kriegsjahre) in die 3. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe der Rechnungsbeamten befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1190, G.W., 4860/18.) Der Kassier der städtischen Gaswerke Franz Türinger wird mit dem Range vom 15. Juni 1916 in die 1. Gehaltsklasse, 5. Gehaltsstufe der Gaskassiere befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1191, G.W., 4794/18.) Der Rechnungsbeamte der städtischen Gaswerke Wilhelm Hofbauer wird mit dem Range vom 1. Juli 1916 in die 2. Gehaltsklasse, 3 Gehaltsstufe, befördert. (Mehr als 16 Stdträte anwesend.)

(P. Z. 888 und 1200, Str.B., 270 und 490.) Die Anträge der Straßenbahn-Direktion über 75 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 1195, E.W., 120.) Den Hinterbliebenen des verstorbenen Heizers der städtischen Elektrizitätswerke Ferdinand Picka wird, und zwar:

der Witwe Marie Picka eine Witwenpension von jährlich 723 K 84 h und

ein Leichenkostenbeitrag von 689 K sowie

jedem der vier ehelichen Kinder, namens Marie, Ferdinand Antonia und Wilhelm Picka, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 144 K 76 h vom 7. Jänner 1919 an zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 956, M.Abt. II, 9563/18.) Der Konskriptionsamts-Ober-Kontrollorswitwe Franziska Alexitsch wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 3040 K sowie ein Erziehungsbeitrag von je 608 K jährlich für die Kinder Otto und Katharina vom 1. Dezember 1918 an angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 957, M.Abt. II, 9299/18.) Der Marktdienerswaise Hans Schmitz wird ein Erziehungsbeitrag von 176 K jährlich vom 10. Oktober 1918 an angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 883, Str.B. 6463/18.) Das Ansuchen der Direktion des Stephaniespitales um Straßenbahnfreikarten für die Oberin samt Begleitperson wird abgelehnt.

(P. Z. 885, Str.B. 4058/18.) Die Offiziale der städtischen Straßenbahnen Paul Sternhardt, Josef Petrasch, Friedrich Partisch, Heinrich Sochor, Konrad Knauer, Leopold Färber, Karl Marie Roth, Oskar Glat und Heinrich Urban werden mit 1. November 1918, Josef Troyer Ritter v. Auflirchen mit 1. Dezember 1918 im Wege der Zeitbeförderung zu Ober-Offizialen mit den Bezügen der Gehaltsklasse 4, Gehaltsstufe 3, befördert. Dem Letztgenannten ist das höhere Quartiergeld ab 1. Februar 1919 flüssig zu machen.

Die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen Johann Wanka, Ferdinand Müller und Franz Handel werden mit 1. November 1918 im Wege der Zeitbeförderung zu Unterbeamten der 3. Gehaltskategorie, 4. Gehaltsklasse im Sinne des Antrages der Straßenbahn-Direktion befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 924, G.W., 4635/18.) Der Laternenwärter der städtischen Gaswerke Johann Babicky wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm ein Ruhegenuß von 1150 K 90 h jährlich zuerkannt.

(P. Z. 887, Str.B., 1635 u. folg.) Vier Angestellten der städtischen Straßenbahnen wird gemäß dem Antrage der Straßenbahn-Direktion die Alters- und Strafnachsicht erteilt.

(P. Z. 898, M.Abt. XIV, 1851/18.) Dem Josef v. Flesch und dem Josef v. Flesch jun. wird die politische Bewilligung erteilt, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne die Liegenschaften Einl.-Z. 242 und 270 des Grundbuches Unter-Baumgarten, Einl.-Z. 85, 139, 292, 293 und 294 des Grundbuches Unter-St. Veit, Einl.-Z. 376 und 377 des Grundbuches Hietzing im 13. Bezirke in Wien auf 18 Baustellen und einen ungeteilten Baublock abteilen zu dürfen. Diese Abteilung ist als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a der Bauordnung für Wien zu betrachten und wird an die vom Magistrate gestellten Bedingungen gebunden.

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 1149, M.Abt. III, 5528/17.) Die Gemeinde Wien bestellt dem Fuhrwerksunternehmer Karl Starecek auf der im vorgelegten Bauamtsplane umschriebenen Grundfläche im Ausmaße von 1720·80 m² an der Ottakringerstraße, Odoaker- und Arnethgasse im 16. Bezirke im Rahmen der im Gemeinderats-Beschlusse vom 20. Juni 1913, Z. 9508, festgesetzten allgemeinen und unter den vom Magistrate gestellten besonderen Bedingungen auf die Dauer von 70 Jahre, das ist bis Ende Dezember 1989 ein Baurecht im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86. Diese Grundfläche besteht aus den Liegenschaften Kat.-Parz. 838/1 und 839/1 in Einl.-Z. 131, aus der Pat.-Parz. 838/5 in Einl.-Z. 2285, aus einem Teile der Kat.-Parz. 838/4 in Einl.-Z. 2284, ferner aus Teilen der Kat.-Parz. 840/1 und 841 in Einl.-Z. 141, sämtliche im Grundbuche Ottakring inneliegend.

Die Gemeinde Wien wird gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung des Baurechtsvertrages die zur Verbreiterung der Ottakringerstraße und Arnethgasse entfallenden Grundflächen im Ausmaße von zusammen 205·18 m² in das öffentliche Gut übertragen und auch die Unterteilung des Baurechtsgrundes auf drei Baustellen sowie die Herstellung der richtigen Höhenlage auf dem abzuschreibenden Straßengrunde vornehmen.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter GR. Müller:

(P. Z. 1155, M.Abt. X, 7916.) Die Gebühr für die Erwerbung der im Stadtrats-Beschlusse vom 11. November 1915, Z. 11804, bezeichneten, dann der später heimfallenden eigenen Gräber auf dem Meidlinger Friedhofe auf die Dauer von 15 Jahren wird mit dem Betrage von 240 K, für die Erwerbung auf die Dauer des Friedhofsbestandes mit dem Betrage von 600 K, die Erneuerungsgebühr solcher Gräber mit 160 K festgesetzt. Die Gebühr für die Gruftplätze in den Gruppen I und II nächst dem Verwaltungsgebäude wird mit dem Betrage von 7000 K für die Reihe 1 und von 6000 K für die Reihe 2 festgesetzt. Die Gebühr für die Erwerbung oder Erneuerung eines eigenen Grabes oder für die Erwerbung eines Gruftplatzes für einen Nichtzugewiesenen wird mit dem doppelten der für einen Zugewiesenen zu entrichtenden Gebühr festgesetzt.

Der Magistrat wird beauftragt, einen Bericht darüber vorzulegen, daß sämtliche Einwohner von Meidling auf dem Meidlinger Friedhofe als Zugewiesene betrachtet werden.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 1212, Saml., 64,) Der Direktion der städtischen Sammlungen wird zur Teilnahme an der am 3. und 4. Februar 1919 bei K. E. Henrici in Berlin stattfindenden Autographenauktion zwecks Erwerbung möglichst wertvoller Manuskripte vor allem Franz Schubert's und Franz Grillparzer's gegen nachträgliche Rechnungslegung ein außerordentlicher Kredit in der Höhe von rund 10.000 Mark bewilligt. Die Direktion der städtischen Sammlungen wird ermächtigt, einen ihrer Beamten zwecks persönlicher Teilnahme an dieser Aktion nach Berlin zu entsenden.

(P. Z. 1181, Saml., 876/18.) Der Bezug eines Exemplares der englischen Korrespondenz „Vienna Bulletin“ samt deutscher Uebersetzung zum Preise von 3000 K pro Jahr für die städtischen Aemter wird genehmigt und wären die bezüglichen Kosten auf

Ausgabs-Rubrik LII 34 „Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse" zu verweisen.

(P. Z. 1210, M.Abt. XXII, 175.) Die Anschaffung von 80.000 K Stück Ansichtskarten für den Wiener Rathauskeller wird nach dem von der Firma Gerlach & Wiedling vorgelegten Offerte genehmigt.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

(P. Z. 1213, M.D., 755.) VB. Neumann berichtet über Abwehrmaßnahmen gegen den neuerlichen Zuzug von Flüchtlingen nach Wien und stellt folgenden Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, nachstehende Warnung vor dem Zuzuge nach Wien in den Tagesblättern zu veröffentlichen:

„Seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes sind Hunderttausende von der Front und aus der Gefangenschaft nach Wien zurückgeströmt. Viele Tausende von nach Wien Heimatberechtigten und lange Jahre hier ansässig Gewesenen wurden aus den neuen Teilstaaten durch Ausweisung oder durch die Verhältnisse vertrieben und sind nach Wien zurückgekehrt.

Gleichzeitig findet aber ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten statt und insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge, die ihre Heimat aus Furcht vor Pogromen verlassen haben, strömen unausgesetzt nach Wien. Sie finden hier weder genügende Lebensmittel oder Bedarfsartikel, noch entsprechende Wohnung und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Da die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die vorwiegend Wien trifft, ungeschwächt fortdauert, droht nunmehr die in aller Welt bekannte Notlage der Wiener Bevölkerung, die Wohnungsnot, der Lebensmittelmangel und die Arbeitslosigkeit, einen solchen Grad anzunehmen, daß sich die Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Bewohner der Stadt, sondern auch in jenem der Flüchtlinge veranlaßt sieht, vor einem weiteren Zuzug nach Wien ernstlich zu warnen."

StR. Hein regt an, daß gegen die Ausweisungsmaßregeln der Stadt Budapest bei der dortigen Stadtverwaltung Vorstellungen erhoben werden.

StR. Schmid stellt folgende Zusatz-Anträge:

Der Magistrat wird beauftragt, gegen den weiteren Zuzug von Flüchtlingen nach Wien alle gesetzlich zulässigen Abwehrmaßnahmen, insbesondere die Ausweisung gemäß § 17 des Gemeindestatutes zu ergreifen; die über die Grenzen Niederösterreichs einwandernden Flüchtlinge sind, insoweit sie nicht nach Deutschösterreich heimatberechtigt sind, in den Flüchtlingslagern Gmünd, Sigmundsherberg u. s. w. zu internieren. Die Lebensmittel sind in erster Linie an die in Wien einheimische Bevölkerung zu verteilen und nur der Rest an die Fremden abzugeben.

StR. Skaret regt eine Vorstellung des Gemeinderatspräsidiums beim Staatsamte für Aeußeres an, um auf die Gefahren der Invasion aufmerksam zu machen.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

StR. Jung beantragt die Einführung des Paßzwanges für die nach Wien Einreisenden.

Der Antrag Neumann wird einstimmig angenommen, die Anträge Schmid mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Antrag Jung wird genügend unterstützt und dem Magistrate zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 1203, B.A. XI, 22501/18.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den 11. Bezirk zu erteilende Baubewilligung für den Bau zweier hölzerner Schuppen auf der durch Grundtrennung entstandenen Liegenschaft Kat.-Parz. 1703/6, 17 und 12 Grundbuch Einl.-Z. 881 Kaiser-Ebersdorf im 11. Bezirke nächst der Preßburger Reichsstraße durch die Brüder Josef und Alfred Höniger wird unter der Bedingung bestätigt, daß die Genannten sich durch grundbücherliche Einverleibung bezüglicher Reverse sowohl persönlich als auch ihre Rechtsnachfolger verflichten, im Falle der Eröffnung der projektierten Straße über Verlangen der Gemeinde Wien die zu konsentierenden Bauobjekte, insoweit sie auf Straßengrund liegen, zu demolieren und den Straßengrund gemäß §§ 10 und 13 der Wiener Bauordnung in das öffentliche Gut abzutreten

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 1202, M.B.A. XVI, 38694/18.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den 16. Bezirk dem Julius Meinl zu erteilende Bewilligung zur Erbauung eines einstöckigen Geschäftshauses auf den Einl.-Z. 3281 und 3282, nunmehr einbezogen in Einl.-Z. 3285 Grundbuch Ottakring, unter Anbringung von vier Lichteinfallsschächten am Kongreßplatz und von zwei Lichteinfallsschächten in der Franz Peyerl-Gasse wird gemäß §§ 60, 97 und 105 der Wr. B.-O. unter der Bedingung bestätigt, daß für die Inanspruchnahme städtischen Grundes durch die Schächte ein jährlicher Platzzins von 240 K entrichtet werde.

Berichterstatter StR. Weigl:

(P. Z. 764, B.Abt. XIII a, 982 u. folg.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 3 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 10. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 846, M.Abt. I, 2558/18.) Dem Ansuchen der Leopoldine Tomanek Edlen v. Beyerfels um Ausfertigung einer Löschungserklärung, betreffend die auf der Liegenschaft Einl.-Z. 1410 Unter-Meidling in C. P. 9 zugunsten der Gemeinde Wien haftenden drei Reallasten, wird Folge gegeben.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1177, B.Abt. VI b, 872/18.) Dem Glasermeister Ernst Fritsch wird auf Grund seines Ansuchens vom 29. Oktober 1918 aus Billigkeitsrücksichten eine Erhöhung der Einheitspreise für die Verglasung der Gebäude 1, 2, 3, 4, 7 und 8 des im Bau begriffenen Kontumazmarktes und Seuchenhofes gewährt. Die hiefür erwachsenden, bedeckten Mehrkosten von 52.493 K werden genehmigt.

(P. Z. 1151, M.Abt. VIII a, 82.) Die Forstverwaltung Spitz wird ermächtigt, an Franz Altmann 4 rm³ hartes Brennholz zu dem vom Magistrate vorgeschlagenen Preise abgeben zu dürfen.

(P. Z. 1150, M.Abt. VIII a, 80.) Die Forstverwaltung Spitz wird ermächtigt, den Abbrändlern Karl Kausl und Florian Hengstberger in Lobendorf das zum Wiederaufbaue ihrer Anwesen erforderliche Holz zu dem vom Magistrate vorgeschlagenen Preise abgeben zu dürfen.

(P. Z. 1182, Buchh.D., 33.) Den im Jahre 1919 mit der Adjustierung der Lohnlisten des Straßenpflegepersonals in außeramtlicher Zeit betrauten Stadtbuchhaltungsbeamten werden unter der Bedingung, daß eine Aufrechnung von Kostgeldern nicht stattfindet, Anerkennungsgaben von zusammen 676 K bewilligt.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzungen.

3. Bezirk, 12. Februar, halb 5 Uhr nachmittags.
12. „ 18. Februar, halb 5 Uhr nachmittags.
21. „ 13. Februar, 4 Uhr nachmittags.

1. Gemeindebezirk, Innere Stadt.

Oeffentliche Sitzung vom 15. Jänner 1919.

Vorsitzende: BV. Wieninger, BVSt. Glück.

Schriftführer: Kanzleileiter Czernohorsky.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet.

BV. Wieninger bespricht hierauf die Gründe der Neugestaltung der Bezirksvertretung, begrüßt die neu eingetretenen Damen und Herren auf das Herzlichste und bittet dieselben, wie dies seit Jahren der Fall war, in kollegialer und einträchtiger Weise zusammenzuwirken.

Den aus der Bezirksvertretung ausgeschiedenen Mitgliedern dankt der Redner für ihre Mitarbeit und verspricht, denselben ein gutes Angedenken zu bewahren.

BR. Dr. Stiglitz führt in ausführlicher Rede darüber Beschwerde, daß der liberalen Minorität der Bezirksvertretung, welche ein Drittel derselben bildet, nicht die Vorsteher-Stellvertreterstelle eingeräumt worden ist, es kommt dies einer Unterdrückung der Minderheit gleich und dieselbe legt gegen diesen Vorgang den entschiedensten Protest ein.

BV. Wieninger erklärt, diesen Protest zurückweisen zu müssen, da er nicht an zuständiger Stelle eingebracht worden ist.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Herr Bürgermeister möge ersucht werden, beim Staatsamt des Innern vorzusprechen, daß zur Erleichterung des Verkehres in dem engen Teile der Wipplingerstraße zwischen Rathaus und dem Gebäude des Ministeriums des Innern in dem letzteren ein Arkadendurchgang von der Fütterergasse bis zur Jordangasse geschaffen werde. Es dürften diesem alten Projekte derzeit keine Hindernisse entgegenstehen, da im umfangreichen Gebäude jetzt hinlänglich Räume für die im Parterre untergebrachte Registratur und das Archiv frei werden.

Der Antrag wird vom BR. Fischer bestens unterstützt und sodann einstimmig zum Beschlusse erhoben.

BR. Dr. Stiglitz führt aus, daß eine der wichtigsten Fragen jetzt die ist, der drohenden Verarmung der Stadt Wien entgegenzuarbeiten und die Ursachen dieser Gefahr zu beseitigen. Der Hauptgrund des Uebels ist die herrschende Arbeitslosigkeit und diese muß von hier aus mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Stadt Wien hat große Möglichkeiten, Arbeit zu schaffen und Redner würde hiezu folgende Anregungen geben: Ausbesserung der Straßen, Reparatur von Tramwaymotoren und Wagen, Wiedereinführung des Pferde-Stellwagenverkehres und des Autobusverkehres, Wiederherstellung der devastierten Schulen, tägliche Reinigung der Straßen, Wiederinbetriebsetzung der Kehrichtwagen, Aufnahme von möglichst vielen Arbeitern in Zillingdorf, Rodungsarbeiten in der Lobau, endlich Ausführung aller abgeschlossenen Arbeits- und Lieferungsverträge.

BV. Wieninger gibt zu, daß die Verhältnisse nach dem Kriege trostloser sind als während des Krieges und eine große Arbeitslosigkeit herrscht, aber Dr. Stieglitz scheine doch etwas zu schwarz zu sehen. Für Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten komme aber in erster Linie der Staat in Betracht, die Gemeinde Wien kann nicht allein alles machen. Wenn die Gemeinde wirklich für Arbeit sorgt, kommen noch mehr Arbeitslose nach Wien herein. Redner regt daher an, die Gemeinde Wien möge an den Staat herantreten, daß dieser in erster Linie sofort für Arbeit sorgt.

Zum Gegenstande spricht auch BR. Rubitschka, welcher auf den Mangel an Baumaterialien hinweist, so daß höchstens Demolierungsarbeiten vorgenommen, aber keine Neubauten aufgeführt werden können.

BR. Fischer gibt folgende Anregungen: 1. Bessere Pflege der Straßen, die sich in einem trostlosen Zustande befinden, durch tägliche Reinigung und öfteres Waschen.

2. Verbesserung des Verkehres, besonders des Straßenbahnverkehres. Zur Unterbringung einer größeren Zahl von Fahrgästen in den Straßenbahnwagen sollte ein Teil der Bänke entfernt werden.

3. Aufhebung der 4 Uhr-Sperre für Geschäftslokale mit Rücksicht auf die trostlose Lage der Gewerbetreibenden, die den exorbitanten Steuerverpflichtungen nicht mehr nachkommen können und kaum so viel aus den Geschäften herausbringen, ihr nacktes Leben fortzubringen. Die Bezirksvertretung wolle daher an den Gemeinderat herantreten, daß diese Anregungen ehebaldigst in Erwägung gezogen werden.

BV. Wieninger erwidert hierauf, daß von Seite der Gemeinde Wien ohnedies das Möglichste zur Straßenreinigung unternommen wird, leider lassen sich Asphaltstraßen jetzt nicht ausbessern, daher auch nicht waschen, es sind zu viel Löcher vorhanden und es fehlt der Gummi an den Reinigungswerkzeugen. Trotz der Arbeitslosigkeit und des hohen Lohnes von 10 K täglich seien keine Arbeiter zu haben.

Gegen die Entfernung der Bänke aus den Straßenbahnwagen müsse er sich entschieden aus hygienischen Gründen aussprechen.

BR. Dr. Freuder unterstützt in ausführlicher Rede die Anregungen der BR. Dr. Stiglitz und Fischer und betont, daß es sich den Herren keinesfall darum handelt, Opposition zu machen, sondern es sollen Anregungen gegeben werden, die zum Wohle der Stadt Wien gereichen. Die Gemeinde könne sehr viel beim Staatsrate durchsetzen.

An der weiteren Wechselrede beteiligen sich noch die BR. Farda, Hladky und Themeßl.

BR. Hörnisch stellt den Antrag, die Bezirksvertretung wolle sich dafür einsetzen, daß ehebaldigst im Interesse des mit Gepäck reisenden Publikums der Autoverkehr von den einzelnen Bahnhöfen durch die Innere Stadt wieder eingeführt werde.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen, nachdem zu demselben die BR. Themeßl, Fischer und Hladky gesprochen hatten.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

5. Gemeindebezirk, Margareten.

Oeffentliche Sitzung vom 13. Jänner 1919.

Vorsitzender: Thomas Porzer.

Schriftführer: Kanzleileiter Karl Reder.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die vollzählig erschienenen Mitglieder der provisorischen Bezirksvertretung und stellt ihnen den neuernannten Vorsteher-Stellvertreter Herrn Albert Hummel vor. Er erläutert in kurzen Worten die Pflichten der Bezirksräte, weist darauf hin, daß in dieser Körperschaft jedwede Parteipolitik ausgeschaltet ist und daß die Bezirkvertretung stets nur darauf bedacht sein soll, das Wohl des Bezirkes und seiner Bewohner zu fördern.

BVSt. Hummel schließt sich in längerer, mit Beifall aufgenommener Rede den Ausführungen des Vorsitzenden im Namen der sozialdemokratischen Partei an. In gleichem Sinne sprachen BR. Posanelli namens der Deutschfreisinnigen und BR. Schulz namens der Deutschnationalen. Vorsitzender BV. Porzer dankt den Herren für ihre Ausführungen und gibt seiner Freude Ausdruck, daß bei Arbeiten in der Bezirksvertretung jede Parteipolitik vermieden werden wird.

Einlauf.

Schreiben des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Auflösung der bisherigen Bezirksvertretungen und Dank desselben an den Bezirksvorsteher und an die Herren Bezirksräte. (Zur Kenntnis.)

BV. Porzer teilt mit, daß er eine größere Beteilung von Armen vornehmen wird und ersucht die Herren Bezirksräte um ihre Mithilfe durch Vornahme der notwendigen Erhebungen.

Es werden beteilt werden:

1. 47 Knaben und 102 Mädchen mit vollständigen Kleidern.

2. Kriegerwitwen aus dem 5. Bezirke. Hiezu steht ein Betrag von 5000 K an Spenden zur Verfügung.

3. Verteilung der Kuhn-, Hönig-, Holubek- und Wohlschak-Stiftung von zusammen 1022 K 69 h,

4. hat der Privatverein zur Unterstützung verschämter Armer im 5. Bezirke 10.000 K zur Verteilung an Arme, der Bezirksvertretung zur Verfügung gestellt und

5. werden aus den Beständen des im 5. Bezirke befindlich gewesenen Rekonvaleszentenheimes, dessen Präsident der Bezirksvorsteher war, Wäsche und Hausrat an Arme zur Verteilung kommen. (Zur Kenntnis.)

BR. Wanderer beantragt, dem Bezirksvorsteher für seine unentwegte Fürsorge für die Armen den Dank durch Erheben von den Sitzen zum Ausdrucke zu bringen. BVSt. Hummel beantragt, bei der Verteilung von Bettzeug in erster Linie Schwangere, Wöchnerinnen und Mütter mit Säuglingen zu berücksichtigen. Zu diesem Zwecke wäre sich mit der Flüchtlingsfürsorge ins Einvernehmen zu setzen.

BV. Porzer ist mit dieser Anregung vollkommen einverstanden und wird er ehestens das Erforderliche veranlassen.

Die BR. Frau Seitz, Dr. Fuchs und Worall bringen einen schriftlichen Antrag auf endliche Freimachung einzelner im 5. Bezirke noch immer für Zwecke der ehemaligen Heeresverwaltung verwendeter Schulen ein.

Zu diesem Antrage sprechen noch Frau BR. Seitz sowie die BR. Löderer, Leißner und Wanderer, worauf der Antrag einstimmig angenommen wird.

BVSt. Hummel hält es für unbedingt notwendig, in allen Schulen, die noch militärischen Zwecken dienen und demnächst frei werden dürften, die in denselben noch vorhandenen Kohlenvorräte durch den Kohlen-Kommissär genau aufnehmen zu lassen, um bei der enormen Kohlennot jeder Verschleppung der Vorräte vorzubeugen.

BV. Porzer verspricht, das Erforderliche veranlassen zu wollen.

Derselbe teilt ferner mit, daß er die Agenden der Straßenpflege kürzlich an das Stadtbauamt übertragen habe, da es ihm trotz eifrigen Bemühens nicht möglich war, geeignete Arbeitskräfte zu bekommen, die alten Leute der Arbeit aber nicht gewachsen waren, so daß fortgesetzt Klagen über mangelhafte Reinigung der Straßen einliefen.

BV. Hummel bemängelt die Mist- und Kehrichtabfuhr und spricht über das Trinkgelderunwesen bei derselben.

BR. Worall spricht über die Mistansammlung in der Stöbergasse, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß der „Mistbauer" schon seit zwei Jahren in dieser Gasse nicht gefahren ist.

BV. Porzer erwidert, daß er sich diesfalls schon im Dezember an den Herrn Bürgermeister gewendet hat und verliest das Konzept des bezüglichen Schreibens. Nachdem BR. Löderer noch zum selben Gegenstande gesprochen hat, beantragt BR. Wanderer Schluß der Debatte.

Rund-Antrag der Bezirksvertretung XVIII, betreffend Einschränkung der Bewilligung zur Eröffnung von Einkaufsstellen für Stoff- und Seidenabfälle. (Zur Kenntnis.)

Mitteilung der Magistrats-Abteilung XVIII, betreffend die Gebühr für die Dienstbotenkrankenkassa pro 1919 mit 5 K für jeden Dienstboten. (Zur Kenntnis.)

BR. Löderer beantragt neuerlich eine bessere Belieferung des 5. Bezirkes mit Kartoffeln.

BV. Porzer erwidert, daß nach der seinerzeit bereits eingeholten Information beim Marktamte, die Zuweisung von Kartoffeln an alle Bezirke gleichmäßig erfolgt, daß aber dermalen Kartoffeln überhaupt nicht vorhanden sind.

BR. Faber beantragt die Verlegung der Sperrstunde der Geschäftslokale auf 5 Uhr.

BR. Rosanelli beantragt, dieselbe an Samstagen ausnahmslos auf 6 Uhr zu verlegen, damit allen Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit geboten ist, Einkäufe für den Sonntag zu besorgen.

BV. Porzer erwidert, daß der Bezirksvertretung ein Einfluß auf die Aufhebung der durch die enorme Kohlennot bedingten Sparmaßnahmen wohl nicht zusteht.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

10. Gemeindebezirk, Favoriten.

Oeffentliche Sitzung vom 27. Dezember 1918.

Vorsitzender: VV. Hruza.

Schriftführer: Ober-Offizial Klein.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Mitteilungen des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende erklärt, daß er vom Herrn Bürgermeister ein Schreiben erhalten habe, worin dieser ihm die Auflösung des jetzt tagenden Bezirksrates bekanntgibt. Weiters berichtet der Vorsitzende über 18 Stiftungen, den 4. Bezirk betreffend, wobei seitens der Bezirksvertretungen 4 und 10 eine Vereinbarung getroffen wurde, daß dem 10. Bezirke ein Teil des Stiftungsgenusses vom 4. Bezirke abgetreten wird.

Einlauf.

Mitteilung des Stadtbauamtes über die hieramtliche Anfrage, betreffend die Freimachung des Weges von der Neilreichgasse zur Laxenburgerstraße.

Zuschrift des städtischen Gesundheitsamtes, betreffend die Bestellung des Dr. Rudolf Knespel als Supplent an Stelle des Dr. Otto Schweeger, städtischen Arztes im 10. Bezirke.

Zuschrift der Bezirksvertretung Brigittenau, betreffend Anschluß an die hierortige Stellungnahme wegen des Statthalterei-Erlasses, wonach Angehörige des Lebensmittelverbandes der Kriegsleistungsbetriebe verpflichtet werden, den Kaffee und Zucker ab 1. Oktober 1918, wie das Mehl durch den genannten Lebensmittelbetrieb zu beziehen.

Aufnahmeschrift der Bau-Abteilung VIII a, betreffend die Herstellung zur richtigen Höhenlage der Kundratstraße vom Kaiser Franz Josef-Spitale bis zur Straße II.

Zuschrift der Magistrats-Direktion, betreffend die Bestellung des Mag.-R. Dr. Otto Hürsch als Leiter des magistratischen Bezirksamtes X.

Sämtliche Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen.

In der nun folgenden

Armenrats-Ergänzungswahl

wird auf Grund des Wahlvorschlages der Armen-Institutsvorstehung Favoriten mit der Funktionsdauer bis Ende 1919 gewählt:

Ernest Kempf, Unterbeamter, 10., Kundratstraße 3.

Anträge und Anfragen.

BR. Tichy stellt den Antrag auf Auflösung der Futtermittel-Zentrale, durch welche Zentrale die gesamte Bevölkerung viel zu leiden hat.

Angenommen.

BVSt. Krist stellt den Antrag auf Entfernung des dem Kontrahenten Czabek von der Gemeinde Wien verpachteten Hauses am Laaerberg, ferner auf Zuschüttung der Grube. Eine baldige Erfüllung, respektive Ausführung dieses Antrages würde aus hygienischen und Schönheitsgründen sehr zweckmäßig sein.

Einstimmig angenommen.

BR. Honsa schildert die traurigen Verkehrsverhältnisse, die städtischen Straßenbahnen betreffend, wonach an Sonntagen die Linien 66 und 67 vollständig eingestellt sind; ebenso wäre es zweckmäßig, den D-Wagen an Sonntagen durch die Favoritenstraße verkehren zu lassen.

Angenommen.

BR. Semrad bespricht das Nichtfunktionieren der öffentlichen Uhr am Antonsplatze. Der diesbezügliche Kontrahent scheint sich um das Schicksal dieser Uhr wenig zu kümmern.

BR. Schleimer würde es für geeignet betrachten, die Reparatur der eben genannten Uhr, um diesen Mißstand zu beheben, einem erbgesessenen Geschäftsmanne im 10. Bezirke zu übertragen.

BR. Harlaß berichtet über die abgehaltenen Bau-Kommissionen anläßlich der Uebernahme der Artillerie-Barackenlager durch die Gemeinde Wien, welche für die Jugendfürsorge, für die verwahrloste Jugend und für Obdachlose verwendet werden sollen. Unter diesen Baracken wären 30 leere als Stallungen verwendete Baracken, welche sich ganz gut für die Unterbringung von Haustieren, besonders von Kühen eignen würden.

BR. Tichy erwähnt, daß, falls nicht eine baldige Beendigung der diesbezüglichen Arbeiten vor sich geht, die Baumaterialien dortselbst gestohlen werden.

BR. Brenner wünscht, daß eventuell bei Abtragung der Baracken die Baumaterialien der demolierten Baracken an die Kleingewerbetreibenden verteilt werden.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

10. Gemeindebezirk, Favoriten.

Oeffentliche Sitzung vom 11. Jänner 1919.

Vorsitzender: VV. August Sigl.

Schriftführer: Kanzleileiter Karl Neuwirth.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Der Vorsitzende erklärt, daß eine Konstituierung entfällt, nachdem die neu eingetretenen Mitglieder ernannt wurden und erteilt vor Eingehen in die Tagesordnung dem VV. Neumann das Wort.

Dieser führt in längerer Rede aus, daß die Bezirksvertretung Favoriten zum ersten Male nicht in der herkömmlichen Art zusammengesetzt sei. Der Staatsrat der Republik habe die Erneuerung der Bezirksvertretungen beschlossen und die Struktur derselben komme in Bezug auf die Bewohnerschaft zum Ausdrucke. Jene Bezirke, die eine starke Arbeiterbevölkerung aufweisen, haben auch viele

Arbeitervertreter, jedoch wurde auch auf jenen Teil der Bevölkerung, welcher dem Arbeiterstande nicht angehöre, Rücksicht genommen und außerdem seien die Frauen, die nun an der öffentlichen Verwaltung mitwirken, durch beide Parteien vertreten. Redner hoffe, daß die Tätigkeit der Frauen eine segensreiche sein werde, da dieselben während der Kriegszeit reiche Erfahrungen gesammelt hätten. Die gegenwärtige Zusammensetzung der Bezirksvertretung, in der die Interessen der gesamten Bevölkerung vertreten seien, sei zu begrüßen. Auf die Aufgaben der Bezirksvertretung übergehend, bemerkt VB. Reumann, daß diese im Statut umschrieben seien und daß Abänderungen des Statutes nicht notwendig seien. In Wien gebe es proletarische und besser situierte Bezirke. Die Tendenz, die ersteren in der Fürsorge zurückzustellen, tritt scheinbar zutage, es könne aber nicht behauptet werden, daß dieselbe gepflegt werde. Die Peripheriebezirke, wo man während des Krieges in Bezug auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung die schlimmsten Erfahrungen gemacht habe, bedürfen der besonderen Fürsorge der Gemeindeverwaltung. Eine schwierige Aufgabe der Bezirksvertretung sei die Straßenpflegefürsorge. Wichtig sei, daß die Anträge der Bezirksvertretung durchdringen und besonders jene, die auf eine Verbesserung der hygienischen Verhältnisse abzielen, werden beim Redner die größte Unterstützung finden. Die Arbeiten der Bezirksräte dürfen nicht gering geschätzt werden, da dieselben ein reiches Arbeitsfeld vor sich haben, welches richtig gepflegt, große Erfolge zeitigen wird. Redner beglückwünscht die Bezirksvertretung zu ihren zukünftigen Arbeiten und erwähnt, daß diese gegenwärtig ein Provisorium sei. Die Zusammensetzung dürfte auch in Zukunft keine wesentliche Veränderung erfahren und es werden die Arbeiten durch die Wahlen keine Störung erleiden. Schließlich bittet der Redner, die Beschlüsse von dem Gesichtspunkte aus zu fassen, daß an der proletarischen Bevölkerung eine schwere Schuld gutzumachen sei. Zahlreiche Personen des Mittelstandes seien ins Proletariat gesunken und es sei Pflicht aller, durch Zusammenwirken das Los des Proletariats zu verbessern, und zwar nicht allein in materieller Hinsicht, sondern es solle alles aufgeboten werden, daß die Verhältnisse für die proletarische Bevölkerung wohnlicher gestaltet werden. An der notwendigen Unterstützung seitens des Redners werde es nicht fehlen. (Beifall.)

VB. Sigl spricht dem Vorredner für dessen Ausführungen den Dank aus.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß Geschäftsordnungen gegenwärtig nicht zu haben sind und daß eine Neuauflage wegen des Papiermangels und der Kohlennot nicht möglich sei. Für den Gebrauch der Bezirksräte liege ein Exemplar in der Bezirkskanzlei zur Einsicht auf.

Schließlich ersucht der Vorsitzende um Fassung eines Beschlusses hinsichtlich der Anordnung der Sitzungen der Bezirksvertretung und schlägt vor, im Falle, daß das Auslangen gefunden wird, allmonatlich eine Sitzung abzuhalten und als Wochentag den Freitag und als Stunde 5 Uhr nachmittags zu bestimmen. Einstimmig angenommen.

Einlauf.

Zuschrift des Magistrates Wien, Bauamt X, betreffend den Kanalbau in der Kudlichgasse von der Waldgasse bis zur Gellertgasse. Zur Kenntnis genommen.

Anträge und Anfragen.

BR. Harlaß bringt die während der Kriegszeit entstandenen Mißstände in der öffentlichen Straßenpflege zur Sprache und ersucht den Vorsitzenden um Abstellung eines Uebelstandes, der darin bestehe, daß sich beim Hause 10., Karmarschgasse 72, ein Misthaufen befinde, welcher bis zur Höhe der dort befindlichen Planke reiche. Dieser Umstand werde von der Jugend benützt, um in das Haus einzudringen und dort Diebstähle zu verüben. Ueberdies leide die Nachbarschaft auch dadurch, daß bei windigem Wetter der Mist in alle Richtungen zerstreut werde.

Es sprechen hiezu VB. Reumann, die GR. Pölzer und Jakl sowie VB. Sigl und die BR. Frau Baumgartner, Görner, Dobner, Hötzl, Meidl und Tichy, worauf der Vorsitzende Abhilfe verspricht.

BR. Cejchan schildert den Zustand der Artilleriebaracken in der Laaerstraße, wo alles Holz, sogar der Fußboden, gestohlen wird, und regt an, an das Polizei-Kommissariat Favoriten das Ersuchen zu stellen, daß diese Baracken jede halbe Stunde vom Rayonswachmann inspiziert werden, da sonst die Gefahr bestehe, daß schließlich nur ein wüster Ziegelhaufen vorhanden sein wird.

An der sich hierüber entspinnenden Wechselrede, an welcher sich BVSt. Krist sowie die BR. Blüml und Tichy beteiligen, werden die Verhältnisse der anderen im Bezirke befindlichen Baracken geschildert und die Ausführungen des BR. Cejchan unterstützt, nachdem es sich im gegebenen Falle um ein Stück des Nationalvermögens handelt, dessen Verschleppung alle treffe, weil jeder Steuerträger sei.

VB. Sigl verspricht, mit dem Polizei-Kommissariate das Einvernehmen zu pflegen, eventuell eine Eingabe an das Heeresamt zu richten und hofft, daß eine Abhilfe möglich sein wird.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

12. Gemeindebezirk, Meidling

Oeffentliche Sitzung vom 21. Jänner 1919.

Vorsitzender: Matthias Adlersflügel.

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Trönle.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 18. Dezember 1918 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Vorsitzende verliest die beiden Zuschriften des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner vom 23. Dezember 1918 und vom 30. Dezember 1918, betreffend die Auflösung der bisherigen Bezirksvertretungen und die Zusammensetzung der neuen provisorischen Bezirksvertretung für den 12. Bezirk. Er hält dann eine kurze Begrüßungsansprache und bittet die Mitglieder der provisorischen Bezirksvertretung um einträchtiges Zusammenarbeiten zum Wohle der Gesamtbevölkerung. Der Vorsitzende begrüßt dann

noch die zur Sitzung erschienenen StR. Müller und Weigl und die GR. Dr. Hemala, Kroneck und Reismann.

Darauf wird der Geschäftsbericht der Bezirksvertretung Meidling für das abgelaufene Verwaltungsjahr 1918 erstattet.

Einlauf.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung II über den Bezirksvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1919/20. Zur Vorberatung und Zusammenstellung desselben werden einstimmig die BR. Burghaber, Gerhold, Hackl, Hartl, Moritz, Pirkebner, Smutny, Wizlsperger und BWSt. Zanaschka bestimmt und sofort für den 23. Jänner zur Besprechung eingeladen.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung über die Wiederbelegung einfacher Gräber auf dem Altmannsdorfer Friedhofe.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Direktion über die Bestellung des Hauptkassen-Kontrollors Riedl zum neuen Leiter der vereinigten Kassen-Abteilung für den 12. Bezirk.

Zur Kenntnis.

Anträge.

BR. Isnenghi beantragt, daß wegen der vorgekommenen schweren Unglücksfälle vor dem Meidlinger Südbahnhofe für die städtischen Straßenbahnen und die Badner Bahn an dieser Stelle das Schrittempo im Fahren angeordnet werde.

Derselbe beantragt aus dem gleichen Grunde die sofortige Einleitung von Verhandlungen mit der Südbahn wegen anderweitiger Unterbringung der Kinderbewahranstalt in der Eichenstraße, um Raum für den Bahnhofsverkehr zu gewinnen.

BR. Smutny beantragt aus demselben Grunde die sofortige Entfernung der Einfriedung vor dem Hause 12., Eichenstraße 27.

Sämtliche drei Anträge werden einstimmig angenommen.

BWSt. Zanaschka beantragt, daß das Schulgebäude 12., Ruckerstraße 40, welches derzeit als Rekonvaleszentenheim dient, ehestens wieder Schulzwecken zugeführt werde.

Angenommen.

BR. Pirkebner beantragt die eheste Errichtung eines Volksbades für Meidling. BR. Reichhart verweist auf seine wiederholten bisher erfolglos gebliebenen Anträge in dieser Sache. BR. Pirkebner ersucht, seinen Antrag als Betreibung der endlichen Erledigung der Anträge Reichhart zu behandeln.

Angenommen.

BR. Moritz beantragt die eheste Oeffnung der Ein- und Ausgänge im Parkteile des Johann Hoffmann-Platzes. Aus der Wechselrede, an der sich die BR. Gerhold, Isnenghi und StR. Müller beteiligen, geht hervor, daß diese Frage wegen der widerstreitenden Interessen der Passanten und der Jugend welche dort einen Spiel-, Sport- und Erholungsplatz haben soll, seit längerem durch die zuständigen Behörden geprüft wird. B.-R. Moritz ersucht, seinen Antrag als Betreibung in dieser Sache aufzufassen. Angenommen.

BR. Moritz beantragt die eheste Instandsetzung des Weges von der Trainkaserne zur Altmannsdorferstraße, ferner der Hervicusgasse in Hetzendorf und der Oswaldgasse in Altmannsdorf, welche bei Regenwetter ein Kotmeer bilden. Angenommen.

BR. Bayer beantragt die Beteilung sämlicher Schul- und Amtsdiener mit Legitimationen zur freien Fahrt in Uniform auf der Plattform der städtischen Straßenbahnen. Angenommen.

BR. Pirkebner regt an, dafür einzutreten, daß die Trainkaserne ganz oder teilweise in ein Spital umgewandelt werde. StR. Müller bemerkt hiezu, daß hinsichtlich sämtlicher frei werdender Baracken und sonstiger Militärbauten, wozu auch die Trainkaserne gehöre, wegen deren Verwertung für öffentliche humanitäre Zwecke bereits zwischen der Gemeinde Wien und den zuständigen militärischen Stellen Verhandlungen im Zuge seien.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

13. Gemeindebezirk, Hietzing.

Oeffentliche Sitzung vom 17. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Karlinger.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Dr. Mennet.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, erklärt die Versammlung für beschlußfähig und die Sitzung für eröffnet. Bei der

Wahl

von fünf Armenräten und zwei Ersatzarmenräten werden 20 giltige und 10 leere Stimmzettel abgegeben, wovon je 20 Stimmen auf

Alois Burger, Färber und Chemischputzer, Hütteldorferstraße 255,

Johann Reissig, Post-Oberoffizial, Firmiangasse 4,

Johann Koch, n.-ö. Landesbeamter, Am Steinhof,

Karl Leibold, Kaufmann, Bernbrunngasse 40 a,

Josef Pennersdorfer, Bäckermeister, Linzerstraße 269, als Armenräte und auf

Johann Pichler, Hausbesitzer und Privatbeamter i. R., Quergasse 1,

Erhart Zeif, Zahntechniker, Hackinger Kai 11, als Ersatzarmenräte entfallen, die somit gewählt erscheinen.

Einlauf.

Zuschrift der Bauamts-Abteilung VIII, daß die ganznächtige Gaslaterne Nr. 1092 beim Hackingerhof in eine halbnächtige und die halbnächtige Nr. 247 in der Auhofstraße eingangs der Schloßberggasse in eine ganznächtige umgewandelt wird. (Zur Kenntnis.)

Anträge.

BR. Kraft stellt mit Berücksichtigung der durch den BR. Sommerfeld und den BWSt. Bieber vorgeschlagenen Abänderung den Antrag, an den Gemeinderat mit der Bitte heranzutreten, an zuständiger Stelle zu erwirken, daß das Lustschluß Schönnbrunn

in seiner jetzigen Gestaltung als Sehenswürdigkeit und zu Repräsentationszwecken für die deutschösterreichische Republik erhalten bleibe. (Angenommen.)

Derselbe stellt nach den Abänderungsvorschlägen des Bezirksvorstehers-Stellvertreters und des BR. Aschermann den Antrag, beim Wiener Gemeinderate um die Errichtung einer Parkwache aus hiezu tauglichen Invaliden durch die zuständige Stelle zwecks Hintanhaltung von Parkbeschädigungen im Schönbrunner Parke und im Lainzer Tiergarten zu bitten. (Angenommen.)

Derselbe stellt nach einer Wechselrede, an der sich der Bezirksvorsteher-Stellvertreter und die BR. Aschermann und Heinzl beteiligen, den Antrag, beim Wiener Gemeinderate zu erwirken, daß von dem Projekte, auf dem zur Verbauung bestimmten abgetrennten Teile des Lainzer Tiergartens längs der Straße nach Mauer eine Lungenheilstätte zu errichten, wegen der Staubentwicklung und ungünstigen klimatischen Verhältnisse Abstand genommen werde. Sie möge weiter hinein in den Tiergarten verlegt werden. Hingegen wäre zu erwägen, ob nicht dorthin anstatt auf die Schmelz, wie vor Kriegsausbruch geplant war, die Akademie der bildenden Künste verlegt werden könnte. Im Anschlusse daran wäre mit Unterstützung der Gemeinde und des Staates auf genossenschaftlicher Basis die Erbauung einer Künstlerkolonie, gleichsam eines Wiener „Schwabing" vorzunehmen. Derselbe beantragt die Erhaltung des Lainzer Tiergartens als Naturschutzpark. (Beide Anträge werden angenommen.)

Derselbe beantragt, durch den Gemeinderat, an zuständiger Stelle zu erwirken, daß mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit und den erbärmlichen Zustand der Stadtbahnwaggons die zur Wiederinstandsetzung derselben nötigen Arbeiten sofort in Angriff genommen und auch die Elektrifizierung der Stadtbahn betrieben werde. (Angenommen.)

BR. Aschermann beantragt, auch an Wochentagen, zur Verkehrsverstärkung alle Straßenbahnwagen der Linie 58 bis zur Verbindungsbahn weiterzuführen. Nach einer allgemeinen aufklärenden Aeußerung des Vorsitzenden über die Schwierigkeiten der Verkehrsaufrechterhaltung wegen der großen Kohlennot der städtischen Elektrizitätswerke, wird auch dieser Antrag angenommen.

Beschwerden.

BR. Sommerfeld beschwert sich über die Sicherheitsgefährlichkeit durch die immer wieder vorkommenden Diebstähle der Einfriedung der Vorortlinie in der Nähe der Goldschlagstraße und der Station Breitensee, deren Ersetzung zu saumselig vorgenommen werde. Der Vorsitzende erklärt, daß er sich diesbezüglich an die Staatsbahn-Direktion Wien wenden werde.

BR. Endres beschwert sich über die Mistablagerung in der Mejtensgasse und Hietzinger Hauptstraße. Der Vorsitzende verspricht Abhilfe durch städtische Fuhrwerkspflege. Da sich niemand mehr zum Worte meldet, erklärt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung für geschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

---

14. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.

Oeffentliche Sitzung vom 13. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Karl Frey.

Schriftführer: Kanzleileiter Franz Pallinger.

Nach Begrüßung der Anwesenden und Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der Vorsitzende die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 20. Dezember 1918 wird verlesen und genehmigt.

Nach Eröffnung der Sitzung hält der Vorsitzende eine Rede dahingehend, daß durch das Gebot der Demokratie sich die Notwendigkeit ergeben hat, auch der Arbeiterschaft, welche die überwiegende Mehrheit des Bezirkes bildet, eine ensprechende Vertretung in den verschiedenen Verwaltungskörpern, also auch bei den Gemeindebezirksvertretungen einzunehmen. Er erklärt, daß er bei zutreffenden Entscheidungen keinen Unterschied hinsichtlich der politischen Parteien, Konfession und Stand kenne und sein Bestreben nur einzig allein dahin gerichtet ist, durch ein Zusammenarbeiten in der Bezirksvertretung den gerechten Anforderungen der Bevölkerung zu entsprechen und dadurch das Wohl der Allgemeinheit zu fördern.

Der Vorsitzende verspricht, die Verhandlungen jederzeit in objektiver Weise zu leiten und wünscht weiters, daß jede Partei mit gleichen Rechten an den Verhandlungen teilnehme.

Der Vorsitzende teilt mit, daß unter Teilnahme von Vertretern des Wiener Magistrates (städtische Buchhaltung, M. Abt. XXII und Hauptkassa) am 10. Jänner 1919 die Uebergabe der Kassageschäfte der Bezirksvertretung Rudolfsheim stattgefunden hat und wurde hiebei die Verfügung getroffen, daß die bisher durch den jeweiligen Bezirksvorsteher erfolgte Auszahlung der Interessen aus Stiftungen und Spenden, nunmehr durch die Hauptkassa-Abteilung XIV erfolge und daß jedoch das bisherige Verfügungsrecht des Bezirksvorstehers über die Verleihung der Stiftungen und Spenden gewahrt bleibe.

BVSt. Wicha stellt sich den neu erschienenen Bezirksräten in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsteher-Stellvertreter vor und gibt die Erklärung ab, daß er gegebenenfalls nur in objektivster Weise die Verhandlungen der Bezirksvertretung leiten werde und jederzeit bestrebt sein wird, mit den Vertretern des Bezirkes wegen deren politischen Anschauungen nicht in Streit zu kommen. Er bittet sämtliche Mitglieder der Bezirksvertretung, ihn in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Einlauf.

Schreiben des Magistratsrates Dr. Krieg, Bezirksamtsleiters des magistratischen Bezirksamtes für den 14. Bezirk, womit derselbe seinen herzlichsten Glückwunsch den Vertretern des 14. Bezirkes anläßlich des Jahreswechsels ausspricht. (Zur Kenntnis.)

Weiters wurde der Bericht erstattet über die Tätigkeit der Bezirksvertretung Rudolfsheim im Jahre 1918. Die Bezirksvertretung selbst hatte 2453 Geschäftsstücke zu erledigen und bei 96 Lokalaugenscheinen zu intervenieren. Es fanden sechs öffentliche und sieben vertrauliche Sitzungen statt. Im Armen-Institute fanden

40 Sektions-Sitzungen statt und betrug der Akteneinlauf 7820 Stück. Ende dieses Jahres standen 79 Bürgerpfründner, 2860 Pfründner, 128 magistratische Kostkinder und 2 Ziehkinder in Vorschreibung. An Erhaltungs-, Erziehungs- und Waisengeldern wurden 639.812 K, an einmaligen Unterstützungen 54.078 K ausbezahlt. Bei dem Gemeindevermittlungsamte wurden 326 Ehrenbeleidigungs- und 12 zivilgerichtliche Klagen anhängig gemacht, wovon von ersteren 146, von letzteren eine mit einem Ausgleiche erledigt wurden. Der Ortsschulrat hielt 6 Sitzungen ab und hatte einen Einlauf von 5605 Akten. Weiters wurden von dem gewesenen BV. Eduard Kunz im Laufe des Jahres 1918 verschiedene Spenden und die Interessen von Stiftungen stiftungsbriefgemäß verteilt. (Zur Kenntnis.)

Schluß der öffentlichen Sitzung.

17. Gemeindebezirk, Hernals.

Oeffentliche Sitzung vom 14. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Kretschek.

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Friers.

Der Vorsitzende begrüßt die vollzählig versammelten Mitglieder der Bezirksvertretung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Hierauf verliest er die Zuschrift des Herrn Bürgermeisters, mit welcher zur ehesten Einberufung der provisorischen Bezirksvertretung zu ihren regelmäßigen Sitzungen ersucht wird. Es erfolgt sodann an der Hand des Verzeichnisses sämtlicher Mitglieder die Vorstellung des BVSt Haidl und aller Mitglieder der Bezirksvertretung.

Der Vorsitzende ersucht die Versammelten um ihre tatkräftige Unterstützung bei Bewältigung der in die Kompetenz der Bezirksvertretung fallenden Agenden aller Art im Interesse der Bewohnerschaft des Bezirks, sowie er selbst seine Bereitschaft zum Ausdrucke bringt, jederzeit den Funktionären mit Rat und Tat zur Seite stehen zu wollen; auf diese Weise erhofft er ein gedeihliches und allseits befriedigendes Zusammenwirken der Bezirksvertretung für den Bezirk, für die Gemeinde Wien, und indirekt für Land und Staat.

Hierauf bringt der Vorsitzende das Statut und die Geschäftsordnung für die Bezirksvorsteher und Bezirksräte in seiner Gänze zur Verlesung und gibt hiezu fallweise Erläuterung, insbesondere hinsichtlich der Geschäftsordnung.

Endlich gibt der Vorsitzende bekannt, daß er das Territorium des Bezirkes im Einvernehmen mit dem Stellvertreter, und zwar den Bezirksteil Hernals in 25, den Bezirksteil Dornbach-Neuwaldegg in 30 Rayons behufs Außen- und Erhebungsdienstes für die Funktionäre einteilen ließ und ihnen somit nach dieser Einteilung von der Kanzlei die Akten zuweisen lassen wird; mit den ersten Akten wird auch der Rayonsplan für jeden einzelnen Funktionär, wie er vom Vorsitzenden gemeinsam mit dem Stellvertreter unter möglichster Berücksichtigung des Wohnortes bestimmt wurde, übermittelt werden.

Der Vorsitzende ersucht schließlich die Funktionäre, sich der aufgelegten Exemplare des Bezirksvoranschlages für 1918/19 zur Information für die am 22. Jänner 1919 stattfindende öffentliche Sitzung, in der das Präliminare für 1919/20 beschlossen werden wird, zu bedienen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten

Warnung vor weiterem Zuzug nach Wien.

Verlautbarung des Magistrates.

Seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes sind Hunderttausende von der Front und aus der Gefangenschaft nach Wien zurückgeströmt; viele Tausende von nach Wien Heimatberechtigten und lange Jahr hier ansässig Gewesenen wurden aus den neuen Teilstaaten durch Ausweisung oder durch die Verhältnisse vertrieben und sind nach Wien zurückgekehrt. Gleichzeitig findet aber ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten statt und insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge, die ihre Heimat aus Furcht vor Pogromen verlassen haben, strömen unausgesetzt nach Wien. Sie finden hier weder genügende Lebensmittel oder Bedarfsartikel, noch entsprechende Wohnung und vermehren die Zahl der Arbeitslosen.

Da die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die vorwiegend Wien trifft, ungeschwächt fortdauert, droht nunmehr die in aller Welt bekannte Notlage der Wiener Bevölkerung — die Wohnungsnot, der Lebensmittelmangel und die Arbeitslosigkeit — einen solchen Grad anzunehmen, daß sich die Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Selbsterhaltung der Bewohner der Stadt, sondern auch in jenem der Flüchtlinge selbst veranlaßt sieht, vor einem weiteren Zuzug nach Wien ernstlich zu warnen.

Errichtung von Fürsorgestellen für Tuberkulose.

Bericht des Gesundheitsamtes.

Das Gesundheitsamt berichtet über die anläßlich der Beratung über die Errichtung und den Betrieb von fünf Fürsorgestellen für Tuberkulose gestellten Zusatz-Anträge und Anregungen folgendes:

„Das städtische Gesundheitsamt wird ferner beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob durch die gegenwärtige Lage des Roten Kreuzes dasselbe imstande ist, die in Aussicht genommenen Fürsorgestellen im 19. und 21. Bezirke ehestens zu errichten, widrigenfalls das Gesundheitsamt bezüglich dieser ehestens Anträge stellen soll."

Beantwortung: Die genannten Fürsorgestellen im 19. und 21. Bezirke sind durch den Patriotischen Hilfsverein vom

Roten Kreuze bereits errichtet worden. Die Fürsorgestelle im 21. Bezirke ist bereits im Betrieb, jene im 19. Bezirke konnte nur deshalb nicht eröffnet werden, weil der Gasanschluß nicht zu bewirken ist. Nach den gepflogenen Erhebungen ist die finanzielle Lage des Roten Kreuzes eine derartige, daß der Betrieb sämtlicher Fürsorgestellen dieses Vereines gesichert erscheint.

Zusatz-Antrag des VB. Neumann: Das Gesundheitsamt hat Beobachtungen über die Erfolge der Fürsorgestellen anzustellen und einen eingehenden Bericht hierüber zu erstatten. Ebenso ist darüber zu berichten, ob bei den den Fürsorgestellen zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln auch nur eine teilweise erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose zu erwarten ist?

Beantwortung: Bezüglich der Erfolge der Fürsorgestellen wird auf beiliegenden Ziffernbericht, Beilage A, verwiesen. Trotzdem dieser Bericht nicht die vollständigen Ziffern ergibt, weil ein Teil der Fürsorgestellen den Betrieb erst im Laufe des Jahres 1918 begonnen hat, und trotzdem den Fürsorgestellen die normalerweise verfügbaren Mittel in der Kriegszeit nicht zugebote standen, ergibt sich schon aus den ausgewiesenen Ziffern die vielseitige und segensreiche Tätigkeit der Fürsorgestellen. Trotzdem die Fürsorgestellen nur mit neun Fürsorgerinnen arbeiteten und nicht alle Stellen das volle Jahr in Betrieb waren, ist es ihnen doch gelungen, 3491 Kranke neu in Fürsorge zu nehmen. Aus dem Tätigkeitsberichte sei noch besonders auf die durch die Fürsorgestellen bewirkten 1079 Spitalsunterbringungen, die 880 Unterbringungen in Heilstätten, die Vermittlung von Landaufenthalt für Erwachsene in 1789 Fällen und auf die die Unterbringung von Kindern betreffenden Zahlen hingewiesen. Wenn, wie beabsichtigt, noch fünf neue Fürsorgestellen dazu kommen und die Zahl der Fürsorgerinnen auf 30 erhöht wird, so kann unter Voraussetzung von Friedensverhältnissen bei ganzjährigem Betriebe das Fünffache des bis jetzt Erreichten geleistet werden. Während in den künftigen Heilstätten, selbst wenn deren Fassungsraum mit 2000 Betten angenommen wird, nur 8000 Personen und diese nur während je dreier Monate Aufnahme finden können, ist zu erwarten, daß von den projektierten Fürsorgestellen 20.000 bis 30.000 Personen im Jahre befürsorgt werden können.

Schon aus diesen Ziffern ergibt sich die Bedeutung und die Leistungsfähigkeit der Fürsorgestellen im Kampfe gegen die Tuberkulose, welche derzeit auch in Deutschland trotz des sehr ausgebildeten Heilstättenwesens die Hauptrolle in diesem Kampfe spielt. Daß eine so umfassende Tätigkeit der Fürsorgestellen trotz der beschränkten Mittel möglich ist, erklärt sich daraus, daß die Tätigkeit der Fürsorgestellen einerseits eine beratende, anderseits eine vermittelnde ist und selbst keiner besonders großen Aufwendungen bedarf.

Zusatz-Antrag des StR. Dr. Hein: Es sind neuerliche Erhebungen darüber anzustellen, wohin die seinerzeit für Tuberkulosefürsorgezwecke gesammelten 23 Millionen Kronen gekommen sind, was von diesem Betrage auf Wien entfallen und für Wien noch erhältlich ist?

Beantwortung: Hiezu wird auf den beiliegenden Ausweis des Staatsamtes für Volksgesundheit über die Verwendung der 23 Millionen Kronen verwiesen. (Beilage B und C.)

Zur Anregung des StR. Knoll: Es soll die Tuberkulosenaktion in ein System gebracht und festgestellt werden, in welchem Maße sich Stadt, Land und Gemeinde an dieser Aktion beteiligen.

Beantwortung: Kurze Zeit nach Beginn des Krieges, als sich ein rapides Anwachsen der Tuberkulose zeigte, wurde ein System für die Bekämpfung der Tuberkulose in Wien ausgearbeitet und eine Zentralstelle hiefür gegründet, welche später zur Bezirkszentrale Wien für Tuberkulosenfürsorge ausgebaut wurde. Diese Stelle war bemüht, für schwerkranke Tuberkulose Spitalsbetten bereitzustellen, was insoferne erfolgreich war, als heute im Kriegsspital Nr. 1 außer den Betten der Krankenanstalten 1400 Betten für Tuberkulose zur Verfügung stehen. Für Leichtkranke wurde eine Heilstätte in Steinklamm in Betrieb gesetzt, welche nach ihrem Ausbau 1200 bis 1400 Patienten Pflege und Behandlung gewähren wird. Für die im Kampfe gegen die Tuberkulose so wichtige und unerläßliche Fürsorge in den Familien wurden Fürsorgestellen begründet. Hiemit ist ein System in der Aktion gegen die Tuberkulose bereits geschaffen worden. Der Anteil des Staates an dieser Bekämpfung der Tuberkulose wurde mit dem Erlaß des vormaligen Ministeriums des Innern vom 2. Jänner 1917, Z. 7461/S, festgelegt, worin der Staat auch Subventionen für die Errichtung und den Betrieb von Heilstätten und für den Betrieb von Fürsorgestellen zusagte; für Heilstättenzwecke wurden rund 20 Millionen Kronen vom Staat gegeben. (Siehe Beilage B.) Die Fürsorgestellen in Wien wurden bisher mit 86.000 Kronen Staatsbeihilfe bedacht. Das Land hat an der Bekämpfung der Tuberkulose durch Subventionierung des Vereines Alland teilgenommen.

Zur Anregung des StR. Emmerling: Die Leitungen der Zweigvereine vom Roten Kreuze in den Bezirken sollen berichten, wieviel von den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Tuberkulosenfürsorge zur Verfügung gestellt wurden.

Beantwortung: Die Leitungen der Zweigvereine vom Roten Kreuze in den Wiener Bezirken haben im Laufe der letzten drei Jahre die runde Summe von 250.000 Kronen dem Stammverein für Tuberkulosenfürsorgezwecke zugeführt.

Zur Anregung des StR. Melcher: Der Zweigverein des Roten Kreuzes für den 9. Bezirk möge berichten, wie weit die Angelegenheit der Errichtung eines Tuberkulosenheimes in Preßbaum vorgeschritten ist und ob dasselbe bald dem Betriebe übergeben werden kann.

Beantwortung: Die Heilstätte Wilhelmshöhe in Preßbaum wurde vom Patriotischen Hilfsverein vom Roten Kreuze angekauft und bauliche Adaptierungen vorgenommen. Der Betrieb dieser Anstalt wird vom Zweigverein für den 9. Bezirk geführt. Wegen Mangel an Arbeitskräften konnte die Liegehalle bisher noch nicht aufgestellt werden. Die Eröffnung der Anstalt ist wegen Kohlenmangels nicht möglich. Nach Behebung dieser Hindernisse könnte mit dem Betriebe der Anstalt im Frühjahre begonnen werden.

* * *

Tätigkeit der Fürsorgestellen für Tuberkulose 1917/18

Beilage A.

	1917	1918
Zahl der Neuaufnahmen	4341	5951
Gesamtzahl der Untersuchungen	13479	17856
Zahl der ärztlichen Behandlungen	?	15624
„ „ Injektionsbehandlungen	?	5771
„ „ Sputumuntersuchungen	?	2405
„ „ in Fürsorge neu übernommenen Kranken	?	3491
„ „ Besuche in den Wohnungen	?	4728
„ „ Spitalsunterbringungen	659	1079
„ „ Unterbringungen in Heilstätten	298	880
„ „ Vermittlungen eines Landesaufenthaltes für Erwachsene	690	1789
„ „ Unterbringungen von Kindern in Tageserholungsstätten	143	221
„ „ „ „ „ „ Ferienkolonien	91	696
„ „ „ „ „ „ Privatpflege	18	40
„ „ anderweitigen Unterbringungen von Kindern	116	74
„ „ Veranlassung der Wohnungsdesinfektion	?	172
„ „ „ „ „ reinigung	?	668
„ „ „ des Wäschewaschens	?	363
„ „ Ausstellung ärztlicher Gutachten wegen Lebensmittelbezuges	?	1816

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Beilage B.

Land	Ort	Gegenstand der Subventionierung	Zahl der Betten	Betrag der Subvention in Kronen
Min. des Innern	—	Kredit für die mit der Aktion verbundenen ersten Auslagen	—	100.000
Niederösterreich	Wien 13	Lungenheilanstalt für heimkehrende Krieger	1.690	340.000
„	Wien 10	Kriegsspital Nr. 2, Tuberkulose-Abteilung	700	250.000
„	Aflenz (Steiermark)	Lungenheilstätte des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft	216	400.000
„	Alland	Lungenheilstätte	408	600.000
„	Stolzenwörth	„	340	600.0 0
„	Felbring	Erholungsheim	40	—
„	Gießhübl	„	70	—
„	Kasten	Liegehalle beim Erholungsheim	70	7.000
„	Stranzendorf	Erholungsheim	55	—
„	Waldhof	Liegehalle beim Erholungsheim	40	15.000
„	Wopfing	Kühlanlage „ „	60	3.500
„	Zeillern	Heizanlage „ „	110	20.000
Oberösterreich	Ried	Tuberkulosenpavillon	50	200.000
Salzburg	Grafenhof-St. Veit	Lungenheilstätte	158	342.000
„	Salzburg	2 Tuberkulosenpavillons beim St. Johann-Spital	40	75.000
„	St. Johann i. P.	Tuberkulosenpavillon	20	127.000
„	Tamsweg	„	20	127.000
Steiermark	Arnfels	Lungenheilstätte	100	200.000
„	Hörgas und Enzenbach	„	600	1,161.000
		Fürtrag	4.787	4,567.500

Land	Ort	Gegenstand der Subventionierung	Zahl der Betten	Betrag der Subvention in Kronen
		Uebertrag .	4.787	4,567.500
Steiermark	Leoben	Tuberkulosenpapillon-	35	100.000
"	Mariazell	"	20	80.000
"	Pettau	"	24	100,000
"	Stolzalpe bei Murau	Sonnenheilstätten für Knochentuberkulöse	208	1,200.000
"	Weinitzen bei Graz	Walderholungsstätte „Theodor Pfeiffer"-Stiftung	—	60.000
Kärnten	Klagenfurt	Tuberkulosenpavillon	80	245.000
"	Tentschach	Lungenheilstätte	80	29.000
"	"	"	100	300.000 (ungefähr)
Krain	Gallenfels	"	150	750.000
"	Laibach	Tuberkulosenpavillon	120	480.000
Tirol	Innsbruck	"	72	300.000
"	Meran	"	44	200.000
"	Palmschoß	Lungenheilstätte	300	1,200.000
"	"	Seilbahn zur Heilstätte	—	200.000
Vorarlberg	Gaisbühel	Lungenheilstätte	100	600.000
Böhmen	Aussig	Tuberkulosenpavillon	65	225.000
"	Beneschau	"	24	100.000
"	Budweis	"	25	100.000 (ungefähr)
"	Dux	"	30	120.000
"	Eger	"	57	228.000
"	Eiland bei Tetsch	Erholungsheim	23	35.000
"	Gablonz v. N.	Tuberkulosenpavillon	40	160.000
"	Graslitz	"	40	160.000
"	Haida	"	30	100.000
"	Hohenelbe	"	17	60.000
"	Humpoletz	"	20	75.000
"	Jungbunzlau	"	22	60.000
"	Karlsbad	"	24	96.000
"	Kaurim	"	40	160.000
"	Klattau	"	22	60.000
"	Königinhof a. Elbe	"	24	80.000
"	Marschendorf	Liegehalle bei Tuberkulosenpavillon	10	8.000
"	Nachod	Tuberkulosenpavillon	26	100.000
"	Nimburg	"	30	120.000
"	Opocno	"	20	87.000
"	Pilsen	"	30	100.000
"	Plan	"	26	104.000
"	Ples	Lungenheilstätte	240	590.000
"	Preitz	Liegehalle beim allgemeinen öffenlichen Krankenhaus	30	15.000
"	Prosenitz	Lungenheilstätte	240	500.000
"	Reichenberg	"	145	600.000
"	"	Tuberkulosenpavillon, allgemeines öffentliches Krankenhaus	72	—
"	Roßkamm	Lungenheilstätte	150	600.000
"	Saaz	Tuberkulosenpavillon	60	240.000
		Fürtrag .	7.702	15,295.220

Land	Ort	Gegenstand der Subventionierung	Zahl der Betten	Betrag der Subvention in Kronen
		Uebertrag . .	7.702	15,295.220
Böhmen	Senftenberg	Tuberkulosenpavillon	15	50.000
„	Schwarzkosteletz	„	20	80.000
„	Starkenbach	„	20	80.000
„	Teplitz	„	54	216.000
„	Zwickau	Lungenheilstätte	124	300.000
Mähren	Eibenschitz	Tuberkulosenpavillon	40	160.000
„	Gewitsch	Lungenheilstätte	263	574.700
„	Iglau	Tuberkulosenpavillon	32	128.000
„	Lelekowitz	Lungenheilstätte	100	400.000
„	Mährisch-Ostrau	Tuberkulosenpavillon	50	200.000
„	Olmütz	„	54	160.000
„	Passek	Lungenheilstätte	124	198.400
„	Sternberg	Lungenheilstätte für heimkehrende Krieger	1.170	884.560
Schlesien	Freudenthal	Tuberkulosenpavillon	30	150.000
„	Jägerndorf	„	52	300.000
„	Oberschaar	Lungenheilstätte	100	505.000
„	Teschen	Tuberkulosenpavillon	74	200.000
„	Troppau	„	80	240.000
Galizien	Lemberg	„	50	350.000
„	Nowy Targ	„	50	350.000
„	Pradnik Bialy	Lungenheilstätte	88	344.000
„	Rajcza (Erzh. Schl.)	„	106	300.000
„	Zakopane	„	800	250.000
„	Zywiec	Tuberkulosenpavillon	24	222.000
		Zusammen . .	11.222	21,937.880

Ergebnis der Opfertage 1916.

Beilage C.

Kronland	Reinerträgnis in Kronen	Anteil des Witwen- und Waisenfonds in Kronen	Anteil des Invalidenfonds, Kriegsfürsorgeamtes in Kronen	Anteil des Vereinigung z. Bekämpfung der Tuberkulose in Kronen	Anmerkung
Niederösterreich	415.815·15	156 098·81	78.049·41	78.049·41	103.617 K 51 h (Anteil der Aktion zur Schuhversorgung für die Armen Wiens)
Oberösterreich	232 654 76	116.327·38	58.163 68	58.163·68	
Salzburg	25.933·08	12.966 54	6.483·27	6.483·27	
Steiermark	151.464 37	75.732·18	37.866 09	37.866·09	
Kärnten	56.578 61	28 289·31	14.144·65	14.144·65	
Krain	83.562 53	41 781·26	20.890·64	20·890·64	
Küstenland	94.696·23	47.348 11	23.674 06	23.674·06	
Dalmatien	48.047·62	24.023·81	12.011·90	12.011·90	
Tirol	125.762·19	62 881·10	31.440·54	31.440·54	
Vorarlberg	24.594·11	12.297·06	6.148·53	6.148·53	
Böhmen	568 130·75	284.065 37	142.032·69	142.032·69	
Mähren	378.499·03	189.249·53	94.624·75	94.624·75	
Schlesien	230.860 91	144.677 67	43.091·61	43.091·61	
Aufgeteilter Reinertrag	2,436.599·34	1,195.738·13	568.621·82	568·621'82	
Mitgliedsbeiträge	190.075 31	190.075·31			
Gesamtreinertrag	2,626.674·65	1,385.813·44			

Rascheste Durchführung der Sachdemobilisierung.

Bericht des Magistrates.

Drei Monate sind beinahe verstrichen, seit die Monarchie von der Welle der Revolution überflutet, in ihre Teile zerfiel und sich in mehrere selbständige von einander unabhängige Freistaaten auflöste. Damit zugleich kam der langersehnte Endpunkt des blutigen Völkerringens und jene Zeit, in der es gilt, aufzubauen und aufzurichten, was ohne Rücksicht auf jahrhundertalte Kultur zerstört zu Boden sank. Die schwere über das gesamte Wirtschaftsleben hereingebrochene Krise zeigt aber noch nach keiner Richtung hin auch nur die leisesten Spuren einer Besserung.

Die Gemeinde Wien hat sich schon, als ein Ende des Völkerkrieges noch nicht abzusehen war, mit der Frage beschäftigt, wie die darniederliegende Volkswirtschaft aufgerichtet werden könnte, wenn einmal die Waffen zur Ruhe kommen. Selbst bei Annahme eines siegreichen Endes war es schon während des Krieges Gewißheit, daß nur das Vorhandensein eines ausreichenden Rohstoffkapitales eine Wiederaufrichtung und dauernde Kräftigung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen kann. Ein rasches Hereinströmen solcher Rohstoffe vom Auslande war aber schon damals nicht zu erwarten, da einerseits die Verkehrsschwierigkeiten, der verminderte Schiffsraum, der als Folge des Waffenkampfes befürchtete Handels- und Zollkrieg ein sofortiges Erwerben solcher Rohstoffe vom Auslande als ausgeschlossen erscheinen ließ, anderseits aber die Valutafrage die strengste Sparsamkeit in den Einfuhren, denen wir keine nennenswerte Ausfuhr gegenüberstellen können, verlangte.

Die selbst bei siegreichem Ausgange des Krieges immerhin zu gewärtigenden Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung haben sich aber durch den militärischen Zusammenbruch und den Zerfall des Reiches ins unendliche gesteigert, da uns nunmehr auch die wichtigsten Rohstoffländer der einstigen Monarchie auf vorläufig noch nicht absehbare Zeiten verschlossen sind.

Der außerordentliche Ernst der Situation erheischt nunmehr mit gebieterischer Strenge die Prüfung der Frage, inwieweit ohne Einfuhr wenigstens der Beginn der wirtschaftlichen Tätigkeit ermöglicht und eine dürftige Rohstoff- und Materialbeschaffung im Inlande selbst gefunden werden könnte.

Als richtiges, allerdings einziges derzeit zur Verfügung stehendes Mittel hat die Gemeinde Wien stets die rasche und glatte Abwicklung der Sachdemobilisierung bezeichnet. Alle erdenklichen Rohstoffe im Werte vieler Millionen waren teils von der Heeresverwaltung für ihre Zwecke in eigenen Depots und bei ihren Lieferanten aufgestapelt, teils von der Zivilverwaltung in ihre Bewirtschaftung — wenngleich unter der Verpflichtung der bevorzugten Bedeckung der militärischen Lieferungen — übernommen worden. Diese schlummernden Kapitalien müssen in raschester Weise zu neuem Leben erweckt, dem Verkehre, dem Erwerbe, der Produktion, der Wirtschaft überwiesen werden.

Jeder Tag eines toten Kapitales ist ein schwerer Schaden für unser kapitalarmes und ausgesaugtes Land. Schon im Interesse der Staatsfinanzen sollte die jetzt noch vorhandene hohe Preiskonjunktur ausgenützt werden. Hatte die Staatsgewalt — die Erfahrung des Krieges hat es hundertfach bewiesen — schon kein Mittel, Preissteigerungen wirksam hintanzuhalten, so liegt es noch viel weniger in ihrer Macht, Rückgänge von Preisen, die sich ganz unabhängig von ihr vollziehen, zu verhindern. Und selbst wenn der Staat über solche Macht verfügte, dürfte er einem Abbaue der heutigen Preise, unter denen die ganze Bevölkerung leidet, in keiner Weise hindernd in den Weg treten. Schon zeigen sich deutliche Zeichen — die Zurückhaltung aller Bevölkerungsschichten im Einkaufe ist ein Beweis dafür — die auf einen Rückgang der Preise auf verschiedenen Gebieten schließen lassen.

Die Zeit des Friedensschlusses tritt heran und damit die Oeffnung der Grenzen. Kommt es wirklich zu einem Völkerbunde, so bildet das Fallen der Zollschranken eine notwendige Folge. Und dann liegt unser Markt der fremden, amerikanischen Produktion offen und die Zeit, die Kriegsmaterialien zu den heute noch bestehenden Konjunkturpreisen abzusetzen, ist für immer verloren. Wenn die Regierung nicht will, daß der ohnehin schon verarmte Staat bei der Verwertung der Kriegsgüter empfindliche finanzielle Einbußen erleidet, ist es unbedingt erforderlich, den Absatz der Kriegsmaterialien mit allen zugebote stehenden Mitteln zu beschleunigen.

Die ehemalige Regierung hatte bereits in allgemeinen Grundrissen, die die äußeren Linien der zu schaffenden Organisation deutlich erkennen ließen, die Abwicklung der Sachdemobilisierung festgelegt. Dieses Gebäude, seiner Grundvoraussetzung — Aufrechterhaltung des Einheitsstaates — beraubt, mußte zusammenbrechen, so daß vorerst die Sachdemobilisierung nur mit Provisorien begonnen werden konnte, bis — schon während der beginnenden Abrüstung — schnell eine neue, den geänderten Verhältnissen angepaßte Organisation geschaffen werden konnte.

Die Bildung so vieler selbständiger Nationalstaaten, die Ansprüche jedes einzelnen an die ehemals gemeinsamen Güter sind Schwierigkeiten, die gewiß gewürdigt werden sollen. Die Verzögerung, die diese notwendigen Verhandlungen zur Folge hatten, nicht zum letzten aber auch der kostspielige Verwaltungsapparat der Sachdemobilisierung sollte ein scharfer Ansporn sein, mit doppelter Eile die Herausgabe des ausbedungenen fünften Teiles der in Deutschösterreich vorhandenen Kriegsgüter durchzuführen.

Soferne die Materialien der gewerblichen Produktion der Umarbeitung zugeführt werden, ist bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Menge aber vor allem auf die jetzige Leistungsfähigkeit der zu beteilenden produzierenden Stände Bedacht zu nehmen. Auch bei dem Produzenten soll das Kapital nicht brach liegen; Hamsterkäufe und Thesaurierungen sind ebenso schädlich, wie ein Liegenlassen der Materialien in staatlichen Depots. Nur an solche Stände und nur in solchem Ausmaße ist zu verteilen, daß eine sichere Gewähr für eine sofortige der Volkswirtschaft nützliche Verwertung der Materialien gegeben ist.

Zwei Fragen sind es insbesondere, zu deren fürsorgenden Behandlung die Staatsverwaltung verpflichtet ist und die bei näherer Untersuchung auch eines gewissen Zusammenhanges nicht entbehren: die wirtschaftliche Aufrichtung des Mittelstandes und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Man hat sich daran gewöhnt, unter dem Mittelstande bloß eine Klasse von Personen, den festangestellten Beamten zu verstehen. Mag auch das Los dieser Bevölkerungsklasse nach wie

vor das Schlechteste sein, sie hat doch den einen Vorteil, daß die schweren wirtschaftlichen Existenzsorgen allgemein anerkannt werden, ihr Existenzkampf gewürdigt und soweit es die fiskalischen Mittel gestatten, erleichtert wird. Doch nicht sie allein macht den Mittelstand aus. Der Handwerkerstand ist eine weitere viele Tausende umfassende Berufsklasse, deren Lebensfragen durch die staatliche Bewirtschaftung so vieler Artikel, durch die im Interesse der Allgemeinheit gebotenen Beschlagnahmen, durch Ablieferungspflichten, Verarbeitungs- und Verkaufsbeschränkungen auf das Tiefste getroffen wurde. Verarmt, unfähig sich durch eigene Kraft wieder aufzurichten, liegt der einst so blühende Kleingewerbestand am Boden. Die Statistik liefert ein trauriges Bild von unverschuldetem Elend, wenn man sieht, wie von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat Betriebseinschränkungen und Betriebsauflassungen in stetem Zunehmen begriffen sind.

Es soll hier nicht zur Aufgabe gestellt werden, die Notwendigkeit der Erhaltung dieses Standes zu beweisen. Es sei nur darauf verwiesen, daß Wiener Handwerker im Auslande seit jeher sich wegen der von ihnen erzeugten Qualitätsware eines großen Rufes erfreuten, daß dieser Stand durch Fleiß und redliche Geschäftsführung es verstand, zwar nicht Reichtümer zu sammeln, immerhin aber eine gewisse Wohlhabenheit sich zu schaffen, und so zu einem starken festgefügten Stande im Staate wurde, auf dessen Schultern ein großer Teil der Steuerforderungen lastete, die von dieser Seite stets ohne Widerwillen getragen wurden.

Es hieße den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung verkennen, wollte man die Finanzkraft des Staates durch noch so einschneidende Steuervorlagen heben, ohne daß denjenigen, die diese Steuern tragen sollen, Gelegenheit zur Arbeit und Verdienst gegeben wird. Dem Mangel an Arbeitsmaterial, unter dem der Gewerbestand während des Krieges viel mehr als die mit Kriegslieferungen beschäftigte und von Staatswegen mit Materialien dotierte Großindustrie gelitten hat, kann nur durch die Sachdemobilisiernng abgeholfen werden. Gerade der Handwerkerstand ist es, der unter den jetzigen Verhältnissen in erster Linie für die Verarbeitung der Kriegsmaterialien in Betracht kommt. In zahlreiche kleine Betriebsstellen verstreut, ist er unabhängiger von der gegenwärtig so schwerwiegenden Kohlenfrage, unter der die großen Fabriken teilweise zum Stillstande, teilweise zu Betriebseinschränkungen genötigt sind. Die wenigen Stunden, während welcher der für die Arbeitsmaschinen erforderliche Strom zur Verfügung steht, können dem Gewerbetreibenden, der einen großen Teil der Leistung durch seiner Hände Arbeit vollbringt, leichter genügen, wie den nur mit motorischer Kraft arbeitenden Industrien.

Die Zeit ist nicht mehr ferne, in der die Großindustrie, die heute noch einen Teil ihrer Arbeiterschaft gar nicht oder nicht voll beschäftigt im Lohne hält, die ihr hieraus erwachsenden finanziellen Opfer nicht mehr zu tragen in der Lage ist und genötigt sein wird, umfangreiche Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Dann werden die zahlreichen Werkstätten der Gewerbetreibenden ein nicht zu unterschätzendes Reservoir darstellen, das in der Lage ist, wenigstens einen Teil dieser Arbeitslosen aufzunehmen.

Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß nach Friedensschluß die englische und amerikanische Industrie darangehen werden, sich auf dem mitteleuropäischen Markte dauernd festzusetzen. Die kaufmännischen Eigenschaften dieser Völker sind eine sichere Bürgschaft dafür, daß mit dieser Gefahr für die einheimische Produktion zu rechnen ist. Bis dorthin aber sollte bereits die Verarbeitung der Kriegsmaterialien beendet, die umgearbeiteten Materialien oder die aus ihnen hergestellten Produkte auf dem Markte sein, um damit der ausländischen Konkurrenz wenigstens einigermaßen entgegentreten zu können und nicht den völlig ausgehungerten heimischen Konsum widerstandslos der Ueberschwemmung der feindlichen Konkurrenz zu überantworten.

Immer drohender wächst das Schreckensgespenst der Arbeitslosigkeit heran. In der Großstadt verdüstert sich das Bild von Monat zu Monat. Hat der Arbeitsnachweis der Stadt Wien — und dieser versinnbildlicht nur einen Teil des Arbeitsmarktes der Stadt — noch in den Monaten September und Oktober 1918 eine Zahl von 3227, beziehungsweise 3212 Stellengesuchen aufzuweisen, so erhöht sich diese Zahl im November bereits auf 13.558 und bis Mitte Dezember auf über 25.000 Gesuche. Heute erscheint die Zahl 50.000 Arbeitslose in Wien kaum mehr zu hoch gegriffen. Deutlicher als alle Schilderungen beweisen diese Zahlen, wie notwendig es ist, daß in energischer Weise der Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schrecknissen zu Leibe gerückt werden muß.

Mögen auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Unkündbarkeit von Verträgen der Handlungsgehilfen, die wiederholten Verlängerungen der ursprünglich hier vorgesehenen Fristen, die staatlichen Unterstützungen der Arbeitslosen — die volkswirtschaftliche Nutzbringung dieser Kapitalsanlegung mag hier gar nicht erwogen werden — noch die äußersten Folgen vorläufig beseitigen, so können diese Maßnahmen lediglich ein Provisorium sein, die in einen Dauerzustand unmöglich verwandelt werden können.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die Frage der Arbeitslosigkeit unter den heutigen Verhältnissen durch die Industrie allein gelöst werden kann. Ist sie doch durch den Stand der Kohlenfrage in der Wiederaufnahme der Produktion von Massengütern auf das Schwerste gehemmt. Und nicht jedem Arbeiter lockt die Fabriksarbeit, die mit ihren arbeitsteiligen Verfahren den Arbeiter nur eine einseitige Ausbildung bietet. Gerade die besten Arbeitskräfte, die eine allseitige Ausbildung im Gewerbe anstreben, um dereinst eine selbständige Existenz zu gründen, suchen mit Vorliebe die Werkstätte des Handwerkers auf, die ihnen die Möglichkeit zu einer allseitigen Ausbildung gewährt.

Der für die personelle Demobilisierung bereits lange vor Beendigung des Krieges ausgearbeitete Organisationsplan, der viele Monate für die ganze Abwicklung vorgesehen hatte, stürzte in dem Augenblicke zusammen, da die Truppen nach Auflösung aller militärischen Verbände, keinem Kommando mehr gehorchend, auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen in die Heimat eilten. Die personelle Demobilisierung war binnen wenigen Wochen beendet.

Langsam und schwerfällig hingegen vollzieht sich die sachliche Abrüstung. Es soll nicht verkannt werden, daß auch hier organisatorische und ungeheure technische Schwierigkeiten vorhanden sind, die es unmöglich machen, die Zuführung der entbehrlich gewordenen Heeresgüter an die vielseitigen Abnehmer, deren wirtschaftliche Interessen hiebei auf das Heftigste aneinanderprallen, in einer alle Teile befriedigenden Weise zu bewerkstelligen.

Umso wichtiger ist es, die hauptsächlichsten durch die wirtschaftlichen Verhältnisse diktierten Gesichtspunkte nicht außer Acht zu lassen: Durch die rascheste Herausgabe der militärischen Sachgüter und ausgiebige Zuwendung derselben an den Gewerbestand sich wenigstens der wichtigsten staatserhaltenden Aufgaben zu entledigen, einem wichtigen Mitglied der Volkswirtschaft, dem Gewerbestand, in seiner heutigen Notlage die Existenz zu erhalten, einer nicht unbedeutenden Zahl von Arbeitslosen einen Erwerb zu sichern und im Interesse der Finanzen des Staates die Kriegsgüter der Verwertung zuzuführen, bevor deren Entwertung eingetreten ist. — Es sei daher eine Petition an die Regierung zu richten, in welcher die rascheste Abwicklung der Sachdemobilisierung und die ausgiebige Zuwendung militärischer Sachgüter an den Gewerbestand auf das Nachdrücklichste gefordert wird.

Die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom 22. bis 29. Jänner 1919.

Seit Mitte Oktober ist die Sterblichkeit in Wien in einem fast ununterbrochenen Abfall begriffen; in der Berichtwoche ist sogar die Sterbeziffer günstiger gewesen als im Vorjahre. In der dritten Jahreswoche sind insgesamt 676 Personen gestorben, gegen 844 in der Vorwoche und 890 im Vorjahre. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug 15·7 gegen 17·2 in der Vorwoche und ebensoviel im Vorjahre. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß bei der Verminderung der Todesfälle die fortschreitende Entlastung der Militärspitäler eine Rolle spielt. An Lungentuberkulose sind 170 Personen gestorben gegen 172 in der Vorwoche, an Influenza 44 gegen 35, an Lungenentzündung 78 gegen 73 gestorben, so daß die Grippe eine leichte Zunahme aufzuweisen scheint.

Der Stand der Infektionskrankheiten ist andauernd günstig, selbst der Flecktyphus hat in der Berichtwoche insoferne eine Abnahme erfahren, als nur 18 Fälle gegen 37 in der Vorwoche gemeldet wurden. Die Erkrankungen betrafen 6 Zivilisten, davon 3 Ortsfremde und 12 Militärpersonen. Der Infektionsquelle nach standen 13 Fälle mit Heimkehrern, 2 mit Militärpersonen im Zusammenhange und 3 waren, wie erwähnt, zugereist. An Blattern erkrankte ein ungeimpftes Kind eines Arbeiters der Elektrizitätswerke, der vor einigen Wochen heimgekehrt ist und möglicherweise infektiöse Materiale heimgebracht hat.

Gemeindevermittlungsämter.

Verhandlungstage im Februar 1919:

Wieden 10., 23.
Hietzing 12., 19., 26.
Hernals 19.

Lebensmittelverkehr.

Rindermarkt.

Am Zentral-Viehmarkte St. Marx gelangten am 1., 3., 4. und 5. Februar 1919 zur Verteilung an Extremfleischhauer 141 Rinder, an Einheitsfleischhauer 392 Rinder.

Jung- und Stechviehmarkt vom 6. Februar 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 52, Lämmer ausgeweidet 13, Schafe lebend 3584, Schafe ausgeweidet 32 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 3 K bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 11 K bis 16 K.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 48 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 1630 Stück Schafe mehr aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Zentral-Viehmarkte St. Marx gelangten zur Verteilung an Spitäler und Sanatorien 52 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 13 Lämmer und 32 Schafe, an Fleischhauer 982 lebende Schafe.

Pferdemarkt.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 4. Februar 1919: 399 Gebrauchs- und 48 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1800 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate Dezember 1918.

Theresienbad im 12. Bezirke.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	10687,	davon	5977	4710
Dampfbad	15585,	„	11072	4513
Voll- und Schwimmbad	—,	„	—	—
Zusammen	26772,	davon	17049	9223

17. Bezirk Kaiser Franz Josef-Bad.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	14167,	davon	6951	7216
Dampfbad	13565,	„	8783	4782
Schwimmbad	—,	„	—	—
Sonnenbad	—,	„	—	—
Zusammen	27732,	davon	15734	11998

21. Bezirk, Floridsdorfer Badeanstalt, Kretzgasse.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	3110,	davon	1883	1227
Dampfbad	3505,	„	2761	744
Brausebad	6435,	„	4592	1843
Zusammen	13050,	davon	9236	3814

Volksbäder.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
2. Bez., Vereinsgasse 29	12279,	davon	8154	4125
3. Bez., Apostelgasse 18	3657,	„	2752	905
4. Bez., Klagbaumgasse 4	6069,	„	3968	2101
5. Bez., Einsiedlerplatz 18	10453,	„	7296	3157
6. Bez., Esterhazygasse 9	7761,	„	5201	2560
7. Bez., Hermanng. 24 bis 28	13273,	„	8349	4924
8. Bez., Florianigasse 24	8030,	„	5331	2699
9. Bez., Wiesengasse 17	8366,	„	5458	2908
10. Bez., Gudrunstraße 163a	13561,	„	10201	3360
11. Bez., Geiselbergstraße 54	3575,	„	2883	692
13. Bez., Hütteldorferstr. 136	5241,	„	4098	1143
14. Bez., Heinickegasse 3	6084,	„	4607	1477
15. Bez., Reithofferplatz 4	6449,	„	4551	1898
16. Bez., Fried. Kaiserg. 11	10156,	„	6887	3269
17. Bez., Gschwandnergasse 62	5384,	„	2842	2542
18. Bez., Klostergasse 27	5182,	„	3518	1664
20. Bez., Treustraße 60	3225,	„	2371	854
Zusammen	128745,	davon	88467	40278

Baubewegung

vom 5. Februar bis 7. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen

Adaptierungen.

1. Bezirk: Stadiongasse 6/8, von Bernh. v. Popper, ebenda, Bauführer die Wiener Baugesellschaft (249).
3. Bezirk: Betriebsbahnhof Erdberg, von der Städtischen Straßenbahn (264).
5. Bezirk: Wiedner Hauptstraße 118, von Julius Schrödl, Bauführer J. Schweitzer (257).
7. Bezirk: Mariahilferstraße 70, von Th. Nowak, Bauführer A. Rohl (250).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

18. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Boschalko Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 48.
Dobesch Adolf — Gold-, Silber- und Juwelenarbeitergewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 63.
Mayer Ferdinand — Zuckerbäckergewerbe — 5., Jahngasse 16.
Pokorny Anton — Kleidermachergewerbe — 5., Ramperstorffergasse 27.
Schloßnickel Johann — Kleidermachergewerbe — 5., Zentagasse 18.
Tomiska Fridolin — Schuhmachergewerbe — 5., Margaretenstraße 125.
Miko Johann — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 104 — 2., Praterstraße 34.
Grün Ludwig — Warenhandel — 19., Hardtgasse 19.
Lanik Stephanie — Handel mit Kanditen und Obst — 16., Grundsteingasse 35.
Schmölz Marie — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 5., Wiedner Hauptstraße 60.
Ritter Anna — Uebernahme von Wäsche zum Waschen und Putzen — 5., Mittersteig 2.
Schöninger Leopoldine — Detailhandel mit Mehl, Eiern und Butter — 5., Grüngasse 29.
Schöninger Leopoldine — Wildbret- und Geflügelhandel — 5., Grüngasse 29.
Schöninger Leopoldine — Fleisch-Verschleiß — 5., Grüngasse 29.
Cologna Marie — Verschleiß von Pferdefleisch- und Pferdefleischselchwaren — 5., Hundsturmplatz 6.
Kraus Marie — Damenkleidermachergewerbe — 5., Schönbrunnerstraße 31.
Wappelshammer Marie — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 932 — 8., Alserstraße 27 bis 31.
Karnoysky Hildegard — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 330 — 10., Columbusplatz.
Patzelt Marianne — Wäscheputzerei — 18., Gentzgasse 55.
Wachoceschek Rosa — Zuckerbäckerwaren, Kanditen- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 17., Rosensteingasse 21.

* * *

19. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Raubitschek & Pitzl, Offene Handesgesellschaft — Gemischtwarenhandel mit Ausnahme von Lebensmitteln und Futtermitteln — 1., Heinrichgasse 3.
Pölser Papierfabrik Ges. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung und Vertrieb von Papier und Zellulose — 9., Michelbeuerngasse 9 a.
Leobersdorfer Stahlwerke A. G. — Fabriksmäßige Erzeugung von Stahl und Stahlwaren — 1., Strauchgasse 1.
Wimmer Franz Wilhelm, Alleininhaber der Firma „F. W. Wimmer" — Fabriksmäßige Erzeugung von Metallwaren — 13., Höritzergasse 1.
Troll Hermann — Schuhmachergewerbe — 6., Garbergasse 4.
Bacha Karl — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier — 13., Hütteldorferstraße 162.
Riedel Johann — Mechanikergewerbe — 13., Missindorfstraße 29.
Rienößl Michael — Fleischselchergewerbe — 13., Linzerstraße 226.
Rienößl Michael — Fleischhauergewerbe — 13., Linzerstraße 226.
Demmel Karl — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — 17., Hernalser Hauptstraße 116.
Kinzer Valentin — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — 17., Klopstockgasse 31.
Hafner Ernst — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — 17., Blumengasse 64.
Hanisch Josef — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerksgewerbe — 17., Hormayrgasse 23.
Mag. pharm. Edels Salomon — Erzeugung nicht konzessionspflichtiger chemischer und kosmetischer Artikel und deren Handel — 9., Kolingasse 19.
Kleiber Josef — Handel mit Werkzeugen, Maschinenbestandteilen und einschlägigen Bedarfsartikeln — 9., Nordbergstraße 6.
Fleischer Ferdinand — Gemischtwarenhandel im Großen — 9., Liechtensteinstraße 61.
Sauger Jakob — Goldarbeitergewerbe — 9., Schulz-Strassnitzky-Gasse 12.
Zentner Wilhelm — Herrenkleidermachergewerbe — 9., Liechtensteinstraße 81.
Svoboda Viktor — Tischlergewerbe — 9., Roßauergasse 2.
Zoller Josef — Handel mit Lebensmitteln — 9., Rotenlöwengasse 13.
Unterberger Franz — Handel mit Rind- und Schweinefleisch — 9., Wagnergasse 10.
Böhm Julius — Gemischtwarenhandel im Großen — 9., Sechsschimmelgasse 7.
Idinger Laurenz — Fragnergewerbe — 1., Singerstraße 11.
Rabl Julius — Gemischwarenhandel im Großen mit Ausschluß von Lebens- und Futtermitteln — 1., Griechengasse 7.
Rappaport Littmann (auch Wiznitzer) — Handel mit Lebensmitteln — 2., Novaragasse 5.
Neumayer Josef — Tapezierergewerbe — 2., Erlagasse 7.
Waschak Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Wagramerstraße 56.
Winter Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Landstraßer Hauptstraße 153.
Berger Max — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Koppstraße 26.

Kohn Emanuel — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenwaren — 4., Mühlgasse 9.
Steiner Rosa — Handel mit Lebensmitteln — 1., Wipplingerstraße 23.
Schönwetter Ernestine — Uebernahme von Wäsche zum Putzen — 1., Tiefer Graben 28.
Grünbaum Cäcilie — Viktualienhandel — 2., Praterstraße 56.
Ebner Karoline — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Huttengasse 85.
Hrdlicka Julie — Lebensmittel und Konsumwaren, Handel und Verschleiß von Flaschenbier — 16., Gablenzgasse 48.
Sputz Melanie — Handel mit Schmuckgegenständen in echter und unechter Fassung — 6., Haydngasse 3.
Sponner Anna — Handel mit Galanterie-, Bijouterie- Nürnbergerwaren ꝛc. — 4., Rainergasse 14.
Koberwein Marie — Lebensmittelhandel — 4., Waaggasse 15.
Klein Anna — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften und Kanditen — 4., Favoritenstraße 4.
Renner Anna — Lebensmittelhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 4., Obstmarkt 1.
Ullrich Louise — Erzeugung von verschiedenen Putzmitteln — 4., Mühlgasse 24.

* * *

20. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Günsberger Siegmund — Handel mit Parfümerie- und Toiletteartikeln sowie mit Wäsche — 6., Mariahilferstraße 47.
Hertl Oskar — Handelsagentur — 6., Mollardgasse 17.
Lebenheim Emanuel — Warenhandel — 8., Bennogasse 8.
Klapschy Felix — Zahntechnikergewerbe — 18., Währingerstraße 159.
Rösner Franz — Baumeistergewerbe — 18., Schulgasse 50.
Krzak Stanislaus — Handel mit Christbäumen — 18., Cottagegasse 6.
Hoffmann Gustav Josef — Konzession zum Betriebe des Buchdruckergewerbes — 3., Arenbergring 10.
Pitschko Wilhelm — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — 6., Kasernengasse 22.
Mayer Wilhelm — Fleischselchergewerbe — 13., Linzerstraße 388.
Kuffner Karl — Pferdehandel — 2, Zirkusgasse 39.
Kapeller Richard — Musikergewerbe — 2., Thugutstraße 5/6.
Asztalos Andreas — Handelsagentie — 9, Spittelauerplatz 7.
Fanto Gustav — Musikergewerbe — 2., Taborstraße 46.
Bernhard Franz — Kleidermachergewerbe — 2., Schreigasse 12.
Chytil Anton — Kleidermachergewerbe — 2., Schreigasse 4.
Matusek Josef — Marktviktualienhandel — 16, Brunnengasse (Markt).
Schatzl Therese — Likör-Erzeugung — 18., Gymnasiumstraße 24.
Signer Neche (Anna) — Kaffeesieder-Konzession — 3., Fasangasse 31.
Rothmann Anna — Damen- und Kinderkleidermachergewerbe — 3., Radetzkystraße 9.
Sandbichler Hermine — Gemischtwarenhandel, Witwenfortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Albert — 9., Sechsschimmelgasse 3.
Philipp Marie — Wäsche- und Wäscheputzergewerbe — 3., Fasangasse 59 a.
Hentsch Emanuela — Wäschewaren-Erzeugung — 13., Hütteldorferstraße 86.
Zdravkovitsch Josefa — Damenkleidermachergewerbe — 13., Höritzergasse 1.
Brdicka Elisabeth — Fragnergewerbe — 13., Goldschlagstraße 133.
Günther Ernestine — Verschleiß von Eintrittskarten für Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen — 9., Währingerstraße 68.
Reich Hedwig — Holz- und Kohlengroßhandel — 9., Fuchsthallergasse 4.
Fischer Gisela — Metallpresser-, Galvanoplastik- und Galvaniseurgewerbe — 9., Nußdorferstraße 2.
Heller Marie — Handel mit Lebensmitteln — 9., Marktgasse 28.
Heller Marie — Handel mit Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Flaschen — 9., Marktgasse 28.
Rohm Alosia — Pfaidlergewerbe — 18., Währingerstraße 152.
Trippl Katharina — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier — 13., Altgasse 22.
Fruhmann Anna — Handel mit Haus- und Küchengeräten — 13., Kuefsteingasse 4.
Holzinger Josefine — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Marmeladen ꝛc. — 13., Fenzlgasse 35.
Hulenka Josefine — Pfaidlergewerbe — 6., Millergasse 27.

* * *

21. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Gareiß Paula, Offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel — 7., Neustiftgasse 19.
Lenk Karl — Herrenkleidermachergewerbe — 2., Praterstraße 14.
Blaha Anton — Kleidermachergewerbe — 16., Hippgasse 17.
Fiala Peter — Lebensmittel- und Konsumwaren, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 16., Maroltingergasse 61.
Beichl Anton — Lebensmittel- und Konsumwaren, owie Flaschenbier-Verschleiß — 16., Hasnerstraße 70.
Krones Wilhelm — Konditereiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Fuchsenloch, Kat.-Parz 691.
Lakomy Franz — Musikergewerbe — 16., Dettergasse 8.
Binder Franz — Verschleiß von Kanditen, Fruchtsäften und Sodawasser — 16., Wattgasse, Ecke Ottakringerstraße.
Fink Johann — Handel mit Schneiderzugehörartikeln — 7., Neustiftgasse 55.
Dastl Alois — Handel mit Beleuchtungskörper und sämtlichen Artikeln für anderen Beleuchtungs- und Beheizungsanlagen — 7., Langegasse 73.
Hübner Ernst — Handelsagentur mit Ausschluß von Lebens- und Futtermitteln — 7., Siebensterngasse 19.
Laurer Johann — Zimmer- und Dekorationsmalerei — 7., Wimbergergasse 43.
Gschlacht Alfred — Handelsagentur mit Ausschluß von Lebens- und Futtermitteln — 7., Siebensterngasse 41.
Hütner Karl — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — 17., Rosensteingasse 8.
Lustig Otto — Verschleiß von Papier-, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — 16., Thaliastraße 36.
Donner Josef — Kleidermachergewerbe — 16., Seitenberggasse 25.
Rappaport Abraham Leib — Lebensmittelhandel — 2., Mathildengasse 2.
Holtschik Josef — Kaffeesieder-Konzession — 7., Neustiftgasse 139.
Dohnal Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Koppstraße 84.
Soukup Peter — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Seeböckgasse 26.
Albrecht Emil — Lebensmittel- und Konsumwaren, sowie Flaschenbierhandel — 16., Gansterergasse 8.
Novotny Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Albrechtskreithgasse 14.
Heimer Alfred — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16, Hubergasse 2.
Neuwirth Johann — Musikergewerbe — 16., Hasnerstraße 149.
Krump Johann — Handel mit Gold- und Silberwaren und Juwelen — 16., Friedmanngasse 52.
Fischthaler Johann — Tapezierergewerbe — 2., Berchtoldgasse 11.
Popper Regine — Handel mit Lebensmitteln — IX., Nußdorferstraße 33.
Strausz Riza — Damenkleidermachergewerbe — 9., Schwarzspanierstraße 15.
Dworak Marie — Strickereiwaren-Erzeugung — 7., Neubaugasse 29.
Ebner Stephanie — Damenkleidermachergewerbe — 7., Neustiftgasse 49.
Horak Marie — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Kirchstettengasse 47.
Schulz Therese — Lebensmittel- und Konsumwaren, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 18., Gentzgasse 73.

* * *

23. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Nußdorfer Bierbrauerei, A.-G. — Großfuhrwerksgewerbe — 19., Hackhofergasse 9.
Harnik & Komp., offene Handelsgesellschaft — Handel mit Möbel im Großen — 1., Hohenstaufengasse 12.
Zdorsky & Olesker, offene Handelsgesellschaft — Wäschewaren-Erzeugung — 1., Operngasse 10.
C. Gruber, offene Handelsgesellschaft — Fabriksmäßige Band-, Litzen- und Schnur-Erzeugung — 7., Westbahnstraße 44.
Mühlenwerk F. Mallowan, Ges. m. b. H. — Müllergewerbe — 11., Dreherstraße 5.
Hirsch Emil, Alleininhaber der Firma Leo Hoffmann's Nachf. Emil Hirsch — Handel mit Bandwaren — 7., Seidengasse 32.
Seif Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Lustgasse 6.
Stief Edmund — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Apostelgasse 17.
Stehlik Rudolf — Handelsagentur — 15., Geyschlägergasse 20.
Brüll Julius — Verlags-, Buch- und Kunsthandel — 9., Peregringasse 1.
Kinsky Rudolf — Gemischtwarenhandel — 7., Seidengasse 40.
Juran Albert — Faßbindergewerbe — 7., Neustiftgasse 62.
Kozian Franz — Mechanikergewerbe — 7., Lerchenfeldergürtel 36.
Kozian Franz — Handel mit elektrotechnischen Bedarfsartikeln ꝛc. — 7., Lerchenfeldergürtel 36.

Olbrich Rudolf — Erzeugung von Schleifscheiben — 13., Breitenseerstraße 29.
Baß Jakob — Handel mit Lebensmitteln — 2., Ennsgasse 15.
Sommer Franz — Gastwirtsgewerbe — 2., Prater, Hütte Nr. 4 (Kaffeehaus).
Cichocki Artur Modest — Handelsagentur — 7., Lindengasse 38.
Segner Johanna — Handel mit Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Grünwaren und Obst — 3., Kölbigasse 31.
Proidl Emma — Handel mit Lebensmitteln, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 17., Hernalser Hauptstraße 16.
Kropner Adelheid — Damenkleidermachergewerbe — 7., Neustiftgasse 101.
Bauer Friederike — Kleinfuhrwerkgewerbe — 15., Wurzbachgasse 14.
Zzdarsky Marie — Kleidermachergewerbe — 16., Herbststraße 19.
Veit Franz Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Hafengasse 14.
Schramm rekte Riß Siegmund — Handel mit Säcken — 18., Währingergürtel 17.
Scheller Simon — Uebernahme von Wäsche und Kleidern zum Putzen, Färben und Appretieren — 3., Löwengasse 29.
Trethan Franziska, verw. Beyer, geb. Malata — Viktualienhandel — 3., Beatrixgasse 3.
Metzger Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — 3., Gerlgasse 17.
Beier Elisabeth — Handel mit Lebensmittel, beschränkt — 2., Wolmutstraße 26.
Pinkus Valerie — Lebensmittelhandel, beschränkt — 2., Taborstraße 1.

* * *

24. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

„Gey", Großeinkaufs-Gesellschaft für Bureaubedarf — Handel mit Bureaubedarfs- und Einrichtungsgegenständen — 6., Mariahilferstraße 41.
Weiner & Rohm — Handel mit technischen Artikeln — 6., Kaunitzgasse 9.
Finy Müller & Komp. — Modistengewerbe — 1., Neuer Markt 5.
Haider & Schober — Handel mit Toilette-Artikel — 1., Gluckgasse 2.
Haider & Schober — Gesichtsmassage, Hand- und Nagelpflege — 1., Gluckgasse 2.
Frankel Samuel, Alleininhaber der Firma: Brüder Frankel — Handel mit Leder und Schuhmacherzugehör — 16., Hasnerstraße 49.
Nußbaum Johann — Schlossergewerbe — 2., Volkertstraße 7.
Bayer Ignaz — Spenglergewerbe — 2., Josef Gall-Gasse 3.
Rosthal Heinrich — Kaffeesiedergewerbe — 2., Glockengasse 23.
Borulik Franz — Lebensmittelhandel, beschränkt — 17., Kalvarienbergasse 23.
Pobl Friedrich — Schlossergewerbe — 9., Grünetorgasse 30.
Hahn Josef — Verschleiß von Konditoreiwaren, Fruchtsäften und Sodawasser — 17., Schwandnergasse 8.
Gredinger Leonhard — Frachtenreklamationsbureau — 18., Messerschmiedgasse 45.
Walland Felix — Allgemeine Handelsagentur — 17., Hernalser Hauptstraße 172.
Löwe Ferdinand Karl — Großhandel mit gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Flaschen — 6., Liniengasse 30.
Wimmer Robert — Kleinfuhrwerksgewerbe — 11., Simmeringer Hauptstraße 49.
Hantak Johann — Tischlergewerbe — 3., Obere Bahngasse 22.
Gschiel Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 11., Doppelgasse 5.
Papesch Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 11., Haltergasse 36.
Lang Ferdinand — Erzeugung von Puder, Gesichtscreme, Schuh- und Fußbodenpasta — 6., Wallgasse 27.
Lang Ferhinand — Handelsagentur — 6., Wallgasse 27.
Sipfer Heinrich — Gemischtwarenhandel — 3., Landstraßer Hauptstraße 42.
Kaufmann Karl — Braten von Aepfeln, Kartoffeln, Kastanien und Wuken — 1., Graben, Ecke Trattnerhof.
Dostal Emil — Friseur- und Raseurgewerbe — 9., Währingergürtel 118.
Tloth Adolf — Spezerei- und Viktualienhandel — 6., Stumpergasse 20.
Katerson Wilhelm — Pfaidlergewerbe — 3., Gärtnergasse 2.
Katerson Wilhelm — Wäscheputzergewerbe — 3., Gärtnergasse 2.
Knabl Franz — Fleischhandel — 3., Schlachthaus St. Marx.
Reichert Maria Theresia — Verschleiß von Konditoreiwaren — 18., Bischof Faber-Platz 6 a.
Körbler Hermine — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel — 18., Lackner gasse 63.
Nagel Karoline — Papier-, Schreib-, Zeichen- und Galanteriewarenhandel — 18., Gentzgasse 137.
Inslicht Pepi — Handel mit Papier-, Kurz-, Galanterie-, Nürnberger, Stahl- und Wirkwaren — 1., Bauernmarkt 19.
Ehrlich Marie — Handel mit Oelgemälden, Aquarellen und Radierungen — 1., Herrengasse 2.
Faltin Martha — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Leder-, Papier-Manufakturwaren und Haus- und Küchengeräten — 1., Wipplingerstraße 17.
Ulrichshofer Klementine — Feilbieten von Obst und Gemüse und Naturblumen im Umherziehen — 1., Blutgasse 3.

* * *

27. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Heinrich Stein & Sohn, offene Handelsgesellschaft — Handel mit Glaswaren und keramischen Erzeugnissen — 9., Liechtensteinstraße 10.
Viktor Ott & Komp., offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen — 12., Schönbrunnerstraße 177.
Kaminik Richard, Alleininhaber der Firma: Adam's Sohn — Handel mit Handschuhen und anderen Modewaren — 1., Bauernmarkt 1.
Pinkert Robert Johann, Alleininhaber der prot. Firma: Pinkert & Löbl — Handel in Textilwaren, Hüten und chemischen Erzeugnissen — 7., Westbahnstraße 33.
Pinkert Robert Johann, Alleininhaber der prot. Firma: Pinkert & Löbl — Handelsagentur in Textilwaren, Hüten und chemischen Erzeugnissen — 7., Westbahnstraße 33.
Rudinski Friedrich — Lebensmittel- und Konsumwaren sowie Flaschenbier-Verschleiß — 17., Geblergasse 7.
Müller Ferdinand — Huf- und Wagenschmiedgewerbe — 17., Klopstockgasse 48.
Fischer Rudolf — Musikergewerbe — 6., Mariahilferstraße 105.
Denes Robert — Handel mit Modewaren — 6., Mariahilferstraße 49.
Czintula Alexander — Kleinfuhrwerksgewerbe — 15., Wurzbachgasse 14.
Braun Viktor — Handel mit Wildbret, Geflügel und sonstigen Lebensmittelwaren — 18., Kutschkergasse 44.
Löwinger Richard — Erzeugung von chemisch-technischen Produkten — 18., Theresiengasse 21.
Kolisch Philipp — Handelsagentur — 1., Morzinplatz 4.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite
Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 23. Jänner 1919 . . . 319
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom 15. Jänner 1919 . . . 324
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom 13. Jänner 1919 . . . 325
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 27. Dezember 1918 . . . 326
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 11. Jänner 1919 . . . 326
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 21. Jänner 1919 . . . 327
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing vom 17. Jänner 1919 . . . 328
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 13. Jänner 1919 . . . 329
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 14. Jänner 1919 . . . 330
Allgemeine Nachrichten:
Warnung vor weiterem Zuzug nach Wien . . . 330
Errichtung von Fürsorgestellen für Tuberkulose . . . 330
Rascheste Durchführung der Sachdemobilisierung . . . 335
Die Gesundheitsverhältnisse in der Zeit vom 22. bis 29. Jänner 1919 337
Gemeindevermittlungsämter . . . 337
Lebensmittelverkehr:
Rindermarkt vom 1. bis 5. Februar 1919 . . . 337
Jung- und Stechviehmarkt vom 6. Februar 1919 . . . 337
Pferdemarkt vom 4. Februar 1919 . . . 337
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monate Dezember 1918 . . . 337
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 5. Februar bis 7. Februar 1919 . . . 338
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster . . . 338
Kundmachungen.
Beilage:
Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates pro Juli bis September 1918.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" beabsichtigt, in der Oberbauwerkstätte der Bauleitung, 12., Aßmayergasse, die Montierungshalle um ein drittes Hallenschiff und das Kanzleigebäude um einen Zubau zu vergrößern. Für diese Bauten werden die Erd- und Baumeisterarbeiten im Wege der öffentlichen Offertverhandlung vergeben. Diese findet **Samstag den 22. Februar 1919, 10 Uhr vormittags**, in der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung, 6., Rahlgasse 3, statt.

Die Pläne und Kostenvoranschläge liegen zur Einsicht bei der genannten Abteilung auf, woselbst auch Auskünfte erteilt werden.

Die Anbote sind stempelfrei an die Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung für die Zubauten in der Oberbauwerkstätte der Bauleitung, 12., Aßmayergasse, am 22. Februar 1919" zu richten und bis 21. Februar 1919 bei der Direktion, 4., Favoritenstraße 9, oder am Offertverhandlungstage vor Eröffnung der Verhandlung der Kommission zu übergeben.

Im Anbote hat der Offerent ausdrücklich zu erklären, daß er die aufliegenden Pläne, Kostenvoranschläge und besonderen Bedingnisse eingesehen und sich denselben vorbehaltlos unterwirft. Die notwendigen Behelfe (Kostenvoranschläge, Bedingnisse und Pläne) können, soweit der Vorrat reicht, in der Abteilung für Hochbau- und Gebäudeerhaltung, 6., Rahlgasse 3, käuflich erworben werden.

3—3

Kundmachungen.

M. Abt. X, 174.

Wiederbelegung heimgefallener Einzelgräber im Stammersdorfer Friedhofe.

Nach dem 1. Mai 1919 werden diejenigen Einzelgräber im Friedhofe der Gemeinde Wien in Stammersdorf, an denen das Benützungsrecht bereits erloschen ist, wiederbelegt werden. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen mit einem 2 K-Stempel zu versehenden, an die Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf—Umgebung zu richtenden Gesuche sind vor dem 1. Mai 1919 bei dem magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk, das die Uebersicht hierüber zu führen berufen ist, einzubringen. Bis zum gleichen Tage sind auch allfällige Gesuche um die Erneuerung des Benützungsrechtes bei diesem magistratischen Bezirksamte einzureichen.

Nach dem 1. Mai 1919 werden nach Maßgabe des Fortschrittes der Beerdigung die bei den Grabstellen befindlichen Grabkreuze und -steine entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentum nachweisen, ausgefolgt werden; über den verbleibenden Rest verfügt im Sinne der Bestimmungen der Friedhofsordnung die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. Jänner 1919. 1—3

Stiftungen und Stipendien.

St. P. Z. 1.
B. V. IV.

Josef Anton Aich-Stiftung.

Am 16. Februar 1919 gelangen die Zinsen der Josef Anton Aich-Stiftung im Betrage von 158 K zu zwei gleichen Teilbeträgen zur Verteilung.

Zur Bewerbung sind berufen: Verarmte, deutsche, christliche Gewerbsleute der niedersten Steuerkategorie, welche noch ihr Gewerbe betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Armutszeugnis, Taufschein, Heimatschein, Gewerbeschein und der letzte Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer.

Einreichungsstelle: Gemeindebezirkskanzlei des 4. Bezirkes, 4., Schäffergasse 3, 1. Stock.

Einreichungsfrist: **Bis 10. Februar 1919.** 3—3

Ignaz Singer'sche Schulstiftung.

Aus der Ignaz Singer'schen Schulstiftung gelangen im Sommer 1919 21 Stipendien à 200 K an würdige und unbemittelte Lehrer und Lehrerinnen 2. Klasse in Wien zur Verleihung.

Der Einreichungstermin für die an das Kuratorium der Stiftung in Wien, 1. Bezirk, Herrengasse 13, zu richtenden stempelfreien Gesuche läuft am 15. März 1919 ab.

Kuratorium der Ignaz Singer'schen Schulstiftung
Dr. Haluša,
Sekretär. 3—3

B. V. III, 72.

Karl und Elisabeth Kärcher-Stiftung.

Im Februar 1919 gelangen die Interessen der Karl und Elisabeth Kärcher-Stiftung für arme, würdige Bewohner des 3. Bezirkes Landstraße zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben: Bewohner des 3. Bezirkes, welche ohne ihr Verschulden verarmt, erwerbslos, durch ihr Verhalten der Unterstützung würdig sind, die Gemeindezuständigkeit nach Wien erlangt haben und sich zu einer christlichen Konfession bekennen. Hiebei haben Bewerber, welche wenigstens 10 Jahre im 3. Bezirke wohnen, den Vorzug.

In erster Linie werden jedoch frühere Staatsangehörige des Königreiches Württemberg, falls sie die vorstehenden Eigenschaften besitzen, zum Stiftungsbezuge, und zwar auch dann berufen, wenn sie die Gemeindezuständigkeit nach Wien noch nicht erlangt haben. Unter den übrigen Bewerbern werden bei sonst gleichen Verhältnissen Wiener Bürger und Bürgerinnen vorzugsweise berücksichtigt.

Die mit dem Taufschein, dem Wohnungs-, Sitten- und Armutszeugnisse sowie dem Nachweise über die Zuständigkeit oder den Besitz des Bürgerrechtes in Wien, eventuell über die frühere Staatsangehörigkeit zum Königreiche Württemberg belegten Gesuche sind **bis längstens 15. Februar 1919** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des 3. Wiener Gemeindebezirkes, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Der Bezirksvorsteher des 3. Bezirkes:
Paul Spitaler. 2—3

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen:
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Wien, I., Stephansplatz 11, Parterre. Gegründet 1832.

Oesterreichisch-ungarische Bank.

Auf jede Aktie der Oesterreichisch-ungarischen Bank entfällt für das zweite Semester 1918 (79. Dividendenkupon) eine Dividende von

Vierzigzwei Kronen,

welche vom 4. Februar l. J. an bei den Hauptanstalten in **Wien, Prag** und **Budapest** sowie bei **sämtlichen Filialen** der Oesterreichisch-ungarischen Bank ausbezahlt wird.

Wien, am 3. Februar 1919.

OESTERREICHISCH-UNGARISCHE BANK.

Thorsch, Generalrat. — Gruber, Vize-Gouverneur. — Rapp, Generalsekretär.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)

Bei Ministerien, Ämtern etc.
besteingeführte
Frema-Werke (Friedrich May)
Wien, I., Fischhof 3
Telephon Nr. 14602
liefern regelmässig:
Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

Berndorfer Metallwarenfabrik
ARTHUR KRUPP A. G.
Berndorf Nieder-Oesterr.
Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.
NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::
In eigener Erzeugung:
Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel
:—: etc. etc. etc. :—:
ART. KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.
BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.
BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.
Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Allgemeine Depositen-Bank
Wien, I., Schottengasse 1,
Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz
und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.
Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt

der

Stadt Wien

Schriftleitung:
I., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. I., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 13. Mittwoch den 12. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 30. Jänner 1919.

Vorsitzende: Die VB. Hoß und Rain.

Anwesende: Bgm. Dr. Weiskirchner, VB. Neumann und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Tomola, Vaugoin, Weigl und Winter.

Entschuldigt: Die StR. David, Schneider und Weber.

Beigezogen: GR. Ellend.

Schriftführer: Magistrats-Konzipist Dr. Forkel.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung.

Bgm. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen, nach welchem zu den Schneereinigungsarbeiten am 28. Jänner 1919 2097 Arbeiter aufgenommen wurden. Die Anzahl war viel zu gering, aber es haben sich nicht mehr Arbeiter zur Aufnahme gemeldet. Infolgedessen mußten die Arbeiten am 29. Jänner fortgesetzt werden; es gelang, hiezu 3342 Arbeiter zu bekommen. Da mit Handarbeit allein der Schnee nicht beseitigt werden konnte, mußten Schneepflüge ausfahren.

Der Bürgermeister teilt hiebei mit, daß er die Heranziehung schulpflichtiger Kinder zu den Schneereinigungsarbeiten abgestellt habe.

St.R. Emmerling wünscht, daß vor allem die Straßen mit Straßenbahnverkehr von den Schneehaufen befreit werden; wenn dies in der kürzesten Zeit zur Gänze nicht möglich ist, dann sollen wenigstens streckenweise Ausweichen für das Fuhrwerk geschaffen werden, damit dieses nicht gezwungen ist, die Straßenbahngeleise zu befahren.

Antrag des StR. Weigl:

An die Reichsgewerkschafts-Kommission in Wien gelangten in der letzten Zeit vielfach sehr nachdrückliche und begründete Beschwerden über den Mangel an Verkehrsmitteln zum Zwecke der Beförderung der Arbeiter aus den in der Stadtnähe gelegenen Betrieben in ihre an der Peripherie Wiens befindlichen Wohnungen. Insbesondere die Arbeiterschaft der westlichen Bezirke ist von dem mangelhaften Verkehr schwer betroffen und verlangt, die Gemeinde möge Sorge tragen, daß in den Abendstunden nach Arbeitsschluß ein dichterer Verkehr der Straßenbahn platzgreife und daß überdies auf die Wiederaufnahme des Verkehres der Wiener Stadtbahn wenigstens in den Abendstunden nach Arbeitsschluß gedrungen wird. Es wird beantragt:

Die Straßenbahn-Direktion wird beauftragt, den Verkehr von den Industriebezirken nach der Peripherie der Stadt, insbesondere in westlicher Richtung nach dem jeweiligen Arbeitsschlusse in den Werkstätten und Fabriken möglichst zu verdichten, um eine klaglose Beförderung der in ihre Wohnstätten strebenden Arbeiterschaft zu ermöglichen.

Die Gemeindevertretung erhebt bei den kompetenten Stellen ernsthaft das Verlangen nach Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehres, zumindestens in den Abenstunden, wobei besonders auf den Arbeitsschluß in den Fabriksbetrieben und Werkstätten Rücksicht zu nehmen ist.

Antrag des StR. Weigl:

Die Bediensteten der städtischen Stellwagen-Unternehmung sind bisher in Bezug auf Lohnerhöhungen und Verbesserungen ihres Arbeitsverhältnisses außerordentlich schlecht bedacht. Das im Betriebe beschäftigte Personal wurde, nachdem der Stellwagenbetrieb während des Krieges eingestellt wurde, an den verschiedensten Stellen im Fuhrwerksbetriebe verwendet. Die Arbeitskraft dieser Bediensteten wird daher nach wie vor ausgenützt, ja es wird in vielen Fällen zutreffen, daß die Bediensteten der Stellwagen-Unternehmung unter den heutigen Verhältnissen ausgedehntere und schwerere Arbeit verrichten müssen, als dies beim eigentlichen Stellwagenbetriebe der Fall war. Es ist daher nur recht und billig, wenn auch diesen Bediensteten eine entsprechende Besserung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses nunmehr gesichert wird. Es wird daher beantragt:

Die im Werkstättenbetriebe der städtischen Unternehmung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden hinsichtlich ihres gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisses den Arbeitern und Arbeiterinnen der Straßenbahn-Hauptwerkstätte gleichgestellt.

Bedienstete im Betriebe. Es wird den Bediensteten nach zurückgelegter zehnjähriger Dienstzeit ein definitives Anstellungsverhältnis garantiert. Die derzeitigen Löhne werden um 50 Prozent erhöht. An Quartiergeld erhalten die Bediensteten nach zweijähriger

Dienstzeit 15 K, nach fünfjähriger Dienstzeit 25 K und nach zehnjähriger Dienstzeit 30 K pro Monat. Die Arbeitszeit wird mit täglich acht Stunden, beziehungsweise 48 Stunden pro Woche festgesetzt. Ueberstundenarbeit bis 8 Uhr abends wird mit 33 Prozent, nach 8 Uhr abends bis 10 Uhr abends mit 50 Prozent, und Nachtarbeit nach 10 Uhr abends mit 100 Prozent Aufschlag auf den normalen auf eine geleistete Arbeitsstunde entfallenden Lohn vergütet. Den Bediensteten wird in jeder Woche ein freier Tag eingeräumt. Zur Besorgung der Stallarbeiten, der Pferdewartung und Fütterung werden Pferdewärter eingestellt. Die Bediensteten werden von der Leistung der Depot- und Hausarbeiten befreit und für diese Arbeiten besondere Hilfskräfte herangezogen.

Antrag des StR. Spalowsky:

An der Kreuzung der Mariahilferstraße mit dem Neubaugürtel befindet sich eine Haltestelle der städtischen Straßenbahnen. Dort halten nicht nur die Linien 8 und 18, überdies aber auch die dort zur Mariahilferstraße abbiegenden Linien 50 und 51 an. Bei dieser Haltestelle herrscht ein lebhafter Umsteigeverkehr, wie er bei wenigen anderen Haltestellen vorkommt. Der Platz ist aber außerordentlich beengt. Zwischen der Gartenanlage und den Geleisen der Straßenbahn ist der vorhandene Raum so gering, daß kaum zwei Personen hintereinander stehen können. Unter diesen Umständen ist nicht nur eine rasche Abfertigung der Wagen unmöglich, viel bedenklicher ist der andere Umstand, daß bei dem herrschenden Gedränge sehr oft Stürze und andere Verunglückungen von Ein- und Aussteigenden sich ereignen. Diese unhaltbaren Zustände erheischen gebieterisch Abhilfe. Es wird demnach beantragt:

An der Kreuzung der Mariahilferstraße und des Neubaugürtels ist an der am Gürtel in der Richtung zur Wien liegenden Haltestelle der Platz durch Zurücksetzung des Gartengitters auf die doppelte Breite zu bringen. Diese Erweiterung ist so schnell als irgend möglich durchzuführen.

Antrag des StR. Emmerling:

Die Wiener Fleischselcher-Genossenschaft hat sich im Einvernehmen mit ihrem Gehilfen-Ausschuß für die Einführung der Sonntagsruhe erklärt. Auch die Direktion der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft, die weit mehr Gehilfen beschäftigt als die Fleischhauermeister Wiens zusammen, hat sich für die Einführung ausgesprochen. Ebenso steht diesem Verlangen das Gremium der Viehhändler freundlichst gegenüber deren Mitglieder als Standeinhaber in der Großmarkthalle einen größeren Prozentsatz Gehilfen beschäftigen. Es bleibt also von allen beteiligten Interessenten nur die Wiener Fleischhauer-Genossenschaft übrig, die dieser ebenso dringlichen wie zeitgemäßen Forderung feindlich gegenübersteht. Diese Herren wünschen noch immer, daß Tausende schwer arbeitende Menschen auch nicht einen Tag im Jahre, geschweige denn einen Tag in der Woche zu körperlichen und geistigen Erholung haben sollen. Schließlich verweisen wir darauf, daß schon lange vor dem Kriege Städte wie Prag, Triest, Lemberg, Brünn die Sonntagsruhe in den fleischverarbeitenden Gewerben teils gänzlich, teils während der Wintermonate freiwillig durchgeführt haben, sowie daß in Ungarn die Sonntagsruhe für diese Gewerbe schon seit längerer Zeit gesetzlich eingeführt ist, ohne daß Gewerbe oder Bevölkerung zu Schaden gekommen wären, wie es unsere Zünftler immer prophezeien. Bei einer vor kurzem im Staatsamt für soziale Fürsorge stattgehabten Sitzung, in der diese Frage zur Verhandlung stand, wurde der Wiener Magistrat eingeladen, ein Gutachten in dieser Angelegenheit zu erstatten, namentlich auf die von diesem einzuholenden Aeußerungen der großen Konsumentenorganisationen wurde großes Gewicht gelegt. Wir verweisen darauf, daß diese, sowohl Arbeiter- als auch bürgerliche Konsumvereine die Sonntagsruhe bereits durchgeführt haben, es also nunmehr zum großen Teil von der Entscheidung des Wiener Magistrates abhängen wird, ob die Sonntagsruhe zur Durchführung gelangt.

Es wird daher beantragt, den Magistrat zu beauftragen, den berechtigten Wünschen sowohl der Gehilfen als auch der übrigen Beteiligten in seinem Gutachten Rechnung zu tragen.

Antrag des StR. Siegel und Genossen:

Die zirka 4 km lange Thaliastraße führt vom Gürtel schnurgerade bis zum Liebhartstal. Nur bei der Enenkelstraße, am Stillfriedplatz weicht die Straße nach einer Seite aus, um nach dem Platze in der ursprünglichen Trasse weiter zu führen. Das Geleise der Linie 46 der städtischen Straßenbahn muß an dieser Stelle vier Kurven beschreiben. Diese verursachen sicher eine nicht notwendige starke Abnützung des Wagenmateriales, des Geleises und erschweren die Sicherheit des Betriebes und der Straßenpassanten. Das Fahren über die Kurve macht auch solchen Lärm, daß dieser besonders bei normalem Betrieb zur Nachtzeit straßenweit gehört wird und eine Plage für die dort Wohnenden ist. Die Ursache dieses Ausweichens der Thaliastraße und damit der Straßenbahn liegt in dem Umstande, daß der Wirtshausgarten des verstorbenen StR. Gräf als Verkehrshindernis besteht.

Es wird daher beantragt: Der Magistrat wird beauftragt, mit den Erben des StR. Gräf sich ins Einvernehmen zu setzen, um eine Abtretung des notwendigen Grundstreifens zur geraden Weiterführung der Thaliastraße und des Straßenbahngeleises zu erzielen.

Anfrage des StR. Weigl:

Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrarbeiter und -Arbeiterinnen Oesterreichs hat namens der bei der Gemeinde Wien beschäftigten Lastauto-Chauffeure beim Stadtbauamte am 25. November 1918 Forderungen überreicht. Bis zur Stunde ist eine Erledigung dieser Forderungen nicht erfolgt. Es wird daher der Herr Bürgermeister gefragt, ob er geneigt ist, den Magistrat zu beauftragen, die Erledigung dieser Forderungen ehestens in Angriff zu nehmen und längstens innerhalb 14 Tagen an den Stadtrat Bericht zu erstatten?

(Die Anträge und die Anfrage gehen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Hierauf verliest der Vorsitzende eine Zuschrift des Deutsch-österreichischen Staatsnotariates, laut welcher vom 1. Februar angefangen der Durchgang durch die Hofburg, und zwar zunächst die Passage durch das äußere Burgtor über den Heldenplatz zum Michaelerplatz für den allgemeinen Verkehr freigegeben werden wird.

(Zur Kenntnis.)

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 1475, B.D., 171.) 1. Die Anschaffung eines neuen Dienstkraftwagens für das städtische Gesundheitsamt wird genehmigt und der hiefür erforderliche Betrag von 43.680 K, der unter gleichzeitiger Eröffnung der außerordentlichen Ausgabs

Rubrik IV 25 „Anschaffung eines Dienstkraftwagens für das Gesundheitsamt" auf den Reservefonds zu überweisen ist, bewilligt.

2. Die Lieferung der Chassis wird der Wiener Automobilfabriks-Aktiengesellschaft, vorm. Gräf & Stift, und die der Landaulet-Karrosserie der Wagen- und Auto-Karrosserienfabrik Ferdinand Keibl, Ges. m. b. H., übertragen. Der Ueberlassung des alten Wagens A VI 191 an die erstgenannte Firma auf Grund des Kaufanbotes vom 4. Jänner 1919 wird zugestimmt.

(Punkt 1 a an den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 1473, M.Abt. III, 195.) Dem Pächter der Gastwirtschaft Türkenschanzpark wird die Bewilligung zur Abhaltung eines Familienabends durch die Angehörigen der Volkswehr des Kreises „E" am 1. Februar in den zum Kaffee-Restaurant Türkenschanzpark gehörigen Räumlichkeiten erteilt.

(P. Z. 1158, M.Abt. X, 101.) Dem Hausbesitzer Josef Scheiderbauer wird die einfache Gruft Gruppe 25, Nr. 3 im Dornbacher Friedhofe um die Gebühr von 4000 K auf Friedhofsdauer überlassen. Sollte die erste Leiche nicht zugewiesen sein, dann ist die Grabstellgebühr durch Nachzahlung von 12.000 K auf insgesamt 16.000 K zu erhöhen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1169, B.D., 315.) Der Bericht über den Antrag des GR. Ellend wegen Erfassung der vorhandenen Baumaterialien wird zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Vaugoin

(P. Z. 866, Wohn.A., 24) berichtet über den Antrag des GR. Ellend und Genossen, betreffend die Fertigstellung begonnener Bauten und beantragt: Der Bericht des Wohnungsamtes wird zur Kenntnis genommen und zugestimmt, daß im Sinne dieses Berichtes die Angelegenheit dem Gemeinderats-Ausschusse für städtische Wohnungsfürsorge vorgelegt werde. Der 10 Millionen-Kronenfonds der Regierung ist zur Tragung jenes Mehraufwandes zu verwenden, der sich aus dem wirklichen jetzigen Bauaufwand und dem durch die derzeitige Zinslage zu verzinsenden weit geringeren Kapital ergibt.

StR. Melcher beantragt: Das Stadtbauamt wird ersucht, für jene fertigzustellenden Bauten, bei denen die finanziellen Verhältnisse geordnet sind, die Materialzufuhr und Lieferung in erster Linie zu ermöglichen. Ferner wird sich die Gemeinde nach der erfolgten Erhebung bezüglich der finanziellen Lage des fertigzustellenden Baues damit befassen, wie eine eventuelle Garantie für eine Verzinsung zu gewährleisten ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Zinse von der Gemeinde Wien mit dem Hauseigentümer gemeinsam bestimmt werden.

Referenten-Antrag angenommen.

Antrag Melcher wird dem Magistrate zugewiesen und den Wohnungsfürsorge-Ausschuß beschäftigen.

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner:

Mit Rücksicht darauf, daß seitens der Deutschösterreichischen Staatsregierung in Angelegenheit der an die Entente für die Aushilfen zu leistenden Zahlungen Vertreter nach Bern und Paris entsendet werden, wird nach dem Antrage des Berichterstatters einstimmig beschlossen: Es wird an die Staatsregierung mit dem Verlangen herangetreten, diesen Verhandlungen Vertreter der Gemeinde Wien zuzuziehen.

(P. Z. 1491, B.D., 475.) An das deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen wird folgende Zuschrift gerichtet:

„Der Wiener Stadtrat hält die Erweiterung der Krankenanstalt Rudolf-Stiftung im 3. Bezirke für unerläßlich und gibt der Meinung Ausdruck, daß diese Erweiterung in billiger, rascher und zweckmäßiger Weise nur durch Einbeziehung der für diese Zwecke vollständig geeigneten Räumlichkeiten der ehemaligen Franz Josef-Akademie und der Militär-Ober-Realschule in der Boerhavegasse in die Krankenanstalt möglich ist.

So sehr der Stadtrat auch die Schaffung von Internaten und Lehranstalten für die ehemaligen Militärzöglinge zum Zwecke ihrer Weiterbildung in den Gegenständen der öffentlichen Realschule begrüßt, hält er es doch nicht für angemessen, für diesen Zweck die ehemaligen Gebäude der Franz Josef-Militärakademie und der Militär-Ober-Realschule im 3. Bezirke zu verwenden, da diese Absicht auch an anderer Stelle, zum Beispiel in den Gebäuden der ehemaligen Kadettenschule in Breitensee noch günstiger erfüllt werden kann, weil die großen Gartenanlagen dort für die Schüler in gesundheitlicher Beziehung weit günstigere Verhältnisse ergeben."

StR. Siegel macht aufmerksam, daß anschließend in der Klimschgasse ein Spital erbaut wurde, das sofort einbezogen werden könnte.

StR. Knoll regt bei dieser Gelegenheit an, die Gemeinde solle von der Regierung verlangen, den Bürgermeister von allen wichtigen, die Gemeindeinteressen berührenden Fragen in Kenntnis zu setzen.

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 909, B.D., 294.) Die Magistrats-Anträge, betreffend drei Ansuchen vom 4. Quartale 1918 um Herabsetzung, beziehungsweise Abschreibung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des 4. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 1302, M.Abt. XI, 43907.) Den Armenräten des 4. Bezirkes Rudolf Müller, Ferdinand Steyrecker, Karl Wihan und Anton Menzl wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 1395, B.D., 406.) In Fortsetzung der Beschaffung von Baustoffen für den Bau der Kriegswohnhäuser wird der Firma „Austria" Kunststein- und Zementwarenfabriks-Ges. m. b. H. die Lieferung von 40.000 Stück Betonhohlsteinen auf Grund des durch die Aufnahmeschrift vom 25. Jänner 1919 ergänzten Anbotes vom 7. Jänner 1919 und der Firma Fritz Mögle, Baumaterialienfabrik und Bau-Unternehmung, die Lieferung von 30.000 Stück Betonhohlsteinen auf Grund des durch die Aufnahmeschrift vom 25. Jänner 1919 ergänzten Anbotes vom 18. Jänner 1919 übertragen. Das auf diese Herstellungen entfallende Kostenerfordernis von 170.000 K wird genehmigt und auf den mit Gemeinderats-Beschluß vom 17. September 1918, P. Z. 8903, für die Beschaffung von Baustoffen und Baubestandteilen bewilligten Kredit von 15,000.000 K verwiesen.

(P. Z. 1391, M.Abt. XXII, 2038.) Der für Kranzspenden anläßlich der Leichenbegängnisse der BR. Sedlmayr und Dr. Brady verausgabte Betrag von 80, beziehungsweise 100 K, zusammen 180 K, wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 1380, M.Abt. XIII, 4914.) Die verfügbaren Interessen der Anton Hupp'schen Stiftung im Betrage von 400 K werden dem Franz Bösmüller verliehen.

(P. Z. 1315, M.Abt. XIII, 2251.) Nachbenannten Personen wird aus der Menschenfreundstiftung je ein Betrag von 100 K verliehen, und zwar: Josef Riha, Marie Florian und Stephan Schmid.

(P. Z. 1314, M.Abt. XIII, 205.) Der Marie Bursik, welcher mit Stadtrats-Beschluß vom 27. September 1917, P. Z. 9625, die Anton und Josefa Kittenberger'sche Heiratsstiftung verliehen wurde, wird die Frist für die Beibringung des Nachweises ihrer Verehelichung bis 16. Jänner 1920 erstreckt.

(P. Z. 1476, B.D., 5261.) Dem gegenwärtig als ersten Rathaustorwart in Verwendung stehenden städtischen Amtsdiener Johann Weinwurm wird vom 1. November 1918 an auf die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse eine tägliche Zulage von 3 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 1309, M.Abt. XI, 45.298.) Diplome für mehr als zehnjährige Ausübung des Ehrenamtes werden verliehen: Den Armenräten des 16. Bezirkes Wenzel Schimann, Anton Skarka, Edmund Dittrich, Alois Ebner, Eduard Fischer, Heinrich Hochegger, Franz Hötzel, Georg Hann, Eduard Jehly, Karl Kautz, Johann Kretschmer, Josef Kutschera, Ludwig Langer, Josef Ostermann, Josef Pitschmann, Josef Podolsky, Rudolf Schimek, Leopold Schuster, Josef Uhlir, Karl Weingärtner, Peter Wielander, Edmund Wurmbrand, Hans Zankl, Wilhelm Zdrahal und Leopold Schimek;

(P. Z. 1310, M.Abt. XI, 59223.) den Armenräten des 17. Bezirkes Dr. Albert Sankott, Johann Horak und Karl Rabl;

(P. Z. 1308, M.Abt. XI, 45294.) den Waisenrätinnen des 16. Bezirkes Marie Pleska, Marie Eigner, Anna Ebner, Rosalia Cermak, Karoline Piskorsch, Hildegarde Kubie und Anna Schimek.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 1347, M.Abt. XV, 815.) Zur Beurlaubung des Bürgerschullehrers Josef Haubner zwecks Durchführung der Vorarbeiten für die Jugendfürsorgeaktion der Frau von Einem „Kinder in die Schweiz" auf die Zeit vom 10. Jänner 1919 bis 9. April 1919 unter Belassung der Bezüge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1349, M.Abt. XV, 817.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers 1. Klasse Richard Mottl zwecks Verwendung als Leiter der Wiener Tagesheimstätte, Wien, 8., Laudongasse 33, auf die Zeit vom 7. Jänner 1919 bis zum Schlusse des laufenden Jahres unter Belassung der Bezüge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1343, M.Abt. XV, 116.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin 2. Klasse Marie Kotzurek wird mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Juli 1918 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im 13. Bezirke, Speisingerstraße 44, gemäß § 37 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, ernannt.

(P. Z. 1399, B.Sch.R. 15074.) Der Volksschullehrer 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 12. Bezirke, Ruckergasse 44, Rudolf Brunngraber, wird gemäß § 38 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Februar 1919 zum Volksschullehrer 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 12. Bezirke, Ruckergasse 44, ernannt.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 1390, M.Abt. XXII, 1064) Der Stadtrat überträgt dem Maler Erich Probst die Ausführung eines lebensgroßen Porträts des gewesenen Magistrats-Direktors Dr. August Rüchtern gegen ein Künstlerhonorar von 2000 K. Für die Beschaffung eines geeigneten Rahmens und zur Deckung etwaiger sonstiger Spesen wird ein Betrag von 400 K, sohin eine Gesamtauslage von 2400 K genehmigt.

Diplom für die mehr als 10jährige Ausübung des Ehrenamtes werden verliehen:

(P. Z. 1305, M.Abt. XI, 79454.) Den Armenräten des 8. Bezirkes Rudolf Pannagl, Karl Pfeifer, P. Anton Plhon und Richard Pilz.

(P. Z. 1304, M.Abt. XI, 61253.) Den Armenräten des 7. Bezirkes Rudolf Baron und Heinrich Wagner.

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 1397, B.Sch.R., 104.) Die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin für weibliche Handarbeiten Maria Kröninger wird gemäß § 38, beziehungsweise 46 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. April 1918 zur definitiven Lehrerin für weibliche Handarbeiten an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im 2. Bezirke, Kleine Pfarrgasse 33, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 1483, G.W., 172.) § 4 der Dienstordnung für die definitiv angestellten Beamten und Diener der städtischen Gaswerke und der Elektrizitätswerke in Wien hat zu lauten: Eidesstättiges Gelöbnis. Der Beamte hat bei seiner definitiven Anstellung ein Gelöbnis nach der vorgeschriebenen Formel an Eidesstaat abzulegen und mit seinem Handschlage zu bekräftigen. Das Gelöbnis wird in die Hände des Bürgermeisters geleistet und nach Verlesung der Gelöbnisformel mit den Worten des Gelobenden: „Ich gelobe dies eidesstättig und bekräftige dieses Gelöbnis mit meinem Handschlage" entgegengenommen. Die Gelöbnisformel ist nach Beisetzung des Tages der Ablegung des Gelöbnisses vom Gelobenden eigenhändig zu unterfertigen.

Die Gelöbnisformel für die Beamten (Diener) der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke hat zu lauten: „Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue eidesstättig geloben, der deutschösterreichischen Republik treu und gehorsam zu sein, die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung beschlossenen Grundgesetze und übrigen Gesetze, sowie die auf Grund dieser erlassenen Vollzugsanweisungen des deutschösterreichischen Staatsrates getreu und unverbrüchlich zu befolgen, die Interessen der Gemeinde Wien

nach allen Ihren Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden. Sie werden ferner geloben, alle Ihnen anvertrauten Geschäfte getreu und gewissenhaft zu besorgen, sich in allem genau nach den für die (Beamten . . .) der Unternehmung bestehenden Vorschriften zu benehmen, sich auf keine Weise durch Eigennutz oder aus Nebenabsichten von der redlichen Erfüllung Ihrer Dienstpflichten abwenden zu lassen, den beschließenden Körperschaften der Gemeinde, sowie dem Bürgermeister und Ihren sonstigen Vorgesetzten die schuldige Achtung zu erweisen und den Vorgesetzten in Dienstsachen Gehorsam zu leisten, das Dienstgeheimnis zu bewahren und überhaupt sich alles dasjenige sorgfältigst gegenwärtig zu halten, was den Pflichten eines eifrigen, redlichen und würdigen (Beamten . . .) der Gemeinde Wien angemessen ist."

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1307, M.Abt. XI, 47058.) Dem Armenrate des 13. Bezirkes Ignaz Morawek und dem gewesenen Armenrate Johann Schnötzinger wird für die mehr als 10jährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

(P. Z. 1301, M.Abt. XI, 80172.) Die Wahl des Eduard Aichinger, Josef Angermayer, Adolf Hermany, Josef Katzelmayer, Karl Luttenberger, Johann Marksteiner, Alois Pohoralek und Julius Strohschneider zu Armenräten des 13. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis Ende 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 1411, G.W., 4848/18.) Der Rechnungsbeamte der städtischen Gaswerke Gustav Haller wird mit dem Range vom 1. Jänner 1917 in die I. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1484, G.W., 622.) Die Uebernahmspreise für Koks werden um 6 K per Meterzentner ab 1. Februar 1919 erhöht.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1317, M.Abt. XV, 548.) Zur Ausgabs-Rubrik XLIII 37 a „Aushilfen an aktive Lehrpersonen" wird ein erster Zuschußkredit von 6465 K für das Verwaltungsjahr 1917/18 bewilligt.

(P. Z. 1490, M.Abt. II, 883.) Das Schreiben der Oesterreichischen Länderbank, betreffend Abänderung der bisherigen Bedingungen der Verzinsung der städtischen Gelder, wird mit der Einschränkung zur Kenntnis genommen, daß sich die Gemeinde Wien nur mit einer Herabsetzung des bisher geltenden Zinsfußes um ¾ Prozent einverstanden erklärt.

(P. Z. 1370, M.Abt. II, 2284.) Der städtischen Forstaufseherswitwe Anna Mold wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1152, M.Abt. VIII a, 578/18.) Die mit Stadtrats-Beschluß vom 9. Juli 1918, P. Z. 6796, dem Heinrich Helpferer genehmigten Akkordlöhne für die Holz-Erzeugung und Lieferung in Naßwald werden auf 15 K für 1 rm³ Blochholz, 14 K für 1 rm³ Schleifholz und 11 K für 1 rm³ Brennholz und Rinde erhöht.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 1375, M.A. V, 53.) 1. Der Ankauf von 110 neuen Ersatzreifen für die städtischen Sanitätskraftwagen mit dem bedeckten Kostenaufwande von 135.000 K wird nachträglich genehmigt.

2. Die Lieferung wird der Firma Pneuersatz „Elasticum" übertragen. (Punkt 1 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 1408, St.U., 842/2.) Die mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 2. Jänner 1919, P. Z. 12976, der Stellwagenkutscherswitwe Anna Jira zuerkannte Witwenpension wird auf 579 K 5 h, die für deren zwei Kinder gewährten Erziehungsbeiträge werden auf je 193 K 2 h richtiggestellt. Die richtiggestellten Versorgungsgenüsse sind ab 2. November 1918 anzuweisen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1361, M.D., 489.) Der Sonntagsverkehr der Straßenbahnen ist ähnlich wie an Wochentagen, nur mit entsprechend größeren Intervallen, durchzuführen. Von der Verlegung der Haustorsperre auf 9 Uhr wird dermalen noch abgesehen. Der weitere Abbau der Sparmaßnahmen ist, sobald es die Verhältnisse zulassen, womöglich aber spätestens mit 1. März 1919 durchzuführen.

(P. Z. 1482, G.W., 431.) Der rückwirkend ab 1. Oktober 1918 für die Laternenwärter der städtischen Gaswerke vorgesehene Lohnzuschlag von 3 K 50 h, beziehungsweise 2 K 50 h ist auch den in der Zwischenzeit ausgetretenen oder wegen Arbeitsmangel entlassenen Bediensteten dieser Kategorie entsprechend der von ihnen nach dem 1. Oktober 1918 geleisteten Arbeitstage nachzuzahlen.

(P. Z. 1405, E.W., 584/15.) Es wird genehmigt, daß an die deutschösterreichische Post-Direktion in Wien als vereinbarungsmäßiger Ersatz für die ausgelegten Anerkennungszinse anläßlich der Verlegung der interurbanen Telephonleitung zur Vermeidung des Parallellaufes derselben mit der 35.000 Volt Hochspannungsfreileitung Ebenfurth-Wien, entlang der Pottendorfer Bahn in Inzersdorf, jährlich der Betrag von 58 K seitens der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke überwiesen werde.

(P. Z. 1486, Str.B., 711/1.) Dem Zentral-Verbande von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften Niederösterreichs, G. m. b. H., wird die Konfektionierung von Dienstkleidern für Bedienstete der Straßenbahnen, und zwar von 121 Stück Ueberziehern für Funktionäre zum Preise von 59 K 40 h für 1 Stück, 9 Stück Ueberziehern für Kanzleidiener zum Preise von 59 K 40 h für 1 Stück übertragen.

Der Rohstoff- und Produktiv-Genossenschaft der Kleidermacher Wiens, r. G. m b. H., wird die Konfektionierung von 11 Stück Mänteln für Beamte und Unterbeamte (Dampfstraßenbahn) zum Preise von 70 K 45 h, 221 Stück Mänteln für Funktionäre zum Preise von 70 K 45 h, 30 Stück Anzügen für Funktionäre zum Preise von 88 K 10 h, 12 Stück Winterröcken für Kanzleidiener zum Preise von 71 K 60 h, 2 Stück Kapotröcke für Portiere zum Preise von 130 K 20 h, 55 Stück Winterröcken für Chauffeure zum Preise von 78 K 20 h, 5 Stück Anzügen für Chauffeure zum Preise 88 K 10 h, 24 Stück Winterröcken für Laufburschen zum Preise von 62 K 5 h, 42 Stück Anzügen für Laufburschen zum Preise von 78 K 55 h übertragen.

Die Gesamtkosten im Betrage von 33.623 K werden auf den Betriebsvoranschlag 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 1393, B.Abt. IX, 2676/18.) Der mit Stadtrats-Beschluß vom 22. November 1917, P. Z. 11572/17, für das Jahr 1918 genehmigte Vertrag, betreffend die Reinigung der Prager und Brünner Reichsstraße, wird unter den bisherigen Ver-

trags bedingungen, jedoch unter Erhöhung der bisherigen jährlichen staatlichen Vergütung von 8000 K auf 9000 K auf die Dauer eines Jahres, das ist bis zum 31. Dezember 1919 verlängert.

(P. Z. 1300, M.Abt. XI, 1479) Die Wahl des Anton Klemm zum Obmanne und die Wahl des Leopold Bertl jun. zum Obmann-Stellvertreter der 12. Sektion des Armen-Institutes Floridsdorf mit der Funktionsdauer bis Ende 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 1373, M.Abt. III, 3858.) Wegen zeitweiliger Unbenützbarkeit eines Teiles der dem Karl Baumann im Gemeindegasthause in Leopoldau vermieteten Bestandteile wird diesem ein Nachlaß von 1250 K von dem aufgelaufenen Mietzinsrückstande gewährt.

(P. Z. 1378, M.Abt. X, 9713.) In der Reihe 8 der Gruppe N des Hirschstettner Friedhofes sind an Stelle der daselbst geplanten einfachen Gräber Nr. 1 bis 17 19 Einzelgräber anzulegen.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 1374, M.Abt. III, 144.) Das neuerliche Anbot der Brown Boveri-Werke A. G., der Gemeinde Wien den Baublock I an der Haidestraße im 11. Bezirke zwischen der 3. und 4. Haidequerstraße im Ausmaße von rund 43.000 m² zu dem Preise von 27 K per Quadratmeter zu verkaufen und gleichzeitig die ihr seinerzeit eingeräumte Option auf den anstoßenden Baublock II aufzugeben, wird wegen der noch viel zu hohen Forderung abgelehnt.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 1187, G.W., 4710.) Der Stephanie Scheidl, Witwe nach dem am 11. November 1917 in Campidi Mezzavia infolge und während seiner militärischen Dienstpflicht gestorbenen Gasmesserwärters Julius Scheidl, wird bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 582 K 53 h vom 19. Dezember 1918 angefangen unter gleichzeitiger Einstellung der Aktivitätsbezüge des Verstorbenen und unter Verzicht auf den Rückersatz der bis 8. Dezember 1918 bezogenen Kriegsunterstützung und Anschaffungszulagen sowie der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 436 K 90 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1146, M.Abt. II, 9631.) Der Ober-Tierarztenswitwe Therese Sterk wird die Witwenpension von 2573 K 33 h ab 1. November 1918 sowie ein Erziehungsbeitrag von 514 K 66 h für ihre Tochter Margarete zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1145, M.Abt. II, 8215.) Der Straßenarbeiterswitwe Aloisia Petrisch wird eine Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. November 1918 bis Ende des Jahres 1921, sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von je 96 K jährlich, ebenfalls vom 1. November 1918 an, für den Sohn Rudolf bis 30. April 1919 und für den Sohn Eduard bis Ende des Jahres 1921 bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1294, M. Abt. II, 9812.) Der Kanzlisterswitwe Marie Harus wird eine Witwenprovision von jährlich 1300 K ab 1. Jänner 1919 zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1144, M.Abt. II, 7552.) Der Aloisia Kollar wird das Sterbequartal nach ihrem verstorbenen Vater, dem pensionierten städtischen Straßenarbeiter Andreas Siedl, im Betrage von 140 K 16 h zuerkannt.

(P. Z. 1143, M.Abt. II, 8937.) Der Marie Schauer wird das Sterbequartal nach ihrem verstorbenen Vater, dem gewesenen städtischen Kohlenführer Georg Szam-k, im Betrage von 365 K zuerkannt.

(P. Z. 1189, G.W., 211.) Die Hilfsarbeiterin der städtischen Gaswerke Rosalia Makowetz wird über Ansuchen in den bleibenden Bestand versetzt und ihr der vorschriftsmäßige Ruhegenuß von 835 K 8 h jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1147, M.Abt. II, 9668.) Der Marktgebühreneinhebers-witwe Magdalena Krammer wird eine Witwenpension von jährlich 1093 K 33 h und ein Erziehungsbeitrag für ihren Sohn Friedrich von 218 K 66 h zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1198, Str.B., 2046.) Dem gekündigten Wagenführer der städtischen Straßenbahnen Karl Kratochvil wird auf Grund der bei ihm festgestellten, im Militärdienste erworbenen Untauglichkeit zum Gemeindedienste von dem der Beschlußfassung nächstfolgenden Monatsersten angefangen, bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung, längstens aber auf die Dauer von drei Jahren eine monatliche Gnadengabe von 72 K 91 h aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen unter der Voraussetzung gewährt, daß er auf die ihm gegen die Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zustehenden Ansprüche zugunsten des Betriebes verzichtet. Auf die Auszahlung und Endigung dieser Gnadengabe finden die Bestimmungen der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen sinngemäße Anwendung. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1194, E.W., 160.) Den Hinterbliebenen des am 18. November 1917 verstorbenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Theodor Bartosik, und zwar der Witwe Elisabeth Bartosik wird eine Witwenpension von jährlich 557 K 14 h und ein Leichenkostenbeitrag von 487 K 50 h und jedem der beiden ehelichen Kinder, namens Franz und Klara Bartosik, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 111 K 43 h zuerkannt, gleichzeitig aber, da der Bezug der Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen durch den Fortbezug des halben Lohnes des Verstorbenen bis einschließlich 5. Dezember 1918 bereits aufgezehrt ist, für diese Zeit die gnadenweise Nachsicht der Rückerstattung des Mehrbezuges per 204 K 66 h gewährt und zur Kenntnis genommen, daß der tatsächliche Bezug der Versorgungsgenüsse pro 6. Dezember 1918 flüssig gemacht werden wird.

(P. Z. 1201, Str.B., 20.) Der nach § 8 der Dienstordnung angestellte Konstrukteur der städtischen Straßenbahnen Anton Pollak wird mit 1. Februar 1919 zum definitiven technischen Revidenten mit den Bezügen der Gehaltsklasse IV, Gehaltsstufe 2, bis zum Freiwerden einer Beamtenstelle extra statum ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Angermayer:

Der Bericht über eine am 25. Jänner bei der deutschösterreichischen Zentralstelle für Kriegsgefangenenfürsorge stattgefundenen Besprechung, an der auch Vertreter der Stadt Wien beteiligt waren, wird zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 977, M.Abt. XIII, 5464.) Der Karoline Langer wird die Frist für die bei Verleihung eines Betrages aus der Anton und Josefa Kittenberger'schen Heiratsstiftung bedungene Beibringung des Nachweises ihrer Verehelichung bis 16. Jänner 1920 erstreckt.

(P. Z. 974, B.Abt VIII b, 584.) Die Oesterreichische Straßenbaugesellschaft m. b. H. wird über ihr Ansuchen mit Rücksicht darauf, daß sie infolge des Krieges gezwungen war, ihre Tätigkeit einzustellen, ferner in Berücksichtigung des Umstandes, daß die meisten der angeführten Bauten sich in gutem Zustande befinden, der Vertragsverpflichtungen für alle von ihr ausgeführten Arbeiten gegen Vergütung eines Betrages von 4075 K enthoben. Dieser Betrag ist von den noch erliegenden Kautionen, beziehungsweise Restforderungen in Abzug zu bringen.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 1487, Str.B., 3840.) Die von der Direktion der städtischen Straßenbahnen vorgelegten Anträge über die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages sowie der Zusatz-Antrag des Ober-Magistratsrates Dr. Müller, die genannte Direktion zu beauftragen, wegen Bedeckung der Kosten ehestens Vorschläge zu erstatten, werden genehmigt.*)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1407, E.W., 781/18.) Der mit der Firma Robert Berndt in Brüx zufolge Uebereinkommens vom 20. März 1915 festgesetzte Baggerpreis für die Zeit vom 1. Jänner 1918 bis 30. Juni 1918 wird auf 1 K 42 h per Kubikmeter erhöht.

(P. Z. 1474, M.Abt. III, 960/18.) Die Gemeinde Wien übernimmt die Hälfte der mit Juliana Balmetzhofer aus Anlaß der vorzeitigen Räumung ihres Pachtgrundes vereinbarten Entschädigung von 1000 K zur Zahlung.

(P. Z. 1420, Str.B. 897/6/18.) Die Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen" erwirbt von den Ingenieuren Robert Engels und Otto Gander gegen eine einmalige Zahlung von 10.000 K die im Patentregister einzutragende Befugnis (Lizenz), die ihnen mit dem österreichischen Patent Nr. 73895 geschützte Bremsklotzaufhängung bei sämtlichen, derzeit zum Betriebsstande der Wiener städtischen Straßenbahnen gehörigen Bahnwagen anzubringen und zu diesem Zwecke entweder selbst zu erzeugen oder beliebig wo erzeugen zu lassen. Die Lizenz umfaßt auch die Erneuerung der Vorrichtungen. Der Betrag von 10.000 K ist auf Konto „Erneuerung" zu verrechnen, wo er bedeckt erscheint.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Tomola:

(P. Z. 1366, M.Abt II, 493.) Dem Verbande für freiwillige Jugendfürsorge werden nachstehende Subventionen bewilligt: für die laufenden Auslagen des Verbandes pro 1919 10.000 K, für die Erweiterung der Jugendfürsorgemaßnahmen im Sinne des Erlasses des Staatsamtes für soziale Fürsorge vom 4. Dezember 1918, Z. 2154, die Hälfte der jeweils vom Staatsamte für soziale Fürsorge bewilligten Subvention, höchstens aber zusammen 100.000 K. Hievon sind sofort 25.000 K auszuzahlen. Diese Subvention darf ausnahmsweise auch zur Stützung vorzüglich bewährter Fürsorgeaktionen verwendet werden, die in ihrem Fortbestande gefährdet sind. Der Zuschußkredit für Ausgabs-Rubrik XXXVIII 9 b α im vorläufigen Gesamtbetrage von 35.000 K wird bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1489, Jug.A., 104/16.) Der Inspektorin des städtischen Kinderschutzamtes in Brünn Kamilla Heidenreich wird gegen ein einjähriges, in die Vorrückungsfrist bei vollkommen zufriedenstellender Dienstleistung einrechenbares Provisorium eine der mit Gemeinderats-Beschluß vom 27. April 1917, P. Z. 2712/17, systemisierten Fürsorgerinnenstellen unter Einreihung in die 5. Bezugsstufe der Kanzlisten 1. Klasse unter Anrechnung einer Dienstzeit von 12 Jahren und 5 Monaten verliehen. Die Frist für die Vorrückung in die nächsthöhere Bezugsstufe beginnt mit dem Tage des Dienstantrittes. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 5289/17, M.Abt. XV, 9890/16.) Von der Anbringung eines Reliefs oder eines Standbildes des Philosophen Leibniz am Gebäude der Knaben- und Mädchen-Volksschule 10, Leibnizgasse 33 wird wegen der dadurch verursachten Kosten abgesehen; dagegen ist an der Schaufläche des Gebäudes gelegentlich seiner nächsten Instandsetzung an geeigneter Stelle die Aufschrift „Leibniz-Schule" anzubringen.

(P. Z. 1316, M.Abt. XV, 780.) Der Karoline Belsky wird ein Betrag von 300 K als Ersatz für einen ihrem Sohne im Schulgebäude 7., Neustiftgasse 100, entwendeten Ueberrock bewilligt.

(P. Z. 1354 und 1346, M.Abt. XV, 406 und 1031.) Der Stadtrat spricht sich dafür aus, daß die Bewerbung um die erledigten Schulleiterstellen an den MädchenVolksschulen 17., Rupertusplatz 1 und 16., Neumayrgasse 25 nur männlichen Lehrpersonen eingeräumt werde.

(P. Z. 1382, M.Abt. XV, 1262.) Für die Zwecke der „Kinderjause der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs" wird der Leiterin Dr. Jenny Weiß die leerstehende Direktorswohnung der Mädchen-Bürgerschule 9., Galileigasse 3, bis auf jederzeit möglichen Widerruf und unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen zur Benützung überlassen.

(P. Z. 1352, M.Abt. XV, 818.) Der mit Beginn des Schuljahres 1917/18 erfolgten provisorischen Eröffnung einer Parallele zu der 2. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben 17., Lienfeldergasse 96, dann an einer Parallele zu der 4. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 8., Josefstädterstraße 95, und endlich einer Parallele zu der 5. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 17., Redtenbachergasse 79, wird zugestimmt.

(P. Z. 1383 bis 1386, M.Abt. XV, 1404, 1385, 1376 und 1423.) Folgende Ansuchen um Bewilligung zur Mitbenützung von Turnsälen behufs Abhaltung von Wählerversammlungen werden unter den üblichen Bedingungen genehmigt: des national-demokratischen Kreiswahl-Ausschusses für Wien-Südost, in Schulen des 10. Bezirkes; des christlichsozialen Bezirkswahl-Ausschusses Wieden, in Schulen dieses Bezirkes; des politischen Vereines „Frauenrecht", in der Schule 4, Phorusgasse 10, und des Bezirkswahl-Ausschusses der bürgerlich-demokratischen Partei im 10. Bezirke, in der Schule 10., Quellenstraße 54.

(P. Z. 1320, M.Abt. XV, 12845.) Das Ansuchen des Bürgerschullehrers Franz Swoboda um gnadenweise Nachsicht seines derzeitigen Gehaltsübergenusses im Betrage von 181 K 16 h wird

*) Der Wortlaut der Anträge der Straßenbahn-Direktion befindet sich unter der Rubrik „Allgemeine Nachrichten".

abgelehnt; dagegen wird ihm die Rückzahlung dieses Betrages in monatlichen Teilbeträgen von 20 K bewilligt.

(P. Z. 1342, M.Abt. XV, 15819.) Dem Volksschullehrer 1. Klasse Josef Nießner wird die Rückzahlung seines Gehaltsübergenusses im Betrage von 1058 K 55 h ab 1. Jänner 1919 in monatlichen Teilbeträgen à 25 K bewilligt.

(P. Z. 1350, M.Abt. XV, 1089.) Zur Beurlaubung der Bürgerschullehrer Josef Chmel und Anton Pekarek zwecks Verwendungnahme im Zentral-Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien für die Zeit vom 23. Jänner 1919 bis zum Schlusse des laufenden Schuljahres unter Belassung der Bezüge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1348, M.Abt. XV, 816.) Zur Beurlaubung der Volksschullehrerin 2. Klasse Wilhelmine Kraus auf die Zeit vom 1. Jänner 1919 bis zum Schlusse des laufenden Jahres gegen Karenz der Gebühren, jedoch termingemäße Einzahlung der Pensionsfondbeiträge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1360, Jug.A., 394.) Der Fürsorgerin des städtischen Jugendamtes Anna Schreiber wird zur Absolvierung eines Krankenpflegekurses ein Karenzurlaub vom 27. Jänner 1919 bis inklusive 28. Februar 1919 bewilligt.

(P. Z. 1359, Jug.A., 129.) Es wird genehmigt, daß die Kindergartenkandidatin Marie Höher bis auf weiteres an dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, 21., Baumergasse 24, hospitiert und praktiziert.

(P. Z. 1387, M.Abt. XV, 1349.) Zur Eheschließung des provisorischen Lehrers 2. Klasse Max Breier wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1398, B.Sch.R., 10434.) Zur definitiven Versetzung der definitiven Arbeitslehrerin Adele Kainz aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen 20., Treustraße 9, an die allgemeine Volksschule für Mädchen 20., Vorgartenstraße 50, Allerheiligenplatz 7, vom Beginne des Schuljahres 1919/20 an wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1319, M.Abt. XV, 13910.) Das Ansuchen des Volksschullehrers 1. Klasse Franz Schuster um gnadenweise Bewilligung des den nicht eingerückten Lehrpersonen bewilligten Oktober-Anschaffungsbeitrages wird abgelehnt.

(P. Z. 1318, M.Abt. XV, 13977.) Die Bürgerschullehrerin i. P. Marie Weidisch, welche seit 21. Oktober 1918 wieder als aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin 2. Klasse in Verwendung steht, wird bei Bemessung der Kriegszulage und des Anschaffungsbeitrages nach den Bestimmungen für aktive Lehrpersonen auf die Dauer dieser Verwendung behandelt.

(P. Z. 1341, M.Abt. XV, 13617.) Das Ansuchen des Volksschullehrers 1. Klasse Heinrich Balzeweit um gnadenweise Belassung des Quartiergeldes während der Dauer seiner Militärdienstzeit wird abgelehnt.

(P. Z. 1345, M.Abt. XV, 39.) Dem Volksschullehrer 2. Klasse Albert Paintl wird vom 1. November 1918 an das Quartiergeld belassen.

(P. Z. 1351, M.Abt XV, 12716.) Das Ansuchen der Volksschullehrerin i. P. Marie Pfeifer um Erhöhung der Kriegszulage und des Anschaffungsbeitrages wird abgelehnt.

(P. Z. 1353. M.Abt. XV, 15661/18.) Das Ansuchen der Handarbeitslehrerinnen Therese Girsig, Arsena Fuhrmann und Anna Heider sowie der Volksschullehrerswitwe Helene Paula um gnadenweise Bewilligung der mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 17. September 1918, P. Z. 9172, genehmigten Anschaffungsbeiträge wird ausnahmsweise und gnadenweise bewilligt.

(P. Z. 1388, M.Abt. XV, 12060.) Die gnadenweise Auszahlung des Anschaffungsbeitrages von 300 K, auf welche die Bürgerschullehrerin Marina Fath im Falle des Erlebens Anspruch gehabt hätte, an deren Schwester Hermine Fath wird genehmigt.

(P. Z. 1389, M.Abt. XV, 14048.) Das Ansuchen der Oberlehrerswitwe Marie Langer um Erhöhung ihrer Witwenpension unter gnadenweiser Einrechnung des Quartiergeldes ihres verstorbenen Gatten wird abgelehnt, derselben jedoch eine Aushilfe von 600 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 1306, M.Abt. XI, 68515.) Den Armenräten des 12. Bezirkes Moritz Kleinitzer, Leopold Malcher, Rupert Preißl, Heinrich Riedler, der Waisenrätin dieses Bezirkes Katharina Fischer und dem gewesenen Armenrat Rudolf Ensle wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

(P. Z. 1296, M.Abt. II, 9811.) Der Straßenarbeiterswitwe Katharina Forstner wird eine Witwenpension von jährlich 486 K 66 h ab 1. Oktober 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1297, M.Abt. II, 9797.) Der Vermittlungsbeamtenswitwe Therese Steinbach wird die Witwenpension von jährlich 1626 K 66 h ab 1. Dezember 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1371, M.Abt. II, 10163.) Der Rechnungs-Ober-Revidentenswitwe Katharina Baumkirchner wird die Witwenpension von jährlich 2680 K ab 1. Jänner 1919 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1372, M.Abt. II, 9745.) Der Kutscherswitwe Elisabeth Schießling wird die Witwenpension von jährlich 673 K 40 h ab 9. November 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1367, M.Abt. II, 8690.) Dem gewesenen städtischen Straßenarbeiter Franz Leitner wird die Erhöhung der Gnadengabe von jährlich 620 K auf jährlich 720 K vom 1. Jänner 1919 an bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1368, M.Abt. II, 6380.) Der Straßenarbeiterswitwe Katharina Rosenagl wird die Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 an bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1369, M.Abt. II, 6760.) Der Desinfektionsarbeiterswitwe Anna Wirth wird der Fortbezug der Gnadengnabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1293, M.Abt. II, 7921.) Dem Rechnungsrevidenten Rembert Morawetz wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen pensionierten städtischen Hauptkassenkontrollor Rudolf Morawetz im Ausmaße des nachgewiesenen Aufwandes für die Beerdigungskosten im Betrage von 450 K 10 h zuerkannt.

(P. Z. 1303, M.Abt. XI, 62851.) Den Armenräten des 5. Bezirkes Rudolf Marusch, Rudolf Rieder, Karl Spiegel, Karl Tomsch und Heinrich Mayer wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

(P. Z. 1416, G.W., 109.) Der Witwe nach dem am 26. Dezember 1918 verstorbenen Hilfsarbeiter Julius Magyrics, Anna Magyrics, wird eine Abfertigung mit dem halben Jahresbetrage des vom Gatten zuletzt bezogenen Lohnes per 782 K 50 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von einem Viertel des vom Gatten zuletzt bezogenen Lohnes, das sind 391 K 25 h, zuerkannt.

(P. Z. 1298, M.Abt. II, 8622.) Der Wasserleitungsaufseherswitwe Anna Marischler wird eine Abfertigung von 1820 K zuerkannt.

Berichterstatter StR. Skaret:

(P. Z. 1344, M.Abt. XV, 565.) Die Vergrößerung der Schulkanzlei der Mädchen-Volksschule 14., Ortnergasse 4, durch Einbeziehung des anstoßenden Lehrmittelzimmers und die Einrichtung des für Unterrichtszwecke minder tauglichen und auch nicht benötigten Parterre-Lehrzimmers top. Nr. 32 als Konferenz- und Lehrmittelzimmer wird genehmigt.

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 1364.) Die von verschiedenen Bezirksvertretungen vorgelegten Protokolle über öffentliche und vertrauliche Sitzungen werden zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 1313, M.Abt. XIII, 541/18.) Die Gemeinde Wien ist bereit, die Verwahrung und Verwaltung des „Fürsorgefonds für Schulkinder im 10. Bezirke" zu übernehmen. Dem vorgelegten Stiftbriefentwurfe wird zugestimmt.

(P. Z. 1178, B.Abt. IX, 2706.) Das Anbot der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft auf Ueberlassung von Gründen ihres Werkes „Laaerberg" zum Abladen von Kehricht der städtischen Straßenbahnen aus der Wagenreinigung in den Bahnhöfen, Straßenkehricht, Straßenkot, Bauschutt und Straßenmaterial gegen die Abladegebühren von 1 K 50 h für einen Truhenwagen, 2 K für einen Kehrichtwagen und je 5 K für einen Lastkraftwagenzug samt einem Anhänger, beziehungsweise ein Straßenbahnlowry, sowie jederzeit mögliche beiderseitige halbjährige Kündigung und den in dem Anbot angeführten Bedingungen wird angenommen.

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 1478, B.Abt. IX, 2480.) Den Fuhrwerksunternehmern Hermann Brustmann, Emil Lauber, Marie Lauber und Viktor Zehetner wird die Gewinnung von Sand und Schotter in den Weidlingauer Wienflußregulierungsanlagen sowie die Verführung des gewonnenen Materiales im 13. Bezirke unter den in der Aufnahmeschrift vom 20. November 1918 festgesetzten Bedingungen und zu den verlangten Einheitspreisen übertragen.

(P. Z. 1402, E.W., 3400.) Die Einreihung des kaufmännischen Diurnisten der städtischen Elektrizitätswerke Eduard Pischel in den Status der kaufmännischen Hilfsbeamten mit einem Jahresbezuge von 2800 K wird genehmigt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1403, E.W., 225.) Der Witwe des am 9. Mai 1915 in Erfüllung seiner militärischen Dienstpflicht vor dem Feinde gebliebenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Karl Prokopec, namens Susanna Prokopec, wird eine Witwenpension von 554 K 66 h und ein Leichenkostenbeitrag von 416 K zuerkannt, gleichzeitig aber, da der Bezug der Witwenpension durch den Fortbezug des halben Lohnes des Gatten bis einschließlich 16. Jänner 1919 bereits aufgezehrt ist, für diesen Zeitraum die gnadenweise Nachsicht der Rückerstattung des Mehrbezuges von 1906 K 68 h gewährt und zur Kenntnis genommen, daß der tatsächliche Witwenbezug ab 17. Jänner 1919 flüssig gemacht wird, gegen vorherige Abtretung des ihrem verstorbenen Gatten zustehenden Anteiles am Generalkonto der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter der Internationalen Elektrizitäts-Gesellschaft mit dem Saldo von 181 K 73 h pro 30. Juni 1918.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1400, E.W., 281.) Dem Maschinenbetriebsleiter 1. Klasse Johann Kern wird die für seine Anstellung erforderliche Altersnachsicht erteilt.

(P. Z. 1491, G.W., 299.) Der Rechnungsbeamte Rudolf Schramek wird mit dem Range vom 1. Jänner 1917 in die 1. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe befördert und auf Grund des § 119, Punkt 2 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt. Sein Ruhegehalt wird unter Zugrundelegung der nach der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien anrechenbaren Dienstzeit von 22 Jahren mit 4506 K 45 h festgesetzt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1355, M.Abt. XVIII, 5244/17.) Der Josefa Wrede, Mutter des am 2. November 1917 infolge eines Betriebsunfalles verstorbenen Heinrich Wrede, Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke, wird für die Dauer der Bedürftigkeit eine mit 20 Prozent vom Jahresarbeitsverdienste des Sohnes berechnete Aszendentenrente im Betrage von monatlich 39 K 82 h vom 2. November 1917 zuerkannt.

(P. Z. 1356, M.Abt. XVIII, 3671.) Der Rosa Starkel, Witwe nach dem am 17. August 1918 infolge eines Betriebsunfalles verstorbenen Anton Starkel, geborene Bernhard, wird für die Dauer des Witwenstandes eine mit 20 Prozent vom anrechenbaren Jahresarbeitsverdienste des Gatten berechnete Witwenrente im Betrage von 858 K 72 h jährlich, das ist 71 K 50 h monatlich, dem ehelichen Kinde Josef, geboren am 2. April 1911, eine 15 prozentige Kinderrente bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre im Betrage von 644 K 4 h jährlich, das ist 53 K 67 h monatlich, zuerkannt.

(P. Z. 1404, E.W., 3236.) Dem gewesenen Hilfsarbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Josef Burghardt wird eine in Monatsraten zahlbare Gnadengabe im Betrage von 900 K auch für das Jahr 1919 bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1406, E.W., 221.) Der Kabelaufseher der städtischen Elektrizitätswerke Josef Kukacka wird wegen ärztlich erhobener bleibender Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt

und sein Ruhegehalt mit jährlich 1120 K und sein Mietzinsbeitrag mit jährlich 504 K bemessen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1417, Str.B., 124.) Dem Ober-Offizial der städtischen Straßenbahnen Ferdinand Knoll wird die Annahme des Mandates als Gemeinderat der Gemeinde Stammersdorf gestattet.

(P. Z. 1419, Str.B., 45.) Die von ihrer zuständigen Militärbehörde als vermißt bezeichneten Angestellten der städtischen Straßenbahnen gelten als gefallen, und zwar:

Wagenführer Franz Frnoch mit 25. Juli 1916, Wagenführer Josef Kretschmer mit 13. Juni 1915, Kondukteur Leopold Weilhammer mit 7. Oktober 1915, Wagenführer Georg Witt mit 31. März 1915, Kondukteur Leopold Paulusch mit 12. April 1915, Wagenführer Karl Weigensam mit 4. November 1914, Kondukteur Leopold Pursch mit 28. September 1914, Laufbursch Viktor Bonomeo mit 7. Juni 1916. Die den Genannten dienstordnungsmäßig oder auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 29. Juli 1914, P. Z. 11531, zustehenden Mobilisierungsgebühren sind mit Ende des Monates, in welchem dieser Beschluß gefaßt wird, einzustellen und die ihren Angehörigen allenfalls satzungsmäßig oder auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 19. November 1914, P. Z. 15187, gebührenden Versorgungsgenüsse von dem dem Beschlusse folgenden nächsten Monatsersten an anzuweisen.

(P. Z. 1295, M.Abt. II, 10322.) Der Offizialswitwe Marie Schmidek wird die Witwenpension von jährlich 1626 K 66 h ab 1. Jänner 1919 angewiesen und gnadenweise eine Pensionserhöhung von 200 K jährlich bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1292, M.Abt. II, 8270.) Der Anna Mannas wird das Sterbequartal nach ihrem verstorbenen Vater, dem pensionierten städtischen Straßenarbeiter Alois Mannas, im Betrage von 192 K 72 h zuerkannt.

(P. Z. 1413, G.W., 271.) Der Einsetzer der städtischen Gaswerke Moritz Scherner wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß von 1988 K 93 h jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1412, G.W., 308.) Der Kanzleibeamte der städtischen Gaswerke Leopold Schmidt wird in Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 17. Dezember 1918, P. Z. 12345/18, zum Rechnungsbeamten der 3. Gehaltsklasse 1. Gehaltsstufe, (Gehalt 2400 K und Quartiergeld 1200 K) mit dem Range vom 1. Juli 1916 befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1414, G.W., 3859.) Dem Kinde des am 30. September 1918 im Festungsspitale in Trient infolge und während seiner militärischen Dienstpflicht gestorbenen Gaskassiers August Mandel, dem unmündigen Karl Mandel, wird die Waisenpension im Jahresbetrage von 560 K anschließend an den letzten Bezug der Kriegsunterstützung unter gleichzeitiger Einstellung derselben und unter Verzicht auf den Rückersatz der vom 30. September bis 31. Oktober 1918 bezogenen Kriegsunterstützung, sowie der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 475 K und das Wohnungsgeld im Betrage von 225 K zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1415, G.W., 56.) Als Todestag Martin Richter's wird der 15. Oktober 1915 angenommen.

Der Franziska Richter, Witwe nach dem im Jahre 1915 infolge und während seiner militärischen Dienstpflicht gestorbenen Taglöhners Martin Richter, wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 773 K 81 h anschließend an den letzten Bezug der Kriegsunterstützung unter gleichzeitiger Einstellung derselben und unter Verzicht auf den Rückersatz der bis 15. Dezember 1918 bezogenen Kriegsunterstützungen und Anschaffungszulagen, sowie der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 580 K 36 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 1205, M.B.A XXI, 28959.) Für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes per 0·76 m² durch die beim Hause 21., Brünnerstraße 15, Eigenümer Johann und Anton Dell, vorhandenen zwei Risalite wird als einmaliges Einlösungsentgelt der Betrag von 34 K 20 h festgesetzt. Der bisher hiefür vorgeschriebene Platzzins von 50 h jährlich ist mit 1. Jänner 1919 zu löschen.

Berichterstatter StR. Spalowsky:

(P. Z. 1479, B.Abt. X, 53.) Das Anbot des Gärtners Franz Warter auf Ankauf des ausgemusterten Unratstransportschiffes Nr. 1 um den Betrag von 450 K wird angenommen.

(P. Z. 1480, B.Abt. X, 45.) Für die Angestellten des Kanalaufsichtsdienstes bei den Hauptsammelkanälen wird für das 1. Halbjahr 1918/19 eine außergewöhnliche Entschädigung im Gesamtbetrage von 550 K bewilligt.

Schluß der Sitzung.

Bericht

über die Sitzung vom 4. Februar 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Hoß und Rain.

Anwesende: VB. Neumann und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Hohensinner, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Skaret, Spalowsky, Vaugoin und Weigl.

Entschuldigt: Die StR. David, Schneider, Weber und Winter.

Schriftführer: Mag.-Sekr. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilung:

1. Nachweisung der Stadtbuchhaltung über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1918/19 mit 1. Februar 1919:

Reservefonds	1,000.000 K — h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen	479.869 K 93 h
Belastung durch bereits genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen	1,066.063 „ 51 „
zusammen .	1,545.933 „ 44 „
daher um .	545.933 K 44 h

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 2,175.959 K 47 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

2. Ausweis der Direktion der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien für den Monat Jänner 1919, nach welchen zusammen von 38.789 Parteien 30,475.849 K 90 h eingelegt und zusammen an 16.399 Parteien 17,529.461 K 30 h rückbezahlt wurden.

(Zur Kenntnis.)

Dringlichkeits-Antrag der St.-R. Emmerling, Skaret-Richter, Weigl, Pick und Siegel namens des sozialdemokratischen Klubs:

Die Hoffnung, daß sich nach Beendigung des Krieges die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel einigermaßen abbauen werden, hat sich bisher besonders in Bezug auf die Lebensmittel und die am meisten benötigten Kleidungstücke nicht erfüllt. Im Gegenteil, es ist zu beobachten, daß ein Teil der Lebensmittel neuerliche Preissteigerungen erfuhr und daß manche Artikel um die Höchstpreise überhaupt nicht zu erhalten sind, sondern ganz offen in den Geschäften zu enorm hohen Preisen verkauft werden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit auf diesem Gebiete eine Besserung eintreten wird. Rohstoffmangel, insbesondere aber der Mangel an Kohle hindert eine Aufwärtsbewegung der Industrie und damit auch eine Belebung des Verkehres und des Handels. Die Folge ist ein Anwachsen des Arbeitslosenheeres, und eine immer größere Verelendung der Arbeitslosen und ihrer Familien. Der Staatsrat der Republik Deutschösterreich hat sich dazu verstanden, an die Arbeitslosen eine staatliche Unterstützung auszubezahlen. Diese Unterstützung ist für alle Orte Deutschösterreichs gleich hoch. Es ist nicht zu bestreiten, daß die in Wien wohnenden Arbeitslosen weit härter getroffen sind wie ihre Schicksalsgenossen in anderen Städten und Orten des Reiches und mit der bisherigen Arbeitslosenunterstützung nicht mehr durchzukommen vermögen und daß insbesondere die Familienerhalter von den schlimmsten Sorgen für ihre Familie gepeinigt sind. Es erscheint unbedingt notwendig, daß ihnen eine höhere Unterstützung zugewendet wird als bisher. Der Staatsrat wird jedoch kaum in der Lage sein, für Wien eine Ausnahme zu schaffen, umsoweniger als in den Provinzen ein wenn auch unberechtigtes Vorurteil gegenüber Wien seit jeher besteht und man dort gerne geneigt ist, den Zentral-Behörden den Vorwurf zu machen, daß sie die Hauptstadt besser bedenken wie andere Städte der Republik. Unter solchen Umständen tritt an die Gemeinde die Pflicht heran, für die arbeitslosen Mitbürger vorzusorgen, was übrigens nicht ohne Beispiel dasteht, da die reichsdeutschen Städte seit langem an die Arbeitslosen Unterstützungen leisten.

Ein 50prozentiger Zuschuß zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung an die Familienerhalter stellt das Mindestausmaß dessen dar, was die Arbeitslosen von der Gemeinde erwarten dürfen. Zieht man nur die Familienerhalter (gleichgiltig ob verehelicht oder im gemeinsamen Haushalte lebend) in Betracht, so dürften etwa 45 Prozent der im Bezuge der staatlichen Unterstützung stehenden Personen hiebei in Frage kommen. Eine solche Fürsorge für Arbeitslose darf jedoch nicht dazu führen, daß die Aufwendungen für Notstandsbauten eine Kürzung erfahren. Der von der Gemeinde zu leistende Zuschuß müßte vielmehr als eine dringliche Maßnahme neben den Aufwendungen für Notstandsbauten durchgeführt und aus den Beständen der 350 Millionen-Kronen-Anleihe vom Jahre 1918 bedeckt werden. Es wird daher beantragt:

Folgendes ist als Antrag des Stadtrates der nächsten Sitzung des Gemeinderates zur Beschlußfassung vorzulegen: Die Gemeinde Wien leistet für die arbeitslosen Familienerhalter einen Zuschuß zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 50 Prozent der staatlichen Arbeitslosenunstützung. Hinsichtlich des Auszahlungs- und Verrechnungsmodus ist ein Einvernehmen mit dem Staatsamte für soziale Fürsorge und den Amtsstellen für Arbeitsvermittlung zu pflegen.

In formaler Beziehung wird beantragt, dem Gegenstande dieses Antrages die Dringlichkeit zuzuerkennen und im Sinne des § 15 der Geschäftsordnung sofort zu verhandelt.

Es wird beschlossen, den Magistrat und die Stadtbuchhaltung zu beauftragen, bis zur nächsten Stadtrats-Sitzung am 6. Februar 1919 einen eingehenden Bericht in dieser Frage vorzulegen.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner:

Im Falle der Zustimmung zur Forderung auf Teilnahme von Vertretern der Gemeinde Wien an der nach Bern und Paris zu entsendenden deuschösterreichischen Finanz-Kommission wird genehmigt, daß an dieser Kommission ein Wiener Gemeinderat und ein Wiener Magistratsbeamter teilnimmt. Weiters wird die Entsendung des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller genehmigt.

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 1394, B.Abt. VIII a, 119/18.) Das bei der Fahrbahnherstellung in der Hasenauerstraße längs des Türkenschanzparkes im 18. Bezirke eingetretene und bedeckte Mehrerfordernis von 7828 K 67 h wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 1311, M.Abt. XI, 51372.) Den Armenräten des 19. Bezirkes Karl Etzmannsdorfer, Eduard Vonderheid, Johann Kantner, Franz Schwach, Jakob Grobstein, Josef Liegl und Josef Mitschke wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

(P. Z. 1640, M.Abt. X, 18.) Dem Ignaz Fuchs wird das eigene Grab Gruppe A am Hauptgang Nr. 5 im Neustifter Friedhofe um 600 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen. Sollte die erste Leiche nicht zugewiesen sein, dann ist diese Gebühr durch Nachzahlung von 600 K auf den Gesamtbetrag von 1200 K zu ergänzen.

(P. Z. 1377, M.-Abt. X, 8839.) Dem Dr. Friedrich Schweikert wird die nächste der drei fertigen einfachen Grüfte ohne Steinbelag in der Gruppe F des Pötzleinsdorfer Friedhofes um die Gebühr

von 3000 K auf Friedhofsdauer überlassen. Sollte die erste Leiche nicht zugewiesen sein, dann ist die Grabstellgebühr alljährlich anläßlich der Beerdigung durch Nachzahlung von 6000 K auf insgesamt 9000 K zu erhöhen. Den Gruftbelag hat der Erwerber auf eigene Kosten beizustellen und zu versetzen.

(P. Z. 1641, M.Abt. X, 86.) Für die Ueberlassung von Gruftplätzen im Pötzleinsdorfer Friedhofe auf die Dauer des Friedhofsbestandes werden folgende Gebühren festgesetzt:

Gartengruftplatz Gruppe C, Nr. 32, mit einem Flächenausmaße von rund 9 m² 3500 K für Zugewiesene und 14.000 K für Nichtzugewiesene.

Einfache fertige Gruft Gruppe F, Nr. 3, ohne Belag 3000 K für Zugewiesene, 9000 K für Nichtzugewiesene.

Gartengruftplatz Gruppe G, mit einem Ausmaße von rund 7·8 m² 3000 K für Zugewiesene, 12.000 K für Nichtzugewiesene.

Der Erwerber eines der Gartengruftplätze A und C hat auf dem erworbenen Platze nach Erwirkung der Baubewilligung eine einfache Gruft auf eigene Kosten zu errichten und die seitlichen Grundstreifen gärtnerisch auszuschmücken und dauernd im guten Stand zu erhalten. Der Erwerber der Gruft Gruppe F, Nr. 3, hat den Gruftbelag auf eigene Kosten zu beschaffen und ordnungsgemäß zu versetzen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1477, B.Abt. VIII b, 392/18 und 129.) Der Automobilfabrik A. Froß-Büssing wird über ihr Ansuchen der Straßengrund der Gießmanngasse im 20. Bezirke zwischen der Wallensteinstraße und der Straußgasse Kat.-Parz. 4181/4 öffentliches Gut im Ausmaße von 2589·78 m² vom 1. Jänner 1919 an gegen eine jederzeit mögliche halbjährige Kündigung, längstens aber bis 31. Dezember 1920 gegen genaue Einhaltung der festgelegten Bedingungen und gegen Zahlung eines jährlichen Pachtzinses von 5200 K verpachtet. Dem Ansuchen der Firma, ihr die Benützung des Straßengrundes gegen einen Anerkennungszins von 20 K zu gestatten, wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 1665, B.Abt. VII, 11.) Die vom Bauamte beantragten 136 ganznächtigen Gasflammen sind erst nach dem Abschalten der elektrischen Starklichtlampen, somit um 9 Uhr abends zu zünden und 149 ganznächtige Gasflammen außer Betrieb zu setzen. Die weiters vorgeschlagenen 635 halbnächtigen Flammen sind nicht mehr zu zünden. Diese Maßnahmen sind von den städtischen Gaswerken auf die Dauer der verschärften Sparmaßnahmen sofort durchzuführen.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 1708, M.Abt. XIII, 4112/18.) Folgenden Bewerbern werden städtische Freiplätze an der Musikakademie auf Studiendauer verliehen, und zwar: Otto Bartos (II. Ausbildung, Trompete), Hans Will (II. Ausbildung, Horn), Margarete Halbwidl (II. Ausbildung, Klavier), Anastasia Vesely (I. Vorbereitung, Klavier), Stephanie Wittek (II. Vorbereitung, Gesang), Helene Sztankowits (II. Vorbereitung, Gesang). Nur für das Studienjahr 1918/19 wird ein solcher Freiplatz dem Johann Peer (II. Jahrgang, Kontrapunkt) verliehen.

(P. Z. 1648, M.Abt. XIII, 157.) Der n.-ö. Landesregierung wird die Belassung des Erwin Heller im Genusse des ihm seinerzeit verliehenen Johann Georg Freiherrn v. Stein'schen Stipendiums in Vorschlag gebracht.

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 1637, M.Abt. X, 9353/18.) Dem Josef Kriwanek wird der Gartenecksruftplatz in der Gruppe 7 des Jedleseer Friedhofes um die Gebühr von 18.000 K überlassen. Die von der Gruft selbst nicht in Anspruch genommenen Teile des Gartengruftplatzes (links, rechts und rückwärts) sind auf Kosten der Partei gärtnerisch auszuschmücken.

Berichterstatter StR. Hohensinner:

(P. Z. 1652, M.Abt. XV, 1464.) Zur Beurlaubung des Volksschullehrers 2. Klasse Friedrich Herndl zwecks Mitarbeit bei der Hauptstelle Wien der n.-ö. Landesberufsvormundschaft (offene Jugendfürsorge des Landes Niederösterreich) vom 1. Februar 1919 an bis auf weiteres, längstens aber bis zum Schlusse des laufenden Schuljahres gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des Substitutionsnormales erwachsenden) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 1674, L.U., 1123.) Die Leichenkosten nach dem Leiter der Anmeldestelle Hietzing der städtischen Leichenbestattung Leopold Schantz im Betrage von 213 K 10 h und nach dem Aufnahmshilfsbeamten Franz Wieland im Betrage von 346 K 92 h werden abgeschrieben.

(P. Z. 1676, St.U., 73.) Der von der zuständigen Militärbehörde mit 16. Mai 1915 als vermißt bezeichnete Stellwagenkutscher Josef Böhm gilt mit gleichem Tage als gefallen. Dessen Gattin Anna Böhm wird unter gleichzeitiger Einstellung der Mobilisierungsgebühren und unter gnadenweiser Nachsicht des Mehrbezuges an diesen Gebühren ab 1. Jänner 1919 eine Witwenpension in der Höhe von 605 K nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1673, L.U., 1122.) Die Anweisung des Sterbequartales nach dem am 17. August 1918 verstorbenen Depotdiener i. R. Franz Jilka der städtischen Leichenbestattung zu Handen seiner Tochter Anna Jilka im Betrage von 302 K 49 h wird genehmigt.

(P. Z. 1675, L.U., 1095.) Der Marie Huber, Witwe nach dem Filialdiener der städtischen Leichenbestattung Josef Huber, wird eine jährliche Witwenpension von 482 K 31 h, den minderjährigen Kindern Josef, Marie, Helene, Karl und Leopoldine ein jährlicher Erziehungsbeitrag von je 96 K 46 h ab 1. Mai 1918 zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1657, M.Abt. XXII, 207.) Dem im Kontor des Wiener Rathauskellers verwendeten Kanzleigehilfen Karl Neckham wird auf die Dauer seiner Verwendung im Rathauskeller eine tägliche Zulage von 4 K bewilligt.

(P. Z. 1660, 1663, 1662, B.D., 497, 520 und 519.) Die Instandsetzung nachbezeichneter Lastkraftwagen wird genehmigt und nachbenannten Firmen auf Grund ihrer Kostenvoranschläge übertragen: Wagen A XVI 444 mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenbetrage von 6500 K und Wagen A XI 370 mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenbetrage von 8000 K, beide der Nesselsdorfer Wagenbau-Fabriksgesellschaft, Wagen A XV 600 mit dem veranschlagten und bedeckten Kostenbetrage von 13.000 K der Motorlastwagen- und Motorenfabrik Ing. Rudolf Perl.

Berichterstatter StR. Pick:

(P. Z. 1647, M.Abt. XI c, 285.) Die Erhöhung der Verpflegskosten im landschaftlichen Krankenhause zu Bad Hall auf 6 K per Kopf und Tag für das Jahr 1919 wird genehmigt. Für das Mehrerfordernis der durch die Erhöhung auflaufenden Kosten ist im Voranschlage 1919/20 vorzusorgen.

Berichterstatter StR. Siegel:

(P. Z. 1686, M.B.A. X, 45921/18.) Die dem Dr. Wilhelm v. Gutmann zu erteilende Baubewilligung zur Vornahme baulicher Umgestaltungen in seinem Hause Or.-Nr. 101 Laxenburgerstraße, Or.-Nr. 43 Inzersdorferstraße im 10. Bezirke, bestehend in der Abtragung und Aufführung einiger Scheidemauern und in der Vornahme einiger Tür- und Fensterdurchbrüche behufs Schaffung eines Ausspeise- und eines Küchenraumes, wird gemäß der §§ 97 und 105 der Wiener Bauordnung bestätigt.

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 1707, M.Abt. IV, 321,) Das Anbot des Rudolf Bauer, zwei Paar Pferde für die Bespannung der Geräte der Freiwilligen Feuerwehr Ottakring vom 1. Februar 1919 an gegen eine Entschädigung von 75 K täglich für das Pferdepaar samt Kutscher ständig bereitzuhalten, wird angenommen. Für den Fall, daß die erforderlichen Pferde aus Verschulden des Unternehmers nicht beigestellt werden können, hat Bauer eine Vertragsstrafe von 200 K zu zahlen, welche von seiner Bespannungsentschädigung in Abzug zu bringen ist. Das weitere Anerbieten Bauer's, fallweise nach Tunlichkeit auch ein drittes Paar Pferde für diese Feuerwehr gegen eine Entschädigung von 40 K für jede Ausfahrt beizustellen, wird angenommen. Diese Vereinbarung wird gegen eine gegenseitige vierteljährliche Kündigung abgeschlossen.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1623, M.Abt. II, 681.) Dem Wirtschaftsverbande nichtaktiver Offiziere und Gleichgestellter Deutschösterreichs wird zur Unterstützung der auf Linderung der augenblicklichen Notlage seiner Mitglieder gerichteten Zwecke eine einmalige Subvention im Betrage von 50.000 K bewilligt.

Bezüglich der übrigen Wünsche des genannten Verbandes wird der einstweilige Bericht des Magistrates zur Kenntnis genommen.

Das Erfordernis ist auf Ausgabs-Rubrik LII zu verrechnen und aus den Geldern des Anlehens von 1918 zu bestreiten.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1409, Lgh., 1649.) Der Rechnungs-Offizial im Staatsamte für Gewerbe, Industrie und Handel Karl Hollei wird, falls dieses Dienstverhältnis bis längstens Ende April 1919 gelöst wird unter Anrechnung einer ab 20. Juni 1900 für die Pensionsbemessung zählenden Dienstzeit zum definitiven Kontrollor der Lagerhäuser der Stadt Wien mit dem Range vom Tage des Dienstantrittes nach Lösung des Staatsdienstverhältnisses ernannt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1704, M.Abt. VIII a, 116.) Das Anbot des bisherigen Pächters Julius v. Petravic des Jagdgebietes Siebensee-Schreyer im Forstwirtschaftsbezirke Wildalpen um Weiterpachtung auf fünf Jahre und zu den Bedingungen des abgelaufenen Jagdpachtvertrages wird abgelehnt. Die Jagd ist im Wege einer schriftlichen und öffentlichen Offertverhandlung auf Grund der vorgelegten Versteigerungsbedingungen zu vergeben.

(P. Z. 1358, B.Abt. VI b, 1004/18.) Dem Ersteher der Spenglerarbeiten für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes, Karl Schuhmann, werden auch für die auf den Gebäuden 1, 3 und 4 auszuführenden Spenglerarbeiten die bisher für die Gebäude 2, 6, 7 und 8 gewährten Aufzahlungen bewilligt. Die hiedurch der Gemeinde erwachsenden und bedeckten Mehrkosten von 27.847 K werden genehmigt.

(P. Z. 1357, B.Abt. VI b, 12.) Den Erstehern der Zimmermannsarbeiten für den Bau des Kontumazmarktes und Seuchenhofes, Wiener Bau-Gesellschaft und R. Rella & Neffe, wird die Erhöhung der Lohnsätze auf Grund ihrer Ansuchen vom 26. August und 17. Dezember 1918 bewilligt. Die dadurch erwachsenden, bedeckten Mehrkosten von 12.000 K werden genehmigt.

(P. Z. 1299, M.Abt. VIII a, 1012/18.) Dem Förster Adolf Lanzer wird ab Herbst 1919 im Spitzer Schlosse als Dienstwohnung die Wohnung Nr. 6 mit Ausnahme des Eckzimmers, für welches er einen Jahreszins von 100 K zu bezahlen hat, zugewiesen.

(P. Z. 954, M.Abt. II, 9357.) Das Ansuchen des Hauptkassen-Offiziales Adolf Prager um Rückverlegung des anläßlich seiner Versetzung in den Stand der Hauptkasse mit Stadtrats-Beschluß vom 8. August 1918, P. Z. 8105/18, festgesetzten Dienstranges wird abgewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 1709, Wohn.A., 166.) Die im Hause 1., Vorlaufstraße 4 eingelagerten Sachgüter der Flüchtlingsfürsorge werden von der Gemeinde Wien zu dem ihr angebotenen Pauschalpreise von 260.000 K, in welchem Betrage auch der Zins für die Lokalmiete bis Maitermin 1919 inbegriffen ist, übernommen. Die Auslage von 260.000 K ist vorschußweise für Rechnung der seinerzeit in Betracht kommenden Abnahmestellen aus den eigenen Geldern zu bestreiten. Die endgiltige Verrechnung hat nach Maßgabe der Zuweisungen an die verschiedenen städtischen Institute auf den bezüglichen Spezial-Rubriken zu erfolgen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1493, Str.B., 136.) Die nachstehenden Bediensteten der städtischen Straßenbahnen werden mit 1. Februar 1919 zu Unterbeamten ernannt, und zwar: Anton Schmid zum Revisor und Franz Zwekina zum Manipulanten mit den Bezügen der Gehaltskategorie 4, Gehaltsklasse 1, und mit dem Range in der Gehaltskategorie 4 vom 1. Februar 1914; Adolf Donhauser zum Expeditor mit den Bezügen der Gehaltskategorie 4, Gehaltsklasse 2 und mit dem Range in der Gehaltskategorie 4 vom 1. Februar 1916.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1622, M.Abt. I, 124.) Die Gemeinde Wien schlägt die Erbschaft nach der am 23. November 1918 verstorbenen Privaten Marie Swoboda aus.

Berichterstatter St.R. Dr. Haas:

(P. Z. 1376, M.Abt. X, 38.) Der Ella Weydner wird die Bewilligung erteilt, beim Gagistengrabe Abteilung 14, Nr. 4 in der Kriegergrabstätte des Zentral-Friedhofes ein Marmorkreuz aufstellen zu lassen. Bedungen wird, daß dieses Gedenkzeichen über ämtliche Aufforderung auf Kosten der Gesuchstellerin sofort entfernt werde.

(P. Z. 1650, M.Abt. XV, 1351.) Zur Zuerkennung einer Wegentschädigung im Betrage von 84 K 92 h an den provisorischen katholischen Religionslehrer P. Rembert Gavanesche anläßlich der Erteilung des katholischen Religionsunterichtes an den allgemeinen Volksschulen für Knaben III., Kleistgasse 12 und Petrusgasse 10, im Schuljahre 1917/18 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1651, M.Abt. XV, 1473.) Zur Beurlaubung nachbenannter Lehrpersonen zwecks Begleitung und Beaufsichtigung von Wiener Schulkindern, welche zur Erholung in die Schweiz für die Zeit vom 27. Jänner bis 15. April 1919 fahren, wird unter Belassung der Bezüge der Zustimmung erteilt: Volksschullehrerin 2. Klasse Maria Becher, Arbeitslehrerin Berta Füchsel, Direktorin Auguste Grandauer, Volksschullehrerin 2. Klasse Elfriede v. Jaksch, Volksschullehrerin 2. Klasse Josefine Vysloucil, Volksschullehrer 1. Klasse Oskar Kahn, Volksschullehrer 1. Klasse Franz Katolicky, Volksschullehrerin 2. Klasse Maria Stark, provisorische Lehrerin 2. Klasse Frieda Swoboda, Bürgerschullehrerin Johanna Stengel und Bürgerschullehrer Josef Haubner.

(P. Z. 1643, M.Abt. XI b, 2387.) Dr. Hans Kalenda wird als Hospitant im Kaiserjubiläums-Spitale zugelassen.

(P. Z. 1644, M.Abt. XI b, 31000/18.) Der Magistrat wird ermächtigt, auf die Geltendmachung der Verpflegskostenforderung der Gemeinde Wien per 1499 K 20 h bei dem Nachlasse des am 13. August 1917 verstorbenen Pfleglings des Wiener Versorgungsheimes Marie Czernin zu verzichten.

(P. Z. 1645, M.Abt. XI b, 360.) Dem Aspiranten des Kaiserjubiläums-Spitales Dr. Karl Horina wird der erbetene dreimonatliche Urlaub gegen Verzicht auf Dienstbezüge, jedoch unter Belassung der Naturalwohnuug gewährt.

(P. Z. 1669, Jug.A., V. 375/3/17.) Der Bedienerin des Bezirksjugendamtes 3., Landstraßer Hauptstraße 96, Marie Karl werden im 1. Stock gelegene Räume als Dienstwohnung zugewiesen. Für die Kündigung und Räumung dieser Wohnung gelten die jeweils für Monatswohnungen festgesetzten Kündigungs- und Räumungsfristen.

(P. Z. 1639, M.Abt. X, 6646.) Das Ansuchen der Johanna Jaksch um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 36, Reihe 2, Nummer 20 im Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 1649, 1697, 1702.) Die Mitbenützung von Turnsälen für Wählerversammlungen unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen wird genehmigt: dem Bund österreichischer Frauenvereine in Schulen des 2., 4., 6., 9., 13. und 18. Bezirkes, der jüdisch-nationalen Partei in einer Schule des 20. Bezirkes, der sozialdemokratischen Parteiorganisation Brigittenau in zwei Schulen des 20. Bezirkes, dem christlichsozialen Wahl-Komitee im 17. Bezirke in einer Schule dieses Bezirkes, dem sozialdemokratischen Wählerverein für den 3. Bezirk in zehn Schulen dieses Bezirkes, dem Bezirkswahl-Ausschuß 10. Bezirk der bürgerlich-demokratischen Partei in einer Schule dieses Bezirkes.

(P. Z. 1653 bis 1656.) Der Beurlaubung nachbenannter Bürgerschullehrer und -Lehrerinnen in der Eigenschaft als Wahlwerber für die konstituierende Nationalversammlung bis 16. Februar 1919 unter Belassung der Bezüge wird zugestimmt: Marie Tomicek, Dr. Ernst Hampel, Franz Tiechl und Kamilla Tschadesch.

Berichterstatter StR. Angermayer:

(P. Z. 1633, M.Abt. II, 8924.) Der Straßenarbeiterswitwe Klara Hudeček wird anstatt der ihr gebührenden Abfertigung per 1387 K und gegen Verzicht auf dieselbe eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. November 1918 an bis Ende des Jahres 1921 bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1632, M.Abt. II, 8252/18.) Der Wagmeisterswitwe Leopoldine Schmid wird die Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1919 an auf jährlich 360 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921 bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1631, M.Abt. II, 6505/18.) Der Totengräbergehilfenswitwe Therese Simonitsch wird die Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1919 an auf 420 K erhöht uud bis Ende des Jahres 1921 bewilligt, sowie für ihre Tochter Therese der Fortbezug des Gnadenerziehungsbeitrages von jährlich 72 K vom 15. September 1918 an bis 30. September 1920 bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1629, M.Abt. II, 9991.) Der Amtsdienerswitwe Augustine Patlik wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 880 K und ein Erziehungsbeitrag von 176 K jährlich für ihren Sohn Wilhelm vom 1. Dezember 1918 an angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1630, M.Abt. II, 10016/18.) Der Steueramts-Ober-Kontrollorswaise Ferdinand Groß wird vom 27. November 1918 an ein Erziehungsbeitrag von 584 K jährlich angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1680, G.W., 246.) Der Leopoldine Prokopp, Witwe nach dem Laternenwärter der städtischen Gaswerke Ludwig Prokopp, wird zuerkannt: Die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 601 K 38 h; ein Erziehungsbeitrag von 120 K 28 h jährlich für das Kind Karl Prokopp und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 451 K 4 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1682, G.W., 264.) Der Viktoria Nadvornik, Witwe nach dem Taglöhner der städtischen Gaswerke Karl Nadvornik, wird zuerkannt: Die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 764 K 76 h und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 573 K 57 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1642, M.Abt. XI, 7967.) Der Magistrat wird ermächtigt, auf den Rückersatz der gewährten Armenunterstützungen aus dem Nachlasse der verstorbenen Karoline Schwab zugunsten deren in Enns, Kirchenplatz 2, wohnhaften Tochter Maria Schwab zu verzichten.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1410, Lgh., 1823.) Im Stande der Angestellten der Lagerhäuser der Stadt Wien werden im Wege der Stellenbeförderung ad personam ernannt: Zum definitiven Ober-Offizial mit dem Range vom 17. März 1916 Karl Fuhrmann, zum provisorischen Lagermeister in der 4. Gehaltsklasse mit dem Range vom Ernennungstage Emil Schricker, zu provisorischen Maschinisten 1. Klasse mit dem Range vom Ernennungstage Anton Forstner und Johann Kornherr.

In die Pension nicht einrechenbare Diensteszulagen und Titel werden zuerkannt: Den Kontrolloren Heinrich Gelpke und Leopold Hartl eine Diensteszulage von 800 K jährlich bis zur eventuellen Ernennung

zum Inspektor unter Verleihung des Titels „Inspektor", den Ober-Offizialen Rudolf Geiger v. Klingenberg und Oskar Vollek der Titel „Kontrollor", den Ober-Offizialen Robert Hanslik und Paul Hofbauer eine Diensteszulage von 600 K jährlich auf die Dauer ihrer Verwendung als Abteilungsleiter oder -Stellvertreter bis zur Beförderung in die 2. Gehaltsklasse, dem Akzessisten Karl Prokisch eine Diensteszulage von 400 K jährlich auf die Dauer der Betrauung mit der Stellvertretung des Hauptkassiers und dem Unterbeamten 1. Bezugsklasse Heinrich Cermann der Titel „Lagermeister".

Im Stande der den Lagerhäusern der Stadt Wien zugeteilten Beamten werden auf die Dauer dieser Zuteilung bis zur Beförderung im eigenen Status die Bezüge der 2. Gehatsklasse der Lagerhausbeamten dem Rechnungsrevidenten Franz Plank unter Verleihung des Titels „Abteilungsvorstand der Lagerhäuser" dem Marktamts-Kommissär Karl Bauer unter Verleihung des Titels „Verwalter des Kühllagerhauses" und dem Hauptkassa-Adjunkten Josef Höllinger unter Verleihung des Titels „Kassier der Lagerhäuser", zuerkannt. Dem Bau-Inspektor des Stadtbauamtes Ing. Gottfried Wurzinger und dem Bauaufsichts-Ober-Revidenten Gustav Kittel die dermaligen Diensteszulagen von 200 K, beziehungsweise 120 K monatlich auf 250 K, beziehungsweise 180 K monatlich erhöht.

Die neuen Bezüge und Zulagen treten mit dem dem Beschlusse folgenden Monate, beziehungsweise Quartiergeldmonate in Kraft.

Jenen Unterbeamten und Dienern der 1. und 2. Bezugskasse, welche vor der Ernennung sechs Jahre als Arbeiter, Diurnisten oder Hilfskräfte in den Lagerhäusern Dienst geleistet haben, wird rückwirkend ab 1. Oktober 1918 und bei künftigen Ernennungen vom Tage des Anfalles der neuen Bezüge an für jedes über sechs Jahre hinaus als Arbeiter, Diurnisten oder Hilfskräfte vollendete oder begonnene Dienstjahr eine in die Pension nicht einrechenbare Personalzulage von 60 K jährlich bis zum Höchstausmaße von 240 K jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 1634, M.Abt. VIII a, 935/18.) Der von der Forstverwaltung Naßwald vorgelegte Kostenvoranschlag über die Viehhaltung wird genehmigt.

(P. Z. 1635, M.Abt. VIII a, 89.) Dem Gendarmerieposten-Kommando in Reichenau werden 3 rm^3 hartes Brennholz unentgeltlich überlassen.

(P. Z. 1628, M.Abt. II, 9989/18.) Der Magistratsratswitwe Adele Sendetzky wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 4000 K vom 1. Jänner 1919 an angewiesen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1624, M.Abt. II, 652.) Den mit der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen betrauten Beamten und Hilfsbeamtinnen der städtischen Hauptkassa-Abteilungen und vereinigten Kassen-Abteilungen, sowie den hiebei verwendeten Amtsdienern wird die gleiche Vergütung bewilligt, wie sie für die Auszahlung der Armenunterstützungen geleistet wird.

(VB. Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1312 und 1379.) Den Armenräten des 20. Bezirkes Gregor Göller, Georg Köppl, Friedrich Bauer, Wenzel Bischof, Franz Kullmann, Julius Plenk, Eugen Poeppel, Gustav Sklenarz, Johann Schmidt, Vinzenz Tuma und Wenzel Wojtech wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

Berichterstatter StR. Baugoin:

(P. Z. 1681, G.W., 163.) Der Karoline Exenberger, Gattin des gewesenen Verwaltungsbeamten der städtischen Gaswerke August Exenberger, und ihren beiden unmündigen unversorgten Kindern wird für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 eine in monatlichen Teilbeträgen flüssig zu machende Gnadengabe im Betrage von 1600 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1677, E.W.; 3401/18.) Den mit der Einrichtung der Ausstellungsgegenstände der städtischen Elektrizitätswerke im Technischen Museum betrauten Beamten und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke werden Remunerationen im Gesamtbetrage von 2700 K bewilligt.

(P. Z. 1679, G.W., 3.) Der Kassier der städtischen Gaswerke August Kammerzell wird über Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt und ihm der Ruhegenuß mit 4200 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1638, M.Abt. X, 89.) Dem Alfred Ullmann wird der Gruftplatz Nr. 25 der Gruppe XXII im Baumgartner Friedhofe behufs Erbauung einer Doppelgruft um die Gebühr von 5000 K für Zugewiesene unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen überlassen.

(P. Z. 1685, Str.B., 580.) Die Anträge der Straßenbahn-Direktion über 21 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

(P. Z. 1678, E.W., 112.) Das mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 22. September 1916, P. Z. 7651, genehmigte Gehaltsschema für die kaufmännischen Hilfsbeamtinnen der städtischen Elektrizitätswerke wird dahin abgeändert, daß die Vorrückungsfristen für sämtliche Gehaltsstufen durchwegs mit zwei Jahren festgesetzt werden; das Quartiergeld der 3. Gehaltsklasse für die 5., 4. und 3. Gehaltsstufe auf jährlich 650 K erhöht wird und in der 1. Gehaltsklasse eine neue Gehaltsstufe mit dem jährlichen Gehaltsbezuge von 2940 K geschaffen wird. Das neue Gehaltsschema tritt mit 1. Februar 1919 in Kraft.

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 1706, M.Abt. IV, 304.) Die Formel für das eidesstättige Gelöbnis der definitiven Feuerwehrmannschaft hat zu lauten:

„Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue eidesstättig geloben, der deutschösterreichischen Republik treu und gehorsam zu sein, die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung beschlossenen Grundgesetze und übrigen Gesetze sowie die auf Grund dieser erlassenen Vollzugsanweisungen des deutschösterreichischen Staatsrates getreu und unverbrüchlich zu befolgen, die Interessen der Gemeinde Wien nach allen Ihren Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden. Sie werden ferner geloben, alle Ihnen übertragenen Dienstgeschäfte treu und gewissenhaft zu besorgen, sich in allem genau nach den für die Mannschaft der städtischen Feuerwehr und deren Dienstverrichtungen bestehenden Vorschriften zu benehmen, sich auf keine Weise durch Eigennutz oder aus Nebenabsichten von der redlichen Erfüllung Ihrer Dienstpflichten abwenden zu lassen, dem Gemeinderate und den übrigen beschließenden Organen der Gemeinde sowie dem Bürgermeister und Ihren

sonstigen Vorgesetzten die schuldige Achtung und in Dienstsachen unbedingten Gehorsam zu leisten, das Dienstgeheimnis zu bewahren und überhaupt sich alles dasjenige sorgfältigst gegenwärtig zu halten, was den Pflichten eines eifrigen, redlichen und tüchtigen Feuerwehrmannes der Stadt Wien angemessen ist."

(P. Z. 1671, Samml., 14.) Dem Adjunkten der städtischen Sammlungen Dr. Alfred Orel wird die Erlaubnis erteilt, die im Besitze der Stadtbibliothek befindlichen Manuskripte Anton Bruckner's in den Räumen des Musikhistorischen Institutes der Wiener Universität zu benützen und mit seiner Arbeit über Anton Bruckner abzudrucken.

(P. Z. 1711, M.Abt. IV, 2111.) Behufs Einstellung von elektromobilen Feuerwehrgeräten im Rüsthause der Freiwilligen Feuerwehr Floridsdorf wird die Anschaffung eines Drehstrom-Gleichstrom-Umformers bei der AEG. „Union" Elektrizitäts-Gesellschaft in Wien mit dem Kostenbetrage von 19.305 K genehmigt. Die Kosten der Aufstellung, der Errichtung einer Schalttafel und der erforderlichen Ladestellen, sowie der Aufstellung eines neuen Herdes und eines Ofens werden mit dem Betrage von 3700 K bewilligt.

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 1661, B.D., 400.) Dem Ansuchen der Firma The Neuchatel-Asphalte-Company um Wiederzulassung zu städtischen Arbeiten wird Folge gegeben.

(P. Z. 1664, M.Abt. VIII b, 294/18.) Der Wiener Karosserie und Flugzeugfabrik Dr. W. v. Gutmann wird über ihr Ansuchen der auf die Länge der Kat.-Parz. 847/88 entfallende Teil der Kat.-Parz. 257/58 öffentliches Gut des Straßengrundes der Reichenbachgasse im 10. Bezirke im Ausmaße von 487·80 m² gegen eine jederzeit mögliche vierteljährige Kündigung, längstens aber bis 31. Dezember 1921 gegen genaue Einhaltung der Bedingungen und gegen Zahlung eines Pachtzinses von 1000 K jährlich verpachtet.

(P. Z. 1636, B.Abt. VIII a, 78.) Das bei der Neupflasterung der Arsenalstraße im 10. Bezirke eingetretene bedeckte Mehrerfordernis von 369 K 59 h wird nachträglich genehmigt.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 1670, Wi.A., 4415.) Das gegenwärtig in der Lager-Abteilung I des städtischen Wirtschaftsamtes im Kaiserjubiläums-Spitale der Stadt Wien und im Versorgungsheime in Lainz, sowie in den städtischen Schulen und verschiedenen anderen Gemeindeanstalten lagernde und bis 30. April 1919 noch hinzukommende Alteisen wird, soweit es zum Verkaufe gelangt, unter den vom Wirtschaftsamte der Stadt Wien festzusetzenden Bedingungen der Firma A. Winter käuflich überlassen.

(P. Z. 1705, B.W.A. 5, 1092.) Die käufliche Erwerbung von drei zerlegbaren Bauhütten um den Betrag von 3 × 1200 K = 3600 K und von drei fahrbaren Bauhütten um den Betrag von 3 × 2000 K = 6000 K von der Firma Leopold Wolf & Komp. wird genehmigt.

Schluß der Sitzung.

Richtigstellung. Im Berichte über die Stadtrats-Sitzung vom 27. Dezember 1918, Amtsblatt vom 11. Jänner 1919, Nr. 4, Seite 108 soll es bei der Vergebung der Kanal- und Senkgrubenräumungsarbeiten richtig heißen: „für den 8. Bezirk 30.000 K" (nicht 330.000 K).

Bezirksvertretungen

16. Gemeindebezirk, Ottakring.

Öffentliche Sitzung vom 16. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Pollitzer.

Schriftführer: Kanzleileiter Dr. Rupert Gaugusch.

BV. Pollitzer begrüßt die erschienenen Bezirksräte, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Er verweist auf die im Dezember 1918 erfolgte Auflösung der Bezirksvertretung, die gemäß den Vereinbarungen der Parteien neu zusammengesetzt wurde; so wie der Krieg den Frauen viele, schwere Pflichten auferlegt hat, so hat er ihnen auch Rechte, darunter das Wahlrecht, gegeben, so daß nunmehr auch Frauen zu Mitgliedern der Bezirksvertretung zählen. Alle Mitglieder sind, obwohl verschiedenen Parteien angehörend, sowie die Beamten doch zu gemeinsamer Arbeit berufen und gewiß haben alle das redliche Bestreben, im Interesse der Gesamtheit zu wirken. Jede Angelegenheit wird objektiv beurteilt werden.

BVSt. Heigl erwidert, daß die Bezirksräte, welche der früheren Vertretung angehörten, wie bisher weiter arbeiten und ihre Kraft dem Bezirke zur Verfügung stellen werden. Die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Bezirkseinteilung für die Arbeiten der Bezirksräte wird genehmigt. Die BR. Weingärtner, Berger, Tichy, Ascher und Wagner wünschen, daß für alle Bezirksräte ein Verzeichnis samt Plan mit sämtlichen Sprengeln und deren Grenzen angefertigt werde. Der Vorsitzende erklärt, allen Bezirksräten ein Rayonsverzeichnis zu geben; die Anfertigung von Plänen ist derzeit nicht möglich. Der Vorsitzende teilt mit, daß ein von der Bezirksvertretung gewählter Ausschuß für den Betrieb des Eislaufplatzes in der Gallitzinstraße besteht; weiters, daß die Funktionsdauer des Armen-Institutes Ende 1919, die des Ortsschulrates mit Juli 1923 abläuft.

BR. Weingärtner berichtet über einen Lokalaugenschein im Kinotheater Neufellner.

BR. Kreitsch stellt den Antrag, die noch vom Militär in Anspruch genommenen Schulen in der Seitenberggasse, Wurlitzergasse und Herbststraße ehestens ihrer Bestimmung zurückzugeben und in den bereits der Schulverwaltung zurückgestellten Gebäuden die Instandsetzungsarbeiten so viel als möglich zu beschleunigen (Angenommen.)

BR. Schafranek beantragt, für den 16. Bezirk eine 4. Bürgerschulklasse für Knaben und Mädchen zu errichten, beziehungsweise die für Mädchen bereits bestehende in ihren alten

Standort zurückzuverlegen. Nachdem BR. Tichy den Antrag unterstützt hat, wird ihm einhellig zugestimmt.

St.R. Hötzel, BWSt. Heigl und BR. Bergerbsprechen die Teilnahme der Stadträte an den Sitzungen der Bezirksvertretung, worauf der Vorsitzende die Sitzung schließt.

Allgemeine Nachrichten.

Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Straßenbahnen.

Beschluß des Stadtrates vom 30. Jänner 1919.

Vom 3. Februar 1919 an wird für alle Angestellten der städtischen Straßenbahnen, die durch die Tageslohnquote vergütet werden, Dienst- oder Arbeitszeit mit acht Stunden festgesetzt, soweit nicht schon jetzt eine kürzere Arbeitszeit besteht, die unverändert bleibt. Diese Festsetzung gilt auf die gleiche Dauer wie sie für die Wirksamkeit des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 über die Einführung des Achtstundesarbeitstages in fabriksmäßig betriebenen Gewerbe-Unternehmungen vorgesehen ist und unter den nachstehenden Bestimmungen:

Arbeitszeiten im Fahrdienste.

Im elektrischen Betrieb: 1. Die durch die Tageslohnquote vergütete Dienstdauer der Fahrer und Schaffner beträgt ausschließlich einer Mittagspause acht Stunden. Dieselbe Normaldienstdauer gilt auch für alle anderen Bediensteten, wenn und insolange sie zum Fahrdienste herangezogen werden.

2. Fahrer, Schaffner und die zum gleichen Dienste verwendeten anderen Bediensteten können im Bedarfsfalle bis zu elf Stunden täglich ohne Einrechnung der Mittagspause beschäftigt werden, doch werden jene Dienstleistungen, welche die im Punkt 1 festgesetzte Dienstdauer überschreiten, als Ueberstunden besonders vergütet.

3. Der reine Wagendienst berechnet sich aus der Fahrzeit der einzelnen Fahrten, vermehrt um die Umkehrzeiten, soweit diese zehn Minuten nicht übersteigen. Der reine Wagendienst darf nicht mehr als 6 Stunden 10 Minuten, vermehrt um 40 Minuten für jede volle Ueberstunde betragen.

4. Jenen Fahrbediensteten, die den Dienst von 10 Uhr vormittags beginnen und ihn nach 2 Uhr nachmittags schließen, ist eine Mittagspause zu gewähren, deren Beginn in die Zeit zwischen 10 und 2 Uhr zu fallen hat; sie darf nicht weniger als eine Stunde betragen. Jenen Fahrbediensteten, die nach 6 Uhr abends noch im Dienste verwendet werden, ist in der Zeit zwischen 5 und 9 Uhr eine Nachtmahlpause von 25 Minuten einzuräumen, die in die Dienstdauer eingerechnet wird, wovon aber 5 Minuten auf die Wagenübernahme entfallen.

5. An Tagen mit regelmäßigem Verkehr sind die Pausen innerhalb der normalen Dienstzeit derart einzustellen, daß sie 1 Stunde 20 Minuten ausmachen. Der $1^1/_2$ Stunden übersteigende Teil der Mittagspause, ferner die Nachtmahlpause und von der Umkehrzeit der über zehn Minuten betragende Zeitraum ist, soferne es sich nicht um Unterbrecherdienste handelt, in die vorerwähnten Pausen einzurechnen. Die Pausen erhöhen sich um 20 Minuten für jede volle Ueberstunde. Die je 15 Minuten betragenden Zeiträume für Antritt und Schluß des Fahrdienstes werden nicht in die Pausen eingerechnet.

6. Die Pausen sind auch bei Betriebsstörungen und am Tage ohne feste Diensteinteilung in dem vorerwähnten Ausmaße tunlichst einzuräumen.

7. In den Pausen muß immer einer der Fahrbediensteten beim Wagen anwesend sein, wofür die Bediensteten untereinander die Einteilung zu treffen haben. Bei einer Temperatur unter Null Grad wird es den Bediensteten nach Tunlichkeit ermöglicht werden, den Wagen während der ganzen Pause zu verlassen.

8. Unterbrechungen des Dienstes von mehr als zwei Stunden ohne Vergütung können an einem Tage in jeder Woche einmal gefordert worden. Außerdem kann der Bedienstete noch in jeder zweiten Woche zu einer zweiten Unterbrechung von mehr als zwei Stunden verhalten werden. Eine solche zweite angeordnete Unterbrechung wird mit einem Pauschalbetrage von 80 h bezahlt.

9. Den Schaffnern, die mit Wochenausrüstungen beteilt sind, gebührt am Tage des Wochenabschlusses als Pauschalvergütung für die gesamte Abrechnung anstatt der sonst bewilligten 15 Minuten Dienstschlußzeit, eine volle Stunde, um welche die im Punkt 1 festgesetzte Höchstdienstdauer von elf Stunden überschritten werden darf.

Im Dampfbetrieb: 1. Die durch die Tageslohnquote vergütete Dienstdauer der Lokomotivführer und Heizer im Dienstbetriebe beträgt ausschließlich einer Mittagspause acht Stunden.

2. Die Lokomotivführer und Heizer und die zum gleichen Dienste verwendeten anderen Bediensteten können im Bedarfsfalle bis zu zwölf Stunden täglich ohne Einrechnung der Mittagspause beschäftigt werden, doch werden jene Dienstleistungen, welche die unter Punkt 1 festgesetzte Dienstdauer überschreiten, als Ueberstunden besonders vergütet.

3. Die den übrigen Dienstkategorien des elektrischen Betriebes bewilligten Zuwendungen in Bezug auf Dienstdauer, Pausen, Entlohnung, gelten auch für die gleichen Kategorien des Dampfbetriebes.

Arbeitszeiten im Bahnhofswerkstättendienste und im Kabelbureau.

In den Bahnhofswerkstätten: Für die Facharbeiter, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wird die tägliche reine Arbeitsdauer für die Tagschichten mit acht Stunden (ausschließlich einer nicht entlohnten zweistündigen Mittagspause) festgesetzt. Für die Nachtschichten beträgt die Arbeitsdauer acht Stunden einschließlich einer bezahlten Ruhepause von ½ Stunde, die nach Bedarf so verlegt werden kann, daß die längste zusammenhängende Arbeitsdauer fünf Stunden nicht überschreitet. Die Tagschichte kann zur Besetzung des Rüstwagen- und Bereitschaftsdienstes zur Leistung von zwei Ueberstunden herangezogen werden. Die Entlohnung für die volle Arbeitsschicht bleibt wie bisher. Die Hilfsarbeiterinnen erhalten statt der bisherigen Stundenentlohnung einen Taglohn, der gleich ist dem bisherigen neunfachen Stundenlohn.

Bei den Leitungsanlagen wird die tägliche Dienstzeit in den Monaten Februar bis einschließlich Oktober bei einer durchschnittlichen Arbeitsdauer von acht Stunden festgesetzt wie folgt: Montag und Freitag von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 1 Uhr 30 Minuten nachmittags bis 5 Uhr abends, an Samstagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr 30 Minuten mittags. In den Monaten

November, Dezember und Jänner dauert die Arbeitszeit täglich von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 1 Uhr 30 Minuten bis 4 Uhr 30 Minuten nachmittags. Nachtarbeiten bis zu vier Stunden werden mit Ueberstunden verrechnet, bei einer Dauer über vier Stunden aber als eine volle Schicht mit 50 Prozent Zuschlag vom Lohn. Nachtschichten über vier Stunden Dauer dürfen eine Tagesarbeitspartie nur dreimal in der Woche treffen und wird nach einer solchen Nachtschicht am folgenden Vormittag gegen Entfall des halben Lohnes nicht gearbeitet; Arbeiten am Nachmittag dieses auf die volle Nachtschicht folgenden Tages werden mit Ueberstunden verrechnet. Ein acht Stunden übersteigender Inspektionsdienst wird in Ueberstunden entlohnt. Nach Einschulung genügender Arbeitskräfte ist der Inspektionsdienst in drei Schichten einzuteilen.

In den Autowerkstätten wird bei einer täglichen durchschnittlichen Arbeitsdauer von acht Stuen die Dienstzeit Montag bis einschließlich Freitag von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 1 Uhr 30 Minuten bis 5 Uhr nachmittags, an Samstagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr 30 Minuten mittags festgesetzt. Für den Garagendienst gilt dieselbe Dienstdauer, Dienstzeit sowie Ueberstundenleistung, wie für die Bahnhofwerkstätten.

Bahnhofsbedienstete im Werkstättendienst sind in der Dienstzeit und Entlohnung den Hilfsarbeitern gleichzuhalten.

Tag- und Nachtwächtern werden acht Stunden tatsächlicher Dienstleistung ohne Pausen als volle Schicht angerechnet. Tag- und Nachtposten werden im dreischichtigen Dienst geleistet. Wo nur Tag- oder nur Nachtposten bestehen, werden im Bedarfsfalle Ueberstunden geleistet.

Stallwärter behalten die bisherige Diensteinteilung. Die tägliche Arbeitszeit wird mit acht Stunden (ohne Pausen gerechnet) festgesetzt. Im Bedarfsfalle nötige Mehrleistungen werden als Ueberstunden entlohnt.

Schwerfuhrwerkskutscher und Lastwagen-Chauffeure haben die tägliche Dienstdauer nach Bedarf einzuhalten, wobei Leistungen über acht Stunden als Ueberstunden vergütet werden. Mittagspause 1½ Stunden.

Kaleschkutscher und Personenauto-Chauffeure haben die tägliche Dienstdauer nach Bedarf einzuhalten; Leistungen über acht Stunden werden als Ueberstunden entlohnt, Mittagspause 1 Stunde; kann diese Pause nicht zwischen 11 und 2 Uhr eingehalten werden, wird sie mit einer Ueberstunde entlohnt.

Arbeitszeiten bei der Bahnerhaltung und bei Geleiseneubauten.

Für den Bahnaufsichtsdienst wird eine normale Schicht von acht Stunden bestimmt, und zwar von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags mit einer zweistündigen Mittagspause. Hiebei kann bis zur Erlangung eines genügenden Standes von geschulten Kräften, in welchem Zeitpunkte dann ein zweischichtiger Dienst mit Ueberstunden für jeden Bahnwächterposten einzurichten sein wird, der Früh- oder Nachtinspektionsdienst bis auf weiteres im Anschluß an die Tagschicht — der letztere mit einer halbstündigen Nachtmahlpause — jedoch höchstens fünfmal in der Woche besorgt werden.

Für den Bahnerhaltungs- und Bahnbaudienst wird eine Normalschicht von acht Stunden eingeführt, und zwar in der Tagschicht von 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends, enthaltend eine zweistündige Mittagspause und in der Nachtschicht von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh, enthaltend eine halbstündige Ruhepause. Im Bedarfsfalle kann sowohl bei der Tagschicht als auch bei der Nachtschicht eine Leistung von zwei Ueberstunden angeschlossen werden. Die Heranziehung zu Nachtschichten ist höchstens zweimal wöchentlich statthaft und muß jeder Nachtschicht eine unbezahlte Ruhezeit im Ausmaße einer Tagschicht folgen.

Arbeitszeiten beim Hochbau und in den dazugehörigen Werkstätten.

Die Arbeitszeit dauert in der Woche 48 Stunden, und zwar an Werktagen von Montag bis einschließlich Freitag von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, einschließlich einer viertelstündigen Pause und von 1 Uhr mittags bis 5 Uhr 45 Minuten, an Samstagen von 7 Uhr früh bis 12 Uhr 45 Minuten mit einer viertelstündigen Pause. Nach Bedarf ist ein Inspektionsdienst durch eine kleine Arbeitspartie — auch an Sonntagen — zu leisten und werden dabei notwendige Mehrleistungen über die normale Schicht hinaus mit Ueberstunden entlohnt. Die vorgesehene eine Gehstunde wird auch für Nachtarbeiten gewährt.

Arbeitszeiten für alle übrigen Bediensteten und Arbeiter.

Die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit wird ohne Pausen mit acht Stunden, beziehungsweise in der Woche mit 48 Stunden festgesetzt und an diese die Gebühr des freien Tages in dem besonders festgesetzten Bezugsausmaße gebunden. Beginn und Ende der Arbeitszeit, Pausen ꝛc. werden hienach von der Direktion bestimmt. Im Bedarfsfalle können bis zu drei Stunden täglich über die Dienstschicht gegen besondere Vergütung verlangt werden. Den in der Abendschicht stehenden Weichenwärtern wird am Dienstschluß die Fahrzeit von ihrem Dienstorte bis zum Heimatsbahnhof in die Dienstzeit eingerechnet.

Arbeitszeiten für Unterbeamte.

Die Dienstleistung aller Unterbeamten ohne Unterschied wird mit durchschnittlich acht Stunden ohne Pausen festgesetzt, nur bei Nachtschichten, die vollständig über die Zeit von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr früh hinübergreifen, ist in die achtstündige Dienstzeit eine halbstündige Pause einzurechnen. Im Bedarfsfalle sind die Unterbeamten verpflichtet, bis zu drei Ueberstunden täglich Dienst zu leisten, die Werkstätten-Unterbeamten im Nachtschichtdienst aber nur eine Stunde. In einzelnen Dienstgruppen, wo die Einstellung geeigneter, geschulter Unterbeamten derzeit Schwierigkeiten macht, können die Unterbeamten im Bedarfsfalle in der Uebergangszeit auch zu mehr als drei Ueberstunden Dienst herangezogen werden.

Die Unterbeamten im Bureau für Leitungsanlagen und beim Hochbau dürfen in jeder Woche nur zu höchstens drei Nachtschichten herangezogen werden; nach einer vollen Nachtschicht wird ihnen der darauffolgende Vormittag ohne Lohn- und Gehaltsabzug freigegeben.

Die Unterbeamten der Bauleitung dürfen in jeder Woche nur zu höchstens zwei vollen Nachtschichten herangezogen werden und wird ihnen nach einer solchen der darauffolgende Vormittag ohne Lohn- oder Gehaltsabzug freigegeben.

Vor dem an den Tagdienst anschließenden Nachtinspektionsdienst ist den Unterbeamten der Bauleitung eine unbezahlte Ruhepause von mindestens einer Stunde zu gewähren.

Entlohnung der Ueberstunden.

Für die gemäß vorstehenden Bestimmungen, beziehungsweise im Bedarfsfalle geleisteten Ueberstunden wird vergütet beim Fahrdienste:

im Schaffner- oder Heizerdienst 1 K 50 h,
im Fahrer- oder Lokomotivführerdienst 1 K 80 h.

Fahrer und Lokomotivführer erhalten in anderen Diensten, ausgenommen den Schaffnerdienst, gleichfalls 1 K 80 h für die Ueberstunde; Schaffnern wird in anderen Diensten, ausgenommen im Fahrerdienst, einheitlich 1 K 50 h für die Ueberstunde vergütet.

Einzelfahrten werden in Ueberstunden entlohnt und gelten hiefür die nachfolgenden Vergütungen pro Stunde im Schaffnerdienst bei Tag 1 K 50 h, bei Nacht 1 K 80 h, im Fahrerdienst bei Tag 1 K 80, bei Nacht 2 K 10 h.

Unter Nachtzeit ist die Zeit zwischen Betriebsschluß und Betriebsbeginn zu verstehen; sie beginnt jedoch nicht vor 12 Uhr nachts und endet nicht später als 5 Uhr früh. Eine Einzelfahrt wird mindestens mit einer Stunde verrechnet.

Bahnhofswerkstätten, Autowerkstätte und Hochbau: Facharbeiter bei Tag mit 1 K 80 h pro Stunde, bei Nacht mit 2 K 20 h pro Stunde, Hilfsarbeiter bei Tag mit 1 K 50 h pro Stunde, Hilfsarbeiter bei Nacht 1 K 80 h pro Stunde, Tag- und Nachwächtern werden die Ueberstunden wie Hilfsarbeitern, jedoch ohne Nachtzulagen entlohnt.

Bureau für Leitungsanlagen: Facharbeiter bei Tag 2 K, bei Nacht 2 K 30 h,

Hilfsarbeiter wie bei den Bahnhofswerkstätten. (Partieführer, die nicht zu Monteuren ernannt sind, erhalten für den Tag der Dienstleistung 60 h Zulage.)

Weichenwächter, Kuppler, Bahnhofs- und Stallbedienstete und Magazinsdiener erhalten für jede Ueberstunde bei Tag oder Nacht 1 K 50 h. (Die Zulage der Weichenwärter wird auf 40 h erhöht.)

Kutscher und Chauffeure erhalten für jede Ueberstunde 1 K 80 h bei Tag und Nacht.

Bahnerhaltung und Gleisneubauten: Ueberstunden im Inspektionsdienst in der Zeit von 12 Uhr Mitternacht bis 5 Uhr früh und beim Bahnbau im Anschluß an Nachtarbeiten von 5 bis 7 Uhr früh werden einheitlich mit 1 K 80 h pro Stunde, alle sonstigen Ueberstunden außerhalb der schichtmäßigen Verrechnung mit 1 K 50 h vergütet. Eine Nachtschicht wird den Bahnwächtern, Zeugwärtern und § 8-Taglöhnern einschließlich des Kriegszulagenanteiles einheitlich mit 19 K vergütet. Am darauffolgenden Ruhetag entfällt für die ständigen und definitiven Bediensten als Lohn und Kriegszulagenanteil ein Pauschalbetrag von 7 K, bei den § 8-Angestellten der Lohn und vom Kriegszulagenanteil ein Pauschalbetrag von 2 K. Für Streckenaufseher und Vorarbeiter werden die Ueberstunden bei Tag mit 1 K 80 h, bei Nacht mit 2 K 20 h (in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh) bemessen.

Kanzleidiener werden mit 1 K 50 h, die Laufburschen mit 1 K entlohnt.

Ueberstunden für Beamte, Beamtinnen und Unterbeamte: Auf die Dauer der Giltigkeit dieses Beschlusses wird die mit Stadtrats-Beschluß vom 25. Juli 1918, P Z. 7548, festgesetzte Ueberstundenentlohnung der Unterbeamten, Beamtinnen und Beamten um ein Drittel erhöht.

Funktionszulagen der Unterbeamten.

Die bisherigen Funktionszulagen der Unterbeamten, sowie Zulagen von Angestellten, die an eine bestimmte Arbeitsdauer gebunden waren, gelten auch für die durch diesen Beschluß herabgesetzte Arbeitszeit auf die Dauer dieser Einführung.

Wirksamkeit der neuen Bestimmungen.

Diese Beschlüsse treten bezüglich der Verrechnung mit 3. Februar 1919 in Kraft und sind bezüglich der tatsächlichen Herabsetzung der Arbeitszeit raschestens durchzuführen; soferne durch sie in den bisher geltenden Bestimmungen keine Aenderung eingetreten ist, bleiben letztere in Kraft.

Mit Rücksicht darauf, daß für die Arbeiter der Hauptwerkstätte die 48stündige Arbeitswoche seit 9. Jänner 1919 eingeführt ist, wird allen jenen übrigen Angestellten, für die eine gekürzte Arbeitszeit mit diesem Beschluß erst jetzt eingeführt wird, als Entgelt für die in dieser Zeit bisher geleistete längere tägliche Arbeitszeit ein Urlaub von drei bezahlten freien Tagen bewilligt, welcher nach Zulässigkeit des Dienstes zu halten ist; dieses Urlaubsausmaß wird bei Kranken und Beurlaubten für jede volle Woche um einen Tag gekürzt.

Bekämpfung der Arbeitsnot durch die Gemeinde.

Mit dem Berichte vom 20. Jänner 1919 hat die Stadtbauamts-Direktion eine vorläufige Zusammenstellung von öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot vorgelegt. In der Stadtrats-Sitzung vom 28. Jänner wurde über Antrag des Herrn Bürgermeisters beschlossen, ein siebengliedriges Stadtrats-Komitee einzusetzen, das unter Zuziehung des Stadtbau-Direktors und der Magistrats-Referenten diese Zusammenstellung zu überprüfen und sodann an den Stadtrat zu berichten habe.

Dieses Komitee ist zusammengetreten und hat am 31. Jänner unter dem Vorsitze des VB. Neumann die Zusammenstellung einer eingehenden Beratung unterzogen. Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, so rasch als möglich mit solchen Arbeiten zu beginnen, die dem gesamten Baugewerbe Beschäftigung bieten. Aus der vorläufigen Zusammenstellung wurde zuerst der Neubau der Wohnhausgruppe für Bedienstete der Straßenbahnen am äußeren Döblinger Gürtel und der Bau des Wasserbehälters und Hebewerkes in der Krapfenwaldgasse als noch nicht unbedingt erforderlich vorläufig ausgeschieden und auch der Neubau des städtischen Museums bis zur Entscheidung, ob dieser Bau überhaupt zur Durchführung gelangen wird, rückgestellt. Statt des geplanten Baues eines Wirtschaftsgebäudes für die Kinderheimstätte am Laaerberg wurde die Errichtung einer Fürsorgestelle in der Wurmsergasse im 15. Bezirke aufgenommen. Die vorgeschlagenen Tiefbauten und Erdarbeiten wurden unverändert belassen, doch sollen die Erdarbeiten für den Heldenhain, die Höhenstraße und die Gürtelstraße nur im Falle dringendsten Arbeitsbedarfes ausgeführt werden.

Von den im fremden Wirkungskreise, und zwar durch den Landes-Ausschuß auszuführenden Arbeiten erscheint in der neuen Zusammenstellung nur der Bau des Liesingsammelkanales, und zwar mit jenem Kostenbetrage ausgewiesen, den die Gemeinde als Beitrag zu leisten haben wird. Bezüglich der Durchführung der Liesingbach- und Schwarza-Regulierung ist nach dem von

Stadtrate gefaßten Beschlusse die Landesregierung zu ersuchen, diese Arbeiten baldmöglichst in Angriff zu nehmen.

Das Komitee hat auch bereits eine Reihung der Arbeiten nach ihrer Dringlichkeit und Durchführungsmöglichkeit sowohl bei den Hochbauten, als auch bei den Tiefbauten und Erdarbeiten vorgenommen. Selbstverständlich wird aber eine strenge Einhaltung dieser Reihung nicht möglich sein, da die Durchführung der Arbeiten von zuvielen Umständen, insbesondere von der Lieferung der Baustoffe abhängt.

Nach der Zusammenstellung wird für die Hochbauten ein Kostenaufwand von 44,200.000 K, für die Tiefbauten ein solcher von 11,090.000 K und für die Erdarbeiten ein Betrag von 3,400.000 K erforderlich sein, so daß die im Gesamten veranschlagte Summe sich auf 58,690.000 K belaufen wird. Von diesem Betrage sind 5,000.000 K durch das Kuratorium des Kriegerheimstättenfonds in Aspern gedeckt. Die verbleibenden 53,690.000 K sind nach der Aeußerung der Stadtbuchhaltung zu bedecken wie folgt: aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1908: 4,200.000; aus jenem vom Jahre 1914: 24,730.000 K; aus dem Anlehen vom Jahre 1918: 19,670.000 K; aus den Betriebsmitteln der städtischen Gaswerke: 1,090.000 K und aus der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen: 4,000.000 K.

Bei diesen Bauten werden rund 10.420 Arbeiter Beschäftigung finden können, und zwar werden beiläufig 4840 gelernte Arbeiter und 5580 ungelernte Arbeiter nötig sein. Die Voraussetzung für die Durchführung der Hoch- und Tiefbauten ist aber wie schon erwähnt die Beschaffung der erforderlichen Baustoffe. Es werden nämlich rund 28.600.000 Ziegel, 5900 Waggons Zement und ziemlich bedeutende Mengen von Werkstein, Eisen, Holz, Glas, Leinöl u. dgl. benötigt werden. Die Gemeinde Wien hat zwar bereits bei der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft einen Schluß auf 12,000.000 Ziegel gemacht und mit der Perlmooser Zementfabriks-A.-G. einen Vertrag auf Lieferung bis 50.000 q Zement halbjährlich abgeschlossen. Von den Ziegeln wurden auch bereits rund 1,000.000 bezogen.

All dies würde aber nicht hinreichen, um eine Bautätigkeit im großen Stile herbeiführen zu können. Es müßte also die Gemeinde daher jedenfalls von der Regierung bei dem Bezuge von Baustoffen unterstützt, beziehungsweise seitens der Regierung dahin gewirkt werden, daß die Erzeugung der erforderlichen Baustoffe im nötigen Umfange erfolgt.

Außer dieser Vorlage ist aber noch eine Zusammenstellung über noch in diesem und im nächsten Verwaltungsjahre auszuführende Straßenpflasterungen und Straßenherstellungen, sowie Kanalbauten in Ausarbeitung begriffen. Der Aufwand für die unbedingt nötigen Pflasterungen und Straßenherstellungen wird sich auf rund 17,400.000 K, der für Kanalbauten — nebst dem für solche Arbeiten bereits in der vorliegenden Zusammenstellung eingestellten Betrag — auf 5,300.000 K belaufen.

Es muß aber jetzt schon betont werden, daß es sich, soweit Pflasterungen in Betracht kommen, vorwiegend nur um Straßeninstandsetzungen handeln kann, da die unbedingt erforderlichen Steinmengen trotz aller Bemühungen nicht beschafft werden können. Es stehen vorläufig nur 1,500.000 Pflastersteine zur Verfügung, eine Menge, die natürlich viel zu gering ist, um Pflasterungen im großen Ausmaße durchzuführen. Außerdem ist es auch den Straßenbahnen, die ja bei ihren Gleisauswechslungen den übrigen Straßeninstandsetzungen vorangehen müssen, nicht möglich gewesen, das nötige Schienenmaterial zu erhalten, da bisher für einen Bedarf von 30 km erst rund 20 km durch Schlüsse gedeckt werden konnten. Es wird sonach mit den Straßenarbeiten im großen Umfange erst nach Beschaffung der nötigen Erfordernisse, somit erst in späterer Zeit begonnen werden können.

Dem vom Stadtrate in der Sitzung vom 28. Jänner 1919 gefaßten Beschlusse, das Staatsamt für Heerwesen zu ersuchen, die Zuschüttung der Gräben des Befestigungsgürtels um Wien, soweit dies noch nicht geschehen ist, in Angriff zu nehmen, wurde bereits durch eine Zuschrift an das Staatsamt für Heerwesen entsprochen.

Bezüglich der anderen Anträge: Errichtung einer Schiffswerfte, Hebung des Donauverkehres und Regulierung der Donau auf der Floridsdorfer Seite, wird gesondert berichtet werden.

Nachstehend folgt die Zusammenstellung der in nächster Zeit auszuführenden Arbeiten:

Hochbauten.

Erhaltungsarbeiten an den städtischen Gebäuden in sämtlichen Bezirken, Kosten 5,000.000 K, vorwiegend Baumeister-, Anstreicher-, Dachdecker- und Malerarbeiten, 1000 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr für 300 Häuser;

Versorgungsheim, Bau des Pavillons II, im 13. Bezirke, Kosten 3,500.000 K, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 300 Arbeiter, Arbeitsdauer 1½ Jahre;

Bau von 143 Kriegswohnhäusern im 15. Bezirke, Kosten 10,000.000 K, Erd-, Baumeister-, Betonsteinarbeiten und sämtliche Professionistenarbeiten, 3000 Arbeiter, Arbeitsdauer 6 Monate;

Kriegerheimstätten in Aspern im 21. Bezirke, Kosten 7,000.000 K, Erd-, Baumeister-, Kanalisations-, Wasserleitungs- und sämtliche Professionistenarbeiten, 600 Arbeiter, Arbeitsdauer über 2 Jahre;

Neubau Ybbsstraße, Kindergarten im 2. Bezirke, Kosten 500.000 K, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 6 Monate;

Tuberkulosenheimstätte beim Inbiläumsspital im 13. Bezirke, Kosten 3,000.000 K, Erd- Baumeister- Betonstein- und sämtliche Professionistenarbeiten, 400 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Wohnhausgruppe für Bedienstete der Straßenbahnen in der Fenzigasse im 13. Bezirke, Kosten 2,000.000 K, Erd-, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 300 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Wohnhausgruppe für Bedienstete der Straßenbahnen an der Erdbergerlände im 3. Bezirke, Kosten 2,000.000 K, Erd-, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 300 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Erweiterungsbau der Wagenhalle Simmering der städtischen Straßenbahn (Holzhalle), Kosten 600.000 K, Erd-, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer ½ Jahr;

Abwasserhebewerk Stadlau (vorläufig Herstellung des Unterbaues) im 21. Bezirke, Kosten 1,000.000 K, Erdarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer ¾ Jahre;

Schulneubau, Malborghetgasse im 10. Bezirke, Kosten 1,400.000 K, Erd-, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 250 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Schulneubau, Kopalgasse im 11. Bezirke, Kosten 1,000.000 K, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Friedrich Kaiser-Gasse, Zubau zum Volksbad, im 16. Bezirke, Kosten 700.000 K, Baumeister-, Installationsarbeiten, Maschinisten- und sämtliche Professionistenarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Kühlanlage Großmarkthalle, Vergrößerung der Kühlanlage und Erweiterung der maschinellen Einrichtung, im 3. Bezirke. Kosten 900.000 K, Baumeister- und Maschinenarbeiten, 50 Arbeiter, Arbeitsdauer $^1/_2$ Jahr;

Fürsorgestelle mit Durchzugsheim, Wurmsergasse, im 15. Bezirke, Kosten 400.000 K, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 8 Monate;

Neues Rathaus, südliches Kesselhaus, Umbau, im 1. Bezirk, Kosten 400.000 K, Erd- und Baumeisterarbeiten, Kessel- und Maschinenlieferung, 60 Arbeiter, Arbeitsdauer 6 Monate;

Schlachthaus St. Marx, neue Stallanlagen für 800 Rinder, Umgestaltungen für eine Kälber- und Schafschlachthalle, Neueinrichtung der Düngerabfuhr, im 3. Bezirke, Kosten 3,000.000 K, sämtliche Professionistenarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Pferdeschlachthaus und Düngerhaus, gesamte Instandsetzung, im 10. Bezirke, Kosten 300.000 K, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 70 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

Pilgerimgasse, Schulbau, im 15. Bezirke, Kosten 1,500.000 K, Baumeister- und sämtliche Professionistenarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer $1^1/_2$ Jahre.

Tiefbauten.

Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanal im verbauten Gebiete von Kaiser-Ebersdorf, 1400 m lang, im 11. Bezirke, Kosten 1,000.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer $^3/_4$ Jahre;

II. Sammelkanal Bauslos III, im 21. Bezirke, Kosten 2,400.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 200 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

II. Sammelkanal Baulos IV, im 21. Bezirke, Kosten 2,200.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 200 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

II. Sammelkanal Baulos V, im 21. Bezirke, Kosten 2,600.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 200 Arbeiter, Arbeitsdauer 1 Jahr;

II. Sammelkanal Baulos VI, im 21. Bezirke, Kosten 700.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 200 Arbeiter, Arbeitsdauer $^1/_2$ Jahr;

Rohrlegungen im 13. Bezirke, Kosten 90.000 K, Erd- und Rohrlegungsarbeiten, 80 Arbeiter, Arbeitsdauer 4 Wochen;

Wasserleitungsrohrlegung rund fünf Kilometer im 10., 11., 13. und 19. Bezirke, Kosten 900.000 K, Erd- und Rohrlegungsarbeiten, 400 Arbeiter, Arbeitsdauer 8 Monate;

Gaswerk Leopoldau Reinigeranlage, Fundierungsarbeiten im 21. Bezirke, Kosten 450.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 100 Arbeiter;

Kanalisierung für die Kolonie der Eisenbahner in Groß-Jedlersdorf im 21. Bezirke, Kosten 350.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer $^1/_2$ Jahr.

Aus fremdem Wirkungskreis (durch den Landes-Ausschuß) Liesingsammelkanal zirka 50 Kilometer, außerhalb Wiens, Kostenbeitrag der Gemeinde Wien 400.000 K, Erd- und Betonarbeiten, 400 Arbeiter, Arbeitsdauer 3 Jahre.

Erdarbeiten.

Abgrabung der Kundratstraße im 10. Bezirke, Kosten 600.000 K, 30.000 m³ Erdarbeiten, 200 Arbeiter, Arbeitsdauer 6 Monate;

Schlackenverführung im städtischen Gaswerke Simmering, im 11. Bezirke, Kosten 550.000 K, 200 Arbeiter, Arbeitsdauer 4 Monate;

Abgrabung beim technischen Museum im 13. Bezirke Kosten 250.000 K, 19.000 m³ Erdarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 6 Monate;

Abgrabung des Buckelackers, im 13. Bezirke, Kosten 120.000 K, 8000 m³ Erdarbeiten, 60 Arbeiter, Arbeitsdauer 4 Monate;

Südwestfriedhof 1 Rate, im 12. Bezirke, Kosten 500.000 K, 50.000 m³ Erdarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 8 Monate;

Höhenstraße (Teil) im 18. Bezirke, Kosten 480.000 K, 20.000 m³ Erdarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 6 Monate;

Heldenhain im 16. Bezirke, Kosten 200.000 K, 25.000 m³ Erdarbeiten, 100 Arbeiter, Arbeitsdauer 4 Monate;

Abgrabung der Gürtelstraße von der Ostbahn bis zur Triesterstraße im 10. Bezirke, Kosten 700.000 K, 75.000 m³ Erdarbeiten, 150 Arbeiter, Arbeitsdauer 10 Monate.

Gemeindevermittlungsämter.

Simmering. Verhandlungstag: 26. Februar.

Baubewegung

vom 8. Februar bis 11. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

1. Bezirk: Stephansplatz 8, von Ludwig Riedl, Bauführer Hugo Schuster (291).
2. Bezirk: Prater, Hütte Nr. 108, von Christine Kowarovic (295).
7. Bezirk: Ziegelergasse 36, von Anton Koukil, 16., Enenkelstraße 3, Bauführer C. Hofmann (288).
" " Schottenfeldgasse 27, von der Allgem. österr. Schuh-Aktiengesellschaft, 7., Apollogasse 6, Bauführer M. Eigner (290).
" " Mariahilferstraße 88 a, von Melanie Zack, Bauführer Fr. Anderle (293).
" " Kaiserstraße 30, von Ernst Hochmuth, 18., Pötzleinsdorferstraße 20, Bauführer Archit kt J. Bayer (300).
16. Bezirk: Habergasse 31, von M. M. Krausz & Bruder, ebenda, Bauführer Arnold Barber (19).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

27. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Nyitrai Samuel — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Passauerplatz 7.

Rieger Gustav — Handel mit Haus- und Küchengeräten, Galanterie-, Spiel-, Kurz- und Papierwaren — 1., Stadiongasse 7.

Wellisch Moritz — Handel mit elektrischen Artikeln — 1., Trattnerhof 1.

Kreitner Leopold — Kunsthandel — 1., Konkordiaplatz 4.

Kurtz Josef — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Franz Josefs-Kai 39.

Friedl Berthold — Wäschewaren-Erzeugung — 1., Köllnerhofgasse 3.

Guttmann Ludwig — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Morzinplatz 6.

Makowsky Rudolf — Handelsagentur — 18., Gentzgasse 134.

Stejskal Wenzel — Drechslergewerbe — 16., Herklotzgasse 19.

Janovsky Franz — Kleidermachergewerbe — 16., Heigerleinstraße 15.

Singer Lotti — Gastwirtsgewerbe — 9., Elisabethpromenade 13.

Bondy Emma — Kleidermachergewerbe — 1., Krugerstraße 3.

Vicek Marie — Hühneraugenschneidergewerbe — 19., Klostergasse 11.

Fallafns Ida — Damenkleidermachergewerbe — 18., Dempschergasse 4.

Wimmer Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 11., Dorfgasse 78.

Wertheimer Geza — Porträt-Photographengewerbe — 1., Köllnerhofgasse 9.

Fränkel Rosalia — Handel mit neuen Möbeln — 3., Seidlgasse 37.

Heinisch Pauline — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — 3., Karl Borromäusplatz 1.

Dischendorfer Emilie — Naturblumenbindergewerbe — 3., Fasangasse 3.

Englisch Wilhelmine — Fortbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 534 nach dem verstorbenen Gatten Jakob Englisch — 1., Führichgasse—Lobkowitzplatz.

Dorn Anna — Pachtbetrieb der dem Josef Ertl gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 368 — 1., Walfischgasse—Kärntnerstraße.

* * *

28. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Chaimowicz & Kreisler, Offene Handels-Gesellschaft — Fabriksmäßiger Betrieb einer mechanischen Weberei — 1., Weidertorgasse 12.

Leinberger & Komp. — Erzeugung und Vertrieb von Bereifungen jeglicher Art — 5., St. Johann-Gasse 12.

Sigmund Pollak & Bruder, Offene Handels-Gesellschaft — Fabriksmäßige Erzeugung von Damen-, Stroh- und Filzhüten — 7., Mariahilferstraße 58.

Rosenzweig Emil — Handel mit Garnen und Seidenwaren — 7., Burggasse 110.

Suchanek Gustav — Friseur-, Raseur- und Perückenmachergewerbe — 7., Lerchenfelderstraße 91/93.

Weiß Erwin — Handel mit Schuhen, Leder-, Galanterie- und Kurzwaren — 7., Burggasse 25.

Schwarzenberger Josef — Zier- und Handelsgärtner — 13., Neißlergasse 279.

Gleich Max recte Markus — Kaffeesiedergewerbe — 2., Franzensbrückenstraße 19.

Lindner Paul — Handel mit optischen, photographischen und elektrotechnischen Gegenständen — 2., Ausstellungsstraße 9.

Schächter Josef — Gemischtwarenhandel — 6., Mariahilferstraße 49.

Trefny Anton — Holzhandel — 19., Lißbauergasse 12.

Mörtl Franz — Photographengewerbe mit Ausschluß der Porträtphotographie — 13., Linzerstraße 358 a.

Pisinger Eduard — Gärtnerei — 18., Leitermayergasse 54.

Adam Julius — Handel mit allen in das Hafner- und Ofensetzergewerbe einschlägigen Artikeln — 18., Währingerstraße 107.

Komenda Eduard — Handel mit Brennmaterialien — 18., Schopenhauerstraße 69.

Polster Reinhold Viktor — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — 16., Veronikagasse 5.

Silje Alexander — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Staudgasse 85.

Schönfeld Ignaz — Handel mit Wurst-, Selchwaren und Lebensmitteln im Großen — 2., Darwingasse 35.

Hermannoff Rubin Leibo — Kommissionswarenhandel im Großen — 1., Franz Josefs-Kai 7/9.

Hermannoff Rubin Leibo — Handelsagentur — 1., Franz Josefs-Kai 7/9.

Hermannoff Rubin Leibo — Gemischtwarenhandel im Großen, mit Ausnahme von Lebensmitteln — 1., Franz Josefs-Kai 7/9.

Fischer Marie — Lebens- und Genußmittelhandel — 14., Mariahilferstraße 221.

Brix Rosa — Damenkleidermachergewerbe — 14., Arnsteingasse 15.

Kornfein Anna — Trödler-Konzession — 1., Rupprechtsplatz 1.

Schmidtschläger Anna — Tanzschul-Konzession — 7., Mariahilferstraße 8.

Zeus Theresia — Kaffeeschank-Konzession — 7., Burggasse 103a.

Klein Josefine — Wäscher- und Wäscheputzergewerbe — 3., Baumanngasse 17.

Gönner Antonie — Wäsch putzergewerbe — 3., Hohlweggasse 40.

Kirschner Anna — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Obermüllnerstraße 5.

Axelrad Deborah — Lederausschneiderei — 17., Leopold Ernst-Gasse 14.

* * *

30 Dezember 1918

Gewerbe-Unternehmungen.

C. Warbanek, offene Handelsgesellschaft — Konservierung von Fischen — 4., Prinz Eugen-Straße 2.

Kubinski & Roth — Handel mit Textilwaren — 1., Gonzagagasse 11.

Hellmer & Heilsom, offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel — 12., Schönnbrunerstraße 264.

Ebert Albert, Alleininhaber der Firma Klederlinger Oel und Vaselinfabrik Alfred Ebert — Zweigniederlassung der in Klederling betriebenen fabriksmäßigen Erzeugung von technischen Oelen, Fetten und Produkten — 1., Bartensteingasse 3.

Einkaufs-Zentrale österr. Zeitungen Ges. m. b. H. — Handel mit allen zur Herstellung von Zeitungen erforderlichen Gegenständen — 1., Rotenturmstraße 12.

Schreiber Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 4., Schönburgstraße 31.

Wolf Josef — Friseur- und Raseurgewerbe — 12., Niederhofstraße 18.

Beith Paul — Buchbindergewerbe — 12., Hofbauergasse 1.

Fitz Hans — Verkauf von Giften von zur arzneilichen Verwendung bestimmten Stoffen und Präparaten — 12., Schönbrunnerstraße 283.

Prattengeyer Lorenz — Gastwirtsgewerbe — 12., Schönbrunnerstraße 45.

Hager Franz — Gemischtwarenhandel im Großen unter Ausschluß von Lebensmitteln — 12., Hetzendorferstraße 131.

Kubicek Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Malkattigasse 3.

Winter Franz — Musikergewerbe — 12., Sechtergasse 12.

Heigl Andreas — Pferdehandel — 12., Rauchgasse 24.

Hagen Josef — Hühneraugenschneiden — 12., Erlgasse 26.

Sora Robert — Reparatur für sämtliche Gummiwaren — 12., Grünbergstraße 9.

Baron Wilhelm — Handel mit Lebensmitteln — 12., Albrechtsbergergasse 32.

Briefer Johann — Handel mit Lebensmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 12., Oswaldgasse 24.

Urban Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Krichbaumgasse 13.

Praschl Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Pohlgasse 13.

Jellinek Jakob — Musikergewerbe — 12., Rotenmühlgasse 56.

Gebhardt Hans — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — 12., Oswaldgasse 1.

Polierer Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 15., Löhrgasse 7.

Ruß Jonaz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 15., Zinckgasse 21.

Strohmeier Josef — Erzeugung von Streichkäse — 15., Chrobakgasse 7.

Liebmann Moses — Wäschewaren-Erzeugung — 15., Schweglerstraße 46.

Fekete Michael — Kleidermachergewerbe — 2., Klanggasse 3.

Wanecek Karoline — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen, Fruchtsäften und Marmelade — 12., Marschallplatz 2.

Dettenveitz Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Albrechtsbergergasse 28.

Pokora Karoline — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen und Fruchtsäften — 12., Steinbauergasse 10.

Offner Aloisia — Holzhandel — 12., Roesnergasse 1.

Huberth Theresia — Kleinfuhrwerksgewerbe — 12., Biedermanngasse 2.

Schöfbeck Paula — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle und Uebernahme zum chemischen Putzen — 12., Ratschkygasse 13.

Stotko Sophie — Gastwirtsgewerbe — 15., Markgraf Rüdiger-Straße 1.

Weinzettel Adalheid — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 15., Markgraf Rüdiger-Straße 15.

Pulker Natalia — Wanderhandel mit Naturblumen, Gemüse und Obst — 2., Sterneckplatz 21.

Neumann Anna — Modistengewerbe — 2., Glockengasse 8.

Sperlich Kamilla — Lebensmittel- und Konsumwaren-Handel und Verschleiß von Flaschenbier — 16., Hasnerstraße 119.

31. Dezember 1918.

Gewerbe-Unternehmungen.

Kostner & Komp., offene Handels-Gesellschaft — Handel mit Maschinen, deren Bestandteilen und einschlägigen Bedarfsartikeln — 9., Porzellangasse 19.

Kornele & Bettelheim — Handel mit Parfümerie- und Toilettewaren im Großen — 8., Lerchenfelderstraße 54.

Brüder Eibuschitz, offene Handels-Gesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen — 4., Schleifmühlgasse 11.

Brüder Eibuschitz, offene Handels-Gesellschaft — Handelsagentur — 4., Schleifmühlgasse 11.

„Domina", Vertrieb von Industrie- und Handelswaren, Ges. m. b. H. — Erzeugung von Fruchtsäften auf kaltem Wege — 8., Pfeilgasse 23.

„Ceka", Gesellschaft für chemische Produkte m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung chemischer Produkte und Handel mit solchen — 10., Fernkorngasse 99.

Feiler Gottfried — Handelsagentie — 2., Vereinsgasse 3.

Schwan Johann — Wäscheputzerei und Halten einer elektrisch betriebenen Wäscherolle — 2., Schüttelstraße 71.

Porjes Oskar — Gemischtwarenhandel — 2., Franzensbrückenstraße 16.

Wildfeuer Gittel Scheindel — Handel mit Lebensmitteln — 2., Vereinsgasse 9.

Schnitzer false Jakob Turteltaub — Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Flaschenbier und Brennholz — 2., Stuwerstraße 33.

Ruschowy Konrad — Handel mit Eisenwaren, Haus- und Küchengeräten — 2., Kronprinz Rudolf-Straße 5.

Benischek Emil — Verschleiß von Viktualien, Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften — 10., Inzersdorferstraße 59.

Wahl Markus — Handel mit Papier, Galanterie, Kurz- und Spielwaren — 2., Schönngasse 13.

Tauber Johann — Gastwirtsgewerbe — 2., Praterstraße 40.

Benisek Alois — Verschleiß von Viktualien, Kanditen, Zuckerbäckerwaren und Fruchtsäften — 10., Hasengasse 28.

Szabo Stephan — Musikergewerbe — 3., Rennweg 64.

Rapf Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Göllnergasse 29.

Vogel Josef — Gastwirtsgewerbe — 6., Gumpendorferstraße 101.

Fyla Gustav — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Laaerstraße 8.

Cermak Anton — Mechanikergewerbe — 8., Pfeilgasse 51.

Fleischmann David — Handel mit Textil-, Nürnberger, Eisen-, Leder- und Kurzwaren — 8., Lederergasse 5.

Odocker Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 8., Laudongasse 33.

Hübl Leopold — Gemischtwarenhandel — 14., Dreihausgasse 30.

Klrich Alois — Kleidermachergewerbe — 14., Kardinal Rauscher-Platz 4.

Ruhl Hans — Ein- und Verkauf von Rohölgruben und Brutto- und Nettoprozenten von solchen — 1., Kohlmarkt 12.

Heller Hugo — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausnahme von Lebensmitteln — 1., Gonzagagasse 11,

Hartmann Marie — Viktualienhandel — 10., Leebgasse 60.

Zeiler Katharina — Selchwaren-Verschleiß — 3., Großmarkthalle, Stand 22.

Schablegger Hermine — Handel mit Viktualien, Bäckereien und Kanditen sowie Flaschenbier und Wein — 3., Rudolfsgasse 14.

Friedmann Ludmilla — Kaffeeschank-Konzession — 6., Mariahilferstraße 105.

Neuwirth Laura — Verschleiß von Heiligenbildern, Gebet- und Schulbüchern — 10., Leibnitzgasse 11.

Erler Marie — Damenkleidermachergewerbe — 8., Laudongasse 58.

Hrncek Katharina — Handel mit Zuckerwaren und Fruchtsäften — 8., Albertgasse 5.

Aigenseder Elisabeth — Handel mit Zuckerwaren, Gefrornem, Fruchtsäften — 8., Langegasse 52.

Balasch Gisela — Warenhandel — 8., Skodagasse 23.

Hasenzagl Wilhelmine — Marktviktualienhandel — 14., Markt Schwendergasse.

Kremser Hermine — Kaffesieder-Konzession — 18., Kutschkergasse 1.

Kumbalek Marie — Handel mit Zuckerwaren und Kanditen — 8., Stolzenthalergasse 24.

Hochenadl Olga — Hand- und Schönheitspflege — 8., Blindengasse 25.

* * *

2. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Prot. Firma Paul Tauer's Söhne, Offene Handelsgesellschaft — Fabriksmäßige Gürtlerei und Metall- und Silberwaren-Erzeugung — 7., Ziegler-gasse 32.

Grimeisen Johann (Alleininhaber der Firma Grimeisen & Komp.) — Kommissionswarenhandel — 19., Nedergasse 14.

Grimeisen Johann (Alleininhaber der Firma Grimeisen & Komp.) — Warenhandel im Großen — 19., Nedergasse 14.

Tauscher Rudolf — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 4., Karolinengasse 31.

Prean Alois — Handel mit Sportbekleidungsgegenständen und einschlägigen Bedarfsartikeln — 9., Nordbergstraße 6.

Penizek Alois — Damenkleidermachergewerbe — 9., Hahngasse 12.

Gersou vulgo Sonnenschein Jean — Geflügelhandel — 9., Hahngasse 30.

Wawra Josef — Fragnergewerbe — 8., Bennogasse 30.

Zana Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 8., Josefstädterstraße 52.

Tintner Leopold — Kommissionshandel — 8., Lederergasse 17.

Tintner Leopold — Handelsagentur — 8., Lederergasse 17.

Hiller Johann — Ziegel- und Schieferdeckergewerbe — 21., Leopoldau r-platz 70.

Engelmann Matthias — Faßbindergewerbe — 21., Labaugasse 16.

Nosek August — Wagnergewerbe — 21., Rappgasse 4.

Weinhold Leopold — Spenglergewerbe — 21., Donaufelderstraße 3.

Haslauer Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Floridsdorfer Hauptstraße 25.

Schweigl Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Töllergasse 90.

Schwarzmann Roman — Handel mit Fragnereiartikeln, Kanditen und Zuckerbäckerwaren sowie Flaschenbier und Flaschenwein — 21., Anton Störk-Gasse 63.

Cibla Wenzel — Herrenkleidermachergewerbe — 21., Pragerstraße 65.

Kienast Rudolf — Mechanikergewerbe — 16., Seeböckgasse 4.

Groißmayer Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Redtenbachergasse 16.

Hubik Stanislaus — Musikergewerbe — 16., Lienfeldergasse 11.

Donnebaum Jakob — Kommissionswarenhandel — 4., Schönburgstraße 52.

Barton Johann jun. — Fleischhauergewerbe — 6., Mittelgasse 23.

Bettelheim Karl — Elektrische Wäscherolle mit Wäscheputzerei-Uebernahme — 6., Kasernengasse 3.

Weiß Bernhard — Kaffeesieder-Konzession — 6., Mariahilferstraße 57/59.

Kokeisl Franz — Kolonial- und Spezereiwaren sowie Flaschenbierhandel — 19., Heiligenstädterstraße 147.

Urich Ludwig — Handel mit Schuhwaren — 18., Währingerstraße 10[illegible].

Frey-Frauer Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Herbeckstraße 48.

Steininger Karl — Glasergewerbe — 18., Schulgasse 12.

Stingl Rudolf — Gemischtwarenhandel mit Flaschenbier-Verschleiß — 18., Wilhauergasse 31.

Materna Ferdinand — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Matzingergasse 10.

Eisenprobst Artur — Musikergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 114 a.

Fischel Heinrich — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — 6., Linke Wienzeile 52.

Fischel Heinrich — Handelsagentur — 6., Linke Wienzeile 52.

Stadlbacher Anna — Handel mit Beleuchtungsgegenständen — 4., Wiedner Hauptstraße 10.

Kurfürst Antonie — Damenkleidermachergewerbe — 4., Petzvalgasse 4.

Kern Leopoldine — Gastwirts-Konzession — 3., Wassergasse 36.

Schuster Friederike — Kaffeesiedergewerbe — 3., Landstraßer Hauptstraße 97.

Fürth Adele — Handel mit Modewaren, Parfümerie- und Toilette-artikeln — 7., Lerchenfelderstraße 7.

Vogler Martina — Handel mit Haus- und Küchengeräten — 7., Lerchenfelderstraße 57.

Kaspar Katharina — Marktfierantie — 17., Haslingergasse 66.

Weinberger Malvine — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 18., Salmannsdorferstraße 37.

Rudolf Theresia — Fouragehandel — 19., Nußdorferstraße 37.

* * *

3. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Ullmann Ludwig, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Manufaktur-, Tuch-, Tüchel- und Seidenwaren — 1., Salzgries 15.

Annoncenbureau Jacobs & Weymelka — Gewerbsmäßige Vermittlung von Ankündigungen in Zeitungen, Kalendern und sonstigen Verlagswerken — 9., Hernalsergürtel 30.

Lang Heinrich, Inhaber der Firma Heinrich Lang & Wolfgang Presand — Erzeugung von Gold-, Silber- und Juwelenwaren — 7., Neustiftgasse 135.

Kobel Moses Moritz, Alleininhaber der Firma M. Kobel & Komp. — Erzeugung von Spirituosen auf kaltem Wege und von Fruchtsäften — 19., Pfarrwiesengasse 11.

Pflucher Matthias — Friseur- und Raseurgewerbe — 2., Pazmanitengasse 10.

Fitz Johann — Gemischtwarenhandel — 12., Schönbrunnerstraße 283.

Serve Heinrich Moritz — Christbaumhandel — 17., Blumengasse 112.

Hofmann Heinrich — Handelsagentur — 19., Friedlgasse 45.

Punz Johann — Handel mit chemischen Produkten — 10., Eugengasse 7.

Beier Heinrich — Musikergewerbe — 10., Gudrunstraße 17.

Nowotny Konrad — Sattlergewerbe — 10., Hebelgasse, Ecke Weldengasse.

Kurz Karl — Handel mit Vergrößerungen nach Photographien und Rahmen — 10., Favoritenstraße 77.

Meurguan Leopold — Gastwirtsgewerbe — 10., Laaerwald 236.

Hammer Karl — Verschleiß von Kanditen, Obst, Zuckerbäckerwaren, Gefrornem — 10., Kolumbusgasse 80.

Tögel Moritz — Zimmermalergewerbe — 10., Kolumbusgasse 82.

Passetzky Johann v. — Dachdeckergewerbe — 10., Hardtmuthgasse 45.

Kaufmann Hugo — Musikergewerbe — 18., Hans Sachs-Gasse 17.

Ertt August — Viktualienhandel — 10., Gudrunstraße 95.

Böhm Karl — Selchwaren-Verschleiß — 18., Kutschkergasse (Markt).

Allweiß Josef — Handel mit Schuhwaren, Leder und Zubehör — 18., Währingerstraße 123.

Fritschai Rudolf — Handel mit Puppen und mit Artikeln für Haar- und Bartpflege — 18., Kreuzgasse 49.

Pekarek Ladislaus — Glasergewerbe und Geschirrhandel — 18., Bastiengasse 11 a.

Cazzoli Ottavio — Schleifergewerbe — 18., Gentzgasse 110.

Cazzoli Ottavio — Handel mit Stahlwaren — 18., Gentzgasse 110.

Steiner Ernst — Holzhandel im Großen — 15., Sechshauserstraße 4.

Beisz Leo — Gemischtwarenhandel — 10., Favoritenstraße 170.

Singer Moses — Handel mit Galanterie-, Kurz- und Spielwaren — 2., Novaragasse 13.

Schmid Margarete — Papierwarenhandel — 15., Friedrichsplatz 6.

Goblirsch Emilie — Damenkleidermachergewerbe — 15., Kannegasse 6.

Chmelarik Leopoldine — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen und Fruchtsäften — 15., Markgraf Rüdiger-Straße 11.

Kosik Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen und Marmeladen — 15., Henriettenplatz 7.

Schafar Johanna — Pfaidlergewerbe — 2., Taborstraße 50.

Krc.. Alosia — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Nußdorferlände 37.

Branschofsky Marie — Obst- und Viktualienhandel — 10., Troststraße 49.

Pieber Theresia — Verschleiß von Bäckereien, Kanditen und Fruchtsäften — 10., Quellenstraße 49.

Klim Antonia — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Laxenburgerstraße 74.

Groß Anna — Viktualienhandel — 10., Herzgasse 13.

Schutzbier Helene — Mechanische Strickerei und Wirkwarenhandel — 18., Kreuzgasse 58.

Gugumuck Elise — Handel mit Papier-, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren — 18., Theresiengasse 5.

Klager Anna — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdewurst — 12., Ignazgasse 18.

* * *

4. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Meisel & Feller — Pfaidlergewerbe — 1., Franz Josefs-Kai 29.

Ostrau-Witkowitzer Eisen- und Drahtwarenfabriken Emil Mücke & Hugo Molder - Zweigniederlassung der in Witkowitz, Mähren, ausgeübten fabriksmäßigen Eisen- und Drahtverarbeitung und Herstellung von gelochten Blechen — 1., Neutorgasse 4.

Mock Johann — Dienstmanngewerbe, Lizenz Nr. 89 — 4., Margaretenstraße, Ecke Schleifmühlgasse.

Trubrich Franz — Zuckerbäckergewerbe — 6., Mollardgasse 29.

Floth Adolf — Spezerei- und Delikatessenhandel — 6., Stumpergasse 20.

Beer Johann — Fleischselchergewerbe — 6., Markthalle, Stand 45.

Pojmann Leo — Handel mit altem Eisen und Altmetall — 2., Schödlbergergasse 6.

Reinkraut Abraham — Handel mit Herren- und Damenhüten — 2., Praterstraße 26.

Lang Franz — Handel mit Lebensmitteln — 2., Kronprinz Rudolf-Straße 10.

Baumgartner Georg — Zuckerbäckergwerbe — 21. Stadlauerstraße 12.

Appel Hermann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Bernholzgasse 12.

Axmann Rudolf — Schuhmachergewerbe — 21., Schenkendorfgasse 23.

Karlhofer Johann — Fleischhauergewerbe — 9., Detailmarkthalle.

Greger Michael — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Gartengasse 7.

Offenberger Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Anzengrubegasse 28.

Schipek Josef — Kaffeesiedergewerbe — 5., Stolberggasse 9.

Horner Wilhelm — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — 15., Pelzgasse 4.

Wirth Josef — Zuckerbäckergewerbe — 15., Plunkergasse 21.

Greimel Franz — Schuhmachergewerbe — 9., Alserstraße 50.

Koller Edmund — Handel mit Damen- und Kinderkleidern — 1., Tuchlauben 3.

Frühauf Andreas — Bäckergewerbe — 1., Fleischmarkt 18.

Beinhacker Isidor — Gemischtwarenhandel im Großen — 1., Salzgries 3.

Spring Franz — Kleidermachergewerbe — 2., Nordwestbahnstraße 9.

Raab Adolf — Spenglergewerbe — 2., Große Stadtgutgasse 13.

Keßler Alois — Handel und Reparatur von Gummiwaren, insbesondere Pneumatiks — 5., Schönbrunnerstraße 85.

Horwath Ludwig — Schuhmachergewerbe — 5., Wimmergasse 20.

Markstein Siegfried — Friseur- und Raseurgewerbe — 16., Herbststraße 30.

Hranda Helene — Marktfahrergewerbe — 16., Thaliastraße 13.

Bruscha Anna — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Albert Bruscha — 2., Rueppgasse 22.

Bulka Katharina — Uebernahme zum chemischen Putzen, Färben, Appretieren und Feinputzen — 9., Sechsschimmelgasse 17.

Hauke Katharina — Damenkleidermachergewerbe — 8., Florianigasse 26.

Botsch Ida — Geflügelhandel — 9., Servitengasse 2.

Cholewa Emilie — Wäschewaren-Erzeugung — 1., Glasergasse 16.

Heberle Anna — Lebensmittelhandel — 9., Porzellangasse 14.

Herrmann Sophie — Verschleiß von Papier- und Kurzwaren — 9., Porzellangasse 58.

Pawlin Josefine — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten — 15., Mariahilferstraße 149.

Schmölz Hermine — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 5., Wiedner Hauptstraße 140.

Smecka Stephanie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß des Klein-Verschleißes — 5., Reinprechtsdorferstraße 7.

Machowsky Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Ausschluß des Klein-Verschleißes, sowie Flaschenbier und Flaschenwein — 5., Siebenbrunnengasse 5 a.

Brandstetter Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren, Kanditen und Marmeladen — 15., Wurzbachgasse 11.

* * *

7. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Monath & Singer, offene Handelsgesellschaft — Ein- und Ausfuhr, Handel mit allen im freien Verkehre stehenden Waren — 16., Ottakringerstraße 154.

Pallik & Schicker, offene Handelsgesellschaft — Klaviermachergewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 17.

Heller & Grünberg, offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausnahme von Lebensmitteln — 1., Wipplingerstraße 33.

Battan Alois, Alleinhaber der Firma Louis Battan — Gemischtwarenhandel im Großen — 6., Luftbadgasse 13.

Marx Wilhelm Robert, Inhaber der Einzelfirma W. E. Marx — Gemüse- und Blumenhandel — 1., Kärntnerring 15.

Aust Hans und m. Rosa — Gast- und Schankgewerbe nach der verstorbenen Mutter Rosa Aust — 21., Floridsdorfer Hauptstraße 30.

Tintner Oskar — Pachtbetrieb der der Aloisia Kalvoda gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 71 — 4., Wiedner Hauptstraße 50/52.

Witzmann Leopold — Graveur- und Emailleurgewerbe — 6., Aegidigasse 16.

Kostwein Rohus — Pferdehandel — 16., Hofferplatz 1.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 30. Jänner 1919	341
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 4. Februar 1919	350
Richtigstellung	356
Bezirksvertretungen:	
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 16. Jänner 1919	356
Allgemeine Nachrichten:	
Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Straßenbahnen	357
Bekämpfung der Arbeitsnot durch die Gemeinde	359
Gemeindevermittlungsämter	361
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. Februar bis 11. Februar 1919	361
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	362
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
26. Februar 10 Uhr M. Abt. X, 87.	Ersatzgärtnerei des Wiener Zentral-Friedhofes	Wiener Zentral-Friedhof. Bedarf im Jahre 1919.	Lieferung von Violen (ungefähr 40.000 Stück), blühenden Pelargonien (ungefähr 40.000 Stück) und Efeu (6000 Stück).	—

1—3

Lieferung von Notstandsmöbeln.

Um angesichts der gegenwärtig herrschenden Möbelnot den Heimkehrern und Kriegsgetrauten die Gründung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen, hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, vorläufig 600 Wohnungseinrichtungen im Offertwege zu vergeben, und zwar: 400 Einzimmereinrichtungen, hievon die Hälfte in reicherer Ausstattung, 200 Zweizimmereinrichtungen, 600 Kücheneinrichtungen, hievon ein Drittel in reicherer Ausstattung. Es ergeht sohin an alle Interessenten die Einladung, dem Wirtschaftsamte der Stadt Wien, 1., Ebendorferstraße 1, 2. Stock, diesbezügliche Anbote zu übermitteln.

Die Anbote haben zu enthalten:

1. Die genaue Bezeichnung der zur kompletten Einrichtung gehörigen Möbelstücke,
2. die Angabe der hiezu verwendeten Holzart,
3. zwei Blatt Uebersichtszeichnungen im Maßstabe 1 : 10 und eine entsprechende Anzahl von Ansichten der einzelnen Möbelstücke,
4. Bezeichnung des Anstriches, der Beize, beziehungsweise Politur,
5. Muster der verwendeten Beschläge, Schlösser u. dgl.,
6. die Anzahl der bereits fertig vorhandenen Einrichtungen,
7. die Angabe der Menge kompletter Einrichtungen, welche wöchentlich fertiggestellt werden können,
8. die genaue Angabe des Preises in Ziffern und Buchstaben für die komplette Einrichtung.

Die Anbote sind bis längstens **28. Februar 1919** beim Wirtschaftsamte, 1., Ebendorferstraße 1, 2. Stock, einzubringen. Auf später eingelangte oder nicht entsprechend ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen. Das Wirtschaftsamt der Stadt Wien behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Lieferungen getrennt — jedoch nur in kompletten Einrichtungen — an mehrere Anbotsteller zu vergeben oder nötigenfalls auch alle Anbote abzulehnen.

Die näheren Bedingungen können im Wirtschaftsamte der Stadt Wien während der Amtsstunden von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden, wo auch mündliche Auskünfte erteilt werden.

1—3

Kundmachungen.

Schleppgeleise der Großeinkaufsgesellschaft.

Die Direktion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft Wien hat laut Zuschrift vom 24. Jänner 1919, Z. 100/2, III, das namens der Firma Großeinkaufsgesellschaft für österreichische Konsumvereine in Wien, 2., überreichte Projekt, betreffend die Erweiterung der Schleppbahnanlage dieser Firma am Ostbahnhofe in Wien, vom fachlichen Standpunkte für entsprechend befunden und hierüber um die Vornahme der politischen Begehung ersucht.

Diese Amtshandlung wird von der niederösterreichischen Landesregierung **Dienstag den 18. Februar 1919** unter Leitung des Bezirks-Kommissärs Dr. Marian Ritter Kurz v. Hohenlehnsdorff durchgeführt werden.

Die Kommissionsteilnehmer versammeln sich am bezeichneten Tage **um 10 Uhr vormittags** an der Kreuzung der Reisinger-, Sonnwend- und Humboldgasse im 10. Bezirke.

Die Projektsbehelfe liegen vom 8. Februar 1919 bis zum Verhandlungsvortage (einschließlich) bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf. Allen Beteiligten steht es frei, bei obiger Amtshandlung zu erscheinen.

Einwendungen gegen das Projekt und allfällige Wünsche können während obiger Auflagefrist schriftlich oder mündlich bei dem Wiener Magistrate, Abteilung V, spätestens aber am Verhandlungstage bei der Kommission selbst vorgebracht werden. Einwendungen, welche nach Abschluß der Lokalverhandlung vorgebracht werden, bleiben unberücksichtigt.

Diese Verlautbarung dient für alle nicht besonders Verständigten als Einladung.

Von der n.-ö. Landesregierung.

Wien, am 3. Februar 1919. 1—1

M. Abt. X, 174.

Wiederbelegung heimgefallener Einzelgräber im Stammersdorfer Friedhofe.

Nach dem 1. Mai 1919 werden diejenigen Einzelgräber im Friedhofe der Gemeinde Wien in Stammersdorf, an denen das Benützungsrecht bereis erloschen ist, wiederbelegt werden. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zuläßig; die bezüglichen mit einem 2 K-Stempel zu versehenden, an die Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf—Umgebung zu richtenden Gesuche sind vor dem 1. Mai 1919 bei dem magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk, das die Uebersicht hierüber zu führen berufen ist, einzubringen. Bis zum gleichen Tage sind auch allfällige Gesuche um die Erneuerung des Benützungsrechtes bei diesem magistratischen Bezirksamte einzureichen.

Nach dem 1. Mai 1919 werden nach Maßgabe des Fortschrittes der Beerdigung die bei den Grabstellen befindlichen Grabkreuze und -steine entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentum nachweisen, ausgefolgt werden; über den verbleibenden Rest verfügt im Sinne der Bestimmungen der Friedhofsordnung die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. Jänner 1919. 2—3

Stiftungen und Stipendien.

B. V. III, 72.

Karl und Elisabeth Kärcher-Stiftung.

Im Februar 1919 gelangen die Interessen der Karl und Elisabeth Kärcher-Stiftung für arme, würdige Bewohner des 3. Bezirkes Landstraße zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben: Bewohner des 3. Bezirkes, welche ohne ihr Verschulden verarmt, erwerbslos, durch ihr Verhalten der Unterstützung würdig sind, die Gemeindezuständigkeit nach Wien erlangt haben und sich zu einer christlichen Konfession bekennen. Hiebei haben Bewerber, welche wenigstens 10 Jahre im 3. Bezirke wohnen, den Vorzug.

In erster Linie werden jedoch frühere Staatsangehörige des Königreiches Württemberg, falls sie die vorstehenden Eigenschaften besitzen, zum Stiftungsbezuge, und zwar auch dann berufen, wenn sie die Gemeindezuständigkeit nach Wien noch nicht erlangt haben. Unter den übrigen Bewerbern werden bei sonst gleichen Verhältnissen Wiener Bürger und Bürgerinnen vorzugsweise berücksichtigt.

Die mit dem Taufschein, dem Wohnungs-, Sitten- und Armutszeugnisse sowie dem Nachweise über die Zuständigkeit oder den Besitz des Bürgerrechtes in Wien, eventuell über die frühere Staatsangehörigkeit zum Königreiche Württemberg belegten Gesuche sind **bis längstens 15. Februar 1919** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des 3. Wiener Gemeindebezirkes, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Der Bezirksvorsteher des 3. Bezirkes:
Paul Spitaler. 3—3

M. Abt. XIII, 48/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Schey'sche Stipendienstiftung
für Hochschüler.

Verliehen wird: Für das Studienjahr 1918/19 ein Anton Schey'sches Stipendium im einmaligen Jahresbetrage von 660 K an einen armen fleißigen Studenten der juridischen Fakultät der Universität in Graz.

Dem Gesuche sind beizulegen: Mittellosigkeits- oder Armutszeugnis, Tauf- oder Geburtschein und Nachweis der Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre, endlich Impfzeugnis.

Letzter Tag zur Ueberreichung der Gesuche: **28. Februar 1919.**

Einreichstelle: Das betreffende Professorenkollegium.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919. 1—3

B. V. III, Z. 73.

Michael Endre'sche Stiftung.

Die Interessen der Michael Endre'schen Stiftung im Betrage von 210 K werden am 15. März 1919 an zwei sittliche, arme Witwen von gewesenen Gewerbsmännern im Bezirke Landstraße zur Verteilung gelangen.

Bewerberinnen, deren Gatten ein Gewerbe im Bezirke Landstraße ausgeübt haben und die daselbst wohnen, haben ihre mit dem Armuts- und dem Sittenzeugnisse, dann dem Totenscheine des Gatten und den Taufscheinen der lebenden, unversorgten Kinder belegten Gesuche **bis längstens 28. Februar 1919,** in der Gemeindekanzlei, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Der Vorsteher des 3. Bezirkes:
Paul Spitaler.

M. Abt. XIII, 5269/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Maria Theresia Grabmayer'sche Stiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 174 K 30 h bis zum erreichten 18. Lebensjahre.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Mädchen aus der Grabmayer'schen Familie, in deren Ermanglung arme, christliche Bürgerstöchter in Wien, die nicht unter 10 Jahre alt sind.

Dem vom gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis, Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin oder der bürgerlichen Eigenschaft des Vaters.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 13. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 5387/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Lehrbach'sche Stiftung
für bedürftige Beamtens- und Bürgerskinder.

Verliehen werden: Drei Stiftplätze für Knaben im Betrage von 200 K jährlich auf die Dauer der Lehrzeit und mit einem weiteren Jahresbetrage von 200 K nach Beendigung der Lehrzeit.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige Beamtenskinder und in Ermanglung solcher dürftige Bürgerskinder, die sich die Erlernung eines Handwerkes, eines Handelsgewerbes, des Zeichnens, Malens, der Kupferstecherei oder Bildhauerei widmen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis, Lehrvertrag und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 85/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Friederike Kempner-Debora Askenasy-Stiftung
für Blinde.

Verteilt werden: 33 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, nach Wien zuständige blinde Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungstermin: **Bis 12. April 1919.**

Verleihungstag: 19. Juli 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 194/19. Selbständiger Wirkungskreis.

David Schwarzmann'sche Stiftung
für eine arme Familie.

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen im Kalenderjahre 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder, dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 20. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 69/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung
für verarmte Wiener Bürger.

Zur Verteilung gelangen: 600 K in zwei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Bürgerrechts-Dekret.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 11. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 24/19 Selbständiger Wirkungskreis.

Agnes Wuth'sche Armenstiftung.

Verteilt werden: 1600 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Heimatsnachweis, von Verheirateten oder Verwitweten auch der Trauungsschein und allenfalls auch die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, beziehungsweise der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1919.**

Verleihungstag: 26. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 197/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Max Freiherr v. Springer'sche Stiftung
für Rudolfsheimer Hilfsbedürftige.

Verteilt werden: 470 K in zehn Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, hilfsbedürftige Personen, und zwar in erster Linie solche, die vor der Einbeziehung der Vororte in der Gemeinde Rudolfsheim zuständig waren, in zweiter Linie solche, die in Rudolfsheim wohnen oder dort geboren wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und Armutszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII und Bezirksvorstehung Rudolfsheim.

Einreichungsfrist: **Bis 28. Februar 1919.**

Verleihungstag: 10. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 195/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Gisela-Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Fünf Ausstattungsbeiträge zu 800 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatberechtigte und würdige Töchter mittelloser Eltern; Waisen, insbesondere mutterlose, haben bei gleicher Würdigkeit den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Totenscheine der Eltern.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 20. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 1—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkassenplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 14. Samstag den 15. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 108. Sitzung vom 16. November 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain. Die GR. Leitner, Kunschak, Dr. Hein, Dr. Ritter v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Goltz, Reumann und Skaret, Mag.-Dior. Pawelka, die Ob.Mag.-R. Dr. Mayr, Dr. Jamöck und Dr. Ehrenberg, die Mag.-R. Dr. Roßkopf, Dr. Fastenbauer, Dr. v. Dierkes und Dr. Schlesinger, die Mag.-Sekr. Schramm und Dr. Nather, Mag.-Ob.-Kom. Dr. Lorenz.

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt den Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 13. November 1918, die Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag vom 15. November 1918, die Zusammenstellung über die Kleinhandelspreise in der Zeit vom 3. bis 9. November 1918, den Ausweis über die Schlachtviehauftriebe am Zentral-Viehmarkte St. Marx am 12. November 1918 und den Sanitätsbericht über die Zeit vom 12. bis 16. November 1918. (Diese Berichte werden im Anschlusse an den Sitzungsbericht veröffentlicht.)

Die künftige Verwendung der Schmelz.

Bgm. Dr. Weiskirchner gibt bekannt, daß er folgende Eingabe an den Staatsrat zu richten beabsichtige:

„Durch die im Zeichen der allgemeinen Abrüstung sich vollziehende Umgestaltung der staatlichen Einrichtungen ist nebst anderem auch der Bestand der Schmelz als großes Parade- und Exerzierfeld überflüssig geworden. Diese, zwischen volkreichen und bereits zum großen Teile ausgebauten Arbeiter- und Industriebezirken gelegene große Grundfläche würde sich besonders für einen mit öffentlichen Bildungsstätten, Kinderheimen, großen Spielwiesen und Gartenanlagen, dann mit Sportplätzen und den sonstigen im Geiste der neuen Zeit der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen reichlich versehenen Arbeiterwohnviertel eignen. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich der neue Staat in ganz anderer, tatkräftigerer Weise als der bisherige an der Behebung der auf den unbemittelten Bevölkerungsklassen besonders schwerlastenden Wohnungsfürsorge beteiligen müssen wird. Es wird daher folgender Antrag gestellt:

1. Die Gemeinde Wien ersucht den deutschösterreichischen Staat, ihr die im Besitze des Staates befindlichen Teile der Schmelz für die Errichtung eines modernen Arbeiterwohnviertels, eines großen Volksparkes mit Spielwiesen und Sportplätzen unentgeltlich zu überlassen. 2. Im Falle der Erfüllung des vorstehenden Ansuchens erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, alle in diesem neuen Stadtteil notwendigen öffentlichen Gartenanlagen sofort zu errichten und für die Erbauung von Wohnhäusern nach dem neu aufzustellenden Regulierungsplan bestimmten Gründe im Einvernehmen mit schon bestehenden oder für diesen Anlaß neu zu bildenden Arbeiter-Bau-Genossenschaften der Verwendung zuzuführen."

Die Obmänner-Konferenz stimmt dieser Eingabe zu.

Hierauf gibt der Bürgermeister folgendes

Investitionsprogramm in baulicher Beziehung

für die nächste Zeit bekannt:

Die Hauptaufgaben in der nächsten Zeit in baulicher Beziehung unter Verwendung der vorhandenen Mittel des Anlehens aus dem Jahre 1914 und eines Teiles der Mittel aus dem Anlehen 1918 sind folgende:

1. Instandsetzung unseres Pflasters, welches durch den längeren Stillstand in den Pflasterungsarbeiten infolge des Krieges und durch das Befahren mit den schweren Kraftwagen mit aufgenieteten Rippen auf die Räder in unerhörter Weise zerstört wurde. 2. Umgestaltung unserer Straßensäuberung in neuzeitiger Weise einschließlich einer neuen Organisation der Beseitigung und Verwertung der Abfallstoffe. 3. Ausgestaltung unserer Sanitätseinrichtungen, insbesondere die Errichtung einer Tuberkulosenheimstätte nächst dem Jubiläumsspitale. 4. Ausgestaltung unseres Versorgungsheimwesens und der Kinderpflegeanstalten.

Außerdem werden verschiedene Hochbauten, Kanalbauten und Brückenbauten auszuführen sein, um den Bedürfnissen Rechnung zu tragen, sowohl an solchen Objekten als auch an Arbeit. — Einen beträchtlichen Teil, vielleicht 30,000.000 K aus

dem neuen Anlehen vom Jahre 1918 werden für die Wohnungsfürsorge zu widmen sein, für welche Post in den Anlehen vom Jahre 1914 und auch in den Anlehensresten vom Jahre 1908 keine Beträge vorgesehen sind. Eine der wichtigsten Arbeiten dieser Art seien die sogenannten Krieg-häuser, welche voraussichtlich auf der Schmelz und in Leopoldau zur Errichtung gelangen werden. Er hoffe, daß die notwendigen Gründe, insbesondere jene auf der Schmelz vom Staatsrate unentgeltlich erlangt werden und daß es durch die Errichtung dieser Häuser möglich sein wird, schon in der ersten Hälfte des Jahres 1919 eine beträchtliche Anzahl von Wohnungen (1000 bis 2000) zur Verfügung zu stellen. Auch die Approvisionierungsbauten bedürfen einer Ergänzung auf die neuen Verhältnisse. Der Approvisionierung werde auf die Dauer die besondere Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung zugewendet werden müssen. Auch für diese Aufgabe müsse mit einem Betrage von etwa 10,000.000 K gerechnet werden.

Alle übrigen Aufgaben, die sich die Gemeinde seinerzeit in dem Anlehen vom Jahre 1914 gestellt habe, müssen auf die nächsten Monate zurückgestellt werden, so auch der Bau der Schnellbahnen, die wohl in Bälde sich in Wien als notwendig erweisen werden, deren Baubeginn jedoch vor dem Jahre 1920 kaum ins Auge gefaßt werden könnte.

Durch diese skizzierten Aufgaben werden insgesamt rund 68,000.000 bis 70,000.000 K in kürzester Frist in Anspruch genommen werden.

Die Obmänner-Konferenz stimmt den Vorschlägen des Bürgermeisters zu.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt weiters bezüglich der Ernährungsfrage, daß die einzelnen Magistrats-Referenten bezüglich der in ihr Ressort fallenden Lebensmittel berichten werden, wie viel derzeit verfügbar sei, wie lange die Vorräte dauern und was für die nächste Zeit vorzukehren wäre. Es seien gewisse Vorräte von der Gemeinde für den Fall der Not zurückbehalten worden und es handle sich auch um die Erwägung, ob diese Artikel nunmehr in Angriff genommen werden sollen.

Ob.Mag.-R. Dr. Ehrenberg berichtet über die

Kartoffelversorgung

und führt aus, daß die Zuschübe derart gering seien, daß mit einer Kürzung der Quote vorgegangen werden müsse. Vorige Woche seien noch 400 Waggons verfügbar gewesen und habe die 1 kg-Quote noch ausgegeben werden können. Seit Montag bis heute seien aber im ganzen nur 14 Waggons eingelangt und habe sich der Lagerstand auf 114 Waggons verringert. Diese genügen nicht mehr für die volle Quote, es bleibe also nichts übrig, als bereits vom Montag an die Kopfquote auf $^1/_2$ kg herabzusetzen. Wenn weiters kein Einlauf komme oder ein so geringer wie diese Woche, werde die nächste Woche überhaupt kartoffellos sein. Was die Bezugsmöglichkeiten betreffe, so wäre das nächstliegende Niederösterreich. Die Regierung habe diesbezüglich eine Aktion eingeleitet und den Kartoffelgrundpreis von 20 K auf 50 K erhöht, um den Landwirten einen Anreiz zu vermehrter Lieferung zu bieten. Es würden auch sofort kommissionelle Besprechungen mit den Produzenten eingeleitet werden. Die Separatprämien von 4 K würden selbverständlich auch eingerechnet, außerdem erhielten Produzenten, deren Erzeugungsort weiter als 10 km vom Bahnhofe entfernt sei, noch eine Prämie von 1 bis 2 K. Nach den Informationen seien allerdings die meisten Kartoffelgegenden von Niederösterreich schon ausgeschöpft, die Bauern haben meist nur den eigenen Bedarf und das Saatgut, es dürften also nennenswerte Mengen aus Niederösterreich nicht mehr anrollen. Was den Bezug von Kartoffeln aus Böhmen betreffe, so sei nach dem Berichte der Delegierten vorerst auf größere Zuschübe nicht zu rechnen, weil die maßgebenden Stellen in Prag erklären, sie müßten zuerst eine Uebersicht über die Bestände und den eigenen Bedarf haben, was vor dem 20. November 1918 nicht möglich sei. Immerhin sei es in den letzten Tagen gelungen, die Zusage der tschecho-slowakischen Regierung zu erhalten, daß eine momentane Aushilfe von 500 Waggons geleistet werde. Der Gesandte Tusar habe das gestern neuerdings bestätigt und es werde bereits morgen ein Beamter nach Prag fahren, um die Modalitäten zu vereinbaren. Hinsichtlich Galiziens stehe die Sache so, daß eingehende Verhandlungen zwischen der polnischen und deutsch-österreichischen Regierung über den Abschluß eines provisorischen Uebereinkommens stattfinden. In diesem seien eine größere Anzahl Artikel, hauptsächlich Industrieartikel und Holz, als ausfuhrfrei zu behandeln, wichtige Industrieartikel und nahezu alle Lebensmittel, darunter auch Kartoffeln, Eier und Fett, aber nur als Kompensation. Diese Verhandlungen sollen heute zum Abschluß kommen. Es sei aber gelungen, die polnischen Vertreter zu bestimmen, daß sie noch vor Abschluß derselben ohne Präjudiz 500 Waggons aus Galizien zur Ausfuhr nach Wien freigeben. Es sei auch noch Mittwoch abends telegraphisch die Instruktion an die Vertreter der Gemeinde Wien hinausgegeben worden, weil diese Kartoffeln zum Teil Vertragskartoffeln seien. Die Durchfuhr durch den tschecho-slowakischen Staat sei gesichert und er hoffe, wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, diese Kartoffeln teilweise schon in der nächsten Woche hereinzubringen. Bezüge aus Ungarn seinen trotz des in letzterer Zeit von den Ungarn bewiesenen Entgegenkommens und des hohen Preises bisher nicht angekommen. Die Verhandlungen seien noch im Zuge, die Entscheidung solle heute oder Montag fallen.

Angeblich solle der ungarische Minister bereis prinzipiell zugestimmt haben, daß einige tausend Waggons nach Wien abrollen dürfen. Aus anderen Produktionsgebieten sei eine Kartoffelzufuhr nicht möglich. Wenn alle noch schwebenden Verhandlungen in kürzester Zeit zu einem Resultat führten, so ware die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, mit den Kartoffeln noch einige Wochen auszukommen. Es könnten aber die Verhandlungen doch zu keinem Ergebnis führen oder andere Schwierigkeiten, Frost, Bahnsperre ꝛc. eintreten. Als teilweiser Ersatz werde nächste Woche mit der Ausgabe von Sauerkraut begonnen, wovon die Gemeinde momentan 300 Waggons zur Verfügung habe. Es seien auch Dispositionen an die Fabriken in Mähren hinausgegangen und bei der gestrigen Besprechung mit dem tschechischen Gesandten habe sich ergeben, daß bezüglich der Ausfuhr von Sauerkraut ein Hindernis nicht bestehe. Der Beamte, der morgen nach Prag fahre, werde auch die Aufgabe haben, die Lieferung von Sauerkraut in die Wege zu leiten, so daß die Gemeinde damit reichlich gedeckt sein werde. Die Zufuhr von frischem Gemüse sei momentan nur bei Kraut und Rüben noch befriedigend, manchen Tag sogar überreichlich. Auch

die Produktion der Wiener Gärtner sei in Anbetracht der Jahreszeit noch gut. Allerdings finde der Verkehr auf den Gemüsesammelplätzen nur mehr dreimal in der Woche statt. Auf Obstzufuhren sei nicht zu rechnen. Die Vorstellungen in Prag seien resultatlos geblieben, auch mit der Marmelade-Erzeugung könne nicht begonnen werden wegen Mangels an Zucker. Der Vorrat in Tribuswinkel betrage nur einige 40 Waggons. Es sei mit den tschechischen Gesandten auch über die Freigabe des ukrainischen Zuckers verhandelt worden, der in Olmütz liege, und er habe zugesagt, er werde alles Mögliche tun, damit ein Teil dieses Zuckers nach Wien komme, aber vor Weihnachten werde kaum mit der Marmeladeausgabe begonnen werden können.

Auf die Frage des GR. Skaret, ob nicht aus Bayern und Oberösterreich etwas zu bekommen sei, erklärt Ober-Magistratsrat Dr. Ehrenberg, daß es ganz ausgeschlossen sei, etwas aus Oberösterreich zu bekommen, weil von dort Salzburg und Tirol versorgt werden müssen. Mit Bayern seien Verhandlungen im Zuge, sie seien noch nicht abgeschlossen, es werde aber nicht viel zu machen sein, weil wieder Tirol von Bayern versorgt werden müsse.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Magistratsrat Dr. Roßkopf berichtet hierauf über die

Mehlversorgung

und führt aus, daß der Bedarf in den letzten vier Wochen eine steigende Tendenz infolge des Rückströmens der Truppen zeige. Ursprünglich seien denen, die sich nur vorübergehend hier aufhalten, Urlauberkarten auf sieben Tage gegeben worden. Nunmehr habe aber ein großer Teil der Leute, die sich als ansässig meldeten, mit Karten beteilt werden müssen und infolgedessen sei der Mehrbedarf um zirka vier Waggons pro Woche gestiegen. Was die Deckung dieses Bedarfes betreffe, so sei sie gerade derzeit verhältnismäßig günstig. In der Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1918 habe der Bedarf nur durch Inanspruchnahme der letzten kleinen Reserve gedeckt werden können. Nunmehr sei aber das erforderliche Quantum durch verschiedene Posten gedeckt, das Brotmehl überwiegend aus den militärischen Vorräten in den Verpflegsmagazinen, durch Schlepperware und Bergegüter von rumänischem und serbischem Weizen, welche auf der Donau zurückgehalten wurden und ursprünglich den Deutschen gehörten, nun aber im Einvernehmen mit ihnen der deutschösterreichischen Regierung zugewiesen worden seien. Deutschland sei infolge der politischen Wirren nicht in der Lage, seine Zusage auf Lieferung von 1000 Waggons einzuhalten.

Nichtsdestoweniger habe es auch in dieser schweren Zeit Schlepperware zur Verfügung gestellt. Es seien aber Verhandlungen mit der ungarischen Regierung notwendig gewesen, welche die Schlepper beschlagnahmt hatte, und es bestehe jetzt die Aussicht, daß zwölf Schlepper in den allernächsten Wochen anschwimmen würden. Gestern seien zwei gekommen, drei weitere seien angekündigt, die übrigen dürften in den nächsten Tagen nach Wien kommen. Ein Schlepper enthalte 40 bis 50 Waggons. Der Bedarf vom 17. bis 23. November mit 99¼ Waggons sei also bereits gedeckt und die Gemeinde habe auch schon eine Deckung für die Woche vom 24. bis 30. November. Voraussichtlich sei nicht nur der November, sondern auch die erste Hälfte Dezember gedeckt. In den Mühlen befänden sich 137 Waggons Mehl, angekündigt sei im ganzen ein Quantum von 599 Waggons, also immerhin eine bedeutende Ziffer. Die Gattung sei Weizen, Roggen und Gerstenmehl. Hafer sei nur in kleinen Mengen vorhanden. In den letzten vier Wochen seien nur ein Waggon Hafer und zwei Waggons Mais gekommen. Nachdem der Heeresbedarf an Hafer bedeutend gesunken ist, sei der Hafer ausschließlich zur Erzeugung von Haferreis verwendet worden. Es seien ungefähr 200 Waggons an Firmen disponiert, welche Haferreis erzeugen. Es solle dadurch nicht nur ein brauchbares Kindermehl hergestellt, sondern auch für die kommenden Wochen, wenn die Kartoffeln mangeln, ein Ersatz geboten werden. Beim Verschleißmehl seien die Verhältnisse ähnlich wie beim Brotmehl. Der Bedarf sei von 34 auf 37 Waggons gestiegen. Bekanntlich solle auch der Ausfall von Fleisch in dieser Woche durch Abgabe von einem Achtelkilogramm Verschleißmehl gedeckt werden. In den letzten Wochen sei nahezu ausschließlich Gleichmehl ausgegeben worden, einmal auch die Hälfte Feinmehl ungarischer Provenienz. Was die Aussichten für die Zukunft betreffe, so sei das Programm, das er vor acht Tagen entwickelt habe, durch die Verhältnisse über den Haufen geworfen worden. Er habe damals erklärt, es seien 800 bis 1000 Waggons aus den ärarischen Vorräten vorhanden und 1000 Waggons aus Deutschland gesichert, weiters habe sich die ungarische Regierung verpflichtet, während zehn Tagen je 50 Waggons zur Verfügung zu stellen; außerdem komme die Aufbringung in Niederösterreich in Betracht. Es wäre also die Mehlversorgung in den künftigen Monaten relativ günstig gewesen. Nun seien aber die 1000 Waggons aus Deutschland weggefallen. Er sei jedoch der Meinung, daß Deutschland trotz der politischen Wirren doch zur Lieferung bereit sei, und zwar seien 37 Waggons deutsches Mehl aus den sächsischen Mühlen angekündigt und bis Amstetten instradiert. Was Ungarn betrifft, so habe der ungarische Gesandte Dr. Harrer erklärt, daß er den größten Wert darauf lege, möglichst bald zu einem Uebereinkommen mit Deutschösterreich bezüglich der Lieferung von Mehl und Getreide zu kommen. Ungarn liefere auch heute noch, allerdings momentan nicht für das Zivil, aber für die Heeresverwaltung, indem es die rückströmenden Truppen ungarischer Nationalität mit Mehl versorge. Gestern seien 40 Waggons eingelangt, die hier eingelagert und wenn sie nicht ganz benötigt werden, der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden würden. In dritter Linie komme nun die eigene Aufbringung aus Niederösterreich. Die provisorische Landesversammlung habe diesbezüglich einen eigenen Beirat bei der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalts-Abteilung Niederösterreich eingesetzt, welchem auch GR. Neumann angehört. Die Gemeinde sei in engster Fühlung mit ihm und könne die Aufbringung von Woche zu Woche kontrollieren. Es könne konstatiert werden, daß trotzdem das Prämiensystem erst Montag in Kraft träte, die Lieferungen schon im Laufe dieser Woche recht günstig gewesen seien. Vom 4. bis 10. seien 317, vom 11. bis 18. 296 Waggons eingelangt. Auch die Gesamtziffer sei imponierend. Bis 12. November seien inklusive des Frühdrusches und des sogenannten vorläufigen Kontingents 9082 Waggons angemeldet, darunter seien 1700 Waggons schon übernommen und in Lagerhäusern oder bei den Produzenten eingelagert.

Der Landeshauptmann-Stellvertreter Mayer, der sich der Sache mit großem Eifer annimmt, habe bäuerliche Tagungen einberufen und nach der Stimmung der Versammlungen sei anzunehmen, daß die niederösterreichischen Produzenten in den nächsten Wochen so viel als möglich einbringen werden. Er habe in der letzten Konferenz berechnet, daß beiläufig 10.000 Waggons noch aus Niederösterreich aufgebracht werden können. Das Volksernährungsamt habe auf 16.000 Waggons gerechnet. Selbst angenommen, daß nur 50 Prozent davon aufgebracht werden, würde man für die nächsten Wochen noch mit 6- bis 7000 Waggons aus Niederösterreich rechnen können. Was also die Mehlversorgung betrifft, so dürfte sie in den allernächsten Wochen keine besonderen Schwierigkeiten bieten. Auch die Verhandlungen des Bürgermeisters mit Argentinien seien so weit gediehen, daß schon fixe Verträge mit argentinischen Firmen abgeschlossen sind. Es seien in Bestellung gegeben worden: 16.000 t Weizen und 10.000 t Mais monatlich. Die Lieferung sei auf zehn Monate verteilt, so daß im ganzen 160.000 t Weizen und 100.000 t Mais zu gewärtigen seien. Die argentinische Regierung habe ihrem hiesigen Vertreter gekabelt, daß der Gemeinde Wien jedes Quantum zur Ausfuhr zur Verfügung stehe. Der Preis sei 12·6 Pesetas und entspreche annähernd unserem Höchstpreise. Allerdings müsse bei dem derzeitigen Kurs der Peso mit 5 bis 6 K gerechnet werden, der Preis sei also 60 bis 70 K loko Argentinien, wozu noch die kolossalen Fracht- und insbesondere Versicherungskosten kämen, sowie die Ausladung im Heimatshafen und die Beförderung bis Wien. Es sei auch die vollständige Kabelfreiheit erwirkt, so daß die Gemeinde in der Lage sei, im Wege des argentinischen Gesandten jederzeit mit den Firmen in Verbindung zu treten. Was die Schiffe betrifft, so verfüge die Austro-Amerikana über einen größeren Schiffsraum, welcher in spanischen Häfen liege, und man müsse trachten, ihn frei zu bekommen. Es sei auch versucht worden, durch die schweizerische Bundesregierung die Freimachung bei der Entente durchzusetzen, ebenso sei der König von Spanien im Wege seiner Botschaft gebeten worden, dieses Begehren der Stadt Wien bei der Entente zu befürworten. Trotzdem würden die Aussichten rücksichtlich des überseeischen Getreides nicht sehr rosig erscheinen. Die Entente werde vielleicht den freien Einkauf in einem amerikanischen Staate nicht ohne weiters gestatten und auch die Verfügung über den Schiffsraum nicht ohne weiters freigeben. Es sei vielmehr zu erwarten, daß die Interalliierten-Konferenz nicht nur die Frage des Ankaufes und Transportes von Lebensmitteln, sondern auch die Frage der Verteilung des Schiffsraumes übernehmen werde. Trotzdem würde die Arbeit der Gemeinde nicht vergeblich sein, weil sie schon mit einem fertigen Projekt kommen würde, nicht nur was den Einkauf, sondern auch was die Valuta und den Schiffsraum betreffe.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Mag.-R. Roßkopf berichtet über die

Fettversorgung der Stadt Wien

und bemerkt, daß auch hier der Stand nicht ungünstig sei. Das Staatsamt für Ernährungswesen habe gestern einen informativen Bericht über die nächsten Wochen ausgegeben. Die Fettversorgung solle dadurch gesichert werden, daß die Gemeinde Wien aus ihrer eigenen Reserve ein bedeutendes Quantum zur Verfügung stelle. Er habe schon im Ernährungs-Ausschusse erklärt, wenn die Gemeinde das erforderliche Quantum von 40 bis 50 Waggons zur Verfügung stelle, sei der Bedarf bis Ende Dezember gedeckt. Es sei auch eine andere Post im Kalkül noch etwas günstiger geworden, die Anlieferung unserer ungarischen Schweine. Zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung sei seinerzeit ein Uebereinkommen geschlossen worden, wonach die österreichische Regierung 20.000 bis 30.000 Schweine in Ungarn mäste und das Futter in Ungarn zur Verfügung gestellt werde. Als die politische Umwälzung in Ungarn eingetreten sei, seien diese Schweine nicht mehr abgegeben worden, trotzdem sie eigentlich Eigentum der Gemeinde Wien seien. Auch die Milch von den Kühen der Gemeinde in Lodenitz und Joslowitz sei vom Narodny-Vybor mit Beschlag belegt worden. Diesfalls sei eine Aktion im Zuge, ebenso in Ungarn bezüglich der Schweine, und es werde energischen Einschreitens bedürfen, um sie frei zu bekommen. Es seien durchschnittlich 200 Schweine wöchentlich angenommen worden. Glücklicherweise steige die Ziffer von Woche zu Woche, so daß die Gemeinde sogar in der Lage sei, aus dem Fett dieser Schweine wieder eine kleine Reserve anzulegen. Weiters werde nächste Woche ein nicht unbedeutender Fettvorrat der militärischen Verpflegsmagazine frei. Es lagern dort ungefähr 60 Waggons Fett, davon seien vereinbarungsgemäß 30 Prozent für die Heeresverwaltung und 70 Prozent für die Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen. In dem Maße, als die Garnison in Wien und auswärts abnehme und der Stand der Volkswehr inklusive der Stadtschutzwache schon in einigen Tagen komplett sei, sei anzunehmen, daß auch dieses Fett zum größten Teile für den Zivilbedarf verwendet werden könne. Dieses Fett sei von großem Werte, weil die Gemeinde sonst eigentlich nur über Weichfett verfüge, zur Margarin-Erzeugung aber Hartfett brauche, aus dem dieser Vorrat zum größten Teile bestehe.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Mag.-R. Dr. Roßkopf berichtet hierauf über die

Zuckerversorgung der Stadt Wien

und führt aus, daß der Stand ungünstig sei, weil der Narodny-Vybor die Zusendungen nach Innerösterreich eingestellt habe und 90 Waggons ukrainischer Zucker bei dem Brande am Handelskai zugrundegegangen sei, so daß das Ernährungsamt heute über gar keinen Zucker verfüge. Während mit Polen, der Ukraine und Ungarn wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen ein Uebereinkommen zustandekommen werde, sei der Widerstand der Tschecho-Slowaken aus politischen Gründen so groß, daß zu befürchten sei, daß auch in nächster Zeit kein Uebereinkommen möglich sein werde. Die Gemeinde habe seit der staatlichen Bewirtschaftung des Zuckers eine ständige Reserve von 300 Waggons, die in den letzten Monaten kolossal in Anspruch genommen worden sei. Sie haben aber immer wieder auf ihren Stand erhalten werden können, weil bei jeder Abhebung zur Bedingung gemacht worden sei, daß das Ernährungsamt den abgehobenen Zucker sofort wieder refundiere. Während bis zum Juni 1918 die Refundierungen glatt vor sich gegangen seien, seien sie nunmehr im Rückstand geblieben. Es fehlten von der Lieferung vom 28. Juli 11 Waggons, vom 19. August 13, vom 6. September 34 und vom 12. Oktober noch die vollen 90 Waggons. Der Gesamtrückstand betrage

ungefähr 148 Waggons. Nun sei es nicht möglich gewesen, im November Zucker auszugeben, und es sei daher mit dem Ernährungsamte das Uebereinkommen getroffen worden, daß die Gemeinde wieder 90 Waggons, und zwar größtenteils Weißzucker aus ihrer Reserve zur Verfügung stelle. Es werde also schon von Montag angefangen den Konsumentenorganisationen und den Detailverkäufern die halbe Quote zur Verfügung gestellt werden, wodurch sich die Reserve auf 51 Waggons vermindere. Dr. v. Leowenfeld-Ruß sei der Meinung gewesen, daß es unter dem Drucke der Verhältnisse doch gelingen werde, auch mit den Tschecho-Slowaken zu einem gütlichen Uebereinkommen zu kommen, wobei Polen eine Art Vermittlerrolle übernommen habe. Für die nächste Quote sei also aus den Vorräten gesorgt, im Dezember hoffe er unter Zuziehung der letzten Reserve doch noch Zucker ausgeben zu können.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Ober-Magistratsrat Dr. Jamöck berichtet über die Ausgabe der

Lebensmittelkarten

und führt aus, daß von Mitte Oktober bis 10. November nach den bisherigen Berichten rund 110.000 Personen in Wien zugewachsen seien und mit Dauerkarten beteilt worden waren. Außerdem seien zirka 130.000 Urlauberkarten ausgegeben worden, daraus lasse sich aber ein Schluß nicht ziehen, weil die meisten, die Dauerkarten erhielten, vorerst Urlauberkarten bekamen, bis sie den Nachweis erbracht hatten, daß sie weiter in Wien bleiben. Selbstverständlich kamen Doppeldotierungen vor, weil einzelne sich ohne Militärdokumente anmelden, dann aber wieder in den Heeresverband eintreten und dort weiter fassen. Diese Woche sei eine sehr starke Woche gewesen, es seien mindestens 40.000 Personen zugewachsen, die Sache beginne aber jetzt abzuflauen und werde hoffentlich nächste Woche vorüber sein. Nachdem also mit einem Zuwachs von rund 10 Prozent zu rechnen ist, könne der seinerzeitige Schlüssel aufrecht bleiben, wonach die Lebensmittelanforderungen für die letzten Monate des Jahres um 10 Prozent vermehrt werden müßten. Ueber die genauen Daten werde er erst Mitte Dezember verfügen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Magistratsrat Dr. Fastenbauer berichtet über die

Kohlenversorgung der Stadt Wien

und bemerkt, daß am 6. November 1918 Ober-Bergrat Dr. Kloß mit Dr. Oberthor als Vertreter der tschecho-slowakischen Regierung eine Vereinbarung über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Brennstoffen zwischen Deutschösterreich, dem tschecho-stowakischen Staat und Deutschland, sowie über eine sofortige Abfertigung von täglich vier geschlossenen Kohlenzügen aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier nach Wien ab Freitag den 8. November 1918 als einer durch die besondere Notlage Wiens bedingten Hilfsaktion getroffen habe. Die Vereinbarung sei von der Genehmigung des Narodny-Vybor abhängig gewesen und habe Dr. Oberthor zugesagt, hierüber noch am 7. November 1918 telephonisch eine Mitteilung zu machen. Da diese Mitteilung ausblieb und auch eine Nachfrage bei dem tschecho-slowakischen Gesandten Tusar in Wien erfolglos blieb, die Lage Wiens aber eine weitere Verzögerung nicht zuließ, schien ein persönliches Einschreiten in Prag unbedingt notwendig. Es habe zwei ganze Tage gedauert, bis er (Referent) und Ober-Bergrat Dr. Kloß von Dr. Oberthor an den Narodny-Vybor verwiesen, nach Unterhandlungen mit den Mitgliedern des National-Ausschusses Soukup, Striberny, Prof. Pawlowsky, vom Narodny-Vybor beschieden worden sei, daß Dr. Oberthor als neuernannter Staats-Kohlen-Kommissär volle Vollmacht zu Verhandlungen besitze, weshalb mit diesem neuerdings in Verhindung zu treten sei. Ober-Bergrat Dr. Kloß und er (Referent) hatten schon beschlossen, Prag zu verlassen, als in letzter Stunde ein Zusammentreffen mit Dr. Oberthor noch zustande gekommen sei. Dieser versuchte neuerdings, die Wiener Abgesandten zu bewegen, sich unmittelbar mit dem Narodny-Vybor zu verständigen, da er augenscheinlich nicht gewillt gewesen sei, die Verantwortung zu übernehmen und berief das Mitglied der Landes-Kohlen-Kommission Direktor Soldan, worauf in dessen Gegenwart wenigstens bezüglich der Notstandsaktion für Wien eine Einigung erzielt worden sei, welche Dr. Oberthor in nachstehender Weise an Kohlenversorgungs-Inspektor Haunold nach Aussig depeschierte:

„Ohne Kontingente für Prag Zuckerfabriken, tschecho-slowakische Bahnen und die wichtigsten Betriebe zu kürzen; expediert tagtäglich bis auf weiteres vier ganze Kohlenzüge mit höchstens 2500 t für Wien Station Gmünd Gemeinde Wien städtischer Kohlenverkauf. Die Wagen sind mit Zettel zu versehen tschechischen Inhaltes: „Durch den tschecho-slowakischen National-Ausschüß gestattete Ausfuhr", damit die Sendungen unterwegs nicht sistiert werden. Meldet täglich expedierte Kohlenmenge. Verwendet, wenn notwendig, deutsche Wagen. Landeskohlenamt 209." Eine Verhandlung mit der deutschösterreichischen Regierung bezüglich der gesamten übrigen Kohlenfrage habe er derzeit abgelehnt, eine solche sei für Mittwoch den 20. November 1918 in Prag in Aussicht genommen worden. Sonach schien wenigstens der dringendste Bedarf Wiens gedeckt. Um jedoch die Einleitung der Abfertigung der Kohlenzüge unter allen Umständen sicherzustellen, begaben Referent und Dr. Kloß am 13. November 1918 sich zum Kohlenversorgungs-Inspektor Haunold nach Aussig. Derselbe habe die oben angeführte Depesche bereits erhalten und die Verteilung der Lieferung auf die drei Liefergruppen bereits durchgeführt gehabt. Es sei telephonisch die Zustimmung der deutschböhmischen Landesregierung zu der beabsichtigten Durchfuhr nach Wien eingeholt und auch wegen Benützung der im Revier stehenden deutschen Wagen ein Uebereinkommen mit der Aussig-Teplitzer Eisenbahn erzielt worden.

Zur Sicherung der anstandslosen Abfuhr der geschlossenen Kohlenzüge nach Gmünd sei der General-Direktor der tschecho-slowakischen Eisenbahnen Dr. Basta von den beabsichtigten Maßnahmen telephonisch in Kenntnis gesetzt worden. Dieser habe jedoch zunächst einen vollkommen ablehnenden Standpunkt eingenommen, indem er darauf verwiesen habe, daß die Versorgung der böhmischen Zuckerfabriken dermalen unter keinen Umständen gestört werden dürfe und die tschecho-slowakischen Bahnen über zu wenig Lokomotiven verfügten, um noch über diese Aufgabe hinaus geschlossene Züge nach Wien führen zu können. Erst auf die eindringlichen Vorstellungen und Bitten des Ober-Bergrates Dr. Kloß und dessen Bemerken, daß eine Verweigerung der Durchführung eines vom Narodny Vybor gemachten Zugeständnisses durch die tschecho-slowakische Bahnverwaltung seitens des

deutschösterreichischen Nationalrates als äußerst unfreundlicher Akt aufgefaßt werden müßte, erklärte sich General-Direktor Dr. Basta bereit, täglich, und zwar vorläufig auf zwei Tage provisorisch einen Zug nach Gmünd zu übernehmen. Dr. Kloß habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinde Wien zur Erleichterung der Verkehrslage bereit wäre, zwei Züge täglich über Schreckenstein auf den Nordwestbahnhof leiten zu lassen, über die Möglichkeit dieser Zugsleitung habe sich Dr. Basta jedoch nicht ausgesprochen. Da sich jedoch das Zugeständnis des Narodny-Vybor durch die von den tschecho-slowakischen Bahnen gemachten Schwierigkeiten auf jene Tagesmenge verminderte, welche in einem Zuge nach Gmünd, beziehungsweise über die Nordwestbahn zur Abfuhr gebracht werden konnte, sahen Referent und Ober-Bergrat Dr. Kloß sich bemüssigt, von dem Anerbieten Deutschlands Gebrauch zu machen und die nordwestböhmische Kohle in eigenen Waggons über Eger und Bayern nach Wien zu bringen. Es sei mit den Vertretern der drei Liefergruppen dahin übereingekommen worden, daß die erste Gruppe täglich zwei Züge über Bayern, die zweite Gruppe einen Zug über die Nordwestbahn und einen über Bayern und die dritte Gruppe einen Zug über Gmünd liefern solle. Die tägliche Gesamtverladung Wiens sollte hiebei 2500 t nicht übersteigen. Zwei Züge seien bereits in der Nachtschicht vom 12. auf den 13. November 1918 beladen worden. Sie sollten mit Begleitleuten über tschecho-slowakisches Gebiet gehen. Das Ergebnis bliebe abzuwarten. Nach alldem, was Referent und Dr. Kloß im Verlaufe ihrer Bemühungen erfahren hätten, wäre ein klagloses Abwickeln der Lieferung nicht sicher zu gewärtigen.

Bezüglich der Frage der Beistellung von Lokomotiven und Wagen zum Zwecke der Einleitung eines Pendelverkehres zwischen dem nordwestböhmischen Reviere und Wien würden die Verhandlungen mit dem Staatsamte für Verkehrswesen unter einem eingeleitet.

GR. Reumann macht aufmerksam, daß der Kohlenmangel die größte Gefahr sein werde, weil die Fabriken zum Feiern gezwungen und Tausende von Arbeitern keine Beschäftigung haben werden. Weiters, weil auch in Bezug auf die Hausbrandkohle eine Erregung ausgelöst werde, deren Folgen man nicht kenne. Es müsse also in erster Linie dafür gesorgt werden, daß diese Kalamität einigermaßen gemildert werde. Es werde vielleicht doch notwendig sein, nochmals an die deutsche Regierung heranzutreten, es sollte auch mit Bayern eine Verständigung gesucht werden, damit es die Sendungen nicht aufhalte.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller meint ebenfalls, daß die Einstellung des Zimmer- und Küchenbrandes furchtbare Konsequenzen haben werde. Die Leute können nichts kochen, hätten kalte Wohnungen und man wisse nicht, ob nicht die Einschränkung der Beleuchtung noch weiter ausgedehnt werden müsse. Wenn die Fabriken nicht arbeiten, werde ein ganzes Heer Arbeitsloser entstehen. Dazu komme, daß die Kohlennot heute eine internationale Frage sei und aus dem Auslande nur schwer Hilfe kommen könne. Die Staatsgewalt sei nicht nur in unseren Gebieten sehr schwach und es sei sehr fraglich, ob Deutschland uns irgendwie entgegenkommen könne. Er rege an, wenn die Verhandlungen des Herrn Eldersch in Berlin zu keinem Resultate führten, an das Staatsamt des Aeußeren heranzutreten, damit es sich, wie in der Lebensmittelfrage, auch in der Kohlenfrage an die Feinde wende. Das Interesse an ruhigen Zuständen sei nicht nur bei uns vorhanden. Es sei von der westfälischen und oberschlesischen Kohle gesprochen worden, der Herr Referent habe aber erklären müssen, daß die Transporte in Bayern durch den Soldaten- und Arbeiterrat aufgehalten wurden. Es wäre also gut, auch nach München jemand zu senden. Man müßte sich vielleicht auch speziell an England oder andere Staaten wenden, da der Winter vor der Türe stehe und eine Katastrophe vermieden werden müsse. Weiters sollen in den südlichen Gebieten große Kohlenvorräte für die Flotte lagern, es wäre also vielleicht möglich, auch mit der südslawischen oder italienischen Regierung zu verhandeln, daß man einen Teil dieser Kohle zurückgebe.

GR. Goltz bemerkt, daß in der Bevölkerung die Ansicht verbreitet sei, daß jetzt, wo doch viele Munitionsfabriken die Arbeit einstellten, große Kohlenvorräte für andere Zwecke verfügbar würden; vielleicht könnte man diese erfassen.

Regierungsrat Schmid begrüßt die Anregung bezüglich der Marinevorräte in Pola. Die Flotte sei nicht aktionsfähig, die Vorräte seien also unverwendbar und man sollte versuchen, sie für Wien zu erwerben. Wenn es seitens des Staatsrates nicht gehe, würde vielleicht ein separater Schritt von Wien eher Erfolg haben.

GR. Skaret teilt mit, daß sich bei den Prager Verhandlungen herausgestellt habe, daß im Mährisch-Ostrauer Gebiete über 2 Millionen Zentner Kohlen lagern, bei denen sogar die Gefahr bestehe, daß sie in Brand geraten würden. Es fehlten aber die Waggons. Es sei erklärt worden, man sei bereit, unter Umständen von dieser Kohle etwas abzugeben, verlange aber die notwendigen Waggons. Es sei gewiß gut, an die Entente zu denken und an die Lager, die von Italien beschlagnahmt worden seien, aber das Nächste wäre doch ein Ausgleich mit den Tschecho-Slowaken. Die Frage von Deutschböhmen müßte natürlich vollständig außer Spiel gelassen werden, denn die Abgrenzung der Kronländer werde Sache der Friedensverhandlungen sein.

Magistratsrat Dr. Fastenbauer bemerkt zu den verschiedenen Anregungen wegen der Beschlagnahme der deutschen Kohle durch den Arbeiter- und Soldatenrat in München habe das Staatsamt für öffentliche Arbeiten bereits beim Staatsamte für Aeußeres interveniert und beantragte, daß sich dieses mit der Münchner Regierung in Verbindung setze. Es sei das besonders wichtig, weil diese Beschlagnahme eventuell auch für die Lieferung von westfälischer Kohle von großer Bedeutung wäre. Bei den Verhandlungen in Berlin werde auch auf die Belieferung Wiens speziell Rücksicht genommen werden. Was die Inanspruchnahme von Kohle bei unseren Feinden betrifft, habe Sektionschef Zerdik beim Staatsamte für Aeußeres angeregt, die Entente zu bitten, daß sie auf die Tschechen einwirke, damit die Durchfuhr von Kohle gestattet werde. Das solle sich insbesondere auf die Gaskohle in Mährisch-Ostrau beziehen. In diesem Sinne werde auch bei den feindlichen und neutralen Regierungen interveniert werden. Was die Vorräte in den Fabriken betrifft, so habe der Herr Bürgermeister schon vor 14 Tagen den Auftrag gegeben, diesbezüglich Erhebungen zu pflegen. Er habe bei allen Fabriken, die vom früheren Ministerium für öffentliche Arbeiten beliefert worden seien, mit Ausnahme der Approvisionierungsbetriebe, angefragt, über wieviel Vorräte sie verfügen. Unter

50 großen Fabriken wären höchstens 4 bis 5 große, die größere Kohlenmengen gehabt hätten. Grobkohlen wären nur in geringer Menge vorhanden gewesen. Außerdem würden sich diese Fabriken bereits für die Friedensarbeit einzurichten beginnen und stellten diese Kohlen nur den Bedarf von 14 Tagen bis 3 Wochen dar. Wenn sie ihnen weggenommen werden, so sei die Gefahr, daß sie den Betrieb einstellen und mit Arbeiterentlassungen vorgehen müssen. Er habe daher an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten berichtet, daß die Vorräte dieser Fabriken nicht helfen würden. Das Staatsamt habe dann auch in der Umgebung Wiens bei den Munitionsfabriken Erhebungen angestellt. Das Ergebnis sei noch nicht bekannt. Speziell nach Blumau sei aber sehr viel Koksstaub gegangen, der für den Hausbrand und für das Gewerbe nicht in Betracht komme, es werde auch da nicht viel zu holen sein. Bezüglich der Marinekohle sei sofort, wie das Ereignis sich vollzogen habe, die im Rollen befindliche Kohle der Gemeinde Wien zugewiesen worden. Diese sei schon übernommen. Ferner seien beläufig 200 bis 300 Waggons, die auf unseren städtischen Lagerplätzen liegen. Was also in greifbarer Nähe gewesen ist, sei bereits in unserem Besitze. Er werde sich übrigens mit dem Staatsamte für Heerwesen in Verbindung setzen, um zu erfahren, welche Vorräte in Fiume und Pola lagern und von welcher Beschaffenheit sie seien, damit eventuell Verhandlungen mit der kroatischen Regierung eingeleitet werden könnten. Was endlich Mährisch-Ostrau betrifft, so sei dort momentan ein Waggonmangel nicht zu verzeichnen. Im Revier stünden 5000 leere Kohlenwagen, die keine Verwendung hätten, weil die Kohle nicht exportiert werden dürfe. Es sei daher seitens unserer Eisenbahnverwaltung verfügt worden, daß ein Teil dieser Wagen in das nordwestböhmische Revier geführt werde, um unsere 2600 t abzuholen. Ein Export aus Mährisch-Ostrau für das Gaswerk und den Hausbrand sei derzeit nicht möglich, weil die Tschecho-Skowaken sich vollständig ablehnend verhielten. Uebrigens seien die Verhältnisse dort umso schwieriger, als das Gebiet zwischen den Polen und Tschechen streitig sei. Für Mittwoch nächster Woche seien diesfalls Verhandlungen angesagt, wobei auch die Zufuhr von Ostrau zum Gaswerke geregelt werden soll.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt, daß er aus den Ausführungen entnehme, daß es sich hier nicht um den Waggonmangel und um die Förderung, sondern lediglich um eine politische Frage handle. Er stehe auf dem Standpunkte, die Versorgung der Gemeinde Wien sei eine wirtschaftliche Frage. Er bitte, nochmals zu erwägen, ob nicht die Wiener Gemeindevertretung, allerdings mit Zustimmung aller Instanzen, eine Deputation zu den Feinden schicken sollte, um diese Frage für Wien in Gang zu bringen. Es zeige sich eine Geneigtheit hiezu, Fett solle schon vorbereitet sein, es wäre also vielleicht möglich, daß Wien, das so viele internationale Sympathien besitze, auch die Hilfe der Entente erhalte, indem sie selbst liefere oder auf die Tschecho-Slowaken einen entsprechenden Druck ausübe. Wenn man mit dem Argument der Menschlichkeit komme, werde man keine Fehlbitte tun.

VB. Hoß bemerkt, Deutschland könne schwer liefern, weil ihm zu viele Waggons und Lokomotiven weggenommen wurden. Man müsse sich also vielleicht an die Entente wenden, daß sie Deutschland entgegenkomme und für den besonderen Zweck, um die Gemeinde zu beliefern, eine größere Anzahl Lokomotiven und Waggons freigebe. Das wäre eventuell in der Eingabe der Obmänner-Konferenz an die Entente anzuführen.

Mag.-R. Dr. Schlesinger berichtet hierauf über die

Futtermittelversorgung

und führt aus, daß die Gemeinde Wien bemüht gewesen sei, aus Russisch-Polen, Bosnien und Ungarn Rauhfutter zu beziehen und den Fuhrwerkern zuzuweisen. Diese Aktion sei jetzt leider unterbunden. In Bosnien seien 120 Waggons gepreßtes Heu, die nicht mehr herausgeschafft werden könnten, zwei Waggons ständen in Budapest, die von der Regierung nicht abgelassen würden. Als Ersatz seien im Auftrage des Herrn Bürgermeisters 1500 Waggons Zuckerrüben in Mähren gekauft worden, die getrocknet und nach Wien geschafft würden. Nachdem im tschechoslowakischen Staate große Ueberschüsse an Zuckerrüben seien, werde es hoffentlich gelingen, diese Rüben nach Wien zu bringen. Die Verhandlungen hätten bisher ein ziemlich günstiges Ergebnis. Die Situation der Futtermittelversorgung selbst sei folgende: Die Viehbesitzer in Wien erhielten 2 kg Heu per Pferd und 4 kg Mischfutter für leichte und 7 kg für schwere Pferde. Die Sendungen von Heu wären in letzter Zeit, besonders aus Oberösterreich, so günstig, daß die Futtermittel-Zentrale beschlossen hatte, die Quote auf 3 kg pro Tag zu erhöhen. Leider seien seit Eintritt der Demobilisierung die ganzen Bahnzufuhren wegen Waggonmangel unterblieben und würden daher auch für die nächste Woche nur 2 kg Heu zugewiesen werden können. Die Zufuhren per Achse hätten natürlich erst eingesetzt, als die landwirtschaftlichen Arbeiten vollendet gewesen wären und würden wieder aufhören, wenn schlechtes Wetter eintrete. Sie seien übrigens nicht bedeutend und kämen nur für die nächste Umgebung Wiens in Betracht. In Wien sei großer Mangel an Stroh. In Schwadorf und in Marchfeld lägen große Mengen, es sei aber schwierig, sie hereinzubringen, weil die Bespannungen fehlten. Beim Mischfutter bestünden immer große Schwierigkeiten. Vorige Woche sei zu befürchten gewesen, daß die Mischfutter-Erzeugung ganz eingestellt werden müsse. Durch die Vorräte, die in den militärischen Magazinen frei geworden seien, sei es aber gelungen, das Mischfutter für mehrere Wochen zu sichern. Mischfutter sei der Ersatz für das fehlende Hartfutter. Hafer gebe es nicht, weil er ausschließlich für die menschliche Ernährung verwendet werde. Was die Versorgung der städtischen Betriebe betreffe, so sei das Bestreben gewesen, einen gewissen eisernen Vorrat anzulegen, so daß bis Ende Dezember und sogar noch im Jänner das erforderliche Stroh zugewiesen werden könne, um die Betriebe über Wasser zu halten. Anderseits verfüge die Gemeinde über gewisse Ersatzfuttermittel, Gerstenschrot, getrocknete Zuckerrüben und Möhren, Trebern, frische Rüben, so daß es gelingen werde, den Futterbedarf der städtischen Betriebe noch in den nächsten Wochen zu decken.

GR. Leitner bedauert außerordentlich, daß das Fuhrwerk so schwer unter der Futternot leide. Die Fouragehändler müßten schon um 2 Uhr nachts ihre Kutscher zur Zentrale schicken, sie stünden dort mit ihren Streifwagen den ganzen Tag herum und kämen dann mit dem halbleeren Wagen nach Hause. Das verteuere die Sache ungemein. Es sollte eine gewisse Einteilung nach Bezirken stattfinden, daß jeden Tag ein anderer Bezirk daran komme, so daß die Waren nicht planlos hinfahren müßten

und dann nicht expediert werden könnten. Er habe ein sehr großes Interesse, daß die Pferde der Fuhrwerker wenigstens mit Ersatzmitteln versorgt werden würden. Man höre aber immer nur von Kürzungen, bis auf 3 kg pro Tag. Das gehe aber nicht, denn die Pferde fielen um. Der Pferdestand sei stark gesunken, allerdings hebe er sich jetzt wieder durch die erschwindelten Pferde. Er bitte, alles daran zu setzen, daß wenigstens Ersatzfuttermittel beschafft werden können.

Mag.-R. Dr. Schlesinger bemerkt, die Klage über die Ausgabe der Futtermittel sei vollständig begründet. Der Grund sei, daß die Abgabe nur an zwei Stellen erfolge. Er selbst habe schon mehrfach berichtet, man möge, wenn nicht in jedem Bezirk, so doch mehrere Abgabestellen errichten. In letzter Zeit sei noch eine dritte Abgabestelle errichtet worden, aber auch das sei zu wenig. Er werde bei jeder Gelegenheit auf eine Vermehrung der Stellen hinwirken, daß diese Uebelstände beseitigt werden würden. Auf Zuckerrüben sei in der nächsten Zeit noch nicht zu rechnen, denn die Rüben werden erst aus dem Boden genommen und getrocknet, es könne also auf sie erst im Jänner gerechnet werden.

Mag.-Sekr. Dr. Nather berichtet hierauf über die

Milchversorgung der Stadt Wien

und führt aus, daß der 31. Oktober für die Milchversorgung Wiens einen harten Schlag bedeute. Am Vortage sei die Anlieferung noch 120.000 l gewesen, daß Ausbleiben der ungarischen und böhmischen Milch habe die Anlieferung um 40.000 l verringert, so daß die Versorgung im vollen Maße nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Den unausgesetzten Bemühungen des Herrn Bürgermeisters sei es gelungen, zwar nicht das ganze, aber ein bedeutendes Quantum ungarischer Milch sicherzustellen, so daß wenigstens die Säuglinge und Kranken voll versorgt werden könnten. Was die mährisch-slowakische Milch betrifft, so habe der Herr Bürgermeister gleichfalls sofort ein Telegramm nach Brünn gerichtet und die Freigabe von 26.000 l mit dem Hinweis verlangt, daß auch die Angehörigen der tschechischen Nation in Wien sonst nicht befriedigt werden könnten. Referent habe auch mit dem Gesandten Tusar verhandelt. Dieser habe wiederholt zugesagt, er werde intervenieren und habe auch telegraphiert, aber Milch sei nicht gekommen. Er habe daher den Beirat der Milchversorgungsstelle für den 12. November zu einer Sitzung eingeladen und ersucht, Vorschläge über die weiteren Schritte zu machen. Es sei die Anregung gegeben worden, einen Aufruf zu verfassen, der vom Bürgermeister, der Frauenhilfsaktion, den ärztlichen Vereinigungen in Wien, den Konsumentenorganisationen und den Fürsorgestellen für Säuglings- und Kinderschutz unterschrieben sei und der die Gefahren schilderte, die durch eine Absperruug der Milchlieferung aus den mährisch-slawischen Gebieten drohten. Dieser Aufruf sei fertiggestellt und werde durch einen Kurier dem Nationalrat des tschecho-slowakischen Staates überreicht werden. In der letzten Stunde habe Direktor Elderfch mitgeteilt, es sei ihm gelungen, daß ein Quantum mährischer Milch für Wien freigegeben werde. Er habe sich sofort telegraphisch mit dem Narodny-Vybor in Verbindung gesetzt und erfahren, daß 5000 l freigegeben werden würden. Allerdings sei nicht zu erwarten, daß dies schon morgen oder übermorgen wirksam werden werde, denn die Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden und Bahnbetriebsämter dürften keine so große Bereitwilligkeit zu liefern zeigen. Immerhin sei aber zu erwarten, daß in den nächsten Tagen wenigstens ein Teil einlange und dann nicht nur die Kinder bis zu einem Jahr, sondern auch solche bis zwei, ja sogar sechs Jahren versorgt werden könnten. Die Milch aus den Gemeindegutspachtungen sei dabei schon eingerechnet.

GR. Kunschak teilt mit, er habe sich in seiner Eigenschaft als Landes-Ausschuß-Referent für die Kinderfürsorge an den Staatsrat gewendet, zu gestatten, daß er selbständig mit Ungarn verhandle, und es sei zugesagt worden, daß für Zwecke der Säuglingsfürsorge Milch aus Ungarn komme.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Mag.-R. Dr. v. Dierkes berichtet hierauf über die

Eierversorgung der Stadt Wien

und bemerkt, daß während in anderen Jahren noch im November Eier zugewiesen worden seien, heuer sämtliche Zufuhren von frischen Eiern aufgehört hatten. Sie seien in Prerau oder an der Grenze Polens beschlagnahmt worden. Es bleibe also nichts übrig, als die konservierten Eier auszugeben. Es stünden davon nicht ganz 12.000 Kisten zur Verfügung und müßten davon auch die Betriebe versorgt werden, deren Angestellte körperliche Arbeit leisten, die Straßenbahner, das Gaswerk und Elektrizitätswerk, die Polizei, Spitäler, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen. Es würde möglich sein, ungefähr 20 Wochen damit auszukommen. Was die Zufuhren betreffe, so kämen vor allem aus Galizien noch 1500 Kisten in Betracht, wenn die Durchfuhr gestattet werde. Auch in Russisch-Polen seien 120 Kisten angekauft und telegraphisch um die Ausfuhrbewilligung ersucht worden. Ebenso sei mit Ungarn verhandelt worden, daß uns aus der Eier-Zentrale in Budapest 2000 Kisten konservierte Eier überlassen werden würden, die wir wahrscheinlich auch bekommen werden, wenn seine Transportmöglichkeit vorhanden sei. Wenn Kälte eintrete, so machten 3 bis 4° Kälte nichts. Dann leiden die Eier allerdings sehr, seien aber noch zu verwenden, wenn sie nicht gleich in warme Räume kämen. Die neue Produktion dürfte im Jänner einsetzen. In Ungarn seien dann große Maßen vorhanden und es sei zu hoffen, daß bis dahin die Verhältnisse so weit geklärt seien, daß wir schon vom halben Jänner an wieder frische Eier bekommen werden.

Mag.-Ob.-Kom. Dr. Lorenz berichtet hierauf über die

Holzversorgung der Stadt Wien

und führt aus, daß bezüglich der Brennholzbeschaffung die Holzschlägerungsarbeiten in den Wäldern Niederösterreichs auf den Gütern Sierndorf des Grafen Colloredo-Mannsfeld, der Stifte Altenburg und Geras, Stockern des Baron Suttner, Schwarzenau der Baronin Widmann, Kirchberg am Walde des Fischer Ritter v. Ankern, Groß-Siegharts und Kirchberg an der Wild des Grafen van der Straten, Schrems des Baron Bach und Erdweis des Landgrafen Fürstenberg, der Berg- und Hütten-A. G. in Arnsdorf und des Stern in Klammgrub bei Hainfeld während der Wintermonate durch Enthobene und einheimische Holzschlägerungsarbeiter nach Tunlichkeit fortgesetzt worden seien. Im März sei es gelungen, die Zusicherung von 600 italienischen

Kriegsgefangenen von der Heeresverwaltung mit ärarischer Verpflegung gegen Ersatz der Verpflegskosten zu erhalten. Bekanntlich sei die ärarische Verpflegung zu schmal bemessen und habe stets durch Zubussen der Gemeinde Wien noch ergänzt werden müssen. Die Zahl der zugewiesenen Arbeitskräfte habe sich jedoch teils infolge Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsunwilligkeit, teils durch Erkrankung und Entweichen auf rund 350 Mann verringert, die bis zuletzt trotz der äußerst schwierigen Ernährungsverhältnisse die Schlägerungsarbeiten durchgeführt haben. Außerdem seien noch im Oktober je 90 Mann Arbeitssoldaten für zwei Arbeitsstellen zugewiesen worden, die aber nur 14 Tage tatsächlich gearbeitet haben. Insgesamt seien 112.000 rm erzeugt und hievon rund 78.000 rm mit 2900 Waggons und 20 Wasserfahrzeugen (Trauner, Flösse, Zillen) nach Wien gebracht worden. In dieser Summe seien die Bezüge aus Russisch-Polen, Steiermark, Mähren und Schlesien bereits inbegriffen.

Mit der Abgabe von Unterzündholz an die Bevölkerung sei im Februar begonnen worden; sie erfolgte unter Mitwirkung der Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler, der Kleinhändler mit Brennmaterialien und der Handelsgenossenschaften Wiens in der Weise, daß eine Höchstmenge von 5 kg wöchentlich für den Haushalt gegen Abtrennung eines Ziffernabschnittes des amtlichen Einkaufsscheines (Mehlbezugskarte, Einkaufsschein für Rindfleisch) abgegeben worden sei. Der Verkaufspreis habe wiederholt infolge der Steigerung der Fuhr- und Arbeitslöhne erhöht werden müssen. Er habe für hartes Holz anfangs 22, dann 27, jetzt 29 h, für weiches Holz 27, 34, jetzt 36 h für 1 kg betragen. Die Zahl der städtischen Abgabestellen sei nicht immer gleich gewesen. Die höchste Zahl sei 675 gewesen und derzeit bestünden 585 Abgabestellen. Insgesamt seien bisher rund 60.000 rm Brennholz oder 22,000.000 kg abgegeben worden. Der derzeitige Lagerstand der Gemeinde beläuft sich auf rund 18.000 rm, seit einigen Tagen sei nach einer Unterbrechung von mindestens sechs Wochen, die durch die Ernte- und Anbauarbeiten und den Waggonmangel infolge der Demobilisierung bedingt sei, wieder ein Einlauf von einigen Waggons täglich zu verzeichnen. Nach einer Berechnung werde eine Versorgung der Mindestbemittelten mit Unterzündholz in der bisherigen Weise während der Heizperiode bis 1. April möglich sein und auch die übrigen Haushalte würden bei Heranziehung der bei den Wiener Großhändlern teilweise schon bestehenden, teilweise noch zu erwerbenden Vorräten in die Lage versetzt sein, sich das zur Feuerung der Küchenherde und zur Beheizung der Zimmer nötige Unterzündholz im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Beschränkungen zu beschaffen.

Der Bürgermeister, der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat, bemerkt, daß das fehlende $^1/_2$ kg Kartoffel durch ein $^1/_8$ kg Mehl ersetzt werde. Eine bestimmte Menge Sauerkraut sei auch vorhanden, auch frisches Kraut sei gesichert. Die Fettquote von 4 dkg sei wieder in Aussicht gestellt. Nun komme die Frage, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit diesen Zuwendungen das Auslangen gefunden werde könne oder ob noch weitere Zuwendungen gegeben werden sollen. Es wäre vielleicht möglich, die Fettquote auf 6 dkg zu erhöhen. Er frage, ob dies jetzt geschehen oder noch gewartet werden solle.

Die Obmänner-Konferenz einigt sich dahin, daß mit einer Erhöhung der Fettquote zugewartet werden solle.

Auf die Frage des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, ob nicht als Ersatz für Kohle Holz ausgegeben werden soll, oder ob die Bevölkerung bezüglich des Kochens und Beheizens nur auf Kohle angewiesen sei, erwidert der Bürgermeister, daß die Kohle aus Westfalen im Anrollen sei, natürlich sei auch hier die Verkehrsfrage maßgebend. Die Verhandlungen in Prag hätten 200 t Braunkohle pro Tag für Wien ergeben. Das sei nicht genügend, aber immerhin ein gewisses Quantum. Deutschland sei bereit, den Transport oberschlesischer Kohle über Bayern zu vollziehen, verlange aber die Vorausbezahlung auf einen Monat, und zwar in Mark. Es bestünden momentan die größten Schwierigkeiten, einen so großen Posten Mark zu beschaffen. Auch die Vorausbezahlung sei eine drückende Bedingung. Er habe mit Köniser verhandelt, daß er für das Elektrizitätswerke inen Schluß mache, und er wolle mit der Länderbank verhandeln, daß sie der Gemeinde seine Fakturen in Mark bevorschusse Das sei für die Gemeinde ein ziemlich bedeutender Schaden, aber es werde nichts anderes übrigbleiben. Was die Verhandlungen mit der Entente betrifft, so seien sie eigentlich Sache der deutschösterreichischen Regierung und es frage sich, ob die Gemeinde Wien eine Sonder-Deputation in die Schweiz schicken soll.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erwidert, es solle dies natürlich nur mit Zustimmung des Staatsrates geschehen. Wenn der deutschösterreichische Staat jemanden hinschickt, so sei das eine politische Mission, wenn aber die Gemeinde jemanden entsendet, sei dies lediglich eine Menschlichkeitsfrage. Man müsse die furchtbare Situation darstellen, in die die Gemeinde durch den Kohlenmangel gerate.

Der Bürgermeister bemerkt, daß ein Schritt schon geschehen sei; über seine Bitte hätten die Gesandten der neutralen Staaten nach Prag, Budapest, Warschau und Agram eine mit allen ihren Unterschriften versehene Eingabe gerichtet, die auch vom Nuntius unterzeichnet worden sei. Die Wirkung dieses Schrittes sei noch nicht bekannt.

Die Obmänner-Konferenz ermächtigt den Bürgermeister im Sinne der Anregung des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller die nötigen Einleitungen zu treffen.

Hierauf wird die Konferenz um 7 Uhr abends geschlossen.

* * *

Ausweis über den Schlachtviehauftrieb auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx

am 12. November 1918.

Schlachtviehauftrieb: 574 Stück Mastvieh, 236 Stück Beinlvieh, zusammen 810 Stück. Darunter befanden sich: 279 Stück Ochsen, 135 Stück Stiere, 396 Stück Kühe — Stück Büffel, zusammen 810 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Oesterreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück.

Außerdem langten für die Großschlächterei für die Volksfürsorgeaktion ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück und für die Eigenregie der Garnison und die Großschlächterei für die Provinz: Schlachtviehauftrieb: 41 Stück Mastvieh, 28 Stück Beinlvieh, zusammen 69 Stück. Darunter befanden sich: 25 Stück Ochsen, 14 Stück Stiere, 30 Stück Kühe, zusammen 69 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens
in der Zeit vom 12. bis 16. November 1918.

In der kurzen seit der letzten Berichterstattung verflossenen Zeit sind die Gesundheitsverhältnisse der Stadt gleich günstig geblieben und ist insbesondere sowohl die Zahl der Erkrankungen, als die der Todesfälle nach Grippe wesentlich zurückgegangen. Auch die übrigen Infektionskrankheiten weisen einen geringen Stand auf.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 13. November 1918.

Empfang	Betrag K	Betrag h	Ausgaben	Betrag K	Betrag h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . . Bargeld .	2,105.000	—	Fortlaufende Unterstützungen	3,267.296	91
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,286.822	91
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	[1]) 6,348.548	46	Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger .	29,077.195	35
Spenden für Ausspeisungszwecke:					
a) Freitischablösungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling	[2]) 3,525.000	—	Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	3,099.914	13
b) Abfuhren des Komitees des „Schwarzgelben Kreuz" . . . . . Bargeld .	[3]) 1,372.222	80	Beiträge an Fürsorgestellen, Bargeld . . .	1,138.916	88
Wertpapiere im Nennwerte von .	135.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
c) Sonstige . . . . . Bargeld .	[4]) 1,644.732	69	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	114.920	45
in Wertpapieren .	—	—			
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . Bargeld .	[5]) 569.868	31	Verläge gegen Verrechnung	51.331	46
Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	[6]) 5,917.872	27			
Zinsen der Wertpapiere	304.046	61			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Ausspeisung	9,859.197	05			
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,903.163	62			
Summe: Bargeld .	34,549.651	81	Summe: Bargeld .	39,036.398	09
Wertpapiere im Nennwerte von .	185.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld .	39,036.398	09	Anmerkung:		
Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—	An laufenden Unterstützungen für 76 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 2.936 K 50 h		
Daher Abgang .	*) 4.486.746	28			
verfügbar .	135.000	—			

Wien, am 13. November 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h Nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h
[2]) „ „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ „ 18.391 „ 55 „
[3]) „ „ „ „ „ „ 252.000 „ — „ „ „ „ 227.140 „ 80 „
[4]) „ „ „ „ „ „ 83.733 „ 80 „ „ „ „ 77.008 „ 80 „
[5]) „ „ „ „ „ „ 400 „ — „ „ „ „ 314 „ — „
[6]) „ „ „ „ „ „ — „ — „ „ „ „ — „ — „
715.570 K 40 h 621.610 K 56 h.

*) Gedeckt zum Teile aus dem vom k. k. Finanz-Ministerium erhaltenen Vorschuß von 1.000.000 K, mit dem Reste aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 15. November 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	a. a.
I.	3323	3056	—	4	20	243	—
II.	38737	36690	110	106	11	1820	—
III.	29308	28156	400	185	77	490	—
IV.	6910	6164	211	44	150	181	160
V.	24903	23935	25	Abt. XI:111 20	178	634	—
VI.	9731	9704	—	—	27	—	—
VII.	9370	9063	—	90	17	200	—
VIII.	10509	8336	49	10	38	1854	222
IX.	19062	18496	—	—	15	551	—
X.	40545	39942	19	234	110	49	191
XI.	10768	10489	—	26	36	217	—
XII.	27815	27345	—	75	28	—	367
XIII.	29143	27478	—	510	35	1120	—
XIV.	29199	28353	—	122	36	688	—
XV.	17550	16998	—	54	19	479	—
XVI.	54128	53001	677	400	50	—	—
XVII.	33241	32371	163	149	53	380	125
XVIII.	14221	14076	5	30	4	106	—
XIX.	10582	10247	95	45	20	175	—
XX.	35382	34330	166	255	11	620	—
XXI.	17194	16535	102	166	82	309	—
Summe	471621	454765	2022	2636	1017	10116 + 1065 = 11181	

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel		Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 4. November bis 10. November 1917. Preise in Hellern von	bis	25. Juli 1914 von	bis	Woche vom 3. November bis 9. November 1918. von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	inländisches	vorderes	1 kg	698	1280	160	220	720	1800
	ausländisches		"	—	—			—	—
	inländisches	hinteres	"	800	1460	180	260	840	2000
	ausländisches		"	—	—			—	—
Schweinefleisch		im freien Handel	"	—	—	160	280	—	—
		städtisches	"	—	—	160	280	1500	1600
Pferdefleisch		vorderes	"	—	450	88	112	—	450 *)
		hinteres	"	—	560	96	120	—	560 *)
Kartoffel	inländische	runde (frühe)	"	36	44	20	26	62	72
	ausländische		"	—	—			—	—
Zwiebel			"	166	204	32	40	180	284
Zucker			"	116	156	80	92	148	300
Weizenmehl		Auszugmehl	"	—	120	42	48	—	276
		Mundmehl	"	—	67	40	44	—	170

*) Handelspreise Vorderes 12 bis 21 K, Hinteres 14 bis 22 K.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 4. November bis 10. November 1917		25. Juli 1914		Woche vom 3. November bis 9. November 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Brot	weißgemischt	kg	—	—	27·8	42·7	—	—
	schwarzgemischt	„	—	57·1	25·5	39·7	—	124
Sauerkraut		„	—	—	—	—	—	156
Fisolen		„	—	—	36·	40	—	—
Erbsen	ganz	„	—	—	32	48	—	—
	gespalten	„	—	—	48	64	—	—
Reis		„	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz			—	—	176	200	—	—
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	—	—	154	200	Höchstpreise: — Handelspreise: —	—
Butter	ausländische	12 dkg Tee-	200	202	320	1 kg 400	—	3080
	inländische		1663	1683	220	300	—	—
		Koch-	—	—	—	—	—	—
Margarine		„	—	833	160	200	—	833
Eier	frische	1 Stück	30	52	7	10	79	130
	konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	80	88	26	32	104	112
	Kinder-	„	—	—	20	26	120	164
Petroleum		„	—	50	26	36	—	78
Kohle	Stein-	50 kg	346	453	186	204	500	780
	Braun-	„	—	300	107	119	490	600

Gemeinderat.

Sitzung:
Mittwoch, 19. Februar, 3 Uhr nachmittags.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 6. Februar 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Hoß und Reumann.

Anwesende: VB. Rain und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schwer, Siegel, Spalowsky, Vaugoin, Weber und Weigl.

Entschuldigt: die StR. David, Hohensinner, Skaret, Tomola und Winter.

Beigezogen: Dior. Hofer des Arbeiter-Fürsorgeamtes.

Schriftführer: Mag.-Konz. Dr. Forkl.

VB. Hoß eröffnet die Sitzung.

Antrag des StR. Jung:

Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß die Baumeister in der Lage wären, kleinere Arbeiten sogleich auszuführen, da sie über die nötigen Baumaterialien und Arbeitskräfte verfügen. Ich stelle daher den Antrag: Es sind kleinere Baumeisterarbeiten der Gemeinde Wien bis zur ungefähren Höhe von 6000 K sofort zu vergeben.

(Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Dank des Medizinischen Doktorenkollegiums als Kurator der Karolinen-Kinderspital-Stiftung für das diesem Spitale gewährte Darlehen von 60.000 K. (Zur Kenntnis.)

Anfrage des StR. Siegel:

Das Schulgebäude 10., Hebbelplatz war schon nahezu vom Militär geräumt. Vor einigen Tagen ist diese Schule wieder mit Militär voll belegt worden, da es den Soldaten in den Baracken, in denen sie untergebracht waren, zu kalt wurde. Nun befindet sich in der Quellenstraße 73 auch ein Schulgebäude, das vom Militär auch besetzt ist, aber fast nicht benützt wird. Letztere Schule ist ein altes Gebäude, das wohl zu Schulzwecken nicht mehr benützt werden kann, wohl aber zu Bequartierungszwecken geeignet ist. Die Schule am Hebbelplatz ist dagegen ein neues Gebäude und die Aussicht, dasselbe wieder seinen ursprünglichen Zwecken dienstbar zu machen, ist durch den neuerlichen Militärbelag wieder in die Ferne gerückt.

Ist der Herr Bürgermeister geneigt,

1. in kurzem Wege zu veranlassen, daß die militärische Einquartierung von der Hebbelschule in die Schule Quellenstraße 73 übersiedelt,

2. daß dem Stadtrate Bericht erstattet wird a) über die Zahl der Schulen, die noch militärisch besetzt sind, b) in wie vielen Schulen wegen Mangels an Schulgebäuden noch der Halbtagsunterricht besteht, c) wie weit die Instandsetzungsarbeiten in den freigegebenen Schulen fortgeschritten sind und wann diese dem Schulbetriebe zugeführt werden?

Punkt 1 der Anfrage wird in der nächsten Stadtrats-Sitzung beantwortet werden; Punkt 2 wird einem Komitee, bestehend aus den StR. Hellmann, Hohensinner, Schwer und Tomola, zugewiesen.

StR. Emmerling beantragt: Der Magistrat wird beauftragt, dem Staatsamte für Heerwesen einen Endtermin zur endgiltigen Räumung der besetzten Schulen bekanntzugeben.

(Dieser Antrag wird ebenfalls dem obbezeichneten Komitee zugewiesen.)

StR. Siegel wünscht, daß die Instandsetzungsarbeiten in den Schulen beschleunigt werden.

Antrag des StR. Johann Körber:

Die Substituten (Revisoren, Fahrmeister) machen schon monatelang in der Uniform der Bediensteten Unterbeamtendienst. Dieselben haben die Prüfung schon lange gemacht. Herr Ober-Inspektor Zumpe hat die Beförderung schon lange an die Betriebsleitung abgegeben. Der Betriebsleiter Hradetzky hatte einer Deputation die Erledigung des Ansuchens zugesagt. Aber erledigt wurde nichts. Es wird der Antrag gestellt:

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird angewiesen, die Beförderung obgenannter Substituten sofort rückwirkend ab 1. Oktober 1918 durchzuführen.

(Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.)

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 1787, M.B.A. XXI, 17933.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk an Magdalena Röder hinauszugebende Baubewilligung zur Errichtung eines zweistöckigen Gebäudes auf der ihr gehörigen Liegenschaft Kat.-Parz. 785/2, Einl.-Z. 523 Grundbuch Strebersdorf, wird bestätigt.

Berichterstatter StR. Müller:

(P. Z. 1735, M.Abt. X, 9575.) Die Vergebung der einfachen Gräber Nr. 240 bis 266 in der Gruppe 13 des Hetzendorfer Friedhofes als eigene Gräber unter Beibehaltung ihrer der zeitigen Ausmaße wird genehmigt.

(P. Z. 1804, M.Abt. XV, 1796.) Die Mitbenützung von Turnsälen durch das sozialdemokratische Wahl-Komitee für den 12. Bezirk in zwei Schulen dieses Bezirkes zur Abhaltung von Wählerversammlungen wird unter den üblichen Bedingungen genehmigt.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 1733, M.Abt. IV, 3354.) Den städtischen Feuerwehrbediensteten, die bei der Verlegung der Gegenstände des städtischen Feuerwehrmuseums in das Gebäude der Feuerwache Neubau mitgewirkt haben, werden in Anerkennung ihrer eifrigen Mühewaltung Remunerationen bewilligt. Die erwachsende Auslage von 225 K wird genehmigt.

(P. Z. 1724, M.Abt. II, 10004.) Der Feuerwehrtelegraphistenswitwe Marie Lukesch wird eine Abfertigung von 2238 K 75 h angewiesen.

(P. Z. 1749, M.Abt. IV, 2780.) Dem Unternehmer für die Bespannung der Freiwilligen Feuerwehr Penzing Leopold Katzelmayer wird vom 8. August 1918 angefangen die bisher mit 5520 K jährlich vereinbarte Entschädigung für die Bereithaltung von zwei Pferdepaaren samt Kutschern bei Aufrechterhaltung der sonstigen Bestimmungen des Stadtrats-Beschlusses vom 21. August 1913, P. Z. 13731, gegen jederzeitigen Widerruf auf 10.800 K jährlich erhöht. Für die im laufenden Verwaltungsjahre erwachsenden Mehrkosten im Betrage von 4740 K wird ein zweiter Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XX 4 a des Voranschlages bewilligt.

(P. Z. 1760, M.Abt. IV, 4157.) Dem Brand-Direktor Hugo Jenisch wird für die ausgezeichnete Leitung der Löscharbeiten der städtischen Feuerwehr bei den großen Bränden im Jahre 1918, insbesondere anläßlich des Großfeuers im Arsenal am 2. Dezember 1918 die vollste Anerkennung und der Dank des Stadtrates ausgesprochen. Den Ober-Inspektoren der städtischen Feuerwehr Richard Mayer, Ernst Schister und Anton Wagner, den Inspektoren Kornelius Holler und Karl Orleth und dem Brandmeister Johann Stanzig wird für ihre hervorragenden Leistungen anläßlich der im Berichte des Feuerwehr-Kommandos angeführten Brände und Hilfeleistungen der städtischen Feuerwehr die volle Anerkennung ausgesprochen, außerdem wird den Ober-Inspektoren Richard Mayer und Ernst Schister, den Inspektoren Karl Orleth und Ernst Hye v Hyeburg, den Brandmeistern Johann Stanzig, Karl Zuleger, Ing. Paul Bernaschek, sowie dem Brandmeister-Assistenten Leopold Weinert für die beim Brande im Arsenalgebäude am 2. Dezember bewiesene Tatkraft und Unerschrockenheit die Anerkennung ausgesprochen.

Den in den Berichten des Feuerwehr-Kommandos angeführten Unterbeamten und Mannschaftspersonen der städtischen Feuerwehr werden in Anerkennung ihrer Leistungen bei den daselbst angegebenen Anlässen Ehrengaben im Betrage von zusammen 4066 K bewilligt.

(P. Z. 1808, M.Abt. IV, 69.) Den Feuerwehrmännern 1. Klasse Otto Novey, Maximilian Ollmann, Anton Schmidt, den Fahrern der städtischen Feuerwehr Ferdinand Eiboeck, Amand Goebert, Josef Lamm, Gottfried Moser, den Kutschern Max Schmidt, Leopold Wimmer, dem Löschmeister 2. Klasse Franz Stark und dem Rauchfangkehrer Rafael Roschai wird das Definitivum verliehen.

Berichterstatter StR. Heindl:

(P. Z. 1748, M.Abt. III, 151.) Robert Papke wird über sein Ansuchen aus dem Mietverhältnisse bezüglich des Gewölbes Nr. 4 a im allgemeinen Versorgungsfondshause 1., Kärntnerstraße 47, ab Februartermin 1919 entlassen. Das Gewölbe wird von diesem Termine angefangen an den Damenfriseur Ludwig Lang um den Jahreszins von 2400 K gegen halbjährige Zinszahlung und halbjährige Kündigung vermietet.

Berichterstatter StR. Dr. Kienböck:

(P. Z. 1751, M.Abt. XI c, 474.) Die Gemeinde Wien errichtet am 1. März 1919 eine unentgeltliche Rechtshilfestelle für Bedürftige als Zweig der städtischen Wohlfahrtspflege. Der vorgelegte Entwurf der Satzungen der Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige wird genehmigt. Die Dienstesanweisung der Rechtshilfestelle wird der Stadtrat auf Antrag ihres Plenums erlassen.

Zur Bestreitung der einmaligen Kosten der Errichtung der Rechtshilfestelle für Bedürftige wird ein Kredit von 4000 K, zur Bestreitung der jährlichen Betriebskosten ein Kredit von 9000 K bewilligt. Für das im Voranschlage des Verwaltungsjahres 1918/19 unbedeckte Erfordernis von 6000 K wird zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 3 ein Zuschußkredit in der gleichen Höhe genehmigt.

Der Magistrat wird ermächtigt, zur Unterbringung der Rechtshilfestelle für Bedürftige das von der Verwaltung des Hauses 9., Peregringasse 2, gestellte Mietanbot mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1919 angefangen anzunehmen.

(An den Gemeinderat.)

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1783, Str.B., 880.) Die Lieferung von 100 m³ Eschenbrettern, 1 Zoll stark, wird der Firma Matthias Heiduk übertragen. Die auflaufenden Kosten per 49.000 K werden auf den Betriebsvoranschlag für 1918/19, wo sie bedeckt sind, verwiesen.

(P. Z. 1784, Str.B., 619.) Die Lieferung von rund 10.000 kg Motorenöl zum Preise von 248 K, weiters von rund 3600 kg Lagerfett zum Preise von 470 K und rund 340 kg Autofett zum Preise von 670 K für je 100 kg wird an die Firma Adam & Komp. übertragen; das Angebot der Firma Karl Suchy wird abgelehnt und die Kosten von zusammen rund 44.000 K, welche im Betriebsvoranschlage für 1918/19 bedeckt sind, werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Dr. Haas:

(P. Z. 1811, M.Abt. XV, 1775.) Dem Kirchenverschönerungsverein „Muttergottesbund" im 20. Bezirke in der Pfarre St Brigitta wird die Mitbenützung des Turnsaales der Mädchen-Bürgerschule 20., Jägerstraße 54, am 9. Februar 1919 von 3 bis 6 Uhr nachmittags, für die diesjährige Generalversammlung unter den üblichen Bedingungen genehmigt.

(P. Z. 1812, M.Abt. XV, 1852.) Dem Deutschen Wählerverein Wien 21, sowie dem Bezirks-Wahl-Komitee Floridsdorf wird die Mitbenützung des Turnsaales der Knaben-Bürgerschule 21., Kahlgasse 8, am 12. Februar 1918, halb 6 Uhr nachmittags, beziehungsweise am 9. Februar 1919, vormittags, zur Abhaltung einer Versammlung unter den üblichen Bedingungen bewilligt.

(P. Z. 1668, Jug.A., 43.) Primarius Dr. Rossival, Dozent Dr. v. Reuß und Frau Dr. Weiß-Eder werden als Jugendärzte der Bezirks-Jugendämter Favoriten, beziehungsweise Sechshaus und Rudolfsheim gegen ein Jahreshonorar von 2000 K für vier Arbeitsstunden in der Woche, beziehungsweise von 3000 K für sechs Arbeitsstunden in der Woche bestellt. Diese Dienstverhältnisse sind beiderseits einmonatlich ohne Angabe von Gründen kündbar. Die mit Stadtrats-Beschluß vom 9. Jänner 1913 genehmigte „Dienstanweisung für die Kinderärzte der städtischen Berufsvormundschaft" hat auf das Dienstverhältnis dieser Jugendärzte sinngemäße Anwendung zu finden.

(P. Z. 1737, M.Abt. XI b, 3094.) Dem Sekundararzte des Jubiläums-Spitales Dr. Tobias Köhle wird der zu Ausbildungszwecken nachgesuchte vierwöchige Karenzurlaub bewilligt.

(P. Z. 1738, M.Abt. XI b, 1932.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 17. Jänner 1918 wird genehmigt, daß dem Jubiläums-Spitale aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien für jeden Militärverpflegstag und für jeden überzähligen Zivilverpflegstag ab 1. Juli 1917 jener Teil des 14 K 30 h betragenden tatsächlichen Verpflegskostenaufwandes zu vergüten ist, der die von anderer Seite zu bezahlenden Verpflegskosten übersteigt.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1806, M.Abt. XIX, 1527.) Im Stande des Steueramtes werden im Wege der Zeitbeförderung infolge der Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit mit den bezeichneten Rangstagen ernannt:

Zu städtischen Steueramts-Kontrolloren die Steueramts-Adjunkten: Heinrich Wöber (30. Juli 1916), Karl Gruedl (31. August 1916), Heinrich Mattis (6. September 1916), Anton Kundratsch (27. Oktober 1916), Adolf Gaßler (5. Dezember 1916), Alfred Fechner (16. Jänner 1917), Alfred Mayer (26. Jänner 1917), Julius Krasser (27. März 1917), Robert Kröppl (3. April 1917), Alois Weinhappel (3. Juni 1817), Alois Lehmann (13. September 1917), Leo Sekora (6. November 1917), Ludwig Kappel (13. Dezember 1917), Rudolf Schrantz (6. Juli 1918) und Johann Prinz (8. Juli 1918);

zu städtischen Steueramts-Adjunkten die Steueramts-Offiziale: Engelbert Loibl (16. Mai 1916), Adolf Hranicka (11. Juli 1916), Rudolf Ballek (24. Juli 1916), Albert Egle (15. August 1916), Johann Löhlein (15. August 1916), Georg Gimbosia (16. November 1916), Richard Ballaban (13. Dezember 1916), Ferdinand Posselt (12. März 1917), Friedrich Strobl (14. Mai 1917), Josef Schuller (14. Mai 1917) und Johann Schlor (16. Juli 1917);

zu städtischen Steueramts-Offizialen die Steueramts-Akzessisten: August Kalsner (14. Juni 1916), Oswald Frieß (14. Juni 1916), Johann Schwarz (16. November 1916) und Alois Loos (16. Juli 1917).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1791, M.D., 8566) Der Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Oswald Felkel wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Sekretär mit dem Range vom 29. Dezember 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1621, M.D., 7844.) Jene Kanzlei-Hilfsdiener, welche eine mindestens zehnjährige effektive ununterbrochene Dienstzeit bei der Gemeinde Wien aufweisen, sind unter der Voraussetzung ihrer Unbescholtenheit und vollkommen zufriedenstellenden Verwendung über ihr Ansuchen entsprechend ihrer Dienstzeit in den Amtsdienerstatus einzureihen, und zwar bei einer Dienstzeit von 10 bis 20 Jahren

als Amtsdiener 2. Bezugsklasse und bei einer Dienstzeit von mehr als 20 Jahren als Amtsdiener 1. Bezugsklasse. Der Genuß des neuen Gehaltes beginnt mit dem ersten Tage des auf die Ernennung folgenden Monates, der Bezug des Quartiergeldes mit dem ersten Tage des der Ernennung folgenden Zinsquartales.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1712, M.D., 904.) Die Gemeinde Wien ist mit der Liquidierung der Oesterreichischen Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft einverstanden. Die Gemeinde tritt einem nach dem vorliegenden Statutenentwurfe zu gründenden Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbande für den Viehverkehr, G. m. b. H., mit einem Kapitale von 5,000.000 K bei. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 1753, B.Sch.R., 16707.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin 1. Klasse Berta Falk aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen 20., Gerhardusgasse 7, an die allgemeine Volksschule für Mädchen 9., Galileigasse 9, wird die Zustimmung erteilt.

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 1736, M.Abt. X, 7362.) Dem Josef Kainz wird das eigene Grab Gruppe 6, Reihe 1, Nummer 1 im Ottakringer Friedhofe um die Gebühr von 500 K auf Friedhofsdauer überlassen. Sollte die erste Leiche nicht zugewiesen sein, dann ist diese Gebühr durch Nachzahlung von 1000 K auf insgesamt 1500 K zu erhöhen.

(P. Z. 1786, M.B.A. XVI, 7/H.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 44 Ansuchen um Nachsicht, beziehungsweise Ermäßigung der Hundesteuer pro 1918 und 1919 werden mit den von Ober-Magistratsrat Langthaler beantragten Aenderungen genehmigt.

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1734, M.Abt. V, 103.) Der Magistrat wird ermächtigt, bei den mit der Firma R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro & A. Kurz über ihre Mehrforderungen anläßlich der Herstellung des eisernen Tragwerkes der Brücke über die alte Donau im Zuge der Wagramerstraße zu pflegenden Verhandlungen im Sinne seines Berichtes vorzugehen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist wegen Genehmigung des Kostenerfordernisses an den Stadt- und Gemeinderat zu berichten.

(P. Z. 1795, M.D., 901.) Dem Titular-Kanzlei-Ober-Offizial Georg Reiß werden ohne Einreihung in eine Rangsklasse die Bezüge der 8. Rangsklasse der städtischen Beamten ab 1. Februar 1919 samt dem Anspruche auf die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen wie bei den Beamten des Kanzleistatus und der Titel eines Kanzlei-Direktions-Adjunkten verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 1793, M.D., 90.) Der Magistrats-Kommissär Karl Lachmayr wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Ober-Kommissär mit dem Range vom 2. Jänner 1919 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1797, M.D., 899) Im Stande der rechtskundigen Beamten werden im Wege der Zeitbeförderung mit den bezeichneten Rangstagen ernannt:

Zum Magistrats-Sekretär der Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Renatus Delanoy (1. Juli 1918);

zu Magistrats-Ober-Kommissären die Magistrats-Kommissäre: Theodor Gunkel (1. Juli 1916), Mauritius Stollewerk (7. Oktober 1916) Dr. Ludwig Jungwirth (16. November 1916), Dr. Georg Bogner (11. Mai 1917), Dr. Hans Buchmann (30. Juni 1917), Richard Kraftel (3. September 1917), Dr. Josef Schindler (7. Oktober 1917), Dr. Kasimir Reisinger (24. November 1917), Dr. Adolf Stempfl (19. August 1918), Dr. Friedrich Edler v. Tepser und Dr. Ignaz Pichler (12. September 1918);

zu Magistrats-Kommissären die Magistrats-Konzipisten Dr. Rudolf Eckensberger (24. Juli 1916), Dr. Franz Kerschbaum und Dr. Eduard Skalicki (12. Oktober 1916), Rudolf Schinell (20. Dezember 1917) und Dr. Robert Walchensteiner (18. Juli 1918). (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1792, M.D., 8456.) Der Mag.-Ob.Komm. Dr. Josef Fischer wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Sekretär mit dem Range vom 29. Dezember 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Dr. Hein:

(P. Z. 1740, M.Abt. XV, 1416.) Zur gnadenweisen Zuerkennung der höheren Remuneration an die aushilfsweise bestellte provisorische Lehrerin 2. Klasse Dr. Stephanie Endres, die das Lehrbefähigungszeugnis für Bürgerschulen, aber nicht das für allgemeine Volksschulen besitzt, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1752, B.Sch.R., 1227.) Die Volksschullehrerin 2. Klasse Leopoldine Schwerwacher wird gemäß § 38 des n.-ö. Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. Februar 1919 zur Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 16., Gaullachergasse 49, ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(Bgm. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Spalowsky

(P. Z. 1815, A.F.A., 208) berichtet über den Antrag des StR. Emmerling und Genossen wegen Gewährung eines 50 prozentigen Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeinde und stellt folgende Anträge:

1. Die Gemeinde Wien anerkennt prinzipiell die Notwendigkeit einer Differenzierung der Arbeitslosenunterstützung in Wien und dem übrigen Deutschösterreich.

2. Unter dieser Voraussetzung erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, vom 1. Februar 1919 an die deutschösterreichischen Familienerhalter, welche im Genusse einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung und von Familienzulagen stehen, einen Zuschuß von täglich 3 K täglich zu gewähren.

Solche Familienerhalter, welche erst neu in die Arbeitslosenunterstützung genommen werden, haben von dem Tage, an dem ihr Anspruch an die staatliche Unterstützung wirksam ist, den Zuschuß zu erhalten.

3. Dieser Zuschuß wird jedoch nur solchen Familienerhaltern gewährt, die vor dem 1. Februar 1919 in Wien wohnhaft waren.

4. Die Gemeinde Wien beansprucht eine entsprechende Einflußnahme auf die Zuerkennung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

5. Die Gemeinde fordert von der Regierung strenge Maßnahmen, die einen Mißbrauch des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung in Zukunft verhindern.

6. Es wird ein siebengliederiges stadträtliches Komitee eingesetzt, das anläßlich der bevorstehenden Regelung der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung die Wünsche der Gemeinde feststellt und der Regierung zur Kenntnis bringt.

Zusatz-Antrag des StR. Dr. Hein:

An die Spitze dieses Beschlusses ist folgender Passus zu stellen:

Die Gemeinde Wien spricht das tiefste Bedauern darüber aus, daß trotz der längst erfolgten faktischen Beendigung des Krieges die Blockade als schärfste Form des wirtschaftlichen Krieges noch immer aufrecht erhalten wird, wodurch die Arbeitslosigkeit herbeigeführt und die Ruhe und Ordnung auf das Schwerste gefährdet wird.

StR. Müller beantragt: Den Familienerhaltern wird auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung eine tägliche Zulage von mindestens 2 K gewährt. Jene Familienerhalter, die außer ihrer Person mehr als zwei Mitglieder zu versorgen haben, wird für jedes weitere Familienmitglied eine weitere Krone ausbezahlt.

(Referenten-Anträge und Zusatz-Antrag Dr. Hein einstimmig angenommen; Antrag Müller abgelehnt.)

(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet zur P. Z. 1830, BD. 597, betreffend die Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot, und beantragt:

1. Die Durchführung der in der Zusammenstellung des Stadtbauamtes enthaltenen, mit 58,690.000 K veranschlagten öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot wird genehmigt und der auf die Gemeinde Wien entfallende Betrag von 53,690.000 K bewilligt.

Von diesem Betrage sind 4,200.000 K aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1908, 24,730.000 K aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1914, 19,670.000 K aus dem Anlehen vom Jahre 1918, 1,090.000 K aus den Betriebsmitteln der städtischen Gaswerke und 4,000.000 K aus der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtschen Straßenbahnen zu bedecken. Der auf das Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 verwiesene Betrag von 4,200.000 K ist bis zur Begebung des noch unbegebenen Restes dieses Anlehens vorschußweise aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1914 zu bestreiten.

Der in der Zusammenstellung angegebenen Reihenfolge der Ausführung der Hochbauten, Tiefbauten und Erdarbeiten wird zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß deren Einhaltung von vielen nicht vorherzusehenden Umständen, wie Beschaffung der Baustoffe und sonstigen technischen Hindernissen abhängt, ist der Stadtrat aber ermächtigt, im Bedarfsfalle die Folge der Arbeiten im eigenen Wirkungskreise zu ändern.

2. Die n.-ö. Landesregierung ist zu ersuchen, daß sie behufs Mitwirkung bei Behebung der Arbeitslosigkeit alle Vorkehrungen zur Durchführung des Baues des Liesingsammelkanales und der Liesingbachregulierung und Schwarzaregulierung treffe. Sie wäre auch gleichzeitig zu ersuchen, aus denselben Gründen die Regulierung möglichst zahlreicher Bäche und Flüsse Niederösterreichs und die Ausgestaltung der Landstraßen in Angriff zu nehmen.

3. An die Regierung der deutschösterreichischen Republik ist mit dem Ersuchen heranzutreten, der Gemeinde Wien zur Ermöglichung von Bauarbeiten zur Behebung der Arbeitsnot die größtmöglichste Bevorzugung und Unterstützung beim Bezuge der erforderlichen Baustoffe angedeihen zu lassen, beziehungsweise alle Maßnahmen zu treffen, daß die Erzeugung der nötigen Baustoffe im erforderlichen Ausmaße baldmöglichst gewährleistet werde.

4. Die Regierung ist weiters zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung eine Verordnung zu erlassen, durch die auf Grund eines abgekürzten Verfahrens die Ueberweisung der für Notstandsarbeiten im öffentlichen Interesse notwendigen Grundflächen, auf welchen sich kein Bauwerk und kein Nutzgarten, Kriegsgemüsegärten ausgenommen, befindet, in kürzester Frist ermöglicht werde.

Zusatz-Antrag des StR. Melcher: Behufs rascherer Durchführung dieser dringenden Arbeiten ist ein Komitee aus allen Parteien des Stadtrates einzusetzen, welches nach Einlangen der Offerte zusammenzutreten und die Vergebung der Arbeiten vorzubereiten hat. Sodann ist im Stadtrate darüber zu referieren. In dringenden Fällen hätte das Komitee diese Arbeiten zu vergeben und sodann im Stadtrate hierüber zu referieren.

(Referenten-Anträge und Zusatz-Antrag Melcher einstimmig angenommen.) (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Vaugoin referiert zur P. Z. 1816, M.Abt. II, 304, betreffs Bewilligung einer Notstandsaushilfe an die städtischen Angestellten und stellt folgende Anträge:

I.

1. Den Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen (einschließlich der Lehrpersonen), sowie den Witwen und Waisen nach solchen wird neuerlich eine bis längstens 15. Februar 1919 auszuzahlende einmalige Notstandsaushilfe im Ausmaße des mit Gemeinderats-Beschluß vom 19. Dezember 1917, P. Z. 12620, bestimmten Anschaffungsbeitrages und nach den daselbst festgesetzten Bemessungsgrundsätzen bewilligt. Diese Aushilfe gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Dezember 1918 bereits im Gemeindedienste gestanden sind und das Dienstverhältnis am Tage der Auszahlung der Aushilfe noch fortbesteht; den zum Militär-(Volkswehr-)Dienste eingerückten Angestellten unter der weiteren Voraussetzung, daß sie im Genusse eines Fortbezuges an Gehalt oder Lohn stehen. Für diese gilt als Bemessungsgrundlage jener Bezug, der ihnen zukäme, wenn sie nicht eingerückt wären.

Der mit Gemeinderats-Beschluß vom 24. April 1918, P. Z. 4040/18, festgesetzte zehnprozentige Aufschlag für die beiden untersten Bezugsklassen hat auch für diese Aushilfe zu gelten.

Für die Bezüge, die Frage des aktiven Dienstes und der Klassenzugehörigkeit ist der Stand vom 1. Februar 1919 maßgebend.

Die mit Gemeinderats-Beschluß vom 15. Oktober 1918, P. Z. 9988/18, festgesetzte Ausnahmsbestimmung für das Arbeitspersonal von Gemeindebetrieben außerhalb Wiens hat auch für diese Aushilfe zu gelten.

2. Den nach einer mindestens sechsmonatlichen ununterbrochenen Militär- oder persönlichen Kriegsdienstleistung in den städtischen Dienst zurückgekehrten oder künftig zurückkehrenden Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen (einschließlich der Lehrpersonen) wird unter der Voraussetzung, daß sie am Tage der Auszahlung noch im städtischen Dienste stehen, eine außerordentliche, mit tunlichster Beschleunigung auszuzahlende Aushilfe nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bewilligt:

Das Ausmaß der Aushilfe richtet sich nach dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 15. Oktober 1918, P. Z. 9988/18, bewilligten Anschaffungsbeitrag und entspricht, wenn der Angestellte am 1. No-

vember 1918 oder später in den städtischen Dienst zurückgekehrt ist oder zurückkehrt, der vollen Höhe, wenn er im Jahre 1918 vor dem 1. November zurückgekehrt ist, zwei Dritteln, und wenn er vor dem 1. Jänner 1918 zurückgekehrt ist, der Hälfte dieses Anschaffungsbeitrages.

Als Tag der Rückkehr hat jener Tag zu gelten, von dem ihm seine normalen Bezüge oder die Kriegszulage angewiesen wurden oder werden.

Den Lehrpersonen wird in die Aushilfe jener Betrag eingerechnet, der ihnen auf Grund des Gemeinderats-Beschlusses vom 15. Oktober 1918, P. Z. 9988/18, Abschnitt B, P 4, Satz 2, als Kriegszulage für das Jahr 1918 zukommt, und nur der etwaige Ueberschuß der Aushilfe ausgezahlt.

3. Die Zuwendung eines einmaligen Anschaffungsbeitrages für die Lehrpersonen, sowie Witwen und Waisen nach denselben für das Jahr 1918 zufolge Gesetzes vom 25. Jänner 1919, St.-G.-Bl. Nr. 39, wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur tunlichsten Behebung der in den letzten Jahren eingetretenen Stockungen in den Beförderungsverhältnissen in jenen Status, bei welchem nicht ohnedies die zweithöchste Rangsklasse durch Zeitbeförderung oder Klassenvorrückung erreichbar ist, die rangsältesten Beamten der höchsten durch Zeitbeförderung erreichbaren Rangsklasse in die Bezüge der nächsthöheren Rangsklasse vorrücken zu lassen. Hiebei ist im allgemeinen die Gesamtdienstzeit im betreffenden Status maßgebend mit der Einschränkung, daß ein rangsjüngerer Beamter in keine höheren Bezüge gelangen kann, als seinem unmittelbaren Vormann zukommen.

5. Der Magistrat wird beauftragt, wegen Einrechnung des Einjährig-Freiwilligenjahres der Lehrer in ihre Gesamtdienstzeit ehestens einen Gesetz-Entwurf auszuarbeiten.

6. Das Sterbequartal nach Lehrern, die als Eingerückte gestorben sind, ist, wenn es nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zuerkannt werden kann, nach Maßgabe der Bestimmungen für die Gemeindebeamten aus Gemeindemitteln flüssig zu machen.

7. Die Einführung von Personalvertretungen der Gemeindeangestellten (einschließlich der Lehrpersonen) wird grundsätzlich genehmigt. Die näheren Bestimmungen über diese Vertretungen werden einem späteren Beschlusse vorbehalten.

8. Zur Vorbereitung der weiteren Maßnahmen zugunsten der Angestellten wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte ein Komitee, das zu seinen Beratungen auch Vertreter der Angestellten beiziehen wird.

II.

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Maßnahmen zu Punkte 1, 2 und 6 vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den Gemeinderat sofort in Vollzug zu setzen.

2. Der Stadtrats-Beschluß vom 23. Jänner 1919, betreffend die Bewilligung einer einmaligen Zuwendung an heimgekehrte Angestellte der Straßenbahnen wird mit Rücksicht auf den Beschluß zu Punkte 1 und 2 außer Kraft gesetzt.

Das Erfordernis für die obigen sofort durchzuführenden Maßnahmen beträgt, und zwar für den einmaligen Anschaffungsbeitrag 11½ Millionen und für die einmalige Aushilfe an die Heimkehrer rund 4½ Millionen, so daß sich unter Berücksichtigung der übrigen der obigen Maßnahmen ein Erfordernis von über 16 Millionen Kronen ergibt, das aus den Beständen des Anlehens vom Jahre 1918 zu decken ist.

VB. Reumann stellt folgenden Zusatz-Antrag: Innerhalb dreier Wochen ist vom Komitee über seine bisherigen Arbeiten an den Stadtrat zu berichten.

StR. Richter beantragt: Auch den außerhalb Wiens bediensteten Beamten und Arbeitern ist der Anschaffungsbeitrag in der vollen Höhe zu gewähren.

StR. Pick beantragt: In der nächsten Stadtrats-Sitzung ist über die Höhe der heute beschlossenen Notstandszuwendungen zu berichten. Bei dieser Gelegenheit wird zu beurteilen sein, ob nicht den minderentlohnten Angestellten ein höherer Anschaffungsbeitrag bewilligt werden soll, da der Notstand den minderentlohnten Angestellten mehr fühlbar wird als den Hochentlohnten.

(Referenten-Anträge und Zusatz-Antrag Reumann angenommen; die Anträge der StR. Richter und Pick werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Das nach Punkt I, 8 zu wählende Komitee hat aus sieben Mitgliedern zu bestehen.) (Punkt I an den Gemeinderat.)

(P. Z. 1810, M.D. 809.) Der Bericht der Magistrats-Direktion über den Antrag des GR. Breitner, betreffend Einsetzung einer Gemeinderats-Kommission zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die in dem Memorandum des Verbandes der Fachvereine der Angestellten der Gemeinde Wien berührten Angelegenheiten wird dem im Stadtrats-Beschlusse vom 6. Februar 1919, P. Z. 1816, M.Abt. II 304, vorgesehenen gemeinderätlichen Komitee zugewiesen.

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

18. Gemeindebezirk, Währing.

Öffentliche Sitzung vom 17. Jänner 1919.

Vorsitzender: VB. Karl Kerner.

Schriftführer: Kanzlei-Direktions-Adjunkt Friedrich Harold t.

VB. Karl Kerner eröffnet die Sitzung, begrüßt die erschienenen Frauen und Herren auf das Herzlichste und bemerkt, daß eine Angelobung nicht vorgenommen wird, da die derzeitige Neuordnung der Bezirksvertretung nur eine provisorische sei. Er richte die Bitte an alle Mitglieder der Bezirksvertretung, sie mögen ihn in seiner Tätigkeit unterstützen und die ihnen zur Erhebung und Amtshandlung zugewiesenen Aktenstücke im Interesse der Bevölkerung möglichst raschestens der Erledigung zuführen.

Wahl.

BR. Schiner erstattet hierauf das Referat über die Wahl von drei Armenräten für den 18. Bezirk.

Von Seite der Armeninstituts-Vorstehung seien die Herren:

Josef Ludwig Herzog, städtischer Beamter, 18., Währingergürtel 1,

Franz Hirsch Ober-Rechnungsführer, 18., Wallrißstraße 94, und

Eduard Scholz, Fabrikant und Hausbesitzer, 18., Martinstraße 59.

vorgeschlagen worden.

Er beantrage die Annahme des Vorschlages.

Zu diesem Antrage meldete sich BVSt. Papauschek zum Worte und führte aus: Die Art und Weise, wie die Wahlen der Armenräte vorgenommen würden, scheine auch bei allen übrigen Körperschaften Platz zu greifen. Die Bezirksvorstehung möge der Neuorientierung der politischen Verhältnisse Rechnung tragen und er wünsche, wenn irgend welche Mandate zur Besetzung gelangen, daß auch auf die anderen politischen Fraktionen Rücksicht genommen werde.

BR. Ungar bemerkte zu den vorigen Ausführungen, daß die Anregung des Vorredners nicht ganz mit den durch die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen gegebenen Verhältnissen übereinstimmen würde. Die Institution des Landtages zum Beispiel sei abgeändert worden, weil der Staatsrat die bezüglichen Gesetze aufgehoben habe. Bezüglich der Vorschrift über die Ernennung, beziehungsweise Wahl von Wiener Armenräten sei eine Aufhebung nicht erfolgt; so viele Stellen, als frei würden, seien zu besetzen. Es sei nicht leicht, für die Stellen von Armenräten geeignete Personen zu finden, es habe auch im vorliegenden Falle die Suche nach geeigneten Personen für die freigewordenen Armenratsstellen viel Mühe gekostet.

BR. Denk stellte zu dem Punkte die Anfrage, ob die Bezirksvertretung auf die Wahl eines Armenrates keinen Einfluß habe.

BR. Schiner beantwortete diese Anfrage als Referent dahin, daß die Wahl von Armenräten durch die Vorschriften für die Armenpflege geregelt sei. Nach § 42 der Vorschriften für die Armenpflege sei die Bezirksvertretung an den Vorschlag des Armeninstitutes insofern gebunden, als sie andere, als die vom Armeninstitute bezeichneten Personen nicht wählen könne. Wenn die Bezirksvertretung von den vorgeschlagenen Personen weniger zu Armenräten wähle, als die Zahl der freien Mandate betrage, so habe sie vom Armeninstitut einen neuen Wahlvorschlag einzuholen. Wenn zwischen der Bezirksvertretung und dem Armeninstitute bezüglich der zu wählenden Armenräte keine Einigung zustande komme, stehe dem Stadtrate das freie, an keinen Vorschlag gebundene Ernennungsrecht der Armenräte zu. Nach Erteilung dieser Aufklärungen wurden sohin die Vorgeschlagenen gewählt.

Einlauf.

Zuschrift des Magistrates Wien, Bau-Abteilung IX, betreffend die Uebernahme der Straßenpflege im 18. Bezirke in den magistratischen Eigenbetrieb.

Viktor Zaoral hat am 23. Dezember 1918 zu Handen des BVSt. Johann Horak den Betrag von 100 K mit der Widmung zur Handbeteilung von Armen des 18. Bezirkes gespendet.

Alois Schnöpf hat am 7. Dezember 1918 zu Handen des BV. Baumann den Betrag von 40 K zur freihändigen Verwendung zu wohltätigem Zwecke gespendet.

Vorstehende Einlaufstücke werden zur Kenntnis genommen; den beiden vorgenannten Spendern wurde der Dank votiert.

Anträge.

BR. Dr. Odehnal stellt folgenden Antrag:

1. Der Vorsitzende wird ersucht, ohne Verzug und in der energischesten Weise zu intervenieren, daß der 18. Wiener Gemeindebezirk sobald als möglich, wenn irgend wie tunlich, schon in der nächsten Woche mit Kartoffeln ausgiebig beliefert wird, damit an jedermann wenigstens die bisher übliche Kopfquote, gegebenfalls auch eine größere Quote abgegeben werden kann.

2. Der Vorsitzende wird ersucht, erheben und berichten zu wollen, welche Kartoffelmengen seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt seit 14. November 1918 an die Gemeinde Wien geliefert worden sind und nach welchem Schlüssel die Aufteilung derselben an die einzelnen Bezirke erfolgt ist.

3. Da in den Tagesblättern für den 3. Dezember 1918 eine Abgabe von Kartoffeln an die Bevölkerung des 18. Bezirkes angekündigt war, die sich nachher als unrichtig erwiesen und den berechtigten Unmut der Bevölkerung hervorgerufen hat, wäre zu veranlassen, daß in Hinkunft die Bevölkerung irreführende Anzeigen in den Tagesblättern unterbleiben und die Veröffentlichung der Kartoffelbezugstage erst dann vorgenommen wird, wenn vollständig sichergestellt erscheint, daß das der Bevölkerung gegebene Versprechen auch wirklich eingelöst werden kann.

Zu diesem Antrage sprechen die BR. Holaubek, Figl und Unger der noch folgenden Zusatz-Antrag stellt:

1. Es ist zu erheben, wieviel Kartoffeln am 15. November 1918 im Besitze der Gemeinde Wien waren. 2. Wieviel Kartoffeln in der Zeit vom 15. November 1918 bis heute der Gemeinde Wien zur Verteilung zugewiesen wurden. 3. Wann, an welche Bezirke und in welchen Mengen dieselben verteilt wurden. 4. Wieviel Kartoffeln heute zur Verteilung im Besitze der Gemeinde Wien sind, um feststellen zu können, ob nicht eine Unkorrektheit der Verteilungsstelle vorliegt.

BR. Klinger stellt fest, er habe einen Antrag in der gleichen Angelegenheit gestellt.

Der Vorsitzende möge mit aller Entschiedenheit im Wiener Rathause Vorstellung erheben, daß in Hinkunft der Bezirk Währing bei der Ausgabe von Nahrungsmitteln und Zuteilung dieser an die Bevölkerung nicht anderen Bezirken hintangesetzt werde.

Es wurde sodann über den Antrag des BR. Dr. Odehnal abgestimmt, derselbe wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde der Antrag des BR. Klinger und der erweiterte Antrag des BR. Unger angenommen.

BR. Auinger stellt folgenden Antrag:

1. Die Milchmenge ist so aufzuteilen, daß Kinder bis zu 2 Jahren zumindest 1 l, von 2 bis 4 Jahren $^3/_4$ l, von 4 bis 6 Jahren $^1/_2$ l gesichert erhalten. Der Rest der Menge ist so aufzuteilen, daß Kinder von 6 bis 14 Jahren $^1/_4$ l und den Kranken und Greisen $1^1/_4$ l gesichert wird.

2. Ist zu erwirken, daß die von der Schweiz uns überlassenen Mengen an Kondensmilch nur in den im Punkt 1 angezogenen Fällen zugesichert werde.

3. Der Abtransport der Milch hat unter Kontrolle zu erfolgen, die Molkereien sind zu verpflichten, die Milch zu sterilisieren und ist täglich von diesen Milchabgabestellen die Anzahl der Liter bei den Verschleißstellen öffentlich bekanntzugeben.

4. Zur Kontrolle der richtigen Verteilung sind eigene Kommissäre aus den Schichten der Bevölkerung zu bestellen, die den Verkauf unbefugter Mengen an gutzahlende Käufer zur Anzeige bringen.

Zu diesem Antrage sprechen BVSt. Papauschek, die BR. Holaubek, Heiselmayer, Schmerz und Denk, der folgenden Zusatz-Antrag stellt: Die Bezirksvertretung des 18. Bezirkes spricht gleichzeitig die sichere Erwartung aus, daß sowohl die Gemeinde Wien wie auch alle anderen kompetenten Behörden alles daran setzen werden, daß Wien in dem Ausmaße mit Milch be-

liefert werde, daß sie den in dem Antrage festgelegten Quantitäten entspricht.

BR. Schmerz erwähnte, es hätte zuerst über den Antrag des BR. Denk und in weiterer Folge dann über den Antrag des BR. Auinger abgestimmt werden sollen.

Es wurde sohin der Zusatz-Antrag des BR. Denk einstimmig angenommen.

BR. Wilfinger stellt nachstehenden Antrag:

Betreffend Hebung des Bürgersteiges im Straßenteile Neustift am Walde 60 bis zur Kirche.

Der Bürgersteig beim Hause Neustift am Walde 60 bis zur Kirche liegt teilweise unter dem Straßenniveau. An besonders niederschlagsreichen Tagen ergießt sich der Kotbrei, der sich durch den Autobusverkehr an dieser Stelle bildet und sammelt, auf den Bürgersteig und machte diese Teilstrecke fast ungangbar.

Um diesem Uebelstande zu steuern, würde eine Erhöhung des Bürgersteiges über das Straßenniveau abhelfen. Diese Arbeiten wären im Interesse der Einwohnerschaft durchzuführen, um diesen Straßenteil auch bei schlechtem Wetter passierbar zu machen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BR. Dworak stellte folgenden Antrag:

Der Bezirksvorsteher wird beauftragt, bei maßgebenden Faktoren auf die Erbitterung der Bevölkerung aufmerksam zu machen, damit endlich einmal der freie Verkehr ermöglicht und die Mitnahme von Lebensmitteln in kleineren Mengen, das ist bis zu 15 kg per Person, aus allen Gegenden des deutschösterreichischen Staates gestattet wird, umsomehr als zu befürchten ist, daß die Absperrung einzelner Gegenden des eigenen Landes zum Nachteile Wiens die ausgehungerte Bevölkerung zur Verzweiflung treiben und zur radikalen Verhinderung solcher Ausfuhrverbote zwingen könnte.

Zugleich wäre das Reisen per Bahn in der Weise zu erleichtern, daß mehrere Fahrkartenschalter ständig offen bleiben, damit das lästige „Anstellen" vermieden wird.

An diesen Antrag knüpfte sich eine längere Wechselrede, an der sich BR. Warburg, BV. Kerner, BVSt. Papauschek BR. Unger und BR. Bradler beteiligen, worauf der Antrag angenommen wurde.

BR. Dworak beantragt weiters: Der Bezirksvorsteher wird ersucht, geeignete Schritte zu unternehmen, damit die Steuervorschreibungen und Bemessungen in ordentlicher Weise durch die neu ergänzten Kommissionen erfolgen, und zwar so, daß jedem Steuerträger Gelegenheit gegeben wird, seine etwa beanständeten Angaben vor den Kommissionen zu vertreten und ihm jedenfalls der Rekursweg an eine höhere Instanz offen bleibt.

Alle provisorischen Steueraufträge sind zu annullieren, eine gerechte Bemessung durch die Steuer-Kommissionen ehestens vorzunehmen, damit die Sicherheit des ehrlich erworbenen Eigentums gewahrt und die Arbeitslust wieder belebt wird.

In derselben Sache stellte BR. Figl folgenden Antrag:

Gegen die Weise, wie die Daumenschraube für die Personaleinkommensteuer und Erwerbsteuer bei den Gewerbetreibenden angesetzt wird, ist besonders Stellung zu nehmen und ist ganz besonders die Finanz-Landes-Direktion Wien eines Besseren zu belehren, wie die Gewerbetreibenden zu behandeln wären, das heißt, welcher Unterschied zwischen diesen ehrlich ihr Brot Erwerbenden und den Kriegsgewinnern, das heißt Großkapitalisten ist.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

BR. Grill stellt den Antrag, daß noch vor dem Frühjahre der derzeit fast ungangbare Verbindungsweg zwischen der oberen und unteren Glanzinggasse stufenförmig hergerichtet werde, damit die Mütter der Kriegspatenschaft mit ihren Säuglingen, die die Reichsanstalt für Mutterschutz besuchen müssen, nicht zu Falle kommen.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BR. Dr. Elisabeth Gemeiner beantragt, die Bezirksvertretung möge beschließen, es ist der Gehsteig zwischen den Häusern von Or.-Nr. 127 bis Or.-Nr. 135 der Gentzgasse mit Granitwürfeln zu pflastern.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BR. Figl stellte nachstehenden Antrag:

In Hinkunft mögen alle im Bezirke Währing wohnhaften Gemeinderäte zu den Sitzungen der Bezirksvertretung mit dem Rechte passiver Teilnahme eingeladen werden.

BV. Kerner stellt fest, daß dieser Antrag gegenstandslos sei, da eine diesbezügliche Bestimmung, betreffend die Teilnahme von Gemeinderäten, beziehungsweise Stadträten an den Bezirksvertretungs-Sitzungen ohnehin bestehe, und sicherte zu, daß in Hinkunft auch die Mitglieder des Gemeinde- und Stadtrates des 18. Bezirkes zu diesen Sitzungen eingeladen werden.

BR. Denk stellte folgenden Antrag:

Länger als vier Jahre wurde eine große Anzahl von Wiener Schulen als Kasernen, Militärspitäler, ja selbst als Militärkanzleien verwendet und diese Gebäude dadurch ihrem Zwecke, dem Unterrichte und der Erziehung der Jugend entzogen. Nicht zum geringsten Teile ist die Verwahrlosung unserer Jugend diesem Uebelstande zuzuschreiben.

Nun, wo der Krieg zu Ende ist, und noch immer vier Schulen des 18. Bezirkes von den Militärbehörden besetzt sind, ersucht die Bezirksvertretung des 18. Bezirkes den Gemeinderat und den Herrn Bürgermeister, die Freigabe dieser Schulen bei den kompetenten Stellen dringendst zu fordern.

Hiezu sprechen die BR. Schiner und Schmerz und BV. Kerner.

BR. Kamenicky stellte in der gleichen Angelegenheit folgenden Antrag:

Nachdem das Reservespital Nr. 4 des „Roten Kreuzes" in die Knabenschule Klettenhofergasse 3 bereits aufgelöst ist und nur mehr im Turnsaal daselbst sich das Wachlokale der Staatsschutzwache befindet, beantrage ich die sofortige Freigabe dieser Schule zu Unterrichtszwecken; obiges Wachlokal könnte da schräg gegenüber in den leerstehenden Stiftungshäusern Theresiengasse 37 und 39 untergebracht werden, woselbst bereits auch die Bahnhofwache Michelbeuern der Volkswehr untergebracht ist. Gleichzeitig wolle die Holzplanke, welche die Klettenhofergasse absperrt, sofort entfernt und damit die Gasse wieder dem öffentlichen Verkehre eröffnet werden, auch wolle die Planke, die den Wasserleitungspark umgibt und halbiert, abgerissen und somit der Park wieder der Bevölkerung zur Benützung freigegeben werden. Da allerhand lichtscheues Gesindel dort seinen Unterschlupf hat, wäre auch schon im Interesse der Sicherheit die Entfernung der Planken ehestens notwendig, ansonsten die gründliche Entfernung der Holzplanken bei der herrschenden Not

an Brennmaterial leicht und schnell von anderer Seite besorgt werden könnte. Eine Ausrede, daß in der Klettenhofergasse das Gebäude „Aufnahmsstation" steht, gilt nicht, da nicht nur Fußgänger, sondern auch Fuhrwerke trotzdem verkehren können. Mein Antrag vom Jahre 1913, diesen Park mit Gittertoren zu versehen, damit derselbe in den Abendstunden abgesperrt werden kann — laut kommissioneller Berechnung hätten diese vier Tore 800 K gekostet, die Holzplanken 1500 K — ist bis heute noch nicht erledigt; dürfte mein jetziger Antrag, die Planken zu entfernen, auch so lange zur Erledigung brauchen, so würden wir die Entfernung der Planken gar nicht oder zumindest erst im Jahre 1925 erleben, wenn sie nicht mittlerweile jemand anderer sich aneignet. Der Antragsteller bemerkte zu seinem Antrage, er wolle mit demselben keine Reklame machen, die Bevölkerung sei an ihn herangetreten, daß die Planke entfernt werde. Es werde in der Nacht dortselbst Unfug getrieben und es sei nur ein Schlupfwinkel für lichtscheues Gesindel.

Es wurden sohin beide Anträge angenommen.

BR. Denk stellt weiter den Antrag:

Schon seit langem fordert die Bevölkerung und Lehrerschaft aus sozialen und pädagogischen Gründen die Errichtung von Schulküchen.

Da nun die Militärbehörden in einigen von ihnen besetzten Schulen Küchen eingerichtet haben, stellt die Bezirksvertretung des 18. Bezirkes an den Wiener Gemeinderat das Ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der Uebergabe dieser Schulen die vorhandenen Küchen belassen, beziehungsweise in Schulküchen umgewandelt werden.

BV. Kerner teilt mit, daß bezüglich der Kriegsküche in der Klettenhofergasse bereits Unterhandlungen eingeleitet worden seien.

Der Antrag wurde sohin einstimmig angenommen.

BR. Kamenicky stellt weiters folgenden Antrag:

Die Aufstellung eines Wartehäuschens auf dem Gehsteig (Rettungsinsel bei der Haltestelle F) Währingergürtel, Ecke Schulgasse, wird beantragt und damit begründet, daß die Fahrgäste der Linie 8, 41, 41 a, 18 und 118, welche auf der Linie F umsteigen, sehr oft lange Zeit auf einen Wagen warten und ungeschützt auf dieser Gehsteiginsel dem windigen, kalten und nassen Wetter und Schneegestöber ausgesetzt, stehen müssen.

Vorstehender Antrag wurde einstimmig angenommen.

---

19. Gemeindebezirk, Döbling.

Oeffentliche Sitzung vom 20. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Kuhn.

Schriftführer: Direktions-Adjunkt Rudolf Gruber.

BV. Kuhn eröffnet die Sitzung, stellt die Beschlußfähigkeit fest, begrüßt die Versammlung und betont in einer Begrüßungsansprache, daß die Tätigkeit in der Bezirksvertretung sich hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete bewegt, daß die Erhebungen der zugeteilten Akten durchzuführen und den ausgeschriebenen Kommissionen beizuwohnen sein wird. Er hoffe auf ein gutes Einvernehmen bei der gemeinsamen Arbeit.

BR. Seleskowitsch dankt dem Vorsitzenden für die Begrüßung und die Objektivität, mit der er den Verhandlungen entgegenzukommen verspricht. Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 20. Dezember 1918 liegt auf und wird von einer Verlesung derselben Umgang genommen und dieselbe genehmigt.

Einlauf.

Die städtische Straßenbahn teilt mit, daß dem hieramtlichen Antrage Z. 2429/18, betreffend die Errichtung der Haltestelle Grinzingerstraße der Linie 36 der elektrischen Straßenbahn und Auflassung der Haltestelle Zahnradbahnhof, aus technischen Gründen keine Folge gegeben werden kann, daß jedoch, sobald es die Umstände nur halbwegs möglich machen, die Sparmaßnahme der Haltestellenauflassung aufgehoben wird.

Zur Kenntnis genommen.

Anträge.

BR. Musil beantragt, daß der Sonntagsverkehr der Linie 37 der städtischen Straßenbahn bis zur Endstation unverzüglich aufgenommen wird.

Abgelehnt mit Rücksicht auf die Mitteilung der städtischen Straßenbahn.

BR. Hengl beantragt die Verlegung, beziehungsweise Errichtung eines Weges an der Grenze des neu errichteten Teiles vom Grinzinger Friedhofe. (Angenommen.)

BV. Kuhn berichtet über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1919/20.

BR. Seleskowitsch bemerkt, daß er mit der Beratung über den Voranschlag, welcher doch einer eingehenden Durchsicht bedarf, nicht einverstanden sein könne. Es entwickelt sich eine Wechselrede, an welcher sich die BR. Visintini, Baar, Mauthner beteiligen. Der Voranschlag wird verlesen. Zum Schlusse stellt BR. Seleskowitsch den Antrag, die Beratung über den Hauptvoranschlag zur eingehenden Prüfung bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. (Angenommen.)

BV. Kuhn wird zur näheren Information Abschriften des Voranschlages ausfertigen und den Mitgliedern der Bezirksvertretung zustellen lassen.

Wahlen

der Ausschüsse für die Wiener Kommunal-Sparkasse im Bezirke Döbling.

Es kommen sieben Ausschußmitglieder zur Besetzung. Bei der vorgenommenen Wahl wurden 26 Stimmzettel abgegeben und erschienen nachstehende Herren mit 25 Stimmen als gewählt:

Oskar Kraus, Direktor, Friedlgasse 53;
Leopold Hengl, Wirtschaftsbesitzer, Grinzingerstraße 66;
Karl Hengl, Inspektor, Billrothstraße 39;
Adolf Micheroli, Baumeister, Döblinger Hauptstraße 21;
Max Plischke, Hausbesitzer, Grinzingerstraße 53;
Franz Visintini, Ingenieur, Gymnasiumstraße 71;
Karl Weinzinger, Hausbesitzer, Heiligenstädterlände 31.

Ueber das Wesen und Wirken der Döblinger Sparkasse gibt der Vorsitzende erschöpfende Aufklärung.

Anfragen und Wünsche.

BR. Schmidt bespricht die in letzter Zeit so oft vorgekommene hohe drückende Besteuerung und ersucht den Vorsitzenden als Nationalrat, an kompetenter Stelle Abhilfe und Milderung zu erreichen.

BV. Kuhn bemerkt, hiezu mit dem Finanz-Referenten im Staatsrate zu sprechen, um ehestens dem Uebelstande zu steuern.

BR. Kraus erwähnt, daß sich dieser Angelegenheit bereits der Stadtrat angenommen hat und das Ergebnis abzuwarten wäre.

BR. Kraus spricht ferner über die kommenden Wahlen in den Nationalrat, und zwar über die Festsetzung der Wahlreklamationslokale und Wahllokale und ersucht den Vorsteher, recht viele Lokale für Reklamationen zu bestimmen.

Der Vorsitzende erwidert, daß die Wahl-Angelegenheiten nicht in die Kompetenz der Bezirksvertretung fallen, der Bezirk überhaupt noch keine Informationen erhalten hat und dies lediglich Sache der Parteien sei, außerdem von der Kreiswahlbehörde und den Ortswahl-Ausschüssen besorgt werde.

Allgemeine Nachrichten

Errichtung einer Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige.

Das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien, das während der langen Kriegsdauer, geleitet von Dr. R. v. Wittek, in unermüdlicher Hilfsbereitschaft den Einberufenen und ihren Familien mit Rat und Tat zur Seite gestanden ist, gedenkt, in nächster Zeit seine Tätigkeit einzustellen. Einzelne Hilfsaktionen gehen in allen Beziehungen auf jene städtischen Aemter über, mit denen das Hilfsbureau in der ganzen arbeitsreichen Zeit in näherer Fühlung gestanden hat, so die Wohnungs- und Mietzins-Angelegenheiten an die Magistrats-Abteilung XI, die Beratung von Invaliden und Kriegshinterbliebenen an das städtische Invalidenamt. Das Hilfsbureau war aber zugunsten der Kriegerfamilien ganz besonders auch als unentgeltliche Rechtshilfestelle tätig. Seine Liquidation würde daher unter den Wohlfahrtseinrichtungen Wiens eine empfindliche Lücke hinterlassen. So entstand in den Kreisen der Referenten des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gedanke, den Fortbestand der unentgeltlichen Rechtshilfestelle durch Errichtung einer städtischen Wohlfahrtseinrichtung mit dieser Aufgabe zu sichern. Ueber Ermächtigung des Herrn Bürgermeisters hatte der Vorstand des Wohlfahrtsamtes Gelegenheit, anfangs Jänner dem Planung des wirtschaftlichen Hilfsbureaus Leitsätze für den Betrieb und die Organisation einer städtischen Rechtsauskunftei für Unbemittelte vorzulegen. Die Beratung dieser Leitsätze brachte sogleich eine erfreuliche Uebereinstimmung über die Grundsätze für den Betrieb der geplanten neuen städtischen Wohlfahrtseinrichtung an den Tag. Die übrigen Fragen, namentlich jene über die Berufung der Persönlichkeiten, die als Rechtsberater tätig sein sollen, wurden im wirtschaftlichen Hilfsbureau eingehend erörtert, und zwar dankenswerterweise in steter enger Fühlung mit der n.-ö. Advokatenkammer. So konnte vor wenigen Tagen der Entwurf von Satzungen der Rechtshilfestelle der Gemeinde für Bedürftige, der bereits die Billigung der n.-ö. Advokatenkammer gefunden hat, von den Referenten des wirtschaftlichen Hilfsbureaus in einer Besprechung mit dem Vorstand des Wohlfahrtsamtes fixiert werden.

Zum Gegenstande, über den der Wiener Magistrat im Laufe des letzten Jahrzehntes mehrmals berichtet hat, soll noch hervorgehoben werden:

Entwicklung und Bedeutung der Rechtshilfestellen.

Die Beziehungen der Menschen untereinander werden im Laufe der kulturellen Entwicklung in Staat und Wirtschaft immer vielgestaltiger. Die rechtliche Ordnung dieser mannigfachen Beziehungen muß daher von Tag zu Tag komplizierter werden. Gesetzgebung und Volksbewußtsein verlieren den wünschenswerten näheren Zusammenhang. Der Bemittelte überträgt die Verfolgung und Verteidigung seiner Rechte einem Anwalt, der Unbemittelte genießt wohl das Armenrecht im Zivilprozeß kommt aber, davon abgesehen, um seine Rechte wenn nicht der eine oder andere Anwalt ihm aus sozialem Sinn unentgeltliche Hilfe leistet oder eine Standesorganisation oder ein privater Rechtshilfeverein sich seiner Sache annimmt. Wo die vorhandenen gemeinnützigen Rechtshilfeeinrichtungen nicht ausreichen, erwächst daher der öffentlichen Wohlfahrtspflege die Aufgabe, durch Rechtshilfestellen der öffentlichen Verwaltung die breiten Schichten der Bevölkerung vor den wirtschaftlichen und ideellen Nachteilen der schuldlosen Rechtsunkenntnis und der Unerfahrenheit über die Mittel und Wege der Rechtsdurchsetzung zu bewahren. Die gemeinnützige Rechtshilfegewährung hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten ganz besonders in Deutschland entwickelt. Die dortigen Gründungen, zum Teil musterhafte Institutionen sind auf religiöser, politischer oder unparteiischer Basis entstanden.

Die ältesten Auskunftsstellen Deutschlands sind die katholischen Volksbureaus, deren erstes 1890 in Essen eröffnet worden ist. Nach ihrem Muster wurden später evangelische Volksbureaus gegründet. Beide wurden an Verbreitung und Einfluß von den gewerkschaftlichen Arbeitersekretariaten überflügelt. Daneben haben an vielen Orten unparteiische Vereine, namentlich Frauenvereine, mit Erfolg unparteiische Rechtsauskunftsstellen errichtet. Das historische Endglied in der Entwicklung des Auskunftswesens bildet die städtische Auskunftei. Eine große Zahl der gemeinnützigen, unparteiischen Rechtsauskunftsstellen ist seit dem Jahre 1906 in einem Verbande vereinigt, der von Dr. Link (Lübeck) in sehr verdienstvoller Weise geleitet wird. (Die Gemeinde Wien ist Mitglied des Verbandes.) Die Verbreitung der Rechtsauskunftsstellen in Deutschland kann durch ein paar Ziffern der offiziellen Statistik für das Jahr 1913 dargetan werden: Es bestanden über 1100 Rechtsauskunftsstellen, hievon 163 katholische, 58 evangelische, 129 Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften und 233 Auskunftsstellen der gewerkschaftlichen Kartelle, 83 Rechtsauskunftsstellen der christlichen Gewerkschaften und etwa 100 Rechtsauskunftsstellen der übrigen Arbeiterverbände, ferner 42 Rechtsauskunftsstellen von Privatangestelltenverbänden, 107 Rechtsauskunftsstellen für Frauen, 36 Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereine, schließlich 144 von den Gemeinden oder da und dort vom Staate erhaltener Rechtsauskunftsstellen. Die

außerordentlich große Zahl ist vor allem durch die Kompliziertheit und die besonders soziale Bedeutung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung erzwungen worden. Bei uns gewährt eine Reihe von Privatvereinen seit langem in überaus dankenswerter Weise unentgeltlichen Rechtsbeistand. Die organisierte Arbeiterschaft ist gewohnt, in allen Fragen des Arbeitsrechtes den Rat und die Hilfe ihres Verbandes in Anspruch zu nehmen. Daneben bieten alle größeren Tagesblätter auf schriftliche Anfragen Rat und Belehrung in Rechtssachen. Daß alle diese Einrichtungen dem vorhandenen Bedürfnisse nicht genügen, zeigte sich insbesondere mit Kriegsausbruch. Weil uns eine genügende Anzahl gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen fehlt, sah sich die Regierung genötigt, eigene wirtschaftliche Hilfsbureaus anzuregen, die den Einberufenen und ihren Familien Rechtshilfe gewähren sollten. Diese Aufgabe ist wohl in Wien und in einigen wenigen anderen größeren Orten der Monarchie in vorbildlicher Weise geleistet worden, zumeist mißglückte aber der Versuch, weil nicht einmal die Ansätze für eine solche Institution gegeben waren. Seither haben wichtige Rechtsgebiete, die das Leben der großen Masse unmittelbar berühren, eine wesentliche Umwandlung erfahren. Ein stürmisches Drängen nach Umformung aller Rechtsgrundlagen und namentlich nach neuen gesetzgeberischen Schöpfungen auf dem Gebiete des sozialen Rechtes erfüllt die ganze Welt und auch unser engeres Vaterland. Rechtsberatung und Rechtshilfe werden darum in der Uebergangszeit und in späterer Zukunft mehr und mehr Bedeutung gewinnen. Die vorhandenen Einrichtungen reichen nicht aus. Sie werden in den Kreisen, für die sie geschaffen wurden und deren Sinnesart sie nahestehen, ihre berechtigte Existenz bewahren, aber niemals alle erfassen können, die eines Beistandes bedürfen. Diese Lücke auszufüllen, ist die gemeinnützige Rechtshilfestelle unter Patronanz der öffentlichen Verwaltung, das ist in Großstädten die städtische Rechtshilfestelle, berufen. Es wäre also an der Zeit, daß auch die Gemeinde Wien dem zu erwartenden Bedürfnis der nächsten Zukunft gerecht wird und eine Einrichtung schafft, die nach den Erfahrungen Deutschlands als eine Institution gewertet werden kann, in der die Städte Beruf und Eignung erwiesen haben.

Die Aufgaben der gemeinnützigen Rechtshilfestellen hat der bereits genannte Leiter des reichsdeutschen Verbandes auf einer Verbandstagung des Jahres 1911 in der folgenden zutreffenden Weise umschrieben: „1. Aufgabe der Rechtsauskunftsstellen ist es, den Minderbemittelten in ihren Rechts-Angelegenheiten Auskunft zu erteilen. Sehr bald aber erkannte man, daß die Auskunftsstelle in dieser Tätigkeit nicht ihre einzige Aufgabe erblicken dürfe. Die beratende Tätigkeit, die sich darauf beschränkt, zu sagen, was rechtens ist und was getan werden muß, um Rechtsnachteile zu vermeiden, genügt den Interessen und Bedürfnissen des hilfesuchenden Publikums bei weitem nicht. Der kleine Mann ist viel zu unbeholfen, um seine Rechts-Angelegenheiten selbst in sachgemäßer Weise zu erledigen. Mit der Erteilung einer Auskunft über die anwendbaren rechtlichen Vorschriften ist den Auskunftsuchenden daher regelmäßig wenig gedient. Sie müssen praktisch beraten und bei einer beabsichtigten Rechtsverfolgung praktisch von der Rechtsauskunftsstelle unterstützt werden. Soll ihnen eine wirkliche vollwertige Hilfe geboten werden, dann muß die Rechtsauskunftsstelle die erforderliche Korrespondenz und den Schriftwechsel übernehmen und die Rechtsvertretung und Rechtsverfolgung selber in die Hand nehmen, soweit der einzelne Fall dies erfordert.

Damit geht der Gegenstand des Unternehmens naturgemäß über die Erteilung von Rechtsauskunft weit hinaus. Die Rechtsauskunftsstelle wird damit zu einer Rechtshilfestelle, zu einem Anwaltsbureau für unbemittelte Personen. Aber nur so wird sie ihrer Aufgabe gerecht und nur so wird sie zu einer wirklich vollwertigen Wohlfahrtseinrichtung. 2. Auch die Beschränkung der Tätigkeit der Rechtsauskunftsstellen auf einzelne Rechtsgebiete, wie sie im Anfange der Bewegung noch für zulässig erachtet wurde, ist nicht geeignet, dem der gemeinnützigen Rechtsauskunft zugrunde liegenden Bedürfnisse gerecht zu werden. Das Bedürfnis nach gemeinnütziger Rechtsberatung tritt auf allen Lebens- und Rechtsgebieten hervor und diesem Bedürfnisse haben die Rechtsauskunftsstellen in vollem Umfange Rechnung zu tragen.

Eine derartige Tätigkeit der Rechtsauskunftsstellen hat zur Voraussetzung, daß sie mit Personen besetzt sind, die allen diesen Aufgaben in vollem Umfange gewachsen sind. Jeder Rechtslage, jeder Rechtsfrage muß die Rechtsauskunftsstelle gewachsen sein. Nur so wird die Rechtsauskunftsstelle den Minderbemittelten vollwertigen Ersatz für die Hilfe des Rechtsanwaltes bieten, nur so wird sie sich in der Bevölkerung das unbedingte Vertrauen und die Autorität erwerben, die für eine segensreiche Wirksamkeit unumgängliche Voraussetzung sind. Man hat daher mit Recht wenigstens für die größeren Rechtsauskunftsstellen die Besetzung mit akademisch gebildeten Juristen gefordert. 3. Ihrem Zwecke entsprechend, den Minderbemittelten die Hilfe des Anwaltes zu ersetzen, haben die Rechtsauskunftsstellen ihre Tätigkeit auf Minderbemittelte, das heißt auf solche Personen zu beschränken, die bei Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen nicht in der Lage sind, die Hilfe eines Rechtsanwaltes in Anspruch zu nehmen. Auch bemittelten Personen Auskunft zu erteilen, liegt gemeinhin kein Anlaß vor. Die Rechtsauskunftsstellen würden durch eine solche Ausdehnung ihrer Tätigkeit unnötig in die Interessensphäre des Anwaltstandes eindringen. 4. Durchaus eigenartig und von wesentlicher Bedeutung für den Charakter der Rechtsauskunftsstellen ist die Methode ihrer Arbeit. Während der Rechtsanwalt die Interessen einer Partei zu vertreten hat und daher der anderen Partei in der Regel als Gegner gegenübersteht, hat sich die Rechtsauskunftsstelle hierin mehr der Stellung des Richters entsprechend, über die Parteien zu stellen. Sie hat nicht die Aufgabe, die Partei zu vertreten, die zufällig ihre Hilfe zuerst in Anspruch nimmt. Ihrer Stellung, ihrem Wesen entsprechend hat sie jedem Minderbemittelten, der sich an sie wendet, bei der Regelung seiner Rechts-Angelegenheiten behilflich zu sein. In geeigneten Fällen hat sie eine der Sach- und Rechtslage entsprechende friedliche Regelung der Angelegenheit zu erstreben. Dieses Streben nach einer gütlichen Erledigung der ihr vorgetragenen Streitsachen gehört zu den schönsten und wichtigsten Aufgaben einer Rechtsauskunftsstelle. Mißverständnisse werden beseitigt, Irrtümer aufgeklärt, Ansprüche, die sonst Gegenstand langwieriger und kostspieliger Prozesse werden und vielfach erst nach langer Zeit erfüllt werden würden, erledigen sich oft nach einigen kurzen Verhandlungen. Ein solches Verfahren liegt nicht nur im Interesse der Parteien. Auch das Gericht erfährt eine willkommene Entlastung. Nicht minder werden die Anwälte von vielen gern

entbehrten Armensachen befreit. Läßt sich die Angelegenheit genügend klären, so findet der Vergleichsvorschlag der Rechtsauskunftsstelle bei den Auskunftsuchenden in der Regel williges Gehör. 5. Hierin erschöpft sich aber ihre Bedeutung für die moderne Wohlfahrtspflege nicht. Wie kaum irgend eine andere Tätigkeit eröffnet die gemeinnützige Rechtsauskunft den Blick in die Lebensverhältnisse und in die Anschauungsweise der minderbemittelten Volkskreise und offenbart deren Nöte und Schwierigkeiten auf den verschiedensten Gebieten des Volkslebens. Die Tätigkeit in der gemeinnützigen Rechtsauskunft läßt am unmittelbarsten die Wirkungen erkennen, die unsere Gesetze in ihrer praktischen Anwendung ausüben. Dieser soziale Beobachtungsposten — so kann man eine jede gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle bezeichnen — führt selbstverständlich auch zu dem Bestreben, die Beobachtungen und Erfahrungen für den weiteren Ausbau der Gesetzgebung, der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik, wie auch der privaten Wohlfahrtspflege nutzbar zu machen. Auch durch ihre Jahresberichte, durch Vorträge, durch warnende und belehrende Merkblätter, durch aufklärende Hinweise in der Presse, durch die Unterstützung der Behörden im Kampfe gegen Schwindelfirmen und auf sonstige Weise tragen sie zur Förderung der Wohlfahrtspflege bei und verleihen dadurch der Rechtsauskunftsstellenbewegung eine erhöhte Bedeutung.

Gründe für die vorgeschlagene Organisation.

Zur Begründung einzelner Bestimmungen der Satzungen sei folgendes bemerkt:

Zu § 2: Eine einzige Rechtshilfsstelle wird auf die Dauer dem Bedarfe der Millionenstadt kaum genügen. Da aber den bestehenden Schöpfungen verwandter Art nur die erwünschte Entlastung zuteil werden soll, empfiehlt es sich gewiß von vornherein bloß einen schrittweisen allmählichen Ausbau der neuen städtischen Wohlfahrtseinrichtung in Aussicht zu nehmen.

Zu § 4: Von der Beibringung eines Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisses ist unbedingt Abstand zu nehmen. Anfrage und Antwort werden oft derart einfach sein, daß es überflüssig und für die wünschenswerte Popularität der Institution äußerst schädlich wäre, in jedem Falle die Vorlage eines Armutszeugnisses zu verlangen. Ueberdies würden die Armenräte neuerdings sehr beträchtlich belastet, wenn sie für die voraussichtlich sehr zahlreichen Parteien, die die städtische Rechtshilfe frequentieren werden, Armutszeugnisse ausstellen müßten. Die Referenten der städtischen Rechtshilfestelle werden ja in der Regel aus dem Tatbestande, der zur Anfrage Anlaß gibt, mit ziemlicher Sicherheit die Bedürftigkeit der Partei beurteilen können. Für zweifelhafte Fälle wird in der Dienstanweisung entsprechend Vorsorge zu treffen sein, etwa in der Weise, daß die Partei für die nächste Sprechstunde bestellt und inzwischen Erhebungen über den Auskunftsuchenden veranlaßt werden können. Die Dienstanweisung wird vom Plenum der Rechtshilfestelle ausgearbeitet und sodann dem Stadtrate zur Genehmigung vorgelegt werden.

Zu § 6: Das Erfordernis der juridischen Vorbildung und Praxis für die Mitglieder der Rechtshilfestelle ist unbedingt nötig, um der neuen Institution das Vertrauen der Bevölkerung, der Aemter und Standesvertretungen zu erwerben. Auch kann nur auf diese Weise die Gefahr einer Haftung der Ratgeber nach § 1299 a. b. G. B. und der Gemeinde nach § 1315 a. b. G. B. abgewehrt werden.

Zu § 7: Die ersten 18 Mitglieder der Rechtshilfestelle werden sein: 9 bisherige Referenten des wirtschaftlichen Hilfsbureaus, davon 3 richterliche Funktionäre und 6 Advokaten, ferner 6 von der n.-ö. Advokatenkammer vorgeschlagene Advokaten, der Vorstand der Magistrats-Abteilung XI c als administrativer Referent und 2 weitere Magistratskonzeptsbeamte mit besonderen beruflichen Erfahrungen auf dem Gebiete des Heimatrechtes, des Gewerberechtes und der Sozialversicherung. Durch diese gleichzeitige Arbeit von richterlichen Funktionären, Advokaten und Beamten der politischen Verwaltung ist in der gebotenen Weise der Tatsache Rechnung getragen, daß auch in der Jurisprudenz praktisch eine weitgehende Spezialisierung besteht.

Zu den §§ 9 bis 11: Die Autonomie der Rechtshilfestelle ist in gleicher Weise durch die besondere Natur ihrer Aufgaben, wie durch die soziale berufliche Stellung ihrer Mitglieder gerechtfertigt. Ihre Einfügung in den Organismus der Gemeinde ist übrigens durch die dem Herrn Bürgermeister eingeräumten Rechte und durch die administrative Verbindung mit dem Magistrate (§ 16) genügend gewährleistet. Jeder Versuch einer engeren Eingliederung fände bei den Vertretern des Anwaltstandes entschiedenen Widerspruch. Eine Rechtshilfe ohne Mitarbeit von Angehörigen des Advokatenstandes wäre aber von vornherein eine Totgeburt.

Die einmaligen Kosten der Errichtung betragen 4000 K und die der Erhaltung jährlich 9000 K.

Satzungen der Rechtshilfestelle.

Das städtische Wohlfahrtsamt hat für die neu zu schaffende Rechtshilfestelle folgende Satzungen ausgearbeitet:

§ 1. Die Gemeinde Wien errichtet eine gemeinnützige Rechtshilfestelle, die den Namen „Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige" führt.

§ 2. Ueber Antrag der Rechtshilfestelle kann der Stadtrat die Errichtung von Zweigstellen der Rechtshilfestelle für verschiedene Teile des Wiener Gemeindegebietes beschließen. Die Hauptstelle und die Zweigstellen bilden in diesem Falle jedoch einen einheitlichen Körper, derart, daß die nach diesem Statute der Rechtshilfestelle zukommenden Aufgaben, Pflichten und Rechte der Gesamtheit der Mitglieder der Hauptstelle und sämtlicher Zweigstellen zukommen.

§ 3. Die Aufgaben der Rechtshilfestelle sind, den Bedürftigen in allen Rechtssachen beizustehen und für die allgemeine Verbreitung der Rechtskenntnis zu wirken, wie auch Gutachten und Vorschläge auf dem Gebiete der Rechtspflege und Gesetzgebung zu erstatten.

§ 4. Die Rechtshilfestelle hat ihre Wirksamkeit ausschließlich auf Bedürftige, und zwar grundsätzlich auf Bewohner Wiens zu beschränken. Hiebei ist jedoch zum Nachweise der Bedürftigkeit nicht unbedingt ein Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis zu fordern, vielmehr bleibt die Anerkennung der Bedürftigkeit der sorgfältigen Beurteilung des mit dem Falle befaßten Mitgliedes überlassen, welches hiebei alle Umstände des besonderen Falles in Rücksicht zu ziehen hat. Im Zweifel entscheidet über das Vorhandensein der Bedürftigkeit der Obmann oder dessen Stellvertreter.

§ 5. Die in § 3 vorgesehenen Aufgaben der Rechtshilfestelle werden insbesondere erreicht a) durch unentgeltliche Auskunftserteilung über Rechtsfragen aller Art, b) durch Uebernahme unentgeltlicher Verfassung von Eingaben und unentgeltlicher Vertretung vor Behörden aller Art, insoweit nicht durch das Gesetz für die Armenvertretung vorgesorgt ist. Die Verfassung von Eingaben hat in allen jenen Fällen zu erfolgen, in welchen der Hilfesuchende außerstande ist, seinem Vorbringen selbst die notwendige oder für die Durchsetzung seiner Wünsche erforderliche Form zu geben. Die Vertretung vor Behörden hat in allen jenen Fällen stattzufinden, in welchen dem Bedürftigen durch den Mangel eines rechtskundigen Vertreters empfindlicher Schaden zu erwachsen droht, sowie in allen Angelegenheiten prinzipieller Natur; c) durch Veranstaltung von Vorträgen und sonstigen Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über alle Rechtsgebiete.

§ 6. Die der Rechtshilfestelle obliegenden Aufgaben werden durch deren Mitglieder besorgt. Die Zahl der Mitglieder beträgt 18. Als Mitglied der Rechtshilfestelle können unbescholtene im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte stehende Gemeindemitglieder mit einer mehrjährigen juridischen Praxis bestellt werden, die die juridischen Staatsprüfungen abgelegt oder den juridischen Doktorgrad erworben haben. Das Amt eines Mitgliedes der Rechtshilfestelle ist ein freiwilliges, unbesoldetes Ehrenamt. Die Plenarversammlung kann eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder beschließen. Ein solcher Beschluß bedarf zu seiner Giltigkeit der Genehmigung des Stadtrates.

§ 7. Die Bestellung zum Mitglied der Rechtshilfestelle erfolgt durch den Bürgermeister, und zwar in nachstehender Weise: Als erste Mitglieder der Rechtshilfestelle werden berufen: a) jene Referenten des wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien, welche ihre Tätigkeit freiwillig der Rechtshilfestelle zur Verfügung zu stellen wünschen; b) die von der n.-ö. Advokatenkammer entsendeten Mitglieder, deren Zahl ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder nicht übersteigen soll; c) der Leiter der Magistrats-Abteilung XI c; d) insoweit die Zahl von 18 Mitgliedern noch nicht erreicht ist, die Personen, welche mit absoluter Stimmenmehrheit des Plenums zur Berufung vorgeschlagen werden. Scheidet in der Folge ein gemäß lit. a und d ernanntes Mitglied der Rechtshilfestelle aus oder findet eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder statt (§ 6), dann erfolgt die Berufung des neuen Mitgliedes gleichfalls über mit absoluter Stimmenmehrheit vorzunehmenden Besetzungsvorschlag des Plenums. Der Besetzungsvorschlag muß binnen zwei Monaten erfolgen. Scheidet der Leiter der Magistrats-Abteilung XI c aus, so ist an seine Stelle vom Bürgermeister ein anderer Beamter des Magistrates als Mitglied der Rechtshilfestelle zu ernennen. Die Berufung eines Mitgliedes erfolgt für die Dauer von sechs Jahren.

§ 8. Die Zugehörigkeit eines Mitgliedes zur Rechtshilfestelle endet: a) durch freiwilligen Verzicht auf das übertragene Mandat; b) dadurch, daß der Bürgermeister über Vorschlag des Plenums ein Mitglied von seiner Tätigkeit enthebt.

§ 9. Die Rechtshilfestelle besorgt ihre Geschäfte autonom. Ihre Organe sind: a) der Obmann, die zwei Obmann-Stellvertreter und der Schriftführer; b) das Plenum.

§ 10. Der Obmann, die Obmann-Stellvertreter und der Schriftführer werden vom Plenum mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Die Obmann-Stellvertreter und der Schriftführer sind aus dem Kreise der Mitglieder zu wählen. Als Obmann kann auch eine Person gewählt werden, welche der Rechtshilfestelle nicht als Mitglied angehört. Zur Giltigkeit der Wahl des Obmannes ist die Bestätigung durch den Bürgermeister erforderlich. Der n.-ö. Advokatenkammer bleibt es vorbehalten, eines der von ihr entsendeten Mitglieder als Obmann-Stellvertreter namhaft zu machen.

§ 11. Der Obmann vertritt die Rechtshilfestelle nach außen und hat die Leitung der Agenden zu besorgen. Die beiden Stellvertreter des Obmannes haben diesen hiebei zu unterstützen und in seiner Verhinderung zu vertreten. Der Schriftführer hat die Protokolle über die Plenar-Sitzungen zu führen und die von der Rechtshilfestelle als solche zu führende Korrespondenz zugleich mit dem Obmann oder einem Obmann-Stellvertreter zu fertigen.

§ 12. In allen über den Rahmen der gewöhnlichen Geschäftsführung hinausgehenden Fragen, insbesondere in allen prinzipiellen Fragen, hat das Plenum mit absoluter Stimmenmehrheit zu entscheiden.

§ 13. Alle Entscheidungen des Plenums erfolgen in nichtöffentlichen Sitzungen. Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens acht Mitgliedern, sowie des Obmannes oder eines Obmann-Stellvertreters erforderlich.

§ 14. Die regelmäßigen Plenarberatungen finden allmonatlich einmal statt. Die Einberufung der Plenar-Sitzung erfolgt durch den Obmann.

§ 15. Die Rechtshilfestelle hat dem Bürgermeister allhalbjährig über ihre Tätigkeit schriftlichen Bericht zu erstatten.

§ 16. Alle administrativen Angelegenheiten, wie Lokalmiete, Beistellung der Schreibkräfte, des Schreibmateriales ꝛc. werden durch die Magistrats-Abteilung XI c besorgt. Die Rechtshilfestelle ist tunlichst in außerhalb der städtischen Amtsgebäude gelegenen Räumlichkeiten unterzubringen.

§ 17. Fließen Mitgliedern der Rechtshilfestelle in Angelegenheiten, welche sie in ihrer Eigenschaft und Tätigkeit als Mitglieder der Rechtshilfestelle übernommen haben, Prozeßkosten zu, so sind die Gelder der Rechtshilfestelle zuzuwenden und von dieser der Magistrats-Abteilung XI c abzuführen und zur Bestreitung der Kosten der Rechtshilfestelle zu verwenden.

Die Hilfsaktion der Schweiz.

Am 8. Februar 1919 vormittags langte ein Schweizer Liebesgabenzug mit den durch die Schweizer Hilfsaktion gesammelten Liebesgaben, welche unentgeltlich an die Wiener Bevölkerung zur Verteilung gelangen sollen, im Lagerhause der Stadt Wien ein. Als offizielle Delegierte der Schweizer Liebesgabenaktion begleiteten den Zug: Armeninspektor Pfarrer Lörtscher (Bern), Lebensmittel-Direktor Wächter und der General-Sekretär der Hilfsaktion Redakteur Bierbaum (Zürich), Lebensmittel-Direktor Buser und Vorsteher Sidler (Basel), sowie der Präsident des Genfer Hilfs-Komitees für Wien Pierre Maurice (Genf). Im Lagerhause begrüßte Ober-Magistratsrat Formanek namens des Bürgermeisters die Herren auf das Herzlichste; hier hatten sich auch eingefunden: Magistratsrat Dr. Roßkopf,

Lagerhaus-Direktor Nübel, Ober-Inspektor Peldrian und Stationsvorstand Hübel. Der Zug bestand aus 29 Waggons mit Liebesgaben für Wien und ist von Mannschaften des Appenzeller Gebirgsregimentes, Bataillon 83, 20 Mann, unter Kommando des Oberleutnants Pozzi begleitet. Oberstleutnant Frey der Schweizer Hilfsmission, der die Herren ebenfalls im Lagerhause erwartete, geleitete sie sodann ins Rathaus, wo sie Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer längeren Ansprache begrüßte, in der er ausführte: Ich habe wiederholt schon und auch in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung im Namen aller Vertreter der Bevölkerung Wiens dem heißesten Danke Ausdruck gegeben für die Hochherzigkeit, mit der die Schweiz unserer notleidenden Stadt zu Hilfe gekommen ist. Ich kann dies heute nur wiederholen. Die Briefe, die ich von Ihren Schulkindern bekomme, haben mich und die gesamte Wiener Bevölkerung tief gerührt. Ich kann nur sagen, daß ein Volk, welches solche Kinder besitzt, mit gutem Vertrauen in seine Zukunft blicken kann. Ich muß aber noch einen anderen Dank hinzufügen, denn durch das Vorgehen der Schweiz ist eigentlich die Blockade für uns gebrochen worden. Ihr Professor Ferriere ist durch seine Untersuchungen, die er hier angestellt, derart erschüttert zurückgekommen, daß er eine Wendung zu unserem Gunsten herbeigeführt hat. Es wird die hohe Aufgabe der freien Schweiz sein, an Stelle des Hasses wiederum die reinen Gefühle der Menschlichkeit zu setzen, die in diesen unseligen Kriegszeiten so bald vergessen waren. In diesem Sinne wird sich die Schweiz unschätzbare weltgeschichtliche Verdienste erwerben. Um unserem Danke für die edle Hilfsbereitschaft der Schweiz sichtbaren Ausdruck zu verleihen, denke ich daran, die Erlaubnis der Schweiz zu erbitten, daß wir ein kleines Denkmal in einer Schweizer Stadt setzen dürfen zur Erinnerung an die schwere Zeit und die wiederkommende Völkerverbrüderung. Seien Sie also nochmals herzlichst willkommen und nehmen Sie auch aus dem Munde des Bürgermeisters den Dank der gesamten Bevölkerung und die Versicherung entgegen, daß Sie nach Erfüllung Ihrer Mission zurückkehren können mit dem tröstlichen Bewußtsein, hier viele Tränen getrocknet zu haben."

Pfarrer Lörtscher erwiderte namens der Schweizer Delegation die Begrüßungsworte des Bürgermeisters, und sagte: „Wir freuen uns, die schöne, edle Stadt Wien zu sehen, wollen aber nicht vergessen, was uns hiehergeführt hat, die Not der Zeit, die auf der Stadt Wien lastet. Als die Berichte über die große Notlage der Wiener Bevölkerung nach der Schweiz gelangten, da war die Hilfsbereitschaft einmütig und freudig in der ganzen Schweiz. Es ist dies ein Lichtschimmer für die Zukunft und wie heute hier die Sonne scheint, wollen wir hoffen, daß über das schöne Wien und die ganze Menschheit bald die volle Friedenssonne scheinen werde. Ich habe namens der ganzen Schweizer Bevölkerung die besten Grüße und die aufrichtigsten Wünsche für die Zukunft zu überbringen."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte sodann noch den besonderen Dank an die Schweizer Presse zum Ausdruck, deren Propagandatätigkeit für das bedrängte Wien einen Hauptanteil an dem Erfolge der Aktion bedeute. Er bitte Herrn Redakteur Bierbaum, den er als Vertreter der Presse ansprechen möchte, diesen Dank entgegennehmen zu wollen.

Redakteur Bierbaum übermittelte vorerst die persönlichen Grüße des Züricher Stadtoberhauptes Stadtpräsidenten Naegeli und sagte: „Wir haben mit Wien seit langem die besten Beziehungen unterhalten. Sie liegen in der Kunst und Literatur begründet und Zürich hat sich immer gefreut, Ihre großen Künstler und Sänger begrüßen zu können. Wenn wir also für Wien eine Hilfsaktion einleiteten, so geschah es auch in dem Bewußtsein, damit einen großen Teil dieser Dankesschuld wieder wettmachen zu können. Sie waren so liebenswürdig, an die Presse zu denken und ich werde dafür sorgen, daß dies auch bei uns bekannt wird, und spreche schon heute den besten Dank für diese Anerkennung aus."

Die Wahlen in die Nationalversammlung.

Für die Wahlen in die Nationalversammlung hat die Gemeinde Wien einen Kredit im Betrage von 1,250.000 K bewilligt.

Die Vorarbeiten für die Wahlen mußten in überaus kurzer Zeit bewerkstelligt werden. Am 4. Jänner war der Wahlausschreibungstag. In der Zeit vom 4. Jänner bis 15. Februar mußten alle Maßnahmen getroffen werden, welche zur Durchführung der Wahlen erforderlich sind. Diese umfassen die Aufnahme der Wahlberechtigten von Haus zu Haus, die Ueberprüfung der sich als wahlberechtigt gemeldeten Personen, die Erweiterung des Wahlrechtes in Bezug auf das Alter, auf die deutschen Reichsangehörigen, welch' letztere Erweiterung nach dem 4. Jänner erfolgte, die Durchführung des Reklamationsverfahrens ꝛc.

Die Wähleraufnahme ergab

für Wien die Zahl von 1,072.822 Wahlberechtigten, diese verteilen sich wie folgt:

1. Wahlkreis (Innere Stadt, Landstraße, Wieden. 145.091 wahlberechtigte Personen. Davon entfallen auf die Innere Stadt 9668 männliche und 14.601 weibliche Wähler, zusammen 24.269. Der Bezirk Landstraße zählt 37.816 männliche und 48.267 weibliche Wähler, in Summe 86.083. Die Wieden umfaßt 14.236 männliche und 20.503 weibliche Wähler, insgesamt 34.739.

2. Wahlkreis (Mariahilf, Neubau, Josefstadt) 103.742 wahlberechtigte Personen. Mariahilf weist 14.860 männliche und 19.936 weibliche Wähler, zusammen 34.796 auf; im Bezirke Neubau wurden 16.669 männliche und 22.557 weibliche, in Summe 39.226 Wähler gezählt. Die Josefstadt umfaßt 12.251 männliche und 17.469 weibliche, zusammen 29.720 Wähler.

3. Wahlkreis (Alsergrund, Währing, Döbling) 137.326 wahlberechtigte Personen. Darunter zählt der Alsergrund 23.195 männliche, 30.289 weibliche, zusammen 53.484 Wähler. Währing hat 22.449 männliche und 30.028 weibliche, insgesamt 52.477 Wähler. Döbling zählt 13.745 männliche und 17.620 weibliche, zusammen 31.365 Wähler.

4. Wahlkreis (Leopoldstadt, Brigittenau, Floridsdorf) 166.726 wahlberechtigte Personen. Davon entfallen auf die Leopoldstadt 33.884 männliche und 38.957 weibliche, in Summe 72.841 Wähler. Die Brigittenau umfaßt 22.585 männliche und 25.038 weibliche, insgesamt 47.623 Wähler. Der Bezirk Floridsdorf zählt 22.342 männliche und 23.920 weibliche, zusammen 46.262 Wähler.

5. Wahlkreis (Margareten, Favoriten, Simmering) 161.251 wahlberechtigte Personen. Margareten zählt 25.803 männliche und 31.576 weibliche, insgesamt 57.379 Wähler. Favoriten weist 37.136 männliche und 41.588 weibliche, insgesamt 78 724 Wahler auf. Simmering umfaßt 11 922 männliche und 13.226 weibliche, insgesamt 25.148 Wähler.

6. Wahlkreis (Meidling, Hietzing, Fünfhaus) 164.885 wahlberechtigte Personen. Davon entfallen auf Meidling 26 592 männliche und 32.480 weibliche, zusammen 59.072 Wähler. Hietzing hat 31.764 männliche und 40.909 weibliche, insgesamt 72.673 Wähler. Fünfhaus zählt 14.486 männliche und 18.654 weibliche, in Summe 33.140 Wähler.

7. Wahlkreis (Rudolfsheim, Ottakring, Hernals) 193.801 wahlberechtigte Personen. Rudolfsheim zählt 22.427 männliche und 26.611 weibliche, zusammen 49.038 Wähler. Auf Ottakring entfallen 42.028 männliche und 49.578 weibliche, insgesamt 91.606 Wähler. Hernals umfaßt 23.899 männliche und 29.258 weibliche, zusammen 53.157 Wähler.

Nach dem bis zum Schlusse des Blattes durchgeführten Reklamationsverfahren beträgt die Wähleranzahl im 1. Bezirke 25.568, im 2. Bezirke 80.016, im 3. Bezirke 90.209, im 4. Bezirke 35.910, im 5. Bezirke 60.587, im 6. Bezirke 36.100, im 7. Bezirke 41.002, im 8. Bezirke 30.773, im 9. Bezirke 56.730, im 10. Bezirke 84.191, im 11. Bezirke 26.640, im 12. Bezirke 60.150, im 13. Bezirke 74.994, im 14. Bezirke 50.750, im 15. Bezirke 34.228, im 16. Bezirke 95.019, im 17. Bezirke 55.724, im 18. Bezirke 53.920, im 19. Bezirke 32.550, im 20. Bezirke 52.240 und im 21. Bezirke 48.326.

Die große Zahl der eingelangten Reklamationen ist dadurch zu erklären, daß in einer überaus großen Anzahl von Fällen sich Ausländer zur deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft bekannten und auf dieser Grundlage ihre Aufnahme in die Wählerverzeichnisse im Wege der Reklamation erwirkten.

Zur Orientierung der Wähler[illegible]aft wurde vom Magistrate unter anderem folgende Kundmachung in den Häusern anschlagen gelassen:

Kundmachung,

betreffend die Durchführung der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung.

Mit der Kundmachung des Deutschösterreichischen Staatsrates vom 8. Jänner 1919, St.-G.-Bl. Nr. 11, wurde als Wahltag für die konstituierende Nationalversammlung der 16. Februar 1919 festgesetzt.

Unter Bezugnahme auf diese Anordnung wird behufs Durchführung der Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung im Gemeindegebiete von Wien folgendes zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

I. Das Gebiet der Stadt Wien ist in sieben Wahlkreise eingeteilt und haben die Wähler jedes Wahlkreises die im nachstehenden Verzeichnisse angeführte Anzahl von Abgeordneten zu wählen.

1. Wien Innen-Ost (umfassend den 1., 3. und 4. Gemeindebezirk) 7 Abgeordnete.

2. Wien Innen-West (umfassend den 6., 7. und 8. Gemeindebezirk) 5 Abgeordnete.

3. Wien Nordwest (umfassend den 9., 18. und 19. Gemeindebezirk) 6 Abgeordnete.

4. Wien Nordost (umfassend den 2., 20. und 21. Gemeindebezirk) 8 Abgeordnete.

5. Wien Südost (umfassend den 5., 10. und 11. Gemeindebezirk) 7 Abgeordnete.

6. Wien Südwest (umfassend den 12., 13. und 15. Gemeindebezirk) 6 Abgeordnete.

7. Wien West (umfassend den 14., 16. und 17. Gemeindebezirk) 9 Abgeordnete.

Jeder Wahlkreis wurde zur Erleichterung der Wahl in Wahlsprengel eingeteilt. Die Zugehörigkeit der einzelnen Gebäude zu den Wahlsprengeln ist aus der Magistrats-Kundmachung vom 17. Jänner 1919, M.Abt. XIX, 105/19, betreffend die Einteilung der Gemeindebezirke in Wahlsprengel, ersichtlich. Für jeden Wahlsprengel wurde seitens der Kreiswahlbehörde im Einvernehmen mit der Ortswahlbehörde ein Wahllokal bestimmt. Das Verzeichnis der Wahllokale für jeden Sprengel wird bezirksweise mit einer besonderen Kundmachung des Magistrates vom 8. Februar 1919, M.Abt. XIX, 389, betreffend die Wahllokale und den Wahlschutzumkreis, verlautbart. Außerdem wird die vorliegende Kundmachung dem Inhaber (Stellvertreter) eines jeden Hauses behufs Anschlages an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen Stelle übermittelt und ist in dieser Kundmachung ausdrücklich das Wahllokal bezeichnet, in welchem die Bewohner dieses Hauses ihr Wahlrecht auszuüben haben.

II. Die Kreiswahlbehörde hat im Einvernehmen mit den Ortswahlbehörden den Beginn der Wahlhandlung auf 7 Uhr früh und den Schluß der Stimmengebung auf 7 Uhr abends festgesetzt.

Gemäß § 30 der Wahlordnung dürfen jedoch Wähler, welche noch vor Ablauf der bestimmten Schlußstunde in dem Wahllokale und in dem von der Ortswahlbehörde bestimmten Warteraum zur Wahl erschienen sind, von der Stimmungebung nicht ausgeschlossen werden.

III. Legitimationskarten werden den Wählern nicht ausgefertigt. Der Vorgang bei der Stimmenabgabe ist daher folgender:

Jeder Wähler tritt vor die Wahlbehörde, nennt seinen Namen, bezeichnet seine Wohnung und legt eine Urkunde oder eine sonstige amtliche Bescheinigung vor, aus der sein Personenstand ersichtlich ist.

Als Urkunden oder amtliche Bescheinigungen zum Erweise des Personenstandes kommen insbesondere in Betracht: Tauf-, Geburts- und Trauscheine, der Heimatschein, Staatsbürgerschaftsurkunden, Anstellungsdekrete, Pässe jeder Art, amtliche Legitimationen, Arbeitsbücher, Dienstbotenbücher, Jagdkarten, Eisenbahn- und Tramwaypermanenzkarten, Gewerbescheine, Lizenzen, Diplome, Immatrikulationsscheine und Meldungsbücher einer Hochschule, Hoch- und Mittelschulzeugnisse, militärische Dokumente u. dgl., überhaupt alle unter Beidruck eines Amtsstempels ausgefertigten Urkunden, welche den Personenstand des Wählers erkennen lassen.

Hat der Wähler sich auf diese Weise entsprechend ausgewiesen, so erhält er von dem Wahlleiter das undurchsichtige Wahlkuvert und auf Verlangen einen Stimmzettel.

Der Wähler hat sich hierauf in die Wahlzelle zu begeben, den ausgefüllten Stimmzettel in das Kuvert zu legen und tritt dann aus der Zelle und übergibt das Kuvert geschlossen dem Wahlleiter, der es uneröffnet in die Urne legt.

Hierauf verläßt der Wähler das Wahllokal.

Das Wahlrecht ist grundsätzlich persönlich auszuüben; doch können sich Blinde und Bresthafte von einer Geleitperson führen und diese für sich abstimmen lassen. Von diesem letzteren Falle abgesehen, darf die Wahlzelle stets nur von einer Person betreten werden.

IV. Der Stimmzettel muß aus weichem Papier sein. Er ist giltig ausgefüllt, wenn er die Parteibezeichnung oder wenigstens den Namen eines Bewerbers der gewählten Parteiliste unzweideutig dartut. Dies geschieht entweder auf beliebigem Stimmzettel durch Handschrift, Druck oder sonstige Vervielfältigung, oder aber auf den von der Wahlbehörde vorbereiteten Stimmzetteln durch Einhakung der ganzen Parteiliste oder der Parteibezeichnung oder mindestens eines Namens der Parteiliste.

Der Stimmzettel ist ungültig:

1. wenn er zwei oder mehrere Parteien bezeichnet;

2. wenn er gar keine Partei, wohl aber zwei oder mehrere Namen aus verschiedenen Parteilisten bezeichnet.

Erscheint innerhalb eines Wahlkreises ein und derselbe Name auf mehreren Parteilisten, so sind Stimmzettel, welche diesen Namen allein enthalten, nur dann giltig, wenn der Stimmzettel auch die Partei bezeichnet.

Streichungen machen den Stimmzettel nicht ungiltig, wenn wenigstens ein Kandidatenname oder die Partei bezeichnet bleibt.

Wenn ein Kuvert mehr als einen giltig ausgefüllten Stimmzettel enthält und diese Stimmzettel auf verschiedene Parteilisten lauten, sind alle ungiltig.

Lauten die giltig ausgefüllten Stimmzettel auf dieselbe Partei, so sind sie als ein Stimmzettel zu zählen.

V. Im Gebäude des Wahllokales und in dem durch die Magistratskundmachung vom 8. Februar 1919, M. Abt. XIX, 389, angeführten Umkreise ist am Wahltage jede Art der Wahlwerbung insbesondere durch Ansprachen an die Wähler, durch Verteilen von Wahlaufrufen oder von Kandidatenlisten und dergleichen, ferner jede Ansammlung sowie das Tragen von Waffen jeder Art verboten.

Der Ausschank von geistigen Getränken ist am Wahltage sowie am Tage vorher allgemein verboten.

Das Verbot des Tragens von Waffen bezieht sich nicht auf jene Waffen, die am Wahltage von öffentlichen, im betreffenden Umkreise im Dienst befindlichen Sicherheitsorganen nach ihren dienstlichen Vorschriften getragen werden müssen.

Uebertretungen dieser Bestimmungen werden nach der Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857, R.-G.-Bl. Nr. 198, mit 2 K bis 200 K oder mit Arrest von 6 Stunden bis zu 14 Tagen bestraft.

VI. Unmittelbar nach Abschluß der Stimmengebung, welche von der Wahlbehörde ausgesprochen wird, wird jedes Wahllokal geschlossen. In demselben dürfen nur die Mitglieder der Wahlbehörde, deren Hilfsorgane und die gemäß § 21 der Wahlordnung mit Eintrittsschein der Kreiswahlbehörde beteilten Wahlzeugen (Vertrauensmänner) der wahlwerbenden Parteien verbleiben. Die Ortswahlbehörde stellt die auf jede Parteiliste entfallende Zahl von Stimmen (Parteisumme) fest und gibt diese Feststellung der Kreiswahlbehörde bekannt.

VII. Die Kreiswahlbehörde stellt die endgiltig ermittelten Wahlergebnisse fest und verlautbart durch öffentlichen Anschlag das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens, und zwar die Gesamtsumme der abgegebenen giltigen Stimmen, die einzelnen Parteisummen, die Wahlzahl und die Namen der von der Kreiswahlbehörde als gewählt Erklärten.

Ferner wurden für jeden Gemeindebezirk Kundmachungen, enthaltend die Wahllokale veröffentlicht.

Das neue Wahlgesetz schreibt die Einsetzung eigener Wahlbehörden vor, und zwar 7 Kreis- und 1472 Ortswahlbehörden. Jede derselben besteht aus einem Vorsitzenden, in der Regel drei Beisitzern und ebensovielen Ersatzmännern. Am Wahltage werden diesen Wahlbehörden noch zwei Hilfskräfte des Magistrates zur Dienstleistung zugewiesen. Außerdem wird in jedem Wahllokal ein Ordner bestellt werden, um Auskünfte an die Wahlberechtigten zu erteilen.

Die Stimmenabgabe dauert von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. An dieselbe schließt sich sofort die Stimmenzählung an. Das Wahlergebnis wird aber erst am Montag, 17. Februar, vormittags verlautbart werden.

Schul-Angelegenheiten.

Benennung von Unterrichtsanstalten.

Ueber Erlaß des Staatsamtes für Unterricht vom 10. Dezember 1918 hat der n.-ö. Landesschulrat mit dem Erlasse vom 1. Jänner 1919 auf Grund eines Beschlusses des deutschösterreichischen Kabinettsrates die Weisung erteilt, daß die bisher genehmigte Benennung einzelner Unterrichtsanstalten nach Mitgliedern des früheren Kaiserhauses mit Rücksicht auf die geänderten staatsrechtlichen Verhältnisse nunmehr ausnahmslos zu entfallen hat.

Einstellung der Geldsammlungen in den Schulen.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht hat mit Erlaß vom 7. Dezember 1918 angeordnet, daß alle in den Schulen bisher üblichen Geldsammlungen unverzüglich einzustellen sind. Hievon wurden die Schulleitungen zufolge Weisung des n.-ö. Landesschulrates zur sofortigen weiteren Veranlassung mit dem Bemerken in Kenntnis gesetzt, daß durch die Anordnung des Staatsamtes für Unterricht die im Sinne des § 72 der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung errichteten Schulsparkassen nicht berührt werden.

Freigabe des Unterrichtes am 15. und 17. Februar 1919.

Zur Durchführung der am Sonntag den 16. Februar stattfindenden Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung sind die meisten städtischen Schulgebäude für die Unterbringung der Wahllokale in Anspruch genommen. Die erforderlichen Behelfe, wie Wahlzellen, Urnen, Wählerverzeichnisse u. s. w. müssen am 15. Februar in die Wahllokale geschafft und letztere entsprechend instand gesetzt werden. Die Wegschaffung der Behelfe und die Reinigung der bei der Wahl benützten Räumlichkeiten kann mit Rücksicht auf die zu gewärtigende lange Dauer der Wahlhandlung erst am 17. Februar erfolgen. Aus diesen Gründen und mit Rücksicht darauf, daß sehr viele Lehrpersonen am Wahltage bei den Wahlbehörden aller Wahrscheinlichkeit nach bis in die Nacht-

stunden beschäftigt sein werden, wurde vorbehaltlich der Genehmigung des n.-ö. Landesschulrates verfügt, daß am 15. und 17. Februar der Unterricht an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien zu entfallen hat. Dasselbe gilt naturgemäß auch bezüglich des Unterrichtes in den Religionsstationen am Wahltage selbst.

Inspektion für den israelitischen Religionsunterricht.

Der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde Wien hat dem Bezirksschulrate Wien mit der Zuschrift vom 13. Jänner 1919 mitgeteilt, daß bis auf weiteres mit der Leitung der Inspektion für den israelitischen Religionsunterricht an Volks- und Bürgerschulen in Wien der Inspektor Rabbiner Dr. Moses Rosenmann betraut und ihm als Hilfsorgane die israelitischen Religionslehrer Lazar Wiesner und Isidor Oehler beigegeben wurden.

Wiener Kommunal-Sparkassen.

Zentral-Sparkassa.

Im Jänner 1919:

Im abgelaufenen Monat Jänner 1919 wurden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten von 38.789 Parteien 30,475.849 K 90 h eingelegt und an 16.399 Parteien 17,529.461 K 60 h rückbezahlt. Der Einlagenstand betrug Ende Jänner 1919 317,422.297 K 80 h.

Im Hypothekardarlehensgeschäfte wurden 117.204 K 19 h zugezählt und 40.394 K 39 h rückbezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekardarlehen am 31. Jänner 1919 auf 95,300.276 K 67 h belief.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 31. Jänner 1919 110,070.450 K — h, an Wechseln und Salinenscheinen besaß die Anstalt am 31. Jänner 1919 56,350.000 K — h.

Rudolfsheim.

Im Jänner 1919:

Eingelegt von 10.946 Parteien	10,114.376 K 34 h
Rückgezahlt an 6107 Parteien	6,397.950 „ 25 „

Mit 31. Jänner 1919 betrug der Stand

der Gesamteinlagen auf 70.497 Konti	132,782.468 K 38 h
„ Hypothekardarlehen	58,501.898 „ 26 „
„ Gemeindedarlehen	3,465.317 „ 66 „
„ Gesamt-Werteffekten	62,730.371 „ — „
des Reservefonds	3,872.260 „ 92 „

Hernals.

Im Jänner 1919:

Einlagen von 1094 Parteien	9,420.491 K 16 h
Rückzahlungen an 6395 Parteien	5,541.311 „ 36 „

Stand am 31. Jänner 1919:

Gesamteinlagen auf 60.248 Konti	107,731.541 K 45 h
Hypothekardarlehen	43,765.599 „ 75 „

Währing.

Im Jänner 1919:

Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates	73,444.924 K 60 h
Eingezahlt wurden von 8281 Parteien	6,407.222 „ 82 „
zusammen	79,852.147 K 42 h
Rückgezahlt wurden an 4787 Parteien	3,840.003 „ 82 „
Gesamt-Einlagenstand am 31. Jänner 1919	76,012.143 „ 60 h
verteilt auf 43.141 Konti	
Zuwachs	2,567.219 „ — „
Stand der Einlagen im Scheckverkehr	2,169.189 „ 41 „
„ „ aushaft. Hypothekar-Darlehen	32,062.982 „ 21 „
„ „ Darlehen auf Wertpapiere	4,374.723 „ 91 „
„ „ eskomptierten Wechsel	53.000 „ — „
„ „ Wertpapiere (Nominale)	42,989.300 „ — „

Döbling.

Im Jänner 1919:

Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates	20,574.185 K 01 h
Eingezahlt wurden von 2387 Parteien	2,198.744 „ 26 „
Zusammen	22,772.929 K 27 h
Rückgezahlt wurden an 1271 Parteien	1,450.071 K 49 „
Gesamt-Einlagenstand am Ende des Monates auf 14.291 Konti.	21,322.857 „ 78 „
Zuwachs	748.672 „ 77 „
Stand der Einlagen im Scheckverkehr	1,128.887 K 92 „
„ „ aushaft. Hypothekar-Darlehen	9,975.588 „ 31 „
„ „ Darlehen auf Wertpapiere	53.411 „ 67 „
„ „ Wertpapiere (Nominale)	9,013.050 „ — „

Floridsdorf.

Im Jänner 1919:

Stand des Vormonates	34,873.910 K 57 h
Eingelegt wurden von 2441 Parteien	2,731.819 „ 19 „
Kapitalisierte Zinsen	— „ — „
Zusammen	37,605.729 K 76 h
Rückgezahlt wurden an 1383 Parteien	1,191.402 „ 55 „
Stand mit Ende Jänner 1919	36,414.327 K 21 h
Konto: 16.431.	

Heimsparkassen:

Stand des Vormonates	429.480 K 32 h
Eingelegt wurden von 205 Parteien	49.509 „ 52 „
Kapitalisierte Zinsen	— „ — „
Zusammen	479.349 K 84 h
Rückgezahlt wurden an 63 Parteien	28.771 „ 23 „
Stand mit 31. Jänner 1919	450.578 K 61 h
Konto: 1.082.	
Gesamtstand	36,864.905 „ 82 „

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

Vom 2. bis 8. Februar 1919.

In der Großmarkthalle langten ein:

Rindfleisch 170.753 kg, und zwar aus Wien 30.134, aus dem sonstigen Niederösterreich 100, aus Oberösterreich 690, aus Deutschland 139.829 kg.

Pferdefleisch 907 kg, und zwar aus Oberösterreich.

Schaffleisch 250 kg, und zwar aus Wien.

Schweine- und Rauchfleisch 8140 kg, und zwar aus Wien.

Kälber 3 Stück, und zwar aus Wien.

Schafe 5963 Stück, und zwar aus Wien 5586, aus Niederösterreich 59 und aus Oberösterreich 318 Stück.

Preisbewegung (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 60 h bis 22 K.

Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) von 14 K bis 28 K.

Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 19 K 50 h.

Schaffleisch von 26 K 50 h bis 28 K.

Schweinefleisch bis 20 K.

Kälber von 4 K 70 h bis 13 K 30 h.

Schafe von 16 K bis 21 K.

Lämmer im Fell bis 19 K 50 h.

Per Bahn langten 20 Waggons mit 107·731 t ein.

Die diesswöchigen Zufuhren an Rind- und Schaffleisch waren größer als in der Vorwoche. Rindfleisch war trotz besserer Zufuhr nicht ausreichend, konnte jedoch durch rayoniertes Schaffleisch ergänzt werden. Nichtrayoniertes Schaffleisch war der Nachfrage entsprechend in genügenden Mengen vorhanden. Schweinefleisch war nicht bedarfdeckend, Kalbfleisch war für Spitäler bestimmt.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 2960 kg gefrorenes Schweinefleisch, 1950 kg Rauchfleisch.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

Rindermarkt.

Am Zentral-Viehmarkte St. Marx gelangten am 11. Februar 1919 zur Verteilung an Extremfleischhauer 147 Rinder, an Einheitsfleischhauer 379 Rinder.

Schafmarkt.

Am Schafmarkte gelangten am 11. Februar 1919 an Fleischhauer 200 lebende Schafe zur Verteilung.

Pferdemarkt.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 7. Februar 1919: 314 Gebrauchs- und 33 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 1600 K bis 8000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Jung- und Stechviehmarkt vom 13. Februar 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 50, Lämmer ausgeweidet 4, Schafe lebend 553, Schafe ausgeweidet 4 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 3 K bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 11 K bis 16 K.

Schafe lebend, 1. Qualität bis 14 K 10 h.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 2 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 1031 Stück Schafe weniger aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Jung- uno Stechviehmarkte gelangten zur Verteilung an Spitäler und Sanatorien 50 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 4 Lämmer und 4 Schafe und an Fleischhauer 1100 lebende Schafe.

Pferdemarkt.

Zum Verkaufe wurden gebracht am 7. Februar 1919: 370 Gebrauchs- und 15 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 2000 K bis 10.000 K.

Der Markt war sehr lebhaft.

Baubewegung

vom 12. Februar bis 14. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

1. Bezirk: Hohenstaufengasse 12, von Paul Hoppe, 3., Barichgasse 7 (302).
„ „ Stubenring 6, von Karl Korn, G. m. b. H., 3., Invalidenstraße 5 (319).
6. Bezirk: Gumpendorferstraße 67, von Frz. Anderle (311).
„ „ Webgasse 11, von Margarete Szell, Bauführer A. Himmelstoß (318).

Diverse geringere Bauten.

1. Bezirk: Kanalherstellung, Zelinkagasse 12, von Dr. H. Krückl (301).

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Verkauf von Alteisenmaterialien der städtischen Straßenbahnen.

Offertverhandlung vom 6. Februar.

Es offerierten je per 100 kg:

Josef Krakauer Radreifen um 28 K 75 h, Stahlguß um 9 K 70 h, Bröckeleisen (Lagerplatz 13. Bezirk), Werkzeug- und Federstahl um 9 K 70 h, Guß verbrannt um 14 K, Eisenblech um 6 K 70 h, Drehspäne um 3 K 70 h;

Josef Frankl & Komp. Schienenabfälle um 10 K 17 h, Bröckeleisen (Lagerplatz 11. und 12. Bezirk) um 10 K 7 h, Spitzschienen und Stahlguß um 8 K 27 h, Laschen um 10 K 87 h, Spurhälter um 18 K 67 h, Bohr- und Hobelspäne um 3 K, Radreifen um 20 K 37 h, Grauguß um 26 K 37 h, Bröckeleisen (13. Bezirk) und Werkzeugstahl um 11 K 7 h, Guß verbrannt um 12 K 67 h, Eisenblech um 2 K 70 h, Drehspäne um 3 K;

Josef Bruckner & Söhne, Schienenabfälle um 9 K 10 h, Spitzschienen um 26 K, Spurhälter um 26 K 60 h, Radreifen um 22 K 30 h, Grauguß um 25 K 30 h, Federstahl um 16 K;

Max Lawetzky Schienenabfälle und Laschen um 10 K 97 h, Bröckeleisen (11. und 12. Bezirk) um 10 K 87 h, Spitzschienen um 8 K 37 h, Stahlguß um 8 K 36 h, Spurhälter um 18 K 60 h, Bohr- und Hobelspäne um 3 K 2 h, Radreifen um 20 K 70 h, Grauguß um 26 K 30 h, Bröckeleisen (13. Bezirk) und Werkeugstahl um 11 K 8 h, Guß verbrannt um 12 K 60 h, Eisenblech um 2 K 78 h, Drehspäne um 3 K 2 h;

Theodor Schrecker Schienenabfälle und Bröckeleisen (11. und 12. Bezirk) um 10 K 72 h, Spitzschienen und Stahlguß (11. und 12. Bezirk) um 10 K 18 h, Laschen um 10 K 72 h, Spurhälter um 14 K 63 h, Bohr- und Hobelspäne um 2 K 52 h, Radreifen um 14 K 26 h, Stahlguß 13. Bezirk) um 9 K 72 h, Grauguß um 25 K 30 h, Bröckeleisen (3. Bezirk), Werkzeug- und Federstahl um 10 K 12 h, Guß verbrannt um 8 K 57 h, Eisenblech und Drehspäne um 2 K 52 h;

Bernhard Weininger & Sohn Schienenabfälle, Bröckeleisen, Stahlguß, Laschen, Werkzeug- und Federstahl um 13 K 50 h, Spitzschienen um 23 K 50 h, Spurhälter um 14 K, Bohr- und Hobelspäne um 7 K, Radreifen um 33 K 50 h (Vollbahnwaggon) und 30 K (ab Lagerplatz), Grauguß um 25 K, Guß verbrannt um 9 K 50 h, Eisenblech um 5 K, Drehspäne um 7 K;

Josef Buchbinder (Wien, 13. Bezirk), Schienenabfälle um 12 K 25 h, Bröckeleisen (11. und 12. Bezirk), Spitzschienen, Stahlguß (11. und 12. Bezirk), Laschen und Spurhälter um 12 K 5 h, Radreifen um 14 K 51 h, Stahlguß (13. Bezirk) um 11 K 5 h, Grauguß um 23 K 60 h, Bröckeleisen (13. Bezirk), Werkzeugstahl, Federstahl und Guß verbrannt um 11 K 2 h;

Josef Buchbinder (Olmütz) Schienenabfälle um 12 K 52 h, Bröckeleisen (11. und 12. Bezirk) und Spitzschienen um 12 K 26 h, Stahlguß (11. und 12. Bezirk), Laschen und Spurhälter um 12 K 10 h, Radreifen um 15 K 60 h, Stahlguß (13. Bezirk) um 11 K 20 h, Grauguß um 25 K 12 h, Bröckeleisen (13. Bezirk), Werkzeug- und Federstahl, Guß verbrannt um 12 K 2 h;

S. Schwarz Guß verbrannt um 14 K 20 h;

Albert Adler Schienenabfälle 10 K 50 h, Bröckeleisen und Stahlguß (11. und 12. Bezirk) 10 K, Spitzschienen 8 K, Laschen 11 K, Spurhälter 31 K 75 h, Bohr- und Hobelspäne 2 K, Radreifen 31 K 65 h, Stahlguß (13. Bezirk) um 14 K 12 h, Grauguß 30 K 5 h, Bröckeleisen (13. Bezirk) 11 K, Werkzeug- und Federstahl 14 K 12 h, Guß verbrannt 12 K, Eisenblech 7 K 50 h, Drehspäne 2 K 50 h.

* * *

Kanalneubau in der Erzbischof- und Himmelhofgasse im 13. Bezirke.

Offertverhandlung am 11. Februar

Es offerierten für die Erd- und Baumeisterarbeiten: „Universale" Baugesellschaft m. b. H. mit 667 Prozent Aufzahlung. Verantwortlicher Bauführer Baumeister Alfred Ruf.

Ing. Karl Auteried & Komp. mit 510 Prozent Aufzahlung. Bei Beseitigung von Felsen durch Abstemmen, statt der beabsichtigten Sprengung, Aufzahlung von 10 K für den Kubikmeter auf die Kostenanschlagspreise.

Josef Foit, Maurermeister, mit 720 Prozent Aufzahlung.

H. Nella & Komp. mit 737 Prozent Aufzahlung.

Für die Lieferung von Steinzeugwaren: Westböhmische Kaolin- u. Schamottewerke mit 18 Prozent Aufzahlung. Ware ab Magazin, Lieferung abhängig von der Ausfuhr- und Transportbewilligung.

Lederer & Nessenyi mit 15 Prozent Aufzahlung.

Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft mit 17 Prozent Aufzahlung.

Erste Schattauer Tonwaren A. G. mit 19 Prozent Aufzahlung.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

7. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Laßner Oskar — Bank- und Kommissionsgeschäft — 4., Schikanedergasse 11.

Weber Georg — Lebensmittelhandel — 4., Große Neugasse 17.

Frank Arnold — Lebensmittelhandel — 4., Große Neugasse 17.

Wagschal Efrojim Wolf — Handel mit Galanterie-, Leder- und Spielwaren — 8., Alserstraße 59.

Ryzmann Johann — Mechanikergewerbe — 8., Pfeilgasse 7.

Ballif Alois — Ausführung von Schreibarbeiten — 1., Singerstraße 27.

Pscheidl Johann — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1493 — 9., Althanplatz.

Thiel Franz — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 451 — 1., Tuchlauben 8.

Winterleitner Ludwig — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 707 — 4., Wiedner Hauptstaße 1.

Winterleitner Ludwig — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1354 — 15., Westbahnhof.

Münich Johann — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1652 — 4., Margaretenstraße 26.

Beyschlag Johannes Otto — Personentransport mit dem Einspännerwagen 257 — 7., Andreasgasse.

Pollak Siegmund — Erzeugung von Hosenträgern und Damengürteln — 6., Königseggasse 2.

Glück Ernst — Handel mit Galanteriewaren, Spielzeug und Teppichen — 7., Neubaugasse 72.

Maier Leopold — Handel mit Haus- und Küchengeräten — 2., Taborstraße 73.

Waldapfel Simon — Handel mit Papier, Schreibrequisiten und Galanteriewaren — 2., Lessinggasse 9.

Belocerkowski Abraham Nachman — Handel mit Lebensmitteln — 2., Zirkusgasse 37.

Brunner Hans — Friseur- und Raseurgewerbe — 13., Linzerstraße 169.

Abeles Judith — Kaffeesiedergewerbe — 12., Schönbrunnerstraße 250.

Döber Philomena — Pachtbetrieb der dem Wilhelm Kunert gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 176 — 1., Hohenstaufengasse 19.

Rosenberg Johanna — Kaffeesiedergewerbe — 12., Schönbrunnerstraße 142.

Beutel Pauline — Fischhandel — 4., Naschmarkt.

Müller Louise — Marktwiktualienhandel — 4., Naschmarkt, Zelle 427.

Sobjkovsky Olga — Uebernahme von Strümpfen zum Ausbessern — 4., Favoritenstraße 34.

Danzinger Mathilde — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 16., Grundsteingasse 11.

Peiker Josefa — Lebensmittelhandel — 2., Karmeliterplatz 5.

Pekarik Marie — Damenkleidermachergewerbe — 21., Langobardenstraße 15.

Frymmel Marie — Handel mit Fragnereiartikeln, Zuckerbäckerwaren und Flaschenbier — 21., Kantnergasse 44.

Schauer Marie — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — 21., Schrickgasse 20.

Motal Johanna — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — 21., Brünnerstraße 42.

Kaibas Maria — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Siemensstraße 65.

Rotter Rosina — Damenkleidermachergewerbe — [illegible], Mariahilferstraße 113.

Wagner Marie — Spirituosen- und Essig-Erzeugung auf kaltem Wege — 18., Bischof Faber-Platz 10.

Oeser Anna — Selchwaren- und Schweinefleisch-Verschleiß — 18., Gentzgasse 125.

* * *

8. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Erzgießerei, Bronze- und Metallwarenfabriks-Aktiengesellschaft — Fabriksmäßiger Betrieb der Erzgießerei, Bronze- und Metallwaren-Erzeugung — 8., Josefstädterstraße 44.

Wiener Produktiv-Genossenschaft der vereinigten Sattler und Riemer, reg. G. m. b. H. — Riemer- und Sattlergewerbe — 13., Cumberlandstraße 7 a.

Karl Fuchtner, Eisen- und Metallwarenfabrik, G. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Maschinen und Apparaten — 17., Hernalser Hauptstraße 22.

Waclawik Karl — Glasschleifergewerbe — 5., Spengergasse 36.

Sklenac Johann — Glasergewerbe — 5., Schönbrunnerstraße 87.

Amler Alois — Bildhauergewerbe — 5., Wehrgasse 19.

Kartusch Friedrich — Spenglergewerbe — 5., Spengergasse 10.

Fleger Franz — Tischlergewerbe — 5., Obere Amtshausgasse 20.

Witschka Josef — Bandagenmachergewerbe — 5., Einsiedlerplatz 17.

Oroszi Rudolf — Pferdefleischhauergewerbe — 5., Ramperstorffergasse 60.

Ptacek Anton — Tischlergewerbe — 5., Leitgebgasse 8.

Zand Karl — Bäckergewerbe — 5., Kompertgasse 5.

Obadalel Franz — Zuckerbäckergewerbe — 5., Einsiedlerplatz 7.

Klinger Engelbert — Konzession für Elektrotechnik — 12., Malfattigasse 7.

Schmitz Richard — Handelsagentur — 16., Anzengruberplatz 6.

Schmid Johann — Musikergewerbe — 16., Hergeleinstraße 26.

Pfister Willibald — Fragnergewerbe — 16., Eisnergasse 24.

Obernhuebner Rudolf — Wanderhandel mit Obst, Blumen, Grünwaren und Geflügel — 16., Grundsteingasse 7.

Pollak Hans — Handel mit Briefmarken für Sammelzwecke — 7., Kandlgasse 32.
Urban Josef — Handel mit elektromedizinischen Apparaten und deren Bestandteilen — 7., Wimbergergasse 34.
Meier Ignaz — Kostgeber-Konzession — 7., Andreasgasse 5.
Neuron Leopold — Handel mit Papier-, Galanterie-, Kurz- und Spielwaren — 7., Lindengasse 21.
Langer Johann — Friseur- und Raseurgewerbe — 7., Neustiftgasse 40.
Rand Abraham — Handel mit Wirk-, Galanteriewaren und Schuhen — 2., Rickelgasse 4.
Canaval Ludwig — Handel mit Beleuchtungsgegenständen, elektrischen Bedarfsartikeln — 2., Ybbsstraße 30.
Schiller Anton — Wanderhandel mit Naturblumen, Obst und Geflügel — 2., Emiliengasse 7.
Preis Adalbert — Musikergewerbe — 2., Rueppgasse 2.
Löw Hersch Leiser — Handel mit Galanterie-, Kurz-, Wäsche- und Parfümeriewaren — 2., Schreigasse 16.
Weingerl Karl — Handel mit Lebensmitteln — 2., Taborstraße 96.
Adler Ignaz — Handel mit Uhren, Gold- und Silberwaren — 2., Nordbahnstraße 38.
Speer Benjamin — Handel mit Leder und Schuhmacherzugehör — 2., Tandelmarktgasse 9.
Kreisel Julius — Gemischtwaren-Großhandel — 2., Untere Augartenstraße 21.
Schreiner Paul — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Borgartenstraße 147.
Löblowitz Wilhelm — Konzession zum Betriebe des Trödlergewerbes — 2., Schüttaustraße 61.
Joessel Eugen — Konzession zur gewerbsmäßigen Dienst- und Stellenvermittlung — 2., Praterstraße 15.
Chlamtatsch Johann — Erzeugung von Parfümerie- und Toilette-Artikeln — 2., Novaragasse 44.
Chlamtatsch Johann — Handel mit Materialwaren, Chemikalien und Drogen — 2., Novaragasse 44.
König Ignaz — Pferde-Agentur — 2., Kronprinz Rudolf-Straße 22.
Angelus Wilhelm — Handel mit Lebensmitteln — 2., Novaragasse 53.
Leitner Alfred — Handel mit Uhren, Gold- und Silberwaren — 2., Czerningasse 8.
Pestal Antonia — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Schüttaustraße 58.
Wolfart Philomena — Handel mit Lebensmitteln — 2., Franzensbrückenstraße 28.
Stralberg Malke — Verschleiß von Bäckereien und Kanditen — 2., Taborstraße 3.
Meister [illegible]oldine — Handel mit Lebensmitteln — 2., Praterstraße 61.
Neuwich Anna — Gemischtwarenhandel — 13., Linzerstraße 126.

* * *

9. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Wiener Automobiltaxameterverkehrs-Gesellschaft m. b. H. — Pachtbetrieb der dem Rupert Perschl gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 938 — 1., Kaiser Ferdinands-Platz.
Wiener Automobiltaxameterverkehrs-Gesellschaft m. b. H. — Pachtbetrieb der dem Rupert Perschl gehörigen Einspänner-Lizenz Nr. 1178 — 9., Wiederhofgasse 1/3, Ecke Nußdorferstraße.
Goldstein Peter Hermann, Alleininhaber der Firma Frankl & Goldstein — Handel und Kommissionshandel mit Schuhwaren — 2., Obere Donaustraße 19.
Knote Rudolf, Alleininhaber der Firma Eduard Donatin — Fabriksmäßiger Betrieb des Handschuhmachergewerbes — 2, Obere Donaustraße 3.
Freudenthaler Fritz, Inhaber der General-Vertretung der Mercedes Büromaschinen und Waffenwerke Fritz Freudenthaler — Gemischtwarenhandel im Großen und Handel mit Büromaschinen und Büroartikeln — 6., Capistrangasse 10.
Kühreich falsé Rosenbaum Leonora — Handel mit Lebensmitteln — 7., Neubaugasse 77.
Bruckner Karl — Kleidermachergewerbe — 17., Weißgasse 1.
Kurzbauer Josef — Friseur- und Raseurgewerbe — 17., Hormayrgasse 22.
Bazin Rudolf — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 18., Karl Beck-Gasse 29.
Zachar Maximilian — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Eisenbahnstraße 73.
Kettner Rudolf — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Schanzstraße 13.
Vogel Rudolf — Handel mit Lebens- und Genußmitteln sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Fenzlgasse 78.
Meika Karl — Mechanikergewerbe — 13., Hadikgasse 56.
Staniek Josef — Fleischselchergewerbe — 13., Hütteldorferstraße 200.
Kobermann Bruno — Fleischselchergewerbe — 13., Kendlerstraße 31.
Jaeger Gustav — Erzeugung von Hausschuhen und Pantoffeln ohne Verwendung von Leder — 13., Hadikgasse 126.
Dambrosky Anton — Wildbret- und Geflügelhandel — 13., Linzerstraße 255.
Stippel Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Zehetnergasse 21.
Borduna Ludwig — Spezerei- und Kolonialwarenhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 19., Bloschgasse 9.
Fröhlich Engelbert — Friseur- und Raseurgewerbe — 13., Zehetnergasse 19.
Zeiler Jakob — Glasergewerbe — 13., Goldschlagstraße 133.
Guttenbrunner Karl — Wäscher- und Wäscheputzergewerbe — 13., Hietzinger Kai 187.
Fuczek Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Zehetnergasse (Wächterhaus V).
Horstmann Christian — Wagnergewerbe — 13., Linzerstraße 378.
Neubauer Andreas — Schlossergewerbe — 18., Schöffelgasse 41.
Prosch Hermann — Mechanikergewerbe — 18., Martinstraße 74.
Jakubetz Johann — Handel mit Kerzen, Seife, Wasch- und Putzmitteln — 6., Liniengasse 22.
Blaschka Josef — Gemischtwarenhandel — 6., Gumpendorferstraße 63 f.
Huber Karl — Musikergewerbe — 6., Kasernengasse 25.
Hadinec Johann — Handel mit Kanditen, Galanterie- und Papierwaren — 6., Linke Wienzeile 60.
Köhler Karl — Handel mit Gummiabfällen — 6., Sonnenuhrgasse 2
Gans Emmerich — Handel mit Films — 7., Schottenfeldgasse 60.
Lieberth Antonie — Fragnergewerbe — 13., Einwanggasse 27.
Wunder Pauline — Handel mit Gummi-, Sanitäts- und kosmetischen Artikeln — 13., Hütteldorferstraße 220.
Axmann Paula — Verschleiß von Zuckerwaren, Kanditen und Marmeladen — 13., Breitenseerstraße 25.
Potschatka Helene — Handel mit Holz — 13., Goldschlagstraße 173.
Strauß Frieda — Warenhandel mit Ausschluß von Lebensmitteln — 18., Gersthoferstraße 10.
Polzer Karoline — Modistengewerbe — 5., Einsiedlerplatz 12.
Hochwald Willna — Damenkleidermachergewerbe — 5., Amtshausgasse 8.
Heumesser Leopoldine — Modistengewerbe — 4., Wiedner Hauptstraße 115.
Maister Barbara — Handel mit Wäsche-, Woll- und Wirkwaren — 16., Hasnerstraße 64.
Liska Franziska — Obst- und Grünwaren-Verschleiß — 16., Redtenbachergasse 48.
Schießling Marie — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 16., Habsburgplatz 16.
Maurer Marie — Wanderhandel Obst, Geflügel und Naturblumen — 2., Kleine Mohrengasse 5.
Benesch Anna — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — 2., Ybbsstraße 10.
Schacherl Ernestine — Geflügelhandel — 2., Schmelzgasse 5.

* * *

10. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Franz Seibold, offene Handelsgesellschaft — Fabriksmäßige Erzeugung von Bürsten und Pinseln aller Art — 6., Marchettigasse 16.
Erlacher Textilindustrie A.-G. — Fabriksmäßiger Betrieb der Baumwollbleicherei, Putzwolle und Kunstbaumwolle-Erzeugung — 1., Eßlinggasse 17.
Textilrohstoffe-Import und Export, Ges. m. b. H. — Ein- und Ausfuhr und Ein- und Verkauf von Textilrohstoffen aller Art, sowie von allen für die Textilindustrie erforderlichen Materialien — 13., Cumberlandstraße 21.
Skopek Ignaz — Spenglergewerbe — 18., Salierigasse 32.
Scheidl Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 18., Gersthoferstraße 47.
Neumann Jakob — Handel mit Mode-, Weiß- und Kurzwaren — 18., Kreuzgasse 33.
Sommer Franz — Gemischtwarenhandel — 10., Gudrunstraße 177.
Jawurek Johann — Gemischtwarenhandel — 10., Seneseldergasse 45.
Zwicker Adolf — Handel mit neuen Möbeln und neuen Kleidern — 10., Quellenstraße 145.
Kanzler Franz — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — 14., Märzstraße 77.
Breuer Karl — Uhrmachergewerbe — 2., Pillersdorfgasse 4.
Diamant Josef — Gemischtwarenhandel — 2., Große Schiffgasse 10.
Weisz Ignaz — Handelsagentur — 2., Obere Donaustraße 1.
Buchbinder Wilhelm — Gemischtwarenhandel im Großen — 2., Nordbahnstraße 24.
Pilch Konrad — Fragnergewerbe — 10., Davidgasse 33.
Hinterleitner Ludwig — Wäschergewerbe — 10., Puchsbaumgasse 45.

Humer Josef jun. — Handel mit Brennmaterialien — 10., Rotenhofgasse 69.
Weiner Adolf — Handel mit photographischen Artikeln — 13., Maxingstraße 40.
Paschka Hubert — Handel mit landwirtschaftlichen Artikeln — 13., Hütteldorferstraße 220.
Lerch Florian — Spenglergewerbe — 13., Penzingerstraße 45.
Minnichsdorfer Karl — Warenhandel — 13., Schanzstraße 7.
Fischer Siegfried — Handel mit unedlen Metallen — 10., Van der Nüllgasse 80.
Wachsberger Siegfried — Handel mit unedlen Metallen — 10., Van der Nüllgasse 80.
Kalkus Ferdinand — Wäscheputzergewerbe — 10., Rotenhofgasse 14.
Zimmer Alexander — Gemischtwarenhandel im Großen — 10., Landgutgasse 13.
Geyer Leopold — Fleischselchergewerbe — 10., Hasengasse 26.
Wrobel Johann — Kleidermachergewerbe — 18., Johann Nepomuk Vogl-Platz 8.
Capek Josef — Pferdefleischhauergewerbe — 17., Lackner gasse 1.
Kühnel Leopold — Frachtentransport mit Kleinfuhrwerk — 17., Kalvarienberggasse 70.
Pernetz Maximilian — Gold-, Silber- und Bijouteriewarenhandel — 15., Mariahilferstraße 161.
Sadofsky Eduard — Tischlergewerbe — 18., Herbeckstraße 49.
Dörner Josef — Gastwirtsgewerbe — 6., Mariahilferstraße 49.
Neubauer Karl — Seiden-, Schön- und Schwarzfärberei — 6., Millergasse 31.
Peska Eduard — Damenkleidermachergewerbe — 6., Esterhazygasse 22.
Hannig Josef — Drechslergewerbe — 6., Wallgasse 9.
Weigand Heinrich — Schuhmachergewerbe — 6., Esterhazygasse 17.
Mänling Franz — Handel mit Viktualien sowie Flaschenbier-Verschleiß — 10., Laxenburgerstraße 109.
Jaszovsky Karl — Handel mit altem Eisen — 10., Erlachgasse 126.
Quittner Simon — Handelsagentur — 18., Kreuzgasse 70.
Gertler Fischel — Handel mit Galanterie- und Spielwaren — 18., Kutschkergasse 9.
Passawa Amalia, geb. Schmid — Witwenfortbetrieb des Goldarbeitergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Adolf Vinzenz Passawa — 16., Thaliastraße 18.
Hynek Elisabeth, geb. Zimmel — Witwenfortbetrieb des Elektrotechnikergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Karl Hynek — 9., Hörlgasse 11.
Fuchs Johanna — Pachtbetrieb der dem Bertold Löbel gehörigen Fiaker-Lizenz Nr. 420 — 6., Mariahilferstraße 85 bis 89.
Daniel Cäcilie — Fortbetrieb der Einspänner-Lizenz Nr. 834 nach dem verstorbenen Gatten Josef Daniel — 9., Althanplatz vor Or.-Nr. 8.
Werndl Amalia — Verschleiß von Viktualien, Kanditen und Zuckerbäckerwaren — 10., Favoritenstraße 172.
Schwarz Sandor — Juwelier-, Gold- und Silberschmiedgewerbe — 6., Stumpergasse 40.
Altersberger Anna — Schuhwarenhandel — 6., Gumpendorferstraße 30.
Gigl Hermine — Stickergewerbe — 7., Seidengasse 42.
Riedel Marie Anna — Damenkleidermachergewerbe — 18., Martinstraße 22.
Sailer Luise — Handel mit neuen Schuhwaren und einschlägigen Artikeln — 17., Ottakringerstraße 68.
Axelrad Deborah — Lederausschneiderei — 17., Leopold Ernst-Gasse 14.
Jentsch Anna — Warenhandel — 11., Kopalgasse 70.
Praschl Katharina — Fragnergewerbe — 13., Schützplatz 2.
Drizbal Franziska — Damenkleidermachergewerbe — 13., Märzstraße 136.
Michel Marie — Handel mit Papier, Galanterie- und Kurzwaren — 2., Gabelsbergergasse 6.

* * *

11. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Kron Emma, Offene Handels-Gesellschaft — Handel mit Kunstmöbeln — 1., Dorotheergasse 7.
A. Großlicht & Komp. — Gemischtwarenhandel im Großen — 5., Rechte Wienzeile 75.
Anton Stelzhammer's Söhne, Offene Handels-Gesellschaft — Klaviermachergewerbe — 13., Linzerstraße 26.
Wöhrer Josef — Gemischtwarenhandel — 5., Gießaufgasse 5.
Camesina Theodor Ritter v. Sawitton — Gemischtwarenhandel im Großen — 5., Zentaplatz 7.
Dober Alois — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Obere Amtshausgasse 41.
Seigner Franz Anton — Naturblumenhandel — 5., Johannagasse 42.
Krall Karl — Betrieb eines Adressenbureaus — 16., Brunnengasse 32.
Pecha Josef — Raseur- und Friseurgewerbe — 13., Hietzinger Hauptstraße 145.
Mozirka Ferdinand — Handel mit Lebens- und Genußmitteln, sowie Flaschenbier-Verschleiß — 13., Hietzinger Hauptstraße 52.
Zouplna Felix — Gold- und Silberschmiedgewerbe — 13., Flötzersteig 49.
Schipper Ephraim — Handelsagentur in Porträts und Semiemailbildern — 2., Weintraubengasse 30.
Schulz Anton — Handel mit Oel- und Fettwaren — 2., Franzensbrückenstraße 6.
Fleischer Samuel Nachem — Gemischtwarengroßhandel — 2., Vereinsgasse 6.
Eigenmacht Wolf — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Wirk- und Bijouteriewaren — 2., Obere Donaustraße 43.
Zadnik Martin — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 2., Schönngasse 16.
Kremser Erhard — Handel mit Eisenwaren-Werkzeugen und Küchengeräten — 2., Franzensbrückenstraße 4.
Zeman Jaroslav — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — 2., Pazmanitengasse 25.
Schwimburger Karl — Handel mit Manufaktur-, Kurz- und Wirkwaren — 2., Praterstraße 23.
Nowotny Ludwig — Kleinhandel mit Brennmaterialien — 2., Schrotzberggasse 7.
Meikerts Julius — Handel mit Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten — 2., Praterstraße 68.
Klein Josef Hersch — Kleidermachergewerbe — 2., Praterstraße 50.
Kaczmarczyk Josef — Tischlergewerbe — 2., Schüttaustraße 57.
Stockreiter Matthias — Schuhmachergewerbe — 2., Wehlistraße 155.
Weinmann Matthias — Fleischselchergewerbe — 2., Stuwerstraße 4.
Buric Johann — Kleidermachergewerbe — 2., Darwingasse 21.
Hoschka Johann — Handel mit Schreibmaschinen und Reinigung derselben — 3., Hintere Zollamtsstraße 11.
Bäck Friedrich — Viehhandel im Großen — 3., Steingasse 4.
Dumeltshamer Hugo — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Klimschgasse 15.
Großer Oskar — Krawatten-Erzeugung — 9., Schlickgasse 3.
Hochwald Leopold — Tapezierergewerbe — 9., Nußdorferstraße 63.
Trnacek Rudolf — Zimmermalergewerbe — 16., Hasnerstraße 79.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite
Obmänner-Konferenz:
Bericht der 108. Obmänner-Konferenz (16. November 1918) 365
Gemeinderat:
Sitzung 376
Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 6. Februar 1919 . . 376
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 17. Jänner 1919 381
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 20. Jänner 1919 384
Allgemeine Nachrichten:
Errichtung einer Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige . 385
Die Hilfsaktion der Schweiz 388
Die Wahlen in die Nationalversammlung 389
Schul-Angelegenheiten 391
Wiener Kommunal-Sparkassen:
Zentral-Sparkassa 392
Rudolfsheim 392
Hernals 392
Währing 392
Döbling 392
Floridsdorf 392
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 2. Februar 1919 bis 8. Februar 1919 393
Rindermarkt vom 11. Februar 1919 393
Schafmarkt 393
Pferdemarkt vom 7. Februar 1919 393
Jung- und Stechviehmarkt vom 13. Februar 1919 393
Pferdemarkt vom 11. Februar 1919 393
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 12. Februar bis 14. Februar 1919 393
Offertverhandlungs-Ergebnisse 393
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 394
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
26. Februar 10 Uhr M. Abt. X, 87.	Ersatzgärtnerei des Wiener Zentral-Friedhofes	Wiener Zentral-Friedhof. Bedarf im Jahre 1919.	**Lieferung von Violen (ungefähr 40.000 Stück), blühenden Pelargonien (ungefähr 40.000 Stück) und Efeu (6000 Stück).**	—

2—3

Lieferung von Notstandsmöbeln.

Um angesichts der gegenwärtig herrschenden Möbelnot den Heimkehrern und Kriegsgetrauten die Gründung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen, hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, vorläufig 600 Wohnungseinrichtungen im Offertwege zu vergeben, und zwar: 400 Einzimmereinrichtungen, hievon die Hälfte in reicherer Ausstattung, 200 Zweizimmereinrichtungen, 600 Kücheneinrichtungen, hievon ein Drittel in reicherer Ausstattung. Es ergeht sohin an alle Interessenten die Einladung, dem Wirtschaftsamte der Stadt Wien, 1., Ebendorferstraße 1., 2. Stock, diesbezügliche Anbote zu übermitteln.

Die Anbote haben zu enthalten:

1. Die genaue Bezeichnung der zur kompletten Einrichtung gehörigen Möbelstücke,
2. die Angabe der hiezu verwendeten Holzart,
3. zwei Blatt Uebersichtszeichnungen im Maßstabe 1 : 10 und eine entsprechende Anzahl von Ansichten der einzelnen Möbelstücke,
4. Bezeichnung des Anstriches, der Beize, beziehungsweise Politur,
5. Muster der verwendeten Beschläge, Schlösser u. dgl.,
6. die Anzahl der bereits fertig vorhandenen Einrichtungen,
7. die Angabe der Menge kompletter Einrichtungen, welche wöchentlich fertiggestellt werden können,
8. die genaue Angabe des Preises in Ziffern und Buchstaben für die komplette Einrichtung.

Die Anbote sind bis längstens **28. Februar 1919** beim Wirtschaftsamte, 1., Ebendorferstraße 1, 2. Stock, einzubringen. Auf später eingelangte oder nicht entsprechend ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen. Das Wirtschaftsamt der Stadt Wien behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Lieferungen getrennt — jedoch nur in kompletten Einrichtungen — an mehrere Anbotsteller zu vergeben oder nötigenfalls auch alle Anbote abzulehnen.

Die näheren Bedingungen können im Wirtschaftsamte der Stadt Wien während der Amtsstunden von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden, wo auch mündliche Auskünfte erteilt werden.

2—3

Kundmachungen.

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Wien verpachtet das Eigenjagdgebiet Siebensee und Schreyer im Forstwirtschaftsbezirke Wildalpen (Bahnstation Groß-Reifling, Steiermark) im Ausmaße von rund 3060 ha auf fünf Jahre im Wege einer schriftlichen Offertverhandlung. Der Wildstand erstreckt sich auf Gemsen, Hochwild, Rehe, Auer- und Birkwild, Schnee- und Haselhühner.

Die näheren Pachtbedingnisse können in der Magistrats-Abteilung VIII a, Wien, 1., Rathausstraße 14, und bei der städtischen Forstverwaltung Wildalpen eingesehen werden, bei welch letzterer auch alle sonstigen näheren Auskünfte erteilt werden. Die schriftlichen, verschlossenen Anbote sind **bis längstens 1. März 1919, 12 Uhr mittags** bei der genannten Magistrats-Abteilung einzubringen.

Magistrats-Abteilung VIII a, Forstwirtschaftsamt. 1—1

M. Abt. X, 174.

Wiederbelegung heimgefallener Einzelgräber im Stammersdorfer Friedhofe.

Nach dem 1. Mai 1919 werden diejenigen Einzelgräber im Friedhofe der Gemeinde Wien in Stammersdorf, an denen das Benützungsrecht bereis erloschen ist, wiederbelegt werden. Enterdigungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen mit einem 2 K-Stempel zu versehenden, an die Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf—Umgebung zu richtenden Gesuche sind vor dem 1. Mai 1919 bei dem magistratischen Bezirksamte für den 21. Bezirk, das die Uebersicht hierüber zu führen berufen ist, einzubringen. Bis zum gleichen Tage sind auch allfällige Gesuche um die Erneuerung des Benützungsrechtes bei diesem magistratischen Bezirksamte einzureichen.

Nach dem 1. Mai 1919 werden nach Maßgabe des Fortschrittes der Beerdigung die bei den Grabstellen befindlichen Grabkreuze und -steine entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentum nachweisen, ausgefolgt werden; über den verbleibenden Rest verfügt im Sinne der Bestimmungen der Friedhofsordnung die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. Jänner 1919.

Bezirksschulrat Wien.

(Erledigte Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen die nachstehend angeführten Schulleiterstellen zur Besetzung:

1. Die Stelle eines Direktors (I. Kategorie) an der Bürgerschule für Knaben im 20. Bezirke, Vorgartenstraße 42;

2. die Stelle eines Oberlehrers (III. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 13. Bezirke, Amalienstraße 31;

3. die Stelle eines Oberlehrers (III. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im 13. Bezirke, Hackinger Kai 15;

4. die Stelle eines Oberlehrers (III. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 14. Bezirke, Kauergasse 3;

5. die Stelle eines Oberlehrers (III. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 17. Bezirke, Wichtelgasse 67;

6. die Stelle eines Oberlehrers (III. Kategorie) an der allgemeinen Volksschule für Knaben im 18. Bezirke, Schulgasse 19.

Mit diesen Stellen sind im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen folgende Bezüge verbunden:

1. Der Jahresgehalt für die I. Kategorie von 3300 K, für die III. Kategorie von 2900 K.

2. Der Genuß einer Naturalwohnung, welche mindestens aus zwei Zimmern und einem Kabinett samt den erforderlichen Nebenlokalitäten zu bestehen hat, wobei das Recht der auf Kosten der Gemeinde Wien beizustellenden Beheizung und Beleuchtung mitinbegriffen ist, beziehungsweise, wenn die Beheizung und Beleuchtung der Naturalwohnung nicht als Naturalleistung beigestellt wird, eine Entschädigung, die für die Beheizung mit 200 K jährlich, für die Beleuchtung mit 120 K jährlich bemessen ist, sowie eine in die Pension nicht einrechenbare Wohnungszulage von jährlich 350 K oder ein Quartiergeld, und zwar von 1900 K jährlich für die Lehrpersonen der I. Kategorie, von 1700 K jährlich, beziehungsweise mit dem Anfalle der IX. Dienstalterszulage von 1900 K jährlich für die Lehrpersonen der III. Kategorie.

3. Der Anspruch auf Dienstalterszulagen. Die männlichen Lehrpersonen haben Anspruch auf zehn in die Pension einrechenbare Dienstalterszulagen, welche in Zeitabschnitten von drei zu drei Jahren anfallen. Die Dienstalterszulagen sind in folgender Höhe festgesetzt: a) Sämtliche Dienstalterszulagen der Kategorie III mit jährlich je 200 K; b) sechs Dienstalterszulagen der Kategorie I, und zwar die erste in den Kategorien I, V, beziehungsweise X des derzeit geltenden Gesetzes anfallenden mit jährlich je 250 K, die übrigen mit jährlich je 200 K.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrat zu richten. Die Bewerbungsgesuche der im Wiener Schulbezirke bereits angestellten Lehrpersonen sind **längstens bis einschließlich**

7. März 1919 bei der zuständigen Bezirkssektion des Bezirksschulrates Wien im Wege der Schulleitung einzureichen.

Solchen Bewerbern ist es gestattet, für alle in dieser Konkursausschreibung angeführten Stellen nur ein Gesuch zu überreichen, in welchem sämtliche angestrebten Stellen, nach Kategorien und Bezirken geordnet, anzugeben sind. Dem Gesuche sind so viele Diensttabellen anzuschließen, daß jedem der betreffenden Ortsschulräte für jede Kategorie der vom Bewerber angestrebten Stellen eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle bei dem Gesuche verbleiben kann. Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerke: „Ueber amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen" versehen sein. Ferner ist von jedem Bewerber das vorgeschriebene Bewerbungsblatt auszufüllen.

Auswärtige Bewerber haben ihre Bewerbungsgesuche **spätestens acht Tage vor Ablauf des Konkurstermines** bei dem ihnen vorgesetzten Bezirksschulrate einzubringen, welcher solche Gesuche, falls sie nicht acht Tage vor Ablauf des Konkurstermines bei ihm eingelangt sind, zurückweisen kann, und zwar haben sie für jede einzelne Stelle ein vollständig belegtes Gesuch zu überreichen.

Weiters ist jedes Gesuch zu belegen: Mit dem Taufscheine, mit dem Heimatscheine von solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind; mit dem Reifezeugnisse (beziehungsweise mit dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung; mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen von den Bewerbern um die ausgeschriebene Direktorstelle, mit dem Lehrbefähigungszeugnisse für allgemeine Volksschulen von den Bewerbern um die ausgeschriebenen Oberlehrerstellen; mit dem Nachweise der Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes; mit den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Zuweisungs-, Enthebungs-Dekreten u. dgl.).

Die geforderten Gesuchsbelege sind in Urschrift oder in gesetzlich beglaubigter Abschrift beizubringen. Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Konkurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Konkurstermines nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt, jedoch ist zufolge Erlasses des n.-ö. Landesschulrates vom 5. Februar 1916, Z. 569/19-II, die Bewerbung der in Betracht kommenden Lehrpersonen des Wiener Schulbezirkes, die gegenwärtig zur militärischen Dienstleistung einberufen und nicht in der Lage sind, sich um die ausgeschriebenen Stellen zu bewerben, als gegeben anzusehen. Ein Bewerbungsgesuch kann nicht mehr zurückgezogen werden, sobald der Verhandlungsakt bei dem ernennungsberechtigten Wiener Stadtrat eingelaufen ist.

Bei jenen im Wiener Schulbezirke angestellten Lehrpersonen, welche sich bereits auf Grund der h. ä. Konkursausschreibung vom 19. November 1918, Z. 11398/18, betreffend erledigte Schulleiterstellen im Wiener Schulbezirke, in Bewerbung gesetzt haben, wird von der neuerlichen Beibringung sämtlicher angeführten Belege Abstand genommen und es wird von solchen Bewerbern nur die Beibringung der Diensttabellen und des Bewerbungsblattes in der obbezeichneten Weise gefordert. Es ist aber in ihren neuen Bewerbungsgesuchen und in den Bewerbungsblättern anzuführen, daß sie bereits auf Grund der bezogenen Konkursausschreibung ein Bewerbungsgesuch überreicht und diesem die geforderten Dokumente angeschlossen haben.

Stiftungen und Stipendien.

M. Abt. XIII, 5269/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Maria Theresia Grabmayer'sche Stiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 174 K 30 h bis zum erreichten 18. Lebensjahre.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Mädchen aus der Grabmayer'schen Familie, in deren Ermanglung arme, christliche Bürgerstöchter in Wien, die nicht unter 10 Jahre alt sind.

Dem vom gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis, Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin oder der bürgerlichen Eigenschaft des Vaters.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 13. Jänner 1919.

„Austria" Petroleumindustrie A. G.
Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme: Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Telephon Nr. 46208 Telephon Nr. 46208

ARTIKA, pickfeines
Klebemittel

alkalifrei, als Ersatz für Gummiarabicum und Textrin, gebrauchsfertiger, in dünner Schichte aufgetragen fast farbloser, rasch trocknender Klebstoff von vorzüglicher Klebkraft für die gesamte Kartonnageindustrie, zum Auftragen von Etiketten auf Papier, Leder, Glas und Blech ganz besonders geeignet, liefert prompt in Gefäßen zu 5 kg, 12½ kg und 50 kg, in Fassern zirka 250 kg ab Fabrik exklusive Emballage

Ceh & Blitz, Wien, XX/2, Dresdnerstraße 82

Granit **Anton Poschacher**

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.

Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit, :: Pflastersteine etc. ::

Granitwerke: Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö

ANTON NIKLASCH HOLZHANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.

Sämtl. Gerüst- und Betonbauhölzer

Lagerplätze: XIX., Heiligenstädterlände 11—17, Telefone: 94.520, 95.047 **Filiale:** Kagran, XXI., Wagramerstrasse 54, Telefon: 98.202.

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80 000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Fabrikation aller Sorten



Vertreter überall gesucht

am verbreitetsten!

Beste Qualität **KARBONPAPIER** Beste Qualität

Imperator mit der Krone in den Marken: Imperator mit der Sonne

Eigene Erzeugung! Sofort lieferbar!

„Imperator", Erste Wiener Farbband- und Kohlepapierfabrik, Ges. m. b. H.

Wien I., Industriepalast, Franz-Josefs-Kai Nr. 7/9

Telephon 20-4-38. — Telegr.-Adr.: Imperatorband, Wien

Julius Julos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42, Trägerlager u. Werkplatz: X., Sonnwendg. 1—3. liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

bestes inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- und Archit.-Vereines. Genietete Träger, gusseiserne Säulen und Schläuche, Stab- Fasseneisen und Universal-Flacheisen. Schwere Bleche und Feinbleche

für alle Zwecke in erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Röhren jeder Art, stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung; ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Hohlkörper, Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.

Karl Schuhmann

Zink-Ornamenten-Fabrik und Bauspenglerei

Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57

Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636

Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeiten. Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblechen, sowie Dachdeckungen in jedem Metall nach neuestem System. Schornsteinaufsätze sowie alle Arte Blecharbeiten. Kostenanschläge gratis und franko — Provinzaufträge prompteste

Berndorfer Metallwarenfabrik

ARTHUR KRUPP A. G.

Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.

NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel

:—: etc. etc. etc. :—:



Schutzmarke für Alpacca-Silber I.



Schutzmarke für Alpacca.



Schutzmarke für Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Wienerberger

Ziegelfabriks- und Baugesellschaft

WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

„GAMMA" INDUSTRIE- UND BAUBEDARFS-GESELLSCHAFT M. B. H.

Wien I., Habsburgergasse 1.

Telegrammadresse: Baugamma Wien. Telefon Nr. 6008.

Reichhaltiges Lager aller Sorten Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Tischler, Zimmerleute, Maurer; Baugeräte aller Art; landwirtschaftliche Geräte; Schmirgelpapier, Glaspapier.

FRIEDR. SIEMENS

FABRIK FÜR BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.

Spezialität: KRIEGSKÜCHEN FÜR MASSEN-AUSSPEISUNGEN

WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt
der
Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter)
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367.

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. 1., Schulerstraße 11.

Nr. 15. Mittwoch den 19. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung vom 11. Februar 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Rain und Neumann.

Anwesende: VB. Hoß und die StR. Angermayer, Breuer, Dechant, Emmerling, Dr. Haas, Dr. Hein, Heindl, Hellmann, Hötzel, Jung, Dr. Kienböck, Knoll, Körber, Melcher, Müller, Pick, Richter, Schmid, Schneider, Schwer, Skaret, Vaugoin, Weber und Weigl.

Beurlaubt: StR. David.

Entschuldigt: Die St.-R. Hohensinner, Tomola und Winter.

Beigezogen: Dior. Ing. Karel und Direktionsrat Beron.

Schriftführer: Mag.-Sekr. v. Radler.

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt die Nachweisung über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1918/19 mit 7. Februar 1919:

Reservefonds	1,000.000 K — h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen	502.403 K 53 h
Belastung durch bereits genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen	1,250.060 „ 23 „
zusammen .	1,752.463 „ 76 „
daher um .	752.463 K 76 h

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 2,229.029 K 47 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Berichterstatter VB. Hoß:

(P. Z. 1799, M.D. 871.) Nachstehende Kanzleigehilfen werden entsprechend ihrer Gesamtdienstzeit und unter Anrechnung der Kriegsmehrdienstzeit als Kanzlisten 1. Klasse in den Kanzlistenstatus eingereiht:

Felix May mit einem Monatsbezuge von 170 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 720 K; Theodor Hasenöhrl, Othmar Lammer, Franz Richter und Viktor Liewehr mit einem Monatsbezuge von 155 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 600 K; Anton Castelli rekte Kastel, Josef Kriebaum, Josef Prinke, Max Hiller, Matthias Leisser, Josef Kliebhan, Robert Wegmann, Alexander Birus und Othmar Meixner mit einem Monatsbezuge von 140 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 480 K.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1807, M.Abt. XIX 1490/18.) Im Stande des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters werden ernannt: Zu Ober-Offizialen extra statum Anton Walter, August Theodor Andreß und Johann Fritsch (mit dem Range vom 23. April 1917), Franz Reidinger, Karl Fuhrmann, Franz Hofmeister, Alois Zwerina, Robert Guttmann, Rudolf Helm, Maximilian Bartosch, Robert Hospodarsky (sämtliche mit dem Range vom 23. April 1917), Daniel Pirker (24. April 1917), Rupert Fuchs und Karl Gröger (8. Mai 1917), Anton Fux (29. Mai 1917), Johann Turinsky und Karl Hell (4. Juni 1917), Heinrich Kubach (8. Juni 1917), Johann Gigeringer (5. April 1918), Karl Maurus und Franz Matouschek (8. August 1918);

zu Offizialen extra statum: Johann Schadelbauer und Rudolf Dättel (22. April 1911), Rudolf Hutter (11. Juli 1911), Karl Proßnitz (6. März 1912), Josef Zitterbart (4. Jänner 1913), Franz Fasol (2. Februar 1913), Karl Kwiet (7. Mai 1913), Leopold Hintermayr (16. Juli 1913), Franz Moser (13. September 1913) und Hans Förster (23. Juni 1914);

zu Akzessisten extra statum: Johann Welser (14. Jänner 1915), Karl Gärtner (24. Mai 1916), Johann Völkl (18. Dezember 1916), Anton Dworak (22. Juni 1917) und Franz Esberger (5. April 1918).

(P. Z. 1790, M.D. 8473/18.) Gustav Friedrich wird im Wege der Zeitbeförderung zum Kanzlei-Ober-Offizial mit dem Range vom 16. Dezember 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.

StR. Dr. Kienböck stellt folgenden Antrag:

Der Deutschösterreichische Staatsrat wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur sofortigen Kenntlichmachung der deutschösterreichischen Banknoten zu unternehmen, um zu verhindern, daß die letzten von der tschecho-slowakischen Regierung unternommenen Schritte zu einer noch stärkeren Entwertung unserer Valuta führen.

(Einstimmig angenommen.)

Berichterstatter VB. Rain:

(P. Z. 1934, St.U. 46/4.) Der Magdalene Steinbauer, Witwe nach dem verstorbenen Stellwagenwagenführer Johann Steinbauer, wird anläßlich des Ablebens ihres Gatten gnadenweise eine Abfertigung in der Höhe von 972 K 50 h gewährt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 1741, M.Abt. XV 581.) In Annahme des vom Zweigvereine Währing des Patriotischen Hilfsvereines vom „Roten Kreuze" gestellten Anbotes übernimmt die Gemeinde Wien die von diesem Vereine vor dem Schulgebäude 18., Klettenhofergasse 3, au Straßengrund errichtete Küchenbaracke einschließlich der vorhandenen Einrichtung, ferner die in dem bezeichneten Schulgebäude anläßlich der Verwendung für Spitalszwecke vom Vereine ausgeführten Gas- und Wasserleitungsinstallationen, sowie die noch vorhandenen orthopädischen Einrichtungen und Apparate in ihr Eigentum; die Gemeinde besorgt hiefür auf eigene Kosten die Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes für Unterrichtszwecke und verzichtet auf den Ersatz der seinerzeit dem Zweigvereine überlassenen Heizmaterialien und entbindet den Verein jeder weiteren Verbindlichkeit bezüglich dieses Schulhauses gegenüber der Gemeinde.

(P. Z. 1965, M.Abt. X 8796/18.) Dem Kommerzialrat Richard Lichtenstern wird ein Eckgruftplatz in der Gruppe 27 des Döblinger Friedhofes mit einem Flächenausmaße von rund 36 m² um die Gebühr von 39.000 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen. Auf diesem Platze sind entweder drei einfache Grüfte oder eine Gruft mit einem größeren Belagraum von dem Erwerber auf eigene Kosten zu errichten und der restliche Teil der Grundfläche gärtnerisch auszuschmücken und instandzuhalten. Ueber die Art der Verbauung dieses Platzes, die Form des Denkmales und die gärtnerische Ausgestaltung hat der Erwerber einen Plan dem Magistrate zur Genehmigung vorzulegen. Vor Beginn der Erbauung ist die Baubewilligung zu erwirken.

(P. Z. 1878, M.Abt. X 8946.) Der Rella Skoda wird das eigene Grab Gruppe 4, Reihe 1, Nr. 5 im Döblinger Friedhofe um die Gebühr von 2400 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

(P. Z. 1817.) Aus dem von der Gemeinde gewidmeten Betrage von einer Million Kronen für notleidende Gewerbetreibende werden an drei Bewerber des 19. Bezirkes 600 K verliehen.

(P. Z. 1972, B.Abt. 47.) Das Uebereinkommen mit der Firma Eduard Hauser auf Ableeren von Kehricht und Kot in ihrem ehemaligen Ziegelwerke 19. Bezirk, Grinzingerstraße gegen eine Abladegebühr von 2 K für jede einfache Fuhre und von 4 K für jede Doppelfuhre und gegen eine beiden Teilen zustehende jederzeit mögliche zweimonatliche Kündigung wird genehmigt.

(P. Z. 1917, B.Abt., 311/18.) Die noch unbenannte, vom Linnéplatze nach Nordosten zum Heinrichshügel im 19. Bezirke führende Gasse wird nach dem verstorbenen Hofkapellmeister Dr. Hans Richter mit „Hans Richter-Gasse" benannt.

Berichterstatter StR. Melcher:

(P. Z. 1884, M.Abt. XIV 2447/17.) Der Ersten österreichischen Versicherungs-Gesellschaft gegen Einbruch wird die Bewilligung zur Vornahme von Bauabänderungen im Hause 9., Marie Theresien-Straße 19, unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen bestätigt.

Berichterstatter GR. Breuer:

(P. Z. 1950, M. B. A. X 18646/18.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 14 Gesuche von Parteien aus dem 10. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 1893, M.Abt. XXII, 217.) Dem Hausaufseher des Amtshauses im 10. Bezirke, Ratsdiener Otto Merz, werden behufs Gemüseanbaues die Rasenflächen des Hausgartens im obigen Amtshause für die Zeit bis 1. November 1919 unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen überlassen.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1945, E.W. 3154/18.) In Stattgebung des Ansuchens des Gemeindeamtes Lajtaujfalu (Neufeld wird zu den Kosten der dortigen Bürgerwehr zu Lasten des Braunkohlenbergbaubetriebes Neufeld eine Beitragsleistung von 3000 K bewilligt.

(P. Z. 1940, G.W. 764.) Der Firma Maschinen- und Waggonbaufabriks-A.-G. in Simmering wird die Lieferung von zwei Stück Generatorunterteilen für die Zentral-Generatorenanlage im Gaswerke Simmering zum Gesamtpreise von 60.436 K und den in der Aufnahmeschrift vom 3. Februar 1919 festgesetzten Bedingungen übertragen.

(P. Z. 1863, M.Abt. II 3523/18.) Dem Verein für Geschichte der Stadt Wien (früher Altertumsverein) wird wie im Vorjahre für das Werk „Quellen zur Geschichte der Stadt Wien" eine Subvention von 7500 K und zur Fortsetzung des Werkes „Geschichte der Stadt Wien" und eventuell zur Herausgabe von Monographien über einzelne Gebiete der Kulturgeschichte oder von Abhandlungen zur Geschichte und Quellenkunde eine Subvention von 2500 K gewährt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1814, M.D. 3818.) Die Brandmeister der städtischen Feuerwehr Karl Zuleger, Johann Stanzig und Rudolf König werden im Wege der Zeitbeförderung zu Inspektoren der städtischen Feuerwehr, und zwar Zuleger und Stranzig mit dem Range vom 16. November 1917 und König mit dem Range vom 7. März 1918 ernannt.

Der Brandmeister-Assistent Leopold Weinert wird im Wege der Zeitbeförderung zum Brandmeister der städtischen Feuerwehr mit dem Range vom 12. Juli 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1870, M.Abt. IV 2741/18.) Die Reinigungsfrau bei der städtischen Feuerwehr Marie List wird über ihr Ansuchen unter Bemessung des Ruhegenusses mit 817 K 60 h jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1865, M.Abt. II 9617/18.) Dem Ober-Fahrer der städtischen Feuerwehr Johann Hofbauer wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen städtischen Feuerwehrmaschinisten Anton Hoffmann im Betrage von 433 K 43 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter StR. Schneider:

(P. Z. 1880, M.Abt. X 9347/18.) Der Magistratsratswitwe Adele Sendetzky wird das eigene Grab Gruppe B, Nr. 17 im Hernalser Friedhofe ausnahmsweise um die tarifmäßige Gebühr von 480 K auf 15 Jahre überlassen.

(P. Z. 1918, B.Abt. I 31.) Dem Ansuchen des Architekten Gustav Jahn um leihweise Ueberlassung des von ihm für den allgemeinen Wettbewerb: Ausgestaltung der Endigung des Schottenringes am Franz Josefs-Kai angefertigten, unter dem Kennworte „Kai" eingereichten und von der Gemeinde Wien angekauften Wettbewerbentwurfes wird unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen Folge gegeben.

(P. Z. 1861, M.D. 923.) Die Staatseisenbahnverwaltung wird dringendst ersucht, sobald es die Verhältnisse irgendwie zulassen, den Stadtbahnverkehr wenigstens im eingeschränkten Umfange unter Bedachtnahme auf den Betriebsbeginn und Betriebsschluß in den Fabriken und Werkstätten wieder aufzunehmen. Da die Gemeinde selbst nur in unzureichender Weise mit Kohle versorgt wird und daher den Bahnen keine Kohle zur Verfügung stellen kann und gegen Beschlagnahme und Anforderungen von Kohle zugunsten der Bahnen die nachdrücklichste Verwahrung einlegen muß, wird die Staatseisenbahnverwaltung ersucht, mit aller Energie dahin zu streben, daß die für den Stadtbahnbetrieb notwendige Kohle anderweitig sichergestellt wird.

(P. Z. 1947, Str.B. 20/3.) Die Ernennung der Hilfsbeamtinnen der städtischen Straßenbahnen Johanna Kral, Anna Picco, Elisabeth Pavlas, Olga Blaschke, Aurelie Wallner, Leopoldine Gotistein, Leopoldine Hummer zu definitiven Beamtinnen der Straßenbahnen wird genehmigt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1948, Str.B. 680.) Die Anträge der Straßenbahn-Direktion über 21 Ansuchen um Fahrpreisbegünstigungen werden genehmigt.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1981, E.W. 447.) 1. Die derzeit im Taglohnbezuge stehenden Arbeiter, welche am 31. Dezember 1918 noch kein volles Jahr im Dienste der städtischen Elektrizitätswerke standen, werden in den Stundenlohnbezug versetzt, wobei der Stundenlohn mit dem achten Teile des Taglohnes berechnet wird.

2. Die derzeit im Taglohnbezuge stehenden Arbeiter, welche am 31. Dezember 1918 mindestens ein volles Jahr im Dienste der städtischen Elektrizitätswerke standen, werden in den Wochenlohnbezug versetzt, wobei beim 52stündigen Dienste der Wochenlohn mit dem achten Teile des 54fachen Taglohnes und beim 48stündigen Dienste der Wochenlohn mit dem achten Teile des 48fachen Taglohnes berechnet wird.

3. Die Hilfsarbeiterinnen verbleiben im Taglohn.

4. Die nach Punkt 1 und 2 berechneten neuen Stunden- und Wochenlöhne sowie alle übrigen bestehenden Tag-, Wochen- und Monatslöhne werden unter Zugrundelegung der bis zum 31. Dezember 1918 im Dienste der städtischen Elektrizitätswerke vollendeten Dienstjahre, jedoch von nicht mehr als 20 Jahren, welchen auch die im Dienste der eingelösten privaten Elektrizitäts-Unternehmungen zugebrachten Dienstjahre zuzuzählen sind, wobei jedoch auch nicht mehr als insgesamt 20 Jahre berücksichtigt werden dürfen, gemäß der von der Direktion eingesetzten Mindestlöhne erhöht, sofern sie dieselben nicht bereits erreichen oder überschreiten. Als Dienstzeit im vorstehenden Sinne hat auch die während des Dienstverhältnisses bei den städtischen Elektrizitätswerken im Kriegsdienste zugebrachte Zeit zu gelten. Ueberdies werden die so ermittelten Löhne bei den im 52stündigen Dienste stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen um den auf zwei Arbeitsstunden entfallenden, unter Zugrundelegung der alten Löhne berechneten Lohnteil erhöht.

5. Außer dieser Lohnregulierung, Punkt 1, 2 und 4, wird jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin ein Lohnzuschlag in dem von der Direktion vorgeschlagenen Ausmaße gewährt.

6. Ueberdies wird jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin eine wöchentliche Teuerungszulage von 15 K gewährt.

7. Im Sinne der Anträge der Direktion der Elektrizitätswerke erhalten Hilfsarbeiter, welche seit mindestens zwei Jahren qualifizierten Dienst geleistet haben, dieselben Mindestlöhne und Zuschläge wie Professionisten. Unter Hilfsarbeitern, welche qualifizierten Dienst leisten, werden verstanden: Hilfsarbeiter, welche an Stelle von Elektrikern, Heizern, Maschinisten, Dynamowärtern, Akkumulatorenwärtern, Monteuren oder Professionisten Dienst verrichten, und Hilfsarbeiter, welche den Dienst eines Kran- oder Spillführers, Pumpenwärters, Waschinenwärters, Oelmanipulanten, Laboranten, Telephonisten, Aufzugwärters, Wärters der Antriebsmaschinen von Kohlerförderanlagen, Ekonomisers- und Ventilatorenwärters, Beleuchtungs- und Motorenwärters, Lokomotivführers, Vorarbeiters bei der Kesselreinigung, Zählereichgehilfens, Zählerablesers, Trassenaufsehers oder einer Kanzleikraft versehen.

8. Ferner wird allen Arbeitern, wenn sie besonders schmutzende Arbeiten auszuführen haben, als Entschädigung für die nunmehr außerhalb, anstatt wie bisher innerhalb der Arbeitszeit vorzunehmende Körperreinigung eine Erhöhung der anfallenden Verwendungszulage um 1 K per Schicht gewährt. Als besonders schmutzende Arbeiten sind anzusehen: Innere Reinigung von Kesseln, Vorwärmern, Rauchzügen, Reservoiren, Kanälen, Schlacken- und Flugaschenförderung im Kesselhause und besonders schmutzende Arbeiten bei der Kohlenförderung und bei der Instandhaltung von Maschinen- und sonstigen Werksanlagen.

9. Bei jenen Hilfsarbeitern, die infolge ihrer mehr als zweijährigen Verwendung zu qualifiziertem Dienst die Mindestlöhne und Zuschläge der Professionisten erhalten, entfallen die bisher für die Leistung von qualifizierter Arbeit bezogenen Verwendungszulagen.

10. Für die Berechnung der Ueberstunden und des Krankengeldes ist der Lohnzuschlag und die halbe Kriegszulage nach der ersten Familienstandsklasse dem Lohne zuzuschlagen. Die Teuerungszulage (Punkt 6) von 15 K für die Woche wird dieser Berechnung nicht zugrundegelegt.

11. Die Kriegszulage und der Anschaffungsbeitrag werden auf Grund des reinen Lohnes ohne Zuschläge und Zulagen berechnet.

12. Der Berechnung der Versorgungsgenüsse wird der Lohn, vermehrt um die halbe Kriegszulage nach der ersten Familienstandsklasse zugrundegelegt, jedoch ohne Zuschläge und sonstigen Zulagen.

13. Vorstehende Lohnregulierung tritt mit Giltigkeit vom 3. Jänner 1919 rückwirkend in Kraft.

(An den Gemeinderat.)

(VB. Neumann übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter StR. Vaugoin

(P. Z. 1974, M.Abt. II 304.) berichtet über die Notstandsaushilfe an Angestellte der Gemeinde Wien und beantragt, in Ergänzung des Stadtrats-Beschlusses vom 6. Februar 1919, den Arbeitern des Brauhauses der Stadt Wien die einmalige Notstandsaushilfe in der vollen Höhe auszubezahlen, wie sie auch die bisherigen Anschaffungsbeiträge in der vollen Höhe erhalten haben.

(VB. Rain übernimmt den Vorsitz.)

StR. Pick beantragt: Der Anschaffungsbeitrag (Notstands-aushilfe) ist bei Bezügen nach der 1. Klasse mit 300 K, nach der 2. Klasse mit 500 K, nach der 3. Klasse mit 600 K, nach der 4. Klasse mit 700 K, nach der 5. Klasse mit 800 K als dem jeweiligen Mindestbetrag zu bemessen.

StR. Weigl beantragt, die Notstandsaushilfe auch den Arbeitern in den Steinbrüchen zu Mauthausen zu gewähren.

StR. Hellmann beantragt, als Stichtag für den Anfall der Aushilfe (Punkt 1 des Stadtrats-Beschlusses vom 6. Februar 1919) mit 1. Jänner 1919 (statt 1. Dezember 1918) festzusetzen.

Die Anträge Pick und Weigl werden genügend unterstützt und dem Magistrate zur Berichterstattung zugewiesen.

Der Referenten-Antrag wird mit dem Abänderungs-Antrage Hellmann einstimmig angenommen.

(P. Z. 1721, M.D. 714.) Der Antrag des GR. Bermann und Genossen wegen Schadloshaltung der Heimkehrer (städtische Angestellte) wird dem Komitee zur Beratung über die Notstandsaushilfe für Beamte und Angestellte zugewiesen.

(P. Z. 1941, GW. 4749/18.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 10. Jänner 1919, P. Z. 347/19, wird der Marie Maderer, Witwe nach dem am 2. Dezember 1918 verstorbenen Kesselheizer der städtischen Gaswerke Franz Maderer, zuerkannt: Die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 999 K 40 h, ein Erziehungsbeitrag von 199 K 88 h jährlich für das Kind Richard Maderer und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 749 K 55 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1962, M.Abt. X 8802/18.) Der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom Orden des heil. Franz von Assisi werden neuerlich zehn eigene Gräber in Gruppe E, Reihe 4 des Ober-St. Veiter Friedhofes, und zwar Nr. 12 bis 16 und 33 bis 37 unter Beibehaltung der bisherigen verminderten Ausmaße auf Friedhofsbestand um die ermäßigte Gebühr von 150 K für ein Grab, demnach um die Gesamtgebühr von 1500 K unter den vom Magistrate festgesetzten Bedingungen überlassen.

(P. Z. 1944, EW. 3309/18.) Für den werksärztlichen Dienst in der Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke wird der praktische Arzt Dr. Kamillo Lill bestellt und ihm hiefür ein tägliches Honorar von 10 K nebst den sich nach Maßgabe seines jährlichen Gesamtbezuges ergebenden Kriegszulagen und sonstigen Kriegszuwendungen bewilligt und das tägliche Honorar des mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 14. September 1916, P. Z. 8959, mit der Verrichtung des werksärztlichen Dienstes in der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke betrauten praktischen Arztes Dr. Karl Wirth von dem Tage, an dem er den werksärztlichen Dienst in der Zentrale Engerthstraße übernimmt, auf 15 K erhöht.

(P. Z. 1942, EW. 275.) Den Hinterbliebenen des Heizers 2. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Josef Dundler wird zuerkannt, und zwar: Der Witwe namens Marie Dundler eine Witwenpension von jährlich 643 K 50 h mit der Wirksamkeit vom 11. Jänner 1919 und ein Leichenkostenbeitrag von 643 K 50 h, sowie jedem der drei ehelichen Kinder namens Marie, Josef und Rudolf ein Erziehungsbeitrag von jährlich 128 K 70 h, gleichfalls ab 11. Jänner 1919. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1936—1938, GW. 441—443.) Den Rechnungsbeamten der städtischen Gaswerke Karl Winter, Wilhelm Licht und Ludwig Prochaska wird das Definitivum im Sinne der Dienstordnung für die definitiv angestellten Beamten und Diener der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke in Wien verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1964, M.Abt. X 9665/18.) Dem Josef Bogner wird der nächste zur Vergebung bestimmte einfache Gruftplatz in der Gruppe 20 des Hietzinger Friedhofes um die Gebühr von 8400 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen. Auf diesem Platze ist vom Erwerber nach Erwirkung der Baubewilligung eine normale einfache Gruft auf eigene Kosten zu errichten.

(P. Z. 1876, M.Abt. X 114.) Der Silvia Lieser wird der einfache Gruftplatz 20, Nr. 77, der Agnes v. Planck der einfache Gruftplatz Gruppe 20, Nr. 78 im Hietzinger Friedhofe um die Gebühr von je 8400 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen. Auf diesen Gruftplätzen sind von den Erwerbern einfache Grüfte auf eigene Kosten nach Erwirkung der Baubewilligung zu errichten.

(P. Z. 1877, M.Abt. X 340.) Der Luise Tauber wird die einfache Gruft Gruppe 2, Nr. 52 im Hütteldorfer Friedhofe in ihrem derzeitigen Bauzustande ohne Gruftbelag um die Gebühr von 3500 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen. Die Erwerberin hat den Gruftbelag auf eigene Kosten beizustellen und zu versetzen. Sollte die erste Leiche nicht zugewiesen sein, dann wäre vor ihrer Bestattung die Grabstellgebühr durch Nachzahlung von 3500 K auf insgesamt 7000 K zu erhöhen.

(P. Z. 1759, E.W. 287.) Der Heizer der städtischen Elektrizitätswerke Johann Hujan wird wegen ärztlich erhobener bleibender Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt und sein Ruhegenuß mit jährlich 2076 K 36 h gegen dem bemessen, daß er vor Eintritt in den Ruhegenuß auf das ihm zustehende Guthaben an Generalkonto der Spar- und Unterstützungskassa für die Lohnarbeiter der Internationalen Elektrizitätsgesellschaft mit dem Saldo von 657 K 44 h pro 30. Jänner 1918 zugunsten des Pensionsfondes für die Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke verzichtet. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1742, M.Abt. XVIII 229.) Der Marie Stieger, gewesenen Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, wird als einmalige Abfertigung der bisherigen 22·5 prozentigen Unfallsrente der Betrag von 4950 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1747, BA. VI b 730/18.) Der Einspruch des Erstehers der Zimmermannsarbeiten für den Schulbau im 14. Bezirke, John-Maselstraße, Simon Tröster, gegen Abstriche an seiner Rechnung wird abgewiesen.

(P. Z. 1785, StrB. 4430/3500.) Die Beamtin der städtischen Straßenbahnen Hermine Konjr wird im Wege der Zeitbeförderung mit 1. Oktober 1918 in die Gehaltsklasse II, Gehaltsstufe 3 der Beamtinnen mit dem Range vom 1. September 1918 befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1756, GW. 4805/18.) Der Buchhaltungsbeamte der städtischen Gaswerke Josef van der Venne wird mit dem Range vom 1. Jänner 1917 in die 1. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1781, EW. 1201/18.) Der kaufmännische Beamte der städtischen Elektrizitätswerke Karl Kouba wird mit dem Range vom

1. Februar 1917 zum Rechnungsbeamten 4. Klasse mit den Bezügen der 2. Gehaltsstufe von 1900 K und 1000 K Quartiergeld ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1758, GW. 360.) Dem Gaskassier der städtischen Gaswerke Johann Kucher wird das Definitivum im Sinne der „Dienstordnung für die definitiv angestellten Beamten und Diener der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke in Wien" verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1757, GW. 110.) Der Eva Pokorny, Witwe nach dem Hilfsarbeiter der Gaswerke Wenzel Pokorny, wird zuerkannt: Die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 825 K 95 h und der einmalige Krankheits- und Leichenkostenbeitrag in der Höhe von 573 K 57 h. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1939, GW. 225.) Als Todestag des Monteurs der städtischen Gaswerke Wilhelm Faul wird der 23. November 1914 angenommen. Der Witwe Marie Faul wird eine Abfertigung im Betrage von 1014 K 64 h unter gleichzeitiger Einstellung der Kriegsunterstützung mit 31. Dezember 1918 und unter Verzicht auf den Rückersatz der vom 23. November 1914 bis Ende 1918 bezogenen Kriegsunterstützung zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter St.R. Dr. Haas:

(P. Z. 1646, M.Abt. XI c 61.) Die Gemeinde Wien kauft von Fürst Franz und zu Liechtenstein vorbehaltlich der fideikommißbehördlichen Genehmigung das Schloß Neulengbach (Einl.-Z. 718 der n.-ö. Landtafel) samt allem Zubehör, insbesondere auch samt der zugehörigen Privatwasserleitung um den Betrag von 325.000 K unter folgenden Bedingungen: Die Realität wird satz- und lastenfrei ins Eigentum der Käuferin übertragen. Der Kaufpreis wird binnen 14 Tagen nach der grundbücherlichen Einverleibung des Eigentums der Gemeinde Wien in barem entrichtet. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien. Der Bestandvertrag vom 28. Mai 1918 erlischt mit dem Tage der Uebergabe der Realität in den physischen Besitz der Gemeinde Wien. Der bis zu diesem Tage von dem pro 1918/19 bezahlten Bestandzins entfallende Anteil wird von dem obigen Kaufpreise abgerechnet. Zur Bestreitung des Kaufschillings per 325.000 K wird ein Zuschußkredit in dieser Höhe zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 11 bewilligt. Der Betrag wird auf das Anlehen vom Jahre 1918 verwiesen.

Der vorgelegte Entwurf eines Statutes für das Erholungsheim der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach wird genehmigt. Die Hausordnung für das Erholungsheim und die allfälligen besonderen Dienstvorschriften für das Personal erläßt der Stadtrat über Antrag des Magistrates. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1874, M.Abt. X 6022/18.) Dem Erdarbeiter im Wochenlohne des Wiener Zentral-Friedhofes Josef Creazzi wird das Definitivum verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1871, M.Abt. X 4407, 4521/18.) Dem Gärtnergehilfen der Zentral-Friedhofsverwaltung Franz Krottendorfer und dem Wegerhaltungsgehilfen Leopold Schachermayer wird das Definitivum verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1883, M.Abt. XI b 3130.) Dr. Adolf Zenker wird als Hospitant im Kaiserjubiläums-Spitale zugelassen.

(P. Z. 1922, B.Abt. VII 2321/18.) Die Brenndauer der halbnächtigen Flamme Nr. 1056 in der Dorygasse im 3. Bezirke wird in eine ganznächtige umgeändert und der Lampenständer mit der ganznächtigen Gasflamme Nr. 817 wird plangemäß in der Richtung gegen das Haus Erdbergstraße 83 versetzt. Für den neu eröffneten Teil der Dorygasse zwischen Hagenmüller- und Dietrichgasse wird die Errichtung von zwei halb- und einer neuen ganznächtigen Gasflamme genehmigt, jedoch hat die Herstellung dieser Beleuchtungsanlage erst zu jenem Zeitpunkte zu erfolgen, in welchem eine Gasrohrleitung in diesem Straßenteile möglich sein wird.

Die Herstellungskosten für diese Beleuchtungsvermehrungen im Betrage von 4300 K und die jährlichen Betriebskosten von 395 K werden genehmigt.

(P. Z. 1956, M.Abt. II 10172/18.) Der Primararztenswitwe Alice Pfleger wird die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 1800 K vom 1. Jänner 1919 an angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1960, M.Abt. II 10364/18.) Der Sanitätsdienerswitwe Leopoldine Ballauf wird eine Abfertigung im Betrage von 1872 K gegen Verzicht auf den Fortbezug der Witwenpension im Falle des abermaligen Witwenstandes angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1963, M.Abt. X 8128/18.) Das Ansuchen der Ursula Egger um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 48 F, Reihe 5, Nr. 9 im Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 1983, M.Abt. III 122.) Susanna Cerny, Kaffeesiederin, wird ab Februartermin 1919 aus dem Mietverhältnisse bezüglich der Geschäftsräume Nr. 9 und 10 im Bürgerspitalfondshause 3., Rasumofskygasse 2, entlassen. Diese Geschäftsräume werden vom Februartermin 1919 ab an Friedmann Orbach um den Jahreszins von 3400 K gegen vierteljährige Zinszahlung und vierteljährige Kündigung vermietet.

(P. Z. 1809, M.Abt. IX 857.) Der Beamtenstand des städtischen Veterinäramtes wird neu geregelt wie folgt:

5. Rangsklasse: Veterinäramts-Direktor.
6. Rangsklasse: Veterinärrat. (11 Stellen.)
7. Rangsklasse: Veterinäramts-Ober-Inspektor.
8. Rangsklasse: Veterinäramts-Inspektor.
9. Rangsklasse: Städtischer Bezirks-Tierarzt.
10. Rangsklasse: Städtischer Tierarzt.
11. Rangsklasse: —

Praktikanten: Veterinäramts-Praktikant.

(Summarstand der 7. bis 10. Rangsklasse und der Praktikanten: 82.)

Einer der städtischen Veterinärräte wird mit der Stellvertretung des Direktors betraut; ihm wird der Titel eines Veterinäramts-Vize-Direktors und eine in die Pension einrechenbare Diensteszulage von 800 K jährlich verliehen.

Die Stellen der 6. und 5. Rangsklasse können nach § 1, Absatz 5 des Gemeinderats-Beschlusses vom 28. Februar 1913, P. Z. 19200/12, über die Zeitbeförderung nur durch Stellenbeförderung erlangt werden. Alle übrigen für diese Beamten geltenden Bestimmungen bleiben aufrecht, wobei ausdrücklich festgelegt wird, daß auch die Beamten der 6. Rangsklasse, sowie die

der 7. Rangsklasse und der Veterinäramts-Direktor Kostgelder nicht erhalten.

Es wird zur Kenntnis genommen, daß die im laufenden Verwaltungsjahre auflaufenden Mehrkosten bedeckt sind; für die weiteren Verwaltungsjahre sind die Mehrkosten in den Hauptvoranschlägen sicherzustellen. (An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Knoll:

(P. Z. 1879, M.Abt. X 9602/18.) Der Maurermeisterswitwe Elisabeth Hansal wird der Garten-Doppelgruftplatz Nr. 6, dem Leopold Schwarzmann der Garten-Doppelgruftplatz Nr. 7 in Reihe 1 Gruppe 1 des Kagraner Friedhofes um die Gebühr von je 5000 K für Zugewiesene unter den vom Magistrate gestellten Bedingungen überlassen.

(P. Z. 1885, M.Abt. XIV 2093/18.) Der Gemeinnützigen Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugenossenschaft für Eisenbahner, reg. Gen. m. b. H., wird die politische Bewilligung erteilt, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne die Liegenschaften Kat.-Parz. 1522/50, Einl.-Z. 946 und Kat.-Parz. 1522/51 bis 1522/95, Einl.-Z. 1050 bis 1094, inneliegend in der Katastralgemeinde Groß-Jedlersdorf, Grundbuch Floridsdorf im 21. Bezirke in Wien, auf 94 Baustellen, eine Restfläche und Straßengrund abteilen zu dürfen. Diese Abteilung ist als Parzellierung im Sinne des § 3, lit. a Wr. B.-O. zu betrachten und wird an die vom Magistrate gestellten Bedingungen gebunden.

Berichterstatter StR. Dechant:

(P. Z. 1951, M.Abt. II 2627.) Die Ausfolgung der vom Stadtzimmermeister Anton Muth für Aufstellung einer Hütte im Türkenschanzparke am 16. September 1910 erlegten Kaution, bestehend in einem Einlagebuch der Zentral-Sparkassa mit einem Saldo von 200 K, ohne Beibringung des Erlagscheines wird bewilligt.

Berichterstatter StR. Jung:

(P. Z. 1875, M.Abt. X 9249.) Der Anna Friedrich wird das ehemalige Kindergrab Gruppe I, Reihe 2, Nr. 16 im alten Teile des Simmeringer Friedhofes auf 15 Jahre um die Gebühr von 180 K als eigenes Grab unter der Bedingung überlassen, daß dieser Betrag binnen acht Wochen nach Verständigung beim magistratischen Bezirksamte für den 11. Bezirk eingezahlt werde. Sollte die erste Leiche eine Nichtzugewiesene sein, so ist vor der Beisetzung die weitere Gebühr von 180 K nachzuzahlen.

(P. Z. 1926, B.Abt. X 13.) Die Schaffung eines Zementvorrates für dringende Erhaltungsarbeiten an städtischen Anlagen im Kostenbetrage von 9000 K wird genehmigt. Das Stadtbauamt wird ermächtigt, den ständigen städtischen Unternehmern im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 30. August 1817, P. Z. 8858, Zement zum Selbstkostenpreise in der bisher üblichen Weise abzugeben und angewiesen, nach erfolgter Abgabe über die Gebarung Rechnung zu legen.

(P. Z. 1892, M.Abt. XIX 1391/18.) Den im äußeren Amtsdienste verwendeten Arbeitskräften des Exekutionsamtes wird ab 1. Jänner 1919 auf die Dauer von vier Monaten für die nachmittägige Dienstleistung eine Entschädigung im bisherigen Ausmaße bewilligt.

(P. Z. 1789, M.D. 7409/18.) Der Kanzlei-Offizial Rudolf Schar wird im Wege der Zeitbeförderung zum Kanzlei-Ober-Offizial mit dem Range vom 7. November 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1798, M.D. 936.) Zu Kanzlisten 1. Klasse mit einem Monatsbezuge von 140 K und einem jährlichen Mietzinsbeitrage von 480 K werden im Vorrückungswege ernannt:

Die Kanzlisten Friedrich Habiger, Alfred Schmid, Johann Bauer, Karl Wurst, Karl Reback, Otto Obermair, Karl Lippa, Johann Franke, Josef Blažek, Karl Rupp, Wilhelm Busch, Oskar Frömmel, Hermann Winterfeld, Johann Altenburger, Rudolf Leopold, Karl Rachač, Franz Dambórsky und Karl Lesak, ferner die Kanzleidiurnisten Karl Michtner und August Heindl.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1794, M.D. 856.) Felix Etlinger wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Offiziale mit dem Range vom 16. Juli 1918 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1796, M.D. 903.) Im Wege der Zeitbeförderung werde zu Amtsdienern 1. Bezugsklasse ernannt:

Die Amtsdiener 2. Bezugsklasse Josef Lackerbauer, Josef Magrutsch und Anton Walzhofer mit dem Range vom 2. Juli 1915, Franz Wildner und Anton Janitschek (27. Mai 1916), Richard Firnholzer, Albert Schindlauer und Ulrich Specht (30. Juni 1916), Josef Mitterer (27. Juli 1916), Albin Hermann (8. Oktober 1917), Franz Horatschek (1. Oktober 1916), Karl Klemens Prise (6. November 1916), Josef Fux, Ludwig Vielnascher (6. November 1916), Leopold Leißer (11. Dezember 1916), Karl Harašek (13. April 1917), Rudolf Hilbert (21. April 1917), Johann Bach (4. Mai 1917), Johann Anton Zich (3. Juni 1917), Karl Hitzenhammer (4. Juni 1917), Karl Haas (17. September 1917), Ernest Hobecker (14. November 1917), Friedrich Beck (10. Dezember 1917), Josef Slawik (18. Dezember 1917), Karl Polt (17. Februar 1918), Fran Sotny (1. März 1918), Julius Seis (2. März 1918), Franz Gabriel rekte Bezdeka, Ferdinand Brückler (5. Oktober 1918), Alexander Pechmann, Josef Lechner, Adolf Schroth, Robert Reim und Alfred Thomayer (22. Oktober 1918), Johann Weinwurm Gottfried Weger, Franz Bauernschmidt, Josef Schmidt, Anton Kraus, Andreas Czaba, Franz Berger, Anton Maria Bina, Julius Krenn, Adolf Jessich, Leopold Fritsch, Wenzel Böhm, Johann Marzi, Karl Vogt, Karl Zangl, Josef Stauszin, Leopold Hochenegger, Karl Kratzer, Josef Granzer, Josef Koblovsky, Franz Löffler, Florian Leysal, Ignaz Scharnagl, Josef Gold, Johann Egger, Georg Rottensteiner, Johann Prawetz, Johann Frühwirth, Franz Großer, Peter Greiner, Franz Klar, Alois Schremer, Karl Jung I, Anton Pestl, Alois Dimter, Matthias Stauber, Franz Cerny, Franz Kral, Adolf Heger, Adolf Motyka, Paul Walkner, Valentin Oberbucher, Oskar Biba, Karl Jung II, Anton Latus, Ludwig Ernst, Otto Tauber, Karl Starck, Franz Wais und Alois Kemetshofer. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1800, M.D. 902.) Infolge der erhöhten Anrechnung der Kriegsjahre werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt:

Zu Kanzlei-Direktionsadjunkten Rudolf Walter mit dem Range vom 22. Mai 1916, Wilhelm Meixner (21. August 1916), Max Winter (2. Oktober 1916), Eduard Breyer (7. November 1916), Franz Samely (29. November 1916), Anton Birke (26. Jänner 1917), Alois Keller (31. Jänner 1917), Josef Hain (15. Februar

1917), Franz Mader, Anton Berger, Heinrich Mayßen, Rudolf Studensky, Josef Benjamin Wanisch (21. Mai 1917), Ludwig Streibig, Anton Neth, Artur Reißer (3. Juli 1917), Eduard Handel (20. Juli 1917), Rudolf Trenkler (24. Juli 1917), Oskar Geineder (15. August 1917), Eduard Josef May (2. November 1917), Johann Reim, Anton Reiß und Johann Stichl (9. Dezember 1917), Ludwig Fischer (1. Juli 1918), Franz Eder und Karl Danner (3. Juli 1918), Artur Franz Wellisch (13. Juli 1918), Johann Wanko (29. August 1918), Friedrich Weiß (29. September 1918), Franz Franner, Franz Eckstein und Leopold Demel (3. Oktober 1918), Heinrich Heß, Heinrich Patzelt, Ludwig Fiala, Franz X. Hacker, Emmerich Breitner und Rudolf Veith (5. Oktober 1918), Vinzenz Greger und Friedrich Fischer (20. Oktober 1918);

zu Kanzlei-Ober-Offizialen: Karl Steinitzer (15. Februar 1916), Richard Dasch (10. April 1916), Richard Männhalter (21. Mai 1916), Otto Linder (23. April 1917), Karl Buresch (9. Juni 1917), Josef Wolf (20. Juni 1917), Ferdinand Niulaczy (30. Juni 1917), Josef Popp (1. Juli 1917), Max Niederle und Georg Kolmann (3. September (1917), Ferdinand Kröner (12. Oktober 1917), Karl Kloß (11. Dezember 1917), Leopold Luegmayer, Franz Hölzel und Eugen Kuhn (3. März 1918), Willibald Prochaska (11. April 1918), Heinrich Kirchhammer (21. Juli 1918), Richard Scheidl (22. August 1918), Vinzenz Gregor und Josef Pietsch (24. August 1918), Johann Hornberger (17. Oktober 1918);

zu Kanzlei-Offizialen: Karl Burger und Ludwig Richter (16. September 1915), Richard Hofbauer (12. April 1916), Alois Pohl (11. Mai 1916), Otto Rudolf, Karl Kahofer, Heinrich Kyrieleison (14. Juni 1916), Theodor Schellhorn (1. Juli 1916), Karl Roth und Rudolf Hildesheim (18. Juli 1916), Franz Weber und Rudolf Piskaty (15. September 1916), Ernst Hold und Viktor Barta (12. Oktober 1916), Ludwig Minichsdorfer, Herbert Nader, Otto Lutz, Ernst Keyl und Gustav Kleinpeter (21. Dezember 1916), Josef Eichinger (11. April 1917), Richard Buchegger (2. Juni 1917), Eduard Hofmann, Hermann Kerber und Anton Neuwirth (13. Juni 1917), Ferdinand Reiter (1. Juli 1917), Arnold Holzer und Georg Heidl (17. Juli 1917), Alexander Breslica, Virgil Nonmacher, Ludwig Windhager und Edmund Daniel (14. August 1917), Wilhelm Kühnel (14. September 1917), Franz Hemmelmayer (12. Oktober 1917), Rudolf Pfeiffer (12. November 1917), Willibald Voith (16. November 1917), Emil Horst, Franz Fausek und Franz Schönfeld (20. Dezember 1917), Ludwig Wiedenhorn (13. Jänner 1918), Raimund Hajek (10. April 1918), Rudolf Neugebauer, Richard Fuker und Josef Waschak (21. April 1918), Othmar Zöhrer, Viktor Wedl, Gustav Bruckner und Josef Geistler (14. Mai 1918), Kuno Schwetz, Arthur Krzyzanowski und Karl Leibinger (12. Juni 1918), Josef Wiesinger (16. Juli 1918), Oswald Kohl (13. August 1918), Viktor Stögermayer und Robert Edelmann (11. September 1918);

zu Kanzlei-Akzessisten: Ludwig Krutak (12. August (1914), Karl Dättel (12. März 1915), Viktor Horeys (11. Februar 1916), Karl Ludwig (15. März 1916), Ferdinand Opl, Emil Weinmar und Gottfried Prucha (13. April 1916), Robert Krottendorfer und Karl Unger (10. Mai 1916), Franz Marek (12. Juli 1916), Rudolf Domisch (9. August 1916), Adolf Bauer und Alois Schubert (9. September 1916), Rudolf Parville (13. Oktober 1916), Viktor Steinbauer (11. November 1916), Arnold Plant (20. Februar 1917), Rudolf Beran, Franz Klötzel und Alois Lokay (14. März 1917), Johann Pichlhofer (12. April 1917), Rudolf Mayer, Karl Bednarz, Wilhelm Franzel, Georg Heinrich Neumayr, Anton Eisenbaul, Friedrich Kukula, Leopold Holkub, Dr. phil. Richard Schmidt, Gustav Doser, Karl Gibisch, Julius Blatny, Gustav Schaffer, Otto Feil, Herbert Pecher, Ferdinand Platzner, Jaroslav Kubik, Karl Harrer, Viktor Jaksch, Karl Gergasevics, Josef Richter, Friedrich Mandl, Ottokar Johann Moudry, Karl Kaufmann, Arthur Fritz, Emil Horvat, Eduard Jungmann, Vinzenz Hampel, Rudolf Geldner, Friedrich Schwarzenbrunner, Ernst Felkel, Friedrich Novopacky, Egon Rabenstein, Karl Sandner, Robert Zbiral, August Nezold, Gustav Fürnkranz, Thomas Drozda, Otto Seiberl, Hugo Kramer, Hans Huemer, Wilhelm Wenk, Friedrich Wobisch, Reinhold Rosner, Egmont Duschek, Wilhelm Beyersdorf, und Viktor Rybarski (17. Juni 1917), Gustav Beigel, Georg Franz Pöhlmann, Franz Buchegger, Heinrich Knittler, Franz Greulberger, Friedrich Fichna und Ferdinand Grünzweig (14. Dezember 1917), Josef Zeithammler, Franz Nowotny, Gustav Ennsfellner Karl Heger, Hermann Schöppl Ritter v. Sonnwalden, Friedrich Scherer, Hermann Glaser und Bernhand Richter (17. Dezember 1917), Karl Mayer, Julius Zigeuner Edler v. Blumendorf, August Oberbauer, Dr. Franz Leppa und Adolf Stipa (12. Jänner 1918), Franz Eckert (13. März 1918).

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1881, M.Abt. XI 83477.) Die provisorischen Aufseher des Asyl- und Werkhauses Karl Goll, Anton Carle und Leopold Hartl werden zu definitiven Aufsehern, die provisorische Aufseherin Elisabeth Wanke zur definitiven Aufseherin ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1914, B.D. 5262/18.) Der Maschinist 1. Klasse Heinrich Enders wird zum Maschinmeister mit den systemisierten Bezügen, und zwar 3200 K Gehalt und 1200 K Wohnungsgeld ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1925, M.Abt. IX 511/17.) Dem städtischen Straßenaufseher Franz Kalina wird in Berücksichtigung seiner 20jährigen zufriedenstellenden Dienstleistung als Straßenaufseher das Definitivum verliehen und gleichzeitig ein Monatslohn von 160 K und ein Mietzinsbeitrag von 25 K, daher zusammen jährlich 2220 K zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1967, B D. 706.) Dem Aushilfsmaschinistengehilfen Anton Horvatič wird anläßlich seiner Aufnahme in den Stand der städtischen Maschinisten die Altersnachsicht gewährt.

Ueber Ansuchen werden im Sinne der Magistrats-Anträge in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 1801, M.D. 5613/18) der Ratsdiener Josef Hobinger mit einem Ruhegenusse von zusammen 2900 K jährlich;

(P. Z. 1802, M.D. 8466/18) der Ratsdiener Matthäus Fleischer mit einem Ruhegenusse von zusammen 2900 K jährlich;

(P. Z. 1882, M.Abt. XI 93623/18) der Ober-Aufseher des städtischen Asyl- und Werkhauses Franz Mayer mit einem Ruhegenusse von 2343 K 20 h jährlich;

(P. Z. 1924, B.Abt. IX 1389/18) der Straßenarbeiter Johann Nemecek mit einem Ruhegenusse von 1303 K 78 h jährlich. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1891, M.Abt. XIX 1088/18.) Der Steueramts-Kontrollor Ernst Oberle wird über sein Ansuchen im Sinne des Magistrats-Antrages unter Bemessung eines Ruhegenusses im Gesamtbetrage von 5408 K jährlich in den zeitlichen Ruhestand versetzt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1866, M.Abt. II 10021/18.) Den drei Vollwaisen nach dem Ober-Rechnungsrate Heinrich Sator, Stephanie, Heinrich und Gustav, wird im Sinne des Magistrats-Antrages eine Waisenpension von 728 K jährlich vom 25. November 1918 an angewiesen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Die normalmäßige Witwenpension wird im Sinne des Magistrats-Antrages angewiesen:

(P. Z. 1725, M.Abt. II 10275/18) der Kanzlei-Offizialswitwe Marie v. Gassenbauer im Jahresbetrage von 1100 K vom 1. Jänner 1919 an;

(P. Z. 1726, M.Abt. II 10317/18) der Straßenarbeiterswitwe Barbara Matetschläger im Jahresbetrage von 511 K vom 22. Dezember 1918 an;

(P. Z. 1727, M.Abt. II 9741/18) der Straßenarbeiterswitwe Christine Gabmayer im Jahresbetrage von 640 K 58 h vom 1. Dezember 1918 an;

(P Z. 1728, M.Abt. II 10002/18) der Straßenarbeiterswitwe Katharina Grapmayer im Jahresbetrage von 462 K 33 h vom 1. Dezember 1918 an. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Die normalmäßige Witwenpension und Erziehungsbeiträge werden im Sinne des Magistrats-Antrages angewiesen:

(P. Z. 1723, M.Abt. II 10084/18) der Ratsdienerswitwe Marie Mölk im Jahresbetrage von 1093 K 33 h sowie Erziehungsbeiträge von je 218 K 66 h jährlich für die Kinder Marie und Rosa vom 1. Jänner 1919 an;

(P. Z. 1867, M.Abt. II 299) der Konskriptionsamts-Ober-Kontrollorswitwe Helene Mardetschläger im Jahresbetrage von 2400 K, ein Erziehungsbeitrag von 480 K jährlich für die Tochter Luzia und eine Waisenpension von 1200 K jährlich für die Tochter aus erster Ehe Margarete vom 1. Jänner 1919 an.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Im Sinne der Magistrats-Anträge werden Abfertigungen angewiesen:

(P. Z. 1729, M.Abt. II 10132/18) der Straßenarbeiterswitwe Marie Wimmer im Betrage von 1387 K;

(P. Z. 1730, M.Abt. II 10079/18) der Auflegerswitwe Franziska Toula im Betrage von 693 K 50 h;

(P. Z. 1959, M.Abt. II 8438/18) der Zeichnerswitwe Antonie Sprenger im Betrage von 1003 K 75 h.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1953, M.Abt. II 9669/18.) Der Anna Grabner wird das Sterbequartal nach dem verstorbenen pensionierten Platzwächter Leopold Grabner im Betrage von 243 K 9 h zuerkannt.

Die normalmäßige Witwenpension, beziehungsweise Erziehungsbeiträge werden im Sinne des Magistrats-Antrages angewiesen:

(P. Z. 1954, M.Abt. II 196) der Ratsdienerswitwe Anna Kukaczka im Jahresbetrage von 850 K vom 1. Februar 1919 an;

(P. Z. 1955, M.Abt. II 10289/18) der Amtsdienerswitwe Katharina Hoyler im Jahresbetrage von 1250 K vom 1. Jänner 1919 an;

(P. Z. 1957, M.Abt. II 218/19) der Ratsdienerswitwe Katharina Müller im Jahresbetrage von 1093 K 33 h vom 1. Februar 1919 an;

(P. Z. 1958, M.Abt. II 10003/18) der Straßenarbeiterswitwe Marie Kaminsky im Jahresbetrage von 438 K sowie Erziehungsbeiträge von je 87 K 60 h jährlich für die Kinder Johann und Marie vom 8. Dezember 1918 an.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1961, M.Abt. II 10202/18.) Der Materialdepot-Aufseherswitwe Thekla Forstner wird im Sinne des Magistrats-Antrages der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 540 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921 bewilligt.
(An den Gemeinderat.)

Berichterstatter StR. Hellmann:

(P. Z. 1931, B.Sch.R. 15664/18.) Die Volksschullehrerin 2. Klasse Anna Knapp wird gemäß § 38 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 31. Juli 1917, L.-G.-Bl. Nr. 158, im Vorrückungswege mit der Rechtswirksamkeit vom 1. November 1918 zur Volksschullehrerin 1. Klasse ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1888, M.Abt. XV 1459.) Dem Kriegsküchen-Kommissariate wird die Benützung des leerstehenden Kellerraumes top. Nr. 33 im Schulgebäude 7., Zieglergasse 49, zur Einlagerung von Altmaterialien unter den üblichen Bedingungen gestattet.

Berichterstatter StR. Schwer:

(P. Z. 1933, Samml. 52.) Die von der Einkaufs-Kommission in der Ausstellung des Künstlerbundes vorgenommenen Ankäufe werden zur Kenntnis genommen und der Kostenbetrag von 4500 K nachträglich genehmigt.

(P. Z. 1722, M.D. 104.) Dem Ansuchen von 22 aus dem Stande der städtischen Feuerwehr hervorgegangenen Amtsdienern um Nachsicht der ihnen anläßlich ihrer Abrüstung auferlegten Ersatzbeträge für nichtabgeführte Ausrüstungsgegenstände im Gesamtbetrage von 951 K 38 h wird ausnahmsweise Folge gegeben.

Berichterstatter StR. Schmid:

(P. Z. 1943, E.W. 395.) Den Beamten und sonstigen Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke werden für Mehrleistungen infolge des Krieges in der Zeit vom 1. Juli 1917 bis Ende 1918 außerordentliche Remunerationen im Gesamtbetrage von 542.215 K bewilligt.

Berichterstatter StR. Hötzel:

(P. Z. 1920, B.Abt. I 441/18.) Die Entfernung eines Roßkastanienbaumes vor der Einfahrt des Lagerplatzes der Firma Oesterreichische Industriewerke Warchalowski, Eißler & Komp. in der Sandleitengasse im 16. Bezirke wird nachträglich genehmigt und das Anbot der genannten Firma auf Erlegung eines Betrages von 200 K zugunsten der Armen des 16. Wiener Gemeindebezirkes angenommen.

(P. Z. 1872, M.Abt. X 9027.) Der qualifizierte Gärtnergehilfe im Taglohne Ludwig Balaika wird zum Friedhofsgärtner am Ottakringer Friedhofe ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Berichterstatter VB. Neumann:

(P. Z. 1928, Jug.A V. 1421/16/18.) Der Bericht des städtischen Jugendamtes über seine Vorkehrungen zum Erwerb von Kinderwäsche und Kleidern wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Der Ankauf von 900 Säuglingsgarnituren à 66 K, von 25 Dutzend Tetrawindeln à 20 K und von 25 Dutzend

Windeln à 48 K vom städtischen Wirtschaftsamte im Gesamtbetrage von 61.100 K behufs Beteilung von in der Fürsorge des städtischen Jugendamtes stehenden Säuglingen wird genehmigt.

Berichterstatter StR. Vaugoin:

(P. Z. 1868, M.Abt. III 3729/18.) Das Anbot des Anton Kordon und Viktoria Wiesinger, der Gemeinde Wien die Kat.-Parz. 822, 823 und Teile der Kat.-Parz. 821/1 im ungefähren Gesamtausmaße von 313.772 m² um den Einheitspreis von 5 K per Quadratmeter zu verkaufen, wird wegen der viel zu hohen Forderung abgelehnt.

(P. Z. 1869, M.Abt. III 2126.) Die der Gemeinde Wien gehörige Gasthausrealität 13., Speisingerstraße 51, bestehend aus den auf der Kat.-Parz. 181 Speising errichteten Baulichkeiten mit den Wohnungs- und Gasthauslokalitäten top. Nr. 1 bis 19 und aus der Gartenparzelle 182/1 mit dem darauf befindlichen Eiskeller, top. Nr. 20, sowie aus der Kat.-Parz. 182/2 (Garten) samt der auf der erwähnten Realität betriebenen, der Gemeinde Wien gehörigen Schankberechtigkeit wird an Anton Ludescher auf die weitere Dauer von vorläufig einem Jahre, das ist bis 31 Oktober 1919, gegen Entrichtung des Jahreszinses von 2400 K und unter den bisherigen Bedingungen verpachtet.

Der Vorsitzende gibt hierauf folgende Anträge bekannt:

Antrag des StR. Weigl:

Jenen Kriegsaushelfern und -Helferinnen, welchen im Falle des freiwilligen Austrittes aus dem Dienste der Straßenbahn eine Abfertigung in der Höhe von vier, acht, beziehungsweise zwölf Wochenlöhnen zukommt, wird am Tage der Kündigung des Dienstverhältnisses die in ihren Händen befindliche Straßenbahn-Freikarte abgenommen. Die Betroffenen haben den Wunsch, daß ihnen die Freikarte noch einige Zeit belassen werde. Dieser Wunsch ist gerechtfertigt, da doch diese Personen durch ihren freiwilligen Austritt die Straßenbahn finanziell entlasten. Es wird beantragt:

Den freiwillig aus dem Betriebe der Straßenbahn scheidenden Kriegsaushelfern und -Aushelferinnen wird, insofern sie Anspruch auf Abfertigung haben, die in ihren Händen befindliche Straßenbahn-Freikarte für soviel Wochen belassen, als sie Wochenlöhne als Abfertigung erhalten.

Antrag des StR. Weigl:

Die Absicht des Magistrates, den Hausbesorgern auch weiterhin die Trottoirreinigung aufzuhalsen und diese lediglich mit einer sehr geringen Entschädigung hiefür zu bedenken, welche nicht ausreicht, auch nur die notwendigen Geräte anzuschaffen, erscheint nicht geeignet, die Hausbesorger zu befriedigen, noch weniger aber die leidige Frage der ordentlichen Instandhaltung der Gehsteige in einer der Stadt würdigen Form zu erledigen. Beides kann nur eintreten, wenn die Trottoirreinigung von der Straßenpflege der Gemeinde Wien übernommen wird. Es wird beantragt:

Die bisher von den Hausbesorgern besorgte Reinigung der Gehsteige wird von nun ab von der „Gemeinde Wien — städtische Straßenpflege" besorgt.

(Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzungen.

14. Bezirk, 24. Februar, halb 5 Uhr nachmittags.

---

11. Gemeindebezirk, Simmering.

Oeffentliche Sitzung vom 23. Jänner 1919.

Vorsitzender: BV. Franz Zehetbauer.

Schriftführer: Kanzlei-Vize-Direktor: Krottendorfer.

Nach einer kurzen Einleitungsansprache des Vorsitzenden gelangt der

Einlauf

zur Verlesung.

Die Firma Wetzler & Komp. spendet für gemeinnützige Vereine und Schulen des 11. Bezirkes den Betrag von 300 K. Der Betrag wurde im Sinne der Spenderin verteilt und ihr der Dank ausgesprochen.

Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes für den 11. Bezirk, Z. 12152, betreffend Maßnahmen zwecks Verhinderung der Benützung des Bahnkörpers der Linie Schwechat—Mannersdorf zwischen der Reichsstraße Wien—Bruck und der Straße Schwechat—Kaiser-Ebersdorf durch bahnfremde Personen. Der Vorsitzende gibt eine eingehende Darstellung der Situation und findet es begreiflich, daß der Bahnkörper zwecks Zeitersparnis als Gehsteig seitens des Publikums benützt wird. Hiezu spricht auch BVSt. Schmölzer, welcher die Herstellung eines beleuchteten Steiges eventuell unter Einlösung des der Bahn gehörigen Grundes befürwortet. Es wird sohin folgender Beschluß gefaßt:

Die Gemeinde Wien wolle den bezüglichen Bahngrund, soweit er als Fußsteig in Betracht kommt, erwerben und ihn der Allgemeinheit übergeben. Ferner wäre für eine entsprechende Beleuchtung des Steiges vorzusorgen.

Felix Malowan, Herstellung eines Geleiseanschlusses an die Donauländebahn. Das Stadtbauamt übermittelt die an den Stadtbeziehungsweise Gemeinderat zu stellenden Anträge, welche eine Abänderung, respektive Neubestimmung von Baulinien beinhalten. Die BR. Kopelent, Leitner, Grötz sowie der BVSt. Schmölzer, welcher betont, daß der neue Regulierungsplan eine Verbesserung erfahren habe, befürworten das Projekt, während BR. Therese Specht wünscht, daß der Akt wegen nochmaliger Kommissionierung an das Bezirksamt zurückzuleiten wäre.

Die Anträge des Stadtbauamtes werden zum Beschusse erhoben.

Magistrats-Bau-Abteilung X vom 18. Jänner 1919, Z. 57, betreffend den Entwurf für den Neubau eines Hauptunratskanales auf dem Landstraßergürtel von der Baumgasse bis zur Döblerhofstraße im Kostenbetrage von 22.000 K. (Zur Kenntnis.)

Straßenpflasterungen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß im Stadtbauamte erhoben wurde, welche Straßen im Jahre 1919 zur Neu- und Umpflasterung

gelangen. Die Gesamtsumme hiefür beträgt 658.000 K. Der Vorsitzende bemerkt, daß sich darunter auch die Abgrabung der Leberstraße befindet, wofür ein Betrag von 10.000 K ausgesetzt ist. BR. Lindner bespricht die vielen Schwierigkeiten, die sich dieser Aktion entgegengestellt haben. BR. Kopelent wünscht, daß auch alles durchgeführt wird, was projektiert erscheint, denn die Straßenverhältnisse im 11. Bezirke seien desolate. BR. Nowak weist auf die Uebelstände in der Geiselberg- und Brehmstraße, bei den Wegen zur Tierfutterfabrik und bei der Station der Raaberbahn und wünscht Abhilfe.

BVSt. Schmölzer führt an, daß immerwährend auf Verbesserung der Straßenverhältnisse gedrungen wurde, es war aber wegen Mangels an Arbeitskräften und Fuhrwerk, sowie des entsprechenden Materiales während der Kriegszeit wenig zu erreichen. BV. Zehetbauer bemerkt hiezu, daß kein Vorwurf für die Bezirksvertretung durch die angeführten Uebelstände erblickt werden möge. Er bespricht auch die Verhältnisse des Platzes vor dem Bahnhofe. Es wird beschlossen, an die Bahnverwaltung ein Schreiben zu richten des Inhaltes, daß die herrschenden Uebelstände abgestellt werden. BR. Schossig lenkt die Aufmerksamkeit auf die sanitären Uebelstände in der Schneider- und Gratian Marx-Gasse Er dringt auf Abstellung der endlichen Ableerung des Kehrichtes auf die Straße in diesen Gassen. BR. Kopelent wünscht, daß bei der Pflasterung der Drischützgasse auf das richtige Niveau Rücksicht genommen wird, ferner die Auflassung der Straße, die durch den Friedhof führt und so denselben in zwei Teile schneidet. Der bereits laufende Antrag wäre zu betreiben.

BVSt. Schmölzer vermißt in dem Voranschlage die Verlängerung der 1. Heidequerstraße bis zur Donaustraße. BR. Kopelent beantragt, daß, wenn die Straßen beim Kontumazmarkt hergestellt werden, es so geschehen soll, daß sie tatsächlich benützbar sind.

Anträge.

BR. Kopelent beantragt, es seien Schritte einzuleiten, daß das Bezirksgericht in Simmering verbleibt. Eine Verlegung desselben würde Parteien, die Erhebungen bei demselben zu pflegen haben, große Nachteile bringen. BVSt. Schmölzer gibt bekannt, welche Schritte bereits unternommen wurden, um das Bezirksgericht für Simmering zu erhalten.

Es wird beschlossen, daß der Bezirksvorsteher mit dem Vorsteher-Stellvertreter nochmals bei den kompetenten Stellen vorsprechen, um eine Verlegung des Gerichtes zu verhindern.

BR. Hacker betreibt neuerlich die Fertigstellung der Haltestelle Simmering der Ostbahn, sowie die Benützung des Spielplatzes bei der Pachmayerschule. Bezüglich des Spielplatzes gibt der BVSt. Schmölzer die entsprechenden Aufklärungen. Hinsichtlich der Haltestelle Simmering wird der Vorsitzende Schritte unternehmen und das Resultat derselben der Versammlung bekanntgeben.

GR. Rehak ist dafür, daß seitens der Bezirksvertretung beim Staatssekretär für Eisenbahnen vorgesprochen wird. Angenommen.

BR. Diranko beantragt, aus Sicherheitsgründen die aufgelassene Haltestelle Braunhubergasse der städtischen Straßenbahnen zu reaktivieren. GR. Hedorfer befürwortet diesen Antrag mit Rücksicht auf die Lebensgefahr der Schulkinder der Schule in der Braunhubergasse. BR. Paulik ist gleichfalls für den Antrag und hebt hervor, daß diese Haltestelle mit Rücksicht auf die demnächst zu eröffnende Haltestelle der Ostbahn eine Notwendigkeit ist. BR. Friedrich spricht gleichfalls für den Antrag, der sohin angenommen wird.

BR. Schossig bezeichnet es als eine dringende Notwendigkeit, daß mit dem Baue des Gebäudes für die Realschule in Simmering begonnen werde, eventuell soll dieser als Notstandsbau erklärt werden. BVSt. Schmölzer gibt bekannt, was unternommen wurde; es wäre ein zu starkes Drängen nach dem Baue der Realschule nicht am Platze, denn wenn die Molitorschule als zu klein für die Realschule hingestellt wird, liegt die Gefahr nahe, daß dieselbe in der aufgelassenen Kadettenschule in der Boerhavegasse im 3. Bezirke untergebracht wird. BR. Schossig nimmt dies zur Kenntnis.

BR. Leitner wünscht die eheste Instandsetzung der Schule am Münnichplatz. BVSt. Schmölzer teilt mit, daß alle Schulen erst einer gründlichen Reinigung unterzogen werden müssen, daß in dieser Richtung aber schon die entsprechenden Schritte eingeleitet sind. BR. Paulik tritt für eine rasche Wiederbenützung der Schulen ein, nachdem die Kinder im Unterrichte während des Krieges weit hinter dem Lehrziel zurückgeblieben sind. Weiters sollen die eventuell gemachten Herstellungen wie Küchen, Bäder, zur Benützung verbleiben. BVSt. Schmölzer teilt mit, daß es die Absicht des Bürgermeisters ist, dem Wunsche nach Erhaltung der Schulküchen ꝛc., welcher auch schon von mehreren Bezirken geäußert wurde, Rechnung zu tragen.

Allgemeine Nachrichten.

Bestellung von Jugendärzten.

Eine im Frühjahre 1918 mit den Vertretern der Wiener Bezirkskrankenkasse abgehaltene Besprechung über das Zusammenarbeiten zwischen Jugendamt und Bezirkskrankenkasse führte zu dem Ergebnisse, daß das Jugendamt die Säuglinge der Wiener Bezirkskrankenkasse in seine Fürsorge übernimmt und daß der Säugling insbesondere auch unter die städtische Berufsvormundschaft gestellt wird. Das städtische Jugendamt soll in seinen ehestens auszubauenden Fürsorgestellen die Fürsorge für die gesunden Kinder, die Wiener Bezirkskrankenkasse in sechs zu errichtenden Ambulatorien die Obsorge für die kranken (ambulatorisch bedürftigen) Kinder übernehmen. Hiedurch wird erreicht, daß die gesunden Kinder von den kranken in der Fürsorge selbst getrennt werden.

Um aber zu vermeiden, daß das gesunde Kind, welches der Arzt vielleicht jahrelang kennt, nunmehr von einem anderen Arzt behandelt wird, hielt es der Stadtrat für zweckmäßig, bei dem städtischen Jugendamte dieselben Aerzte zu bestellen, die die Wiener Bezirkskrankenkasse sich für die Ambulatorien verpflichtet hat.

Bisher wurden Aerzte für fünf Bezirksjugendämter bestellt, und zwar: Dr. Alfred Kolisko für den Bezirk Landstraße, Dr. Rudolf Neurath für Meidling, Primarius Dr. Edwin Rossival für Favoriten, Dozent Dr. August v. Reuß für Sechshaus und

Frau Dr. Stephanie Weiß-Eder für Rudolfsheim. Das Jahreshonorar beträgt für 4 Arbeitsstunden in der Woche 2000 K, für 6 Arbeitsstunden 3000 K.

Das Wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privat-Angelegenheiten der Einberufenen.

Bericht über seine Tätigkeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918.

Mit der tatsächlichen Beendigung des Krieges geht die Tätigkeit der für dessen Dauer geschaffenen Hilfsfürsorgestelle ihrem Abschlusse entgegen. Dieser kann jedoch kein mit einem bestimmten Stichtage abschneidender sein, da sowohl für die Austragung der anhängigen Angelegenheiten als auch für die Uebernahme und sachgemäße Behandlung neu hinzukommender Hilfsansuchen aus den Kreisen der bisher dem Hilfsbureau zugewiesenen Bedürftigen Vorsorge getroffen werden muß. Immerhin bilden die zu diesem Zwecke einzuleitenden Maßnahmen, insoferne sie eine Aenderung in dem bisherigen Bestande und Gebaren des Hilfsbureaus herbeiführen, einen den völligen Abschluß seiner Tätigkeit vorbereitenden Abschnitt, so daß mit ihrem um die Jahreswende einsetzenden Beginne die bisherige Vollwirksamkeit der Hilfsstelle zu Ende gegangen ist. Hiedurch wird der über das zweite Halbjahr 1918 zu erstattende Bericht sich in gewissem Sinne zugleich als ein Schlußbericht über die bis zu diesem Zeitpunkte entwickelte Tätigkeit des Hilfsbureaus darstellen und wird demgemäß in ihm auf die Ergebnisse der früheren Zeitabschnitte zurückzugreifen sein.

Auch während der zweiten Jahreshälfte 1918 hat das Hilfsbureau seine Tätigkeit ununterbrochen fortgesetzt und in ihrem Umfange ungeachtet der in diese Zeit fallenden staatlichen Umwälzung insoferne keine Aenderung eintreten lassen, als eine bestimmungsgemäße Hilfsfürsorge unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit unterschiedslos auch jenen hilfsbedürftigen Parteien zugewendet wurde, die ihrer Herkunft oder Heimatszuständigkeit nach nicht als Angehörige des neuen deutschösterreichischen Staates, sondern eines der anderen aus Teilen der Monarchie neu gebildeten nationalen Gemeinwesen anzusehen waren. Desgleichen wurde auch in der Anweisung von Mietzinsbeihilfen zwischen den in dieser Hinsicht hilfsbedürftigen Parteien, soweit es sich um ständige Bewohner Wiens handelte, kein Unterschied gemacht. Der zahlenmäßige Umfang der Inanspruchnahme der Hilfsfürsorge des Bureaus weist in der halbjährigen Berichtszeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918 eine Abnahme auf, die in dem allmählichen Abflauen neuer Einberufungen, denen aber die hilfsbedürftigen Heimkehrer entgegenzuhalten sind, wie auch in der fortschreitenden Vertrautheit der Unterhaltsbehörden mit dem neuen vereinfachten Unterhaltsbeitragsgesetze vom 27. Juli 1917, R.-G.-Bl. Nr. 313, ihren Grund hat. Als zunehmende neue Betätigung ist dem Hilfsbureau ein namhafter Geschäftszuwachs durch die zufolge des obigen Gesetzes eingeführte Berufung gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Unterhaltsbehörden zugekommen, indem von diesem Rechtsmittel seitens der Parteien in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht und die Ausführung der Berufung vom Hilfsbureau übernommen wurde. Die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof wurde während des Berichtshalbjahres in 27 Fällen ergriffen.

Im Personalstande des Bureaus ist während des Berichtshalbjahres, dem abnehmenden Umfange der Kanzleiarbeiten entsprechend, eine Herabminderung der Anzahl der weiblichen Kanzleihilfskräfte vorgenommen worden, von denen zwei Stenotypistinnen im Laufe des Herbstes gekündigt wurden, wodurch deren Zahl von 8 auf 6 gesunken ist.

Bezüglich der einzelnen Geschäftsgruppen hat die Tätigkeit des Bureaus sich in folgender Weise gestaltet:

I. Geschäftsumfang.

Die Gesamtzahl der behandelten Geschäftsfälle hat in der Berichtsperiode 12.715 gegen 21.635 in der gleichen Vorjahrsperiode und 16.779 im ersten Halbjahre 1918 betragen. Sie setzt sich aus nachstehenden Teilsummen zusammen:

	1917		1918	
	2.	1.	2.	1.
		Halbjahr		
1. Verhandlungen mit vorsprechenden Parteien . .	12.056	15.571	19.946	34.004
2. Hilfsanrufe aus hiesigen Spitälern	11	31	290	1.105
3. Schriftlich eingebrachte Hilfsansuchen	648	1.177	1.399	2.419
(darunter aus dem Felde)	(51)	(43)	(115)	(182)
Zusammen . .	12.715	16.779	21.635	37.528

Zu 1. Der Parteienverkehr ist nach den einzelnen Wochen der Berichtszeit in Beilage B verzeichnet. Die Frequenz hat gegen das I. Halbjahr 1918 um rund 23 Prozent, gegen das II. Halbjahr 1917 um rund 40 Prozent abgenommen. Die Ursachen des Rückganges sind oben angedeutet.

Die stärkste Wochenfrequenz mit 685 vorsprechenden Parteien fiel wie im Vorjahre in die Woche vom 12. bis 18. Juli, von wann an in gleicher Weise eine gegen den Herbst und Winter hin fortschreitende Frequenzabnahme einsetzt, so daß die durchschnittliche Wochenfrequenz mit Ausschluß der Weihnachtswoche vom 20. bis 31. Dezember 482 beträgt. Die höchste Tagesfrequenz ergab sich am 15. Juli mit 182 Parteien, die durchschnittliche berechnet sich mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage, an denen das Bureau in der Berichtszeit geschlossen war, auf 80 Parteien.

Die Gesamtzahl der Parteien, die im Hilfsbureau seit Beginn seiner Tätigkeit vorsprachen und hiedurch zu Verhandlungen Anlaß gaben, ist aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich:

Vom Tätigkeitsbeginne, 23. August 1914, bis dahin 1915 (1. Jahresbericht, Beilage B)	45.214
Vom 23. August 1915 bis dahin 1916 (2. Jahresbericht, Beilage B)	71.162
Vom 23. August 1916 bis 30. Juni 1917 (3. Jahresbericht, Beilage B)	56.244
Vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 (4. Jahresbericht, Beilage B)	35.517
Vom 1. Juli 1918 bis 31. Dezember 1918 .	12.056
Im Ganzen . .	220.193

Zu 2. Die Zahl der Hilfsanrufe aus hiesigen Spitälern, deren starker Rückgang gegenüber den Vorjahren schon in den periodischen Berichten (3. Jahresbericht vom 6. September 1917, Seite 2, 2. Halbjahresbericht 1917 vom 10. Jänner 1918, Seite 5, und 4. Jahresbericht vom 12. Juli 1918, Seite 3) besprochen wurde, hat aus den dort angeführten Gründen, wie auch infolge der Evakuierung und Auflassung zahlreicher Militärheilanstalten in Wien und Umgebung eine weitgehende Verminderung — auf 31 im 1. und 11 im 2. Halbjahre 1918 — erfahren. Diese von unserem unvergeßlichen Obmann-Stellvertreter Dr. Friedrich Frey ins Leben gerufene und von den in Spitalspflege befindlichen verwundeten und kranken Kriegern als Wohltat empfundene Form der Inanspruchnahme der Rechtshilfe und Fürsorgepflege des Bureaus ist demnach in der Berichtsperiode nahezu ganz außer Gebrauch gekommen. Sie war im Ganzen in 7532 Fällen zur Anwendung gelangt.

Zu 3. Minder weitgehend aber immerhin sehr beträchtlich ist der zahlenmäßige Abfall der auf schriftlichem Wege eingelangten Hilfsansuchen, deren in der Berichtszeit 648, hievon 51 aus dem Felde gegen 1177, darunter 43 von der Front im 1. Halbjahr 1918 und 1399, darunter 115 Wunschzettel, im 2. Halbjahr 1917 zu verzeichnen waren. Auch sie sind in der Beilage B wochenweise beziffert.

Die Gesamtzahl der Geschäftsfälle verteilt sich auf die einzelnen Geschäftsgruppen in folgender Weise:

1. Unterhaltsbeitragssachen und damit zusammenhängende Angelegenheiten	6.612 =	52 Prozent
2. Wohnungs- und Mietzinssachen	4.450 =	35 „
3. Sonstige Privat-Angelegenheiten der Einberufenen (Varia)	1.653 =	13 „
Zusammen . .	12.715 =	100 Prozent

Im Vergleich mit den vorausgegangenen Zeitabschnitten ergibt sich gegen das 1. Halbjahr 1918, in welchem die drei Hauptgeschäftsgruppen mit 45 Prozent, 42 Prozent und 13 Prozent und gegen das 2. Halbjahr 1917, in dem sie mit 48 Prozent, 32 Prozent und 20 Prozent an der Gesamtzahl der Geschäftsfälle beteiligt waren, eine Zunahme des verhältnismäßigen Anteils der Unterhaltssachen, dagegen ein Abfall bei den Wohnungs- und Mietzinssachen, während der prozentuelle Anteil der sonstigen Privat-Angelegenheiten der Einberufenen gegen das 1. Halbjahr 1918 unverändert blieb und gegen das 2. Halbjahr 1917 eine Abnahme erfuhr.

Die Anzahl der im Einlaufe protokollierten Geschäftsstücke (mit Ausschluß der alphabetisch registrierten nicht prinzipiellen Einzelfälle) beziffert sich in der Berichtszeit auf 2753 und hat mit 31. Dezember 1918 im Ganzen seit Tätigkeitsbeginn 70.901 betragen. Hievon entfielen auf erste Geschäftsjahr 16.511, auf das zweite 25.304, auf das dritte bis 30. Juni 19.875, auf das vierte mit 1. Juli 1917 begonnene Geschäftsjahr 6458 und auf das letzte Halbjahr bis 31. Dezember 1918 2753 Geschäftsstücke.

Der gesamte Geschäftsumfang der Kriegshilfsstelle seit Beginn ihrer Tätigkeit bis Ende 1918 sowie seine Gestaltung in den einzelnen Berichtsjahren sind aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich:

1. Berichtsjahr 23. August 1914 bis dahin 1915 49.770,
2. Berichtsjahr 23. August 1915 bis dahin 1916 77.741,
3. Berichtsjahr 23. August 1916 nur bis 30. Juni 1917*) 61.926,
4. Berichtsjahr 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 38.414,
5. Berichtshalbjahr 1. Juli 1918 bis 30. Dezember 1918 12.715.

Die Summe dieser Zahlen ergibt vom Tätigkeitsbeginne am 23. August 1914 bis 31. Dezember 1918 den gesamten Geschäftsumfang mit 240.566 Geschäftsfällen.

Zuzüglich der im 2. Halbjahre 1918 abgehaltenen neun Gremial-Sitzungen und der diesen zuzurechnenden Sitzung vom 2. Jänner 1919 fanden seit Tätigkeitsbeginn bis zum Schlusse des abgelaufenen Jahres im Ganzen 166 Plenar- und daran anschließende Sitzungen des Unter-Ausschusses für Wohnungsfürsorge, wie auch zahlreiche der Erörterung prinzipieller Fragen gewidmete Präsidialberatungen statt.

Die Anzahl der von der Bureauleitung erlassenen Kurrenden beträgt in der Berichtszeit 36 und ist damit seit Tätigkeitsbeginn auf 500 gestiegen. Von diesen Kurrenden dienten in der Berichtszeit 9 zur Bekanntgabe der in den Entscheidungsgründen von Erkenntnissen des k. k. Verwaltungsgerichtshofes in Sachen des staatlichen Unterhaltsbeitrages sowie in verwandten Materien aufscheinenden Rechtssätze an die Referenten. Die Zahl dieser vom Präsidium auszugsweise formulierten Rechtssätze belief sich in der Berichtszeit auf 73 und hat seit Tätigkeitsbeginn bis zum Jahresschlusse 1918 die ansehnliche Höhe von 1004 erreicht. Das zur ständigen Evidenzhaltung der Kurrenden angelegte alphabetische Sachregister wurde unausgesetzt vervollständigt.

Die auf Einschreiten des Hilfsbureaus erfolgte gerichtliche Bestellung unentgeltlicher Kuratoren aus dem Kreise seiner Mitglieder und Mitarbeiter zur Vertretung abwesender Einberufer weist nach der wochenweisen Angabe in Beilage B eine mit den auslaufenden Einrückungen und der allmählichen Heimkehr der Eingerückten zusammenhängende Verminderung der Anzahl der Fälle auf, die in der Berichtszeit auf 18 gegen 51 im gleichen Zeitraume des Vorjahres gesunken ist.

Dagegen ist die Zahl der in Bestandsachen gerichtlich geltend gemachten Einwendungen mit 378 Fällen nahezu die gleiche wie im Vorjahre geblieben. Ihre wochenweise Verteilung ist gleichfalls in Beilage B dargestellt.

Einlagerungen von Möbeln und sonstigen Fahrnissen Einberufer in die städtischen Lagerräume haben das Hilfsbureau infolge des Wegfalls neuer Einberufungen in der Berichtszeit nur mehr in einzelnen Fällen beschäftigt, weshalb von deren statistischer Nachweisung abgesehen wird.

II. Unterhaltsbeitragssachen

Ungeachtet der zahlenmäßigen Verminderung der dieser Hauptgruppe angehörigen Geschäftsfälle, die in der Berichtszeit auf 6612 gegen 7517 im ersten Halbjahre 1918 und 10.385 im zweiten Halbjahre 1917 zurückgegangen sind, wogegen ihr Anteilsverhältnis sich von 45 Prozent auf 52 Prozent erhöht

*) Mit Rücksicht auf den geänderten Anfangstermin des 4. Jahresberichtes sind die vom 1. Juli bis 23. August 1917 vorgekommenen 8640 Geschäftsfälle von der mit 70.566 ausgewiesenen Jahresziffer des 3. Berichtsjahres in Abzug gebracht.

hat, ist der Arbeitsaufwand in diesem Belange ein sehr namhafter geblieben. Zu den diesfalls mitwirkenden, im zweiten Halbjahrsberichte 1917 vom 10. Jänner 1918, Seite 5 angeführten Ursachen traten zahlreiche, von den heimgekehrten Einberufenen oder über deren Veranlassung von deren Angehörigen erhobene Anforderungen wegen Erwirkung ihnen angeblich auf Grund des neuen Unterhaltsbeitragsgesetzes von 1917 gebührender Nachzahlungen hinzu. Den Referenten des Hilfsbureaus erwuchs die ebenso schwierige, als undankbare Aufgabe, die überaus weitgehenden Ansprüche der Parteien auf das gesetzlich zulässige und seitens der Kriegshilfsstelle vertretbare Ausmaß herabzumindern und den Parteien die Unhaltbarkeit ihrer Anforderungen klar zu machen. Einen breiten Raum in der hier zu besprechenden Geschäftstätigkeit nahmen in der Berichtszeit die schon eingangs erwähnten Berufungen ein. Ihre beträchtliche Anzahl von 1270 Fällen, deren wochenweise Verteilung gleichfalls aus Beilage B ersichtlich ist, läßt deutlich erkennen, wie stark das Hilfsbureau durch verbesserungsbedürftige Entscheidungen der Unterhaltsbehörden erster Instanz in zumeist verwickelten Angelegenheiten dieser Art in Anspruch genommen wurde. Die Anrufung des Hilfsbureaus seitens nicht in Wien heimatszuständiger Hilfsbedürftiger nach Art einer Zentral-Hilfsstelle in Unterhaltsbeitragssachen hat auch in der Berichtszeit fortgedauert. Bei der Behandlung der Ungarn bot die Sprachkenntnis des Referenten Dr. Bunzlau, der auch für die Uebersetzung der ungarischen Gesetznachträge im Gegenstandsbereiche Sorge trug, eine wertvolle Erleichterung.

III. Wohnungs- und Mietzinssachen.

Die schon in den beiden vorherigen Halbjahren wahrnehmbare Abnahme der Angelegenheiten dieser Hauptgeschäftsgruppe, deren Anzahl von 6923 im zweiten Halbjahre 1917 und 7043 im ersten Halbjahre 1918 auf 4450 im Berichtshalbjahre zurückgegangen ist, hat ihren Grund teils in den allerdings durch die Teuerung beeinträchtigten besseren Subsistenzverhältnissen der Familien der Einberufenen infolge der höheren Unterhaltsbeiträge, teils in der Stockung, die die Wohnungsbewegung wegen des Mangels an verfügbaren Mietwohnungen sowie wegen der Beschränkungen erfahren hat, die der Mieterschutz den Vermietern insbesondere bezüglich der Mietkündigungen auferlegt. An der Reform der Mieterschutzbestimmungen war das Hilfsbureau insoferne mitarbeitend beteiligt, als die hier in wiederholten Präsidialbesprechungen vorbereiteten Anträge, bei denen nebst der Wahrung der Interessen der eingerückten Mieter auch auf gewisse Milderungen der bisherigen Härten gegenüber den Vermietern Bedacht genommen wurde, von den zur Teilnahme an der Enquete im k. k. Justizministerium am 16. und 17. Oktober 1918 berufenen Vertreter des Hilfsbureaus Obmann-Stellvertreter Hofrat Dr. Maresch und Referent Dr. Sternberg mit Erfolg geltend gemacht wurden. Diese Anträge haben in der neuen Mieterschutz-Verordnung vom 26. Oktober 1918, R.-G.-Bl. Nr. 381, Aufnahme gefunden.

Das seitens des Hilfsbureaus dem Verlaufe der Wohnungsbewegung zugewendete Augenmerk ist durch die in der Berichtszeit fortgesetzte Veröffentlichung der auf Grund der Kündigungs- und Zwangsräumungsstatistik allmonatlich verfaßten Notizen über „Wiener Wohnungsverhältnisse“ weiter betätigt worden.

Die Anzahl der in sämtlichen Bezirken Wiens während des Berichtshalbjahres eingebrachten gerichtlichen Mietkündigungen und zum Vollzuge gelangten Zwangsräumungen ist terminweise aus der nachstehenden Zusammenstellung zu entnehmen:

Im Termin:	Kündigungen von Monats-mieten	Kündigungen von Vierteljahrs-mieten	Zwangs-räumungen
1. bis 17. Juli 1918 für 1. August 1918	2576	—	29
1. bis 17. Aug. 1918 für 1. Sept. resp. 1. Nov. 1918	2825	1598	34
1. bis 17. Sept. 1918 für 1. Okt. 1918	2478	—	35
1. bis 17. Okt. 1918 für 1. Nov. 1918	2412	—	35
1. bis 17. Nov. 1918 für 1. Dezember 1918, resp. 1. Februar 1919	1983	1541	35
1. bis 17. Dez. 1918 für 1. Jänner 1919 . . .	1745	—	22
Zusammen: . .	14019	3139	190

In der Kündigungsbewegung ist demnach ein weiterer Rückgang gegen die vorausgegangenen Halbjahre zu verzeichnen, da das erste Halbjahr 1918 16.453 Kündigungen von Monats- und 4463 solche von Vierteljahrsmieten, das zweite Halbjahr 1917 18.142 Monats- und 4672 Vierteljahrskündigungen gebracht hat. Die Zwangsräumungen hielten sich wie in den früheren Zeitabschnitten in den engsten Grenzen. Ueber den Verlauf der Kündigungsbewegung im letzten Friedensjahre und während der Kriegsjahre gibt nachstehende Tabelle Aufschluß:

Kündigungen in Wien

In der Zeit vom	von Monats-mieten	von Vierteljahrs-mieten	Zusammen
1. Sept. 1913 bis 31. Aug. 1914	83.717	30.188	113 905
1. Sept. 1914 „ 31. Aug. 1915	71.881	23.549	95.430
1. Sept. 1915 „ 31. Aug. 1916	50.793	17.591	68 384
1. Sept. 1916 „ 30. Juni 1917	38.200	10.146	48.346
1. Juli 1917 „ 30. Juni 1918	34.595	9.135	43.730
1. Juli 1918 „ 31. Dez. 1918	14.019	3.139	17.158

Die Anzahl der während der vorstehenden Zeiträume zum Vollzuge gelangten Zwangsräumungen, deren statistische Erfassung erst mit dem zweiten Kriegs- zugleich Geschäftsjahre begann, belief sich in der gleichen Reihenfolge und Zeiteinteilung für ganz Wien auf 500, 418, 427 Fälle pro Jahr, im letzten Halbjahre auf 190 Fälle.

Zur möglichsten Verhütung von Zwangsräumungen — eine der wichtigsten nebst ihrem humanitären und sozialen Zwecke auch der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung dienenden Aufgaben des Hilfsbureaus — haben die bei der einigungsamtlichen Vermittlung von Vergleichen zwischen Mietern und Vermietern letzteren seitens des Hilfsbureaus angewiesenen Mietzinsbeihilfen der Gemeinde Wien auch im Berichtshalbjahre wesentlich beigetragen. Mit der abflauenden Wohnungsbewegung sind Anzahl und Geldbetrag dieser Beihilfen

in der Berichtszeit gegen die Vorjahre namhaft zurückgeblieben, indem, wie dies in Beilage C wochenweise dargestellt ist, der Gesamtbetrag der im zweiten Halbjahre 1918 angewiesenen 1694 Mietzinsbeihilfen, darunter 89 für Geschäftsräume, 50.070 K ausmacht, wovon 5536 K auf Beihilfen für Geschäftsräume entfallen. Im Ganzen zeigt die Gebarung mit den Mietzinsbeihilfen seit Beginn der Tätigkeit des Hilfsbureaus folgendes Bild:

Mietzinsbeihilfen.

Anweisungen in der Zeit vom	für Wohnungen Anzahl	Betrag K h	für Geschäftsräume Anzahl	Betrag K h	Zusammen Anzahl	Betrag K h
23. August 1914 bis dahin 1915	3.722	52.110 55	110	7.185 —	3.832	59.295 55
23. „ 1915 „ „ 1916	12.318	296.577 77	363	19.579 —	12.681	316.156 77
23. „ 1916 „ 30. Juni 1917	14.761	364.554 51	426	23.018 67	15.187	387.573 18
1. Juli 1917 „ „ „ 1918	6.105	147.286 61	381	20.987 —	6.486	168.273 61
1. „ 1918 „ 31. Dez. 1918	1.605	44.534 07	89	5.536 —	1.694	50.070 07
Im Ganzen	38.511	905.063 51	1369	76.305 67	39.880	981.369 18

In der seit dem Hochsommer 1917 scharf abfallenden Verminderung der Anzahl und des Aufwandes für Mietzinsbeihilfen kam das Bestreben des Hilfsbureaus zur Geltung, dem wirtschaftlichen Effekt der zufolge des neuen Gesetzes vom 27. Juli 1917, R.-G.-Bl. Nr. 313, namhaft erhöhten staatlichen Unterhaltsbeiträge durch Beschränkung der Anweisung von Mietzinsbeihilfen der Gemeinde auf unabweisliche Ausnahmsfälle im Sinne der pflichtmäßigen Sparsamkeit mit öffentlichen Mitteln Rechnung zu tragen.

IV. Sonstige Privat-Angelegenheiten der Einberufenen (Varia).

Die Hauptgeschäftsgruppe der sonstigen Privat-Angelegenheiten, deren absolute Zahl von 1653 bei unverändertem Anteilsverhältnis von 13 Prozent der Gesamtheit der Geschäftsfälle im Berichtshalbjahre gegen das unmittelbar vorausgegangene Halbjahr mit 2219 solchen Geschäftsfällen und noch mehr gegen das zweite Halbjahr 1917 mit 4327 Fällen dieser Art zurückgeblieben ist, hat auch in der Berichtszeit die mannigfachsten und verschiedenartigsten Gegenstände umfaßt. Zu den schon vordem behandelten familienrechtlichen Angelegenheiten, unter denen Legitimationen, Feststellung der ehelichen Geburt, Entscheidungen im Vordergrunde standen, dann den Erbschaftssachen und der Ordnung der aus Ratengeschäften entstandenen Rechtsverhältnisse kamen als neue Gegenstände der Schutz vor Exekutionsvollzug gegen Heimkehrer und die Intervention bei der Todeserklärung von Vermißten hinzu, in welchen Belangen die Hilfeleistung des Bureaus von den Interessenten häufig in Anspruch genommen wurde.

V. Handbeteilungen und Kosten des Bureaus.

Aus dem durch freiwillige Beiträge gebildeten und erhaltenen Notfonds wurden im Berichtshalbjahre 223 Parteien, deren sichtliche Notlage nach dem Ergebnisse der mit ihnen gepflogenen Verhandlungen augenblickliche Linderung erheischte, mit kleinen Spenden im Gesamtbetrage von 1393 K beteilt. Zur analogen Beteilung von 35 verwundeten Soldaten wurden aus dem Hofrat Dr. Maresch-Fonds 286 K verwendet.

Der mit 31. Dezember 1918 verbliebene Stand des Notfonds beziffert sich mit 6930 K 78 h, den seit 1. Jänner 1918 aufgelaufenen Sparkassazinsen des hievon bei der Ersten österreichischen Sparkassa angelegten Teilbetrages von 5573 K 80 h und einer Kronenrenten-Obligation per 100 K, der Stand des Dr. Maresch-Fonds mit 457 K 88 h. Die nach Abfertigung des bei der bevorstehenden Auflassung des Hilfsbureaus entbehrlichen Hilfspersonales verbleibenden Aktivbestände werden der Gemeinde Wien zur bestimmungsgemäßen Verwendung übergeben werden.

Aus dem Notfonds wurden bis 31. Dezember 1918 insgesamt 4189 notleidende Parteien mit zusammen 22.441 K 61 h und aus dem Hofrat Dr. Maresch-Fonds 421 verwundete Soldaten mit 2232 K 12 h unterstützt.

Die Kosten des Hilfsburaus beschränkten sich auch während der Berichtszeit, dank der fortgesetzten unentgeltlichen Beistellung, Beleuchtung und Beheizung der Diensträume seitens der Verwaltung der Kaiser Franz Josef I. Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen und der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich, die beide überdies mit ihrem Kanzleiapparate dem Bureau dankenswerte Aushilfe leisteten, auf die Auslagen für das eigene Kanzlei- und Dienstpersonal sowie für die Kanzlei- und sonstigen Betriebserfordernisse. Der zu diesem Zwecke verausgabte Betrag beläuft sich für das zweite Halbjahr 1918 auf 28.690 K 27 h und fand seine Bedeckung in den von der Gemeinde Wien allmonatlich zur Verfügung gestellten Verlägen von zusammen 212.308 K 68 h. Diese wurden infolge sparsamster Gebarung nicht zur Gänze aufgebraucht, so daß mit Jahresschluß 1918 noch ein Restbetrag von 2089 K 43 h erübrigte.

Die bis dahin aufgelaufenen Kostenbeträge für das Hilfsbureau seit Beginn seiner Tätigkeit im August 1914 sind auf Grund der von der Stadtbuchhaltung geprüften und richtig befundenen Abschlüsse der Jahresrechnungen nachstehend zusammengefaßt.

In der Zeit vom:	
23. August 1914 bis dahin 1915 (erstes Geschäftsjahr)	23.190 K 89 h
23. August 1915 bis dahin 1916 (zweites Geschäftsjahr)	50.211 „ 60 „
23. August 1916 bis 30. Juni 1917 (drittes Geschäftsjahr)	51.230 „ 99 „
1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 (viertes Geschäftsjahr)	56.895 „ 50 „
1 Juli 1918 bis 31. Dezember 1918 (fünftes Geschäfts[Halb]jahr)	28.690 „ 27 „
Zusammen vom 23. August 1914 bis 31. Dezember 1918	210.219 K 25 h

Zur Steigerung der Ausgaben, für die auch die von Seite privater Wohltäter gespendeten Regiebeiträge von 408 K 68 h verwendet wurden, haben die durch die Teuerung bedingten Zuwendungen an das Kanzleihilfspersonale und die durch die Erhöhung des Postportos vermehrten Portoauslagen nebst den höheren Preisen der Kanzleierfordernisse und Drucksorten mitgewirkt. Gleichwohl wird bei Berücksichtigung der umfangreichen Leistungen des Bureaus der hiefür verausgabte Betrag als ein überaus mäßiger bezeichnet werden dürfen. Er konnte in den bezifferten bescheidenen Grenzen nur dadurch erhalten werden, daß die oben genannte Stiftung das patriotische Opfer brachte, allein an Mietzinsentgang für die dem Hilfsbureau überlassenen Diensträume einen Einnahmeausfall von rund 30.000 K auf sich zu nehmen.

VI. Schlußbemerkungen.

Die Tätigkeit des Hilfsbureaus in seinem bisherigen Bestande kann, wie schon eingangs erwähnt, mit dem Ablaufe des letzten Kriegsjahres unbeschadet der Austragung der anhängigen Angelegenheiten als abgeschlossen gelten. Ein kurzer Rückblick scheint dadurch nahegelegt. Die Idee einer Organisation der unentgeltlichen Rechtshilfe für die Einberufenen zeugt von einer hohen und verständnisvollen Auffassung der sozialen Pflichten des Hinterlandes gegenüber jenen Staatsbürgern, die es, ihrem bürgerlichen Berufe und Familienkreise auf unbestimmte Zeit entrissen, mit dem Einsatze ihres Lebens und ihrer Gesundheit gegen äußere Feinde verteidigen. Der dabei vorschwebende Gedanke, die durch den Abgang des zum aktiven Militärdienste herangezogenen Familienhauptes oder erwerbstätigen Angehörigen bedrohte wirtschaftliche Existenz der betroffenen Kriegerfamilien außer der ihnen mittels staatlicher Zuwendungen gewährten materiellen Hilfe auch durch rechtskundigen Rat und geschäftliche Fürsorge moralisch zu stützen, war aber nur unter gewissen Voraussetzungen zu verwirklichen. Einmal durch die Wahl einer Organisationsform, die, dem praktischen Rechtsleben entnommen, mit Ausschluß jeder bureaukratischen Schwerfälligkeit oder Bevormundung der vollen Bewegungsfreiheit der mittätigen Kräfte unter persönlicher Verantwortung den nötigen Spielraum sicherte. Ferner war hiezu erforderlich, daß das patriotische Gefühl und soziale Verständnis in jenen Kreisen, auf deren fachkundige Mitwirkung bei der zu schaffenden Organisation zu rechnen war, so lebhaft vorherrschte, um bei ihren Mitgliedern die opferbereite Erfüllung der freiwillig übernommenen ehrenamtlichen Pflichten in dem durch die Kriegsdauer bestimmten zeitlichen Umfange zu gewährleisten. Beide Voraussetzungen sind bei dem Hilfsbureau der Gemeinde Wien für die Einberufenen in vollem Maße zugetroffen. Indem diese Kriegshilfsstelle nach dem Vorbilde einer großen kollegial geleiteten Rechtsanwaltskanzlei errichtet wurde und sich der in solchen Betrieben üblichen Arbeitsmethode bediente, erleichterte diese Vorgangsweise die Gewinnung freiwilliger fachtüchtiger Mitarbeiter aus dem Anwalts- und Richterstande sowie einer Reihe von Männern der Wissenschaft und trug dazu bei, diese wertvollen Kräfte mit ungeminderter Opferfreudigkeit dem Institute zu erhalten.

Die praktische Einrichtung des Dienstes, an der das hauptsächliche Verdienst Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner und dem Mitschöpfer der Kriegshilfsstelle, unserem tiefbetrauerten Obmann-Stellvertreter Dr. Friedrich Frey zukommt, ermöglichte es infolge der hiedurch gesicherten raschen und wirksamen Geschäftsbehandlung dem Bureau, sich das Vertrauen der vorgesetzten Behörden, namentlich des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung zu erwerben, dem die einsichtsvolle Berücksichtigung vieler von der Hilfsstelle ausgehender dienstförderlichen Anregungen zu verdanken ist. Seine expeditive Hilfsbereitschaft machte das Hilfsbureau in den beteiligten Bevölkerungskreisen populär. Nur so erklärt sich der gewaltige Zuspruch, den das Bureau, insbesondere in den ersten Kriegsjahren, erlangte, und der in der bis Ende 1918 auf 220.193 angewachsenen Zahl der vorsprechenden Parteien in dem bis dahin erreichten Geschäftsumfange von 240.566 Geschäftsfällen, wie auch in der Summe von 39.880 angewiesenen Mietzinsbeiträgen der Gemeinde Wien im Gesamtbetrage von 981.369 K seinen zahlenmäßigen Ausdruck findet.

Zur Bewältigung dieses umfangreichen, die behandelten Einzelfälle umfassenden Arbeitsquantums, das die werktätige Linderung einer Massenerscheinung von Bedrängnis, Sorgen und materiellen Notständen Einberufener und ihrer Angehörigen in sich schließt, waren in den ersten Kriegsjahren, in denen die Frequenz stoßweise bis auf 437 Parteien an einem Tage anstieg, gegen 30, zu Ende 1916 noch 26 und zu Ende 1918 15 Referenten, hievon ständig, 5 vor- und nachmittags, im Parteienverkehr dienstlich beschäftigt. Die Verfassung der Kurrenden, der periodischen Tätigkeitsberichte, die anfangs vierteljährig, später halbjährig, wie auch stets ganzjährig an den Bürgermeister und die vorgesetzten Staatsbehörden erstattet wurden, sowie die Herausgabe der im Druck erschienenen Dienstbehelfe (Wegweiser der Kriegsfürsorge, Geschäftsordnung und Dienstvorschriften, letztere samt zwei Nachträgen, Rechtssätze aus Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes in zwei Auflagen) besorgte das Präsidium, dem auch die Aufgabe zufiel, im Vereine mit den Spezialreferenten die Denkschriften und Ministerialeingaben auszuarbeiten, mit denen das Hilfsbureau im Bereiche seines Wirkungskreises, so namentlich in Angelegenheit der Militärversorgung, der Unterhaltsbeiträge und des Mieterschutzes an der Fortbildung des geltenden Rechtes durch Gutachten und Initiativ-Anträge mitwirkte. Nun ist der Krieg zu Ende. Die Einberufenen sind, soweit sie noch leben und nicht in feindlicher Gefangenschaft schmachten, heimgekehrt. Mit ihrer Rückkehr entfällt ein namhafter Teil der Fürsorgepflege, die durch ihre Abwesenheit veranlaßt und geboten war. Sich ihrer außerdem auch fernerhin hilfreich anzunehmen, wird Aufgabe der hiezu berufenen öffentlichen Behörden und Anstalten sein. Zumal der Invalidenfürsorge bleibt ein breiter Raum zur fortdauernden Betätigung offen. Mit den durch den Kriegszustand geschaffenen Ausnahmsverhältnissen haben die Voraussetzungen zu bestehen aufgehört, die für die Errichtung und die Tätigkeit des Hilfsbureaus maßgebend waren. Es geht namentlich nicht an, die überaus anerkennenswerte Opferwilligkeit der Korporationen, die der Kriegshilfsstelle unentgeltlich Unterkunft und mannigfache materielle Erleichterungen gewährt haben, noch weiter in Anspruch zu nehmen. Für eine auch den bedürftigen Heimkehrern nötigenfalls zugute kommende Rechtshilfe kann anderweitig vorgesorgt werden.

Im Hinblicke auf die bevorstehende Beendigung der bisherigen Tätigkeit des Hilfsbureaus erachtete die Bureauleitung es für geboten, für die Abwicklung der laufenden Angelegenheiten und

der künftighin auch in der Friedenszeit zu gewärtigenden verwandten Berufsgeschäfte im Bereiche der Stadt Wien an den Herrn Bürgermeister rechtzeitig Vorschläge zu erstatten. Diese haben die Genehmhaltung erlangt und lassen sich der Hauptsache nach dahin zusammenfassen, daß der Abbau des Hilfsbureaus in der Zeit vom 1. Jänner bis 15. Februar 1919 schrittweise stattzufinden hat. Demgemäß sind die Wohnungs- und Mietzinssachen, insoweit es sich dabei um streitige Rechtsfragen handelt, bereits ab 1. Jänner 1919 in den Wirkungskreis der Abteilung XI des Wiener Magistrates übergegangen und werden die neu zuwachsenden Angelegenheiten des staatlichen Unterhaltsbeitrages der staatlichen Unterstützungen und Militärgebühren der Heimkehrer fortan vom Invalidenamte der Stadt Wien (7., Neubaugürtel 32) zur Behandlung übernommen, wozu dieses Amt durch im Hilfsbureau bis 15. Februar 1919 einzuschulende juristische Hilfskräfte verstärkt wird. Die Austragung der schwebenden und der sonstigen Rechts-Angelegenheiten wird bis zu diesem Termine noch vom Hilfsbureau besorgt, welches bis dahin in dem noch verfügbaren Teile seiner bisherigen Diensträume im Stiftungshause 9., Peregringasse 2, unter Beschränkung des Parteienverkehres auf die Nachmittagsstunden von 4 bis 7 Uhr in Tätigkeit bleibt.

Einer Anregung aus dem Kreise der Referenten des Bureaus zufolge, die ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, ihren Amtsnachfolgern auch künftighin mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, wäre dem vielfach wahrgenommenen Bedürfnisse nach Organisierung einer ständigen unentgeltlichen Rechtshilfestelle in Wien nach Art der in einigen reichsdeutschen Städten bestehenden Rechtsauskunfteien derart entgegenzukommen, daß für den Bereich der Stadt Wien nach Auflassung des Hilfsbureaus eine solche der Gemeinde angegliederte Hilfestelle für unbemitteltte Hilfsbedürftige unter ehrenamtlicher korporativer Beteiligung einer Anzahl von Referenten des bisherigen Hilfsbureaus, die zur Uebernahme dieser Funktion geneigt sind, geschaffen würde. Die Einrichtung dieser vom Standpunkte der sozialen Hilfeleistung zu begrüßenden Institution bildet derzeit noch den Gegenstand weiterer Verhandlungen mit der Gemeinde Wien.

Die Leitung des Hilfsbureaus kann diesen kurzen Ueberblick einer nahezu 4½jährigen Tätigkeit nicht abschließen, ohne, wie dies schon in den vorausgegangenen periodischen Berichten ihre gerne erfüllte, angenehme Pflicht war, den staatlichen und autonomen Behörden, Korporationen, Gönnern und Wohltätern, die die Entwicklung und das Wirken der Hilfsstelle von Beginn an und unausgesetzt durch ihr bereitwilliges Entgegenkommen unterstützt haben, vor allem aber nochmals Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der dem von ihm ins Leben gerufenen sozialen und humanitären Institute als wohlwollender Schutzherr zur Seite gestanden ist und dasselbe stets tatkräftig gefördert hat, wie auch der verehrlichen Publizistik, die den Bestrebungen der Kriegshilfestelle reges Interesse zuwandte und ihnen wirksame Beihilfe leistete, den wärmsten innig empfundenen Dank auszusprechen.

Ausgaben-Aufstellung

Beilage A.

für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 31. Dezmber 1918.

Monate	Verlag Gemeinde Wien		Beamtenbezüge		Bedienung		Kanzleirequisiten		Porti- und Telegrammauslagen		Fahrtauslagen		Kanzleispesen		Verschiedene Auslagen		Zusammen	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
Juli	6.000	—	4.320	37	279	92	136	22	491	46	12	68	116	12	—	—	5.356	77
August	6.000	—	4.747	93	456	15	8	90	445	25	7	52	57	80	271	—	5.994	55
September	6.000	—	3.115	01	279	90	2	80	527	60	10	50	34	—	13	—	3.982	81
Oktober	6.000	—	2.797	43	281	15	196	80	475	48	11	70	35	25	22	60	3.820	41
November	—	—	3.732	92	473	27	4	—	456	56	8	40	53	05	24	20	4.752	40
Dezember	6.000	—	3 639	65	608	2(	—	—	335	98	7	50	182	—	10	—	4.783	33
Summa	30.000	—	22.353	31	2.378	59	348	72	2.732	33	58	30	478	22	340	8(	28.690	27

Saldo vom 30. Juni 1918: 779 K 70 h. — Saldo am 31. Dezember 1918: 2089 K 43 h.

Beilage B.

Parteienverkehr, Hilfsgesuche, wichtige Vertretungsakte.

	Parteienzahl	Schriftliche Ansuchen		Einwendungen in Bestandsachen	Kuratorsbestellungen	Berufungen in Unterhaltssachen	Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshofe
			hievon aus dem Felde				
1918							
28. Juni bis 4. Juli	535	34	3	5	1		
5. Juli bis 11. Juli . . .	572	41	6	12	—	116	2
12. Juli bis 18. Juli . . .	685	31	3	28	1		
19. Juli bis 25. Juli . . .	572	33	2	16	1		
26. Juli bis 1. August . . .	571	33	1	3	—		
2. August bis 8. August . .	602	42	8	14	—	565	10
9. August bis 15. August .	489	21	1	24	1		
16. August bis 22. August .	672	49	2	50	—		
23. August bis 29. August .	546	36	3	8	—		
30. August bis 5. September	504	24	3	4	—		
6. Sept. bis 12. Sept. . .	492	29	4	10	—	148	2
13. Sept. bis 19. Sept. . .	548	28	3	40	1		
20. Sept. bis 26. Sept. . .	459	26	3	21	—	127	3
27. September bis 3. Oktober	512	26	—	10	3		
4. Oktober bis 10. Oktober .	406	32	3	17	—	108	2
11. Oktober bis 17. Oktober .	479	28	3	13	1		
18. Oktober bis 24. Oktober .	472	25	1	32	—	71	3
25. Oktober bis 30. Oktober .	319	21	—	7	—		
31. Oktober bis 6. November	365	13	—	—	—	58	4
7. Nov. bis 13. Nov. . . .	310	12	2	9	—		
14. Nov. bis 20. Nov. . . .	339	9	—	21	—	51	—
21. Nov. bis 28. Nov. . . .	366	9	—	11	—		
29. November bis 5. Dezember	338	8	—	4	—	14	1
6. Dezember bis 13. Dezember	359	15	—	2	—		
14. Dezember bis 19 Dezember	227	11	—	9	—	12	—
20. Dezember bis 31. Dezember	317	12	—	8	—		1
Im ganzen zweiten Halbjahre 1918	12.056	648	51	378	18	1270	27
In den früheren Jahren . .	208.137	12.193	474	2003	628	275	
Zusammen bis 31. Dezember	220.193	12.841	525	2381	646	1545	

Beilage C.

Mietzinsbeihilfen.

Anweisungen 1918	a) für Wohnungen			b) für Geschäftsräume			Zusammen		
	Anzahl	Betrag K	h	Anzahl	Betrag K	h	Anzahl	Betrag K	h
28. Juni bis 4. Juli	68	1.834	—	11	730	—	79	2.564	—
5. Juli bis 11. Juli	65	1.736	—	2	90	—	67	1.826	—
12. Juli bis 18. Juli	63	1.793	—	3	240	—	66	2.033	—
19. Juli bis 25. Juli	67	1.755	—	3	180	—	70	1 935	—
26. Juli bis 1. August	41	1.021	—	—	—	—	41	1.021	—
2. August bis 8. August	79	2.178	82	10	720	—	89	2.898	82
9. August bis 15. August	60	1.622	—	3	180	—	63	1.802	—
16. August bis 22. August	99	2.611	—	4	270	—	103	2 881	—
23. August bis 29. August	95	2.597	—	7	430	—	102	3.027	—
30. August bis 5. September	129	2.401	—	4	196	—	133	2.597	—
6. September bis 12. September	73	1.939	—	5	235	—	78	2 174	—
13. September bis 19. September	100	2.649	50	2	120	—	102	2.769	50
20. September bis 26. September	49	1.252	60	6	280	—	55	1.532	60
27. September bis 3. Oktober	62	1.291	50	3	230	—	65	1.521	50
4. Oktober bis 10. Oktober	79	2.135	—	2	110	—	81	2.245	—
11 Oktober bis 17. Oktober	43	1.292	—	—	—	—	43	1.292	—
18. Oktober bis 24. Oktober	33	960	—	—	—	—	33	960	—
25. Oktober bis 30. Oktober	39	1.119	—	1	60	—	40	1.179	—
31. Oktober bis 6. November	79	2.282	65	4	180	—	83	2.462	65
7. November bis 13. November	44	570	—	1	30	—	45	600	—
14. November bis 20. November	54	1.693	—	—	—	—	54	1.693	—
21. November bis 28. November	74	2.013	—	9	600	—	83	2.613	—
29. November bis 5. Dezember	89	2.505	—	—	—	—	89	2.505	—
6. Dezember bis 13. Dezember	71	1 850	—	5	355	—	76	2.205	—
14. Dezember bis 19. Dezember	36	1.057	—	—	—	—	36	1.057	—
20. Dezember bis 31. Dezember	14	376	—	4	300	—	18	676	—
Im ganzen zweiten Halbjahre 1918	1.605	44.534	07	89	5.536	—	1.694	50.070	07
In den früheren Jahren	36.906	860.529	44	1.280	70.769	67	38.186	931.299	11
Zusammen bis 31. Dezember 1918	38.511	905.063	51	1.369	76.305	67	39.880	981.369	18

Schul-Angelegenheiten.

Ausgabe der Schulnachrichten.

Mit Rücksicht darauf, daß im laufenden Schuljahre der Unterricht später aufgenommen und infolge der Grippe und Kohlennot längere Zeit hindurch unterbrochen wurde, wird folgende Einteilung der Schulquartale festgesetzt: 1. Quartal vom 1. September bis 31. Dezember 1918, 2. Quartal vom 1. Jänner bis 28. Februar 1919, 3. Quartal vom 1. März bis 30. April 1919, 4. Quartal vom 1. Mai bis 30. Juni 1919.

An den Bürgerschulen hat im laufenden Schuljahre das I. Semester mit 28. Februar zu schließen.

Die Ausgabe der Schulnachrichten und Auszüge aus den Klassenkatalogen, beziehungsweise der Semestralzeugnisse hat am ersten auf den Quartals-, beziehungsweise Semestralschluß folgenden Samstage, für das 1. bereits abgelaufene Quartal jedoch, sofern dies nicht bereits geschehen ist, am 11. Jänner l. J. zu erfolgen. (B. Sch. Z. 97.)

Fortbildungskurse für Lehrer mit vorzeitiger Reifeprüfung.

Der n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 7. Jänner 1919, Z. 79/2, nachstehendes anher eröffnet:

Da die Vorbildung derjenigen Lehramtskandidaten, welche infolge ihrer Kriegsdienstleistung eine vorzeitige Reifeprüfung im Sinne des Ministerial-Erlasses vom 8. Oktober 1914 und 29. September 1915 abgelegt haben, naturgemäß vielfache Mängel aufweist, es anderseits im Interesse der Schule und der Volksbildung liegt, daß gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglichst tüchtige Lehrkräfte im Schuldienste tätig sind, beabsichtigt das Staatsamt für Unterricht im Sinne des h. a. Erlasses vom 24. Jänner 1918, beziehungsweise vom 27. Dezember 1918 auf Grund des § 47 des Reichsvolksschulgesetzes für solche Lehramtskandidaten Fortbildungskurse zu errichten.

Für diejenigen Zöglinge, welche den vorletzten Jahrgang einer Bildungsanstalt noch absolviert und erst im letzten Jahrgange die vorzeitige Reifeprüfung abgelegt haben, denen also zumeist nur die praktische Ausbildung fehlt, ist ein vierstündiger Abendkurs in der Woche mit sechsstündigen praktischen Uebungen in Aussicht genommen.

Jene Lehramtskandidaten, welche nicht in der Lage waren, den vorletzten oder solche, welche nicht einmal die vorangehenden Jahrgänge ordnungsmäßig zu absolvieren vermöchten und welche nach den Jahresprüfungen über diese Jahrgänge oder eventuell nach vierwöchentlichem Besuche des letzten Jahrganges die vorzeitige Reifeprüfung abgelegt haben, denen also auch in fachlicher Hinsicht vieles fehlt, wären zu verpflichten, einen fünfzehnstündigen Nachmittagskurs pro Woche an jenen Anstalten zu besuchen, an welchen sie die Reifeprüfung gemacht hatten.

Jene Lehrkräfte welche im Sinne des vorangeführten Erlasses vom 7. Jänner 1919 an den dort erwähnten Fortbildungskursen teilnehmen sollen, sind sohin im Sinne des weiteren diesbezüglich herabgelangten Erlasses des n.-ö. Landesschulrates vom 1. Februar 1919, Z. 79/4—11, aufzufordern, sich bis längstens 10. Februar 1919 bei den Direktionen jener Anstalten, wo sie seinerzeit die Reifeprüfung abgelegt haben, zu melden. Die Kurse sollen am 17. Februar beginnen. (B. Sch. Z. 1927.)

Landesschul-Inspektor Dr. Becker.

Der n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 7. Jänner 1919 dem Bezirksschulrat Wien mitgeteilt: Die bisher dem Landesschul-Inspektor Hofrat Dr. Karl Rieger unterstandenen Inspektionsbezirke des Wiener Schulbezirkes werden bis auf weiteres dem Landesschul-Inspektor Dr. Anton Becker zugewiesen. (B. Sch. Z. 195.)

Inspektion des katholischen Religionsunterrichtes in Privatschulen.

Das f. e. Ordinariat in Wien hat mit Zuschrift vom 22. November 1919 bekanntgegeben, daß vom 1. Jänner 1919 angefangen die Inspektion des Religionsunterrichtes und der religiösen Uebungen an den Privat-Volks- und Bürgerschulen den Inspektoren, welche den Religionsunterricht und die religiösen Uebungen an den öffentlichen Schulen zu inspizieren haben, zugewiesen wurde.

Die f. e. Inspektionsbezirke sind in folgender Weise bestimmt: Es umfaßt der:

f. e. Inspektionsbezirk 1 die Volks- und Bürgerschulen im 1. Wiener Gemeindebezirke,

f. e. Inspektionsbezirk 2 die Schulen in der Pfarre St. Leopold, Wien 2.

f. e. Inspektionsbezirk 3 die Schulen in den Pfarren St. Josef, Wien 2 und Kaisermühlen,

f. e. Inspektionsbezirk 4 die Schulen in der Pfarre St. Johann von Nepomuk, Wien 2,

f. e. Inspektionsbezirk 5 die Schulen in der Pfarre Erdberg,

f. e. Inspektionsbezirk 6 die Schulen in der Pfarre St. Rochus,

f. e. Inspektionsbezirk 7 die Schulen in der Pfarre Rennweg,

f. e. Inspektionsbezirk 8 die Schulen in der Pfarre St. Othmar,

f. e. Inspektionsbezirk 9 die Schulen in der Pfarre St. Karl,

f. e. Inspektionsbezirk 10 die Schulen in den Pfarren Wieden und St. Elisabeth, Wien 4,

f. e. Inspektionsbezirk 11 die Schule in der Pfarre Matzleinsdorf,

f. e. Inspektionsbezirk 12 die Schulen in der Pfarre Margareten,

f. e. Inspektionsbezirk 13 die Schulen in der Pfarre Gumpendorf,

f. e. Inspektionsbezirk 14 die Schulen in den Pfarren Laimgrube und Mariahilf,

f. e. Inspektionsbezirk 15 die Schulen in der Pfarre St. Ulrich,

f. e. Inspektionsbezirk 16 die Schulen in der Pfarre Schottenfeld,

f. e. Inspektionsbezirk 17 die Schulen in der Pfarre Altlerchenfeld,

f. e. Inspektionsbezirk 18 die Schulen in den Pfarren Maria Treu und Alservorstadt,

f. e. Inspektionsbezirk 19 die Schulen in der Pfarre Breitenfeld,

f. e. Inspektionsbezirk 20 die Schulen in der Pfarre Lichtental,

f. e. Inspektionsbezirk 21 die Schulen in der Pfarre Roßau;

f. e. Inspektionsbezirk 22 die Schulen in der Pfarre St. Johann Ev.,

f. e. Inspektionsbezirk 23 die Schulen in der Pfarre St. Anton von Padua,

f. e. Inspektionsbezirk 24 die Schulen in der Pfarre Kaiser-Ebersdorf und St. Laurenz, Wien 11,

f. e. Inspektionsbezirk 25 die Schulen in der Pfarre zur Unbefleckten Empfängnis, 11. Bezirk,

f. e. Inspektionsbezirk 26 die Schulen in der Pfarre Meidling,

f. e. Inspektionsbezirk 27 die Schulen in den Pfarren Altmannsdorf und Hetzendorf,

f. e. Inspektionsbezirk 28 die Schulen in der Pfarre Neumargareten,

f. e. Inspektionsbezirk 29 die Schulen in der Pfarre Penzing,

f. e. Inspektionsbezirk 30 die Schulen in den Pfarren Hütteldorf, Ober-St. Veit, Lainz und Hietzing,

f. e. Inspektionsbezirk 31 die Schulen in den Pfarren Baumgarten und Breitenfee,

f. e. Inspektionsbezirk 32 die Schulen in der Pfarre Reindorf,

f. e. Inspektionsbezirk 33 die Schulen in der Pfarre Rudolfsheim,

f. e. Inspektionsbezirk 34 die Schulen in der Pfarre Fünfhaus,

f. e. Inspektionsbezirk 35 die Schulen in der Pfarre Alt-Ottakring,

f. e. Inspektionsbezirk 36 die Schulen in der Pfarre Neulerchenfeld,

f. e. Inspektionsbezirk 37 die Schulen in der Pfarre Neu-Ottakring,

f. e. Inspektionsbezirk 38 die Schulen in der Pfarre Dornbach,

f. e. Inspektionsbezirk 39 die Schulen in der Pfarre Hernals,

f. e. Inspektionsbezirk 40 die Schulen in der Pfarre Währing,

f. e. Inspektionsbezirk 41 die Schulen in den Pfarren Neustift am Walde, Pötzleinsdorf, Gersthof und Weinhaus,

f. e. Inspektionsbezirk 42 die Schulen in den Pfarren Kahlenbergerdorf, Heiligenstadt, Sievering, Grinzing und Nußdorf,

f. e. Inspektionsbezirk 43 die Schulen in der Pfarre Döbling,

f. e. Inspektionsbezirk 44 die Schulen in der Pfarre Brigittenau,

f. e. Inspektionsbezirk 45 die Schulen in der Pfarre Zwischenbrücken,

f. e. Inspektionsbezirk 46 die Schulen in den Pfarren Kagran, Aspern und Alt-Leopoldau,

f. e. Inspektionsbezirk 47 die Schulen in der Pfarre Groß-Jedlersdorf,

f. e. Inspektionsbezirk 48 die Schulen in der Pfarre Jedlesee,

f. e. Inspektionsbezirk 49 die Schulen in den Pfarren Floridsdorf (St. Jakob) und Floridsdorf-Donaufeld.

(B. Sch., Z. 14264/18.)

Kurse für rhythmische Gymnastik.

Zufolge Beschlusses des Landesrates werden im Laufe des Monates Jänner 1919 die für Lehrpersonen unentgeltlichen Kurse für rhythmische Gymnastik und Gehörsbildung in den eigenen Lehrsälen 4., Waltergasse 16, wieder aufgenommen.

Es werden zwei Kurse, und zwar ein Kurs (1. Jahrgang) für neueintretende Teilnehmer und ein Kurs (2. Jahrgang) für Teilnehmer, die im Schuljahre 1917/18 bereits die Anstalt besuchten, stattfinden.

Jeder Kurs wird zweimal wöchentlich zu je zwei Stunden abgehalten. Außerdem wird auch ein Kurs für Improvisation mit einer Wochenstunde errichtet. Bei der Bestimmung der Tage wird den Wünschen der Teilnehmer tunlichst Rechnung getragen werden.

Anmeldungen werden entgegengenommen an Werktagen täglich in der Zeit von 9 Uhr früh bis 2 Uhr mittags im 1. Bezirke, Herrengasse 13. (B. Sch., Z. 12579/18.)

Anerkennung für Lehrpersonen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 8. Jänner 1919, Z. 12252:

Der n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 3. Jänner 1919, Z. 6151-II, der mit Ende November 1918 in den Ruhestand versetzten Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 9., Viriotgasse 8, Amalie Hruby, für ihre ersprießliche Wirksamkeit die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 14. Dezember 1918, Z. 10600:

Der n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 10. Dezember 1918, Z. 5796-II, dem mit Ende Oktober 1918 in den Ruhestand versetzten Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 17., Rupertusplatz 1, Johann Püchl, für seine langjährige, ersprießliche Dienstleistung die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 18. Dezember 1918, Z. 15566:

Der n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 9. Dezember 1918, Z. 5294/1-II, dem Bürgerschullehrer an der Bürgerschule für Knaben 10, Eugengasse 30, Edgar Weyrich, für die selbstlose und sehr erfolgreiche Unterrichtserteilung in den Bürgerschulkursen der Invalidenschulen in Wien, 10., Schleiergasse, die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 28. Dezember 1918, Z. 6755:

Der n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 16. Dezember 1918, Z. 5793-II, dem Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen 21., Stadlauerstraße 51, Karl Schönbauer, mit Rücksicht auf seine mehr als 40jährige, unter schwierigen Verhältnissen zurückgelegte Dienstzeit die Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 27. Jänner 1919, Z. 1253:

Der Bezirksschulrat hat der Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 11., Braunhubergasse 3, Klementine Peyer, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjähriges, eifriges und ersprießliches Wirken im Dienste der Jugend die volle Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 9. Jänner 1919, Z. 11691:

Der Bezirksschulrat hat der Handarbeitslehrerin an der Bürgerschule für Mädchen 20., Jägerstraße 54, Anna Linke, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre stets ersprießliche Dienstleistung die belobende Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 8. Jänner 1919, Z. 11752:

Der Bezirksschulrat hat der Handarbeitslehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 10., Uhlandgasse 1, Marie Umbreit, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre tadellose, pflichttreue Dienstleistung die belobende Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 10. Jänner 1919, Z. 10834:

Der Bezirksschulrat hat der Volksschullehrerin 1. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 10., Herzgasse 27, Hermine Weiß, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige, pflichttreue Dienstleistung die belobende Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 11. Jänner 1919, Z. 390:

Der Bezirksschulrat hat der Handarbeitslehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 16., Stephanieplatz 1, Josefine Langer, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige, stets eifrige und ersprießliche Lehrtätigkeit die belobende Anerkennung ausgesprochen.

Erlaß des Bezirksschulrates Wien vom 27. Jänner 1919, Z. 1254:

Der Bezirksschulrat hat der Handarbeitslehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen 9., Währingerstraße 43, Anna Schönhofer, anläßlich ihrer Versetzung in der Ruhestand für ihre vieljährige zufriedenstellende Dienstleistung den Dank ausgesprochen.

Lebensmittelverkehr.

Täglicher Fleischmarkt in der Großmarkthalle.

In der Großmarkthalle langte an Fleischware vom 9. bis 15. Februar 1919 ein:

Rindfleisch 227.152 kg, und zwar aus Wien 210.425 kg, aus dem sonstigen Niederösterreich 344 kg, aus Deutschland 16.383 kg.

Schweine- und Rauchfleisch 7516 kg, und zwar aus Wien.

Kälber 5 Stück, und zwar aus Wien.

Schafe 146 Stück, und zwar aus Wien 75 Stück, aus Niederösterreich 6 Stück und aus Oberösterreich 65 Stück.

Preise (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 60 h bis 22 K.
Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) von 14 K bis 28 K.
Kalbfleisch von 5 K 70 h bis 19 K 50 h.
Schaf- und Lammfleisch von 25 K 70 h bis 28 K.
Schweinefleisch bis 20 K.
Kälber von 4 K 70 h bis 13 K 30 h.
Schafe mit Fell von 19 K 50 h bis 21 K.
Lämmer mit Fell 19 K 50 h.

Die dieswöchigen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche bezüglich Rindfleisch größer und waren die Rindfleischvorräte für den Bedarf ausreichend. Alle anderen Fleischsorten waren unzulänglich. Der Marktverkehr war mäßig

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 2987 kg Schweinefleisch, 1960 kg Rauchfleisch.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

Vom Zentral-Viehmarkte.

Am Zentral-Viehmarkte St. Marx gelangten in der Zeit vom 5. Februar bis 13. Februar 1919 zur Verteilung am Rindermarkte an Extremfleischhauer 147 Rinder, an Einheitsfleischhauer 379 Rinder, am Jung- und Stechviehmarkte an Spitäler und Sanatorien 50 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 4 Lämmer und 4 Schafe, am Schafmarkte an Fleischhauer 1300 lebende Schafe.

*

In der letzten Nummer waren irrtümlicherweise zwei Pferdemärkte unter dem 7. Februar veröffentlicht. Tatsächlich fand der zweite Pferdmarkt (Seite 393, 2. Spalte) am 11. Februar statt.

Baubewegung

vom 15. Februar bis 18. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

2. Bezirk: Leopoldsgasse 18, von H. Schwendenwein, 18., Schulgasse 31 (340).
3. Bezirk: Strohgasse 16, von Holzmann & Komp., Bauführer L. Schottenberger (334).
" " Rennweg 35, Ungargasse 77, von Barak & Czada, 7., Neubaugasse 36 (339).
" " Erdbergerlände 36, von der Ersten österr. Donausand-Baggerungs-Aktiengesellschaft, ebenda, Bauführer August Titz (347).
" " Fasangasse 32, von den E. Möller'schen Erben durch Baumeister J. Müller, 3., Kegelgasse 45 (357).
4. Bezirk: Goldeggasse 29, Alleegasse 48, Weyringergasse 28 a und 30, von der Firma B. Schmidt & Sohn, 4., Alleegasse 48 (338).
" " Margaretenstraße 34, von Eugenie Wartski (351).
" " Karolinengasse 23, von der Gesellschaft für photographische Kunst, Bauführer J. Witzmann (365).

7. Bezirk: Neustiftgasse 33, von Jos. Bucher, ebenda, Bauführer W. Sachs (356).
8. Bezirk: Laudongasse 22, Kochgasse 20, von „Heimhof", r. G. m. b. H., Bauführer Hugo Schuster (362).
" " Laudongasse 20, von „Heimhof", r. G. m. b. H., Bauführer Hugo Schuster (363).
" " Kochgasse 22, von „Heimhof", r. G. m. b. H., Bauführer Hugo Schuster (364).
9. Bezirk: Alserstraße 9, von Max Berisch, 1., Schenkenstraße 8, Bauführer Barak & Czada (358).

Gesuche um Parzellierungen.

10. Bezirk: Inzersdorf, Laxenburgerstraße, Einl.-Z. 95 und 96, von Michael Rosenauer, 4., Rechte Wienzeile 29 (335).
19. Bezirk: Unter-Döbling, Einl.-Z. 78, von Lederer & Schloß durch Dr. Artur Brill, 1., Wipplingerstraße 11 (352).

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Bau des Gasgeneratorengebäudes bei der Ueberland-Zentrale in Ebenfurth.

Offertverhandlung am 7. Februar.

Es offerierten für die Lieferung von eisernen Dachkonstruktionen: Ludwig Podwinetz & Komp. um 140.927 K 50 h, Waagner, Biro & Kurz um 86.055 K, Johann Janisch um 108.526 K, Max Wahlberg um 78.490 K, Franz Manoschek um 90.158 K, Wiener Eisenbau-Aktiengesellschaft um 96.262 K 50 h, Teudloff & Dittrich um 87.022 K, Jg. Gridl um 103.881 K;
für die Lieferung von eisernen Galerien, Bühnen und Bunkern:
Waagner, Biro & Kurz um 501.520 K, Johann Janisch um 727.570 K 50 h, Max Wahlberg um 530.040 K, Franz Manoschek um 591.288 K 50 h, Wiener Eisenbau-Aktiengesellschaft um 598.004 K, Teudloff & Dittrich um 541.192 K, Jg. Gridl um 663.760 K 70 h;
für die Lieferung von gewalzten Trägern:
Waagner, Biro & Kurz um 55.158 K, Max Wahlberg um 71.199 K 50 h, Wiener Eisenbau-Aktiengesellschaft um 58.649 K, Teudloff & Dittrich um 53.520 K, Jg. Gridl um 73.677 K 15 h, Jubos Julius & Komp. Offert unvollständig, M. Waldmann & Bruder Offert unvollständig;
für die Lieferung von Fassoneisenfenstern, eisernen Türen, Stiegengeländern, Rippengeländern, Rippenblechabdeckungen ꝛc.
Ludwig Podwinetz & Komp. um 140.112 K 50 h, Joh. Janisch um 175.276 K 63 h, Wiener Eisenbau-Aktiengesellschaft um 160.653 K 25 h, Jg. Gridl um 216.788 K 63 h, Karl Kölbl um 119.927 K 50 h, Gustav Schwarz um 138.532 K 50 h, Leopold Kopkiwa um 194.520 K, Anton Wieser's Söhne um 152.333 K, Anton Schwarz um 174.037 K 50 h, Franz Bidla um 255.742 K 50 h.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

11. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Harzhauser Franz — Glasergewerbe — 19., Pfarrwiesengasse 11.
Frühbeck Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Sieveringerstraße 129.
Stöger Hans — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 19., Billrothstraße 85.
Haar Samuel — Handel mit Altgummi — 2., Praterstraße 50.
Haubenwallner Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Handelskai 268.
Deegen Paul — Verschleiß von Zucker- und Zuckerbäckerwaren, Fruchtsäften — 5., Arbeitergasse 13.
Rosner Max — Gemischtwaren-Verschleiß — 5., Margaretenstraße 83.
Hagen Maria — Witwenfortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes nach dem verstorbenen Gatten Josef Hagen — 4., Favoritenstraße 11.
Pöschl Marie — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Kanditen — 5., Wiedner Hauptstraße 113.
Zeuner Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — 5., Diehlgasse 35.
Hipfl Klara — Wäscheputzerei — 5., Kohlgasse 45.
Buchmeiser Marie — Pfaidlergewerbe — 5., Gartengasse 18.
Weiß Berta — Lederhandel und Lederausschnitt — 2., Josefinengasse 10.
Bruckner Szidi — Handel mit Lebensmitteln — 2., Taborstraße 50.
Redlich Fanni — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Kurzbauergasse 4.
Schiller Marie — Handel mit Galanterie- und Kurzwaren — 2., Taborstraße 46.
Buchler Pauline — Kleinfuhrwerksgewerbe — 3., Vordere Zollamtsstraße.
Rath Josefa — Mechanische Strickerei — 19., Weinberggasse 43.
Schneid Theresia — Kolonial- und Spezereiwarenhandel — 19., Döblinger Hauptstraße 49.

* * *

13. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Pastötter Josef jun., Alleininhaber der Firma Josef Pastötter — Erzeugung von Maschinenöl, Wagenfett, Karbolineum, Harz- und Teerprodukten — 10., Favoritenstraße 182.
Ertl Franz, Ges. m. b. H. — Erzeugung von Bändern aus Seide mit Textilstoffen — 7., Kaiserstraße 45.
Cupak Anton — Tischlergewerbe — 12., Sechtergasse 12.
Kausky Josef — Herrenschneidergewerbe — 12., Schönbrunnerstraße 263.
Grüner Karl — Herrenkleidermachergewerbe — 12., Rauchgasse 27 a.
Schmid Josef — Schuhmachergewerbe — 12., Arndtstraße 20.
Kostelezky Josef — Uhrmachergewerbe — 12., Tannbruckgasse 8.
Kohlendorfer Rudolf — Handelsagentur — 18., Höhnegasse 25.
Kohlendorfer Rudolf — Handel mit Metallwaren, Maschinen und elektrischen Bedarfsartikeln — 18., Höhnegasse 25.
Trapp Otto — Fragnergewerbe — 10., Erlachgasse 128.
Fiala Franz — Anstreicher- und Lackierergewerbe — 10., Senefelderfeldergasse 65.
Flandorfer Ferdinand — Wagenschmiedgewerbe — 10., Erlachgasse 109.
Köller Johann — Handel mit Obst und Viktualien sowie Flaschenbier-Verschleiß — 10., Herzgasse 43.
Trapp Otto — Bäckergewerbe — 10., Erlachgasse 128.
Hach Gottlieb — Zimmermalergewerbe — 10., Leibnitzgasse 23.
Wilhelm Adalbert — Fleischhauergewerbe — 19., Döblinger Hauptstraße 81.
Steininger Anton — Kolonial- und Spezereiwarenhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 19., Nodlergasse 8.
Steininger Josef — Schuhmachergewerbe — 19., Billrothstraße 86.
Mozisek Franz — Kolonial- und Spezereiwarenhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 19., Barawitzkagasse 11.
Mader Leopold — Kolonial- und Spezereiwarenhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 19., Schützgasse 3.
Baier Johann — Fleischselchergewerbe — 18., Martinstraße 51.
Steininger Karl — Haus-, Küchen- und Porzellanwarenhandel — 18., Schulgasse 12.
Prokisch Alois — Fleischauergewerbe — 18., Wallrißstraße 89.
Danzker Jakob — Galanteriewarenhandel — 2., Nordwestbahnstraße 5.
Spitz Ernst — Handelsagentur — 2., Novaragasse 53.
Neumann Julius — Gemischtwaren-Großhandel — 2., Praterstraße 22
Treu Hermann — Viktualienhandel — 2., Alliiertenstraße 10.
Hacker Ignaz — Kaffeesieder-Konzession — 2., Praterstraße 48.
Hamala Johann — Tischlergewerbe — 15., Plunkergasse 20.
Hauslik Andreas — Marktfahrergewerbe — 16., Kirchstetterngasse 47.
Lustig Ludwig — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Degengasse 36.
Binder Johann — Gemischtwarenhandel — 16., Ottakringerstraße 53.
Giblhauer Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Grundsteingasse 60.
Horwath Alois — Handel mit Wäsche, Konfektionsartikeln sowie mit Schneider- und Modistenzugehör — 16., Brunnengasse 52.
Reikl Georg — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Degengasse 43.
Huemer Rudolf — Tischlergewerbe — 5., Leitgebgasse 15.
Renner Ludwig — Zimmermalergewerbe — 5., Vogelsanggasse 4.
Groß Viktor — Damenkleidermachergewerbe — 5., Wiedner Hauptstraße 122.
Friedmann Jakob — Kleidermachergewerbe — 5., Strobachgasse 3.
Hrazdira Karl — Schuhmachergewerbe — 5., Diehlgasse 34.
Fischer Adolf — Schuhmachergewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 62.
Schek Richard — Schuhmachergewerbe — 5., Margaretenstraße 97.
Renner Ludwig — Anstreichergewerbe — 5., Vogelsanggasse 4.
Kautny Johann — Handel mit Eisen- und Metallwaren — 5., Zentagasse 14.
Kutscher Ludovika — Wanderhandel mit Naturblumen, Gemüse und Obst — 2., Engerthstraße 198.
Fuchs Anna — Fragnergewerbe — 2., Schiffmühlenstraße 76.
Stingel Stephanie — Damenkleidermachergewerbe — 2., Thugutstraße 5.
Rumpler Anna — Gastwirtsgewerbe — 2., Rotensterngasse 3.
Dressel Stephanie — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16., Effingergasse 20.

Hladik Aloisia — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel sowie Flaschenbier-Verschleiß — 16., Sandleitengasse 18.
Pineles Rosa — Damenstrohhut- und Filzhut-Erzeugung — 16., Neulerchenfelderstraße 84.
Voglfinger Leopoldine — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Ottakringerstraße, Ecke Weinheimergasse.
Neruda Johann — Fragnergewerbe — 16., Speckbachergasse 17.
Duda Emma — Lederausschneidergewerbe — 5., Phorusplatz 4.
Skobla Barbara — Wäscheputzerei — 10., Quellenstraße 43.

* * *

14. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Pick Josef & Komp. — Handelsagentur — 6., Joanelligasse 8.
Astoria Schuhgesellschaft m. b. H. — Erzeugung und Vertrieb von Kinofilms — 7., Neubaugasse 30.
Ußner Robert — Alleininhaber der Firma Ußner, Kraftgeräte, Ges. m. b. H. — 16., Rauseagasse 27.
Schauberg Alexander Nachf. Fiala Vinzenz Karl — Handel mit Glaswaren — 7., Zollergasse 32.
Kalkhäuser Johann — Zuckerbäckergewerbe — 7., Lerchenfeldergürtel 38.
Bican Johann — Tischlergewerbe — 12., Rosenhügelstraße 44.
Hees Ludwig — Gemischtwarenhandel — 7., Neubaugasse 41.
Springl Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Siebenbrunnengasse 73.
Nußbaum Rudolf — Gemischtwarenhandel — 12., Schönbrunnerstraße 230.
Weisslach Johann — Handel mit Originalgemälden — 12., Eichholzgasse 49.
Leminger Rudolf — Privatgeschäftsvermittlung — 10., Herzgasse 4.
Trojan Martin — Fragnergewerbe — 16., Talheimergasse 37.
Raunecker Josef — Eisenwarenhandlung — 16., Hellgasse 2.
Seidelberger Hans — Gemischtwarenhandel — 16., Speckbachergasse 27.
Cejpek Friedrich — Herrenkleidermachergewerbe — 15., Neubaugürtel 7/9.
Drexler Johann — Uniformschneidergewerbe — 15., Holochergasse 51.
Alexander Ferdinand — Musikergewerbe — 6., Mollardgasse 32.
Spalowsky Josef — Tischlergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 143.
Planegger Ferdinand — Eisen- und Metalldrehergewerbe — 6., Hornbostelgasse 8/10.
Libra Josef — Uhrmachergewerbe — 13., Lenneisgasse 9.
Schweiger Josef — Gemischtwarenhandel — 13., Hietzinger Hauptstraße 7.
Leitgeb Max — Gastwirtsgewerbe — 18., Türkenschanzstraße 19.
Pawelec Josef — Handel mit Kurz- und Galanteriewaren — 7., Kaiserstraße 65.
Hauffe Richard — Aufnahme von Photographien mit Ausschluß des Porträtfaches — 7., Neustiftgasse 86.
Karrach Ferdinand — Handelsagentur — 7., Karl Schweighofer-Gasse 6.
Edlhaimb Karl — Handel mit Geflügel und Wildbret — 7., Neustiftgasse 85.
Swoboda Franz — Warenhandel, beschränkt — 7., Halbgasse 1.
Molzer Hans — Handel mit elektrischen Bedarfsartikeln — 14., Lehnergasse 5.
Burdyl Klemens — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — 14., Benedikt Schellinger-Gasse 4.
Doubek Franz — Tischlergewerbe — 14., Beckmanngasse 78.
Kamenicky Ferdinand — Drechslergewerbe — 14., Arnsteingasse 14.
Slavik Katharina — Lebensmittelhandel, beschränkt — 13., Auhofstraße 96.
Cerna Katharina — Wäscheputzerei-Inhaberin — 10., Puchsbaumgasse 39 a.
Dinhobel Antonia — Viktualienhandel — 10., Van der Nüllgasse 77.
Popp Elisabeth — Betrieb einer mechanischen Stickerei — 10., Laxenburgerstraße 39.
Stern Fanni — Konditoreiwaren, Kanditen- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 18., Schopenhauerstraße 74.
Seibold Anna — Handel mit Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 18., Kutschkergasse 41.
Roth Alfred — Handel mit technischen und elektrotechnischen Bedarfsgegenständen — 2., Ausstellungsstraße 1.
Felkel Justine — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — 2., Schmelzgasse 12.
Löwinger Artur — Handel mit Schneider- und Modistenzugehör — 2., Negerlegasse 10.
Zabrodsky Anna — Obst-, Gemüse- und Viktualien-Verschleiß — 16., Ottakringerstraße 153.
Eitel Otto — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfteverschleiß — 16., Neulerchenfelderstraße 62.
Hrdlicka Cäcilia — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 16., Speckbachergasse 38.
Kopecny Amalie — Damenkleidermachergewerbe — Mariahilfergürtel 1.
Hofmann Anna — Handel mit Kurz-, Galanterie-, Spiel- und Papierwaren — 15., Johnstraße 73.
Buchmann Rudolf — Handel mit Feuerzeugen — 15., Kriemhildeplatz 10.
Primaß Hedwig — Stickergewerbe — 6., Millergasse 46.
Löffler Katharina — Gemischtwarenhandel — 7., Kaiserstraße 23.
Greher Anna — Gemischtwarenhandel — 7., Kaiserstraße 3.
Jakobi Andreas — Gemischtwarenhandel — 7., Stiftgasse 15.
Grätzer Stephanie — Stickereigewerbe — 7., Schottenfeldgasse 92.
Kohn Fanni — Gemischtwarenhandel — 7., Wimbergergasse 35.
Vogt Cäcilie — Kaffeesiedergewerbe — 7., Schottenfeldgasse 1.
Sieber Johanna — Warenhandel, beschränkt — 14., Felberstraße 36.

* * *

15. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Gesellschaft m. b. H. „Volta", verantwortl. Geschäftsführer Dr. Ernst Horovitz — Handel mit kinematographischen Apparaten, sowie Vermietung von kinematographischen Films — 7., Zollergasse 8.
Schlein & Reiner — Kommissionshandel mit Fettwaren und Chemikalien — 2., Lichtenauergasse 7.
Gerbstoffabrik Gerhardus & Komp., Ges. m. b. H. — Erzeugung von Gerbstoffextrakten und Verwertung aller dabei gewonnenen Abfälle — 2., Stephaniestraße 9.
Weisz Adolf & Komp., offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel im Großen — 2., Stephaniestraße 2.
Wiener Kunsthandwerk, Ges. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Einrichtungsgegenständen aus Holz und Metall — 6., Mariahilferstraße 27.
„Alag", Allgemeine Lastauto-Transport-Gesellschaft m. b. H. — Gewerbsmäßiger Betrieb von Lastautomobilen und Kraftfahrzeugen aller Art und Transport von Lasten durch dieselben für eigene und fremde Rechnung — 4., Wohllebengasse 5.
Weisz Adolf & Komp., offene Handelsgesellschaft — Wäschewaren-Erzeugung — 2., Stephaniestraße 2.
Katholischer Bibliotheks- und Leseverein — Buchhandel — 9., Lustkandlgasse 40.
Förch Franz — Färberei — 10., Eugengasse 84.
Holy Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Erlachgasse 128.
Listabarth Leopold Alois — Musikergewerbe — 10., Sonnwendgasse 2.
Branek Franz — Uhrmachergewerbe — 10., Troststraße 115.
Altenberger Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Quellenstraße 146.
Ellenbogen Hersch — Trödler-Konzession — 10., Laxenburgerstraße 20.
Schachner Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 8., Laudongasse 30.
Platzer Rudolf — Allgemeine Handelsagentur — 17., Rötzergasse 5.
Stecher Eduard Franz — Musikergewerbe — 17., Ottakringerstraße 38.
Lier Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 19., Wildgrubengasse 44.
Roiter Adolf — Handelsagentur auf fremde Namen und fremde Rechnung — 19., Sommergasse 2.
Spitzkopf Siegmund — Handelsagentur — 19., Sieveringerstraße 112.
Bleier Rudolf — Handelsagentur — 2., Krummbaumgasse 10.
Kaltenhäusser Johann — Erzeugung von chemischen und chemisch-technischen Produkten — 19., Genoldstraße 3.
Waniek Georg — Erzeugung von Papierwaren — 13., Dampierrestraße 4.
Eibel August — Handel mit Lebens- und Genußmitteln und Artikeln des Haus- und Küchenbedarfes, beschränkt — 13., Breitenseerstraße 29.
Pekorny Franz — Selchwaren-Verschleiß — 13., Amalienstraße 18.
Samu Alois — Schlossergewerbe — 6., Mariahilferstraße 79.
Wild Josef — Handel mit Automobilen und Zubehör für dieselben — 6., Mollardgasse 63.
Feiner Rudolf, Ingenieur — Handel mit Maschinen- und Fabrikseinrichtungsgegenständen — 6., Gumpendorferstraße 63.
Seidel Adolf — Handelsagentur — 2., Praterstraße 26.
Kanner Markus Simon — Handel mit Hüten und Hutfournituren — 2., Novaragasse 40.
Klausberger Andreas — Kaffeeschenkergewerbe — 9., Währingerstraße 65.
Koffler Rudolf — Handel mit Papier-, Schreib-, Zeichen- und Kurzwaren — 15., Schanzstraße 24.
Falter Adolf — Handelsgentur — 18., Hofstattgasse 23.
Czech Robert — Schokolade- und Zuckerwaren-Erzeugung — 8., Sanettystraße 4.
Melichar Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Demmergasse 13.
Singer Philipp Wilhelm — Handel mit Schuh- und Kleidermacherzugehörartikeln — 21., Am Spitz 3.
Herfert Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Schloßhoferstraße 39.

Hesse Edmund — Handel mit Maschinen, technischen Bedarfsartikeln, Stahl- und Eisenwaren — 6., Marchettigasse 1 a.

Speta Hermine, geb. Garus — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbierhandel — 19., Barawitzkagasse 32.

Schmidt Elisabeth — Gast- und Schankgewerbe — 21., Floridusgasse 27.

Wipplinger Amalia — Gemischwarenhandel — 8., Lerchenfelderstraße 150.

Kandler Josefine — Pferdefleisch-Verschleiß — 18., Neustift am Walde 53.

Fischer Josefa — Handel mit Obst, Naturblumen, Gemüse im Umherziehen — 2., Taborstraße 78.

Schmoltner Elisabeth — Lebensmittelhandel, beschränkt — 2., Ausstellungsstraße 65.

Steindl Eugenie — Handel mit Briefmarken, Papierwaren, Schreib- und Zeichenrequisiten, Gummiwaren, Galanterie- und Haushaltungsgegenständen — 6., Damböckgasse 4.

Matzalik Elise — Handel mit Lebens- und Genußmitteln und Artikeln des Haus- und Küchenbedarfes, beschränkt — 13., Mantlergasse 43.

Pelc Antonie — Handel mit Holz und Kohlen — 13., Poschgasse 4.

* * *

16. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Offene Handelsgesellschaft Erste österr.-ungar. Assanierungsgesellschaft Gutmann & Komp. Heinrich Singer — Gewerbsmäßige Desinfektion — 9., Bleichergasse 20.

Politzer & Herlinger, offene Handelsgesellschaft — Wäschewaren-Erzeugung — 8., Gumpendorferstraße 117.

Alfred Ritter v. Purschka (Inhaber der Firma A. R. v. Purschka) — Handel mit Autos ꝛc. — 6., Webgasse 27.

B. Oberländer (Inhaberin Berta Oberländer) — Handel mit Rauch- und Schreibrequisiten und mit Ansichtskarten — 6., Schmalzhofgasse 12.

Prot. Firma Stephan Buchmann (Inhaber Jakob [Jacques] Schick) — Fabriksmäßige Erzeugung von Gold- und Silber-Bijouteriewaren — 7., Westbahnstraße 14.

A. Barth (Inhaber Ing. Adolf Barth) — Handel mit technischen und elektrischen Bedarfsartikeln — 8., Langegasse 61.

Mahr Richard — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 24 — 1., Führichgasse, Lobkowitzplatz, Augustinerstraße.

Goldschmid Ernst, Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 226, 8., Auerspergstraße, Ecke Josefstädterstraße; Nr. 211, 19., Döblinger Hauptstraße, Ecke Billrothstraße; Nr. 207, 1., Stephansplatz, Kurhausgasse; Nr. 29, 1., Stephansplatz, Kurhausgasse: Nr. 569, 1., Freyung, Teinfaltstraße; Nr. 250, 2., Praterstraße 8; Nr. 735, 1., Freyung, Teinfaltstraße; Nr. 744, 1., Morzinplatz, Hotel Metropole; Einspännerwagen Nr. 453, 7., Neustiftgasse, Lerchenfelderstraße; Nr. 1101, 7., Burggasse 57/59.

Nowak Johann — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 213 — 1., Eschenbachgasse, Ecke Ringstraße.

Schmied Franz — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 50 — 1., Wollzeile.

Staffel Ferdinand — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 834 — 9., Althanplatz.

Leitner Kilian — Dienstmann Nr. 97 — 15., Westbahnhof (Ankunft).

Freyer Johann — Friseur — 7., Lerchenfelderstraße 4.

Fürst Ludwig — Holzzerkleinerung — 7., Neustiftgasse 27.

Tecsi Anton — Kaffeesiedergewerbe — 10., Laxenburgerstraße 107.

Ellenbogen Hersch — Trödler — 10., Laxenburgerstraße 20.

M. Kneller — Gemischtwarenhandel — 5., Ziegelofengasse 23.

Kohn Eduard — Handel mit Zuckerwaren — 7., Kaiserstraße 64.

Beer Eduard — Handelsagentur — 7., Breitegasse 7/35.

Fleischner Adolf — Fleisch-Verschleiß — 7., Burggasse 124.

Schönfeld Karl — Gewerbsmäßige Vermittlung, Verleihung und Vorführung von Kinofilms vor Interessenten ꝛc — 7., Neubaugasse 5.

Fischer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — 2., Arnezhoferstraße 15.

Sanger Jakob — Handel mit Juwelen, Gold-, Silber- und Bijouteriewaren — 2., Stephaniestraße 1.

Faber Malech — Handel mit Bildern und Rahmen — 2., Adambergergasse 1.

Kohner Alfred — Handel mit Edelsteinen und Pretiosen — 13., Kupelwiesergasse 10.

Marousek Marie — Gemischtwarenhandel mit Flaschenbier-Verschleiß — 17., Geblergasse 91.

Leiner Emma — Beschränkter Handel mit Waren und Flaschenbier — 19., Cobenzlgasse 35.

Sobotka Josefine — Damenkleidermacherin — 17., Rosensteingasse 22.

Freier Juda — Handelsagentur — 10., Quellenstraße 126.

Trullei Josefine — Viktualienhandel — 10., Gudrunstraße 167.

Schlesinger Aloisia — Papier-, Galanterie- und Kanditen-Verschleiß — 10., Favoritenstraße 153.

Weiß Stephanie — Elektrische Wäscherolle — 10., Humboldtgasse 21.

Cizek Katharina — Viktualienhandel — 10., Eugengasse 17.

Salzmann Rosa — Gemischtwarenhandel — 10., Quellenstraße 121.

Schlesinger Aloisia — Papier-, Galanteriewaren- und Kanditen-Verschleiß — 10., Favoritenstraße 153.

Krischke Julie — Wäscheputzerei — 7., Zieglergasse 94.

Kienle Katharina — Damenkleidermacherin — 7., Schottenfeldgasse 42.

Anna Antonie — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 14 — 1., Opernring, Kärntnerstraße.

Politzer Henriette — Damenkleidermacherin — 6., Brückengasse 8.

* * *

17. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Schwanzer & Co. — Handel mit Werkzeugen und Maschinen — 12., Vivenotgasse 34.

Gebrüder Wojtech — Fabriksmäßige Erzeugung von Kehlleisten und Dampfkraftvermietung — 5., Ziegelofengasse 29.

Offene Handels-Gesellschaft, Karl Tuchscherer — Baumeistergewerbe — 7., Breitegasse 7.

Brauneis Julius, Inhaber der Firma Julius Brauneis — Erzeugung von kosmetischen Artikeln — 4., Alleegasse 65.

Firma Fritz Hamann, Alleininhaber Friedrich Hamann — Handel mit Gummi und Garnen — 6., Webgasse 21.

Schwarz Max, Alleininhaber Max Schwarz — Gemischtwarenhandel im Großen — 2., Nordbahnstraße 22.

E. & J. Weinmann, Alleininhaber Julius Weinmann — Handel mit neuen Kleidern und Kurzwaren — 2., Obere Donaustraße 43.

Josef Repas — Gastwirtsgewerbe — 10., Troststraße 96.

Wölfel Franz — Schuhmachergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 157.

Wild Josef — Mechanikergewerbe — 6., Mollardgasse 63.

Choc Eduard — Damenkleidermachergewerbe — 6., Millergasse 27.

Totzauer Franz — Bäckergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 103.

Trottberger Johann — Buchbindergewerbe — 6., Königseggasse 4.

Wolf Willibald — Bildhauergewerbe — 6., Stiegengasse 15.

Libra Anselm — Uhrmachergewerbe — 6., Gumpendorferstraße 65.

Springel Friedrich — Handel mit Fahrrädern und Nähmaschinen, sowie mit Zubehörteilen zu obgenannten Gegenständen, ferner mit technischen und elektrotechnischen Erzeugnissen — 6., Gumpendorferstraße 32.

Tucek Heinrich — Musikergewerbe — 6., Sandwirtgasse 13.

Zatloukal Matthias — Kleinfuhrwerksgewerbe — 6., Stiegengasse 7.

Siebert Johann — Handel mit Automobilen und deren Zubehör, sowie mit Sportartikeln — 6., Mollardgasse 2.

Kosia Johann — Gemischtwarenhandel mit Flaschenbier — 17., Schadinagasse 10.

Adler Robert — Handel mit Kunstgegenständen und Antiquitäten — 2., Ferdinandsstraße 22.

Vogel Adolf — Handel Schuhen und Modewaren — 2., Praterstraße 50.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 11. Februar 1919 . .	397
Bezirksvertretungen:	
Sitzungen	405
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 23. Jänner 1919	405
Allgemeine Nachrichten:	
Bestellung von Jugendärzten	406
Das Wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privat-Angelegenheiten der Einberufenen	407
Schul-Angelegenheiten	415
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 9. Februar 1919 bis 15. Februar 1919	417
Zentral-Viehmarkt vom 5. bis 13. Februar 1919	417
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. Februar bis 18. Februar 1919	417
Offertverhandlungs-Ergebnisse	418
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	418
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Pittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

Ort und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
26. Februar 10 Uhr M. Abt. X, 87.	Ersatzgärtnerei des Wiener Zentral-Friedhofes	Wiener Zentral-Friedhof. Bedarf im Jahre 1919.	**Lieferung von Violen (ungefähr 40.000 Stück), blühenden Pelargonien (ungefähr 40.000 Stück) und Efeu (6000 Stück).**	—

3—3

Lieferung von Notstandsmöbeln.

Um angesichts der gegenwärtig herrschenden Möbelnot den Heimkehrern und Kriegsgetrauten die Gründung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen, hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, vorläufig 600 Wohnungseinrichtungen im Offertwege zu vergeben, und zwar: 400 Einzimmereinrichtungen, hievon die Hälfte in reicherer Ausstattung, 200 Zweizimmereinrichtungen, 600 Kücheneinrichtungen, hievon ein Drittel in reicherer Ausstattung. Es ergeht sohin an alle Interessenten die Einladung, dem Wirtschaftsamte der Stadt Wien, 1., Ebendorferstraße 1., 2. Stock, diesbezügliche Anbote zu übermitteln.

Die Anbote haben zu enthalten:

1. Die genaue Bezeichnung der zur kompletten Einrichtung gehörigen Möbelstücke,
2. die Angabe der hiezu verwendeten Holzart,
3. zwei Blatt Uebersichtszeichnungen im Maßstabe 1 : 10 und eine entsprechende Anzahl von Ansichten der einzelnen Möbelstücke,
4. Bezeichnung des Anstriches, der Beize, beziehungsweise Politur,
5. Muster der verwendeten Beschläge, Schlösser u. dgl.,
6. die Anzahl der bereits fertig vorhandenen Einrichtungen,
7. die Angabe der Menge kompletter Einrichtungen, welche wöchentlich fertiggestellt werden können,
8. die genaue Angabe des Preises in Ziffern und Buchstaben für die komplette Einrichtung.

Die Anbote sind bis längstens **28. Februar 1919** beim Wirtschaftsamte, 1., Ebendorferstraße 1, 2. Stock, einzubringen. Auf später eingelangte oder nicht entsprechend ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen. Das Wirtschaftsamt der Stadt Wien behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Lieferungen getrennt — jedoch nur in kompletten Einrichtungen — an mehrere Anbotsteller zu vergeben oder nötigenfalls auch alle Anbote abzulehnen.

Die näheren Bedingungen können im Wirtschaftsamte der Stadt Wien während der Amtsstunden von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden, wo auch mündliche Auskünfte erteilt werden.

3—3

Kundmachungen.

M. Abt. X, 9575/1918.

Hetzendorfer Friedhof; Wiederbelegung.

Vom 1. Mai 1919 angefangen werden die einfachen Gräber Nr. 240 bis 266 in der Gruppe XIII des Hetzendorfer Friedhofes wiederbelegt.

Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind vor dem bezeichneten Termine bei dem Wiener Magistrate, städtisches Gesundheitsamt (1., Neues Rathaus) einzubringen. **Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.**

Nach dem 1. Mai 1919 werden die Grabsteine, beziehungsweise -kreuze von den Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde. (M. Abt. X, 9575.)

1—3

Stiftungen und Stipendien.

M. Abt. XIII, 5269/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Maria Theresia Grabmayer'sche Stiftung
für Mädchen.

Verliehen wird: Ein Stiftplatz jährlicher 174 K 30 h bis zum erreichten 18. Lebensjahre.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Mädchen aus der Grabmayer'schen Familie, in deren Ermanglung arme, christliche Bürgerstöchter in Wien, die nicht unter 10 Jahre alt sind.

Dem vom gesetzlichen Vertreter einzubringenden Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis, Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin oder der bürgerlichen Eigenschaft des Vaters.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 13. Jänner 1919. 3—3

M. Abt. XIII, 69/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung
für verarmte Wiener Bürger.

Zur Verteilung gelangen: 600 K in zwei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Bürgerrechts-Dekret.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 11. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 194/19. Selbständiger Wirkungskreis.

David Schwarzmann'sche Stiftung
für eine arme Familie.

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen im Kalenderjahre 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder, dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 20. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 2—3

B. V. III, Z. 73.

Michael Endre'sche Stiftung.

Die Interessen der Michael Endre'schen Stiftung im Betrage von 210 K werden am 15. März 1919 an zwei sittliche, arme Witwen von gewesenen Gewerbsmännern im Bezirke Landstraße zur Verteilung gelangen.

Bewerberinnen, deren Gatten ein Gewerbe im Bezirke Landstraße ausgeübt haben und die daselbst wohnen, haben ihre mit dem Armuts- und dem Sittenzeugnisse, dann dem Totenscheine des Gatten und den Taufscheinen der lebenden, unversorgten Kinder belegten Gesuche **bis längstens 28. Februar 1919,** in der Gemeindekanzlei, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Der Vorsteher des 3. Bezirkes:
Paul Spitaler. 3—3

M. Abt. XIII, 64/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Eleonore Schrey'sche Stiftung
für arme Lehrlinge.

Zur Verleihung gelangen: Vier Stiftplätze mit dem jährlichen Bezuge von je 60 K zur Anschaffung der Kleider während der Lehrzeit und einem Freikleidbeitrage von 80 K nach beendeter Lehrzeit.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Lehrlinge, welche wohlgesittet, im Geschäfte brav, im Schulbesuche sehr fleißig sind und von gänzlich unbemittelten Altern abstammen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Lehrvertrag, letztes Schulzeugnis einer gewerblichen Fach- oder Fortbildungsschule.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichtermin: **Bis 31. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 25/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts- und amtsärztliches Gesundheitszeugnis. Im Gesuche ist der Name, Beruf und Wohnort des anderen Brautteiles anzuführen und weiters anzugeben, was für ein Geschäft und von welchem Brautteile es selbständig betrieben werden soll.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach der Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber vorzulegen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Bewerbungsfrist: **Bis 31. März 1919.**

Verleihungstag: 1. Mai 1919.

Auszahlung nur nach Antritt des Handwerkes (Geschäftes) und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 85/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Friederike Kempner-Debora Askenasy-Stiftung
für Blinde.

Verteilt werden: 33 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, nach Wien zuständige blinde Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungstermin: **Bis 12. April 1919.**

Verleihungstag: 19. Juli 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 24/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Agnes Wuth'sche Armenstiftung.

Verteilt werden: 1600 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Heimatsnachweis, von Verheirateten oder Verwitweten auch der Trauungsschein und allenfalls auch die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, beziehungsweise der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1919.**

Verleihungstag: 26. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 65/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Ferdinand und Emanuela Stark'sche Blindenstiftung.

Verteilt werden: Die Jahreserträgnisse im beiläufigen Betrage von 1200 K an 10 erblindete, christliche, im Alter von wenigstens 60 Jahren stehende Wiener Arme deutscher Nationalität ohne Unterschied des Geschlechtes.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und über allfällige sonstige Gebrechen.

Im Gesuche ist anzugeben, daß sich der Bewerber zur deutschen Nationalität bekennt.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**
Verleihungstag: 30. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 21/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josefine v. Königswarter'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen wird: Ein Betrag von 590 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, nach Wien zuständige Mädchen; Waisen, insbesondere mutterlose, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1919.**
Verleihungstag: 14. Mai 1919.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 1—3

M. Abt. XIII, 48/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Schey'sche Stipendienstiftung
für Hochschüler.

Verliehen wird: Für das Studienjahr 1918/19 ein Anton Schey'sches Stipendium im einmaligen Jahresbetrage von 660 K an einen armen fleißigen Studenten der juridischen Fakultät der Universität in Graz.

Dem Gesuche sind beizulegen: Mittellosigkeits- oder Armutszeugnis, Tauf- oder Geburtschein und Nachweis der Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre, endlich Impfzeugnis.

Letzter Tag zur Ueberreichung der Gesuche: **28. Februar 1919.**
Einreichstelle: Das betreffende Professorenkollegium.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 195/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Gisela-Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Fünf Ausstattungsbeiträge zu 800 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatberechtigte und würdige Töchter mittelloser Eltern; Waisen, insbesondere mutterlose, haben bei gleicher Würdigkeit den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Totenscheine der Eltern.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**
Verleihungstag: 20. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 2—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkassaplatz 1.

Aktienkapital: K 80.000.000·—. Reserven: K 41.500.000·—.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Schriftleitung:
I., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367.

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G. I., Schulerstraße 11.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Nr. 16. Samstag den 22. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 109. Sitzung vom 21. November 1918.

Vorsitzender: Bgm. Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die VB. Hierhammer, Hoß und Rain; die GR. Schmid, Leitner, Kunschak, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, Goltz, Reumann und Skaret; Mag.-Dior. Pawelka, die Ob.-Mag.-Räte Dr. Mayr, Dr. Dont, Bau-Dior. Dr. Goldemund, Mag.-R. Dr. Schwarz, Dior. Hofer. Min.-Sekr. Dr. Forchheimer vom Staatsamt für soziale Fürsorge, Hans Waldsam, Sekretär des christlichsozialen Gewerkschaftsverbandes, Ing. Anton Urban, Präsident des Industriellenverbandes.

Schriftführer: Mag.-Sekr. v. Radler.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt bekannt: den Ausweis der Zentralstelle vom 20. November 1918, die Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag vom 19. November 1918 den Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 19. November 1918, die Zusammenstellung der Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel in der Zeit vom 10. bis 16. November 1918 und den Sanitätsbericht über die Zeit vom 16. bis 21. November 1918.

(Diese Berichte sind im Anschlusse an den Sitzungsbericht verlautbart.)

Die triste Lage des Arbeitsmarktes.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Ursache der Einberufung der Konferenz die triste Lage des Arbeitsmarktes sei. Die Situation habe sich in den letzten Tagen noch wesentlich durch den Kohlenmangel verschärft. Der Staats-Sekretär für öffentliche Arbeiten habe ihm heute telephonisch einen Erlaß in Aussicht gestellt, in welchem weitere einschneidende Sparmaßnahmen angeordnet werden. Die steigernde Arbeitslosigkeit einerseits und die Schwierigkeit, Arbeit und Verdienst zu schaffen anderseits, erfordern zweifellos das Zusammenwirken aller berufenen Faktoren.

Dior. Hofer berichtet über die Tätigkeit des städtischen Arbeiterfürsorgeamtes und führt aus, daß bezüglich der Metallarbeiter in der Zeit vom 4. bis 20. November 628 Anbote eingelangt seien, denen 1325 Gesuche gegenüberstehen. Wesentlich leide auch das gesamte Gebiet der Frauenarbeit. Hier seien Aufträge in letzter Zeit überhaupt nicht mehr eingelangt, von früher seien noch 327 Anbote da, denen 1087 Stellengesuche gegenüberstehen. Im Ganzen seien jetzt 7210 Stellenlose vorgemerkt. Ein Ueberangebot von Stellen sei eigentlich nur bei Hilfsarbeitern, hauptsächlich weil die Gemeinde noch einen ziemlichen Bedarf hat, und bei Dienstmädchen, weil sehr viele früher häuslich bedienstete Personen sich anderen Berufen zugewendet haben und schwer zu bewegen seien, zu ihrem früheren Beruf zurückzukehren. Diese Daten bezögen sich nur auf die städtische Arbeitsvermittlung und umfaßten gewiß nicht das ganze Gebiet der Arbeitslosigkeit.

Experte Urban bemerkt, daß seinerzeit vom Ministerium für Handel und Gewerbe ein paritätisches Komitee für die Demobilisierung und Arbeitsvermittlung eingesetzt worden sei, welches sich nach dem Umsturz der Nationalversammlung zur Verfügung stellte. Es sollte auch die einigungsämtlichen Entscheidungen übernehmen, was durch das momentane Aufhören der Beschwerde-Kommissionen notwendig geworden sei. Der Grundgedanke sei gewesen, daß man die bestehenden Institutionen weiter benütze, weil Neueinrichtungen zu viel Zeit erfordern würden. Es haben auch die Bezirks-Kommissionen, welche eigentlich die Seele des ganzen seien, in der Provinz schon zu arbeiten begonnen. Die Situation sei derzeit kritisch, nicht nur wegen des Zuströmens der Arbeiter, sondern auch weil die Verhältnisse im Hinterland sich in letzter Zeit sehr verschlechtert hätten. Seit April seien zirka 800 Millionen Kronen alte Fakturen unbezahlt, während die Gesamtheit der angemeldeten Forderungen aus den tschecho-slawischen Ländern nur 200 Millionen betrage, obwohl dort die großen Werke, wie Skoda, seien, die allein 80 Millionen zu fordern haben. Es zeige dies, daß die Tschecho-Slowaken viel rascher ihre Forderungen einzutreiben verstünden als Deutschösterreich. Dabei sei die deutschösterreichische Industrie bedeutend kleiner. Die Folge sei, daß allgemeines Mißtrauen entstanden sei, die Banken den Kredit versagen und nur mehr gegen bar geliefert werde. Die Industrie gehe in die Friedenszeit mit Schulden über, welche oft das Doppelte ihres Altienkapitals ausmachten, weil der Staat so große Beträge schulde und die Gelder in Materialien angelegt seien, die für die Friedenswirtschaft unbrauchbar seien. Es seien zum Beispiel um 120 Millionen Kronen schwere Lastautos mit ganz unkurranten Dimensionen bestellt und hiefür

Materialien um 60 bis 70 Millionen Kronen angekauft worden. In dieser Zeit komme jetzt die Forderung, keine Arbeiter zu entlassen. Er stehe als Präsident des Industriellenverbandes auch auf dem Standpunkt, die Arbeiter nicht zu entlassen und nicht auf die Fürsorgeaktion zu verweisen. Die Arbeiter hätten für diese wenig Interesse, sie wollen ihr Geld verdienen. Nun sei aber kein Geld da, um die alten Arbeiter zu bezahlen und neue aufzunehmen, keine Kohle und keine Materialien. Arbeitsmöglichkeit werde nicht für alle Industrien momentan beschafft werden können, er habe aber dem Staatsamt für Uebergangswirtschaft vorgeschlagen, daß erstens eine beruhigende Erklärung wegen Liquidierung der Fakturen abgegeben und die fertige Ware abgeliefert werden solle, zweitens, daß der Industrie die Materialien, die von der Regierung gesperrt sind, sofort zu Friedensarbeiten freigegeben werden, damit die Industrie in der Lage ist, ihre Arbeiter wenigstens teilweise zu beschäftigen. Auf jeden Fall werde in den nächsten Wochen mit einer großen Zahl unterstützungsbedürftiger Arbeiter zu rechnen sein. Wenn wieder geordnete Verhältnisse eintreten, werde allerdings eine große Zahl Arbeiter benötigt werden und es werde in wenigen Monaten möglich sein, diese unterzubringen. Ueber die nächsten zwei bis drei Monate müsse man mit allen Mitteln hinwegkommen, eventuell mit staatlicher Unterstützung. Wenn die Uebergangszeit noch so viele Millionen erfordere, so müßten sie bezahlt werden, damit nicht Unruhen entstehen und weitere Milliardenwerte zerstört werden.

Bau-Dipr. Dr. Goldemund bemerkt, daß auch der Ingenieurverein auf dem Standpunkt stehe, daß die ganzen Kriegsbetriebe, die noch über Material verfügen, sofort weiter arbeiten sollen, und zwar Friedensware. Die Stadt Wien brauche zum Beispiel Gasmesser, andere Gerätschaften und Geschirre. Hier könnte mit den vorhandenen Blechvorräten angefangen werden, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit, und so könnte eine große Anzahl Arbeiter weiter beschäftigt werden und würde ein Zuströmen Arbeitsloser in die Stadt nicht eintreten. Im übrigen müßten für die Uebergangszeit für alle Fälle Notstandsarbeiten gemacht werden. Im Baugewerbe fehlen allerdings alle Baustoffe, man könnte also in erster Linie nur Erdarbeiten machen. Diesbezüglich sei vorgeschlagen worden, eine eigene Stelle zu schaffen, die eine gewisse Organisation hineinbringt, daß die freigewordenen Baracken an die Arbeitsstellen geschafft, für die Unterbringung der Gerätschaften, Bettdecken 2c. gesorgt werde, damit sie nicht spurlos verschwänden.

Speziell in Wien könnte eine ganze Reihe Arbeiten rasch begonnen werden. Es seien überall Pölzungen notwendig. Nachdem aber kein Pölzholz vorhanden ist, könnten dabei höchstens 3000 bis 3500 Leute beschäftigt werden. Durch Fühlungnahme mit dem Lande wäre es möglich, gewisse Fluß- und Bachregulierungen sofort in Angriff zu nehmen, wobei ebenfalls 2500 Leute beschäftigt werden könnten. Große Arbeit wäre bei den Staatsbahnen zu leisten, die durch den Krieg sehr heruntergekommen seien. Auch hier könnten auf die Strecken verteilt, 4000 bis 5000 Leute untergebracht werden. Ferner seien viele Wasserkräfte bereits konsentiert und es wäre möglich, auch dort die Erdarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Zuleitungskanäle könnten ebenfalls eine Anzahl Leute beschäftigen. In Steiermark könnten ebenfalls eine Anzahl Leute beschäftigt werden. In Steiermark könnten 5000 Personen bei Erd- und Feldarbeiten, in Salzburg, Tirol und Vorarlberg 2000 bei Hochdruckanlagen beschäftigt werden. Dann wäre der Bau des zweiten Geleises der Nordwestbahn in Betracht zu ziehen, wofür der Staat seinerzeit eine Million gewidmet habe, und der Bau des 3. und 4. Geleises der Nordbahn, wenigstens auf der niederösterreichischen Strecke. Weiters wäre an den Donau-Oderkanal zu denken. Diesfalls könnte mit dem tschechischen Staate rasch ein Uebereinkommen getroffen werden, weil für ihn die Verbindung mit der Donau ebenso wichtig sei wie für Wien. Es könnten riesige Erdarbeiten von der Donau bis zur niederösterreichischen Grenze vorgenommen werden. Dann wäre noch der Weiterbetrieb verschiedener Kohlenbergwerke in Deutschösterreich möglich, die zwar nicht rentabel seien, aber im Kriege in Tätigkeit waren. Ebenso der Abbau von Edelmetallen, wie Kupfer und Magnesit, und die Ausbeutung der Torflager. Es könnte da ein gutes Isoliermaterial gewonnen werden, welches den Korkstein ersetze. Was die Fabriken betrifft, so müsse in erster Linie die Erzeugung von Friedensware angestrebt werden, welche zur Belebung anderer Arbeitskategorien notwendig sei, insbesondere des Baugewerbes. Man dürfe nicht blind irgendwelche Friedenswaren erzeugen, sondern zunächst solche, die die Möglichkeit schaffen, das Baugewerbe und andere Industrien zu beleben. Gerade im Baugewerbe sei die Lage trostlos. Es seien keine Ziegel und kein Zement da, es seien auch keine Kohlen da, und wenn sich dies nicht bald ändere, werde man auch im Frühjahre noch nicht mit der Bautätigkeit beginnen können. Eine wichtige Frage sei auch die des Werkholzes. In Oesterreich seien zu wenig Holzvorräte. Die Gemeinde habe zwar bedeutende Mengen aufgehäuft, aber das sei alles noch zu wenig, um die Bauarbeiten im großen Stile beginnen zu können. Es seien da manche Vorschläge gemacht worden. Man solle einen Schlägerungszwang einführen und Arbeiterkolonien direkt für die Schlägerung einrichten. Auch die Schlägerung in Privatforsten solle gefördert werden. In Niederösterreich könnten mindestens 2000 Arbeiter damit beschäftigt werden, in Oberösterreich 4000, in Salzburg 1500, in Steiermark 6000, in Kärnten 2000, in Tirol 5000. Natürlich müssen die Kolonnen mit Lastautos versehen werden, um das Holz wegzuführen. Dann wäre eine Aenderung des Administrativverfahrens notwendig, weil nach dem alten Verfahren die Inanspruchnahme der notwendigen Gründe nicht möglich sei. Es müßten wie nach dem Kriegsleistungsgesetz Anordnungen getroffen werden, daß für derartige Arbeiten im kürzesten Wege, eventuell in längstens acht Tagen die Gründe angefordert werden können. Es müßte auch ein eigenes Entschädigungsverfahren eingerichtet und festgelegt werden, daß zum Beispiel Straßengründe, die unentgeltlich abzutreten seien, sofort hergegeben werden müßten und nicht erst später. Auch Steinbrüche, die von Privaten nicht voll betrieben werden, müßten nach demselben Verfahren von den öffentlichen Stellen mit Beschlag belegt werden. Ebenso die Flächen für Sandgewinnung. Damit wäre etwas getan, das Wesentlichste aber wäre wohl, daß die Industrie für diese Notstandsarbeiten die erforderliche Unterlage schaffe.

Bürgermeister bemerkt zur Ergänzung, daß das Investitionsprogramm der Gemeinde auf 60 bis 70 Millionen gespannt sei. Damit lasse sich schon Arbeit schaffen, aber diese

Arbeit hänge vielfach von den klimatischen Verhältnissen ab. Im Moment, wo strenger Frost eintritt, hören die Erdarbeiten auf. Auch die Baumaterialien seien nicht in genügendem Maße vorhanden.

Bau-Dior. Goldemund bemerkt, daß die Gemeinde ein Arbeitsprogramm aufgestellt habe, das zirka 89 Millionen Kronen ausmache. Bei den Hochbauten wäre die Gemeinde in der Lage, wenn die Voraussetzungen bezüglich der Ziegel, des Zementes und des Holzes zutreffen, 8430 Arbeiter zu beschäftigen, darunter 4810 gelernte und 3620 ungelernte. Bei Tiefbauten 2080, davon 480 gelernte und 1600 ungelernte. Bei fremden Tiefbauten, wie beim Liesinger Sammelkanal, können 400 Arbeiter, vorwiegend ungelernte, beschäftigt werden. Bei den eigenen Erdarbeiten fast 2000, bei fremden über 2000 und bei anderen Arbeiten, wie zum Beispiel für unsere Straßenpflege, 1000 Leute, bei Instandhaltungsarbeiten für die Gasrohre, Schlackenabfuhr 2c. ebenfalls 2240. Zusammen könnte ein Arbeiterstand von 15.000, darunter 9400 ungelernte und 5530 gelernte nach dem Programm beschäftigt werden. Die Voraussetzung sei aber, daß das nötige Material vorhanden ist: 30 Millionen Ziegel, 6500 Waggons Zement. Die Gemeinde habe Ziegelschlüsse auf 12 Millionen mit der Wienerberger Aktiengesellschaft, bisher aber nur 60.000 Stück bekommen, weil die Trausportmöglichkeit nicht vorhanden sei. Sie müssen mit Autos, die vor kurzem gekauft wurden, weggeführt werden. Die Gemeinde habe auch einen Zementschluß bei Perlmoser, aber bisher noch keinen einzigen Waggon bekommen. Er wäre auch gewerbliche Arbeit zu vergeben. Der Herr Bürgermeister habe dafür einen Kredit von 15 Millionen, der bereits mit 12,318.734 K belastet sei. Von Hohlsteinen habe die Gemeinde 730.000 Stück bestellt, die statt der Ziegel verwendet werden sollen, Gipsdielenwände 120.000 m², Glas 28.000 m², Drahtstifte 50.000 kg. Weiters würden Fenster und Türen um 3,630.000 K bestellt werden, ebenso Dachziegel. Alles sei vorbereitet, die Aktion der Gemeinde könne aber nicht erfolgreich sein, wenn nicht die Voraussetzungen für die baugewerbliche Arbeit gesichert seien. Sonst könnten tatsächlich nur Notstands- und Erdarbeiten in Angriff genommen werden.

Dr. Forchheimer, der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge, führt aus, es sei geplant, den Arbeitslosen eine Unterstützung in der Höhe des Krankengeldes und dazu für die Familie noch 1 K zu geben. Was den Umfang der zu beteilenden Personen betrifft, so sei zunächst die Organisation für die eigentlichen Arbeiter fertig. Eine weitere Aktion für die wichtige Gruppe der Privatangestellten sei im Zuge und werde in den nächsten Tagen auch abgeschlossen werden. Weiters solle eine ähnliche Fürsorge für die Angehörigen der Landwirtschaft getroffen werden. Bei den Arbeitern sei die Voraussetzung erstens die Zuständigkeit in Deutschösterreich, zweitens die Krankenversicherungspflicht, drittens die Arbeitslosigkeit und viertens, daß man den Betreffenden keine Arbeit verschaffen könne. Für die Auszahlung der Unterstützungen, insbesondere in Wien sei mit Hilfe der Industrie-Kommission und der industriellen Bezirks-Kommissionen eine ziemliche Dezentralisation der Arbeitslosenfürsorge gelungen, indem als Arbeitslosenämter eine große Anzahl Nachweisestellen bestimmt worden seien. Der Vorteil sei, daß die Arbeitslosen nicht an einem Punkt zusammengedrängt werden, ferner, daß der Arbeitslose zu einer Stelle komme, die er bereits kennt und die abhelfen kann. Als Arbeitslosenämter kämen in Betracht, die vier paritätischen Arbeitsnachweise für Metall, Bau, Buchdruck und Buchbinder, ferner die große Zahl der Facharbeitsnachweise, die bisher von den Arbeitervereinen geführt wurden, im ganzen 20 bis 30, dann das Arbeitsvermittlungsamt der Gemeinde Wien.

Es werden also im großen und ganzen fast alle Arbeitslosenkategorien erfaßt mit Ausnahme der Dienstboten, bei denen aber ein Anlaß zu einer solchen Fürsorge noch nicht vorzuliegen scheine. Diese Aktion sei vorderhand bis 15. Februar nächsten Jahres gedacht und es bestehe kein Zweifel, daß dadurch die Not der Arbeitslosen für die nächste Zeit einigermaßen gemildert werden könne. Trotzdem bestehe aber das allergrößte Bedürfnis nach Arbeit und Beschäftigung. Man solle die Unterstützung der Arbeitslosen nicht in den Vordergrund stellen, sondern die Arbeiter nach Möglichkeit beschäftigen. Es müsse auch, wenn die Aktion nicht bis Mitte Februar beendet sei, doch ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung stattfinden. Als Hindernis der Durchführung des Arbeitsprogrammes sei der Mangel an Materialien angeführt. Aus den Ausführungen sei aber zu entnehmen gewesen, daß eine Reihe von Arbeiten im Programm sei, welche zunächst keine wesentliche Beistellung von Material erfordern. Der Wirtschaftsverband der Baugewerbe habe sich auch bereits mit der Beschaffung von Material befaßt, und zwar im Zusammenhang mit der Sachdemobilisierung und versucht, möglichst viele Materialien zu retten. Außer diesem Programm würde noch eine Reihe anderer Arbeiter seitens Privater und des Staates in Betracht kommen. Es scheine erwünscht, außer den Arbeitern, welche in erster Linie Bauarbeiter sind, auch noch eine größere Zahl Hilfsarbeiter zu beschäftigen. Es sollten aber noch andere Arbeiten in den Kreis der Betrachtung gezogen werden, namentlich solche, bei denen eine der schwierigsten Kategorien von Arbeitslosen, die Frauen, Beschäftigung fänden. Zu Beginn des Krieges sei eine Reihe von Aktionen für sie eingeleitet worden, welche unter der Bezeichnung Nähstubenaktion zusammengefaßt worden seien. Vielleicht wäre es möglich, ähnliche Arbeiten wieder aufzunehmen und nach den Erfahrungen auf diesem Gebiete entsprechend zu organisieren. Wichtig erscheine auch eine ständige Verbindung mit den industriellen Bezirks-Komitees, welche über den jeweiligen Stand des Arbeitsmarktes Auskunft geben und auch die Prognose auf diesem Gebiet für die nächste Zeit stellen können, so daß man immer mit jenen Arbeiten einsetzen könne, welche vom Standpunkt der Beschäftigungslosigkeit am dringendsten erscheinen.

GR. Reumann bemerkt, daß das Bild, das der Bericht über die Arbeitsvermittlung gebe, ziemlich düster sei. 800 Millionen Kronen Fakturen seien unbezahlt und das habe gewiß einen bedeutenden Einfluß auf den Uebergang zur Friedenswirtschaft und erschwere natürlich die Beschäftigung der Arbeiter ungemein. Außerdem seien eine Menge Rohmaterialien gesperrt. Diese Sperre müsse unter allen Umständen aufgehoben werden, weil dadurch eine ganze Reihe von Industrien in der Lage wäre, im Winter Arbeiter zu beschäftigen. Für das Baugewerbe gelte dies allerdings nicht in demselben Maße. Man müsse vor allem eine Belebung der Produktion dort herbeiführen, wo es möglich sei, auch im Winter zu arbeiten, obwohl hier wieder durch den kolossalen Kohlenmangel Hemmungen entstünden. Das paritätische Komitee habe allerdings beschlossen, daß eine Entlassung von Arbeitern möglichst verhindert werden solle. Die Entlassungen

fänden aber doch statt, und zwar in ziemlich großer Zahl. Auch GR. Lohner habe erklärt, es sei ihm nicht möglich, sich an den Beschluß zu halten, nachdem eine ganze Reihe von Umständen, insbesondere der Kohlenmangel die Weiterarbeit hindern.

Die Gemeinde Wien werde vor allem ihr Augenmerk darauf richten müssen, solche Arbeiten zu vergeben, welche in Werkstätten durchgeführt werden können. Es handle sich auch da um die Beschaffung einer Reihe von Materialien und man müsse alles aufwenden, um sie zu bekommen. Richtig sei, daß die Arbeitslosenfürsorge allein kein Mittel sei, aus der schlechten Situation herauszukommen, es müsse die Produktion wieder in Gang gebracht werden. In der letzten Sitzung sei gesagt worden, daß gewisse Arbeitskräfte benötigt werden, zum Beispiel bei den Eisenbahnen Schlosser; Heizer könnten dort aufgenommen werden, wenn die allgemeinen Bedingungen dafür gegeben seien, daß die Leute die Arbeit aufnehmen. Wenn aber über einen Taglohn von 5 K und eine Teuerungszulage von 3 K nicht hinausgegangen werde, so werden auch die verfügbaren Arbeitskräfte die Arbeit keinesfalls aufnehmen und man müsse sich daher mit den Gedanken vertraut machen, was als Minimallohn gegeben werden müsse, damit die Arbeiter die Arbeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch wirklich aufnehmen können. Ein großer Teil der Arbeitslosen werde wahrscheinlich in die Kategorie eingereiht werden müssen, die 6 K täglich Unterstützung bekommen. Dazu komme noch der Zuschlag für die Familienangehörigen. Das wäre schon eine Richtschnur, was ungefähr als Mindestlohn bezahlt werden müsse, damit allmählich die Wiederaufnahme der Arbeit erfolge. So lange die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel nicht abgebaut seien, müßten Löhne gezahlt werden, die es ermöglichen, daß der Arbeiter in der Werkstätte arbeiten könne. Diesfalls würden Vereinbarungen zwischen der Gemeinde Wien und allen Körperschaften, die sich mit der Beschäftigung Arbeitsloser befassen, getroffen werden müssen. Ein zweiter Umstand sei die Feststellung der Arbeitszeit, besonders bei dem gegenwärtigen Mangel an Licht und Beheizung. Auch da müsse eine Vereinbarung getroffen werden, ob die Arbeitszeit eine entsprechende Verkürzung erfahren solle oder nicht. Er habe sich beim Uebergang zur Kriegswirtschaft auch mit der Fixierung der Arbeitszeit beschäftigt. Bei der Donauregulierungs-Kommission sei gesagt worden, es könnten 2000 Leute beschäftigt werden; wenn man 4000 beschäftigt, so müsse dafür die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Produktion werde allerdings dadurch verteuert, aber es sei für so und so viele tausende Arbeitslose mehr gesorgt. Das Wichtigste sei, ob alle diese Kräfte, die bereits drei oder vier Jahre der Arbeit entwöhnt sind, noch länger arbeitslos bleiben oder nicht und da sei die Verkürzung der Arbeitszeit wahrscheinlich ein weit besseres Mittel, als wenn man länger arbeiten lasse und dadurch eine größere Anzahl beschäftigungslos bleibe. Natürlich dürfe die Verkürzung der Arbeitszeit nicht auch eine Verkürzung des Lohnes bedeuten. Es müsse jener Lohn gewährt werden, der es einer Arbeiterfamilie ermögliche, zu existieren. Das koste riesige materielle Opfer, aber es seien ja auch andere materielle Opfer, die getragen werden müssen im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Das Verhängnisvollste wäre, wenn die Revolution die bisherigen geordneten Bahnen infolge von Hunger oder anderen Umständen verlassen würde. Diese Opfer müßten also gebracht werden, diese Ueberzeugung herrsche auch in allen Kreisen, die den Uebergang ermöglichen wollen. Es müßten also vor allem Besprechungen über den Lohn und die Arbeitszeit stattfinden. Es werde auch darauf hingewirkt werden müssen, daß die Rohmaterialien freigegeben werden. Man könne nicht erst darüber verhandeln, wer Anspruch darauf habe. Vor allem müsse die Sperre der Rohmaterialien aufgehoben und eine möglichst gleichmäßige Verteilung durchgeführt werden. Es dürfen nicht nur kapitalskräftige Unternehmungen mit Rohmaterialien beteilt werden, sondern es müßte auch das Gewerbe im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. In der Industrie wieder müßte zuerst auf jene Industrien Rücksicht genommen werden, welche Massen von Arbeitern beschäftigen. Es müßten weiters in Bezug auf die Arbeiterschaft selbst alle Hindernisse beseitigt werden, die der sofortigen Aufnahme der Arbeit entgegenstehen.

Wo zum Beispiel Arbeitsbücher nicht vorhanden seien, müßten Interimsausweise ausgegeben werden oder Duplikate, und das müßte rasch geschehen, damit jeder die Arbeit sofort aufnehmen könne. Wichtig sei auch die Zusammenstellung eines Arbeitsprogrammes, wie sie hier geschehen sei. Auch die Nähstuben sollten aufrecht bleiben und es müßte auch für die Vergebung von Arbeit an die Heimarbeiter gesorgt werden, welche jetzt für den Militärbedarf gearbeitet haben. Wo bei den Organisationen noch Rohstoffe vorhanden seien, müßten sie für Friedensware verwendet werden. Es müsse Wäsche aus Stoffen hergestellt werden, die für den Militärbedarf bereit liegen. So könnten auch die Heimarbeiterinnen weiter beschäftigt werden. Die Beschäftigung der Heimarbeiterinnen sei gerade im Kriege von besonderem Vorteile gewesen. Wenn gewisse Teile der Produktion belebt würden, so würden dadurch auch wieder andere Produktionszweige belebt. Das wichtigste allerdings sei die Bauindustrie, denn sie befruchtet alle anderen. Man stehe aber vor dem Winter und die Wiederaufnahme der Bautätigkeit könne jetzt nicht in der gewünschten Weise vor sich gehen. Bei den Straßenarbeiten könnte sofort eine Maße Leute beschäftigt werden, aber hier fehlen wieder die Steine. Mit Befriedigung könne man feststellen, daß bereits wieder eine Reihe von Reparaturen vorgenommen werden, bei den Straßen und bei Häusern; wenn auch diese Arbeiten klein seien, so würden sie doch einer ganzen Reihe von Gewerben Beschäftigung geben. Eine ganze Reihe von Arbeitern werde sich auch selbst um Arbeit bewerben und vielleicht manche Arbeit ausfindig machen, die von den Arbeitsvermittlungsstellen nicht ausfindig gemacht werden könne, weil diese immer warten, bis der Bedarf angemeldet werde. In vielen Betrieben animierten die Arbeiter selbst die Unternehmer, mit der Produktion wieder einzusetzen und es sei manchmal gelungen, die Unternehmer zu bewegen, die Arbeit etwas früher aufzunehmen, als es sonst möglich wäre. Wichtig sei auch die Aufbringung der materiellen Mittel der Produktion. Von der Gemeinde müsse alles getan werden, daß das Anlehen von 250 Millionen aufgenommen werden könne. Die Gemeinde müsse sich auch die Frage vorlegen, ob sie nicht jene Gewerbetreibenden durch Kredit unterstützen solle, die dann in der Lage wären, die Produktion, wenn auch im bescheidenen Umfange, aufzunehmen. So könnte wieder eine ganze Reihe kleiner Leute Beschäftigung finden.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß bereits eine Kredithilfe seitens des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Landes Niederösterreich und der Gemeinde für das Gewerbe in

Aussicht genommen gewesen sei und ersucht den Magistrats-Direktor, diesen Akt ihm wieder vorzulegen. Er möchte den Gedanken des GR. Neumann etwas schärfer präzisieren, daß eine Verbindung zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisen hergestellt werden soll. Es müsse auch eine Verbindung zwischen den arbeitvergebenden Stellen stattfinden. Es müßten bei der Vergebung Land, Gemeinde und Industrie zusammenwirken, um in die verschiedenen Investitionsprogramme Ordnung zu bringen. Dann werde sich auch zeigen, ob man Notstandsbauten, die nicht besonders wichtige Zwecke haben, zugunsten jener Arbeiten zurückstellen könne, die gegenwärtig schon produktiv wären. Es müsse eine Stelle geschaffen werden, bei welcher alle zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen übersichtlich behandelt werden.

Regierungsrat Schmid bemerkt, es handelt sich vor allem um die Ueberführung der Kriegsbetriebe in die Friedensbetriebe. Eine Hauptschwierigkeit dabei seien die unbezahlten Fakturen im Betrage von 800 Millionen. Infolgedessen werde den Industrien von den Banken der Kredit entzogen. Es müsse daher von der Regierung eine bestimmte Erklärung gefordert werden, daß die Industrie auf diese Zahlungen rechnen kann, und daß die bereits fertiggestellte Ware, die seinerzeit bestellt wurde, unbedingt übernommen wird. Allerdings bestehen noch andere Hindernisse, insbesondere der Mangel an Rohmaterialien, und es müsse daher getrachtet werden, alle vorhandenen Vorräte zu requirieren und der Industrie zur Verfügung zu stellen. Die Belebung der Bauindustrie wäre gewiß wirksam, wenn nicht die Jahreszeit ungünstig wäre. Die Jahreszeit sei vorgeschritten, der Winter könne milde, er könne aber auch hart sein. Wenn auch eine Belebung der Bauindustrie in nächster Zeit kaum erfolgen kann, so müsse doch alles vorgearbeitet werden, damit die Baugewerbe wieder anfangen können, wenn die Verhältnisse günstiger werden. Der Donau-Oderkanal könnte vor allem Produktion schaffen. Allerdings setze das eine Vereinbarung mit dem tschecho-slowakischen Staate voraus, die möglicherweise jetzt noch in weiter Ferne liege. Der Ausbau der niederösterreichischen Landesbahnen sei aber ziemlich spruchreif. Die Projekte für die Wienerwaldbahn und die Linie von Stammersdorf bis Wien seien fertig, diese Arbeiten könnten also in nächster Zeit begonnen werden, vorausgesetzt, daß die Materialien vorhanden seien. Selbstverständlich müßten auch die Straßenarbeiten fortgeführt werden, hier fehlten aber wieder die Pflastersteine. Vielleicht werde es möglich sein, durch Forcierung der Steinbruchbetriebe manches zu leisten. Auch die Belebung des Bergbaues erscheine notwendig. Es gebe gewiß noch Bergbaue, wo noch manches zu machen wäre. Das sei aber alles Zukunftsmusik und man müsse sich auf Dinge beschränken, die jetzt Erfolg versprechen. Vor allem müsse für Kohle gesorgt werden, damit man Ziegel und Zement erzeugen und Kalk brennen könne. Was die Kredithilfe für das Gewerbe betreffe, so habe der Herr Bürgermeister schon ausgeführt, was geplant war, die Gemeinde helfe aber schon jetzt aus eigenen Mitteln den Gewerbetreibenden, wo sie könne. Bezüglich des Uebereinkommens über die Löhne und Arbeitszeit stimme er mit GR. Neumann vollständig überein.

Experte Urban bemerkt, die Frage der Arbeitszeit sei jetzt nicht zu lösen, weil die Verhältnisse stärker seien als wir. Dior. Karel habe erklärt, daß auch mit der provisorischen Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden wöchentlich das Ende noch nicht gefunden sei, sondern der Kohlenmangel wahrscheinlich noch eine weitere Verkürzung notwendig machen werde. Es erscheine dies für Gewerbe und Industrie direkt katastrophal, denn wenn die Arbeitszeit auf 25 Stunden wöchentlich herabgehe, während die ganze Regie weiterläuft, werden die Betriebe so unrationell, daß die Leute nicht durchhalten können. Die produktiven Löhne, die die Hauptsache seien, werden minimal, während die Regielöhne kolossal steigen. Das vom Staatsamt für soziale Fürsorge errichtete Komitee behandle alle Fragen, die GR. Neumann erwähnt hat, insbesondere auch die Wahl des Komitees, das der Herr Bürgermeister angeregt hat. Es wäre wünschenswert, wenn ein derartiges Komitee vom größten Arbeitsgeber, nämlich der Stadt Wien, geschaffen würde, welches sich dann ständig mit den bestehenden Organisationen ins Einvernehmen setze. Die Freigabe des Materiales sei auch auf unserem Programm, aber mit gewissen Einschränkungen, die es verhindern, daß vielleicht jemand, der nur Kupferbadewannen macht, das ganze Kupfer wegnimmt, nachdem die Vorräte ohnehin bloß auf acht Wochen reichen. Es müsse also in der Freigabe des Materiales doch ein Vorbehalt gemacht werden, man müsse wissen, was damit geschähe; dann sei es viel wichtiger, daß zum Beispiel Bolzen für Lokomotiven gemacht werden, als Kochkessel oder Badewannen. Die ärgste Sorge aber sei, daß die Länder in Deutschösterreich sich selbst gegenseitig abschließen. Die steiermärkische Produktion habe Kompensationen mit den Südslawen und Ungarn vereinbart und die Sperre auf alle diese Artikel gelegt. Wenn die deutschösterreichische Industrie kein Stabeisen und Blech von Steiermark bekomme, weil es zu Kompensationszwecken verwendet werde, so werde sie nicht weiter arbeiten können. Es müßte also mit allem Hochdruck darauf hingewirkt werden, daß nicht eine Separatpolitik gemacht werde, die der Allgemeinheit schade.

Mag.-Dior. Pawelka bemerkt, daß die Kredithilfe-Aktion für das Gewerbe nicht ruhe, sondern auch von der neuen Regierung übernommen worden sei. Nach einer Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Justiz werde die Exekutionsfreiheit für die aus der Kredithilfs-Aktion den Gewerbetreibenden gewährten Kredite bewilligt. Auch das Staatsamt für öffentliche Arbeiten habe zugesagt, daß die Aktion fortgesetzt werden wird. Die Aktion werde neuerlich auf Grund des vom Herrn GR. Neumann gestellten Antrages betrieben werden.

GR. Dr. Hein hält es auch für unbedingt notwendig, daß die Gemeinde mit dem Staatsamt und dem paritätischen Komitee fortwährend in Fühlung bleibe. Die Ausführungen des GR. Neumann finden auch bei seiner Partei volle Zustimmung. Die Löhne müssen auf einer gewissen Höhe erhalten werden, um die Arbeiter vor allem wieder an Arbeit zu gewöhnen. Die Freigabe des Materiales bedürfe der Einschränkung, die Präsident Urban erwähnt hat. Es müsse bei allen Arbeiten ein gewisser Turnus eingehalten werden, Arbeiten, die von staatsrechtlichen Voraussetzungen abhängen, wie der Donau-Oderkanal oder die Geleise der Nordwestbahn und Nordbahn müßten zurückgestellt werden. Für Erdarbeiten seien die Voraussetzungen bis zu einem gewissen Grade geschaffen, allerdings nur theoretisch, indem Verträge über Ziegel und Zement abgeschlossen wurden. Das bisherige Ergebnis sei aber minimal gewesen, woran die Gemeinde gewiß nicht die Schuld trage. Derzeit seien die Voraussetzungen für Hochbauten nicht vorhanden. Materielle Opfer

dürfen während der Uebergangszeit nicht gespart werden; um über die nächste Zeit hinwegzukommen, müßten die größten Opfer gebracht werden, es müssen die Löhne trotz der Verkürzung der Arbeitszeit den gegenwärtigen Preisen entsprechen, um möglichst viele Arbeiter zur Arbeit heranzuziehen. Ueber die Grundsätze, die befolgt werden müssen, herrsche also volle Einigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien und den Arbeitervertretern.

VB. Rain betont, daß nicht nur die Kriegsindustrie, sondern auch die übrigen Industrien schwer gelitten haben. Insbesondere seien die industriellen Anlagen durch die viereinhalb Kriegsjahre ganz abgeleiert worden, es werde daher ihre Leistungsfähigkeit, ob Kohle vorhanden ist oder nicht, in der nächsten Saison sehr verringert sein. Man könne von der Industrie nicht verlangen, sie solle die Arbeitslosigkeit vermindern, wenn anderseits der Staat Ansprüche an sie erhebt, welche ihren wirtschaftlichen Niedergang mit sich bringen müssen. Wenn man eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne verlange, so dürfe auch der Staat nicht finanzielle Forderungen an die Industrie stellen, welche nicht geleistet werden können. Der Staat müsse in erster Linie sein Augenmerk darauf richten, daß die bestehenden industriellen Anlagen in absehbarer Zeit wieder instand gesetzt werden. Die Rohmaterialien dürfen nicht in die Hände Einzelner kommen, während die seßhafte Industrie nichts erhält. Die Gemeinde beabsichtige, das vom Bauamt vorgelegte Arbeitsprogramm durchzuführen, aber es fehlen die Rohmaterialien. Wenn die industriellen Anlagen wieder ausgestaltet werden, so werde ein großer Teil der qualifizierten Arbeiter wieder Verwendung finden können. Er habe auch den Standpunkt, es sei besser, die Arbeiter zu beschäftigen als sie zu unterstützen. Er begrüße daher die gegebenen Anregungen, bitte aber auch, daß die Industrie das Entgegenkommen finde, das sie mit Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit verlangen muß.

GR. Goltz erklärt sich ebenfalls mit den gegebenen Anregungen einverstanden, hält es aber für besonders wichtig, daß die Gemeinde Wien in Deutschösterreich den maßgebenden Einfluß habe. Wenn das nicht durchzusetzen wäre so wäre eine Einigung Deutschösterreichs ausgeschlossen. Er begreife nicht, warum die für Kriegszwecke bestimmten Materialien überhaupt noch zurückgehalten werden. Der Krieg sei aus, man brauche daher diese Materialien nicht mehr zu thesaurieren, und es müsse energisch auf der Freigabe derselben bestanden werden.

GR. Neumann macht auf die Lage der Krankenkassen aufmerksam, die in der letzten Zeit schwer unter der Grippe gelitten haben und jetzt den ganzen Ansturm der aus dem Felde heimkehrenden Kranken aushalten müssen. Dabei müßten diese Kassen infolge der zahlreichen Entlassungen auch mit einem Rückgang ihrer Einnahmen rechnen. Es werde also eine Zeit eintreten, wo sie materieller Hilfe bedürftig sein werden. Er habe darauf schon vor einigen Tagen den Herrn Bürgermeister aufmerksam gemacht. Im Jahre 1899 bei der Gründung der Kassen sei ihnen ein unverzinsliches Darlehen von zehn Millionen gewährt worden. Dieser Fall dürfte in kurzer Zeit wieder eintreten, soll nicht eine ganze Reihe von Instituten ihre Pflichten gegenüber den Kranken nicht nachkommen können. Er möchte schon darauf aufmerksam machen, es sei nicht beabsichtigt, die Hilfe schon jetzt in Anspruch zu nehmen, sondern nur im Falle äußerster Not.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet anschließend daran über die Hilfe für den Krankenanstaltenfonds. Derselbe sei mit 64 Millionen passiv und könne den Betrieb nicht weiter führen, weil seine Lieferanten, die anscheinend unter denselben Verhältnissen leiden wie die Großindustrie, nur mehr gegen bar liefern. Infolgedessen sei der Krankenanstaltenfonds durch das Staatsamt für Gesundheitswesen an das Land Niederösterreich und die Gemeinde Wien herangetreten, Hilfe zu gewähren, weil sonst in kürzester Zeit alle Spitäler gesperrt werden müßten. Es solle ein unverzinslicher Vorschuß von 10 Millionen gegeben werden, der bis Ende Dezember ausreichen würde. Zwischen dem Landeshauptmann v. Steiner, dem Staats-Sekretär Kaupa und ihm habe eine Besprechung stattgefunden, wonach alle drei Faktoren je ein Drittel der Summe beisteuern und es werde in der morgigen Gemeinderats-Sitzung die Gewährung eines unverzinslichen Vorschusses von $3^1/_3$ Millionen an den Krankenanstaltenfonds beantragt werden. Die Gemeinde Wien entzieht sich also ihrer Pflicht gegenüber den Spitälern nicht und werde sich auch ihr nicht entziehen, wenn die Krankenkassen an sie herantreten.

Exp. Urban macht nochmals aufmerksam, daß die Freigabe der Materialien nicht so ohne weiters erfolgen könne. Es seien nur gewisse kleine Quantitäten vorhanden, welche nicht genügen, die Produktion länger als zwei bis drei Monate zu sichern. Wenn das momentan an den Handel freigegeben würde, würden die Preise sofort enorm in die Höhe schnellen. Es sei daher notwendig, diese Materialien zunächst den Genossenschaften und der Industrie zuzuweisen und nur zum Teile an den Handel, der nicht ganz ausgeschaltet werden soll.

Bgm. Dr. Weiskirchner stellt sohin folgenden einmütigen Beschluß fest:

Die Obmänner-Konferenz als Repräsentant des gesamten Wiener Gemeinderates fühlt sich verpflichtet, die Forderung nach einer entsprechenden Erklärung der Staatsregierung hinsichtlich der liquidierten, nicht ausgezahlten Forderungen nachdrücklichst zu unterstützen, ebenso die Aufhebung der Beschlagnahme und die Zuweisung der Materialien im Sinne einner gerechten Aufteilung. Eine Verbindung zwischen den Arbeitsnachweisestellen muß gefunden werden. Es ist auch sofort die Neuordnung der Kredithilfe für den Gewerbestand in Angriff zu nehmen, wobei auf die Unterstützung der Regierung großer Wert zu legen ist. Die Forderung nach Regelung der Mindestlöhne und der Arbeitszeit betrifft nicht nur die Arbeitgeber im allgemeinen, sondern besonders auch die Gemeinde Wien als Großindustriellen und vielfachen Arbeitgeber und wird daher auch diese Frage im Schoße der Gemeinde behandelt werden müssen. Bezüglich der Organisierung der Nähstuben und der Heimarbeiten wird Ob.Mag.-R. Dr. Dont ersucht, neuerliche Vorschläge zu erstatten. Das Staatsamt für soziale Fürsorge ist zu ersuchen, wegen der Arbeitsdokumente und ihres eventuellen Ersatzes das Nötige zu veranlassen. Die Inanspruchnahme der nötigen Gründe für Sandgewinnung ꝛc. soll ohne langwieriges Verfahren ähnlich wie nach dem Kriegleistungsgesetze ermöglicht werden.

Ein Anbot auf Ankauf des Arsenals.

Bau-Dior. Dr. Goldemund berichtet über ein Anbot auf Ankauf des Arsenales. Einer großen österreichischen Firma, die an den Staat eine Forderung von über 100 Millionen hat, wurde eine Barzahlung von 24 Millionen und der Rest in Kriegsanleihe angeboten. Die Firma habe das abgelehnt und

im Kompensationswege um Ueberlassung des Arsenales ersucht. Um nun das Arsenal vielleicht doch in öffentliche Hände zu bringen, habe man sich an die Gemeinde gewendet, ob sie nicht Interesse für dieses Objekt hätte. Es würde um zirka 100 Millionen Kronen übergeben werden können. Es seien dort große Fabriken entstanden, ein großes Stahlwerk, in dem allein über 16 Millionen investiert seien, eine Kanonenfabrik, große Uebernahmsgebäude, Automobilgaragen und Werkstätten in reicher Zahl. Vom alten Arsenal stehen eigentlich nur mehr die Ecktürme, die wahrscheinlich abgetragen werden müssen oder langsam verfallen würden, da sie für die Industrie oder für Wohnzwecke nicht in Betracht kommen würden. Man meint, daß es vielleicht für die Gemeinde leicht sein werde, Mieter zu finden, besonders für das Stahlwerk um eine Maschinenfabrik zu errichten. Es sei dabei auch darauf hingewiesen worden, daß in ganz Deutschösterreich eine Maschinenfabrik nicht bestehe, sondern fast alle im tschecho-slowakischen Staate sind. Die Bewertung des Arsenals sei unendlich schwer. Man könnte nur den Grundwert berechnen. Der Grund habe ein Ausmaß von 700.000 m² und würde hoch gerechnet 21 Millionen betragen. Es wären also fast 80 Millionen unbedeckt und müßten in anderer Weise verzinst und amortisiert werden. Ob Vermietungen stattfinden können, sei eine offene Frage, ebenso ob die Mietzinse so hoch sein könnten, daß tatsächlich die 100 Millionen verzinst werden können.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, er halte die Sache doch für so wichtig, daß er sie nicht ablehnen wolle, ohne die Obmänner-Konferenz zu befragen. Er bitte, sich zu äußern, ob die Sache überhaupt weiter verfolgt werden solle.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erklärt auf Grund eigener Erwägungen und der Besprechung mit Sachverständigen gegen den Ankauf zu sein. Man stehe vor einer bösen Zeit und werde noch viele Millionen brauchen. Er wisse auch nicht, wie der Herr Bau-Direktor zu den 21 Millionen Grundwert komme. Die Verbauung sei in dieser Gegend noch nicht so stark. Wenn jemand Grund für eine Maschinenfabrik brauche, so würde er auf der Simmeringer Heide noch genug Flächen finden. Dazu komme noch ein Moment. Infolge der Ereignisse dürfte die Industrie in Wien wahrscheinlich zurückgehen. Es werde eine starke Abwanderung von Arbeitern stattfinden, auch gewisse Direktionen und Zentral-Bureaus werden von Wien verlegt werden. Wien werde viel an Steuern verlieren und solche Objekte werden dann sehr billig zu bekommen sein. Das Arsenal sei kein Objekt zur praktischen Verwertung, auch Wohnungen könnten dort nicht errichtet werden, weil, abgesehen von hygienischen Bedenken, eine solche Kasernierung von Menschen auch der modernen Wohnungsfürsorge widerspricht. Er müsse sich also gegen den Ankauf aussprechen, der der Gemeinde eine Zinsenlast von jährlich 5 Millionen auferlegen würde.

VB. Hoß ist ebenfalls der Meinung, daß Wohnungen dort nicht errichtet werden könnten. Die alten Teile der Kaserne wären nur zum Abreißen geeignet.

GR. Dr. Hein ist ebenfalls der Meinung, man müsse bremsen und Dinge, die nicht unbedingt notwendig seien, abschieben.

GR. Schmid spricht sich ebenfalls gegen dieses Experiment aus. Es werden Tausende von Beamtenfamilien abwandern, die Aristokratie, der Hof und sein Anhang. Viele Industrien, die jetzt Erwerbsteuer zahlen, werden wegfallen. Er sei also dagegen, umsomehr als die Wohnungsnot dadurch nicht behoben werden könnte, und es wahrscheinlich zu einer großen Wohnungsnot in Wien überhaupt nicht mehr kommen werde.

GR. Goltz spricht sich desgleichen für die Ablehnung aus. Er frage, wem das Arsenal eigentlich gehört. Wenn es Eigentum des alten österreichischen Staates sei, so werde es von selbst dem deutschösterreichischen Staate zufallen und man werde dann froh sein, wenn die Gemeinde es zu billigen Bedingungen übernähme. Ein wertvolles Objekt sei aber das dortige Heeresmuseum, das die meisten Wiener gar nicht kennen, das aber kolossale Werte enthalte und erhalten bleiben solle. In Bezug auf die Entwicklung Wiens sei er der Ansicht, daß eine Umwandlung erfolgen müsse. Wien werde wie Boston in Amerika ein geistiges und künstlerisches Zentrum werden müssen. Darin werde seine Anziehungskraft für die umliegenden Völkerschaften liegen. Die künstlerische Veranlagung der Bevölkerung weise darauf hin, Wien müsse eine Stadt des Geschmackes, der Kunst werden und dann sei eine neue Blüte zu erwarten.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller erwidert auf die Frage, wem das Arsenal gehört, daß alle diese Dinge sozusagen zur Liquidationsmasse des alten Staates gehören, was bisher gemeinsam war, zur Liquidationsmasse des Kriegsministeriums, das andere zu der des Finanzministeriums.

Die Obmänner-Konferenz stimmt einhellig darin überein, daß in weitere Verhandlungen nicht eingetreten werden soll. Wegen des Heeresmuseums sei Fühlung zu nehmen, ob es nicht wo anderswohin übertragen werden kann.

GR. Reumann bemerkt, daß das Objekt jedenfalls lange Zeit nicht verkauft werden könne, so daß noch immer Zeit zur Ueberlegung bleibe. Was die Zukunft Wiens betrifft, so werde man die Aufmerksamkeit darauf lenken müssen, daß Wien in der Qualität seiner Produktion wieder das werde, was es seinerzeit gewesen sei. Das Kunstgewerbe sei eine Lebensfrage. Wien habe die nötigen Kräfte dafür und es werde gelingen, hier eine Industrie zu entwickeln, durch die wir uns unabhängig machen können. Wien werde Wasserkräfte und Elektrizität erzeugen können und dann werde sich auch die Industrie hier ansiedeln.

Die spanische Hofreitschule zum Kaufe angeboten.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet weiters, daß auch die spanische Hofreitschule angeboten worden sei. Er habe für alle Fälle einen Tierarzt hingeschickt, um sich die Sachen anzusehen. Nach seiner Ueberzeugung sei das nichts für die Gemeinde. Es gebe dort nur Luxuspferde von reiner Rasse, die vielleicht für den Hof notwendig waren, für die Gemeinde aber keine Verwendung finden können. Dieses Anbot wäre also auch abzulehnen.

Die Obmänner-Konferenz stimmt der Ablehnung des Anbotes zu.

Verstadtlichung der Rennen?

GR. Goltz führt aus, daß die Rennen in letzter Zeit ungeheure Steuersummen ergeben hätten und es schade wäre, wenn sie ganz wegfallen würden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, er könne sich eine Verstaatlichung der Rennen denken, aber nicht eine Verstadtlichung. Ueberdies hätten sich bei den Rennen viele Auswüchse gezeigt.

Auf die Bemerkung des GR. Goltz, daß Wien in irgend einer Weise das Protektorat über die Rennen übernehmen könnte, erwidert Bgm. Dr. Weiskirchner, man müßte sich die Frage erst zurechtlegen.

Entsendung von Delegierten in die Schweiz.

Bgm. Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß er in Ausführung des Beschlusses der Obmänner-Konferenz, daß Delegierte der Gemeinde Wien in die Schweiz fahren, um mit maßgebenden Persönlichkeiten der Entente Fühlung zu nehmen, dazu drei Herren ausersehen habe, Baron Slatin, den früheren siegreichen englischen Feldherrn in Aegypten, der aus früherer Zeit noch glänzende Beziehungen zu maßgebenden englischen Faktoren habe, zweitens den GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und drittens den Mag.-R. Dr. Roßkopf. Es sei dies sowohl dem Staatsamt für Aeußeres, wie dem Staatsamt für Volksernährung mitgeteilt worden, welche ebenfalls Delegierte entsenden und erklärt haben, es sei nicht möglich, daß drei Delegierte der Gemeinde Wien entsendet werden. Die Delegation würde zu groß sein und es würden sich dann auch eventuell Graz und Linz anschließen wollen. Als offizieller Vertreter der Stadt Wien werde GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller an der Delegation teilnehmen. Selbstverständlich müßten ihm die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Einnahmen und Ausgaben bis 20. November 1918.

Empfang	Betrag K	Betrag h	Ausgaben	Betrag K	Betrag h
Beihilfen vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern . . Bargeld .	2,105.000	—	Fortlaufende Unterstützungen	3,267.366	91
Wertpapiere in Nennwerte von .	50.000	—	Einmalige Unterstützungen	2,291.038	56
Spenden ohne besonderen Widmungszweck Bargeld .	[1]) 6,349.072	44	Auslagen für die Ausspeisung Bedürftiger .	28,934.107	66
Spenden für Ausspeisungszwecke:					
a) Freitischablösungsbeträge, gesammelt von Exzellenz Gräfin Anka Bienerth-Schmerling	[2]) 3,525.000	—	Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion	3,099.914	13
b) Abfuhren des Komitees des „Schwarz-gelben Kreuz" . . . . . Bargeld .	[3]) 1,372.222	80	Beiträge an Fürsorgestellen, Bargeld . . .	1,141.916	88
Wertpapiere im Nennwerte von .	135.000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
c) Sonstige . . . . . Bargeld .	[4]) 1,645.004	69	Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	115.322	33
in Wertpapieren	—	—			
Spenden für die Aktion: „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . Bargeld .	[5]) 569.868	31	Verläge gegen Verrechnung	51 331	46
Spenden für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion .	[6]) 5,920.792	27			
Zinsen der Wertpapiere	304.046	61			
Beitrag aus Staatsmitteln zu den Kosten der öffentlichen Ausspeisung	10,409.197	05			
Vergütung für in den Nähstuben der Frauen-Hilfsaktion geleistete Arbeiten	2,903.163	62			
Summe: Bargeld .	35 103 367	79	Summe: Bargeld .	38,900.997	93
Wertpapiere im Nennwerte von .	185 000	—	Wertpapiere im Nennwerte von .	50.000	—
Ab die Ausgaben, Bargeld .	38,900.997	93			
Wertpapiere im Nennwerte von .	50 000	—			
Daher Abgang .	*) 3,797.630	14	Anmerkung:		
verfügbar .	135.000	—	An laufenden Unterstützungen für 76 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 2936 K 50 h		

Wien, am 20. November 1918.

Weidinger m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 357.160 K 60 h Nominale Wertpapiere 298.755 K 51 h
[2]) „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ 18.391 „ 55 „
[3]) „ „ „ „ „ 252.000 „ — „ „ „ 227.140 „ 80 „
[4]) „ „ „ „ „ 83.733 „ 80 „ „ „ 77.008 „ 80 „
[5]) „ „ „ „ „ 400 „ — „ „ „ 314 „ — „
[6]) „ „ „ „ „ — „ — „ „ „ — „ — „
715.570 K 40 h 621.610 K 66 h.

*) Gedeckt zum Teile aus dem vom k. k. Finanzministerium erhaltenen Vorschusse von 1,000.000 K, mit dem Reste aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 19. November 1918.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung: giro.	a. a.
I.	3325	3056	—	4	22	243	—
II.	38767	36722	110	106	9	1820	—
III.	29325	28160	400	185	90	490	—
IV.	6913	6174	211	44	143	181	160
V.	24908	23941	25	Abt. XI:111 20	175	636	—
VI.	9736	9710	—	—	26	—	—
VII.	9370	9070	—	90	10	200	—
VIII.	10521	8345	49	10	37	1858	222
IX.	19072	18504	—	—	17	551	—
X.	40571	39970	19	234	108	49	191
XI.	10769	10495	—	26	31	217	—
XII.	27828	27360	—	75	26	—	367
XIII.	29168	27503	—	510	35	1120	—
XIV.	29229	28382	—	122	37	688	—
XV.	17569	17017	—	54	19	479	—
XVI.	54148	53021	677	400	50	—	—
XVII.	33266	32398	163	149	51	380	125
XVIII.	14232	14084	5	30	7	106	—
XIX.	10583	10247	95	45	21	175	—
XX.	35408	34351	166	255	16	620	—
XXI.	17200	16538	102	166	84	310	—
Summe	471908	455048	2022	2636	1014	10123 + 1065 = 11188	

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 10. November bis 16. November 1917		25. Juli 1914		Woche vom 10. November bis 16. November 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	1 kg	698	1280	160	220	720	1800
	hinteres	„	800	1460	180	260	840	2000
Schweinfleisch	abgezogenes	„	—	—	160	280	—	—
	junges	„	—	—	160	280	1500	1600
Pferdefleisch	vorderes	„	—	450	88	112	—	*) 450
	hinteres	„	—	560	96	120	—	*) 560
Kartoffel	runde	„	—	34	20	26	—	72
Zwiebel		„	166	200	32	40	144	284
Zucker		„	116	156	80	92	268	300

*) Handelspreise: Vorderes 12 bis 21 K.
Hinteres 14 bis 22 K.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 10. November bis 16. November 1917		25. Juli 1914		Woche vom 10. November bis 16. November 1918	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Weizenmehl	Auszugmehl	1 kg	—	120	42	48	—	276
	Mundmehl	„	—	67	40	44	—	170
Brot	weißgemischt	„	—	—	27·8	42·7	—	—
	schwarzgemischt	„	—	57·1	25·5	39·7	—	124
Sauerkraut		„	—	—	—	—	200	—
Fisolen		„	—	—	36	40	—	—
Erbsen	ganz	„	—	—	32	48	—	—
	gespalten	„	—	—	48	64	—	—
Reis		„	—	—	42	82	—	—
Schweineschmalz		„	—	—	176	200	—	—
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	—	—	154	200	—	—
Butter inländische	Tee-	„	—	—	220	300	—	—
Butter ausländische		„	1663	1683	320	400	—	3080
Butter	Koch-	„	—	—	—	—	—	—
Margarine		„	—	833	160	200	—	1675
Eier	frische	1 Stück	30	52	7	10	79	140
	konservierte	„	—	—	—	—	—	—
Milch im Ausschanke	Voll-	1 l	80	88	26	32	104	112
	Kinder-	„	—	—	20	26	120	164
Petroleum		„	—	50	26	36	—	64
Kohle	Stein-	50 kg	346	453	186	204	650	870
	Braun-	„	281	316	107	119	490	600

Die Obmänner-Konferenz stimmt der Entsendung des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller zu und ermächtigt denselben, auch nach London weiter zu fahren.

Hierauf wird die Konferenz geschlossen.

* * *

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte zu St. Marx

am 19. November 1918.

Schlachtviehauftrieb: 1418 Stück Mastvieh, 412 Stück Beinlvieh, zusammen 1830 Stück. Darunter befanden sich: 626 Stück Ochsen, 362 Stück Stiere, 777 Stück Kühe, 65 Stück Büffel, zusammen 1830 Stück.

Ferner langten aus dem Auslande für die Oesterreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück.

Außerdem langten für die Großschlächterei für die Volksfürsorgeaktion ein: Schlachtviehauftrieb: — Stück Mastvieh, — Stück Beinlvieh, zusammen — Stück und für die Eigenregie der Garnison und die Großschlächterei für die Provinz: Schlachtviehauftrieb: 44 Stück Mastvieh, 19 Stück Beinlvieh, zusammen 63 Stück. Darunter befanden sich: 35 Stück Ochsen, 12 Stück Stiere, 16 Stück Kühe, zusammen 63 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens.

in der Zeit vom 16. November bis 21. November 1918.

In der laufenden Berichtswoche haben sich die Gesundheitsverhältnisse der Stadt weiter günstig gestaltet. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug 16·7 gegen 23·5 in der Vorwoche und 14·2 in der gleichen Woche des Vorjahres. An der Grippe und Lungenentzündung sind 304 Personen gestorben, gegen 527 in der Vorwoche; seit Mitte September

sind 5168 Personen diesen Krankheiten erlegen. Nach den bisher eingelaufenen Berichten über den Stand der Grippe-Erkrankungen konnte eine ständige Abnahme bis zum 15. November festgestellt werden; seither kommen aus der Aerzteschaft und der Bevölkerung Nachrichten, die sich zwar zahlenmäßig nicht darstellen lassen, aber als Anzeichen eines neuerlichen Ansteigens der Grippe gedeutet werden müssen. Das städtische Gesundheitsamt trifft alle Vorbereitungen bezüglich der Schulprophylaxe, der Sicherung der Spitalsaufnahme, der Krankentransporte, der Versorgung mit Medikamenten ꝛc. Die übrigen Infektionskrankheiten weisen einen niedrigen Stand auf. An Flecktyphus sind zwei Militärpersonen und eine Straßenarbeiterin erkrankt, bei der die Infektionsquelle nicht sichergestellt werden konnte. An Blattern erkrankte und starb ein aus Russisch-Polen zugereister Soldat.

Bezirksvertretungen

Sitzungen:

4. Bezirk, 25. Februar, halb 5 Uhr nachmittags.

Allgemeine Nachrichten

Die Wahl in die Nationalversammlung.

Am 4. Jänner 1919 wurde durch eine Vollzugsanweisung des Deutschösterreichischen Staatsrates die Wahl in die konstituierende Nationalversammlung ausgeschrieben.

Da die Wahlordnung und die dazugehörigen Vollzugsanweisungen über die Wahlbehörden und die Verzeichnung der Wahlberechtigten schon einige Tage früher erschienen waren, waren die Vorarbeiten zur Konskription der Wähler am 4. Jänner bereits soweit gediehen, daß noch am Wahlausschreibungstage mit der Versendung der Wähleranlageblätter begonnen werden konnte. An rund 42.000 Häuser wurden Hauslisten mit insgesamt 1,300.000 Wähleranlageblättern zugestellt. In drei Tagen war die Zustellung größtenteils vollzogen.

Die nächsten Tage dienten der Ausfüllung der Wähleranlageblätter durch die Wahlberechtigten sowie deren Einsammlung durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter und der Ausfertigung der Hauslisten.

Inzwischen wurden im Rathause die Vorarbeiten für die Ueberprüfung der Wähleranlageblätter durchgeführt. Ungefähr 1700 Beamte aller Aemter der Gemeinde Wien mußten aufgeboten werden, um die häuserweise Begehung in der für diese Arbeit zur Verfügung stehenden Zeit beendigen zu können.

In der Zeit vom 11. bis 16. Jänner wurden 1,099.757 Wähleranlageblätter an der Hand der von den Wählern vorgelegten Dokumente und 42.104 Hauslisten überprüft, eingesammelt und zu den in den magistratischen Bezirksämtern eingerichteten Uebernahmsstellen, in welchen der ganze Begehungsdienst organisiert wurde, geschafft.

Die Uebernahmsstellen hatten auch die Bestimmung, Wähleranlageblätter unmittelbar von den Wahlberechtigten entgegenzunehmen, da es den Wahlberechtigten freigestellt war, ihre Wähleranlageblätter entweder durch den Hauseigentümer oder mit dessen Umgehung direkt der Uebernahmsstelle zu übermitteln. Hiedurch war die Möglichkeit gegeben, in gewissen Fällen Personaldaten vor Unberufenen geheim zu halten. Am 16. Jänner waren die Begehungsarbeiten abgeschlossen.

An diesem Tage setzte auch die Tätigkeit der Kreiswahlbehörden ein. Ihre erste Aufgabe war die Abgrenzung und endgiltige Festsetzung der Wahlsprengel. Die Vorarbeiten hiezu führte der Zentral-Wahl- und Steuerkataster durch. Das ganze Gemeindegebiet wurde in 1471 Wahlsprengel eingeteilt. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit mußten der Sprengeleinteilung die Territorien der Brot-Kommission zugrundegelegt werden, wodurch sich in einzelnen Fällen Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Sprengelgebiete und Sprengelgrenzen ergaben. Da außerdem das Sprengelgebiet nur eine gewisse Wähleranzahl umfassen sollte, war es nicht immer möglich, räumlich zunächst liegende Straßen- und Gassenzüge zusammenzulegen. Eine wesentliche Behinderung des Wahlverkehres ist hiedurch nicht eingetreten. Die vom Magistrate ausgearbeitete Wahlsprengeleinteilung wurde ohne Abänderung von den Kreiswahlbehörden genehmigt.

48 Stunden nach Verlautbarung der Sprengeleinteilung konnte an die Bildung der Ortswahlbehörden geschritten werden. Für jeden der 1471 Wahlsprengel wurde eine Ortswahlbehörde eingesetzt, bestehend aus dem Wahlleiter, drei Beisitzern und drei Ersatzmännern. Die Ortswahlleiter wurden vom Bürgermeister, Beisitzer und Ersatzmänner von der Kreiswahlbehörde ernannt. Rund 11.000 Bestellungsdekrete waren hiezu notwendig. Zahlreiche Verhinderungen und Absagen erforderten Neubesetzungen und verzögerten auf diese Weise die Konstituierung der Ortswahlbehörden.

Die Wählerlisten waren inzwischen bereits fertiggestellt, so daß mit der Auflegung der Wählerlisten begonnen werden mußte, ehe noch alle Ortswahlbehörden sich konstituiert hatten. Die Anfertigung der Wählerlisten erfolgte durch mehr als 400 aufgenommene Hilfsschreibkräfte und wurde in fünf bis sechs Tagen vollendet.

Hand in Hand mit dem Schreiben der Wählerliste ging die Ausfertigung der Häuserkundmachungen, welche summarisch die in den einzelnen Wohnungen konskribierten Wähler enthielten. Zum Zwecke der Auflegung der Wählerverzeichnisse wurden 158 Reklamationsstellen geschaffen, wo die Wählerverzeichnisse von acht bis zehn Sprengeln aufgelegt waren.

Die Reklamationsstellenleiter fungierten als Hilfsorgane der Ortswahlleiter und nahmen die Einsprüche entgegen. Die Zahl der eingebrachten Einsprüche betrug 53.470, von denen eine größere Zahl jene Fälle betraf, in welchen die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft erst nach dem Wahlausschreibungstage, beziehungsweise nach der Wählerkonskription erworben wurde. Abzüglich dieser Fälle dürften die Reklamationen nicht mehr als drei Prozent der Wähleranzahl ausmachen, ein Prozentsatz, der auch in Ländern mit permanenten Wählerlisten nicht viel niedriger ist. Die Entscheidung der Reklamationen lag in den Händen der Ortswahlbehörden. In Berufungsfällen entschied die Kreiswahlbehörde endgiltig, da das Berufungsverfahren durch eine Voll-

zugsanweisung abgekürzt wurde. Die mit dem Reklamationsverfahren zusammenhängenden Schreibarbeiten wurden durch den Zentral-Wahl- und Steuerkataster und seine Hilfsorgane ausgeführt. Allein 100.000 Dekrete waren zu schreiben, abgesehen von den Vorerhebungen, welche rücksichtlich der meisten Fälle gepflogen werden mußten.

Gleichzeitig mit diesen Arbeiten wurden die Wahlvorschläge einer Prüfung rücksichtlich der Wählbarkeit unterzogen. 19 verschiedene Parteien brachten insgesamt 63 Wahlvorschläge ein. Im 1. Wahlkreise lagen 11, im 2. Wahlkreise 12, in den übrigen Wahlkreisen je 8 Wahlvorschläge vor. Von dem Rechte der Koppelung machten nur die kleinen Parteien Gebrauch, wobei sich in den meisten Wahlkreisen zwei Gruppen (eine nationale und eine bürgerlich-freiheitliche) bildeten.

Hervorzuheben wären noch die Arbeiten, welche mit der Kundmachung aller Stadien der Wahlvorbereitung zusammenhängen. In dieser Richtung war in der Wahlordnung und in den Vollzugsanweisungen im weitestgehenden Ausmaße vorgesorgt. Trotz der Kürze der Zeit und der sonstigen Hemmnisse ist es dem Magistrat gelungen, die bisweilen nicht unerheblichen Schwierigkeiten zu überwinden. Insgesamt fast 200.000 Exemplare Kundmachungen der verschiedensten Arten wurden im Druckwege hergestellt, teils öffentlich angeschlagen, teils auf andere Weise verbreitet.

Die letzten zehn Tage vor der Wahl waren der Bestimmung der Wahllokale, der Zusammenstellung der Wahlbehelfe, Verführung der Wahlzellen und Urnen gewidmet.

Ueberall ergaben sich technische Schwierigkeiten, am meisten bei der Auswahl und Einrichtung der Wahllokale. In jedem Bezirke beschäftigten sich eigene Kommissionen mit der Feststellung der Eignung der Wahllokale und der Bestimmung des Wahlschutzumkreises.

Am Wahltage selbst waren fast die gesamten städtischen Angestellten aufgeboten, um teils als Schriftführer oder Schreibkräfte, teils als Ordner bei den einzelnen Ortswahlbehörden Verwendung zu finden.

Mit der Zusammenstellung der Wahlergebnisse bei den Kreiswahlbehörden und auf Grund telephonischer Meldungen im Rathause fanden in den Morgenstunden des 17. Februar die Wahlarbeiten ihren hauptsächlichen Abschluß.

* * *

Wahlergebnisse.

1. Wahlkreis (1., 3. und 4. Bezirk), 7 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 151.687, Zahl der abgegebenen Stimmen 124 548, giltige 123.688, ungiltige und leere 860. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 37.163, 2. Sozialdemokratische Partei 50.053, 3. Deutschnationale Partei 8421, 4. Bürgerlich-demokratische Partei 13.240, 5. National-demokratische Partei 4663, 6. Demokratische Mittelstandspartei 937, 7. Demokratische Partei 3034, 8. Deutschösterreichische Volkspartei 255, 9. Tschecho-slowakische Partei 5511, 10. Wirtschaftspolitische Volkspartei 411.

Gekoppelt a) 4, 6, 7, 11 (17.622 Stimmen), b) 3, 5 (13.084 Stimmen).

Gewählt wurden die Christlichsozialen Dr. Richard Weiskirchner, Dr. Ignaz Seipel; die Sozialdemokraten Dr. Otto Bauer, Rudolf Müller, Eduard Rieger; der Bürgerlich-Demokrat Max Friedmann; der Deutschnationale Adam Müller-Guttenbrunn.

2. Wahlkreis (6., 7. und 8. Bezirk), 5 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 107.875, Zahl der abgegebenen Stimmen 88.525, giltige 87.892, ungiltige und leere 633. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 27.112, 2. Sozialdemokratische Partei 34.692, 3. Deutschnationale Partei 4350, 4. Bürgerlich-demokratische Partei 9470, 5. National-demokratische Partei 4336, 6. Demokratische Mittelstandspartei 529, 7. Demokratische Partei 1495, 8. Deutschösterreichische Volkspartei 85, 9. Tschecho-slowakische Partei 3477, 10. Demokratische Wirtschaftspartei 2006, 11. Deutsche Volkspartei 340.

Gekoppelt a) 4, 6, 7 (11.494 Stimmen), b) 3, 5, 10, 11 (11.032 Stimmen).

Gewählt wurden die Christlichsozialen Eduard Heinl, Friedrich Schönsteiner; die Sozialdemokraten Karl Leuthner, Dr. Ludo Hartmann, Therese Schlesinger.

3. Wahlkreis (9., 18. und 19. Bezirk), 6 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 143.200, Zahl der abgegebenen Stimmen 118.847, giltige 117.775, ungiltige und leere 1072. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 30.919, 2. Sozialdemokratische Partei 53.350, 3. Bürgerlich-demokratische Partei 7326, 4. Demokratische Mittelstandspartei 171, 5. Demokratische Partei 5448, 6. Deutschösterreichische Volkspartei 427, 7. Tschecho-slowakische Partei 4704, 8. Deutsch-völkischer Wahl-Ausschuß 15.430.

Gekoppelt 3, 4, 5 (Stimmen 12.945).

Gewählt wurden die Christlichsozialen Dr. Ing. Heinrich Goldemund, Matthias Partik; die Sozialdemokraten Otto Glöckel, Gabriele Proft, Heinrich Allina; der Deutschvölkische Dr. Leopold Waber.

4. Wahlkreis (2., 20. und 21. Bezirk), 8 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 180.582, Zahl der abgegebenen Stimmen 160.222, giltige 158.006, ungiltige und leere 2216. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 26.785, 2. Sozialdemokratische Partei 96.451, 3. Demokratische Mittelstandspartei 2421, 4. Demokratische Partei 5076, 5. Deutschösterreichische Volkspartei 242, 6. Tschecho-slowakische Partei 12.747, 7. Nationalsozialistische Arbeiterpartei 6514, 8. Jüdisch-nationale Partei 7770.

Gekoppelt a) 3, 4, 8 (15.267 Stimmen), b) 5, 7 (6756 Stimmen).

Gewählt wurden der Christlichsoziale Dr. Heinrich Mataja; die Sozialdemokraten Karl Seitz, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Matthias Eldersch, Emmy Freundlich, Karl Pick, Josef Geßl; der Jüdischnationale Robert Stricker.

5. Wahlkreis (5., 10. und 11. Bezirk), 7 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 171.418, Zahl der abgegebenen Stimmen 145.401, giltige 144.363, ungiltige und leere 1038. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 24.857, 2. Sozialdemokratische Partei 92.905, 3. Deutschnationale Partei 2700, 4 Bürgerlich-demokratische Partei 3920, 5. National-demokratische Partei 4102, 6. Demokratische Mittelstandspartei 953, 7. Deutschösterreichische Volkspartei 197, 8. Tschecho-slowakische Partei 14.729.

Gekoppelt wurden a) 3, 5 (6802 Stimmen), b) 4, 6 (4873 Stimmen).

Gewählt wurden der Christlichsoziale Franz Spalowsky; die Sozialdemokraten Dr. Friedrich Adler, Franz Domes, Laurenz Widholz, Anton Hueber, Amalie Seidel, Anton Hölzl.

6. Wahlkreis (12., 13. und 15. Bezirk), 6 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 109.372, Zahl der abgegebenen Stimmen 143.845, giltige 142.718, ungiltige und leere 1127. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 34.161, 2. Sozialdemokratische Partei 83.989, 3. Deutschnationale Partei 5848, 4. Bürgerlich-demokratische Partei 5337, 5. National-demokratische Partei 5843, 6. Demokratische Mittelstandspartei 428, 7. Deutschösterreichische Volkspartei 171, 8. Tschecho-slowakische Partei 6941.

Gekoppelt haben a) 4, 6 (5765 Stimmen), b) 3, 5 (11.691 Stimmen).

Gewählt wurden die Christlichsozialen Leopold Kunschak, Dr. Hildegarde Burjan; die Sozialdemokraten August Forstner, Dr. Julius Deutsch, Wilhelm Schiegl, Anna Boschek.

7. Wahlkreis (14., 16. und 17. Bezirk), 9 Mandate.

Zahl der Wahlberechtigten 201.493, Zahl der abgegebenen Stimmen 171.052, giltige 169.269, ungiltige und leere 1783. Die giltigen Stimmzettel verteilten sich in folgender Weise:

1. Christlichsoziale Partei 29.551, 2. Sozialdemokratische Partei 111.705, 3. Demokratische Mittelstandspartei 264, 4. Deutschösterreichische Volkspartei 268, 5. Tschecho-slowakische Partei 16.966 6. Nationalsozialistische Arbeiterpartei 185, 7. National-demokratische und Deutschnationale Partei 5449, 8. Bürgerlich-demokratische und D.-ö. Wirtschaftspartei der Festbesoldeten 4386.

Gekoppelt a) 6, 7 (6129 Stimmen), b) 3, 8 (4650 Stimmen).

Gewählt wurden der Christlichsoziale Dr. Josef Resch; die Sozialdemokraten Albert Sever, Ferdinand Skaret, Adelheid Popp, Josef Wiedenhofer, Anton David, Friedrich Austerlitz, Karl Volkert; der Tschechoslowak Franz Dvorak.

Schaffung des Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr, G. m. b. H.

Bericht an den Stadtrat und Gemeinderat.

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 24. Mai 1917 beschlossen, der Liquidierung der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft zuzustimmen und mit dem Anteile der Gemeinde am Liquidationserlöse der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungsgesellschaft — an der die Gemeinde schon mit 300.000 K beteiligt war — zu dem Zwecke beizutreten, damit diese Gesellschaft als Oesterreichische Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft die Geschäfte der beiden Organisationen vereinige und im Interesse der Viehproduktion wie der Approvisionierung weiterführe. Aktionäre der neuen Gesellschaft, die ein Kapital von 10,000.000 K hatte, wurden die Gemeinde Wien mit 1,550.000 K, das Ackerbauministerium mit 3,989.000 K, die Depositenbank mit 550.000 K, die Länderbank mit 417.000 K, deutschösterreichische landwirtschaftliche Unternehmungen und Private mit 1,104.000 K und slawisch-österreichische landwirtschaftliche Unternehmungen und Private mit 2,390.000 K. Der Reingewinn sollte nach Dotierung der Reserven und einer den Wechselzinsfuß der Oesterreichisch-ungarischen Bank höchstens um 1 Prozent übersteigenden Verzinsung des Aktienkapitales dem Ackerbauministerium zur Förderung gemeinnütziger Zwecke im Interesse der Viehzucht, der Viehverwertung und der Ernährung der Bevölkerung, insbesondere der Reichshauptstadt Wien überwiesen werden.

Schon aus dieser Bestimmung ergibt sich, daß mit dem Zerfalle Oesterreichs in mehrere Nationalstaaten der Fortbestand der Gesellschaft in ihrer bisherigen Form unmöglich geworden ist. Das k. k. Ackerbauministerium ist nur mehr eine Liquidierungsstelle des alten Staates, sein Anteil am Gesellschaftskapitale und am Reservefond muß auf die einzelnen Nationalstaaten nach einem zu vereinbarenden Schlüssel aufgeteilt werden, wodurch der Anteil der slawischen Länder und Interessentengruppen voraussichtlich die Mehrheit erhielte; und ebenso würde der dem Ackerbauministerium gebührende Reingewinnanteil zum überwiegenden Teile den slawischen Staaten zufallen.

Es ist aber auch unmöglich, die Gesellschaft bloß mit einer solchen Aenderung der Statuten, welche dem Umschwunge der politischen Verhältnisse Rechnung trägt, aufrecht zu erhalten. Denn ihr ganzer Verwaltungsapparat war auf großstaatliche Verhältnisse zugeschnitten und wäre deshalb für eine Tätigkeit, die sich künftig doch wesentlich auf Deutschösterreich beschränken müßte, viel zu groß und kostspielig.

Es bleibt daher kein anderer Ausweg, als die Gesellschaft so rasch als möglich zu liquidieren.

Nun haben aber einerseits die Gemeinde Wien, anderseits die deutschösterreichischen Länder, die für Viehlieferungen auf den Wiener Markt hauptsächlich in Betracht kommen, doch ein lebhaftes Interesse daran, daß eine Einrichtung, die beiden zu dienen bestimmt und geeignet war, nicht gänzlich verschwinde. Daraus entstand der Plan, daß diese beiden Interessenten, die Gemeinde Wien und die landwirtschaftlichen Organisationen der Alpenländer, zu einer neuen Gesellschaft zusammentreten sollen, die von der liquidierenden Gesellschaft alle jene Einrichtungen

zu übernehmen hätte, welche für die ungestörte Versorgung der Gemeinde Wien mit Vieh und Fleisch notwendig sind.

Die neue Gesellschaft ist gedacht als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 10,000.000 K, von welchem je die Hälfte die Gemeinde Wien und die alpenländischen Organisationen einzubringen hätten. Der Zweck der Gesellschaft soll nach dem vorliegenden Satzungsentwurf derselbe sein, wie der der liquidierenden Vieh- und Fleischverkehrsanstalt. Sie soll den Namen führen: „Deutschösterreichischer Wirtschaftsverband für den Viehverkehr G. m. b. H." und ihren Sitz in Wien haben. Nachschußpflicht soll nur bis zu einem Viertel der Stammeinlagen bestehen. Organe der Gesellschaft sollen sein die Generalversammlung, in der je 10.000 K Anteile eine Stimme geben; ein Aufsichtsrat von 35 Personen, von denen 12 die Gemeinde Wien, je 4 das Staatsamt für Landwirtschaft und das Staatsamt für Volksernährung vorzuschlagen haben, mit einem vom Staats-Sekretär für Landwirtschaft zu ernennenden Vorsitzenden und drei vom Wiener Bürgermeister, vom Staatsamte für Landwirtschaft und vom Staatsamte für Volksernährung zu ernennenden Stellvertretern; endlich 5 bis 10 Geschäftsführer. Aus dem Aufsichtsrate kann ein Komitee von mindestens 3 Mitgliedern, deren eines den von der Gemeinde Wien Ernannten entnommen sein muß, zur Mitwirkung bei bestimmten Geschäften bestellt werden. Zur Prüfung der Jahresrechnungen werden jährlich 6 Revisoren und 2 Stellvertreter gewählt. Von dem Gebarungsüberschusse der Gesellschaft ist jährlich ein Zwanzigstel einem allgemeinen Reservefond zuzuweisen; diese Zuweisung kann unterbleiben, wenn der Reservefond ein Zehntel des Stammkapitals erreicht hat. Aus dem sonach verbleibenden Ueberschusse sind die Stammeinlagen, jedoch höchstens mit dem Wechselzinsfuße der Oesterreichisch-ungarischen Bank am 31. Dezember des Bilanzjahres zu verzinsen. Von dem Reste sind 20 Prozent an die Angestellten (Geschäftsführer, Beamte und Arbeiter) zu verteilen, je 40 Prozent sollen an die Produzenten verteilt und zugunsten der Konsumenten nach Weisung des Staatsamtes für Volksernährung verwendet werden.

Die Gemeinde Wien und die Staatsämter für Landwirtschaft und Volksernährung haben außer den vertraglichen Rechten noch das Recht, die Gebarung der Gesellschaft und ihrer Betriebe zu kontrollieren, sich zu diesem Zwecke bei allen Versammlungen und Sitzungen vertreten zu lassen und allfällige Aenderungen im Betriebe oder in der Preisbildung zu verlangen.

Die Gemeinde Wien hat schon durch ihre Beteiligung an der Oesterreichischen Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft gezeigt, welchen Wert sie mit Rücksicht auf eine entsprechende Fleischversorgung der Bevölkerung einer Interessengemeinschaft der Produzenten und Konsumenten beilegt. Bei der durch die Verhältnisse unvermeidlich gewordenen Liquidierung der Vieh- und Fleischgesellschaft würde nun gewiß eine solche Organisation, wie sie im Vorstehenden in ihren wesentlichen Grundzügen dargestellt worden ist, ein dem engeren Rahmen angepaßtes zweckmäßiges Bindeglied zwischen den Interessen der Produzenten und Konsumenten bilden und insbesondere den ungestörten Fortbetrieb der Wiener Großschlächterei-Einrichtungen ermöglichen.

Lebensmittelverkehr.

Jung- und Stechviehmarkt vom 20. Februar 1919.

1. Auftrieb, beziehungsweise Zufuhr.

Kälber ausgeweidet 30, Lämmer ausgeweidet 1, Schafe lebend 5114, Schafe ausgeweidet 12 Stück.

2. Preise per Kilogramm.

Kälber ausgeweidete, 1. Qualität bis 4 K 80 h, 3. Qualität von 3 K bis 4 K 50 h.

Lämmer ausgeweidete, 1. Qualität bis 16 K.

Schafe ausgeweidete, 1. Qualität von 11 K bis 16 K.

Schafe lebend, 1. Qualität von 10 K 10 h bis 14 K 10 h.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 20 Stück Kälber weniger zugeführt. Auf dem Schafmarkte wurden um 4561 Stück Schafe mehr aufgetrieben.

3. Verteilung.

Am Jung- und Stechviehmarkte gelangten heute zur Verteilung: an Heilanstalten 30 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 1 Lamm und 12 Schafe.

Pferdemarkt.

Vom 14. Februar 1919: Zum Verkaufe wurden gebracht: 339 Gebrauchs- und 10 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 2000 K bis 10.000 K.

Der Markt war lebhaft.

Vom 18. Februar 1919: Zum Verkaufe wurden gebracht: 366 Gebrauchs- und 11 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 2000 K bis 10.000 K per Stück.

Der Markt war lebhaft.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate Jänner 1919.

Theresienbad im 12. Bezirke.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	11268,	davon	6104	5524
Dampfbad	16687,	„	11243	5444
Voll- und Schwimmbad . . .	—,	„	—	—
Zusammen .	28315,	davon	17347	10968

17. Bezirk Kaiser Franz Josef-Bad.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	15434,	davon	7374	8060
Dampfbad	15940,	„	9774	6166
Schwimmbad	—,	„	—	—
Sonnenbad	—,	„	—	—
Zusammen .	31374,	davon	17148	14226

21. Bezirk, Floridsdorfer Badeanstalt, Kretzgasse.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	3124,	davon	1795	1329
Dampfbad	3172,	„	2169	1003
Brausebad	6357,	„	4365	1992
Zusammen	12653,	davon	8329	4324

Volksbäder.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
2. Bez., Vereinsgasse 29	12956,	davon	8210	4746
3. Bez., Apostelgasse 18	7004,	„	4974	2030
4. Bez., Klagbaumgasse 4	6148,	„	3805	2343
5 Bez., Einsiedlerplatz 18	10079,	„	6878	3201
6. Bez., Esterhazygasse 9	8107,	„	5027	3080
7. Bez., Hermanng. 24 bis 28	13617,	„	8381	5236
8. Bez., Florianigasse 24	8554,	„	5580	2974
9. Bez., Wiesengasse 17	8098,	„	5256	2842
10. Bez., Gudrunstraße 163a	13290,	„	9814	3476
11. Bez., Geiselbergstraße 54	3349,	„	2550	799
13. Bez., Hütteldorferstr. 136	5377,	„	4135	1242
14. Bez., Heinickegasse 3	5812,	„	4334	1478
15. Bez., Reithofferplatz 4	6265,	„	4320	1945
16. Bez., Fried. Kaiserg. 11	10752,	„	7016	3736
17. Bez., Gschwandnergasse 62	5374,	„	2975	2399
18. Bez., Klostergasse 27	5462,	„	3705	1757
20. Bez., Treustraße 60	3065,	„	2218	847
Zusammen	133309,	davon	89178	44131

Baubewegung

vom 19. Februar bis 21. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

1. Bezirk: Judenplatz 8, von Heinrich Artaria, 3., Czapkagasse 7 (373).
9. Bezirk: Währingerstraße 3, von H. Zellhofer, ebenda, Bauführer H. Schock (380).
16. Bezirk: Arnethgasse 60, von Matthias Blahatek, ebenda, Bauführer Josef Schwarz (19 B/9).
20. Bezirk: Marchfeldstraße 8, von der Firma Kulschera, ebenda, Bauführer Bayer's Witwe (379).

Diverse geringere Bauten.

2. Bezirk: Musikpavillon, Prater, Hütte 27, von Magd. Rothböck, ebenda (393).
20. Bezirk: Wächter- und Stallgebäude, Treustraße 75, von Karl Förster, 5., Schönbrunnerstraße 50 (369).

Gesuche um Parzellierungen.

3. Bezirk: Einl.-Z. 1099, 2058, 2059, 2060 Landstraße, von J. Pospischill (371).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Aussteckung der Baulinien wurden überreicht.

7. Bezirk: Spittelberggasse, Einl.-Z. 1061 (Nr. 7), von Anton & Rosa Hein, 1., Bauernmarkt 19, Bauführer Ing. Anton Hein, 1., Bauernmarkt 19, Mag. Bau-Abt. XIV a (637).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Oktober 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

1. Bezirk, Adlergasse 4, Einl.-Z. 18, bisheriger Besitzer das Pensions-Institut der Angestellten der Anglo-österreichischen Bank, grundbücherlich übertragen an Rudolf Kraus, am 25. Oktober 1918.
„ „ Bartensteingasse 13, E.-Z. 93, bish. Bes. Hermann Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr. an Johann Alexander Freiherrn v. Königswartjr, am 5. Okt. 1918.
„ „ Eßlinggasse 7, E.-Z. 245, bish. Bes. Otto Schiff 50/2100, grdb. übertr. an Paula Schiff, Hans Schiff, Georg Schiff, Helene Schiff, je 25/4800, am 4. Okt. 1918.
„ „ Am Gestade 3, E.-Z. 347, bish. Bes. die Firma N. Nella & Neffe, grdb. übertr. an die Krankenkasse der gremialangehörigen Handlungsgehilfen, am 29. Okt. 1918.
„ „ Am Gestade 5, E.-Z. 349, bish. Bes. die Firma N. Nella & Neffe, grdb. übertr. an die Krankenkasse der gremialangehörigen Handlungsgehilfen, am 29. Okt. 1918.
„ „ Am Gestade 7, E.-Z. 350, bish. Bes. die Firma N. Nella & Neffe, grdb. übertr. an die Krankenkasse der gremialangehörigen Handlungsgehilfen, am 29. Okt. 1918.
„ „ Am Gestade 8, E.-Z. 351, bish. Bes. die Firma N. Nella & Neffe, grdb. übertr. an die Krankenkasse der gremialangehörigen Handlungsgehilfen, 29. Oktober 1918.
„ „ Giselastraße 3, E.-Z. 359, bish. Bes. Hermann Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr. an Alexander Freiherrn v. Königswarter am 5. Okt. 1918
„ „ Judengasse 6, E.-Z. 549, bish. Bes. Rosa Strauß 1/40, grdb übertr. an Luise Krishaber 1/40, am 7. Okt. 1918.
„ „ Kaiserin Zita-Ring 2, E.-Z. 566, bish. Bes. Hermann Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr an Alexander Freiherrn v Königswarter, am 5. Okt. 1918.
„ „ Kohlmarkt 18, E.-Z. 631, bish. Bes. Karl Demel 1/6, grdb. übertr. an Marie Demel 1/6, am 2. Okt. 1918.
„ „ Nibelungengasse 8, E.-Z. 816, bish. Bes. Eugenie Baronin Pongracz 1/2, grdb. übertr. an Pongracz de Szent-Miklos et Ovar 1/4, m. Franz Baron Pongracz, m. Aristides Baron Pongracz, m. Olga Baronin Pongracz, Fanni Baronin Pongracz, je 1/16, am 16. Okt. 1918.
„ „ Rathausstraße 8, E.-Z. 895, bish. Bes. Hermann Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr. an Johann Alexander Freiherrn v. Königswarter, am 5. Okt. 1918.
„ „ Riemergasse 11, E.-Z. 955, bish. Bes. die Firma Barber & Komp., Ges. m. b. H., grdb. übertr. an Wilhelm Mahler, Hedwig Mahler, je 1/2, am 15. Okt. 1918.
„ „ Schellinggasse 6, E.-Z. 1051, bish. Bes. Frieda Graf, grdb. übertr. an Eduard Mandl, Heinrich Mandl, je 1/2, am 5. Okt. 1918.
„ „ Schottenbastei 16, E.-Z. 1080, bish. Bes. Hermann Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr. an Johann Alexander Freiherrn v. Königswarter, am 5. Okt. 1918.
„ „ Helferstorferstraße 15, E.-Z. 1114, bish. Bes. Hermann Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr. an Johann Alexander Freiherrn v. Königswarter, am 5. Okt. 1918.
„ „ Börsegasse 1, E.-Z. 1315, bish. Bes. Eduard Groß jun., grdb. übertr. an Zadik Mosse Alkalay, am 21. Okt. 1918.
2. Bezirk, Afrikanergasse 7, E.-Z. 7, bish. Bes. Eduard Lernhart, grdb. übertr. an Anna rekte Channa Springer, am 2. Okt. 1918.
„ „ Obere Augartenstraße 22, E.-Z. 39, bish. Bes. Dr. Siegmund Adler, Dr. Hans Ritter v. Halban, je 1/2, grdb. übertr. an Taube Liebling, am 12. Okt. 1918.
„ „ Obere Donaustraße 3, E.-Z. 345, bish. Bes. Eduard Donatin, Josefa Donatin, je 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Knote, am 26. Okt. 1918.
„ „ Fugbachgasse 16, E.-Z. 588, bish. Bes. August Mantsch 1/2, grdb. übertr. an Karoline Mantsch 1/2, am 15. Okt. 1918.
„ „ Josefinengasse 6, E.-Z. 759, bish. Bes. Otto Forst, grdb übertr. an Dr. Josef Schnabl, Leo Schnabl, Luise Eisenberger, je 1/3, am 23. Okt. 1918.
„ „ Kaiser Josef-Straße 42, E.-Z. 796, bish. Bes. Fritz Asriel 1/2, grdb. übertr. an David Karl Asriel 1/2, am 28. Okt. 1918.
„ „ Hochstettergasse 4, E.-Z. 1153, bish. Bes. Martin Rosenberg, grdb. übertr. an Jakob (Israel) Heilikmann, am 10. Okt. 1918.
„ „ Novaragasse 3, E.-Z. 1178, bish. Bes. Olga Ziffer, Gisela Ziffer, verehel. Pipitz, je 1/2, grdb. übertr. an Itzig Adlerblum, Rifka Adlerblum, je 1/2, am 27. Okt. 1918.
„ „ Pazmanitengasse 4, E.-Z. 1248, bish. Bes. das Pensions-Institut der Angestellten der k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, grdb: übertr. an Emanuel Brück, am 31. Okt. 1918.
„ „ Pillersdorfgasse 9, E.-Z. 1267, bish. Bes. das Pensions-Institut der Angestellten der k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, grdb. übertr. an Julius Brück, am 31. Okt. 1918.

2. Bezirk, Praterstraße 56, E.-Z. 1397, bish. Bes. Wilhelmine Nowach 1/2, grdb. übertr. an Hugo Nowach, Alfred Nowach, Eugenie Nozko, je 1/6, am 31. Aug. 1918.
" " Praterstraße 59, E.-Z. 1400, bish. Bes. Anna Löwy, grdb. übertr. an Gustav Weitprecht, Alfred Löwy, je 1/2, am 26. Okt. 1918.
" " Rembrandtstraße 37, E.-Z. 1579, bish. Bes. Dr. Rudolf Ritter v. Halban, Hans Ritter v. Halban, Dr. Leo Ritter v. Halban, je 1/3, grdb. übertr. an Moses Grumweg, am 12. Okt. 1918.
" " Große Sperlgasse 36, E.-Z. 1919, bish. Bes. Moritz Schön, grdb. übertr. an Thomas Wawra, Anna Wawra, je 1/2, am 20. Okt. 1918.
" " Taborstraße 52, E.-Z. 2088, bish. Bes. Franz Rudolph, grdb. übertr. an Moses Blaser, Chaja Perel, je 1/2, am 17. Okt. 1918.
" " Vorgartenstraße 189, E.-Z. 3109, bish. Bes. die Gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugesellschaft für Eisenbahne, r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Friedrich Squarenina, Julie Squarinino, je 1/2, am 30. Okt. 1918.
" " Vorgartenstraße 203, E.-Z. 3117, bish. Bes. Emilie Kerschel Edle v. Kernegg, grdb. übertr. an Salomon Mendel Wortsmann, Teofile Wortsmann, je 1/2, am 10. Okt. 1918.
" " Sterneckplatz 16, E.-Z. 4440, bish. Bes. m. Elisabeth Freiin v. Lazarini, grdb. übertr. an Andreas Markones 2/3, Sophie Markones 1/3, am 27. Okt. 1918.
" " Ausstellungsstraße 11, E.-Z. 4756, bish. Bes. Dr. Albert Seligmann, grdb. übertr. an Theresia Klein, am 29. Okt. 1918.
" " Sterneckplatz 18, E.-Z. 4783, bish. Bes. Filibert Brillmayer, Emilie Brillmayer, je 1/2, grdb. übertr. an Bernhard Mayer, Lea auch Lotte Mayer, je 1/2, am 31. Aug. 1918.
" " Ausstellungsstraße 55, E.-Z. 4898, bish. Bes. Elise Gärber, grdb. übertr. an Paula Pausa, am 19. Okt. 1918.
" " Große Mohrengasse 35, E.-Z. 4932, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Juttel (genannt Adela) Winzelberg, am 12. Okt. 1918.
" " Große Mohrengasse 37, E.-Z. 4934, bish. Bes. die Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Chaim Kanner, Taube Kanner, je 1/2, am 12. Okt. 1918.
" " Ausstellungsstraße 37, E.-Z. 5091, bish. Bes. Franz Treipl, grdb. übertr. an Rudolf Schwarz, Leo Luwisch, je 1/2, am 7. Okt. 1918.
" " Sterneckplatz 12, E.-Z. 5'44, bish. Bes. Anton Scheiner, grdb. übertr. an Isaak Kohl, am 5. Okt. 1918.
" " Ybbsstraße 29, E.-Z. 5196, bish. Bes. Samuel Tauberer, grdb. übertr. an Dr. Ignaz Mahler, Dr. Wenzel Herz, je 1/2, am 1. Okt. 1918.

3. Bezirk, Rechte Bahngasse 8, E.-Z. 74, bish. Bes. Josef Weingartner, grdb. übertr. an Samuel Metzger, am 1. Okt. 1918.
" " Barichgasse 21, E.-Z. 95, bish. Bes. Dr. Emil Walkhoff 19/64, grdb. übertr. an Amalie Veit 19/64, am 25. Okt. 1918.
" " Blütengasse 7, E.-Z. 211, bish. Bes. Paula Costa Rossetti Edle v. Rossanegg, Rudolf Costa Rossetti Edler v. Rossanegg, je 1/2, grdb. übertr. an Leopold Milch, Luise Milch, je 1/2, am 14. Okt. 1918.
" " Erdbergstraße 33, E.-Z. 358, bish. Bes. Antonie Janko 1/3, grdb. übertr. an m. Marie v. Reiffenstuhl 1/3, am 10. Okt. 1918.
" " Erdbergstraße 108, E.-Z. 426, bish. Bes. Fanni v. Lola, verehel. Rennenberg, grdb. übertr. an Rudolf Rennenberg 1/4, Johann Heinrich Tauber, Benedikt Tauber, je 1/4, am 23. Okt. 1918.
" " Erdbergstraße 112, E.-Z. 430, bish. Bes. Marie Simmel, grdb. übertr. an Wilhelm Gewitsch, Elsa Gewitsch, je 1/2, am 3. Okt. 1918.
" " Fasangasse 51, E.-Z. 494, bish. Bes. Siegmund Adler, grdb. übertr. an Josef Wollenetz, Magdalena Wollenetz, je 1/2, am 7. Sept. 1918.
" " Kühbeckgasse 6, E.-Z. 842, bish. Bes. Marie Füchsel, grdb. übertr. an Arnold Zeisel, Siegfried Stein, Salomon Adler, je 1/3, am 5. Okt. 1918.
" " Leonhardgasse 11, E.-Z. 998, bish. Bes. Leopold Rauthner 52/380, grdb. übertr. an Karl Rauthner, Andreas Rauthner, Magdalena Tesar, je 52/380, am 4. Okt. 1918.
" " Rudolfsgasse 28, E.-Z. 1419, bish. Bes. Marie Weber, Marie Weber jun., je 1/2, grdb. übertr. an Georg Brenner, Johanna Brenner, je 1/2, am 30. Okt. 1918.
" " Wällischgasse 12, E.-Z. 1804, bish. Bes. Alois Stephan, Josefine Stephan, je 1/2, grdb. übertr. an Adolf Feldmann, Irene Feldmann, je 1/2, am 3. Okt. 1918.
" " Erdbergstraße 163, E.-Z. 1993, bish. Bes. Marie Kreuzer 1/5, grdb. übertr. an Josef Göpfel 1/5, am 31. Okt. 1918.
" " Erdbergstraße 69, E.-Z. 2424, bish. Bes. Wilhelmine Kapeszky 1/3, Marie Kapeszky, verehel. Langecker, m. Friedrich Kapeszky, m. Stephanie Kapeszky, m. Wilhelmine Kapeszky, je 2/12, grdb. übertr an Witold Hausner, Julie Hausner, je 1/2, am 11. Okt. 1918.

3. Bezirk, Keinergasse 18/20, E.-Z. 2466, bish. Bes. Lothar Bernhart 1/4, grdb. übertr. an Adolf Bernhart, Dr. Ludwig Bernhart, Dr. Rudolf Bernhart, je 1/12, am 15. Okt. 1918.
" " Kölblgasse 34, E.-Z. 2639, bish. Bes. Adolf Krausz 1/2, grdb. übertr. an Judithe Krausz 1/2, am. 15. Okt. 1918.
" " Wällischgasse 4, E.-Z. 3186, bish. Bes. Toni Berger, grdb. übertr. an Julia Bustin, am 10. Okt. 1918.
" " Wällischgasse 2, E.-Z. 3187, bish. Bes. Auguste Kohn, grdb. übertr. an Wanda v. Korytowska, am 9. Okt. 1918.
" " Fruethstraße 5, E.-Z. 3188, bish. Bes. Dr. Bernhard Eisler, Ludmilla Eisler, je 1/2, grdb. übertr. an Konrad Cahak, am 6. Okt. 1918.
" " Weißgärberlände 58, E.-Z. 3248, bish. Bes. Emma delle Grazie, Josefine Gepwald, je 1/2, grdb. übertr. an Jacques Balog, Adele Balog, je 1/2, am 31. Okt. 1918.
" " Weißgärberlände 12, E.-Z. 3284, bish. Bes. Virgil Feldstein, Adele Feldstein, je 1/2, grdb. übertr. an Wentura Pinto, am 24. Okt. 1918.
" " Arenberggasse 1, E.-Z. 3291, bish. Bes. Richard Kola, grdb. übertr. an Johann Seidler, Ida Seidler, je 1/2, am 20. Okt. 1918.
" " Hetzgasse, E.-Z. 3296, bish. Bes. Herz Ber Bloch, grdb. übertr. an Adolf Schlesinger, Felix Schlesinger, je 1/2, am 24. Okt. 1918.
" " Klimschgasse 6, E.-Z. 3417, bish. Bes. die Sparkassa in der Stadt St. Pölten, grdb. übertr. an Schuline Bilinski, am 11. Okt. 1918.
" " Schrottgasse 8, E.-Z. 3439, bish. Bes. Hermann Steiner, Wilhelm Steiner, Salomon Steiner, Jakob Hatschek, Isidor Schwarz, Koloman Krausz, je 1/6, grdb. übertr. an Melchior Leicht, Valerie Leicht, je 1/2, am 28. Okt. 1918.
" " Erdbergermais sine-, E.-Z. 2248, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/3 grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/6, am 28. Okt. 1918.
" " Erdbergermais sine, E.-Z. 2313, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/6, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/2, am 28. Okt. 1918.

4. Bezirk, Apfelgasse 4, E.-Z. 59, bish. Bes. Agnes Pütterlik, grdb. übertr. an Moritz Mittelmann, am 30. Okt. 1918.
" " Blechturmgasse 32, E.-Z. 88, bish. Bes. Dr. Bernhard Heinrich Straßberg, Anna Huttrer, je 1/2, grdb. übertr. an Claus Peter Martens, Hans Martens, je 1/2, am 4. Okt. 1918.
" " Favoritenstraße 66, E.-Z. 142, bish. Bes. Wilhelm Freiherr v. Königswarter, grdb. übertr. an das Provisions-Institut für Arbeiter der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft, am 11. Okt. 1918.
" " Floragasse 5, E.-Z. 160, bish. Bes. Marie Frischauf 1/3, grdb. übertr. an Johanna Adler 1/6, Anna Zaniboni 1/12, Marie Edle v. Latzel 1/12, am 7. Aug. 1918.
" " Floragasse 7, E.-Z. 162, bish. Bes. Marie Frischauf, 1/3, grdb. übertr. an Johanna Adler 1/6, Anna Zaniboni 1/12, Marie Edle v. Latzel 1/12, am 7. Aug. 1918.
" " Phorusgasse 16, E.-Z. 610, bish. Bes. Franziska Waspiel, grdb. übertr. an Rudolf Wospiel, Olga Wospiel, je 1/2, am 25. Okt. 1918.
" " Schäffergasse 7, E.-Z. 685, bish. Bes. Adelheid Kretzschmar, grdb. übertr. an m. Hilda Kretschmar, m. Emma Kretschmar, je 1/2, am 25. Okt. 1918.
" " Starhemberggasse 32, E.-Z. 768, bish. Bes. Ernstine Brasch, grdb. übertr. an Klara Mayer, am 11. Okt. 1918.
" " Schleifmühlgasse 15, E.-Z. 1112, bish. Bes. Graf Heinrich Stürgkh, grdb. übertr. an Alfred Glaser, am 22. Okt. 1918.
" " Schelleingasse 46, E.-Z. 1154, bish. Bes. Karl v. Huber, grdb. übertr. an Heinrich Koronai, am 20. Okt. 1918.
5. Bezirk, Castelligasse 21, E.-Z. 122, bish. Bes. Johann Göschl 275/1056, grdb. übertr. an Rosa Herndl 275/1056, am 22. Okt. 1918.
" " Grüngasse 23, E.-Z. 364, bish. Bes. Hermine Huttig, Emma Rzabek, Karl Preiß, je 1/9, grdb. übertr. an Aloisia Edle v. Freyrer 8/18, Wilhelm Preiß, Marie Ohly, Josefa Schindler, Berta Kahrer, je 3/72, am 27. Okt. 1918.
" " Jahngasse 34, E.-Z. 836, bish. Bes. Richard Weich, grdb. übertr. an Karola Osterseizer, Jenny Jonas, je 1/2, am 27. Okt. 1918.
" " Ziegelofengasse 21, E.-Z. 1409, bish. Bes. Hermine Huttig, Emma Rzabek, Karl Preiß, je 1/9, grdb. übertr. an Aloisia Edle v. Freyrer 8/18, Wilhelm Preiß, Marie Ohly, Josefa Schindler, Berta Kahrer, je 3/72, am 27. Okt. 1918.
" " Bachergasse 10, E.-Z. 1455, bish. Bes. Johann Göschl 275/1056, grdb. übertr. an Rosa Herndl 275/1056, am 22. Okt. 1918.
" " Siebenbrunnengasse 21 a, E.-Z. 1467, bish. Bes. Lambert Ferdinand Hofer, grdb. übertr. an Philipp Toch, am 4. Okt. 1918.
" " Jahngasse 4, E.-Z. 2148, bish. Bes. die Sparkassa der Stadtgemeinde Gmunden, grdb. übertr. an Jakob Bibermann, Bronislawa Bibermann, je 1/2, am 29. Okt. 1918.

5. Bezirk, Vogelsanggasse 3, E.-Z. 2149, bish. Bes. die Sparkassa der Stadtgemeinde Gmunden, grdb. übertr. an Jakob Bibermann, Bronislawa Bibermann, je ½, am 29. Okt. 1918.
" " Wiedner Hauptstraße 123 b, E.-Z. 2324, bish. Bes. Zalozna ceskych zivnostniku ve Vidni r. G. m. b. H., grdb. übertr. an Josef Karasek, Karoline Karasek, je ½, am 22. Okt. 1918.
" " Storkgasse 4, E.-Z. 2361, bish. Bes. Wilhelmine Stechauner, grdb. übertr. an Franz Kottemayer, Katharina Kottemayer, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Gumpendorferstraße 5 und 5 a, E.-Z. 235, bish. Bes. Josef Spitzer, grdb. übertr. an Eugen Spiegler, Janka Pollak, je ½, am 8. Okt. 1918.
" " Gumpendorferstraße 78, E.-Z. 296, bish. Bes. Elisabeth Blümel, grdb. übertr. an Alfred Blümel, Robert Blümel, Elisabeth Castek, je ⅓, am 19. Okt. 1918.
" " Kopernikusgasse 6, E.-Z. 479, bish. Bes. Julie Müller, Heinrich Nikolaus Müller, Oskar Müller, m. Julius Robert Müller, grdb. übertr. an Gisel Slzuzki, am 23. Okt. 1918.
" " Laimgrubengasse 14, E.-Z. 502, bish. Bes. Anna Karoß jun., Anna Karoß sen., Wilhelm Karoß je ⅓, grdb. übertr. an Dr. Fritz Gamillscheg, am 29. Okt. 1918.
" " Kaunitzgasse 33, E.-Z. 631, bish. Bes. die Anglo-österreichische Bank, grdb. übertr. an Eduard Donatin, am 26. Okt. 1918.

6. Bezirk, Linke Wienzeile 110, E.-Z. 1019, bish. Bes. Ullrike Flemmich, Ludwig Frank, Marie Frank, Emma Hetzer, Ludwig Heinzel, Karl Eder, grdb. übertr. an August Ulrich, am 26. Okt. 1918.
" " Damböckgasse 6, E.-Z. 1142, bish. Bes. Vilma Demmer, grdb. übertr. an Fritz Spielmann, am 3. Sept. 1918.
" " Mollardgasse 70 b, E.-Z. 1324, bish. Bes. die Marktgemeinde Sparkasse „Raabs", grdb. übertr. an Moritz Levi-Scharko, Jakob Levi-Scharko, je ½, am 9. Okt. 1918.

7. Bezirk, Neustiftgasse 139, E.-Z. 410, bish. Bes. Eduard (Viktor) v. Schön, grdb. übertr. an Jakob Bensch, am 29. Okt. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 121, E.-Z. 557, bish. Bes. Paul Chiba 48/1680, grdb. übertr. an Kunigunde Schenk, Johann Chiba, Konrad Chiba, je 16/1680, am 1. Okt. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 127, E.-Z 560, bish. Bes. Eduard Zacher, Anna Zacher, je ½, grdb. übertr. an Dr. Josef Lilienthal, Dr. Cäcilie Lilienthal, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Lindengasse 7, E.-Z. 573, bish. Bes. Johann Herzmansky, grdb. übertr. an die Firma A. Herzmansky, am 26. Okt. 1918.
" " Lindengasse 14, E.-Z. 582, bish. Bes. Klothilde Schrack, grdb. übertr. an Robert Schrack, Eduard Schrack, Herbert Schrack, je ⅓, am 5. Okt. 1918.
" " Neubaugasse 38, E.-Z. 736, bish Bes. Ernst Zeschitz, grdb. übertr. an Moritz Meißner, am 28. Okt. 1918.
" " Schottenfeldgasse 5, E.-Z. 890, bish. Bes. Emanuel Fischmann, Katharina Fischmann, je ½, grdb. übertr. an Josef Ax, Regine Ax, je ½, am 11. Sept. 1918.
" " Schottenfeldgasse 25, E.-Z. 909, bish. Bes. Gustav Reichert, Ernst Reichert, je ½, grdb. übertr. an die Allgemeine österreichische Schuh-Aktien-Gesellschaft in Wien, am 1. Okt. 1918
" " Schottenfeldgasse 27, E.-Z. 911, bish. Bes. Gustav Reichert, Ernst Reichert, je ¼, Mathilde Reichert ½, grdb. übertr. an die Allgemeine österreichische Schuh-Aktien-Gesellschaft in Wien, am 1. Okt. 1918.
" " Schottenfeldgasse 35 E.-Z. 916, bish. Bes. Adam Czizek ½, grdb. übertr. an Helene Pitze, August Czizek, Robert Czizek, Hans Czizek, je ⅓, am 28 Sept. 1918.
" " Spittelberggasse 15, E.-Z. 1067, bish. Bes. Theresia Steuer ⅓, grdb. übertr. an Franz Steuer sen. 3/12, Franz Steuer jun., Johann Steuer, je 1/12, am 31. Okt. 1918.
" " Zieglergasse 36, E.-Z. 1198, bish. Bes. Paula Lang, grdb. übertr. an Anton Kouril, am 3. Okt. 1918.
" " Schottenfeldgasse 48, E.-Z. 1272, bish. Bes. Anna Barbara Romanek, grdb. übertr. an die Firma Gebrüder Bader, am 31. Okt. 1918.

8. Bezirk, Josefsgasse 7, E.-Z. 226, bish. Bes. Judith Spitzer, grdb. übertr. an Josef Elster, Alexander Elster, je ½, am 8. Okt. 1918.
" " Lerchenfelderstraße 44, E.-Z. 520, bish. Bes. Eduard v. Schön, grdb. übertr. an Klara Mayer, am 9. Okt. 1918.
" " Schlösselgasse 2, E.-Z. 684, bish. Bes. Josefine Sorger, grdb. übertr. an die Wiener Bau-Gesellschaft, am 3. Okt. 1918.

9. Bezirk, Augasse 13, E.-Z. 83, bish. Bes. die Sparkasse der Marktgemeinde Raabs, grdb. übertr. an Matthias Grubich, Marie Grubich, je ½, am 6. Okt. 1918.
" " Garnisongasse 22, E.-Z. 213, bish. Bes. Eugen Staub, grdb. übertr. an die Firma Ungarische Weinrebenkultur-Aktien-Gesellschaft in Szegedin, am 22. Okt. 1918.
" " Liechtensteinstraße 112, E.-Z. 423, bish. Bes. Josef Buyatti, Wilhelmine Herdle, je ½, grdb. übertr. an Heinrich Hanak, Berta Hanak, je ½, am 22. Okt. 1918.
" " Liechtensteinstraße 111, E.-Z. 429, bish. Bes. Salomon Elling, Rosa Elling, je ½, grdb. übertr. an Hilda Glasberg, am 6. Okt. 1918.
" " Mosergasse 2, E.-Z. 555, bish. Bes. Stephanie v. Liebig ½, grdb. übertr. an Baronin Maria Theresia Ritter-Zahony ½, am 18. Okt. 1918.
" " Fuchsthallergasse 4, E.-Z. 590, bish. Bes. Emilie Kerscherl Edle v. Kernegg, Alexandrine Kerscherl Edle v. Kernegg, Aglaia Kerscherl Edle v. Kernegg, Alberta Kerscherl Edle v. Kernegg, verehel. Herz, je ¼, grdb. übertr. an Berl Kolb, Ellie Kolb, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Nußdorferstraße 74, E.-Z. 643, bish. Bes. Anton Straßer, Amalie Straßer, je ¼. Marie Straßer ½, grdb. übertr. an Josef Pifft, Aloisia Pifft, je ½, am 12. Okt. 1918.
" " Pfluggasse 6, E.-Z. 686, bish. Bes. Emilie Kerscherl Edle v. Kernegg, grdb. übertr. an Josef Ferber, am 20. Okt. 1918.
" " Rufgasse 6, E.-Z. 801, bish. Bes. Anton Rudolf Fleischl, Rosalia Fleischl, je ½, grdb. übertr. an Rückel Reich, am 13. Okt. 1918.
" " Salzergasse 33, E.-Z. 819, bish. Bes. Clara Kary, grdb. übertr. an Robert Reiniger, am 7. Okt. 1918.
" " Schubertgasse 10, E.-Z. 855, bish. Bes. Friedrich Nephan, grdb. übertr. an Moritz Ploner, Wilhelmine Ploner, je ½, am 18. Okt. 1918.
" " Thurngasse 10, E.-Z. 1020, bish. Bes. Anton Fritsch, grdb. übertr. an Betty Gromann, Aloisia Schmidt, Katharina Feiller, je ⅓, am 12. Okt. 1918.
" " Thurngasse 6, E.-Z. 1028, bish. Bes. Marie Weber ½, grdb. übertr. an Karl Weber, Karl Franz Weber, je ¼, am 13. Okt. 1918.
" " Severingasse 18, E.-Z. 1151, bish. Bes. Anna Grazer, grdb. übertr. an Johann Grazer, Berta Grazer, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Wiesengasse 34, E.-Z. 1235, bish. Bes. Emil Führer, grdb. übertr. an Candidon Malfatti, Sparanza Malfatti, je ½, am 23. Okt. 1918.
" " Servitengasse 18, E.-Z. 1293, bish. Bes. Ferdinand Helm, Rosa Helm, je ½, grdb. übertr. an Richard Swetlik, am 18. Okt. 1918.
" " Altmüttergasse 5, E.-Z. 1522, bish. Bes. m. Hermine Weidholz 6/40, grdb. übertr. an Karl Bundschuh, Emmy Bundschuh, je 3/40, am 26. Okt. 1918.
" " Rögergasse 1 a, E.-Z. 1621, bish. Bes. Bela Erös de Bethlenfalva, grdb. übertr. an Richard Kola, am 31. Okt. 1918.
" " Löblichgasse 8, E.-Z. 1693, bish. Bes. die Sparkassa der Stadt Gmunden, grdb. übertr. an Bina Reinhold, am 8. Okt. 1918.
" " Löblichgasse 4, E.-Z. 1695, bish. Bes. die Sparkassa der Stadt Gmunden, grdb. übertr. an Tobias Cziel-Kahan, am 8. Okt. 1918.
" " Währingergürtel 146, E.-Z. 1952, bish. Bes. Siegmund J. Stern, Josef Aicher, je ½, grdb. übertr. an Wilhelm Glasner, am 5. Okt. 1918.

10. Bezirk, Favoriten, Columbusgasse 51, E.-Z. 218, bish. Bes. Max Werthner, grdb. übertr. an Josef Blaha, am 21. Sept. 1918.
" " Favoriten, Erlachgasse 142, E.-Z. 336, bish. Bes. Georg Kriegl, grdb. übertr. an Franz Kriegl, am 11. Okt. 1918.
" " Favoriten, Fernkorngasse 15, E.-Z. 420, bish. Bes. Georg Kriegl, Franz Kriegl, Hermann Kriegl, Roman Kriegl, je 1294/1680, grdb. übertr. an Regine Philipp 1294/1680, am 11. Okt. 1918.
" " Favoriten, Herzgasse 20, E.-Z. 565, bish. Bes. Wilhelm Gockel, grdb. übertr. an Augustin Nitsche, Barbara Nitsche, je ½, am 31. Okt. 1918.
" " Favoriten, Herzgasse 45, E.-Z. 586, bish. Bes. Ludwig Ruth, Emma Ruth, je ½, grdb. übertr. an Moses false Reiß-Weißbraun, Marzem relte Groß-Fruchtmann, je ½, am 5. Okt. 1918.
" " Favoriten, Favoritenstraße 177, E.-Z. 715, bish. Bes. Ferdinand Toman ⅓, grdb. übertr. an Berta Toman ⅓, am 10. Okt. 1918.
" " Favoriten, Karmarschgasse 24, E.-Z. 823, bish. Bes. Georg Kriegl, grdb. übertr. an Franz Kriegl, am 11. Okt. 1918.
" " Favoriten, Karmarschgasse 26, E.-Z. 825, bish. Bes. Georg Kriegl, grdb. übertr. an Franz Kriegl, am 11. Okt. 1918.
" " Favoriten, Neilreichgasse 33/35, E.-Z. 1201, bish. Bes. Andreas Francini ½, grdb. übertr. an Karoline v. Cerva ½, am 13. Okt. 1918.
" " Favoriten, Schröttergasse 2, E.-Z. 1500, bish. Bes. Anton Bühler, grdb. übertr. an Josef Schmidek, Leopoldine Schmidek, je ½, am 1. Okt. 1918.
" " Favoriten, Senefeldergasse 53, E.-Z. 1576, bish. Bes. Dr. Ferdinand Grünberger, grdb. übertr. an Dr. Albert Kann, am 1. Okt. 1918.
" " Favoriten, Siccardsburggasse 33, E.-Z. 1598, bish. Bes. Samuel Raucher, Regine Raucher, je ½, grdb. übertr. an Leopold Erdreich, Agnes Erdreich, je ½, am 12. Okt. 1918.

10. Bezirk, Favoriten, Gudrunstraße 144, E.-Z. 1660, bish. Bes. Christian Müller 1/4, grdb. übertr. an Rudolf Müller, Otto Müller, Friedrich Müller, je 1/12, am 24 Okt. 1918.
" " Favoriten, Gudrunstraße 146/148, E.-Z. 1663, bish. Bes. Christian Müller 1/4, grdb. übertr. an Rudolf Müller, Otto Müller, Friedrich Müller, je 1/12, am 24. Okt. 1918.
" " Favoriten, Waldgasse 8, E.-Z. 1796, bish. Bes. Vinzenz Ulbrich, Magdalena Ulbrich, je 1/2, grdb. übertr. an die prot. Firma Komenda & Komp., am 5. Okt. 1918.
" " Favoriten, Antonsplatz 4, E.-Z. 2281 bish. Bes. Theresia Havranek, grdb. übertr. an Gabriele Havranek, am 9. Okt. 1918.
" " Favoriten, Quellenstraße 6, E.-Z. 2403, bish. Bes. Theresia Gemeiner, grdb. übertr. an Emanuel Koutnik, Marie Koutnik, je 1/2, am 26 Okt. 1918.
" " Favoriten, Quellenstraße 29, E.-Z. 2728, bish. Bes. Theresia Postl, grdb. übertr. an Georg Svit, Amalia Svit, je 1/2, am 29. Okt. 1918.
" " Favoriten, Quellenstraße 33, E.-Z. 2810, bish. Bes. Ignaz Zahler, grdb. übertr. an Jakob Dub, am 2. Nov. 1918.
" " Favoriten, Klausenburgerstraße 24, E.-Z. 3014, bish. Bes. die Wiener Baukredit A.-G., grdb. übertr. an Anna Fürst, am 4. Okt. 1918.
" " Inzersdorf, Stadt, Siccardsburggasse 64, K.-Nr. 267, E.-Z. 267, bish. Bes. Anna Kovarik, grdb. übertr. an Adolf Gatter auch Gatterer, Rosa Gatter auch Gatterer, je 1/2, am 1. Okt. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Muhrengasse 58, K.-Nr. 456, E.-Z. 556, bish. Bes. Josef Hubeny, Anna Hubeny, je 1/2, grdb. übertr. an Elise Köhler, am 30. Okt. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Senefeldergasse 68, K.-Nr. 396, E.-Z. 584, bish. Bes. Franz Pros, Leopoldine Pros, je 1/2, grdb. übertr. an Israel Futtermann, am 31. Okt. 1918.
" " Inzersdorf-Stadt, Hardmuthgasse 137, K.-Nr. 675, E.-Z. 1388, bish. Bes. Ottilie Bocek, Christine Litosch, je 1/2, grdb. übertr. an Wilhelm Wigand, Franziska Wigand, je 1/2, am 9. Okt. 1918.
" " Oberlaa-Stadt, Laaerstraße 78, K.-Nr. 174, E.-Z. 83, bish. Bes. David Steger 1/2, grdb. übertr. an Fanni Steger 1/2, am 11. Okt. 1918.
" " Oberlaa-Stadt, Laaerstraße 80, K.-Nr. 237, E.-Z. 303, bish. Bes. David Steger 1/2, grdb. übertr. an Fanni Steger 1/2, am 11. Okt. 1918.
11. Bezirk, Kaiser-Ebersdorf, Kaiser-Ebersdorferstraße 177, K.-Nr. 192, E.-Z. 164, bish. Bes. Leopold Safer, Therese Safer, je 1/4, grdb. übertr. an Theodor Dworak, Anna Dworak, je 1/4, am 7. Okt. 1918.
" " Simmering, Simmeringer Hauptstraße 14, K.-Nr. 156, E.-Z. 147, bish. Bes. m. Elsa Bösel, Edmund Bösel, Marianne Bösel, je 1/4, Stephanie Francan 1/8, grdb. übertr. an Heinrich Unger, Barbara Unger, je 7/16, am 2 Okt. 1918.
" " Simmering, Simmeringer Hauptstraße 22, K.-Nr. 182, E.-Z. 172, bish. Bes. Wilhem Hurka, Anna Hurka, je 1/2, grdb. übertr. an Eduard Peter jun. 4/8, Artur Wannack 1/8, am 8. Okt. 1918.
" " Simmering, Enzinggasse 3, K.-Nr. 351, E.-Z. 339. bish. Bes. Karl Seifert 1/2, grdb übertr. an Therese Herbich, Helene Pechac, je 1/4. am 1 Okt. 1918.
" " Simmering, Wienergärten, K.-Nr. 535, E.-Z. 942, bish. Bes. m. Franz Straka, m. Marie Straka, je 1/16, grdb. übertr. an Georg Graber, Rosalie Graber, je 1/16, am 24. Okt. 1918.
" " Simmering, Grillgasse 32, K.-Nr. 888, E.-Z. 1736, bish. Bes. Maria Willheim, Dr. Max Fried, je 1/2, grdb. übertr an Franz Ujka, am 29. Okt. 1918.
" " Simmering, Grillgasse 36, K.-Nr. 893, E.-Z. 1739, bish. Bes. Marie Willheim, Dr. Max Friedf, je 1/2, grdb. übertr. an Therese Weigl 1/2, Franz Weigl, Otto Weigl, je 1/4, am 4. Okt. 1918.
" " Simmering, Schneidergasse 11/13, K.-Nr. 780, E.-Z. 1803, bish. Bes. Anton Strobel, Pauline Strobel, je 1/2, grdb. übertr. an Leser Cipora, Anna Kohn, je 1/2, am 12. Okt. 1918.
12. Bezirk, Altmannsdorf, Hetzendorferstraße 37, K.-Nr. 33, E.-Z. 81, bish. Bes. Ferdinand Ortner, grdb. übertr. an S. Siegmund Kandler, Minna Kandler, je 1/2, am 16. Okt. 1918.
" " Altmannsdorf, Biedermanngasse 5, K.-Nr. 175, E.-Z. 96, bish. Bes. Josef Kumpost, Theresia Kumpost, je 1/2, grdb. übertr. an Engelbert Figner, Leopoldine Ritschl, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
" " Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 155, K.-Nr. 117, E.-Z. 275, bish. Bes. Michaela Preinfalk, grdb. übertr. an Johann Lachnit, Anna Lachnit, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
" " Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 31, K.-Nr. 290, E.-Z. 457, bish. Bes. Antonie Bernhard 5/8, m. Karl Bernhard, m. Gabriele Bernhard, Anna Altieri, je 1/8, grdb. übertr. an Moses Goldstein, Rikel Goldstein, je 1/2, am 9. Okt. 1918.
12. Bezirk, Altmannsdorf, Altmannsdorferstraße 63, K.-Nr. 266, E.-Z. 776 bish. Bes. Johann Birke. grdb. übertr. an Friedrich August Dreibholz, am 15. Okt. 1918.
" " Gaudenzdorf, Kollmayergasse 2, K.-Nr. 93, E.-Z. 93, bish. Bes. Barbara Waza, grdb. übertr. an Marie Kleinrobatscher, am 12. Okt. 1918.
" " Gaudenzdorf, Längenfeldgasse 12, K.-Nr. 289, E.-Z 343, bish. Bes. Marie Arnold, grdb. übertr. an Gustav Pellischek, Josef Plachy, je 1/2, am 15. Okt. 1918.
" " Hetzendorf, Deutschmeistergasse 16, K.-Nr. 172, E.-Z. 107, bish. Bes. Anna Domma, grdb. übertr. an Johann Sasinka, am 5. Okt. 1918.
" " Hetzendorf, Hetzendorferstraße 81, K.-Nr. 2, E.-Z. 176, bish. Bes. Rudolf Ensle, Marie Ensle, je 1/2, grdb. übertr. an Franz Marquart, Katharina Marquart, je 1/2, am 8. Okt. 1918.
" " Hetzendorf, Hetzendorferstraße 80, K.-Nr. 28, E.-Z. 191, bish. Bes. Valentin Heller, grdb. übertr. an Emil Trumauer, Rosa Trumauer, je 1/2, am 9. Okt. 1918.
" " Hetzendorf, Hetzendorferstraße 68, K.-Nr. 35, E.-Z. 201, bish. Bes. Ernst Kledus, Laura Kledus, Gisela Dworak, die Oesterr. Bergmann-Elektrizitäts-Gesellschaft m. b. H. in Wien, grdb. übertr. an Marie Langer, am 6. Sept. 1918.
" " Ober-Meidling, Schönnbrunnerstraße 244, K.-Nr. 45, E.-Z. 40, bish. Bes. Friederike Schulda, grdb. übertr. an Karl Schulda, Josef Schulda, Katharina Ullmann, Friederike Ullmann, je 1/4, am 15. Okt. 1918.
" " Ober-Meidling, Frauenheimgasse 5, K.-Nr. 102, E.-Z. 100, bish. Bes. Justina Johanna Stager, grdb. übertr. an Johann Theißl, Marie Theißl, je 1/2, am 26. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Bivenotgasse 34, K.-Nr. 248, E.-Z. 248, bish. Bes. Rosina Soder, grdb. übertr. an Rudolf Forgatsch, am 15. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Pohlgasse 3, K.-Nr. 326, 327, 328 und 739, E.-Z. 326, bish. Bes. die Firma Brüder Bacher & Komp., grdb. übertr. an Firma „Tenax", Gesellschaft zur Erzeugung von Schuhsolen m. b. H., am 9. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Gatterholzgasse 6, K.-Nr. 382, E.-Z. 382, bish. Bes. Friederike Schulda, grdb. übertr. an Karl Schulda, Josef Schulda, Katharina Ullmann, Friederike Ullmann, je 1/4, am 15. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Fabriksgasse 10, K.-Nr. 393, E.-Z. 393, bish. Bes. Karoline Scheuermann 1/4. grdb. übertr. an Georg Scheuermann, Bernhard Scheuermann, je 1/8 am 5. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Gatterholzgasse 15, K.-Nr. 410, E.-Z. 410, bish. Bes. Anna Habres 1/2, Karl Frohmann 1/4, Theresia Frohmann 1/4, grdb. übertr. an Anastasia Nowotny, am 22. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Gatterholzgasse 15, K.-Nr. 466, E.-Z. 466, bish. Bes. Friederike Schulda, grdb. übertr. an Karl Schulda, Josef Schulda, Katharina Ullmann, Friederike Ullmann, je 1/4, am 15. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Rotenmühlgasse 38, K.-Nr. 481, E.-Z. 481, bish. Bes. Friederike Schulda, grdb. übertr. an Karl Schulda, Josef Schulda, Katharina Ullmann, Friederike Ullmann, je 1/4, am 15. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Albrechtsbergergasse 37, K.-Nr. 504, E.-Z. 504, bish. Bes. Gabriele Benak, grdb. übertr. an Ignaz Christoph, Philomena Christoph, je 1/2, am 16. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Rosaliagasse 17, K.-Nr. 562, E.-Z. 562, bish. Bes. Marie Kleinrobatscher, grdb. übertr. an Theresia Thalinger, am 18. Okt 1918.
" " Unter-Meidling, Sechtergasse 14, K.-Nr. 645, E.-Z. 645, bish. Bes. Adalbert Slanek (auch Slanec), Anna Slanek, je 1/4, grdb. übertr. an Viktor Brandstetter, Hermine Brandstetter, je 1/4, am 15. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Wilhelmstraße 27 a, K.-Nr. 817, E.-Z. 1195, bish. Bes. Franz Kosan, Marie Kosan, je 1/2, grdb. übertr. an Adalbert Slanec, Anna Slanec, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Fockygasse 15, K.-Nr. 1185, E.-Z. 2043, bish. Bes. Matthias Zaloha, Anna Zaloha je 1/2, grdb. übertr. an Otto Brunner, Rosina Brunner, je 1/2, am 31. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Arndtstraße 11, K.-Nr. 1283, E.-Z. 2182, bish. Bes. Hermann Stingl, Gisela Stingl, je 1/2, grdb. übertr. an Emilie Fitzthum, am 28. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Schallergasse 31. K.-Nr. 1325, E.-Z. 2233, bish. Bes. die Sparkasse Iserding, grdb. übertr. an Franz Mandl, Anna Mandl, je 1/2, am 2. Okt. 1918.
" " Unter-Meidling, Schallergasse 41, K.-Nr. 1331, E.-Z. 2239, bish. Bes. Leopold Jakob, Antonie Jakob, je 1/2, grdb. übertr. an Marie Tichy, am 31. Okt. 1918.
13. Bezirk, Ober-Baumgarten, Hütteldorferstraße 329, K.-Nr. 118, E.-Z 122, bish. Bes. Rosa Blum, Antonia Blum, Anna Blum je 1/3, grdb. übertr. an Johanna Pribitzer, verw. Janisch, am 5. Okt. 1918.

13. Bezirk, Ober-Baumgarten, Pierrongasse 4, K.-Nr. 266, E.-Z. 308, bish. Bes. Ritter v. Dr. Aurel Oncinl, grdb. übertr. an Johanna Grätzer, am 3. Okt. 1918.
" " Ober-Baumgarten, Felbigergasse 112, K.-Nr. 281, E.-Z. 335, bish. Bes. Anton Kobylik, grdb. übertr. an Siegmund Rudolf Födemessy, je ½, am 3. Okt. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Linzerstraße 247, K.-Nr. 4, E.-Z. 23, bish. Bes. Anna Schiedermayer ½, grdb. überr. an Josefa Holub ½, am 5. Okt. 1918.
" " Unter-Baumgarten, Salisgasse 3, K.-Nr. 333, E.-Z. 452, bish. Bes. Franz Fürpaß, grdb. übertr. an Josef Steinberger, Anna Steinberger, je ½, am 23. Sept. 1918.
" " Breitensee, Sportplatz 12, K.-Nr. 29, E.-Z. 36, bish. Bes. Dr. Friedrich Oesterreicher, Siegmund Oesterreicher, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 30. Okt. 1918.
" " Breitensee, Sampogasse 13, K.-Nr. 325, E.-Z. 47, bish. Bes. Ladislaus v. Csernohorsky, Stella v. Csernohorsky, je ½, grdb. übertr. an Rudolf Hankus, am 17. Okt. 1918.
" " Breitensee, Kuefsteingasse 46, K.-Nr. 294, E.-Z. 62, bish. Bes. Alcinde Mardetschläger, grdb. übertr. an Amandus Bauer, Leopoldine Bauer, je ½, am 18. Okt. 1918.
" " Breitensee, Graffigasse 1. K.-Nr. 198, E.-Z. 123, bish. Bes. m. Johann Gottwald 1/2, grdb. übertr. an Anton Haberzettel 5/288, m. Rudolf Gottwald 27/288, am 3. Okt. 1918.
" " Breitensee, Kienmayergasse 50, K.-Nr. 87, E.-Z. 278, bish. Bes. Maria Thuma ½, grdb. übertr. an Anton Thuma ½, am 18. Okt. 1918.
" " Breitensee, Kuefsteingasse 27, K.-Nr. 375, E.-Z. 731, bish. Bes. Franz Stiegler, Anna Stiegler, je ½, grdb. übertr. an Marianne Steinbrener, am 4. Okt. 1918.
" " Breitensee, Tiefendorfergasse 6, K.-Nr. 390, E.-Z. 763, bish. Bes. Jakob Liegler, Anna Liegler, je ½, grdb. übertr. an Gottlieb Jaroschka, Hermine Jaroschka, je ½, am 30. Okt. 1918.
" " Hacking, Am Schloßberg 19, K.-Nr. 131, E.-Z. 25, bish. Bes. Karl Prybila 1/3, grdb. übertr. an Walter Devide, Mathilde Devide, je 1/6, am 14. Sept. 1918.
" " Hietzing, Lainzerstraße 27, K.-Nr 172, E.-Z. 154, bish. Bes. Josefine Oberwalder, grdb. übertr. an Heinrich Bäuml, am 16. Okt. 1918.
" " Hietzing, Lainzerstraße 103, K.-Nr. 250, E.-Z. 205, bish. Bes. Herma Nicolitz, grdb. übertr. an Eugen Selzer, am 9. Okt. 1918.
" " Hietzing, Lainzerstraße 105, K.-Nr. 260, E.-Z. 215, bish. Bes. Marie Liemert, verehl. Freifrau Czedik v. Bründelsberg u. Eysenberg 4/6, Dr. Robert Freiherr v. Czedik 2/6, grdb. übertr. an Margarete Gräfin Wurmbrand, am 5. Okt. 1918.
" " Hietzing, Hügelgasse 5, K.-Nr. 279, E.-Z. 232, bish. Bes. Isidor Schwarz 1/4 Helene Schwarz 3/4, grdb. übertr. an Richard Wüstl, am 15. Okt. 1918.
" " Hietzing, Hietzinger Hauptstraße 41, K.-Nr. 335, E.-Z. 305, bish. Bes. Fürstin Rudolf Lobkowitz, grdb. übertr. an Marie v. Hütterolt, am 24. Okt. 1918.
" " Hietzing, Maxingstraße 64, K.-Nr. 394, E.-Z. 515, bish. Bes. Franz Gietler, grdb. übertr. an Franz Stiegler, Anna Stiegler, je ½, am 8. Okt. 1918.
" " Hietzing, Maxingstraße 66, K.-Nr. 395, E.-Z. 516, bish. Bes. Franz Gietler, grdb. übertr. an Franz Stiegler, Anna Stiegler, je ½, am 8. Okt. 1918.
" " Hütteldorf, Bahnhofstraße 11, K.-Nr. 234, E.-Z. 46, bish. Bes. Raimund Kraneiser, grdb. übertr. an Hermine Kraneiser, am 8. Okt. 1918.
" " Hütteldorf, Rosenthalgasse 5, K.-Nr. 97, E.-Z. 104, bish. Bes. Josef Herberth, grdb. übertr. an Rosa Herbert 1/4, m. Marie Herberth, m. Karl Herberth, je 3/8, am 14. Okt. 1918.
" " Hütteldorf, Wolfersberggasse 8, K.-Nr. 146, E.-Z. 132, bish. Bes. Franz Albertini, grdb. übertr. an Jeanette Weißmann, Gustav Susicky, je ½, am 23 Okt. 1918.
" " Hütteldorf, Linzerstraße 352, K.-Nr. 310, E.-Z. 235, bish. Bes. Josef Herberth jun., grdb. übertr. an Rosa Herberth 1/4, m. Marie Herberth, m. Karl Herberth, je 3/8, am 14. Okt. 1918.
" " Lainz, Wambachergasse 16, K.-Nr. 140, E.-Z. 330, bish. Bes. Theodor Englisch, grdb. übertr. an Antonie Englisch, am 23. Okt. 1918.
" " Lainz, Gobergasse 54, K.-Nr. 187, E.-Z. 497, bish. Bes. Georg Unterberger, grdb. übertr. an Dr. Ernst Raimund, am 17. Okt. 1918.
" " Penzing, Penzingerstraße 67, K.-Nr. 49, E.-Z. 78, bish. Bes. Johann Zellmayer ½, grdb. übertr. an Karoline Zellmayer ½, am 9. Okt. 1918.
" " Penzing, Hadikgasse 68, K.-Nr. 334, E.-Z. 80, bish. Bes. Else Heller, grdb. übertr. an Marie Fischel, am 22. Okt. 1916.
" " Penzing, Steckhovengasse 22, K.-Nr. 808, E.-Z. 369, bish. Bes. Margarete Gräfin Wurmbrand-Stuppach, grdb. übertr. an Baron Hugo Wattmann-Maelcamp-Beaulieu, am 19. Okt. 1918.

13. Bezirk, Penzing, Hietzingerkai 89, K.-Nr. 319, E.-Z. 374, bish. Bes. Dominik Matecka, grdb. übertr. an Julius Hemmer, Marie Hemmer, je ½, am 24. Okt. 1918.
" " Penzing, Hietzingerkai 91, K.-Nr. 339, E.-Z. 375, bish. Bes. Matthias Kasehs, Adolf Kasehs, je ½, grdb. übertr. an Wilhelm Heyveter, Marie Heypeter, je ½, am 29. Okt. 1918.
" " Penzing, Onno Klopp-Gasse 8, K.-Nr. 949, E.-Z. 423, bish. Bes. die Steiermärkische Sparkassa, grdb. übertr. an Georg Moritz Steiner, am 6. Okt. 1918.
" " Penzing, Hollergasse 21, K.-Nr. 578, E.-Z. 662, bish. Bes. Alvin Ritter v. Stein, grdb. übertr. an Adalbert Jerabek, Barbara Jerabek, je ½, am 2. Okt. 1918.
" " Penzing, Gurkgasse 57, K.-Nr. 918, E.-Z. 936, bish. Bes. Johann Kreiner, Aloisia Kreiner, je ½, grdb. übertr. an Edmund Könnecke, am 25. Okt. 1918.
" " Penzing, Fünfkgasse 10, E.-Z. 1052, E.-Z. 1029, bish. Bes. Marcus Seinfeld, Regine Seinfeld, je ½, grdb. übertr. an Samuel Epstein, Eugenie Epstein, je ½, am 28. Okt. 1918.
" " Penzing, Hütteldorferstraße 181, K.-Nr. 958, E.-Z. 1209, bish. Bes. Irma v. Rathonyi, grdb. übertr. an Marie Eiles-Sopron, Dr. Karoline Rathenyi v. Sopran, Eva Gerlitz v. Sopron, Elisabeth Rathenyi v. Sopron, je 1/4, am 19. Okt. 1918.
" " Penzing, Rupertgasse 3, K.-Nr. 1115, E.-Z. 1586, bish. Bes. Hedwig Lehrfreund, Wanda Steinhaus, je ½, grdb. übertr. an Franz Bala, am 25. Okt. 1918.
" " Penzing, Tybergasse 10, K.-Nr. 866, E.-Z. 1665, bish. Bes. Anna Pirringer, Ida Woska, je ½, grdb. übertr. an August Stützer, am 18 Okt. 1918.
" " Penzing, Hadikgasse 100 a, K.-Nr. 771, E.-Z. 1670, bish. Bes. Karl Fischer, Rosa Fischer, je ½, grdb. übertr. an Anna Müllner, am 4. Okt. 1918.
" " Penzing, Penzingerstraße 39, K.-Nr. 1117, E.-Z. 1806, bish. Bes. Ladislaus Graf Zichy, Julianne Gräfin Zichy, je ½, grdb. übertr. an Chaim Ehrenstein, Dobia Ehrenstein, je ½, am 15. Okt. 1918.
" " Speising, Speisingerstraße 24, K.-Nr. 13, E.-Z. 25, bish. Bes. Marie Eckenstorfer, Josef Eckenstorfer, je ½, grdb. übertr. an Franz Himml, Karoline Himml, je ½, am 1. Okt. 1918.
" " Ober-St. Veit, Bitusgasse 3, K.-Nr. 24, E.-Z. 25, bish. Bes. Karl Stadler 1/3, grdb. übertr. an Henriette Grünsteidl, Leopoldine Kühas, je 1/6, am 22. Okt. 1918.
" " Ober-St. Veit, Einsiedeleigasse 27, K.-Nr. 149, E.-Z. 35, bish. Bes. Rudolf Fuchs, grdb. übertr. an Leopold Heidrich, Marie Heidrich, je ½, am 23. Okt. 1918.
" " Ober-St. Veit, Auhofstraße 134, K.-Nr. 137, E.-Z. 182, bish. Bes. Anna Biedermann, grdb. übertr. an Anton Chmelar. am 15. Okt. 1918.
" " Ober-St. Veit, Tursgasse 15, K.-Nr. 311, E.-Z. 268, bish. Bes. Edwin Tanzen, grdb. übertr. an Viktoria Pawlas, am 18. Okt. 1918.
" " Ober-St. Veit, Suppégasse 9, K.-Nr. 405, E.-Z. 1230, bish. Bes. Dr. Alexander Kulaczkowsky 3/4, Helene Kulaczkowsky 1/4, grdb. übertr. an Gräfin Elisabeth Gatterburg, am 11. Okt. 1918.
" " Ober-St. Veit, Auhofstraße 120 a, K.-Nr. 577, E.-Z. 1428, bish. Bes. Franz Baumann, grdb. übertr. an Gisela Pohl, am 24. Okt. 1918.
" " Unter-St. Veit, Auhofstraße 39, K.-Nr. 44, E.-Z. 39, bish. Bes. Georg Franz Pöhlmann ½, grdb. übertr. an Katharina Mittermüller ½, am 19. Okt. 1918.
" " Unter-St. Veit, St. Veitgasse 42, K.-Nr. 48, E.-Z. 43, bish. Bes. Anton Bauer, Karoline Steiner, m. Rudolf Bauer, je 1/3, grdb. übertr. an Johann Wit, Karoline Wit, je ½, am 16. Okt. 1918.
" " Unter-St. Veit, Reichgasse 18, K.-Nr. 137, E.-Z. 125, bish. Bes. Gustav Hefter ½, grdb. übertr. an Leontine Hefter ½, am 5. Okt. 1918.
" " Unter-St. Veit, Eitelbergergasse 1, K.-Nr. 151, E.-Z. 206, bish. Bes. Minna Deiber, grdb. übertr. an Eugenie Walter, am 11. Okt. 1918.
" " Unter St. Veit, Auhofstraße 78 a, K.-Nr. 270, E.-Z. 296, bish. Bes. Alexander Ritter v. Bogucki, grdb. übertr. an Elisabeth Pfarrwaller, am 3. Okt. 1918.

14. Bezirk, Rudolfsheim, Sechshauserstraße 86, K.-Nr. 129, E.-Z. 129, bish. Bes. Vinzenz Winkler, grdb. übertr. an Johann Werner, Marie Werner, je ½, am 21. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Stättermayergasse 16, K.-Nr. 661, E.-Z. 239, bish. Bes. Josefa Hojecek, grdb. übertr. an Ernestine Löwinger, am 16. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Arnsteingasse 2, K.-Nr. 287, E.-Z. 287, bish. Bes. der St. Antonius-Asy verein, grdb. übertr. an Ferdinand Pierer, am 5. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Arnsteingasse 4, K.-Nr. 293, E.-Z. 293, bish. Bes. der St. Antonius-Asylverein, grdb. übertr. an Ferdinand Pierer, am 5. Okt. 1918.

14. Bezirk, Rudolfsheim, Reichsapfelgasse 21, K.-Nr. 338, E.-Z. 338, bish. Bes. Paul Brum 5/6, grdb. übertr. an Ida Neuhauser, Rosa Wolmut, je 1/2, am 24. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Benedikt Schellinger-Gasse 20, K.-Nr. 461, E.-Z. 461, bish. Bes. Karl Lößnitz 1/2, gdb. übertr. an Dr. Fritz Schenk, Dr. Eugen Schenk, Dr. Johann Schenk, je 1/9, am 25. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Sturzgasse 44, K.-Nr. 1074, E.-Z. 787, bish. Bes. Aurel Dunkel, Lina Dunkel, je 1/2, grdb. übertr. an Andreas Prileßnig, Anna Prileßnig, je 1/2, am 5. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Johnstraße 57, K.-Nr. 996, E.-Z. 813, bish. Bes. Samuel Sachs, Franziska Sachs, je 1/2, grdb. übertr. an Samuel David, Paula David, je 1/2, am 3. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Goldschlagstraße 88, K.-Nr. 825, E.-Z. 1018, bish. Bes. Marie Hackenberger 1/2, grdb. übertr. an Alois Hackenberger 1/2, am 16. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Sueßgasse 10, K.-Nr. 886, bish. Bes. Katharina Wrana, grdb. übertr. an Ladislaus v. Csernohorszky, Stella v. Csernohorszky, je 1/2, am 3. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Neubergengasse 10, K.-Nr. 946, E.-Z. 1332, bish. Bes. Adolf Willichshofer 1/2, grdb. übertr. an Emm Boka 1/2, am 4. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Jadengasse 16, K.-Nr. 863, E.-Z. 1393, bish. Bes. Anton Tauchner, grdb. übertr. an Anna Rauscher, am 27. Sept. 1918.
" " Rudolfsheim, Wurmsergasse 23, K.-Nr. 906, E.-Z. 1397, bish. Bes. Adolf Swoboda, grdb. übertr. an Wenzel Jansky, am 4. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Flachgasse 49, K.-Nr. 923, E.-Z. 1408, bish. Bes. Hermann Paff, Franz Paff, je 1/2, grdb. übertr. an Artur Frankl, am 9. Okt. 1918.
" " Rudolfsheim, Beckmanngasse 78, K.-Nr. 894, E.-Z. 1413, bish. Bes. Frieda Toch, grdb. übertr. an Albert Reich, Therese Reich, je 1/2, am 26. Okt. 1918.
" " Sechshaus, Rauchfangkehrergasse 10, K.-Nr. 30, E.-Z. 30, bish. Bes. Josefa Partaj, grdb. übertr. an David Deutsch, Sarah Deutsch, je 1/2, am 30. Okt. 1918.
" " Sechshaus, Diefenbachgasse 35, K.-Nr. 369, E.-Z. 369, bish. Bes. Marie Woral, grdb. übertr. an Hans Prutscher, Anton Prutscher, je 1/2, am 4. Okt. 1918.

15. Bezirk, Sechshauserstraße 18, K.-Nr. 93, E.-Z. 93, bish. Bes. Anton Schramm 1/2, grdb. übertr. an Marie Schramm, Anton Schramm, Margarete Stöhr, je 3/16, am 21. Okt. 1918.
" " Herklotzgasse 33, K.-Nr. 106, E.-Z. 106, bish. Bes. Simon Duschinsky 2/10, Leon Duschinsky, Max Duschinsky, je 1/10, grdb. übertr. an Leo Meier 4/10, am 24. Okt. 1918.
" " Dingelstedtgasse 17, K.-Nr. 200, E.-Z. 200, bish. Bes. Verlassenschaft nach Edmund Hatzinger, Franziska Hatzinger, je 1/2, grdb. übertr. an Ludwig Sauer, Anna Sauer, je 1/2, am 18. Okt. 1918.
" " Turnergasse 15, K.-Nr. 491, E.-Z. 482, bish. Bes. Josefine Paschler, grdb. übertr. an Johann Albrecht, Josefine Albrecht, je 1/2, am 3. Okt. 1918.
" " Mariahilfergürtel 25, K.-Nr. 531, 532, 533, 534, E.-Z. 520, bish. Bes. Amalia Muracher 1/5, grdb. übertr. an m. Isabella Muracher, m. Helene Muracher, m. Matthäus Muracher, je 1/15, am 21. Okt. 1918.
" " Reithofferplatz 15, K.-Nr. 598, E.-Z. 554, bish. Bes. Leopoldine Jocham 1/5, grdb. übertr. an Alfred Jocham, Hans Jocham je 1/10, am 21. Okt. 1918.
" " Stutterheimgasse 8, K.-Nr. 961, E.-Z. 1275, bish. Bes. Max Kreisler, grdb. übertr. an Josef Kebhart, Anna Kebhart je 1/2, am 12. Okt. 1918.
" " Stutterheimgasse 10, K.-Nr. 962, E.-Z. 1276, bish. Bes. Max Kreisler, grdb. übertr. an den Vereitschafts-Verein für soziale Arbeit und zur Verbreitung sozialer Kenntnisse, am 11. Okt. 1918.

16. Bezirk, Neulerchenfeld, Gaullachergasse 30, K.-Nr. 374, E.-Z. 17, bish. Bes. Andreas Kirchmayer, grdb. übertr. an Dr. Markus Herzmann, am 12. Okt. 1918.
" " Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 43, K.-Nr. 51, E.-Z. 160, bish. Bes. Benjamin Schee, Antonie Schee, je 1/2, grdb. übertr. an Erwin Hajek, Emilie Hajek, je 1/2, am 30. Okt. 1918.
" " Neulerchenfeld, Grundstetngasse 10, K.-Nr. 8, E.-Z. 187, bish. Bes. Paul Otto Liers, grdb. übertr. an Karl Dobek, am 23. Okt. 1918.
" " Neulerchenfeld, Grundsteingasse 64, K.-Nr. 37, E.-Z. 231, bish. Bes. Max Rohacek, Marie Rohacek, je 1/2, grdb. übertr. an Wenzel Aujezdsky, Marie Aujezdsky, je 1/2, am 30. Okt. 1918.
" " Neulerchenfeld, Thaliastraße 7, K.-Nr. 550, E.-Z. 278, bish. Bes. Adam Bärnklau, Anna Bärnklau, je 1/2, grdb. übertr. an Max Bärnklau, Anna Bärnklau, je 1/2, am 14. Okt. 1918.

16. Bezirk, Neulerchenfeld, Hasnerstraße 49, K.-Nr. 390, E.-Z. 341, bish. Bes. Adolf Furchheimer, grdb. übertr. an Anna Schreiner, am 13. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 3, K.-Nr. 249, E.-Z. 452, bish. Bes. Marie Haizenknecht, Karl Haizenknecht, je 754/20000, grdb. übertr. an Rosina Therese Schmidt, je 754/10000, am 7. Sept. 1918.
" " Neulerchenfeld, Fröbelgasse 35, K.-Nr. 415, E.-Z. 550, bish. Bes. Ludwig Kaim, Helene Kaim, je 1/2, grdb. übertr. an Nestor Nazy, Rosina Nazy, je 1/2, am 30. Okt. 1918.
" " Neulerchenfeld, Herbststraße 48, K.-Nr. 667, E.-Z. 703, bish. Bes. Hetnrich Flos, grdb. übertr. an Silvester Kubin, Josefine Kubin, je 1/2, am 12. Okt. 1918.
" " Ottakring, Ottakringerstraße 29, K.-Nr. 67, E.-Z. 19, bish. Bes. Karl Schatzinger, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 25. Okt. 1918.
" " Ottakring, Degengasse 24, K.-Nr. 1112, E.-Z. 251, bish. Bes. Antonie Marik, grdb. übertr. an Anton Marik, am 2. Okt. 1918.
" " Ottakring, Blumberggasse 19, K.-Nr. 464, E.-Z. 532, bish. Bes. Klara Lang 1/6, grdb. übertr. an Julianna Hroch 1/24, Marie Reif 1/24, Karoline Freßmann 1/24, Leopoldine Hysam 1/12, Heinrich Schindler 1/12, Marie Schindler 1/12, am 16. Okt. 1918.
" " Ottakring, Friedrich Kaiser-Gasse 39, K.-Nr. 212, E.-Z. 554, bish. Bes. Anna Vogl, verehel. Hoffmann, grdb. übertr. an Antonie Zezula, am 1. Okt. 1918.
" " Ottakring, Reinhardtgasse 21, K.-Nr. 130, E.-Z. 903, bish. Bes. Johann Hoydn, Anna Hoydn, je 1/2, grdb. übertr. an Chaje (Klara) Weintraub, am 30. Okt. 1918.
" " Ottakring, Blumberggasse 2, K.-Nr. 357, E.-Z. 1000, bish. Bes. Josef Söllner, Marie Söllner, Nachkommenschaft der Marie Söllner, je 1/3, grdb. übertr. an Ludwig Lehner, Anna Lehner, je 1/2, am 29. Okt. 1918.
" " Ottakring, Hubergasse 11, K.-Nr. 333, E.-Z. 1223, bish. Bes. Hugo Dippel 28/40, grdb. übertr. an Marie Sturm 7/40, Leopoldine Floigl 21/40, am 28. Okt. 1918.
" " Ottakring, Deinhardsteingasse 32, K.-Nr. 522, E.-Z. 1254, bish. Bes. Rosa Pfeiffer, Therese Derschatta, je 1/3, grdb. übertr. an Josef Schön 2/3, am 24. Okt. 1918.
" " Ottakring, Friedrich Kaiser-Gasse 50, K.-Nr. 413, E.-Z. 1292, bish. Bes. Mathilde Czerner, Alma Seidler, Eduard Schuberth, Josef Schuberth, Frieda Roßmanith, je 1/6, grdb. übertr. an Fischer & Weigler, am 19. Okt. 1918.
" " Ottakring, Hasnerstraße 131, K.-Nr. 1047, E.-Z. 1724, bish. Bes. Martin Windbichler 1/2, grdb. übertr. an Johann Windbichler, Anna Windbichler, je 1/4, am 19. Okt. 1918.
" " Ottakring, Habichergasse 29, K.-Nr. 1168, E.-Z. 2461, bish. Bes. Josef Emanuel Heller, grdb. übertr. an Viktor Krehon, am 30. Okt. 1918.
" " Ottakring, Klausgasse 21, K.-Nr. 2182, E.-Z. 2858, bish. Bes. Anton Schrener, grdb. übertr. an Barbara Fiedler, Eduard Fiedler, je 1/2, am 5. Okt. 1918.
" " Ottakring, Haymerlegasse 18, K.-Nr. 1824, E.-Z. 2925, bish. Bes. Therese Krausgruber, grdb. übertr. an Anna Hahn, am 24. Okt. 1918.
" " Ottakring, Rankgasse 27, K.-Nr. 1907, E.-Z. 3226, bish. Bes. Michael Peckhart, Therese, Peckhart, je 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Wieser, am 24. Okt. 1918.
" " Ottakring, Lienfeldergasse 60 a, K.-Nr. 2142, E.-Z. 3395, bish. Bes. August Blamm, Marie Wimazal, je 1/2, grdb. übertr. an August Vinciguerra, am 3. Okt. 1918.
" " Ottakring, Wattgasse 4, K.-Nr. 2122, E.-Z. 3399, bish. Bes. Paul Witreich 1/2, grdb. übertr. an Ludwig Witreich 1/2, am 25. Okt. 1918.
" " Ottakring, Odoakergasse 21, K.-N. 1127, 1277, E.-Z. 2183, bish. Bes. Paul Deutsch, Felix Rottberger, je 1/2, grdb. übertr. an die Oesterr. Industriewerke Wachalowsky, Eißler & Co. A.-G., am 12. Okt. 1918.

17. Bezirk, Dornbach, Zwerngasse 18, K.-Nr. 145, E.-Z. 64, bish. Bes. Julie Isabella Juhn, grdb. übertr. an Elisabeth Hansel, am 12. Okt. 1918.
" " Dornbach, Promenadegasse 55, K.-Nr. 178, E.-Z. 239, bish. Bes. Johanna Hahn, Marie Urbisch, Elisabeth Nimmerrichter, je 1/3, grdb. übertr. an Erhard Schaffler, Marie Schaffler, je 1/2, am 4. Okt. 1918.
" " Dornbach, Andergasse 64, K.-Nr. 104, E.-Z. 281, bish. Bes. Anton Burian, Marie Burian, je 1/2, grdb. übertr. an Johanna Schwenk, Auguste Schwenk, Margarete Schwenk, je 1/3, am 22. Okt. 1918.
" " Dornbach, Braungasse 13, K.-Nr. 304, E.-Z. 638, bish. Bes. Olga Taußky, grdb. übertr. an Heinrich Ast, Marie Ast, je 1/2, am 27. Okt. 1918.
" " Hernals, Weißgasse 31, K.-Nr. 28, E.-Z. 28, bish. Bes. Bertold Schindler, Berta Schindler, je 1/2, grdb. übertr. an Alois Pöllhuber, Rosina Pöllhuber, je 1/2, am 7. Okt. 1918.

17. Bezirk, Hernals, Geblergasse 64, K.-Nr. 72, E.-Z. 77, bish. Bes. Adele Lewie, grdb. übertr. an Elisabeth Polt, am 11. Okt. 1918.
" " Hernals, Gschwandnergasse 38, K.-Nr. 1565, E.-Z. 167, bish. Bes. Karoline Knoblich ½, grdb. übertr. an Emil Knoblich ½, am 4. Okt. 1918.
" " Hernals, Ottakringerstraße 94, K.-Nr. 210, E.-Z. 328, bish. Bes. Klara Lang 1/6, grdb. übertr. an Julianna Hroch, Marie Reif, Karoline Fießmann, je 1/24, Leopoldine Hysam, J. Heinrich Schindler, Marie Schindler, je 1/72, am 21. Okt. 1918.
" " Hernals, Steinergasse 3, K.-Nr. 42, E.-Z. 374, bish. Bes. Andreas Himmel, Gisela Kirmayer, Ludwig Lankotka, grdb. übertr. an Artur Rosenthal, Klariſſe Rosenthal, je ½, am 24. Okt. 1918.
" " Hernals, Kalvarienberggasse 17, K.-Nr. 68, E.-Z. 417, bish. Bes. Siegmund J Stern, Dr. Josef Stern, je ½, grdb. übertr. an Karl Kugler, am 5. Okt. 1918.
" " Hernals, Lorenz Bayer-Platz 4, K.-Nr. 1115, E.-Z. 593, bish. Bes. Fritz Huber, grdb. übertr. an Lina Schmidt, am 6. Okt. 1918.
" " Hernals, Nattergasse 15, K.-Nr. 681, E.-Z. 594, bish. Bes. Johann Pleska, grdb. übertr. an Albin Schmidt, am 5. Okt. 1918
" " Hernals, Weidmanngasse 32, K.-Nr. 508, E.-Z. 823, bish. Bes. Johann Wichtl, Theresia Wichtl, je ½, grdb. übertr. an Leopold Koch, Rosa Koch, je ½, am 30. Okt. 1918.
" " Hernals, Leopold Ernst-Gasse 12, K.-Nr. 5.5, E.-Z. 902, bish. Bes. Franz Denninger, Barbara Denninger, je ½, grdb. übertr. an Ferdinand Glazmeier, am 1. Okt. 1918.
" " Hernals, Antonigasse 73, K.-Nr. 479, E.-Z. 1013, bish. Bes. Karl Leinfellner 8/16, grdb. übertr. an Josef Brenner 8/16, am 10. Okt. 1918.
" " Hernals, Sautergasse 13, K.-Nr. 1472, E.-Z. 1208, bish. Bes. Golde Friedl 1/10, grdb. übertr. an Lola Kieſelſtein 1/10, am 25. Okt. 1918.
" " Hernals, Ottakringerstraße 7, K.-Nr. 330, E.-Z. 1586, bish. Bes. Heinrich Prey 2/3, Sophie Brooke 1/3, grdb. übertr. an Ignaz Peschak, am 14. Sept. 1918.
" " Hernals, Pezzigasse 53, K.-Nr. 1428, E.-Z. 1440, bish. Bes. Karl Holub, grdb. übertr. an Franz Dobena, am 3. Okt. 1918.
" " Hernals, Lacknergasse 36, K.-Nr. 1480, E.-Z. 1478, bish. Bes. Hermann Lorenz, Leopoldine Lorenz, je ½, grdb. übertr. an Josef Hoyna, am 2. Okt. 1918.
" " Hernals, Schadinagasse 12, K.-Nr. 1576, E.-Z. 1805, bish. Bes. Isaak Pinkas Adler, Betti Adler, je ½, grdb. übertr. an Josef Rambouſek, Anna Rambouſek, je ½, am 23. Okt. 1918.
" " Hernals, Rosensteingasse 75, K.-Nr. 1657, E.-Z. 1821, bish. Bes. Anna Maly 1/4, grdb. übertr. an Karl Ziegler 1/4, am 8. Okt. 1918.
" " Hernals, Rosensteingasse 75, K.-Nr. 1675, E.-Z. 1821, bish. Bes. Anton Maly 1/4, grdb. übertr. an Therese Ziegler 1/4, am 8. Okt. 1918.
" " Hernals, Gschwandnergasse 40, K.-Nr 1564, E.-Z. 1867, bish. Bes. Karoline Knoblich ½, grdb. übertr. an Emil Knoblich ½, am 4. Okt. 1918.

18. Bezirk, Gersthof, Gersthoferstraße 145, K.-Nr. 14, E.-Z. 17, bish. Bes. Gustav Kaspar 1/6, grdb. übertr. an Siegmund Hayek 1/6, am 19. Okt. 1918.
" " Gersthof, Schindlergasse 26, K.-Nr. 337, E.-Z. 74, bish. Bes. Josef Franz Krasl, grdb. übertr. an Josef Thallmayer, Josefine Thallmayer, je ½, am 1. Okt. 1918.
" " Gersthof, Salierigasse 18, K.-Nr. 175, E.-Z. 247, bish. Bes. Johann Rößl, grdb. übertr. an Olga Taußky, am 17. Okt. 1918.
" " Gersthof, Ladenburggasse 31, K.-Nr. 230, E.-Z. 293, bish. Bes. Elisabeth Amberger, grdb. übertr. an Karl Woytacek, am 11. Okt. 1918.
" " Gersthof, Ferrogasse 20, K.-Nr. 170, E.-Z. 391, bish. Bes. Cirillo Paganini, grdb. übertr. an Markus Steuermann, Regina Steuermann, je ½, am 1. Okt. 1918.
" " Gersthof, Erndtgasse 36, K.-Nr. 584, E.-Z. 429, bish. Bes. Josef Rudolf Schmeidel, grdb. übertr. an Leopold Morgenstern, Friederike Morgenstern, je ½, am 16. Okt. 1918.
" " Gersthof, Ferragasse 32, K.-Nr. 442, E.-Z. 855, bish. Bes. Josef Skoumal, Anna Skoumal, je ½, grdb. übertr. an Adam Nekam, am 12. Okt. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 59, K.-Nr. 96, E.-Z. 194, bish. Bes. Wilhelm Ginsberg, grdb. übertr. an Jakob Gartner, am 17. Okt. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 118, K.-Nr. 46, E.-Z. 319, bish. Bes. Maximlian Kraus, grdb. übertr. an Hermann Steiner, am 17. Okt. 1918.
" " Pötzleinsdorf, Glanzinggasse 19, K.-Nr. 300, E.-Z. 732, bish. Bes. Jakob Rosenhek ½, grdb. übertr. an Ludwig Rothmüller ½, am 11. Okt. 1918.

18. Bezirk, Weinhaus, Gentzgasse 146, K.-Nr. 86, E.-Z. 26, bish Bes. Klara Barta, grdb. übertr. an Rosa Wanner, am 31. Okt. 1918.
" " Weinhaus, Gentzgasse 113, K.-Nr. 53, E.-Z. 33, bish. Bes. Franz Andre, Elise Andre, je ½, grdb. übertr. an Helene Fuhrmann, Otto Andre, Elisabeth Andre, je 1/3, am 11. Okt. 1918.
" " Währing, Theresiengasse 48, K.-Nr. 1114, E.-Z. 6, bish. Bes. Franz Buchner, Ida Buchner, je 1/4, grdb. übertr. an Friedrich Mencik ½, am 9. Aug. 1918.
" " Währing, Währingerstraße 94, K.-Nr. 212, E.-Z. 8, bish. Bes. Elsbeth, Ragette, grdb. übertr. an Stephanie Mandl, am 19. Okt. 1918.
" " Währing, Gymnasiumstraße 18, K.-Nr. 1320, E.-Z. 68, bish. Bes. Jakob Loidolt, Theresia Loidolt, je 1/4, grdb. übertr. an Hedwig Samek ½, am 5. Okt. 1918.
" " Währing, Gentzgasse 72, K.-Nr. 61, 62, 63, E.-Z. 119, bish. Bes. Richard Malzer ½, grdb. übertr. an Anna Moißl ½, am 23. Okt. 1918.
" " Währing, Gentzgasse 52, K.-Nr. 51, E.-Z. 121, bish. Bes. Agnes Burghart, grdb. übertr. an Oswald Burghart, Hermine Lemberger, je ½, am 11. Oktober 1918.
" " Währing, Theresiengasse 15, K.-Nr. 346, E.-Z 454, bish. Bes. Barbara Gebhart, grdb. übertr. an Dionys Cigalle, Emma Cigalle, je ½, am 1. Okt. 1918.
" " Währing, Schumanngasse 43, K.-Nr. 601, E.-Z. 477, bish. Bes. Josef Bauer ½, grdb. übertr. an Marie Bauer 1/4, Anna Bayer, Emilie Bauer, je 1/3, am 12. Sept. 1918.
" " Währing, Staudgasse 21, K.-Nr. 584, E.-Z. 594, bish. Bes. Leopold Jirsa 1/3, grdb. übertr. an Marie Jirsa 1/3, am 17. Sept. 1918.
" " Währing, Kreuzgasse 29, K.-Nr. 227, E.-Z. 627, bish. Bes. Heinrich Brettauer, grdb. übertr. an Ignaz Dubsky, am 23. Sept. 1918.
" " Währing, Anna Frauer-Gasse 5, K.-Nr. 923, E.-Z. 795, bish. Bes. Katharina Mayerhofer ½, Karl Mayerhofer, Emilie Mayerhofer, Josef Mayerhofer, je 1/6, grdb. übertr. an Adele Lewie, am 23. Okt. 1918.
" " Währing, Währingergürtel 67, K.-Nr. 998, E.-Z. 835, bish. Bes. Margarete Gräfin Wurmbrand 1/14, grdb. übertr. an Josef Eilenberger, Ludowika Eilenberger, je 1/28, am 28. Sept. 1918.
" " Währing, Währingergürtel 69, K.-Nr. 997, E.-Z. 843, bish. Bes. Margarete Gräfin Wurmbrand 1/14, grdb. übertr. an Josef Eilenberger, Ludowika Eilenberger, je 1/28, am 28. Sept. 1918.
" " Währing, Währingergürtel 105, K.-Nr. 1055, E.-Z. 885, bish. Bes. Josef Müller ½, Melitta Reisch 1/6, Frieda Strohmer 1/3, grdb. übertr. an Wilhelm Raubitschek, Else Raubitschek, je ½, am 4. Okt. 1918.
" " Währing, Kreuzgasse 20, K.-Nr. 651, E.-Z. 998, bish. Bes. Franziska Meyer, grdb. übertr. an Theodor Ritter v. Mayer, Eugenie v. Meyer, je ½, am 26. September 1918.
" " Währing, Karl Beck-Gasse 29, K.-Nr. 1270, E.-Z. 1646, bish. Bes. Georg Oberhauser, Marie Oberhauser, je ½, grdb. übertr. an Alois Erthal, Theresia Erthal, je ½, am 10. Okt. 1918.
" " Währing, Sternwartestraße 11, K.-Nr. 1244, E.-Z. 1648, bish. Bes. Ferdinand Fellner, grdb. übertr. an Robert Reiner jun., am 21. Sept. 1918.
" " Währing, Sternwartestraße 9, K.-Nr. 1243, E.-Z. 1659, bish. Bes. Ferdinand Fellner, grdb. übertr. an Robert Reiner jun., am 21. Sept. 1918.
" " Währing, Michaelerstraße 33, K.-Nr. 1435, E.-Z. 1796, bish. Bes. Sebastian Zett ½, grdb. übertr. an Anna Zett ½, am 21. Sept. 1918.
" " Währing, Plenergasse 17, K.-Nr. 1547, E.-Z. 1834, bish. Bes. J. Siegmund Stern, Josef Aicher, je ½, grdb. übertr. an Karl Fiebinger, Anna Fiebinger, je ½, am 11. Okt. 1918.
" " Währing, Hofstattgasse 3, K.-Nr. 1460, E.-Z. 1854, bish. Bes. Josef Korschen, grdb. übertr. an Dr. Karl Grosner, Edmund Grosner, je ½, am 1. Okt. 1918.
" " Währing, Lazaristengasse 34, K.-Nr. 1500, E.-Z. 1963, bish. Bes. Klara Barta, grdb. übertr. an Rosa Wanner, am 21. Okt. 1918.

19. Bezirk, Ober-Döbling, Döblinger Hauptstraße 67, K.-Nr. 320, E.-Z. 87, bish. Bes. Johann Halwachs 2/3, Stephanie Kolenaty 1/6, grdb. übertr. an Marie Halwachs 5/6, am 5. Okt. 1918.
" " Ober Döbling, Obkirchergasse 30, K.-Nr. 939, E.-Z. 640, bish. Bes. Engelbert Stepanek, Marie Stepanek, je ½, grdb. übertr. an Kalman Berglas, Rela Berglas, je ½, am 29. Okt. 1918.
" " Ober-Döbling, Cottagegasse 47, K.-Nr. 622, E.-Z. 1065, bish. Bes. Berta Judem, grdb. übertr. an Behor Isaak Menahem, am 12. Okt. 1918.
" " Ober-Döbling, K.-Nr. 1004, E.-Z. 1405, bish. Bes. Helene Spernoga, grdb. übertr. an Marianne Lindenbach, Freiin v. Komers, am 28. Okt. 1918.

19. Bezirk, Unter-Döbling, Iglaseegasse 45, K.-Nr. 140, E.-Z. 60, bish. Bes. Karl Hammer, grdb. übertr. an Leopoldine Klodner 20/480, Josef Hammer 9/480, Elisabeth Hamberger 9/480, am 18. Okt. 1918.
" " Unter-Döbling, Silbergasse 34, K.-Nr. 95, E.-Z. 84, bish. Bes. Eduard Stuchlik, grdb. übertr. an Dr. Edl. v. Ludwig Mises, am 5. Okt. 1918.
" " Unter-Döbling, Iglaseegasse 54, K.-Nr. 109, E.-Z. 100, bish. Bes. Josefa Lehner 640/1024, grdb. übertr. an Josef Felsinger, Marie Felsinger, je 320/1024, am 15. Okt. 1918.
" " Unter-Döbling, Saarplatz 1, K.-Nr. 108, E.-Z. 131, bish. Bes. Leopoldine Wallner ½, grdb. übertr. an Leopold Wallner ½, am 2. Okt. 1918.
" " Grinzing, Cobenzlgasse 30, K.-Nr. 281, E.-Z. 79, bish. Bes. Josef Bornett, Hermine Bornett je ½, grdb. übertr. an Dr. Franz Schegar, am 25. Okt. 1918.
" " Grinzing, Sandgasse 7, K.-Nr. 97, E.-Z. 123, bish. Bes. Leopoldine Wallner ½, grdb. übertr. an Leopold Wallner ½, am 2. Okt. 1918.
" " Grinzing, Straßergasse 27, K.-Nr. 140, E.-Z. 337, bish. Bes. Ignaz Wagner ½, grdb. übertr. an Karl Wagner, Else Wagner je ¼, am 24. Sept. 1918.
" " Grinzing, Langackergasse 11 a, K.-Nr. 255, E.-Z. 711, bish. Bes. Leopoldine Wallner ½, grdb. übertr. an Leopold Wallner ½, am 2. Okt. 1918.
" " Grinzing, Hungerbergstraße 1, K.-Nr. 276, E.-Z. 739, bish. Bes. Karoline Malik, grdb. übertr. an Jetti Weingarten, Klara Weingarten, je ½, am 19. Okt. 1918.
" " Heiligenstadt, Hohe Warte 36, K.-Nr. 186, E.-Z. 269 bish. Bes. Charlotte v. Storck, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Ella Götzl, je ½, am 24. Okt. 1918.
" " Heiligenstadt, Sandgasse 41, K.-Nr. 275, E.-Z. 330, bish. Bes. Agnes Burchart, grdb. übertr. an m. Harald Lemberger, m. Wolfgang Burghart, je ½, am 5. Okt. 1918.
" " Heiligenstadt, Grinzingerstraße 29, K.-Nr. 293, E.-Z. 378, bish. Bes. Katharina Rockenbauer ½, grdb. übertr. an Josefa Eder. Anna Schachingers Verlassenschaft, je ¼, am 7. Okt. 1918.
" " Heiligenstadt, Grinzingerstraße 73, K.-Nr. 404, E.-Z. 843, bish. Bes. Karl Kremdl, grdb. übertr. an Emanuel Kollmann, am 26. Oktober 1918.
" " Nußdorf, Kahlenbergerstraße 44, K.-Nr. 26, E.-Z. 91, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je ½, am 22. Okt. 1918.
" " Nußdorf, Heiligenstädterstraße 191, K.-Nr. 155, E.-Z. 164, bish. Bes. Josefine Rupprecht ⅛, grdb. übertr. an Marie Gerzabek ⅛, am 24. Oktober 1918.
" " Nußdorf, Sickenberggasse 11, K.-Nr. 104, E.-Z. 210, bish. Bes. Alois Riedl, Anna Riedl, je ½, grdb. übertr. an Leopold Hager, am 22. Okt. 1918.
" " Nußdorf, Hackhofergasse 2, K.-Nr. 95, E.-Z. 211, bish. Bes. Magdalena Schwab ½, grdb. übertr. an Josef Schwab ½, am 19. Okt. 1918.
" " Nußdorf, Nußdorferlände 131, K.-Nr. 181, E.-Z. 480, bish. Bes. Katharina Ruckenbauer ⅛, grdb. übertr. an Josefa Eder, Marie Schachingers Verlassenschaft, je 1/10, am 7. Okt. 1918.
" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 187, K.-Nr. 53, E.-Z. 120, bish. Bes. m. Berta Wannenmacher 5/120, grdb. übertr. an Berta Wannenmacher 5/120, Rudolf Wannenmacher, Hans Wannenmacher, m. Adolf Wannenmacher, m. Adele Wannenmacher, m. Ernst Wannenmacher, Verlassenschaft Karoline Wannenmacher, je 5/1260, am 12. Okt. 1918.
" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 191, K.-Nr. 82, E.-Z. 283, bish. Bes. Josef Hallawitsch, Elisabeth Hallawitsch, je ½, grdb. übertr. an Friedrich Kien, Agathe Kaiser, je ½, am 18. Okt 1918.
" " Unter-Sievering, Erbsenbachgasse 1 a, K.-Nr. 244, E.-Z. 87, bish. Bes. Florian Huber ½, grdb. übertr. an Florian Huber der Jüngere ½, am 7. Okt. 1918.
" " Unter-Sievering, Sieveringerstraße 108, K.-Nr. 71, E.-Z. 146, bish. Bes. Leopoldine Wallner ½, grdb. übertr. an Leopold Wallner ½, am 2. Okt. 1918.
" " Unter-Sievering, Friedlgasse 36, K.-Nr. 139, E.-Z. 195, bish. Bes. Paula Menzl, Hedwig Polansky, Oskar Obratil, grdb. übertr. an Johann Fößleitner, Rosa Fößleitner, je ½, am 9. Okt. 1918.
" " Unter-Sievering, Hackenberggasse 34, K.-Nr. 257, E.-Z. 721, bish. Bes. Adele Seidelhuber ½, m. Brunhilde ⅛, m. Diderius Seidelhuber ⅛, m. Eva Seidelhuber ⅛, grdb. übertr. an Julie Schneider am 10. Okt. 1918.
" " Unter-Sievering, K.-Nr. 302, E.-Z. 826, bish. Bes. die Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing, grdb. übertr. an Franz Krasl, am 14. Sept. 1918.

20. Bezirk, Denisgasse 8, E.-Z. 329, bish. Bes. Marie Wielander, grdb. übertr. an Gisela Landau, am 18. Okt. 1918.

20. Bezirk, Hirschvogelgasse 12, E.-Z. 339, bish. Bes. Ignaz Kassowitz, grdb. übertr. an Marie Kassowitz, am 3. Okt. 1918.
" " Dresdnerstraße 134, E.-Z. 492, bish. Bes. Karoline Schneid, grdb übertr. an Mathilde Rudroff, am 29. Aug. 1918.
" " Greiseneckergasse 9, E.-Z. 651, bish. Bes. Anton Böllmann, Franziska Böllmann, je ½, grdb. übertr. an Moritz Schick, Ernestine Schick, je ½, am 7. Okt. 1918.
" " Klosterneuburgerstraße 9, E.-Z. 837, bish. Bes. Adalbert Frauenfeld v. Frauenegg ⅛, grdb. übertr. an m. Hans Frauenfeld v. Frauenegg ⅛, am 1. Okt. 1918.
" " Leystraße 127, E.-Z. 3184, bish. Bes. Simon Armin, genannt Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je ½, grdb. übertr. an Charlotte Steiner, Irma Gitter, je ½, am 2. Okt. 1918.
" " Salzachstraße 42, E.-Z. 4155, bish. Bes. Simon Armin, genannt Heinrich Jellinek, Jakob Jellinek, je ½, grdb. übertr. an Charlotte Steiner, Irma Gitter, je ½, am 2. Okt. 1918.
" " Brigittenauerlände 36, E.-Z. 4334, bish. Bes. Anna Wollisch, grdb übertr. an Mathilde Warnecke, Friederike Hoppe, je ½, am 17. Okt. 1918.
" " Wolfsaugasse 2/4, E.-Z. 4349, bish. Bes. Friederike Braun, grdb. übertr. an Bernhard Teller, am 9. Okt. 1918.
" " Klosterneuburgerstraße 71. E.-Z. 4853, bish. Bes Leopold Trischak, Josefine Trischak, je ½, grdb. übertr. an Simon Rabi, Helene Rabi, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Klosterneuburgerstraße 69, E.-Z. 4851, bish. Bes. Samuel Tomaschoff, Anna Tomaschoff, je ½, grdb. übertr. an Jakob Reich, am 25. Okt. 1918.
" " Dresdnerstraße 122, E.-Z. 5098, bish. Bes. Franz Nedomansky, grdb. übertr. an Siegfried Stein, Arnold Zeisel, Salomon Adler, je ⅛, am 16. Sept. 1918.
" " Pielachgasse 1, E.-Z. 5102, bish. Bes. Josef Horicki ½, grdb. übertr. an Marie Horicky, Anna Horicky, je ¼, am 8. Okt. 1918.
" " Othmargasse 42, E.-Z. 5104, bish. Bes. Hermine Nemecek, grdb. übertr. an Berta Jugend, am 12. Okt. 1918.
21. Bezirk, Donaufeld, Patriciistraße 5, K.-Nr. 755 Floridsdorf, E.-Z. 10, bish. Bes. Franz Held ⅛, grdb. übertr. an Theresia Edlbauer, Klara Held, je ⅛, am 1. Okt. 1918.
" " Donaufeld, Patriciistraße 5, K.-Nr. 755 Floridsdorf, E.-Z. 10, bish. Bes. Theresia Edlbauer, Klara Held, je ½, grdb. übertr. an Anton Woller, Franziska Woller, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Donaufeld, Donaufelderstraße 49, K.-Nr. 800 Floridsdorf, E.-Z. 83, bish. Bes. Antonia Haas, grdb. übertr. an Georg Maier, Genovefa Maier, je ½, am 24. Okt. 1918.
" " Donaufeld, Donauesaingenstraße 99, K.-Nr 813 Floridsdorf, E.-Z. 334, bish. Bes. Marie Braun, grdb. übertr. an Hans Blechschmidt, Emma Blechschmidt, je ½, am 9. Okt. 1918.
" " Donaufeld, Rautenkranzgasse 40, K.-Nr. 927 Floridsdorf, E.-Z. 703, bish. Bes. Ruchem Fuhrer, grdb. übertr. an Julius Teisl, Antonia Teisl, je ½, am 26. Okt. 1918.
" " Floridsdorf, Wilhelm Raab-Gasse 4, K.-Nr. 1535, E.-Z. 419, bish. Bes. Salomon Weininger, Gisela Weininger, je ½, grdb. übertr. an Richard Schicht, Georg Schicht, Anna Schicht, Annu Petzl, je ¼, am 1. Okt. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Amtsstraße 44, K.-Nr. 22, E.-Z. 22, bish. Bes. Josef Berger, Walpurga Rudy, Anna Döller, Josef Döller, je ¾, grdb. übertr. an Otto Bäcker, Hans Anderson, Salomon Weininger, je ¼, am 2. Okt 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Amtsstraße 44, K.-Nr. 22, E.-Z. 22, bish. Bes. Rosalia Bouk, Ferdinand Bouk, je ⅛, grdb, übertr. an Kamilla Heller ¼, am 3. Okt. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Jochbergergasse 4, K.-Nr. 102, E.-Z. 1005, bish. Bes. die Ein- und Mehrfamilienhäuser-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner, reg. G. m. b. H., grdb. übertr. an Mizzi Moßbeck, am 4. Okt. 1918.
" " Groß-Jedlersdorf I, Schwemmäckergasse 10, K.-Nr. 165, E.-Z. 1044, bish. Bes. die Ein- und Mehrfamilienhäuser-Bau-Genossenschaft für Eisenbahner, reg. G. m. b. H., grdb. übertr. an Eduard Wilhelm, am 4. Okt. 1918.
" " Hirschstetten, Stadlauerstraße 40, K.-Nr. 51, E.-Z. 51, bish. Bes. Eduard Artmann, Magdalena Artmann, je ½, grdb. übertr. an Anna Hopf, am 23. Okt. 1918.
" " Jedlesee, Reichartgasse 30, K.-Nr. 192 Floridsdorf, E.-Z. 122, bish. Bes. Rudolf Nürnberger, Marie Nürnberger, je ½, grdb. übertr. an Johann Trinkl, Leopoldine Trinkl, je ½, am 22. Sept. 1918.
" " Jedlesee, Schulzgasse 9, K.-Nr. 1223, E.-Z. 344, bish. Bes. Franz Nahrada, Karoline Nahrada, je ½, grdb. übertr. an Johann Liska, Albertine Liska, je ½, am 21. Okt. 1918.
" " Kagran, Donaufelderstraße 257, K.-Nr. 69, E.-Z. 69, bish. Bes. Karoline Forstner, grdb. übertr. an Franz Zemann, am 31. Okt. 1918.
" " Kagran, Donaufelderstraße 225, K.-Nr. 142, E.-Z. 317, bish. Bes. Marie Eckelhardt, Theresia Zimmert, Juliana Kuhschall, je ¼, grdb. übertr. an Johann Kosak, Katharina Anderle je ¼, am 21. Okt. 1918.

21. Bezirk, Kagran, K.-Nr. 340, E.-Z. 749, bish. Bes. Michael Meixner, grdb. übertr. an Johann Köszig, Johanna Köszig, je ½, am 12. Okt. 1918.
„ „ Kagran, Schickgasse 12, K.-Nr. 347, E.-Z. 766, bish. Bes. Anna Hopf, grdb. übertr. an Julius Winkelbauer, Barbara Winkelbauer ½, am 1. Okt. 1918.
„ „ Stadlau, Stadlauerstraße 12, K.-Nr. 69, E.-Z. 58, bish. Bes. Josef Bauer, Marie Bauer, je ½, grdb. übertr. an August Schmidt, Josefa Schmidt, je ½, am 26. Okt. 1918.
„ „ Stadlau, Eduard Fischer-Gasse sine, K.-Nr. 171, E.-Z. 172, bish. Bes. Franziska Muhr, Franziska Kvasnicka, je ½, grdb. übertr. an Franz Höger, Marie Höger, je ½, am 1. Okt. 1918.
„ „ Strebersdorf, Rußberggasse 47, K.-Nr. 186, E.-Z. 709, bish. Bes. Josef Angeler, Johanna Angeler, je ½, grdb. übertr. an Johann Jany, Elisabeth Jany, je ½, am 7. Okt. 1918.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Oktober 1918.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

2. Bezirk, Parz. 2328/1 Wiese, Baust. 13, Gruppe M, Einl.-Z. 141, ishriger Besitzerin Karoline Ribarsch, grundbücherlich übertragen an Weli Seif, am 16. Okt. 1918.
„ „ P. 1473/157 Bauarea, E.-Z. 5324, bish. Bes. Franz Treipl, grdb. übertr. an Rudolf Schwarz, am 7. Okt. 1918.
„ „ P. 2327/3 Wiese, Baust. 11, Gruppe M, E.-Z. 139, bish. Bes. Marie Wejwoda, grdb. übertr. an Weli Seif, am 18. Okt. 1918.
4. Bezirk, P. 498/12, 498/13 Gärten, E.-Z. 1234, bish. Bes. Marie Frischauf ⅓, grdb. übertr. an Johanna Adler ⅙, Anna Zaniboni, Marie Edle v. Latzel, je 1/12, am 7. Aug. 1918.
9. Bezirk, P. 414/81 Grund, in die E.-Z. 1864 übertragen, E.-Z. 342, bish. Bes. der Krankenanstaltenfonds, grdb. übertr. an Bernhard Wetzler, am 17. Sept. 1918.
10. Bezirk, Favoriten, P. 1853 Baust. 12, E.-Z. 421, bish. Bes. Marie Christ, Willibald Kriegl, Gustav Kriegl, je ⅙, Georg Kriegl ½, grdb. übertr. an Franz Kriegl, am 11. Okt. 1918.
„ „ Favoriten, P. 1455 Bauarea, E.-Z. 2041, bish. Bes. Ferdinand Tomann ⅓, grdb. übertr. an Berta Toman ½, am 10. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 841/2 Bauarea, E.-Z. 103, bish. Bes. die N.-ö. Vorschußkassa in Wien, reg. Gen. m. b. H., grdb. übertr. an die Wiener Karosserie- und Flugzeugfabrik Dr. W. Gutmann in Wien, am 21. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 842/2 Bauarea, E.-Z. 104, bish. Bes. die N.-ö. Vorschußkasse in Wien, reg. Gen. m. b. H., grdb. übertr. an die Wiener Karosserie- und Flugzeugfabrik Dr. W. v. Gutmann in Wien, am 21. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 842/3 Bauarea, E.-Z. 105, bish. Bes. die N.-ö Vorschußkassa in Wien, reg Gen. m. b. H., grdb. übertr. an die Wiener Karosserie- und Flugzeugfabrik Dr. W. v. Gutmann in Wien, am 21. Okt. 1918
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 819/34 Acker, E.-Z 392, bish. Bes. Andreas Francini, grdb. übertr. an Karoline v. Cerva, am 13. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 1719/10 Bauarea, E.-Z. 420, bish. Bes. Andreas Francini ½, grdb. übertr. an Karoline v. Cerva ½, am 13. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 818/2 Acker, E.-Z. 594, bish. Bes. Dr. Guido Müller, grdb. übertr. an Jakob Knöll, Julie Knöll, je ½, am 23. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 916/198 Baust., E.-Z 955, bish. Bes. Dr. Guido Müller, grdb. übertr. an Jakob Knöll, Julie Knöll, je ½, am 23. Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 816/199 Acker, E.-Z. 956, bish. Bes. Dr. Guido Müller, grdb. übertr. an Jakob Knöll, Julie Knöll, je ½, am 23 Okt. 1918.
„ „ Inzersdorf-Stadt, P. 816/72 Acker, E.-Z. 1209, bish. Bes. Olga Poninska, grdb. übertr. an Georg Jirovec, Cäcilie Jirovec, je ½, am 19. Okt. 1918.
„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1839, 1853, 1996, 1994, 2332/1 Aecker, E.-Z. 343, bish. Bes. Karl Kienl ½, grdb. übertr. an Marie Kienl ½, am 19. Okt. 1918.
„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1838 Acker, E.-Z. 554, bish. Bes. Karl Kienl ½, grdb. übertr. an Marie Kienl ½, am 19. Okt. 1918.
10. Bezirk, Oberlaa-Stadt, P. 2223, 2332/2 Aecker, E.-Z. 625, bish. Bes. Karl Kienl ½, grdb. übertr. an Marie Kienl ½, am 19. Okt 1918.
„ „ Oberlaa-Stadt, P. 1039, 1048/2 Aecker, E.-Z. 788, bish. Bes. Karl Kienl ⅓, grdb. übertr. an Marie Kienl ⅓, am 19. Okt. 1918.
11. Bezirk, Kaiser Ebersdorf, P. 1703/10, 1703/11, 1703/12 Aecker, E.-Z. 96, bish. Bes. die Oesterr. alpine Montan-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Ariadne Draht und Kabelwerke, A.-G., am 24. Okt. 1918.
„ „ Kaiser-Ebersdorf, P. 1703/4 Acker, E.-Z. 353, bish. Bes. die Oesterr. alpine Montan-Gesellschaft, grdb. übertr. an die Ariadne Draht- und Kabelwerke, A.-G., am 24. Okt. 1918.
„ „ Kaiser-Ebersdorf, P. 1164, 1165, 1166, 1167, 1189/9 Gärten E.-Z. 574, bish. Bes. Leopold Safer, Therese Safer, je ¼, grdb übertr. an Theodor Dworak, Anna Dworak ¼, am 7. Okt 1918.
„ „ Simmering, P. 246/3 bis 7 Gärten, E.-Z. 150, bish. Bes. Magdalena Beyer ½, grdb. übertr. an Richard Beyer ¼, m. Margarete Schlimme, m. Edith Schlimme, je ⅛, am 23. Okt. 1918.
„ „ Simmering, P. 952/1 bis 3, 950/3 Aecker, E.-Z. 714, bish. Bes. Dr. Julius Hock, Paul Hock, Elisabeth Luzatto, die Firma Michael Goldschmidt's Söhne, je ¼, grdb. übertr. an den N.-ö. Bauverein in Wien am 30. Okt. 1918.
„ „ Hetzendorf, P. 424/1 Baustelle Teil V, E.-Z. 727, bish. Bes. Franz Zipperer, Aloisia Zipperer, je ½, grdb. übertr. an Marie Margarete Lukaziewicz, am 3. Okt. 1918.
13. Bezirk, Hacking, P. 67/4 Garten, Baust. II, P. 67/5 Garten, Baust. III, in die neue E.-Z. 176 übertragen, E.-Z. 25, bish. Bes. Walter Devidé, Mathilde Devidé, Karl Prybila, je ⅓, grdb. übertr. an Karl Prybila, am 14. Sept. 1918.
„ „ Hietzing, P. 240/26 Bauarea, E.-Z. 306, bish. Bes. Fürstin Rudolf Lobkowitz, grdb. übertr. an Marie v. Hütterott, am 24. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, Teil der P. 331 ins öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 182, bish. Bes. Anna Biedermann, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, Teil der P. 471/1, 473/1 Wiesen in E.-Z. 1413 übertragen und mit P 520/1/6 vereint, E.-Z. 390, bish. Bes. Alexander v. Lubansky, grdb. übertr. an Leo Gruber, am 17. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, P. 836/6 Baupl., E.-Z. 605, bish. Bes. Josefine Wagner, grdb. übertr. an die Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom 3. Orden des heil. Franz von Assisi, am 12. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, P. 836/12 B upl., E.-Z. 611, bish. Bes. Josefine Wagner, grdb. übertr. an die Kongregation der Barmherzigen Schwerstern vom 3. Orden des heil. Franz von Assisi, am 12. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, P. 520/54 Wiese, Baust. 15, Gruppe B, E.-Z. 1317, bish. Bes. Helene Robitschek ½, Eduard Robitschek, Mathilde Robitschek, verehel. Weiß, je ¼, grdb. übertr. an Josef Koch, am 22. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, P. 1217/16 Baust. 11, Gruppe K, E.-Z. 1749, bish. Bes. Wilhelm Klauber, grdb. übertr. an Heinrich Leon Polakiewicz, am 7. Okt. 1918.
„ „ Ober-St. Veit, P. 1247/12 Baust. 9, Gruppe M, E.-Z. 1750, bish. Bes. Josef Fleißig, Else Fleißig, je ½, grdb übertr. an Dr. Alfred Kneucker, Emilie Kneucker, je ½, am 30. Okt. 1918.
14. Bezirk, Rudolfsheim, P. 112 in E.-Z. 348 übertragen, E.-Z. 347, bish. Bes. Zoologisch-botanische Gesellschaft in Wien, grdb. übertr. an Karl Chladek, Katharina Chladek, je ½, am 19. Sept. 1918.
15. Bezirk, P. 516 Bauarea, E.-Z. 643, bish. Bes. Verlassenschaft Edmund Hatzinger, Franziska Hatzinger, je ½, grdb übertr. an Ludwig Sauer, Anna Sauer, je ½, am 18 Okt. 1918.
16. Bezirk, Ottakring, P. 112 Wiese, E.-Z. 232, bish. Bes. Anton Marzi, grdb. übertr. an Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.
„ „ Ottakring, P. 705/27 in die E.-Z. 100 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.
„ „ Ottakring, P. 705/38 in die E.-Z. 106 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.
„ „ Ottakring, P. 705/39 in die E.-Z. 201 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.
„ „ Ottakring, P. 705/41 in die E.-Z. 541/6 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.

16. Bezirk, Ottakring, P. 765/42 in die E.-Z. 618 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 705/43 in die E.-Z. 613 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 705/44 in die E.-Z. 735 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 705/45 in die E.-Z. 705 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an den Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder in Wien 3, am 28. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 705/51 in die E.-Z. 603 übertragen, E.-Z. 358, bish. Bes. Adolf Wiesenburg Edler v. Hochsee, grdb. übertr. an Rudolf Morlock, am 19. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 58 Wiese, E.-Z. 421, bish. Bes. Anton Marzi, grdb. übertr. an Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 109 Wiese, E.-Z. 656, bish. Bes. Anton Marzi ½, grdb. übertr. an Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 111 Wiese, E.-Z. 657, bish. Bes. Anton Marzi ½, grdb. übertr. an Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 65 Wiese, E.-Z. 1073, bish. Bes. Anton Marzi, grdb. übertr. an Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 116 Acker, E.-Z. 1074, bish. Bes. Anton Marzi, grdb. übertr. an Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 1280/3 Garten, E.-Z. 1293, bish. Bes. Mathilde Czerner, Alma Seidler, Eduard Schuberth, Josef Schuberth, Frieda Roßmanith, je 1/6, grdb. übertr. an Fischer & Weigler 5/6, am 19. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 578 Weingarten, E.-Z. 1399, bish. Bes. Josef Preßl Katharina Preßl, je ½, grdb. übertr. an Josef Konrath, am 12. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 576 Weingarten, E.-Z. 1700, bish. Bes. Franz Seeböck, Julie Seeböck, je ½, grdb. übertr. an Emil Porn, am 12. Sept. 1918.

" " Ottakring, P. 110 Wiese, E.-Z. 1457, bish. Bes. Anton Marzi ½, grdb. übertr. Stephanie Luger, am 25. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 773/6 Baust., E.-Z. 2179, bish. Bes. Paul Deutsch, Felix Rottberger, je ½, grdb. übertr. an die Oesterreichischen Industriewerke Warcholowsky, Eißler & Komp., A. G., am 12. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 773/43 Baust., E.-Z. 2186, bish. Bes. Paul Deutsch, Felix Rottberger je ½ grdb. übertr. an die Oesterreichischen Industriewerke Warcholowsky, Eißler & Komp., A. G., am 12. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 1527/3 Baust., P. 1529 Weg, P. 1530 Bauarea, P. 1531/5, 1526/7 Gärten, E.-Z. 2362, bish. Bes. Johann Heindl, Karl Heindl, Dr. Adalbert Heindl, Dr. Viktor Heindl, Marie Lunaczek, Anna Peyerl, Mathilde Aufschnaiter, je 1/7, grdb. übertr. an Ludwig Berger, Jeanette Berger, je ½, am 31. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 1526/12, 1529/9, 4369/49, E.-Z. 2368, bish. Bes. Johann Heindl, Karl Heindl, Dr. Adalbert Heindl, Dr. Viktor Heindl, Marie Lunaczek, Anna Peyerl, Mathilde Aufschnaiter je 1/7, grdb. übertr. an Ludwig Berger, Jeanette Berger, je ½, am 31. Aug. 1918.

" " Ottakring, P. 340/23 Baust., E.-Z. 2835, bish. Bes. Margarete Mucha, Dr. Rudolf Mucha, je 1/4, Johann Mucha ½, grdb. übertr. an Heinrich Schmidt, Hermine Schmidt, je ½, am 11. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/3 Baust., E.-Z. 2941, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/4 Baust., E.-Z. 2941, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/5 Baust., E.-Z. 2943, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/6 Baust., E.-Z. 2944, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/5 Baust., E.-Z. 2945, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

16. Bezirk, Ottakring, P. 765/8 Baust., E.-Z. 2946, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/9 Baust., E.-Z. 2947, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/10 Baust., E.-Z. 2948, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 765/12 Baust., E.-Z. 2950, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 764/8 Baust., E.-Z. 2954, bish. Bes. Heinrich Fischer, Regina Kaposi, Pauline Eibenstein, Marie Scheuer, Ida Scheuer, m. Johanna Scheuer, Salomon Scheuer, grdb. übertr. an die Firma Julius Meinl, am 24. Okt. 1918.

" " Ottakring, P. 3469/50 Straßengrund, E.-Z. 3413, bish. Bes. das Stift Schotten, grdb. übertr. an die Großeinkaufs-Genossenschaft der Kaufleute in Wien, r. G. m. b. H., am 24. Sept. 1918.

17. Bezirk, Dornbach, P. 733 Acker, E.-Z. 47, bish. Bes. Therese Baumgartner, grdb. übertr. an Leopoldine Baumgartner, am 11. Okt. 1918.

" " Dornbach, P. 511/5 Garten, P. 511/6, 511/7 Weiden, P. 511/8 Garten, E.-Z. 282, bish. Bes. Anton Burian, Marie Burian, je ½, grdb. übertr. an Johanna Schwenk, Auguste Schwenk, Margarete Schwenk, je 1/3, am 22. Okt. 1918.

" " Hernals, P. 1143, 1144 Aecker, P. 198/2, E.-Z. 2010, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 12. Okt. 1918.

" " Hernals, P. 1145, 1146, 197/2 Aecker, K.-G. Gersthof, E.-Z. 2011, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 12. Okt. 1918.

" " Hernals, P. 1138 Weide, E.-Z. 2012, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 12. Okt. 1918.

" " Hernals, P. 1147, 1148, 196/2 Aecker, K.-G. Gersthof, E.-Z. 2013, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 12. Okt. 1918.

" " Hernals, P. 1097, 1123, 1125, 706/1 Weiden, K.-G. Gersthof, E.-Z. 2014, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 12. Okt. 1918.

18. Bezirk, Gersthof, P. 180/1 Acker, P. 180/2 Weide, P. 710/3, 1127, 1128 Aecker, E.-Z. 185, bish. Bes. Therese Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Leopoldine Baumgartner 1/16, am 16. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 180/1 Acker, P. 180/2 Weide, P. 710/3, 1127, 1128 Aecker, E.-Z. 185, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 180/1 Acker, P. 180/2 Weide, P. 710/3, 1127, 1128 Aecker, E.-Z. 185 bish. Bes. Leopoldine Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Marie Pfaunz 5/256, Franz Rother 2/256, Theresia Gradl, Marie Born, je 4/256, Magdalena Ullmann 1/256, am 24. Okt. 1918.

" " Gersthof P. 181/2 Weingarten, E.-Z. 481, bish. Bes. Therese Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Leopoldine Baumgartner 1/16, am 16. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 181/2 Weingarten, E.-Z. 481, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 181/2 Weingarten, E.-Z. 481, bish. Bes. Leopoldine Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Marie Pfaunz 5/256, Franz Rother 2/256, Theresia Gradl 4/256, Marie Born 4/256, Magdalena Ullmann 1/256, am 24. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 710/4 Acker, E.-Z. 492, bish. Bes. Therese Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Leopoldine Baumgartner 1/16, am 16. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 710/4 Acker, E.-Z. 492, bish. Bes. Leopoldine Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Marie Pfaunz 5/256, Franz Rother 1/256, Theresia Gradl 4/256, Marie Born 4/256, Magdalena Ullmann 1/256, am 24. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 710/4 Acker, E.-Z. 492, bish. Bes. Rosalia Wolf 1/12, grdb. übertr. an Johann Reinwein 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 781/1 Weide, 787 Weide, E.-Z. 1157, bish. Bes. Therese Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Leopoldine Baumgartner 1/16, am 16. Okt. 1918.

" " Gersthof, P. 781/1 Weide, 787 Weide, E.-Z. 1157, bish. Bes. Leopoldine Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Marie Pfaunz 5/256, Franz Rother 2/256, Theresia Gradl 4/256, Marie Born 4/256, Magdalena Ullmann 1/256, am 24. Okt. 1918.

18. Bezirk, Gerstthof, P. 824 Weide, E.-Z. 1158, bish. Bes. Therese Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Leopoldine Baumgartner 1/16, am 16. Okt. 1918.
„ „ Gerstthof, P. 824 Weide, E.-Z. 1158, bish. Bes. Leopoldine Baumgartner 1/16, grdb. übertr. an Marie Pfaunz 5/256, Franz Rother 2/256, Theresia Gradl 4/256, Marie Born 4/256, Magdalena Ullmann 1/256, am 24. Okt. 1918.
„ „ Neustift a. Walde, P. 186/4, 187/4 ins öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 79, bish. Bes. Josefine Rieger, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 7. Aug. 1918.
„ „ Pötzleinsdorf, P. 57/2 Garten, in E.-Z. 994 übertragen, E.-Z. 186, bish. Bes. die Pfarre Pötzleinsdorf, grdb. übertr. an Robert Salzer, am 23. Okt. 1918.
„ „ Pötzleinsdorf, P. 417, 416/8 Aecker, E.-Z. 193, bish. Bes. Rudolf Nechuta 1/16, grdb. übertr. an Aloisia Nechuta, Christiane Nechuta, je 1/12, am 28. Aug. 1918
„ „ Pötzleinsdorf, P. 554/102 Acker, E.-Z. 440, bish. Bes. Marie Strobl, grdb. übertr. an Ferdinand Strobl jun. am 6. Aug. 1918.
„ „ Pötzleinsdorf, P. 190/2 Garten, E.-Z. 520, bish. Bes. Wilhelm Ginsberg, grdb. übertr. an Jakob Gartner, am 17. Okt. 1918.
„ „ Währing, P. 677 Weingarten, 678 Acker, E.-Z. 1210, bish. Bes. Therese Geidtner, Anna Werner, Marie Edelbauer, Elise Rother, je 1/4, grdb. übertr. an Michael Josef, Karoline Kaiser, je 1/2, am 21. Sept. 1918.
„ „ Währing, P. 773/1 Acker, E.-Z. 1261, bish. Bes. Katharine Rockenbauer auch Ruckenbauer, grdb. übertr. an Josefa Eder Anna Schachinger's Verlassenschaft, je 1/2, am 21. Okt. 1918.
„ „ Währing, P. 407, 408 Bauarea, P. 1182 Garten, E.-Z. 2309, bish. Bes. J. Siegmund Stern, Ottokar Stern, grdb. übertr. an Majer Lifschütz, am 18. Okt. 1918.

19. Bezirk, Ober-Döbling, P. 866/67 Acker in E.-Z. 1786 übertragen, E.-Z. 510, bish Bes. die Firma Julius Frankl, Ges. m. b. H. 1/2, Moritz Edlen v. Kuffner 1/4, Wilhelm Kuffner, Karl Freiherrn v. Diosegh, je 1/8, grdb. übertr. an Ernestine Silberberg, am 23. Okt. 1918.
„ „ Ober-Döbling, P. 854/19 Acker in 1783 übertragen, E.-Z. 541, bish. Bes. Ruth Zacherl, grdb. übertr. an m. Sylvester Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Ober-Döbling, P. 854/20 Acker in E.-Z. 1784 übertragen, E.-Z. 541, bish. Bes. Ruth Zacherl, grdb. übertr. an m. Peter Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Ober-Döbling, P. 866/19 Acker in E.-Z. 1785 übertragen, E.-Z. 541, bish. Bes. Ruth Zacherl, grdb. übertr. an m. Luise Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Ober-Döbling, P. 748 Acker, P. 785/3 Acker, E.-Z. 1564, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Anselma Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Ober-Döbling, P. 784/10 Acker, P. 785/5 Acker, E.-Z. 1566, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Chloe Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Ober-Döbling, P. 785/6 Acker, Bauft 6, E.-Z. 175, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Chloe Zacherl, am 9. Sept 1918.
„ „ Unter-Döbling, P. 214/1 Garten, 213/3 Acker, E.-Z. 6, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an m. Michael Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Unter-Döbling, P. 213/6, 214/6, 214/7 Aecker, E.-Z. 353, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an m. Michael Zacherl, m. Sylvester Zacherl, m. Peter Zacherl, je 1/3, am 9. Sept. 1 18.
„ „ Grinzing, P. 593 Weingarten, E.-Z. 48, bish. Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr. an Leopold Wallner 1/2, am 2. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 315/1 Wiese, P. 315/2 Garten, E.-Z. 152, bish. Bes Agnes Burchart, grdb. übertr. an Oswald Burchart, am 5. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 316/1, Wiese, 316/2 Garten, E.-Z. 190 bish. Bes. Agnes Burchart, grdb. übertr. an Oswald Burchart, am 5. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 316/1 Wiese, P. 316/2 Garten, E.-Z. 190, bish. Bes. Agnes Burchart, grdb. übertr. an Oswald Burchard, am 5. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 974/1 Weingarten, P. 974/2 Wiese, E.-Z. 206, bish. Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr an Leopold Wallner 1/2, am 2. Okt 1918.
„ „ Grinzing, P. 594/1 Acker, E.-Z. 226, bish Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr. an Leopold Wallner 1/2, am 2. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 317/1 Wiese, P. 317/2 Garten, E.-Z. 250, bish. Bes. Agnes Burchart, grdb. übertr. an Oswald Burchart, am 5. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 788 Weingarten, E.-Z. 320, bish. Bes. Ignaz Wagner sen. 3/4, grdb. übertr. an Ignaz Wagner jun. 1/4, am 24. Sept. 1918.

19 Bezirk, Grinzing, P. 789 Weingarten, E.-Z. 339, bish. Bes. Ignaz Wagner sen. 3/4, grdb. übertr. an Ignaz Wagner jun. 3/4, am 24. Sept. 1918.
„ „ Grinzing, P. 741 Weingarten, P. 742 Wiese, E.-Z 357, bish. Bes. Leopold Lier 1/2, grdb. übertr. an Marie Lier 1/2, am 5. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 813/1 Weingarten, E.-Z 359, bish. Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr. an Leoppold Wallner 1/2, am 2. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 973 Wiese, E.-Z. 483, bish. Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr. an Leopold Wallner 1/2, am 2. Okt. 1918.
„ „ Grinzing, P. 769/1 Wiese, E.-Z. 589, bish. Bes. Johann Zacherl, grdb. übertr. an Davis Zacherl, am 9. Sept. 1918.
„ „ Grinzing, P. 524/6, 524/3 in E.-Z. 413 übertragen und mit P. 523/4 Weingarten, vereint, E.-Z. 596, bish. Bes. Marie Hanna, grdb übertr. an Gisela Hirsch, am 14. Sept. 1918.
„ „ Heiligenstadt, P. 867/1, 867/2 Weingarten, P. 867/3 Garten, E.-Z. 65, bish. Bes. Katharina Rockenbauer 1/2, grdb. übertr. an Josefa Eder, Anna Schachinger (Verlassenschaft), je 1/4, am 7. Okt. 1918.
„ „ Heiligenstadt, P. 947 Weingarten, E.-Z. 429, bish. Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr. an Leopold Wallner 1/2, am 2. Okt. 1918.
„ „ Heiligenstadt, P. 951 Wiese, E.-Z. 451, bish. Bes. Leopoldine Wallner 1/2, grdb. übertr. an Leopold Wallner 1/2, am 2. Okt. 1918.
„ „ Heiligenstadt, P. 682/1 Acker, E.-Z. 629, bish. Bes. Ketharina Rockenbauer 1/2, grdb. übertr. on Josefa Eder, Anna Schachinger (Verlassenschaft), je 1/4, am 7. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 569, 570, 571, 572 Wiesen, E.-Z. 90, bish. Bes. Agnes Burchart, grdb. übertr. an Oswald Purchart, am 5. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 575, 576 Aecker, E.-Z. 94, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 598 Wiese, E.-Z. 95, bisy. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 840 Wiese, E.-Z. 165, bish. Bes. Josefine Rupprecht 1/8, grdb. übertr. an Marie Gerzabek 1/8, am 24. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 658 Wiese, E.-Z. 335, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 545 Weingarten, E.-Z. 344, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 573 Wiese, E.-Z. 351, bish. Bes. Agnes Burchart grdb. übertr. an Oswald Burchart, am 5. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 544 Weingarten, E.-Z. 363, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 466 Weingarten, E.-Z. 378, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 507 Acker, E.-Z. 445, bish. Bes. Hans Mann, Anna Mann, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Hermann Gerstl, am 25. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 508 Wiese, E.-Z. 471, bish. Bes. Hans Mann, Anna Mann, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Hermann Gerstl, am 25. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 483 Weingarten, E.-Z. 543, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 546 Weingarten, E.-Z. 544, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 802 Weingarten, E.-Z. 545, bish. Bes. Margarete Wallner, grdb. übertr. an Leopold Wallner, Leopoldine Wallner, je 1/2, am 22. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 885 Weingarten, E.-Z. 591, bish. Bes. Katharina Ruckenbauer, grdb. übertr. an Josefa Eder, Marie Schachinger's Verlassenschaft, je 1/2, am 7. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 877/2 Acker, E.-Z. 593, bish. Bes. Katharina Ruckenbauer, grdb. übertr. an Josefa Eder, Marie Schachinger's Verlassenschaft, je 1/2, am 7. Okt. 1918.
„ „ Nußdorf, P. 900/1, 900/2, 901/1, 901/2, E.-Z. 594, bish. Bes. Katharina Ruckenbauer, grdb. übertr. an Josefa Eder, Marie Schachingers Verlassenschaft, je 1/2, am 7. Okt. 1918.
„ „ Ober-Sievering P. 119 Garten, P. 341 Weingarten, E.-Z. 121, bish. Bes. m. Berta Wannenmacher, 5/105, grdb. übertr. an Berta Wannenmacher, 5/210 Rudolf Wannenmacher, Hans Wannenmacher, m. Adolf Wannenmacher, m. Adele Wannenmacher, m. Ernst Wannenmacher, Karoline Wannenmacher's Verlassenschaft, je 5/1260, am 12. Sept. 1918.

19. Bezirk, Unter-Sievering, P. 539/12, 542/14 Aecker, P. 544/14 Weingarten, E.-Z. 206, bish. Bes. Josef Puermayer, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 18. Okt. 1918.

" " Unter-Sievering, P. 539/1 Acker, E.-Z. 425, bish. Bes. Josef Puhrmayer, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 18. Okt. 1918.

" " Unter-Sievering, P. 539/5 Acker, E.-Z. 761, bish. Bes. Josef Puhrmayer, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 18. Okt. 1918.

" " Unter-Sievering, P. 539/6 Acker, E. Z. 762, bish. Bes. Josef Puhrmayer, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 18. Okt. 1918.

" " Unter-Sievering, P. 539/7 Acker, E.-Z. 763, bish. Bes. Josef Puhrmayer, grdb. übertr. an Leo Gorlitz, am 18. Okt. 1918.

20. Bezirk, P. 2412 Garten, P. 2495/1 Kleingartl, E.-Z. 1738, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/4, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2375 Garten, E.-Z. 2001, bish. Bes. Leopold Rauthner 24/140, grdb. übertr. an Karl Rauthner, Andreas Rauthner, Magdalena Tesar, je 8/140, am 11. Okt. 1918.

" " P. 2362/3 Garten, E.-Z. 2048, bish. Bes. Marie Kreuzer 1/2, grdb. übertr. an Josef Göppel 1/2, am 31. Okt. 1918.

" " P. 2362/2, 2363/4 Gärten, E.-Z. 2049, bish. Bes. Marie Kreuzer 1/2, grdb. übertr. an Josef Göppel 1/2, am 31. Okt. 1918.

" " P. 2778, 2779 Gärten, E.-Z. 2077, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/4, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2775/1, 2775/2 Gärten, P. 2776 Bauarea, E.-Z 2081, bish. Bes. Rudolf Bidra, Karl Klement, je 3/80, Elisabeth Herforth, Johann Klement, je 9/160, grdb. übertr. an Karl Gruber 3/16, am 9. Okt. 1918.

" " P. 2742, 2743 Gärten, E.-Z. 2099, bish. Bes. Leopold Rauthner 52/280, grdb. übertr. an Karl Rauthner, Andreas Rauthner, Magdalena Tesar, je 52/840, am 4. Okt. 1918.

" " P. 2735 Garten, E.-Z. 2104, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2734 Garten, E.-Z. 2105, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2762 Garten, E.-Z. 2135, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/16, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2806/1 Garten, E.-Z. 2136, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2804 Garten, E.-Z. 2137, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/4, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2805/1, 2805/2 Gärten, E.-Z. 2138, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/16, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/32, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2667 Garten, E.-Z. 2152, bish. Bes. Leopold Rauthner 24/140, grdb. übertr. an Karl Rauthner, Andreas Rauthner, Magdalena Tesar, je 8/140, am 4. Okt. 1918.

" " P. 2671 Garten, E.-Z. 2153, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/16, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/32, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2604/1 Garten, E.-Z. 2181, bish. Bes. Alois Schallaböck 11/280, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 11/120, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2600 Garten, E.-Z. 2185, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/4, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2389/1 Garten, P. 2389/2 Babarea, E.-Z. 2219, bish. Bes. Alois Schallaböck 1/2, grdb. übertr. an Sabine Schallaböck, m. Aloisia Schallaböck, je 1/12, am 28. Okt. 1918.

" " P. 2315/1 Garten, P. 2315/2 Bauarea, E.-Z. 2937, bish. Bes. Alois Nikowitz 1/2, grdb. übertr. an Ferdinand Nikowitz 1/2, am 8. Okt. 1918.

21. Bezirk, Aspern, P. 577, 576 Aecker, E.-Z. 392, bish. Bes. Hans Oberleutner, Marie Oberleutner, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Tröster, Marie Tröster, je 1/2, am 16. Okt. 1918

" " Donaufeld, P. 1508/3, Baust 3, E.-Z. 887, bish Bes. die Kaiser Ferdinands-Nordbahn, grdb. übertr. an Franz Schneider, Marie Schneider, je 1/2, am 5. Okt. 1918.

" " Donaufeld, P. 1508/13, Baust. 13, E.-Z. 897, bish. Bes. die Kaiser Ferdinands-Nordbahn, grdb. übertr. an Hans Sauer, Anna Sauer, je 1/2, am 12. Okt. 1918.

" " Donaufeld, P. 1508/14, Baust. 14, E.-Z 898, bish. Bes. die Kaiser Ferdinands-Nordbahn, grdb. übertr. an Hans Sauer, Anna Sauer, je 1/2, am 12. Okt. 1918.

21. Bezirk, Groß-Jedlersdorf I, P. 634/4 Acker, E.-Z. 960, bish. Bes. Josef Berger, Walpurga Rudy, Anna Döller, Josef Döller, je 3/4, grdb. übertr. an Otto Bäcker, Hans Anderson, Salomon Weiniger, je 1/4, am 2. Okt. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf I, P. 634/4 Acker, E.-Z. 960, bish. Bes. Rosalia Bouk, Ferdinand Bouk, je 1/8, grdb. übertr. an Camilla Heller 1/4, am 3. Okt. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf I, P. 156/3 Acker, E.-Z. 1133, bish. Bes. Josef Berger, Walpurga Rudy, Anna Döller, Josef Döller, zus. 3/4, grdb. übertr. an Otto Bäcker Hans Anderson, Salomon Weniger, je 1/4, am 2. Okt. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf II, P. 82, 83 Aecker, E.-Z. 32, bish. Bes. Josef Berger, Walpurga Rudy, Anna Döller, Josef Döller, zus. 3/4, grdb. übertr. an Otto Bäcker, Hans Anderson, Salomon Weiniger, je 1/4, am 2. Okt. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf II, P 82, 83 Aecker, E.-Z. 32, bish. Bes. Rosalia Bouk, Ferdinand Bouk, je 1/8, grdb. übertr. an Camilla Heller 1/4, am 3. Okt. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf II, P. 86 Acker, E.-Z. 33, bish. Bes. Josef Berger, Walpurga Rudy, Anna Döller, Josef Döller, zus. 3/4, grdb. übertr. an Otto Bäcker, Hans Anderson, Salomon, je 1/4, am 2. Okt. 1918.

" " Groß-Jedlersdorf II, P. 86 Acker, E.-Z. 33. bish. Bes. Ferdinand Bouk, Rosalia Bouk, je 1/8, grdb. übertr. an Camilla Heller 1/4, am 3. Okt. 1918.

" " Hirschstetten, P. 289, 290 Aecker, E.-Z. 78, bish. Bes. „Schodnica," Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie, grdb. übertr. an die Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro u. A. Kurz, am 17. Okt. 1918.

" " Hirschstetten, P. 305, 507, 394, 511, 302, 303, 304, 499 Aecker, E.-Z. 185, bish. Bes. „Schodnica," Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie, grdb. übertr. an die Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro u. A. Kurz, am 17. Okt. 1918.

" " Hirschstetten, P. 512, 513, 518/1 ꝛc. Aecker, E.-Z. 308, bish. Bes. „Schodnica", Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie, grdb. übertr. an die Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro u. A. Kurz, am 17. Okt. 1918.

" " Hirschstetten, P. 392/1 498 Aecker, E.-Z. 309, bish. Bes. „Schodnica", Aktiengesellschaft für Petroliumindustrie, grdb. übertr. an die Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro u. A. Kurz, am 17. Okt. 1918.

" " Leopoldau, P. 1771/1, 1772, E.-Z 1048, bish. Bes. Josef Irbinger 1/8, grdb. übertr. an Karl Rößler, Antonia Rößler, je 1/12, am 23. Okt. 1918.

" " Strebersdorf, P. 707/2, 719/2, 730/2, 731/2, 738/2, 813/1, 807/2, 775, 754 in die E.-Z. 704 übertragen, E.-Z. 77, bish. Bes. das Stift Klosterneuburg, grdb. übertr. an das Aerar, am 10. Okt. 1918.

" " Strebersdorf, P. 647/9 Garten, in die E.-Z. 710 übertragen, E.-Z. 210, bish. Bes. Franz Traxler, Katharina Traxler, je 1/2, grdb. übertr. an Rosalia Bongar, am 4. Okt. 1918.

" " Strebersdorf, P 133 Garten, E.-Z. 663, bish. Bes. Anna Kar Imaier, Josef Karglmaier, je 1/2, grdb. übertr. an Josef Probst, Katha ina Probst, je 1/2, am 4. Okt. 1918.

" " Strebersdorf, P. 336/2 Acker, E.-Z. 673, bish. Bes. Johann Zupfer, grdb. übertr. an Josef Sammer, Theresia Sammer, je 1/2, am 9. Okt. 1918.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

17. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Herrmann Hermann Josef — Spediteurgewerbe — 2., Valeriestraße 106.
Aufrichtig Siegmund — Kleinfuhrwerksgewerbe — 2., Volkertstraße 19.
Kelmann Schmerl — Erzeugung von künstlichen Fruchtsäften — 2., Kaiser Josef-Straße 23.
Haindl Karl — Gastwirtsgewerbe — 15., Staglgasse 12.
Ramharter Edmund — Gemischtwaren und Flaschenbier-Verschleiß — 16., Koflerpark 5.
Pollak Artur — Zuckerbäckergewerbe — 16., Yppenplatz 2.
Perlberger David — Uhrmachergewerbe — 16., Ottakringerstraße 141.
Sedivy Franz — Tischlergewerbe — 16., Haymerlegasse 18.
Fuchs Emanuel — Gast- und Schankgewerbe — 16., Rankgasse 19.
Neufeld Arnold — Handel mit Eisen und Metallen, Gummi und Säcken — 2., Taborstraße 96.
Bauer Karl — Uhrmachergewerbe — 16., Gablonzstraße 42.
Cervenka Heinrich — Friseur- und Raseurgewerbe — 16., Arnethgasse 58.

Komarek Alois — Schuhmachergewerbe — 16., Koppstraße 38.
Hofstätter Karoline — Papier-, Schreib-, Zeichen- und Kurzwarenhandel — 13., Goldschlagstraße 136.
Fiby Therese Leontine — Wäschewaren-Erzeugung und Stickerei — 13., Amtsgasse 31.
Slama Antonie — Fragnergewerbe — 13., Reinlgasse 17.
Weidlich Anna, geb. Sarrer — Handel mit fertigen Damenhüten, Modistenzubehör, Damenputzartikel und Bijouteriewaren — 6., Gumpendorferstraße 79.
Berger Ottilie — Handel mit Modewaren, Konfektionswaren und Teppichartikeln — 6., Stumpergasse 51.
Fischer Marie — Lebensmittelhandel, beschränkt und Flaschenbierhande — 6., Gumpendorferstraße 54.
Seelinger Charlotte — Handel mit Schnitt- und Partiewaren — 7., Neustiftgasse 40.
Hofmeister Adelheid — Handel mit Sodawasser, Zuckerbäckerwaren und Kandten — 7., Lerchenfelderstraße 75.
Huber Rosina — Wäschewaren-Erzeugung — 6., Wallgasse 19.
Preiß Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Margaretenplatz 5.
Kobald Josefa — Erzeugung von Haarnetzen — 10., Favoritenstraße 166.
Pachmann Anna — Handel mit Viktualien, Obst, Grünwaren, Zuckerbäckerwaren, sowie Wein und Bier in handelsüblich geschlossenen Gefäßen — 10., Buchengasse 66.
Preinreich Anna — Wäschewaren-Erzeugung — 10., Favoritenstraße 159.
Dihanich Leopoldine — Handel mit Küchengeräten und Spielwaren — 10., Favoritenstraße 92.
Goldberger Josefine — Handel mit Schuhen — 10., Quellenstraße 62.
Kießlich Anna — Handel mit Viktualien, Obst und Grünwaren — 10., Quellenstraße 65.
Kubin Antonie — Das auf Frauen und Kinderkleider beschränkte Kleidermachergewerbe — 10., Raaberbahngasse 11/25.

* * *

18. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

A. Mildner & Komp. — Handelsagentur und Kommissionswarenhandel — 5., Gießaufgasse 4.
„Zig" Automobilbetriebs-Gesellschaft m. b. H. — Lastenfuhrwerks- und Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 5., Margaretengürtel 114 bis 118.
Winkler Johann — Fragnergewerbe — 13., Breitenseerstraße 36.
Ruzicka Johann — Anstreicher- und Lackierergewerbe — 13., Sechshauserstraße 122.
Wittmann Peter — Handelsagentur — 13., Vitusgasse 9.
Zsacsek Josef — Schlossergewerbe — 13., Matzingerstraße 9.
Morawitz Lorenz — Schuhmachergewerbe — 13., Lainzerstraße 35.
Karwantz Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — 13., Hochsatzengasse 30.
Strebinger Karl — Kleinhandel mit Holz — 3., Rüdengasse 25.
Kornfeld Ignaz — Viktualienhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 10., Erlachgasse 75.
Lahr Anton — Wäscheputzergewerbe — 10., Goethegasse 13.
Schäfer Heinrich — Friseurgewerbe — 10., Laxenburgerstraße 85.
Schwägerle Franz — Handel mit Viktualien und Zuckerbäckerwaren — 10., Laaerstraße 3.
Mayer Karl — Uhrmachergewerbe — 10., Dampfgasse 23.
Panek Wenzel — Schuhmachergewerbe — 10., Kolumbusgasse 22.
Knopf Berl Bernhard — Likör- und Fruchtsäfte-Erzeugung — 10., Eugengasse 68.
Neumann Karl — Likör-, Spirituosen- und Fruchtsäfte-Erzeugung auf kaltem Wege — 10., Quellenstraße 40.
Nittmann Johann — Zimmer- und Dekorationsmalergewerbe — 10., Waldgasse 9.
Mayer Josef — Handel mit lebenden Tieren, Sämereien und sonstigen in das Gewerbe einschlagenden Artikeln — 10., Favoritenstraße 172.
Endl Leopold — Handel mit Kanditen, Fruchtsäften, Brot, Obst und Bier in verschlossenen Flaschen — 10., Inzersdorferstraße 81.
Helm Karl — Handel mit Zuckerwaren und Viktualien — 10., Leebgasse 44.
Cerny Johann — Autogene Lohnschweißerei — 10., Alxingergasse 19.
Ing. Viktor v. Adler — Gemischtwarenhandel im Großen — 10., Humboldtgasse 42.
Bock Johann und Bock Anton — Großfuhrwerksgewerbe — 10., Dampfgasse 5.
Zajicek Franz — Gemischtwarenhandel im Großen — 10., Laxenburgerstraße 60.
Vogt Stephan — Handel mit Gold- und Silberwaren, Galanterie- und Kurzwaren — 10., Hafengasse 15.
Sebek Anton — Fleisch- und Selcherwaren-Verschleiß — 10., Favoritenstraße 160.
Stangl Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Kudlichgasse 25.
Trojer Theodor — Spenglergewerbe — 10., Wielandplatz 8.
Pohler Ernst — Ziegel- und Schieferdeckergewerbe — 10., Gellertgasse 28.
Kuhn Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — 10., Favoritenstraße 165.
Reiter Johann — Pflasterergewerbe — 10., Puchsbaumgasse 41.
Ryttnauer Franz — Handel mit Küchenbedarfsgegenständen sowie Verschleiß von Obst, Kanditen, Bier und Wein in Flaschen — 10., Schröttergasse 22.
Rieppi Franz — Mechanikergewerbe — 10., Kiesewettergasse 13.
Kauger Wilhelm — Tischlergewerbe — 21., Erzherzog Karl-Straße 12.
Habr Marie — Wanderhandel mit Obst, Naturblumen, Gemüse und Geflügel — 2., Volkertstraße 23.
Reiz Emma, geb Gebauer — Handel mit Fragnereiartikeln, Zuckerbäckerwaren, Bier und Wein in verschlossenen Flaschen — 21., Kagranerplatz 51.
Heilpern Joachim — Handelsagentur — 21., Barnhagengasse 15.
Michlowitsch Anna — Handel mit Fragnereiartikeln, Papierwaren, Bier und Wein in Flaschen — 21., Brünnerstraße 78.
Urbanetz Katharina — Erzeugung von Gesichts- und Handcreme sowie sonstiger kosmetischer Artikel — 18., Pötzleinsdorferstraße 91.
Engl Regina — Handel mit Alteisen, alten und neuen Metallabfällen — 19., Heiligenstädterstraße 30.
Mards Elisabeth — Warenhandel (beschränkt) — 19., Sieveringerstraße 97.
Taussig Rosa — Kleidermachergewerbe — 4., Luisengasse 15.
Feigl Leopoldine — Lebensmittelhandel (beschränkt) und Handel mit Wein und Bier in Flaschen — 4., Blechturmgasse 18.
Fiala Marie — Damenkleidermachergewerbe — 5., Margaretenstraße 120.
Edel Honora — Handel mit neuen Herren- und Knabenkleidern — 5., Schönbrunnerstraße 106.
Rüppel Marie — Verschleiß von Obst, Gefrornem und Zuckerbäckerwaren — 5., Zentagasse 3.

* * *

20. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Romen Fritz, protokollierte Firma Gebrüder Romen — Erzeugung von Desinfektionsapparaten und Waschmaschinen — 7., Lindengasse 28.
Löwy Hermann, Alleininhaber der Firma Löwy & Zelinka — Handel mit Schnitt- und Brennholz — 7., Westbahnstraße 27/29.
Thury Karl — Schuhmacher — 17., Hormayrgasse 8.
Freundl Ferdinand — Pferdefleisch-Verschleiß — 19., Iheringgasse 14.
Werfel Josef — Handel mit Bildern, Rahmen und Antiquitäten — 2., Blumauergasse 15.
Wimmer Franz — Handelsagentur für alle Waren, ausschließlich von Lebensmitteln — 2., Große Mohrengasse 3 b.
Pinselstein Samuel — Handel und Versand von Rahmen und Vergrößerungen und Verkleinerungen von Bildern — 2., Ybbsstraße 46.
Brehovsky Adolf — Maschinen-, Bau- und Konstruktionsschlossergewerbe — 2., Schönngasse 11.
Wiplel Franz — Schlossergewerbe — 2., Obere Donaustraße 63.
Eigenbauer Josef — Hühneraugenschneider — 15., Zwölfergasse 9.
Karber Karl — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — 10., Laxenburgerstraße 89.
Thuma Gottfred — Handel mit Viktualien- und Zuckerbäckerwaren — 10., Davidgasse 62.
Tonelles Alfred — Handel mit Kurzwaren — 10., Keplergasse 1.
Prochnik Josef Otto — Gemischtwarenhandel — 5., Wiedner Hauptstraße 88.
Morawitz Franz — Fleischselcherwaren-Verschleiß — 5., Schönbrunnerstraße 124.
Aschenbrunner Ignaz — Fleischselcherei — 7., Neustiftgasse 88.
Fleischer Arnold — Handel mit Seiden- und Baumwollwaren — 6., Stumpergasse 5.
Menasche Eidel — Handel mit Kurz- und Galanteriewaren — 6., Mollardgasse 25.
Bayer Richard — Gemischtwarenhandel — 8., Laudongasse 71.
Puta Karl — Kleidermachergewerbe — 8., Josefstädterstraße 70.
Gepp Ferdinand — Hufbeschlager — 19., Sickenberggasse 14.
Mostbäck Johann — Kaffeeschank — 14., Ullmannstraße 43.
Klomm Johann — Gastwirt — 14., Heinikegasse 2.
Janecek Josef — Optikergewerbe — 15., Fünfhausgasse 6.
Güntner Johann — Handelsagentur mit Ausschluß von Lebens- und Futtermitteln — 7., Burggasse 40.
Haack Maximilian — Photographengewerbe — 13., Gurkgasse 35.
Zeiß Karl — Hotelgewerbe — 2., Kaiser Josef-Straße 15.
Raab Adolf — Konzession zur Ausführung von Gasrohrleitungen, Beleuchtungseinrechtungen und Wasserleinleitungen — 2., Josefinengasse 4.
Zachlupnyk Isaak — Kaffeesiedergewerbe — 2., Kaiser Josef-Straße 5

Schöps Oskar — Handelsagentur — 2., Springergasse 11.
Szerbowski Heinrich — Kürschnergewerbe — 2., Rotensterngasse 37.
Schwarz Emil — Handelsagentur — 2., Körnergasse 7.
Knur Rudolf — Schlossergewerbe — 21., Floridsdorfer Hauptstraße 26.
Letal Johann — Tischler — 21., Angelgasse 10.
Berger Josef — Gastwirtsgewerbe — 21., Wenhartgasse 21.
Wittmann Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Stammersdorferstraße 7.
Jirsak Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Kagran 139.
Fürnkranz Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 21., Frömmlgasse 1.
Maker Bernhardine — Fabrikation von phototechnischen Präparate und Photogroßhandlung — 1., Bäckerstraße 14.
Lehner Anna — Übernahme von Wäsche zum Putzen — 4., Schleingasse 39.
Frank Karoline, geb. Müller — Modistengewerbe — 4, Margaretenstraße 47.
Fersl Marie, geb. Lega — Wäscheputzerei — 4., Karolinengasse 29.
Bogar Anna — Viktualienhandlung — 4., Rechte Wienzeile 39.
Retzner Bettina, geb. Wandschima — Lebensmittelhandlung, Verschleiß von Bäckerei, Konditen und Gefrornem — 4., Johann Strauß-Gasse 31.
Jung Anna Maria, geb. Mantler — Lebensmittelhandel beschränkt, Wein und Bier in Flaschen — 4., Starhembergasse 23.
Seidl Sabine, geb. Fischer — Hundebade- und Schuranstalt — 5., Kettenbrückengasse 19.
Grub Elisabeth — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16., Ottakringerstraße 216.
Jedlicska Marie, geb. Juras — Gemischtwaren-Verschleiß und Verschleiß von Flaschenbier — 16., Habichergasse 34.
Pahnstingl Antonia, geb. Meidl — Milch-Verschleiß — 16., Hasnerstraße 19.
Konstantin Susanna, geb. Stummerer — Naturblumenbinderin und -Händlerin — 9., Porzellangasse 54.
Talöth Hermine — Waren- und Flaschenbierhandel beschränkt — 19., Pyrkergasse 19.
Döring Magdalene — Großhandel mit Wein, Likören und Fruchtsäften — 13., Gurkgasse 47.
Narr Marie — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß ꝛc — 13., Auhofstraße 134.
Diamant Leopold, Alleininhaber der Firma Brüder Diamant — Handel mit Kurzwaren, neuen Kleidern ꝛc. — 1., Franz Josefs-Kai 17.
Schacherl Friederike — Handel mit Bureaubedarfsgegenständen — 9., Berggasse 17.

* * *

21. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Firma Hübl Franz (Alleininhaber Alfred Hübl) — Glaser — 4., Favoritenstraße 35.
Strosser-Czeika Josef (Inhaber der Einzelfirma Gießl & Czeika) — Handel mit neuen Glas- und Porzellanwaren — 2., Obere Donaustraße 81.
Matlach Augustin (Inhaber der Einzelfirma Augustin Matlach, Schuhleistenfabrik) — Fabriksmäßige Erzeugung von Schuhleisten) — 5., Schloßgasse 20
Zapotocky Franz — Handel mit mechanischen Apparaten, deren Zugehör und mit Musikinstrumenten — 16., Thaliastraße 60.
Swoboda Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Payergasse 14.
Jedlicka Anton Franz — Musikergewerbe — 16., Ottakringerstraße 39.
Kranzler Leopold — Wäschewaren-Erzeugung — 16., Panikengasse 39.
Krampflicek Viktor — Handel mit Uhren, deren Bestandteilen und einschlägigen Artikeln — 16., Kirchstetterngasse 50 a.
Leitner Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Grüllemaiergasse 15.
Kampfmüller Josef — Kleinfuhrwerksbesitzer — 16., Friedrich Kaiser-Gasse 13.
Hochreiter Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Flaschenbier — 16., Paletzgasse 24.
Fleischmann Viktor — Musiker — 4., Luisengasse 9.
Brandl Jakob — Handel mit Leinen, Wäsche-, Wirk- und Kurzwaren — 16., Reinhartsgasse 21.
Hillisch Rudolf — Handel mit Automobilen, Pneumatiks und sämtlichen Autozubehör — 4., Waltergasse 1.
Brückel Eduard — Gemischtwarenhandel — 4., Waaggasse 5.
Lang Wilhelm — Mechaniker — 4., Schleifmühlgasse 13.
Hirschmann Franz — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — 4., Weyringergasse 13.
Moravitz Laurenz — Schuhmachergewerbe — 13., Lainzerstraße 35.
Mayer Oskar — Bronzewaren-Erzeugungsgewerbe — 2., Engerthstraße 198.
Baab Josef Miordko — Kleidermachergewerbe — 2., Schönngasse 18.
Korntal Jakob — Reparaturswerkstätte für Plachen, Säcke und Zelte — 2, Borgartenstraße 150.
Protter Isaak — Zigarettenhülsen-Erzeugung — 2., Untere Augartenstraße 33.
Reinwart Karl — Fleischselcher — 16., Veronikagasse 13.
Denner Anton Karl — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel (beschränkt) — 16., Grundsteingasse 38
Mikulka Rudolf — Viktualien-Verschleiß — 19., Grinzingerstraße 57.
Hofmann Julius — Handel mit Tuchabfällen — 16., Herbststraße 31.
Kollar Karl — Zuckerbäckergewerbe — 19, Heiligenstädterstraße 78.
Knilling Ludwig — Zuckerbäckergewerbe — 13., Hütteldorferstraße 176.
Zirg Johann — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 13., Rohrbacherstraße 6.
Dimand Emil — Handel mit Holz und Kohlen — 13., Anschützgasse 8.
Radl Karl — Handel mit Holz und Kohlen — 13., Linzerstraße 399.
Balzarek Josef — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — 13., Goldschlagstraße 129.
Krebs Josef — Erzeugung von kosmetischen Artikeln auf kaltem Wege — 13., Hustergasse 13.
Bilati Rudolf v. — Handel mit Holz — 13, Leyserstraße 5.
Burigar Karl — Handel mit Holz und Kohlen — 13., Altgasse 23.
Stromicky Katharina — Marktviktualienhandel — 14., Grimmgasse 35.
Ordaner Franziska — Handel mit Zuckerbäckerwaren ꝛc. — 9., Fuchsthallergasse 12.
Prause Therese, geb. Stifter — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — 9., Alserstraße 40.
Oesterreicher Anna, geb. Krebs — Selchwaren-Verschleiß — 9., Beethovengasse 2.
Stessl Anna — Kleinhandel mit Holz — 16., Liebhardtgasse 61.
Pawlik Aloisia — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Habichergasse 18.
Dub Franziska — Verschleiß von Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16., Neulerchenfelderstraße 62.
Faul Marie — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 16., Wilhelminenstraße 69.
Andre Anna — Wäscheputzergewerbe — 16., Fröbelgasse 20.
Herzberger Stephanie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Mildeplatz 8.
Kampas Stephanie — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Thaliastraße 128.
Loidl Barbara — Handel mit Konditoreiwaren und Fruchtsäften — 16., Ottakringerstraße 139.
Böhm Josefa — Fragnergewerbe — 16., Koppstraße 28.

* * *

22. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Peter Edmund, Alleininhaber der Firma M. Zauner's Nachfolger — Handel mit Holz — 18., Hadikgasse 252.
Waller Adolf, Inhaber der Firma Ing. Adolf Waller, Metallwarenfabrik — Fabriksmäßige Erzeugung von Metallwaren — 5., Gassergasse 38.
Kohlbach Alfred — Handel mit Zuckerwaren und alkoholfreien Getränken — 7., Kaiserstraße 76.
Hödl Anton — Fragnergewerbe — 5., Wiedner Hauptstraße 123 b.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt. Seite

Obmänner-Konferenz:
Bericht der 109 Obmänner-Konferenz (21. November 1918) 421
Bezirksvertretungen:
Sitzungen 431
Allgemeine Nachrichten:
Die Wahl in die Nationalversammlung 431
Schaffung des Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr, G. m. b. H. 433
Lebensmittelverkehr:
Jung- und Stechviehmarkt vom 20. Februar 1919 434
Pferdemärkte vom 14. und 18. Februar 1919 434
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monate Jänner 1919 434
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 19. Februar bis 21. Februar 1919 435
Realitätenverkehr in Wien vom 1. bis 31. Oktober 1918 435
Baustellenverkehr in Wien vom 1. bis 31. Oktober 1918 443
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 446
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Vittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Sicherstellung des Blumenbedarfes im Jahre 1919 für die Wiener Gemeindefriedhöfe mit Ausnahme des Wiener Zentral-Friedhofes.

Wegen Vergebung des Blumenbedarfes der im Eigenbetriebe der Gemeinde Wien stehenden Friedhöfe (mit Ausnahme des Wiener Zentral-Friedhofes), und zwar:

im Meidlinger Friedhofe: Für das Frühjahr 3000 Stück Violen, für den Sommer 5000 Stück Pelargonien, für den Herbst 4000 Stück Violen und 6000 Stück Chrysanthemen;

im Hietzinger Friedhofe: Für das Frühjahr je 26.000 Stück Myosotis und Violen, für den Sommer 16.000 Stück Pelargonien gefüllt, 18.000 Stück Lachspelargonien, 3500 Stück Schlingpelargonien, 10.000 Stück Zwergbegonien, Teppichkönigin und 500 Stück Salvien, für den Herbst 30.000 Stück Chrysanthemen, 10.000 Stück Federchrysanthemen, 6000 Stück Zwergastern, 4000 Stück Asterdatschi, 2000 Stück Veronika und 300 Stück Erica gracilis;

im Baumgartner Friedhofe: Für den Sommer 10.000 Stück Pelargonien, je 2000 Stück Efeu (1 m lang) und Immergrün, für den Herbst 10.000 Stück Chrysanthemen;

im Hütteldorfer Friedhofe: Für das Frühjahr 1000 Stück Violen, 2000 Stück Myosotis und 1000 Stück Bellis, für den Sommer 1000 Stück Pyrethrum, 2500 Stück Pelargonien gefüllt, 700 Stück Schlingpelargonien, 1500 Stück Veronika, 4000 Stück Begonien, 500 Stück Salvien, Feuerball, für den Herbst 4000 Stück Chrysanthemen;

im Hernalser Friedhofe: Für den Sommer 13.000 Stück Pelargonien, 500 Stück Immergrün, Büschel, 5000 Stück Einfassungsbuxus, für den Herbst 16.000 Stück Chrysanthemen;

im Grinzinger Friedhofe: Für das Frühjahr 2000 Stück Myosotis,

für das Jahr 1919 wird vom Magistrate, Abteilung X, **Samstag den 8. März 1919, um Schlag 10 Uhr vormittags**, im Bureau der Magistrats-Abteilung X, im Neuen Rathause, 5. Stiege, Mezzanin, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Bedingnisse können in der Verwaltungskanzlei des Wiener Zentral-Friedhofes, sowie bei den Verwaltungen des Meidlinger, Hietzinger, Baumgartner, Hernalser, Hütteldorfer und Grinzinger Friedhofes während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Ebermann,
Magistratsrat.

1—3

Kundmachungen.

(35 Millionen Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1894.)

Am **1. März 1919, vormittags ½10 Uhr**, findet im Rathause zu Wien die 25. Verlosung des mit dem Landesgesetze vom 9. September 1893 (L.-G.-Bl. Nr. 49) genehmigten Anlehens der Stadt Wien von 35 Millionen Kronen statt.

Die bei dieser Ziehung ausgelosten 22 Serien zu je 5000 K werden vom **1. September 1919** ab bei der städtischen Hauptkassa gegen Rückstellung der Obligationen samt den noch nicht fälligen Kupons eingelöst werden.

Wien, am 19. Februar 1919.

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

1—1

(Prämien-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874.)

In Gemäßheit des Verlosungsplanes findet die 150. Ziehung der Anteilscheine des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 am **1. März 1919, vormittags 9 Uhr**, öffentlich im Rathause zu Wien in Gegenwart zweier Notare statt.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom **2. Juni 1919** ab durch die Hauptkassa der Stadtgemeinde Wien.

Wien, am 19. Februar 1919.

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

1—1

M. Abt. X, 9575/1918.

Hetzendorfer Friedhof; Wiederbelegung.

Vom 1. Mai 1919 angefangen werden die einfachen Gräber Nr. 240 bis 266 in der Gruppe XIII des Hetzendorfer Friedhofes wiederbelegt.

Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind vor dem bezeichneten Termine bei dem Wiener Magistrate, städtisches Gesundheitsamt (1., Neues Rathaus) einzubringen. **Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.**

Nach dem 1. Mai 1919 werden die Grabsteine, beziehungsweise -kreuze von den Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde. (M. Abt. X, 9575.)

2—3

Stiftungen und Stipendien.

B. V. III 416.

Paul Spitaler-Stiftung.

Im Monate März 1919 gelangen die Zinsen der Paul Spitaler-Stiftung im Betrage von 600 K zur Verleihung.

Anspruch auf diese Zinsen haben drei bedürftige christliche Angehörige des deutschen Volkes, welche im 3. Bezirke wohnen, und zwar ein Gewerbetreibender auf die eine Hälfte des Zinsenerträgnisses und zwei Arbeiter zu gleichen Teilen auf die andere Hälfte.

Die mit Heimatschein, Taufschein, Wohnungs- und Armutszeugnis versehenen Gesuche sind **bis längstens 23. März 1919** in der Kanzlei der Bezirksvorstehung des 3. Wiener Gemeindebezirkes, 3, Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen. Die Bewerber haben im Gesuche ausdrücklich zu erklären, daß sie Deutsche sind.

Nach dem Ablauf der Einreichungsfrist einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Wien, am 6. Februar 1919.

Der Vorsteher des 3. Bezirkes:
Paul Spitaler.

1—3

M. Abt. XIII, 69/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung
für verarmte Wiener Bürger.

Zur Verteilung gelangen: 600 K in zwei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Bürgerrechts-Dekret.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 11. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919.

3—3

M. Abt. XIII, 48/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Schey'sche Stipendienstiftung
für Hochschüler.

Verliehen wird: Für das Studienjahr 1918/19 ein Anton Schey'sches Stipendium im einmaligen Jahresbetrage von 660 K an einen armen fleißigen Studenten der juridischen Fakultät der Universität in Graz.

Dem Gesuche sind beizulegen: **Mittellosigkeits- oder Armutszeugnis**, Tauf- oder Geburtschein und Nachweis der Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre, endlich Impfzeugnis.

Letzter Tag zur Ueberreichung der Gesuche: **28. Februar 1919.**

Einreichstelle: Das betreffende Professorenkollegium.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919.

3—3

M. Abt. XIII, 195/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Gisela-Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Fünf Ausstattungsbeiträge zu 800 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatberechtigte und würdige Töchter mittelloser Eltern; Waisen, insbesondere mutterlose, haben bei gleicher Würdigkeit den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Totenscheine der Eltern.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 20. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919.

3—3

M. Abt. XIII, 25/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts- und amtsärztliches Gesundheitszeugnis. Im Gesuche ist der Name, Beruf und Wohnort des anderen Brautteiles anzuführen und weiters anzugeben, was für ein Geschäft und von welchem Brautteile es selbständig betrieben werden soll.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach der Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber vorzulegen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Bewerbungsfrist: **Bis 31. März 1919.**
Verleihungstag: 1. Mai 1919.
Auszahlung nur nach Antritt des Handwerkes (Geschäftes) und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 85/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Friederike Kempner-Debora Askenasy-Stiftung
für Blinde.

Verteilt werden: 33 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, nach Wien zuständige blinde Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungstermin: **Bis 12. April 1919.**
Verleihungstag: 19. Juli 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 3—3

M. Abt. XIII, 24/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Agnes Wuth'sche Armenstiftung.

Verteilt werden: 1600 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Heimatsnachweis, von Verheirateten oder Verwitweten auch der Trauungsschein und allenfalls auch die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, beziehungsweise der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1919.**
Verleihungstag: 26. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 3—3

M. Abt. XIII, 21/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josefine v. Königswarter'sche Heirats-ausstattungsstiftung.

Verliehen wird: Ein Betrag von 590 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, nach Wien zuständige Mädchen; Waisen, insbesondere mutterlose, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1919.**
Verleihungstag: 14. Mai 1919.
Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 64/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Eleonore Schrey'sche Stiftung
für arme Lehrlinge.

Zur Verleihung gelangen: Vier Stiftplätze mit dem jährlichen Bezuge von je 60 K zur Anschaffung der Kleider während der Lehrzeit und einem Freikleidbeitrage von 80 K nach beendeter Lehrzeit.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Lehrlinge welche wohlgesittet, im Geschäfte brav, im Schulbesuche sehr fleißig sind und von gänzlich unbemittelten Altern abstammen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Lehrvertrag, letztes Schulzeugnis einer gewerblichen Fach- oder Fortbildungsschule.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichtermin: **Bis 31. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 65/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Ferdinand und Emanuela Stark'sche Blindenstiftung.

Verteilt werden: Die Jahreserträgnisse im beiläufigen Betrage von 1200 K an 10 erblindete, christliche, im Alter von wenigstens 60 Jahren stehende Wiener Arme deutscher Nationalität ohne Unterschied des Geschlechtes.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und über allfällige sonstige Gebrechen.

Im Gesuche ist anzugeben, daß sich der Bewerber zur deutschen Nationalität bekennt.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**
Verleihungstag: 30. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919 2—3

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.

Bei Ministerien, Ämtern etc.
besteingeführte
Frema-Werke (Friedrich May)
Wien, I., Fischhof 3
Telephon Nr. 14602
liefern regelmässig:
Frema-Vervielfältigungsapparate
Frema-Vervielfältigungs-Zubehöre
Frema-Kohlepapier
Frema-Farbbänder
Frema-Schreibmaschinenpapier
Frema-Büro-Utensilien

Berndorfer Metallwarenfabrik
ARTHUR KRUPP A. G.
Berndorf Nieder-Oesterr.
Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.
NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12. :: BUDAPEST UND PRAG. ::

In eigener Erzeugung:
Bestecke und Tafelgeräte aus Alpacca-Silber, China-Silber und unversilbertem Alpacca und Pacfong. Kochgeschirre und Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße, Kessel und technische Artikel aus Rein-Nickel für chemische Laboratorien, Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinnstahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber, Messing, Tombak, Kupfer und Kupfernickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte, Stäbe und Stangen Druckkupferbleche, Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel
:—: etc. etc. etc. :—:

ART KRUPP BERNDORF — Schutzmarke für Alpacca-Silber I.
BERNDORF ALPACCA — Schutzmarke für Alpacca.
BERNDORF REIN-NICKEL — Schutzmarke für Rein-Nickel.
Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Bezugspreise
für Wien:
mit Zustellung ganzjährig 20 K
mit Zustellung halbjährig 10 K
ohne Zustellung ganzjährig 18 K
ohne Zustellung halbjährig 9 K
Außerhalb Wiens:
ganzjährig 22 K, halbjährig 11 K.

Bezugsbeginn: 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli.

Einzelne Nummern 40 Heller bei der Schriftleitung.

Amtsblatt der Stadt Wien

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

Schriftleitung:
1., Rathaus, Stiege 5, 1. Stock.
Fernsprecher: Rathaus.
Klappe 160 (Hauptschriftleiter).
Klappe 150 (Schriftleitung).

Postsparkassen-Konto Nr. 100.367.

Für den Buchhandel:
Gerlach & Wiedling, 1., Elisabethstraße 13. — Ganzjährig 30 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler, A.-G.
1., Schulerstraße 11.

Nr. 17. Mittwoch den 26. Februar 1919. Jahrgang XXVIII.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung vom 19. Februar 1919.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und die VB. Hoß, Rain und Neumann.

Bürgermeister: Der Gemeinderat ist beschlußfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Entschuldigt sind die Herren GR. Forstner, Schmitz und Dr. Stich.

2 Beurlaubt sind die Herren GR. David und Hohensinner.

3. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nationalversammlung der deutschen Republik ist zusammengetreten und das deutsche Volk hat seinen festen Willen bekundet, nach den Stürmen eines unseligen Krieges durch rastlose Arbeit sich ein neues Haus zu bauen.

Mit den herzlichsten Wünschen und Hoffnungen blicken wir Deutschösterreicher und Wiener nach Weimar und unsere Sehnsucht und unsere innigsten Grüße ziehen hinaus zu unseren deutschen Brüdern.

Mit innigem Danke haben wir die herzerquickenden Worte vernommen, die uns Deutschösterreichern in der Nationalversammlung gewidmet wurden. Sie haben in ganz Wien den hellsten Widerhall gefunden und wir freuen uns des Tages, der ein einiges Reich schafft, in dem auch wir Deutschösterreicher unentwegt und ungehindert an dem Wohle unseres deutschen Volkes wirken können. (Beifall.)

Was ich in der Gemeinderats-Sitzung vom 13. November des vergangenen Jahres sagen konnte, ich wiederhole es in dem Bewußtsein, daß wir nun dem Ziele nahe sind: Ein Traum von Jahrhunderten geht mit der Einigung aller Deutschen in Erfüllung.

Ich bitte die verehrten Kollegen um die Ermächtigung, die Nationalversammlung in Weimar begrüßen zu dürfen. (Beifall und Händeklatschen.)

4. Unter dem Decknamen „Wilhelm" sind folgende Spenden zur Anschaffung von Kleidern, Schuhen 2c. für arme Schulkinder eingelangt, und zwar:

für die Knaben-Volksschule 10., Leimäckergasse 17, 4000 K,
für die Knaben-Volksschule 10., Quellenstraße 54, 3000 K,
für die Knaben-Volksschule 10., Puchsbaumgasse 55 3000 K,
für die Knaben-Volksschule 10., Thavonatgasse 20, 2000 K,
für die Knaben-Bürgerschule 10., Quellenstraße 31, 2000 K,
für die Mädchen-Volksschule 10., Laaerstraße 1, 1500 K

Meine Herren! Die Herren Kollegen, die schon längere Zeit dem Gemeinderate angehören, wissen, daß unter dem Decknamen „Wilhelm" Jahr für Jahr Spenden für arme Schulkinder verschiedener Wiener Schulen einlaufen. Ich spreche dem mir unbekannten Spender namens des Gemeinderates und auch namens der Schulkinder den herzlichsten und innigsten Dank aus. (Beifall.)

Es sind weiters folgende Spenden eingelangt:

Hugo Knepler, Inhaber der Konzert-Direktion Gutmann, widmet einen Betrag von 8072 K 55 h als Reinerträgnis eines von der englischen Militärmusikkapelle in Wien veranstalteten Konzertes für die Aktion „Frühstück für arme Schulkinder".

Kommerzialrat Oskar Berl spendet für das Karolinenspital 5000 K.

W. Wick, Vorsteher der Kantonalen Handelsbank in Basel, übermittelt für die Armen Wiens einen Betrag von 1075 K 50 h.

Gustav Heller, Fabrikant, 4., Schwindgasse 17, spendet für die Armen Wiens 1000 K.

Universitäts-Professor Dr. Leopold Freund, 1., Graben 12, widmet für die Armen Wiens anläßlich der Aufnahme in den Wiener Heimatverband 200 K.

Hermann Winkler, Inhaber des Grand-Café Winkler im Prater, spendet 100 K für christliche tuberkulose Kinder und 100 K für christliche Kriegsblinde.

Dr. Guido Müller, Notar, 3., Landstraßer Hauptstraße 58, spendet für die Armen des 3. Bezirkes 100 K.

Für die städtischen Sammlungen:

Die Brüder Adolf, Dr. Erwin, Dr. Viktor und Otto Luntz, 8., Piaristengasse 32, eine vom Bildhauer Wilhelm Gerstel, Berlin, modellierte Gipsbüste des ersten Architekten beim Bau des neuen Wiener Rathauses und des nachmaligen Professors

an der Akademie der bildenden Künste Viktor Luntz, einen Abguß der Totenmaske desselben und eine Porträtplakette auf ihn von J. Tautenhayn.

Der Gemeinderat spricht den Spendern den verbindlichsten Dank aus.

Es sind Anfragen eingebracht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer G.-R. Dr. Scheu (liest):

5. Anfrage des GR. Herold:

Der geehrte Herr Bürgermeister hat gestern in einer großen Versammlung des 1. Bezirkes kundgegeben, daß er sich mit dem Gedanken abgibt, eine Balkanmesse alljährlich in Wien ins Leben zu rufen.

Ich begrüße lebhaft diese Idee. Es veranlaßt mich wiederum auch auf meine Anregung die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters zu lenken und diese ist: Abhaltung eines Weinmarktes (von österreichischen Weinen) alljährlich in den Höfen und anstoßenden Hallen unseres Rathauses.

Die motivierten Anregungen und Anträge sind schon vor längerer Zeit von mir eingebracht worden und dürften beim Magistrat zur Behandlung liegen. Beide Ideen stellen in Aussicht, daß sie in Wien Bewegung hervorrufen werden, Zugereiste werden nach Wien kommen, deren Interessen mit beiden Projekten verknüpft sind; Geld kommt in Umlauf; die erwerbenden Stände werden Vorteile daraus ziehen können. Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens erhält neue Stärkung.

Ist der geehrte Herr Bürgermeister gewillt, beide Ideen im entsprechenden Zeitpunkte zur Ausführung gelangen zu lassen?

Bürgermeister: Die Idee der Balkanmesse ist gewiß eine sehr gute, aber momentan halte ich die Ausführung derselben doch nicht für zeitgemäß.

Was den Weinmarkt anlangt, so erinnern Sie sich ja wohl, daß wir im Arkadenhof des Rathauses etwas derartiges schon veranstaltet haben und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir darauf dann wieder zurückkommen, nur müßte bis dahin ein gewisser Abbau der Weinpreise erfolgt sein. (Zustimmung.)

6. Anfrage des GR. Philp:

Bei der vor einigen Tagen abgehaltenen Hauptversammlung des Volksbildungshauses „Wiener Urania" verlas der Präsident Dr. Koeßler eine Zuschrift des Herrn Bürgermeisters, in der es hieß, daß das Bauprojekt für das Mariahilfer Zweighaus der „Urania" demnächst in den Stadt- und Gemeinderat kommen wird und daß die Gemeindeverwaltung dieses Projekt tatsächlich fördern werde. Ein wahrer Jubel begrüßte diese von den Freunden der „Urania" längst erwartete Nachricht.

Alles, was wir bei jener Versammlung hörten, zeigte die Notwendigkeit, daß die „Urania", die uns Wienern ans Herz gewachsen ist, bald ihr zweites Haus bekomme. Das vor neun Jahren erbaute Gebäude am Aspernplatz kann tatsächlich die Besucher nicht mehr fassen. Aus dem Jahresberichte ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 2355 Vorträge stattfanden, welche von 574.969 Personen besucht waren. Das ergibt einen Durchschnitt von täglich 2122 Personen. Unser größtes Theater, das Wiener Opernheater hat einen Fassungsraum von nur 2363 Personen. Daraus ergibt sich die erfreuliche und überraschende Tatsache, daß die „Volkstümlichen Vorträge der Urania" von verhältnismäßig mehr Personen aufgesucht werden als die Vorstellungen unseres größten Theaters. Im vorigen Jahre wurde ein neuer Hörsaal einbezogen, in diesem Jahre sogar drei neue Lehrsäle, in welchen jetzt 38 praktische Lehrkurse für die in Berufen stehenden, also für die breitesten Schichten der Bevölkerung abgehalten werden.

Die „Urania" ist, wie wir wissen, ein Brennpunkt des geistigen Lebens in unserer Vaterstadt geworden. Es gibt kein Gebiet des menschlichen Wissens, das dort nicht der Bevölkerung in echt volkstümlicher Art näher gebracht würde. Die für Wien neue Art, wie die „Urania" der Volksbildung dient, ist eine geradezu vorbildliche und wurde als solche bei der erwähnten Hauptversammlung auch von dem dort erschienenen Vertreter des Staatsamtes für Unterricht ausdrücklich öffentlich anerkannt. Die „Urania" ist auch für die Ausdehnung des freien Volksbildungswesens auf das Land bahnbrechend geworden. Das Staatsamt für Unterricht geht eben daran, die diesbezüglichen Vorschläge der „Urania" zu verwirklichen. In Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg und Aussee sind „Urania"-Gründungen im Zuge.

In den Augen aller Einsichtigen ist es auch ein Verdienst der „Urania", daß sie sich mit großem Takte von allen parteimäßigen Beeinflussungen frei zu erhalten weiß und daß sie der gesamten Bevölkerung, ohne Unterschied der Parteien, zu dienen bestrebt ist.

Die Erbauung des am Mariahilfergürtel geplanten zweiten Hauses, dessen von Baurat Alfred Keller verfaßten preisgekrönten Pläne seit nahezu einem Jahre von den berufenen Stadtämtern nach allen Richtungen geprüft und gutgeheißen wurden, ist eine ernste Notwendigkeit, deren Erfüllung schon im Interesse der Bewohner des Westens von Wien nicht mehr aufgeschoben werden darf. Jetzt, da es an lohnender Arbeit immer mehr mangelt und insbesondere das früher blühende Baugewerbe fast gänzlich darniederliegt, ist die eheste Inangriffnahme dieses öffentlichen Gebäudes wünschenswert, und es würde gewiß allseitig begrüßt werden, wenn dieser Bau unter die Notstandsbauten eingereiht würde. Dadurch würde die Zustandebringung des Baues bedeutend gefördert werden.

Ich stelle daher an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, anzuordnen, daß das Bauprojekt für das Mariahilfer Zweighaus der „Urania" allerehestens dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorgelegt werde?

2. Wie stellt sich der Herr Bürgermeister zur Frage der Einreihung dieses öffentlichen, gemeinnützigen Baues unter die Notstandsbauten?

Bürgermeister: Ueber die Zulässigkeit des Baues eines Zweighauses der Wiener Urania auf der Mariahilferstraße nächst der Gürtelstraße im 6. Bezirke liegt ein eingehender Bericht des Stadtbauamtes vor.

Die Magistrats-Abteilung III hat bereits für den morgigen Tag eine Amtsbesprechung in dieser Angelegenheit anberaumt, zu welcher sämtliche beteiligten Behörden und sonstige Interessenten eingeladen sind.

Die Vorverhandlungen werden voraussichtlich in ganz kurzer Zeit zu Ende geführt werden können, so daß der Entwurf, betreffend die Errichtung eines Urania-Zweighauses in Mariahilf, wahrscheinlich schon in einer der nächsten Sitzungen zur Beschlußfassung dem Gemeinderate vorgelegt werden wird.

Da der Bau des neuen Urania-Gebäudes nicht durch die Gemeinde Wien erfolgt, sondern durch den Verein „Wiener Urania" selbst, so ist es uns wohl nicht möglich, die Sache als Notstandsbau in Ausführung zu bringen.

7. Anfrage der GR. Wimmer und Schön:

Der Bezirk Hernals dürfte einer jener Wiener Bezirke sein, die in punkto Errichtung von Bedürfnisanstalten am stiefmütterlichsten behandelt worden sind. Im ganzen Bezirke gibt es nur zwei Bedürfnisanstalten und sieben sogenannte Pissoirs. Insbesondere die weibliche Bevölkerung leidet darunter, weil für sie zu wenig Bedürfnisanstalten vorhanden sind. Bei der Hernalser Remise wäre es dringend notwendig, eine moderne Bedürfnisanstalt zu errichten. Das schon deshalb, weil sich dort ein großer Verkehr abwickelt. Namentlich an Sonntagen wird dieser Mangel von den Ausflüglern schwer empfunden.

Wir fragen den Herrn Bürgermeister:

Ist er bereit, zu veranlassen, damit diesem dringenden, im Interesse der Bevölkerung liegenden Bedürfnisse Rechnung getragen wird?

Bürgermeister: Ich glaube, daß dieser Anfrage am besten dadurch Rechnung getragen wird, wenn ich sie als Antrag behandle und sie dem Magistrate zur schleunigsten Berichterstattung zuweise.

8. Anfrage der GR. Untermüller, Franz Schwarz und Genossen:

Zu dem am schlechtest entlohnten Angestellten der Gemeinde gehören zweifellos die Kanzleihilfskräfte, deren Taggeld von 3 K aufwärts beträgt. Es ist leicht einzusehen, daß mit diesen Beträgen auch unter Hinzurechnung der Teuerungszulagen das Auslangen unmöglich gefunden werden kann, weshalb eine entsprechende Erhöhung äußerst dringlich erscheint.

Die Gefertigten stellen an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist er geneigt, sofort veranlassen zu wollen, daß eine entsprechende Regulierung der Entlohnung der Kanzleihilfskräfte erfolge? Falls dies erst im Rahmen der zu erwartenden vollständigen Umgestaltung der Entlohnungsverhältnisse der städti-

schen Angestellten möglich wäre, ist der Herr Bürgermeister geneigt, verfügen zu wollen, daß in Form von Zulagen die so notwendige Besserstellung der Kanzleihilfskräfte ermöglicht wird?

Bürgermeister: Es ist auch in dieser Anfrage, wie so häufig, nur der nackte Lohn angeführt ohne die Zulagen, die im Laufe der Kriegszeit diesen Angestellten gewährt wurden. Diese Angelegenheit kann nicht losgelöst von den anderen behandelt werden, sondern muß dem achtgliederigen Komitee, das der Gemeinderat heute zu wählen hat, zugewiesen und im Rahmen dieses Komitees behandelt und zum Abschlusse gebracht werden.

9. Anfrage der Frau GR. Schwarz:

Im Laufe der Kriegsjahre wurden in Wien zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes beiläufig 1800 Substitutinnen in Verwendung genommen; vielen von diesen provisorisch angestellten Lehrkräften droht gegenwärtig selbst nach drei- bis vierjährigem Dienste die Entlassung, da sie durch den Wiedereintritt der aus dem Felde heimgekehrten Lehrer entbehrlich werden.

Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Gemeinde Wien, um das harte Los der Betroffenen zu mildern, in vielen Fällen den Lehrersoldaten Erholungsurlaube gewährte und so die Entlassung möglichst hinausschob und diese weiblichen Lehrkräfte, um sie vor augenblicklicher Not zu schützen, in der Jugendfürsorge und in Brot-Kommissionen in Verwendung genommen wurden. Dieses Auskunftsmittel schützt die jungen Lehrerinnen zwar vor Brotlosigkeit, schädigt sie jedoch durch die Unterbrechung des Schuldienstes für Ablegung der Befähigungsprüfung und in der anrechenbaren Dienstzeit überhaupt.

Es ist daher dringend geboten, jede für weibliche Lehrkräfte systemisierte Stelle schon mit Rücksicht auf den jungen weiblichen Nachwuchs auch den Lehrerinnen zu wahren und durch Vorrückung der älteren in höhere Dienstekategorien Platz zu schaffen.

In diesem Sinne frage ich den Herrn Bürgermeister:

1. Ist ihm bekannt, daß im Wiener Schulbezirke derzeit 30 für Schulleiterinnen systemisierte Stellen seit 1917 und 1918 erledigt und noch nicht ausgeschrieben sind, obwohl nach gesetzlicher Bestimmung vom 31. Juli 1917, § 1, die Ausschreibung der Leiterstellen 14 Tage nach der Erledigung zu erfolgen hat?

2. Ist dem Herrn Bürgermeister weiter bekannt, daß sich diese Verzögerung der Konkursausschreibung und Ernennung auf die im April 1917 und im Februar 1918 eingebrachten Rekurse einiger Lehrerinnen stützt, die gegen die seit Jahren vom Stadtrate veranlaßte Ausschreibung weiblich systemisierter Stellen für männliche Bewerber gerichtet sind und der Stadtrat eine Entscheidung des Landesschulrates abwarten will?

3. Gedenkt der Herr Bürgermeister in Rücksicht auf die mit der Entlassung bedrohten jungen Lehrerinnen, für welche jede durch Vorrücken einer älteren weiblichen Lehrkraft frei werdende Stelle von großem Werte ist und in fernerer Erwägung des Umstandes, daß der Stadtrat als Vertreter der Gemeinde — des Schulerhalters — mit dieser Geschlechtsbestimmung ein ihm nicht zustehendes Recht in Anspruch nimmt, diese unberechtigte Verzögerung aufzuheben und die erledigten Stellen durch den Bezirksschulrat sofort zur Ausschreibung zu bringen?

Bürgermeister: Der Gegenstand dieser Interpellation fällt nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderates, sondern in jenen der Schulbehörden.

Ich habe aber erhoben, daß die Ausschreibung der in der Interpellation erwähnten Stellen an Mädchenschulen aus dem Grunde vom Bezirksschulrate nicht veranlaßt werden kann, da die Voraussetzungen für die Ausschreibung dermalen noch nicht gegeben sind. Gemäß § 113 der Schul- und Unterrichtsordnung müssen nämlich die Verhandlungsakten, welche die Grundlage für die Stellenausschreibung bilden, dem Landesschulrate zwecks Feststellung, ob die fragliche Lehrstelle mit einer weiblichen oder mit einer männlichen Lehrkraft zu besetzen oder ob die Bewerbung den Lehrkräften ohne Unterschied des Geschlechtes offen zu halten ist, vorgelegt werden.

Derzeit liegt das ganze Aktenmaterial beim Staatsamt für Unterricht und ich werde daher die Anfrage der Frau Kollegin Schwarz dem Staatsamt für Unterricht mit der Bitte vorlegen, endlich eine Entscheidung treffen zu wollen.

10. Anfrage der GR. Untermüller, Waldsam, und Genossen:

Die unzureichenden Kohlenzufuhren führen leider dazu, daß nicht alle Anspruchsberechtigten befriedigt werden können. Während die städtischen Lagerplätze den bei ihnen rayonierten Kunden ziemlich regelmäßig die auf die Karten entfallende Kohlenmenge abgeben können, ist dies den Kleinkohlenhändlern vielfach nicht möglich, weil ihre Belieferung nicht gleichmäßig erfolgt. Die bei den Kleinkohlenhändlern rayonierten Kunden sind begreiflicherweise über den oft wochenlang nicht möglichen Erhalt von Kohle sehr ungehalten und kommt es nicht selten zu stürmischen Auftritten gegen den betreffenden Geschäftsinhaber. Der einzige Ausweg aus dieser Kalamität wäre die vollständig gleichmäßige Aufteilung der einlangenden und für den Küchenbrand zur Verfügung stehenden Kohle — unter selbstverständlicher Rücksichtnahme der bei der einzelnen Verkaufsstelle rayonierten Kunden — an die einzelnen Verschleißstellen. Diese Maßnahme hätte jedoch zur Voraussetzung, daß eine einzige amtliche Verteilungsstelle funktioniert, der allein die Zuweisung an die Groß- und Kleinhändler, beziehungsweise städtischen Lagerplätze obliegt. Die Genossenschaft der Kleinkohlenhändler hat in wiederholten Eingaben und Vorsprachen bei den zugänglichen Magistratsstellen eine Aenderung des bisherigen unhaltbaren Zustandes in Anregung gebracht, ohne daß hierauf irgendeine Erledigung erfolgt wäre.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin Einfluß nehmen zu wollen, daß alle Vorkehrungen getroffen werden, die eine vollständig gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Kohle ermöglichen?

Ist der Herr Bürgermeister weiters geneigt, das eheste Inslebentreten einer einheitlichen amtlichen Verteilungsstelle unter Zuziehung von Vertretern aller interessierten Kreise fördern zu wollen?

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren!

Was die Frage anbelangt, ob ich für die Vermehrung und Verbesserung der Kohlenzufuhr eintrete, so kann ich auf eine fünfjährige Tätigkeit zurückblicken, während welcher ich alles Mögliche getan habe und auch alle Mitarbeiter im Gemeinderate ohne Unterschied der Partei. Ich kann nichts für den Widerstand, den die tschecho-slowakische Regierung leistet, ich kann nichts dafür, daß das Gebiet von Karwin zwischen Polen und Tschecho-Slowaken umstritten ist. Dafür sind nicht wir, sondern die Verhältnisse verantwortlich, welche heute bestehen. Ich kann sagen, daß ich das ruhige Bewußtsein habe, in dieser Frage nichts versäumt zu haben. Da aber die Kohlenzufuhren so schlecht sind, daß wir geschweige einen Zimmerbrand höchstens nur 60 Prozent des Küchenbrandes ausgeben können, so habe ich den Magistrat beauftragt, daß er in Bezug auf das zur Verfügung stehende Brennholz ein weitestgehendes Entgegenkommen zeigt.

11. Anfrage des GR. Schäfer:

Die derzeitigen Verhältnisse erfordern gebieterisch, den Verdienst und das Geschäft für die Gewerbetreibenden zu heben. Eines der wesentlichsten Hindernisse für die Wiener Gewerbetreibenden ist die Lichtsperre.

Als man uns das Opfer der 4 Uhr- und später der 5 Uhr-Sperre auferlegte, wurde uns versprochen, mit dem zunehmenden Tageslicht auch die Sperrstunde weiter hinauszuschieben.

Seit uns dieses Versprechen gegeben wurde — das bisher leider nur auf dem Papier geblieben ist — ist bereits ein Monat verstrichen, ohne daß in dieser Hinsicht irgend etwas geschehen wäre.

Ich fordere nun im Namen aller Gewerbetreibenden, die ja als Steuerträger so hart zu der Tragung der Staatslasten herangezogen werden, die Verlegung der Geschäftssperre auf 6 Uhr und frage,

ob der Herr Bürgermeister gewillt ist, alles daran zu setzen, um beim Staatsrat für öffentliche Arbeiten und den sonst in Betracht kommenden Behörden die Verlegung der Sperrstunde auf 6 Uhr durchzusetzen?

Bürgermeister: Ich habe hier auch nur das zu sagen, was ich früher gesagt habe. Die Kohlenzuschübe nach Wien sind derart ungünstig, daß derzeit eine Milderung der Sperr- und Sparmaßnahmen nicht möglich ist. Aber ich nehme an, daß das Staatsamt für öffentliche Arbeiten mit Rücksicht darauf, daß es nun Tag für Tag früher hell wird und länger Tag bleibt, eine Ausdehnung der Geschäftsstunden ohne weiters und sehr bald zubilligen wird.

12. Anfrage des GR. Schäfer:

Die Lage der Wiener Gastwirte verschlimmert sich mit jedem Tag mehr und droht bereits katastrophal zu werden. Die heimliche Beschaffung aller Arten von Lebensmitteln ist derzeit mit derartigen Gefahren, Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten jeder Art verbunden, daß die meisten Wirte es vorziehen, den Weg des Schleichhandels, auf den sie ja leider gänzlich angewiesen sind, da seitens der Regierung gar nichts zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse beigetragen wird, auch aufzugeben und den Küchenbetrieb gänzlich zu sperren.

Bekanntlich hat das deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung angeordnet, daß vom 20. bis inklusive 26. Februar in den Betrieben der Gastwirte, Hoteliers und Kostgeber Fleisch mit Ausnahme von Geflügel, Fischen und Wurstwaren weder zubereitet verabreicht, noch genossen werden darf. Ich frage nun an, was sollen die Gastwirte ihren Kunden, die zum großen Teile auf ihre Küchen angewiesen sind, vorstellen, denn das löbliche Staatsamt weiß genau, daß weder Geflügel, noch auch Fische im gegenwärtigen Zeitpunkte selbst um hohe Preise zu haben sind.

Interpellanten ist es bekannt, daß 80 Prozent Wild abgeschossen wurden, ohne daß auch nur ein Stückchen davon zum Verkaufe gelangte. Wäre es unter den gegenwärtigen schweren Verhältnissen nicht tunlich, dieses Wildbret — das jedenfalls in den Lagerhäusern liegt — dem Konsume zuzuführen?

Interpellant stellt nun an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Frage,

ob dieser geneigt ist, an maßgebender Stelle dahinzuwirken, daß der auf die Gasthauskost angewiesene Teil der seßhaften Wiener Bevölkerung, wie die vorübergehend hier weilenden Fremden bei der amtlichen Lebensmittelbelieferung der Gasthäuser und Hotels mindestens die gleiche Berücksichtigung erfahren wie die Allgemeinheit, um fürs erste den gänzlichen Ruin des Gastgewerbes und mit ihm einer Anzahl der größten Steuerträger hintanzuhalten, aber auch um einen Großteil der Bevölkerung sowie die Fremden vor gänzlichem Nahrungsmangel zu schützen.

Bürgermeister: Ueber die auf Grund der Abschüsse in der Lobau und im Wiener Tiergarten gewonnenen Wildbretmengen verfügt ausschließlich das Volksernährungsamt.

Als zu Weihnachten eine Zubuße an Rindfleisch der gesamten Bevölkerung gewährt worden ist, ist der größte Teil des eingeforenen Wildbrets den Kriegs- und Gemeinschaftsküchen und an die Spitäler an Stelle der Rindfleischzubußen ausgefolgt worden. Derzeit sollen angeblich noch rund 10.000 kg gefrorenes Wildbret vorhanden sein, über welches, wie gesagt, das Volksernährungsamt verfügt. Ich werde daher die vorliegende Anfrage dem Volksernährungsamt mit dem Ersuchen um tunlichste Berücksichtigung des schwerleidenden Gastwirtsstandes bei Verteilung dieses Bestandes an gefrorenem Wildbret vorlegen.

Ich bemerke jedoch, daß der Genossenschaft der Gastwirte über ihr Ansuchen gestern vom Volksernährungsamt ausnahmsweise einen Waggon Mehl für eine Woche zu Ententepreisen behufs Erzeugung von Mehlspeisen in den Wiener Gastwirtschaften überwiesen worden sein soll.

Ich werde daher diese Anfrage des Herrn Kollegen Schäfer diesem Staatsamte überreichen.

13. Anfrage des GR. Penz:

Durch die jüngste Verordnung des Staatsamtes für Volksernährung, wonach vom 20. bis 26. Februar für die Gastwirtsbetriebe eine fleischlose Woche verfügt wird, hat die Vorstehung der Genossenschaft der Gastwirte in Wien beim Staatsamte für Volksernährung um Zuweisung von Mehl und anderen Mahlprodukten, sowie von Hülsenfrüchten und Kartoffeln als Ersatz für den Ausfall von Fleisch angesucht.

Da die Gastwirte durch die genossenschaftliche Verteilungsstelle wegen der geringen Zuweisungen gänzlich unzureichend mit Lebensmitteln beliefert werden, sind sie dem wucherischen Schleichhandel überantwortet, um nur halbwegs ihre Betriebe aufrecht erhalten zu können.

Wenn man bei den Gastwirten aber Mehl ausländischer Herkunft vorfindet, das sie sich zu hohen Preisen im Schleichhandel erworben haben, und das aus Quellen stammt, welche für den allgemeinen Konsum wegen der hohen Preise nie und nimmer hätte flüssig gemacht werden können, so werden diese Betriebe gesperrt. Dieses im Schleichhandel erworbene Mehl stammt aus Ungarn oder aus Tschechoslowakien, also aus Staaten, auf die sich die Macht des deutschösterreichischen Staates nicht erstreckt. Es kann für die allgemeine Verpflegung nur vorteilhaft sein, wenn viel Mehl aus diesen Staaten nach Deutschösterreich kommt. Den Betriebsküchen und Speisegemeinschaften gestattet man aber solche Sondereinkäufe und gibt ihnen außerdem noch aus dem Staatssäckel Millionen Kronen als Subvention. Dadurch werden einerseits die steuerzahlenden Gastwirte geknechtet, während man anderseits die Betriebsküchen und Speisegemeinschaften in der weitestgehenden Weise unterstützt und fördert. Wo bleibt bei einem solchen Vorgehen in unserem neuen Volksstaate das gleiche Recht? Diese Vorgangsweise ist geradezu ein Hohn auf die demokratischen Grundsätze unseres jungen Staatswesens.

Am Wahltage wurden die Gastwirte von der Behörde als Volksverpfleger aufgefordert, ihre Betriebe nicht zu sperren. Während der fleischlosen Woche werden sie aber mit anderen Lebensmitteln als Ersatz für das Fleisch nicht beliefert. Dieses Verhalten ist ungerechtfertigt und unhaltbar.

Der Herr Bürgermeister wird daher ersucht,

für den ohnehin schwer leidenden Gastwirtestand als unentbehrlicher Volksverpfleger einzutreten, daß während der fleischlosen Woche den steuerzahlenden Gastwirten, Hoteliers und Kostgebern Lebensmittel zugewiesen oder ihnen solche aus den Vorräten der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt werden und dahin zu wirken, daß in Zukunft Beschlagnahmen von Lebensmitteln in den Gasthäusern unterbleiben, sowie Sperrungen von Gastwirtsbetrieben nicht mehr erfolgen und daß der freie Sondereinkauf wie bei den Betriebsküchen und Speisegemeinschaften, sowie die Markenfreiheit in den Gastwirtsbetrieben zugestanden werde.

Bürgermeister: 1. Ich habe den Magistrat beauftragt, den Gastwirten anläßlich der bevorstehenden fleischlosen Woche nach Möglichkeit aus den Vorräten der Gemeinde Wien kartenfreie Artikel zur Verfügung zu stellen und werde nicht ermangeln, das von der Genossenschaft beim Staatsamte für Volksernährung eingebrachte Ansuchen gleichen Inhaltes nachdrücklich zu unterstützen.

2. Der Magistrat hat niemals bei den Gastwirten Lebensmittel beschlagnahmt, weil derartige Beschlagnahmen in die Kompetenz der Polizei-Direktion fallen. Der Magistrat wird aber nicht verabsäumen, diesen Wunsch der Genossenschaft der Gastwirte dem Kriegswucheramte zur Kenntnis zu bringen.

3. Der Magistrat wird beim Staatsamte für Volksernährung intervenieren, daß Lebensmitteleinkäufe, die aus dem Auslande provenieren, von der Beschlagnahme befreit werden, weil dieser Standpunkt auch der dermaligen Gesetzeslage entspricht.

4. Es ist richtig, daß nach dem Erlasse des Staatsamtes für Volksernährung, Z. 2172 (Abteilung 12), vom 6. Februar 1919 mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft Teilnehmer an den Betriebsküchen, soweit diese dem Lebensmittelverbande der Kriegsleistungsbetriebe Wiens, der „Vita"

oder dem Zentral-Verbande der Gemeinschafts- und Kriegsküchen für Wien und Niederösterreich angegliedert sind, von der Verpflichtung zur Abgabe von Abschnitten der Mehl- und Fettkarte befreit wurden. Der Magistrat wird das beim Staatsamte für Volksernährung eingebrachte Ansuchen auch in dieser Hinsicht wärmstens unterstützen, zumal die der Genossenschaft amtlich zugewiesene Mehlmenge so gering ist, daß sie höchstens für Einbrennzwecke auslangt.

14. Anfrage des GR. Koppensteiner:

Das Schulgebäude 20., Wasnergasse 33 sollte am 3. Februar 1919 seitens der Militärbehörden geräumt sein, da der Herr Vertreter des Platzkommandos die Baracken 20., Forsthausgasse, wo 2/3 der Räume leer stehen, zur Unterbringung der Transenen-Abteilung des ungarischen Regimentes für geeignet erklärt hatte, was der Offizier der Transenen-Abteilung ausdrücklich zugab. Die kommissionelle Verhandlung wurde deshalb auf den 4. Februar vertagt.

An diesem Tage ergab sich nun, daß die Schule noch immer besetzt ist und der Offizier der Transenen-Abteilung erklärte, daß das Schulgebäude Wasnergasse 33, der Transenen-Abteilung durch Unterstaats-Sekretär Dr. Deutsch bis auf weiteres zugewiesen sei. Eine schriftliche Bewilligung konnte er nicht vorweisen, und auch der Vertreter des Platzkommandos erklärte, daß diese Behörde eine Verständigung durch das Staatsamt für Heerwesen nicht erhalten habe.

Nach dem Einquartierungsgesetze wäre eine derartige Verfügung unzulässig, da die Militärbehörden nur dann berechtigt sind, Lokale der Gemeinde zu benützen, wenn in militärischen Objekten Räume nicht zur Verfügung stehen.

Auch nach dem Erlasse des Staatsamtes für Heerwesen vom 26. November 1918, Z. 665, sind die Militärbehörden angewiesen, die Freimachung der Schulen unverzüglich in Angriff zu nehmen und mit allen Mitteln anzustreben.

Obwohl in der Schule Wasnergasse 33, die 13 Schulklassen hat, nur wenige Räume durch militärische Kanzlei-Abteilungen besetzt sind, wurde dieselbe am 4. Februar nicht geräumt.

Als Mitglied der gemeinderätlichen Bezirks-Kommission 20 zur Kontrolle des unbeweglichen Gemeindevermögens stelle ich daher die Anfrage:

Ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, ob Herr Unterstaats-Sekretär Dr. Deutsch des Staatsamtes für Heerwesen tatsächlich eine solche gesetzwidrige Verfügung erlassen hat, obwohl ein Erlaß dieses Staatsamtes die Freimachung der Schulen anordnete?

Wenn ja, welche Schritte gedenkt der Herr Bürgermeister zu unternehmen, um eine derartige Schädigung der Schulkinder, die im 20. Bezirke ohnedies meist schlecht bekleidet sind und deshalb unter dem weiteren Schulwege naturgemäß leiden, zu verhindern?

Bürgermeister: Die in der Anfrage gemachten Angaben entsprechen den Tatsachen. Ueber Bericht der Magistrats-Abteilung XVI habe ich mit dem an das deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen gerichteten Schreiben vom 4. Februar 1919, Magistrats-Abteilung XVI 484/19, gegen diesen Vorgang Verwahrung eingelegt und das Ersuchen gestellt, wegen Abhilfe und sofortiger Rückstellung des Schulgebäudes Wasnergasse unverzüglich die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Eine Erledigung dieses Schreibens ist bisher nicht erfolgt.

In den letzten Tagen hat jedoch das deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen in einem an den Landesbefehlshaber gerichteten Erlasse darauf hingewiesen, daß nach den vorliegenden Belags- und Ubikationsübersichten die Wiener Kasernen ausschließlich der noch als Spitäler benützten Albrechts- und Baumgartner Landwehrkaserne und der für besondere Zwecke benützten Schwarzenbergkaserne, sowie der zu räumenden Gardekaserne einen Belag für 16.371 Mann haben und daß mit Rücksicht auf die Stärke der Volkswehrbataillone mit einem Stande von 15.320 Mann, deren Unterbringung in den Kasernen möglich sein müsse, so daß eine weitere Inanspruchnahme von Schulgebäuden umsoweniger begründet sei, als bereits der Abbau des Standes der Volkswehr eingeleitet wurde. In dem Erlasse wird weiters darauf hingewiesen, daß auch Barackenlager zum Belage herangezogen werden können. Das Staatsamt für Heerwesen hat daher angeordnet, daß die Volkswehr und die Kader der deutschösterreichischen Wehrmacht unbedingt in den vorhandenen Kasernen, alle übrigen militärischen Körper aber in den Baracken unterzubringen sind und daß sämtliche Schulgebäude, welche für Bequartierungszwecke noch benützt werden, bis längstens Ende Februar 1919 der Gemeinde Wien zurückgestellt werden müssen, weiters, daß für den Fall, als wider Erwarten der Belagsraum in den Kasernen und Baracken für die Deckung des Unterkunftsbedarfes nicht genügen sollte, die Verlegung einzelner Abteilungen in den freien Kasernen nächst Wien, wie Mauer, Groß-Enzersdorf, Korneuburg, Klosterneuburg 2c. mit aller Energie und zeitgerecht im Interesse der heranwachsenden Jugend durchzuführen ist.

Eine Erledigung meines Schreibens ist bisher nicht erfolgt. Ich werde diese Interpellation zum Anlaß nehmen, um diese Erledigung zu urgieren.

15. Anfrage des GR. Linder und Genossen:

Besitzt der Herr Bürgermeister Kenntnis von der allgemeinen Unruhe die einen großen Teil der Währinger Bevölkerung, insbesondere aber die Eltern ergriffen hat, deren Knaben die Bürgerschule 18., Cottagegasse 17, besuchen und darin seine Begründung hat, daß in der genannten Schule ein Waffenlagerplatz für 100 Gewehre, Bajonette, Ueberschwung und Patronentaschen errichtet wurde?

Nachdem eine Schule, welche als Bürgerschule und Fortbildungschule benützt wird, entschieden kein Sammelplatz für Waffen sein kann und darf und es dadurch auch entstehen kann, daß unter Umständen Schulkinder oder Lehrlinge in den Besitz von Waffen gelangen können, stelle ich die Anfrage:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, sofort zu untersuchen, wieso es möglich war, daß der Direktor der Knaben-Bürgerschule 18., Cottagegasse 17, den Dachboden der Bürgerschule, wenn auch in total abgeschlossenen Räumen, zur Einlagerung von Waffen, ohne eine behördliche Bewilligung zu besitzen, verwenden ließ?

2. Ist der Herr Bürgermeister auch geneigt, zu untersuchen, welche Motive den Herrn Bezirksschul-Inspekter Tremmel veranlaßten, den Direktor der Knaben-Bürgerschule 18., Cottagegasse 17, mündlich zu bestimmen, die Waffen in Verwahrung zu nehmen?

3. Ist der Herr Bürgermeister sich seiner Verantwortung bewußt, was es heißt, Schulgebäude als Waffenplätze zu benützen, und ist es ihm auch klar, daß unter derartigen Umständen ein Schülerstreik entstehen könnte und daß solche Anlässe doch nur dazu angetan sein können, in den breitesten Massen der Bevölkerung ungeheuren Unwillen zu erwecken?

4. Ist sich der Herr Bürgermeister bewußt, daß derartige Vorgänge dazu angetan sind, in den breitesten Schichten der Bevölkerung Unruhe dadurch zu erwecken, daß sie in den Glauben bestärkt wird, daß öffentliche Beamte nicht jene Treue der gegenwärtigen Staatsform entgegenbringen, die von allen Staatsbürgern unbedingt verlangt werden muß?

5. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin zu wirken, daß derartige Uebelstände nicht mehr vorkommen und zu veranlassen, daß sofort in allen Schulen Nachschau gehalten wird, ob sich nicht noch irgendwo Waffenplätze vorfinden, und dafür zu sorgen, daß die Schulen nur dem einzigen Zwecke des Unter-

richtes und der Schulbildung und der Erziehung unserer Jugend zu dienen haben?

Bürgermeister: Wie in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit erhoben werden konnte, sind in der Knaben-Bürgerschule 18., Cottagegasse 17, keinerlei Waffen eingelagert und ist auch hieramts kein Ansuchen um Bewilligung zu einer derartigen Einlagerung gestellt worden.

Im übrigen werden über den vorliegenden Fall Erhebungen noch eingehend gepflogen werden und wird hierüber besonders berichtet werden.

Es ist selbstverständlich, daß alle Mittel werden in Anwendung gebracht werden, um die Benützung von Schulhäusern für Waffeneinlagerung hintanzuhalten und ist auch bisher kein Fall bekannt, daß in Schulgebäuden, welche für Unterrichtszwecke in Verwendung stehen, eine derartige Einlagerung von Waffen erfolgt wäre.

Ich halte das für so unsinnig und blödsinnig, daß ich nicht begreifen kann, wie das überhaupt möglich geworden ist. Ich bin selbstverständlich auch der Meinung des Herrn Kollegen Linder, daß die Schulen für Unterrichtszwecke und nicht als Waffendepots benützt werden sollen.

16. Anfrage der Frau GR. Schwarz:

Die Kontrolle von Maß und Gewicht beim Markt- und Handelsverkehre in Wien obliegt bekanntlich dem Magistrate; daß eine strenge Handhabung in dieser Beziehung notwendig ist, zeigt das „Anstellen" der Käufer bei den städtischen Kontrollwagen in der Großmarkthalle und der Umstand, daß in vielen Fällen sich das Mißtrauen der Konsumenten als berechtigt erweist.

Das Eich-Inspektorat hat am 4. Mai 1916, Z. 450, in Kenntnis dieser Vorgänge die Mängel der magistratischen Kontrolle in einem ausführlichen Schriftstücke niedergelegt und dem Magistrate Anträge auf Abhilfe gestellt; gleichzeitig wurde von derselben Stelle ein Schreiben an die niederösterreichische Statthalterei gerichtet.

Da eine Antwort auf diese ausblieb, hat das Eichinspektorat bei dem Magistrate am 10. Dezember 1917 unter Z. 1261 die Angelegenheit urgiert und nach abermaliger Erfolglosigkeit am 30. Jänner 1918, Z. 119, die Statthalterei um Einflußnahme auf den Magistrat ersucht. Am 7. Februar 1918, Z. X-2471, wurde der Magistrat von der niederösterreichischen Statthalterei aufgefordert, bis 31. März 1918 über den Gegenstand zu berichten.

Nach dieser Feststellung frage ich:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, daß dieser Bericht bis heute noch nicht erstattet ist und daß die Umstände, welche geeignet sind, die heute ohnedies schwer betroffenen Konsumenten zu beunruhigen, beziehungsweise zu schädigen, noch in derselben Weise fortdauern?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diese gewiß dringliche Angelegenheit sofort in Angriff zu nehmen und eine Kontrolle zu veranlassen, welche feststellt, ob schädigende Absicht oder Unzuverlässigkeit der Wagen der Lieferanten den Widerspruch ihrer Maß- und Meßmittel mit den städtischen Wagen verursachen?

3. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dieser Benachteiligung der Konsumenten, die sie in dieser Zeit der Lebensmittelnot und außerordentlichen Teuerung doppelt schwer empfinden, mit vollem Nachdrucke entgegenzutreten und Abhilfe zu schaffen?

Bürgermeister: Anlaß zu der vorliegenden Interpellation bilden offenbar die in letzter Zeit laut gewordenen Klagen über Gewichtsverkürzungen in der Großmarkthalle.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß weder beim Marktamte noch bei den den Kontrollwagen in der Großmarkthalle zugeteilten Marktdienern Anzeigen über größere Gewichtsverkürzungen eingelangt sind. Tatsache ist nur, daß bei dem in der Großmarkthalle verabreichten Schweinefleisch längere Zeit hindurch Gewichtsverkürzungen von 3 bis 5 dkg bei 1 kg festgestellt werden konnten. Diese Gewichtsverkürzungen sind aber lediglich darauf zurückzuführen, daß dieses Schweinefleisch am Tage vor dem Verkaufe im gefrornem Zustande in die vorgeschriebenen Gewichtspakete vorgerichtet werden mußte, daß dann das Fleisch über Nacht etwas auftaute, sodaß Wasser abfloß und sich hiedurch in nicht wenigen Fällen ein Fehlgewicht von 3 bis 5 dkg ergab. Eine schädigende Absicht der Fleischverkäufer kann aber in diesen Fällen nicht erblickt werden, sondern es muß dieses Fehlgewicht auf die vorgeschriebene Art und Weise des Verkaufes des gefrornen Schweinefleisches zurückgeführt werden; in jedem Falle wurde aber das fehlende Gewicht der beschwerdeführenden Partei vom Verkäufer durch Geld vergütet.

Hinsichtlich der Frage 1 berichte ich, daß das bezügliche Dienststück augenblicklich nicht zu finden ist, jedoch steht fest, daß die Eingabe des Eich-Inspektorates insofern beantwortet worden ist, als der Magistrat in einer Zuschrift an das Eich-Inspektorat erklärte, die beklagten Uebelstände ließen sich nur durch Einführung eines $^1/_8$ kg-Gewichtes abstellen, wogegen sich aber das Eich-Inspektorat ablehnend verhielt.

Hinsichtlich der Fragen 2 und 3 berichte ich, daß die Kontrolle der Wagen und Gewichte, sowohl in den Markthallen und Märkten, als auch bei den Lebensmittelhändlern 2c. in den Bezirken stets und ohne Unterbrechung anläßlich der Vornahme der Revisionen dieser Geschäfte durch die Marktamtsorgane durchgeführt wird.

In jenen Fällen, in welchen ein unrichtiges Funktionieren oder untergewichtige Gewichte sowie die Nichtnacheichung von Wagen und Gewichten von den genannten Organen festgestellt wird, werden vom Marktamte immer sofort die erforderlichen Verfügungen wegen Eichung, Nacheichung oder Außerverkehrsetzung der beanständeten Wagen und Gewichte getroffen und außerdem die entsprechenden Anzeigen an die Bezirksämter erstattet; das Marktamt versucht, in allen diesen Fällen auch festzustellen, ob lediglich eine Nachlässigkeit oder eine schädigende Absicht der bezüglichen Gewerbetreibenden vorliegt und erstattet je nach dem Ergebnisse dieser Erhebungen allenfalls weitere Anzeigen wegen absichtlich vorgenommener Gewichtsverkürzungen an das Bezirksamt.

17. Anfrage der GR. Schön und Rimmer:

Der Kanal in der Ortliebgasse in Hernals liegt viel zu seicht, infolgedessen dringt das Wasser in die Häuser und verursacht Ueberflutungen der Keller. Die Bezirksvertretung fordert den Umbau des Kanales seit dem Jahre 1911, trotzdem hat man es noch immer nicht der Mühe wert gefunden, diese notwendige Arbeit ausführen zu lassen. Im Präliminare 1918/19 für den 17. Bezirk, Geschäftszahl 121/18, Seite 8 d) Kanalbau steht diese Forderung neuerdings an erster Stelle und dort heißt es: Kanalbau von der Ortliebgasse bis Hernalser Hauptstraße mit Abzweigung in die Frauengasse 340 m lang. Kosten 45.000 K. Die Bezirksvertretung begründet den Umbau folgendermaßen: Da der Kanal viel zu seicht liegt, dringt das Wasser in die Häuser und verursacht Ueberflutungen der Keller.

Der Herr Bürgermeister wird 1. darauf aufmerksam gemacht, daß im Frühjahre bei der Schneeschmelze die oben angeführte Belästigung der Bewohner von der Ortliebgasse wieder zu befürchten ist;

ferner fragen wir den Herrn Bürgermeister,

ob er 2. alles Notwendige veranlassen will, damit diesem Skandal ein Ende bereitet wird und

3. ob dieser Kanalumbau deshalb bis heute noch nicht durchgeführt wurde, weil es sich in der Ortliebgasse nur um eine Arbeiterbevölkerung handelt?

Bürgermeister: In der Ortliebgasse im 17. Bezirke bestehen drei Hauptunratskanäle. Der erste reicht von der Gebler-

gasse bis zur Hernalser Hauptstraße und mündet in den Hauptunratskanal der Hernalser Hauptstraße, der zweite von der Haslingergasse bis zur Geblergasse und mündet in den Hauptunratskanal der Geblergasse, der dritte von der Ottakringerstraße bis zur Haslingergasse und mündet in den Hauptunratskanal der letztgenannten Gasse. Der erste Kanal hat eine Tiefenlage von 2·1 m, der zweite eine Tiefenlage von 4 m und der dritte eine solche von 2·6 m. Die Tiefenlage des zweiten und dritten Kanales ist eine ausreichende, die des ersten Kanales eine geringe. Alle drei Kanäle sind aus Ziegeln hergestellt und alten Bestandes. Der Bauzustand kann derzeit als entsprechend bezeichnet werden. Beschwerden über Ueberflutungen der Keller der Häuser der Ortliebgasse sind in den Amtsstellen nicht vorgebracht worden. Der Umbau dieser Kanäle war vor Jahren wohl in Aussicht genommen, mußte jedoch aufgeschoben werden, weil mit Rücksicht auf die einschneidenden Veränderungen, welche der Bau der Untergrundbahnen im Kanalnetze dieses Gebietes mit sich bringen würde, es sich empfiehlt, an Kanalumbauten erst dann heranzugehen, wenn die Frage der Untergrundbahnen in einem bestimmten Sinne erledigt ist.

Die Kosten der Kanalumbauten in der Ortliebgasse würden übrigens, da hiebei auch andere Kanäle umgebaut werden müßten, nicht den angegebenen Betrag von 45.000 K, sondern einen Betrag von rund 150.000 K erfordern.

Eine Ueberschwemmungsgefahr besteht für die Zeit der Schneeschmelze für die Häuser an der Ortliebgasse nicht, weil die drei genannten Kanalstrecken Endstrecken sind und die Kanäle nur die Wässer ganz kleiner Niederschlagsgebiete abzuführen haben.

Der Umbau alter Ziegelkanäle kann übrigens, um das Gemeindebudget nicht zu sehr zu belasten, nur nach und nach vor sich gehen. Im 17. Bezirke befinden sich schlechtere Kanäle als jene in der Ortliebgasse, deren Umbau in erster Linie ins Auge gefaßt werden muß.

In den Jahren vor dem Kriege ist bereits eine große Zahl von Unratskanälen im 17. Bezirke, zwischen der Leopold Ernst-Gasse und der Hernalser Hauptstraße und zwischen der Haslingergasse und der Hernalser Hauptstraße, mit großen Kosten umgebaut worden, gerade in einem Gebiete, welches vorwiegend von Arbeiterbevölkerung bewohnt wird.

Es wird Sache des Stadtrates sein, bei der Budgetberatung für 1919/20 auf diese Anfrage Bedacht zu nehmen.

18. Anfrage der GR. **Untermüller** und **Waldsam**:

Seit Jahren erstrebt die Gehilfenschaft des Fleischer- und Selchergewerbes die Einführung der vollen Sonntagsruhe. Dieses Streben findet bei den Gewerbeinhabern volles Verständnis und ist auch ein diesbezügliches Uebereinkommen zwischen Gewerbeinhabern und Gehilfenschaft zustandegekommen.

Trotz dieses erzielten Einverständnisses der beteiligten Kreise und trotz des Umstandes, daß der Einführung der vollen Sonntagsruhe im Fleischer- und Selchergewerbe keine Hindernisse im Wege stehen, ist die vom Staatsamte für soziale Fürsorge in Aussicht gestellte Verordnung, betreffend Sonntagsruhe in den genannten Gewerben, von der n.-ö. Landesregierung noch nicht erlassen worden.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei der n.-ö. Landesregierung dahin Einfluß zu nehmen, daß die Verordnung, betreffend die volle Sonntagsruhe im Fleischer- und Selchergewerbe, unverzüglich erlassen werde?

Bürgermeister: Fällt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, ich werde aber dem Wunsche des Herrn Antragstellers Rechnung tragen und seine Interpellation der Landesregierung vorlegen.

19. Anfrage des GR. Dr. **Danneberg**:

Auf die in der Gemeinderats-Sitzung vom 11. Dezember 1918 von mir gestellte Anfrage, betreffend die Ernennung der eingerückt gewesenen Magistratsbeamten, hat der Herr Bürgermeister geantwortet, daß die Beförderung dieser Beamten erst nach erfolgter Qualifikation durchgeführt werden kann, welche im Sinne der Dienstpragmatik für die städtischen Beamten anfangs Jänner stattfinden wird.

Tatsächlich sind auch die eingerückt gewesenen Beamten des Konzeptes, des Stadtbauamtes u. s. w. ernannt worden. Aus unbekannten Gründen ist aber die Ernennung der eingerückt gewesenen Buchhaltungsbeamten bisher nicht erfolgt. Es ist nicht einmal die Qualifikation bis zum heutigen Tage erledigt worden, obwohl sie nach der Zusage des Herrn Bürgermeisters anfangs Jänner hätte stattfinden sollen.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, zu veranlassen, daß die Qualifikation der eingerückt gewesenen Beamten der Wiener Stadtbuchhaltung sogleich erfolge und die Beförderung sofort vollzogen werde?

Bürgermeister: Der Buchhaltungs-Direktor berichtet mir (liest):

„Die Qualifikation der Beamten der Stadtbuchhaltung für das Jahr 1918 ist bereits erfolgt und werden die Personalstandsausweise vom 22. Februar 1919 angefangen im Sinne der vom Gemeinderate unterm 14. Oktober 1879, Z. 1992 genehmigten Bestimmungen der Dienstpragmatik durch acht Tage, das ist bis einschließlich 1. März 1919 zur Einsichtnahme aufgelegt.

Der Besetzungsvorschlag über die zu befördernden Beamten wird bis zu diesem Termine erstattet werden."

20. Anfrage des GR. **Wawerka**:

In der Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten wurde am 27. Dezember 1918 von Herrn BVSt. Krist der Antrag gestellt, das Gebäude 10., Quellenstraße 1, zu demolieren und die dahinter befindliche Mistgrube zuzuschütten. Die dringliche Behandlung dieser Angelegenheit ist von größter Bedeutung für die Schrebergartenanlagen auf dem Laaerberg. In der erwähnten Grube wird noch immer Mist abgeladen; der Pächter des erwähnten Hauses läßt den Mist nach verwertbaren Bestandteilen durchsuchen, wodurch derselbe immer wieder aufgewühlt wird. Die Schrebergartenanlagen liegen östlich von dieser Mistgrube und sind von derselben nur durch eine Straße getrennt. Jeder Westwind wirbelt Mist, Staub und Papierfetzen in die Schrebergärten hinein. Es ist die höchste Zeit, daß diese Mistgrube endlich verschwindet, damit einerseits den Schrebergärtnern der Ertrag ihrer Arbeit gesichert und der Aufenthalt in ihren Gärten jederzeit ermöglicht wird, sowie daß durch Anschüttung des erwähnten Grundes neue Flächen für Schrebergärten gewonnen werden.

Ich stelle demnach an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Antrag der Bezirksvertretung Favoriten so rasch als möglich zur Durchführung gelangt und die schon oft beklagte Mistgrube endlich verschwindet?

Bürgermeister: Mit dem Pächter der Grube und der Baulichkeiten wurde wegen vorzeitiger Auflösung des Bestandvertrages bereits eine Vereinbarung getroffen, und es wird hierüber sowie über die in Aussicht genommene Abtragung der Baulichkeiten und Anschüttung in den nächsten Tagen ein Bericht vorgelegt werden.

Die Anschüttung wird aber voraussichtlich, wenn nicht anderes Material zur Verfügung steht, mit Haus- und Straßenkehricht erfolgen müssen und dürfte nach Ansicht des Stadtbauamtes bis zum Frühjahr 1920 vollendet sein.

Die Gründe werden hierauf zur Anlage von Schrebergärten verwendet werden.

21. Anfrage der GR. Dr. Grün, Emmerling, Bermann, Hermann Fischer:

Am 11. Dezember 1918 hat Herr GR. Solterer in der Gemeinderats-Sitzung einen die Neuregelung der Bezüge aller städtischen Angestellten betreffenden Antrag eingebracht, der im Amtsblatte der Stadt Wien vom 28. Dezember 1918 abgedruckt erscheint.

In diesem Antrag teilt Herr GR. Solterer die Beamten nach ihrer Vorbildung in Gruppen ein und sagt wörtlich:

Gruppe I. (Hauptsächlich Vollakademiker) umfassend die Juristen, Techniker, Aerzte des Physikates und der Anstalten, Bibliothekare und Archivbeamte.

Gruppe II (Hauptsächlich Halbakademiker) umfassend die Geometer, Versicherungstechniker, die Armenärzte u. dgl.

Wenn nun auch der Zusatz „Hauptsächlich" den ungünstigen Eindruck für sehr aufmerksame Leser etwas abzuschwächen vermag, so muß doch anderseits zugegeben werden, daß die Einreihung von Doktoren der gesamten Heilkunde in eine Gruppe mit Halbakademikern geeignet ist, in weiten Kreisen irrige Vorstellungen über die Vorbildung unserer sogenannten „Armenärzte" zu erwecken, und dies umso leichter, als der Antragsteller auch inhaltlich die Armenärzte anders als die sogenannten Akademiker behandelt, indem er denselben eine 35jährige Dienstzeit gegen die 30jährige Dienstzeit des Akademikers vorschreibt.

Zu Nutz und Frommen der auf armenärztliche Hilfe angewiesenen Bevölkerung kann und darf die Autorität unserer städtischen Aerzte für Armenbehandlung nicht herabgesetzt werden, ebenso obliegt es jedem Einsichtigen, die durch eine solche Einreihung in ihrem Ansehen und ihren materiellen Interessen bedrohten Aerzte zu schützen.

Es ist klar, daß eine solche Scheidung der Aerzte in zwei Gruppen vollkommen ungerechtfertigt ist, wie überhaupt eine Einteilung nach Bruchteilen von Akademikern bei einem Doktor der gesamten Heilkunde kaum irgendwo vorkommt.

Unsere Armenärzte unterscheiden sich in ihrer Vorbildung von den Amtsärzten gar nicht, von den Physikatsärzten nur dadurch, daß für ihre Anstellung die Ablegung der Physikatsprüfung nicht erforderlich ist, die aber nicht eine höhere Ausbildung, sondern nur die Eignung zum Sanitätsbeamten bekundet.

Der Herr Bürgermeister wird daher gefragt,

1. ob er gewillt ist, zur Vermeidung derartiger Ungerechtigkeiten den genannten Stand unseres ärztlichen Personales in einem Status zu vereinigen und alle Aerzte ohne Rücksicht auf ihr Verwendungsgebiet gleichmäßig und den anderen Akademikern vollkommen gleich zu behandeln,

2. ob er geneigt wäre, eine Erklärung des Gesundheitsamtes im Amtsblatte der Stadt Wien zu veranlassen, aus welcher die Richtigstellung des Charakters der städtischen Aerzte für Armenbehandlung zu ersehen ist.

Bürgermeister: Eigentlich geht es wohl nicht an, daß der eine Gemeinderat in einer Interpellation die Ausführungen eines anderen Gemeinderates kritisiert. Das muß man wohl der Debatte überlassen. Herr GR. Grün kann aber versichert sein, daß ich alle Aerzte ohne Unterschied, ob sie im Stadtphysikat oder bei der Armenbehandlung oder für Leichenbeschau dienen, gleichmäßig als Akademiker auffasse und daß diese meine Auffassung maßgebend sein wird für die Behandlung des Gegenstandes. (Allgemeine Zustimmung.)

22. Anfrage der Frau GR. Müller:

Bei dem Hause Taborstraße 65 befindet sich ein großer, grasbewachsener Platz, der sich vortrefflich als Spielplatz für die Kinder des zweiten Bezirkes eignen würde. Seit Jahren war dieser Platz völlig unbenützt und durch hohe Gitter vollkommen abgesperrt. Derzeit stehen auf demselben unbenützte Feldküchen, für die sich jedenfalls sehr leicht ein zumindest ebenso geeigneter Aufbewahrungsort finden würde. Durch Räumung des Platzes und Ueberlassung desselben an die Bevölkerung des zweiten Bezirkes würde aber den Kindern dieses Bezirkes eine wahre Wohltat gewährt. Der zweite Bezirk ist an Spielplätzen nicht reich. Auch der Augarten reicht nicht aus, da er keine breiten Tummelplätze für die Spiele der Kinder umfaßt. Wer aber die Wohnungen in den Seitengassen der Tabor- und Praterstraße kennt, der wird wissen, wie sehr die darin hausenden Kinder ein bißchen Luft und Bewegungsmöglichkeit brauchen.

Ich stelle daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um den genannten Platz der Jugend des zweiten Bezirkes für Spielzwecke zur Verfügung stellen zu können?

Bürgermeister: Diese Interpellation wird in der nächsten Gemeinderats-Sitzung beantwortet werden. — Ich muß die Interpellationen zumindest eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung haben, denn wohin kommen wir sonst, wenn noch während der Sitzung Anfragen gestellt werden?

Es sind Anträge gestellt worden, um deren Verlesung ich ersuche.

23. Antrag des GR. Rummelhardt und Genossen:

Mit Gemeinderats-Beschluß vom 9. September 1912, P. Z. 9881 ex 1912, beziehungsweise vom 27. April 1917, P. Z. 2712/17, wurde jenen Beamten des städtischen Jugendamtes, welche in Ausübung des Dienstes ständigen Außendienst zu versehen haben, ein jährliches Entfernungspauschale von 400 K, das ist monatlich 33 K 33 h zuerkannt.

Diese Entfernungsgebühren werden im Sinne des angeführten Gemeinderats-Beschlusses für die Verrichtung sämtlicher Kommissionen gewährt. Die Berufsvormünder des städtischen Jugendamtes haben bei jedem der in den bisherigen Wirkungskreis einbezogenen Gerichte wöchentlich Amtstage abzuhalten, an welchen alle anhängigen Fälle des betreffenden Gerichtes durchgearbeitet werden. Ueberdies haben die Beamten bei den verschiedenen anderen Gerichten Tagsatzungen und Erhebungen im streitigen und außerstreitigen Verfahren zu verrichten, Exekutionen vorzunehmen, Minderjährige über Auftrag des Gerichtes abzunehmen. Bei den Bezirksjugendämtern ist dreimal in der Woche an Nachmittagen in der Zeit von ½5 bis 7 Uhr Fürsorgedienst zu versehen, wofür keine separate Entlohnung erfolgt.

Den gleichen Dienst haben die dem Amte als Erzieher zugeteilten Beamten zu versehen, wie auch die Kassabeamten, die aus ihrem Dienste sich ergebenden verschiedenartigen Kommissionen zu vollziehen haben. Würden also die generellen Kommissionen nach dem für die städtischen Beamten geltenden Gebührennormale vom 15. Jänner 1896, P. Z. 3684 ex 1891, vergütet werden, so würde jedem Beamten ein Vielfaches der gegenwärtigen Entfernungsgebühren zustehen.

Die Pauschalentlohnung von 400 K jährlich für geleistete Außendienste kann in kein Verhältnis zur Mehrdienstleistung, Art der Dienstesverwendung und der dadurch bedingten Kleiderabnützung gebracht werden, zumal die Amtshandlungen an festgesetzten Tagen ohne Rücksicht auf die übliche Amtszeit und Witterung erfolgen.

Auch ist das den Beamten des städtischen Jugendamtes gebührende Entfernungspauschale weit geringer als die den Kreisfürsorgerinnen bewilligte Personalzulage von jährlich 800 K und dem sowohl diesen als auch den Fürsorgerinnen zustehende Kleiderpauschale von jährlich 200 K.

Zur Illustration wird folgendes angeführt:

Den Unterbeamten des städtischen Fuhrwerksbetriebes wurde außer Vergütung der Fahrtauslagen mit Stadtsrats-Beschluß vom 17. Dezember 1918, P. Z. 12473 B.A. IX 1975, ab 1. Oktober 1918 an Stelle des bisherigen Entfernungspauschales von monatlich 40 K ein solches in der Höhe von monatlich 60 K bewilligt; desgleichen wird bereits für die Beamten des Hilfsstatus des Stadtbauamtes eine Neuregelung ihrer Entfernungsgebühren, die jene der Beamten des Jugendamtes bisher schon überholt haben, erfolgen. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß den Kanzleibeamten, welche Konzeptsdienste leisten, eine Zulage von monatlich 40 bis 60 K gewährt wird. Die Beamten des Jugendamtes leisten durchwegs Konzeptsdienste.

Im Sinne einer gerechten Entlohnung der verdienstvollen Beamten des vom sozialen Standpunkte aus so überaus wichtigen Jugendamtes stellen die Unterzeichneten daher den Antrag:

Der Gemeinderat wolle sogleich das jährliche Entfernungspauschale für die Beamten des städtischen Jugendamtes rangsklassenmäßig abstufen und in folgender Höhe festsetzen:

Für die Praktikanten, provisorischen Akzessisten und die 11. Rangsklasse mit 600 K jährlich,

für die 10. Rangsklasse mit 900 K jährlich,

für die 9. Rangsklasse mit 1200 K jährlich,

für die 8. Rangsklasse mit 1500 K jährlich,

für die 7. Rangsklasse mit 1800 K jährlich.

Nachdem bei den heutigen schwierigen Verhältnissen diese gerechte Regelung des Entfernungspauschales für die genannten Beamten eine außerordentlich dringende Angelegenheit ist, so stellen die Unterzeichneten ferner den Antrag:

Die betreffende Vorlage wolle in der ersten Gemeinderats-Sitzung des Monates März dem Gemeinderate zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

24. Antrag des GR. Gröbner:

Fünf Monate sind es bereits, daß der provisorische Gemeinderat seine Tätigkeit aufnahm und vier Gemeinderats-Sitzungen haben bisher erst statt-

gefunden. Es häuft sich dadurch das Material zu jeder Sitzung, daß es unmöglich ist, dasselbe eingehend zu erledigen und muß daher nur durchgepeitscht werden, ohne daß der Gemeinderat zu einzelnen, oft sehr wichtigen Angelegenheiten Stellung nehmen kann.

Um diesen Uebelstand zu beseitigen, stelle ich den Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, daß mindestens drei Sitzungen im Monat abgehalten werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

25. Antrag des GR Langer und Genossen:

In der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 28. November 1918 stellte der BR. Jettel folgenden Antrag:

Mit Rücksicht darauf, daß in absehbarer Zeit die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten im großen Maße erfolgen wird, soll die Bezirksvertretung bei dem Gemeinderate vorstellig werden, daß der Bauplatz neben der Laimgrubenkirche, welcher das Schönheitsbild sehr beeinträchtigt, ehestens der Verbauung zugeführt wird. Auf diesem Platze wäre ein Schulgebäude zu errichten, da eine Verlegung der an der Grenze des Bezirkes gelegenen Volksschule in der Rahlgasse, Ecke Gumpendorferstraße, die ohnehin räumlich viel zu groß ist, nach dem erwähnten zentral gelegenen Platze, auch von den interessierten Bevölkerungskreisen sehr begrüßt werden dürfte. Ueberdies liegen für die Realität in der Gumpendorferstraße günstige Kaufangebote vor, so daß der Neubau dieser Schule der Gemeinde keine nennenswerten Kosten verursachen würde.

Wie aus dem Amtsblatt der Stadt Wien (Nr. 6 vom 18. Jänner 1919) ersichtlich ist, wurde dieser Antrag angenommen.

Obwohl wir es begrüßen, daß an Stelle eines alten, unhygienischen und unmodernen Schulhauses ein neues, den Anforderungen der Zeit entsprechendes errichtet werden soll, muß doch festgestellt werden, daß der hiezu ausersehene Platz gänzlich ungeeignet ist.

Vor allem erscheint uns der Bauplatz viel zu klein. Es könnte weder ein Schulgarten, noch ein brauchbarer Turnplatz oder Turnhof hergestellt werden, es sei denn, daß dies auf Kosten der Schulzimmer geschehen würde.

Der große Verkehr in der Mariahilferstraße stört den Unterricht; der Straßenstaub bildet dort eine ständige Plage, so daß ein Lüften der Unterrichtszimmer unmöglich ist, auch würde das neue Gebäude inmitten der beiden hohen Nachbargebäude (Wohnhaus und Kirche) ohne erheblichen Raumverlust bei der Verteilung der Zimmer, unmöglich genügend Licht in allen Räumen erhalten.

Bezüglich des günstigen Anbotes für die Realität in der Gumpendorferstraße wäre es übrigens von Interesse, zu erfahren, wem diese Realität gehört und wie hoch sich der Kaufpreis stellt.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Dem erwähnten Antrage der Bezirksvertretung Mariahilf ist nicht Folge zu geben. Die Bezirksvertretung soll einen anderen, den erwähnten Anforderungen im weitesten Ausmaße entsprechenden Platz ausfindig machen und diesen zur Errichtung eines Schulhauses vorschlagen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

26. Antrag der GR. Gschladt, Angermayer und Baugoin:

Laut Gesetzes vom 26. August, R.-G.-Bl. Nr. 319, beziehungsweise Ministerial-Verordnung vom 14. September 1918, R.-G.-Bl. Nr. 341, ist den Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen, die in militärischer Dienstleistung standen oder deren Zivilbezüge aus dem Heeres-Etat übernommen sind, ein Anspruch auf den Bezug von Teuerungszulagen gewährleistet und werden diese Teuerungszulagen nach Maßgabe der für die Staatsbeamten geltenden Bestimmungen berechnet.

Den Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien, welche Heeresdienste geleistet haben, ist dieses Recht nicht zugestanden worden, obwohl für diese Ansprüche gewiß dieselben Gründe geltend zu machen sind wie bei jenen der Lehrpersonen.

Die vom Militär in ihre Zivilstelle heimkehrenden Gemeinde-Angestellten haben zweifellos ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande in gleicher Weise erfüllt wie alle unsere tapferen Soldaten und damit auch für die Stadt Wien ihr Höchstes hingegeben.

Es wäre nicht einzusehen, warum die heimkehrende Beamtenschaft gegenüber der Lehrerschaft in so empfindlicher und kränkender Weise benachteiligt und ihr somit ein gewiß von aller Welt zugebilligtes Recht vorenthalten werden sollte. Es müßte eine derartige ungleichmäßige Behandlung eine nur zu begründete Verbitterung unter den Beamtenheimkehrern auslösen. Dies kann sicher nicht den Absichten der Gemeinde Wien entsprechen, welche bisher in dankenswerter Weise für alle ihre Bediensteten nach größter Möglichkeit gesorgt und darnach getrachtet hat, gerade den Heimkehrern den vom Vaterlande vielfach vorenthaltenen Dank aus Eigenem abzustatten. Demgegenüber kann die finanzielle Frage wohl überhaupt kaum ins Gewicht fallen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, mit größter Beschleunigung eine Vorlage auszuarbeiten und dem Stadtrate vorzulegen, wonach den vom Militärdienste heimgekehrten Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien die Kriegs- und Teuerungszulage für das Jahr 1918 in dem den übrigen Angestellten gleicher Kategorie gewährten Ausmaße und nach Maßgabe der für die Lehrpersonen diesbezüglich bestehenden Bestimmungen zu gewähren ist.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

27. Antrag des GR. Hötzl und Genossen:

Der seinerzeit von mir gestellte Antrag wegen Einführung einer Wiener Warenmesse zur Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel hat ungeteilte Anerkennung gefunden.

Durch den Krieg hat diese bereits begonnene, von der Gemeindevertretung unterstützte Unternehmung zugunsten der Wiener produktiven Bevölkerung eine Unterbrechung erfahren und konnte nicht weitergeführt werden.

Nun liegt es gewiß im Interesse der Stadt Wien, dieses begonnene Werk wieder aufzunehmen und dadurch die Beziehungen zu den östlichen Staaten sowie dem Oriente anzubahnen.

Damit könnten aber auch für die Approvisionierung der Stadt Wien besondere Vorteile erreicht werden. Es wird neuerlich der Antrag gestellt,

die Einführung einer Wiener Warenmesse in Angriff zu nehmen, um Industrie, Handel und Gewerbe zu frischer Betätigung und Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen zu geben.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

28. Antrag des GR. Sedlak:

Im oberen Teile des Bezirksteiles Gersthof schiebt sich in der Höhe der Scheibenbergstraße die Grenze des Bezirkes Hernals keilförmig bis an die Herbeckstraße heran. Dadurch fällt der große an der Ecke der Scheibenbergstraße und der Herbeckstraße entstandene Häuserblock mit der Or.-Nr. 71 in das Gebiet des Bezirkes Hernals, während sonst die ganze Herbeckstraße mit allen ihren Baulichkeiten und Gründen dem 18. Bezirke gehört. Der Hernalser Friedhof, das Hochquellenwasserreservoir und unwegsame Gründe schneiden nun diesen Häuserblock mit nahezu 100 Wohnparteien vom Bezirke Hernals, zu dem er gehört, vollständig ab. Das hatte zur Folge, daß die Bewohner dieser Häuser, obwohl sie zur Bevölkerung von Hernals zählen, doch nach Gersthof eingepfarrt sind, daß die Postzustellung vom 18. Bezirke aus erfolgt, daß sie ihre Kinder in die Schulen von Gersthof schicken und sonst auch sich als zum 18. Bezirke gehörig fühlen müssen. Nur wenn Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung in Betracht kommen, müssen sie an das Amtshaus des 17. Bezirkes gewiesen werden, ebenso jetzt bei den Wahlen an einen Sprengel außerhalb des Währinger Bezirkes. Eine Verbindung nach Hernals hinüber ist für die Bewohner dieses Häuserblockes nur auf großen Umwegen herzustellen. Der Zustand ist unhaltbar. Es ist dringend geboten, daß die Bezirksgrenze zwischen dem 17. und 18. Bezirke an dieser Stelle derart geregelt wird, daß der erwähnte Häuserblock dem 18. Bezirke, also dorthin, wohin er praktisch gehört, zugewiesen wird. Es wird der Antrag gestellt,

die Bezirksgrenze zwischen Hernals und Gersthof in der Höhe der Scheibenbergstraße nördlich des Gersthofer Friedhofes und des Hochquellenwasserreservoires derart neu zu regeln, daß der die Or.-Nr. 71 der Herbeckstraße tragende Häuserblock in das Währinger Bezirksgebiet fällt.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

29. Antrag der Frau GR. Dr. Seitz:

Die fast fünfjährige Tätigkeit der Frauen Wiens in der Wiener Frauen-Hilfsaktion hat eine intensive Verbindung der ehrenamtlichen Fürsorgearbeit der Frauen mit der öffentlichen Armenpflege hergestellt. Die Mitarbeiterinnen der Frauenarbeits-Komitees haben sich vielfach als beliebte und sehr geeignete Mitarbeiterinnen in der Armenpflege erprobt. Insbesondere hat die Erfahrung ergeben, daß die Frau für den zeitraubenden, so oft ergebnislosen und dennoch unerläßlichen Erhebungsdienst, den ständigen Pflegschaftsdienst, zu welchem sich dieser entwickeln muß, eher die Zeit und die unermüdliche Geduld aufbringt als die vielfach durch Amtstätigkeit oder andere Berufspflichten in ihrer Zeit ungeheuer beschränkten Armenräte. Zudem sind die Armenfürsorgefälle vielfach solche, welche Frauen selbst betreffen, für welche demnach der Natur der Sache entsprechend wieder die Hilfstätigkeit der Frau angezeigter erscheint als die des Mannes. Ohne also die bisherige ehrenamtliche Tätigkeit der Armenräte ausschalten oder beschränken zu wollen, tritt die Gefertigte im Namen zahlreicher, in vieljähriger ehrenamtlicher Fürsorge bewährter Frauen für die prinzipielle Zulassung von Frauen als ehrenamtliche Organe der Armenpflege (Armenrätinnen) ein und beantragt:

Der § 31 des Armenstatutes, welcher die Frau von der Tätigkeit des Armenrates ausschließt, möge als dem Zeitgeiste

und den Erfahrungen namentlich der Kriegsjahre nicht mehr entsprechend, aufgehoben werden.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

30. Antrag der Frau GR. Dr. Seitz:

Es ist der Gefertigten zur Kenntnis gekommen, daß die Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes, insbesondere jene, welche nicht Absolventinnen der Schule Arlt (vereinigte Fachkurse für Volkspflege) sind, in Gehaltsverhältnissen stehen, welche diesen Frauen nicht ermöglichen, eine ihrer sozialen Stellung entsprechende Lebenshaltung zu führen.

Während die Arlt-Schülerinnen nach Eintritt ins städtische Jugendamt ohne Praxis systemisierte Stellen erhalten, ferner wenig oder gar nicht Außendienst versehen, sind eine große Anzahl der anderen Fürsorgerinnen nach 4½jähriger Praxis noch nicht systemisiert, erhalten als provisorische Fürsorgerinnen ein Taggeld von 3 K 70 h und eine monatliche Teuerungszulage von 120 K. Das ergibt ein Monatseinkommen von 231 K, beziehungsweise 234 K 70 h. Dazu kommt ein ¼jähriger Anschaffungsbeitrag von 180 K. Ueberstundenarbeit, wie sie der Außendienst notwendig macht, wird nicht honoriert.

Diese Beträge reichen nicht hin, daß sich die im Außendienst tätige Fürsorgerin, die den Unbilden der Witterung und einem ungleich stärkeren physischen Kräfteverbrauch ausgesetzt ist als die nur im Kanzleidienst stehende, in erforderlichem Maße Nahrung und Bekleidung beschaffe. Dennoch erhält die trotz mehrjähriger Praxis im Außendienst noch nicht definitive Fürsorgerin kein Kleiderpauschale zugestanden, ist auch bisher von der Versorgung von Schuhen (wie sie fast alle Kategorien der Wiener städtischen Beamtenschaft genießen) ausgeschlossen gewesen. Die Gefertigte tritt nun allerdings dafür ein, daß auch der Beruf der Fürsorgerinnen durch bestimmte Vorbildungsansprüche auf ein seinem Wirkungskreise entsprechendes Niveau gehoben werden müsse und ist überzeugt, daß diese Vorbildung durch soziale Frauenschulen, zu denen neben anderen auch die Schule Arlt zählt, gewährleistet ist. Nichtsdestoweniger darf der Ausbau des Berechtigungswesens im Beruf der Fürsorgerin nicht auf die Weise vor sich gehen, daß namentlich den ersten bahnbrechenden Elementen der berufliche Aufstieg versagt ist, umsomehr, als die die etwa fehlende Vorbildung durch den Besuch der städtischen Akademie (für Wohlfahrtspflege), den sie nur durch äußerstes Bemühen (Studium in den Nachtstunden bei schlechter Beleuchtung), mit ihrem anstrengenden Dienst zu vereinen vermögen, nachzuholen im Begriffe sind.

Zudem ist zu erwägen, daß nach anerkanntem berufs-politischen Grundsatze die tatsächliche Ausübung des Dienstes (Praxis) durch längere Zeit hindurch etwaige Mängel der Vorbildung paralisiert. (Vergleiche den Befähigungsnachweis in den gewerblichen Berufen.)

Die Gefertigte beantragt sohin,

die ehebaldigste Verleihung von systemisierten Stellen an alle Fürsorgerinnen mit mehr als einjähriger Praxis unter Rückwirkung aller dadurch entstandenen Vorteile bis zum Abschluß des ersten Dienstjahres.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat. — Ich setze die Referate 3, 7 und 21 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung ab.

In der Beilage Nr. 11 ex 1919 soll es statt 11 Veterinärratsstellen in der 6. Rangsklasse richtig 10 Veterinärratsstellen heißen.

Ich ersuche Herrn Kollegen Neumann, den Vorsitz zu übernehmen und mir das Wort zu erteilen.

VB. Neumann: Ich erteile das Wort dem Herrn Bgm. Dr. Weiskirchner.

31. Berichterstatter Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich habe die Ehre, namens des Stadtrates über ein Investitionsprogramm zu referieren, welches die Möglichkeit bietet, Arbeit und Verdienst in reichem Maße zu gewährleisten. Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 waren wir der Meinung, daß eine Begleiterscheinung des Krieges Arbeitslosigkeit sein werde, und haben wir uns damals im Rathause bemüht, ein Programm zusammenzustellen, welches geeignet gewesen wäre, sowohl qualifizierten wie auch nicht qualifizierten Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die Annahme, die uns bewegte, ist hinfällig geworden. Nicht Arbeitslosigkeit war die Folge des Krieges, sondern es trat eher Arbeitsmangel ein, der sich umsomehr verschärfte, je weiter der Krieg Einberufungen von Arbeitskräften zum Gegenstande hatte. Nun ist dieser unglückselige Krieg zu Ende gegangen, die Heimkehrer sind bei uns vielfach unbeschäftigt und es heißt nun darangehen, daß Staat, Land und Gemeinde Arbeit schaffen und es handelt sich nicht nur darum, daß die Korporationen Arbeitsgelegenheit bieten, sondern daß auf die großen privaten Unternehmer Einfluß genommen wird, daß auch sie ihre Arbeitstätigkeit aufnehmen und in der Lage sind, ihrem Erwerbe und Verdienste nachzugehen.

Der Stadtrat hat bei Beratung dieser Angelegenheit ein aus allen Parteien bestehendes Komitee zusammengesetzt, welches die Arbeiten, die Sie hier in einem Ihnen zugeschickten Verzeichnisse finden, Hochbauten, Tiefbauten usw. prüfte und eine Reihung dieser Arbeiten vornahm. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, die Arbeiten, die in diesem Verzeichnisse enthalten sind, können mit dem Ausdruck „Notstandsarbeiten" bezeichnet werden. Sie tragen aber nicht den Charakter von Notstandsarbeiten dadurch, daß sie zwar Arbeit schaffen, aber keinen Zweck verfolgen. Alle diese Notstandsarbeiten sind notwendig und nützlich und nicht mit dem Charakter von überflüssigen Notstondsarbeiten ausgestattet. Es ist selbstverständlich, wenn Sie heute meine Anträge annehmen, nicht leicht möglich, diese Reihenfolge, die in dem Verzeichnisse geboten wird, strikte einzuhalten. Ich bitte auch um die Ermächtigung für den Stadtrat, daß derselbe nach Maßgabe der jeweiligen Verhältnisse die Arbeiten vornehmen läßt.

Es handelt sich nicht nur darum, daß ein Projekt vorhanden ist, sondern daß die nötigen Baumaterialien vorhanden sind, wonach sich auch die Möglichkeit der Ausführung des einen oder des anderen Baues stellen wird. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen, daß nach Meinung des Bauamtes für diese Arbeiten eine Beschäftigung von rund 15.480 Arbeitern möglich ist, von 5930 gelernten und 9550 ungelernten Arbeitern. Die Erfordernisse an Baustoffen sind bedeutend. Zur Ausführung sind notwendig 28,600.000 Ziegel, 6500 Waggons Zement und ziemlich bedeutende Mengen von Weißkalk, Eisen, Holz und Glas. Die Gemeinde Wien hat bereits bei der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft einen Schluß auf 12 Millionen Ziegel gemacht und mit der Perlmooser Zementfabrik einen Vertrag auf Lieferung bis 50.000 Meterzentner Zement halbjährig abgeschlossen. Von diesen Ziegeln wurden auch bereits rund 900.000 bezogen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben außerdem noch andere Arbeiten, welche nicht in den Rahmen dieser Arbeiten fallen. In dieser Beziehung habe ich heute dem Stadtrate einen Bericht unterbreitet, der dahin zielt, daß wir von der im Kriege geübten Praxis abgehen, alles im Handeinkauf zu besorgen, daß wir durch freie Vereinbarungen mit den einzelnen Kontrahenten Arbeiten vergeben, und wieder zu der Praxis, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, zurückkehren, nämlich zum Ausschreiben. Es ist zweifellos, daß der Weg von Offertausschreibungen ein etwas längerer ist, aber wir verfolgen dabei den Zweck, daß zahlreiche Unternehmer — ich denke insbesondere an die Baumeister — sich um kleine Arbeiten, wie Schuladaptierungen, Fassadeerneuerungen und dergleichen bewerben können. Jeder dieser Unternehmer hat einen gewissen Stock von Arbeitern, die er sich wieder zu sich heranzieht. Damit soll das ganze wirtschaftliche Leben, das jetzt wie tot und wie begraben ist, wieder neu belebt werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß durch wirtschaftliche Belebung auch ein Zustand erreicht werden

wird, der nicht nur die Arbeitslosigkeit bannt, sondern allgemein der Bevölkerung zu Nutz und Frommen gereicht. Ich möchte glauben, daß bei der Vergebung dieser Arbeiten, welche Sie hier im Verzeichnisse finden, die Tätigkeit der Vertreter des freigewählten Gemeinderates voll und ganz einsetzen soll. Das achtgliedrige Komitee, welches die Begutachtung vorgenommen hat, soll sich in Permanenz erklären und im Verkehr mit dem Stadtbauamte prüfen und raschest entscheiden, und damit glaube ich am besten der Volkswirtschaft zu dienen.

Ich bitte um Annahme des in Ihren Händen befindlichen Antrages.

Ich habe noch zu bemerken, daß im Stadtrat ein Antrag eingebracht wurde, ich solle mich an das Staatsamt für Heerwesen wenden, damit mit der Zuschüttung der Festungsgräben und Schützengräben, die die Befestigung Wiens darstellen sollten, vorgegangen werde. Ich habe dieses Ansuchen an das Staatsamt für Heerwesen gerichtet und bin dem Auftrage des Stadtrates damit nachgekommen.

VB. Reumann: Ich erteile das Wort dem Herrn GR Breitner.

GR. Breitner: Zu den traurigsten Erbschaften des Krieges gehört die Arbeitslosigkeit. Es gibt kaum ein erschütternderes Ereignis im Dasein des Arbeiters, als den Augenblick, da er postenlos wird, sich einreihen muß in die berüchtigte Reservearmee der Arbeitslosen. Schon in Friedenszeiten haben die Gewerkschaften stets aufmerksam, ja angstvoll das Anwachsen dieser Reservearmee beobachtet. Das Anschwellen war stets das untrügliche Anzeichen eines Krankheitsprozesses in der kapitalistischen Produktion, die Ankündigung einer Krise, sei es in einem Berufszweige, sei es einer allgemeinen Stockung, die oft in wenigen Wochen und Monaten die gewerkschaftlichen Errungenschaften von Jahren vernichteten. Arbeitslosigkeit ist nicht bloß materielle Verelendung und sittliche Gefährdung derjenigen, die ihre Stelle verloren haben, sie ist auch immer eine furchtbare Bedrohung jener, die noch in Arbeit stehen. Mit dieser Reservearmee im Rücken vermögen sie natürlich nicht irgendwelche Verbesserungen durchzusetzen ja sie müssen in aller Regel sich eine Herabdrückung der bereits errungenen Löhne, Verlängerungen der Arbeitszeit gefallen lassen. Die Arbeitslosigkeit, welche der Krieg gebracht hat, ist gigantisch, wie alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Daran gemessen bedeutet die gegenwärtige Vorlage, welche Bauarbeiten von 58 Millionen vorsieht, nur einen bescheidenen Anfang, bloß einen Tropfen auf einen heißen Stein. Das würde selbst dann zutreffen, wenn die Arbeiten auch wirklich sofort in Angriff genommen werden könnten.

Aber leider ist die erste Voraussetzung aller dieser Dinge, daß die Rohmaterialien vorhanden sind und deren Gewinnung und Herstellung ist wieder vielfach an die Beschaffung von Kohle geknüpft, die uns ja so sehr fehlt. Immerhin kann die industrielle Arbeiterschaft doch die bescheidene Zuversicht hegen und den Trost schöpfen, daß man ihre Lage beobachtet und daß sich allmählich, wenn auch sehr langsam, der Uebergang zu geordneten Verhältnissen vollziehen wird.

Ich muß aber die Aufmerksamkeit auf eine Schichte von Arbeitslosen lenken, deren Lage als trostlos, als geradezu tragisch zu bezeichnen ist, was jedoch in der Oeffentlichkeit bisher noch gar keine Beachtung gefunden hat. Es ist das die verhängnisvolle Lage der Kopfarbeiter. Wenn Sie sich ein äußeres Bild der Zustände machen wollen, so bemühen Sie sich in den Vormittagsstunden zum Hause des Gremiums der Kaufmannschaft auf den Schwarzenbergplatz, wo Hunderte dieser Angestellten in endlosen Ketten angereiht sind, um sich für die Arbeitslosenunterstützung eintragen zu lassen. Heute um 12 Uhr mittags war die Ziffer jener Kopfarbeiter, die bereits die Arbeitslosenunterstützung genießen, 13.060. (Rufe: Hört! Hört!) Sie wächst aber von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde; sie drückt aber keineswegs die Postenlosigkeit aus, sondern enthält nur diejenigen, welche gegenwärtig schon die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Zahl der Postenlosen ist tatsächlich weit größer, und das findet seine Begründung im Folgenden: Durch die Kraft der Gewerkschaften und — was ich ausdrücklich hervorheben will — durch die Einsicht des Staats-Sekretärs Hanusch, dem hiefür der Dank aller Angestellten gebührt, wurden gewisse Schutzfristen für die Entlassung von Angestellten geschaffen. Im Jahre 1914, zu Beginn des Krieges, mußten wir erleben, daß viele Unternehmer ihre Angestellten einfach auf das Pflaster geworfen haben und das nicht etwa, weil sie schon Verluste erlitten hatten, die eine solche harte Maßnahme erklärlich machen würden, sondern nur aus dem Grunde, weil ihr Profit bedroht schien. Selbst Banken haben sich damals nicht gescheut, ihren Angestellten die Kündigung in den Schützengraben nachzusenden, alle Institute versuchten das feierlich bewilligte automatische Zeitavancement kurzweg zu eskamotieren und in Handel und Industrie gehörten Gehaltsherabsetzungen bis auf die Hälfte zum Alltäglichen. Als die Geschäfte schon längst glänzend gingen, als die Teuerung schon empfindlich einsetzte, bedurfte es erst schwerer Kämpfe, auch nur die Bezüge vom Juli 1914 wieder allgemein zu erwirken. Die herrschende Zensur, die Gefahr der schikanösen Handhabung der Enthebungen, das Fehlen des Parlamentes hemmten lange Zeit die Kraft der Gewerkschaften. Nun ist es doch gelungen, eine Art Schutz zu erlangen, wenn er auch angesichts der katastrophalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit sich als viel zu gering erweist. Für jene, die vor dem Juli 1914 in Stellung waren und jetzt heimgekehrt sind, wurde durchgesetzt, daß sie auf ihren alten Posten mit gewissen Einkommenssteigerungen zurückgenommen werden müssen. Von den Kriegsaushelfern dürfen diejenigen, die im Jahre 1918 eingetreten sind, nicht vor dem 31. Jänner gekündigt werden, jene, die im Jahre 1917 eingetreten sind, nicht vor dem 28. Februar, den früher Eingetretenen nicht vor dem 31. März, wobei ihnen eine vierwöchentliche Abfertigung gebührt. Die Ende Jänner gekündigt wurden, haben also noch die Abfertigung bis 28. Februar und wenn sie damit auch nicht einen vollen Monat auskommen können, so erwächst ihnen doch noch nicht ein Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung, sondern erst am 28. Februar. Das wird also wieder ein Stichtag sein für die Erfassung vieler Tausender von Postenlosen, ebenso der 31. März und alle weiteren Fristen. Dann erst wird man ein genaues Bild der jammervollen Lage der Angestelltenschaft bekommen.

Schon jetzt haben wir die Tatsache, daß 1500 Bankangestellten gekündigt wurde, die allerdings Dank der Stärke ihrer Organisation eine größere als die gesetzliche Abfertigung erhielten und also je nach ihrer Dienstdauer erst in einigen Monaten Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hätten, aber

natürlich jetzt schon den Arbeitsmarkt überfluten. Leider auch stehen in diesen Berufen noch weitere Kündigungen von vielen Hunderten bevor. Der Bund der Industrie-Angestellten hat 8000 Erhebungen gepflogen, die zeigen, daß 600 Angestellte bereits postenlos sind und daß ein Viertel aller Angestellten mit Ablauf der Schutzfristen die Kündigung zu erwarten hat, dementsprechend ist selbstredend die Lage des Arbeitsmarktes von erschütternder Trostlosigkeit, sobald die Schutzfristen abgelaufen sind. Beim Gremium der Kaufmannschaft sind am heutigen Tage nicht weniger als 6485 Stellengesuche vorgemerkt, darunter sind 1947 Kontoristen, 1323 Verkäufer u. s. w. Im Jänner ist es gelungen, 30 davon zu plazieren. (Rufe: Hört! Hört!) Der Februar wird etwas günstiger sein, weil die Ziffer 30 schon gestern erreicht wurde und Optimisten geben sich der Hoffnung hin, daß diese Ziffer im Februar 45 betragen wird. Im Zentral-Verein der kaufmännischen Angestellten ist die Zahl der Stellengesuche 3600, darunter sind nicht weniger als 1500 Buchhalter und die Zahl der Untergebrachten ist im laufenden Monat 18; dazu ist aber zu bemerken, daß auch diese wenigen Stellen von den „Glücklichen", die sie erlangten, mit ungeheuerer Herabdrückung der Bezüge erkauft wurden. Vor drei bis vier Monaten hatte ein qualifizierter Buchhalter nicht unter 700 K. Die neuen Anstellungen erfolgten durchschnittlich um die Hälfte: mit 350 K. (Rufe: Hört! Hört!) Die Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel sind bekanntlich in keiner Weise gesunken, die Verhältnisse haben sich im Gegenteil verschlechtert und wenn nun so ein Angestellter mit der Hälfte der bisher üblichen Bezüge eintritt, so muß er offenbar nach Ansicht des Unternehmers das Kunststück zuwege bringen, nur jeden zweiten Tag zu essen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Angestellten furchtbar unterernährt, mit aufgezehrten Ersparnissen, vielfach sogar verschuldet, mit abgenützter Kleidung und Wäsche, mit herabgekommenem Hausrat in die Friedenswirtschaft eingehen, die ihren verhängnisvollen Anfang mit einem Abbau der Löhne nimmt. Es ist ja klar, daß, wenn auch nur Einer unter hundert Angestellten eines Betriebes seine Ansprüche so herabsetzen muß, die höheren Bezüge auf die Dauer kaum aufrechtzuerhalten sind.

Das ist ein Problem, welches weit über die Kraft der Gewerkschaften hinausgeht, das nur durch engste Solidarität aller arbeitenden Menschen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete gelöst werden kann. Die Angestellten haben das richtig erkannt und einerseits durch den Anschluß ihrer Berufsorganisationen an die Gewerkschafts-Kommission zum Ausdruck gebracht, anderseits führen die Wahlergebnisse des 16. Februar in den ausgesprochenen Angestelltenbezirken eine klare, nicht mißzuverstehende Sprache.

Ich habe für die Lage der Kopfarbeiter den Ausdruck „tragisch" gewählt. Dies nicht um der augenblicklichen Verhältnisse willen, sondern deshalb, weil sie für eine menschlich absehbare Zukunft nicht mit einer Besserung rechnen können, im Gegenteil darauf gefaßt sein müssen, daß ihre Zustände sich noch empfindlich verschlechtern werden. Sie wissen, daß wir in Deutschösterreich eine Ueberfülle von Staatsbeamten haben, die zu Tausenden vorzeitig pensioniert werden sollen. Von der Pension können sie nicht leben — sie konnten es ja nicht einmal vom vollen Gehalt — und sie müssen also, ob sie wollen oder nicht, auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Diese Pensionisten werden voraussichtlich die ärgsten Lohndrücker sein; sie können, weil sie eine gewisse Pension genießen, um die bloße Differenz dienen, und werden daher sehr bevorzugt werden, vielleicht auch deshalb, weil ihnen, die bisher einer ernsten Organisation entbehrten, das — ich muß von meinem Standpunkte aus sagen — Odium der politischen „Verläßlichkeit" anhaftet. Dasselbe gilt in Bezug auf die Offiziere und wir machen heute schon auf dem Arbeitsmarkt die Beobachtung, daß zum Beispiel die Marineure um alle erdenklichen Posten sich bewerben. Hunderte von Studenten, die vor fünf Jahren eingerückt sind, im Felde Leutnants und Oberleutnants waren, wollen oder können sich nicht wieder für Jahre auf die Schulbank setzen, sondern suchen als Angestellte sich den Lebensunterhalt zu schaffen. Wir werden aber in naher Zeit, und das ist von größter Bedeutung für die Angestelltenschaft, auch mit den Folgen zu rechnen haben, die sich daraus ergeben, daß Wien aufhört, Mittelpunkt eines 54 Millionenreiches zu sein. Es werden nicht bloß die Staatsämter, sondern auch die im Kriege entstandenen zahlreichen Zentralen zerlegt werden und entsprechend dem kleinen deutschösterreichischen Wirkungsgebiet, das nur $6^1/_2$ Millionen Menschen umfaßt, zu Zwergbetrieben einschrumpfen. Wir haben zufällig auf der heutigen Tagesordnung einen Bericht bezüglich der Oesterreichischen Vieh- und Fleisch-Verkehrs-Gesellschaft, die auf ein deutschösterreichisches Gebilde reduziert wird, und was zur Folge hat, daß meines Wissens wieder zweihundert Angestellte postenlos werden. In vielfach höherem Maße wird dies aber bei den Riesen-Zentralen, wie Getreide-, Baumwoll-, Metall-, Fett-Zentrale ꝛc. der Fall sein. Die gleiche Erscheinung haben wir bezüglich der Bahnen — es wird interessieren, daß bloß bei der Direktion von Nord-, Nordwest- und Ostbahn von 4000 Beamten 3500 überzählig werden — in weiterer Folge ist dies vielleicht auch bei den Kredit- und Versicherungsinstituten zu gewärtigen. Zweifellos ist es bereits, was die Oesterreichisch-ungarische Bank anlangt, deren Privileg heuer abläuft und die in Hinkunft etwa den bescheidenen Umfang der bayrischen Notenbank haben dürfte. Dabei kommen in der Wiener Hauptanstalt allein über 2000 Personen in Betracht. Bei diesem Anlasse sei auch der Skontisten gedacht, die unter all diesen Verhältnissen und das plötzliche Freiwerden Tausender von Berufsunteroffizieren sehr zu leiden haben werden. Dasist aber noch nicht alles. Die Zentralbureaus aller jener großen Unternehmungen, deren Betriebsstätte nicht in Deutschösterreich liegt, werden von Wien abwandern. Es wird wohl niemand glauben, daß die Tschechen es dulden werden, daß wie bisher zum Beispiel die Prager Eisen-Industrie, die Oesterreichische Berg- und Hütten-Gesellschaft, die Witkowitzer, die Poldihütte von dem in einem fremden Staate gelegenen Wien aus geleitet werden. Das Gleiche gilt von den Bureaus, in den ersten Jahren des Warenmangels wohl auch von den Niederlagen der tschechischen Zucker-, Spiritus- und Zündhölzchenfabriken, der Maschinen- und vor allem auch der Textilindustrie. Alle die werden von Wien abwandern, ihr Personal aber werden sie nicht mitnehmen können, weil es fast gänzlich aus Deutschen besteht.

Bei den Kopfarbeitern ist es nicht so wie bei den manuellen Arbeitern. Die ersteren sind nicht nur aus alteingewurzelter Gewohnheit und Ueberlieferung seßhafter, sondern es spielt bei ihnen auch die Beherrschung der Sprache eine viel bedeutsamere Rolle. Ein Metallarbeiter, Maurer, Tischler kann weit leichter in fremdsprachigen Gebieten vorübergehend oder dauernd Arbeit

finden. Der Angestellte muß der Sprache nicht notdürftig, sondern vollkommen in Wort und Schrift mächtig sein, er muß Kenntnisse der Handelsusancen, des Platzes, der Gesetze haben, und all das ist keine Sache, die man sich im Handumdrehen aneignen kann. Eingeschaltet sei hier, daß gewisse Kategorien von Angestellten, wie Platzvertreter, Reisende auf eine Anstellung in ihrem gewohnten Arbeitsgebiete überhaupt solange nicht hoffen können, als die gegenwärtige Warenknappheit herrscht und nicht der einstige Zustand wiederkehrt, daß die Ware dem Käufer und nicht wie jetzt ohne Antreiber der Käufer der Ware nachläuft. Und das kann viele Jahre dauern.

Wir werden in der weiteren Entwicklung sogar noch eine gewisse Zuwanderung postenloser Angestellter nach Wien bekommen. Der Umstand, daß das Kapital sich überwiegend in den Händen der Deutschen in Oesterreich konzentrierte, hat es mit sich gebracht, daß in vielen Betrieben des tschechischen und südslawischen Gebietes zwar die Arbeiter Tschechen und Südslawen, die Ingenieure und Bureauangestellten aber vielfach deutscher Nationalität sind. Deren Belassung just in den bevorzugten Stellen, in denen sie überdies den Arbeitern als Träger der Unternehmergewalt besonders verhaßt wurden, duldet der nationale Chauvinismus nicht. So sind jetzt zum Beispiel bei Skoda in Pilsen 1200 deutsche Industrie-Angestellte von der Abfertigung bedroht und werden naturgemäß sich zunächst nach Wien wenden. Dazu kommt, daß Zehntausende von Frauen angesichts der Unmöglichkeit, mit den Bezügen des Familienerhalters auszukommen oder wegen des im Kriege erfolgten Todes, beziehungsweise der Erwerbsunfähigkeit des früheren Familienerhalters in die Berufe gedrängt werden. In hohem Maße richtet sich der Zustrom auf die freien, an keine Lehrjahre gebundenen kaufmännischen Berufe jeder Art, die — wie man glaubt — nach Absolvierung eines Stenographie- und Maschinenschreibkurses ausgeübt werden können.

Dieses ganze Problem ist dem Wesen nach ein Wiener Problem und es ist daher auch notwendig, darüber in erster Linie im Wiener Gemeinderate zu sprechen. Es kann leider durch die Notstandsarbeiten in keiner Weise gelöst werden, selbst eine nennenswerte Milderung ist auf diesem Wege kaum möglich. Immerhin sollen aber doch alle Vorkehrungen getroffen werden, um einer Anzahl Postenloser ihre Lage etwas zu erleichtern. Es müssen zu allen außerordentlichen Arbeiten, welche die Gemeinde zu leisten hat, zum Beispiel bei Wahlen, solche Hilfskräfte herangezogen werden. Es muß mit dem Modus gebrochen werden, daß die städtische Beamtenschaft, die ohnehin überangestrengt ist und der die Ueberstundenentlohnung nicht das entsprechende Aequivalent für die völlige Auspumpung ihrer Kraft bietet, die Nächte hindurch im Bureau festgehalten wird, während zur selben Zeit Tausende von Menschen glücklich wären, irgend einen Erwerb zu finden.

Es müßte die Gemeinde dahin wirken, daß durch den Staat Arbeiten, wie zum Beispiel die Volkszählung, vorgenommen werden, damit ein Teil der Arbeitslosen wenigstens vorübergehend Unterkunft finde. Vor allem andern aber sollte mit allem Nachdruck getrachtet werden, die Unternehmer zu hindern, den rücksichtslosen Profitstandpunkt einzunehmen, wie zu Beginn des Krieges. Es geht nicht an, daß sie sich von den Leuten, die ihnen unter den allerschwierigsten Verhältnissen, welche an die moralische und physische Leistungsfähigkeit die größten Anforderungen stellten, treu und hingebungsvoll dienten, mit ein-, zwei- oder selbst mehrmonatlichen Abfertigung loskaufen; es darf absolut nicht geduldet werden, daß leistungsfähige Betriebe, wie beispielsweise die Banken, Tausende von Menschen auf das Pflaster werfen. Ich glaube ja selbst, daß die kommende Zeit für Handel, Industrie und die Finanz-Institute nicht günstig sein wird. Gegenwärtig steht aber die Sache doch so, daß die Widerstands- und Leistungsfähigkeit dieser Gebilde ungleich größer ist als jene der Angestellten, die man einfach verkommen läßt. Die Besitzenden verkennen die Größe der Gefahr. Es hat sich immer noch gezeigt, daß eine Gesellschaft mit unbedingter Sicherheit zugrunde geht, wenn sie die Intellektuellen zur Verzweiflung treibt. Das hat die französische Revolution bewiesen und auch in der Gegenwart ist es zum Teil schon ersichtlich. Wir Sozialdemokraten wollen zwar, daß die Gesellschaftsordnung umgestaltet wird; aber nicht in einer Stimmung der Verzweiflung, die zur Zersprengung führt, sondern in der ruhigen Form des allmählichen Ueberganges. Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion des Gemeinderates geglaubt, diese Seite des Arbeitslosenproblems hier aufzeigen zu müssen und ich habe versucht, mit wenigen Strichen ein Bild der gegenwärtigen Lage zu geben. Es ist ein sehr unerfreuliches, düsteres Bild. Wenn aber nicht rechtzeitig und energisch eingegriffen wird, dann wird die Wirklichkeit noch viel trauriger und trostloser sein als meine Schilderungen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

VB. Neumann: Zum Wort kontra gelangt Herr GR. Dr. Granitsch.

GR Dr. Granitsch: Ich habe mich zum Worte gemeldet, nicht um dieser Vorlage meine Stimme zu versagen, sondern deswegen, um einige Wünsche zum Ausdruck zu bringen, welche sich bei der Lektüre dieser Vorlage aufdrängen. Es handelt sich um Notstandsbauten, welche, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, nicht nur deshalb vorgenommen werden, damit Arbeit geschaffen wird, sondern es sind auch Arbeiten, welche einen Zweck haben. Leider wissen wir nur nicht, ob und wann diese Bauten gemacht werden können, weil in der Vorlage ausdrücklich steht, daß die Beschaffung der notwendigen Materialien die Voraussetzung für die Durchführung ist und weil der Herr Bürgermeister selbst gesagt hat, er wisse nicht, wann und wie das Material wird beschafft werden können, so daß er sich vorbehalten müsse, auch Aenderungen oder Auslassungen vorzunehmen.

Ich vermisse bei diesen Notstandsbauten einige Arbeiten, die meines Erachtens nach notwendig und insbesondere für die Zukunft Wiens wichtiger wären als die, welche hier vorgeschlagen werden. Wenn wir die Vorlage prüfen, so sehen wir, daß eigentlich die Verwaltung Wiens den Pessimismus über die Gestaltung der Verhältnisse Wiens auch in der Art der Arbeiten mehr zum Ausdruck bringt, als ich es für zweckmäßig halte. Ich bin für die Zukunft Wiens nicht so pessimistisch, als sich beispielsweise der unmittelbare Vorredner geäußert hat, und ich glaube daß wir die Verhältnisse, welche eingetreten sind, zu schwarz beurteilen, wenn wir fürchten, daß in Zukunft Wien deshalb, weil es nicht mehr Hauptstadt eines 54 Millionenreiches ist, einen Rückgang zu erwarten hat. Wien war nicht mehr die Hauptstadt eines 54 Millionenreiches. Die Ablösung von Ungarn, die Teilung der Monarchie in zwei Teile hat Budapest groß gemacht, aber es kann nicht behauptet werden, daß Wien dadurch

zurückgegangen ist. Obwohl der Staat in zwei Teile geteilt worden ist, hat Wien einen ungeheuren Aufschwung genommen und die Ablösung Ungarns hat nicht jene Nachteile zur Folge gehabt, welche man hätte erwarten müssen, wenn die Anschauung richtig wäre, welche so pessimistisch über die Zukunft Wiens denkt.

Wenn wir über das, was Wien nottut, nachdenken, so ergeben sich vor allem drei Kapitel; das eine ist die Wohnungsfrage, das andere ist die Unabhängigmachung Wiens von der Kohlennot und das dritte ist die Mitwirkung an der Beschaffung von Lebensmitteln. Die letztere Frage ist gewiß diejenige, welche im derzeitigen Augenblick am allerdringendsten ist. Es ist zu wiederholtenmalen hervorgehoben worden, daß die Umgebung Wiens Platz genug bietet, um Gemüse anzubauen. In dieser ganzen Vorlage ist nichts enthalten, welches darauf hinweisen würde, daß Arbeiten gemacht werden, um die Gemüseversorgung zu erleichtern. (Zwischenrufe.) Es hat gar keinen Sinn, wenn Sie diese rein sachlichen Bemerkungen durch böswillige Zwischenrufe unterbrechen, denn selbstverständlich ist der Anbau eine Erdarbeit, aber keine Arbeit unterhalb der Erde, aber es ist eine Arbeit, mit welcher gewiß sehr viele Notleidende und Arbeitslose beschäftigt werden könnten. Auf diesem Gebiete glaube ich, hat sich die Vorlage eine Unterlassung zuschulden kommen lassen. Es liegt bereits ein diesbezüglicher Antrag vom Herrn Kollegen Klaudy vor, dieser ist aber nicht berücksichtigt worden, und die Vorlage enthält keine Anregung, welche geeignet wäre, die Gemüseversorgung Wiens zu erleichtern. Wir stehen unmittelbar vor dem Frühjahr, das ist die Zeit, wo solche Arbeiten gemacht werden können.

Wir stehen in der Ernährungsfrage vor furchtbaren schweren Zeiten. Ich glaube allerdings nicht, daß diese Zeiten übermäßig lange dauern werden, aber die unmittelbare Zukunft ist außerordentlich traurig und gefährlich und es wäre sehr zweckmäßig, wenn in dieser Beziehung in der Vorlage über Notstandsbauten Einiges vorgeschlagen worden wäre, zumal auf diesem Gebiete keine Materialien notwendig wären, welche nicht beschafft werden könnten.

Dann haben wir festzustellen, daß 80 Prozent der Bevölkerung Wiens in Wohnungen leben, welche den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechen. Die Wohnungen Berlins sind andere als die Wohnungen Wiens und durch die Statistik erfahren wir, daß 80 Prozent der Bevölkerung Wiens schlechter wohnen, als sie wohnen müßten. Also auch auf diesem Gebiete könnten sehr viele Arbeiten geleistet werden, und auch in dieser Hinsicht fehlt es in der Vorlage an irgend einem Antrag. Ich glaube, daß die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse eine dringende Notwendigkeit für die Bevölkerung wäre, eine Notwendigkeit, welche in einem ausreichenden Maße Arbeit geben würde. Die Wohnungsfrage ist eine Verkehrsfrage.

Man steht jetzt vor der Besorgnis, daß Wien entvölkert werden wird, wir sehen aber nichts von der Entvölkerung. Die Statistik der letzten Monate legt dar, daß am 1. Februar 1919 weniger Leerstehungen in Wien gewesen sind als am 1. Jänner 1919. Wenn wirklich eine solche Flucht der Bevölkerung eintreten würde, wie es die Pessimisten behaupten, so könnte man wenigstens einen Anfang ersehen. Denn das tschechische Reich ist gegründet, aber die große Flucht ist nicht eingetreten. (Rufe: Sie gehen nicht fort! Sie bleiben hier!) Daraus geht hervor, daß es nicht richtig ist, wenn . . . ich lasse mich überhaupt mit Ihnen in keine Diskussion ein. (Heiterkeit.) — Es ist jedenfalls Tatsache, daß die drohende Entvölkerung nicht eintritt. Das ist eine Angst jener, welche immer schwarz sehen und glauben, ihre Pflicht zu tun, indem sie immer das Allerschwärzeste und Allerschlechteste voraussehen. (Rufe: Alles ist Schuld der Kriegshetzer gewesen!) Das dürfen Sie hier nicht sagen, da fühlen sich die Herren hier beleidigt. (Heiterkeit.)

Es ist eine merkwürdige Kühnheit, in diesem Augenblicke von Durchfall u. dgl. zu reden, wo eine Partei, die 25 Jahre geherrscht hat, nun im Begriffe ist, ihre Herrschaft zu verlieren. Sie hätten also allen Grund, etwas bescheidener zu sein. Aber ich habe ja nicht politisch werden und keine Angriffe erheben wollen. Wenn aber die Herren anfangen, dann bleibe ich die Antwort nicht schuldig. (Heiterkeit.) Ich habe sagen wollen, daß die Wohnungsfrage damit nicht gelöst ist, daß man sagt . . . (Unruhe und Zwischenrufe.) Ich werde warten, bis die Herren da still sind.

VB. Neumann: Ich bitte, fortzufahren.

GR. Dr. Granitsch (fortfahrend): Die Wohnungsfrage wird also nicht damit gelöst, daß man sagt, Wien werde seine Bevölkerung verlieren. Wenn Sie den Leuten, die in Wien wohnen oder die eventuell nach Wien kommen wollen, so elende oder gar keine Quartiere geben, dann ist es freilich unmöglich, daß Wien sich so weiter entwickelt, wie es für Wien wünschenswert wäre. In der Umgebung Wiens gibt es außerordentlich große Gebiete, welche zu sehr zweckmäßigen und gesundheitlichen Wohnungen verwendet werden können, die allen Anforderungen im weitestgehenden Maße entsprechen würden. Es sind dies keine Utopien. In der Umgebung Wiens könnten Sie also Wohnungen errichten, die allen Anforderungen entsprechen.

Nun habe ich während des Krieges mit großer Freude gelesen, daß die Voraussetzungen für diese Umgestaltung der Wohnungsverhältnisse, nämlich durch den Bau der Untergrundbahnen, gegeben sind. Denn es ist in allen Zeitungen gestanden, daß, wie der Krieg aus ist, an die Ausarbeitung dieses Projektes werde geschritten werden. Die für den Bau der Untergrundbahnen notwendigen Materialien sind eben so wichtig, wie die Materialien für viele jener Arbeiten, die in dieser Vorlage erwähnt sind. Das Material ist aber nicht gesichert.

Ich habe in der letzten Zeit gehört, daß mit dem Bau der Untergrundbahnen 1920 begonnen werden soll. Das wäre meines Erachtens eine Notstandsarbeit, die von größter Wichtigkeit und von ausschlaggebendem Werte für die Zukunft Wiens wäre. Man sollte daher auch daran schreiten, jene Verkehrsverhältnisse zu schaffen, wie sie die Umgestaltung der Wohnungsverhältnisse erheischt. Deutschland hat ganz andere Wohnungsverhältnisse.

Wir sehen den Traum unserer Jugend erfüllt. Ich behaupte: Die Großmacht ist nicht verschwunden, die Großmacht ist da. Und wenn auch das Deutsche Reich derzeit schwere Zeiten mitmacht, so hat es doch mehr geleistet als alle Jene, die jetzt den Mund voll nehmen. Diese Großmacht befindet sich jetzt wohl in einer schweren Krise, aber das deutsche Volk ist nach diesen Leistungen nicht dem Untergange geweiht. Die Großmacht ist also da und wir müssen uns als ein würdiges Glied in sie einzufügen trachten. Wir dürfen nicht unter der Devise: Es geht nicht, es ist nicht da, das Unglück schreitet schnell u. s. w. darauf verzichten, das zu tun, was mir machen müssen, um uns als Teil dieser neuen Großmacht würdig zu erweisen.

Nach dieser Richtung habe ich in dieser Vorlage etwas erwartet. Wenn wir mit Ernst und Energie daran schreiten, durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auch eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, dann könnte man auch wichtige Arbeiten unternehmen, die sowohl der Arbeitslosigkeit steuern, als auch für die Zukunft Wiens von ganz außerordentlicher Bedeutung werden könnten.

Wenn wir von der Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse sprechen, so kommt noch die dritte Frage in Betracht, von der ich gesprochen habe: Wien muß nämlich bezüglich des Kohlenbezuges unabhängig gemacht werden. Die Lage Wiens ist nach dieser Richtung ungünstig. Wir haben uns an dem Werke Dziedit beteiligt; welchen Wert es für uns haben wird, ist allerdings momentan sehr zweifelhaft. Ich mache hier der Gemeindeverwaltung, die damals noch eine einseitige Parteiverwaltung war, trotzdem daraus keinen Vorwurf. Denn keine Gemeindeverwaltung konnte vorhersehen, was sich ereignen werde. Jetzt aber ist das eingetreten und so werden wir von unseren lieben Staatsgenossen und Feinden bezüglich der Kohlenversorgung recht schlecht behandelt. Eine Einschränkung des Kohlenbezuges wird späterhin vielleicht nicht mehr in feindseliger, sondern in ganz amikaler Weise stattfinden. Ich bin der Meinung, daß wir bezüglich des Kohlenbezuges bald wieder dieselben Verhältnisse haben werden, wie wir sie vor dem Kriege hatten. Unsere Lage weist uns mit zwingender Gewalt dahin, uns auch bezüglich des Kohlenbezuges unabhängig zu machen. In diesem Zusammenhange wird unendlich viel gesprochen von der Ausnützung der Wasserkräfte und von der Herleitung von Elektrizität nach Wien. Das Ennsprojekt ist wohl weniger wertvoll, aber das Wallsee-Donau-Projekt ist für die Zukunft Wiens von ganz eminenter Bedeutung. Die Größe und Bedeutung dieses Projektes läßt sich nicht schildern. Ich habe zufällig das Projekt einigermaßen kennen gelernt, will Sie aber mit den Details nicht aufhalten, zumal ich kein Techniker und Sachverständiger auf diesem Gebiete bin. Nach Informationen scheint mir aber dieses Projekt von großer Wichtigkeit zu sein. Dieses oder ein anderes ähnliches Projekt auszuführen beginnen, das wäre eine absolute Notwendigkeit, wenn wir schon 59 Millionen für Notstandsarbeiten ausgeben. 59 Millionen sind allerdings derzeit, wo man schon zum Frühstück eine Milliarde zu wechseln gewohnt ist, kein großer Betrag, aber immerhin sind 59 Millionen, die von den Steuerträgern Wiens eingehoben werden, doch ein großer Betrag, und da hätte ich gewünscht, daß, wenn solche Arbeiten vergeben werden, auch dieser Frage nähergetreten werde. In allen Enqueten ist davon gesprochen worden. Mit der Zuleitung der Elektrizität nach Wien allein ist gar nichts geholfen. Ich erinnere den hochverehrten Herrn Bürgermeister daran, wie er zu Beginn des Antrittes seiner Regierung in diesem Saale gesagt hat — es war im Vergleich zu dem heutigen Notstand eine nebensächliche Angelegenheit — das Projekt mit dem Mistbauer ist bereits ausgearbeitet und es ist nur mehr zu verwirklichen. Wir haben Reden vom Herrn Bürgermeister gehört, und zwar im Jahre 1912, daß diese Angelegenheit in kürzester Frist erledigt sein wird. (Zwischenrufe.) Also es war zu Ende des Jahres 1912, jedenfalls aber war es im Jahre 1912, wo es geheißen hat, es ist die Sache bereits fertig. Seit dem Jahre 1912 ist die Sache nicht durchgeführt worden, obwohl noch $1^1/_2$ Jahre bis zum Ausbruch des Krieges waren. Seien Sie ehrlich, meine Herren von dieser Seite, Sie haben ja auch das Gefühl, daß seit dem Tode des Dr. Lueger nicht mehr das geleistet wird, was früher geleistet wurde. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Nach dieser Abschweifung darf nicht davon gesprochen werden, wir müssen die Wasserkräfte ausnützen und Wien von der Kohle unabhängig machen, damit ist nichts geholfen. Welcher Segen wäre es für Wien gewesen, wenn wir beispielsweise das Wallseerwerk zur Verfügung hätten und wenn wir unser Schmerzenskind, die Straßenbahn, mit dieser Elektrizität speisen könnten. Das was sich jetzt in Wien abspielt ist ein grauenhafter Jammer und es kann nur die Hoffnung aufrecht bleiben, daß wir das Ende dieses Jammers noch erleben werden. Aber eine solche Zuleitung einer Ueberland-Zentrale wäre von einer Bedeutung, die gar nicht auszumalen ist. Die Technik ist heute schon so weit vorgeschritten, daß bei einer Entfernung von 150 km ein Verlust von 5 Prozent eintritt, das ist doch sehr wenig. Diesem Projekte sollen Sie nähertreten und von ihm hätte ich einen Hauch in dieser Zusammenstellung gesucht. Das ist aber nicht geschehen, ich vermisse ihn sehr schmerzlich und das mache ich Ihnen zum Vorwurf. Die Donau ist ein toter Strom im Vergleich zum Rhein, aber irgend etwas muß zur Hebung der Industrie geschehen. Ich habe mir also erlaubt, auf diese drei Gattungen hinzuweisen, weil ich den Wunsch hege, daß doch mit mehr als Worten dieser Aufgabe nähergetreten wird, und hiezu möchte ich noch folgendes beifügen: Wenn wir die Geschichte Wiens vergleichen, finden wir, daß regelmäßig nach Katastrophen, die Oesterreich getroffen haben, Wien soviel Tüchtigkeit, Energie und Intelligenz aufgebracht hat, um aus den Ruinen mit neuem Aufschwung zu bauen. Ein hervorragender Kunsthistoriker hat festgestellt, daß im 15. Jahrhundert (Rufe: Da gab es noch keine Liberalen! — Heiterkeit.) nach kriegerischen Ereignissen die Blüte des Kunstgewerbes eintrat. Nach dem 30jährigen Kriege und zu Ende der Türkenkriege ist in kürzester Zeit ein Aufblühen der Kunst und des Handwerkes erfolgt. Zu Beginn der Regierung der Kaiserin Maria Theresia hatte Wien eine Blütezeit, wie man sie sich nach diesen kriegerischen Katastrophen nicht gedacht hat. Nach den napoleonischen Kriegen (Rufe: Er will schon wieder Krieg führen! — Unruhe.) und nach dem Staatsbankerott ist die Kunst und Musik in Wien aufgeblüht und wir begeistern uns heute noch an den herrlichen Werken eines Schubert und Grillparzer's, den Ergebnissen der Biedermeierzeit, die damals entstand. Ich glaube, wenn auch der Herr Bürgermeister sich Notizen macht, um mich zu vernichten und wenn er auch lächelt, die Zukunft Wiens wird keine schwarze, sondern eine rosige sein. (Rufe: Eine rote! — Heiterkeit.) Wenn Sie sagen, Wiens Zukunft wird eine rote sein, da sage ich, daß wir, die wir am linken Flügel der Demokraten sind, uns damit abfinden werden. Wenn die Regierung von dieser Seite auf jene übergeht, so muß ich sagen: für uns Demokraten wird der Wechsel dieser Herrschaft erträglich sein, zumal wir überzeugt sein können, daß keine so einseitige Parteiherrschaft, keine so rüde und rücksichtslose Herrschaft, wie wir sie seit 25 Jahren mit größter Geduld ertragen haben, über uns ergehen wird. (GR. Grünbeck: Unter uns ist es Ihnen gut gegangen, wir wissen nicht, wie es Ihnen künftighin ergehen wird! — Lebhafte Heiterkeit.) Wir stehen nicht da, damit es uns gut geht — und das ist der grundlegende Unterschied, der uns scheidet — sondern weil wir unsere

Ueberzeugung haben (Ruf: Bei jeder Wahl eine andere!) und sie selbstlos befolgen. (Zwischenrufe.) Ich kann niemand verhindern, unwissend zu sein. Wir dienen unserer Ueberzeugung und wir können nicht so und können nicht so, sondern nur so handeln, wie es unserer Ueberzeugung entspricht. Dieser Ueberzeugung dienen wir, nicht damit es uns gut geht, sondern damit es denen gut geht, denen wir dienen sollen. (Zwischenrufe.) Reden Sie nicht von den Kriegsgewinnern, Ihre Herrschaft hat keine Kriegsgewinner verhindert, auch nur um eine Million weniger zu verdienen, als wenn Sie nicht am Ruder gewesen wären.

Ich werde Sie nicht länger aufhalten, ich habe bei dieser Gelegenheit nur die Bitte unterbreiten wollen, daß man mit mehr Großzügigkeit den Aufgaben sich widmet, welche die Zukunft der Stadt Wien erheischt.

VB. Neumann: Das Wort hat Herr GR. Richter.

GR. Karl Richter: So sehr wir es begrüßen, wenn Arbeitsgelegenheit geschaffen und der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit gesteuert wird, kann ich es doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß mit dieser Vorlage sehr wenig gemacht ist. Die Gemeindeverwaltung wird sich bemühen müssen, auch andere Arbeitsgelegenheiten noch zu eröffnen, als die, die in der vorliegenden Vorlage gebracht werden. Schon der Herr Referent hat erklärt, daß es schwer möglich ist, das nötige Material zu beschaffen, und wir dürfen in der Tat nicht übersehen, daß die mangelhafte Materialbeschaffung zum größten Teile Schuld trägt an der Arbeitslosigkeit. Es herrscht eine Knappheit an Rohmaterialien, so, daß wir derzeit eine Krisis haben, wie wir sie noch nie erlebt haben, weil früher die Arbeitslosigkeit ihre Ursache in der Ueberproduktion hatte, während jetzt kein Arbeitsmaterial vorhanden ist, obwohl in allen Bedarfsartikeln ein großer Mangel herrscht. Es wird nicht möglich sein, das nötige Material zu beschaffen, so daß 11.000 Arbeiter Beschäftigung finden können, weil diese Beschäftigung nicht vorhanden sein wird. Wir dürfen auch eines nicht übersehen: die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Wien unterscheidet sich von vielen Arbeitslosigkeitsperioden, die wir bisher durchgemacht haben; wir haben schon Zeiten gehabt, wo in Wien 120.000 Arbeitslose waren, ohne daß es so gefährlich gewesen wäre wie heute. Von der Arbeitslosigkeit von früher unterscheidet sich diese Arbeitslosigkeit dadurch daß sie vorwiegend hochqualifizierte Arbeiter betrifft und es sich vorwiegend um Industriearbeiter handelt, für die es doppelt schwer ist, Arbeit zu beschaffen. Es ist ihnen mit Hoch- und Tiefbauten im Wesen nicht geholfen. Von den Hochbauten wird schwerlich oder langsam die Rede sein können, weil der Materialienmangel ihre Ausführung hindern wird, und für Tiefbauten — sagen wir es offen — haben wir in Wien nicht das Arbeitermaterial; die Tiefbauten wurden von den Mazedoniern, Südslaven und jenen Völkern ausgeführt, die gegenwärtig gar nicht da sind. Wir können unmöglich vom hochqualifizierten Industriearbeiter verlangen, daß er nunmehr zu Tiefbauten geht wobei er noch Gefahr läuft, seine hohe Qualifikation zu verlieren und für seinen eigentlichen Beruf untauglich zu werden. Dies wäre eine sehr schwere Gefahr für Wien. Was hat die Wiener Industrie und das Wiener Gewerbe groß gemacht? Was hat den Ruf des Wiener Kunstgewerbes begründet? Nichts anderes als die hohe Qualifikation der Industriearbeiterschaft die Intelligenz der Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir würden sie unrettbar zugrunde richten, wenn wir verlangen wollten, sie sollen zu den Tiefbauten gehen, für die sie nicht geschaffen sind und die sie infolge ihrer körperlichen Konstitution nicht leisten können, und da besteht die große Gefahr, daß, wenn sich vielleicht zu solchen Arbeiten nicht die nötige Anzahl Menschen findet, wieder der große Wau-wau der Arbeitsunlust auftaucht und gesagt wird: Jetzt haben wir Abhilfe geschaffen. Eben jene Kreise, von denen Kollege Breitner gesprochen hat, die Bankbeamten, die Buchhalter, die hochqualifizierten Industriearbeiter gehen nicht Kanalgraben und es wird wiederum das Märchen an den Tag treten, daß der Arbeiter Arbeitsunlust und Arbeitsscheu habe, wie man es so gerne tut, wobei vollständig übersehen wird, daß diese Leute zu diesen Arbeiten eben nicht geschaffen sind.

Wenn von der einen Seite im Saale ein Zwischenruf gemacht wurde, es sei eine Abwanderung von Wien nicht erfolgt, so muß ich bedauern, daß er im Gemeinderatssaale gefallen ist. Wir haben ein Interesse daran, daß die Stadt groß wird, und unsere Sorge ist ja, es könnte eine größere Abwanderung einsetzen. Es wäre der größte Schaden für die Gemeinde Wien, wenn gerade das intelligente Proletariat, die hochentwickelte Arbeiterschaft auswandern würde. Durch unsere schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir viel zu viel hochqualifizierte Arbeiter an das Ausland abgegeben und so manche ausländische Industrie ist durch unsere hochqualifizierte Arbeiterschaft, die ja aus Wien abgewandert ist, groß geworden. Diese Arbeiterschaft mußte eben aus Wien, aus Oesterreich auswandern oder fortziehen, weil sie in ihrer Vaterstadt, in ihrem Vaterlande nicht genügend Arbeit finden konnte. Die Ursache war vor allem, daß hier zu jeder Zeit die niedrigsten Löhne und die höchsten Lebensmittelpreise gewesen sind. Man entrüstet sich heute, daß zu minderqualifizierten Arbeiten die Leute infolge der vier Hungerjahre nicht mehr zu verwenden sind und daß zu solchen Arbeiten Leute schwer zu haben sind; man wirft ihnen immer die hohen Löhne vor und vergißt dabei, daß die Arbeiter bei den höchsten Löhnen hungern müssen und nicht imstande sind, sich satt zu essen. Daß eine gewisse Arbeitsunlust eintreten muß, nicht nur bei den Arbeitslosen, sondern auch bei Arbeitern, die in Arbeit stehen, ist begreiflich. Es plagt sich der Arbeiter Jahr für Jahr, Tag für Tag, von früh morgens bis spät abends, ohne daß er imstande wäre, auch nur die allerdringendsten Bedürfnisse zu decken, er sieht sich von Tag zu Tag wirtschaftlich und körperlich immer mehr auf den Hund kommen. Glauben Sie, daß das der Arbeitslust förderlich sein kann? Der Arbeitslosigkeit ist nicht dadurch geholfen, daß Sie Arbeit schaffen für einen kleinen Teil der Arbeiter, wir brauchen Arbeit für unsere hochqualifizierte intelligente Arbeiterschaft, damit sie uns nicht auswandert. Ich fürchte, es wird eine Zeit kommen, und zwar sehr bald, in der uns die anderen nationalen Staaten die hoch qualifizierten Arbeiter entziehen werden; Sie können ja vom Arbeiter niemals verlangen, daß er so viel Patriotismus aufbringt, für sein Vaterland zu hungern, während ihm anderwärts günstigere Verhältnisse geboten werden. Dieser Gefahr müssen wir vorbeugen, welche den Untergang Wiens und Deutschösterreichs bedeuten würde. Mit diesen hochqualifizierten Arbeitern würden wir naturgemäß auch die Absatzgebiete für unsere Industriegebiete verlieren. Wir begrüßen die Vorlage, sie darf aber nicht zum Anlaß genommen werden, nunmehr ein Ruhebett zu schaffen auf das wir uns ausreden können, indem

wir sagen, wir haben Arbeit geschaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

VB. Neumann: Das Wort hat Herr GR. Heitzinger.

GR. Heitzinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch das vorliegende Investitionsprogramm soll für ungefähr 10.000 Arbeiter Arbeit geschaffen werden. Wenn wir den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosen, welcher 123.347 beträgt, in Betracht ziehen und noch dazu in Kauf nehmen, daß eigentlich nur ein ganz geringer Teil davon ungelernte Arbeiter, sondern ein Großteil gelernte Arbeiter sind, dann müssen wir zugeben, daß durch diese Vorlage, nur sehr wenig gedient ist. Und anderseits müssen wir noch — wie der Herr Referent bereits ausgeführt hat, bedenken, daß ein großer Teil der Arbeiter schon dadurch verschwindet, daß hier der Mangel an Material mitwirkt. In der Metallindustrie sind gegenwärtig 30.947 Arbeitslose vorhanden. Von diesen 30.947 Arbeitern sind nur 453 ungelernte Hilfsarbeiter und davon ist auch der Großteil nicht erst während der Kriegszeit in den Betrieb gekommen. Der Großteil ist vielmehr schon vor dem Kriege gestanden und deshalb zu diesen Erdarbeiten ungeeignet. Anderseits müssen Sie einsehen: Selbst wenn solche Erdarbeiten geschaffen würden, daß die ganzen 123.347 Arbeitslosen untergebracht werden könnten, so ist es ein Ding der Unmöglichkeit, das kann niemand wünschen, daß diese gelernten Arbeiter, die über eine bessere Qualifikation verfügen, zu Erdarbeiten verwendet werden und für ihre spätere Existenz unbrauchbar werden. Der Metalldreher, der Mechaniker, der Schlosser, der einmal von seiner Arbeit für längere Zeit weggegangen ist, wird für eine andere Arbeit in der Folgezeit nicht mehr zu gebrauchen sein. Nur einzelne werden sich nach längerer Zeit wieder aufraffen, diese Arbeit wieder aufzunehmen und infolgedessen müssen wir konstatieren, daß nur einem ganz geringen Bruchteil damit eigentlich Arbeit verschafft wird und daß es aus diesem Grunde umsomehr notwendig ist, einmal in der Oeffentlichkeit zu sagen, daß es nicht nur ein Unrecht, sondern auch eine grobe Unkenntnis ist, wenn man immer wieder von der Arbeitsunlust und Arbeitsscheu spricht. Und dieses Wort wird nicht nur draußen gebraucht und in den Zeitungen aufgegriffen, sondern es ist bis in den Gemeinderat vorgedrungen — und das ist noch nicht so lange her. Die Arbeitsunlust, wenn sie besteht, hat auf der anderen Seite einen tieferen Grund, der nicht allein auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist, sondern auch auf die geringere Kaufkraft des Geldes. Der Arbeiter muß bis zur Erschöpfung arbeiten und wenn die Woche um ist, hat er nicht soviel erreicht, um sich und seine Familie zu ernähren. Wenn man jahrzehntelang unter den Arbeitern gelebt hat, wenn man diese Arbeiter, die man vor dem Kriege gekannt hat, jetzt nach dem Kriege ansieht, so sieht man, daß ganze Generationen verdorrt sind wie beschädigte Blumen, daß vielleicht für längere Zeit diese Arbeiter überhaupt nicht mehr für die Industrie in der Weise gebraucht werden können wie vor dem Kriege. Die Unternährung hat in solcher Weise unter der Arbeiterschaft, die in der Kriegsindustrie beschäftigt war, Platz gegriffen, daß in nächster Zeit nicht daran gedacht werden kann, ihre Arbeitskraft so wie vor und während des Krieges auszunützen. Daß die Arbeiter nach dem Kriege, nachdem die Menschen weniger geworden sind, mehr ausgenützt werden können, ist unmöglich.

Wenn man anderseits sagt, daß ein Teil der Arbeitslosen selbst dort, wo Arbeit vorhanden ist, etwas schwer zur Arbeit zu bringen ist, so darf man nicht übersehen, daß viele dieser Menschen sieben Jahre beim Militär gewesen sind, sieben Jahre von ihrer Arbeit weggerissen waren und daß sie nach diesen sieben Jahren nicht arbeitsscheu und arbeitsunlustig geworden sind, sondern daß manchem der Mut fehlt, jetzt nach sieben Jahren die Arbeit wieder aufzunehmen. (Sehr richtig! links.) Es geht also aus dem ganzen hervor, daß in der Richtung etwas mehr geschehen muß, als hier vorgeschlagen wird; daß das nur ein geringer Bruchteil ist und von einer wirtschaftlichen Belebung und Aufhebung der Arbeitslosigkeit dadurch allein nicht die Rede sein kann. Wenn es so gedacht ist, daß dies nur ein Anfang ist, der fortgesetzt wird und daß in der Richtung, wo es am allermeisten in Wien fehlt, etwas gemacht werden soll, so können wir die Sache begrüßen. Wenn man aber sagt, daß man hier einen Teil der Arbeitslosen beschäftigen will und wer die Arbeit nicht aufnimmt, wird als arbeitsscheu betrachtet, dann müssen wir diese Art verurteilen, denn sie ist der Beginn und nicht das Ende der Arbeitaufnahme. (Beifall.)

VB. Neumann: Das Wort hat Herr GR. Partik.

GR. Partik: Ich begrüße die Vorlage, weil ich daraus ersehe, daß wenigstens einigermaßen der Not- und Arbeitslosigkeit dadurch abgeholfen werden kann. Die Lage der kaufmännischen und privaten Angestellten von denen Kollege Breiter gesprochen hat, ist wohl ein Problem, welches nicht hier gelöst werden kann. Mir sind die Zahlen auch bekannt, aber da muß mit anderen Mitteln abgeholfen werden. Wenn die Unternehmungen nicht in der Lage sind, ihre Angestellten weiter zu beschäftigen, so muß getrachtet werden, daß das Erwerbs- und Wirtschaftsleben wieder einsetzt, daß alle die Tausende von Betrieben, welche durch den Krieg, die Blockade und die zentrale Bewirtschaftung brach gelegen sind, wieder ins Wirtschaftsleben eingeführt werden. Es muß also der Verkehr mit dem Auslande und der Uebersee wieder aufgenommen werden, es müssen Rohstoffe vermittelt werden, und dann wird es möglich sein, alle diese Leute wieder zu beschäftigen, sonst reichen alle Schutzmaßnahmen nicht aus. Es wird auch notwendig sein, von der zentralen Bewirtschaftung abzugehen. Ich fürchte gar nicht, wie immer gesagt wird, daß uns das Ausland boykottieren wird; das geht auf die Dauer nicht. Es ist auch ein Unding, wenn man sagt, daß die Regierungen mit den Regierungen Geschäfte machen; niemals hat England von Amerika oder Deutschland von England gekauft, sondern immer haben deutsche Kaufleute bei englischen und englische bei deutschen gekauft. Man wird da nicht boykottieren können, denn England wird nicht mehr Rohstoffe verarbeiten können, als es Menschen hat, um die Rohstoffe zu bearbeiten.

Wenn England 45,000.000 Menschen hat, wird es nicht imstande sein, alle Rohstoffe, welche in seinen Kolonien produziert werden, zu verarbeiten, es wird den Deutschen und auch uns Deutschösterreichern Waren abgeben müssen und dadurch wird das Erwerbsleben wieder belebt werden können. Solange aber an der zentralen Bewirtschaftung festgehalten wird, wird man diese Frage nicht lösen können. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Es ist ein Unglück für die Bevölkerung, daß man noch immer daran festhält; die Blockade muß endlich aufgehoben werden, dann können alle, die im Erwerbsleben mitwirken wollen, auch

wieder in daselbe eingefügt werden. Ich bitte also, den Antrag anzunehmen. Ich bitte aber die Herren, die diese Reden gehalten haben, sie an einem anderen Ort zu halten, nicht hier, hier ist dieses Problem nicht zu lösen, hier kann keine Abhilfe für die vielen Tausende von Privatangestellten getroffen werden. (Beifall.)

VB. Reumann: Herr GR. Kunschak!

GR. Kunschak: Ich erlaube mir zunächst namens der christlichsozialen Arbeiter dem Herrn Bürgermeister den besten Dank abzustatten für das Referat, welches er heute dem Gemeinderate zur Beschlußfassung unterbreitet hat. (Beifall.) Ich konstatiere mit großer Befriedigung, daß durch dieses Referat nicht Arbeit schlankweg geschaffen wird, sondern Arbeit auf einem Gebiete, das, wie kein zweites die Eignung hat, befruchtend auf unser ganzes Erwerbsleben zu wirken. Das Baugewerbe kann mit Fug und Recht als Muttergewerbe bezeichnet werden. Durch die Tätigkett im Baugewerbe wird das gesamte Wirtschaftsleben auf das Tiefste berührt und wenn daher der Gemeinderat sich entschließt, auf diesem Gebiete umfassende Investitionen vorzunehmen und Arbeiten zu vergeben, so haben Sie damit einen richtigen Griff getan, der wesentlich dazu beitragen wird, nicht nur das Baugewerbe im engeren Sinne, sondern das ganze gewerbliche Leben in Fluß zu bringen. Warum ich mich zum Worte gemeldet habe ist aber nicht, um diese Feststellung zu machen, sondern um von diesem Saale aus an jene Faktoren zu appellieren, denen es mehr als dem Gemeinderate zusteht und die noch im höheren Grade nicht nur verpflichtet sind, sondern auch die Mittel haben, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Durch die Arbeit, die hier vergeben werden soll, werden Tausende und Tausende von Bauarbeitern Verdienst erhalten.

Diesen Tausenden von Bauarbeitern folgt das lebendige Bedürfnis mit auf den Weg, ihren dringendsten Bedarf an Kleidung, insbesondere an Schuhwerk decken zu können. Und sie werden von der Möglichkeit, dies zu tun, gewiß sehr gern und unter dem Zwange der Verhältnisse stehend umfangreichsten Gebrauch machen, wenn sie lohnenden Verdienst erhalten. Leider stehen die Dinge so, daß der Stillstand in der Textilindustrie und Lederbranche nicht darauf zurückzuführen ist, daß Bedarf oder kaufkräftiges Publikum nicht vorhanden wäre, sondern einzig und allein darauf, daß die Rohmaterialien dem Gewerbe nicht zur Verfügung stehen und zur Verfügung gestellt werden. Es ist die Frage, ob die Rohstoffe in Wahrheit nicht zur Verfügung stehen. Diese Frage muß auf Grund der Sachlage schlankwegs mit einem Nein beantwortet werden. Es ist Tatsache und für den Kenner der Verhältnisse längst kein Geheimnis mehr, daß unsere Staatsverwaltung sowohl über große Mengen von Textilwaren, als auch Stoffen und Leder verfügt.

In den Magazinen der großen Schuhfabriken sind Tausende von Meterzentnern Leder aufgestapelt, auch in den Magazinen der großen Lederfabriken und ebenso in den ärarischen Depots sind solche Mengen aufgehäuft. Es ist eine einwandfrei festgestellte Tatsache, daß eine Unmasse von Textilstoffen verfügbar ist, sogar aus der Friedenszeit sind Stoffe da, die strenge bewacht und eingesperrt (Zwischenrufe: Gestohlen!) werden und das zu einer Zeit, wo sie das Gewerbe dringend benötigt. Ich verweise nur auf einen mir sehr genau bekannten Fall. In dem bekannten Etablissement Gschwandner in Hernals, wo ein Depot der Flüchtlingsfürsorge untergebracht ist, sind heute noch Stoffe aufgestapelt, die zum großen Teile aus der Friedenszeit stammen. Niemand weiß, was mit diesen Waren geschehen soll. Sie sind für die Staatsverwaltung beschlagnahmt und sollen früher oder später der Produktion zugeführt werden. Heute aber geht noch der Streit darum, wer sie der Produktion zuführen soll, zu welchem Preise und unter welchen Voraussetzungen diese Ueberführung in die Produktion erfolgen solle. Mit einem Worte, der Amtsschimmel, der der alten Monarchie zum Unglück geworden ist, feiert in der republikanischen Staatsverwaltung wirklich wahre Orgien. Die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Staatsämtern sind geradezu ekelhaft, anderseits mache sich ein Bureaukratismus geltend, der nicht minder ekelhaft ist. Es wird vor allem inventarisiert und Sie verzeihen wohl, wenn ich einen Vergleich, den ich schon einmal gebraucht habe, hier wiederhole. Der Inventarisierungsfanatismus geht so weit, daß jeder Laus, die allenfalls beim Vordertor einen Ausweg sucht, nachgejagt wird, während beim Hintertore ganze Elefantenherden unbehindert durchgehen. Es wird bei der Sachdemobilisierung so lange inventarisiert, bis nichts mehr zu inventarisieren ist und bis von den ganzen Ueberbleibseln der Kriegsvorräte nichts mehr als das papierene Inventar selbst vorhanden ist. Dieser Skandal muß auch öffentlich in einer solchen Körperschaft wie es der Wiener Gemeinderat ist, mit den schärfsten Worten kritisiert werden und es ist notwendig, daß von diesem Saale aus an die Staatsverwaltung die Aufforderung ergehe, sich endlich einmal ihrer Verpflichtung nicht nur gegenüber den arbeitslosen Arbeitern, sondern auch gegenüber den beschäftigungslosen Gewerbetreibenden, nicht minder aber auch gegenüber den Bedürfnissen der weitesten Schichten unserer Bevölkerung bewußt zu werden. Es ist ferner notwendig, daß die Staatsämter endlich daran gehen, die vorhandenen Sachgüter der Produktion zuzuführen. Wir könnten dann in kurzer Zeit, ohne daß der Staat selbst Aufwendungen in finanzieller Hinsicht machen müßte, unsere ganze Bekleidungsindustrie, die Schuhmacher, die Kleidermacher ohneweiters mit Arbeits- und Verdienstgelegenheiten versorgen. Ich glaubte, auf diese Sache hier verweisen zu müssen und darf daran die Konstatierung knüpfen, daß auch hier wieder der Wiener Gemeinderat beweist, daß in ihm soziales Verständnis, aufrichtiges und warmes Empfinden für die Bedürfnisse des Tages und der Zeit vorhanden sind, währenddem wir bei unserer Staatsverwaltung im selben Ausmaße wie früher Unverstand, Indolenz und starren Bureaukratismus finden. (Beifall rechts.)

VB. Reumann: Ich erteile das Wort dem GR. Stein.

GR. Stein: Angesichts der herrschenden Notlage werden von der Gemeinde größere Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt. Ich muß mich aber doch der Meinung des sozialdemokratischen Vorredners anschließen, daß diese Aktion nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein bedeutet. Es kann nicht Sache der Gemeinde sein, die Umwälzungen, die auf wirtschaftlichem Gebiete stattgefunden haben, zu sanieren. Es wird vielmehr eine der ersten Aufgaben der konstituierenden Nationalversammlung und der Regierung sein, zu bessern und zu helfen, wo zu helfen ist. Da gebe ich meiner Ansicht Ausdruck, die ja auch schon von früheren Rednern vertreten worden ist, daß vor Aufhebung der Blockade an eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse nicht gedacht werden kann. Die Frage der Arbeitslosigkeit hängt auch sehr enge mit der Frage unserer Valuta zusammen. Es ist das ein wirtschaftlicher Fragenkomplex, bei welchem sich die eine Frage ohne die andere nicht lösen läßt.

Nachdem Oesterreich an Rohprodukten so arm ist, daß an eine Ausfuhr in großem Stile kaum gedacht werden kann, so wird Oesterreich seine Schulden und den Gegenwert für die Waren, für die Lebensmittel und Rohprodukte, die es zur Wiederherstellung der Industrie herbeizuschaffen gezwungen ist, nur in der Form der Arbeit bewerkstelligen können. Es wird daher, um die Zahlungsmittel aufzutreiben, an eine großzügige Förderung der Exportindustrie geschritten werden müssen und es wird Sache der Regierung sein, die Fachleute aus allen Kreisen heranzuziehen und darüber einzuvernehmen, in welcher Weise das zu geschehen hat. So haben wir an einem der wichtigsten Ausfuhrartikel, welcher allein Milliarden von Werten herbeizuschaffen in der Lage ist, in der Zuckerindustrie, einen hochgradigen Mangel, nachdem der größte Teil der Zuckerindustrie in Böhmen gelegen ist, und da verweise ich darauf, daß das Marchfeld ein geeigneter Boden für die Zuckerrübenkultur ist. Es wird Aufgabe der Regierung sein, einen geeigneten Platz ausfindig zu machen, wo am Marchfelde Zuckerrüben angebaut werden können und wo Anlagen von Zuckerfabriken im großen Stile zu bewerkstelligen sind. Diese wären von staatlicher Seite zu unterstützen und wenn nötig zu subventionieren, um einen Anreiz zur Errichtung einer derartigen Industrie zu bieten.

Desgleichen gibt es eine große Anzahl hochwertiger Exportindustrieartikel, deren Herstellung im tschecho-slowakischen Staate vor sich geht und an welchen wir Mangel leiden werden. Auch diese Industrien werden auf österreichischem Boden neu entstehen müssen und da wird es auch Sache der Regierung sein, wie es Ungarn seit zwei Dezennien gemacht hat, eine große Industrieexportförderung in die Hand zu nehmen. Ich verweise nur auf die spezifisch österreichischen Artikel: Emailgeschirr, gebogene Möbel, Textilen, alles Artikel, deren Erzeugung sich nach Milliarden beziffert und die allein imstande sind, das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalte und in unserer Nationalwirtschaft wieder herbeizuführen. Selbstverständlich wird es notwendig sein, daß unsere Unterhändler, wenn solche überhaupt zugelassen werden, das größte Gewicht darauf legen, daß in den Friedensvertrag Bestimmungen hineinkommen, welche die angrenzenden Nationalstaaten verpflichten, uns jene Mengen Kohlen, die wir bisher von dort bezogen haben, wieder zukommen zu lassen, denn die Ausnützung der Wasserkräfte liegt ja noch im weiten Felde. Es liegt in der Natur der Sache, daß es noch Jahre dauert, bis die technische Verwertung der Wasserkräfte und die Zuleitung des elektrischen Stromes möglich sein wird; bis dahin sind wir auf die Zufuhr von Kohle aus den tschecho-slowakischen und den ungarischen Grenzbezirken angewiesen.

Ich möchte mich auch mit einigen Worten mit der Lage der intellektuellen Arbeiter befassen, wie sie vom Kollegen Breiner hier angeschnitten worden ist. Es ist keine Frage, daß in diesen Kreisen die größte Notlage herrscht und daß nach Mitteln gesucht werden muß, um Abhilfe zu schaffen. Ich verschließe mich durchaus nicht der Ansicht, daß die wirtschaftlich starken Elemente im Unternehmertum verpflichtet sind, namentlich jene Kreise, die aus dem Kriege großen Nutzen gezogen haben, hier Opfer zu bringen. Vom Standpunkte des bürgerlichen Unternehmertums würde ich gar nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Nationalversammlung gesetzliche Verfügungen trifft, daß die Kündigungsfristen namentlich der großen, zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, also der Banken und der großen Aktiengesellschaften, wenigstens bis zur Aufhebung der Blockade und dem Einströmen von Rohmaterialien hinausgeschoben werde, und zwar bis zu einem Zeitpunkt, wo voraussichtlich eine Besserung der gesamten wirtschaftlichen Lage eintreten wird. Bis dahin muß den Beamten die Möglichkeit gegeben werden, ihre Existenz aufrecht zu erhalten. Wenn es notwendig ist, müßte auch hier eine staatliche Hilfe eingreifen. Es geht aber nicht an, zu generalisieren und sämtlichen Unternehmern Lasten aufzubürden, unter denen sie notwendigerweise zusammenbrechen müßten. Es ist gar keine Frage, daß unter den bodenständigen kleineren und mittleren Unternehmern zahlreiche solche sind, die unter dem Kriege sehr schwer gelitten haben und die Aufrechterhaltung ihres Betriebes mit gänzlichem Zusammenbruch bezahlen müßten. Das kann aber nicht in der Intention der Legislative liegen und daher kann auch von diesen Unternehmern nicht verlangt werden, daß sie mit Aufopferung ihrer eigenen Existenz soziale Hilfe leisten. Es geht also nicht an, in diesem Punkte zu generalisieren.

Wir stehen auch in diesem Saale nach dem Ergebnisse der Sonntagswahlen vor einer neuen Zukunft. Es ist dem im politischen Leben Versierten vollkommen klar, daß auch hier eine Majorität in kurzer Zeit einzieht: die Majorität der sozialdemokratischen Partei. Die Sorge und die Verantwortung für Wiens Zukunft wird somit auf den Schultern dieser großen Partei ruhen, welche sich immer für eine Partei der Menschlichkeit und der Nächstenliebe ausgegeben hat. Wir haben auch heute wieder von einem Vertreter der Sozialdemokratie gehört, daß sie die kommende wirtschaftliche Umwälzung nicht mit Gewaltmitteln anstrebe, sondern daß, wenn eine Veränderung der Gesellschaftsordnung bevorsteht, diese nicht gewaltsam, sondern in ruhiger Weise vor sich gehen soll. Wir stehen wohl auf dem Boden der bisherigen Gesellschaftsordnung, aber niemand kann behaupten, daß diese Gesellschaftsordnung, die sich im Laufe von Jahrtausenden entwickelt und Blütezeiten in verschiedenen Epochen der Geschichte herbeigeführt hat, untauglich oder schlecht geworden ist. Ebenso können wir auch nicht verneinen, daß eine Aenderung dieser Gesellschaftsordnung sich vielleicht nach und nach vollziehen wird. Daher müssen wir mit einem gewissen Vertrauen in das Verantwortlichkeitsgefühl der nunmehr zur Regierung sich anschickenden sozialdemokratischen Partei und auf die führenden Männer dieser Partei blicken und sehen, wie sie sich zu dieser Arbeit stellen. (Rufe: Das ist eine Anbiederung!) Das ist keine Anbiederung, sondern eine vollständig objektive Betrachtung der wirklichen Verhältnisse, die Sie nicht aus der Welt schaffen können, indem etwa die Hälfte der Wiener sozialdemokratisch gewählt hat. Diese Tatsache können wir nun einmal nicht ändern. Leider haben auch genug Juden christlichsozial gewählt, wie ich zu Ihrer Beruhigung sagen kann. Das hat aber mit dem Judentum gar nichts zu tun. Es ist merkwürdig, daß die christlichsoziale Partei sogar in dem Momente des Scheidens von der Judenfrage, die das ganze Um und Auf ihres Programmes bildete, nicht lassen kann. Das war ihr einziger Programmpunkt; damit ist diese Partei geboren und damit stirbt sie auch.

Nun möchte ich dieselben Worte, die ich bei der Wahl des jetzigen Bürgermeisters Herrn Dr. Weiskirchner gebraucht habe, auch den sozialdemokratischen Führern ins Gedächtnis zurückrufen und ich bin überzeugt, daß in dieser Partei genug Gewissen-

haftigkeit und politische Ehrlichkeit vorhanden ist, so daß diese Worte gut aufgenommen werden, nämlich die Worte des Dichters: „Wer den Besten seiner Zeit genug getan, der hat gelebt für alle Zeiten." Ich wünsche, daß die sozialdemokratische Partei ihre Versprechungen und Erwartungen, mit denen sie von der Bevölkerung aufgenommen worden ist, auch vollauf erfüllen wird.

VB. Neumann: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter Bürgermeister: Gegen das Referat selbst sind von keiner Seite Einwendungen erhoben worden. Jedoch möchte ich einige Ausführungen bezüglich des Ausmaßes der Investitionsarbeiten mit einigen Worten widerlegen.

Vor allem werden neben diesen Arbeiten alle im Budget vorgesehenen Arbeiten zur Ausführung gebracht; ferner soll ja das nur ein Beginn sein, indem bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit zweifellos mit diesen Arbeiten begonnen werden kann.

Ich bedauere außerordentlich den Notstand der geistigen Arbeiter. Soweit es im Wirkungskreise der Gemeinde Wien gelegen sein wird, auch hier helfend einzugreifen, soll es gewiß geschehen. Ich habe erklärt, daß es sich hier nur um einen Teil der betreffenden Arbeiten handelt. Nun sind aber Aeußerungen gefallen, wie von Herrn Dr. Granitsch, die aber in der heutigen Zeit der Begründung vollkommen entbehren. (Zustimmung.) Herr Dr. Granitsch hat von allem möglichen gesprochen: Vom Gemüseanbau und der Ausnützung der Wasserkräfte, von Grillparzer, Schubert und vom Mistbauer, vom Durchfall und anderen unangenehmen Erscheinungen des politischen Lebens. (Lebhafte Heiterkeit.) Was die Ausnützung der Wasserkräfte betrifft, so wird es vor allem notwendig sein, daß die Konzession für die Ausnützung der Wasserkräfte erteilt wird, was weder beim Ennsprojekt, noch beim Wallseeprojekt der Fall ist. Herr Dr. Granitsch hat sich selbst als Nichtsachverständiger bezeichnet, aber das Ennsprojekt ungünstiger beurteilt als das Wallseeprojekt. Da ich auch kein Sachverständiger bin, erlaube ich mir nur die Bemerkung, daß ich wieder das Ennsprojekt für das bessere halte. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wie immer aber die Auffassung dieses Projektes sein möge, so brauchen wir nicht nur eine Konzession, sondern auch das Geld zu deren Ausführung. Ich möchte wohl glauben, verehrter Herr Dr. Granitsch, daß es Ihnen nicht so leicht möglich sein wird, jetzt jene Beträge aufzubringen, welche die Ausführung eines solchen Projektes erfordert.

Das gleiche gilt auch bezüglich des Baues der Untergrundbahnen. Diese Frage ist nicht nur eine technische, sondern auch eine finanzielle. Wenn wir berücksichtigen, was der Bau der Untergrundbahnen im Jahre 1913 gekostet hätte und wenn wir jetzt berechnen, was er unter den heutigen Verhältnissen erfordern würde, so würde sich ein 300- bis 400prozentiger Aufschlag auf die Preise ergeben, die der damalige Kostenvoranschlag ausgewiesen hat. (GR. Dr. Hein: Es ist viel versäumt worden!) Sie haben noch mehr versäumt! (Stürmische Heiterkeit.) Was da versäumt worden ist, liegt nicht in der Schuld der Gemeinde. Was das frühere Eisenbahnministerium in Verzögerungen bei Erteilung von Konzessionen für Wasserkräfte geleistet hat, das ist ein Verbrechen am Staate und an der Volkswirtschaft gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Eisenbahnministerium hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, daß ohne seine Zustimmung keine Konzession erteilt werden dürfe. Ferner hat es sich auf den Standpunkt gestellt, daß es nur dann eine Konzession erteilen könne, wenn so und so viele Kilowatt des Stromes, der erzeugt wird, ihm zufließen. Bei diesen Streitigkeiten zwischen Ackerbauministerium und Eisenbahnministerium sind wir immer schlecht behandelt worden, weil wir die Konzessionen nicht erlangen konnten.

Ich erkläre nochmals, daß das, was Ihnen hier vorgelegt wird, nur ein Teil dessen ist, was wir uns als Möglichkeit, Verdienst und Arbeit zu schaffen, vorstellen. Diese eine Möglichkeit genehmigen Sie heute. Das ist aber kein Ruhebett, wie Herr GR. Richter sich ausgedrückt hat, sondern es soll nur der Beginn einer großzügigen, vom gesamten Gemeinderate fortzusetzenden Investitionspolitik sein.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch ein Wort unterstreichen, das von einem Redner gesagt worden ist, daß nämlich die Aufhebung der Blockade der Entente eine unbedingte Notwendigkeit ist (Zustimmung), so daß man nur bedauern kann, daß die Entente nicht die Einsicht hat, zu ermessen, was die Forthaltung der Blockade in Mitteleuropa für Schaden und Gefahren in sich birgt. (Zustimmung.) Ich wiederhole hier die Worte, die ich dem Ententevertreter sagte, der mir erklärte: Herr Bürgermeister, halten Sie nur Ruhe und Ordnung in Wien, dann wird die Entente schon aushelfen. Das ist ja gerade umgekehrt. Wenn wir wirklich hier in unserer Stadt Ruhe und Ordnung halten sollen, dann muß uns die Entente nicht nur eine Ernährungsaushilfe geben, damit wir unsere unterernährte Bevölkerung ernähren können, sondern sie muß uns auch Rohstoffe geben, damit wir unser wirtschaftliches Leben wieder aufrichten können. (Lebhafte Zustimmung.) So steht die Sache! Die Entente spielt da mit Gefahren, die eine weitergehende Arbeitslosigkeit und Unterernährung im Gefolge haben würden. Ein Volk, das im Finstern friert und hungert, ein Volk, das zur Verzweiflung getrieben wird, ist eine Gefahr nicht nur für das Land, in dem es wohnt, sondern auch für den Westen bedeutet es eine Gefahr, und die Herren sollten sich fragen, ob sie nicht auch verpflichtet sind, und zwar im Grunde der Menschlichkeit uns zu helfen mit einer Ernährungsaushilfe und mit Rohstoffen, die wir notwendig brauchen. (Lebhafter Beifall.) Auch ich bin der Meinung, daß uns um die Zukunft unserer Vaterstadt nicht bange zu sein braucht. Mit Recht hat Herr Dr. Granitsch darauf hingewiesen: deutsche Kraft und deutscher Geist, die ja auch uns Donau-Deutschen eigen sind, werden sich durchringen. Das deutsche Volk wird sich durch seine Tüchtigkeit, Kraft und Arbeitsleistung wieder emporringen. Auch diesen schweren Uebergang müssen wir durchhalten, diese schwere Zeit mit allen Gefahren, die sie in sich birgt. Und da appelliere ich an alle Kräfte des Wiener Gemeinderates, wir alle sind Wiener und wollen nicht, daß unsere Stadt kleiner werde, sondern daß sie groß bleibe in ihrer landschaftlichen Schönheit, zur wirtschaftlichen Wohlfahrt ihrer Bewohner. Ich bitte um die Annahme der Anträge. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

VB. Neumann: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Beschluß:

1. Die Durchführung der in der Zusammenstellung des Stadtbauamtes zur B.-D. 597/19 enthaltenen, mit 58,690.000 K veranschlagten öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitsnot wird genehmigt und der auf die Gemeinde Wien entfallende Betrag von 53,690.000 K bewilligt.

Von diesem Betrage sind 4,200.000 K aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1908, 24,730.000 K aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1914, 19,670.000 K aus dem Anlehen vom Jahre 1918, 1,090.000 K aus den Betriebsmitteln der städtischen Gaswerke und 4,000.000 K aus der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zu bedecken. Der auf das Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 verwiesene Betrag von 4,200,000 K ist bis zur Begebung des noch unbegebenen Restes dieses Anlehens vorschußweise aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1914 zu bestreiten.

Der in der Zusammenstellung angegebenen Reihenfolge der Ausführung der Hochbauten, Tiefbauten und Erdarbeiten wird zugestimmt. Mit Rücksicht darauf daß deren Einhaltung von vielen nicht vorherzusehenden Umständen, wie Beschaffung der Baustoffe und sonstigen technischen Hindernissen abhängt, ist der Stadtrat aber ermächtigt, im Bedarfsfalle die Folge der Arbeiten im eigenen Wirkungskreise zu ändern.

2 Die n.-ö. Landesregierung ist zu ersuchen, daß sie behufs Mitwirkung bei Behebung der Arbeitslosigkeit alle Vorkehrungen zur Durchführung des Baues des Liesingsammelkanales und der Liesingbach-Regulierung und Schwarza-Regulierung treffe. Sie wäre auch gleichzeitig zu ersuchen, aus denselben Gründen die Regulierung möglichst zahlreicher Bäche und Flüsse Niederösterreichs und die Ausgestaltung der Landesstraßen in Angriff zu nehmen.

3. An die Regierung der deutschösterreichischen Republik ist mit dem Ersuchen heranzutreten, der Gemeinde Wien zur Ermöglichung von Bauarbeiten zur Behebung der Arbeitsnot die größtmöglichste Bevorzugung und Unterstützung beim Bezuge der erforderlichen Baustoffe angedeihen zu lassen, beziehungsweise alle Maßnahmen zu treffen, daß die Erzeugung der nötigen Baustoffe im erforderlichen Ausmaße baldmöglichst gewährleistet werde.

4. Die Regierung ist weiters zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung eine Verordnung zu erlassen, durch die auf Grund eines abgekürzten Verfahrens die Ueberweisung der für Notstandsarbeiten im öffentlichen Interesse notwendigen Grundflächen, auf welchen sich kein Bauwerk und kein Nutzgarten, Kriegsgemüsegärten ausgenommen, befindet in kürzester Frist ermöglicht werde.

5. Behufs rascherer Durchführung dieser dringenden Arbeiten ist ein Komitee aus allen Parteien des Stadtrates einzusetzen, welches nach Einlangen der Offerte zusammenzutreten und die Vergebung der Arbeiten vorzubereiten hat. Sodann ist im Stadtrate darüber zu referieren. In dringenden Fällen hätte das Komitee diese Arbeiten zu vergeben und sodann im Stadtrate hierüber zu referieren.

VB. Neumann: Zum Referate bitte ich Herrn GR. Dr. Scheu. Herr Dr. Scheu wird, wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, über die Geschäftsstücke 25, 26, 27, 28, die dieselbe Frage behandeln, gleichzeitig referieren. (Zustimmung.) Eine Einwendung wird also nicht erhoben. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

32. Berichterstatter GR. Dr. Scheu: Verehrte Frauen und Herren! Ich werde referieren über die Posten 25 bis 28 des Nachtrages. Der vorliegende Antrag ist im gewissen Sinne eine Neuerung, ein Schritt, den die Gemeindeverwaltung bisher nicht unternommen hat und mit dem sie sich vielfach auf ein Gebiet begibt, das sie bisher nicht als ihre Domäne betrachtet hat. Ich gestatte mir, auf den Gemeinderats-Beschluß vom 21. März 1918, P. Z. 2426, zu verweisen, in welchem der Gemeinderat seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, zur Abhilfe gegen die Wohnungsnot nach dem Kriege und zur allgemeinen Besserung der Bevölkerungsverhältnisse Maßregeln zu ergreifen. Er betonte aber dabei, daß nach dem Gemeindestatut dieser Zweck der Vorsorge der Gemeindeverwaltung nicht zur Pflicht gemacht ist. Dieses Wort wird von nun an im Wiener Gemeinderate nicht mehr gesprochen werden. Es ist zwar richtig, daß nach dem Statut und Wortlaut des Gesetzes es nicht Pflicht der Gemeinde ist, Wohnungen zu bauen. Es ist aber eine soziale Pflicht und die sozialen Pflichten sind stärker als der Buchstabe des Gesetzes. Wenn die Gemeinde Wien einen bedeutsamen Schritt auf dem Gebiete der Wohnungsreform zu machen im Begriffe ist und diese Pflicht als ihre eigene Pflicht erkennt, soll damit nicht gesagt sein, daß sie allein alle finanziellen Lasten, die die Erfüllung dieser Pflicht mit sich bringt, allein zu tragen hat. Im Gegenteil sollen Stadt und Land an ihre Pflicht erinnert werden, in entsprechender Weise an den Lasten der Wohnungsreform der Stadt Wien mitzutragen. Der Zweck der Aktion ist der, Wohnungen zu bauen, welche den Grundsätzen der Wohnungsreform entsprechen. Es ist gewiß, daß diese Aktion, wenn sie verwirklicht wird, einen weitgehenden Nutzen bringen wird, der sich nicht allein auf das Gebiet der Wohnungsfürsorge beschränken wird, sondern es wird diese Aktion auch auf die Arbeitslosigkeit in sehr bedeutendem Maße wirken. Es ist klar, daß die Baumeister und Professionisten, welche die Lieferungen für diese Bauten haben, bedeutende Arbeit dadurch erhalten werden. Alle diese Nebenzwecke sind uns sehr erwünscht und es freut uns, daß dadurch insbesondere die Arbeitslosigkeit beträchtlich gemildert werden kann. Ich betone, daß es sich nicht um eine Aktion handelt, welche diesen Zweck als Hauptziel verfolgt, sondern um eine Aktion für die Wohnungsreform. Ueber die Notwendigkeit der Vermehrung der Wohnungen kann kein Zweifel bestehen. Es ist von der Abwanderung gesprochen worden, aber wir müssen uns hüten, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Wenn wir keine Wohnungen schaffen, dann wird die Abwanderung eintreten, denn die Wohnungsnot in Wien ist kolossal. Ich brauche nur darauf zu verweisen, wie gering das Leerstehungsprozent im Laufe des Jahres geworden ist, damit Sie erkennen, wie unbedingt und dringend, was immer es auch kostet, zur Wohnungproduktion geschritten werden muß. Schon im Jahre 1892, als Prof. Philippovich seine Untersuchungen über die Wiener Wohnungsverhältnisse gemacht hat, war dieses Uebel erkannt worden; im Jahre 1911, als der Internationale Wohnungs-Kongreß in Wien tagte, wurde darauf hingewiesen und die Folge der damaligen Aktion war die Schaffung des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds. Eine eigene Wohnungsproduktion hat die Gemeinde Wien nur hinsichtlich der Angestelltenhäuser ausgeübt, im übrigen aber das Ganze der Bauspekulation überlassen, also jener Kategorie der Bevölkerung, der ein hoher sozialer Sinn nicht nachgerühmt werden kann. Die

Baugenossenschaften, welche sich mit der Wohnungsreform befaßt haben, waren finanziell zu schwach, um auf diesem Gebiete Leistungen zu ermöglichen; obwohl ihre Leistungen anerkennenswert sind, muß doch gesagt werden, daß sie infolge mangelnder Unterstützung seitens des Staates nicht in der Lage waren, eine großzügige Wohnungsreform ins Leben rufen; alle diese Schwierigkeiten muß man sich vor Augen halten, um das vorliegende Projekt richtig zu beurteilen. Es ist das ein Versuch, auf dem Wege der freien Vereinbarung mit den Unternehmern dasjenige Ziel zu erreichen, welches, wenn politische Gesetze und Vorkehrungen bestünden, durch öffentliche rechtliche Aktionen erreicht werden könnte. Sie sind also ein Vorschuß auf das, was künftig in anderer Weise geschehen soll.

Zunächst bitte ich festzuhalten, daß es sich um eine Aktion handelt, daß wirklich Wohnungen in vorbildlicher Weise geschaffen werden sollen. Es sollen nicht Notstandswohnungen sein, sondern solche, auf welche die Gemeinde Wien hinweisen kann, wenn es sich darum handelt, wie ein Haus und eine Wohnung ausschauen soll, die vom Standpunkte der Wohnungsreform gebaut sind. Für diese Aktion liegt nun den Damen und Herren ein Referat vor, welches sich mit der Tragung des verlorenen Bauaufwandes befaßt. Es handelt sich um Richtlinien, welche ein für allemal vom Gemeinderate festgestellt werden sollen und die in konkreten Fällen mit entsprechender Anpassung an die kontreten Verhältnisse Anwendung finden sollen. Vor allem werden nicht einzelne Baustellen ins Auge gefaßt, sondern es sollen Baublöcke verbaut werden. Denn nur wenn Baublöcke verbaut werden, läßt sich ein Plan machen, der den Aufgaben der Wohnungsfürsorge gerecht wird. Es darf kein Lichthof gebaut werden, die Baublöcke müssen so eingeteilt werden, daß sich weiträumige Rasenplätze zwischen ihnen eröffnen, daß für Kinderspielplätze Vorsorge getroffen wird und daß jede Wohnung genügend und reichlich Licht, Luft und Sonne hat. Die Ausstattung soll, wie Sie aus den Bestimmungen ersehen, derartig sein, daß jede Wohnung mit allen Bedürfnissen versehen ist, die zu einem komfortablen und zweckentsprechenden Hauswesen gehören. Es soll in jeder Wohnung Badegelegenheit mit Zu- und Abflußgelegenheit sein, es soll kein Badezimmer sein, sondern eine Badewanne vorhanden sein, die aufklappbar ist. Jede Wohnung soll ihr eigenes Klosett, jede Wohnung soll einen Warmwasserkocher und eine Warmwasserleitung haben. Es sollen keine einräumigen Wohnungen geschaffen werden, sondern sie sollen aus mindestens zwei Zimmern mit einer Wohnküche im Umfange eines Zimmers und einem zweiten Zimmer bestehen. Die Schande der Wiener Wohnungsverhältnisse bilden die einräumigen Wohnungen. Es sind überhaupt Wohnungen, die aus einem Kabinette bestehen, eine Falschmeldung. Wenn wir schon bei der Terminologie bleiben, daß auch Appartements, die nur aus einem einzigen Kabinett und dieses ohne jeden Zuraum bestehen, als Wohnung erklärt werden, so ergibt die Statistik, daß an solchen Wohnungen in Wien, die aus einem einzigen Wohnraum bestehen, über eine Viertelmillion Wohnungen sind. In Wien sind nämlich von 553.000 Wohnungen 255.000 Kleinwohnungen einräumig. Sie können sich das Wohnungselend vorstellen. Daher sollen bei diesen Wohnungen, die wir hier im Auge haben, einräumige Wohnungen grundsätzlich ausgeschlossen sein. So stellt sich die Angelegenheit vom Standpunkte der Wohnungsreform dar.

Was die finanziellen Leistungen der Gemeinde Wien betrifft, so hat es sich hier um folgendes gehandelt: Die Kosten des Bauaufwandes während des Krieges sind immens gestiegen und die Schätzung geht auf das Vier- bis Fünffache des Aufwandes vor dem Kriege. Zu dem Bauaufwande Zinse zu erstellen, welche die Bevölkerung erschwingen könnte, ist unmöglich. Es ist ausgeschlossen, diesen Bauaufwand durch Zinse jemals hereinzubringen, so daß er rentabel erscheinen würde. Es handelt sich um einen Aufwand, der vom Standpunkte des Investierenden ein verlorener Aufwand ist. Und gerade um die Tragung des verlorenen Aufwandes handelt es sich bei den vorhandenen Richtlinien. Dieser verlorene Aufwand ist als solcher umso mehr zu bezeichnen, als man doch von einem Sinken der Preise wird sprechen müssen, da wir doch den sagenhaften Abbau der Preise erwarten, wenn nicht in einem, so doch in späteren Jahren und man baut nicht nur für kurze Fristen, in diesen Zeiten werden dann andere Wohnungen gebaut werden, die man zu billigeren Preisen wird erstellen können. Es ist ausgeschlossen, daß dieser Bauaufwand, der zu den heutigen Preisen erfolgt, jemals wird hereingebraucht werden können. Es ist ein verlorener Bauaufwand. Der Mehraufwand, um welchen die tatsächlichen Kosten des Aufwandes jene Kosten übersteigen, die nach dem schließlich erzielten Schätzwerte des Objektes vorhanden sind, stellt eigentlich den verlorenen Bauaufwand dar und dieser soll von der Gemeinde Wien übernommen werden, als diese garantiert, daß derjenige, der dieses Kapital investiert, von diesem Kapital 5 Prozent Verzinsung und $^1/_2$ Prozent Amortisation erzielt. Die Ausfallsgarantie der Gemeinde Wien wird dadurch gefunden, daß einerseits die Baukosten festgestellt werden einschließlich der Kosten der Gebühren der Baurechtsverträge, der Baurechtseinverleibungen und der Darlehensbeschaffungen, ferner dadurch, daß festgestellt wird, ob die Mietzinserträgnisse nach Abzug der öffentlichen Abgaben hinreichen, um diesen Bauaufwand mit 5 Prozent zu verzinsen und $^1/_2$ Prozent pro anno zu amortisieren. Ich habe erwähnt, daß ein Baudarlehen aufgenommen werden muß, und zwar geht dieses Baudarlehen bis zu 85 Prozent des Schätzwertes des Bauwertes. Da ergibt sich, daß für den Bauführer noch ein gewisser Aufwand erübrigt, den er selbst bestellen muß. Der Bauführer ist nach dem Uebereinkommen verhalten, nachzuweisen, daß er jenen Aufwand, welchen er nicht durch das Baudarlehen decken kann, selbst aufzubringen imstande ist. Die Ausfallrechnung geschieht in der Weise, daß das reine Mietzinserträgnis nach Abzug der Leerstehungen ermittelt wird und ebenso die öffentlichen Abgaben und die Erhaltungs- und Verwaltungskosten in Abzug kommen. Der Bauführer nimmt das Baudarlehen bei öffentlichen Instituten auf und die zweite Leistung der Gemeinde ist, daß sie die Ausfallgarantie für dieses Darlehen übernimmt. Für dieses Baudarlehen wird ein Tilgungsplan festgestellt, der ohne die Zustimmung der Gemeinde nicht geändert werden darf. Die Amortisation darf nicht schneller erfolgen, insbesondere auch nicht die Konvertierung ohne Zustimmung der Gemeinde; der Zweck dieser Bestimmung ist, es könnte sein, daß der Bauführer in späterer Zeit, wenn die Geldverhältnisse günstiger werden, ein niedriger verzinsliches Darlehen bekommt. Dieses Ersparnis soll nach dem Vorschlage, den wir unterbreiten, der Gemeinde Wien zufallen. Es könnte dies unter Umständen ein sehr bedeutender Vermögensvorteil sein, weil die Differenz zwischen der heutigen Verzinsung

eines Baudarlehens und jener, die wir für die Zukunft erwarten, ganz beträchtlich sein wird. Wir verlangen nämlich und erwarten auch, daß der staatliche Wohnungsfürsorge-Ausschuß, der heute nur mit einem ganz unbedeutenden, gar nicht nennenswerten Betrage dotiert ist, mit einem ganz erheblich größeren Betrage dotiert werden wird. Wir werden auch gewiß gesetzliche Bestimmungen verlangen und hoffen sie auch durchzusetzen, wonach jedes öffentliche Institut, insbesondere die Versicherungs-Institute verhalten sind, ihr Geld für Wohnungsfürsorgezwecke anzulegen, beziehungsweise dem Wohnungsfürsorgefonds zur Verfügung zu stellen; diese Gelder müssen dann außerordentlich niedrig verzinslich sein.

Wir könnten dann durch die Konvertierung der Baudarlehen einen nach 100.000 zählenden Gewinn erzielen, durch die Garantie des Baudarlehens wird dem Bauführer die Aufbringung des Baukredites sehr erleichtert und das ist wieder eine Verbilligung der Baukosten. Was verlangt die Gemeinde dafür, daß sie so bedeutende finanzielle Opfer bringt? Sie verlangt erstens einen Einfluß auf den Bebauungsplan, auf die Gestaltung der Wohnungen, auf die innere Einrichtung des Hauses, mit einem Worte: sie ist der Bauherr bezüglich des Baublocks. Gleichzeitig hat sie — und das ist eine sehr wesentliche Bestimmung des Uebereinkommens — einen Einfluß auf den Mietzins. Sie bestimmt, welchen Zins der Bauführer verlangen darf. Das kann man natürlich nur dann verlangen, wenn man anderseits dem Bauführer eine gewisse Verzinsung des investierten Kapitals garantiert; außerdem hat sich die Gemeinde Wien einen Einfluß auf die Hausverwaltung dadurch gesichert, daß sie die Genehmigung der Hausordnung verlangt. Die Hausordnung wird vom Standpunkte der Wohnungsreform den Mietern einen weitgehenden Einfluß auf die Verwaltung einräumen. Es soll mit dem nicht sehr sympathischen Administratorensystem gebrochen werden, die Häuser sollen von den Mietern unter Mitwirkung von Gemeindeorganen und dem Baurechtsinhaber verwaltet werden. Es ist im Interesse des Baurechtsinhabers, daß der Mieter an der Verwaltung des Hauses teilnimmt, denn dieser hat dadurch ein ganz anderes Interesse an dem guten Bauzustand und an der Ersparung von Reparaturkosten, als wenn er der Hausverwaltung als Gegner gegenübersteht.

Was die juristische Seite des Entwurfes betrifft, so ist folgendes zu beachten: Wir konnten nicht einfach sagen, es soll derjenige, der ein Baurecht von der Gemeinde erwerben will, ein Offert stellen, über das wir dann schlüssig werden, weil es unter den heutigen Umständen unmöglich ist, Bauofferte einzuholen, die bindende Kraft haben, wenn der Bauführer nicht weiß, ob er auf die Bestellung des Baurechtes rechnen kann oder nicht. Der Bauführer hat ein Interesse zu wissen, ob er den Bau bekommt oder nicht, weil er nur dann vorteilhafte Offerte erhalten kann.

Anderseits hat die Gemeinde wieder schwer die Möglichkeit, einen Baurechtsvertrag abzuschließen, ohne daß sie weiß, welche Kosten und Lasten sie auf sich nimmt. Um dieser Schwierigkeit Herr zu werden, ist die Konstruktion gewählt worden, die im öffentlichen Recht schon ein Vorbild hat, nämlich bei der Heimatrechtserwerbung, daß dem Baurechtswerber zunächst die Zusicherung gegeben wird, daß ihm, wenn seine finanzielle und persönliche Verläßlichkeit dargetan ist, das Baurecht zugewiesen wird. Auf Grund dieser Zusicherung holt er dann die Offerte- und Kostenanschläge ein, welche einem eigenen Gemeinderats-Ausschusse zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Beschlußfassung muß aber außerordentlich rasch erfolgen, denn es ist heute unmöglich zu verlangen, daß ein Offerent sich auch nur einige Wochen an sein Offert gebunden erachtet. Daher hat man einen raschen Arbeitsapparat vorgesehen und als solcher kommt dieser Ausschuß in Betracht, der über die Offerte, nachdem sie das Stadtbauamt und Wohnungsamt geprüft haben, Beschluß faßt. Die Zusammensetzung dieses engeren Ausschusses bürgt dafür, daß die Baukosten entsprechend sein werden. Nach diesem Schema sollen in Wien 61 Baustellen im Baurechte vergeben werden, und zwar womöglich im Laufe des Jahres 1919. Es ist eine stufenweise Vergebung beabsichtigt, damit nicht eine Stagnation eintritt und auch nicht eine zu große Bewerbung um Baurechte. In der Vorlage handelt es sich um drei Baurechtslose, die vergeben werden sollen. Eines am Margaretengürtel, eines in Meidling und eines in der Felix Mottl-Gasse. Sie sollen an die Firmen Karl Stigler und Alois Rous, Gustav Menzel und Josef Aicher vergeben werden. Wir beantragen, diesen drei Firmen die Zusicherung auf Grund der vorgelegten Richtlinien zu erteilen und glauben, daß wir damit einen sehr wichtigen Schritt vorwärts in der Wohnungsfürsorge gemacht haben. Obwohl ich sagen muß, daß die Zahl der Wohnungen, die dadurch erzielt wird, nur einige Hundert beträgt, handelt es sich doch um die prizipielle Seite und darum, daß die Gemeinde Wien es sich zur Aufgabe macht, selbst Wohnungen zu produzieren, dies nicht dem Spekulantentum zu überlassen, sondern als soziale Aufgabe zu erfassen. Je größer der Auftrag ist, den wir den Firmen geben, desto vorteilhafter dürfte es für die Gemeinde sein, aus dem einfachen Grunde, weil der offerierende Baurechtswerber in der Lage ist, um so bessere Preise bei seinen Lieferanten zu erzielen, je größer der Auftrag ist und für je längere Zeit er seinen Auftrag hinausgeben kann. Daher wird es sich insbesondere empfehlen, solchen Firmen, welche bereits einen Baurechtsblock mit niedrigen Mietzinsen haben, noch weitere Baublocks hinzuzugeben, welche voraussichtlich höhere Mietzinse haben werden, denn dann können wir diese ganze Vergebung als eine Wirtschaftseinheit behandeln und den Mehrbetrag, den die Gemeinde in dem einen Fall zuzahlen muß, dem Betrag zurechnen, welchen der Baurechtswerber erzielt hat. Es handelt sich darum, einen Ausgleich so zu treffen, daß schließlich ein fünfprozentiges Erträgnis bei einer einhalbprozentigen Amortisation herauskommt. Ich wiederhole, daß diese Aktion prinzipiell nur unter der Voraussetzung gedacht ist, daß sich der Staat und das Land entsprechend daran beteiligen, und zwar soll diese Teilnahme zu allererst in einer weitgehenden Abgabefreiheit — etwa auf 30 Jahre — bestehen, aber auch in der Uebernahme einer quotenmäßigen Beteiligung an der Ausfallsgarantie. Wir erwarten, daß der Staat und das Land je ein Drittel der Ausfallsgarantie übernehmen, weil es nicht nur eine kommunale, sondern eine staatliche Aufgabe ist, Wohnungsfürsorge zu treiben, und wir erwarten in letzter Linie, daß der staatliche Wohnungsfürsorgefonds in einer hervorragenden Weise dotiert wird. Wenn Sie bedenken, daß Deutschland 500 Millionen für die Wohnungsfürsorge gewidmet hat und in Deutschösterreich nur 600.000 K für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt werden, können Sie ermessen, wie weit wir noch davon entfernt sind, was uns die Wohnungsfürsorge zur Pflicht macht. Wenn wir uns nun

diese Richtlinien auf ihren sozialen Charakter hin ansehen, so müssen wir uns sagen: Es ist zwar nicht der ideale Fall, den wir anstreben, weil die Wohnungsreformer es prinzipiell vorziehen, mit Bau-Genossenschaften gemeinnütziger Art abzuschließen, aber wir haben doch eine Art gemeinnütziger Sache geschaffen, indem wir uns den Einfluß auf die Mietzinse vorbehalten haben.

Wir haben die Produktion der Wohnungen, die Ausgestaltung derselben, die Höhe der Mietzinse, die Art der Verwaltung und endlich auch die Arbeitsbedingungen, unter welchen die Herstellung der Wohnungen vergeben werden soll, festgestellt. Die Gemeinde Wien ist Herrin in sozialer, wirtschaftlicher, technischer und wohnungsreformerischer Beziehung über das ganze Werk. Aus diesem Grunde ist es nicht einfach eine Förderung irgend eines Bauprojektes, sondern es handelt sich um die Durchführung eines Gedankens, der hoffentlich nur der Beginn einer großen Aktion zum Ausbau der Wohnungsfürsorge ist. Ich bitte um die Annahme der Anträge.

VB. Rain (der den Vorsitz übernommen hat): Herr GR. Melcher pro.

GR. Melcher: Ich muß sagen, daß ich immer der Meinung war, daß das Sprichwort: Gut Ding braucht Weile, richtig ist. Der uns heute vorliegende Antrag, den ich aufs wärmste befürworte, hat aber durch diese lange Weile gegenüber dem ersten Antrag, der hier im Gemeinderate bereits am 13. Dezember 1918 vorgelegt wurde, eine Verschlechterung erfahren. Der von Seite des Wohnungsreform-Ausschusses am 13. Dezember 1918 dem Gemeinderate zur Genehmigung vorgelegte Antrag wäre noch am selben Tage genehmigt worden, wenn ich nicht gebeten hätte, ihn zu vertagen, da es doch nicht angehe, einen Antrag, der einen Tag vorher im Ausschuß genehmigt wird, am nächsten Tage schon im Gemeinderate zur Beschlußfassung vorzulegen. Wir haben ja das Referat des Herrn Referenten gehört und jene, welche nicht vom Baufach sind, werden selbstverständlich auch nicht durch das Referat aufgeklärt worden sein; umsoweniger kann man aufgeklärt werden, wenn derartige Anträge von heute auf morgen erledigt werden sollen. Wir haben immer dagegen protestiert, daß der Vorgang bei solchen Referaten ein derartiger ist, daß am Abend vor der Gemeinderats-Sitzung uns derartige Referate unterbreitet werden. Aus diesem Grunde war es ganz gut, daß ich den Antrag stellte, die Beantwortung auf die nächste Sitzung zu verschieben. Wir haben nun während dieser Zeit nicht weniger als vier Anträge bekommen. Sie sind dem Ausschusse überwiesen worden. Der erste, der seinerzeit dem Gemeinderate vorgelegt war, beinhaltet, daß 61 Baustellen einer Firma überwiesen werden sollen, ein zweiter Antrag, der bereits verwässert ist, geht dahin, daß nicht ein Monopol für eine Firma geschaffen werden soll, sondern daß eine derartige Aktion, welche von der Gemeinde geführt wird, allen Gewerbetreibenden zugute kommen müsse. Bei jeder einzelnen Sitzung des Wohnungsreform-Ausschusses wurde dieser Antrag verwässert. Es kommt mir das so vor, als ob sich viele Doktoren um einen Patienten bemühen würden, solange bis er endlich gestorben ist. Ich kann ganz unumwunden erklären, daß dieser Antrag vom technischen Standpunkte aus betrachtet, wenn er so angenommen wird, wie er vorliegt, und wenn nicht auf einzelne Bestimmungen des ersten Antrages zurückgegriffen wird, das so schön gemeinte Projekt einfach umgebracht wird, weil ein Bauen nach diesem Vertrage meiner Ansicht nach nicht mehr möglich ist. Es ist merkwürdig, daß man sich in die heutigen Zeitverhältnisse so wenig einleben kann, daß die meisten Menschen noch immer zu glauben scheinen, wir leben im Jahre 1914, es sei zwar etwas schlechter geworden, aber im großen Ganzen ginge es ja. Ich sehe nicht ein, daß in dem Moment, wo die Sache nicht nur einer Firma, sondern mehreren Firmen übertragen wird, der Vertrag abgeändert werden muß. Mir ist es ein Rätsel, warum das geschehen mußte. Die Sache war doch schon sicher. Der Herr Referent stand ja schon beinahe beim Referententisch und wollte über diesen Antrag sprechen, um ihn zur Annahme zu empfehlen. Was für Gründe aber maßgebend waren, daß dieser Antrag sukzessive verbessert wurde, bis man endlich dort angelangt ist, daß wir höchstwahrscheinlich heute einen toten Antrag beschließen werden, weiß ich nicht. (VB. Neumann: Sie waren ja selbst in ganz hervorragendem Maße an der Sache beteiligt!) Herr Vize-Bürgermeister, ich will nur folgendes betonen, weil Sie sagen, ich sei Ursache gewesen, daß es so gekommen ist. Ich habe nur erklärt, daß eine Monopolisierung nicht stattfinden solle und daß dieser Antrag der Allgemeinheit zugute kommen müsse. Das war auch die Ursache, daß der Antrag in diesem Sinne abgeändert wurde. Niemals aber war ich Ursache, daß dieser Antrag, der für einen Einzelnen Geltung haben sollte, nicht für die Gesamtheit Geltung haben solle. Der Antrag wurde im Wohnungsreform-Ausschuß in jeder Sitzung einer Verbesserung unterzogen. Wenn gesagt wird, daß ich daran mitgewirkt hätte, so bemerke ich nur, daß ich bloß als Experte, nicht als Mitglied des Wohnungsreform-Ausschusses an der Beratung teilgenommen habe. Selbstverständlich habe ich meine Bedenken in diesem Ausschusse zum Ausdruck gebracht. Als Experte konnte ich aber keine Anträge stellen, weil Experten nur eine beratende, aber niemals eine beschließende Stimme haben. Hätte ich Anträge stellen können, dann hätte ich meine Anträge auch verfechten können. So aber konnte ich keine stellen; daher war es sehr schwer möglich, diesen Anträgen Geltung zu verschaffen.

Bevor ich auf den eigentlichen Antrag eingehe, möchte ich die allgemeine Sachlage ein bißchen betonen und da komme ich zuerst auf die Bodenreform, die ja unbedingt auf diesen Antrag auch Bezug hat. Wir von der Opposition hatten ja bei der Bodenreform nichts zu sagen. Wir konnten wohl nur reden, aber nichts beschließen. Beschlossen wurde die Bodenreform von Seite der Majorität. Die Bodenreform, wie sie von der Majorität betrieben wurde, kann von keinem Menschen als eine gute bezeichnet werden. Der größte Fehler, den die Gemeinde Wien gemacht hat und der sich heute bitter rächt, war der, daß sich die Gemeinde Wien seinerzeit bei der Einverleibung von Groß-Floridsdorf nicht genügend Gründe dort gesichert hat. Dort draußen ist der Preiswucher mit den Gründen entstanden. In Floridsdorf konnte man damals noch Gründe per Joch kaufen. Während damals der Quadratmeter auf 50 h oder 1 K gekommen wäre, kommt er jetzt auf 12 bis 14 K zu stehen. Das wollte ich bezüglich der Bodenreform sagen.

Ferner möchte ich betonen, daß ich seit Jahr und Tag, seit neun Jahren in diesem Saale davor warne, daß man sogenannte Striemen aus einzelnen Grundstücken herausgreift und ankauft. Dadurch wird die Gemeinde Wien maßgebend für die Preisbildung der Grundstücke, sie kauft ein Grundstück von irgend einer Fläche heraus, ohne daß sie sich dort die anderen Grundstücke gesichert hätte und wenn sie dann ein Grundstück um

7 K per Quadratmeter kauft, dann kommt das nächste Grundstück, weil der Besitzer sich nach dem Preis richtet, welchen die Gemeinde für das erste Grundstück bezahlt hat, bereits auf 8 bis 9 K per Quadratmeter und bis der letzte Grundreifen verkauft wird, zahlt die Gemeinde den doppelten Preis, wie für das erste Grundstück. Das ist keine Bodenreform, so betreibt man keine Bodenreform. Ich habe das öfter schon gesagt, aber es wird immer und immer in diesem Saale so gehandhabt. Ich verweise da auf die Hungerberggründe, der erste Teil der Grundstücke wurde mit 7 K per Quadratmeter bezahlt, heute stehen wir bereits bei 14 bis 15 K per Quadratmeter.

Was die Wohnungsnot in Wien anbelangt, muß ich unbedingt der Majorität in diesem Saale sehr viel Schuld daran geben. Der Herr Referent hat auf das Jahr 1892 hingewiesen, als Prof. Philippovic diese Statistik zusammengestellt hat. Im Jahre 1911 habe ich in diesem Saale auf die Wohnungsnot, die damals geherrscht hat, hingewiesen und gesagt, daß die Bautätigkeit viel zu gering ist; habe auf die leerstehenden Wohnungen hingewiesen, und zwar in einem ausführlichen Referate, das ich zu jener Zeit in diesem Saale unterbreitet habe. Dieses Referat ist im Amtsblatte abgedruckt worden. Ich habe damals genau und detailliert hingewiesen, welche Bauten notwendig sind, um dem natürlichen Zuwachs gerecht zu werden. Ich habe hingewiesen, daß, wenn nur soviel gebaut wird, wir einer Wohnungsnot entgegengehen und daß wir, wenn auch eine regere Bautätigkeit einsetzt, mindestens acht Jahre Wohnungsnot hätten. Ich stellte den Antrag, man möge auf den Gründen der Gemeinde Wien einstockhohe Baulichkeiten errichten, die hygienisch ausgebaut werden sollen und hinlänglich Licht und Luft haben müssen. Ich habe genau Berechnungen angestellt und habe ausgerechnet, daß bei einem Zins von 20 K für Zimmer und Küche und mit Rücksicht darauf, daß diese Gebäude die Steuerfreiheit hätten und unter Berücksichtigung des Wertes, welchen diese Gebäude nach zwölf Jahren als Materialwert hätten, sich das Kapital vollkommen amortisieren werde, ich habe erwähnt, daß wir 800 Gebäude mit 20 Wohnungen in Wien jährlich brauchen, die neu errichtet werden müssen, um dem natürlichen Zuwachs von 80.000 Menschen zu genügen. Ich habe in diesem Referate erwähnt, wie notwendeg das wäre für die Wohnungsfürsorge. Sie werden mich nun fragen: was ist mit diesem Antrage geschehen? Er ist im Jahre 1911 nicht beraten worden, er wurde dem Stadtrat überwiesen, im Jahre 1912 und 1913, dann im Jahre 1914 habe ich ihn urgiert und im Jahre 1915 erschien plötzlich die Antwort, dahingehend, daß die Durchführung jetzt nicht möglich ist. Das glaube ich ja recht gerne, daß in Kriegszeiten die Durchführung nicht möglich war. Das ist aber eine Unterlassungssünde der Majorität; ich glaube, daß es nicht notwendig wäre, daß wir heute Millionen von Kronen ausgeben und ich werde noch nachweisen, daß die Gemeinde Wien diese Millionen draufzahlen wird. Es wäre nicht nötig, diese Millionen heute zu investieren, wenn man damals diesen geringfügigen Antrag, den ich stellte, ein Komitee einzusetzen, welches sich mit dieser Frage zu befassen hätte, angenommen hätte. Aber nicht einmal diesen Antrag hat man angenommen, weil hier autokratisch geherrscht wurde und weil alles, was von der Minorität gekommen ist, einfach in den Papierkorb wanderte. Ich glaube, meine Herren, manches wäre während des Krieges anders geworden, wenn Sie den Worten und den Anträgen der Minorität mehr Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Der Herr Referent hat bemerkt, daß die Wohnungsfrage in Wien eine fürchtliche geworden ist und ich habe hier einige Daten, die ich mir aus unserer Statistik zusammengesucht habe und die ich Ihnen vorbringen will. Am 12. April 1917 wurden in Wien 554.545 Wohnungen gezählt, davon bestanden 187.405 aus Zimmer und Küche, 30.534 aus 1 Kabinett, 37.426 aus 1 Kabinett und Küche, 10.865 aus 1 Zimmer, 9226 aus 1 Zimmer, Vorzimmer und Küche, 109.631 aus 1 Zimmer, Kabinett und Küche, 20.904 aus 1 Zimmer, 1 Kabinett, Vorzimmer und Küche, 6231 aus 1 Zimmer, 2 Kabinette, Vorzimmer und Küche, 4996 aus 1 Zimmer, 2 Kabinette und Küche, 75.068 Wohnungen mit 2 Zimmern, Kabinett und Küche, das ist zusammen 481.421 Kleinwohnungen. Es verbleiben daher 73.000 Wohnungen, welche größer als 2 Zimmerwohnungen sind, also ein Achtel der gesamten Wohnungen in Wien. Ein Beweis, wie schlecht wir in Wien wohnen, und da kann man nur sagen, daß die arme Bevölkerung in Wien einen sehr hohen Zins bezahlen muß.

An Neubauten wurden im Jahre 1913 980, im Jahre 1914 769, im Jahre 1915 195, im Jahre 1916 82 und im Jahre 1917 nur 40 errichtet. Das waren aber nur fertigzustellende Arbeiten.

Diese Daten sind der Statistik entnommen und unsere Statistik ist bisher immer falsch geführt worden, weil sie nicht die einzelnen Wohnungsbauten enthielt, sondern jeden einzelnen Bau, ob er nun ein Stall oder ein Schuppen war, wurde als Bau bezeichnet. Wenn Sie also das Jahr 1915 berücksichtigen, so bekommen Sie gar keinen Wohnungsbau. Was die Wohnungsnot im April des Jahres 1917 betrifft, so betrugen damals die Leerstehungen 1·49 Prozent, im September 0·53 Prozent, im Oktober 0·4 Prozent und heute betragen die Leerstehungskoeffizienten 0·04 Prozent. Das ist gleichbedeutend damit, daß wir in Wien keine wie immer geartete Wohnung finden können, denn was jetzt zu haben ist, das sind einfach unbewohnbare Räume. Ich habe unlängst im Wohnungsamte vorgesprochen und habe dort gefunden, wie ich mich erkundigt habe, wie viel leerstehende Wohnungen im 9. Bezirke angemeldet sind, daß gar keine leerstehenden dort sind, also in einem Bezirke, der nahezu 100.000 Bewohner zählt, befindet sich nicht eine leerstehende Wohnung. Das sind wahrlich sehr traurige Ziffern, die ich Ihnen vor Augen führen möchte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eines bemerken. In der Schweiz, also in einer Republik, der wir uns heute als Deutschösterreicher etwas nähern, und wir können auch von der Schweiz jetzt sehr viel lernen, denn früher waren wir die Reichshaupt- und Residenzstadt eines Reiches von 53 Millionen Bewohnern, wogegen jetzt sind wir die Hauptstadt von 6 Millionen Einwohner. In der Schweiz, also bestehen folgende Einrichtungen: Wie wird in der Schweiz die Wohnungsfrage gelöst? Der Bericht wird von Seite der Aemter vollkommen ausgearbeitet, mit dem gesamten Projekte und unter Anführung der Kosten. Dann findet die Ausschreibung statt, aber in der Weise, daß alle Daten in einem Hefte niedergelegt sind, das den einzelnen Wählern zugeschickt wird und die Wähler haben dann zu entscheiden, ob diese Millionenaktion gemacht werden soll oder nicht. Ich muß sagen, daß das ein etwas komplizierter

Apparat ist, aber etwas davon könnten wir uns zu eigen machen, und zwar, daß wir nicht, wie dies im Referate hier geschieht, demjenigen, der den Bau ausführen will, zumuten, daß er zuerst die Zusicherung bekomme und dann hat er die Kosten zu berechnen und die Pläne auszuarbeiten, und wenn dann die Nase oder sonst etwas am Plane nicht paßt, worüber wir uns nicht einigen können, dann wird das Ganze ad acta gelegt und er hat die Kosten, die er sich machen mußte, umsonst zu tragen. Das sind aber ein paar Tausend Kronen, die für solche Vorarbeiten auflaufen und Sie werden mir zugeben, daß wenn wir jemandem zumuten, er soll sich um die Zusicherung eines solchen Erbbaurechtes bemühen, und er bekommt dann die Durchführung nicht, aber die Kosten muß er tragen, daß das eine schwere Sache ist. Warum ist es jetzt so verschlechtert worden, man kann doch niemandem zumuten, daß er diese Kosten trage. Sie haben es dem Kollegen Rous nicht zugemutet, daß er diese Kosten tragen soll, aber andere Herren müssen sie tragen, weil Ruos nicht die 61 Baustellen bekommen hat, müssen das jetzt die anderen tragen. Das sind Dinge, die ich hier erwähnen mußte.

Ich möchte jetzt noch auf die Kosten des Baues zu sprechen kommen. Die sind enorm gewachsen und betragen jetzt das Vier- bis Fünffache und diese beabsichtigten Bauten werden vielleicht auch nicht mit dem fünffachen Betrage erreicht werden können. Ich möchte nur mitteilen, daß zum Beispiel der Sand 6 K gekostet hat und im Jahre 1919 kostet er ohne Zufuhr 58 K. Eine Tagfuhr hat im Jahre 1900 16 K gekostet, heute kostet sie 150 K. Eine Fuhr Zement kostete im Jahre 1900 2 K 81 h, im Jahre 1914, also vor dem Kriege, kostete sie 4 K 60 h und heute kostet sie 34 K. Ziegel haben gekostet im Jahre 1900 28 K, im Jahre 1914 42 K und heute kosten sie 420 K loco Baustelle, der Portlandzement war im Jahre 1900 um 3 K 20 h, im Jahre 1914 um 3 K 90 h zu haben und kostet heute 35, 40 bis 45 K. Wenn Sie diese Ziffern sehen, so werden Sie begreifen, was ein einfacher Bau heute kostet und darin drückt sich aus, daß beim Bau heute mit vier- bis fünffachen Beträgen noch zu gering gerechnet ist.

Ich kann sagen, daß z. B. die Arbeitslöhne im geringsten um das Vierfache gegenüber dem Friedenspreise gestiegen sind. Dagegen sind aber die Glaserarbeiten um das Fünfzehnfache, die Holzpreise um das Zwölffache, der Anstrich von 3 K per Quadratmeter auf 50 K per Quadratmeter gestiegen. Wenn Sie alle diese Sachen berücksichtigen, dann werden Sie erst erkennen, welches Unrecht es von Seite der Gemeinde Wien im Jahre 1911 war, meinen Antrag, den ich damals gestellt habe, nicht zu berücksichtigen, wonach ein Haus für acht Wohnungen, vier im Parterre und vier im ersten Stocke, mit den Bauerleichterungen zusammen von mir mit 16.000 K berechnet worden ist und der Zins per Wohnung auf 20 K gekommen ist. Es wurde mir erklärt, das sei nicht möglich. Darauf erklärte ich mich bereit, 30 bis 40 solcher Häuser zu errichten, um den Beweis zu erbringen, daß das durchzuführen möglich sei. Es wurde mein Antrag ad acta gelegt und über diesen Antrag niemals mehr gesprochen, trotzdem ich ihn des öfteren urgiert habe.

Nun komme ich auf unsere Angelegenheit zu sprechen. Ich habe mir, als ich diesen Antrag bekommen habe, gesagt: In dem Antrage selbst ist nichts enthalten. Die Gemeinde sagt, wir wollen die Wohnungsnot beheben, wir wollen bauen, Wohnungen und Arbeit schaffen. Das ist vollkommen richtig, das muß jeder unterschreiben, aber wenn die Gemeinde, die die Gelder der Steuerträger zu verwenden hat, Gelder ausgibt, muß sie sich darüber klar sein, wieviel das der Gemeinde kostet. Endlich und schließlich haben die Steuerträger auch etwas dreinzureden, wenn die Gemeinde Millionen von Kronen verausgabt. Das ist im Referate nicht zum Ausdruck gekommen. Das Referat sagt über die Kosten, welche die Gemeinde tragen soll, nur, daß sie die Differenz zwischen dem Erlöse, der herauskommt, und der 5prozentigen Verzinsung samt $^1/_2$ Prozent Annunität tragen soll. Aber wie hoch Ausfallsprämie und Ausfallsgarantie sind, darüber schweigt sich das Referat vollständig aus. Das ist nicht Schuld des Herrn Referenten, denn schließlich hat der Herr Referent nur über den Antrag zu referieren, den Antrag zu stellen und seine Meinung abzugeben. Konstruieren kann der Referent dieses Referat nicht, denn sonst würde meiner Ansicht nach ein Stadtratsreferent überhaupt nichts anders zu tun haben, als von Früh bis abends, wie es in der Schweiz ist, im Amte zu sitzen. In der Schweiz, in Zürich z. B. sitzt der Referent über Bauwesen, Polizeiwesen, Gesundheitswesen in seinem Amte und hat anschließend an sein Amt seine Beamten, die ihm zugewiesen sind, damit er in ununterbrochener Fühlung mit den einzelnen Beamten ist. Und so kommt es, daß nichts aus diesem Referate herauskommt, was nicht den Stadtratsreferenten passiert hat. Da kann er auch vollkommen haften, wird aber auch vollkommen informiert sein über das Referat. Ich mache damit dem Herrn Referenten keinen Vorwurf. Es wurde in dem Referate niedergelegt, so und so groß sind die Parzellen, ferner wie groß die Parzellen sind und daß die einzelnen Parzellen so und soviel und im Ganzen wieder so und soviel ausmachen. Aus diesen paar Ziffern war es sehr schwierig, auszurechnen, welchen Betrag die Gemeinde darauf zu zahlen hat, im Laufe der ganzen 70 Jahre, für welche diese Häuser gebaut werden. Ich mußte daher, mit Rücksicht auf die neue Bauordnung, die angewendet werden soll, die geringere Verbauung berücksichtigen, und je weniger verbaut wird, desto größer ist die Haftung der Gemeinde Wien, weil ja bei geringerer Ausnützung des Grundes eine größere Haftung der Gemeinde Wien eintritt.

Ich habe bei der Berechnung darauf Rücksicht genommen, daß eine geringere Verbauung des Platzes stattfinden muß. Es sollen ja mustergiltige Gebäude gebaut werden, und zwar mit 25 Prozent Hof und nicht mit 15 Prozent, wie es heute in der Bauordnung steht. Bezüglich der Baukosten habe ich berechnet, wieviel die Bauten gekostet hätten im Jahre 1914, zu jener Zeit, wo ich den Antrag gestellt habe, ferner bei einer 50prozentigen und bei einer 100prozentigen Verteuerung. Damit man mir keinen Vorwurf macht, habe ich die Zinse so berechnet, um nur zu einem günstigen Resultat für die Gemeinde Wien zu kommen. Es war ein Fehler, daß die bezeichneten Häuser nicht früher gebaut wurden. Es wurde das Erbbaurecht von der Majorität immer denjenigen gegeben, die einstöckige Häuschen gebaut haben. Da kann eine Rentabilität nach dem Erbbaurecht nicht herauskommen. Hätte man vor dem Kriege schon ganze Flächen verbaut mit vierstöckigen Häusern, sie im Erbbaurecht vergeben unter den Bedingungen, wie sie heute vorliegen, und bei einer Garantie von fünf Prozent Zinsen und einer halbprozentigen Annuität, so hätte die Gemeinde Millionen verdient. Ich habe folgende Berechnungen aufgestellt (liest):

1. Baukosten wie im Jahre 1914 vor dem Kriege.

Baukosten + (5 Prozent Interkalarzinsen + 10 Prozent Belehnungskosten + 3 Prozent Grundzins) durch ein Jahr = Gestehungskosten der Unternehmung.

Gestehungskosten = 15,405.144·15 K.

Von der Gemeinde garantierte Verzinsung mit 5·5 Prozent . . . . . = 847.282·93 K

a) Reinertrag in der steuerfreien Zeit durch 6 Jahre . . . . . = 1,534.500·— K

jährlicher Ueberschuß zugunsten der Unternehmung . . . . . = 687.217·07 K

b) in voller Steuer . . . . 1,264.896·—.

= 847.282·93.

jährlicher Ueberschuß zugunsten der Unternehmung 417.613·07 K.

Die Gemeinde hat daher keine Zuschüsse zu leisten.

2. Baukosten wie 1914 + 50 Prozent.

Gestehungskosten . . . . . 23,064.300·84 K,

garantierte Verzinsung 5·5 Prozent . . 1,268.536·55 K.

a) Steuerfrei . . . . . 1,534.500·— K.

= 1,268.536·55 K

Ueberschuß: 265.963·45 K.

b) In voller Steuer . . . 1,264.896·— K.

= 1,268.536·55 K.

Manko . . . . . 3.640·55 K.

Die Gemeinde hat daher in der steuerfreien Zeit keine Zuschüsse zu leisten.

In voller Steuer: Diskontbedeckung für den Gesamtverlust der Gemeinde bei 4 prozentiger Veranlagung durch 64 Jahre: 3640·55 mal 18,152.378·812 = 66.084·63 K.

3. Baukosten wie 1914 + 150 Prozent.

Gestehungskosten . . . . . 38,382.614·22 K

garantierte Verzinsung 5·5 Prozent . . 2,111.043·78 K.

a) Steuerfrei . . . . . 2,111.043·78 K

= 1,534.500·— K

Manko . . . . . 576.543·78 K durch 6 Jahre.

b) volle Steuer . . . . . 2,111.043·58 K

= 1,264.896·— K

Manko . . . . . 846.147·78 K durch 64 Jahre.

Diskontbedeckung für den Gesamtverlust der Gemeinde bei 4 prozentiger Veranlagung durch 6 Jahre . . . 576.543·78 K.

Kapitalswert am Beginn des ersten Jahres:

Spitzer Tabelle IV 576.543·78 K × 5·242 136 86 K = 3,022.321·40 K.

durch 64 Jahre (846.147·78 × 23·394 514,98)

(846.147·78 × 5·242 136 86)

(846.147·78 × 18·152 378 12) = 15,359.594·44 K.

Summe = 18,381.915·84 K.

4. Baukosten wie 1914 + 300 Prozent.

Gestehungskosten . . . . . 61,360.084·77 K

garantierte Verzinsung 5·5 Prozent . . . 3,374.804·63 K

a) Steuerfrei . . . . . 3,374.804·63 K

= 1,534.500·— K

Manko . . . . . 1,840.304·63 K durch 6 Jahre

b) volle Steuer . . . . . 3,374.804 63 K

= 1,264.896·— K

Manko . . . . . 2,109.908·63 K durch 64 Jahre.

Diskontbedeckung für den Gesamtverlust der Gemeinde bei 4prozentiger Veranlagung

durch 6 Jahre

1,840.304·63 K × 5·242 136 86 K . . . = 9,647.128·73 K

durch 64 Jahre

2,109.908·63 K × 18·152 378 12 K . . = 38,299.859·23 K

Summe: 47,946.987·96 K.

Der Ausfall beträgt also 18,381.000 K bei 150 Prozent Verteuerung, bei 300 Prozent Verteuerung 47,946.000 K.

Ich bin mit dieser Widmung für diesen Zweck vollkommen einverstanden. Die Gemeinde Wien soll diesen Betrag einem solchen Zweck widmen, weil sie dadurch Arbeitsgelegenheit schafft und andererseits hiedurch dem Baugewerbe auf die Beine geholfen wird. Hat das Baugewerbe zu tun, hat alles zu tun, das ist ein altes Sprichwort. Helfen Sie dem Baugewerbe auf die Beine, dann wird sich auch nach und nach alles andere regulieren. Es wird sich auch wirtschaftlich sukzessive, wenn das Baugewerbe blüht, das gesamte andere Gewerbe, der Handel und die Industrie erholen und gerade die Industrie, weil sie zuerst arbeiten muß, um die Bauten in Bewegung zu bringen. Im heutigen Referate des Herrn Bürgermeisters wurde gesagt, daß 10.000 von Arbeitern Beschäftigung finden werden, wenn die Sache von uns genehmigt wird. Das ist ein Trugschluß. Wenn diese Arbeiten durchgeführt werden, werden nicht 10.000, sondern die doppelte Anzahl Arbeiter beschäftigt werden, weil die Industrie das ganze Baumaterial erzeugen muß und so wieder Tausende von Arbeitslosen Beschäftigung finden werden. Was die Vorlage selbst betrifft, so möchte ich folgendes sagen, um Ihnen so recht vor Augen zu führen, in welcher Weise die Vorlage verwässert wurde: Im Punkt 1 heißt es, diese Erklärung ist an die Voraussetzung geknüpft, daß Stadt und Land entweder einen Teil der Ausfallhaftung übernehmen oder eine gleichwertige Steuerfreiheit einräumen. Wenn also der Staat das nicht macht, dann gilt die ganze Vorlage nichts. Das war im ersten Referate nicht enthalten, dort hat es geheißen, die Gemeinde Wien wird sich im Sinne des Punktes VI des Gemeinderats-Beschlusses vom 21. März 1918, Z. 2464, dafür einsetzen, daß für diese Bauten weitgehende Erleichterungen in Bezug auf Steuer und Abgaben eingeräumt werden. Das halte ich für viel richtiger, jetzt sagen wir, wir beschließen etwas, was aber nur dann maßgebend ist, wenn Stadt und Land Anteil an der Aktion haben. Die Folge ist, wir räumen dem Betreffenden ein Recht ein, er macht sich Arbeit und Spesen und wenn dann von diesem Punkte Gebrauch gemacht wird, sagt man einfach, Stadt und Land zahlen nichts, wir werden die 47 Millionen nicht allein opfern, aus der ganzen Sache ist nichts geworden. Ich möchte dem Herrn Referenten zu bedenken geben, ob es doch nicht besser wäre, bei dem alten Entwurfe zu bleiben.

Im letzten Absatz des Punktes II ist die Rede von der Erlöschung; sie ist ausgeschlossen, da eine Einigung zwangsweise durch das Schiedsgericht zu erfolgen hat. Es heißt nämlich, wenn auf Grund der Pläne, der Baubeschreibung und der Kostenvoranschläge eine Einigung über die Gestehungskosten erzielt wird und die Geldbeschaffung nach § 4 nachgewiesen ist. Im alten Entwurf hat es viel richtiger geheißen: Besteht über die Baukosten oder die Kosten der Baumehrkosten zwischen beiden Vertragsteilen eine Meinungsverschiedenheit, so ist die Baumeister-Genossenschaft oder sonst eine zuständige Fachvertretung um ihre

gutächtliche Aeußerung zu ersuchen; kommt auch dadurch keine Einigung zustande, entscheidet das Schiedsgericht des Oesterr. Ingenieur- und Architektenvereines endgiltig. Das ist viel wichtiger, denn da hat sich der Betreffende keine unnötigen Vorauslagen gemacht, er weiß, er bekommt es, er kann mit aller Kraft darangehen, Pläne machen und es sich auch Geld kosten lassen, so aber hat er gar nichts in der Hand und soll Ausgaben machen. Es kann sich ja nur um wenige Punkte handeln, denn schließlich werden die Differenzen in erster Linie vom Stadtbauamte erledigt und nur über wenige Punkte wird das Schiedsgericht entscheiden. In § 1 heißt es ferner: Nach Ablauf der Baurechtsfrist wird die gesetzlich vorgeschriebene Entschädigung über Verlangen gewährt. Auch hier war in der ersten Vorlage ein präziserer Ausdruck, da sind aber die Doktoren gekommen und haben so lange daran herumgeschrieben, daß zum Schlusse ein Embryo übriggeblieben ist. Im § 2 heißt es, der Bauberechtigte räumt der Gemeinde für alle Fälle der Veräußerung eines Baurechtes das Vorverkaufsrecht ein. Dieses Recht erlischt für den einzelnen Veräußerungsfall binnen 30 Tagen. Das ist zu viel. Es ist klar, daß der Betreffende nicht 30 Tage zu warten braucht und auch die Gemeinde braucht nicht 30 Tage, um das zu überlegen. 14 Tage genügen vollkommen. Ich beantrage diese 14 Tage aus dem Grunde, weil es schwer wäre, einen Verkauf durchzuführen, wenn der Käufer auf 30 Tage gebunden ist. Das werden Sie ja auch aus der Praxis wissen. Hier ist auch im nächsten Absatz noch ein Wort einzuschalten, der Gemeinde Wien wird das Recht eingeräumt, jedes einzelne Baurecht samt dem darauf errichteten Bauwerk jederzeit einzulösen. Ich bitte, hier einzufügen: ausgenommen während obiger Verkaufsanzeige. Denn es ist ein Unsinn, wenn die Gemeinde 14 Tage Zeit hat, daß sie jederzeit einlösen kann. Zu demselben Paragraphen, letzter Absatz, möchte ich folgendes bemerken: Die wirkliche Reinertragsrente, die hier angezogen wird, war im anderen Entwurf ganz anders niedergelegt. Auch hier hat eine Verschlechterung stattgefunden. Ebenso ist die Veräußerung des Baurechtes an die Zustimmung der Gemeinde gebunden. Dazu möchte ich bemerken, daß eine derartige Zustimmung selbstverständlich gleichbedeutend mit der Unverkäuflichkeit ist. Die Unverkäuflichkeit dieses Baurechtes wird sich dann in den meisten Fällen einstellen.

Dann heißt es ferner im § 3 (liest):

„Zur Sicherstellung der fristgerechten Bauvollendung ist bei Abschluß des Baurechtsvertrages das jeweils festzusetzende Haftgeld zu erlegen."

In dem ersten Entwurf, den Kollege Rous bekommen hat, war vom Haftgeld keine Rede. Warum muß das Haftgeld jetzt für die andern hineinkommen? Wenn nun einer 61 Baustellen ohne Haftgeld erwerben kann, muß einer, der eine Baustelle errichtet, Haftgeld bezahlen? Diese Verschlechterungen kann ich nicht begreifen. Was jedoch im § 4 steht, möchte ich in der Weise bekritteln, daß anstatt öffentliche Kreditinstitute hineinkommt: zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Kreditanstalten, denn unter öffentlichen Kreditinstituten weiß ich nicht, was verstanden ist, aber bei „zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Kreditanstalten" weiß ich genau, welche Kreditinstitute gemeint sind. Im § 4 ist eine Aenderung dahingehend eingetreten, daß in dem früheren Entwurf, welchen Kollege Rous hätte akzeptieren sollen, viel weitgehendere Zusicherungen von Seite der Gemeinde als in dem heutigen Entwurf bestanden und ich möchte doch bitten, daß, wenn wir bauen wollen und unter den schwierigen Verhältnissen gebaut werden muß, man hier nicht so engherzig sein soll. Es geht ganz gut an, diesen Paragraph aus dem alten Entwurf in den neuen Entwurf hineinzunehmen.

Im § 8 heißt es: „Die Entscheidung, ob die gesamten Gestehungskosten angemessen sind und ob die Geldbeschaffung nach § 4 nachgewiesen ist, wird einem besonderen Ausschuß überwiesen." Das ist im anderen Entwurf nicht darinnen. Im anderen Entwurf stand aber, daß die Fachleute, das Stadtbauamt, die Gutachten vorzunehmen hätten und daß in letzter Linie das Schiedsgericht des Ingenieur- und Architektenvereines zu entscheiden hätte. Ich bemerke das nur alles, um zu zeigen, in welcher Weise dieser Entwurf geändert wurde. Ich habe einzelne Aenderungen ganz übersprungen, aber es sind deren 15 vorgenommen worden und dadurch ist dieses Referat in einer derartigen Weise „verbessert" worden, daß ich glaube, daß es schwer sein wird, Unternehmer zu finden, welche sich dazu herbeilassen werden, die Sache nach einem derartigen Vertrag durchzuführen; ein Charakteristikum ist daß in dem Moment, wo man gehört hat, daß die Gemeinde Wien ein derartiges Baurecht begeben will, nicht weniger als 60 Offerte im Wohnungsamte eingereicht wurden und es wurde immer im Wohnungs-Ausschusse gefragt, warum sich die Baumeister nicht schon früher um dieses Baurecht beworben haben und warum sie es erst jetzt tun. Ich habe schon ausgeführt daß man sich nur dann bewerben kann, wenn man weiß, daß die Gemeinde Wien derartige Bauten, die eine Rentabilität haben können, auch tatsächlich selbst zur Vergebung bringt. Es ist ja nur einmal vorgekommen, daß die Gemeinde Wien ein vier Stock hohes Haus im Erbbaurecht zur Ausführung gebracht hat — es war auf der Freiung — wo sie eben selbst daran beteiligt war.

Ich komme zum Schlusse und möchte nur folgendes hiezu bemerken: Die Bautätigkeit in Wien wird sich außerordentlich schwierig beleben lassen, mit Rücksicht auf das, was ich hier angeführt habe. Der Herr Referent hat in seinem Referate einige Außerungen gemacht, auf die ich noch zurückkommen muß. Er hat zum Beispiel gesagt, daß der jetzige Antrag nur ein Vorschuß sein soll auf das, was künftig auf dem Gebiete geschaffen werden soll. Auch ich bin dafür, daß sich die Gemeinde außerordentlich viel mit Wohlfahrtsbauten befassen soll. Ich bin dafür, daß die Gemeinde auch große Beträge hiefür opfert. Aber ich bin nicht dafür, daß in der jetzigen Zeit, in der die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde so unklare sind, mit den Millionen herumgeworfen wird. Es müssen erst ganz genaue Berechnungen angestellt werden, wofür diese Millionen verausgabt werden, denn es haben nicht nur allein die Arbeitslosen, denen ich diese Unterstützung jederzeit gönne, ein Recht zu leben, es haben auch andere Menschen ebenfalls ein Recht zu leben und man darf nicht immer betonen, daß nur die eine Kategorie das Recht zu leben hat, sondern man muß betonen daß die Allgemeinheit, und darunter ist die ganze Bevölkerung von Wien zu verstehen, auch ein Recht zum Leben hat. Schneiden Sie den einen Faden durch, so durchschneiden Sie auch den zweiten. Dieser Fall kommt mir vor wie bei den siamesischen Zwillingen, sie müssen unter allen Umständen miteinander gehen, ob sie wollen oder nicht. Es wird immer Leute geben, die Anregun

geben, wie Arbeit zu schaffen ist, und es wird Leute geben, die die Arbeit nehmen. Aber wenn Sie dem einen erklären, daß er alles ausgeben muß, bis ihm der Lebensfaden durchschnitten ist, dann sind Sie nicht mehr in der Lage, die gesamte Bevölkerung zu erhalten und Sie werden sich derjenigen, die nun besitzlos geworden sind, annehmen müssen, nachdem die ebenfalls zugrunde gegangen sein werden, die einen Besitz hatten. (Zwischenrufe.) Ich spreche da von unserer Geldentwertung und ich behaupte, daß wir auch darauf werden Rücksicht nehmen müssen, denn aus den Besitzenden werden die Besitzlosen werden. Denn es ist gar keine Frage, wenn sich jemand 50.000 fl. in 25 Jahren Arbeit zurückgelegt hat, daß er jetzt mit diesem Kapitale bei der heutigen Geldentwertung verhungern muß. Wir müssen mehr schaffen, müssen aber auch bedenken, daß wir in der Gemeindestube haushalten müssen. Wenn wir nicht haushalten, werden wir auch künftig nicht mehr schaffen können. Nur dann kann man schaffen, wenn man auch haushält. Daher wäre ich dafür, daß bei den künftigen Referaten, wo es sich um Millionenausgaben handelt, wie es in diesem Referate der Fall ist, wo 57 Millionen ausgegeben werden sollen, denn doch ein bißchen vorher gerechnet und daß die Rechnung dem Gemeinderate unterbreitet werde.

Ich will Sie heute nicht mehr länger aufhalten. Denn wir werden ja noch genug Gelegenheit haben, uns über diese Frage hier auszusprechen. Wir werden dann aber auch über die Geldentwertung sprechen müssen und da wird es sich dann zeigen, ob die Gemeinde Wien wirklich in der Lage ist, derartige Ausgaben zu machen, wie sie jetzt leider vor den Wahlen immer gemacht werden. Wahlen in Wien sind ein Unglück für die Gemeinde. Sie, meine Herren von der Majorität, haben damit angefangen, vor jeder Wahl für diese und jene Kategorie plötzlich mit Anträgen zu kommen, um nur Wähler an sich zu ziehen. Dieses böse Beispiel macht aber gute Schule und ich bin davon überzeugt, daß jede Partei, die in diesem Saale Sitz und Stimme hat, auf dieses ausgezeichnete Mittel, das Sie von der Majorität durch Jahrzehnte verwendet haben, greifen wird. Der Herr Bürgermeister hat ja in der heutigen Sitzung im Stadtrate bemerkt, daß wir von dem letzten Anlehen nur noch 60 Millionen haben. Wir können aber nicht wieder hinaustreten, um ein neues Anlehen aufzunehmen, denn ich wüßte nicht, wie dieses ausfallen würde.

Wir müssen auf dem Gebiete der Wohlfahrt, der Unterstützungen, der Wohnungsreform leisten, was nur möglich ist. Aber wir dürfen nicht mehr leisten, als wir kraft unserer Stärke und unseres Vermögens zu leisten imstande sind. Denn wenn wir so weiter wirtschaften, dann wird die Zeit kommen, wo wir nicht mehr in die Lage versetzt werden können, etwas zu leisten und das wäre ein Unglück für die gesamte Bevölkerung Wiens.

VB. Hoß (der den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte gelangt Herr GR. Kubacsek.

GR. Kubacsek: Den Punkten, welche mein Kollege angeführt hat, muß ich vollständig zustimmen. Mein gegenwärtiger Antrag bezweckt aber etwas anderes.

Im zweiten Artikel des vorliegenden Antrages, Absatz 2, heißt es:

„Der Abschluß des Baurechtsvertrages erfolgt, wenn auf Grund der Pläne, der Baubeschreibung und der Kostenanschläge eine Einigung über die Gestehungskosten (§ 6) erzielt und die Baugeldbeschaffung nach § 4 nachgewiesen ist. Werden diese Bestimmungen nicht erfüllt, so erlischt die Zusicherung und es steht dem Bewerber keinerlei Ersatzanspruch für Vorarbeiten oder Vorauslagen gegen die Gemeinde Wien zu."

Im § 3, dritter Absatz, heißt es:

„Bei der Aufstellung der Pläne ist der Gemeinde Wien weitestgehend Einfluß zu gewähren und insbesondere auch allen Wünschen hinsichtlich der architektonischen Ausgestaltung und der Heranziehung von Architekten zur Mitarbeit unbedingt Rechnung zu tragen."

Wenn ein solcher Baurechtswerber alles nachgewiesen hat es ihm aber plötzlich zum Beispiel nicht gelingt, sich das Baugeld zu verschaffen, so wird er mit seinem Ersatzanspruche abgewiesen und bekommt das Baurecht nicht. Sie müssen aber doch bedenken, daß er für den Architekten, der ihm die Pläne verfaßt hat, ganz wesentliche Auslagen gehabt hat. Diese müßte er nun selbst tragen. Nehmen wir nun an, daß diese Pläne, die der Baurechtswerber legt, tadellos sind und daß sie von der im § 8 vorgesehenen Jury als tadellos anerkannt werden. Ich möchte Sie bitten, dem Baurechtswerber in irgend einer Weise entgegenzukommen. Er ist ja ohnehin genug gestraft, indem er Vorauslagen hat und nun auch die Kosten für den Architekten tragen soll. Der Baurechtswerber, der von vornherein damit rechnet, daß er für die Pläne keine Vergütung bekommt, wird sich nicht viel Sorge machen, was für einen Architekten er nehmen soll. Es ist aber wichtig, daß der Baurechtswerber die Kosten für die Pläne ersetzt bekommt, falls diese als tadellos anerkannt werden. Ich möchte Sie daher bitten, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu erteilen, der lautet: „In diesem Falle werden aber die Kosten für die Planverfassung samt Vorausmaß den betreffenden Architekten von der Gemeinde tarifmäßig honoriert unter der Voraussetzung, daß die Pläne von der im § 8 genannten Jury für gut befunden werden, welche sich in diesen Fällen durch das Preisgericht, welches die Gemeinde Wien für die Prämiierung von künstlerisch, technisch und hygienisch hervorragenden Bauten eingesetzt hat, zu ergänzen hat. Das Planmaterial geht damit in das Eigentum der Gemeinde Wien über und dient in der Folge als Unterlage für die weiteren Unterhandlungen mit anderen Baurechtswerbern für den betreffenden Baublock. Der schließliche Ersteher ersetzt dann der Gemeinde den für das Architektenhonorar ausgelegten Betrag samt Zinsen."

Es muß doch unser Bestreben sein, wenn ein Baurechtswerber abgewiesen wird, nicht die Zeit zu vergeuden. Dies würde aber dann geschehen, wenn der nächste Baurechtswerber wieder Pläne und Vorausmaße bestellen müßte. Wir waren uns im Ausschusse für Wohnungsreform darüber einig, daß hier ja keine Verzögerung eintreten darf. Dem soll eben mein Antrag steuern. Wenn ein Baurechtswerber abgewiesen wird, dann soll wenigstens der nächste die Pläne sofort verwenden können. Der Baurechtswerber muß ja nicht Architekt oder Baumeister sein, sondern er kann ja auch ein Privatmann sein und der hätte dann sofort die nötigen Unterlagen, so daß er schon in acht Tagen ein neues Offert zu stellen in der Lage wäre. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

VB. Hoß: Zum Worte gelangt Herr GR. Siegel.

GR. Siegel: Die Gemeindeverwaltung ist unter dem Zwange der äußersten Notwendigkeit daran gegangen, ein Programm aufzustellen, wie der Wohnungsnot, unter der wir leiden, zu begegnen wäre. Unter anderen haben Sie einen ge-

wissen Spielraum der privaten Initiative auf diesem Gebiete eingeräumt Zu diesem Gebiete gehört die Vorlage, mit der wir uns heute beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich feststellen, daß alles, was zur Verzögerung und Hinausschiebung dieser Gelegenheit, die ja schon Ende des Vorjahres dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorgelegen ist, beiträgt, hauptsächlich dem Treiben einer gewissen Schichte der Bevölkerung Wiens zuzuschreiben ist, insbesondere auch der persönlichen Iniative eines meiner Vorredner, des Herrn Kollegen Melcher. Der Entwurf, der ursprünglich dem Gemeinderate vorgelegen ist, ist ganz gewaltig umgestürzt worden. Es ist jedenfalls sehr überraschend, daß der Herr Kollege in einer Sache als Beschwerdeführer auftritt, die er selbst verursacht hat. Und wenn er davon gesprochen hat, daß die Dinge im Entwurf verwässert wurden, so ist er an dieser Verwässerung mitschuldig und ist davon nicht freizusprechen, denn er hat daran mitgewirkt, und wenn er nun von einer Verwässerung dieser Vorlage spricht, so hat er nicht jene Dinge im Auge, die die Wohnungsfürsorge betreffen, sondern jene Dinge, die den Interessen jener Herren entsprechen (GR. Melcher: Die auch zum Leben ein Recht haben!), die Herr Kollege Melcher besonders zu vertreten beabsichtigt. Das sind nämlich die Interessen der Baumeister und Bauunternehmer in Wien. Ich finde es sehr bezeichnend, daß von allen Rednern, die hier gesprochen haben, die beiden Baumeister lediglich die Dinge vom Standpunkt der Baumeister allein betrachtet haben, während wir alle, die wir im Gemeinderate sitzen, die Pflicht haben, die ganze Sache von einem weit höheren Standpunkte aus zu beurteilen und nicht vom kleinen Gesichtskreis eines Verdieners, sondern von dem Standpunkte, den wir alle zu vertreten haben und der im Interesse aller in Wien Wohnenden gelegen ist. Und da hätte man allerdings eine ungemein günstige Gelegenheit über die Sünder jener Partei zu sprechen, die sich rühmt, 24 Jahre in Wien das Beste geleistet zu haben. Ich behaupte, daß eigentlich die bisher herrschende Partei in Wien gerade, was die Wohnungsfrage anbelangt, nicht das Geringste geleistet hat.

Wenn sie sich nun aufgeschwungen hat zu Dingen, die im März vorigen Jahres beschlossen wurden und die nun jetzt zur Verwirklichung gelangen sollen, so hat sie das nicht deshalb getan, weil es Pflicht der Gemeindevertretung ist, sondern deshalb, weil die Wohnungsverhältnisse, die in Wien immer ungeheure gewesen sind, jetzt derart geworden sind, daß selbst die christlichsoziale Gemeindevertretung dieser Frage nähertreten mußte, und wenn ich Ihnen gesagt habe, daß die Wohnungsfrage in Wien schon immer eine brennende Frage war, so erinnere ich Sie an eine Periode, die wir gehabt haben, wo es eine wahre Kunst war, in Wien eine Wohnung zu finden, wo infolge des Wohnungsmangels das Verhalten der Hausbesitzer ganz unbeschreiblich geworden ist, so daß kinderreiche Familien ein wahres Martyrium durchmachen mußten. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung erzählen, was ich in dieser Hinsicht durchgemacht habe, als ich eine Wohnung suchte, weil mich kein Hausherr nehmen wollte, da ich Abonnent der „Arbeiter-Zeitung" war. (Zwischenrufe.) Solche Dinge kann man in Hülle und Fülle erzählen. So weiß man, daß den Hausbesorgern ein ungeheures Recht eingeräumt worden ist und daß dieses Recht von ihnen weidlich ausgenützt wird, um das Wohnen in einem solchen Hause oft zu einem wahren Martyrium zu machen. Wenn nun die Gemeinde Wien diese Vorschläge macht, so hat sie allerdings ein Pech dabei gehabt, indem sie diese Dinge zu einer Zeit unternehmen muß, in welcher die Gemeinde Wien ungeheuer belastet wird. Alle die Ziffern, die der Herr GR. Melcher angeführt hat, sind richtig und sie beweisen, daß gerade im ungünstigsten Zeitpunkte die Gemeinde Wien daran gehen muß, etwas auf dem Gebiete der Wohnungsreform zu leisten. Diese Dinge haben auch den Wohnungsfürsorge-Ausschuß eingehend beschäftigt und Herr GR. Melcher hat alle diese Zahlen auch im Wohnungs-Ausschusse erzählt. Wir sind aber dennoch zu dem Entschlusse gekommen, daß die Gemeinde Wien keine Opfer scheuen darf, um der Wohnungsnot zu steuern oder um wenigstens den Willen zu zeigen, die ungeheure Wohnungsnot in Wien zu beheben, denn wenn wir auch die 61 Baustellen verbauen, um dort Wohnungen zu schaffen, so ist das bei den gegenwärtigen Bauverhältnissen in Wien nicht mehr als der berühmte Tropfen auf einen heißen Stein; was bedeutet dies bei der herrschenden ungeheuren Wohnungsnot, wo nahezu keine Leerstehungen vorkommen? Und dennoch begrüßen wir dieses Projekt auch aus dem Grunde, weil wenigstens ein Schritt nach vorwärts gemacht wird, um zu zeigen, daß es auch in Wien möglich ist, gute und gesunde Wohnungen zu bauen und weil es als ein erfreuliches Zeichen betrachtet werden kann, daß jene Meinung, welche im Wohnungs-Ausschusse einen breiten Raum der Erörterung eingenommen hat — daß nämlich in absehbarer Zeit von einer Wohnungsnot in Wien wird nicht mehr gesprochen werden können, weil infolge der Abwanderung Wohnungen frei werden — hier nicht mehr zum Ausdruck gekommen ist. Im Ausschusse haben die Hausbesitzer die Meinung vertreten, wir würden bald mehr Wohnungen haben, als wir brauchen, diese Meinung ist hier nicht mehr zum Ausdrucke gekommen und die Hausherren in diesem Saale haben diese Meinung hier nicht mehr vertreten. Aber selbst wenn wir ein Ueberplus an Wohnungen hätten, so würde immer noch die Gemeinde die Verpflichtung haben, dieses Projekt zur Durchführung zu bringen, denn wenn wirklich kein Mangel an Wohnungen wäre, so haben wir doch einen ungeheuren Mangel an guten und gesunden Wohnungen.

Diese Wohnungen, die geschaffen werden sollen, werden wenigsten halbwegs so beschaffen sein, wie sie einem modernen Menschen, also auch einem Arbeiter entsprechen. Ich will noch eines sagen. Während der Herrschaft der Majorität, also durch die ganzen 24 Jahre, war die Schaffung einer Wiener Bauordnung Gegenstand der Beratung, und wenn man bedenkt, was in dieser Zeit in Wien unter der alten Bauordnung gebaut wurde, die zugelassen hat, daß wir durchwegs schlechte Wohnungen haben, so findet man, daß nicht allein Wohnungen mit Zimmer und Küche, sondern auch in Wohnungen mit mehreren Zimmern nur die Zimmer, die auf die Gasse gehen, schön sind, während die hinteren Räume, also Kabinett, Küche, Dienstbotenzimmer u. s. w. finstere Löcher sind, die geradezu zu einer berüchtigten Type geworden sind. Es sind das Wohnungen, welche die Fenster auf den Gang haben, und es ist nicht nur mir, der ich noch immer nicht das Glück habe, eine größere Wohnung als Zimmer und Küche zu haben, bekannt, daß die Arbeiter die Küche oft als Wohnraum benützen müssen, der ungemein schädlich auf den ganzen Körper und insbesondere auf die Augen wirkt. Die ganze Familie muß sich in der Küche aufhalten, wo kein direktes Licht ist. Wenn alle diese Projekte zur Verwirklichung gelangen, so

möchte ich meinen Standpunkt dahin klarmachen, daß, wenn ich auch die Errichtung dieser Häuser als einen großen Fortschritt bezeichne, so sind sie doch noch nicht als ein Ideal eines Wohnhauses anzusehen. Es ist von einer drei bis vier stockhohen Verbauung die Rede, also genau so, wie bei den Häusern, die jetzt bestehen, und wenn auch eine größere Fläche für den Hofraum gewidmet wird, und wenn auch alle Räume direkt beleuchtet sind, so ist sicher, daß bei einer drei bis vier stockhohen Verbauung noch lange nicht das Ideal einer Wohnung geschaffen wird. Und da möchte ich auf eine Bemerkung hinweisen, die insbesondere während der Kriegszeit ziemlich weite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat. Die Arbeiter und Angestellten, die über schlechte Wohnungen verfügen, haben das Bestreben, eine Ergänzung dieser Wohnung zu suchen, und die suchen sie auf Plätzen, wo sie einen höheren Genuß von Licht und Luft finden können. Von diesem Gesichtspunkte aus ist in Wien eine Bewegung entstanden, deren äußeren Ausdruck wir alle wahrnehmen können, wenn wir uns an die Peripherie unserer Stadt begeben, denn es hat die Schrebergartenbewegung einen großen Umfang angenommen, die ihren Ursprung in dem Bestreben hatte, eine Ergänzung zur Wohnung zu schaffen. Allerdings ist durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse im Kriege diese Bewegung ungeheuer befruchtet worden und es hat die Bewegung während des Krieges einen ziemlich großen Umfang angenommen. Es ist zum Beispiel interessant zu wissen, daß wir heute in Wien einen Verband der Schrebergärten haben, der den größten Teil der in Wien befindlichen Schrebergärtnerorganisationen umfaßt. Die 34 Vereine weisen 5300 Mitglieder auf. Jedes solche Mitglied besitzt solche Schrebergartenparzellen. Mit diesen Schrebergärten sind rund 1½ Millionen Quadratmeter Grund bebaut und ich könnte Ihnen auch die Ziffern anführen, was im vorigen Jahre an Obst und Gemüse produziert wurde. Es ist aber das Bestreben dieser Schrebergärtner, nicht nur Grund und Boden zu haben, sondern auch Gelegenheit zu haben, auf diesem Grund und Boden eine Wohnungsmöglichkeit zu besitzen. Es besteht das Bestreben, die Wohnfrage für diese Leute auf die Art zu lösen, daß man es ihnen unter möglichst erleichterten Baubewilligungen ermöglicht, ein kleines Häuschen hinzustellen, wo sie nicht nur in der Lage sind, draußen ihre Gartenarbeit zu verrichten, sondern sich auch ein ungeheurer Vorteil für die Kinder ergibt, daß sie nämlich im Verkehre mit der Natur kennen lernen, was es heißt, Mensch zu sein.

Hiedurch wird Gelegenheit geboten, draußen in frischer Luft zu wohnen und vielleicht eine Kleintierhaltung zu ermöglichen. Es ist eine Sache, die den Wiener Magistrat beschäftigt und es ist wahrscheinlich, daß sich der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit befassen wird. Wenn wir diese Vorlage begrüßen, so wiederhole ich nochmals, sie ist noch lange nicht unser Ideal. Wir denken daran, die prächtige Umgebung Wiens auszunützen, um eine große Gartenstadtkolonie zu schaffen. Ich begrüße diese Vorlage im besonderen und wiederhole vom Standpunkte der Wohnungsfürsorge aus — ohne dabei, wie es meine Vorredner getan haben, eine bestimmte Schichte der Bevölkerung oder eine Gruppe von Gewerbetreibenden ins Auge zu fassen — es ist nicht zu verkennen, daß die ungeheure Not an Baustoffen die Dinge sehr beeinflussen werde. Wie die Dinge liegen, wird außerdem noch die Initiative jener Leute, die sich um die Sache beworben haben, mitwirken bei Beschaffung der Baustoffe. Wenn das geschieht, so werden wir nicht nur in der Lage sein, über eine Anzahl guter Wohnungen zu verfügen, sondern auch Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Daher werden wir für den Antrag stimmen.

VB. Reumann (der wieder den Vorsitz übernommen hat): Ich erteile das Wort der Frau GR. Walter.

Frau GR. Walter: Ich will auf eine Aeußerung des Herrn Referenten zurückkommen. Er hat gesagt, die zu schaffenden Häuser werden mit allem Komfort ausgestattet werden. Nun vermisse ich aber etwas, was für die Bevölkerungsschichte, welche diese Wohnungen beziehen wird, außerordentlich notwendig ist. Ich meine die Verwendung von Gas zu Heiz- und Kochzwecken. Es sollen, ich möchte hier den Vorschlag machen, bei Anlage der Küchen nicht mehr die jetzt gebräuchlichen Kochherde aufgestellt werden, sondern an ihrer Stelle sollen Gasherde kommen. Das Gas kommt heute nicht mehr teuerer wie Kohle, das Gas erspart bei seinem Gebrauche zu Kochzwecken ungeheuer viel Zeit. Dieser Umstand kommt sehr für die Frauen in Betracht, welche einem Erwerbe nachgehen und nicht so viel Zeit für die Küche aufwenden können, als in anderen Familien geschehen kann. Es ist auch die Aufstellung von Gasherden aus Sparsamkeitsrücksichten notwendig, weil durch die Gas-Erzeugung die Kohle weit mehr ausgenützt wird als durch die Verbrennung im Herde. Ich bitte um Annahme meines Vorschlages. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

VB. Reumann: Das Wort hat Herr GR. Biber.

GR. Biber: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns, glaube ich, einig darin, daß das, was wir heute beschließen sollen, für die Oeffentlichkeit eine große Wohltat ist, Der Gemeinde Wien werden allerdings enorme Lasten aufgebürdet in einer Zeit, wo das Geld rar und schwer zu beschaffen ist, aber es ist unsere Pflicht, die wir erfüllen und wir tun es gerne. Mich nimmt es nur Wunder, daß gerade bei dieser Debatte notwendig ist, daß immer mit politischen Argumenten dazwischengearbeitet wird; insbesondere staune ich darüber, daß mein hochverehrter Kollege, Herr Baumeister Melcher, gerade diese Debate — es ist sonst nicht seine Gewohnheit — zu Ausfällen gegen die christlichsoziale Partei benützt. Es ist nicht meine Gewohnheit, auf solche Sachen immer zu reagieren. Aber wenn so faustdick etwas aufgetragen wird, wie es Herr GR. Melcher getan hat, dann, meine sehr Verehrten, muß man entgegnen. Es wird unserer Partei der Vorwurf gemacht, daß man beim Anschluß des 21. Bezirkes nicht weitgehende Gründe angekauft hat. Die Partei des hochverehrten Herrn Baumeisters Melcher hat 19 Bezirke angeschlossen und nicht einen Grund gekauft. (Zustimmung bei den Christlichsozialen. — Zwischenrufe bei der demokratischen Partei.) Aber das wäre noch das Wenigste, meine Verehrtesten. (Zwischenrufe bei der demokratischen Partei.) Ich bin noch nicht fertig, meine Verehrten. Aber regen Sie sich nur nicht auf. (Zwischenrufe von Seite der demokratischen Partei: Warum haben Sie denn nichts gelernt!) Ich kenne das nur aus den Zeitungsberichten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es sitzen genügend Kollegen hier, die das mit eigenen Ohren gehört und mit eigenen Augen gesehen haben, wie der GR. Silberer, ein Parteigenosse von Ihnen . . . (Zwischenrufe von Seite der demokratischen Partei: Nein, von Ihnen!) Damals war er noch ein Angehöriger der liberalen Partei. GR. Silberer ist damals hier aufgestanden, als es sich um den Verkauf von Gemeindegründen gehandelt hat und hat gesagt: „Das

ist ein Skandal. Und zu so niedrigen Preisen kann die Gemeinde Wien nicht verkaufen." Er war ein Anhänger der liberalen Partei. (Widerspruch bei den Liberalen.) Und wenn er auch uns angehört hätte, so wäre das kein schlechtes Zeugnis. Denn er ist hier aufgestanden und hat gesagt, wenn die Gemeinde Wien so verkauft, das ist ein Skandal, und hat selbst ein Kaufanbot gestellt. So hat die liberale Partei die Gründe verschleudert aus politischen Gründen, weil sie die Zinskreuzer nicht erhöhen wollte, um einen Preis, der von ihren eigenen Parteigenossen als Skandal bezeichnet werden mußte. Alles was Recht ist. Aber man kann nicht den Tenor der Wahlen in den Gemeinderat bringen, am allerwenigsten bei fachlichen Debatten. (Lebhafte Zwischenrufe und Unruhe. — VB. Neumann gibt das Glockenzeichen und bittet um Ruhe. — GR. Melcher: Warum hat man meinen Antrag nicht angenommen?) Es ist keine Kunst, Herr Kollege, Anträge zu stellen, aber wie Sie daran waren zu arbeiten, hat es sich gezeigt, daß das keine Arbeiten im Interesse der Gemeinde Wien waren. (Lebhafter Widerspruch bei den Liberalen.) Die Zeit ist weit vorgeschritten, ich könnte noch einige solche Dinge erwähnen. Die Gemeinde Wien hat aber seither durch die Errichtung von Beamten- und Arbeiterhäusern geradezu vorbildlich gewirkt. Sie hat, wie im Jahre 1912 das Erbbaurecht eingeführt wurde, dasselbe sofort auch hier genehmigt und bereits im Jahre 1913 eingeführt. (Beifall und lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe bei den Liberalen.)

VB. Neumann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, Herr GR. Melcher, Sie haben jetzt genug geredet, wir haben noch eine Reihe von Geschäftsstücken, die unbedingt erledigt werden müssen.

GR. Biber: Was den vorliegenden Antrag betrifft, so erlaube ich mir gegenständlich folgendes zu sagen: Die Bestimmungen des zweiten Absatzes des Artikels I finde ich derart unklar und unverständlich, daß ich es sehr begrüßt hätte, wenn hier etwas anderes stünde. Es heißt da: diese Erklärung wird an die Voraussetzung geknüpft, daß Stadt und Land entweder einen Anteil gewähren. Wenn das eine Aktiengesellschaft wäre, wüßte man, was das für ein Anteil ist; hier ist aber nicht gesagt, ob es ein Heller oder eine Million ist. Nun kommt aber noch der zweite Teil, da heißt es: oder eine gleichartige weitgehende Steuerfreiheit einräumten. Auf etwas, was nicht bestimmt ist, wird sich also bezogen als auf etwas gleichartiges. Ich frage, wer macht denn solche Verträge? Man sollte doch meinen, das, was niedergeschrieben und dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorgelegt wird, muß Kopf und Fuß haben, hier aber muß ich ehrlich sagen, vermisse ich beides. Ich hätte noch einiges vorzubringen, will Sie aber nicht aufhalten. Es ist da zum Beispiel die Rede, daß die Vertrauenswürdigkeit und Leistungsfähigkeit geprüft werden soll. Wer ist das Konzilium, das prüfen soll? Es wird eine Haftung verlangt, ob mit Recht oder Unrecht, es ist also ohnehin etwas vorgesehen. Von derartigen Vorsichten hat man aber mit Recht in letzter Zeit Abstand genommen, weil sie der Protektion Tor und Tür öffneten. Ich sehe auch nicht ein, warum man darauf zurückkommt, auf etwas, was man vor 15 und 20 Jahren für gut befunden hat, und von dem man jetzt mit Recht abgegangen ist. Im § 4 heißt es: in der Höhe von 85 Prozent des Schätzwertes. Im Baufach unterscheidet man mindestens zwei Gattungen von Schätzwerten, den Ertrags- und Bauwert. Im Frieden macht der Unterschied nicht viel aus, denn niemand baut absichtlich teuerer. Bauwert und Ertragswert hielten sich also so ziemlich, von Ausnahmen abgesehen, die Wage. Jetzt wird aber um 500 Prozent teuerer gebaut. Ertrags- und Bauwert sind also sehr verschieden. Ich möchte daher bitten, nachdem hier offenbar der Bauwert gemeint ist, auch zu sagen Bauschätzwert. Vielleicht wird der Referent so liebenswürdig sein, sich diesem Antrage anzuschließen, weil er zur Verbesserung beiträgt.

VB. Neumann: Das Wort hat Herr GR. Moißl.

GR. Moißl: Unter großer Heiterkeit des gesamten Hauses hat sich der Herr Vorredner eifrig bemüht, die christlichsoziale Partei als eine Partei hinzustellen, die seit 25 Jahren mit heißem Mühen bestrebt war, die Frage der Wohnungsreform zu lösen. Nur war natürlich nicht die richtige Zeit gekommen. Ich halte dieser Partei damit gewiß eine Grabrede. (Stürmische Heiterkeit — Zwischenrufe.) Nun auf mich werden Sie in diesem Saale nicht verzichten können. Wenn ich in einem kleinen Grüppchen von Christlichsozialen sitzen werde, werde ich mich viel wohler fühlen, als wie ich mich gefühlt habe, als ich auf jenem Berg dort oben gesessen bin und auf ein schwarzes Meer zu meinen Füßen herunterblicken mußte. (Stürmische Heiterkeit. — Zwischenrufe: Ja, wenn's der Friedmann bezahlt!) Das kann er nicht einmal bezahlen und wenn der ganze Güntherfonds, den Sie verschluckt haben, bei der Geschichte daraufgeht. (Heiterkeit.)

Um dort fortzufahren, wo ich vorhin geschlossen habe, so muß ich sagen, seine eifrigsten Bemühungen und seine schwersten Sorgen sind es, daß der Unternehmer geschützt werden muß. Wenn ich nun an dem Referate etwas auszustellen habe, so finde ich vor allem, daß es wenig von sozialem Geiste erfüllt ist. Wenn die Gemeinde Wien einem Unternehmer 85 Prozent der Kostensumme zur Verfügung stellt, wenn man ihm 10 Prozent für die Darlehensaufnahme bewilligt, wenn man ihm gestattet, daß er sich selbst einen Reingewinn bewilligt, indem er sich einen Gehalt dazurechnen kann, so kommen wir auf weit über 100 Prozent der Gestehungskosten. Wenn man gar so gut ist, ihm eine 5·5 prozentige Verzinsung zu garantieren, und dafür sorgt, daß er ja keinen Fehltritt macht und ihm deshalb die Kosten und Gebühren zur Hälfte bezahlt werden, so komme ich zur festen Ueberzeugung, daß es viel besser gewesen wäre, die Gemeinde hätte die Bauten in eigener Regie durchgeführt. Es gibt keine Hausherren in ganz Wien, auf die mein Herr Vorredner einen so besonders scharfen Blick zu haben scheint, die eine 5·5 prozentige Verzinsung des Anlagekapitales zur Verfügung hätten. Sei dem, wie dem wolle. Bevor wir uns um den Unternehmer sorgen, hätten wir lieber für eine mustergiltige, beispielgebende Bauführung und für eine Bezahlung der Arbeiterschaft in mustergiltiger Form sorgen sollen, es wäre besser gewesen, als wenn man der tschecho-slowakischen Firma Rous ... (GR. Dr. Granitsch: Ein Christlichsozialer!) So? Gibt's auch tschecho-slowakische Christlichsoziale? Die Herren Wessely usw. sind doch schon verschwunden! — Das ist es also, was ich an dieser Vorlage auszusetzen habe. Ich würde es vor allem gerne sehen, daß man um die jetzige Wohnungsnot zu lindern, daran gegangen wäre, Kasernen zu Wohnungszwecken zu adaptieren, wobei mir zunächst die Roßauer Kaserne geeignet erscheint. (Rufe: Die ist ja ganz verlaust!) Man kann sie ja desinfizieren, hochverehrter Herr Doktor der gesamten Medizin. Ich fürchte

daher mit Recht, daß bis zum Herbst die Wohnungsnot noch eine viel katastrophalere Form annehmen wird, als dies heute der Fall ist. Es ist aber nicht Sorge des Gemeinderates sich um den Unternehmer, der mit der Gemeinde ein Geschäft abschließt, zu kümmern, sowie es der Herr Vorredner getan hat. Wenn ein Unternehmer mit der Gemeinde ein Geschäft abschließt, dann hofft er doch einen Gewinn zu haben und trägt mit dieser Gewinsthoffnung auch das Risiko des Verlustes. Alle Garantien, daß dem Mann ja nichts geschieht, sind in diesem Mustervertrag gegeben worden. Er braucht gar kein Kapital herzugeben, dieses wird ihm zur Verfügung gestellt. Eine 5·5 prozentige Verzinsung wird ihm garantiert und sogar ein Gehalt wird ihm für die Liebenswürdigkeit zugebilligt, daß er die Sache überhaupt übernimmt. Und da kommt nun ein Vertreter der Gemeinde Wien, der Herr GR. Biber, und hat eine solche Riesensorge, daß dieser arme Unternehmer bei dieser Gelegenheit etwa zugrunde gehen könnte. (Rufe: Das hat er ja arg nicht gesagt!) Nun, so wortwörtlich hat er es freilich nicht gesagt. (Zwischenrufe: Ein jüdischer Dreh!) Nein, das nicht! Aber ich bin in dem Jesuitischem Ihrer Aeußerungen so bewandert, daß ich alles das verstehe, was Sie meinen, weil ich Sie sehr genau kenne. Wir werfen Ihnen mit Recht vor, daß Sie während Ihrer 25jährigen Tätigkeit kein Herz und keinen Sinn für die Interessen der Bevölkerung gehabt haben, Ihre Wien schädigende Tätigkeit hat das Bürgertum dieser Stadt so in Mißkredit gebracht, daß die Bevölkerung zum größten Teil sozialdemokratisch gewählt hat. Einzig und allein die Vernachlässigung der Interessen der Bevölkerung durch Ihre Partei ist schuld daran. Sie sind immer eine Spießerpartei gewesen, die nie Verständnis für die Interessen der Bevölkerung gehabt hat.

Wollen Sie vielleicht Beispiele aus der Zeit vor Christi Geburt, war da auch der Jud' daran schuld? (Zwischenrufe) Ich weiß von einem Spießertum in unseren Reihen nichts. Aber ich konnte das Spießertum immer bei Ihnen studieren, wenn es sich bei einer Abstimmung um die Interessen der Bevölkerung gehandelt hat. (GR. Vaugoin: Es ist schade um die Zeit!) Ihnen ist die Stimme ausgegangen, Herr Kollege, ich verstehe Sie nicht. (Erneuerte Zwischenrufe.) Ich weiß, daß Ihnen das nicht paßt! (Heiterkeit. — Rufe bei den Sozialdemokraten: Warum die Herren so gut aufgelegt sind, verstehen wir nicht!) Sie sollten wirklich nicht so gut aufgelegt sein! (Rufe bei den Christlichsozialen: Oho, warum denn nicht?) Sie haben gar keine Ursache dazu, es ist ohnehin nur Galgenhumor, den Sie da zeigen! (GR. Hötzl: Der Herr Moißl soll Ihnen erzählen, wie ein Bauunternehmer reich wird!) Drücken Sie sich etwas deutlicher aus, Herr Gemeinderat, etwas deutlicher!

VB. Reumann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, doch endlich zur Sache zu sprechen, damit wir mit diesem Referate fertig werden.

GR. Moißl: Ich möchte Herrn Hötzl bitten, doch etwas deutlicher zu werden, damit ich ihm Gelegenheit geben kann, den Wahrheitsbeweis für eine Verdächtigung oder Anschuldigung zu führen. Wollen Sie mich vielleicht beschuldigen, daß ich in meinem Leben je eine Unehrlichkeit oder Unredlichkeit begangen habe? (Zwischenrufe.) Ihr Parteigenosse, der wegen Betruges in Stein gesessen ist und der mich in den Arrest gebracht hat, ist vor kurzem gestorben und hat vor seinem Tod noch zwei Zeugen gerufen, denen er gesagt hat, daß er es sehr bedaure, daß er sich von der christlichsozialen Partei verleiten ließ, mich falsch zu beschuldigen. Das ist die Antwort auf das, worauf Sie anspielen. Verdächtigungen und Verleumdungen bin ich ja von Ihnen immer gewohnt gewesen. (Unruhe und Zwischenrufe.)

VB. Reumann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, doch endlich zur Sache zu sprechen.

GR. Moißl: Ich werde sofort zur Sache zurückkehren und mich der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden fügen. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich abgeschweift bin, schuld daran sind die Verdächtigungen, die mir von dieser Seite zugeschleudert wurden. Wir sind gewöhnt, stets für die Interessen der Bevölkerung einzutreten und werden daher auch für diese Vorlage stimmen. Ich habe mich nur deshalb zum Worte gemeldet, weil ich nicht unwidersprochen sein lassen wollte, was mein Vorredner gesagt hat, der einzig und allein im Interesse des Unternehmertums, das hier ohnehin genügend geschützt ist, gesprochen hat. Ansonsten werden wir natürlich für die Vorlage stimmen, da sie unbedingt im Interesse der Bevölkerung gelegen ist.

VB. Reumann: Zum Worte gelangt Herr GR. Hödl.

GR. Hödl: Die Wahlbewegung in Wien hat sich in vornehmen Formen abgespielt, indem sich die einzelnen Parteien bemüht haben, jene Formen einzuhalten, die notwendig waren, um die öffentliche Ruhe nicht zu beeinträchtigen. In klassisch ruhiger Weise hat sich eine Zeit abgespielt, von der viele Wiener meinten, daß es zu blutigen Exzessen kommen werde. Ich schicke das voraus, weil ich Ihnen erklären möchte, daß mir die Art und Weise, wie in diesem Saale debattiert und verhandelt wird, nicht gefällt. Wenn die Oeffentlichkeit von dem Schauspiel Kenntnis hätte, das sich die Herren jetzt geleistet haben, dann würde sie wohl sagen, daß eine solche Vertretung hier keinen Platz hat. (Zwischenrufe.) Ich unterbreche auch niemand, ich höre immer zu und pflege in niemands Gedankengang Strohhalme zwischen seine Gehirnwindungen zu werfen. Wir sind erst einige wenige Wochen in diesem Saale. Ich bin mit Freuden in den Saal gezogen nach einer fast-20jährigen öffentlichen Tätigkeit. Ich sitze hier und habe das unangenehme Empfinden, fortwährend Schauspielen beiwohnen zu müssen, wobei wir, die wir hier in der Mitte sitzen, nur ruhig beobachten. Sie von der linken und Sie von der rechten Seite haben aber nicht dieselbe Empfindung, wie wir zwei auf diesem Platze. Wir mengen uns gegenwärtig nicht in den Streit der Parteien und wissen ganz genau, wer gegebenenfalls im Rechte und wer im Unrechte ist, wer der Angreifer und wer in Abwehr ist. Ein solcher Skandal aber, wie er heute ohne jedweden Anlaß provoziert und inszeniert worden ist, ist ein Schandfleck für den Wiener Gemeinderat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Eine so wichtige soziale Frage, wie die Wohnungsfrage, sollte nicht in den politischen Kampf herabgezogen werden. Es ist doch nicht notwendig, in einer solchen Angelegenheit in einer Kloake herumzuwaten. Alle, Christlichsoziale, Deutschnationale und Sozialdemokraten haben der Bevölkerung in den Wählerversammlungen versprochen, sie überall und in allen Belangen, besonders in sozialer Beziehung zu vertreten. Ich möchte Ihnen jetzt erzählen, was sich letzthin ereignet hat. Wir hatten eine Versammlung in der Mariahilferstraße. Da kamen 40 Rotgardisten herein. Natürlich entstand ein Tumult, denn die Rotgardisten hatten ja den Bürgerlich-Demokraten eine Versammlung gesprengt. (VB. Reumann: Ich bitte zur Sache zu reden!) Ich bitte, mich nur ausreden zu

lassen, ich bin gleich fertig. Sie werden dann sofort sehen, daß ich es gar nicht notwendig habe, mich zur Ruhe mahnen zu lassen. In dem Augenblick, als die Rotgardisten eintraten, gab es natürlich einen großen Wirbel im Saal. Nun geschah aber folgendes: Die 40 Rotgardisten setzten sich ruhig nieder. Es erhoben sich stürmische Rufe nach meiner Person, und zwar aus der Mitte der Versammlungsteilnehmer. Ich stieg dann hinauf und hielt, wie es Sitte ist, eine Wahlrede. Wissen Sie, was die 40 Rotgardisten gemacht haben? Sie haben meiner Rede auf Grund meines sozialen Programmes, das ich entwickelt habe, stürmischen Beifall gezollt.

In dem Wahlkampfe sind die verschiedenen Parteien aufmarschiert und haben der Bevölkerung ihr Programm vorgeführt. Je mehr wir uns nun dem Tage näherten, wo die Bevölkerung den Stimmzettel abzugeben hatte, zeigte es sich immer deutlicher daß wir fast alle dasselbe Programm hatten: Die Christlichsozialen, Deutschnationalen und Sozialdemokraten. (Widerspruch.) In gewissen Fragen aber doch! Es ist ja selbstverständlich, daß wir in puncto der Sozialisierung, um nur eine Frage herauszugreifen, verschiedener Meinung sein werden. Ein Wiener Redner hat auch vom Bauernstand gesprochen. Es ist ja selbstverständlich, daß die christlichsoziale Partei nie auf den Standpunkt dieser Seite des Hauses gelangen kann und daher in kulturellen Fragen niemals zustimmen wird.

Wir Nationalen haben dieser Frage im Wahlkampfe besonderes Interesse entgegengebracht. Die Bodenreform ist von unserem Damaschke in die Welt hinausgegangen. Beim „Grünen Tor" hatten wir vor zwei Jahren eine Versammlung und da entwickelte er uns in wunderbarer Weise seine Ideen. Wir beschäftigten uns mit der Bodenreform und da wurde auch erklärt: Je mehr Mann, Weib und Kind in die freie Natur hinausgeführt werden, desto besser. Denn erst der wird ein Vaterlandsfreund sein und Liebe zur Scholle haben, der ein Stückchen Boden sein eigen nennt. Darin sind alle Bodenreformbestrebungen begründet. Die Wohnungsnot muß beseitigt und die Bauten müssen so aufgeführt werden, daß Mann, Frau und Kind Freude am Heim bekommen. Die Gemeinde Wien soll daher keine Mittel scheuen, um diese Reform durchzuführen. Diese Seite des Hauses (zu den Christlichsozialen gewendet) wird ja die finanziellen Lasten nicht mehr zu tragen haben, denn wir haben ja gesehen, wie sich das rote Meer über Wien ergießt. Die rechte Seite des Hauses wird wahrscheinlich das Brot der Opposition essen, das ja manchmal angenehmer ist als das der Mehrheit. Ich erkläre den Sozialdemokraten gegenüber offen, daß sie schwer werden arbeiten müssen, denn es ist keine leichte Zeit, in die sie hineingeraten sind. Die Sozialdemokraten werden in dieser furchtbar schweren Zeit den Beweis zu erbringen haben, ob sie innerhalb kurzer Zeit in der Lage sein werden diese so wichtige Frage zu lösen. Wir Nationalen werden alle ehrlichen Bestrebungen nach dieser Richtung unterstützen. Wir freuen uns, dieser Vorlage zustimmen zu können und werden immer dafür sein, wenn es gilt, das materielle, aber auch das geistige Wohl der Bevölkerung in jeder Weise zu wahren und zu heben. Und damit, sehr verehrte Damen und Herren, komme ich eigentlich auf ein ruhigeres Gebiet. Es ist unbegreiflich, wie in einem Saale so hochstehender Männer eine solche Debatte, ein solcher Gegenstand zu Beschimpfungen Anlaß geben kann. Ich habe nur die eine Bitte und einen Wunsch, wenn nach den Neuwahlen wieder die alten Kämpfer der beiden Parteien in dieses Haus einziehen, daß die Vergangenheit vergessen sein möge und daß nur ein Gedanke in diesem Saale herrsche, nämlich der Gedanke an die Wohlfahrt der deutschen Wiener (Rufe: Sehr richtig!), und zwar sage ich absichtlich der deutschen Wiener und wenn ich wüßte, daß wirklich die Zivnostenska Banka hinter dieser Aktion steht, so würde ich bei Wahrung meiner wirtschaftlichen Aufgaben und Ziele doch sagen: Nein, wenn auch nur ein Heller tschechisches Geld hinter diesem Projekt steht! Denn ich glaube, wir wollen in Wien kein tschechisches Geld. (Rufe: Aber tschechische Kohlen brauchen wir!) Ich glaube das nicht, aber aussprechen muß ich diesen Gedanken und den Wunsch, daß dieses sterbende Haus sich zur deutschen Sache bekennt und daß auch das kommende Haus und auch die Sozialdemokraten eingedenk sein sollen, daß sie auf deutschem Boden stehen und daß das deutsche Rathaus in Wien auch in Zukunft in entsprechender Weise zu vertreten sein wird.

Heil dem Gemeinderate, Heil dem gehenden, Heil dem Gemeinderat, der kommen wird, in dem, wie ich hoffe, alle Parteien die Möglichkeit besitzen werden, zum Wohle der Bevölkerung zu arbeiten! Heil Ihnen! (Heil-Rufe und Beifall.)

VB. Rain: Zum Worte gelangt Herr GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller.

GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller: Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich ganz kurz über die Punkte 25, 26 und 27 der Tagesordnung spreche. Ich erkläre von vornherein, daß ich meine Stimme für dieses Referat nicht abgeben werde, und zwar aus folgendem Grunde: Was wir schaffen und was notwendig ist und insbesondere, was in der allernächsten Zeit gemacht werden muß, sind Arbeiten der Uebergangszeit und es handelt sich darum, so rasch und so einfach als möglich zu arbeiten, ohne jede Komplikation und wir dürfen uns nicht heute, da wir die Verhältnisse der allernächsten Zeit noch nicht klar überblicken können, für spätere Zeiten binden, wo vielleicht dann andere Ansichten sein werden und wir zu der Erkenntnis kommen könnten, daß wir einen schweren Fehler gemacht haben. Ich habe mir gedacht, daß jetzt, da in kürzester Zeit Notwohnungen gemacht werden müssen, auf jenes Projekt zurückgegriffen werde, das seinerzeit im Wiener Gemeinderate angenommen wurde und mit dem wir auch die besten Erfahrungen gemacht haben. Ich hätte nicht jetzt, wo der private Unternehmer nicht in der Lage ist, sich Material zu verschaffen, mich an die Privatunternehmer gewendet und ihnen nicht die allerersten Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge übertragen, sondern jenen Weg eingeschlagen, der bereits einmal im Wiener Gemeinderate angenommen wurde, nämlich den Weg der Wohnungsbau-Gesellschaft. Ich glaube, es war im Jahre 1911 oder 1912, zur Zeit, als in Wien eine große Obdachlosigkeit herrschte, zu deren Bekämpfung der sogenannte Mareschverein gegründet wurde. Dieser Verein, bei welchem auch die Gemeinde Wien beteiligt war, hat in kurzer Zeit eine Reihe von Notbauten ausgeführt. Ich hätte geglaubt, daß es nicht notwendig wäre, so komplizierte Vorschläge zu erstatten und wir hätten dann auch nicht eine so lange Debatte gehabt, denn wir haben uns schon mit der Idee beschäftigt, diese Wohnungen durch eine derartige Genossenschaft oder Gesellschaft bauen zu lassen. Diese Korporation, bei der die Gemeinde und der Staat beteiligt gewesen wären — die Gemeinde selbst kann es doch nicht durchführen, aber sie hätte ausschlag-

gebenden Einfluß gehabt — hätte diese Bauten gemacht und sie hätte auch als Wohlfahrtsgesellschaft viel besser wirken können. Sie haben doch selbst bemerkt, daß der Vertrag sowohl, als auch die einzelnen Punkte der Tagesordnung von den Rednern der verschiedenen Parteien einer scharfen Kritik unterworfen wurden, und wie einerseits der Herr Kollege Melcher und Herr Kollege Biber eine Kritik geführt haben, an der man nicht achtlos vorübergehen kann. Und selbst wenn ich, Herr Referent, prinzipiell mit Ihrem Referate einverstanden gewesen wäre, so wäre ich auf Grund dieser Kritik nicht in der Lage gewesen, Ihrem Referate zuzustimmen, sondern ich wäre genötigt gewesen, entweder Ihr Referat abzulehnen oder die Rückverweisung zu beantragen, was gleichfalls eine sehr unangenehme Sache ist. Ich muß mich aber prinzipiell gegen die Art und Weise dieser Bauten wenden und ich stelle den konkreten Antrag, daß alle Wohnungsbauten und alle Mietbauten und sonstigen Vorkehrungen, welche aus den bestehenden Gebäuden Notwohnungen für die notleidende Bevölkerung herrichten sollen, durch eine Korporation zu errichten wären, ähnlich der seinerzeitigen Mareschgesellschaft, in welcher die Gemeinde Sitz und Stimme hat.

Der Vertrag, der uns vorgelegt wird — und die geehrten Damen und Herren werden mir wegen dieser Bemerkung nicht böse sein — ist sehr kompliziert und ich bin überzeugt, daß von der Mehrheit des Gemeinderates die Bestimmungen des Vertrages nicht voll erkannt wurden. Der Herr GR. Moißl hat eine Einwendung gemacht, von welcher ich nicht weiß, ob sie richtig ist. Ich kann mir auch darüber heute kein Urteil bilden, wenn ich aber abstimmen soll, so muß ich mir ein Urteil bilden können, denn sonst bin ich nur eine Abstimmungsmaschine. Ich kann diese Einwendung nicht überprüfen, wenn sie aber richtig ist, so muß ich sagen, daß es nicht notwendig ist, daß die Gemeinde neue Lasten auf sich nimmt. Ich werde daher gegen das Referat stimmen und ich stelle den Antrag, daß man derartige Notbauten durch eine gemeinnützige Korporation errichten soll. Das ist von mir schon einmal beantragt worden, wenn das auch nur für die Uebergangszeit bestimmt sein soll, denn ich bin der letzte, der der freien Arbeit Schwierigkeiten machen würde. Aber gegenwärtig wird die Beschaffung des Materiales sehr schwierig sein und dann wird auch noch ein Unternehmer dem anderen den Rang abzulaufen suchen. Ich müßte dann sagen, daß gerade wir es sind, die diese Dinge verteuern. Ich bitte also, über meinen Antrag, den ich schriftlich vorzulegen mir noch erlauben werde, abstimmen zu lassen, und sollte dieses Referat heute angenommen werden, so bitte ich, für künftige Zeiten solche Wohlfahrts-Genossenschaften zur Mitarbeit heranzuziehen.

VB. Rain: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Dr. Scheu: Es ist im Laufe der ganzen Debatte mit Ausnahme des letzten Redners eine prinzipielle Einwendung gegen das vorliegende Referat nicht erhoben worden. Das muß ich vorerst konstatieren und auch der letzte Redner, welcher sich mit der prinzipiellen Frage befaßt hat, hat einige Voraussetzungen seinen Ausführungen zugrunde gelegt, die vielleicht nicht ganz richtig sind. Ich will daher zuerst über die prinzipielle Seite sprechen. Ich habe in meinem Referate betont, daß sie nicht die Verwirklichung der Wohnungsreform ist. Im vorliegenden Falle ist zu beachten, daß dieser Maresch-Verein, den Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erwähnt hat, bereits vom Gemeinderate mit einer großen Bauaktion betraut ist, daß diesem Verein der Gemeinnützige Verein zur Schaffung von Wohnungen bereits 1100 oder 1200 Wohnungen zu bauen übertragen hat und daß ihm das Baurecht dazu erteilt wurde.

Es ist weiter zu beachten, daß die Gemeinde selbst in eigener Regie Notwohnungen auf der Schmelz baut, welche tausend Wohnungen bilden werden. Es sind alle Formen erschöpft und angewendet, welche zur Steigerung der Wohnungsproduktion dienlich sind. Dazu gehört auch, daß die privaten Unternehmer herangezogen werden. Historisch erklärt sich das Projekt damit, daß die Firma Stigler & Rous es war, welche dem Gemeinderat einen solchen Antrag auf Verbauung dieser 61 Baustellen vorgelegt hat. Der erste Entwurf, über welchen der Herr GR. Melcher sich so schmerzlich aussprach, weil er aufgegeben wurde, wurde vom Wohnungs-Ausschuße sofort akzeptiert. Man wollte ihn akzeptieren, weil er eine großzügige Aktion zur Schaffung von zahlreichen Wohnungen darstellte und insbesondere durch die großzügige Art der Inangriffsnahme eine gewisse Gewähr dafür zu bieten schien, daß die Baumaterialien- und Baukosten kleiner werden. Dieser Antrag, der Firma Stigler & Rous war auf fünf Jahre projektiert, das heißt, die Bauzeit war auf fünf Jahre eingeteilt. Es sollte der Gemeinde Wien das Recht zustehen, die Zeit zu bestimmen, wann gebaut wird. Dieser Antrag wurde über Anregung des Herrn GR. Melcher abgesetzt, welcher sich darüber sehr beschwert, daß die Sache nicht so erledigt wurde, wie ursprünglich projektiert war und die Sache verwässert wurde. Es ist mir unverständlich, daß gerade jener Mann, der durch seine Intervention im Wohnungs-Ausschusse viele Abschwächungen herbeigeführt hat, insbesondere auch die Zerteilung der ganzen Sache auf verschiedene Unternehmer, sich darüber beklagt hat, daß unser Vertrag nicht eingehalten wurde. Was Herr GR. Melcher im einzelnen beanständet und als Verschlechterung bezeichnet, ist vom Standpunkte der Gemeinde eine Verbesserung. (Zustimmung.) Er vergißt, daß er nicht als Baumeister, sondern als Gemeinderat hier sitzt und Sie werden sehen, daß alle Aenderungen als Vorteile nicht der Gemeinde Wien, sondern des Baurechtswerbers gemeint sind. Ich will die bona fides des GR. Melcher nicht in Zweifel ziehen. Er stellt sich vor, daß durch eine Verbesserung des Vertrages im Sinne der Erleichterung für den Baurechtswerber auch die Gemeinde Wien sich einen Vorteil herausschlägt In der Sache läuft es doch darauf hinaus, daß sämtliche Anträge des GR. Melcher, welche Abänderungen enthalten, eigentlich die Rechte der Gemeinde Wien einschränken sollen. (GR. Melcher: Was für den einen recht ist, muß für alle recht sein!) Herr GR. Melcher hat hier recht. Der Vertrag, den wir mit der Firma Stigler & Rous abschließen wollen, hatte wirklich in verschiedener Hinsicht bedeutende Vorteile für den Baumeister. Die Bedingungen für den Baumeister sind ungünstiger geworden im Interesse der Gemeinde Wien. Ich bin überzeugt, wenn wir die Sache noch einmal überlegen, könnten wir noch etwas finden, wo wir etwas herunterzwicken könnten. Ich bin dagegen, daß man die Sache fallen läßt. Es handelt sich vor allem darum, daß überhaupt Wohnungen in größter Zahl gebaut werden. Der Gewinn, den wir den Interessenten garantieren, ist nicht groß. Es ist notwendig, daß die Gemeinde Wien das Eis bricht, daß sie zeigt, es kann gebaut werden. Sie muß vorangehen. Wer soll denn vorangehen? Die Gemeinde Wien muß zeigen, daß die Bauführung in Wien überhaupt

möglich ist. Es ist das Vertrauen geschwunden, es hat niemand den Mut, zu bauen. Ich begreife das bei den Ziffern, die Herr GR. Melcher genannt hat, vollständig. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder mit der größten Vorsicht an eine solche Sache herangeht, aber es muß trotzdem geschehen. Damit die sozialen Gesichtspunkte nicht vernachlässigt werden, hat sich die Gemeinde Wien in diesem Vertrage in jeder Richtung hin Einfluß gesichert, sowohl im Bezug auf Plangestaltung, auf Wohnungseinteilung und das soziale Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter und auf den Mietzins.

Ich komme nun zu den einzelnen Bemängelungen bei den einzelnen Vertragspunkten. Zunächst muß ich bemerken, daß auf Seite des Herrn GR. Biber ein großes Mißverständnis vorliegt. Es ist überhaupt notwendig, daß man einen solchen Vertrag gründlich liest. Er ist außerordentlich schwierig konstruiert, aber er ist ausgezeichnet konstruiert, in seiner praktischen Anwendung sehr faßlich und läuft auf etwas sehr einfaches hinaus. Der ganze Vertrag hat keinen anderen Sinn, als daß der verlorene Bauaufwand in der Weise dem Bauführer ersetzt wird, daß ihm eine gewisse Minimalrente zur Verzinsung garantiert wird. Die Gemeinde Wien tut dies, indem sie das Baudarlehen garantiert, und anderseits eine Ausfallsgarantie übernimmt. Dafür erhält sie den Einfluß auf die Bestimmung des Zinses. Das ist die Konstruktion des Vertrages, der im Einzelnen sehr kompliziert ist. Dies ist aber nicht zu vermeiden. Es ist ein Novum und ist sehr interessant. Ich kann dem Wohnungsamte über die Ausgestaltung des Vertrages mein Kompliment machen.

Ich gehe die Richtlinien im einzelnen durch. Es wurde beanständet, daß es im Punkt I, Absatz 2, heißt: „Diese Erkärung ist an die Voraussetzung geknüpft, daß Stadt und Land entweder einen Teil an der Ausfallshaftung übernehmen oder eine gleichwertige weitgehende Steuerfreiheit einräumen." GR. Biber hat gemeint, das ist unverständlich. Es hat sich gehandelt nicht um einen Anteil, sondern es ist gemeint, die Leistung, die hier dem Unternehmer versprochen wird, wird sich ziffernmäßig in einer bestimmten Summe ausdrücken. An dieser Leistung soll nicht nur die Gemeinde Wien tragen, sondern auch Stadt und Land, und zwar in einem Anteil, den wir durchsetzen werden. Heute können wir noch nicht sagen, wie groß der Anteil ist. Wir haben ein Interesse, daß gebaut wird. Weil die Pläne bis 15. März vorzulegen sind, haben wir bezüglich der drei Projekte die Bestimmung hinzugefügt, daß die Beitragsleistungen, die im Artikel 1 für Stadt und Land aufgestellt sind, diesmal nicht im Vorhinein verlangt, sondern nachträglich von Stadt und Land gefordert werden.

Diese Bestimmung gilt für die heutigen drei Vorlagen, für spätere Zeiten wird aber allgemein diese Begünstigung gefordert werden müssen. Die Gemeinde wird an Stadt und Land herantreten und für alle 61 Baustellen gemeinsam die Steuerfreiheit und Beitragsleistung im Sinne des Arktikels 1 verlangen. Herr GR. Melcher hat gewünscht, daß man im Artikel 1 auf die alte Fassung zurückgeht, wo es hieß: „Die Gemeinde übernimmt die Verpflichtung, sich dafür einzusetzen, daß von Staat und Land möglichst Steuerfreiheit gewährt wird." Damit wäre aber weniger getan, als mit dem heutigen Antrage. Durch die heutige Fassung wollen wir auf Stadt und Land einen Druck ausüben. Wenn wir uns im vorhinein für alle 61 Baustellen binden, könnten Staat und Land vielleicht sagen: Ihr habt schon abgeschlossen, sucht euch die Steuerfreiheit selbst. Ich bitte daher, bei der heutigen Fassung zu bleiben. Im Punkt 2 heißt es, wenn eine Einigung über die Baukosten nicht erzielt wird, erlischt die Zusicherung. Ich habe die alte Fassung auch im Wohnungs-Ausschuß vertreten, aber gerade Herr GR. Melcher war dagegen, er hat gesagt, wir können nicht abschließen, wenn wir nicht wissen, was es kostet.

Im alten Vertrag war ein Schlüssel aufgestellt, es hieß, es werden die Baukosten zugrunde gelegt, eventuell entscheidet die Baumeister-Genossenschaft oder das Schiedsgericht der Architekten. Der Schlüssel ist gut, aber nachdem gesagt wurde, daß sei ein Schritt ins Dunkle, wir müssen wissen, was wir tun, haben wir uns belehren lassen. Ich bleibe also dabei, daß der Preis so bestimmt wird, wie es hier geschieht und mache besonders aufmerksam, daß in diesem Falle die frühere Fassung unmöglich Platz greifen kann, weil es sich um eine dringende Entscheidung über die Kosten handelt. Im Moment, da ein Offert vorliegt, muß sofort der Ausschuß zusammentreten und Beschluß fassen, nachdem er Bauamt und Wohnungsamt gehört hat. Die Offerenten bleiben nicht lange im Worte. Herr GR. Kubaczek schlägt vor, wenn die Zusicherung gegeben ist und einer den Bau nicht bekommt, soll man ihm die Pläne zu tarifmäßigen Preis vergüten. Ich bin auch entschieden dafür, daß jemanden, der einen Architekten bestellt hat, die Pläne zum angemessenen Preis abgekauft werden, wenn es sich um eine künstlerische Arbeit handelt und die Pläne auch vom Standpunkt der Wohnungsreform hervorragend sind. Ich kann aber nicht befürworten, daß jetzt sofort darüber beraten und abgestimmt wird, weil die finanzielle Tragweite noch nicht ermessen werden kann.

Dann möchte ich auch eine Einschränkung zu diesem Antrage machen. Wenn dem Bewerber der Vertrag nicht genehmigt wird, weil er die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht nachgewiesen hat, muß natürlich der Ankauf der Pläne unterbleiben; sie könnten ihm nur abgekauft werden, wenn er im guten Glauben, nachdem die finanzielle Frage erledigt ist, die Pläne anfertigen ließ; dann soll er entschädigt werden. Dem Antrage Kubaczek könnte vielleicht durch eine Resolution entsprochen werden, die dem Stadtrat zugewiesen wird. Es kann sich ja um hohe Kosten handeln, es kann ja ein Projekt vielleicht, nachdem es sich immer um ganze Baublocke handelt, 10 Millionen betragen und die tarifmäßige Honorierung würde prozentuell ein bedeutendes Risiko ausmachen. Zu III, § 1, bemerke ich, daß in der Reinschrift ein Schreibfehler vorgekommen ist, es wurde eine Zeile ausgelassen. Im 4. Absatz heißt es: der jährliche Bauzins wird während der ersten 20 Jahre — und jetzt fehlt: mit 3 Prozent während der folgenden 20 Jahre — mit 3½ Prozent und während der restlichen 30 Jahre mit 4 Prozent abgestuft. . . . Es sind also die Worte „mit 3 Prozent und während der folgenden 20 Jahre" ausgeblieben.

Was den Antrag Melcher betrifft, daß die Einlösungsfrist ruhen soll, wenn ein Vorverkaufsrecht in Schwebe ist, so glaube ich zustimmen zu können, wenn nicht das Interesse der Gemeinde darunter leidet. Die Sache steht aber so: Die Gemeinde hat jederzeit das Recht zur Einlösung; wenn ein Vorkaufsrecht in Schwebe ist, hätte sie also die Wahl, das Vorkaufsrecht auszuüben oder einzulösen, je nachdem das eine oder andere finanziell vorteilhafter ist. Ich bin nicht dafür, eine Schmälerung dieses

Rechtes der Gemeinde vorzunehmen und bitte daher auch diesen Zusatz-Antrag abzulehnen. Was die Kürzung der Frist im § 2 von 30 auf 14 Tage anbelangt, so bin ich dagegen, weil es usuell ist, das Vorkaufsrechte in Grundbuchsachen 30 Tage ausgeübt werden können. Was den Erlag eines Haftgeldes betrifft, so heißt es ohnehin, es ist jeweils festzusetzen und die Gemeinde wird gewiß so einsichtsvoll sein, daß sie keine überflüssigen Haftgelder fordert. Ich bemerke auch daß schon drei konkrete Anträge vorliegen, welche auf dieser Bestimmung festgelegt sind, was gewiß für die Leistungsfähigkeit des Projektes zeigt. Dann hat GR. Melcher vorgeschlagen, im § 4 die Worte „öffentliche Kredit-Institute" zu ersetzen durch „ein zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtetes Kredit-Institut". Hier ist der alte Wortlaut genommen. Nachdem Herr GR. Melcher selbst auf den alten Wortlaut zurückgeht, bitte ich, auch diese Worte unverändert zu lassen. Dann wurde vorgeschlagen im § 4 zu sagen: 85 Prozent des Bauschätzwertes. Nun werden die Schätzungen der Kredit-Institute nicht auf Grund der Baukosten vorgenommen, sondern auf Grund der Baukosten kombiniert mit der Ertragsrente. Wir können daher nicht fordern, daß die Kredit-Institute der Belehnung einen Wert zugrunde legen, welcher von ihnen nicht angenommen werden kann und werden wird, weil das ja auch gegen die Statuten verstoßt. Das ist auch der Grund, warum wir den verlorenen Bauaufwand übernehmen, weil er nicht dem wirklichen Wert der Sache entspricht. Die Sachen würden viel mehr kosten, als sie tragenkönnen und darum bitte ich, unbedingt an dem Worte „Schätzwert" festzuhalten. Zum § 5 ist beantragt worden, auf den früheren Wortlaut zurückzugreifen. Dieser deckt sich aber vollständig mit dem jetzigen. Es ist daher gar nichts hinzuzufügen. Nach dem ersten Absatz des § 6 wurde bei der Mundierung die Bezeichnung „§ 7" vergessen. Ich bitte, das zu ergänzen. Im § 8 haben wir die neue Wendung gemacht, daß die Beurteilung der Angemessenheit der Baukosten einem kleinen Komitee, welches aus dem Wohnungsfürsorge-Ausschuß hervorgegangen ist, überlassen werden soll. Die Beurteilung einer großen Körperschaft zu überlassen oder es gar so zu machen, wie es ursprünglich projektiert war, empfehle ich aus dem Grunde nicht, weil wir zur Einsicht gekommen sind, daß wir genau wissen wollen, wieviel wir zu zahlen haben, bevor wir uns auf die Bestellung einlassen. Dann ist von der Frau GR. Walter die Anregung gegeben worden, daß Gasöfen zu Heiz- und Kochzwecken aufgestellt werden sollen. Ich bemerke, daß dies schon im Absatz 4 des § 3 gesagt ist und daß auch dort weitere Einrichtungen vorgesehen sind. Es ist dort sogar von der Zentral-Heizung die Rede. Mit den Details bin ich fertig, und bezüglich des Antrages des Herrn GR. Dr. v. Schwarz-Hiller bemerke ich, daß dieser bereits verwirklicht ist und daher kein Anlaß vorliegt, diesbezüglich etwas weiteres vorzukehren.

VB. Rain: Das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung hat der Herr Kollege Melcher.

GR. Melcher: Herr GR. Siegel hat von Treibereien einer gewissen Schichte gesprochen und dabei meiner Person Erwähnung getan. Ich berichtige tatsächlich, daß von Treibereien einer gewissen Schichte keine Rede war, sondern daß dieser Akt öffentlich behandelt worden ist, und zwar von Technikern. Bei diesen Verhandlungen waren auch Kollegen des Herrn GR. Siegel dabei und er kann sich bei diesen Herren informieren, welche bezeugen können, daß über diese Angelegenheit sachliche Kritik geübt worden ist. Ich berichtige ferner tatsächlich, daß wir uns daran werden gewöhnen müssen, künftighin derartige Anträge in der Oeffentlichkeit besprochen zu sehen. Der Herr Kollege Biber hat behauptet, daß von der liberalen Partei bei der Einverleibung der Vororte der größte Fehler gemacht worden ist.

Ich berichtige tatsächlich, daß die Grundpreise bei Einverleibung der Vororte nicht so sprunghaft gestiegen sind, als es bei der Einverleibung von Floridsdorf der Fall war. Ich stelle ferner richtig, daß ich mich, was die Bodenreform der Majorität anlangt, geirrt habe, wenn ich gesagt habe, sie hätte durch die Fehler der Liberalen etwas gelernt. Dies ist nicht der Fall, denn sie ist in denselben Fehler verfallen wie die liberale Partei. Die Christlichsoziale Partei hat bei der Einverleibung von Floridsdorf denselben Fehler gemacht.

VB. Rain: Wir schreiten zur Abstimmung. Zu Punkt I liegt kein Abänderungs-Antrag vor. Ich bitte jene Herren, welche mit der Fassung des Stadtrats-Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Punkt II liegt kein Abänderungs-Antrag vor. Ich bitte jene Herren, welche mit der Fassung des Stadtrats-Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Im § 1 des Punktes III sollen die Worte: „mit drei Prozent während der folgenden 20 Jahre" eingeschaltet werden. Ich bitte die Herren, welche mit dieser Fassung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Im § 2 in der Zeile 4 soll es nach dem Abänderungs-Antrage des Herrn GR. Melcher heißen: „nicht innerhalb 14 Tagen". Ich bitte jene Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist abgelehnt. Ich bitte jene Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Im Absatz 2 des § 2 soll nach dem Antrage Melcher nach dem Worte „jederzeit" eingeschaltet werden: „ausgenommen während obiger Verkaufsanzeige einlösen zu können". Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Im § 3 soll nach dem Antrage des Herrn GR. Melcher der letzte Absatz entfallen. Ich bitte jene Herren, welche mit der Streichung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Ich bitte die Herren, welche mit der Fassung des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Im § 4 soll es nach dem Antrage Melcher statt „öffentliches Kreditinstitut" heißen: „Zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtetes Kreditinstitut". Der Herr Referent beantragt die Ablehnung Ich bitte jene Herren, welche den Antrag des Herrn GR. Melcher ablehnen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Ablehnung ist angenommen. Weiters soll nach dem Antrag des Herrn GR. Melcher im § 4 der erste Absatz entfallen und statt dessen der erste Absatz laut § 5 der Vorlage vom 21. Oktober 1918 eingesetzt werden. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt. Ich bitte, diejenigen Herren, welche mit der Fassung des Stadtrates einverstanden sind, die Hand zu er-

heben. (Geschieht.) Angenommen. Bezüglich des Antrages des Herrn GR. Kubacsek stelle ich die Unterstützungfrage.

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung ist mit überwiegender Majorität angenommen.

Weiters stelle ich bezüglich des Antrages des Herrn GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller die Unterstützungsfrage.

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist Post 25 erledigt.

Wir kommen nun zu Post 26. Hier wird folgende Abänderung beantragt: In der Vorlage heißt es „Erbbaurecht". Die Silbe „Erb" soll hier sowie in den Posten 27 und 28 gestrichen werden. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit sind die Anträge erledigt.

Beschlüsse:

1. Der Beschluß bezüglich der Tragung des verlorenen Bauaufwandes ist unter „Allgemeine Nachrichten" in dieser Nummer des Amtsblattes auf Seite 491 veröffentlicht.

2. Auf Grund des Artikels II des Beschlusses über die Tragung des verlorenen Bauaufwandes wird der Firma Ing. Karl Stigler und Alois Rous, Stadtbaumeister, Wien, 7., Kirchengasse 32, die Zusicherung des Baurechtes für den Block Q der Baustellengruppe II, an der Längenfeldgasse im 12. Bezirke erteilt. Pläne, Baubeschreibung und Kostenanschläge und der Nachweis der Baugeldbeschaffung sind im Sinne dieses Beschlusses bis 15. März 1918 vorzulegen. Hinsichtlich der im Artikel I aufgestellten Voraussetzungen wird im vorliegenden Falle von der vorherigen Erfüllung der im Punkt I ausgesprochenen Voraussetzung abgesehen, jedoch die Forderung auf nachträgliche Uebernahme eines Anteiles an dem Ausfalle durch Staat und Land gestellt. Die Voraussetzung nach Artikel I, Punkt 2 ist bei der Planvorlage nachzuweisen.

3. Auf Grund des Artikels II des Beschlusses über die Tragung des verlorenen Bauaufwandes wird der Firma Architekt Josef Aicher, Baumeister, Wien, 18., Karl Ludwig-Straße 2 f, die Zusicherung des Baurechtes für den Blockteil D der Baustellengruppe IV im 19. Bezirke an der Felix Mottl-Gasse erteilt. Pläne, Baubeschreibung und Kostenanschläge und der Nachweis der Baugeldbeschaffung sind im Sinne dieses Beschlusses bis 15. März 1918 vorzulegen. Hinsichtlich der im Artikel I aufgestellten Voraussetzungen wird im vorliegenden Falle von der vorherigen Erfüllung der im Punkt 1 ausgesprochenen Voraussetzung abgesehen, jedoch die Forderung auf nachträgliche Uebernahme eines Anteiles an dem Ausfalle durch Staat und Land gestellt. Die Voraussetzung nach Artikel I, Punkt 2, ist bei der Planvorlage nachzuweisen.

4. Auf Grund des Artikels II des Beschlusses über die Tragung des verlorenen Bauaufwandes wird der Firma Gustav Menzel, Stadtbaumeister, Wien, 4., Wiednergürtel 42, die Zusicherung des Baurechtes für die Baustellengruppe V am Margaretengürtel nächst der verlängerten Fendigasse erteilt. Pläne, Baubeschreibung und Kostenanschläge und der Nachweis der Baugeldbeschaffung sind im Sinne dieses Beschlusses bis 15. März 1918 vorzulegen. Hinsichtlich der im Artikel I aufgestellten Voraussetzungen wird im vorliegenden Falle von der vorherigen Erfüllung der im Punkte 1 ausgesprochenen Voraussetzung abgesehen, jedoch die Forderung auf nachträgliche Uebernahme eines Anteiles an dem Ausfalle durch Staat und Land gestellt. Die Voraussetzung nach Artikel I, Punkt 2 ist bei der Planvorlage nachzuweisen.

33. VB. Rain: Es handelt sich nun noch um die Wahl von acht Mitgliedern des Gemeinderates in das Komitee zur Beratung über Maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten. Wenn der Gemeinderat keine Einwendung erhebt, so würde ich die Wahl mit Zuruf vornehmen. (Zustimmung.)

Ich bitte die Damen und Herren, welche dem zustimmen, daß die Wahl mit Zuruf vorgenommen wird, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist die Wahl erledigt.

34. Herr GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller hat noch die Angelobung zu leisten. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Angelobungsformel zu verlesen.

Schriftführer GR. Zimmermann (liest): „Ich gelobe, der Republik Deutschösterreich und der freien Stadt Wien jederzeit die Treue zu halten."

GR. Dr. Ritter v Schwarz-Hiller: Ich gelobe.

VB. Rain: Es kommt nun Herr VB. Hoß zum Referate.

35. Berichterstatter VB. Hoß: Zahl 1712, Post 2. Liquidierung der Oesterreichischen Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft, Beteiligung der Gemeinde an einem zu gründenden Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbande für den Viehverkehr, G. m. b. H.

Die geehrten Herren haben ein ausführliches Referat bekommen und aus diesem ersehen Sie, daß diese Anstalt im Mai aus zwei bestehenden Gesellschaften gegründet wurde.

Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse, ferner mit Rücksicht darauf, daß auch slawische Gelder daran beteiligt sind, ist es notwendig, sich den Verhältnissen Deutschösterreichs anzupassen und die Gesellschaft zu verkleinern. Es ist notwendig, dahin zu wirken, daß die slawischen Gelder baldigst verschwinden, denn sonst müssen wir die Reingewinne und Reserven mit anderen teilen. Außerdem müssen nach den gegenwärtigen Verhältnissen die Vertreter aus Böhmen und Südslavien zu den Verhandlungen eingeladen werden. Von unserem Standpunke aus ist es aber nicht zweckmäßig, daß sie immer dabei sind. Daher wird die Liquidation vorgeschlagen. Dafür muß aber an die Stelle der bisherigen Institution etwas anderes gestellt werden.

Wir haben uns daher an die verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen gewendet, ob sie geneigt wären, mit der Stadt Wien eine Gesellschaft zu gründen. Bei der Verteilung des Reingewinnes haben wir einen neuen Vorgang vorgeschlagen. Früher fand die Verteilung nur zwischen den Beteiligten der Gesellschaft statt; jetzt sollen aber auch die Angestellten mit 20 Prozent berücksichtigt werden, was ja den gegenwärtigen Zeitverhältnissen Rechnung trägt und unter den Angestellten gut wirken wird, indem sie dadurch veranlaßt werden, unser Unternehmen tatkräftigst zu unterstützen.

In der Vorlage ist ein kleiner Fehler unterlaufen, indem hier von 5 bis 10 Geschäftsführe n die Rede ist. Es soll aber heißen von 3 bis 10 Geschäftsführern, indem das Unternehmen jetzt mit drei Geschäftsführern begonnen werden soll. Leider muß

jetzt Personal entlassen werden; es wird aber möglich sein, aus den Ueberschüssen ziemlich große Abfertigungen gewähren zu können.

Ich bitte in Berücksichtigung dieser Umstände um Annahme der Vorlage, denn die Liquidation muß noch in diesem Monate erfolgen.

VB. Rain: Zum Worte gelangt Herr GR. Eder.

GR. Ferd. Eder: Als die Verschmelzung der Großschlächterei mit der Viehverwertungs-Gesellschaft beschlossen wurde, sagte ich, das kommt mir vor, wie eine Kriegshochzeit. Ich habe damals der Vermählung zugestimmt. Da aber die Früchte dieser Hochzeit ungünstige sind, kann ich heute selbstverständlich diesem Projekte nicht zustimmen. Ich könnte nur zustimmen bis zur Liquidierung, aber weiter nicht. Ich weiß ganz genau, daß ich hier nicht als Vorsteher der Fleischhauer-Genossenschaft, sondern als Gemeinderat spreche. Wir haben weder durch die Viehverwertungs-Gesellschaft mehr Vieh hereinbekommen, noch durch die Großschlächterei mehr Fleisch. Im Gegenteil: Wir haben jetzt kein Vieh und kein Fleisch. An diesen Verhältnissen wird sich gar nichts ändern. Das Kind wird nur einen anderen Namen bekommen, aber anders wird die Sache nicht. Es wird nicht anders funktionieren als bisher.

Den Apparat, der hier geplant ist, halte ich für dieses Geschäft für viel zu groß. Ich kann daher meine Zustimmung nicht geben, wenn dieser Beschluß gefaßt wird. Gegenwärtig haben wir desolate, miserable und unhaltbare Zustände mit der Viehverwertungs-Gesellschaft erreicht. Von der Großschlächterei rede ich gar nicht. Die wäre längst begraben, wenn nicht der Krieg gekommen wäre. Nur durch diesen Krieg hat sie sich wieder aufgerafft.

Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um Vieh- und Fleisch hereinzubekommen. Ich muß Ihnen die unangenehme Mitteilung machen, daß wir weder Vieh noch Fleisch in absehbarer Zeit zu erwarten und daß wir nicht nur mit fleischlosen Tagen, sondern mit fleischlosen Wochen zu rechnen haben. Es muß daher alles daran gesetzt werden, daß wir Fleisch hereinbekommen. Dieser neuen Institution kann ich unter keinen Umständen meine Zustimmung geben.

VB. Rain: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlußworte.

Berichterstatter VB. Hoß: Der Herr Vorredner hat davon gesprochen, daß der Apparat zu groß sei, aber mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse mußten verschiedene Aktionen mit der Viehverwertungs-Gesellschaft durchgeführt werden. Nun sehen wir aber, daß dieser Apparat nicht mehr gehalten werden kann, da wir jetzt nur mehr ein kleiner Staat sind. Durch die Liquidation soll Ordnung geschaffen werden. Wir haben zwar nach einer anderen Form gesucht, aber es ergab sich, daß nichts so zweckmäßig ist, wie eine Liquidation. Diese Form ist auch deshalb gut, weil die landwirtschaftlichen Vertreter der fünf Kronländer Deutschösterreichs, an die wir uns wandten, erklärten, daß sie geneigt sind, mit uns das Geschäft zu machen. Hätten wir nein gesagt, dann hätten die Landwirte das Geschäft mit anderen gemacht. Wir müssen aber doch trachten, landwirtschaftliche Produkte hereinzubringen. Wir sind an dem Geschäfte zur Hälfte beteiligt und haben dadurch vollen Einblick. Durch unsere Verbindungen wird es uns auch leichter möglich sein, daß, was in Deutschösterreich vorhanden ist, hereinzubringen. Selbstverständlich werden wir auch bemüht sein, vom Ausland möglichst viel hereinzubringen. Die neue Gesellschaft wäre aber allein dazu nicht imstande. Selbstverständlich muß auch der Staat mithelfen.

VB. Rain: Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß:

Die Gemeinde Wien ist mit der Liquidierung der Oesterreichischen Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft einverstanden.

Die Gemeinde Wien tritt einem nach dem vorliegenden Statutenentwurfe zu gründenden Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbande für den Viehverkehr, G. m. b. G. mit einem Kapitale von 5,000.000 K bei.

Berichterstatter VB. Hoß: Post 4. Wenn die Herren wünschen, bin ich bereit, dieses Referat erst in der nächsten Sitzung zu erstatten. (Zustimmung.)

VB. Rain: Dann schließe ich die öffentliche Sitzung. Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 8 Uhr 37 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der vertraulichen Sitzung vom 19. Februar 1919.

Vorsitzender: VB. Rain.

Es wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien wird ermächtigt, den Wochenarbeitern Franz Ansorge, Franz Hebart, Alois Knauer, Wenzel Kopriwa, Georg Mallner, Cyrill Treschek anläßlich der Vollendung ihres 25. Dienstjahres eine Ehrengabe von je 100 K zu überreichen. Das Erfordernis ist aus den Betriebsmitteln zu decken.

2. Den Mitarbeitern des wirtschaftlichen Hilfsbureaus Dr. Ritter v. Wittek, Eisenbahnminister a. D., Dr. Julius Pfeiffer, Präsident der n.-ö. Advokatenkammer, Hofrat Dr. Rudolf Maresch, General-Sekretär der I. Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen, Moriz Spiegel, Sekretär dieser Stiftung, ferner den Rechtsanwälten Dr. Hans Leopold Korff, Dr. Karl Stiaßny, Dr. Moriz Sternberg, Dr. Otto Weissel, Dr. Alfred Offer, Dr. Robert Bunzlau, Dr. Oskar Feigl, Dr. Markus Halfen, Dr. Emil Roth, den Universitätsprofessoren Dr. Stephan Braßloff, Dr Leo Wittmayer, Dr. Leo Strisower, den Ober-Landesgerichtsräten i. P. Dr. Ludwig Kohn, Dr. Richard Selinger, dem Hofrate Dr. Josef Loewner, den Landesgerichtsräten Dr. Matthias Bernegger, Dr. Otto Langstein, dem Bezirksrichter a. D. Dr. Eduard Ritter v. Liszt, dem Magistratssekretär Dr. August Stern und dem Magistratsrate i. P. Emil Schwarz wird in dankbarer Anerkennung mehrjähriger hervorragender Dienstleistung im wirtschaftlichen Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen die eiserne Salvator-Medaille verliehen.

3. Der städtischen Forstaufseherswitwe Anna Mold wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K vom

1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

4. Der Rechnungs-Offizial mit den Bezügen der 9. Rangsklasse im Staatsamte für Gewerbe, Industrie und Handel Karl Hollei wird, falls dieses Dienstverhältnis bis längstens Ende April 1919 gelöst wird, unter Anrechnung einer ab 20. Juni 1900 für die Pensionsbemessung zählenden Dienstzeit zum definitiven Kontrollor der Lagerhäuser der Stadt Wien mit dem Range vom Tage des Dienstantrittes nach Lösung des Staatsdienstverhältnisses ernannt.

5. 1. Im Stande der Angestellten der Lagerhäuser der Stadt Wien werden im Wege der Stellenbeförderung ad personam ernannt: Zum definitiven Ober-Offizial mit dem Range vom 17. März 1916 der definitive Offizial (Tit. Ober-Offizial) Karl Fuhrmann, zum provisorischen Lagermeister in der 4. Gehaltsklasse mit dem Range vom Ernennungstage der provisorische Lagermeister der 5. Gehaltsklasse Emil Schricker, zu provisorischen Maschinisten 1. Klasse mit dem Range vom Ernennungstage die provisorischen Maschinisten 2. Klasse Anton Forstner und Johann Kornherr; in die Pension nicht einrechenbare Diensteszulagen und Titel zuerkannt: den Kontrolloren Heinrich Gelpke und Leopold Hartl eine Dienstteszulage von 800 K jährlich bis zur eventuellen Ernennung zum Inspektor unter Verleihung des Titels „Inspektor", den Ober-Offizialen Rudolf Geiger v. Klingenberg und Oskar Vollek der Titel „Kontrollor", den Ober-Offizialen Robert Hanslik und Paul Hofbauer eine Dienstteszulage von 600 K jährlich auf die Dauer ihrer Verwendnng als Abteilungsleiter oder Stellvertreter bis zur Beförderung in die 2. Gehaltsklasse, dem Akzessisten Karl Prokisch eine Dienstteszulage von 400 K jährlich auf die Dauer der Betrauung mit der Stellvertretung des Hauptkassiers und dem Unterbeamten 1. Bezugsklasse Heinrich Cermann der Titel „Lagermeister".

2. Im Stande der den Lagerhäusern der Stadt Wien zugeteilten Beamten werden auf die Dauer dieser Zuteilung bis zur Beförderung im eigenen Status die Bezüge der 2. Gehaltsklasse der Lagerhausbeamten dem Rechnungs-Revidenten Franz Plank unter Verleihung des Titels „Abteilungsvorstand der Lagerhäuser", dem Marktamts-Kommissär Karl Bauer unter Verleihung des Titels „Verwalter des Kühllagerhauses" und dem Hauptkassa-Adjunkten Josef Höllinger unter Verleihung des Titels „Kassier der Lagerhäuser" zuerkannt.

Dem Bau-Inspektor des Stadtbauamtes Ing. Gottfried Wurzinger und dem Bauaufsichts-Ober-Revidenten Gustav Kittel die dermaligen Dienstteszulagen von 200 K, beziehungsweise 120 K monatlich auf 250 K, beziehungsweise 180 K monatlich erhöht.

3. Die neuen Bezüge und Zulagen treten mit dem dem Beschlusse folgenden Monate, beziehungsweise Quartiergeldmonate in Kraft.

4. Jenen Unterbeamten und Dienern der 1. und 2. Bezugsklasse, welche vor der Ernennung sechs Jahre als Arbeiter, Diurnisten oder Hilfskräfte in den Lagerhäusern Dienst geleistet haben, wird rückwirkend ab 1. Oktober 1918 und bei künftigen Ernennungen vom Tage des Anfalles der neuen Bezüge an für jedes über sechs Jahre hinaus als Arbeiter, Diurnisten oder Hilfskräfte vollendete oder begonnene Dienstjahr eine in die Pension nicht einrechenbare Personalzulage von 60 K jährlich bis zum Höchstausmaße von 240 K jährlich zuerkannt.

6. Die von der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien beantragten Remunerationen für außerordentliche Mehrleistungen des Lagerhauspersonales während des Krieges werden mit dem Gesamtbetrage von 91.860 K, der aus dem Betriebsergebnisse der Lagerhäuser der Stadt Wien zu decken ist, genehmigt.

7. Dem Titular-Kanzei-Ober-Offizial Georg Reiß werden ohne Einreihung in eine Rangsklasse die Bezüge der 8. Rangsklasse der städtischen Beamten ab 1. Februar 1919 samt dem Anspruche auf die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen wie bei den Beamten des Kanzleistatus und der Titel eines „Kanzlei-Direktions-Adjunkten" verliehen.

8. Der Depotaufseherswitwe Thekla Forstner wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 540 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

9. Der Wagmeisterswitwe Leopoldine Schmid wird die Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1919 an mit Rücksicht auf das Alter von 75 Jahren und die vollständige Erwerbsunfähigkeit auf jährlich 360 K erhöht und bis Ende 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

10. Der Straßenarbeiterswitwe Klara Hudecek wird anstatt der ihr gebührenden Abfertigung per 1387 K und gegen Verzicht auf dieselbe eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. November 1918 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

11. Der Totengräbergehilfenswitwe Therese Simonitsch wird die Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1919 an mit Rücksicht auf das Alter von 56 Jahren und die Erwerbsunfähigkeit auf jährlich 420 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt; außerdem wird derselben für die Tochter Therese, geboren am 15. November 1904, der Fortbezug des Gnadenerziehungsbeitrages von jährlich 72 K vom 15. November 1918 an auf die Dauer der zweijährigen Lehrzeit, d. i. bis 30. September 1920 bewilligt.

12. Der Steueramts-Offizialsgattin Mathilde Bulva wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

13. Der Kutscherswitwe Marie Bruckner wird eine Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. Dezember 1918 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

14. Der Desinfektionsarbeiterswitwe Anna Wirth wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

15. Der Straßenarbeiterswitwe Katharina Rosenagl wird die Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1919 an mit Rücksicht auf das Alter von 58 Jahren und die Erwerbs-

unfähigkeit auf jährlich 360 K erhöht und bis Ende des Jahres 1921, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

16. Dem gewesenen Straßenarbeiter Franz Leitner wird die Gnadengabe von jährlich 620 K vom 1. Jänner 1919 an mit Rücksicht auf das Alter von 73 Jahren und die Erwerbsunfähigkeit auf jährlich 720 K erhöht.

17. Der Straßenarbeiterswitwe Aloisia Petrisch wird eine Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. November 1918 bis Ende des Jahres 1921 sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von je 96 K jährlich ebenfalls vom 1. November 1918 an für den Sohn Rudolf bis 30. April 1919 und für den Sohn Eduard bis Ende des Jahres 1921 bewilligt.

18. Dem gekündigten Wagenführer der städtischen Straßenbahnen Karl Kratochvil wird auf Grund der bei ihm festgestellten, im Militärdienste erworbenen Untauglichkeit zum Gemeindedienste von dem der Beschlußfassung nächstfolgenden Monatsersten angefangen bis zur gesetzlichen Neuregelung der Militärversorgung, längstens aber auf die Dauer von drei Jahren eine monatliche Gnadengabe von 72 K 91 h aus Betriebsmitteln der städtischen Straßenbahnen unter der Voraussetzung gewährt, daß er auf die ihm gegen die Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen zustehenden Ansprüche (758 K 10 h) zugunsten des Betriebes verzichtet. Auf die Auszahlung und Endigung dieser Gnadengabe finden die Bestimmungen der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen sinngemäße Anwendung.

19. Gehaltsvorschuß.

20. Gehaltsvorschuß.

21. Gehaltsvorschuß.

22. Gehaltsvorschuß.

23. Dem Armenrate des Bezirkes Döbling Rudolf Herzer wird in Anerkennung seiner mehr als 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

24. Dem Bezirks- und Ortsschulrate Johann Schiner, Volksschul-Direktor, wird in Anerkennung seiner mehr als 20jährigen verdienstvollen Tätigkeit als Bezirksrat, sowie in Würdigung seiner gleichfalls mehr als 20jährigen Wirksamkeit auf dem Gebiete des Schulwesens die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

25. Der Kongregation der Töchter der göttlichen Liebe, Mutterhaus Landstraße, wird anläßlich ihres 50jährigen Bestandsjubiläums in Anerkennung ihres segensreichen Wirkens auf dem Gebiete der Erziehung, der Armenpflege und der Dienstbotenfürsorge die große goldene Salvator-Medaille verliehen.

26. Der Bürgerschullehrerswitwe Sophie Wachter wird über ihr Ansuchen die ihr mit Gemeinderats-Beschluß vom 14. November 1917, P. Z. 11309, bis 31. Dezember 1918 bewilligte Zulage von jährlich 384 K zu ihrer auf die Dauer ihrer Witwenschaft verliehenen Gnadengabe von jährlich 900 K auf weitere drei Jahre, das ist bis 31. Dezember 1921, bewilligt.

27. Dem Sektions-Obmanne des Armen-Institutes Hernals, Bezirks-, Ortsschul- und Armenrat Josef Bauer, wird in Würdigung seiner mehr als 15jährigen ersprießlichen Wirksamkeit als Armenrat, sowie seiner vieljährigen verdienstvollen Ausübung des Mandates eines Bezirks- und Ortsschulrates, den Armenräten Johann Fitzthum und Rudolf Wieser, recte Wisser, in Anerkennung ihrer mehr als 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

28. Dem Obmann-Stellvertreter des Armen-Institutes Floridsdorf Albert Baier, sowie dem Obmann-Stellvertreter der IV. Sektion Karl Gaßler und den Armenräten Josef Arnberger, Ferdinand Ertl, Heinrich Fenzl und Anton Sammer wird in Anerkennung ihrer mehr als 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

29. Den Waisenräten und früheren Armenräten des Armen-Institutes Brigittenau Anton Alt und Karl Gerhardinger wird in Anerkennung ihrer mehr als 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvator-Medaille verliehen.

30. Der Witwe des am 21. Dezember 1913 verstorbenen Professionisten der städtischen Elektrizitätswerke Franz Kablec, namens Marie Kablec, und ihren beiden unmündigen Kindern wird ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung mit dem ausdrücklichen Vorbehalte der Neubemessung bei Eintritt geänderter Lebensverhältnisse für das Jahr 1919 eine in monatlichen Teilbeträgen flüssigzustellende Gnadengabe von 800 K bewilligt.

31. Dem Ansuchen der Bau-Unternehmung Ing. Karl Auteried & Komp., Wien, 4., Danhausergasse 5, vom 5. Juni 1918 um Refundierung ihrer Verluste bei Ausführung der Deichgräber-, Beschotterungs- und Pflastererarbeiten, sowie der Baumeisterarbeiten in den Jahren 1915 und 1916 beim Baue der Linie nach Leopoldau wird aus Billigkeitsrücksichten stattgegeben, wie folgt: Die Konventionalstrafe im Betrage von 10.460 K wird ihr nachgesehen; es wird ihr ein Ersatz für erlittene Verluste im Betrage von 15.000 K gewährt; die ausgeführten Bauarbeiten sind ihr noch vor Ablauf der Haftfrist vom 30. Mai 1919 bei Eintritt günstigerer Witterung entsprechend den sonstigen Bestimmungen des Vertrages, abzunehmen.

32. Die Spesenpauschalien des Direktors der städtischen Gaswerke Franz Menzel, des Direktors der städtischen Elektrizitätswerke Ing. Eugen Karel und des Direktors der städtischen Straßenbahnen Ing. Ludwig Spängler werden vom 1. Jänner 1919 ab von je 2000 K auf je 4000 K jährlich erhöht.

33. Der Buchhaltungsbeamte 2. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Josef Einziger wird ad personam zum Buch-

halter der Braunkohlenbergbau-Gewerkschaft Zillingdorf mit 4200 K Grundgehalt, zwei Quadriennien von je 600 K, 1900 K Quartiergeld und 1500 K Spesenpauschale nebst der jeweils giltigen Kriegszulage und den durch die Gemeinderats-Beschlüsse vom 13. November 1918, P. Z. 9988, beziehungsweise 11001, genehmigten Zuwendungen ernannt. Auf sein Dienstverhältnis bei der Gewerkschaft hat die jeweils für die Beamten der städtischen Elektrizitätswerke giltige Dienstordnung Anwendung zu finden.

Gleichzeitig wird ihm zugesichert, daß ihm die bisher bei den städtischen Elektrizitätswerken zugebrachte Dienstzeit für die seinerzeitige Bemessung des Ruhegenusses angerechnet wird und daß die Gewerkschaft die Flüssigmachung der Mehrbeträge, die sich an Ruhe- und Versorgungsgenüssen für ihn und seine Familie auf Grund der jeweils geltenden Pensionsvorschrift für die Beamten und Diener der Stadt Wien gegenüber den gleichartigen Leistungen der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte ergeben, zu eigenen Lasten übernimmt und daß er auch als Beamter der Gewerkschaft aus dem Titel der Kranken- und Pensionsversicherung nur zu den durch Punkt 1, Z. 2 des Gemeinderats-Beschlusses vom 27. Februar 1912, P. Z. 1762, festgesetzten Beitragsleistungen für Zwecke der Witwenpension und Erziehungsbeiträge verhalten werden wird.

34. Dem akademischen Bildhauer Emmerich Alexius Wikingen-Swoboda wird anläßlich seines bevorstehenden 70 Geburtsfestes in Anerkennung seiner vieljährigen verdienstvollen Tätigkeit als selbständiger Wiener Künstler ab 1. Februar 1919 eine Ehrenpension von jährlich 1800 K in im vorhinein zahlbaren Monatsraten auf Lebensdauer bewilligt.

35. Dem Titular-Kanzlei-Offizial Franz Heiß werden die Bezüge der 9. Rangsklasse der Kanzleibeamten mit dem Rechte der Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen dieser Rangsklasse mit dem Range vom 1. Oktober 1918 zuerkannt und ihm der Titel eines Kanzlei-Ober-Offizials verliehen.

36. Der Oberlehrerswitwe Marie Grabner wird über ihr Ansuchen die ihr mit Gemeinderats-Beschluß vom 16. Jänner 1918, P. Z. 12695/17, auf weitere drei Jahre, das ist bis 31. Dezember 1920, beziehungsweise bis zum Eintritte einer etwaigen früheren Versorgung verliehene Gnadengabe von jährlich 720 K, vom 1. Jänner 1919 angefangen auf jährlich 960 K erhöht.

37. Dem gewesenen Hilfsarbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Josef Burghardt wird eine in Monatsraten zahlbare Gnadengabe im Betrage von 900 K auch für das Jahr 1919 bewilligt.

38. Der Gattin des gewesenen Verwaltungsbeamten der städtischen Gaswerke August Exenberger, Frau Karoline Exenberger, und ihren beiden unmündigen unversorgten Kindern wird ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 eine in monatlichen Teilbeträgen flüssig zu machende Gnadengabe im Betrage von 1600 K bewilligt.

39. Dem Rechnungsbeamten Rudolf Schramek werden 68·8 Prozent der jährlichen Personalzulage von 800 K, das sind 550 K 40 h in die Pension eingerechnet.

Allgemeine Nachrichten.

Abstellung von Mißbräuchen im Buschenschankwesen des 19. Bezirkes.

Anläßlich des Ueberhandnehmens von Beschwerden über Mißbräuche, welche sich im Heurigenwesen eingeschlichen haben, findet sich das magistratische Bezirksamt für den 19. Bezirk zur Förderung des Rufes der Wiener Weine und Wahrung der gesetzlichen Vorschriften über dieses den Urproduzenten ausnahmsweise eingeräumte Ausschankrecht die wichtigsten bestehenden Vorschriften zusammenzustellen und zur genauesten Darnachachtung in Erinnerung zu bringen:

Gemäß dem Hofdekrete vom 28. November 1845, Z. 35095, darf nur der selbsterzeugte Wein oder Weinmost im Wege des Buschenschankes abgesetzt werden.

Im Sinne des Dekretes der n.-ö. Landesregierung vom 17. August 1849, Z. 36510, L.-G.-Bl. Nr. 83, darf der Buschenschank nur durch die Urproduzenten und nur im Orte der Erzeugung stattfinden. Jedoch ist gemäß der Ministerial-Verordnung vom 18. Dezember 1899, Z. 29603, dem Urproduzenten gestattet, auch solchen selbstgefechsten Weinmost oder Wein auszuschenken, welcher in einem dem Produzenten gehörigen, wenn auch in einem anderen ehemaligen Vororte Wiens gelegenen Weingarten gereift ist. Zum Zwecke der Ermöglichung des Buschenschankes auch durch solche Weinhauer, welche aus persönlichen oder räumlichen Gründen den Ausschank nicht selbst ausüben können, wird ihnen freigestellt innerhalb des Ortes der Erzeugung in einem anderen Hause als ihrem Wohn- oder Preßhause (Keller) ihren selbstgefechsten Weinmost oder Wein selbst oder durch eine Bevollmächtigung, unter Beachtung der bestehenden Vorschriften und unter Ueberwachung der Behörde auf eigene Rechnung auszuschenken.

Gemäß dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 18. Dezember 1899, Z. 29603, ist in Buschenschenken die Verabreichung von Brot (derzeit nicht erlaubt) und anderen Säuerlingen gestattet, jedoch die Verabreichung sonstiger Speisen oder Erfrischungen sowie das Halten von Spielen, insbesondere Kartenspielen untersagt.

Gemäß dem Hofkanzleidekrete vom 28. November 1845, Z. 35095, ist es strenge Pflicht der Ortsobrigkeit, die erforderlichen Maßnahmen zur Hintanhaltung von Unfügen beim Ausschank von selbsterzeugtem Weinmost oder Wein zu treffen, namentlich die Anzeige vom stattfindenden Ausschanke zu fordern. Demgemäß ist in Hinkunft rechtzeitig vor Beginn jedes buschenschankmäßigen Absatzes von Weinmost oder Wein die Anzeige hierüber an das magistratische Bezirksamt für den 19. Bezirk schriftlich oder mündlich stempelfrei zu erstatten und den mit der Ueberwachung der Gesetzmäßigkeit des Ausschankes betrauten behördlichen Organen jederzeit Zutritt in die Schank-, Preß- und Lagerräume zu gewähren.

Sollte ein Weinbautreibender (Buschenschenker) des 19. Bezirkes seinen selbstgefechsten Wein oder Weinmost nicht in der Stätte, woselbst er den Buschenschank ausübt oder auszuüben gedenkt, sondern anderwärts, sei es in eigener oder fremder Behausung einlagern oder nicht selbstgefechsten Wein oder Weinmost in seiner eigenen Kellerei (Preß- oder Wohnhaus), möge sich selbe wo immer befinden, einlagern, so hat er mindestens 14 Tage vor Durchführung dieser Einlagerung die Anzeige an das magistratische Bezirksamt für den 19. Bezirk zu erstatten. Eine Zufuhr nicht selbst gefechsten Weinmostes oder Weines seitens eines Weinbautreibenden (Buschenschenker) des 19. Bezirkes von wo immer in eine solche Lagerstätte ist längstens 48 Stunden vor erfolgter Einlagerung beim magistratischen Bezirksamte für den 19. Bezirk stempelfrei mündlich oder schriftlich anzuzeigen.

Die Fässer, in welchen nicht selbstgefechster Wein oder Weinmost lagert, müssen am vorderen Faßboden durch einen deutlich sichtbaren, mittels Kalkbrei hergestellten runden Fleck kenntlich gemacht werden.

Die Uebertretung vorstehender Vorschriften wird gemäß der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, R.-G.-Bl. Nr. 96, oder gemäß der Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857, R.-G.-Bl. Nr. 198, beziehungsweise gemäß § 132 a der Gewerbeordnung strengstens geahndet.

Noch weitere Maßnahmen wegen Verhütung des buschenschankmäßigen Absatzes nicht selbstgefechsten Weines oder Weinmostes behält sich das magistratische Bezirksamt für den 19. Bezirk vor. (Dekret vom 17. Februar 1917, M.B.A. XIX 1922/16.)

Tragung des verlorenen Bauaufwandes durch die Gemeinde Wien.

Beschluß des Gemeinderates vom 19. Februar 1919.

I. Die Gemeinde Wien erklärt sich grundsätzlich bereit, während der nächsten Uebergangszeit die Tragung des sogenannten verlorenen Bauaufwandes gemäß der nachstehenden Bestimmungen zu übernehmen, um die Erbauung kleiner und mittlerer Wohnungen bei erschwinglichen Mietzinsen zu ermöglichen. Zu diesem Behufe werden die im nachstehenden Verzeichnisse enthaltenen 61 Baustellen für die noch im Jahre 1919 stufenweise zu beginnende Verbauung in Baurecht zu vergeben sein.

Diese Erklärung ist an die Voraussetzung geknüpft, daß 1. Staat und Land entweder einen Anteil an der Ausfallshaftung übernehmen oder eine gleichwertige weitgehende Steuerfreiheit einräumen; 2. die wirtschaftliche und technische Möglichkeit der Bauführung gegeben ist und insbesondere die erforderlichen Baustoffe zur Verfügung stehen.

II. Bewerber um die hier vorgesehene Mitwirkung der Gemeinde Wien erhalten die Zusicherung der Baurechtseinräumung für bestimmte Parzellengruppen, eventuell auch für bestimmte Parzellen, wenn sie sich den Bestimmungen für die Tragung des verlorenen Bauaufwandes unterwerfen und ihre Vertrauenswürdigkeit und Leistungsfähigkeit nachweisen.

Der Abschluß des Baurechtsvertrages erfolgt, wenn auf Grund der Pläne, der Baubeschreibung und der Kostenanschläge eine Einigung über die Gestehungskosten (§ 6) erzielt und die Baugeldbeschaffung nach § 4 nachgewiesen ist. Werden diese Bestimmungen nicht erfüllt, so erlischt die Zusicherung und es steht dem Bewerber keinerlei Ersatzanspruch für Vorarbeiten oder Vorauslagen gegen die Gemeinde Wien zu.

III. Bestimmungen für die Tragung des verlorenen Bauaufwandes.

§ 1. Die Tragung des verlorenen Bauaufwandes wird im Baurechtsvertrage geregelt, welcher zwischen der Gemeinde Wien oder dem Wiener Bürgerspitalsfonds und dem Bauberechtigten abgeschlossen wird.

Der Baurechtsvertrag bezieht sich auf eine oder mehrere der unten näher bezeichneten Baustellen und wird im Rahmen der mit Gemeinderats-Beschluß vom 20. Juni 1913, P. Z. 9508, festgesetzten allgemeinen Bedingungen und mit den nach den nachstehenden Vorschriften sich ergebenden Abänderungen und Ergänzungen abgeschlossen.

Die Baurechtsfrist beträgt 70 Jahre.

Der jährliche Bauzins wird während der ersten 20 Jahre mit 3 Prozent, während der folgenden 20 Jahre mit 3·5 Prozent und während der restlichen 30 Jahre mit 4 Prozent des für jede Baustelle bezeichneten Grundwertes festgesetzt.

Als Beginn des Baurechtes und als Anfallstag für die Entrichtung des ersten Bauzinses bezüglich jeder Baustelle wird der Tag der Erteilung der Baubewilligung für das auf dieser Baustelle zu errichtende Haus gelten.

Nach Ablauf der Baurechtsfrist wird die gesetzlich vorgeschriebene Entschädigung gewährt.

Alle nach den vorliegenden Bestimmungen dem Bauberechtigten obliegenden Verbindlichkeiten sind, insoweit sie nicht schon vor der Baurechtsbestellung erfüllt werden, als Reallasten grundbücherlich sicherzustellen.

§ 2. Der Bauberechtigte räumt der Gemeinde Wien für alle Fälle der Veräußerung eines Baurechtes das Vorkaufsrecht ein. Dieses Recht erlischt jeweils für den einzelnen Veräußerungsfall, falls die Gemeinde Wien dem Bauberechtigten nicht innerhalb 30 Tagen nach der unter Mitteilung der Verkaufsbedingungen erfolgten Anzeige der Veräußerungsabsicht schriftlich erklärt hat, daß sie ihr Vorkaufsrecht ausübe.

Der Gemeinde Wien wird das Recht eingeräumt, jedes einzelne Baurecht samt dem darauf errichteten Bauwerke jederzeit einlösen zu können. Als Einlösungspreis gilt jene Summe, welche die Grundlage für die Berechnung der Ausfallshaftung bildet mit Berücksichtigung der planmäßigen Tilgung (½ Prozent) und des jeweiligen Gegenwartswertes der Ertragsrente zwischen dem 50. und 70. Jahre der Baurechtsdauer.

Als Grundlage für die Berechnung der Ertragsrente zwischen dem 50. und 70. Jahre der Baurechtsdauer gelten 5 Prozent von einem Viertel der Gestehungskosten.

Die Veräußerung des Baurechtes ist nur mit Zustimmung der Gemeinde gestattet. Insoferne das Baurecht ohne Zustimmung der Gemeinde veräußert wird, erlischt für das veräußerte Baurecht die von der Gemeinde Wien übernommene Ausfallshaftung.

§ 3. Der Bauberechtigte ist verpflichtet, auf den Baustellen innerhalb der jeweils festgesetzten Frist Häuser mit Klein- und Mittelstandswohnungen benützungsfähig zu vollenden.

Die Baupläne, die Baubeschreibung und die Kostenanschläge sind innerhalb der in der Zusicherung des Baurechtes gestellten Frist zur Genehmigung vorzulegen.

Bei der Aufstellung der Pläne ist der Gemeinde Wien weitestgehend Einfluß zu gewähren und insbesondere auch allen Wünschen hinsichtlich der architektonischen Ausgestaltung und der Heranziehung von Architekten zur Mitarbeit unbedingt Rechnung zu tragen.

Die zu erstellenden Wohnungen sollen auch bei kleinstem Umfange der Wohnungen alle zweckmäßigen, Arbeitskräfte sparenden und die Benützung erleichternden Einrichtungen erhalten. Im einzelnen: Einleitung von Gas, Wasser, elektrischem Licht in jeder Wohnung, Klosett mit Wasserspülung im Wohnungsverbande, Einbau von Schränken und Wirtschaftsmöbeln ꝛc. Je nach der Größe der Wohnungen sind Badegelegenheiten in den einzelnen Wohnungen oder gemeinsam einzurichten. Wo tunlich, sind Aufzüge und Zentral-Heizungsanlagen vorzusehen.

Es ist ferner darauf Bedacht zu nehmen, daß tunlichst die Wohnräume sonnseitig angeordnet werden und daß in den Häusern mit Kleinstwohnungen über Verlangen der Gemeinde Wien Gemeinschaftsräume für Kinder angeordnet werden.

Der Bauberechtigte übernimmt ferner die Verpflichtung, bei der Vergebung aller übrigen Arbeiten nur deutschösterreichische, und zwar in erster Linie Wiener Firmen und Gewerbetreibende und tunlichst deutschösterreichische Arbeiter zu berücksichtigen und die jeweils bestehenden Kollektivverträge der Arbeiter einzuhalten.

Der Bauberechtigte hat die Ueberwachung der Bauführung durch Organe des Stadtbauamtes zu gestatten und Anordnungen dieser Organe, die in Bezug auf die Herstellung und Ausführung der Bauten notwendig und begründet erscheinen, zu entsprechen.

Zur Sicherstellung der fristgerechten Bauvollendung ist bei Abschluß des Baurechtsvertrages das jeweils festzusetzende Haftgeld zu erlegen.

§ 4. Der Bauberechtigte hat nachzuweisen, daß ihm ein öffentliches Kreditinstitut gegen Uebernahme der Bürgschaft (§ 5) und der Ausfallshaftung durch die Gemeinde (§ 6) ein Darlehen bis zur Höhe von 85 Prozent des Schätzwertes des Bauwerkes gewährt oder zugesichert hat und daß das Kreditinstitut auch bereit ist, während des Baues über Anweisung der Gemeinde Wien Vorschüsse auszuzahlen.

Der Bauberechtigte hat ferner nachzuweisen, daß er außerdem über den erforderlichen Restbetrag verfügt.

§ 5. Die Gemeinde Wien übernimmt im Sinne des Gemeinderats-Beschlusses vom 21. März 1918 für ein bei einem öffentlichen Kreditinstitute zur Durchführung des Baues aufzunehmendes Darlehen bis zum Betrage von 85 Prozent des Schätzwertes des Bauwerkes die Darlehenshaftung als Bürge und Zahlerin. Die Gemeinde Wien übernimmt diese Haftung bis zur Bauvollendung für dieses Darlehen zur Gänze, von diesem Zeitpunkte an für den die Grenze der Mündelsicherheit überschreitenden Teil des Darlehens.

Die Uebernahme dieser Haftung ist an folgende Bedingungen geknüpft: Auszahlungen durch das darleihende Kreditinstitut dürfen jeweils nur nach Maßgabe des Baufortschrittes über Anweisung der Gemeinde Wien stattfinden und müssen auf Verlangen der Gemeinde unmittelbar an die Baugewerbetreibenden erfolgen.

Das Darlehensinstitut übernimmt die Verpflichtung, die Gemeinde von jeder Säumnis des Schuldners in der Entrichtung der Annuitäten, von jeder dem Schuldner gewährten Stundung einer Annuität und von einer etwa geplanten Zession des Darlehens innerhalb einer angemessenen Frist zu verständigen.

Jede Konvertierung und jede Aenderung des Tilgungsplanes des Darlehens bedarf der Zustimmung der Gemeinde Wien.

Die Gemeinde Wien ist berechtigt, sobald es die Geldmarktverhältnisse gestatten, den Bauberechtigten zur Konvertierung des aufgenommenen Darlehens gegen ein von der Gemeinde zu vermittelndes niedriger verzinsliches Darlehen mit gleicher Sicherheit zu verhalten. Der aus der Konvertierung erzielte Vorteil, der sich nach Abzug der Kosten und Spesen aus der Durchführung der Konvertierung ergibt, fällt der Gemeinde zu. Der Bauberechtigte ist an diesem Vorteile nur dann mit einem Drittel beteiligt, wenn das Konvertierungsdarlehen durch ihn selbst ohne Aufforderung oder Vermittlung der Gemeinde beschafft wird.

§ 6. Die Gemeinde Wien haftet vom Tage der Benützungsbewilligung für eine jährliche, reine fünfprozentige Verzinsung und halbprozentige Tilgung der Gestehungskosten derart, daß sie auf Grund dreijähriger Abrechnung jenen Ausfall ersetzt, um welchen in diesem Zeitraume die nach Abzug der öffentlichen Lasten und der mit einer ordnungsmäßigen Instandhaltung und Verwaltung verbundenen Auslagen verbleibenden reinen Mietzinserträgnisse eines jeden einzelnen Bauwerkes (Baublockes) unter den bei Zugrundelegung einer fünfprozentigen Verzinsung und halbprozentigen Tilgung zu berechnenden Annuitäten der Gestehungskosten etwa zurückbleiben.

§ 7. Die im § 6 angeführten Gestehungskosten des Bauwerkes umfassen insbesondere nachstehende Auslagen:

1. Die Kosten der Errichtung, Vergebührung und Verbücherung des Baurechtsvertrages, sowie den Baurechtszins während der Bauzeit;

2. die eigentlichen Baukosten, und zwar die Kosten der Erd-, Maurer- und Professionistenarbeiten einschließlich der Auslagen für alle Materialien und des in den Preisen bereits gerechneten angemessenen Nutzens, ferner das Architektenhonorar (Kosten der Verfassung der Pläne, der Bauleitung und Abrechnung). Für die Berechnung der jeweiligen Baukosten ist der Zeitpunkt des beabsichtigten Baubeginnes dergestalt maßgebend, daß eine nach der Vergebung eingetretene Veränderung der Arbeitslöhne, Materialpreise usw. lediglich zu Lasten oder Vorteil des Bauberechtigten geht.

3. Sämtliche mit der Beschaffung des Darlehens verbundenen Kosten, und zwar insbesondere:

Die Kosten des aufzunehmenden Darlehens (§ 5) im Höchstbetrage von 10 Prozent der auf dem Baurechte einzuverleibenden nominellen Darlehenssumme. Außer diesen Kosten dürfen in die Gestehungskosten eingerechnet werden: die Bereithaltungsgebühr von jährlich 0·5 Prozent vom nominellen Darlehensbetrage für die Zeit vom Abschlusse des Baurechtsvertrages bis zu dem Tage der jeweiligen Darlehensinanspruchnahme und die anläßlich der Schuldscheinerrichtungen und deren bücherlichen Durchführung auflaufenden Stempel und Gebühren einschließlich der hiefür auflaufenden rechtsfreundlichen Kosten.

§ 8. Die Entscheidung, ob die Gestehungskosten angemessen sind und die Baugeldbeschaffung nach § 4 nachgewiesen ist, somit der Abschluß des Baurechtsvertrages erfolgen kann, wird nach Ueberprüfung durch das Stadtbauamt und das Wohnungsamt einem besonderen Ausschusse übertragen. Dieser Ausschuß wird aus dem Obmanne, dem Obmann-Stellvertreter und einem dem Baugewerbestande angehörenden Mitgliede des Gemeinderats-Ausschusses für städtische Wohnungsfürsorge, ferner aus je einem von der

Baumeistergenossenschaft und dem Ingenieur- und Architektenvereine zu ernennenden Vertreter und aus dem Stadtbau-Direktor und dem Direktor des Wohnungsamtes oder deren Stellvertretern gebildet. Das diesem Ausschusse angehörende Mitglied des Gemeinderats-Ausschusses für städtische Wohnungsfürsorge aus dem Stande der Baugewerbetreibenden wird vom Herrn Bürgermeister bestimmt. Zu einem giltigen Beschlusse ist die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 9. Notwendige Bauabänderungen und größere, nicht alljährlich wiederkehrende Instandhaltungsarbeiten sind in Ermanglung einer anderweitigen Vereinbarung auf fünf Jahre zu verteilen.

Als reines Mietzinserträgnis gilt der festgesetzte Mietzins, vermindert um den Ausfall aus tatsächlichen Leerstehungen und die Ausgaben für öffentliche Abgaben, Erhaltung und Verwaltung.

Unbeschadet der in den Zeiträumen von je drei Jahren vorzunehmenden Abrechnungen findet der Ersatz eines etwaigen Ausfalles auf Grund halbjähriger Abrechnungen statt. In gleicher Weise sind die während eines Zeitraumes von je drei Jahren sich etwa ergebenden Ueberschüsse auf Grund halbjähriger Abrechnungen zur Deckung eines von der Gemeinde Wien innerhalb des jeweiligen Zeitraumes von drei Jahren geleisteten Ausfalles an die Gemeinde Wien abzuführen.

Die Gemeinde Wien ist berechtigt, die nach der Ausfallshaftung zu leistenden Beträge nach ihrem Ermessen unmittelbar zur Bestreitung der hiedurch zu deckenden Auslagen zu verwenden.

§ 10. Die herzustellenden Wohnungen sind von dem Bauberechtigten mietweise an solche Personen zu überlassen, welche nach dem Gemeinderats-Beschlusse vom 21. März 1918, P. Z 2464, bei den von der Gemeinde Wien zu schaffenden Wohnungen in erster Linie zu berücksichtigen sind (Punkt A, V dieses Gemeinderats-Beschlusses).

Die Höhe des Mietzinses ist im Einvernehmen mit der Gemeinde festzusetzen. Eine Abänderung des festgesetzten Mietzinses ohne Zustimmung der Gemeinde ist unzulässig.

Das Wohnungsamt der Stadt Wien ist berechtigt, bestimmte geeignete Parteien für die Wohnungen zuzuweisen oder die Vermietung von der Zustimmung des Wohnungsamtes abhängig zu machen.

Soferne nicht ohnedies nach dem jeweiligen Mietrechte strengere Kündigungsbeschränkungen gelten, dürfen den Mietern, wenn sie ihren Verpflichtungen aus dem Mietverhältnisse nachkommen oder wenn sich nicht aus anderen triftigen Gründen Anstände ergeben, die Wohnungen nicht gekündigt werden.

Die Hausordnung ist dem Wohnungsamte zur Genehmigung vorzulegen.

§ 11. Sämtliche mit der Errichtung der Baurechtsverträge und ihrer grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen beide Vertragsteile zu gleichen Teilen.

IV. Bewerbern um die hier vorgesehene Mitwirkung der Gemeinde Wien, welche die Bauführung auf eigenen Grundstücken beabsichtigen oder bereits begonnen haben, kann die Unterstützung unter angepaßter Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dann zugesichert und gewährt werden, wenn die Grundstücke vom bautechnischen und wohnungspolitischen Standpunkte geeignet erscheinen und die Bewertung der Grundstücke von der Gemeinde als entsprechend erkannt wird.

Verzeichnis der Baurechts-Baustellen.

Post	Ortsbezeichnung	Baustelle	Grundbuchsstand		Fläche m²	Preis		Anmerkung
			Kat.-Parz.	Einl.-Z.		per m² K	Betrag K	
	Gruppe I. — Plan I, 5., Margaretengürtel, Südseite, Gießaufgasse, Besitz Bürgerspitalfonds.							
1	Blockteil J	1	613/2	2411	548·97	110	60.400	
2	„ J	2	613/3	2412	371·58	90	33.500	
3	„ B	1	Teile von					
			618/29	2409				
			und					
			627/6	2416	586·55	140	82.200	
			613/7	2416				
4	„ B	2	Teile von					Grundbuchstand herzustellen
			613/7	2416				
			618/29	2409	576·89	120	69.300	
5	„ B	3	Teile von					
			613/7	2416				
			618/29	2409	454·20	110	50.000	
6	„ B	4	613/6	2415	438·22	90	39.500	
	Zusammen Gruppe I: 6 Baustellen mit 2976·41						334.900	

Post	Ortsbezeichnung	Baustelle	Grundbuchsstand		Fläche m²	Preis		Anmerkung
			Kat.-Parz.	Einl.-Z.		per m² K	Betrag K	
	Gruppe II — Plan II, 12. Bezirk, bei Längenfeldgasse, Besitz des Wiener Bürgerspitalfonds.							
1	Block N	1	283/93	1826	620·67	80	49.700	Katastral-
2	„ N	2	283/94	1827	562·29	80	45.000	Gemeinde
3	„ N	3	283/95	1828	442·50	60	26.600	Unter-Meidling
4	„ N	4	283/96	1829	415·57	60	25.000	
5	„ N	5	283/97	1830	685·13	70	48.000	
6	„ N	6	283/98	1831	382·50	62	23.800	
7	„ N	7	283/99	1832	732·40	80	58.600	
8	Block O	1	283/100	1833	688·83	75	51.700	
9	„ O	2	283/101	1834	438·64	55	24.200	
10	„ O	3	283/102	1835	353·85	60	21.300	
11	„ O	4	283/103	1836	447·95	55	24.700	
12	„ O	5	283/104	1837	716·46	65	46.600	
13	„ O	6	283/105	1838	639·99	52	33.300	
14	„ O	7	283/106	1839	686·44	50	34.400	
15	„ O	8	283/107	1840	686·63	52	35.800	
16	„ O	9	283/108	1841	686·44	52	35.700	
17	„ O	10	283/109	1842	686·25	50	34.400	
18	Block P	1	283/110	1843	714·30	75	53.600	
19	„ P	2	283/111	1844	699·58	75	67.500	
20	Block Q	9	283/120	1853	611·53	52	31.800	
21	„ Q	11	283/122	1855	567·07	60	34.100	
22	„ Q	12	283/123	1856	561·23	60	33.700	
23	„ Q	13	283/124	1857	662·37	50	33.200	
24	„ Q	14	283/125	1858	464·28	70	32.500	
25	„ Q	15	283/126	1859	356·66	60	21.400	
26	„ Q	16	283/127	1860	368·73	60	22.200	
27	„ Q	17	283/128	1861	500·61	80	40.100	
	Summe Gruppe II, 27 Baustellen mit zusammen				**15.578·40**		**988.900**	
	Gruppe III — Plan III, westlicher Blockteil, 13. Bezirk, Spallartgasse, Besitz der Gemeinde Wien.							
1	Westlicher Blockteil	1	8/6	807	542·65	54	29.400	Katastral-
2	„ „	2	8/7	808	512·74	56	28.800	Gemeinde
3	„ „	3	8/8	809	470·99	58	27.400	Breitensee
4	„ „	4	8/9	810	511·48	70	35.900	
5	„ „	5	8/10	811	408·74	56	22.900	
6	„ „	6	8/11	812	388·15	54	21.000	
	Summe Gruppe III, 6 Baustellen mit zusammen				**2834·75**		**165.400**	

Post	Ortsbezeichnung	Baustelle	Grundbuchsstand		Fläche m²	Preis		Anmerkung
			Kat.-Parz.	Einl.-Z.		per m² K	Betrag K	
	Gruppe IV. — Plan IV, 19. Bezirk, an der Felix Mottl-Straße, Gemeindebezirk.							
1	Blockteil B	1	1047/4	1725	495·12	140	69.400	Katastral-
2	„ B	2	1047/5	1726	494·91	140	69.300	Gemeinde
3	„ D	1	1047/7	1728	510·80	120	61.300	Ober-Döbling
4	„ D	2	1047/8	1729	392·39	100	39.300	
5	„ D	3	1047/9	1730	547·73	130	71.300	
6	„ D	5	1047/11	1732	645·38	130	83.900	
7	„ G	1	1047/14	1735	500·72	120	60.000	Entwertung
8	„ G	2	1047/15	1736	505·76	120	60.700	durch
9	„ G	3	1047/16	1737	489·84	120	58.800	Gasbehälter
10	„ G	4	1047/17	1738	509·67	120	61.200	
11	„ H	1	1047/18	1739	486·78	150	73.200	
12	„ H	2	1047/19	1740	558·38	95	52.300	
13	„ H	4	1047/21	1742	424·90	120	51.000	
14	„ H	5	1047/22	1743	451·95	140	63.000	
15	„ H	6	1047/23	1744	550·56	90	49.600	
16	„ H	7	1047/24	1745	477·75	140	66.900	
17	„ H	8	1047/25	1746	429·66	120	51.600	
	Summe Gruppe IV, 17 Baustellen mit zusammen 8.464·30						1,043.200	
	Gruppe V. — Plan V, 5. Bezirk, am Margaretengürtel nächst der verlängerten Fendigasse.							
		1	627/19	2481	690·43	115	79.899·45	
		2	627/18	2481	488·40	115	56.166·—	
		3	627/17	2481	622·44	115	71.580·60	
		4	627/16	2481	612·34			
			618/52	2483	123·46	115	84.617·—	
		5	627/15	2481	210·56			
			628/53	2483	396·10	115	69.765·90	
	Summe Gruppe V, 5 Baustellen mit zusammen 3143·73						361.600·—	

Zusammenstellung.

Gruppe	Ortsbezeichnung	Fläche m²	Preis K	Anzahl der Bauplätze
I	5. Bezirk, Margaretengürtel	2976·41	334.900	6
II	12. Bezirk, Längenfeldgasse	15578·40	988·900	27
III	13. Bezirk, Spallartgasse	2834·75	165·400	6
IV	19. Bezirk, Felix Mottl-Straße	8464·30	1043.200	17
V	5 Bezirk, Margaretengürtel, Fendigasse	3143·73	361.600	5
	Zusammen:	32997·59	2,894.600	61

Das Statut des Erholungsheimes der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach.

Für das Erholungsheim der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach wurde vom Gemeinderate in der Sitzung vom 19. Februar 1919 folgendes Statut beschlossen:

§ 1. Das Erholungsheim der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach ist der Pflege erwachsener Personen beiderlei Geschlechtes gewidmet, die nach überstandener Krankheit aus Spitälern entlassen wurden oder aus sonstigen Gründen der Erholung bedürfen, jedoch nicht über die nötigen Mittel verfügen, um auf andere Weise für die Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu sorgen.

§ 2. In das Erholungsheim werden in erster Linie nach Wien zuständige Personen aufgenommen, Erholungsbedürftige, die nicht nach Wien zuständig sind, können nur nach Zulässigkeit des Raumes aufgenommen werden.

§ 3. Zur Pflege von erholungsbedürftigen Bediensteten der Gemeinde Wien sind im Heime ständig 30 Betten bereitzuhalten.

§ 4. Von der Aufnahme sind ausgeschlossen: Geisteskranke und Geistessieche, Epileptiker, Personen, die mit einer ekelerregenden oder mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind, insbesondere die an offener Tuberkulose Leidenden, endlich Personen, die bettlägerig sind oder einer besonderen Pflege und Wartung bedürfen. Die Verpflegung von Begleitpersonen im Erholungsheime ist unzulässig.

§ 5. Das Erholungsheim untersteht der nach der Geschäftsordnung des Wiener Magistrates zuständigen Magistrats-Abteilung, das ist dermalen der Magistrats-Abteilung XI c (städtisches Wohlfahrtsamt). Die unmittelbare Leitung obliegt dem Verwalter, der die Anstalt gegenüber den Behörden und den Perteien insoweit vertritt, als nicht der Magistrat oder andere nach der Gemeindeorganisation berufene Organe hiezu berechtigt sind. Die Geld- und Materialiengebarung wird von der Stadtbuchhaltung kontrolliert. Die Zuständigkeit des gemeinderätlichen Ausschusses zur Ueberwachung der städtischen Humanitätsanstalten und jene des städtischen Gesundheitsamtes erstreckt sich auch auf das Erholungsheim. Insoweit der Staatsverwaltung im Interesse der Handhabung der allgemeinen Sanitätsvorschriften ein Ueberwachungsrecht zusteht, bleibt es ihr auch bezüglich des Erholungsheimes gewahrt.

§ 6. Der Unterhalt des Erholungsheimes wird bestritten: Aus den Erträgnissen der eigenen Wirtschaft; aus letztwilligen Zuwendungen und sonstigen Widmungen sowie aus den Erträgnissen von Stiftungen; aus den Verpflegskostenersätzen. Sie sind einzuheben von den Aufgenommenen selbst oder von den zahlungsfähigen und gesetzlich zahlungspflichtigen Verwandten, die sich von vornherein verpflichtet haben, oder anderen Personen, von Gemeinden, Behörden oder irgendwelchen Körperschaften und Vereinigungen, wenn sie die Aufnahme eines Pfleglings veranlaßt und die Leistung der Verpflegskosten übernommen haben; aus den allfälligen Zuschüssen des Staates, der Länder oder der Gemeinde Wien.

§ 7. Die Verpflegskosten sind grundsätzlich im vorhinein für die ganze Dauer der Verpflegung zu erlegen. Jenen Personen, die außerstande sind, die jeweils festgesetzte Verpflegsgebühr ganz oder zum Teile zu begleichen, kann ein Freiplatz oder ein ermäßigter Platz bewilligt werden. Darüber entscheidet innerhalb des vom Gemeinderate hiefür bewilligten Kredites der Magistrat auf Grund der Erhebungen über die Bedürftigkeit des Gesuchstellers.

§ 8. Die Verpflegskosten werden nach Verpflegstagen auf Grund der festgesetzten Verpflegsgebühr berechnet. Die tägliche Verpflegsgebühr wird für das erste Verpflegsjahr mit ... festgesetzt. Künftig wird sie vom Wiener Gemeinderate gemäß dem jeweiligen tatsächlichen Aufwand für die Erhaltung und den Betrieb der Anstalt bestimmt werden.

§ 9. In das Erholungsheim werden Pfleglinge nach Maßgabe der freien Plätze und in der Reihenfolge des Einlangens der Gesuche während des ganzen Jahres aufgenommen. Die Aufnahme wird von der Magistrats-Abteilung XI c (städtisches Wohlfahrtsamt) bewilligt. Dem Gesuche sind beizulegen: der Zuständigkeitsnachweis, die in gehöriger Form ausgestellte Verpflegskostenzahlungserklärung, die Erklärung, daß der Aufnahmewerber das Statut und die Hausordnung des Erholungsheimes zur Kenntnis genommen hat und sich der Hausordnung unterwirft, ein ärztliches

Zeugnis, das die ausdrückliche Bemerkung enthalten muß, daß der Aufnahmswerber erholungsbedürftig und infektionsfrei ist. Das ärztliche Zeugnis kann durch eine entsprechende Entlassungsbescheinigung einer öffentlichen Krankenanstalt ersetzt werden. Gegebenenfalls kann der Magistrat auch noch ein ärztliches Gutachten des städtischen Gesundheitsamtes einholen. Personen, die die Nachsicht der ganzen oder eines Teiles der Verpflegskosten anstreben, haben dieses Begehren näher zu begründen. Wenn eine Körperschaft oder Vereinigung die Verpflegskosten für den Pflegling zu zahlen gedenkt, ist diese Zahlungserklärung dem Ansuchen beizulegen.

§ 10. Die Dauer der Verpflegung im Erholungsheime beträgt grundsätzlich nicht mehr als höchstens acht Wochen. Die dem Aufnahmewerber vom Magistrate innerhalb dieser Höchstgrenze zugestandene Verpflegsdauer kann bis zu insgesamt acht Wochen vom Verwalter im Einvernehmen mit dem Anstaltsarzte erstreckt werden. Verlängerungen über acht Wochen hinaus können nur vom Magistrate und nur ausnahmsweise bewilligt werden. Der bewilligte Aufenthalt im Erholungsheime kann dort an allen Wochentagen während der Kanzleistunden der Verwaltung angetreten werden. Wer den Aufnahmstermin um mehr als drei Tage überschritten hat, verliert das Recht der bereits bewilligten Aufnahme. Gelegentlich des Eintrittes in die Pflege des Erholungsheimes sind die Verpflegskosten bar einzuzahlen oder es ist die schon veranlaßte Einzahlung durch den Posterlagsscheinsabschnitt oder eine amtliche Bestätigung des Magistrates nachzuweisen. Ohne diesen Nachweis und ohne die Aufnahmsbewilligung des Magistrates darf die Verwaltung niemanden ins Erholungsheim aufnehmen. Im Falle der Verlängerung der Verpflegsdauer ist bezüglich der Verpflegskosteneinzahlung der gleiche Vorgang wie bei der ersten Aufnahme zu beobachten. Die allfällige Absicht, vor Ablauf der bewilligten Verpflegsdauer auszutreten, hat der Pflegling drei Tage vorher der Verwaltung anzuzeigen. Der Betrag, der auf die nicht in Anspruch genommenen Verpflegstage entfällt, wird in diesem Falle zurückerstattet.

§ 11. Die Pfleglinge erhalten im Erholungsheime Unterkunft nebst Beleuchung und Beheizung, die jeweils festgesetzte Kost, die nötige Bedienung und Wartung und die ärztliche Behandlung in leichten, vorübergehenden Krankheitsfällen. Bettwäsche und Handtücher werden von der Anstalt beigestellt. Leib- und sonstige Wäsche hat sich der Pflegling in dem für die Verpflegszeit notwendigen Ausmaße mitzunehmen. Sie muß in brauchbarem und tadellos reinem Zustande mitgebracht werden. Solche Wäsche, mit Ausnahme von Putz- und Zierwäsche, kann der Anstalt gegen Bezahlung der festgesetzten Gebühr zur Reinigung übergeben werden. Die nötige Kleidung hat der Pflegling in vollkommen reinem Zustande und nur in einer Menge, für die die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten ausreichen, mitzubringen.

§ 12. Schwerkranke können im Erholungsheime nicht behandelt werden. Patienten müssen, wenn sie nicht selbst eine andere geeignete Verfügung treffen, die Abgabe in ein öffentliches Krankenhaus gewärtigen. Für vorübergehende leichtere Krankheiten stehen die Marodenzimmer, für die die allgemeinen ärztlichen Vorschriften gelten, zur Verfügung. Die nötigen Arzneien und Verbandstoffe werden den Kranken unentgeltlich beigestellt. Die Kosten für Bandagen und besondere Heilbehelfe hat der Verpflegte selbst zu tragen. Infektiös Erkrankte oder infektionsverdächtige Personen werden sogleich in der vorhandenen Absonderungs-Abteilung unterbracht und womöglich an ein Infektionsspital abgegeben. Falls die Bestattung eines verstorbenen Pfleglings nicht von dessen Anverwandten besorgt wird, hat sie die Verwaltung zu veranlassen und den Kostenersatz von zahlungsfähigen Anverwandten oder aus dem Nachlasse des Verstorbenen anzusprechen.

In dringenden Bedarfsfällen kann jeder Pflegling um einen Urlaub ersuchen. Bis zur Dauer von drei Tagen können solche Urlaube vom Verwalter im Einvernehmen mit dem Hausarzte erteilt werden, nötige längere Urlaube bewilligt der Magistrat. Die Verpflegsgebühr wird für die Zeit des Urlaubes nicht zurückerstattet. Falls der Beurlaubte innerhalb drei Tagen nach Ablauf des erteilten Urlaubes nicht in die Anstalt zurückkehrt, wird er außer Stand gebracht und kann nur über neuerliche Bewilligung des Magistrates wieder aufgenommen werden.

§ 13. Für das Leben im Heime gelten die Vorschriften der Hausordnung.

§ 14. Die unmittelbare Besorgung der Verwaltungs-Angelegenheiten obliegt dem Verwalter. Hiezu gehören insbesondere die Kassenführung, die rechnungsmäßige Geld- und Materialiengebarung, die abfällige Einhebung der Verpflegskosten, die Führung des Inventars, die amtliche Korrespondenz, Mitwirkung bei der Instandhaltung der Gebäude und ihrer Einrichtung und des Gartens nach den Weisungen des Stadtbauamtes, die Beschaffung der Lebensmittel- und der Materialienvorräte, der Küchen- und Wirtschaftsbetrieb, die Durchführung der Krankentransporte und Begräbnisse. Das gesamte im Erholungsheime beschäftigte Verwaltungs- und Dienstpersonal ist dem Verwalter unmittelbar unterstellt. Das allfällige besondere technische Personal für den Beheizungs-, Beleuchtungs-, Lüftungs- und Installationsdienst ist unbeschadet des Rechtes des Verwalters, dieses Personal zu überwachen und ihm im Bedarfsfalle dienstliche Aufträge oder Verbote zu erteilen, der Stadtbauamts-Direktion unterstellt. Die Aufnahme und Entlassung von provisorischen Angestellten mit Ausnahme des erwähnten besonderen technischen Personales steht dem Verwalter zu.

Mit der Beaufsichtigung des Küchen- und Wäschereibetriebes, sowie der Verwahrung der Wäsche, des Services ꝛc. wird eine „Verwalterin" betraut. Für die Amtsführung, die Befugnisse und Pflichten des Verwaltungspersonales und der übrigen Bediensteten sind, insoweit nicht eigene Dienstvorschriften erlassen werden, die Dienstvorschriften für die städtischen Versorgungs- und Waisenhäuser sinngemäß anzuwenden. Für den Kassadienst gelten auch die allgemeinen Kassenvorschriften.

§ 15. Die ärztlichen Angelegenheiten hat der bestellte Hausarzt, der zur Ausübung der Praxis berechtigt sein muß, zu besorgen. Für seinen Dienst wird eine besondere Instruktion erlassen werden.

§ 16. Besuche der Pfleglinge durch Angehörige und Bekannte sind täglich zulässig. Die Besuchszeit wird durch die Hausordnung geregelt. Die Besichtigung der Anstalt durch fremde Personen ist von der ausdrücklichen Erlaubnis des Verwalters, durch größere Gruppenbesuche von der des Magistrates abhängig.

Komitee zur Beratung über Maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten.

In der Gemeinderats-Sitzung vom 19. Februar wurden in das Komitee zur Beratung über Maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten die GR. Karl Angermayer, Hugo Breitner, Adolf Gussenbauer, Josef Hellmann, Alois Moißl, Karl Untermüller, Karl Vaugoin und Karl Weigl gewählt.

Ankäufe für die städtischen Sammlungen.

Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Schwer in seiner Sitzung vom 28. Jänner den Betrag von 10.000 Mark zur Beteiligung an der Autographen-Auktion bei der Berliner Firma Henrici bewilligt. Bei dieser Auktion kamen außer anderen sehr wertvollen Autogrammen von Musikern, Literaten und Staatsmännern für die Wiener städtischen Sammlungen insbesondere eigenhändige Manuskripte von Schubert und Grillparzer in Betracht.

Im Auftrage der Gemeinde Wien hat sich Vize-Direktor Böck der städtischen Sammlungen nach Berlin begeben und folgende Stücke angekauft: Von Autogrammen Schubert's die Originalniederschrift der Komposition des Liedes „Der Jüngling am Bach", von Schiller, ein Jugendwerk des Meisters aus seinem 15. Lebensjahre, ferner die Komposition des Gedichtes „Liebesende" von dem Wiener Dichter Mayerhofer; von Grillparzer wurden erworben der eigenhändige Entwurf des Epiloges zur ersten Aufführung des „Goldenen Vließes" im Hofburgtheater, ferner ein politisches Gedicht „Der Reichsrat" aus dem Jahre 1849, weiters zwei Briefe, wovon einer ungedruckt ist, und ein Konvolut von Verlagsabrechnungen mit der Firma Wallishausser als wichtige Ergänzung zu dem von der Stadt behüteten Grillparzer-Archiv; ferner ein ausführliches Schreiben des Dichters Zedlitz an Theodor Hell (Hofrat Winkler in Dresden) über Grillparzer's Trauerspiel „König Ottokars Glück und Ende". Weiters wurden bei diesem Anlasse angekauft: Interessante Briefe von Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün) und Bauernfeld, beide an den Verlag Cotta gerichtet und ein Brief des Romantikers Clemens Brentano an Ludwig Tieck, worin Brentano seine ersten Eindrücke von Wien schildert und in schwärmerischen Worten von dieser Stadt spricht sowie ein ungedruckter Brief von Brahms an den Dirigenten eines Männergesangvereines.

Die Einkaufs-Kommission des Stadtrates erwarb in der Jahres-Ausstellung des Oesterreichischen Künstlerbundes am 15. Jänner 1919 das Oelgemälde „Fremdenappartements in der Hofburg" von Josef Pögl um 4000 K und das Aquarell „Minoritenplatz" von Karl Weiß um 500 K.

Lebensmittelverkehr.

Täglicher Fleischmarkt in der Großmarkthalle.

In der Großmarkthalle langten an Fleischwaren vom 16. bis 22. Februar 1919 ein:

Rindfleisch 19.835 kg, und zwar aus Wien 3487 kg, aus dem sonstigen Niederösterreich 180 kg, aus Steiermark 5000 kg, aus Wr.-Neustadt 11.168 kg.

Schweinefleisch und Rauchfleisch 8455 kg, und zwar aus Wien.

Kälber 6 Stück, und zwar aus Wien 5, aus Niederösterreich 1 Stück.

Schafe 226 Stück, und zwar aus Wien 36, aus Niederösterreich 4 Stück, aus Oberösterreich 109 Stück und aus Ungarn 77 Stück.

Preise (in Kilogramm).

Rindfleisch (Siedfleisch) von 8 K 60 h bis 22 K.
Rindfleisch (Rostbraten und Rieden) von 14 K bis 28 K.
Kalbfleisch von 5 K 75 h bis 19 K 50 h.
Schaffleisch von 26 K 50 h bis 28 K.
Schweinefleisch bis 20 K.
Kälber von 4 K 70 h bis 13 K 30 h.
Schafe mit Fell von 19 K 50 h bis 21 K.
Lämmer mit Fell 19 K 50 h.

Per Bahn langten 11 Waggons mit 16·90 t ein.

Die dieswöchentlichen Zufuhren waren im Vergleiche zur Vorwoche nur in Bezug auf Schweine- und Schaffleisch etwas größer. Rindfleisch wurde infolge der fleischlosen Woche überhaupt nicht gehandelt, Schaf- und Schweinefleisch war vollkommen unzureichend. Der Marktverkehr war mittelmäßig.

Von der Gemeinde Wien wurden ausgegeben: 1970 kg Selchfleisch, 2990 kg Schweinefleisch.

Die Preislage blieb unverändert.

Von der Vieh- und Fleischverkehrs-Gesellschaft wurde nichts zugeführt.

Vom Zentral-Viehmarkte St. Marx.

In der Woche vom 15. Februar bis 21. Februar 1919 gelangten am Jung- und Stechviehmarkte an Heilanstalten 30 Kälber, an Fleischhauer und Wirte 1 Lamm und 12 Schafe zur Verteilung.

Pferdemarkt.

Vom 21. Februar 1919: Zum Verkaufe wurden gebracht: 329 Gebrauchs- und 91 Schlächterpferde.

Preis für Gebrauchspferde von 2000 K bis 10.000 K.

Der Markt war lebhaft.

Baubewegung

vom 22. Februar bis 25. Februar 1919.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den 1. bis 9. und 20. Bezirk. — Für den 10. bis 19. und 21. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Zubauten.

16. Bezirk: Neumayrgasse 3, von Franz Zechmeister, 16., Hasnerstraße 22, Bauführer Johann Millik & Komp. (19).

Adaptierungen.

3. Bezirk: Esteplatz 5, von Karl Fleischer, 19., Barawitzkagasse 8 (401).
4. Bezirk: Weyringergasse 30, von A. & Th. Schmit, 4., Goldeggasse 29, Bauführer Frauenfeld & Berghof (418).
5. Bezirk: Schönbrunnerstraße 79, von Jos. Sigmeth, ebenda, Bauführer K. Lubowsky (413).
9. Bezirk: Achamergasse 2, von R. & O. Hurnik, Bauführer O. Slama (409).
20. Bezirk: Stromstraße 66/68, von der Kühler- und Metallwarenfabriks-A. G., 20., Stromstraße 38/40, Bauführer Oskar Brill (407).

Diverse geringere Bauten.

2. Bezirk: Baracke, Engerthstraße, Baustelle 4, von Adolf Baron Pittel, 4., Wiedner Gürtel 10 (396).
7. Bezirk: Kanalherstellung, Hofstallstraße 3, Burggasse 2, von Kliment & Hava, 7., Neustiftgasse 78 (408).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

22. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Bekus Marcel — Handel mit Maschinen und elektrischen Artikeln — 5., Wiedner Hauptstraße 117.

Weindling Joachim — Handel mit Schuhcreme, Bürsten und Pinseln — 5., Schönbrunnerstraße 147.

Wasservogel Wilhelm — Handel mit Obst und Grünwaren — 5., Margaretenstraße 62.

Pimpl Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Vogelsanggasse 5.

Wallenta Konrad — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Wehrgasse 31.

Wellmann Adolar — Marktfahrergewerbe — 5., Reinprechtsdorferstraße 25.

Woltron Martin — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Diehlgasse 36.

Grillmayer Ferdinand jun. — Dienstmanngewerbe — 6., Mariahilferstraße 81, Hotel Monopol.

Jonas Franz — Handelsagentur — 14., Huglgasse 24.

Donal Johann — Messerschmiedgewerbe — 14., Mariahilferstraße 206.

Hummelberger Karl — Viktualienhandel — 14., Wieningerplatz 5.

Madera Felix — Lebensmittelhandel — 14., Goldschlagstraße 124.

Pulgram Ludwig — Gummibandweberei — 14., Fenzlgasse 24.

Krasny Vinzenz — Tischlergewerbe — 14., Krollgasse 15.

Hatwieger Albert — Buchbindergewerbe — 14., Meiselstraße 3.

Lindner August — Hutmachergewerbe — 14., Meiselstraße 7.

Renner Jakob — Erzeugung von photographischen Platten, Films und Papieren — 14., Schweglerstraße 33.

Bönisch Josef — Zuckerbäckergewerbe — 14., Mariahilferstraße 192.

Hanus Johann — Spenglergewerbe — 14., Märzstraße 71.

Dörfler Siegfried — Handel mit Tuch-, Schafwoll-, Leinen-, Schneider- und Modistenzugehör — 14., Rustengasse 2.

Hagber Franz — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 15., Märzstraße 89.

Moritz Edler v. Teuber — Gemischtwarenhandel im Großen — 9., Frankgasse 1.

Zimmermann Franz — Pflasterer — 9., Viriotgasse 7.

Brüll Otto — Gemischtwarenhandel im Großen mit Ausschluß von Lebensmitteln — 9., Gussenbauergasse 2.

Müllner Josef — Mechanikergewerbe — 9., Nußdorferstraße 19.

Rothberg Leopold — Handel mit Tuch- und Futterwaren — 9., Elisabethpromenade 21.

Scheidl Adolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — 16., Neulerchenfelderstraße 70.

Schatzinger Josef — Handel mit Baumaterialien — 16., Ottakringerstraße 212.

Walenta Johann — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 16., Thalheimergasse 35.

Lichtenstein Adelheid — Verschleiß von Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten — 5., Reinprechtsdorferstraße 59.

Kusalik Agnes — Wildbret- und Geflügelhandel — 14., Braunhirschengasse 1.

Rammel Marie — Marktviktualienhandel — 14., Schwendermarkt.

Kuil Rosa — Handel mit Uhren, Gold und Silberwaren — 14., Sechshauserstraße 25.

Bratke Josefine — Seidenwaren-Verschleiß — 14., Sechshauserstraße 1.

Kammlander Marie — Wäscheputzerei — 14., Johnstraße 23.

Huber Barbara — Marktviktualienhandel — 14., Schwendermarkt.

Welemin Franziska — Handelsagentur — 14., Märzstraße 56.

Grassaner Theresia — Wanderhandel mit Obst, Gemüse, Blumen ꝛc. — 14., Sueßgasse 16.

Dymacek Helene — Handel mit Lebensmitteln, Bier-Verschleiß — 14., Ullmannstraße 41.

Haller Josefine Anna — Handel mit Lebensmitteln, Bier-Verschleiß — 14., Märzstraße 71.

Krauß Marie — Handel mit Lebensmitteln, Bier-Verschleiß — 14., Ullmannstraße 55.

* * *

23. Jänner 1919.

Gewerbe-Unternehmungen.

Wiener Automobil-Taxameter- und Verkehrs-Gesellschaft m. b. H. — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 320 — 4., Paniglgasse 2, Ecke Alleegasse, mit dem Fiakerwagen Nr. 628 — 9., Volksoper.

Nestrozi Anton — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 918 — 10., Süd- und Ostbahnhof.

Kübler Theodor — Zuckerbäcker — 4., Favoritenstraße 46.

Witzmann Leopold — Gold- und Silberschmiedgewerbe — 4., Wiedner Hauptstraße 40.

Frank Maximilian — Viktualienhandel — 5., Schönbrunnerstraße 105.

Arnold Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — 5., Hauslabgasse 33.

Jyrika Johann — Leder-, Galanterie-, Spielwaren-, Haus- und Küchengerätehandlung — 5., Wiedner Hauptstraße 128.

Schoop Otto — Wäschewaren-Erzeuger — 5., Margaretenstraße 126.

Hajek Ferdinand — Kurzwarenhandel, Erzeugung von Sohlenschonern aus Lederabfällen — 5., Diehlgasse 49.

Dittrich Franz — Schuhmachergewerbe — 5., Schloßgasse 9.

Hazuka Adolf — Drechslergewerbe — 5., Hundsturmplatz 3.

Neubrand Johann — Schlossergewerbe — 13., Penzingerstraße 105.

Diblik Viktor — Schuhmachergewerbe — 5., Obere Amtshausgasse 2.

Ladner Michael — Gemischtwarenhandel (beschränkt) und Flaschenbier-Verschleiß — 5., Storkgasse 12.

Stockreiter Rudolf — Essig-Erzeuger — 5., Fendigasse 17.

Marx Josef — Gemischtwaren-Verschleiß (beschränkt) und Handel mit Bier und Wein in Flaschen — 5., Pilgramgasse 15.

Körner Anton — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — 13., Penzingerstraße 126.

Bavra Franz — Schuhmachergewerbe — 13., Meiselstraße 57.

Wallishauser Julius — Tapezierergewerbe — 13. Hütteldorferstraße 257 a.

Schefcik Leopold — Kanditen- und Obst-Verschleiß — 6., Mollardgasse 2.

Grotz Josef — Fouragehändler — 10., Favoritenstraße 260.

Petras Julius — Gold- und Silberwarenhändler — 10., Quellenstraße 173.

Leitner Ferdinand — Fleischhauergewerbe — 16., Wilhelminenstraße 102.

Dub Franz — Schuhmachergewerbe — 16., Hippgasse 6.

Kouba Johann — Kleidermachergewerbe — 16., Wattgasse 45.

Krall Karl — Betrieb eines Adressenbureaus — 16., Brunnengasse 32.

Hrdy Heinrich — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — 16., Ottakringerstraße 102.

Klein Rudolf Franz — Musikergewerbe — 16., Wernhardtstraße 1.

Heiß Ignaz — Schlossergewerbe — 6., Bienengasse 6.

Kubat Franz — Handel mit alten Möbelgattungen — 14., Huglgasse 15.

Agnesy Ludwig — Lebensmittelhandel (beschränkt) — 14., Schwendergasse 19.

Klein Jakob — Handelsagentur — 10., Neusetzgasse 4.

Polehna Adele — Lebensmittel- und Konsumwarenhandel, sowie Verschleiß von Flaschenbier — 16., Ottakringerstraße 19.

Zemann Hermine — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — 16., Lindauergasse 40.

Forstner Anna — Zier- und Handelgärtnerei — 16., Ottakringerstraße 251.

Berthold Marie — Obst- und Viktualienhandel — 16., Hasnerstraße 107.

Tettinger Julianne — Hüte und Hutmacherzugehörhandel — 16., Thaliastraße 17.

Baß Jetti — Plachen-Erzeugung — 16., Hubergasse 14.

Freundlich Blime — Liköre- und Fruchtsäfte-Erzeugung — 8., Lerchenfelderstraße 106.

Hag Juliane — Konditoreiwaren- und Fruchtsäfte-Verschleiß — 16., Ottakringerstraße 160.

Wagner Aurelia — Ausübung der Handmalerei — 5., Wiedner Hauptstraße 90.

Müller Anna — Chemische Putzerei und Färberei — 5., Margaretenstraße 125.

Hampe Marie — Warenhandel (beschränkt) — 19., Trippelweg.

Kreuzer Anna — Lebensmittel-, Konsumwaren-, Papierwaren- und Kanditen-Verschleiß — 18., Sternwartestraße 14.
Marquise de Fabris, Marie — Gemischtwarenhandel (beschränkt) — 5., Laurenzgasse 11.
Kober Marie — Gemischtwarenhandel — 5., Siebenbrunnenplatz 3.
Rieder Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — 5., Gartengasse 3.

Inhalt.

Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Februar 1919.

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. u. 2. Entschuldigte und beurlaubte Gemeinderäte 449
3. Begrüßung der Nationalversammlung der deutschen Republik . 449
4. Spenden 449

Anfragen:

5. GR. Herold: Abhaltung einer Balkanmesse und eines Weinmarktes in Wien 450
6. GR. Philp: Erbauung der Mariahilfer „Urania" 450
7. GR Wimmer und Schön: Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Hernalser Remise 450
8. GR. Untermüller und Franz Schwarz: Entlohnung der Kanzleihilfskräfte 450
9. Frau GR. Schwarz: Ausschreibung von Schulleiterinnenstellen 451
10. GR. Untermüller und Waldsam: Gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Kohle 451
11. GR. Schäfer: Verlegung der Sperrstunde für Geschäfte auf 6 Uhr Abends 451
12. — Versorgung der Gastwirtschaften mit Lebensmitteln 452
13. GR. Penz: Die Küchensperre der Gasthäuser 452
14. GR. Koppensteiner: Freimachung der Schule 20., Wasnergasse 33 vom militärischen Belag 453
15. GR. Linder: Waffenlager in der Bürgerschule 18., Cottagegasse 17 453
16. Frau GR. Schwarz: Kontrolle von Maß und Gewicht . . 454
17. GR. Schön und Wimmer: Kanalumbau in der Ortliebgasse im 17. Bezirke 454
18. GR. Untermüller und Waldsam: Volle Sonntagsruhe im Fleischer- und Selchergewerbe 455
19. GR. Dr. Danneberg: Sofortige Beförderung der eingerückt gewesenen Beamten der Stadtbuchhaltung 455
20. GR. Wawerka: Zuschüttung der Mistgrube in der Quellenstraße im 10. Bezirke 455
21. GR. Dr. Grün, Emmerling, Bermann und Hermann Fischer: Die Stellung der städtischen Armenärzte 456
22. Frau GR. Müller: Verwendung des Platzes beim Hause 2., Taborstraße 65 als Jugendspielplatz 456

Anträge:

23. GR. Rummelhardt: Regelung des Entfernungspauschales für die Beamten des städtischen Jugendamtes 456
24. GR. Größner: Abhaltung von drei Gemeinderats-Sitzungen im Monat 456
25. GR. Langer: Erbauung eines Schulgebäudes im 6. Bezirke 457
26. GR. Gschladt, Angermayer und Baugoin: Nachzahlung der Teuerungszulage für 1918 an die im Militärdienst gestandenen Gemeindebeamten 457
27. GR. Hötzl: Einführung einer Wiener Warenmesse 457
28. GR. Sedlak: Neuabgrenzung der Bezirke 17 und 18 . . . 457
29. Frau GR. Dr. Seitz: Zulassung der Frauen als Armenräte 457
30. — Verleihung von systemisierten Stellen an Fürsorgerinnen . 458

Berichte:

31. Bgm. Dr. Weiskirchner: Investitionsprogramm der Gemeinde zur Bekämpfung der Arbeitsnot 458
32. GR. Dr. Scheu: Tragung des verlorenen Bauaufwandes und Ueberlassung von Gründen im Erbbaurecht 469
33. und 34. Siehe unten.
35. VB. Hoß: Beteiligung der Gemeinde an den Deutschösterreichischen Wirtschaftsverbande für den Viehverkehr 486

Seite

Wahlen:

33. Wahl von acht Mitgliedern in das Komitee zur Beratung über Maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten 486

Angelobung:

34. Angelobung des GR. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller . . 486

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 19. Februar 1919.

1. Ehrengaben an sechs Wochenarbeiter der Lagerhäuser der Stadt Wien 487
2. Verleihung der eisernen Salvator-Medaille an die Mitarbeiter des Wirtschaftlichen Hilfsbureaus der Gemeinde Wien 487
3. Gnadengabe an Anna Mold 487
4. Uebernahme des Rechnungs-Offizials Karl Heller in den Gemeindedienst 488
5. Stellenbeförderungen und Diensteszulagen im Stande der Angestellten der Lagerhäuser 488
6. Remunerationen für das Lagerhauspersonal 488
7. Einreihung in eine höhere Rangsklasse und Verleihung des Titels „Kanzlei-Direktions-Adjunkt" an Georg Reiß 488
8. Gnadengabe an Hella Forstner 488
9. Gnadengabe an Leopoldine Schmid 488
10. Gnadengabe an Klara Hudecek 488
11. Gnadengabe an Therese Simonitsch 488
12. Gnadengabe an Mathilde Bulva 488
13. Gnadengabe an Marie Bruckner 488
14. Gnadengabe an Anna Wirth 488
15. Gnadengabe an Katharina Rosenagl 488
16. Gnadengabe an Franz Leitner 489
17. Gnadengabe an Aloisia Petrisch 489
18. Gnadengabe an Karl Kratochvil 489
19, 20, 21, 22. Gehaltsvorschüsse 489
23. Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an den Armenrat des 19. Bezirkes Rudolf Herzer 489
24. Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Bezirksrat des 18. Bezirkes Johann Schiener 489
25. Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an die Kongregation der Töchter der göttlichen Liebe 489
26. Gnadengabe an Sophie Wachter 489
27. Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an die Armenräte Josef Bauer, Johann Fitzthum, Rudolf Wieser des 17. Bezirkes 489
28. Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an die Armenräte Albert Baier, Karl Gaßler, Josef Arnberger, Ferdinand Ertl, Heinrich Fenzl, Anton Sommer des 21. Bezirkes 489
29. Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an die Waisenräte Anton Alt, Karl Gerhardinger des 20. Bezirkes 489
30. Gnadengabe an Marie Kadlec 489
31. Mehrerfordernisse der Firma Karl Auteried & Komp. 489
32. Erhöhung der Spesenpauschalien für die Direktoren der Gas- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen 489
33. Ernennung eines Buchhalters für das Braunkohlenbergwerk Zillingdorf 489
34. Ehrenpension an den akademischen Bildhauer Emmerich Alexius Wilkingen-Swoboda 490
35. Verleihung des Titels und der Bezüge der 9. Rangsklasse an Franz Heiß 490
36. Gnadengabe an Marie Grabner 490
37. Gnadengabe an Josef Burghardt 490
38. Gnadengabe an Karoline Exenberger 490
39. Einrechnung der Personalzulage in die Pension des Rechnungsbeamten der städtischen Gaswerke Rudolf Schramek 490

Allgemeine Nachrichten:

Abstellung von Mißbräuchen im Buschenschankwesen des 19. Bezirkes 490
Tragung des verlorenen Bauaufwandes durch die Gemeinde Wien 491
Das Statut des Erholungsheimes der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach 496
Komitee zur Beratung über Maßnahmen zugunsten der städtischen Angestellten 498
Ankäufe für die städtischen Sammlungen 498
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 16. Februar 1919 bis 22. Februar 1919 498
Zentral-Viehmarkt vom 15 bis 21. Februar 1919 498
Pferdemarkt vom 21. Februar 1919 498
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 22. Februar bis 25. Februar 1919 498
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 499
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Friedrich Schönsteiner.
Papier aus der Wittner Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Offert-Ausschreibungen.

Sicherstellung des Blumenbedarfes im Jahre 1919 für die Wiener Gemeindefriedhöfe mit Ausnahme des Wiener Zentral-Friedhofes.

Wegen Vergebung des Blumenbedarfes der im Eigenbetriebe der Gemeinde Wien stehenden Friedhöfe (mit Ausnahme des Wiener Zentral-Friedhofes), und zwar:

im Meidlinger Friedhofe: Für das Frühjahr 3000 Stück Violen, für den Sommer 5000 Stück Pelargonien, für den Herbst 4000 Stück Violen und 6000 Stück Chrysanthemen;

im Hietzinger Friedhofe: Für das Frühjahr je 26.000 Stück Myosotis und Violen, für den Sommer 16.000 Stück Pelargonien gefüllt, 18.000 Stück Lachspelargonien, 3500 Stück Schlingpelargonien, 10.000 Stück Zwergbegonien, Teppichkönigin und 500 Stück Salvien, für den Herbst 30.000 Stück Chrysanthemen, 10.000 Stück Federchrysanthemen, 6000 Stück Zwergastern, 4000 Stück Asterdatschi, 2000 Stück Veronika und 300 Stück Erica gracilis;

im Baumgartner Friedhofe: Für den Sommer 10.000 Stück Pelargonien, je 2000 Stück Efeu (1 m lang) und Immergrün, für den Herbst 10.000 Stück Chrysanthemen;

im Hütteldorfer Friedhofe: Für das Frühjahr 1000 Stück Violen, 2000 Stück Myosotis und 1000 Stück Bellis, für den Sommer 1000 Stück Pyrethrum, 2500 Stück Pelargonien gefüllt, 700 Stück Schlingpelargonien, 1500 Stück Veronika, 4000 Stück Begonien, 500 Stück Salvien, Feuerball, für den Herbst 4000 Stück Chrysanthemen;

im Hernalser Friedhofe: Für den Sommer 13.000 Stück Pelargonien, 500 Stück Immergrün, Büschel, 5000 Stück Einfassungsbuxus, für den Herbst 16.000 Stück Chrysanthemen;

im Grinzinger Friedhofe: Für das Frühjahr 2000 Stück Myosotis,

für das Jahr 1919 wird vom Magistrate, Abteilung X, **Samstag den 8. März 1919, um Schlag 10 Uhr vormittags**, im Bureau der Magistrats-Abteilung X, im Neuen Rathause, 5. Stiege, Mezzanin, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Bedingnisse können in der Verwaltungskanzlei des Wiener Zentral-Friedhofes, sowie bei den Verwaltungen des Meidlinger, Hietzinger, Baumgartner, Hernalser, Hütteldorfer und Grinzinger Friedhofes während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Der Abteilungsvorstand:
Dr. Ebermann,
Magistratsrat. 2—3

Kundmachungen.

M. Abt. X, 9575/1918.

Hetzendorfer Friedhof; Wiederbelegung.

Vom 1. Mai 1919 angefangen werden die einfachen Gräber Nr. 240 bis 266 in der Gruppe XIII des Hetzendorfer Friedhofes wiederbelegt.

Enterdigungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig; die bezüglichen Gesuche sind vor dem bezeichneten Termine bei dem Wiener Magistrate, städtisches Gesundheitsamt (1., Neues Rathaus) einzubringen. **Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.**

Nach dem 1. Mai 1919 werden die Grabsteine, beziehungsweise -kreuze von den Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer abgeräumt und an geeigneter Stelle hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde. (M. Abt. X, 9575.)

3—3

Stiftungen und Stipendien.

M. Abt. XIII, 85/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Friederike Kempner-Debora Asfenasy-Stiftung
für Blinde.

Verteilt werden: 33 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, nach Wien zuständige blinde Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungstermin: **Bis 12. April 1919.**
Verleihungstag: 19. Juli 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919.

B. V. IV, 7.

Friedrich August Kleinschmidt'sche Heirats-ausstattungsstiftung.

Verliehen wird ein Ausstattungsbeitrag von 162 K 96 h.

Zur Bewerbung sind berufen: Gesittete Mädchen im Alter von 24 oder mehr Jahren, welche zur Unterstützung ihrer Eltern alles beigetragen und sich durch Moralität und Betriebsamkeit ausgezeichnet haben. Den Vorzug haben Arme und Mädchen von der Wieden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf- (Geburtschein), Wohnungsnachweis und Sittenzeugnis der Braut und des Bräutigams.

Einreichungsstelle: Bezirkvorstehung Wieden, 4., Schäffergasse 3, 1. Stock.

Einreichungsfrist **bis 14. März 1919.**

Der Vorsitzende der provisorischen Bezirksvertretung Wieden.

1—3

B. V. III 416.

Paul Spitaler-Stiftung.

Im Monate März 1919 gelangen die Zinsen der Paul Spitaler-Stiftung im Betrage von 600 K zur Verleihung.

Anspruch auf diese Zinsen haben drei bedürftige christliche Angehörige des deutschen Volkes, welche im 3. Bezirke wohnen, und zwar ein Gewerbetreibender auf die eine Hälfte des Zinsenerträgnisses und zwei Arbeiter zu gleichen Teilen auf die andere Hälfte.

Die mit Heimatschein, Taufschein, Wohnungs- und Armutszeugnis versehenen Gesuche sind **bis längstens 23. März 1919** in der Kanzlei der Bezirksvorstehung des 3. Wiener Gemeindebezirkes, 3., Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen. Die Bewerber haben im Gesuche ausdrücklich zu erklären, daß sie Deutsche sind.

Nach dem Ablauf der Einreichungsfrist einlaufende oder nicht gehörig belegte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Wien, am 6. Februar 1919.

Der Vorsteher des 3. Bezirkes:
Paul Spitaler.

2—3

M. Abt. XIII, 24/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Agnes Wuth'sche Armenstiftung.

Verteilt werden: 1600 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Würdige Arme.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Heimatsnachweis, von Verheirateten oder Verwitweten auch der Trauungsschein und allenfalls auch die Tauf(Geburt)scheine der Kinder, beziehungsweise der Totenschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 31. März 1919.**

Verleihungstag: 26. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 69/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung
für verarmte Wiener Bürger.

Zur Verteilung gelangen: 600 K in zwei Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein und Bürgerrechts-Dekret.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 11. Juni 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 48/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Schey'sche Stipendienstiftung
für Hochschüler.

Verliehen wird: Für das Studienjahr 1918/19 ein Anton Schey'sches Stipendium im einmaligen Jahresbetrage von 660 K an einen armen fleißigen Studenten der juridischen Fakultät der Universität in Graz.

Dem Gesuche sind beizulegen: Mittellosigkeits- oder Armutszeugnis, Tauf- oder Geburtschein und Nachweis der Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre, endlich Impfzeugnis.

Letzter Tag zur Ueberreichung der Gesuche: **28. Februar 1919.**

Einreichstelle: Das betreffende Professorenkollegium.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 195/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Gisela-Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Fünf Ausstattungsbeiträge zu 800 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien heimatberechtigte und würdige Töchter mittelloser Eltern; Waisen, insbesondere mutterlose, haben bei gleicher Würdigkeit den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Totenscheine der Eltern.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 20. April 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 21/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josefine v. Königswarter'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen wird: Ein Betrag von 590 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Unbescholtene, nach Wien zuständige Mädchen; Waisen, insbesondere mutterlose, haben den Vorzug.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis, allenfalls auch Nachweis der Verwaisung.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. April 1919.**

Verleihungstag: 14. Mai 1919.

Auf verspätet überreichte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 18. Jänner 1919. 3—3

M. Abt. XIII, 5387/18. Selbständiger Wirkungskreis.

Lehrbach'sche Stiftung

für bedürftige Beamtens- und Bürgerskinder.

Verliehen werden: Drei Stiftplätze für Knaben im Betrage von 200 K jährlich auf die Dauer der Lehrzeit und mit einem weiteren Jahresbetrage von 200 K nach Beendigung der Lehrzeit.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige Beamtenskinder und in Ermanglung solcher dürftige Bürgerskinder, die sich die Erlernung eines Handwerkes, eines Handelsgewerbes, des Zeichnens, Malens, der Kupferstecherei oder Bildhauerei widmen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis, Lehrvertrag und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 2—3

M. Abt. XIII, 197/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Max Freiherr v. Springer'sche Stiftung

für Rudolfsheimer Hilfsbedürftige.

Verteilt werden: 470 K in zehn Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Nach Wien zuständige, hilfsbedürftige Personen, und zwar in erster Linie solche, die vor der Einbeziehung der Vororte in der Gemeinde Rudolfsheim zuständig waren, in zweiter Linie solche, die in Rudolfsheim wohnen oder dort geboren wurden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und Armutszeugnis.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII und Bezirksvorstehung Rudolfsheim.

Einreichungsfrist: **Bis 28. Februar 1919.**

Verleihungstag: 10. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919. 3—3

M. Abt. XIII, 194/19. Selbständiger Wirkungskreis.

David Schwarzmann'sche Stiftung

für eine arme Familie.

Verliehen werden: 74 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Familien, welchen im Kalenderjahre 1918 ein Unglücksfall widerfahren ist.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Kinder, dokumentarischer Nachweis des Unglücksfalles.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**

Verleihungstag: 20. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 25/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Treitl'sche Heiratsausstattungsstiftung.

Verliehen werden: Zwei Stiftplätze im Betrage von je 1000 K an eine männliche und eine weibliche Person.

Zur Bewerbung sind berufen: Ledige Männer im Alter von 24 bis einschließlich 32 und Mädchen im Alter von 20 bis einschließlich 28 Jahren, christlichen Glaubens, die einen unbescholtenen Charakter, Fleiß, sittlichen Lebenswandel, gesunde Leibeskonstitution, Dürftigkeit und den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes bei ihrer beabsichtigten Verehelichung gehörig auszuweisen imstande sind.

Die ehelichen Nachkömmlinge der Verwandten des Stifters und die Waisen oder Kinder verarmter braver Wiener Bürger sollen unter gleichen Umständen den Vorzug vor anderen haben.

In der Regel soll nur eines der Brautleute einen Ausstattungsbetrag bekommen, bei besonders rücksichtswürdigen Umständen aber können auch beide Brautleute beteilt werden.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatschein, Sittenzeugnis, Armuts- und amtsärztliches Gesundheitszeugnis. Im Gesuche ist der Name, Beruf und Wohnort des anderen Brautteiles anzuführen und weiters anzugeben, was für ein Geschäft und von welchem Brautteile es selbständig betrieben werden soll.

Der Nachweis über den Antritt eines Handwerkes oder anderen soliden Geschäftes kann auch nach der Verleihung beigebracht werden.

Wenn ein Vorzugsrecht in Anspruch genommen wird, ist außerdem der entsprechende Nachweis hierüber vorzulegen.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Bewerbungsfrist: **Bis 31. März 1919.**
Verleihungstag: 1. Mai 1919.

Auszahlung nur nach Antritt des Handwerkes (Geschäftes) und geschehener Verehelichung.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 64/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Eleonore Schrey'sche Stiftung
für arme Lehrlinge.

Zur Verleihung gelangen: Vier Stiftplätze mit dem jährlichen Bezuge von je 60 K zur Anschaffung der Kleider während der Lehrzeit und einem Freikleidbeitrage von 80 K nach beendeter Lehrzeit.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Lehrlinge, welche wohlgesittet, im Geschäfte brav, im Schulbesuche sehr fleißig sind und von gänzlich unbemittelten Aeltern abstammen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis, Lehrvertrag, letztes Schulzeugnis einer gewerblichen Fach- oder Fortbildungsschule.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichtermin: **Bis 31. März 1919.**

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 10. Jänner 1919.

M. Abt. XIII, 65/19. Selbständiger Wirkungskreis.

Ferdinand und Emanuela Stark'sche Blindenstiftung.

Verteilt werden: Die Jahreserträgnisse im beiläufigen Betrage von 1200 K an 10 erblindete, christliche, im Alter von wenigstens 60 Jahren stehende Wiener Arme deutscher Nationalität ohne Unterschied des Geschlechtes.

Dem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, Heimatsnachweis und armenärztliches Zeugnis über die Erblindung und über allfällige sonstige Gebrechen.

Im Gesuche ist anzugeben, daß sich der Bewerber zur deutschen Nationalität bekennt.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. März 1919.**
Verleihungstag: 30. Mai 1919.

Vom Magistrate der Stadt Wien,
am 20. Jänner 1919.

Allgemeine Depositen-Bank

Wien, I., Schottengasse 1,

Filialen: Linz, Steyr, Triest, Oderberg-Bahnhof, Lemberg, Stanislau, Drohobycz, Czernowitz

und Wiener Wechselstuben: I., Teinfaltstraße 2, II., Taborstraße 7, IV., Rainerplatz 2, VII., Mariahilferstraße 74 b, VII., Neubaugasse 44, IX., Alserstraße 24, IX., Währingerstraße 63, XIII., Breitenseerstraße 6, XIII., Hietzinger Hauptstraße 3, XIV., Sparkasseplatz 1.

Aktienkapital: K 80,000.000·—. Reserven: K 41,500.000·—.